

Geistesdämmerung

Das Philosophische Seminar an der Eberhard-  
Karls-Universität Tübingen 1918 – 1945

D i s s e r t a t i o n

zur

Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Philosophie

in der Philosophischen Fakultät

der Eberhard Karls Universität Tübingen

vorgelegt von

Manfred Hantke

aus

Mansfeld

2015

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen  
Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen

Dekan: Prof. Dr. Jürgen Leonhardt

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. Reiner Wimmer

Mitberichterstatter: Prof. Dr. Dieter Langewiesche

Tag der mündlichen Prüfung: 23. März 2015

Universitätsbibliothek Tübingen, TOBIAS-lib

Manfred Hantke:

# Geistesdämmerung

---

## Das Philosophische Seminar an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen 1918 – 1945

### Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung .....	4
II.	Weimar: Antidemokratisches Denken von rechts .....	10
A.	Gruppierungen antidemokratischen Denkens .....	12
B.	Der „unpolitische Professor“ – autoritär und national .....	16
C.	Der „Weimarer Kreis“ .....	20
III.	Stadt und Universität Tübingen in der Weimarer Republik.....	23
A.	Sehnsuchtsvolle Erwartung eines Helden und Retters .....	26
B.	„Auf dem besten Wege, zur Hochburg der Reaktion zu werden“.....	30
C.	„Und als die Juden ihr Fett abkriegten, ...“ .....	33
D.	Der Rechtsruck bei den Wahlen.....	37
IV.	Die Weimarer Republik: Zwischen Philosophie und Weltanschauung .	41
A.	Philosophische Strömungen .....	41
B.	Zur politischen Einstellung der Philosophie-Dozenten.....	57
V.	Das Philosophische Seminar an der Eberhard-Karls-Universität während der Weimarer Republik .....	93
A.	Erich Adickes: „Zwangsarbeit“ für Kant .....	108
B.	Karl Groos: „Praktischer Absolutismus“ .....	121
C.	Theodor Haering: Im Schatten der „Konservativen Revolution“ .....	134
1.	„Neue Saat wird nur mit Blut gedüngt“ .....	136
2.	Von der Theologie zur Philosophie .....	140
3.	Die geistige Volksgemeinschaft im organischen Staat .....	147
4.	Der Ruf nach dem „gottgesandten Führer“ .....	168
5.	Fazit: Radikalisierung in der Weimarer Republik .....	181
D.	Max Wundt: Kampf gegen den „undeutschen Staat“ .....	187
1.	Der umtriebige „Hakenkreuzprofessor“ .....	187
2.	Der Beginn politisch-strategischer Oppositionsarbeit .....	196
3.	Absoluter Idealismus auf völkischer Grundlage .....	205

4.	Zwischen Monarchie und nationalem Sozialismus.....	209
5.	Blut oder Religion? Wundts Rassebegriff .....	219
6.	Weltanschauung ist Lebensanschauung.....	224
7.	Der Gelehrte: Ein Führer des Volkes .....	232
8.	Fazit: Max Wundt – ein Wegbereiter des NS-Systems.....	234
E.	Traugott Konstantin Oesterreich: Der Republikfreund, ein unbeliebter Kollege .....	237
1.	Der Mahner: „Noch ist der Sieg nicht errungen“ .....	247
2.	Der Traum vom Parapsychologischen Institut.....	254
3.	Die Skepsis wächst.....	259
VI.	Das Philosophische Seminar in der NS-Zeit: Die Mutation des Denkens zur idealistisch-mythologischen Weltanschauung .....	262
A.	Ein neuer Geist zieht ein: Die Entlassung von Traugott Oesterreich...	262
B.	Wilhelm Nestle zieht sich zurück.....	279
C.	Friedrich Kreis: Aus politischen Gründen abgelehnt .....	282
D.	Wilhelm Weischedel: Das Seminar verliert den Machtkampf.....	287
E.	August Faust: Hingabe an die Volksgemeinschaft.....	295
F.	Wilhelm Grebe: Der Versuch, das Ich zu retten .....	310
G.	Theodor Haering: Von der „Geistphilosophie“ zur „Philosophie von den geistigen Rassetypen“ .....	326
1.	Die institutionelle Selbstbehauptung der Museumsgesellschaft...	326
2.	Die Selbstgleichschaltung .....	334
3.	Volksgemeinschaft und Führerverehrung in der Belletristik .....	341
4.	Hegel und der ethische Machiavellismus.....	347
5.	Verkünder einer „Deutschen Philosophie“ .....	352
6.	Philosophie wird rassegebunden .....	359
7.	Totale Weltanschauung.....	365
8.	Die geistige Rassenkunde .....	367
9.	Verbreitung antisemitischer Ressentiments .....	371
10.	„Hitze des Kampfes“: Rechtfertigung des Unrechtsstaats.....	376
11.	Im Kriegseinsatz – auch für Rosenberg .....	380
H.	Max Wundt: Philosophie auf rassischer Grundlage .....	396
1.	Nutznießler des Systemwechsels .....	396
2.	Schauen statt Wissen.....	408
3.	In der „Forschungsabteilung Judenfrage“ .....	419
4.	Grundlegung einer „Völkischen Philosophie“ .....	428
I.	Erich Keller: Nationalsozialist der frühen Stunde.....	439
J.	Albert Dietrich: Ein „Revolutionär von rechts“ .....	452
K.	Der Niedergang des Philosophischen Seminars .....	470

L. Resümee: Der Mythos vom Elfenbeinturm.....	479
1. Von der Selbstbehauptung bis zur identifizierenden Selbstgleichschaltung .....	479
2. Hegelscher Idealismus und der Mythos .....	493
VII. Säuberung des Seminars und Entnazifizierung .....	502
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	551

# I. Einleitung

„‘Auschwitz‘ wurde nicht von Philosophen betrieben. Die Praxisferne der Philosophie hat manchmal eben auch Vorteile.“<sup>1</sup> Die heutige Fachwissenschaft und ihre Vertreter können sich ob des zynisch anmutenden Wahrheitsgehaltes von Gereon Wolters‘ Feststellungen keinesfalls behaglich in ihre Sessel zurücklehnen. Auch wenn Philosophen durch ihre Ausbildung kaum in die Lage versetzt werden, Gasöfen zu konstruieren, zu produzieren oder zu bedienen, müssen sie sich doch stets ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung vergewissern. Selbst eine angeblich noch so „praxisferne“ Wissenschaft und deren Exponenten wirken durch die Gesellschaft und in sie hinein: Auch Philosophen in der NS-Zeit lasen Zeitung, hörten Rundfunk, sprachen mit anderen über das Leben im Nationalsozialismus, sahen politische Gegner und Juden im Konzentrationslager verschwinden oder bekamen Briefe von der Ostfront, in denen etwa über Verbrechen der Wehrmacht berichtet wurde. Die nationalsozialistische Wirklichkeit konnte nicht verborgen bleiben.<sup>2</sup> Dass Philosophen Auschwitz nicht direkt betrieben haben, entledigt sie nicht ihrer Verantwortung für die Folgen ihres eigenen Tuns im Nationalsozialismus. Zu fragen ist also, welchen Anteil Philosophen und deren Philosophie haben, dass „Auschwitz“ möglich werden konnte. Philosophen waren im „Dritten Reich“ auch in den oberen NS-Etagen präsent: Alfred Baeumler im „Amt Rosenberg“, Martin Heidegger und Ernst Krieck als Rektoren in Freiburg und Frankfurt/Main und Arnold Gehlen bei der Wehrmacht-psychologie.<sup>3</sup> Philosophen haben an der Legitimation des NS-Staates und Hitlers gearbeitet und ihre Philosophie der NS-Ideologie angepasst. Sie haben „den Nazismus und diesen in sich integriert“ und haben „sich um ein staatstragendes Verhältnis bemüht.“<sup>4</sup>

Zu fragen ist aber auch nach dem Anteil der Philosophen bei der Zerstörung der Weimarer Republik. Allzu häufig beginnen die Untersuchungen erst beim „Umbruch“ im Jahre 1933. Das ist ein Mangel, denn die dahin führenden entscheidenden Entwicklungen müssen bei Studien zur „Mitläufer-“ oder „Täterschaft“ berücksichtigt werden. Kontinuitäten oder Brüche lassen sich somit aufzeigen. Bereits während des Ersten Weltkriegs traten Philosophen einer „drohenden“ Republik entgegen, verstärkt dann in den 1920er Jahren. Deren deutschnationale und völkische Einstellungen waren mit nationalsozialistischen Forderungen durchaus kompatibel, bevor eine Selbstgleichschaltung für die „Denker von Beruf“ zur Option wurde. Es waren akademi-

---

<sup>1</sup> Wolters 1999, 223.; ebenso: Wolters, 2009, 64.

<sup>2</sup> Vgl. Longerich 2006.

<sup>3</sup> Haug 1989, 9.

<sup>4</sup> Haug 1989, 7.

sche Vordenker des NS-Systems, die vor 1933 grundlegende Ideologeme der NSDAP vertraten, einige wurden auch vor 1933 Mitglied der NSDAP.

Nicht nur Anhänger und Sympathisanten, auch zuvor politisch neutrale Philosophen, die sich bis zur „Machtergreifung“ zurückgehalten hatten, wandten sich unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 öffentlich der NSDAP und dem Nationalsozialismus zu. Einige Wissenschaftler traten mit dem Anspruch auf, „künftig eine gewichtige Rolle als akademische Vordenker des Nationalsozialismus zu spielen“<sup>5</sup>, wie etwa der Freiburger Philosoph Martin Heidegger (1889 – 1976), der Bonner Philosoph Erich Rothacker (1888 – 1965) oder der in Dresden lehrende Privatdozent Alfred Bäumler (1887 – 1968).

Bekanntlich gab es auf fachwissenschaftlicher Ebene keinen Zwang, seine Philosophie der von der NSDAP vorgegebenen „Weltanschauung“ anzupassen<sup>6</sup>, Freiräume waren also gegeben. Ein monolithischer Block nationalsozialistisch philosophierender Wissenschaftler ist trotz der Ähnlichkeiten einiger Philosopheme nicht auszumachen. Zudem agierten die heterogenen Akteure in den oberen NS-Etagen aus unterschiedlichen Beweggründen heraus<sup>7</sup>, gegenseitiges argwöhnisches Beobachten der NS-Instanzen und „ein ständiger Machtkampf aller gegen alle“<sup>8</sup> auf den verschiedenen funktionalen Ebenen waren die Folge. Das bedeutete für die Fachvertreter freilich nicht, Versuche zu unterlassen, den Nationalsozialismus philosophisch zu begründen und zu legitimieren. Die gab es zur Genüge.<sup>9</sup>

Die vorliegende Arbeit will nicht den moralischen Zeigefinger erheben und eine mögliche Schuldfrage übereifriger, „in die Falle getappter“ oder in ihrem „Elfenbeinturm“ zurückgezogener Philosophen aufwerfen. Sie ist vielmehr der Erkenntnis und dem Kant’schen Ideal der Aufklärung verpflichtet, das er in seinem 1784 erschienenen Essay formuliert hat, dessen Aktualität nicht verloren gegangen ist.<sup>10</sup> Kon-

---

<sup>5</sup> Grüttner 1999, 458.

<sup>6</sup> Vgl. Grüttner 2003, 20.

<sup>7</sup> Vgl. Grüttner 2003, 14f.

<sup>8</sup> Grüttner 2003, 14.

<sup>9</sup> Von den prominenten Fachvertretern wie etwa Martin Heidegger oder Erich Rothacker abgesehen, etwa auch Alfred Klemmt, Studien- und Abteilungsleiter an der Hochschule für Politik in Berlin (vgl. Wissenschaft und Philosophie im Dritten Reich, in: Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, Heft 32, 1938, 5 – 35) oder der Philosoph Hermann Schwarz („Zur philosophischen Grundlegung des Nationalsozialismus“, Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, Heft 17, Berlin 1936 oder „Grundzüge einer Geschichte der artdeutschen Philosophie“, Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, Heft 28/29, Berlin 1937).

<sup>10</sup> Immanuel Kant: Beantwortung der Frage „Was ist Aufklärung?“ In der Berlinischen Monatschrift, Dezember-Heft 1784, 481 – 494. <http://www.uni-potsdam.de/u/philosophie/texte/kant/aufklaer.htm>.

zentrierte sich die Aufarbeitung der Philosophie im Nationalsozialismus bis in die 1980er Jahre öffentlichkeitswirksam überwiegend auf die Person Martin Heideggers, so sind doch in den vergangenen Jahren eine Reihe Arbeiten entstanden, die das gesamte Fach Philosophie während der NS-Zeit oder einzelne Vertreter in den Blick genommen haben.<sup>11</sup> Hingegen stehen kaum Arbeiten zur Verfügung, die das Philosophische Seminar einer Universität als Ganzes, die Biografien, politischen Einstellungen und philosophischen Systeme der dort lehrenden Dozenten in ihrer Gesamtheit thematisieren<sup>12</sup>, geschweige denn über zwei politische Systeme hinweg einer Analyse unterziehen.

Die vorliegende Arbeit möchte helfen, diese Lücke zu schließen. Sie befasst sich mit dem Philosophischen Seminar der Universität Tübingen, den Dozenten, ihren Philosophien und ihren politischen Einstellungen – sowohl in der Weimarer Republik als auch in der NS-Diktatur. Über zweieinhalb Jahrzehnte philosophischer Arbeit und politischen Engagements werden somit ins Blickfeld gerückt, dabei sollen der „Mikrokosmos Philosophisches Institut“ sowie die unterschiedlichen Interessen und personellen Querverbindungen der mit ihm verbundenen Dozenten erhellt werden – im Fokus stehen dabei die beiden von 1928/29 bis 1945 amtierenden Ordinarien Theodor Haering und Max Wundt. So wird ein möglichst detailreiches Bild des jeweiligen NS-Engagements oder einer NS-Resistenz gezeichnet, in dem die unterschiedlichen Schattierungen der Interessen und Handlungen herausgearbeitet werden. Dabei soll die Rolle der Philosophie im Nationalsozialismus keinesfalls überbewertet werden.<sup>13</sup> Von den maßgeblichen nationalsozialistischen Politikern wenig geschätzt und kaum beachtet, hatte sich die Philosophie jedoch stets zu legitimieren, um nicht im Konkurrenzkampf der Wissenschaften um Pfründe, Prestige und Gel-

---

<sup>11</sup> Neben zahlreichen Aufsätzen in Zeitschriften und Sammelbänden seien hier nur einige Monographien genannt: Reiner Pesch: Die politische Philosophie Fichtes und ihre Rezeption im Nationalsozialismus, 1982; Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Deutsche Philosophen 1933, 1989; Thomas Laugstien: Philosophie-Verhältnisse im deutschen Faschismus, 1990; George Leaman: Heidegger im Kontext. Gesamtüberblick zum NS-Engagement der Universitätsphilosophen, 1993; Ilse Korotin (Hrsg.): „Die besten Geister der Nation“, 1994; Volker Böhnigk: Kant und der Nationalsozialismus, 2000; Volker Böhnigk: Kulturanthropologie als Rassenlehre. Nationalsozialistische Kulturphilosophie aus der Sicht des Philosophen Erich Rothacker, 2002; Christian Tilitzki: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, 2002; Sven Schlotter: Die Totalität der Kultur. Philosophisches Denken und politisches Handeln bei Bruno Bauch, 2004; Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): vergessen? verdrängt? erinnert?, philosophie im nationalsozialismus, 2008; Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): Philosophie im Nationalsozialismus, 2009.

<sup>12</sup> Ausnahmen: Norbert Kapferer: Die Nazifizierung der Philosophie an der Universität Breslau, Münster 2001 oder Claudia Schorcht: Die Philosophie an den bayerischen Universitäten 1933 – 1945, Erlangen 1990.

<sup>13</sup> Beim nationalsozialistischen Umbau der Universität ist der Philosophie „keine größere Bedeutung“ zugekommen, urteilt auch Sieg. Sieg 2013, 200.



tung abseits zu stehen.<sup>14</sup> Auch wenn „die wirklichen Nazis [...] doch überhaupt kein Interesse an uns“ hatten, wie Hans-Georg Gadamer in einem Interview äußerte<sup>15</sup>, wurden Philosophen von nationalsozialistischen Redaktionen und Institutionen um tätige Mitarbeit und Aufsätze gebeten, somit also um Legitimation des Unrechtsstaates.

Die vorliegende Arbeit analysiert drei Ebenen<sup>16</sup>: die persönliche, die fachwissenschaftliche sowie die institutionelle. Auf der persönlichen und fachwissenschaftlichen Ebene werden vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Strömungen der antidemokratischen Rechten und der Darstellung der philosophischen Schulen während der Weimarer Republik die Biographien der sieben während der Weimarer Republik lehrenden Tübinger Philosophen beleuchtet, eine detaillierte Werkanalyse bis zum Beginn des Nationalsozialismus untersucht sowohl die philosophischen Standpunkte als auch die politischen Einstellungen vor 1933. So können die Tübinger Dozenten im reichsweiten politischen Koordinatensystem der Philosophen verortet werden.

Die Analyse zeigt ebenso deutlich die inhaltlichen und politischen Wandlungen insbesondere der beiden Ordinarien Theodor Haering und Max Wundt während der 14 Republik-Jahre. Während sich der Weimar-kritische Theodor Haering kontinuierlich zum Befürworter einer Autokratie entwickelte, wandte der demokratiefeindliche Max Wundt unterschiedliche Strategien an, um die Weimarer Republik zu überwinden und einem monarchischen System wieder an die Macht zu verhelfen. Die 1917 gegründete Deutsche Philosophische Gesellschaft (DPHG) war Sammelbecken und Sprachrohr der Weimar-Gegner. Ihr gehörten überwiegend deutsch-national und auch antisemitisch eingestellte Philosophen an. Wundt war einer ihrer Begründer. Sein Kampf gegen Weimar und seine Vernetzung in deutsch-nationalen und völkischen Kreisen widerlegt auch bei ihm die Legende vom Elfenbeinturm, wie die vorliegende Arbeit zeigt. Ein Elfenbeinturm dient(e) so als eine Zuschreibung, die Philosophen von Schuld entlasten soll, in die sie sich aber auch gerne geflüchtet haben, um ihre Verantwortung zu reduzieren.

Während der zwölf Jahre dauernden NS-Diktatur gehörten in Tübingen zehn Dozenten dem Philosophischen Seminar an. Besonderes Augenmerk wird auch in dieser Zeit auf Theodor Haering und Max Wundt gelegt, die übrigen acht emeritierten, außerordentlichen, nicht-

---

<sup>14</sup> Nach Grüttner ist die Zahl der Lehrstühle in der Philosophie zwischen 1931 und 1938 von 67 auf 36 gesunken, was einer Abnahme von 46,3 Prozent entspricht; Grüttner 2003, 36.

<sup>15</sup> Gadamer 1990, 551., zitiert nach Wolters 2009, 65.

<sup>16</sup> Vgl. die Ausführungen von Dieter Langewiesche 1997, und Elisabeth Kraus 2006.

beamteten und außerplanmäßigen Professoren werden weniger ausführlich behandelt, zumal sie nur wenige Jahre an der Universität gelehrt haben, unmittelbar nach 1933 emeritiert worden sind oder vor 1945 starben.

Untersucht wird, ob und inwieweit sich die Dozenten in der Zeit des Nationalsozialismus von ihrer politischen Haltung in der Weimarer Republik entfernt haben, wie sich die neuen Verhältnisse auf die Lehre und ihre fachwissenschaftlichen Publikationen ausgewirkt, ob sie fachwissenschaftliche Normen verteidigt oder verletzt haben, ob ihre Karrieren begünstigt, gehemmt oder beendet wurden. Auch welche öffentlichen und privaten Ämter sie bekleidet, in welchen Initiativen und mit welchen Aktivitäten sie im NS-Staat aufgefallen sind und sich womöglich profiliert haben, ist von wissenschaftlichem Interesse. Individuelle Entscheidungen werden ausgelotet, belletristische Veröffentlichungen, unveröffentlichte Werke, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Reden, Vorträge und Reisen berücksichtigt. Die Materialbasis der vorliegenden Untersuchung bilden neben den veröffentlichten Werken der an der Universität lehrenden Dozenten sowie deren Nachlässe und Briefe außerdem die Akten in den Universitäts-, Landes- und Bundesarchiven. Auch für die NS-Zeit ist eine eingehende Werkanalyse der beiden Ordinarien Haering und Wundt der Kern der Untersuchung, terminologische Veränderungen sowie inhaltliche Modifikationen werden ebenso analysiert.

Am Schluss des NS-Kapitels werden individuell die Fragen der Nicht-Gleichschaltung oder Selbstgleichschaltung, nach Opportunismus, Selbstbehauptung oder Anpassung, nach Resistenz oder Opposition, nach nazifizierter oder wertfreier Philosophie beantwortet. Dazu wird eine Kategorisierung der Tübinger Philosophen versucht. Die von Wolters vorgeschlagene Einteilung in „‘Nazis‘, ‚Opportunisten‘ und ‚Aufrechte“<sup>17</sup> ist wegen der inhaltlichen Breite der Begriffe und der mangelnden Differenzierungsmöglichkeit nicht geeignet, obwohl Wolters innerhalb seines Schemas graduelle Abstufungen zulässt. Auch die von Helmut Heiber vorgenommene Dreiteilung der Dozenten in „Gegner, Gleichgültige und Gläubige“<sup>18</sup> fasst das differenzierte Spektrum der auf unterschiedlichen Ebenen agierenden Dozenten nicht hinreichend konkret genug. Stattdessen orientiert sich diese Arbeit an Dieter Langewiesches Verhaltensvarianten<sup>19</sup>, die eine nähere Klärung über die Einstellung Tübinger Philosophen zum Nationalsozialismus erlauben. In Frage kommt graduell abgestuftes oppositionelles oder resistentes Verhalten, die Versuche fachwissenschaftlicher Selbstbehauptung

---

<sup>17</sup> Wolters 2009, 67.

<sup>18</sup> Heiber 1991, 150 und 318.

<sup>19</sup> Langewiesche 1997, 621ff.

tung einschließen. Analysiert werden ebenso die Formen der Selbstgleichschaltung im Nationalsozialismus, wie sie Langewiesche herausgearbeitet hat (illusionäre, nachholende und identifizierende Selbstgleichschaltung). Im Anschluss daran wird die von Haering und Wundt vertretene neuidealistische Philosophie, mit der sich die beiden Tübinger Philosophen selbst in die historische Reihe der „deutschen Philosophen“ gestellt haben, als „idealistisch-mythologische Weltanschauung“ gekennzeichnet. Sie war eine Antwort der beiden Philosophen auf das von ihnen empfundene ideelle und religiöse Vakuum in der Weimarer Republik, ein Versuch, sich und die (NS-)Gegenwart in der Geschichte geistig zu verorten, eine intellektuelle Heimat in einer imaginär gedachten „deutschen (Denker-)Tradition“ zu finden.

Auf der institutionellen Ebene wird das Philosophische Seminar als Teil der Philosophischen Fakultät und der Eberhard-Karls-Universität untersucht. Ob sich das Philosophische Seminar gegenüber den Begierden, Vereinnahmungsversuchen oder Übergriffen nationalsozialistischer Instanzen oder der gleichgeschalteten Universität behaupten konnte oder sich als Ganzes dem Zeitgeist willig unterordnete, unterordnen musste, von ihm profitierte oder an Gewicht einbüßte, ist ein weiterer Fragenkomplex. Erfuhr das Fach an der Universität Tübingen durch das Engagement Max Wundts in der im November 1936 gegründeten „Forschungsabteilung Judenfrage“ gar eine Aufwertung? Welche personellen Konstellationen sind innerhalb des Philosophischen Seminars auszumachen? Wie hat sich das Philosophische Seminar bei der Verweigerung einer *Venia legendi* verhalten? Warum gab es keinen Protest bei der Entlassung des außerordentlichen Professors Traugott Konstantin Oesterreich? Wie verhielten sich Seminar und Universität im Falle einer oktroyierten Personalie? Wie entwickelten sich Vorlesungs- und Seminarangebote? Das Fazit vorweg: Das Philosophische Seminar war nicht nur Verlierer bei sämtlichen Übergriffen nationalsozialistischer Instanzen, es befand sich am Ende der nationalsozialistischen Diktatur personell und fachwissenschaftlich auch in einem problematischen Zustand.

Die Arbeit wäre jedoch unvollständig, würde sie nicht auch die Nachkriegszeit in den Blick nehmen. Norbert Frei<sup>20</sup> hat mit dem Begriff „Vergangenheitspolitik“ im großen Rahmen abgesteckt, was im Mikrokosmos des Philosophischen Seminars der Eberhard-Karls-Universität und der Stadt Tübingen zu untersuchen wäre: Die Säuberung des Philosophischen Seminars und die Entnazifizierung am Beispiel der Tübinger Philosophen sowie deren Rechtfertigung und Rechtfertigungsstrategien sollen unter Berücksichtigung der politischen

---

<sup>20</sup> Frei 2003.

„Großwetterlage“ in der damaligen französischen Besatzungszone und der späteren jungen Bundesrepublik in ihrer Restaurationsphase sowie eines allgemeinen Verlangens nach Sühnevollzug und „Schlussstrich“ die „Vergangenheitspolitik“ im Kleinen offen legen. Hier kann jedoch keine erschöpfende Darstellung gegeben werden, dazu wäre eine selbstständige Untersuchung vonnöten. Erste Hinweise hält aber diese Arbeit bereit: Weder der nach dem Zweiten Weltkrieg auf eigenen Wunsch emeritierte Philosoph Max Wundt noch die aufgrund ihrer „Verstrickung“ ins NS-System entlassenen Tübinger Philosophen waren sich einer (Mit-)Schuld an der Zerstörung der Weimarer Republik bewusst. Ebenso empfanden sie keine Mitschuld an den Folgen der nationalsozialistischen Politik, obwohl sie das NS-System unterstützt hatten. Im Gegenteil: Sie fühlten sich durchgängig zu Unrecht an den Entnazifizierungs-Pranger gestellt, mehr noch: Sie sahen sich als Betrogene, sogar als Opfer. Theodor Haering ist als einziger Tübinger Philosoph in der neuen Bundesrepublik überdies wieder zu Ehren gekommen. Die Stadt Tübingen hat ihm die Ehrenbürgerschaft übertragen<sup>21</sup>, von der Bundesrepublik erhielt er das Große Verdienstkreuz. Außer dem von den Nationalsozialisten 1933 aus politischen Gründen entlassenen Traugott Konstantin Oesterreich ist jedoch keiner der Tübinger Philosophen ans Dozentenpult zurückgekehrt.

## **II. Weimar: Antidemokratisches Denken von rechts**

Nach der Abdankung Kaiser Wilhelms II. und dem verlorenen Ersten Weltkrieg erschütterte das Deutsche Reich eine Reihe von Unruhen, Aufständen und Putschversuchen. Das Land, gewissermaßen über Nacht zur Republik geworden, war am Ende des Jahres 1918 aufgrund seiner zuvor versäumten demokratischen Reformen in Politik und Gesellschaft auf die parlamentarische Demokratie nicht vorbereitet.<sup>22</sup> Der Wechsel des politischen Systems stieß im horizontalen und vertikalen Gefüge auf eine überforderte Organisationsform und ihrer unvorbereiteten tragenden Akteure der ehemals konstitutionellen Monarchie – strukturell, geistig und politisch. Bis in die die Republik tragenden Parteien hinein fehlte ein ausreichendes Verständnis der Funktionsbedingungen einer parteienstaatlichen Demokratie.<sup>23</sup> Die demokratische Hülle ohne den dazugehörigen Inhalt ließ jedoch eine Legitimations-

---

<sup>21</sup> Am 17. Juni 2013 hat der Tübinger Gemeinderat Theodor Haering die Ehrenbürgerschaft aufgrund seiner „Verstrickung“ ins NS-System wieder aberkannt.

<sup>22</sup> Einen Überblick zu allen Facetten der Weimarer Republik im Deutschen Reich geben: Bracher, Funke, Jacobsen (Hrsg.) 1988.

<sup>23</sup> Vgl. Döring 1975, 3f.

krise entstehen. In das verfassungsrechtliche, gesellschaftliche und politische Vakuum des neuen demokratisch verfassten Staates drückten mit Vehemenz neu gegründete Parteien und Organisationen unterschiedlichster Couleur, insbesondere die politische Linke und Rechte. Zum Legitimationsproblem des neuen Staates kam die Erbschaft des verlorenen Ersten Weltkriegs hinzu: Der von den meisten Deutschen als „Diktat“ empfundene „Vertrag von Versailles“ mit seinen Reparationszahlungen an die Siegermächte sowie die oktroyierte Übernahme der „Alleinschuld“ am Ersten Weltkrieg und die Reduzierung der Streitkräfte, die „Dolchstoßlegende“ und der permanente Streit der Parteien, die Räumung der besetzten Gebiete, die Abtretung von Elsaß-Lothringen und oberschlesischer Gebiete, die Besetzung des Rheinlands, der Exportboykott der Entente sowie Hunger und Wirtschaftskrisen. Eine unruhige und unfriedliche, zerstrittene und zerrissene sowie unzureichend geschützte Republik war die erste deutsche Demokratie. So konnte sich „eine wirklich demokratische politische Kultur (...) unter den Bedingungen der Weimarer Zeit, mit ihren Krisenphänomenen und ihren starken sozialen und ideologischen Bindungen an die vordemokratische Ära der Kaiserzeit, nicht ausbilden.“<sup>24</sup> Im Verlauf der nicht einmal 15 Jahre andauernden Republik wurden die antidemokratischen Kräfte immer stärker.

Beharrlichkeit und Durchsetzungsfähigkeit des antidemokratischen Denkens sind mit der inneren Schwäche und dem Untergang der Weimarer Republik Kurt Sontheimer zufolge unlöslich miteinander verknüpft.<sup>25</sup> Antidemokratisches Denken sperrte sich zunächst gegen die Republik, verweigerte ihr in der Folge die notwendige Unterstützung und legte schließlich die Basis, von der aus die Nationalsozialisten und andere republikfeindliche Gruppen „das System“ zu überwinden trachteten. Bei den politischen Rechten gehörten dazu die beiden großen Gruppen des „alten“ und „jungen Nationalismus“, die sich im Ersten Weltkrieg herausgebildet hatten. Auf der politischen Linken waren es die Kommunisten.<sup>26</sup> Während der Kommunismus als Ziel die „Diktatur des Proletariats“ nach sowjetischem Vorbild ausgab, strebten die „alten Nationalisten“ eine Fortsetzung der konservativ-nationalstaatlichen Traditionen an, die „neuen Nationalisten“<sup>27</sup> hingegen hatten sich nach der Niederlage von 1918 eine Neugeburt des Staates mit einem das Volk einenden Patriotismus erhofft.

---

<sup>24</sup> Sontheimer 1988, 455.

<sup>25</sup> Sontheimer 1994, 13.

<sup>26</sup> Sontheimer 1994, 26.

<sup>27</sup> Armin Mohler, Schweizer Journalist, Publizist, Schriftsteller und einstiger Privatsekretär von Ernst Jünger, verlieh dieser Gruppierung in seiner Dissertation von 1949 die Bezeichnung „Konservative Revolution“.

Der staatszersetzende Einfluss kommunistischer Organisationen auf die Weimarer Republik soll nicht geschmälert werden. Doch im Hinblick auf die späteren Ausführungen zu den Tübinger Philosophen wird eine Klassifizierung des antidemokratischen Denkens ausschließlich auf der politischen Rechten vorgenommen. So können die Ordinarien der Tübinger Philosophie den unterschiedlichen Strömungen des antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik zugeordnet werden. Sie unterteilt Sontheimer in sechs „Gesinnungsgruppen“<sup>28</sup>, in denen sich das politisch rechte antidemokratische Denken in jeweils unterschiedlich starken Nuancierungen ausdrückte: Der Deutsch-Nationalismus, die Konservative Revolution, der Revolutionäre Nationalismus, der Nationalbolschewismus, die Deutsch-Völkischen und der Nationalsozialismus. Die Übergänge zwischen einzelnen „Gesinnungsgruppen“ sind teilweise fließend, ihr Denken wirkte in unterschiedliche Parteien und Organisationen hinein.

Ihre Kritik, ihre Verachtung, ihr Kampf richtete sich gegen die Weimarer Demokratie, gegen die sie begründenden demokratischen Gedanken und liberalen Grundwerte, die sie legitimierende Verfassung, gegen den Parlamentarismus und die ihn tragenden und sie verteidigenden politischen Parteien und deren Politik. Stattdessen traten sie ein für einen starken, autoritären Staat, einen von allem Fremden geistig und biologisch „rein“ gehaltenen deutschen (germanischen) Volksstaat, ständisch gegliedert, aufgeteilt in „Führer“ und „Geführte“, deren einzelne Willen sich zu einem „organischen Ganzen“ verdichten und in dem sich eine als ideal gedachte Gemeinschaft verwirklichen sollte.

## A. Gruppierungen antidemokratischen Denkens

Strikt antidemokratisch kennzeichnet Sontheimer **die Deutschnationalen**. Sie rekrutierten sich vornehmlich aus dem gehobenen Bürgertum und dem Adel, insbesondere aus der einstigen Beamten- und Militäristokratie. Als überzeugte Monarchisten verteidigten die Deutschnationalen das alte politische System mit seinem Machtstaatsgedanken, Ständestaat und Militarismus. Sie sahen in der Weimarer Republik ihre alten Werte wie Autorität, Gottesgnadentum, Treue, Würde, Ehre und Vaterlandsliebe schwinden. Anstelle eines machtvollen und waffenstarrten Kaiserreichs, das ihnen Macht, Einfluss und Privilegien gesichert hatte, lebten sie nun in einer Republik, deren Vertreter sich die Gleichheit aller Deutschen und die Abschaffung der Standesunterschiede in die Verfassung geschrieben hatten. Repräsentiert wurden die Deutschnationalen von der zu Beginn der Weimarer Republik eindeu-

---

<sup>28</sup> Im folgenden: Sontheimer 1994, 113ff.

tig monarchistisch ausgerichteten Deutschen Volkspartei (DVP) und der reaktionären Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Rückwärtsgerichtet ersehnten sie das Kaiserreich Bismarck'scher Prägung, lehnten sich gegen die neue soziale Ordnung von Weimar auf, agitierten gegen den Versailler Vertrag und die „Erfüllungspolitik“, propagierten die „Dolchstoßlegende“ und kämpften gegen die „Kriegsschuldfrage“. Betont vaterländisch gesinnt traf der Bannstrahl der Deutschnationalen die in ihren Augen vaterlandslosen Demokraten.

Politisch inhaltlich ähnlich argumentierten die Vertreter der **Konservativen Revolution**. Doch laut Sontheimer unterschieden sich junge Nationalisten von den alten „durch ein neues Lebensgefühl, ein neues elementares Bewusstsein“<sup>29</sup>. Die nachwachsende Generation wurde für die junge Republik immer bedeutungsvoller, da mit jeder Wahl mehr Wähler aus ihren Reihen an die Urnen gingen. Geprägt vom Ersten Weltkrieg und überzeugt von der Relevanz der sozialen Frage erstrebten sie einen Volksstaat, „in dem alle Teile der bisher in Klassen gespaltenen Nation ihren Platz haben“<sup>30</sup>. Erwartungsvoll hoffte die Konservative Revolution auf das Ende des liberalen, nationalstaatlichen Zeitalters und den Beginn einer neuen Zeit mit neuen Werten sowie mit neuen politischen Formen und Institutionen. In Abgrenzung zu den reaktionären Deutschnationalen klammerten sich die Vertreter der Konservativen Revolution nicht an das Alte, Überkommene. Erwartungsvoll blickten sie in eine Zukunft, „in der Ewigkeitswerte zur Geltung kommen“<sup>31</sup> – politische Vernunftordnungen oder zweckgerichtete politische Systeme waren nicht ihr Ziel. Um die verschütteten „ewigen Werte“ wieder zu beleben und mit neuem Inhalt zu füllen, der auch die Folgen der Französischen Revolution vertilgen sollte, schien eine Gegenrevolution notwendig. Sie sollte den Menschen wieder mit der Natur und Gott verbinden. Statt Gleichheit wurde innere Wertigkeit, statt sozialer Gesinnung der gerechte Einbau in die hierarchische Gesellschaft, anstelle einer mechanischen Wahl das organische Führerwachstum und statt des Glücks der Massen das Recht der Volksgemeinschaft gepredigt.<sup>32</sup> Zunächst in Deutschland sollte sich die Revolution über die gesamte Welt ausbreiten. Mit Träumerei und Schwärmerei sowie mit einem gehörigen Schuss Mystizismus und hoch gesteckten demokratiefeindlichen Idealen ging die Konservative Revolution daran, aus einem gemeinsamen Wertekanon aller Deutschen das „Dritte Reich“ herbeizuführen, wie einer ihrer Propheten, Arthur Moeller van den Bruck (1876 – 1925), sein 1923 erschienenes Werk nannte.

---

<sup>29</sup> Sontheimer 1994, 118.

<sup>30</sup> Sontheimer 1994, 119.

<sup>31</sup> Sontheimer 1994, 119.

<sup>32</sup> Sontheimer 1994, 120.

Zu den Vertretern des **Revolutionären Nationalismus** zählt Sontheimer etwa den Schriftsteller Ernst Jünger (1895 – 1998). Diese Spielart des antidemokratischen Denkens auf der politischen Rechten war militanter und schonungsloser als der eher romantisch durchsetzte konservative Nationalismus. Denn unmittelbarer Ausgangspunkt waren die Erlebnisse im Stellungskrieg, die später in ein politisches Programm für die Nation umgesetzt wurden. „Nation“ wurde als vitalistische „Blutgemeinschaft“, der „Staat“ als „Kampfgemeinschaft“ definiert, der absolute Führergedanke und ein deutscher Imperialismus propagiert.<sup>33</sup> Die Heeresgliederung sollte auf die staatliche Organisation übertragen werden, die Helden der Schlacht wurden dem Bürgertum gegenübergestellt. Belächelt wurden Vernunft und Humanität, Opferbereitschaft wurde bis in den Tod hinein verlangt. Unbedingt und rücksichtslos betrieben die Revolutionären Nationalisten die Zerstörung der Republik „und ihre Ersetzung durch einen völkisch geballten Machtstaat, in welchem das Militärische und Heldische ihre Krönung finden“.<sup>34</sup>

National orientierter Kommunismus und sozial-revolutionärer Nationalismus verschränkten sich ideologisch im **Nationalbolschewismus**, jener Gruppierung antidemokratischen Denkens, die sich laut Sontheimer gegen die Entente, den Vertrag von Versailles und den Separatismus innerhalb des Reiches wandte. Ernst Niekisch (1889 – 1967) war einer ihrer profiliertesten Vertreter. Als Variante des revolutionären Nationalismus legt er mehr Gewicht auf ein sozial- und außenpolitisches Programm. Sein Ziel war die Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus, deren Gesinnung sich jedoch mit nationalem Inhalt füllen sollte. In der Achse Potsdam – Moskau versinnbildlichte sich ihm zufolge preußischer Geist und preußische Staatsgesinnung mit dem erfolgreichen Aufstand eines Volkes gegen das westliche Europa, das ihm als Wurzel allen Übels erschien. Den Arbeitern wies er einen wichtigen Platz in der Volksgemeinschaft zu, die von der Zucht, Sittlichkeit und Hingabe Preußens an den Staat geprägt sei.<sup>35</sup>

Sontheimer ist sich bewusst, dass der Begriff des „Völkischen“ sehr vage ist und sich von der Volkstumsideologie schwer abgrenzen lässt. Grundlegend war den **Deutsch-Völkischen** die deutsche Weltanschauung, wonach das deutsche Volk von anderen „völkischen Beimischungen“ frei ist. „Nation“ und „völkisch“ werden dann zur Deckung gebracht, wenn im Staatsvolk allein deutsches Blut fließt.<sup>36</sup> Vermeintlich Eigenes und Fremdes werden schroff geschieden. So forderten die

---

<sup>33</sup> Sontheimer 1994, 124.

<sup>34</sup> Sontheimer 1994, 125.

<sup>35</sup> Sontheimer 1994, 130.

<sup>36</sup> Sontheimer 1994, 131.



Deutsch-Völkischen die Reinhaltung des deutschen Blutes über die Rassenhygiene, die Ausschaltung des internationalen Börsenkapitalismus und der globalen wirtschaftlichen Verflechtung zugunsten der Ausweitung agrarischen Potenzials auf den mystisch verklärten deutschen Boden, die Abschaffung westlicher staatlicher Institutionen und deren Ersetzung durch einen völkischen Staatsaufbau, die Konzentration auf deutsches Denken, was die Abwehr von Fremdwörtern und die Ausschaltung „jüdischen Geistes“ beinhaltete, die Pflege „artgemäßer“ Kunst sowie die Ersetzung des „jüdischen Gottes“ durch einen deutschen. Der Kampf Volk gegen Volk gehört zum Lebensprinzip, denn eine Vermischung der Völker habe unweigerlich Schwächung des deutschen Volkes zur Folge. Der Rückgriff auf frühes Germanentum, der Zugriff auf den Biologismus und der Antisemitismus gehören zum deutsch-völkischen Bewusstsein. Die Welt wird geteilt in Deutsches und Undeutsches, Juden und Arier, Nationales und Internationales. Rasse und Rassenvermischung sind grundlegende Leitlinien. Völkische Ideologie sah im „internationalen Judentum“ und in der „Weltverschwörung“ das Grundübel für das deutsche Volk. Im Nationalsozialismus wurden diese Vorstellungen bei der Vernichtung der europäischen Juden, der behaupteten „Herrennatur“ des deutsch-arischen Menschen und des „Untermenschentums“ der slawischen Völker, der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ und der Eroberung von „Lebensraum“ im europäischen Osten grausame Wirklichkeit.<sup>37</sup>

**Der Nationalsozialismus** bediente sich aus allen Schattierungen des antidemokratischen Denkens der politisch rechten Sphäre. So erhielt er auch ab Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre den großen Zulauf. Begonnen als völkische Partei mit starkem antisemitischen Einschlag reicherte die NSDAP ein schwammig formuliertes „positives Christentum“ in ihrem 25-Punkte-Programm vom 24. Februar 1920<sup>38</sup> an, verfocht einen Antisemitismus und einen vulgären Sozialdarwinismus mit dem Glauben an die Überlegenheit der arischen Rasse und einem angeblichen „Kampf ums Dasein“, in dem der Stärkere über den Schwächeren siegt. Das Volk nimmt in der Ideenwelt der Nationalsozialisten den wichtigsten Platz ein. Demgegenüber ist die Freiheit des Einzelnen gegenstandslos. Die Wirtschaft hat sich dem Staat unterzuordnen, der Parlamentarismus wird abgelehnt und bekämpft, das Führertum propagiert. Den Juden wird die Staatsbürgerschaft verweigert. Stattdessen wird ihnen – vorläufig – ein Gaststatus eingeräumt. Gesetzgebung und Ämtervergabe werden den rassischen Prinzipien zufolge nur „deutschblütigen Volksgenossen“ erlaubt. In ihrem Programm forderte die NSDAP etwa auch ein „Groß-Deutschland“, die Aufhebung des Ver-

---

<sup>37</sup> Sontheimer 1994, 134.

<sup>38</sup> Hofer 1982, 28ff.

sailer Vertrags, die Ausweitung der Siedlungsfläche, die Verstaatlichung von Betrieben und eine Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, die Kommunalisierung von großen Warenhäusern, eine starke Zentralgewalt sowie Stände- und Berufskammern. Außerdem verlangte die NSDAP die Einschränkung der Pressefreiheit, eine umfassende Bildungsreform, die sich am „praktischen Leben“ orientiert, ein nationalsozialistisches Staatsverständnis vermittelt und auf „körperliche Erziehung“ abhebt.

## **B. Der „unpolitische Professor“ – autoritär und national**

Im Jahre 1920 lehrten an den deutschen Hochschulen 1.953 Ordinarien, 873 Extraordinarien und 1.539 Privatdozenten. Elf Jahre später war ihre Zahl stark gestiegen, 1931 standen 2.384 Ordinarien, 1.855 Extraordinarien und 1.840 Privatdozenten hinter dem Katheder.<sup>39</sup> Dozierten also 1920 am Beginn der Weimarer Republik 4.365 Lehrkräfte, so waren es zwei Jahre vor der „Machtergreifung“ 6.079, das ist ein Dozentenzuwachs von 39 Prozent. Bereits im Kaiserreich genossen die Hochschullehrer ein hohes Ansehen, das sie auch in die Weimarer Republik hinüber gerettet hatten.<sup>40</sup> Die im 19. Jahrhundert sich manifestierende Staats- und Staatsdieneruniversität sowie die ihr zugehörigen Subsysteme wie etwa das Verbindungswesen oder der Verband deutscher Hochschulen paarte sich mit dem Anspruch, als „maßgebliche Instanzen der Selbstaussage der geschichtlichen und politischen Situation“<sup>41</sup> eine gewichtige Rolle innerhalb des Staates zu spielen. Schließlich waren die Hochschulen der Hort, in dem seit der Monarchie eine wachsende Zahl an Studierenden zur künftigen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite erzogen und herangebildet wurde – „in Richtung auf nationales, machtorientiertes und militaristisches Denken und Handeln“<sup>42</sup>. So war das Gros der Universitäten und Hochschullehrer mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auch am Ersten Weltkrieg beteiligt – lange vor dessen Ausbruch: „Der mentalen Einschöpfung auf Krieg als Mittel der Politik entsprang folgerichtig die enthusiastische Begrüßung des ‚großen Krieges‘, die durch alle Disziplinen ging.“<sup>43</sup>

Doch bereits am Beginn des Ersten Weltkriegs splitteten sich die Hochschullehrer grob in „Annexionisten“ und „Gemäßigte“ auf. Zielten die „Annexionisten“ etwa auf Gebietsabtretungen von Belgien und

---

<sup>39</sup> Von Ferber 1956, 195, zitiert nach Langewiesche 1992, Anmerkung 21, 350.

<sup>40</sup> Reimann 1999, 11.

<sup>41</sup> Reimann 1999, 13.

<sup>42</sup> Reimann 1999, 13.

<sup>43</sup> Reimann 1999, 14.

Frankreich ab, verfolgten die „Gemäßigten“ den Weg innerer Reformen. In den ersten Monaten der Weimarer Republik erhielten die „Gemäßigten“ einigen Zulauf, doch nach Annahme des Versailler Vertrags war der Vertrauensvorschuss der Universitäten und Hochschullehrer gegenüber der Regierung dahin.<sup>44</sup> Die „Annexionisten“ schlossen sich der Deutschen Volkspartei (DVP) an oder tendierten zu ihrer Politik, ein Teil lief zur Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) über – die Deutsche Demokratische Partei (DDP) war national zu wenig zuverlässig.<sup>45</sup> Weiterhin in ihrem „Zentrum“ beheimatet war der wenig einflussreiche Kreis der Katholiken.<sup>46</sup>

Die überwiegende Zahl der sich als unpolitisch charakterisierenden Hochschullehrer verfocht ihrer Selbsteinschätzung gemäß eine „wissenschaftliche Objektivität“<sup>47</sup>. Die Dozenten sahen sich nach der Gründung der Weimarer Republik als „vierte Gewalt“, begleiteten die Friedensverhandlungen mit kritischen Kommentaren, äußerten sich zu wichtigen politischen Fragen<sup>48</sup> und mischten sich per Aufruf oder Unterschriftenaktionen immer wieder in die Politik ein.<sup>49</sup> In ihrer „überwältigenden Mehrheit“<sup>50</sup> einem autoritär-national-konservativen Credo verpflichtet<sup>51</sup>, begegneten die Hochschullehrer der Weimarer Republik betont kritisch und mit großen Vorbehalten – ohne jedoch gleich „Faschisten“ oder Nationalsozialisten zu sein.<sup>52</sup> Ein großer Teil sprach sich im Verlauf der Weimarer Republik immer vehementer für einen starken, nicht-demokratischen Staat aus, ein kleiner Teil gar für eine nationale Diktatur.

Die meisten Hochschullehrer sympathisierten mit der nationalliberalen Deutschen Volkspartei und mit den Deutschnationalen.<sup>53</sup> Bereits im Januar 1919 rief der Ausschuss der Deutschnationalen Hochschullehrer zur Wahl der DNVP auf. Er argumentierte mit der „Dolchstoßlegende“, kreierte der Sozialdemokratie die Schuld an der Niederlage im Ersten Weltkrieg an, verstand sich als „nationale Opposition“ und

---

<sup>44</sup> Die Universitäten protestierten in einer gemeinsamen Erklärung nach Bekanntgabe der Versailler Friedensvertragsbedingungen gegen das „Diktat“. Vgl. Döring 1975, 60.

<sup>45</sup> Döring 1975, 235.

<sup>46</sup> Heiber 1991, 32.

<sup>47</sup> Abendroth 1984, 11.

<sup>48</sup> Reimann 1999, 15f.

<sup>49</sup> „Mit Freuden“ begrüßten die 250 Hochschullehrer im Oktober 1932 die Amtsenthebung der preußischen Regierung. Vgl. Döring 1975, 115. Zitiert nach Berliner Börsenzeitung Nr. 481 vom 13. Oktober 1932.

<sup>50</sup> Adam 1977a, 194; Vgl. Grüttner 2009, 31.

<sup>51</sup> Theodor Eschenburg zufolge begünstigte diese Haltung eine wachsende Aufnahmebereitschaft der Hochschullehrer für den Nationalsozialismus. Vgl. Eschenburg 1965, 46.

<sup>52</sup> Abendroth 1984, 24.

<sup>53</sup> Vgl. Grüttner 2009, 32.

streute antisemitische Ressentiments ein.<sup>54</sup> Als Regierung und Nationalversammlung den Friedensvertrag von Versailles angenommen hatten, protestierten die deutschnationalen Hochschullehrer in einem Aufruf im Juni 1919 („Für Ehre, Wahrheit und Recht“) mit 300 Hochschullehrern gegen die von der Entente geforderte Auslieferung des Kaisers und seiner Offiziere.<sup>55</sup> Beispielhaft für die Ablehnung des neuen Staates durch zahlreiche Hochschullehrer sei hier der Erlanger Jurist Friedrich Lent zitiert: „Den jetzigen Staat lehnen wir ab und bauen uns einen neuen“, sagte er auf einer Reichsgründungsfeier in München 1928.<sup>56</sup> Kurz vor Ende der Weimarer Republik erklärten 50 Universitäts- und Hochschullehrer Ende Juli 1932 in einem Wahlauftritt für Hitler, eine Rettung gebe es nur durch den Nationalsozialismus.<sup>57</sup> Im Oktober desselben Jahres begrüßten 250 Hochschullehrer einer Tagung deutschnationaler Professoren „mit Freuden“ die Amtsenthebung der preußischen Regierung. Papen ermunterten sie, Deutschland von der „Vorherrschaft der Parlamente“ zu befreien.<sup>58</sup>

Einen Monat später unterzeichneten 56 Hochschullehrer (unter ihnen viele, die bereits den Wahlauftritt im Juli mitgetragen hatten) eine „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“ im Völkischen Beobachter.<sup>59</sup> Nur in der Machtübernahme durch Adolf Hitler und die nationalsozialistische Bewegung sehen sie die Möglichkeit, „der wachsenden Not und Verelendung des deutschen Volkes Einhalt zu gebieten.“ In den Jahren nach dem Kriege hätten sie „mit wachsender Ablehnung die verderbliche Wirkung des herrschenden politischen Systems auf das geistige und materielle Leben unseres Volkes gesehen“. Die „wesentlichen Zielgedanken“, darunter „die Befreiung des Staates und des sozialen Lebens von der materialistischen Fessel des Finanzkapitals“ seien „als grundsätzlich richtig erkannt“. Eine Einschränkung der geistigen Freiheit fürchtete man nicht, Bedenken über einzelne Er-

---

<sup>54</sup> Döring 1975, 61.

<sup>55</sup> Döring vermutet, dass der Aufruf eine innenpolitische Zielrichtung hatte. Die von der politischen Leitung gestürzten Machteliten wollten in diesem Hochschullehreraufruf einen kulturellen, sozialen und politischen Führungsanspruch in der Weimarer Republik begründen. Döring 1975, 236f.

<sup>56</sup> Franze 1972, 103, zitiert nach Heiber 1991, 32.

<sup>57</sup> So in einigen bürgerlichen Blättern wie der „Kieler Zeitung“, aber auch im nationalsozialistischen Blatt „Der Kampf“, Nr. 120, 30. Juli 1932, 12, zitiert nach Döring 1975, 107. Die Hochschullehrer unterstützten die NSDAP in ihrer „Bekämpfung des fremdrassigen Einflusses in unserem Volksleben, die Einschränkung des Eigennutzes auf allen Gebieten, soweit er dem allgemeinen Nutzen entgegen handelt“ und etwa im Willen zur „Befreiung des Staates und des sozialen Lebens von der materialistischen Fessel des Finanzkapitals“. Vgl. Döring 1975, 116. Helmut Heiber erwähnt auch den „Völkischen Beobachter“, in dem 51 Hochschulprofessoren das Bekenntnis zu Adolf Hitler unterzeichnet haben. Vgl. Heiber 1992, 16. Unter den Professoren waren mit Johannes Haller und Ernst Stracke zwei Tübinger. Vgl. Heiber 1992, Anhang 2, 567.

<sup>58</sup> Döring 1975, 115.

<sup>59</sup> Völkischer Beobachter, Nr. 310 vom 5. November 1932, 3.

scheinungen traten zurück, „da wir dem Geist der oberen Führer und ihrer erprobten Fähigkeit zur Reinhaltung der Bewegung vertrauen“. Der Reichsregierung könne hingegen kein Vertrauen entgegengebracht werden, da kein Systemwechsel, sondern lediglich ein Personenwechsel stattgefunden habe. Von „dieser Regierung ohne Volk“ erwarte man keine Besserung der Lage des deutschen Volkes. Von einer nationalsozialistischen Führung jedoch verspreche man sich „die Gesundung unseres ganzen öffentlichen Lebens und die Rettung deutschen Volkstums“.

Als politische Gegenkraft zur Weimarer Republik verstand sich auch der Verband deutscher Hochschullehrer. Ende der 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre sympathisierte er mit den nationalisierten und nationalsozialistischen Studierenden, ihren Organisationen und Dachverbänden.<sup>60</sup> Und das waren bis zur Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) 1926 die Korporationen und die Allgemeinen Studentenausschüsse, in denen die Verbindungen am stärksten vertreten waren. Die Allgemeinen Studentenausschüsse wurden denn auch lange vor 1933 vom NSDStB überrannt. Studenten und ihre Organisationen in der Weimarer Zeit waren somit auch das Produkt der universitären, ideologischen Sozialisation in der Kaiserzeit und im Ersten Weltkrieg, deren Instanzen sich seit Ende des 19. Jahrhunderts einem wachsenden nationalistischen, militaristischen und völkisch-antisemitischen Denken verpflichtet fühlten und sich durch den antidemokratisch orientierten Nachwuchs in den Jahrzehnten vor 1933 selbst ergänzte.<sup>61</sup> Das „unpolitische Verhalten“ einiger nationalkonservativer Hochschullehrer kulminierte in der Endphase der Weimarer Republik in einer deutlichen Fürsprache für die NSDAP.

So wurden etwa auch die alljährlichen Reichsgründungsfeiern am 18. Januar<sup>62</sup> stets ein Stelldichein der Republikgegner. Hier trafen sich Anti-Republikaner und die „nationale Opposition“ und zogen gegen die Demokratie zu Felde, verherrlichten oder beschworen wehmütig das untergegangene Kaiserreich, wiesen die „Kriegsschuldthese“ brüsk zurück und forderten Änderungen des Versailler Vertrags.

---

<sup>60</sup> Reimann 1999, 18.

<sup>61</sup> Abendroth 1984, 22.

<sup>62</sup> Der Reichsgründungstag am 18. Januar war dem Gedenken an die Proklamation des Kaisers im Schloss von Versailles am 18. Januar 1871 gewidmet. In der Weimarer Republik war dieser Tag kein Feiertag mehr, wurde dennoch mit einem hohen organisatorischen Aufwand festlich begangen. Ungeliebt war hingegen der 11. August, der Tag, an dem die Weimarer Republik sich ihre Verfassung gab.

### C. Der „Weimarer Kreis“

Im Verhältnis zu den Republikgegnern war die Schar der republiktreuen Professoren wesentlich geringer, ihr Organisationsgrad denkbar schwach. In einem Wahlauf Ruf von 1924 („Die Geistigen“<sup>63</sup> für die Demokratie“) riefen 115 Unterzeichner, die meisten von ihnen waren Professoren, zur Wahl der Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) auf. Denn nur sie setze die notwendige Außenpolitik fort und vertrete „den Gedanken wahrer Volksgemeinschaft und sozialer Gerechtigkeit“<sup>64</sup>. Wohl die größte Gruppe unter den demokratisch orientierten Hochschullehrern versammelte sich im „Weimarer Kreis“<sup>65</sup>, einem lose organisierten Zirkel, ohne formale Mitgliedschaft und ohne satzungsmäßige Organisation, der 1926 als „Vereinigung verfassungstreuer Hochschullehrer“ von 64 Ordinarien nahezu aller Universitäten und Fakultäten in Weimar gegründet worden ist und sich 1931 in „Weimarer Kreis“ umbenannte.<sup>66</sup> „Linke“ Professoren oder Pazifisten waren kaum vertreten, ebenso fehlten jüngere Kollegen. Die nach 1885 Geborenen schlossen sich kaum an, dominiert wurde der Weimarer Kreis von den 60- bis 80-Jährigen, auf die Studenten hatte er wenig Einfluss.<sup>67</sup> Er war beherrscht von Sachwaltern einer nationalliberalen Staatsideologie<sup>68</sup> und getragen von dem Gedanken, eine überparteiliche Politik zu verfolgen und bei einem Mindestmaß an Übereinstimmung die unterschiedlichsten Vorstellungen der Ordinarien zusammenzubringen. So reichte das politische Spektrum von den „Vernunftrepublikanern“ bis hin zu den „Demokratischen Idealisten“. Politisch verfolgte der „Weimarer Kreis“ eine Versöhnung der auseinandergebrochenen politischen Lager und spielte die Gegensätze zwischen ihnen herunter, wohl auch deshalb, um möglichst viele Hochschullehrer einzubinden. Demokratie war für ihn weniger „eine werterfüllte Philosophie universal gültiger Ziele“ als vielmehr eine „Methode der politischen Willensbildung“ und notwendige Konsequenz aus der In-

---

<sup>63</sup> Die konnotative Bedeutung des Wortes „Intellektuelle“ war in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus negativ besetzt.

<sup>64</sup> Vossische Zeitung, Nr. 577 vom 5. Dezember 1924, zitiert nach Döring 1975, 77.

<sup>65</sup> Weitere, aber weitgehend einflusslose demokratische Gruppen, in denen sich die Hochschullehrer engagierten, nennt Herbert Döring. Da agierte etwa die im Februar 1919 gegründete „Heidelberger Vereinigung für eine Politik des Rechts“, die einem „liberalen Imperialismus“ zuneigte, aber gegen die Kriegsschuldthese kämpfte. Etwas bedeutender war die „Vereinigung freiheitlicher Akademiker (Der Bund)“, die sich 1924 als Gegengewicht zum antisemitischen und völkischen Deutschen Hochschulring gegründet hatte, auch studentisch organisiert war („Klub republikanischer Studenten“) und sich in Ortsgruppen gliedern wollte. 1929 schloss sie sich dem „Republikanischen Reichsbund“ an. Vgl. Döring 1975.

<sup>66</sup> Döring 1975, 6f.

<sup>67</sup> Döring 1975, 139f.

<sup>68</sup> Nationalismus, Imperialismus, aber auch sozialreformerische Bestrebungen und eine realistische Analyse der Massendemokratie gingen bei den Exponenten des Weimarer Kreises eine merkwürdige Synthese ein. Vgl. Döring 1975, 233.

dustrialisierung und Modernisierung des Kaiserreichs.<sup>69</sup> „Führerdemokratien“, beherrscht von konkurrierenden Eliten, waren denn auch gängige Vorstellungen selbst verfassungstreuer Hochschullehrer.<sup>70</sup> Auch wenn dabei die überragende Stellung des „Führers“ in der Demokratie betont wurde, reicht deren Bedeutung nicht an die nationalsozialistische heran. Doch der „Führergedanke“ war in den zwanziger Jahren ein „Modeproblem“, wurde auch von Demokraten diskutiert und lag durchaus in der Luft.<sup>71</sup>

Kamen 64 Hochschullehrer zur Gründung des „Weimarer Kreises“ 1926 zusammen, stieg deren Zahl anlässlich einer Tagung 1927 auf 114, 360 weitere sandten Zustimmungserklärungen.<sup>72</sup> Damit war jedoch der Zenit erreicht, die republikanischen Kräfte an den Hochschulen verloren am Ende der Weimarer Republik immer mehr an Einfluss und gerieten zunehmend in die Isolierung. Zur nachfolgenden Tagung im Jahre 1931, die immerhin mit dem Leitthema „Kampf gegen die Invasion des Nationalsozialismus in die Universitäten“ lockte, zählten die Organisatoren nur noch 59 Gäste und 32 Zustimmungserklärungen.<sup>73</sup> Und 1932 erschienen lediglich 30 Hochschullehrer<sup>74</sup>, Zustimmungserklärungen sind nicht bekannt.<sup>75</sup> Lediglich zwei Mitglieder des Weimarer Kreises kamen aus Tübingen: Ernst Schuster (1893 – 1979), in Tübingen Privatdozent und Ende 1925 außerordentlicher Professor, ab 1927 Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Handelshochschule Mannheim, sowie der Jura-Ordinarius und liberale Politiker Wilhelm von Blume (1867 – 1927).<sup>76</sup>

Die wenigen pazifistischen und/oder marxistischen Hochschullehrer waren in der Weimarer Republik isoliert.<sup>77</sup> Sie waren und blieben Außenseiter und wurden zum Teil in ihrer Karriere behindert.<sup>78</sup> So wurde dem Heidelberger Mathematiker, Pazifisten und Juden Julius Gumbel (1891 – 1966) nach mehreren politischen Konflikten die Lehrbefugnis

---

<sup>69</sup> Döring 1975, 209.

<sup>70</sup> Wie etwa von Alfred Weber, der die Eliten im Wettbewerb um die Stimmen des wahlberechtigten Volkes in periodisch wiederkehrenden freien Wahlen sich herausbilden lassen wollte. Vgl. Döring 1975, 220.

<sup>71</sup> Döring 1975, 17.; Heiber 1991, 34.

<sup>72</sup> Döring 1975, 96.

<sup>73</sup> Döring 1975, 105.

<sup>74</sup> Döring 1975, 113.

<sup>75</sup> Döring 1975, 240.

<sup>76</sup> Kotowski 1999, 49.

<sup>77</sup> Erich Everth nimmt für das Jahr 1922 etwa 50 sozialistische Hochschullehrer im Reich und in Preußen an, darunter wenige Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei. Vgl. Vossische Zeitung vom 25. April 1922, zitiert nach Döring 1975, 145.

<sup>78</sup> Vgl. Döring 1975, 55f.

entzogen.<sup>79</sup> Da nutzte auch der Protest gegen die Entlassung im Jahre 1931 nichts, an der sich immerhin 80 Hochschullehrer beteiligten.<sup>80</sup>

Sicherlich spielte auch die zwischen 1919 und 1923 und dann wieder von 1929 an sich immer vehementer bemerkbar machende Hyperinflation auf das politische Bewusstsein der Dozenten eine Rolle.<sup>81</sup> Statusfurcht und Gehaltskürzungen mochten bei einzelnen Hochschullehrern den ideologischen Rückgriff auf „goldene Zeiten“ im Kaiserreich verstärkt haben. Besonders betraf die wirtschaftliche Unsicherheit jedoch die Assistenten – ob Privatdozenten oder nichtbeamtete außerordentliche Professoren. Denn die Aufstiegschancen waren denkbar schlecht. Eine beamtete Stellung mit einem sicheren Einkommen hatten im Sommersemester 1932 von den rund 6.000 Professoren und Privatdozenten lediglich 45 Prozent.<sup>82</sup> Immer ungünstiger wurde in der späten Weimarer Republik die Relation zwischen den freien Universitätsstellen und der Zahl ihrer Anwärter.<sup>83</sup> Hinzu kam das damals neue Phänomen der „Massenuniversität“<sup>84</sup>. So entwickelten sich die Studien- und Lebensverhältnisse der Studierenden wesentlich ungünstiger. Studierten reichsweit 1914 noch 60.000 junge Menschen, waren es 1931 bereits 104.000. In Tübingen stieg die Zahl von 2.000 (1910) über 3.483 (1919) bis auf 4.002 (1931) – innerhalb von 21 Jahren hatte sich die Zahl verdoppelt. Nach Zahl der Studenten nahm Tübingen von den

---

<sup>79</sup> Besonders dessen Aussage über den Soldatentod im Ersten Weltkrieg rührte am professoralen Verständnis von Ehre, Kampf und Vaterland: Die Toten seien „ich will nicht sagen, auf dem Feld der Unehre gefallen ..., aber doch auf grässliche Weise ums Leben gekommen.“ Zitiert nach Reimann 1999, 17. Vgl. auch Langewiesche 1992, 346.

<sup>80</sup> Döring 1975, 144.

<sup>81</sup> Vgl. Heiber 1991, 38.

<sup>82</sup> Grüttner 2009, 33.

<sup>83</sup> So wurden im Jahre 1931 knapp 150.000 Anwärter auf akademische Berufspositionen gezählt, der jährliche Bedarf aber lag laut der Schätzungen bei nur 10.000 Akademikern, die die Lücken von ausscheidenden Dozenten füllen konnten. Für das Jahr 1933 waren nur 350.000 Stellen für eine Million Akademiker vorhanden. Vgl. Langewiesche 1992, 352. Nach Berechnungen des Hochschulverbandes konnte zu Beginn der 1930er Jahre nur etwa ein Drittel der Privatdozenten und nichtbeamteten außerordentlichen Professoren der Philosophischen Fakultäten auf einen Lehrstuhl hoffen, an den Medizinischen Fakultäten sogar nur ein Siebtel. Vgl. Grüttner 2009, 33.

<sup>84</sup> Zu den Studentenzahlen und dem veränderten Sozialprofil vgl. Langewiesche 1992, 352ff. Karl Löwith, der in der Weimarer Republik bei Edmund Husserl und Martin Heidegger in Freiburg studiert hatte und 1928 einen Lehrauftrag in Marburg erhielt, führt den starken Ansturm der Studierenden auf die Universitäten darauf zurück, dass den Studierenden „ein relativ billiger, mit vielen Ermäßigungen und Unterstützungen gepflasterter Ausweg aus der bevorstehenden Erwerbslosigkeit“ geboten wurde. Gegen Ende der Weimarer Republik war „die Mehrzahl (der Studierenden, der Verfasser) [...] schon im akademischen Proletariat und als solches ein geeigneter Boden für die politische Zwangsnivellierung.“ Löwith 1986, 56. Die „Machtergreifung“ in der Studentenschaft erfolgte denn auch etwa eineinhalb Jahre vor dem 30. Januar 1933. Vgl. Grüttner 2009, 32.



23 Universitäten im Reich 1932 den 13. Platz ein, in Relation zu den Einwohnern lag die Stadt an erster Stelle.<sup>85</sup>

### III. Stadt und Universität Tübingen in der Weimarer Republik

So sind denn auch die Stadt Tübingen und ihre Universität unabhängig voneinander nicht zu denken.<sup>86</sup> Kaum Industrie, etwas Handwerk und Gewerbe, darunter Druckereien und Verlage, dazu einige Nebenerwerbslandwirte, unter ihnen Weingärtner (Gogen) sowie die im Verhältnis zur übrigen Bürgerschaft hohe Zahl an (angehenden) Akademikern prägten in der Weimarer Republik das kleinstädtisch-provinzielle, aber auch das bürgerlich-geistige Leben in der überwiegend von Protestanten bewohnten Neckarstadt. Dominiert von der 1477 gegründeten Eberhard-Karls-Universität als größter Arbeitgeberin hatten Landes- und Reichsbehörden in Tübingen ihren Sitz, Soldaten waren gegenüber dem Bahnhof stationiert. Rentner und Pensionäre kamen von außerhalb und verbrachten ihren beschaulichen Lebensabend am Neckar. Im Jahre 1925 lebten etwa 23.000 Einwohner in der Stadt, darunter über 3.000 Studenten, 1930 waren es 27.000, unter ihnen etwa 4.000 Studenten, die meist in Korporationen oder Verbindungen<sup>87</sup> organisiert waren. Der Mittelstand bestimmte soziologisch die Zusammensetzung der Bevölkerung. 1930 machten Beamte und Angestellte 36 Prozent der Bevölkerung aus, Handwerker und Geschäftsleute 34 Prozent, Arbeiter rund 28 Prozent, Bauern und Weingärtner nur noch etwa vier Prozent.<sup>88</sup> Unter den etwa 90 Juden<sup>89</sup> im Jahre 1933 waren Kauf- und Geschäftsleute, Pferdehändler, Rechtsanwälte, Bankiers, Fabrikanten, Ärzte, Lehrer und ganz wenige Professoren.<sup>90</sup> Als „Musenstadt“ und „Gelehrtenrepublik“ ließ sich Tübingen gern beschreiben, als eine Stadt, in der die Uhren ein wenig erhabener, vielleicht auch dunkelhafter als woanders ticken, in der „Geist“ zu Hause ist – besonders, seit Hegel, Hölderlin und Schelling im Stift studiert hatten. Unter den knapp 260 Vereinen und Verbänden hatten allein 87 akademische Vereinigungen ihren Sitz in Tübingen.<sup>91</sup>

---

<sup>85</sup> Adam 1977a, 21.

<sup>86</sup> Vgl. Schönhagen 1991, 17ff.

<sup>87</sup> Adam zählte 24 farbentragende und 24 nichtfarbentragende Verbindungen. Vgl. Adam 1977a, 16.

<sup>88</sup> Adam 1977a, 14.

<sup>89</sup> Lilli Zapf zählt zum Stichtag 30. Januar 1933 genau 82 Menschen, die sich zur jüdischen Gemeinde bekannten. Hinzu kamen noch 23 Tübinger, die eine jüdische Herkunft hatten, aber ausnahmslos zur evangelischen Gemeinde durch Taufe oder Konversion gehörten. Zapf 1978, 73.

<sup>90</sup> Schönhagen 1991, 83.

<sup>91</sup> Schönhagen 1991, 22.

Die Großbourgeoisie, Industrielle, selbstständige Großkaufleute oder eine nennenswerte Arbeiterschaft fehlten. Nach dem Umsturz von 1918 blieb die große Revolution in der kleinen Stadt aus, die Macht war „fest und nahezu unangefochten in der Hand des Bürgertums“<sup>92</sup> beziehungsweise in der Hand einer Gruppe von Honoratioren, die seit Generationen miteinander verbunden und obrigkeitstreu waren. Gewerkschafter und Sozialdemokraten bekamen im Bürgerrat nur ein Viertel der Sitze, im Gemeinderat errang das Bürgertum die Mehrzahl der Ratssitze.

Mit dem demokratischen Schwung unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg öffnete sich die Eberhard-Karls-Universität der Bevölkerung, schloss sich der reichsweiten Volksbildungsbewegung an und praktizierte eine umfangreiche öffentliche Veranstaltungskultur.<sup>93</sup> Dabei ließ sie sich von ihrem Selbstverständnis leiten, Erzieherin der Nation zu sein und förderte die Politisierung im demokratischen Sinne. Klagen über das Ende des Kaiserreiches gab es kaum, zunächst beherrschten die liberalen Kräfte der Universitätsmitglieder die Nachkriegsszenarie.<sup>94</sup>

An der Eberhard-Karls-Universität galt in der Weimarer Republik die im Oktober 1912 in Kraft getretene Universitätsverfassung. Die vor dem Ersten Weltkrieg reichsweit liberalste Hochschulverfassung setzte das Ministerium gegen den Willen des Tübinger Senats durch und sprach den etatmäßigen Extraordinarien Sitz und Stimme in den Selbstverwaltungsorganen des Kleinen und Großen Senats zu und baute deren Mitwirkungsrechte auch in der Fakultät aus.<sup>95</sup> An den Erfolg der Nichtordinarienbewegung knüpften die Privatdozenten an. Ihre Forderungen mündeten im Februar 1914 in einen Entwurf des Ministeriums, der jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg im Dezember 1918 verabschiedet wurde. Danach durften sie die Lehr- und Arbeitsmittel der Universität benutzen, außerdem wurde der Entzug der Lehrberech-

---

<sup>92</sup> Schönhausen 1991, 29.

<sup>93</sup> Siehe hierzu: Kotowski 1999.

<sup>94</sup> Besonders widmete sich die Universität der politischen Bildung, der Meinungsäußerung und Diskussion. Auch ein Grund für das universitäre Engagement war die Herabsetzung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre (Studierende durften wählen) sowie die Einführung des Frauenwahlrechts. Vgl. Kotowski 1999, 281ff. Auch die beiden Philosophieprofessoren Theodor Haering und Traugott Konstantin Oesterreich beteiligten sich an der „Volksbildungsoffensive“. Kotowski schätzt die Zahl der demokratischen Professoren auf „mindestens ein Dutzend“, die sich in den ersten Jahren öffentlich für die Republik eingesetzt haben. Vgl. Kotowski 1999, Anmerkung 144, 59.

<sup>95</sup> Um den Senat von den Alltagsgeschäften zu entlasten, wurde mit der neuen Universitätsverfassung auch die Aufspaltung in den Kleinen und Großen Senat vorgenommen. Der Kleine Senat befasste sich fortan mit den laufenden Verwaltungsangelegenheiten sowie mit den Finanzen. Zu den langwierigen und kontroversen Debatten um die neue Universitätsverfassung in Tübingen vgl. Paletschek 2001, 170ff.

tigung formell geregelt. Da die Mitwirkungsrechte in der Weimarer Republik weiter ausgebaut wurden, konnten die Privatdozenten seit Beginn der 1920er Jahre zwei Vertreter in den Großen Senat entsenden und hatten Sitz und Stimme in der Fakultät.<sup>96</sup> Die etatmäßigen außerordentlichen Professoren waren nun vollberechtigte Mitglieder der Fakultät. Nach 1918 wurde auch das Kanzleramt beibehalten, die Wahl des Rektors erfolgte nach wie vor nach dem Anciennitätsprinzip, wenn auch die Universität häufiger als zuvor von ihm abwich.<sup>97</sup> Erst 1932 wurde der Modus der Rektorwahl nach einer Initiative junger Professoren geändert, unter ihnen die Juristen Walter Schönfeld (1888 – 1958) und Heinrich Stoll (1891 – 1937), der evangelische Theologe Karl Fezer (1891 – 1960) und der Philosoph Max Wundt. Sie brachten im Senat einen Antrag ein, wonach künftig ein Ausschuss die Rektorwahl vorbereiten sollte. Diesem Ausschuss sollten Rektor, Prorektor sowie jeweils zwei Vertreter aus allen Fakultäten angehören.<sup>98</sup> Wichtige Änderungen erfolgten jedoch durch den Zusammenbruch der Monarchie. Die öffentlichen Universitätsfeiern wie Kaisers Geburtstag am 27. Januar, die akademische Preisverleihung am Geburtstag des Stifters und württembergischen Königs Friedrich I. im November sowie die Feier zum Geburtstag des amtierenden württembergischen Königs wurden ersetzt. Seit 1921 beging die Universität die Reichsgründungsfeier am 18. Januar und beschwor die nationale Vergangenheit und den Patriotismus. Im gleichen Jahr wurde der Tag der Rektoratsübergabe zu einem feierlichen Akt, zum „dies academicus“ hochstilisiert.<sup>99</sup>

Die demokratische Aufbruchsstimmung währte unter den Studenten und den Professoren nicht lange. Die liberalen Kräfte überließen die öffentliche Universität immer mehr den Gegnern der Republik, die mit ihrem Bildungsangebot große Gruppen erreichten und sogar Gastvorträge in der württembergischen und hohenzoller'schen Provinz anboten.<sup>100</sup> Das Bildungsangebot wurde „gewollt rechtslastig“<sup>101</sup>, republikbejahende Referenten kamen immer seltener zu Wort. Antidemokraten

---

<sup>96</sup> Vgl. Paletschek 2001, 177.

<sup>97</sup> Nach der speziellen Tübinger Rangordnung wurde bis 1908 der jeweils an der Eberhard-Karls-Universität dienstälteste Professor in einem Dreivorschlag gewählt. Die beiden anderen Professoren waren für die kommenden zwei Jahre vorgesehen. 1908 änderte die Universität das Anciennitätsprinzip auf Anregung des Ministeriums dahingehend, dass von nun der dienstälteste Professor einer deutschen Hochschule gewählt werden sollte, um auch den auswärtigen Professoren die Chance auf ein Rektorat zu geben. Bis dahin brauchte der Professor in Tübingen durchschnittlich 13 Jahre, bis er zum Rektor gewählt werden konnte. Das Amt war denn auch mit einem höheren Gehalt verbunden. Vgl. Paletschek 2001, 189ff.

<sup>98</sup> Schönfeld, Stoll und Fezer waren politisch deutschnational, Wundt zusätzlich antisemitisch. Sie wiesen eine große Nähe zum Nationalsozialismus auf. Mit ihrer Initiative, die zwar demokratischer war als der bisherige Modus, suchten sie Einfluss auf die Wahl des Rektors zu gewinnen. Vgl. Paletschek 2001, 199f.

<sup>99</sup> Vgl. Paletschek 2001, 197f.

<sup>100</sup> Kotowski 1999, 284.

<sup>101</sup> Kotowski 1999, 287.

nutzten so die institutionalisierten Bildungsangebote der Universität und bereiteten den geistigen Boden für ihre politische Meinungsführerschaft vor.

„Versailles“ wurde das beherrschende Stichwort. Gleich im November 1918 gründete sich die Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Sie empfand sich als „nationale Opposition“ und agitierte gegen die „Schmach von Versailles“. In der Programmatik finden sich völkische und antisemitische Auslassungen. „Deutsch sein ist unsere Aufgabe, deutsch denken unsere Pflicht“<sup>102</sup>, so das Motto der Gründungsversammlung.

Hoch war in Tübingen die Zahl der Kriegervereine und der militärischen Verbände.<sup>103</sup> Sie pflegten die „Frontgrabengemeinschaft“ des Ersten Weltkriegs sowie ihre revanchistisch durchgesetzten Erinnerungen. In der gesamten Stadt macht Benigna Schönhagen seit Beginn der 1920er Jahre eine „deutlich republikfeindliche Tendenz“<sup>104</sup> aus. Sie galt ebenso für die Eberhard-Karls-Universität. Antirepublikanische Parteien fanden in universitären Kreisen besonderen Anklang. Universitätsangehörige glaubten ihre Existenz von der als marxistisch denunzierten Republik bedroht, flüchteten sich in die gute alte Kaiserzeit. Theodor Eschenburg, der 1924 als Student nach Tübingen kam, erinnerte sich: „Wer sich zur Demokratie bekannte, sie bejahte, auch wenn es nur im privaten Kreise geschah, galt gesellschaftlich in den weiten Kreisen der Professorenschaft als anrühlich. Man schränkte den persönlichen Verkehr mit ihm ein, soweit es eben ging.“<sup>105</sup> Einem nationalkonservativen Credo verpflichtet stand der größte Teil der sich als unpolitisch darstellenden Hochschullehrer der Weimarer Republik mit den größten Vorbehalten gegenüber.<sup>106</sup> Die Tübinger Universität galt – wie auch Rostock – als nationalkonservative Hochburg.<sup>107</sup>

## **A. Sehnsuchtsvolle Erwartung eines Helden und Retters**

Und dieser Teil sah sich besonders berufen, die ungeliebte Republik offen zu kritisieren und ihr den eigenen Stempel aufzudrücken. Revanchistische und nationalistische Töne vernahmen Studenten wie Dozenten bei allen möglichen Anlässen, ob bei der 450-Jahr-Feier der Eber-

---

<sup>102</sup> Tübinger Chronik, 19. Dezember 1918, zitiert nach Schönhagen 1991, 30.

<sup>103</sup> So waren 1928 über 2.000 Mitglieder aus 25 Vereinen im Bezirkskriegerverband organisiert. Vgl. Schönhagen 1991, 23, sowie die Anmerkung 37, 376.

<sup>104</sup> Schönhagen 1991, 24.

<sup>105</sup> Eschenburg 1965, 36.

<sup>106</sup> Adam 1977a, 8.

<sup>107</sup> Grüttner 2009, 32.

hard-Karls-Universität im Jahre 1927 oder bei den alljährlichen Reichsgründungsfeiern am 18. Januar.<sup>108</sup> Sie insbesondere waren ein „Umschlagplatz für republikfeindliche und revisionistische Phrasen“<sup>109</sup>. Eine Feier anlässlich der Verabschiedung der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 verschmähte die Universität mit dem Hinweis, im August seien Semesterferien und somit kaum Studenten in der Stadt. Auch danach gab es keine eigene Verfassungsfeier, und auch zur städtischen entsandte die Universität keinen Vertreter.<sup>110</sup> So huldigten die Universitätsmitglieder in ihren seit 1921 bis einschließlich 1934 jeweils am 18. Januar anberaumten 13 Reichsgründungsfeiern dem Kaiser- und dem Bismarckreich, beschworen ein starkes, geißelten das „schwache, versklavte“ Deutschland, ritten Attacken gegen den „Schandvertrag“ von Versailles, forderten dessen Revision, polemisierten gegen die „Erfüllungspolitik“ deutscher Politiker, gegen die Kriegsschuldfrage, die Reparationen und die Weimarer Republik. Ein militärisch starkes Deutschland sehnten die Redner herbei, das seine abgetrennten Gebiete mit kriegerischen Mitteln zurückerobern solle.<sup>111</sup> Die gesamte Palette der Nachkriegspolitik wurde von den studentischen und professoralen Rednern thematisiert, wobei Studierendenvertreter „früher und offener“<sup>112</sup> den militärischen Revanchismus propagierten. Die Studierenden beteiligten sich auch außerhalb Tübingens an den Kämpfen gegen rätedemokratische Tendenzen. Stolz etwa verkündete der Gesamtverband Alter Landsmannschafter 1931, dass die Landsmannschaft Ghibellinia von den vereinigten Tübinger Korporationen 1919/1920 die Führung bei der Aufstellung eines Studentenbataillons übertragen bekam, das sich bei der „Unterdrückung der Unruhen in Stuttgart, bei dem Feldzug gegen die Räteregierung in Bayern und im Ruhrgebiet hervorragend betätigte.“<sup>113</sup>

Dass die Professoren sich an die Spitze dieser Bewegung setzen sollten, schien so manchem Hochschullehrer von vornherein klar, denn „von der großen Masse des Volkes kann nicht erwartet werden, dass es mit gutem Beispiel vorangeht; das Beispiel muss von den Schichten ausgehen, die auf ihre Bildung stolz sind und die sich als F ü h r e r

---

<sup>108</sup> War 1921 ausschließlich der AStA für die Ausrichtung der Reichsgründungsfeier zuständig, fühlte sich seit 1922 auch das Akademische Rektoramt verantwortlich. Vgl. Kotowski 1999, 45ff.

<sup>109</sup> Schönhagen 1991, 32.

<sup>110</sup> Kotowski 1999, 285.

<sup>111</sup> Kotowski 1999, 45ff.

<sup>112</sup> Kotowski 1999, 56.

<sup>113</sup> Im Gesamtverband der Landmannschafter waren drei Tübinger Verbindungen Mitglied: Neben der „Ghibellinia“ auch die Landsmannschaften „Schottland“ und „Ulmia“. Insgesamt sollen 500 Studierende den drei Landsmannschaften angehört haben. Vgl. Gesamtverband Alter Landsmannschafter 1931, 305; 324.

betrachten müssen“.<sup>114</sup> Bei einer zeitgleich anberaumten zweiten Reichsgründungsfeier im Jahr 1925, organisiert vom Hochschulring Deutscher Art und den Vereinigten Vaterländischen Verbänden, begrüßte Gustav Bebermeyer (1890 – 1975) im mit den alten deutschen Reichsflaggen geschmückten Schillersaal des Tübinger „Museums“ als Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände (VVV) die Festgesellschaft. Unter den „alten lieben schwarzweißbroten Fahnen“ solle einst „unser Retter kommen“, doch kommen könne er nur, „wenn wir alle ihm den Weg bereiten“<sup>115</sup>, ermunterte er die Zuhörer. Dass dieser Retter kommen würde, dessen war sich der Festredner Hermann Schneider (1886 – 1961) sicher. Der Germanist sprach über Heldentum, germanische Heldenpoesie und über das spezifisch deutsche Heldentum – in Abgrenzung zum französischen Heldentypus, der „brutal, sentimental und individualistisch“<sup>116</sup> sei. Schneider mahnte zur Geduld, doch klar war ihm: „Wir wissen, dass der Held zur Befreiung kommt, möge er ein Theoderich, oder – was mehr ist – ein Dietrich v. Bern sein.“<sup>117</sup> Gegen das „Versailler Friedensdiktat“ und gegen die Republik wetterte der Verfassungsrechtler Hans Gerber (1886 – 1981) in seiner Rede zur Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1931, in der er den Studierenden einen künftigen „neuen Sieg“ und „deutsche Befreiung“ verhiess und seine Zuhörer auf ein „leidenschaftliches Verlangen nach einem besseren Staatsverständnis, nach einem machtvollen Dritten Reich“<sup>118</sup> verpflichtete. Zum Druck gab Gerber seiner Rede den Titel „Auf dem Wege zum Dritten Reiche“.

---

<sup>114</sup> Im Original gesperrt. Gemeinderat, Professor der Augenheilkunde und Rektor der Universität Wolfgang Stock (1874 – 1956) während der Reichsgründungsfeier der Universität. Tübinger Chronik, 19. Januar 1925.

<sup>115</sup> Tübinger Chronik, 19. Januar 1925. Gustav Bebermeyer wurde 1933 zum Gleichschaltungskommissar an der Universität Tübingen ernannt. Die Tübinger Chronik bemerkte am 24. Juli 1933, dass Bebermeyer „in der nationalsozialistischen Bewegung [...] schon seit längerer Zeit an vorderer Stelle“ stehe. Bebermeyer studierte ab 1910 in München, bis zur Promotion 1913 in Göttingen. Bei Kriegsausbruch meldete er sich freiwillig an die Front, nahm auch an der „Schlacht von Langemarck“ teil, wurde im Ersten Weltkrieg mehrmals verwundet und ausgezeichnet. Von März 1919 bis August 1920 war Bebermeyer Assistent der deutschen Kommission der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, kam 1920 nach Tübingen und habilitierte sich 1921. Politisch deutschnational, war Bebermeyer Mitglied der DNVP, arbeitete im antisemitisch ausgerichteten „Alldeutschen Verband“, war 1924 Spitzenkandidat des „Vaterländisch-Völkischen Rechtsblocks“ (ein Zusammenschluss von DNVP und den Vereinigten Vaterländischen Verbänden), Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände in Tübingen, Führer ländlicher Wehrverbände im Bund Wiking, Vorsitzender der Tübinger Ortsgruppe des Nationalverbands Deutscher Offiziere und pflegte seit 1925 „regen Kontakt“ mit der Ortsgruppe der Tübinger NSDAP. Seit 1932 gehörte Bebermeyer zum informellen Kreis nationalsozialistischer Hochschullehrer. Vgl. Besenfelder 2002, 49ff.

<sup>116</sup> Tübinger Chronik, 19. Januar 1925.

<sup>117</sup> Tübinger Chronik, 19. Januar 1925.

<sup>118</sup> Hans Gerber: Auf dem Weg zum Dritten Reiche, 1934, 200. Zitiert nach Kotowski 1999, Anmerkung 123, 56.

Bei weiteren zahlreichen Anlässen verbreiteten Studierende und Hochschullehrer reaktionäres und nationalistisches Ideengut. Etwa auf den vom Hochschulring Deutscher Art initiierten Saar-Kundgebungen<sup>119</sup> und den Langemarcktagen<sup>120</sup>, bei den Kundgebungen gegen Polen<sup>121</sup> und gegen Frankreich<sup>122</sup>, oder auf den von der Universität organisierten Rheinland- und Schlageter-Kundgebungen<sup>123</sup>. Auch die Kundgebungen gegen den Versailler Vertrag und die Vaterländische Kundgebung für Hindenburg<sup>124</sup> reihten sich nahtlos in das übersteigerte nationalistische und militaristische Klima in Tübingen ein. Die Versailles- und Langemarck-Kundgebungen im Jahre 1932 glichen bereits nationalsozialistischen Parteiaufmärschen.<sup>125</sup>

---

<sup>119</sup> Das Saarland wurde nach dem Ersten Weltkrieg zunächst vom Völkerbund regiert, kam 1920 bis 1935 unter französische Verwaltung. Die Volksabstimmung im Januar 1935 erbrachte eine große Mehrheit für den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland. Das Saarland kam wieder „heim ins Reich“. In Tübingen organisierte der nationalistische und völkische Hochschulring Deutscher Art (HDA) 1921 und 1932 eine Saar-Kundgebung. Der Duktus der Reden implizierte eine diktatorische Fremdherrschaft der Franzosen über die Saarländer, die „wie eingesperrte Sklaven“ leben müssten. Vgl. Kotowski 1999, 87.

<sup>120</sup> An eine verlustreiche Schlacht in der Nähe des belgischen Ortes Langemarck im November 1914, in der viele Studenten ihr Leben verloren, erinnerte der AStA in Tübingen zweimal während der Weimarer Republik. Die Gefallenen von Langemarck waren in der Weimarer Republik ein Symbol unbedingter Opferbereitschaft. Beim ersten Langemarck-Tag am 12. November 1928 sprach Gustav Bebermeyer, der als 24-Jähriger an der Schlacht teilgenommen hatte. Der zweite Langemarck-Tag am 19. November 1932 ähnelte bereits einer NS-Veranstaltung, auf der der nationalsozialistische AStA-Vorsitzende Martin Sandberger das Ende der Republik prophezeite. Vgl. Kotowski 1999, 106ff.

<sup>121</sup> Auf der von der Studentenschaft veranstalteten Kundgebung am 4. Dezember 1930 hörten die Teilnehmer nationalistisch-rassistische Töne. Die Redner wandten sich gegen die Unterdrückung der Deutschen in den ostoberschlesischen Gebieten, wetterten gegen polnische „Untermenschen“ und forderten die gewaltsame Revision der deutschen Ostgrenze. Vgl. Kotowski 1999, 111f.

<sup>122</sup> Zahlreiche Kundgebungen wandten sich gegen den verhassten Nachbarn Frankreich – aus vielerlei Gründen: Nach dem verlorenen Krieg musste das Deutsche Reich Elsaß-Lothringen an den einstigen Kriegsgegner Frankreich abtreten; außerdem besetzten die Franzosen zusammen mit Belgien 1923 das Ruhrgebiet. Nicht zuletzt war der „Schandvertrag“ mit den vom Reich zu leistenden Reparationen in Versailles geschlossen worden, und das demokratische Frankreich galt nationalen und nationalistischen sowie antidemokratischen Kräften gleichermaßen als zu verneinender und zu bekämpfender politischer Gegenentwurf.

<sup>123</sup> Nach der Ruhrgebietsbesetzung im Januar 1923 wurde in Tübingen fünfmal zu Rheinland- und Schlageter-Kundgebungen aufgerufen. Sie waren ein Manifest nationaler Gesinnung, bei dem sich die Redner für die Wiedererstarkung Deutschlands und für den Kampf gegen Versailles aussprachen. Nachdem der einstige Soldat und Freikorpskämpfer Albert Leo Schlageter am 26. Mai 1923 von der französischen Besatzungsmacht wegen Spionage und Sabotage hingerichtet worden war, avancierte Schlageter in der Weimarer Republik bei nahezu allen Parteien zum Märtyrer und zum Symbol des deutschen Widerstandes. Die letzte Rheinland-Kundgebung („Befreiungsfeier“) fand am 1. Juli 1930 statt, einen Tag, nachdem die Alliierten das Ruhrgebiet vollständig geräumt hatten. Vgl. Kotowski 1999, 93ff.

<sup>124</sup> Die „Vaterländische Kundgebung für Hindenburg“ wurde am 12. März 1932 abgehalten, einen Tag vor der ersten Reichspräsidentenwahl, in der Paul von Hindenburg die absolute Mehrheit knapp verpasste.

<sup>125</sup> Kotowski 1999, 288.

Auch die Sonnenwendfeiern<sup>126</sup>, vor dem Ersten Weltkrieg Ausdruck des studentischen Bismarckkultes, mutierten nach dem verlorenen Krieg in der Weimarer Republik zu einem „Forum akademischer Reaktion“<sup>127</sup>. Meist marschierten über die Hälfte der Studierenden und Verbindungsstudenten in ihrer Festmontur am 21. Juni bei beginnender Dämmerung, musikalisch begleitet von Militärkapellen, von der Wilhelmstraße zum Bismarckturm<sup>128</sup>, wo bereits eine große Zuschauermenge an einem lodernden Holzstoß wartete. Dort sangen die Feiernenden Lieder und traten danach den Rückmarsch mit einem Fackelzug in die Stadt an. Hinter dem Uhlandbad bildeten sie ein Viereck, sangen die Nationalhymne und warfen die Fackeln in der Mitte zusammen. Die Reden<sup>129</sup> verherrlichten das untergegangene Kaiser- und Bismarckreich, verunglimpften die Nachkriegszeit und beschworen den Wiederaufstieg Deutschlands mit überwiegend militaristischem Vokabular.<sup>130</sup> Der gesamte romantisierende Fackelaufzug in Verbindung mit national überhöhtem Pathos dürfte seine Wirkungen bei den Universitätsangehörigen und der Bevölkerung nicht verfehlt haben.

## **B. „Auf dem besten Wege, zur Hochburg der Reaktion zu werden“**

Da war es für die allermeisten unzumutbar, als 1925 der bereits oben erwähnte Heidelberger Mathematiker und Pazifist Emil Julius Gumbel in Tübingen zum Thema „Vier Jahre Mord“<sup>131</sup> sprechen sollte. Veranstalter war die Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Akademiker, in der sozialistische und republikanische Studenten aktiv waren. Von der Polizei und dem Oberamt verboten, wollte Gumbel dann zum Thema der

---

<sup>126</sup> Insgesamt zählte Kotowski zwölf Sonnenwendfeiern in der Weimarer Republik. Nur einmal, im Jahre 1932, fiel sie wegen schlechten Wetters aus. Zehn Hochschullehrer hielten die Festansprache, acht Mal waren es ordentliche Professoren, drei Mal sprach sogar der Rektor.

<sup>127</sup> Kotowski 1999, 64.

<sup>128</sup> Von 1928 an zogen die Sonnenwendaktivisten zur Eberhardshöhe beim Nordring, wo ein Ehrenmal für die im Krieg gefallenen Studierenden und Universitätsangehörigen stand. Vgl. Kotowski 1999, 64.

<sup>129</sup> Am 21. Juni 1922 sprach Studierendenvertreter Gerhard Pfahler (1897 – 1976) über die schmachvolle Nachkriegszeit und die glanzvolle Kriegszeit, 1925 durfte er als Assistent gar die Festrede halten und durchbrach damit die Domäne der Professoren. Der spätere Rassenpsychologe trat kurz nach der Rede im Jahr 1922 zum ersten Mal in die NSDAP ein (1937 abermals), habilitierte sich 1928 in Tübingen und wurde 1938 von Göttingen nach Tübingen berufen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges befehligte er den Tübinger Volkssturm. Vgl. Kotowski 1999, 68; Schönhagen 1991, 369.

<sup>130</sup> Kotowski 1999, 69.

<sup>131</sup> So auch der Titel eines Buches von Emil Julius Gumbel, das 1922 als Fortsetzung und Erweiterung seiner Broschüre „Zwei Jahre Mord“ erschien und mehrere Auflagen erlebte. In diesem Werk greift Gumbel die zahlreichen Morde von links und rechts seit Gründung der Weimarer Republik auf und wirft der Justiz Nachlässigkeit bei der Bekämpfung und Bestrafung politisch rechter Gewalttäter vor.



deutsch-französischen Verständigung sprechen. Aber auch dieses Thema fand keinen Gefallen. Diesmal legte der Universitätsrektor Ludwig von Köhler (1868 – 1953) sein Veto ein. Als die Gewerkschafter den Studenten zu Hilfe kamen und Gumbel ihr Versammlungslokal für den 2. Juli anboten, sprengten Mitglieder des Hochschulrings Deutscher Art und der Allgemeinen Vereinigung Tübinger Korporationen den Vortrag. Im Anschluss kam es dann zur berühmten „Schlacht von Lustnau“, bei der nationalistische Studenten und Arbeiter aufeinander einschlugen. Weil der Wirtschaftswissenschaftler Robert Wilbrandt (1875 – 1954) als einziger Gumbels Einladung verteidigt hatte, musste er eine Untersuchung durch den deutschnationalen Kultminister Wilhelm Bazille (1874 – 1934; DNVP-Mitglied) über sich ergehen lassen; außerdem boykottierten ihn die Studentenschaft und „die gute Gesellschaft“ der Stadt.<sup>132</sup>

Mit ihrer Berufungspolitik hielt sich die Eberhard-Karls-Universität bewusst linke, demokratische und/oder jüdische Dozenten fern. Als 1929 der völkische und antisemitische Philosophieprofessor Max Wundt berufen wurde, sah die sozialdemokratische Zeitung „Schwäbische Tagwacht“ Tübingens Universität „auf dem besten Wege, zur Hochburg der Reaktion in Deutschland zu werden.“<sup>133</sup> Lange vor 1933 also war die Universität Tübingen politisch und geistig auf einen autoritär-diktatorischen Staat eingeschworen und vorbereitet. Da war es fast nur noch eine Formalität, als sich Ende Juli 1932 kurz vor der Reichstagswahl 50 Professoren in einer reichsweiten Unterschriftenaktion zu Adolf Hitler bekannten. Darunter waren auch zwei renommierte Tübinger Dozenten, der Historiker Johannes Haller (1865 – 1947) und der Kirchenhistoriker Ernst Stracke (1894 – 1963). In der Erklärung heißt es: „Wir erwarten zuversichtlich von nationalsozialistischer Führung im Staate die Gesundung unseres ganzen öffentlichen Lebens und die Rettung deutschen Volkstums und sind entschlossen, jeder an seinem Teil dafür zu wirken.“<sup>134</sup> In einer weiteren, ähnlich lautenden „Öffentlichen Erklärung“ zur Novemberwahl 1932 waren unter den 56 Unterzeichnern sieben Tübinger Dozenten.<sup>135</sup>

---

<sup>132</sup> Langewiesche 1992, 346.

<sup>133</sup> „Von der Landesuniversität“, Schwäbische Tagwacht vom 15. Juli 1929, zitiert nach Schönhagen 1991, 33.

<sup>134</sup> „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“, in: Tübinger Chronik, 26. Juli 1932.

<sup>135</sup> Den Aufruf unterschrieben der Historiker Heinrich Dannenbauer, der Volkswirtschaftler Oswald Lehnich (Privatdozent), der Physiologe Rupprecht Matthaei, der Urgeschichtler Hans Reinerth (Privatdozent), der Kirchenhistoriker Ernst Stracke, der Chirurg und spätere Direktor der Tübinger Chirurgie Willy Usadel und der Dozent für Internationale Kolonialwissenschaft und Rohstoffwirtschaft Eduard Haber. Vgl. Völkischer Beobachter, Nr. 310 vom 5. November 1932, Seite 3.; Schönhagen 1991, Anmerkung 254, 391; Johannes Heiber 1992, 17 und Anhang 3, 567f.

Als Vorhut eines neuen Nationalismus begriffen sich insbesondere die Studenten. Sie bekämpften in der Weimarer Republik das „Diktat von Versailles“ und trauerten der Niederlage im Ersten Weltkrieg nach<sup>136</sup>. Die demokratische Republik lehnten sie als „undeutschen Parteienstaat“<sup>137</sup> ab. Vornehmlich in Burschenschaften und Verbindungen organisiert, waren Antisemitismus und Rassismus bei ihnen weit verbreitet. Einige Burschenschaften hatten bereits 1920 beschlossen, Mitglieder auszuschließen, wenn sie eine Jüdin oder eine Farbige heiraten sollten. Einen „Arierparagraphen“ führte im Dezember 1920 der Nationale Studentenbund ein, dem zu dieser Zeit 29 Prozent der Tübinger Studierenden angehörten und den professorale Redner wie etwa Althistoriker Wilhelm Weber (1882 – 1948), der Historiker Johannes Haller oder der Philosoph Heinrich Spitta (1849 – 1929) unterstützten.<sup>138</sup> Mitte der zwanziger Jahre hatte sich reichsweit ein völkischer Radikalismus in der Deutschen Studentenschaft (DSt) durchgesetzt, die republikanischen Kräfte gerieten zunehmend in die Isolation. 1929 erhoben die Studenten die Forderung, einen Numerus Clausus bei „Juden und anderen Volksfremden“<sup>139</sup> einzuführen.

Seit Mitte der 1920er Jahre wandten sich die Studenten verstärkt den antirepublikanischen Parteien und Organisationen zu. Bereits im Sommersemester 1926 hat sich die Tübinger Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Studentenbundes (NSDStB) gegründet, drei Jahre später die studentische Sturmabteilung (SA).<sup>140</sup> Prophetisch blickte 1929 die „Schwäbische Tagwacht“ in die Zukunft: „Es gibt in ganz Deutschland keine Universität mehr, die so geeignet wäre, zur Hochburg der nationalsozialistischen Studentenbewegung werden zu können, wie gerade Tübingen.“<sup>141</sup> Hatte der NSDStB 1931 vier Sitze bei den AStA-Wahlen errungen, waren es im Herbst des gleichen Jahres bereits zehn Sitze. Ein Drittel der Mandate entfiel somit auf den NSDStB. Ende 1932 besaßen die nationalsozialistischen Studentinnen und Studenten mit 53 Prozent die Mehrheit.

Auch der 1927 in München von Alfred Rosenberg (1892 – 1946) gegründete „Kampfbund für deutsche Kultur“ hatte einen Ableger in Tübingen und stieß in der bildungsbeflissenen Stadt auf reges Interesse.<sup>142</sup> Unter der Leitung des Medizinprofessors Heinz Bromeis verbei-

---

<sup>136</sup> Adam 1977a, 21.

<sup>137</sup> Langewiesche 1992, 360.

<sup>138</sup> Ulmer 1995, 84. Der Nationale Studentenbund ging im Februar 1921 im Tübinger Zweig des reichsweit agierenden Hochschulrings Deutscher Art (HDA) auf.

<sup>139</sup> Langewiesche 1992, 360.

<sup>140</sup> Schönhagen 1991, 72.

<sup>141</sup> Schwäbische Tagwacht vom 15. Juli 1929, „Von der Landesuniversität“, zitiert nach Schönhagen 1991, 34.

<sup>142</sup> Der „Kampfbund“ hatte Vorläufer: Zunächst gab ihm Rosenberg den Namen „Nationalsozialistische Gesellschaft für Kultur und Wissenschaft“, dann „Nationalsozia-

tete der Kampfbund seine völkischen, deutschnationalen und antisemitischen Vorstellungen in Vorträgen und Kulturveranstaltungen. Nicht nur der NSDStB unterstützte den Kampfbund, auch die von den Nationalsozialisten dominierte Studentenschaft trat ihm 1932 korporativ bei.<sup>143</sup>

### C. „Und als die Juden ihr Fett abkriegt, ...“

Rassistische und völkische Ideen sowie offen propagierter Antisemitismus trafen in der Stadt bereits früh auf aufnahmebereite Empfänger und Multiplikatoren. Eine „systematische Hetzkampagne gegen Juden“<sup>144</sup> stellt Martin Ulmer während des Wahlkampfs zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920 fest – etwa von der DVP und der Württembergischen Bürgerpartei. So forderte am 4. Juni die DVP, deutsche Hochschulen sollten in erster Linie Studierenden deutscher Abstammung und deutscher Muttersprache offenstehen. Die Württembergische Bürgerpartei<sup>145</sup> warnte vor dem „internationalen Judentum“ und warb für ein „Deutschland den Deutschen“.<sup>146</sup> Immer wieder kam es auch in den folgenden Jahren zu Verunglimpfungen, Beleidigungen, Hetze und Angriffen gegen Juden.<sup>147</sup> Besonders hervorgetan hat sich hier der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, im Februar 1919 in Bamberg vom Alldeutschen Verband gegründet. Der antisemitisch ausgerichtete Verband lehnte den Parlamentarismus ab. Die Mitglieder wa-

---

listische Gesellschaft für deutsche Kultur“, schließlich im Dezember 1928 „Kampfbund für deutsche Kultur“. Die Nationalsozialisten wollten den Eindruck der Parteilichkeit vermeiden. Vgl. Piper, 2005, 260f. Der Aufruf richtete sich an „alle deutschbewegten akademischen Lehrer und an die deutsche akademische Jugend“. Unter den Gründungsauftrag der Sektion Universitäten und Hochschulen setzten unter den 46 Hochschullehrern auch sechs Tübinger Dozenten ihre Unterschrift: Universitätsmusikdirektor Karl Hasse, Kirchenhistoriker Ernst Stracke, die Historiker Adalbert Wahl und Johannes Haller, der Philosoph Max Wundt sowie der Mediziner Walter Birk. Ziele des Kampfbundes waren der „Aufbau eines neuen deutschen Kulturlebens und Schutz unserer Kulturgüter vor dem Kulturbolschewismus mit allen seinen gefährlichen Zersetzungerscheinungen.“ Schrödl 1992, 38.

<sup>143</sup> Als der SPD-Landtagsabgeordnete Berthold Heymann (1870 – 1939) rechtliche Bedenken anmeldete, rechtfertigte das Rektorat den Beitritt des AStA. Es sehe im korporativen Beitritt keinen Verstoß gegen die Satzungen der Studentenschaft. Vgl. Schönhagen 1991, 82f.

<sup>144</sup> Ulmer 1995, 83.

<sup>145</sup> So nannte sich der württembergische Ableger der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

<sup>146</sup> Ulmer 1995, 90.

<sup>147</sup> Dokumentiert sind die antisemitischen Ausfälle von Parteien, aber auch von Schülern, Studenten und Tübinger Bürgern seit 1920. Ihnen ausgesetzt waren etwa der Holzhändler Ludwig Marx, der Bankier Siegmund Weil, der Verleger Albert Weil, der Herrenausstatter Gustav Lion und die Rechtsanwälte Simon und Heinz Hayum. „Juda verrecke!“ sollen im Juli 1932 Schüler des Uhland-Gymnasiums zu Heinz Hayum gerufen und den rechten Arm zum NS-Gruß erhoben haben. Daran war auch ein Sohn des Philosophie-Professors Max Wundt beteiligt (vgl. Ulmer, 1995, 83ff.). Hierbei muss es sich um den 1914 geborenen Sohn Wilhelm Siegfried August Wundt gehandelt haben.

ren überwiegend Akademiker, einer seiner antisemitisch profiliertesten Mitglieder war der Tübinger Professor für Botanik Ernst Lehmann (1880 – 1957).<sup>148</sup> Unterstützt wurde der Schutz- und Trutzbund auch vom Münchener Verleger Julius Friedrich Lehmann (1864 – 1935).<sup>149</sup>

Auch an der Universität waren antijüdische Ressentiments stark verbreitet.<sup>150</sup> Juden hatten bereits vor dem Ersten Weltkrieg Schwierigkeiten, sich zu habilitieren, wie etwa der Nationalökonom Jacob. Und als Alfred Landé (1888 – 1976) das Extraordinariat für Theoretische Physik 1922 besetzte, äußerten sich einige Professoren darüber empört.<sup>151</sup> Landé verließ die Universität Tübingen 1931 und ging nach Columbus/Ohio. Er war ihr letzter jüdischer Dozent.<sup>152</sup>

Bereits 1919 wurde dem ausgewiesenen Rassenhygieniker Philalethes Kuhn<sup>153</sup> (1870 – 1937) eine Plattform gegeben. Er sprach in seinem Vortrag über „Rassenhygienische Gesichtspunkte in der Bevölkerungspolitik“. Die Abneigung gegen Juden formulierte das Akademische Rektoramt 1922 in einer Antwort an die Münchener Hochschule, dass es „wenn irgend möglich, rassefremde Ausländer (namentlich Ostjuden)“ nicht zum Studium zulasse „und deren Deutschstämmigkeit, wenn sie behauptet wird, verneint“.<sup>154</sup> Und am 20. Februar 1924 gründeten die Medizin-Professoren Kurt Wolf (1865 – 1947) und Wilhelm Weitz (1881 – 1969) eine Tübinger Ortsgruppe<sup>155</sup> der 1905 in Berlin ins Leben gerufenen Gesellschaft für Rassenhygiene. Sie verbreitete in öffentlichen Vorträgen den nationalsozialistischen Rassegedanken und einen militanten Antisemitismus.<sup>156</sup> Tübingen, so Wolf in seiner Eröffnungsrede, dürfe „in der Verbreitung rassenhygienischer

---

<sup>148</sup> Lehmann gründete die Zeitschrift „Der Biologe“, in der auch der Tübinger Philosophie-Professor Theodor Haering veröffentlicht hat.

<sup>149</sup> Beim Lehmann-Verlag hat der Philosophie-Professor Max Wundt einige Werke erscheinen lassen.

<sup>150</sup> Adam 1977a, 10.

<sup>151</sup> Adam 1977a, 30.

<sup>152</sup> Die Aussage des nationalistischen und völkischen Tübinger Biologen Ernst Lehmann (1880 – 1957) trifft auf die Tübinger Hochschulverhältnisse unbedingt zu: „Jüdische Professoren hat Tübingen ja, ohne viel Worte zu machen, stets von sich fern zu halten gewusst.“ Ähnlich auch der Jurist und Kanzler August Hegler: „Man hat hier die Judenfrage gelöst, dass man nie davon gesprochen habe.“ Beide Zitate in Adam 1977a, 30.

<sup>153</sup> Philalethes Kuhn war Mitglied der „Gesellschaft für Rassenhygiene“, in der Zeit seines Tübinger Vortrages außerordentlicher Professor für soziale Hygiene und Leiter der Bakteriologischen Anstalt für das Elsaß in Straßburg und hatte 1919/20 eine Professur für Hygiene an der Universität Tübingen inne. 1920 ging er nach Dresden, zum 1. April 1926 wurde er Ordentlicher Professor für Hygiene und Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Gießen. Kuhn war Mitglied der NSDAP und an der Bücherverbrennung im Mai 1933 beteiligt. Vgl. Klee 2007, 350; Kotowski 1999, 188, Anmerkung 102; [http://de.wikipedia.org/wiki/Philalethes\\_Kuhn](http://de.wikipedia.org/wiki/Philalethes_Kuhn) (5. September 2014, 10 Uhr).

<sup>154</sup> UAT 117/231 und 117D/K854, zitiert nach Schönhagen 1991, 84.

<sup>155</sup> Tübinger Chronik, 22. Februar 1924.

<sup>156</sup> Vgl. Schönhagen 1991, 24.

Anschauungen und Gedanken hinter anderen Städten nicht zurückstehen“, sei im Gegenteil berufen, „vorbildliche Arbeit zu leisten“<sup>157</sup>. Wolf wurde erster, Weitz zweiter Vorsitzender, Schriftführer war der spätere Zwillingforscher Otmar Freiherr von Verschuer (1896 – 1969)<sup>158</sup>, ein exponierter Antisemit und Rassenhygieniker, der seit 1943 für die Versuche seines Assistenten Josef Mengele in Auschwitz zuständig war. Auch der Biologe Ernst Lehmann war auf der Gründungsversammlung anwesend.

Ausgeschlossen blieben Juden lange vor 1933 von der Mitgliedschaft in zahlreichen deutsch-nationalen Vereinen und Verbänden – obwohl ein Großteil der etwa 90 in Tübingen lebenden Jüdinnen und Juden staatstreu oder eher national orientiert war und engagiert am städtischen Leben teilnahm, wie etwa Gustav Hirsch, Schriftführer und Kassierer im Bürgerverein, oder dessen Sohn Leopold, Mitglied bei der Stadtgarde zu Pferd, oder der Rechtsanwalt Simon Hayum, Mitglied der Demokratischen Partei und von 1919 bis 1933 Stadtrat.<sup>159</sup>

Nationale Größe, Wiederherstellung der Wehrhaftigkeit und völkische Überlegenheit propagierten die Ortsgruppen des politisch rückwärtsgewandten und deutschnationalen Kyffhäuserbundes, des nationalistischen und monarchistischen Bundes Königin Luise (BKL) sowie der überwiegend aus Frontkämpfern des Ersten Weltkriegs bestehende völkische Tannenbergbund. Aktiv auf den Sturz der Republik arbeitete auch der im Mai 1923 gegründete Wiking-Bund hin, ein militaristischer Verband unter Führung von Dietrich von Jagow, dessen Jugend-

---

<sup>157</sup> Tübinger Chronik, 22. Februar 1924. Auf die begonnene Arbeit wies Prof. Kurt Wolf am Schluss der Versammlung hin: So würden bereits Vorträge über Rassenkunde, Vererbung und Rassenhygiene vor Studentenverbindungen gehalten; außerdem sei eine Familienberatungsstelle für naturwissenschaftliche Familienforschung und rassenhygienische Familien-, Ehe- und Berufsberatung an der Medizinischen Poliklinik eingerichtet. Beabsichtigt sei, die Rassenhygiene in den Lehrstoff der Volkshochschulen zu integrieren.

<sup>158</sup> Otmar Freiherr von Verschuer entstammt einem hessischen Adelsgeschlecht. Seit dem 1. April 1924 war er Assistenzarzt von Wilhelm Weitz an der Medizinischen Poliklinik in Tübingen und habilitierte sich 1927 mit einer Arbeit über die vererbungsbiologische Zwillingforschung. Verschuer wechselte 1927 nach Berlin und stieg zu einem der führenden Vererbungswissenschaftler auf. Ab 1936 saß Verschuer im Beirat der „Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland“, trat 1940 in die NSDAP ein, nahm im März 1941 als Gast an der Eröffnungsfeier von Rosenbergs „Institut zur Erforschung der Judenfrage“ teil und wurde 1942 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie in Berlin. Vermutlich veranlasste Verschuer die Versetzung seines einstigen Assistenten Josef Mengele als Chefarzt ins Konzentrationslager Auschwitz, beschaffte ihm die nötigen finanziellen Mittel für dessen medizinische Experimente und ließ sich von ihm zuarbeiten. Vgl. Cornwell 2006, 413; Klee 2007, 639f.; Kotowski 1999, 188.

<sup>159</sup> Schönhagen 1991, 83.

organisation, die „Wandervereinigung Schönbuch“, laut Polizeiangaben fast 100 Mitglieder hatte.<sup>160</sup>

Eine nationalsozialistische Hochschulgruppe unter Führung des späteren württembergischen Ministerpräsidenten und Kultministers Christian Mergenthaler (1884 – 1980) hatte sich an der Eberhard-Karls-Universität am 21. Juni 1926 gegründet. Mitglied war auch der spätere Kreisleiter und Gaugeschäftsführer Helmut Baumert, der im Februar 1928 Führer der neu gegründeten Sturmabteilung (SA) wurde. Im August desselben Jahres war die Zahl der Mitglieder von 40 auf 96 gestiegen.<sup>161</sup> Frühestens 1927 ist auch der spätere Fraktionsführer der NSDAP im Tübinger Gemeinderat und Oberbürgermeister Ernst Weinmann in die NSDAP eingetreten. Durch sein Engagement vergrößerte er die NSDAP-Mitgliederzahl von 1927 bis 1930 von fünf auf 60.<sup>162</sup>

Auch die traditionsreiche, konservative und bildungsbürgerlich orientierte Museumsgesellschaft<sup>163</sup> leistete ihren Anteil an der Verbreitung republikfeindlicher Propaganda und antisemitischer Ressentiments. Der im Wesentlichen von Universitätsangehörigen getragene Verein war der größte Kulturveranstalter Tübingens und besaß mit dem Schiller-, Uhland- und Silchersaal nach der Universität die größten Räume der Stadt: Theater und Konzerte bot er an, aber auch Vorträge zu kulturellen und politischen Themen. So etwa hielt am 13. Januar 1929 der einstige General Ernst Ludendorff im „Museum“ einen kruden Vortrag unter dem Titel „Kriegshetze und Völkermorden“. Der Andrang war so groß, dass zum Schillersaal auch Uhland- und Silchersaal geöffnet werden mussten. Laut Tübinger Chronik redete der General „über die überstaatlichen Mächte, Juden, Jesuiten und Freimaurer“<sup>164</sup>, die allein schuld am Unglück Deutschlands seien. Ludendorffs Vortrag muss für nüchtern-rational denkende Hörer dermaßen phantastisch geklungen haben, dass sich die Chronik einer scharfen Kritik nicht entziehen konnte. Von Wahnideen schrieb sie, von Plattheit, Seichtheit und Unlogik, von einer gewaltigen Enttäuschung durch den Redner, dessen Gedankengemeinschaft sich die Nationalsozialisten bedienen sollten, wenn sie „ihr Geschäft vollends rasch liquidieren wollen“<sup>165</sup>. Wie viel Sprengstoff jedoch in Ludendorffs wirren Aussagen steckte, hat

---

<sup>160</sup> Schönhagen 1991, 40.

<sup>161</sup> Vgl. Schönhagen 1991, 42. Allerdings erstreckte sich der Einzugsbereich von Nürtingen bis Tübingen, von Kirchheim/Teck bis Reutlingen.

<sup>162</sup> Schönhagen 1991, 43.

<sup>163</sup> Siehe zur Geschichte der Tübinger Museumsgesellschaft : Schmucker/Kolb 1992.

<sup>164</sup> Tübinger Chronik, 14. Januar 1929.

<sup>165</sup> Tübinger Chronik, 14. Januar 1929. Der Kommentator der Tübinger Chronik sah die NSDAP wegen ihrer schlechten Ergebnisse bei den vorangegangenen Wahlen „im Absterben begriffen“.

der Augen- und Ohrenzeuge Hans Wolfgang Liepmann (1906 – 2004), Tübinger Student und späterer Privatsekretär von August Hinderer (1877 – 1945), Direktor des Evangelischen Pressverbandes für Deutschland, festgehalten. Er schrieb an seinen Ziehvater Theodor Heuss (1884 – 1963) nach Berlin: „Sonst, im großen und ganzen (!), ist die Lage dieselbe wie früher. Ludendorff wird begeistert empfangen. Schillersaal und anliegende Säle überfüllt. Trampeln, klatschen. Hingabe, besonders weiblicherseits, wie ich denn auch sagen muss, dass sein Aussehen das beste (!) von allem war. Wenn von Freimaurerei die Rede war, etwas unbeholfenes Schweigen im Saal, mit den Jesuiten ging's schon besser, da wurde man warm. Na, und als die Juden ihr Fett abkriegen, da gab es keinen Komparativ des Jubels mehr.“<sup>166</sup>

Jeder aber durfte die Museumssäle nicht mieten. Der KPD etwa wurden sie verweigert, wohingegen den Nationalsozialisten von Beginn an gelegentlich und seit 1929 regelmäßig die Säle überlassen wurden.<sup>167</sup> Der Schillersaal der Museumsgesellschaft war denn auch bis 1931 Veranstaltungsort der mit politisch reaktionären Reden gespickten Reichsgründungsfeiern. Dann zog die Universität bis 1934 in den neuen Festsaal um.<sup>168</sup> Doch das „Museum“ ging nicht leer aus: Neben der „Vaterländischen Kundgebung für Hindenburg“ am 12. März 1932 wurden dort auch Rheinland- und Saar-Kundgebungen abgehalten.

## D. Der Rechtsruck bei den Wahlen

Den kontinuierlichen Niedergang der Weimarer Republik dokumentieren anschaulich die zahlreichen Wahlen und das Wählerverhalten der Tübinger Bevölkerung. Zwar erhielt die liberale, nationale und soziale Positionen vertretene Deutsche Demokratische Partei (DDP) bei den ersten Reichstagswahlen am 19. Januar 1919 in Tübingen mit 41,7 Prozent den höchsten Zuspruch der Wähler, wohingegen die Sozialdemokratische Partei (SPD) mit 28,5 Prozent den zweiten Rang einnahm und das katholische Zentrum (nach der Deutschnationalen Volkspartei, die auf 18,1 Prozent kam) mit 10,2 Prozent viertstärkste Partei in Tübingen wurde<sup>169</sup>, doch bei den darauffolgenden Wahlen bröckelte der Anteil der staatstragenden Parteien stetig ab. Lag ihr Stimmenanteil 1919 noch bei 80,4 Prozent, so verringerte er sich bis zur fünften Reichstagswahl am 5. Mai 1928 auf 51,1 Prozent. Die das „System von Weimar“ bekämpfenden, politisch im rechten Spektrum

---

<sup>166</sup> Brief Hans Wolfgang Liepmann vom 30. Januar 1929 an Theodor Heuss, in: Bundesarchiv Koblenz, N 1221/86, Bd. 15, La - Loe. Siehe zu Hans Wolfgang Liepmann: Hantke 2009.

<sup>167</sup> Schönhagen 1991, 25.

<sup>168</sup> Kotowski 1999, 48.

<sup>169</sup> Zahlen bei Schönhagen 1991, 29.

angesiedelten Parteien steigerten ihren Stimmenanteil in dieser Zeit von 18,1 Prozent (1919 trat nur die DNVP an) auf 35,4 Prozent (DNVP: 17,1 Prozent, Deutsche Volkspartei, DVP: 15,5 Prozent, Nationalsozialistisch Deutsche Arbeiterpartei, NSDAP: 2,8 Prozent). Wie stark das Potenzial am rechten Tübinger Rand bereits 1924 war, lässt sich am Ergebnis der Reichstagswahl vom Mai ablesen. Nach der Besetzung des Ruhrgebietes im Januar 1923, der aufgeheizten Debatte um den Dawes-Plan und den Schrecken der ersten Hyperinflation errang die Deutschvölkische Freiheitspartei, eine Nachfolgeorganisation der seit Ende 1923 verbotenen NSDAP, bei den Wahlen fast 10 Prozent der Stimmen. Damit übertrafen die Tübinger den Reichsdurchschnitt (6,5 Prozent) und den Landesdurchschnitt (4,1 Prozent). Zählt man die Stimmen der Deutschnationalen Partei hinzu, entfiel ein Drittel der Tübinger Stimmen auf die Völkischen.<sup>170</sup>

Doch dieses Wahlergebnis von 1924 war nur ein Zwischenhoch. Die NSDAP sackte nach ihrer Neugründung 1925 wieder ab und entwickelte sich erst nach 1929 zu einer Massenpartei. Auch die Tübinger wandten sich infolge der Weltwirtschaftskrise, Konkurse, Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen und politischer Instabilitäten von den staatstragenden Parteien ab. In den folgenden Wahlen (drei Reichstags- und zwei Reichspräsidentenwahlen sowie eine Landtags- und eine Kommunalwahl) von 1930 bis 1933 kletterten die rechten Parteien auf über 50 Prozent. Einen ersten großen Durchbruch schaffte die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930.<sup>171</sup> Gegenüber der Wahl von 1928 legte sie in Tübingen rund zehn Prozent zu und erreichte 13,9 Prozent. Steiler war der Anstieg bei der Reichstagswahl im Juli 1932. Die NSDAP schaffte es in der Universitätsstadt auf genau 40 Prozent. Es war der höchste Wert, den sie bis zur Märzwahl 1933 in Tübingen erreichte. Zusammen mit der DNVP (11,2 Prozent) und der DVP (3,2 Prozent) holte sie in Tübingen die absolute Mehrheit (54,4 Prozent). Zwar fiel die NSDAP bei der kommenden Reichstagswahl im November 1932 auf 34 Prozent. Doch die DNVP (14,8 Prozent) und die DVP (5,6 Prozent) schnitten jeweils besser ab als zuvor, das Ergebnis von 54,4 Prozent für die drei Parteien blieb gleich. Zum Vergleich: Die bürgerlichen Parteien SPD, CDU und DDP fielen von der Juli- zur Novemberwahl 1932 von 31,7 auf 27,9 Prozent.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Kommunal- und Landtagswahlen. Als am 6. Dezember 1931 die Hälfte des Gemeinderats neu gewählt wurde, errang die NSDAP mit vier Sitzen den höchsten Wählerzuspruch. Vereint mit der DNVP (drei Sitze) und der DVP (ein Sitz)

---

<sup>170</sup> Vgl. Schönhagen 1991, 37f.

<sup>171</sup> Die Ergebnisse der nun folgenden Wahlen wurden übernommen von Schönhagen 1991, 47ff.



kam das rechte Parteienlager auf acht Sitze, während DDP (zwei Sitze), SPD, der Christlich Soziale Volksdienst (CSVD) und das Zentrum (jeweils ein Sitz) auf nur fünf Sitze kamen (ein Sitz entfiel auch zum ersten Mal auf die KPD). Von 28 Ratssitzen hatten die antidemokratischen Parteien NSDAP, DNVP und DVP Ende 1931 insgesamt 13 Sitze inne, 1928 waren es nur elf (DNVP: 7 Sitze; DVP: 4 Sitze). Wie sehr Tübingen am Ende der Weimarer Republik nach rechts gerückt ist, zeigt auch das Ergebnis der Landtagswahl am 24. April 1932. Die NSDAP kam in der Universitätsstadt auf 33,8 Prozent, im Landesdurchschnitt nur auf 16,4 Prozent. Nahezu viermal so hoch war das Resultat für die DNVP: In Tübingen wählten 11,6 Prozent die Partei, landesweit waren es nur 4,3 Prozent. Und für die DVP entschieden sich in Tübingen 9,6 Prozent, während landesweit nur 1,6 Prozent für sie votierten. Genau 55 Prozent der Tübinger Wählerinnen und Wähler stimmten somit für die antidemokratischen Parteien von rechts.

Im Sog des extremen Tübinger Rechtsrucks strudelten seit 1930 auch Angehörige des selbstständigen Mittelstands und des Bildungsbürgertums dem autoritären Staat entgegen. Im Juni 1931 finanzierten 72 Tübinger Firmen zum ersten Mal eine Beilage im Stuttgarter NS-Kurier<sup>172</sup>, und die nationalistische „Tübinger Zeitung“ druckte bereitwillig Veranstaltungsberichte der NSDAP und polemisierte gegen die SPD. Bis 1930 hatten die Tübinger in ihrer „Tübinger Chronik“ noch eine verlässliche liberale Zeitung, die sich für die ungeliebte Republik einsetzte. Doch im Dezember verkaufte der jüdische Inhaber Albert Weil das Blatt an den Ulmer Verleger Karl Höhn<sup>173</sup> und emigrierte in die Schweiz. Der folgende Rechtsruck der „Tübinger Chronik“ begünstigte die antidemokratischen Parteien, die einstige deutschnationale „Tübinger Zeitung“ ließ sich von der NSDAP vereinnahmen – eine die Republik verteidigende und sie tragende demokratische Presse gab es in Tübingen schon Ende 1930 nicht mehr. Seit September 1932 brachten die Nationalsozialisten mit dem „Schwäbischen Tagblatt“ ihr eigenes Kampfblatt heraus.<sup>174</sup>

Wie Schönhagen schlussfolgert, habe die vorgeblich unpolitisch, patriotisch-konservative bis reaktionäre Grundeinstellung der Hochschule eine große Aufnahmebereitschaft der Einwohner gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda bewirkt. Gerade der außerordentlich hohe Anteil an Beamten und Professoren unter den Tübinger Wählern er-

---

<sup>172</sup> Schönhagen 1991, 52.

<sup>173</sup> Schönhagen 1991, 89.

<sup>174</sup> Nach knapp einem Jahr wurde das Blatt wieder eingestellt. Im Frühjahr 1933 kaufte die NS-Presse GmbH die Mehrheit von 51 Prozent an der „Tübinger Zeitung“ auf und brachte vom 1. Mai 1933 an das „Neue Tübinger Tagblatt“ heraus. Die „Chronik“ wurde bis zum Januar 1934 gleichgeschaltet. Vgl. Schönhagen 1991, 85ff.

kläre erst den seit der Septemberwahl 1930 im Vergleich zum Landes- und 1932 zum Reichsdurchschnitt hohen NSDAP-Wähleranteil.<sup>175</sup>

Allein der Rekurs auf die ökonomische Verunsicherung durch Inflation und Weltwirtschaftskrise reiche jedoch nicht aus, um den Rechtsruck beim Tübinger Bürgertum zu erklären. Die Furcht vor Verelendung habe in der Universitätsstadt kaum existiert.<sup>176</sup> Auch Dieter Langewiesche zeichnet mit Blick auf die Universität ein eher positives Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse – sowohl die der Institution Universität als auch die der Dozenten. Wie im gesamten Reich, so wuchs die Zahl der Hochschullehrer in Tübingen von 129 (1919) auf 176 (1932/1933) an. Insbesondere Assistentenstellen und Stellen für Assistenzärzte wurden geschaffen, zwei Lehrstühle (Germanistik und Slavistik) und drei Extraordinariate (Sozialpolitik und Sozialrecht, Praktische Theologie und Missionswissenschaften) neu errichtet. Anfang der 1920er Jahre erhielten die Privatdozenten eine staatliche Beihilfe zu ihrem Privateinkommen. Und die im Juli 1920 modifizierte Universitätsverfassung von 1912 hatte den außerordentlichen Professoren mehr Rechte gegeben, die Studenten erhielten den Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) 1921. Die Autonomie der Universität hat eher zuals abgenommen, so Langewiesche<sup>177</sup>, zumal der Rektor seit 1921 vom Senat auch gewählt worden ist, nicht nur dem Ministerium vorgeschlagen wurde. Selbst in der Zeit der Hyperinflation 1923 hat die Hochschule neue Gebäude bekommen.<sup>178</sup> Die Universität war „materiell nicht benachteiligt“<sup>179</sup>, so Langewiesche, eine fehlende staatliche Fürsorge konnte er für die Institution nicht erkennen. Selbst die Professoren scheinen die Hyperinflation „einigermaßen glimpflich“ überstanden zu haben.<sup>180</sup>

Ideologische Leit- und Feindbilder müssen also im „Tübinger Fall“ ergänzend hinzugezogen werden.<sup>181</sup> Die Rechts-Intellektuellen hatten eine große Abneigung gegen die Weimarer Republik entwickelt und sich für einen starken autoritären Staat eingesetzt. Vernunft, Rationalität, Liberalismus, Demokratie, Parlamentarismus, Marxismus und Pazifismus galten als bekämpfenswerte Auswüchse der Französischen Revolution. Hinter diesen Feindbildern scharten sich die unterschiedlichsten politischen Bewegungen und propagierten die aller Parteienhader

---

<sup>175</sup> Schönhausen 1991, 68.

<sup>176</sup> Schönhausen 1991, 73.

<sup>177</sup> Langewiesche 1992, 348.

<sup>178</sup> Auch die Stadt entwickelte eine rege Bautätigkeit: Das Feuerwehrhaus wurde fertiggestellt, ebenso das zentrale Fernheizwerk, 90 städtische Wohnungen konnten bezogen werden. Zu den Straßenbauten kam das Kraftwerk Tübingen – Herrenberg und die Korrektur des Neckarlaufes hinzu. Vgl. Schönhausen 1991, 95.

<sup>179</sup> Langewiesche 1992, 350.

<sup>180</sup> Langewiesche 1992, 351.

<sup>181</sup> Schönhausen 1991, 73.

ledige biologisch definierte und hierarchisch gegliederte „Volksgemeinschaft“. Zwischen 1930 und dem 30. Januar 1933 sind der NSDAP mehrere Hochschullehrer, Pfarrer, Lehrer und Ärzte beigetreten.<sup>182</sup> Für die Aufzählung der Republik-Freunde an der Tübinger Eberhard-Karls-Universität reichen hingegen wenige Finger.<sup>183</sup>

## IV. Die Weimarer Republik: Zwischen Philosophie und Weltanschauung

### A. Philosophische Strömungen

Die Jahrhundertwende war der Beginn neuer Entwicklungen in der Philosophie.<sup>184</sup> Der Einfluss der Naturwissenschaften ließ nach, die Vehemenz der mechanistischen Weltanschauung schwand, die Geisteswissenschaften gewannen an Terrain, gleichzeitig begannen die Philosophen, sich wieder mit den idealistischen Systemen zu beschäftigen.<sup>185</sup> Auch der engere Austausch über Philosophie zwischen den Ländern nahm seinen Anfang. Die USA traten zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts erstmals in die philosophische Diskussion ein, auch erste internationale philosophische Kongresse wurden abgehalten.<sup>186</sup> Doch der Erste Weltkrieg stoppte die Grenzen überschreitende Kommunikation.<sup>187</sup> Der Niederlage von 1918 folgte eine geistige Lähmung in der Weimarer Republik: Kulturpessimismus, Nihilismus, intellektuelle Leere, Trost- und Orientierungslosigkeit waren in Deutschland während der „Inkubationsjahre des Dritten Reiches“<sup>188</sup> weit verbreitet. Hans-Georg Gadamer sah eine „wilde Orientierungsnot“<sup>189</sup> der damaligen Jugend, die Diagnose reichte von „Kulturkrise“ bis zum „Kulturzerfall“ oder

---

<sup>182</sup> Etwa der Chirurg Heinz Bromeis, die Mediziner Rudolf Holtgrave, Walter Schwenk und Diethelm Weitbrecht, der Volkswirtschaftler Oswald Lehnich, der Physiologe Rupprecht Matthaei, die Pfarrer Wilhelm Pressel und Karl Schwab, der Orientalist, Theologe und Talmudforscher Karl Georg Kuhn sowie der Historiker Heinrich Dannenbauer. Vgl. Schönhagen 1991, 71. und die Anmerkung 181, 388f.

<sup>183</sup> Adam zählt zu den Demokraten den Nationalökonom Robert Wilbrandt (er folgte 1929 einem Ruf an die TU Dresden), den Religionsgeschichtler Hans Winkler (KPD-Mitglied), den Volkswirtschaftler Hans Teschemacher (Wilbrandts Nachfolger), den Juristen Carl Sartorius (1865 – 1965), den Mathematiker Erich Kamke, den Anatom Martin Heidenhain und den Kanzler August Hegler. Vgl. Adam 1977a, 28. Hinzu muss jedoch noch der Philosophie-Professor Traugott Konstantin Oesterreich gezählt werden.

<sup>184</sup> Die Philosophie im Kaiserreich (bis zum Nationalsozialismus) erhellt beachtenswert Sieg 2013.

<sup>185</sup> Oesterreich 1916, 281.

<sup>186</sup> So in Paris 1900, Genf 1905, Heidelberg 1908 und Bologna 1911. Vgl. Feldkeller 1923, 116.

<sup>187</sup> Oesterreich 1928a, XXVIII f.

<sup>188</sup> Heer 1982, 31.

<sup>189</sup> Gadamer 1977, 14.

„Kultursturz“.<sup>190</sup> Nicht nur (aus dem Krieg heimgekehrte) Studierende suchten in diesem religiösen und ideellen Vakuum eine Richtung weisende Führungsfigur<sup>191</sup>, der Wunsch nach Sicherheit, Orientierung und geistigen Impulsen war nach dieser Katastrophe millionenfach. Angebote, die ideelle Leere zu füllen, gab es reichlich: naturmystische, pantheistische, okkultistische, sektiererische, sozialdarwinistische Vorstellungen gepaart mit nationalistischen Gesinnungen und antisemitischen Ressentiments suchten ihre Abnehmer, neue Glaubensbewegungen buhlten um Anhänger<sup>192</sup>, Freidenker bemühten sich um Parteigänger, Schwärmer warben um Nachahmer. Aber auch pazifistische, kommunistische und anarchistische Strömungen versprachen Heil und Harmonie. Das Wort vom „neuen Menschen“ ging um: „Es war eine Zeit der Irrationalismen und von Heilsbringern aller Art“<sup>193</sup>.

Die Suche nach einer intellektuellen Heimat manifestierte sich auch in der Gründung zahlreicher philosophischer Gesellschaften. Gab es bis zum Mai 1918 (der Gründung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, DPhG) lediglich sechs Philosophenzirkel mit örtlicher Bedeutung (Kant-Gesellschaft in Königsberg, die Philosophische Gesellschaft zu Berlin, der Historisch-philosophische Verein zu Heidelberg, die Philosophische Gesellschaft zu Jena, die Gesellschaft für positivistische Philosophie in Berlin sowie die Akademische Gesellschaft für Philosophie und Pädagogik in Münster) und fünf Vereine mit überörtlicher Relevanz (die Comenius-Gesellschaft, die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur, die Gustav-Glogau-Gesellschaft, die Kant-Gesellschaft und die Schopenhauer-Gesellschaft), so stieg die Zahl der reichsweiten Gesellschaften auf 14. Neben der DPhG gründeten sich der Individualisten-Bund (1918), die Johannes-Rehmke-Gesellschaft (1918), der Volksbund für Kantische Weltanschauung (1919), die Gesellschaft für freie Philosophie (1920), die Nietzsche-Gesellschaft (1920), die Vereinigung der Freunde und Förderer des positivistischen Idealismus mit besonderer Rücksicht auf die Philosophie des Als-Ob (1920), der Euckenbund (1920) und die Neue Deutsche Schopenhauer-Gesellschaft (1921).<sup>194</sup> Von anarchistischen Strömungen (Individualisten-Bund) bis hin zum spirituellen Philosophie-Ersatz (Gesellschaft für freie Philosophie) wurde nahezu jeder Interessierte bedient. Die bedeutendste und größte philosophische Gesellschaft war die Kant-

---

<sup>190</sup> Richter 1958, 11.

<sup>191</sup> Heer 1982, 41.

<sup>192</sup> So traten von 1919 bis 1932 von den rund 62,4 Millionen Einwohnern (1925) rund 3,3 Millionen Menschen aus den Kirchen aus. Nach Abzug von 640.000 Rück- und Übertritten waren es immerhin noch etwa 2,7 Millionen Austritte. Vgl. Kehrer 1982, 75 und 80.

<sup>193</sup> Mayer 1982, 63. Zum Komplex der Religions- und Geistesgeschichte in der Weimarer Republik: Cancik 1982.

<sup>194</sup> Vgl. Feldkeller 1923, 118ff.

Gesellschaft mit Sitz in Halle, zahlreichen Ortsgruppen und weltweit rund 4.000 Mitgliedern.

Die Philosophie – die bereits vor 1914 erarbeiteten Positionen weiterbildend – erreichte nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg eine erstaunliche Fülle unterschiedlicher Fragestellungen und variantenreicher Theorien, deren Vertreter zum guten Teil noch bis in die Gegenwart diskutiert werden und die Philosophie zur Weiterarbeit ermuntern.<sup>195</sup> In der Weimarer Republik hatte sich der Prozess der Differenzierung in zahlreichen Strömungen manifestiert: Im Neukantianismus, in der Phänomenologie, Existenzphilosophie, im Erkenntnistheoretischen Realismus, in der Ontologie, der Philosophischen Anthropologie, im Neidealismus und in der Lebensphilosophie.<sup>196</sup>

Mitbegründet hatten diese Entwicklung auch die gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Umwälzungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts. In der rasch fortschreitenden Industrialisierung lösten sich einstige Bestandteile der Philosophie seit Ende des 19. Jahrhunderts heraus und begannen, sich als selbstständige Wissenschaften zu etablieren, wie etwa die Soziologie, die Psychologie oder die Pädagogik.<sup>197</sup> Zudem sah sich die Philosophie seit Beginn des 20. Jahrhunderts zahlreichen Herausforderungen gegenüber, die bislang sicher geglaubtes Wissen bedrohten.<sup>198</sup> Eine Streitfrage war die Bedeutung der allgemeinen und speziellen Relativitätstheorie von Albert Einstein (1879 – 1955) sowie die Quantenmechanik (Begründung durch Werner Heisenberg, 1901 – 1976) für die Kategorien Raum, Zeit und Kausalität. Die Forschungen in der Mathematik (etwa Friedrich Ludwig Gottlob Frege, 1848 – 1925; Alfred North Whitehead, 1861 – 1947 und Bertrand Russell, 1872 – 1970) beförderten die Diskussion und die Entwicklung in der mathematischen Logik. Auf die Ethik und die politische Philosophie hatte insbesondere Friedrich Nietzsches Postulat von der „Umwertung aller Werte“ großen Einfluss, und die moderne Kunst (etwa Expressionismus, Realismus, Kubismus, Dadaismus, Bauhaus) stellte traditionelle Kategorien wie Schönheit, Harmonie, Ideal oder Vollkommenheit radikal in Frage. Schließlich verlangte auch die Einführung demokratischer Systeme in Mitteleuropa nach

---

<sup>195</sup> Vgl. Fahrenbach 1982, 232f. „Einen Kant“ oder „einen Hegel“ gab es in der Weimarer Republik nicht. Hegel war der letzte Philosoph, der versuchte, die gesamte Wirklichkeit denkend zu durchdringen, sie in sämtlichen Erscheinungsformen unter Einbeziehung der Einheit des Historischen und Systematischen darzulegen und sie in seinem absoluten Idealismus als Theorie zu begründen. Nach seinem Tode wurde der Anspruch, Philosophie als Gesamtdeutung der Wirklichkeit auf wissenschaftlicher Basis zu betreiben, nicht mehr weiter verfolgt. Vgl. Schnädelbach 1983, 22f.

<sup>196</sup> Die Einteilung der philosophischen Strömungen in der Weimarer Republik erfolgt nach Thurnher/Röd/Schmidinger, 2002, beziehungsweise nach Holzhey/Röd 2004.

<sup>197</sup> Vgl. Dahms 2002, 194f.

<sup>198</sup> Vgl. im folgenden Dahms 2002, 195ff.

philosophischen Antworten auf die uralte Frage nach der besten Staatsform.

Umgekehrt drangen Philosophie oder einige ihrer Theoreme seit Beginn des 20. Jahrhunderts in andere Wissenschaften ein und reicherten sie an, fütterten sie mit philosophischen Brocken – freilich auf Kosten der Wissenschaftlichkeit von Philosophie. So entstanden in der Weimarer Republik eine Fülle popularphilosophischer Werke – von der Anthropologie über die Mythologie bis hin zur Physik und Psychologie. Die Philosophie „gedieh fast in jeder wissenschaftlichen Theorie und in jedem religiösen, politischen und literarischen Traktat, ob Medizin oder Parteiideologie, ob ein Gedicht oder eine dramatische Doktrin: man versuchte die philosophische Rechtfertigung, obwohl doch gerade die Philosophie als ein intellektuelles oder akademisches Unternehmen wertmäßig umstritten war.“<sup>199</sup> Die Folge waren popularphilosophische, zum Teil auch pseudophilosophische Texte. Deren Urheber fühlten sich eher der Sensation und subjektiven Beweggründen verpflichtet als der rationalen Aufklärung.

Nach der Revolution konnten die Vertreter der akademischen Philosophie arbeiten und lehren wie zuvor. Die Hochschulen blieben autonom, das Fach selbst wurde nicht in Frage gestellt, die Lehrfreiheit wurde garantiert, das Vorschlagsrecht besaßen die Fakultäten.<sup>200</sup> Im Folgenden werden die wichtigsten philosophischen Strömungen und deren Vertreter in der Weimarer Republik vorgestellt.<sup>201</sup>

**Der Neukantianismus:** Seit den 1920er Jahren werden die trotz ihrer Unterschiede untereinander und zu Kant genannten Neukantianer<sup>202</sup> in der philosophischen Literatur in zwei Richtungen oder Schulen unter-

---

<sup>199</sup> Bense 1951, 34. Dem Selbstverständnis der Philosophie infolge des Funktions- und Strukturwandels der Wissenschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert und ihrer Suche nach einem Platz im wissenschaftlichen Gesamtgefüge geht Schnädelbach nach. Schnädelbach 1983, 89 – 131.

<sup>200</sup> Tilitzki 2002, 45.

<sup>201</sup> Abgesehen wird dabei vom Marxismus-Leninismus, der unter den Hochschullehrern kaum verbreitet war (Vgl. Holzhey, Röd, 2004, 312). Georg Lukács und Ernst Bloch, die sich auf Marx beriefen, waren keine Dozenten an einer deutschen Hochschule. Die Kritische Theorie (Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno) entwickelte sich erst in den 1930er Jahren. Unberücksichtigt bleibt auch der „Wiener Kreis“, da sich diese Arbeit auf die Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 bezieht. Moritz Schlick lehrte bis 1922 in Deutschland.

<sup>202</sup> Erste Anzeichen einer Wiederentdeckung Kants gab es zwar Ende der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts, doch erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Ruf „Zurück zu Kant“ immer lauter. Hermann von Helmholtz (1821 – 1894) trieb die Kant-Renaissance voran, Friedrich Albert Lange (1828 – 1875) verknüpfte seinen Kantianismus mit einer an Karl Marx (1818 – 1883) angelehnten sozialdarwinistisch geprägten Theorie der Klassengesellschaft, der Freund Hermann Cohen (1842 – 1918) war es dann, der dem Neukantianismus zur einflussreichsten philosophischen Strömung am Ende des 19. Jahrhunderts verhalf. Vgl. Malter 1974, 16f.; Oesterreich 1923a, 310.

teilt, in die „Marburger Schule“ und in den „Südwestdeutschen Neukantianismus“<sup>203</sup>. Ihre Hoch-Zeit hatten sie zwischen 1895 und dem Ersten Weltkrieg, sie blieben jedoch auch in den 1920er Jahren einflussreich. Der Neukantianismus war in der Weimarer Republik auch der philosophische Unterbau der herrschenden Staatsrechtslehre gewesen.<sup>204</sup>

Gegen Materialismus, Empirismus, Lebensphilosophie und Metaphysik gewandt war den Neukantianern insbesondere die Wissenschaftstheorie gemeinsam. Den Entwicklungen in den Naturwissenschaften und den Fortschritten in der Technik entsprechend suchten sie die Philosophie metaphysikfrei zu fundieren, Vernunft und Rationalität in Wissenschaft und Kultur zu begründen. Dem Denken gaben sie gegenüber der Erfahrung den unbedingten Vorzug, die Analyse der Methoden in den modernen Wissenschaften galt ihnen als Voraussetzung von Erkenntnis. Unerlässliche Bedingung war der Gebrauch der Vernunft.

Ausgehend vom „transzendentalen Idealismus“ hielten die Vertreter der Marburger Schule an einer wissenschaftlichen Geltung der „Vernunftidee“ Kants fest. Erkenntnis ist ihnen zufolge kein Abbild der Wirklichkeit, sondern wird erst durch die methodische Beschäftigung mit dem Gegenstand geschaffen.<sup>205</sup> Bezeichnend für einige „Marburger“ war ihr politisches Engagement für einen „ethischen Sozialismus“, der sich aus der Ethik Kants speiste.<sup>206</sup>

Wie schon Friedrich Albert Lange verband Hermann Cohen (Marburg) seine Philosophie mit einer politisch-sozialen Theorie: Die philosophi-

---

<sup>203</sup> Vgl. Holzhey/Röd 2004, 37. Oesterreich zählte in seinem 1916 erschienenen „Überweg“ sieben Richtungen zum Neukantianismus: die physiologische (Hermann von Helmholtz, Friedrich Albert Lange), die metaphysische (Otto Liebmann, 1840 – 1912; Johannes Volkelt, 1848 – 1930), die realistische (Alois Riehl, 1844 – 1924; Oswald Külpe, 1862 – 1915), die logizistische (Hermann Cohen, Paul Natorp, 1854 – 1924; Ernst Cassirer, 1874 – 1945), die werttheoretische (Wilhelm Windelband, 1848 – 1915; Heinrich Rickert, 1863 – 1936), die relativistische (Georg Simmel, 1858 – 1918) sowie die theologische Systematik (Albrecht Ritschl, 1822 – 1889). Vgl. Oesterreich 1916, 364. In seiner Neubearbeitung, der 12. Auflage des Ueberweg von 1923, unterteilt Oesterreich den Neukantianismus ebenfalls in sieben Strömungen, streicht jedoch den Vertreter der „theologischen Systematik“ Albrecht Ritschl ersatzlos und fügt als siebte Strömung die psychologische Richtung (Hans Cornelius, 1863 – 1947; Leonard Nelson, 1882 – 1927) hinzu. Vgl. Oesterreich 1923a, 417.

<sup>204</sup> Vgl. Sontheimer 1994, 69. Die ersten Angriffe auf den Rechtspositivismus von Hans Kelsen datiert Sontheimer auf das Jahr 1921, als Erich Kaufmann die „Kritik der neukantianischen Rechtsphilosophie“ herausgab.

<sup>205</sup> Vgl. Lübke 1974, 88.

<sup>206</sup> Zu den wichtigsten Vertretern der Schule gehörten in der Weimarer Republik Hermann Cohen (1842 – 1918), Paul Natorp (1854 – 1924, Marburg), Franz Staudinger (1849 – 1921), Karl Vorländer (1860 – 1928), Ernst Cassirer (1874 – 1945; Berlin, Hamburg), Albert Görland (1869 – 1952; Hamburg), Arthur Liebert (1878 – 1946; Berlin), Rudolf Stammler (1856 – 1938; Berlin) und bis in die 1910er Jahre hinein auch Nicolai Hartmann (1882 – 1950; Marburg, Köln, Berlin) und Heinz Heimsoeth (1886 – 1975; Marburg, Königsberg, Köln).

sche Vernunft soll als kritische Instanz Einfluss auf Staat und Gesellschaft nehmen. Wie er Naturerkenntnis durch logisches Denken begründet, so resultiert seine rational begründete Ethik aus einer normativ begriffenen Selbsterkenntnis des Menschen, die jedoch nie abgeschlossen ist, sondern steter Vervollkommnung bedarf. Das Wollen wird von ihm als Sollen eingefordert. Der „reine Wille“ zieht die ethische Handlung nach sich, erst sie macht den Menschen zum Menschen. Das ethische Subjekt ist zugleich Glied der Gesellschaft und Individuum, im Staat verwirklicht sich der Mensch in seiner Sittlichkeit.<sup>207</sup> Cohen vertrat einen „ethischen Sozialismus“. Dessen Prinzip fand er im kategorischen Imperativ, wonach Kant jeden in die Pflicht nimmt, „die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden andern jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel“ zu gebrauchen. Die universalisierte Handlungsmaxime münzt Cohen auf die „Soziale Frage“ um und fordert, den Arbeiter nicht (nur) als Ware zu betrachten, um ihm nicht die Würde zu nehmen.<sup>208</sup> Weit entfernt von Klassenkampftheorie oder Revolutionspropaganda, jedoch den herrschenden Preußen-Staat des Dreiklassenwahlrechts und der Sozialisten-Gesetze ablehnend, strebt Cohen „ein Reich der Zwecke“<sup>209</sup> an, das als Leitbild des idealen Staates und einer ethisch reformierten Gesellschaft dienen soll. Den Macht- und Ständestaat lehnt Cohen ebenso ab wie die materialistisch-marxistische Staatsauffassung. Ihm geht es um die Realisierung des Humanum in stetiger Annäherung an die vollkommene Sittlichkeit. Cohen führte aber auch einen dauernden Kampf gegen den Antisemitismus im Kaiserreich, der „ihn in zunehmendem Maße auch zum Wortführer einer Richtung des liberalen Judentums“<sup>210</sup> machte. Politisches Engagement (von sozialliberal bis sozialistisch) war für die Neukantianer Marburger Prägung nahezu konstitutiv.<sup>211</sup>

---

<sup>207</sup> Vgl. Lübke 1974, 102.

<sup>208</sup> Cohens Lehrer Friedrich Albert Lange thematisierte die „Arbeiterfrage“ in einer an Karl Marx (1818 – 1883) angelehnten Kritik des Kapitalismus, wies jedoch die Orthodoxie des historischen Materialismus zurück und sah die Lösung nicht in Revolutionen, sondern in Reformen. Seinem idealistischen Reformsozialismus zufolge sollten Information, eine Bodenreform sowie Ausbildung und Förderung der Arbeitervereine die „Klassengesellschaft“ überwinden. Vgl. Lübke 1974, 90ff.

<sup>209</sup> Holzhey, Röd 2004, 58.

<sup>210</sup> Holzhey/Röd 2004, 39.

<sup>211</sup> Auch die „roten Kantianer“ Vorländer (Gymnasialprofessor in Solingen) und Staudinger (Gymnasiallehrer in Worms) verknüpften Kant mit dem „ethischen Sozialismus“. Staudinger bemühte sich, seine Philosophie in die Praxis umzusetzen und stritt intensiv für das Genossenschaftswesen. Wenn Paul Natorp (Marburg) auch in Detailfragen der Erkenntnistheorie oder der Religionsphilosophie eine andere Stellung bezieht und eine eigenständige Psychologie entwirft, schließt er sich seinem Lehrer Cohen in der Verfolgung eines „ethischen Sozialismus“ an, legt aber starkes Gewicht auf die Pädagogik, die er in Anlehnung an Pestalozzi weiter zu entwickeln sucht. Vgl. Holzhey/Röd, 2004, 65ff.; Oesterreich, 1923a, 439ff. Natorp fordert die Einheitsschule, um die Klassengegensätze in der Bildung zu beseitigen, sowie eine Beteiligung der Mitarbeiter an der wirtschaftlichen und politischen Ausgestaltung ihrer Tätigkeit. Vgl. Oesterreich, 1923a, 442. Vor 1914 ein demokratischer Sozialist,



In der Erkenntnistheorie Cohen fortbildend und sich an Natorp anschließend untersuchte Ernst Cassirer (Hamburg) die historische Entwicklung von Erkenntnis und Erkenntnisprozess seit der Renaissance. Sein Hauptwerk allerdings widmet sich in drei Bänden der „Philosophie der symbolischen Formen“. Darin analysiert er die Sprache, den Mythos, die Religion sowie die wissenschaftliche Erkenntnis und legt sein Werk als „umfassende Philosophie der Kultur“<sup>212</sup> an. Der Kosmopolit, Kritiker des Staatstotalitarismus und Linksliberale Cassirer war Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), pochte auf die Universalität der Menschenrechte, verteidigte die Weimarer Republik in seinen Reden und setzte sich als Rektor der 1919 gegründeten Hamburger Universität 1930 für eine Feier der republikanischen Verfassung ein.

Nicht auf Kant zurück, sondern über ihn hinaus wollte von Anfang an die Südwestdeutsche oder Badische Schule des Neukantianismus.<sup>213</sup> Sie behielt das Methodenkonzept von Kant bei<sup>214</sup>, baute auf Rudolf Hermann Lotze (1817 – 1881) auf, der die Begriffe „Gelten“ und „Wert“ in die philosophische Diskussion einführte, rückte die Erkenntnistheorie an die Ethik und Ästhetik heran und konzipierte eine Philosophie der Werte<sup>215</sup> (Axiologie), deren Prinzipien Geltungscharakter beanspruchen. Erkenntnisurteile fordern danach ein Verhalten des Subjekts, das sich in „wahr“ oder „falsch“ ausdrückt. Während im absolu-

---

dessen ethischer Sozialismus in die Sozialdemokratie hineinragte, wurde Natorp mit Beginn des ersten Weltkrieges ein Deutschtums-Denker, der nationalistische und militaristische Töne anschlug. Er feierte „den Krieg als Erlösung des deutschen Wesens aus seiner Krise“. Vgl. Lübke 1974, 186.

<sup>212</sup> Holzhey/Röd 2004, 86.

<sup>213</sup> Wilhelm Windelband (1848 – 1915), der Begründer der Wertphilosophie, sieht die Aufgabe der Philosophie in einer Theorie des Wissens, die nach dem Wahrheitswert fragt und ein System „allgemeingültiger Werte“ konstatiert, das auf erkenntnistheoretischem, ethischem und ästhetischem Gebiet seine Anwendung findet. Theoretische Erkenntnis etwa fasst Windelband als Norm des Sollens auf. Das Sollen wird absolut, verliert seinen regulativen Charakter. Das objektiv geltende System der Normen gründet in einem „Normalbewusstsein“, soll aber auch im subjektiven Bewusstsein verwirklicht werden. Die einfachste Feststellung von Tatsachen beruht nach Windelband auf Voraussetzungen, die nicht weiter abgeleitet werden können und unmittelbar einsichtig sind. Mit der Entwicklung der Erkenntnisfähigkeit des Menschen werden sie bewusst. Windelband will diese letzten Prinzipien mit Fichtes teleologischem Konzept aufsuchen. Neu ist seine Einteilung der empirischen Wissenschaften, die er nicht inhaltlich, sondern formal begründet, und mit der er die gängige Unterscheidung zwischen Natur- und Geisteswissenschaften ablösen will. Nomothetische Gesetzeswissenschaften beziehen sich danach auf das Allgemeine, die idiographischen Ereigniswissenschaften (hauptsächlich die historischen Wissenschaften) auf das Einzelne und Besondere, wobei laut Windelband ein reiner Typ nicht existiert. Vgl. Holzhey/Röd 2004, 92ff.; Oesterreich 1923a, 451.

<sup>214</sup> Holzhey/Röd 2004, 39.

<sup>215</sup> So entwickelte Hugo Münsterberg (1863 – 1916), der sich primär an Johann Gottlieb Fichte (1762 – 1814) orientierte, ein vollständiges System der Werte. Vgl. Oesterreich 1923a, 450.

ten Idealismus das Wahre und Gute im Absoluten identisch ist, trennen die südwestdeutschen Neukantianer das Wahre vom Guten und sprechen dem Sein nur Faktizität zu, ohne es mit dem Guten verknüpfen zu wollen. Somit ist das Gute nicht mehr an die Erkenntnis des Seins gebunden, es wird zum Wert, der gelten soll.<sup>216</sup>

An Windelband knüpft dessen Schüler Heinrich Rickert (1863 – 1936) an. Er übernimmt dessen Einteilung der Wissenschaften und bestimmt die Geschichtswissenschaft als die eigentliche Wirklichkeitswissenschaft. Seine erkenntnistheoretischen und wissenschaftsmethodologischen Arbeiten gelten einer allgemeinen erkenntnistheoretischen Grundlegung mit einer Theorie der Begriffsbildung in den Natur- und historischen Kulturwissenschaften und suchen die logische Grundlegung eines Systems der Philosophie zu schaffen – unter Ablehnung psychologischer und metaphysischer Konzepte der Erkenntnis.<sup>217</sup> Die Erkenntnistheorie ist laut Rickert Grundlage der wissenschaftlichen Philosophie. Das Erkennen muss sich nach dem Gegenstand richten, denn Seiendes gibt es ausschließlich innerhalb des Bewusstseins. Zweck des Erkennens ist Objektivität oder Wahrheit. Wahrheit wird in einem Urteil ausgesprochen, das eine Stellungnahme verlangt. Im Akt der Anerkennung erhält das Urteil Objektivität und Allgemeingültigkeit. Einzig die Werte sind für Rickert bewusstseinstranszendent, sie sind zeitlos gültig.<sup>218</sup> Im Sollen sind sie subjektbezogen. Weil das Sein nur in der Vorstellung existiert, erhält das Sollen Priorität und tritt uns gegenüber, zu dem wir uns in einem Urteil verhalten sollen. Das Urteil ist jedoch nicht wahr, weil es eine Aussage über die Wirklichkeit trifft, sondern die Wirklichkeit ist das, was von einem Urteil als wirklich anerkannt werden soll. So wird der Begriff des Wirklichen zum Wertbegriff.<sup>219</sup> Die Philosophie hat die Aufgabe, das Reich der Wirklichkeit und das Reich der Werte in Beziehung zu setzen und in einem Reich des Sinnes das Leben zu deuten.<sup>220</sup>

---

<sup>216</sup> Vgl. Schnädelbach 1983, 198ff.

<sup>217</sup> Vgl. Holzhey/Röd 2004, 97.

<sup>218</sup> Vgl. Oesterreich 1923a, 457.

<sup>219</sup> Vgl. Oesterreich 1923a, 457.

<sup>220</sup> Die wichtigsten an Kant mehr oder weniger orientierten werttheoretischen Philosophen der badischen Schule waren Hugo Münsterberg (1863 – 1916), Jonas Cohn (1869 – 1947; Freiburg), Richard Höningwald (1875 – 1947; Breslau, München), Emil Lask (1875 – 1915) und der frühe Bruno Bauch (1877 – 1942; Jena). Emil Lask wurde von Oesterreich als der bedeutendste Heidelberger Schüler Windelbands beurteilt. Lask orientierte sich an der Werttheorie der Erkenntnis von Windelband, arbeitete über Geschichtsphilosophie, baute die Logik systematisch aus, wandte die Geltungsphilosophie auf das Recht an und beeinflusste Gustav Radbruch, Strafrechtler, Rechtsphilosoph, SPD-Reichstagsabgeordneter und Reichsjustizminister der Weimarer Republik. Lask fiel im Ersten Weltkrieg an der Ostfront. Bruno Bauch ist einer der wenigen Philosophen, die sich zu Beginn ihrer Karriere an Kant orientierten, sich dann abwandten und als Nationalisten und Antisemiten 1933 den Nationalsozialismus begrüßten und stützten. Bauch begann unter dem Einfluss von Windelband und Rickert, schrieb ein vielbeachtetes, systematisch und historisch angelegtes

**Die Phänomenologie:** In der Auseinandersetzung mit dem Historismus, dem Relativismus, Skeptizismus und Irrationalismus fordert Edmund Husserl (1859 – 1938)<sup>221</sup> die Wissenschaftlichkeit der Philosophie ein und begründet die Phänomenologie. „Zu den Sachen!“ mahnt er seine Kollegen und sucht mit seinem Werk die „Philosophie als strenge Wissenschaft“ (1911) nach dem Vorbild der Mathematik neu auszurichten.<sup>222</sup> Husserl setzt mit einer Kritik an der psychologischen Auffassung der Logik an, die ihm zufolge in den Skeptizismus und Relativismus führe. Geklärt werden müsse das Erkennen schlechthin, welche Qualität ein Anspruch auf objektive Gültigkeit besitzen muss, welche Formen dazu gehören sowie der Status dieser Gesetze. Die Logik habe mit der Psychologie nichts zu tun, denn es gehe um das „richtige Denken“, das wiederum Voraussetzung für die objektive Erkenntnis des Wesens (Eidos) der Dinge sei. Als normative Wissenschaft, als „Philosophie der Logik“ will Husserl seine Ausführungen verstanden wissen, begründet die Sätze der Logik unabhängig von den Einzelwissenschaften – Sätze sind a priori gültig. Mittels der wissenschaftlichen Disziplin der Logik soll „das Wesen einer Sache“ erkannt werden.

---

Werk über Kant, widmete sich dem neukantischen Problemkomplex von Wert und Wirklichkeit und suchte auf dem erkenntnistheoretischen Weg von Rickert eine funktionalistische Logik zu konzipieren. Mitte der 1910er Jahre entfernte sich Bauch immer weiter vom Kantischen Ideal der universalisierten Ethik. Seit 1904 war Bauch Mitherausgeber der im gleichen Jahr von Hans Vaihinger (1852 – 1933) begründeten Kant-Studien, 1917 trat er nach antisemitischen Äußerungen zurück und trat zusammen mit Max Wundt der im Mai 1917 gegründeten deutsch-nationalen und völkischen Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPHG) in Weimar bei. Bauch wandelte den Begriff der Freiheit um und forderte einen staatlichen Zwang zur Gemeinschaft. Freiheit bedeutete für ihn Freisein zu Aufgaben, Zielen und Werten. Das Recht ist ein Recht auf Pflichterfüllung. Sie wird durch staatliche Macht garantiert. Vgl. Holzhey/Röd 2004, 105ff.; Oesterreich 1923a, 452ff.; 463ff.

<sup>221</sup> Edmund Husserl wurde 1901 Extraordinarius in Göttingen, 1906 Ordinarius. 1916 wurde er als Nachfolger von Heinrich Rickert (1863 – 1936) nach Freiburg berufen. Dort lehrte er bis 1928. Das 1913 von ihm begründete „Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung“ erschien bis 1933. Husserls Hauptwerke sind „Logische Untersuchungen“ (1900), „Philosophie als strenge Wissenschaft“ (1911), „Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie“ (1913), „Vorlesungen zur Phänomenologie des inneren Zeitbewusstseins“ (1928), „Formale und transzendente Logik“ (1929) sowie „Die Krisis der europäischen Wissenschaften“ (1936). Bekannte Phänomenologen in der Weimarer Republik waren etwa Max Scheler (1874 – 1928; Köln), der den ethischen Relativismus überwand und eine materiale Ethik entwickelt hat, Paul Ferdinand Linke (1876 – 1955; Jena), Moritz Geiger (1880 – 1937; Göttingen), Emil Utitz (1883 – 1956; Rostock, Halle), Alexander Pfänder (1870 – 1941; München), Dietrich von Hildebrand (1889 – 1977; München), Oskar Becker (1889 – 1964; Freiburg, Bonn), Hans Reiner (1896 – 1991; Halle) und Edith Stein (1891 – 1942; bis 1918 wissenschaftliche Assistentin von Husserl, danach Habilitationsversuche in Breslau, Freiburg und Göttingen, die aufgrund ihres weiblichen Geschlechts scheiterten). Husserl hatte Einfluss auch auf die Ontologie, den Existenzialismus sowie auf die Psychologie, die Soziologie und die Rechtswissenschaft. Laut Oesterreich hatte zu Beginn der 1920er Jahre die Phänomenologie den Neukantianismus an Popularität bereits überflügelt. Vgl. Oesterreich 1923a, 504.

<sup>222</sup> Vgl. die Ausführungen über die Husserl'sche Phänomenologie bei Holzhey/Röd 2004, 133 – 163; Stegmüller 1978, 49 – 95; Bense 1951, 132 – 147; Oesterreich 1923a, 503 – 519.

Obwohl das Bewusstsein stets auf intentionale Akte gerichtet ist, postuliert Husserl eine prinzipielle Erkenntnis (eine reine und absolute Erkenntnis) der Realität in einer Art „Wesensschau“ („Ideation“) durch die Loslösung der „Sachen“ vom Subjekt. Dies erreicht er durch die Methode der transzendentalen Phänomenologie, durch die eidetische und transzendente Reduktion des empirisch Gegebenen auf sein Wesen und das reine Bewusstsein. Das Ergebnis sind nachprüfbar logisch-mathematische Sätze über zuvor vom bloß Subjektiven, von Theorien und Beiläufigem „gereinigten“ Wesen einer „Sache“ und deren Beziehungen zu anderen „Sachen“. Gegenüber dem Neukantianismus, dem es um die formalen Bedingungen der Erkenntnis zu tun war, geht es Husserl um die Bewusstseinszusammenhänge. In der Natur einer so verstandenen Logik liegt ihr überindividueller Charakter; sie ist für alle gültig und für alle intelligibel, die Intersubjektivität wird zu einem transzendentalen „Wir“.<sup>223</sup>

**Die Existenzphilosophie:** Als Phänomenologe versteht sich auch der frühe Martin Heidegger<sup>224</sup>. In Auseinandersetzung mit Husserl, Dilthey, Nietzsche und Sören Kierkegaard (1813 – 1855) entwickelt er die von ihm so benannte „Fundamentalontologie“. Mit der phänomenologischen und hermeneutischen Methode sucht Heidegger die Frage nach dem Sein existenz-philosophisch unter dem Aspekt der Geschichtlichkeit des Menschen zu beantworten.<sup>225</sup> Dem Sein und den unterschiedlichen Seinsverfassungen spürt er in der alltäglichen Lebenspraxis nach und gewinnt daraus seine Existenzialien (Kategorien). Denn „das Wesen des Daseins liegt in seiner Existenz.“<sup>226</sup> Nach Heidegger ist der Mensch immer schon in der Welt, auf sie und auf andere Menschen bezogen. Die Sorge (im neutralen Sinne) ist Dasein, sie begründet den alltäglichen und auch den wissenschaftlichen Umgang in und mit der Welt. Denn der Mensch lebt auch in der Zukunft. Sie im Blick entwirft sich das Dasein in seiner Freiheit die Möglichkeiten künftigen Seinkönnens. Die Möglichkeit wird damit zum obersten und positivsten Modalprinzip.<sup>227</sup>

Den überlieferten Primat der Ratio hinterfragt auch Karl Jaspers<sup>228</sup> radikal. Wie Heidegger nimmt er die Innenperspektive des Menschen ein

---

<sup>223</sup> Holzhey/Röd 2004, 159.

<sup>224</sup> Martin Heidegger (1889 – 1976) studierte in Freiburg zunächst Theologie, ab 1911 Philosophie. 1919 erhielt er dort einen Lehrauftrag. 1923 wurde Heidegger als Extraordinarius nach Marburg berufen, 1928 als Ordinarius nach Freiburg. In der Zeit zwischen 1930 und 1938 vollzog Heidegger seine „Kehre“. Er wandte sich dem seinsgeschichtlichen Denken zu. Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 237.

<sup>225</sup> Vgl. Stegmüller 1978, 135ff.

<sup>226</sup> Heidegger 1927, 42. Zitiert nach Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 209.

<sup>227</sup> Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 147.

<sup>228</sup> Karl Jaspers (1883 – 1969) studierte Medizin mit dem Schwerpunkt Psychiatrie. Von 1908 – 1915 arbeitete er als Volontärassistent an der Psychiatrischen Universi-

und verlegt den Fokus auf die Existenz.<sup>229</sup> Erkenntnis sucht er nicht in einer die Realität objektivierenden und kategorisierenden logischen Herangehensweise, sondern in der Besinnung auf das mit der Welt verbundene eigene Sein in seiner historischen Einmaligkeit.<sup>230</sup> Es ist ein grundsätzliches Verstehen, eine prinzipielle Auslegung, eine Erschließung dieses Seins und der Welt. Im Bewusstsein der eigenen Freiheit, des Selbstseinkönnens und der Verantwortung wird die Existenz laut Jaspers erfahrbar, erlebbar, fühlbar. Eine allgemeingültige Erkenntnis lässt Jaspers nur in den Naturwissenschaften und in der Logik gelten, die „Existenzerhellung“ ist eine des je Einzelnen und nie abgeschlossen, stets dynamisch und das Künftige als Entwurf und Hoffnung berücksichtigend. Neben Nietzsche und Kierkegaard ist der kantische Einfluss bei Jaspers stärker als bei Heidegger. So bedarf die Besinnung auf die eigene Existenz der Vernunft. Sie fordert Einheit, Klarheit, Eindeutigkeit sowie die innere Logik der Gedanken und die Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Wissenschaft.

**Der Erkenntnistheoretische Realismus:** Während der Neukantianismus ein vom Subjekt unabhängiges und bewusstseinstranszendentes Seiendes verneint, erkennt der Erkenntnistheoretische Realismus<sup>231</sup> prinzipiell eine vom Subjekt unabhängige Wirklichkeit an. Auch die Kant'schen „Dinge an sich“ sind erkennbar. Oswald Külpe<sup>232</sup>, Psychologe und Philosoph, Begründer der Psychologie des Denkens und Wollens („Würzburger Schule“), wandte sich gegen den Neukantianismus, den Psychologismus, den Skeptizismus, den Materialismus und die Phänomenologie und bestimmte die Realisierung der Außenwelt durch teils empirische, teils rationale Argumente. Voraussetzung ist allerdings die Setzung der vom psychophysischen Subjekt unabhängigen Außenwelt. Von der Alltagswelt ausgehend, transzendiert das Ich die Empfindungen und Wahrnehmungen und schafft somit ein Verhältnis zur Wirklichkeit. Doch erst das Denken ordnet und systematisiert die

---

tätsklinik in Heidelberg, wechselte nach 1915 zur Philosophischen Fakultät und lehrte dort Psychologie. Nach Veröffentlichung seines viel beachteten Werks „Psychologie der Weltanschauungen“ 1919 wurde Jaspers 1921 auf den Lehrstuhl für Philosophie in Heidelberg berufen. Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 166f.

<sup>229</sup> Jaspers gebraucht zunächst den Begriff „Existenzphilosophie“ für sein Denken, später nennt er es „Periechontologie“ („Lehre vom Umgreifenden“). Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 163.

<sup>230</sup> Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 164f.

<sup>231</sup> Bei Oesterreich heißt diese philosophische Strömung „Neorealismus“. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sei der Neorealismus erstarkt und habe – auch durch die Schwächung des Neukantianismus – zusehends an Boden gewonnen. Vgl. Oesterreich 1923a, 569.

<sup>232</sup> Oswald Külpe (1862 – 1915) lehrte in Würzburg, Bonn und München. Er knüpfte an die Wegbereiter des 19. Jahrhunderts, Friedrich Adolf Trendelenburg (1802 – 1872) und Eduard von Hartmann (1862 – 1906) an, die eine denkunabhängige Wirklichkeit annahmen und deren wachsende Erkenntnis für möglich hielten. Von Erfahrungstatsachen ausgehend gelangt der Mensch durch eine induktiv verstandene Metaphysik zur Erkenntnis. Vgl. Holzhey/Röd, 2004, 255ff.

subjektiven Wahrnehmungen und stellt induktiv Theorien über die Wirklichkeit auf. Empirische und reine Erkenntnis sind jedoch stets in Wechselwirkung. Sie bedingen einander. Wahrheit wird so zur Übereinstimmung eines Urteils mit der beurteilten Realität. Nach August Messer<sup>233</sup> ist Erkennen „nachkonstruierendes geistiges Erfassen“<sup>234</sup>.

**Die Ontologie:** Mit dem Erkenntnistheoretischen Realismus weist die Ontologie Ähnlichkeiten auf. Die philosophische Disziplin wurde im 19. Jahrhundert immer mal wieder erörtert, aber erst Eduard von Hartmann (1842 – 1906) bahnte dem ontologischen Denken den Weg. Bis 1930 etablierte sich die Ontologie durch Arbeiten von Hans Pichler (1910: „Über Christian Wolffs Ontologie“) und Nicolai Hartmann (1882 – 1950) als selbstständige Strömung.<sup>235</sup> Hartmann, der vom Neukantianismus über den Erkenntnistheoretischen Realismus zur Ontologie fand, war es denn auch, der auf ontologischer Grundlage eine Erkenntnistheorie, eine Naturphilosophie, eine Philosophie des Geistes, Ethik und Ästhetik entwickelte. Er postulierte eine partielle<sup>236</sup> begriffliche Erfassbarkeit des vom Subjekt unabhängigen Seienden und suchte, die Strukturgesetze der realen Welt aufzudecken. Die außerhalb des Subjekts liegenden Gegenstände können auch aufgrund einer Parallelität von Denk- und Seinsprinzipien erkannt werden. Diese Ur-Kategorien des Seienden mit ihrem jeweiligen Gegenglied sowie die Gesetzmäßigkeiten zwischen den Ur-Kategorien sucht Hartmann auf einer deskriptiv-empirischen Basis herauszuarbeiten. Erkennen ist ihm zufolge kein Erzeugen, sondern zunächst ein Erfassen des Gegenstandes durch das Subjekt. Wahre Erkenntnis entsteht dort, wo das vom transzendierenden Subjekt bestimmte Bild der Seinsbestimmtheit des Objekts entspricht.<sup>237</sup>

---

<sup>233</sup> Vertreter des Erkenntnistheoretischen Realismus sind neben August Messer (1867 – 1937; Gießen) etwa auch Theodor Lipps (1851 – 1914; München), Hans Driesch (1867 – 1941; Köln, Leipzig), Aloys Wenzl (1887 – 1967; München), Carl Stumpf (1848 – 1936; Berlin), Narziss Ach (1871 – 1946; Königsberg, Göttingen), Karl Bühler (1879 – 1963; München, Dresden, ab 1922 Wien), Erich Becher (1882 – 1929; Münster, München), Johannes Hessen (1889 – 1971; Köln), Joseph Geysler (1869 – 1948; Freiburg, München), Johannes Thyssen (1892 – 1968; Bonn), Gustav Störing (1860 – 1946; Bonn), Max Dessoir (1867 – 1947; Berlin), Alois Riehl (1844 – 1924; Berlin) und Nicolai Hartmann (1882 – 1950; Marburg, Köln, Berlin). Vgl. Holzhey/Röd 2004, 257ff.; Oesterreich 1923a, 569ff.; Stegmüller 1978, 245.

<sup>234</sup> Vgl. Holzhey/Röd 2004, 266.

<sup>235</sup> Vgl. Holzhey/Röd 2004, 276. Eine ontologische Tendenz ist auch in der Phänomenologie Husserls enthalten. Zu den Vertretern der ontologischen Strömung werden trotz ihrer Unterschiede neben Hans Pichler (1882 – 1958; Graz, Greifswald) und Nicolai Hartmann auch Paul Ferdinand Linke (1876 – 1955; Jena), Heinrich Scholz (1884 – 1956; Münster), Hans Driesch (1867 – 1941; Heidelberg, Köln, Leipzig), Johannes Rehmke (1848 – 1930; Greifswald) und Günther Jacoby (1881 – 1969) gezählt. Vgl. Holzhey/Röd 2004, 276ff.; Bense 1951, 173ff.

<sup>236</sup> Rationale Gottesbeweise etwa sind nach Hartmann nicht möglich. Vgl. Stegmüller 1978, 264.

<sup>237</sup> Vgl. Stegmüller, 1978, 247f.

**Philosophische Anthropologie:** Die Philosophische Anthropologie wurde erst gegen Ende der 1920er Jahre durch die Arbeiten von Max Scheler (1874 – 1928) und Helmuth Plessner (1892 – 1985) begründet.<sup>238</sup> Die erneute Frage nach dem Wesen des Menschen, dessen historische Stellung, dessen Werden und auch Sonderstellung im Verhältnis zu anderen Lebewesen versprach neue Antworten infolge der Ergebnisse aus der Humanbiologie und den Verhaltenswissenschaften. Sie resultierte jedoch aus den als ungenügend empfundenen Antworten der Erkenntnistheorie, aus dem Bedürfnis nach einer ontologischen Grundlegung des Seinssubjekts Mensch, nach philosophischer Fundierung der Geistes- und Kulturwissenschaften sowie nicht zuletzt aus der materiell und geistig unruhigen Zeit.<sup>239</sup> Scheler und Plessner kamen aus der phänomenologischen Schule Husserls und stellten die Frage nach dem Menschen als phänomenologische Wesensfrage. Scheler hebt den Menschen in dessen problematischer Sonderstellung durch den Geist vom Tier ab. Der Geist ermöglicht „Weltoffenheit“ und „Welthabe“, wozu Gegenstands- und Selbstbewusstsein gehören. Geist wird Gegenpart der menschlichen Triebnatur, er modelliert sie und arbeitet ihr entgegen. Bei Plessner hingegen ist alles Leben in der organischen Welt eingebettet, der Mensch ist Teil davon. Er unterscheidet sich jedoch von der Pflanze und dem Tier durch eine „exzentrische Positionalität“, durch die er sein Zentrum verlassen kann. Diese dritte Stufe des organischen Werdens macht den Menschen zum Menschen, er verhält sich reflexiv zu sich selbst, erschließt sich seine Außen-, Innen- und Mitwelt, die ihm wiederum Kultur, Geschichte und Gesellschaft ent-decken lassen. Er schafft sich seine Welt.<sup>240</sup>

**Der Neuidealismus:** Unter dem Einfluss kulturkritischer Tendenzen um die Wende zum 20. Jahrhundert und dem Rückgriff auf die Philosophien Fichtes, Schellings und Hegels erwuchs aus den Anfängen einzelner Vertreter und Anhänger des absoluten Idealismus (Rudolf Hermann Lotze, 1817 – 1881; Adolf Lasson, 1832 – 1917) eine breite neuidealistische Strömung<sup>241</sup>, die insbesondere im politischen Denken

---

<sup>238</sup> Helmuth Plessners Werk „Die Stufen des Organischen und der Mensch“ und Max Schelers Buch „Die Stellung des Menschen im Kosmos“ erschienen 1928. Zu den Hauptvertretern der Philosophischen Anthropologie gehört auch Arnold Gehlen (1904 – 1976), in der Weimarer Republik Leipziger Privatdozent und Assistent von Hans Freyer. Gehlen diagnostizierte das „Mängelwesen“ Mensch und machte im Nationalsozialismus Karriere.

<sup>239</sup> Vgl. Holzhey/Röd 2004, 209.

<sup>240</sup> Vgl. Holzhey/Röd 2004, 209 – 226.

<sup>241</sup> Dem Neuidealismus nahe standen etwa Julius Ebbinghaus (1885 – 1981; Freiburg, Rostock, Marburg), Richard Kroner (1884 – 1974; Heidelberg, Dresden, Kiel), Eberhard Grisebach (1880 – 1945; Jena, Zürich), Richard Falckenberg (1851 – 1920; Erlangen), Hermann Glockner (1896 – 1979; Heidelberg), Otto Braun (1885 – 1922; Münster), Hermann Schwarz (1864 – 1951; Greifswald), Ernst Bergmann (1881 – 1945; Leipzig), Ferdinand Jakob Schmidt (1860 – 1939; Berlin), Heinrich Scholz (1884 – 1956; Kiel, Münster), Theodor Haering (1884 – 1964; Tübingen) und Max

wirkte. Gegen Realismus, Rationalismus, Naturalismus und Intellektualismus gewandt, machten die Neuidealisten die Einheit von Sein und Denken, die Einheit des Wahren, Guten und Schönen im Absoluten wieder geltend. Rudolf Eucken<sup>242</sup> wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Galionsfigur einer idealistischen Auffassung, die Grundlage des Gottesglaubens, des Glaubens an eine Weltvernunft und des Glaubens an die Einheit der Natur und der menschlichen Gemeinschaft sein sollte, um so das eigene geistige Dasein mit der übersubjektiven höheren Geisteswelt zu vereinen.<sup>243</sup> Ohne eine systematische Begründung hatte Euckens Philosophie Appell-Charakter.<sup>244</sup> Mit Beginn des Ersten Weltkriegs suchte Eucken, der weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannt war, die moralischen Kräfte des deutschen Volkes durch eine Vielzahl von Aufrufen, Veröffentlichungen und Vorträgen zu stärken und das Heldentum zu preisen. Er appellierte an irrationale Kräfte im geistig-seelischen Wesen der Deutschen und bestimmte den Krieg als „Weltbewährungsprobe deutscher Innerlichkeit“<sup>245</sup>. Mit Hilfe des spätestens 1914, insbesondere durch die „Reden an die deutsche Nation“ (1808) zum Staatsphilosophen avancierten Fichte schlug Eucken national überhöhte Töne an, mahnte zur Besinnung auf „deutsche Art und deutsches Wesen“.<sup>246</sup> Aufgrund der verbreiteten geistigen Unsicherheit sowie der tiefgreifenden Kulturkrise war die Aufnahmebereitschaft der Deutschen groß, die klassische deutsche Philosophie füllte ein tief empfundenes Vakuum, motivierte nach dem verlorenen Krieg die geschundene deutsche Psyche. Die autoritäre Rechts- und Staatsphilosophie Hegels wurde in der Weimarer Republik zum bestimmenden (nicht nur philosophischen) Denken in konservativen, deutsch-nationalen und völkischen Kreisen, Hegel erwies sich als der „gefährlichste Feind aller demokratischen Ideale.“<sup>247</sup> Denn der hegelsche Staat ist aller moralischen Verpflichtungen ledig, steht über den Individuen und agiert machtvoll und autoritär.<sup>248</sup>

**Die Lebensphilosophie:** Gegen Rationalismus, Intellektualismus, Szi-entismus gewandt, abstrakte Begriffe und allgemeine Grundsätze ablehnend, stellten die Lebensphilosophen den konkreten, durch die Ge-

---

Wundt (1879 – 1963; Marburg, Dorpat, Jena, Tübingen),. Vgl. Holzhey/Röd 2004, 235f.; Oesterreich 1923a, 559ff.; Lübbe 1974, 204.

<sup>242</sup> Rudolf Eucken (1846 – 1926) wurde 1871 Ordinarius an der Universität Basel, 1874 nahm er den Ruf an die Universität Jena an und lehrte dort bis 1920. Im Jahre 1908 erhielt er als bislang einziger deutscher Philosoph den Literatur-Nobelpreis. Siehe zur politischen Einbettung Euckens im Kaiserreich, im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik: Sieg 2013, 59ff.

<sup>243</sup> Vgl. Holzhey/Röd 2004, 234ff.; Oesterreich 1923a, 559ff.

<sup>244</sup> Vgl. Holzhey/Röd 2004, 235.

<sup>245</sup> Lübbe 1974, 182.

<sup>246</sup> Lübbe 1974, 181.

<sup>247</sup> Cassirer 2002, 325.

<sup>248</sup> „Kein anderes philosophisches System hat so viel zur Vorbereitung des Fascismus und Imperialismus getan, als Hegels Lehre vom Staate.“ Cassirer 2002, 356.



schichte bedingten Menschen in den Vordergrund ihrer Philosophie. Mehr als die Vernunft, sollen ihn Gefühl, Instinkt, Trieb und Wille leiten.<sup>249</sup> Eine der beiden Richtungen hat Wilhelm Dilthey (1833 – 1911) begründet. In Abgrenzung zu den Naturwissenschaften sucht er eine Methoden- und Erkenntnislehre der Geisteswissenschaften zu entwickeln. Kunst, Recht, Moral, Religion und Metaphysik sieht er als historisch bedingte Äußerungen an, die vom Subjekt innerlich nachvollzogen werden können. So geht seine Hermeneutik nicht von isolierten Ausdrücken oder Zeichen aus: Wie das Wort nur durch den Satz, der Satz durch den Gedankengang, das Kapitel, das Werk oder die literarische Gattung seine volle Bedeutung erlangt, so werden auch alle anderen Lebensäußerungen wie Geste, Kunstwerk, religiöse Vorstellungen nur durch den Sinnzusammenhang verständlich.<sup>250</sup>

Die individualpsychologische Betrachtung hat Dilthey später in den überpersönlichen Bereich transferiert. Der „objektive Geist“ wird bei ihm zum Ausdruck eines überpersonalen historischen Lebenszusammenhangs: Sittlichkeit, Recht, staatliche Ordnung, Kunst und Religion. Darin bilden sich Werturteile und Zwecksetzungen mit dem Anspruch allgemeiner Gültigkeit aus. Auch das Irrationale gehört für Dilthey zur Totalität des Lebens. Dieser „objektive Geist“ ist geschichtlich, ebenso das Verstehen des „objektiven Geistes“. Beides ist historisch relativ, denn ein Verstehen ist nur möglich, wenn Subjekt und Objekt gleichartig sind.<sup>251</sup> In seinem Werk „Die Typen der Weltanschauungen“<sup>252</sup> (1911) führt Dilthey metaphysische Auffassungen auf Weltanschauungen, schließlich auf Charaktertypen zurück.

---

<sup>249</sup> Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 113 ff.

<sup>250</sup> Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 119.

<sup>251</sup> In Abgrenzung zum Historismus als Wissenschaftspraxis kritisiert Schnädelbach den Historismus als historischen Relativismus, der keine normativen Orientierungen zu geben vermag. Die „unwandelbare Menschenvernunft“ als oberster Maßstab, ahistorisch und interkulturell, hat ihre Geltung verloren, mit dem Relativismus schleicht sich eine Art der Beliebigkeit von Werten, Normen und Zielen ein. Vernunft wird auf Geschichte reduziert. Vgl. Schnädelbach 1983, 51ff.

<sup>252</sup> Dilthey findet drei Weltanschauungstypen: Bei der materialistischen Weltanschauung überwiegt das theoretische Moment, bei der objektiv-idealistischen das emotionale Moment. Die Weltanschauung, die auf dem Ideal der Freiheit beruht, wird vom voluntativen Moment dominiert. Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger, 2002, 125. Zu den an Dilthey anknüpfenden Philosophen des Historismus gehören Georg Misch (1878 – 1965; Göttingen), Eduard Spranger (1882 – 1963; Leipzig, Berlin), Hans Leisegang (1890 – 1951, Leipzig, Jena), Theodor Litt (1880 – 1962; Bonn, Leipzig), Hans Lipps (1889 – 1941; Göttingen, Marburg) sowie die Soziologen Georg Simmel (1858 – 1918; Straßburg) und Hans Freyer (1887 – 1969; Kiel, Leipzig). Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger, 2002, 128ff. Lebensphilosophische Elemente finden sich auch bei Hans Driesch (1867 – 1941; Heidelberg, Köln, Leipzig) und Ernst Krieck (1882 – 1947; Pädagogische Akademie in Frankfurt/Main, Pädagogische Akademie Dortmund). Vgl. Ringer, 1983, 302f., 320ff.; 336. Lebensphilosophische Annahmen flossen auch in die Existenzphilosophie von Karl Jaspers (1883 – 1969; Heidelberg) und Martin Heidegger (1889 – 1976; Freiburg, Marburg, Freiburg) ein, in die Philosophische Anthropologie und in den Neomarxismus. Vgl. Schnädelbach 1983, 172.; 190.

Die Basis für die irrationalistische, zweite Richtung der Lebensphilosophie schuf Henri Bergson (1859 – 1941). Ihm zufolge führt eine vom Verstand unabhängige metaphysische Intuition, ein philosophisches Tiefenerlebnis, zur Erkenntnis der Wirklichkeit, während die bloß rationale Erkenntnis auf Zeichen angewiesen und stets relativ ist. Bergsons Philosophie gründet in eine jenseits von Begriffen und Logik angesiedelte umfassende Metaphysik des Lebens.<sup>253</sup> Bei ihm und seinen Anhängern wird der Begriff des Lebens zum Totalitätsbegriff.<sup>254</sup>

Doch es war kein universitärer Lehrer der Lebensphilosophie, sondern der freie Schriftsteller Oswald Spengler (1880 – 1936), der mit seinen an der Lebensphilosophie orientierten Werken, insbesondere mit dem „Untergang des Abendlandes“ (1918), den wohl größten Einfluss auf die Gesellschaft der Weimarer Republik ausübte und mit seinem populär- und pseudowissenschaftlichen Werk breite Bevölkerungsschichten erreichte und einen nachhaltigen publizistischen Erfolg hatte.<sup>255</sup> Spengler orientierte sich an der Grundlegung der Geisteswissenschaften durch Dilthey, an der Macht-Metaphysik und der Nihilismus-Diagnose Nietzsches, der Philosophie Bergsons, am Vitalismus sowie an neuromantischen und neuidealistischen Tendenzen.<sup>256</sup> Spengler, ein Gegner der Weimarer Republik, wagt in diesem Werk, mit vermeintlichen Seherfähigkeiten ausgestattet, „Geschichte vorauszubestimmen“<sup>257</sup> und eine „Philosophie der Zukunft“ mittels einer an der Biologie orientierten „Morphologie der Weltgeschichte“<sup>258</sup> zu entwerfen. In den Kulturen sieht er beseelte Ganzheiten und schließt von deren Physiognomie auf den Charakter der „Kulturseele“.<sup>259</sup> Organizistisch, letztlich biologisch konstatiert Spengler ihr Wachsen, Altern, Reifen und schließliches Absterben. Das Europa des frühen 20. Jahrhunderts entspreche dem Zustand Roms am Ende der Republik. Unvermeidliche

---

<sup>253</sup> Der Romanist Ernst Robert Curtius (1886 – 1956) wurde wie viele seiner Altersgenossen bereits vor dem Ersten Weltkrieg vom „Zauberwort“ Leben affiziert: „Es war wie ein Rausch, ein Jugendrausch, den wir alle geteilt haben. Ein überschäumendes Gefühl der Befreiung hatte die junge Generation ergriffen. Befreiung wovon? Vom Druck der ‚mechanischen Weltanschauung‘. Es war ein Ruck vorwärts. Die echte Erlebniswirklichkeit wurde dem Denken zurückgegeben.“ Zitiert nach Oesterreich 1928a, XXIXf.

<sup>254</sup> Vgl. Schnädelbach 1983, 180.

<sup>255</sup> Bis 1926 wurden 100.000 Exemplare verkauft. Vgl. Ivo Schneider 1998, 78. Das Werk wurde in nahezu sämtlichen Zeitungen und Zeitschriften diskutiert. Hans Mayer erinnert sich, dass er es als Kind in jedem bürgerlichen Haushalt entdeckt habe: „Man sprach davon allenthalben und unablässig.“ Mayer 1982, 60.

<sup>256</sup> Vgl. Schnädelbach 1983, 186.

<sup>257</sup> Spengler 1924, Einleitung I.

<sup>258</sup> Spengler 1924, 6.

<sup>259</sup> Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 149.

Folge laut Spengler: Auch für die europäische Kultur sei die Ära des Cäsarismus angebrochen.<sup>260</sup>

Abseits der Universitätsphilosophie agierten auch die Lebensphilosophen Hermann Graf Keyserling (1880 – 1946) und Ludwig Klages (1872 – 1956), die in der Weimarer Republik durch ihre Werke und ihr Wirken auf großes und in die Breite gehendes Interesse stießen. Keyserling wurde durch sein „Reisetagebuch eines Philosophen“ (1918) berühmt, gründete in Darmstadt die „Schule der Weisheit“ und ordnete das Erkennen dem Erleben unter. Klages setzte dem Geist „das Leben“ und „die Seele“ schroff entgegen und kritisierte den technizistischen und rationalistischen Umgang des Menschen mit der Natur.<sup>261</sup> Die vulgäre Lebensphilosophie (insbesondere Spengler und Klages, aber auch Krieck) kam nie über eine bloße Beschreibung „des Lebens“ hinaus. „Leben“ wurde „ein Kampfbegriff“, „eine Parole“<sup>262</sup>, ein Angriff auf das Denken und auf den Individualismus<sup>263</sup> – Gegenbegriff zur wissenschaftlichen Rationalität.

## **B. Zur politischen Einstellung der Philosophie-Dozenten**

Den Vorlesungsverzeichnissen der 22 Universitäten (ohne Tübingen) zufolge lehrten am Beginn der Weimarer Republik rund 160 Dozenten Philosophie.<sup>264</sup> Ihre dezidierte Einstellung zur Weimarer Republik und

---

<sup>260</sup> Antimodernistisch wandte sich Spengler auch gegen die damals häufig kritisierte Verstädterung, pries das Landleben, den organischen Charakter der Gemeinschaft im Gegensatz zur Gesellschaft und sah in Führerpersönlichkeiten Menschen der Tat, keine Theoretiker. Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 152.

<sup>261</sup> Heinrich Rickert kritisierte bereits 1920 in seinem Werk „Die Philosophie des Lebens“ die Lebensphilosophie als bloße Modeströmung. Laut Schnädelbach ging es bei den Lebensphilosophen gegen das Tote, Erstarre, gegen den Intellektualismus, die lebensfeindlich gewordene Zivilisation; es ging ihnen aber auch um ein neues Lebensgefühl, um „echte Erlebnisse“, um Dynamik, Kreativität, Unmittelbarkeit, Jugend. Die Lebensphilosophie sei jedoch mit dem Bannfluch des Irrationalismus und Präfaschismus belegt und habe auch den „Heroischen Realismus“ von Ernst Krieck, Alfred Baeumler und Alfred Rosenberg inspiriert. Vgl. Schnädelbach 1983, 172f.

<sup>262</sup> Schnädelbach 1983, 172.

<sup>263</sup> Vgl. Horkheimer 1934, 8.

<sup>264</sup> Eigene Rechnung auf der Basis aller Vorlesungsverzeichnisse vom Sommersemester 1919 bis zum Sommersemester 1920 (Berlin, Bonn, Breslau, Erlangen, Frankfurt/Main, Freiburg, Gießen, Göttingen, Greifswald, Halle, Hamburg, Heidelberg, Jena, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Marburg, München, Münster, Rostock, Würzburg). Gezählt wurden Ordentliche und außerordentliche Professoren sowie Privatdozenten, die neben Philosophie auch Pädagogik, Soziologie oder Psychologie lehrten. Tilitzki hat 54 Professoren und außerordentliche Professoren sowie 57 nicht-beamtete Dozenten gefunden (inklusive der Technischen Hochschulen). Von den 54 Professoren rechnet er 16 den Liberalen, Sozialliberalen und Sozialidealist zu, neun dem Zentrum und 13 den Deutschnationalen. Sechs Professoren verweigern sich laut Tilitzki einer Zuordnung. Zehn Professoren hat Tilitzki nicht berücksichtigt, weil sie bis 1920 emeritiert wurden oder starben. Unter den 57 nicht-beamteten Dozenten vom Herbst 1918 findet er neun Sozialliberale und Sozialidealist, 28 Libe-

zur Demokratie in der Umbruchphase wiederzugeben, wäre zwar wünschenswert, ist aber unmöglich. Der Rahmen der vorliegenden Arbeit würde gesprengt.<sup>265</sup> So nähern wir uns zunächst dem politischen Geist der Philosophen am Beginn der Weimarer Republik. Rekuriert wird dabei inhaltlich insbesondere auf Tilitzkis zweibändiges Werk<sup>266</sup>, systematisch geht diese Darstellung jedoch einen anderen Weg, auch wird so manche Schlussfolgerung Tilitzkis in Zweifel gezogen.

Zwar gab es bereits im Kaiserreich zaghafte Reformen in Richtung demokratischer Mitwirkungsrechte des Parlaments, doch der Sprung vom Untertanen zum Träger und obersten Organ der Staatsgewalt traf das gesamte Volk 1918/1919 nahezu unvorbereitet.<sup>267</sup> Nicht nur fehlte der demokratischen Republik eine angemessene Staatstheorie, die in die Breite und Tiefe wirken, Sicherheit und Orientierung vermitteln konnte und die geänderte Bedeutung und Gewichtung von Volk, Presse, Parteien, Vereinen und Versammlungen zu begründen und zu erläutern vermochte. Das Denken am Beginn von Weimar war weitgehend von der konstitutionellen Monarchie bestimmt. Der Staat wurde als politische Handlungs- und Willenseinheit, nicht aber als politische Ordnung einer pluralistischen Gesellschaft nach heutigen Maßstäben begriffen.<sup>268</sup> Da die Anleihen aus der englischen oder französischen Demokratie zusätzlich zur militärischen auch die geistige Kapitulation des Deutschen Reiches bedeuteten, stand Weimar vor einem demokratischen Neuanfang. Das machte sich auch im politischen Denken der Weimarer Philosophen bemerkbar, die zu einem Großteil neben demo-

---

rale und 15 Deutschnationale und Völkische. Fünf Dozenten können ihm zufolge nicht zugeordnet werden. Vgl. Tilitzki 2002, 43 – 78.

<sup>265</sup> Christian Tilitzkis voluminöses Werk gibt wichtige Anhaltspunkte. Eine überzeugende Übersicht über die politischen Einstellungen der Philosophen am Beginn der Weimarer Republik liefert er nicht immer. Seine Zuordnungen sind „grob und gekünstelt“, wie er selbst bereit ist zuzugeben. Tilitzki 2002, 47. Seine Begründungen für die Einordnung in die verschiedenen Kategorien sind gelegentlich nicht nachvollziehbar.

<sup>266</sup> Tilitzki hat rund 240 Berufungs- und Habilitationsverfahren von 1919 bis 1945 an den Universitäten und Technischen Hochschulen untersucht. Seine akribische Aktenauswertung ist von unschätzbarem Wert, behandelt er doch (fast) alle bekannten und unbekanntenen Philosophen jener Zeit mehr oder weniger ausführlich. Seine beiden Bände sind zum Nachschlagewerk geworden. Dennoch ist Tilitzki mit großer Vorsicht zu begegnen. Sein an Ernst Nolte angelehnter herausgearbeiteter Gegensatz von völkisch-nationalsozialistischem Partikularismus und westlichem Universalismus überschreitet in zentralen Aussagen die Grenze zum Revisionismus. Er muss sich den Vorwurf gefallen lassen, den völkisch-rassistischen Schwenk zu relativieren und dezidiert antisemitische Äußerungen als Marginalie abzutun. Siehe auch die Rezensionen von Flasch 2002, Hausmann 2002a und Meyer 2002. Kritisch zu Tilitzki auch: Wolters 2009, 60ff.

<sup>267</sup> Vgl. im Folgenden Gusy 2000a, 11 – 37.

<sup>268</sup> So auch Schönberger. Die Bejahung der Weimarer Verfassungsordnung und eine pluralistische Demokratievorstellung in einem heutigen Sinn trafen tatsächlich eher selten zusammen. Kaum einer der Verfassungsväter und Anhänger der Weimarer Republik habe eine pluralistische Demokratievorstellung im heutigen Sinn besessen. Vgl. Schönberger, 2000, 664.

kratie-kritischen und antidemokratischen Haltungen eher einzelne demokratische Denkansätze repräsentierten als ein umfassend begründetes Denken auf allgemein anerkannter demokratischer Basis mit den Pfeilern etwa der Volkssouveränität, Gewaltenteilung, dem Pluralismus<sup>269</sup> oder den Bürgerfreiheiten.<sup>270</sup> So begegnen wir auch diffusen Demokratievorstellungen, sich widersprechenden demokratischen und antidemokratischen Haltungen<sup>271</sup> oder auch inhaltlichen Ähnlichkeiten zwischen Republikanern und Anti-Republikanern. Wer die Weimarer Republik bejahte, konnte durchaus eine deutsch-nationale politische Haltung haben oder den Versailler Vertrag ablehnen.

Die meisten Philosophie-Dozenten hatten ihr Weltkriegserlebnis hinter sich, lebten in einer konfliktreichen Zeit, die völlig neue Herausforderungen an sie herantrug. Die Volks- und Klasseneinheit sowie die Gemeinschaft und Brüderlichkeit wurden vielfach beschworen, der Anti-Kapitalismus war weit verbreitet, aber auch die Ablehnung des sowjetischen Staates.<sup>272</sup> So finden sich selbst bei den Weimar-Befürwortern gelegentlich demokratisch-parlamentarische, präsidentielle und überparteilich-obrigkeitsstaatliche Denkmuster vereinigt, wie auch die in den 1920er Jahren sich verstärkende Diskussion um das „Führerproblem“ zeigt.<sup>273</sup>

In den folgenden Ausführungen werden zunächst die exponiertesten Vertreter der unterschiedlichen politischen Lager genannt, die sich auf den verschiedenen Ebenen in den ersten Jahren nach der Revolution für oder gegen die Republik engagiert haben. Am Schluss des Kapitels werden die letzten Jahre der Weimarer Republik ins Auge gefasst. Eine Vollständigkeit wird nicht angestrebt.

---

<sup>269</sup> Ein Hauptmerkmal der Weimarer Demokratiediskussion sei ein verbreitetes anti-pluralistisches Demokratieverständnis mit einer Vorliebe für pathologische Gegensatzpaare gewesen: Demokratie contra Parlamentarismus, Demokratie contra Liberalismus, Identität contra Repräsentation, wobei „Identität“ hier diejenige von Regierenden und Regierten meint. Vgl. Schönberger 2000, 666.

<sup>270</sup> Auf die gesamte geistige Elite der Weimarer Republik bezogen resümiert Gusy, dass sich demokratisches und antidemokratisches Denken keineswegs monolithisch gegenüberstanden. Er sieht tastende Anfänge in der Demokratisierung sowie eklektische Misch- und Übergangsformen. Vgl. Gusy 2000b, 646. Demokratisches Denken habe es in „allen Schattierungen“ gegeben. Doch es blieb fast stets das Denken einer Minderheit oder von Außenseitern. Vgl. Gusy 2000b, 662.

<sup>271</sup> Etwa bei Hans Driesch, der den Wählerinnen und Wählern ihr Wahlrecht nach intellektueller Begabung zuerkennen wollte, oder bei Max Scheler, der die Demokratie durch eine „aufgeklärte Aristokratie“ zu ersetzen trachtete. Vgl. Tilitzki 2002, 361f.

<sup>272</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 47.

<sup>273</sup> Tilitzki 2002, 47. Gusy weist allerdings darauf hin, dass antidemokratisches Denken auf den einzelnen „Führer“ zielte, während demokratisches Denken „die Führung“ durch mehrere „Führer“ postulierte. Die leitende Funktion wird demnach von verschiedenen Personen ausgeübt, nicht auf eine Person beschränkt. Vgl. Gusy 2000b, 657.

Täuschten die unterschiedlichen Professoren-Erklärungen zu Beginn des Ersten Weltkriegs noch eine Einheit auch der Philosophie-Dozenten vor, so differenzierten sich die Lager seit 1916 erheblich.<sup>274</sup> Unmittelbar nach der Niederlage 1918 schlossen sich einige Philosophie-Dozenten der SPD an<sup>275</sup>, etwa der Frankfurter Ordinarius Hans Cornelius<sup>276</sup>, die außerordentlichen Professoren Ernst von Aster<sup>277</sup>

---

<sup>274</sup> Am 23. Oktober 1914 unterzeichneten rund 3.000 Professoren die „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“. Darin traten die Professoren einer von ihnen als beabsichtigt empfundenen Spaltung des deutschen Volkes durch die Kriegsgegner entgegen. Den „preußischen Militarismus“ wiesen sie erbost von sich, im deutschen Heer stecke der gleiche Geist wie in der „deutschen Wissenschaft“, wie im gesamten deutschen Volke, wie im Kriege, so auch im Frieden. Dieser Geist erziehe die Jugend zu selbstentsagender Pflichttreue, verleihe ihr das Selbstbewusstsein und das Ehrgefühl des wahrhaft freien Mannes, der sich willig dem Ganzen unterordne. Für die gesamte Kultur Europas hänge das Heil vom Sieg der Deutschen ab. Der Text war für damalige Verhältnisse so gehalten, dass sich möglichst viele Dozenten damit einverstanden erklären konnten. Und tatsächlich unterschrieben politisch so unterschiedliche Philosophen wie der Frankfurter Ordinarius und Pazifist Hans Cornelius, Ernst von Aster (München) und Paul Ferdinand Linke (Jena), die nach dem Krieg Sozialdemokraten wurden, oder die auf der politischen Rechten angesiedelten Rudolf Eucken, Bruno Bauch (beide Jena), Max Wundt (Straßburg) und Arnold Ruge (Heidelberg). Es fehlt auf der Liste der damalige Heidelberger Dozent und Pazifist Hans Driesch. Vgl. Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches, Berlin, 23. Oktober 1914, <http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/volltexte/2006/3235/pdf/A008838631.pdf>; Zum publizistischen Engagement im Ersten Weltkrieg auch der Philosophen siehe Flasch 2000; Schwabe 1969.

<sup>275</sup> Vor dem November 1918 hätte es sich kein beamteter Dozent leisten dürfen, Mitglied der SPD zu werden. Vgl. Tilitzki, 2002, 48. Nur der Privatdozent Theodor Lessing (1872 – 1933) von der TH Hannover war vor der Revolution SPD-Mitglied. Vgl. Tilitzki 2002, 60. Erwähnung soll an dieser Stelle auch Paul Sakmann (1864 – 1936) finden, der zwar kein Dozent an einer Universität und auch erst von 1929 bis 1934 Lehrbeauftragter für Philosophie an der TH Stuttgart war, sich jedoch nach dem Ersten Weltkrieg der Sozialdemokratie anschloss und die SPD in der verfassunggebenden Landesversammlung im württembergischen Parlament vertrat. Sakmann war bis 1929 Philosophie-Lehrer am Stuttgarter Eberhard-Ludwig-Gymnasium.

<sup>276</sup> Hans Cornelius (1863 – 1947) war von 1910 bis 1927 ordentlicher Professor an der Akademie für Sozialwissenschaften und an der Universität Frankfurt, seit 1918 Mitglied der SPD. Vgl. Tilitzki 2002, 49, Anmerkung 17. Der Pazifist schrieb bereits während des Ersten Weltkrieges einen Aufsatz zur Friedensordnung nach dem Krieg, der jedoch von keiner Zeitung gedruckt wurde. Den Aufsatz arbeitete er dann zum Manuskript „Völkerbund und Dauerfriede“ aus. Das Buch wurde jedoch erst nach dem Waffenstillstand und der Revolution 1919 gedruckt, wie Cornelius in seiner Selbstdarstellung erläutert. Dort verurteilt er den „Wahnsinn des Weltkrieges“ aufs Schärfste und fordert „föderative überationale Staatsbildungen“ für Gesamteuropa, wenigstens aber für Kontinentaleuropa. Sein Europa stellt sich Cornelius als Bundesstaat vor, mit einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, einheitlicher Diplomatie und Militärgewalt. So würden die Möglichkeiten von Kriegen beseitigt. Zur „ersten unbedingten Vernunftspflicht“ erklärt Cornelius die „Erhaltung der Bedingungen unserer Freiheit“. Ohne Freiheit wäre das Leben wertlos. Vgl. Cornelius 1921, 81 – 99.

<sup>277</sup> Ernst von Aster (1880 – 1948) wurde 1912 zum nb. a.o. Professor in München ernannt. Der Pazifist und Kosmopolit saß im Hauptausschuss der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, deren Vorläufer, der „Bund Neues Vaterland“ (gegründet 1914), sich bereits für eine Demokratisierung des Kaiserreichs sowie für einen „Verständigungsfrieden“ ausgesprochen hatte. Im Januar 1917 sprach Ernst von Aster vor Gewerkschaftern in München über die notwendige Demokratisierung im Innern des Reichs, über einen Frieden unter einem freien, internationalen Völkerbund und forderte die Ausschaltung des militärischen Einflusses auf die Politik. Publizistisch war Ernst von Aster in linksliberalen und sozialdemokratischen Blättern aktiv, arbeitete

(München), Walter Kinkel<sup>278</sup> (Gießen), Leonard Nelson<sup>279</sup> (Göttingen), Hans Ehrenberg<sup>280</sup> (Heidelberg), Paul Ferdinand Linke<sup>281</sup> (Jena) sowie die Privatdozenten Albert Görland<sup>282</sup> (Hamburg), Paul Honigsheim<sup>283</sup> (Köln) und Siegfried Marck<sup>284</sup> (Breslau). 1918 trat auch der Katholik

---

für die deutsch-jüdische Zeitschrift „Der Morgen“ sowie ab 1922 für die „Central Vereins Zeitung“, einem Blatt für deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens. Vgl. Tilitzki 2002, 103f.

<sup>278</sup> Der Cohen-Schüler Walter Kinkel (1871 – 1937) war bereits in der wilhelminischen Ära im linksliberalen Umfeld aktiv für Völkerversöhnung und religiöse Toleranz eingetreten. 1908 hat er die Judenfeindschaft als „Überbleibsel einer rohen Kulturstufe“ bezeichnet. In der „Novemberrevolution“ von 1918/1919 zeichnete er das Bild eines sozialen und demokratischen Staates mit Ziel einer Bürgergesellschaft nach Kantischem Vorbild. Vgl. Tilitzki 2002, 61, 383.

<sup>279</sup> Der Pazifist und Sozialist Leonard Nelson (1882 – 1927) brachte Philosophie und Praxis zusammen. Er gründete am Ende des Ersten Weltkrieges den Internationalen Jugendbund (IJB). Dessen Mitglieder sollten die Nelson'sche Ethik mit ihren Pfeilern Gerechtigkeit und Pflicht verinnerlichen und weitertragen sowie in den Arbeiterorganisationen mitwirken. Freiheit und Gleichheit zählte Nelson zu den idealen politischen Forderungen. Nach dem Ausschluss aus der SPD gründete Nelson 1925 den „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“ (ISK) sowie die Reformschule „Walkemühle“ und eine Philosophisch-Politische Akademie. Vgl. Holzhey/Röd, 2004, 123f. Mit dem ISK verfolgte Nelson eine antidemokratische Linie von links und verfocht eine Art „Führertum des Weisesten“ nach platonischem Vorbild. Vgl. Dahms 2001, 217.

<sup>280</sup> Hans Ehrenberg (1883 – 1958) war laut Tilitzki „Sozialist der ersten Stunde“, der vom nationalliberalen Lager im letzten Kriegsjahr 1917 zur Sozialdemokratie wechselte. Im November 1918 war er im Soldatenrat seiner Einheit in Jüterborg, wurde 1919 außerordentlicher Professor in Heidelberg, wo er für die SPD als Stadtverordneter im Rathaus saß.

<sup>281</sup> Paul Ferdinand Linke (1876 – 1955), nb. außerordentlicher Professor in Jena, engagierte sich während des Ersten Weltkriegs im linksliberalen „Bund Neues Vaterland“, der für den „Verständigungsfrieden“ und für eine innenpolitische Demokratisierung warb. Vom „Bund Neues Vaterland“ wechselte Linke zur „Vereinigung sozialistischer Kopfarbeiter“ und zur „Liga für Menschenrechte“, trat in die linksliberale 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei (DDP), 1919 in die SPD ein. Vgl. Tilitzki 2002, 287; Dahms 2003, 733.

<sup>282</sup> Albert Görland (1869 – 1952) wurde zum Wintersemester 1919/20 an die 1919 gegründete Universität Hamburg berufen. Seine Habilitation erfolgte aufgrund zahlreicher Veröffentlichungen kumulativ. Der Pazifist und Sozialist, Gegner des wilhelminischen Kaiserreichs, engagierte sich im Monistenbund, im mit der SPD verbundenen Lehrerverein sowie im „Werkbund geistiger Arbeiter“. 1920 trat Görland in die SPD ein. Vgl. Tilitzki 2002, 131f.

<sup>283</sup> In der Novemberrevolution 1918 wurde der unorthodoxe Marxist Paul Honigsheim (1885 – 1963) von den revoltierenden Mannschaften der Paderborner Einheit zum stellvertretenden Vorsitzenden des Soldatenrates gewählt. Bis Mai 1919 arbeitete er im Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung. Honigsheim trat in seinen Reden und Vorträgen für Bodenreform, Föderalismus und Pazifismus im Sinne eines religiösen Sozialismus ein. Seine Habilitation erfolgte im Frühjahr 1920. Hauptamtlich leitete Honigsheim von 1921 bis 1933 die Kölner Volkshochschule. Vgl. Tilitzki 2002, 151f.

<sup>284</sup> Bis 1918 noch nationalliberal gesinnt, wurde Siegfried Marck (1889 – 1957) mit Kriegsende Pazifist und Sozialdemokrat. Im November 1918 gehörte er dem Soldatenrat an, wurde 1919 SPD-Mitglied und war bis 1926 Stadtverordneter in Breslau. In der „Breslauer Volkswacht“, im sozialdemokratischen Blatt „Die Gesellschaft“ sowie in der linkssozialistischen Zeitschrift „Der Klassenkampf“ veröffentlichte Marck zahlreiche Artikel. Bei den Jungsozialisten trat er als Redner und Förderer auf, beteiligte sich an Festen und Feiern (Antikriegstage, Revolutions- und Luxemburgfeiern). Vgl. Tilitzki 2002, 294; Kapferer 2001, 26f.

Aloys Wenzl in die SPD ein.<sup>285</sup> Er wurde 1927 Privatdozent für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), im November 1918 aus der Fortschrittlichen Freiheitspartei hervorgegangen, gehörten etwa der Berliner Ordinarius Ernst Troeltsch<sup>286</sup>, der Königsberger Professor Albert Goedeckemeyer<sup>287</sup>, der Heidelberger Ordinarius Ernst Hoffmann<sup>288</sup>, die außerordentlichen Professoren Max Dessoir<sup>289</sup> (Berlin) und Karl Jaspers<sup>290</sup> (Heidelberg) sowie der Extraordinarius Jonas Cohn<sup>291</sup> (Freiburg) an. Auch die Privatdozenten Ernst

---

<sup>285</sup> Leaman, 1993, 86. Parteipolitisch scheint sich Wenzl kaum engagiert zu haben, wohl aber hielt er Vorträge über den Pazifismus. Vgl. Tilitzki 2002, 305.

<sup>286</sup> Der Theologe und Kulturphilosoph Ernst Troeltsch (1865 – 1923) mahnte Jahre vor dem Ersten Weltkrieg die notwendige Demokratisierung des Kaiserreichs an. Er war seit 1909 Mitglied der I. Badischen Kammer, nach der Novemberrevolution 1918 als Vertreter der DDP Mitglied der Preußischen Landesversammlung und Unterstaatssekretär im Preußischen Kultusministerium. Tilitzki wirft Troeltsch ein taktisches und instrumentelles Verhältnis zur Demokratie vor (Vgl. Tilitzki 2002, 359f.). Eine realistische Einschätzung von Troeltschs Engagement für die Weimarer Demokratie findet sich hingegen bei Lübke 1974, 226 – 232. In seinen „Spektator-Briefen“ vom 16. November 1918 bis zum 7. Oktober 1922 suchte Troeltsch die Demokratie seinen Lesern zu erläutern und kommentierte die deutsche Revolution und die Weltpolitik. Demokratie dachte er sich als Mittelweg zwischen Bolschewismus und Kapitalismus, geißelte den „Weltkrieg als Weltwahnsinn“, nannte Imperialismus und Kapitalismus eine „Weltkrankheit“ und sah in der Deutschen Volkspartei (DVP) und in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) im Frühjahr 1919 die „Feinde der Republik“. Der überzeugte „Vernunftrepublikaner“ Troeltsch wandte sich auch gegen den Antisemitismus und analysierte treffend bereits 1921 das „deutsche Faschistentum“. Vgl. Troeltsch 1924.

<sup>287</sup> Tilitzki schreibt Albert Goedeckemeyer (1873 – 1945) eine DDP-Mitgliedschaft bereits für 1918/1919 zu. Der in Königsberg seit 1908 lehrende ordentliche Professor sei ein „Kathedersozialist“ gewesen, der die Parteien der Weimarer Koalition als Festredner und Leitartikler unterstützt habe. In seiner 1920 an Kant angelehnten Schrift „Die Idee vom ewigen Frieden“ setzte sich Goedeckemeyer für einen grundsätzlich gleichen Anteil aller an der Herrschaft ein, für eine weitgehende Sozialisierung der Wirtschaft, stimmte dem sozialdemokratischen Erfurter Programm zu und zeigte Sympathien für den Historischen Materialismus. Weniger auf Revolution setzte er mehr auf soziale Reformen, um eine Zivilisierung und Moralisierung der Gesellschaft zu erreichen. Vgl. Tilitzki 2002, 48, 68, 385f. Leaman rückt Goedeckemeyer auch in die Nähe der „Liga für den Völkerbund“. Vgl. Leaman 1993, 43.

<sup>288</sup> Ernst Hoffmann (1880 – 1952) unterrichtete von 1907 bis zu seiner Berufung nach Heidelberg im Jahr 1922 am Charlottenburger Mommsen-Gymnasium. Er trat 1923 in die DDP ein und unterschrieb 1924 für die Partei einen Wahlaufuf. Vgl. Tilitzki 2002, 108.

<sup>289</sup> Tilitzki nennt Max Dessoir (1867 – 1947) als DDP-Mitglied. Vgl. Tilitzki 2002, 584.

<sup>290</sup> Karl Jaspers (1883 – 1969) hat sich 1919/20 hochschulpolitisch als Vertreter der Nicht-Ordinarien im Engeren Senat engagiert. Dabei soll er auf der Linie der in Baden regierenden linksliberalen DDP agiert haben. Jaspers trat 1923 wegen der militärfreundlichen Politik des Reichswehrministers Otto Geßler (DDP) aus der Partei aus. Vgl. Tilitzki 2002, 107.

<sup>291</sup> Bei Jonas Cohn (1869 – 1947) konstatiert Tilitzki eine Mischung aus Sozialreformismus, Fortschrittsglaube und Kosmopolitismus. Cohn war bereits 1892 der „Gesellschaft für Ethische Kultur“ beigetreten und wurde 1893 Vorsitzender der Ortsgruppe Leipzig. Für 1919 kann eine DDP-Mitgliedschaft angenommen werden. Vgl. Tilitzki 2002, 134.



Cassirer<sup>292</sup> (Berlin), Emil Utitz<sup>293</sup> (Rostock) und Paul Hofmann<sup>294</sup> (Berlin) besaßen das DDP-Parteibuch.

Als Vertreterin und politische Heimat der Katholiken verstand sich die Deutsche Zentrumspartei (Zentrum), in Bayern ab 1920 die Bayerische Volkspartei.<sup>295</sup> Katholische Hochschullehrer waren an den deutschen Universitäten zwar unterrepräsentiert<sup>296</sup>, die Bindung an die Partei war dafür umso fester. So geht auch Tilitzki von einer politisch relativ homogenen, sehr aktiven Gruppe aus.<sup>297</sup> Deren Kern bildeten die Inhaber der Konkordatslehrstühle an den Philosophischen Fakultäten in Bonn, Breslau, Freiburg, München, Münster und Würzburg.<sup>298</sup> Sie waren mehr oder weniger stark den Grundsätzen der päpstlichen Enzykliken verpflichtet, suchten die Gesellschaft nach christlichen Prinzipien zu reorganisieren, schlossen sich der konservativen Neuscholastik an und tendierten politisch eher zu einer nationaldemokratischen Einstellung.<sup>299</sup> Zentrumsmitglieder waren der Bonner Privatdozent Siegfried Behn<sup>300</sup> und der Münchner außerordentliche Professor Hans Meyer.<sup>301</sup>

---

<sup>292</sup> Der Berliner Privatdozent Ernst Cassirer (1874 – 1945) erhielt 1919 einen Ruf an die neu gegründete Hamburger Universität und war dort seit dem Wintersemester 1919/1920 Ordinarius. Zu dieser Zeit war er schon Mitglied der DDP.

<sup>293</sup> Wann der Rostocker Privatdozent Emil Utitz (1883 – 1956) in die DDP eintrat, wird bei Tilitzki nicht ersichtlich. Utitz gehörte jedoch 1919 zur hochschulreformerischen Rostocker „Vereinigung fortschrittlich gesinnter Akademiker“. 1920 wurde Utitz nb. a.o. Professor, seine DDP-Mitgliedschaft ist für 1925 belegt. Vgl. Tilitzki 2002, 242f.

<sup>294</sup> Paul Hofmann (1880 – 1947) hat vor dem Ersten Weltkrieg der Nationalliberalen Jugend angehört. DDP-Mitglied war er seit 1919/20. 1922 wurde Hofmann nb. a.o. Professor. Vgl. Tilitzki 2002, 67.

<sup>295</sup> Zusammen mit der SPD und der Fortschrittlichen Volkspartei (dessen linker Flügel 1918 zur DDP wechselte) arbeitete das Zentrum Mitte 1917 die Friedensresolution aus, die einen Verständigungsfrieden mit den Kriegsgegnern herbeiführen sollte.

<sup>296</sup> Vgl. Heiber, 1991, 32. Von den vor 1900 geborenen 180 Philosophie-Dozenten, die Leaman auflistet (die später Geborenen haben am Beginn der Weimarer Republik noch nicht gelehrt), waren 45 katholisch, das sind 25 Prozent. Eigene Rechnung nach Leaman 1993, 29 – 95.

<sup>297</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 53.

<sup>298</sup> Zu den „Zentrumsphilosophen“ rechnet Tilitzki Adolf Dyroff (1866 – 1943; Bonn), Matthias Baumgartner (1865 – 1933; Breslau), Josef Geysler (1869 – 1948; München), Max Ettlinger (1877 – 1929; Münster) und Remigius Stölzle (1856 – 1921; Würzburg). In der Liste der Parteimitglieder wird jedoch nur Max Ettlinger genannt. Vgl. Tilitzki 2002, 53; 585.

<sup>299</sup> So war Dyroff im Vorstand der Bonner Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei, die sich 1917 als Reaktion auf den von SPD, Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei eingebrachten Verständigungsfrieden gegründet hatte. National, antimarxistisch und antiliberal gesinnt, war Dyroff 1918 Mitbegründer der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Bonn, und Mitglied der alldeutschen „Gesellschaft für einen unabhängigen Frieden“. Vgl. Tilitzki 2002, 53; Leaman 1993, 37.

<sup>300</sup> Siegfried Behn (1884 – 1970) lehrte in Bonn Philosophie mit experimenteller Psychologie und war laut Leaman von 1926 – 1933 Zentrumsmitglied, Tilitzki zufolge von 1927 – 1933. 1922 wurde er zum nb. a.o. Prof. in Bonn ernannt. Vgl. Leaman 1993, 32; Tilitzki 2002, 267.

Erwähnt werden sollen an dieser Stelle noch Kurt Huber<sup>302</sup> (München) sowie Bernhard Rosenmöller<sup>303</sup> (Münster).

Doch keine Regel ohne Ausnahme: Der Katholik Narziss Ach (1871 – 1946), Ordinarius in Königsberg, wechselte seinen politischen Standpunkt zu Beginn der Weimarer Republik: Das einstige Mitglied der Deutschen Vaterlandspartei ging 1923 zur DDP.<sup>304</sup>

Auch einige Philosophen, die in keiner der staatstragenden Weimarer Parteien aktiv, aber anti-monarchistisch gesinnt waren, haben sich politisch im Sinne der neuen Republik betätigt. In den intellektuellen Zirkeln der „Räte für geistige Arbeit“ engagierten sich während der revolutionären Monate 1918/1919 neben den bereits erwähnten Goedeckemeyer, Görland und Linke auch Arnold Kowalewski<sup>305</sup>, Otto Braun<sup>306</sup>, Paul Natorp und Friedrich Alfred Schmid (Noerr)<sup>307</sup>. Mitglieder waren einige Dozenten auch in der international, insbesondere mit Frankreich kooperierenden „Deutschen Liga für Menschenrechte“<sup>308</sup> sowie in der „Deutschen Liga für den Völkerbund“<sup>309</sup>. Zu den

---

<sup>301</sup> Hans Meyer (1884 – 1966), Mitglied der Münchener Einwohnerwehr gegen die Räterepublik, gründete 1918 die Rosenheimer Ortsgruppe der Bayerischen Volkspartei.

<sup>302</sup> Kurt Huber (1893 – 1943) wurde 1942 Mitglied der NS-Widerstandsgruppe „Weiße Rose“. Er habilitierte sich 1920 mit einer experimentalpsychologischen Arbeit und war von 1920 – 1926 Assistent des Philosophen und Psychologen Erich Becher. Von 1927 bis 1931 war er Mitglied der Bayerischen Volkspartei (BVP).

<sup>303</sup> Für Bernhard Rosenmöller (1883 – 1974) ist eine Mitgliedschaft in der Zentrumspartei für 1918/1919 nachgewiesen. Er habilitierte sich Ende 1923 und wurde im Sommersemester 1924 Privatdozent in Münster. Vgl. Leaman 1993, 72f., Tilitzki 2002, 159f.

<sup>304</sup> Vgl. Leaman 1993, 29.

<sup>305</sup> Arnold Kowalewski (1873 – 1945), zunächst Privatdozent in Königsberg, ab Sommersemester 1922 im Vorlesungsverzeichnis als nb. a.o. Professor ausgewiesen, war vor 1918 Mitglied der Freikonservativen Partei und Vorsitzender der Königsberger Kant-Gesellschaft. Vgl. Tilitzki 2002, 67f.

<sup>306</sup> Otto Braun (1885 – 1922), a.o. Professor in Münster, tat sich als Bildungsreformer hervor, trat für eine Gemeinschaftserziehung sowie für die Überwindung der „Klassengegensätze“ durch Bildung ein. Braun bewertete die Revolutionen in Russland und im Deutschen Reich positiv, distanzierte sich jedoch von den an die Macht gekommenen „Parteifanatikern“ und von der Klassenkampffideologie. Stattdessen suchte er den idealistisch-sozialistischen Geist zu motivieren. Vgl. Tilitzki 2002, 390; 407.

<sup>307</sup> Der Heidelberger a.o. Professor Friedrich Alfred Schmid (1877 – 1969), ab 1942 Schmid-Noerr, hatte noch im Oktober 1917 den Aufruf gegen den „Verständigungsfrieden“ unterzeichnet. Von Dezember 1918 bis April 1919 war er Referent der Hochschulkommission der „Gesellschaft für neue Erziehung“.

<sup>308</sup> Mitglied im Rechtsnachfolger „Bund Neues Vaterland“ (1914 – 1922) waren v. Aster, Honigsheim und Linke. Vgl. Tilitzki 2002, 585.

<sup>309</sup> Die im Dezember 1918 gegründete „Deutsche Liga für den Völkerbund“ sollte die Völkerbunds-Idee, also die friedliche Zusammenarbeit der Staaten, im Deutschen Reich verbreiten. Mitglieder waren Cornelius und Goedeckemeyer.

Republikfreunden kann auch Paul Barth<sup>310</sup> gerechnet werden. Als Kritiker des Marxismus und der marxistischen Geschichtsschreibung sympathisierte er mit der Sozialdemokratie und verfocht ein „ideales Recht der allgemeinen Gleichheit und der daraus folgenden allgemeinen Freiheit“<sup>311</sup>. Der Aufklärung Kants verpflichtet trat er für ein Völkerrecht und die Gleichberechtigung der Völker ein.

Eine schillernde Persönlichkeit war der Münchener Ordinarius Friedrich Wilhelm Foerster<sup>312</sup>. Seit 1914 in München brachte der Kulturidealist, überzeugte „Vernunftdemokrat“ und realpolitische Pazifist 1916 die Universität und die Studenten gegen sich auf, weil er die Bismarck'sche Politik kritisierte. Für zwei Semester wurde er daraufhin suspendiert. Von November 1918 bis Juli 1919 war Foerster Bayerischer Gesandter in der Schweiz, kehrte danach an die Universität München zurück. Stets ein unliebsamer publizistischer Stachel gegen die Nationalisten veröffentlichte er 1920 sein Buch „Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland“, das ihn bei den Nationalisten und den sich neu formierenden Nationalsozialisten verhasst machte. Foerster tritt für die Anerkennung der deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg und warnte vor linken und rechten autoritären und totalitären politischen Tendenzen.<sup>313</sup> Wenige Wochen nach dem Mord an Reichsaußenminister Walther Rathenau (DDP) im Juni 1922 erfuhr Foerster während einer Vortragsreise durch Deutschland von einem Offizier, dass ihn dasselbe Schicksal treffen sollte. Foerster floh in die Schweiz.<sup>314</sup>

Für Pazifismus, Kosmopolitismus, eine Verstaatlichung der monopolistischen Großbetriebe und den demokratischen Sozialismus machte

---

<sup>310</sup> Paul Barth (1858 – 1922), a.o. Professor in Leipzig, ab Wintersemester 1919/20 o. Honorar-Professor.

<sup>311</sup> Barth 1921, 14.

<sup>312</sup> Friedrich Wilhelm Foerster (1869 – 1966) war bis 1903/04 Mitglied in der Gesellschaft für ethische Kultur, während der Weimarer Republik in der Deutschen Friedensgesellschaft und in der 1926 gegründeten Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten.

<sup>313</sup> Vgl: Burger 1968; Kühner 1983; Max 1999.

<sup>314</sup> Foerster ist somit der erste Philosoph, der ins Exil gehen musste, lange vor der „Machtergreifung“. Er übersiedelte 1926 nach Paris und warnte in Vorträgen und Publikationen auch im Ausland vor dem deutschen Nationalismus und Militarismus. 1933 bürgerten ihn die Nationalsozialisten aus, verbrannten seine Bücher. Vgl. Kühner 1983, 177ff. Ein zweites Opfer nationalistischer und völkischer Kreise noch vor 1933 war Theodor Lessing (TH Hannover). Der Sozialdemokrat, nach 1918 zunächst Privatdozent, ab 1923 nb.a.o. Professor für Philosophie der Naturwissenschaften und Mitbegründer der Volkshochschule in Hannover, war während der Weimarer Republik publizistisch stark engagiert und warnte 1925 vor der Wahl des Reichspräsidentenkandidaten Paul von Hindenburg. Demonstrationen, Studentenumulte und Vorlesungsboykotte waren die Folgen. Unter dem großen Druck stellte Lessing 1926 seine Lehrtätigkeit an der TH Hannover ein und arbeitete als freier Publizist. Vgl. Tilitzki 2002, 223f.

sich der Bonner Privatdozent Johannes Maria Verweyen<sup>315</sup> publizistisch stark. Eine gewaltsame Revision des Versailler Vertrages lehnte er ab, dem Völkerbund wollte er ein Völkerparlament und einen Völkerbundesrat an die Seite stellen. Der Glaube an die Unsterblichkeit der Seele, schrieb er 1917 in seinem Aufsatz „Krieg und Jenseitsglaube“, verkläre den Heldentod zur Lebenslüge. Das trug ihm ein Disziplinarverfahren und eine ministerielle Missbilligung ein. Sogar das Preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich mit dem „Fall Verweyen“.<sup>316</sup>

Eine gewichtige Stimme unter den zwischen links und rechts ausgleichenden Republikanern hatte in der Weimarer Republik auch Max Scheler<sup>317</sup>. Teilte er noch am Beginn des Ersten Weltkrieges mit den meisten Intellektuellen eine enthusiastische Kriegsbegeisterung im Sinne der „Ideen von 1914“, rief er mitten im Kriege die Europäer zur Mäßigung, Läuterung und Umkehr auf, erklärte den deutschen Lesern die Ursachen des Deutschenhasses und riet nach dem Krieg den (jungen) Deutschen, durch Rekurs auf das Christentum an der europäischen Kultureinheit wieder mitzuwirken.<sup>318</sup>

Seit seiner Jugend war Hans Driesch<sup>319</sup> „Kosmopolit und Kriegsgegner gewesen“. Der Krieg erschien ihm „als Wahnsinn“<sup>320</sup>. Gegen die Vaterlandspartei unterzeichnete er im Oktober und November 1917 die örtlichen Professorenaufrufe in Berlin, Heidelberg und Gießen.<sup>321</sup> Den Weltkrieg bezeichnete er als „größtes Unheil der Menschheit“<sup>322</sup>. Driesch setzte damals auf die Republik „sehr große Hoffnungen“, wie er schreibt, obwohl er dem Kaiser gegenüber keine Antipathie hegte.<sup>323</sup> So unterstützte er per Unterschrift die Kundgebung deutscher Hoch-

---

<sup>315</sup> Johannes Maria Verweyen (1883 – 1945) steht sicherlich für eine nicht geringe Zahl jener, die in der unruhigen Weimarer Republik einen ideellen und politischen Halt suchten: Begonnen als Katholik führte ihn sein Weg zum Monismus, zu den Freireligiösen, Freimaurem, Anthroposophen und Theosophen und wieder zurück zum Katholizismus. Vgl. Tilitzki 2002, 70. Verweyen war auch Mitglied in der deutsch-national-völkischen Deutschen Philosophischen Gesellschaft.

<sup>316</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 70.

<sup>317</sup> Max Scheler (1874 – 1928) war neben Robert Saitschick (1868 – 1965) einer der beiden ersten ordentlichen Professoren an der 1919 neu gegründeten Kölner Universität.

<sup>318</sup> Karl Löwith (1897 – 1973) sieht in Max Scheler denjenigen deutschen Philosophen, der am deutlichsten die Frage nach dem Sinn des Ersten Weltkrieges gestellt habe – entweder werde dadurch Europa neu geboren oder es sei der Beginn seines Absterbens. Vgl. Löwith 1990, 52.

<sup>319</sup> Hans Driesch (1867 – 1941) war nach der Revolution zunächst ordentlicher Honorarprofessor für Systematische Philosophie in Heidelberg, nahm 1920 den Ruf an die Kölner Universität, ein Jahr später den Ruf an die Universität Leipzig an.

<sup>320</sup> Driesch 1951, 155.

<sup>321</sup> Döring 1975, 257.

<sup>322</sup> Driesch 1951, 156, zitiert nach Döring 1975, 127.

<sup>323</sup> Driesch 1951, 160.

schullehrer für die demokratische Verfassung vom 5. Juni 1920<sup>324</sup> und den Wahlauf Ruf für die DDP am 5. Dezember 1924. Driesch wurde auch in die Liste der verfassungstreuen Professoren von Erich Everth aufgenommen.<sup>325</sup> Mit Driesch standen 18 Philosophen<sup>326</sup> auf der Liste.

Bei der ersten Konferenz der „Vereinigung verfassungstreuer Hochschullehrer“ 1926, dem späteren Weimarer Kreis, waren von den 64 Ordinarien aus dem Deutschen Reich fünf Philosophen dabei (v. Aster, Cassirer, Cohn, Hartmann und Linke), der „Vereinigung freiheitlicher Akademiker“ gehörten 1926 lediglich zwei Philosophen an (Driesch und Marck), und an der ersten Tagung vom „Verband sozialdemokratischer Akademiker“ im Mai 1926 nahmen nur drei Philosophen teil (Görland, Marck und Karl Vorländer).<sup>327</sup>

Vorländer<sup>328</sup>, in der Tradition der Neukantianer die soziale Dimension der Ethik Kants betonend, erkannte die bestimmende nationale Be-

---

<sup>324</sup> Außer Driesch unterzeichneten die Philosophen Cassirer, Dessoir, Görland, Julius Goldstein (1873 – 1929; zunächst Privatdozent, ab 1920 nb. a.o. Prof., ab 1925 b. a.o. Prof. an der TH Darmstadt), Nicolai Hartmann (1882 – 1950; nach der Revolution zunächst Privatdozent in Marburg, ab 1922 Nachfolger von Paul Natorp), Heinz Heimsoeth (1886 – 1975; nach dem Krieg Privatdozent in Marburg, ab 1921 dort nb.a.o. Professor, ab 1923 Ordentlicher Professor in Königsberg), Erich Jaensch (1883 – 1940; seit 1913 Ordentlicher Professor in Marburg), Eugen Kühnemann (1868 – 1946; seit 1906 Ordentlicher Professor in Breslau), Linke, Marck, Natorp, Moritz Schlick (1882 – 1936; seit 1911 Privatdozent in Rostock, ab 1921 dort nb.a.o. Professor), Reinhard Strecker (1876 – 1951; Strecker habilitierte sich 1917 mit einer Arbeit über Fichte, im Sommersemester 1919 wird er als Privatdozent in Gießen geführt, er saß auch für die DDP und für die SPD im hessischen Landtag, von 1919 – 1921 war er Kultusminister, ab 1924 Honorarprofessor an der Universität Jena) und Troeltsch. Vgl. Tilitzki 2002, 194f.

<sup>325</sup> Abgedruckt wurde sie in der Vossischen Zeitung am 28. April und 10. Mai 1922. Zitiert nach Tilitzki 2002, 588.

<sup>326</sup> Es sind dies die bereits Genannten v. Aster, Barth, Cassirer, Cornelius, Dessoir, Driesch, Jaspers, Natorp, Nelson und Troeltsch. Hinzu kommen noch Max Frischeisen-Köhler (1878 – 1923; a.o. Prof. in Halle, von 1915 – 1923 Mit-Herausgeber der Kant-Studien), Wilhelm Koppelmann (1880 – 1934; Theologe und Philosoph, seit 1918 o. Honorarprofessor in Münster), Theodor Litt (1880 – 1962; 1918 – 1920 nb.a.o. Prof. in Bonn, seit 1920 o. Prof. in Leipzig), Paul Menzer (1873 – 1960; seit 1908 o. Prof. in Halle, seit 1924 Mit-Herausgeber der Kant-Studien), August Messer (1867 – 1937; seit 1910 o. Prof. in Gießen), Eduard Spranger (1882 – 1963; von 1912 – 1920 o. Prof. in Leipzig, seit 1920 in Berlin), Gustav Störing (1860 – 1946; seit 1914 o. Prof. in Bonn) und Johannes Volkelt (1848 – 1930; von 1894 – 1921 o. Prof. in Leipzig).

<sup>327</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 585. Die Gründung der „Vereinigung freiheitlicher Akademiker“ (Der Bund) ging auf einen Plan der drei Koalitionsparteien Ende 1924 zurück. Die Vereinigung sollte ein Gegengewicht zur Altherrenschaft des antisemitischen und völkischen Deutschen Hochschulrings bilden. Die Gründung erfolgte im Januar 1925, Gründungsversammlung war im Mai desselben Jahres. 1929 schloss sich die Vereinigung dem „Republikanischen Reichsbund“ an. Vgl. Döring, 1975, 78. Der „Verband sozialdemokratischer Akademiker“ hatte 1925 rund 700 Mitglieder unterschiedlicher Berufe. Vgl. Döring 1975, 146.

<sup>328</sup> Karl Vorländer (1860 – 1928) war für die SPD-Presse aktiv und soll direkt nach der Revolution in die SPD eingetreten sein. Der Oberlehrer aus Solingen erhielt 1919 eine Privatdozentur in Münster, 1924 wurde er o. Honorarprof. Vgl. Tilitzki 2002, 61f.

wusstseinshaltung in weiten Teilen der Bevölkerung und suchte unmittelbar nach der Niederlage den Königsberger Philosophen und Weltbürger seinen Zeitgenossen als „typisch Deutschen“ zu präsentieren – freilich in der Interpretation des liberalen und selbstständigen Denkers, im Kontrast zu Fichte, der sich anschickte, National-Philosoph der Weimarer Republik zu werden.<sup>329</sup>

Wie sehr Kant wieder ins Bewusstsein nicht nur bei den Philosophen, sondern auch einer breiteren Öffentlichkeit gerückt war, verdeutlichen die Feiern zum 200. Geburtstag im Jahr 1924.<sup>330</sup> Der Neukantianismus hatte sich zwar gegenüber der Vorkriegszeit abgeschwächt, der Philosoph Kant jedoch wurde insbesondere von den Republikanern nach dem verlorenen Krieg zu einem Ideal, „zu einem Retter im Geistigen wie im Politischen“<sup>331</sup> hochstilisiert. Er sollte die geschundene deutsche Psyche stärken. Mehr noch: Von der Kant'schen Philosophie erhoffte man sich Unterstützung für die Weimarer Republik, Kant wurde zum Hoffnungsanker in der Krise, ein „Nationalheld der Deutschen“<sup>332</sup>. Seine Ethik, Gesellschafts- und Rechtsphilosophie wurden etwa von Gertrud Bäumer (1873 – 1954) für die unmittelbare politische Praxis eingefordert.<sup>333</sup>

In Königsberg, wie schon 1904 das Zentrum der Kant-Feiern, organisierten Stadt und Universität eine Vorfeier sowie drei aufeinanderfolgende Festtage, an denen auch zahlreiche ausländische Wissenschaftler und die Spitzen aus der deutschen Politik teilnahmen, etwa Karl Jarres, Reichsminister des Innern, und der Ministerpräsident Preußens, Otto Braun. Reichspräsident Friedrich Ebert sandte einen Gruß, in dem er die Republik „ausdrücklich unter die Kantische Freiheitsidee stellt und zugleich die Ausweitung des Kantischen Geistes ins Übernationale als offizielle Forderung ausspricht.“<sup>334</sup>

Während die Republik-treuen und –freundlichen Philosophen den Weltbürger Kant hervorhoben und dessen Philosophie auch unters Volk trugen, suchte die anti-republikanische Gegenseite, mit Fichte, Hegel und weiteren (vermeintlichen) Vertretern des deutschen Idealismus den nationalen Gedanken zu pointieren, zu überhöhen und scheinbar spezifisch Deutsches in der Philosophie herauszuarbeiten.

---

<sup>329</sup> Vorländer 1919.

<sup>330</sup> Schon die Feiern zum 100. Todestag 1904 waren pompös und pathetisch. Dem Philosophen wurde national und international gehuldigt. Zum 200. Geburtstag von Kant erschienen rund 600 Titel – allein für den deutschen Raum. Vgl. Malter 1974, 18; 23.

<sup>331</sup> Malter 1974, 23.

<sup>332</sup> Hartmann 1994, 14.

<sup>333</sup> Gertrud Bäumer in ihrer Rede auf dem 5. Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Weimar am 6. April 1924. Vgl. Malter 1974, 25.

<sup>334</sup> Malter 1974, 26.

Der 1904 von Hans Vaihinger<sup>335</sup> gegründeten Kant-Gesellschaft erwuchs in der Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPHG) weniger ein philosophischer Widerpart, vielmehr eine sich als eminent politisch verstehende und artikulierende Gruppierung, die insbesondere ideologisch Einfluss nahm und gewann. Zur Vorgeschichte ihrer Gründung gehört eine Auseinandersetzung zwischen dem Neukantianer Hermann Cohen und Max Hildebert Boehm<sup>336</sup> über die mögliche Synthese zwischen Deutschtum und Judentum, in deren Folge auch weitere national-völkische Publizisten sich zu Wort meldeten.<sup>337</sup> Zum Eklat kam es, als Bruno Bauch<sup>338</sup>, Jenenser Ordinarius, Mitherausgeber und Schriftleiter der Kantstudien, seinen 1916 in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Jena gehaltenen Vortrag „Vom Begriff der Nation“ 1917 in den Kantstudien veröffentlichte.<sup>339</sup> Gegen die Lehren vom Gesellschaftsvertrag und vom Naturrecht mit seinen unveräußerlichen Rechten gewandt entwirft Bauch einen national-völkischen Begriff der Nation und unterfüttert ihn mit antisemitischen Ressentiments. „Die Nation als Gemeinschaft der ‚Mitgeborenen‘ ist natürliche Abstammungsgemeinschaft als Grundlage der völkischen Einheit“<sup>340</sup>, schreibt er. Bi-

---

<sup>335</sup> Hans Vaihinger (1852 – 1933), von 1894 bis 1906 Ordinarius in Halle, gründete 1896 die Kant-Studien, zum 100. Todestag Kants, am 12. Februar 1904, die Kant-Stiftung und die Kant-Gesellschaft. Geschäftsführer der Kant-Gesellschaft waren Vaihinger und Arthur Liebert (1878 – 1946). 1923 war die Kant-Gesellschaft mit Sitz in Halle zahlenmäßig mit 4.000 Mitgliedern die weltweit größte Philosophenvereinigung mit zahlreichen Ortsgruppen, etwa in Berlin, München, Hamburg, Kiel, Stuttgart, Leipzig, Königsberg, Göttingen, Heidelberg und Tübingen. Vgl. Feldkeller 1923, 120f.

<sup>336</sup> Max Hildebert Boehm (1891 – 1968) promovierte 1914 bei Erdmann und Carl Stumpf über „Natur und Sittlichkeit bei Fichte“, ließ sich von 1914 – 1916 als freier Journalist in Straßburg nieder und leistete von 1916 bis 1918 Propagandaarbeit für die Oberste Heeresleitung (OHL), auch im von den Deutschen besetzten Baltikum. Zusammen mit Arthur Moeller van den Bruck agierte der „jungkonservative“ Boehm seit 1919 im national-völkischen Juni-Klub und unterrichtete an dessen „Politischen Kolleg“. Von 1933 – 1945 war er Professor für Volkstheorie und Volkstumssoziologie in Jena. Vgl. Tilitzki, 2002, 474, Anmerkung 568. Auch Sontheimer zählt Boehm zu den „Nationalisten neuen Stils“, bei dem sich eine antidemokratische Gesinnung mit einer vehementen Ablehnung des Wilhelminismus verband. Die „konservative Revolution“ entwickelte sich im Verlauf der Weimarer Republik zu einem „Ideen-spendender für das Gros der nationalistischen Bewegung“. Sontheimer 1994, 29. Im 1922 von Arthur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen und Boehm herausgegebenen Sammelband „Die neue Front“ sah van den Bruck die Völker am Liberalismus zugrunde gehen, Boehm konstruierte ein nach Berufsständen gegliedertes Gemeinwesen.

<sup>337</sup> Zum Disput vgl. Schlotter 2004, 63 – 75; Tilitzki 2002, 473 – 486; Sieg 2013, 129ff.

<sup>338</sup> Bruno Bauch (1877 – 1942) begann seine philosophische Laufbahn als Neukantianer südwestdeutscher Schule. Er habilitierte sich 1903 bei Vaihinger mit einer Arbeit über „Luther und Kant“ und trat 1904 als Mitherausgeber in die Redaktion der Kant-Studien ein. Seit 1911 war er ordentlicher Professor in Jena. Seine Distanzierung vom Neukantianismus begann eigenen Angaben zufolge bereits vor dem 1. Weltkrieg. Vgl. Tilitzki, 2002, 59f.; Holzhey/Röd, 2004, 111. Politisch gehört Bauch zusammen mit Max Wundt, Hermann Schwarz, Arnold Ruge und Hans Pichler in die Reihe der exponierten deutschnationalen und völkischen Philosophen.

<sup>339</sup> Bauch 1917, 139 – 162.

<sup>340</sup> Bauch 1917, 140.

ologistisch argumentierend zählt er die „Gemeinschaft des Blutes“ zum einigenden Band „im natürlichen Bestande der Nation“<sup>341</sup>. Aber auch die „Gemeinschaft des seelischen Erlebens im Denken, Fühlen, Wollen und Handeln ruht“ laut Bauch „ebenso auf den natürlichen Bedingungen des Ursprungs- und Blutzusammenhangs, wie die körperliche Struktur.“<sup>342</sup> Zwar erkennt Bauch auch das „Allgemeine“ beim Menschen an, jede Nation bewahre sich jedoch einen individuellen und unteilbaren Wesenskern – das spezifisch Deutsche gebe sich in seiner Besonderheit nur dem Deutschen zu erkennen, denn er ist „Blut von unserem Blute“<sup>343</sup>. Zur Besonderheit des Deutschen kommt nach Bauch noch die Sprache hinzu. Nicht ausdrücklich genannt, aber mit Stoßrichtung auf die Juden, sieht der Philosoph die Sprache als entscheidenden Ausdruck des Zusammenhanges der Nation: „Der völkische Fremdling mag durch Generationen unter uns leben und keine andere Sprache mehr zu sprechen vermögen, als die unsere. Dennoch ist seine Sprache nicht die unsere.“<sup>344</sup> Zur „Naturgegebenheit“ (das Leib- und Seelenhafte sowie die Sprache) kommt die „Kulturgegebenheit“ hinzu. Verbindungsglied ist die Sprache, die auch das historische Moment einschließt. Natur- und Kulturgegebenheit sind im Wesen der Nation vereinigt. Eine natürlich völkische Abstammungseinheit verbinde sich mit der „historischen Volkseinheit“. So wird das Land zum „Vaterland“, dessen Boden die Vorfahren gepflegt und bestellt haben. Weil deren Arbeit den Boden „heiligt“, hat Bauch Verständnis dafür, dass „Angehörigen des jüdischen Volkes der Erwerb deutschen Grundes und Boden von unseren deutschen Stammvätern versagt ward.“<sup>345</sup> Auf diesem Boden wachsen jedoch nicht nur die „Früchte nationaler Arbeit“<sup>346</sup>, sondern auch die geistigen und kulturellen Güter. Da „Fremd- oder Gastvölker“ nicht „Blut von unserem Blute“ sind, sie nicht „unsere Sprache“ sprechen, können sie laut Bauch auch nicht „naturalisiert“ werden. Wie der Deutsche Deutscher bleibe, auch wenn er die Nationalität wechselt, so impliziert Bauchs Argumentation, dass der Jude ein Jude bleibe, auch wenn er bereits seit Jahrhunderten unter Deutschen lebe. Ein „Naturalisieren“ sei ein „Entnatürlichen“ der Natur<sup>347</sup>.

Das Erstarken der nationalen und völkischen Kräfte innerhalb und außerhalb des Reiches lobend, bemüht Bauch Kant und Fichte und entwickelt in seiner Rede den Gedanken der autoritären staatlichen Zwangsgesetzgebung, die eine wahre Freiheitsgesetzgebung sei, ein

---

<sup>341</sup> Bauch 1917, 140.

<sup>342</sup> Bauch 1917, 141.

<sup>343</sup> Bauch 1917, 142.

<sup>344</sup> Bauch 1917, 144.

<sup>345</sup> Bauch 1917, 147.

<sup>346</sup> Bauch 1917, 147.

<sup>347</sup> Bauch 1917, 150.



„Freisein zu einem Zwecke“, dem staatlichen Gesamtzweck.<sup>348</sup> Das Individuum dient also ausschließlich dem Staat, Gesetze als Abwehrrechte gegenüber staatlichen Eingriffen erwähnt Bauch nicht. Denn es ist „Zweck des Staates, die Nation zur Nation zu bilden.“<sup>349</sup> Weil die als Ziel aufgegebene Nation „naturgegebene Gemeinschaft der Mitgeborenen“ ist, eine „durch Gemeinsamkeit der Geschichte verbundene Nation“<sup>350</sup>, deren Glieder desselben Blutes sind, die gleichen seelischen Empfindungen haben und die gleiche Sprache sprechen, haben „Fremdvölkische“ darin keinen Platz.<sup>351</sup> So unterstützt Bauch den Zionismus und fordert die Juden indirekt auf, sich ihren Staat in Palästina zu errichten.<sup>352</sup>

Die in den Kant-Studien abgedruckte Rede rief insbesondere bei den Philosophen jüdischer Abstammung Empörung hervor. Cohen, Cassirer und Natorp wandten sich mit je eigenen Entgegnungen an die Geschäftsleitung der Kantgesellschaft. Euckens Vermittlungsversuch zwischen Cassirer und Bauch scheiterte, und so stellte Vaihinger Bauch vor die Wahl, eine Ehrenerklärung für Cohen abzugeben, sich ein Jahr lang „aus gesundheitlichen Gründen“ aus der Redaktion der Kant-Studien zurückzuziehen oder vollends zurückzutreten. Den Forderungen mochte Bauch nicht nachgeben, er trat Ende November 1916 von seinem Redaktionsposten bei den Kant-Studien zurück.<sup>353</sup>

Die Bauch'sche Rede mit ihrem deutsch-völkischen Grundton bediente und verstärkte die jüdenfeindliche Stimmung auch bei den Philosophen.<sup>354</sup> Bauch muss hier unterstellt werden, dass er aufgrund seiner intellektuellen Möglichkeiten und seiner sozialen und beruflichen Stellung die vorhandenen antisemitischen Ressentiments und Tendenzen ganz bewusst bedient hat.<sup>355</sup> Das deutsch-national-völkische Milieu

---

<sup>348</sup> Vgl. Bauch 1917, 150f.

<sup>349</sup> Bauch 1917, 154.

<sup>350</sup> Bauch 1917, 155.

<sup>351</sup> Bauch warnt in der national-völkischen Zeitschrift „Der Panther“ eindringlich vor einem „Mischvolk“. Vgl. Schlotter 2004, 67.

<sup>352</sup> Bauch 1917, 159.

<sup>353</sup> Im Januar 1917 rekonstruierte Bauch in einem Artikel im „Panther“ die Vorgänge, die zu seinem Rücktritt geführt hatten, verwahrte sich gegen den Vorwurf des Antisemitismus, schob jedoch die Schuld seines Rücktritts „einer Art jüdischer Oberzensurbehörde“ zu, der er sich nicht habe beugen können. Diese Erklärung hob die „Bauch-Affaire“ in den Fokus nicht nur der philosophischen Öffentlichkeit. Sie fand auch bei den Alldeutschen ein breites Echo. Vgl. Schlotter 2004, 73f. Siehe zur „Bauch-Affaire“ auch Sieg 2013, 127ff.

<sup>354</sup> Otto Braun etwa schrieb während der „Bauch-Affaire“ an Eucken, die Kant-Studien seien „wie ziemlich die ganze Zeitungswelt“ von „jüdischen Tendenzen“ abhängig. Und Heinz Heimsoeth äußerte gegenüber Nicolai Hartmann die Vermutung, „dass die Kant-St. endgültig verjudet sind“. Vgl. Schlotter 2004, 74.

<sup>355</sup> Bauch verwahrte sich gegen den Vorwurf des Antisemitismus. Schlotter resümiert, dass Bauchs „hartnäckiges Eintreten für eine Scheidung zwischen Deutschtum und Judentum ... kein Ausdruck des Antisemitismus“ (im Sinne einer Minderwertigkeitsbehauptung)“ sei. Vgl. Schlotter, 2004, 71. Auch wenn zwischen einem Antise-

war ihm nicht fremd. Im 1894 gegründeten „Deutschbund“, dem ältesten völkischen Gesinnungsverein, leitete Bauch eine der drei Fachabteilungen des „Hochstifts für deutsche Volksforschung zu Gotha“.<sup>356</sup> Bauch lehnte den Versailler Vertrag und die Politik des „Verständigungsfrieden“ ab, er empfand die Besetzung des Ruhrgebiets 1923 als „Vergewaltigung der nationalen Ehre“<sup>357</sup>. Bauch agitierte gegen die „Kriegsschuldlüge“, gegen den Völkerbund und gegen die Demokratie. Sie ebne sämtliche kulturellen und sozialen Unterschiede ein, breche der Zucht- und Zügellosigkeit Bahn, atomisiere das Volk und betreibe nur „Ämterchacher“ und „Stellenjägerei“. Den Pluralismus ablehnend trennte er die Gesellschaft dichotomisch in (aristokratisch verstandene) „Führer“ und sich willig führen lassende „Geführte“. Sein Staatsbegriff geht in einem Ständestaat auf, in dem die einzelnen Glieder auf verschiedenen Stufen, nach Wert und Leistung differenziert, organisch ineinandergreifen.<sup>358</sup>

Die seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts sich verstärkende Fichte-Renaissance mündete zunächst 1916 in die Gründung der „Fichte-Gesellschaft von 1914“. Sie wollte das „Gemeinschaftserlebnis vom

---

miten, antisemitischen Einstellungen oder „Ausdrücken“ und dem bewussten Schüren von antisemitischen Ressentiments graduelle Unterschiede bestehen, wusste Bauch doch, was er tat, als er die Rede hielt und sie anschließend als verantwortlicher Redakteur in den Kant-Studien veröffentlichte. Martin Ulmer weist auf den semantischen und konnotativen Gebrauch bestimmter Codewörter seit Beginn des 20. Jahrhunderts hin. So habe man in Deutschland seit der Jahrhundertwende schon lange nicht mehr von antisemitischer, sondern von völkischer Bewegung gesprochen, wenn vom Antisemitismus die Rede war. Mit dem Wort „völkisch“ habe sich eine starke antisemitische Konnotation verbunden. „Da das völkische Denken im Bürgertum seit 1900 populär wurde, diente es auch als Codierung des manifesten Antisemitismus, weil die Ausgrenzung der Juden als undeutsches Volk und Rasse konstitutiv für das gewünschte völkische Deutschland (unabhängig von der Staatsform) war. Die meisten Menschen wussten genau, was in der Formel *völkisch* auch enthalten war: Antisemitismus.“ Ulmer 2011, 243f. Der Begriff der „deutschen Blutgemeinschaft“ hat Ulmer zufolge eine rassistische Dimension. Vgl. Ulmer 2011, 243f. Bauch verwendet entsprechend „Gemeinschaft des Blutes“, „Ursprung- und Blutzusammenhang“ sowie „Blut von unserem Blute“. Zum Codevokabular gehören auch die von Bauch gebrauchten Begriffe „völkischer Fremdling“ sowie „Fremd- und Gastvölker“. Nicht direkt wird „der Jude“, werden „die Juden“ angesprochen, wer jedoch gemeint ist, steht außer Zweifel. Die Begriffe haben eine starke antisemitische Nebenbedeutung.

<sup>356</sup> Der „Deutschbund“ kooperierte eng mit dem „Deutschen Schutz- und Trutzbund“ (DSTB), dem späteren „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“, einer vom „Alldeutschen Verband“ 1919 gegründeten Vereinigung der nationalen, völkischen und antisemitischen Verbände, der die Weimarer Republik kategorisch ablehnte. Nach einer mit dem „Deutschen Schutz- und Trutzbund“ ausgehandelten Arbeitsteilung war der „Deutschbund“ für die Ausbildung der „geistigen Führer“ in den Massenorganisationen zuständig. Zu den vielfältigen Aktivitäten des „Deutschbundes“ gehörte auch ein jährlich verliehener Preis an völkische Dichter und Künstler. Einen dieser Preise erhielt auch der Rasseforscher Hans F. K. Günther, („Rasse-Günther“). Vgl. Breuer 2008, 161ff.

<sup>357</sup> Vgl. im Folgenden: Schlotter 2004, 122 – 128.

<sup>358</sup> Mit solchen außen- und innenpolitischen Vorstellungen stand Bauch nicht allein. Sie waren weit verbreitet.

August 1914“ bei Kriegsbeginn hochhalten, verstand sich nicht als philosophische, sondern als nationalpolitische Sammlungsbewegung, beschwor die Fichte-„Reden an die deutsche Nation“, propagierte die Fichte'sche Nationalerziehung und den deutschen Idealismus als „völkische Eigenart“. Ulrich Sieg konstatiert: Fichtes „Philosophie gestattete die ersehnte geschichtsphilosophische Sinnggebung und bot zugleich Möglichkeiten für eine existenzielle Überhöhung der eigenen Persönlichkeit. Nicht selten wurde die Niederlage ganz direkt als Ausdruck nationaler Integrität und als Vorbedingung kommenden Wiederaufstiegs verherrlicht.“<sup>359</sup> Die beiden Jenenser Bruno Bauch und Max Wundt forcierten die Fichte-Rezeption, die sich am Ende der ersten Weltkriegsjahre und am Beginn der Weimarer Republik dahin verstieg, Fichte als den Denker des Nationalen zu bemühen. Der deutschen Nation, dem deutschen Volk wurde dabei eine Sonderstellung zugewiesen, die in einem „Sendungsbewusstsein“ kulminierte. Aus der Fichte-Gesellschaft entstand am Ende des Ersten Weltkriegs eine neue Philosophen-Gesellschaft, die auf nationaler Grundlage insbesondere den Fichte'schen Staats- und Politikgedanken weiterverfolgen wollte.<sup>360</sup>

Vaihinger gab in den Kant-Studien von 1917 den Wechsel von Bauch zu Frischeisen-Köhler in einer Notiz bekannt.<sup>361</sup> Bereits Pfingsten 1917 lotete eine Vorversammlung die Gründung dieser neuen Philosophen-Gesellschaft aus. Daran beteiligt waren auch Max Wundt<sup>362</sup>, Arthur Hoffmann<sup>363</sup>, ein Schüler Bauchs, und Horst Engert<sup>364</sup>. Was

---

<sup>359</sup> Sieg 2013, 157.

<sup>360</sup> Vgl. Schlotter 2004, 75f.; Tilitzki 2002, 486; 493. Gründer der Fichte-Gesellschaft war der Leipziger Philosoph und Psychologe Felix Krueger.

<sup>361</sup> Kant-Studien, 1917, 492.

<sup>362</sup> Max Wundt (1879 – 1963), der Sohn des Psychologen und Philosophen Wilhelm Wundt (1832 – 1920), habilitierte sich 1907 bei Theobald Ziegler und Clemens Baemker in Straßburg mit einer Arbeit über „Intellektualismus in der griechischen Ethik“. Zum Sommersemester 1918 wurde Wundt auf das Marburger Extraordinariat berufen, lehrte jedoch zunächst einige Monate an der wiedereröffneten Universität Dorpat (Estland). Seit 1918 ergriff Wundt jede ihm sich bietende Möglichkeit, publizistisch gegen die Weimarer Republik vorzugehen. Wundt war ein überzeugter Gegner der Republik und Antisemit, galt gar als „Wortführer der völkischen Judengegner“. 1920 folgte er einem mit Bauchs Unterstützung ergangenen Ruf als Ordentlicher Professor nach Jena auf den Lehrstuhl von Rudolf Eucken (auch „Fichte-Lehrstuhl“), 1929 berief ihn die Universität Tübingen. Vgl. Tilitzki 2002, 124ff.; 509.

<sup>363</sup> Arthur Hoffmann (1889 – 1964) studierte nach seinem Volksschullehrerexamen zwischen 1914 und 1921 Philosophie und Pädagogik in Jena. Bauch promovierte ihn 1921 mit einer Arbeit über „Das Systemprogramm der Philosophie der Werte. Eine Würdigung der Axiologie Wilhelm Windelbands“. Bis 1924 war Hoffmann Assistent bei Bauch, von 1928 – 1932 Professor an der Pädagogischen Akademie Erfurt. Danach bemühte er sich in Studien um die Erweiterung des psychologischen Lehrgebiets durch volksbiologische (erb-, rassen- und bevölkerungskundliche) Gesichtspunkte. Von 1933 an veröffentlichte er Aufsätze über Rassenhygiene, Erblehre und Familienkunde. Die „Rassenmischung“ bezeichnete Hoffmann als sichtbarste Bedrohung des „organisch gewachsenen Lebensverbandes“. Vgl. Tilitzki 2002, 492ff.

<sup>364</sup> Horst Engert (1886 – 1949) war bis 1919 Oberlehrer in Plauen und Dresden, habilitierte sich im Oktober 1923 und trat sein Lehramt als Privatdozent an der TH Dres-

zunächst als Arbeitsgruppe innerhalb der Fichte-Gesellschaft begann, endete am 21. Mai 1918 mit der Gründungsversammlung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPhG) in Weimar. Hoffmann und Engert bildeten den Vorstand, bei den Geschäftsführertätigkeiten wechselten sich Hoffmann und Engert ab. Lag die Zahl der Mitglieder bei der 1. Hauptversammlung bei rund 200, steigerte sie sich im Jahre 1920 auf über 450. Im Oktober 1923 hatte die DPhG ihren höchsten Mitgliederbestand erreicht (1200). Nach der Inflationszeit sackte die Zahl ab und überstieg bis 1945 nie wieder die 600er-Marke.<sup>365</sup>

Unter den anfangs rund 200 Mitgliedern schrieben sich zahlreiche Verleger, Buchhändler, Rechtsanwälte, Pfarrer, Lehrer und Ärzte ein. Neben einigen wenigen fachfremden liberalen Mitgliedern wie Karl Loewenstein unterzeichneten das Eintrittsformular auch einige die Weimarer Republik bejahende Philosophen (Verweyen, Peter Wust; 1884 – 1940, Richard Hönigswald; 1875 – 1947, Georg Misch; 1878 - 1965). Doch die völkisch-alldeutsche Prominenz war mit dem Theologen Max Maurenbrecher, dem Schriftleiter von „Deutschlands Erneuerung“ Erich Kühn, den Mitarbeitern Gottfried Traub und Richard von Schaukal, dem Herausgeber der 1920 vom „Deutschen Schutz- und Trutzbund“ übernommenen „Politisch-Anthropologischen Monatszeitschrift“ Otto Schmidt-Gibichenfels, dem Schriftleiter vom „Deutschen Volkstum“ (Fichte-Gesellschaft) Wilhelm Kiefer und dem „Deutschbund“-Führer Paul Langhans stark vertreten.<sup>366</sup> Als ständige Mitarbeiter an der Zeitschrift „Beiträge zur Philosophie des deutschen Idealismus“ gewannen Hoffmann und Engert zwar auch liberalere Philosophen wie etwa Eberhard Zschimmer (1873 – 1940), Sozialdemokrat und Privatdozent an der TH Karlsruhe, den Schweizer Philosophen Paul Häberlin (1878 – 1960) oder den Münsteraner Braun. Doch das Gros der ständigen Mitarbeiter bestand aus Deutsch-Nationalen wie Fritz Münch (1879 – 1920), Zschimmers Freund, Bauch-Schüler, Fichte-Teiler und Rechtsphilosoph in Jena. Neben Bauch und Wundt zählten noch weitere hochkarätige deutsch-nationale und deutsch-völkische Philosophen zu diesem Kreis: Arnold Ruge<sup>367</sup>, Hermann Schwarz<sup>368</sup>,

---

den im Dezember 1925 an. Vom Sommersemester 1927 bis zum Wintersemester 1934/35 ließ er sich beurlauben, um eine Professur an der Humanistischen Fakultät der Universität Kaunas in Litauen wahrzunehmen.

<sup>365</sup> Vgl. Schlotter 2004, 81; Tilitzki 2002, 491.

<sup>366</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 488f.; Schlotter 2004, 78 – 83.

<sup>367</sup> Arnold Ruge (1881 – 1945), ein Großneffe des Rechtshegelianers Arnold Ruge (1802 – 1880), war nach seiner Habilitation 1910 Assistent von Wilhelm Windelband und Privatdozent für Philosophie in Heidelberg. 1912 gründete er eine Heidelberger Ortsgruppe des „Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“, während des Ersten Weltkriegs schrieb er gegen den „inneren Feind“ und engagierte sich für die „Vaterlandspartei“. Seit 1918/19 radikalisierte er sich zunehmend und betrieb eine völkisch-antijüdische Agitation. Die DNVP verließ er 1920, weil sie in der „Judenfrage“ zu nachgiebig sei. Ruge blieb jedoch Mitglied im „Alldeutschen Verband“ und im „Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund“. 1920 entzog ihm die Univer-

Hans Pichler<sup>369</sup>, Max Hildebert Boehm<sup>370</sup>, Heinrich Scholz<sup>371</sup>, Heinz Heimsoeth<sup>372</sup>, Ferdinand Jakob Schmidt<sup>373</sup> sowie der österreichische

---

sität die Venia legendi wegen ehrverletzender Äußerungen über Universitätsmitglieder. Seitdem war er als völkischer Aktivist und Propagandist sowie als Herausgeber der völkischen Zeitschrift „Deutsche Wohlfahrt“ tätig. 1923 beteiligte er sich am Hitler-Putsch und saß wegen Hochverrats eine Haftstrafe in der Festung Landsberg ab. Ruge gehörte zu den politisch extremen Rechten und Antisemiten in der Weimarer Republik. Vgl. Tilitzki 2002, 512ff.

<sup>368</sup> Hermann Schwarz (1864 – 1951), seit 1910 Ordentlicher Professor in Greifswald, zählt zusammen mit Bauch und Wundt zu den deutsch-national-völkischen Programmierern der DPhG. Im 1912 gegründeten „Deutschen Wehrverein“ war er von 1913 – 1918 der 1. Vorsitzende in Greifswald. Der „Deutsche Wehrverein“ wies auch Verbindungen zum „Alldeutschen Verband“ auf und trat für eine verstärkte Aufrüstung des Heeres ein. 1923 wurde Schwarz NSDAP-Mitglied, trat 1924 aus, hielt jedoch stets Kontakt zur Ortsgruppe in Greifswald. Schwarz propagierte die „reine Eigenart des Deutschtums“, griff die Juden an, weil angeblich deren materialistische Weltanschauung auf die „Zertrümmerung der Völker“ gerichtet sei und warnte vor der jüdischen Weltherrschaft. Vgl. Tilitzki 2002, 124; 416; 509; Leaman 1993, 79. Schwarz versuchte sich nach dem 30. Januar 1933 an einer Grundlegung der NS-Philosophie.

<sup>369</sup> Der gebürtige Leipziger Hans Pichler (1882 – 1958) promovierte 1906 bei Windelband in Heidelberg über die „Arten des Seins“, lebte bis 1912 in Wien als Privatgelehrter. „Über Möglichkeit und Widerspruchslosigkeit“ hat er sich im Februar 1913 bei Alexius Meinong in Graz habilitiert, gründete im Herbst 1920 den österreichischen Ableger der DPhG und erhielt 1921 einen Ruf nach Greifswald. Sympathisant der DNVP, entdeckt Tilitzki bei ihm ebenfalls eine „völkische Komponente“, zumal er 1920 gegen das „Streben des internationalen Judentums“ agitiert habe. Vgl. Tilitzki 2002, 105f.; 585. Obwohl Pichler als „jüdischer Mischling“ galt, behielt er nach 1933 seine Stellung, weil er sich „seit 1920 öffentlich in Wort und Schrift wiederholt zu Auffassungen bekannt [hat], die den tragenden Ideen des Nationalsozialismus nahestehen“, heißt es in einem Schreiben des Dekans an das Reichserziehungsministerium am 18. Juni 1937. Vgl. Leaman 1993, 69.

<sup>370</sup> Boehm, „Juni-Klub“-Aktivist, Kultur-, Zivilisations-, Technik- und Rationalismus-Kritiker, warf den Juden vor, als Pioniere des modernen Lebens für die Auflösung der „vegetativen Bindungen“ verantwortlich zu sein. Ihre wirtschaftliche Macht nutzten sie als Instrument für die politische Umgestaltung mit dem Ziel ihrer „zivilisatorischen Weltherrschaft“. Das Erfassen, Erschließen des Deutschen in der deutschen Kultur sei Juden nicht möglich, denn Kultur entfalte sich aus „völkischer Sonderart“.

<sup>371</sup> Heinrich Scholz (1884 – 1956) war während des Ersten Weltkrieges Privatdozent an der Berliner Theologischen Fakultät, wurde zum 1. Oktober 1917 auf einen theologischen Lehrstuhl nach Breslau, zum 1. Oktober 1919 als Nachfolger des Philosophen Paul Deussen nach Kiel berufen. Der Theologe Karl Barth warf Scholz „deutsch-völkischen Fanatismus“ vor, die Weimarer Republik anerkannte Scholz nur insoweit, als sie das Reich vor dem Bolschewismus bewahre. Vgl. Tilitzki 2002, 90ff.

<sup>372</sup> Heinz Heimsoeth (1886 – 1975), Freund Hartmanns, nach dem Krieg Privatdozent, seit 1921 nb. a. o. Professor in Marburg, entwickelte sich vom Neukantianer zum Lebensphilosophen. Protagonist einer „deutschen Metaphysik“ versucht er, die neuzeitliche Philosophie ans Religiöse zu knüpfen und sie als Fortsetzung der mittelalterlichen Metaphysik zu begründen. Nikolaus von Kues gilt ihm als Begründer der Philosophie der Neuzeit. Die Nationen weisen nach Heimsoeth bestimmte, gleichbleibende Begabungen auf, der „deutsche Geist“ sei durch seine „spekulative Kraft“ gekennzeichnet. Vgl. Tilitzki 2002, 116; 227f.

<sup>373</sup> Ein theologischer Impetus christlicher Provenienz weckte bei Ferdinand Jakob Schmidt (1860 – 1939), von 1913 bis 1927 a.o. Professor für Philosophie und Pädagogik in Berlin, das Interesse am Deutschen Idealismus. Kirchenpolitisch aktiv in der Provinzial- und Kreissynode trat er gegen Cohens Angleichungen von Judentum und Christentum auf, hegte Pläne, das deutsche Volk germanisch-idealistisch zu regene-

Philosoph, kulturpolitische Sprecher des Deutschtums in Estland, Gründer und Leiter der völkischen Fichte-Hochschule in Wien und Vorsitzender des Juden ausschließenden Dürerbundes in Österreich Walther Schmied-Kowarzik (1885 – 1958).<sup>374</sup>

Politisch richteten die Gründer der DPhG ihren Verein auf die „Pflege, Vertiefung und Wahrung deutscher Eigenart auf dem Gebiete der Philosophie“<sup>375</sup> aus. Dieses „nationale Ziel“ sollte sich im Sinne des von Kant begründeten und von seinen Nachfolgern weitergeführten deutschen Idealismus von einem unfruchtbaren Historismus und von dogmatischer Bindung fern halten. Ein Beitritt in die Gesellschaft setzte das Bekenntnis zu deren nationalen Zielen voraus, was folgerichtig auch Einfluss auf die politisch-ideologische Einstellung der Mitglieder hatte. Die Entscheidung über eine Aufnahme oblag dem Vorstand. Die Öffentlichkeitsarbeit der DPhG erstreckte sich über die Herausgabe der Zeitschrift „Beiträge zur Philosophie des deutschen Idealismus“ (die späteren „Blätter für deutsche Philosophie“) über Vorträge, allgemeinverständlich gehaltene Aufsätze für einen breiteren Leserkreis bis hin zur Ausschreibung von Preisaufgaben über Probleme auf dem Gebiet der Systematischen und der Geschichte der Philosophie. Da Mitglieder der „Fichte-Gesellschaft von 1914“ bereits Geburtshilfe bei der Gründung geleistet hatten und die neue Gesellschaft politisch unterstützten, ergab sich notwendig eine personelle Verflechtung. Ein finanzieller Anreiz, sich der DPhG anzuschließen, war die Reduzierung des Jahresbeitrages bei einer Doppelmitgliedschaft von zwölf auf acht Mark.

Philosophisch sollte „das reiche Erbe des deutschen Idealismus“ (von Meister Eckhart über Jakob Böhme, Luther, Leibniz, Kant, Fichte, Schelling, Schleiermacher bis hin zu Hegel) „mit deutschem Geiste“<sup>376</sup> treu verwaltet werden. Als Aufgabe setzten die Gründer fest, „das Wesen des deutschen Geistes [...] in den entscheidenden Zügen zu bestimmen und die deutsche Zukunft gemäß dieser Einsicht von innen her zu gestalten“. Strategisch hatten sie „weite Kreise“ im Blick, deren „Deutschbewusstsein“ infolge des verlorenen Krieges „neu gefestigt“ worden sei. Denn gerade in der Gegenwart sei es ein viel und energisch umstrittenes Ziel, beherrschenden Einfluss auf die Gedankenkreise zu gewinnen, die für die Lebensgestaltung grundlegend sind. „Zaghafte Rücksichten“ oder „abwartende Verschiebungen“ seien bei der Wahrung „deutscher Geistesart“ in der Philosophie fehl am Platze.

---

rieren, kämpfte gegen den Positivismus, Psychologismus und Rationalismus. Schmidt war von 1919 bis 1926 Mitglied der DVP.

<sup>374</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 750f.

<sup>375</sup> Satzung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, beschlossen am 21. Mai 1918 in Weimar.

<sup>376</sup> Vgl. Die Ziele der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, Juli 1918

In den Mitteilungen vom Oktober 1918 wurde die DPhG dann ein wenig konkreter: Sie verstand sich „als nationale Ergänzung“ zu den bestehenden Gesellschaften. Rationalismus, Dogmatismus, Materialismus und Relativismus seien dem „deutschen Wesen“ fremd, ja feind. Dagegen müsse gekämpft werden.<sup>377</sup> Um das Netzwerk enger zu knüpfen, beschloss die DPhG eine „Auskunftsstelle“ über sämtliche Veröffentlichungen der Mitglieder. Im Februar 1922 konnte die Gesellschaft „mehrere Zweig- und Ortsverbände“ melden.<sup>378</sup>

Schon 1920 schied Engert als Mitherausgeber der „Beiträge“ aus. An seine Stelle trat Hoffmann bis 1924, ihn wiederum löste bis 1925 Bauch ab. Schwarz und Pichler (beide Greifswald), Bauch und Wundt (beide Jena) dominierten bis 1925 die DPhG, ihre wertphilosophisch-neuidealistische Philosophie mit starkem Bezug zu einer deutschnationalen Politik zeigte sich in Vortragstiteln wie „Die deutsche Philosophie und ihr Schicksal“ (Wundt, 1920), „Persönlichkeit und Gemeinschaft“ (Bauch, 1921) oder „Über den Willen in der Geschichte“ (Pichler, 1922). Auch vom Kant-Jahr 1924 wollte die Gesellschaft profitieren. Der Göttinger Rechtsphilosoph Julius Binder (1870 – 1939) sprach über „Kants Bedeutung für das deutsche Geistesleben“.<sup>379</sup> Stark aufgewertet wurde die DPhG 1923. Im Jahr des Mitglieder-Höchststandes trat auch der Heidelberger Ordinarius Heinrich Rickert bei, der noch 1917 einen Eintritt mit Hinweis auf den „übernationalen“ Charakter der Philosophie abgelehnt hatte.<sup>380</sup> Auf die nationale Ausrichtung der DPhG deutete auch die Typographie der „Beiträge“ hin. Nicht in lateinischen Buchstaben, sondern in Fraktur wurde sie gedruckt.<sup>381</sup> Querverbindungen zu deutsch-nationalen und völkischen Organisationen hielt die DPhG etwa über die 1921 gegründete „Gesellschaft deutscher Staat“ (GDS). Wundt wurde 1925 Vorsitzender.<sup>382</sup> Über Bruno Bauch gab es jedoch auch Beziehungen zum Deutschbund, der wiederum Kontakte zum deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund pflegte.

Das antidemokratische Lager unter den Philosophen war jedoch weitaus größer. Der Leipziger Ordinarius für Philosophie und Psychologie Felix Krueger (1874 – 1948) gründete 1918 die am Ende des gleichen

---

<sup>377</sup> Vgl. Mitteilungen der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, 1. Jahr, 4. Folge, Oktober 1918.

<sup>378</sup> Vgl. Mitteilungen der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, 5. Jahr, Februar 1922.

<sup>379</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 489f.

<sup>380</sup> Vgl. Schlotter 2004, 78, Anmerkung 304.

<sup>381</sup> Vgl. Schlotter 2004, 82.

<sup>382</sup> So gab es Verbindungen zur DNVP, zum Alldutschen Verband, zum Stahlhelm, zur Deutschen Adelsgenossenschaft, zum Pommerschen Landbund, zur Deutschen Industriellenvereinigung sowie zu studentischen Korporationen. Vgl. Tilitzki 2002, 521.

Jahres in die Fichte-Gesellschaft überführte „Gesellschaft für deutsche Volksbildung“, war 1919 zweiter Vorsitzender der „Fichte-Gesellschaft“, kämpfte 1919/20 im Zeitfreiwilligen-Regiment gegen die Linke, hielt zahllose Vorträge vor deutsch-nationalem Publikum und rühmte sich 1939, sein Psychologisches Institut in Leipzig gelte seit 1918 als „völkische Zelle“ mit „teutsche(r) Gesinnung“<sup>383</sup>. Dort erhielt auch Hans Freyer (1887 – 1968) im Sommersemester 1920 einen Lehrauftrag und begründete später die „Leipziger Schule“ der Soziologie. Hauptgutachter seiner Habilitation „Die Bewertung der Wirtschaft im philosophischen Denken des 19. Jahrhunderts“ war Krueger. Freyer gilt als Vertreter der „Konservativen Revolution“, der mit seinen Werken „Antaeus“ (1918) und „Prometheus“ (1923) Einfluss auch auf die Jugendbewegung hatte. Beeinflusst von der Lebens- und Existenzphilosophie kritisiert Freyer mit marxistischen und Spengler’schen Anleihen den Rationalismus sowie den modernen Kapitalismus im Gewande der unbedingten Technisierung, sucht den Ständestaat zu überwinden und konstruiert in seinem 1926 erschienenen Werk „Der Staat“ einen hierarchisch gegliederten „Führerstaat“, in dem sämtliche Kräfte auf die „Einheit“ gerichtet sind. Die individuelle Freiheit muss zugunsten der „Volksgemeinschaft“ und des „Führers“ zurücktreten.<sup>384</sup> So gehört auch Freyer zu denjenigen, „die durch ihre Arbeiten sogenannten Gebildeten den Weg ins Dritte Reich gebnet haben.“<sup>385</sup>

Ins rechte politische Spektrum gehört auch Friedrich Brunstäd (1883 – 1944). Der Erlanger Religionsphilosoph und Extraordinarius war von 1920 – 1928 Mitglied des Hauptvorstandes der DNVP und einer der Programmierer der Partei<sup>386</sup> und versuchte, die antiliberalistische Staatsidee theologisch zu deuten<sup>387</sup>. Seinen Parteifreund Julius Ebbinghaus (1885 – 1981), 1921 Privatdozent in Freiburg, zog Brunstäd weg vom Nationalliberalismus des Vaters, „weiter nach rechts“<sup>388</sup>. Ebbinghaus war „leidenschaftlicher Kritiker des Versailler Vertrages“<sup>389</sup> und wirkte als politischer Publizist und Redner. Frühe DNVP-Mitglieder waren auch die außerordentlichen Professoren Hugo Dinger aus Jena (nach 1918;

---

<sup>383</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 527f.

<sup>384</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 97.

<sup>385</sup> Fetscher 1980, 180.

<sup>386</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 78. In einer EntschlieÙung des Hauptvorstandes der DNVP vom 13. Oktober 1919 stellte sich die Partei „auf den Boden des deutschen Volkstums“ und kündigte den Kampf gegen jeden zersetzenden undeutschen Geist an, ob er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgeht. Zugleich wandte sich die EntschlieÙung gegen eine angebliche Vorherrschaft des Judentums. Innerhalb der DNVP machte sich der antisemitische Flügel immer wieder für den Arierparagraphen als Voraussetzung einer Parteimitgliedschaft stark. Nur knapp konnte etwa 1921 ein erneuter VorstoÙ abgewehrt werden. Vgl. Breuer 2008, 183ff.

<sup>387</sup> Vgl. Sontheimer 1994, 198.

<sup>388</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 299.

<sup>389</sup> Tilitzki 2002, 296. Allerdings entwickelte sich Ebbinghaus vom Hegelianer zum Kantianer.



1865 – 1941), der Münsteraner Willy Kabitz (seit 1920; 1876 – 1942) sowie die Privatdozenten Johannes Hielscher (Münster; 1871 – 1945) und Cay von Brockdorff (Kiel; 1874 – 1946).<sup>390</sup> Hielscher sympathisierte mit dem völkischen Flügel.

Lediglich DNVP-Wähler war der Greifswalder Titularprofessor Günther Jacoby (1881 – 1969), nachdem er 1919 im Baltikum als Freikorps-Mitglied kämpfte und sich im März 1920 während des Kapp-Putsches an der Spitze einer Freiwilligen-Einheit am Umsturzversuch in Greifswald beteiligte.<sup>391</sup> Auch der Erlanger Extraordinarius Hermann Leser (1873 – 1937) votierte bis 1923 eigenen Angaben zufolge für die „deutschnationale Richtung“. Doch der Nachfolger des 1920 verstorbenen Erlanger Philosophiehistorikers Richard Falckenberg habe seit dem Dawesplan von 1924 den „Reichsparlamentarismus zum Teufel gewünscht“ und „immer Hitler gewählt“<sup>392</sup>. Sogar „als warmer Freund Hitlers und der Nationalsozialisten“<sup>393</sup> habe sich Gustav Kafka (1883 – 1953), nach der Revolution nicht-etatmäßiger außerordentlicher Professor in München, im April 1923 an der Technischen Universität Dresden präsentiert, nachdem er als Nachfolger von Karl Bühler dorthin berufen worden war. Kafka verstand sich auch als politischer Publizist und veröffentlichte in den einschlägigen Zeitschriften „Deutschlands Erneuerung“ und „Die Tradition“.

Sicherlich ein Repräsentant für viele ist Kruegers nationalkonservativer Kollege Johannes Volkelt (1848 – 1930), der zwar im Mai 1922 von Everth in die Liste der verfassungstreuen Professoren aufgenommen wurde, sich ein Jahr zuvor in den „Selbstdarstellungen“ aber als wenig demokratiefest gab. Der Leipziger Ordinarius echauffierte sich über die „sittliche Verkommenheit, die niedrige Denkungsweise, die herausfordernde Schamlosigkeit, die anarchische Zuchtlosigkeit“ und über die „zunehmende Proletarisierung“<sup>394</sup> in der Republik. Obwohl die Weimarer Verfassung die Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz garantierte und die Abschaffung der Standesunterschiede erklärte, durfte sich nach Volkelt nicht jeder an der kulturellen Entwicklung beteiligen. Ihm machte der „entscheidende Einfluss der Arbeiterklasse auf die Gestaltung des Geisteslebens [...] bange Sorge“<sup>395</sup>. Bevor die deutsche Arbeiterschaft an der Führung der deutschen Kultur teilnehmen dürfe, müsse sie erst in die Welt des deut-

---

<sup>390</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 58; 72f.; 75.

<sup>391</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 272f.

<sup>392</sup> So Hermann Leser in einem Fragebogen frühestens im Mai 1933. Zitiert nach Tilitzki 2002, 135.

<sup>393</sup> So hält es Victor Klemperer in seinem Tagebuch fest. Zitiert nach Tilitzki 2002, 188.

<sup>394</sup> Volkelt 1921, 225f.

<sup>395</sup> Volkelt 1921, 226.

schen Idealismus (Lessing, Herder, Kant, Nietzsche, Schiller, Goethe) hineinwachsen.

Den in München lehrenden nicht-etatmäßigen außerordentlichen Professor Hans Meyer überfielen nach der Revolution nahezu ein Ekel und ein abgrundtiefer Hass auf die Münchener Räterepublik. Der „Großstadtöbel“ habe die Macht übernommen und eine „Schreckensherrschaft“ etabliert. Organisiert hätten den Einfall in München jene aus Preußen und dem „Osten“ eingewanderten „Judenstämme“ und das „Verbrechertum“. Meyers Sympathie galt dem Attentäter, der den ersten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner ermordet hatte.<sup>396</sup>

Die etwas ausführlichere Darstellung der ersten Weimarer Jahre zeigt, dass es den „unpolitischen Professor“ gemeinhin nicht gegeben hat. Eine große Zahl der Philosophen hat sich sogar mehr oder weniger aktiv ins politische Geschehen eingemischt – entweder lediglich mit einem Parteieintritt oder mit starkem parteipolitischen oder gesellschaftspolitischen Engagement sowie mit publizistischer Verve und mit Unterschriften unter Resolutionen. Auffällig ist auch das Bemühen beider Seiten, die Gegenwart politisch-philosophisch in Seminaren oder Vorlesungen zu thematisieren. So boten im Sommersemester 1919 etwa der sozialdemokratische Siegfried Marck (Breslau) die „Probleme der Staatsphilosophie“ und der Pazifist Hans Cornelius (Frankfurt) die Veranstaltung „Der soziale Staat“ an. Der Göttinger Sozialist Leonard Nelson hielt im Wintersemester 1920 „Übungen über das Problem der Demokratie“ ab, sein Göttinger Kollege, der Privatdozent Hermann Schmalenbach (1885 – 1950), im Sommersemester 1920 „Die Weltanschauungen der Gegenwart“ sowie „Soziologie (Philosophie der Gesellschaft und des Staates)“. „Fichtes Reden an die deutsche Nation“ wurden sowohl vom sozialliberalen Goedeckemeyer (Königsberg) im Sommerhalbjahr 1920 als auch von den beiden Breslauer Ordinarien Matthias Baumgartner (1865 – 1933) und dem deutsch-nationalen Eugen Kühnemann (1886 – 1946) im Sommersemester 1919 gelesen. Wundt (Marburg) bot im Winterhalbjahr 1919/20 „Übungen zur Geschichte der Staatstheorien“ sowie die „Kulturfragen der Gegenwart“ an, in Jena (Sommersemester 1920) las er „Geschichte der neuesten Philosophie von Fichte bis zur Gegenwart“.

Zu konstatieren ist eine relativ hohe Zahl Republik-affiner Philosophen, die sich am Beginn der Weimarer Demokratie auf vielfältige, aber kaum einheitliche Weise in das neue politische System einbrachten.<sup>397</sup> Sicherlich ist das republikanische Engagement auch dem „En-

---

<sup>396</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 357f.

<sup>397</sup> Christian Jansen konstatiert für die gesamte Heidelberger Hochschullehrerschaft eine hohe Bereitschaft, bis zum Beginn der 1920er Jahre sich parteipolitisch zu enga-

thusiasmus der ersten Stunde“ geschuldet, einer optimistischen Einschätzung, den Wilhelminismus endlich abstreifen zu können und am republikanischen Aufbau des neuen Staates mitzuwirken. Sontheimer stellt für das gesamte „geistige Leben der Republik“ fest, dass am Beginn „keineswegs“<sup>398</sup> die Nationalisten dominierten, während Tilitzki nach seiner Analyse der Ordinarien und der nicht-beamteten Dozenten zum Schluss kommt, dass „die große, in der Nationalversammlung konstituierte Weimarer Koalition aus Sozialisten und Bürgerlich-Liberalen zu Beginn der Republik unter den akademischen Philosophen über eine erdrückende Mehrheit“<sup>399</sup> verfügte.

Sicherlich ist Tilitzki's Einschätzung viel zu optimistisch. Die auch publizistisch aktiven Weimar-freundlichen Philosophen v. Aster, Cornelius, Foerster, Honigsheim, Marck, Verweyen, Vorländer und auch Lessing hatten ihren Gegenpart in Bauch, Binder, Brunstäd, Ebbinghaus, Kafka, Krueger, Ruge, Schwarz und Wundt. In der Deutschen Philosophischen Gesellschaft erwuchs der Republik gleich zu Beginn auch ein Sammelbecken der deutsch-nationalen und völkischen Philosophen, die bereits früh den Grundstein zu einer „Deutschen Philosophie“ legten. Sie gehörte mit ihren einflussreichsten Fach-Vertretern auch zur reichsweiten Phalanx der Weimar-Kritiker, deren Einstellung im weiten Spektrum zwischen Missbilligung bis hin zur offenen Ablehnung und Bekämpfung angesiedelt ist. Die einflussreiche politisch-philosophische Plattform war mit weiteren antidemokratischen Parteien und Organisationen (DNVP, Fichte-Gesellschaft, Deutschbund, Gesellschaft Deutscher Staat) personell vernetzt. Die nach Zahl der Mitglieder weitaus größere Kant-Gesellschaft war allerdings keine politische Größe.

Ein weiteres Manko wird sichtbar: Während die Republik-affinen Philosophen weit voneinander differierende Demokratievorstellungen hatten, waren sich die Deutschnationalen und Völkischen in wesentlichen Punkten der Republik-Ablehnung einig. Spengler, Moeller van den Bruck und sein Juni-Klub und Othmar Spann (1878 – 1950) wirkten mit ihren Büchern und Zeitschriften auf ein breites, nicht nur bürgerliches oder philosophisch-akademisches Publikum.

Bei den Philosophen nahm zu Beginn der 1920er Jahre das öffentliche politische Engagement für die Republik ab. Das lässt sich am nachlas-

---

gieren. Er stellt einen hohen DDP-Anteil unter den Dozenten fest, öffentliches Eintreten gegen den Antisemitismus und eine mit der Zeit nüchterne Bewertung der Revolution und des Versailler Vertrags. Die begonnene Entwicklung habe jedoch nicht zu einer emotionalen Bindung an die Republik geführt und wurde nicht fortgesetzt. Vgl. Jansen 1992, 188.

<sup>398</sup> Sontheimer 1994, 24.

<sup>399</sup> Tilitzki 2002, 78.

senden Interesse der Mitarbeit an den Volkshochschulen festmachen oder auch im Engagement für eine der republikanischen Parteien. In den Lehrveranstaltungen hingegen werden aktuelle politische Entwicklungen bis zum Ende der Republik durchgehend diskutiert. Der republikanische Gedanke, das „demokratische Grundgefühl“, hatte kaum Zeit, sowohl in die Breite als auch in die Tiefe zu wachsen. Die Annahme des Versailler Vertrags durch die Nationalversammlung im Juni 1919 und dessen Auswirkungen in den 1920er Jahren erregte auch unter den Republikfreunden Widerspruch. Die Republikkritiker und Republikfeinde empfanden die Übernahme der Alleinschuld am Kriege, die Reparationszahlungen, Gebietsabtretungen und die militärische Kastration als schmachvoll, es war der Beginn ihrer konsequenten Opposition gegen das „System“.

Verfolgen wir die Entwicklung der politischen Einstellung und des politischen Engagements der Philosophen bis hin zum Vorabend der „Machtergreifung“ weiter, so verschiebt sich die Koordinate nach rechts, die jeweiligen philosophischen Lager zeigen vom Ende der 1920er Jahre an stärkere Konturen.<sup>400</sup> Von den einst aktiv für die Republik sich einsetzenden Philosophen starben sieben, Braun und Barth im Jahr 1922, Troeltsch und Frischeisen-Köhler 1923, Natorp 1924, Scheler und Vorländer 1928. Foerster musste bereits 1922 emigrieren. Bei den Weimar-Kritikern waren am 30. Januar 1933 noch alle am Beginn der Republik lehrenden maßgeblichen Philosophie-Dozenten im Amt.

Nach Auswertung der biographischen Angaben bei Leaman und Tilitzki lässt sich zwar auch am Ende der Weimarer Republik keine zahlenmäßige Dominanz der deutsch-nationalen und völkischen Philosophen über die zahlreichen politisch unentschiedenen, zentrumsnahen, liberal oder sozialdemokratisch orientierten Philosophen feststellen.<sup>401</sup> Doch Tilitzki ist zuzustimmen, wenn er resümiert, dass die meisten Philosophen die Weimarer Demokratie nicht um ihrer selbst willen akzeptierten, sondern weil die Republik die sozialistische oder bolschewistische Alternative zu verhindern suchte. Lediglich ein kleiner Teil von ihnen habe den für eine Demokratie eminent wichtigen Pluralismus anerkannt.<sup>402</sup> Auch Schorcht urteilt, dass die Weimarer Republik

---

<sup>400</sup> Vgl. Dahms 2002, 196.

<sup>401</sup> Nach eigener Rechnung lehrten am Ende der Weimarer Republik an den 22 Universitäten (ohne Tübingen) etwa 185 Dozenten Philosophie (mitgezählt wurden wiederum jene, die zusätzlich Soziologie, Pädagogik und Psychologie anboten). Gegenüber 1919 lehrten reichsweit somit 25 Dozenten mehr, das ist ein Zuwachs von 15 Prozent.

<sup>402</sup> Das waren Bernhard Groethuysen (1880 – 1946; nb.a.o. Prof. in Berlin), Nicolai Hartmann (1882 – 1950; o. Prof. Berlin), Paul Honigsheim (1885 – 1963; a.o. Prof. in Köln), Richard Kroner (1884 – 1974; o. Prof. in Kiel), Heinrich Rickert (1863 – 1936; o. Prof. in Heidelberg), Ernst Troeltsch und Oswald Weidenbach (1876 - 1958;

selbst bei den wenigen „Vernunftrepublikanern“ kaum mehr als eine Verlegenheitslösung war.<sup>403</sup> Unter den wenigen, die am Ende von Weimar den demokratischen Gedanken öffentlich vertraten und verteidigten, gehören Hoffmann<sup>404</sup> und Cassirer, der etwa den Verfassungstag nutzte, um sich an der Hamburger Universität mit Rückgriff auf Kant und Goethe für die Verfassung einzusetzen und seinen Hörern die Republik auch als eine deutsche Idee – nicht als Import aus Frankreich – nahezubringen.<sup>405</sup>

Zum Ende der Republik wurden nur wenige Philosophen Mitglied einer der „System“-Parteien. Die „System“-Philosophen haben dem Niedergang der Republik und dem Aufstieg des Nationalsozialismus nicht jene Beachtung geschenkt, die notwendig gewesen wäre. Ihr publizistischer Einsatz fiel kaum ins Gewicht.<sup>406</sup> Die beiden damaligen Marburger Privatdozenten Karl Löwith (1897 – 1973) und Hans-Georg Gadamer (1900 – 2002) bestätigen die politische Zurückhaltung und Fehleinschätzung eines Großteils der Philosophen: „Gegenüber den politischen Verhältnissen war ich indifferent, auch las ich all die Jahre hindurch keine Zeitung, und erst sehr spät nahm ich die drohende Gefahr von Hitlers Bewegung wahr. Ich war politisch so ahnungslos wie die meisten meiner Kollegen.“<sup>407</sup> Besser informiert waren zwar die Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, politisch aktiv war jedoch niemand.<sup>408</sup> Schon nach der Reichstagswahl vom 14.

---

a.o. Prof. in Gießen). Vgl. Tiltzki 2002, 368. Sämtliche akademischen Titel beziehen sich im Folgenden auf das Datum 30. Januar 1933.

<sup>403</sup> Vgl. Schorcht 1990, 44.

<sup>404</sup> Als Heidelberger Dekan hielt Ernst Hoffmann im Januar 1931 eine „betont republikfreundliche Rede zur Reichsgründungsfeier“. Hoffmann und Cassirer waren befreundet. Tiltzki 2002, 108.

<sup>405</sup> Gelegentlich verwirrt Tiltzki: Da wirft er Cassirer vor, kaum als Verteidiger des Weimarer Staates hervorgetreten zu sein (S. 131), räumt dann aber doch ein, dass der Hamburger Ordinarius zwischen 1918 und 1932 „mehrfach öffentlich“ Partei für die Republik ergriffen habe (S. 369).

<sup>406</sup> Dies ist ein durchaus zutreffendes Urteil von Tiltzki. Vgl. Tiltzki 2002, 373.

<sup>407</sup> Löwith 1986, 66. Ihn ergänzt Hans-Georg Gadamer. 1933 „[...] war ein schreckliches Erwachen, und wir durften uns wohl alle nicht ganz davon freisprechen, dass wir es an staatsbürgerlicher Aktivität vorher hatten fehlen lassen. Wir hatten Hitler und die Seinen unterschätzt. [...] Es war die allgemeine Überzeugung in intellektuellen Kreisen, dass der zur Macht gekommene Hitler den vielen Unsinn, den er als ‚der Trommler‘ von sich gegeben hatte, nun abbauen würde, und wir rechneten den Antisemitismus ebenfalls dazu.“ Gadamer 1977, 51.

<sup>408</sup> Weder Max Horkheimer (1895 – 1973), der 1930 den Frankfurter Lehrstuhl für Sozialphilosophie und die Leitung des Instituts für Sozialforschung übernahm, noch dessen Mitarbeiter Erich Fromm (1900 – 1980), Friedrich Pollock (1894 – 1970), Leo Löwenthal (1900 – 1993), Theodor Wiesengrund-Adorno (1903 – 1969) und Herbert Marcuse (1898 – 1979). Vgl. Wiggershaus 1991, 122; Wiesengrund-Adorno verfasste hingegen von 1921 bis 1932 rund 100 Artikel zur Musikkritik und Musikästhetik. Vgl. Wiggershaus 1991, 87. Allerdings unterzeichneten Horkheimer und Wiesengrund-Adorno 1931 zusammen mit v. Aster und Driesch eine Resolution zugunsten des in Heidelberg wegen seiner populären und provokanten pazifistischen Äußerungen in die Schusslinie geratenen Mathematikers Julius Gumbel (1891 – 1966). Insgesamt kamen 80 Unterschriften zusammen, ein Jahr später waren es nur

September 1930, bei der die NSDAP hinter der SPD zweitstärkste Partei wurde, drängte Leo Löwenthal den Gönner Felix Weil, Geld herbeizuschaffen, um in die Emigration nach Genf zu gehen und dort eine Zweigstelle aufzubauen.<sup>409</sup>

Engagierter war Karl Jaspers. Obwohl der Heidelberger Ordinarius den Niederungen deutscher Politik gelegentlich verständnislos gegenüberstand<sup>410</sup>, fasste er seine Gesellschaftskritik 1931 unter dem Titel „Die geistige Situation der Zeit“ zusammen und erreichte damit ein großes Publikum.<sup>411</sup> Jaspers macht darin nicht nur eine Staats- und Kulturkrise, sondern eine „Krisis des Menschen überhaupt“<sup>412</sup> aus. Die Mathematisierung, Technisierung, Mechanisierung und Rationalisierung sowie die damit einhergehende Massenproduktion und Massenversorgung in sämtlichen Bereichen hätten eine Mittelmäßigkeit und Vereinzelung entstehen lassen. Allerweltsgedanken, Schlagworte, Unterhaltung und Vergnügungen beherrschten den Alltag, eine Entgötterung und metaphysische Leere sei entstanden, die Lebensangst sei der Begleiter des modernen Menschen. Jaspers sah den Menschen verschwinden, sich in reine Funktion auflösen. Es herrsche der Apparat. „Alles ist fraglich geworden“<sup>413</sup>, konstatierte er, denn der Mensch werde nur noch als Mittel benutzt, nicht auch als Zweck, geschweige denn als Sinn. Die Auflösungstendenzen in der Familie, die Emanzipation der wirtschaftlich selbstständigen Frauen und die größer gewordene Distanz zur Religion tragen zum allgemeinen Gefühl der Orientierungslosigkeit bei. Statt Religion sieht er Phantastereien und einen Fanatismus des Aberglaubens. Notwendig sei eine Existenzerhellung, um die verborgene Transzendenz ins Bewusstsein zu holen und somit neue metaphysische Möglichkeiten zu entfalten.<sup>414</sup> In seiner Zeitkritik nimmt Jaspers auch die Philosophie nicht aus. Die Schulphilosophie sei „nirgend ganz, zerstreut und zerstreud“<sup>415</sup>, stelle keine radikalen Fragen, habe sich im vergangenen Jahrhundert zu einem Betrieb der Lehre und Historie entwickelt, sich durch die zahlreichen Schulen ver-

---

noch 28 Unterschriften, darunter diejenige des ebenfalls von rechts angefeindeten Lessing. Vgl. Heiber 1991, 79ff.; Heiber 1992, 13.

<sup>409</sup> Vgl. Wiggershaus 1991, 82. Das Stiftungsvermögen wurde seit 1931 aus Deutschland abgezogen.

<sup>410</sup> So hat Jaspers 1929 einen Vortrag über Antisemitismus abgelehnt: „Antisemitismus ist mir zu dumm. Das können Sie ebenso gut machen“, soll er dem Vertreter der DDP-Studentengruppe gesagt haben. Jansen 1992, 290.

<sup>411</sup> Lob für dieses Werk erhielt Jaspers von Karl Löwith. In kürzester Zeit sei das Buch „in die Hände von fast allen Gebildeten gelangt“, schreibt er. Es komme jenen entgegen, die nach einer zielweisenden Orientierung verlangen und nach einem fraglosen Sein suchen, das Halt gewährt. Vgl. Löwith 1984, 19. Der Aufsatz von Löwith wurde zuerst veröffentlicht in „Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung“, 9, 1933, 1 – 10.

<sup>412</sup> Jaspers 1931, 80.

<sup>413</sup> Jaspers 1931, 79.

<sup>414</sup> Vgl. Löwith 1984, 21.

<sup>415</sup> Jaspers 1931, 156.

vielfacht, „aber sich ins Chaos zerpulvert“<sup>416</sup>. Und Philosophen verführten zur Unbewusstheit des Blutes, des Glaubens, der Erde, der Seele, des Geschichtlichen und des Fraglosen.

Bolschewismus und Faschismus schroff ablehnend, verurteilte der Philosoph das Parteienwerben in der Weimarer Republik als Propaganda, Suggestion, Täuschung. Der „Führer“ appelliere an Instinkte, er bringe Massen zum Wollen. Mit einem so verstandenen „Führertum“ zeige der Staat, „dass er von Tendenzen ergriffen ist, die ihn in seiner Idee zerstören“<sup>417</sup>. Dem setzt Jaspers Bildung, Erziehung, ein lebenslanges Lernen, ein soziales Staatsempfinden jedes Einzelnen und eine Politik, die dem geschichtlichen Bewusstsein des Ganzen verpflichtet ist, entgegen. Er erkennt die „weltgeschichtliche politische Grundfrage unserer Zeit: ob die Menschenmassen demokratisiert werden können, ob die Durchschnittsnatur des Menschen überhaupt fähig ist, eine Mitverantwortung als Staatsbürger durch Mitwissen und Mitentscheiden der Grundlinien faktisch in ihr Leben aufzunehmen.“<sup>418</sup> Jaspers schien – wie auch die „Frankfurter Schule“ – klar vor Augen zu haben, dass die Republik an der Schwelle zur Diktatur stand. Er unternahm jedoch mit seiner Beschreibung zur geistigen Situation der Zeit und seinem Appell den Versuch, das für ihn damals Unannehmbare noch aufzuhalten oder aufzuschieben. Denn Jaspers zufolge stand der „unabhängige Mensch in seinem selbstergriffenen Schicksal“<sup>419</sup> als Möglichkeit zur Disposition – das war nichts weniger als die Entscheidung darüber, „ob der Mensch frei sein könne.“<sup>420</sup>

Die Protagonisten der deutsch-nationalen und völkischen Philosophen, die bereits 1918/1919 die Republik kritisch oder ablehnend beurteilt hatten, blieben auch am Ende der Republik bei ihrem politischen Standpunkt. Keiner von ihnen hat die Fronten gewechselt. Mitte der 1920er Jahre vollzogen einige einst systemnahe Philosophen gar einen politischen Schwenk nach rechts. Wie etwa Kühnemann und Jaensch, die noch am 5. Juni 1920 den Aufruf für die Kundgebung deutscher Hochschullehrer für die demokratische Verfassung unterzeichnet hatten<sup>421</sup>, oder der Münchner Privatdozent Fritz Joachim von Rintelen (1898 – 1979), der vor 1933 der Zentrumspartei angehört hatte, sich seit 1929 im völkischen Hochschulring Deutscher Art sowie im Stahl-

---

<sup>416</sup> Jaspers 1931, 155.

<sup>417</sup> Jaspers 1931, 105. Hervorhebung im Original.

<sup>418</sup> Jaspers 1931, 103.

<sup>419</sup> Jaspers 1931, 230.

<sup>420</sup> Jaspers 1931, 231. Hervorgehoben im Original. Jansen nimmt hingegen an, dass Jaspers mit seinem Werk zur Endzeitstimmung unter den Lesern beigetragen und einen resignativ-abwartenden Fatalismus und Quietismus gefördert habe. Vgl. Jansen 1992, 257; 262.

<sup>421</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 55.

helm betätigt und 1932 mit Hitler auf dem Berghof die geistige Orientierung der Partei besprochen habe.<sup>422</sup> Auch Hans Leisegang (1890 – 1951; 1925 nb. Extraordinarius in Leipzig, 1929 als Nachfolger von Max Wundt nach Jena berufen) soll 1923 eine Ortsgruppe des Stahlhelms und eine Gefolgschaft des Jungdeutschen Ordens gegründet haben, außerdem seit Mitte der 1920er Jahre Mitglied der DNVP gewesen sein, er war sogar Vorsitzender einer Ortsgruppe.<sup>423</sup> Lediglich intellektuell näherte sich Mitte der 1920er Jahre hingegen der Bonner Ordinarius Oskar Becker (1889 – 1964) den Nationalsozialisten. 1926/27 hatte er „Anschluss an ein Vokabular gefunden, [...] dessen sich Becker aber erst seit 1935 bis 1945 in robuster Manier“<sup>424</sup> bediente. Zwei Monate vor dem Umsturz erhielt der befreundete Löwith einen Brief von Becker. Darin äußerte der Bonner Philosoph sein „Gefühl, dass die ‚bürgerliche Epoche‘ zu Ende gehe und etwas Neues kommen müsse. [...] Inmitten dieser durch Krieg und Inflation beschleunigten Auflösung aller Begriffe und Ordnungen sehe er in Hitlers Bewegung die Zukunft, obwohl er das Dritte Reich nicht ‚realpolitisch‘ und in der ‚ziemlich peinlichen Form der faktischen Partei‘ verstehe, sondern als ‚Idee‘“.<sup>425</sup>

Ähnlich verliefen die Entwicklungen bei Ferdinand Weinhandl (1896 – 1973), außerordentlicher Professor in Kiel, und Martin Heidegger (1889 – 1976), Freiburger Ordinarius und Beckers einstiger Lehrer in den frühen 1920er Jahren. Heidegger lehnte von 1925 an sämtliche „undeutschen“ Auffassungen ab, den Cartesianismus ebenso wie den Neukantianismus oder die Phänomenologie seines Lehrers Edmund Husserl.<sup>426</sup> Im Frühjahr 1932 ist Heidegger dann Husserl zufolge zum Nationalsozialismus und zum Antisemitismus übergegangen.<sup>427</sup> Mit ihm und Erich Rothacker standen die bekanntesten Philosophen auf Seiten der „System“-Gegner, ein eindeutiges Signal, berücksichtigt man die damalige Geltung und den damit verbundenen hohen Einfluss eines Universitätsprofessors.

Im Januar 1930 übernahm in Thüringen die NSDAP zum ersten Mal Regierungsverantwortung, Wilhelm Frick, erster nationalsozialistischer Minister für Inneres und Volksbildung, setzte im gleichen Jahr die Berufung des Rasseforschers Hans Friedrich Karl Günther („Rasse-Günther“) auf den Lehrstuhl für Sozialanthropologie gegen Professo-

---

<sup>422</sup> Vgl. Leaman 1993, 71; Tilitzki 2002, 629.

<sup>423</sup> Vgl. Dahms 2003, 742.

<sup>424</sup> Högrefe 2009, 166.

<sup>425</sup> Löwith 1986, 48. Löwith sieht in Beckers intellektueller Wahrnehmung einen getreuen Ausdruck der allgemeinen Situation der deutschen Intelligenz vor 1933.

<sup>426</sup> Vgl. Faye 2009, 31f.

<sup>427</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 346; Leaman 1993, 111ff.



ren-Widerstand an der Universität Jena durch.<sup>428</sup> Es schien wie ein Fatal: Hitler kündigte im gleichen Jahr die Säuberung des Lehrkörpers von „marxistisch-demokratischen Erscheinungen“ an, Hermann Göring im Sommer 1932 die Entfernung der Juden von den Universitäten.<sup>429</sup>

Am Ende der Republik wuchs die Zahl der Weimar-Gegner rasch an. Es finden sich unter den Philosophen auch einige, die zur Gruppe der „Konservativen Revolutionäre“<sup>430</sup> gehören. Noch vor dem 30. Januar 1933 traten reichsweit sieben Philosophie-Dozenten in die NSDAP<sup>431</sup> ein, fünf in den der NSDAP angeschlossenen „Nationalsozialistischen

---

<sup>428</sup> Es kam sogar zu einer Protestkundgebung. 30 Hochschullehrer stellten sich mit ihrer Unterschrift gegen die Berufung von Günther, der allerdings nur die Promotion als fachliche Eignung vorweisen konnte. Habilitiert hatte sich der Lehrer nicht. Zur Antrittsvorlesung von Günther erschienen demonstrativ Hitler und Göring.

<sup>429</sup> Vgl. Adam 1977a, 11f.

<sup>430</sup> Neben Freyer („Der Staat“, 1926 und „Revolution von rechts“, 1931), 1933 Ordentlicher Professor der Soziologie in Leipzig, ist etwa auch Ernst Krieck (1882 – 1947) dazu zu rechnen, Professor an der Pädagogischen Akademie in Dortmund (1932 wegen anhaltender NS-Agitation suspendiert), ebenso Alfred Baeumler (1887 – 1968), Ordinarius für Philosophie und Pädagogik an der TH Dresden (Krieck und Baeumler sollten im NS-Staat rasch Universitäts-Karriere machen), außerdem Karlfried Graf Dürckheim (1896 – 1988), Privatdozent für Philosophie und Psychologie in Kiel, Hugo Fischer (1897 – 1975), Privatdozent der Philosophie in Leipzig, der im George-Kreis angesiedelte und an der Berliner Universität mit einem Lehrauftrag versehene Dozent Kurt Hildebrandt (1881 – 1966) sowie Gunther Ipsen (1899 – 1984), nb. ao. Prof in Leipzig.

<sup>431</sup> Der Kölner Privatdozent und Professor an der Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund, Hermann Rudolf Bäcker (1900 – 1944; Eintrittsdatum: 1. Juli 1932), Ernst Bergmann (1881 – 1945; Eintrittsdatum: 1. Juli 1930), nb.ao. Professor für Philosophie in Leipzig, Wolfgang Cramer (1901 – 1974; Eintrittsdatum: 1. Mai 1932), Hilfsassistent am Mathematischen Seminar in Breslau, Carl August Emge (1886 – 1970; Eintrittsdatum: 1. Dezember 1931), ao. Professor für Philosophie und Leiter des rechtsphilosophischen Seminars in Jena, Heinrich Hasse (1884 – 1935; Eintrittsdatum: 1. März 1932), nb.ao. Professor der Philosophie in Frankfurt, Friedrich Lipsius (1873 – 1934; Eintrittsdatum: 1. Februar 1932), ao. Professor der Philosophie in Leipzig (Ende des Jahres trat er aus Furcht vor Kündigung als Theodor Litts Oberassistent am Philosophisch-Pädagogischen Institut „vorübergehend“ aus, wie er nach 1933 erläuterte – wahrscheinlich hatte er Kriecks Suspendierung vor Augen; Vgl. Tilitzki 2002, 74) und der Greifswalder Ordinarius Hermann Schwarz (1923, „Ehrenkarte“ 1929). Hinzu können noch jene gerechnet werden, die erst nach dem 30. Januar 1933 ihre universitäre Laufbahn begonnen haben wie etwa die beiden Münchener Privatgelehrten Otto Baensch (1878 – 1936; Eintritt: 1931) und Hans Alfred Grunsky (1902 – 1988; Eintrittsdatum: 1. Juni 1930), der an der Pädagogischen Akademie in Frankfurt und in Dortmund lehrende Ernst Krieck (Eintrittsdatum: 1. Januar 1932), der beim Machtwechsel gerade einmal 22 Jahre jung und schon sehr früh in die NS-Organisationen hineingewachsene, 1938 mit einem Lehrauftrag versehene Günther Lutz (geboren 1910; Eintrittsdatum: 1. April 1931) sowie der Privatgelehrte Wolfgang Schultz (1881 – 1936; Eintrittsdatum: 1. Mai 1932). Angaben nach Leaman 1993, Tilitzki 2002 und Laugstien 1990. Die Zahl der NS-nahen Dozenten vor 1933 erhöht sich freilich, wenn die philosophischen Mitglieder des „Kampfbundes für Deutsche Kultur“, des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) und der Sympathisanten (neben Heidegger auch der damals ebenso bekannte, in Bonn lehrende Ordinarius Erich Rothacker (1888 – 1965) oder Baeumler hinzugerechnet werden. Der größte Teil holte seine NSDAP-Mitgliedschaft bereits zum 1. Mai 1933 nach, insgesamt waren es 27 Dozenten, darunter Baeumler, Heidegger, Heimsoeth, Hielscher, Jaensch, Rothacker, Schmied-Kowarzik und Weinhandl (Vgl. Leaman 1993, 104).

Lehrerbund“ (NSLB)<sup>432</sup>, ebenfalls sieben Hochschullehrer unterzeichneten Aufrufe für die NSDAP<sup>433</sup>.

Pauschal korrelieren die politischen Einstellungen der Universitätsdozenten nicht vollständig mit den von ihnen vertretenen philosophischen Strömungen. Tendenziell finden sich jedoch insbesondere bei den Vertretern des Neuidealismus, aber auch bei den Lebensphilosophen (wobei es auch Überschneidungen zwischen Neuidealisten und Lebensphilosophen gibt), wesentlich mehr Republikkritiker und -gegner als bei anderen philosophischen Strömungen. Gemeinsam ist diesen beiden Strömungen die ablehnende Haltung gegenüber dem Rationalismus, Intellektualismus oder Szientismus. Das macht sie daher etwa für den Neukantianismus oder auch für den Erkenntnistheoretischen Realismus wenig empfänglich.<sup>434</sup> Statt Kausalität regiert der Schicksalsglaube. Die Hinwendung zum Irrationalismus, gar zum Mystizismus, zu einer als intuitiv erfassbaren, organisch, vitalistisch, „ganzheitlich“ und teleologisch gedachten Wirklichkeit, gepaart mit einer Technikfeindlichkeit und romantischen Verklärung des Landlebens versprach einen größeren Halt im nachrevolutionären Klima Deutschlands. Politisch aufbauend wirkten Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ sowie die oft auch interessegeleitete Interpretation hegelscher Machtstaatstheorie.

Fahrenbach führt das Scheitern der demokratisch orientierten Philosophen auf vier Hauptgründe zurück.

---

<sup>432</sup> Bergmann (1. Juli 1931), Emge (1. September 1932), Hielscher (8. November 1932), Kriek (1. Januar 1932) und Rothacker (12. November 1932). Vgl. Leaman 1993, 105f.

<sup>433</sup> Laugstien zählt acht Dozenten auf, darunter auch Karl Bornhausen. Bornhausen übernahm zwar 1934/35 den Frankfurter Lehrstuhl für Philosophie und Soziologie des 1933 entlassenen und emigrierten Ordinarius Paul Tillich, war jedoch bei der „Machtergreifung“ noch Breslauer Theologe und wird daher hier nicht mitgezählt. Vgl. Laugstien 1990, 27. Bei den Reichspräsidentenwahlen am 13. März 1932 (1. Wahlgang, insgesamt sechs Namen) und am 10. April 1932 (2. Wahlgang, insgesamt 40 Namen) unterzeichnete jeweils Carl August Emge, ao. Professor in Jena, die Aufrufe „Die deutsche Geisteswelt wählt Adolf Hitler“ im Völkischen Beobachter. Unter den 42 Namen des Aufrufs vom „Kampfbund für deutsche Kultur“ am 30. April 1932 unter dem Titel „An die deutschen Universitäten und Hochschulen!“ stehen auch Emge, Krueger und Schwarz. Den Aufruf „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“ zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932 unterzeichneten 51 Personen, darunter die Philosophen Emge, Kriek, Rothacker, Jaensch und Baeumler. Und den Aufruf zur Reichstagswahl am 6. November 1932 „Deutsche Hochschullehrer für Adolf Hitler“ trugen von den insgesamt 56 Unterzeichnern die Philosophen Emge und Kriek mit. Vgl. Laugstien 1990, 202.

<sup>434</sup> Ernst Bloch habe nach 1918 „entsetzt“ erlebt, wie „die Studenten sich in den Glauben an einen heißen Nationalismus stürzen, da ihnen diese faden Neokantianer, diese „Fachidioten“, wie sie ihre Professoren erleben, kein geistiges Brot zu bieten haben.“ Zitiert nach Heer 1982, 41.

1. Die auch in der gesellschafts-politischen Sphäre analysierte mangelnde theoretische Geschlossenheit der Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Zentrumsanhänger wirkte sich auf die praktisch-politische Kooperation aus. Die Spaltung und der Kampf der SPD mit links-sozialistischen Parteien ließ die gemeinsamen Interessen zurücktreten. Während die theoretischen Gegensätze auf der Linken tiefgreifender waren, sich die theoretische Differenzierung und der wissenschaftliche Anspruch des Marxismus sich eher hemmend auf die politische Kooperation ausgewirkt haben, agierte die Rechte wesentlich geschlossener.<sup>435</sup>
  
2. Auf sich selbst zurückgeworfen wurde die Philosophie von Husserls 1911 erschienenem „Logos“-Aufsatz über „Philosophie als strenge Wissenschaft“. Die darauffolgende Kontroverse zwischen Philosophie als Wissenschaft oder als Weltanschauung zog sich durch die gesamte Weimarer Republik.<sup>436</sup> Um 1900 herum erhielt „Weltanschauung“, das „Sehnsuchtswort“, wie es William Stern nannte<sup>437</sup>, im außerphilosophischen Bereich die Bedeutung von „Gesinnung“. Darin flossen ideologische, irrationale und subjektive Momente ein. „Weltanschauung“ drückte ein Bekenntnis, eine Überzeugung und ein Lebensgefühl aus.<sup>438</sup> Eine Ideologisierung erfuhr das Wort auch in der Philosophie:

---

<sup>435</sup> Vgl. Fahrenbach 1982, 248. So gab es selbst zwischen den Neukantianern, denjenigen der Marburger Richtung und den Südwestdeutschen, Animositäten und bissig-herablassende Bemerkungen. Klein berichtet gar von „kämpferischen Feindseligkeiten“ nach 1918 zwischen den neopositivistischen Sozialisten („den Wienern“ Rudolf Carnap, Otto Neurath) und den „Frankfurtern“ sowie von einer „Kampfstimmung“ zwischen Neopositivismus und dem Kritischen Idealismus (Neukantianismus) beziehungsweise der Phänomenologie. Vgl. Klein 1993, 39.

<sup>436</sup> Werner Betz findet den Beginn der „Weltanschauung“ bei Kant in dessen Kritik der Urteilskraft. Dort sucht Kant nach einer Entsprechung zum „Ding an sich“, dem „Ding für mich, für uns, die Anschauenden“. Er braucht einen Ausdruck, der den Vorgang des Sehens, die Aktion (Nomen actionis) und die fest gewordene Auffassung, das Ergebnis (Nomen acti) bezeichnet. Diese doppelte Funktion findet er im Begriff „Anschauung“, „Weltanschauung“. Vgl. Betz 1980, 18 – 30. Helmut G. Meier hat eine wort- und begriffsgeschichtliche Untersuchung über „Weltanschauung“ und dessen Bedeutungswandel vorgelegt. Von seinem ersten Auftreten bei Kant spürt er dem Weg der „Weltanschauung“ in den Jahrhunderten nach und weist die schleichende Ideologisierung bis zum Nationalsozialismus auf.

<sup>437</sup> Stern 1915, 3, zitiert nach Meier 1967, 306.

<sup>438</sup> Victor Klemperer geht dem Begriff „Weltanschauung“ in seinem Werk „LTI“ nach. Dieses „Klängelwort der Jahrhundertwende“ sei zum „Pfeilerwort der LTI“ im Nationalsozialismus geworden, „in der der kleinste PG und jeder bildungsloseste Kleinbürger und Krämer bei jeder Gelegenheit von seiner Weltanschauung und seinem weltanschaulich fundierten Verhalten redet.“ Im Gegensatz zum Philosophieren war es weniger die Verdeutschung, sondern die Distanz zum Verstand, den die „Weltanschauung“ ausdrückte. „Denn Philosophieren ist eine Tätigkeit des Verstandes, des logischen Denkens, und ihm steht der Nazismus feindlich als seinem tödlichsten Feind gegenüber. Der benötigte Gegensatz zum klaren Denken ... [ist] das Schauen, die Schau des Mystikers, das Sehen des inneren Auges also, die Intuition und Offenbarung der religiösen Ekstase. Die Vision des Erlösers, von dem das Lebensgesetz unserer Welt ausgeht: das ist der innerste Sinn oder die tiefste Sehnsucht des Wortes Weltanschauung, so wie es im Sprachgebrauch der Neuromantiker auftauchte und von der LTI übernommen wurde.“ Klemperer 1975, 153.

Dort wurde es zum Ersatzbegriff. Als Kategorie zur Bezeichnung von Gedankengebäuden, Systemen oder gesellschaftlicher Praxis wurde es „gestaltgewordene Gesinnung“<sup>439</sup>. Gemüt, Befindlichkeit, Seelenleben, die Psyche, das persönliche Meinen erfassten die Welt in einem vorrationalen und a-theoretischen Akt, die Vernunft wird aus der Philosophie ausgeschaltet. Als wertende Auslegung oder Beurteilung von Einstellungen oder Überzeugungen nimmt „Weltanschauung“ pseudoreligiöse Züge an. Ideologischen Charakter bekommt es mit den pangermanistischen, antisemitischen und antiliberalen Bewegungen, denen zugleich auch militante Züge eigen sind. Eine Nachprüfbarkeit von Aussagen nach Vernunftkriterien ist nicht mehr möglich, gleichwohl wird mit der Gesinnung ein Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Gefolgschaft eingefordert.<sup>440</sup> Der Begriff ist „in der irrationalen Sphäre angesiedelt und gehört in einen prä-, para- oder metaphilosophischen Bereich.“<sup>441</sup>

Wilhelm Diltheys (1833 – 1911) Lehre von den Weltanschauungstypen (1911) und Karl Jaspers‘ „Psychologie der Weltanschauungen“ (1919) waren Versuche, die weltanschauliche Philosophie durch Neugründung der Philosophie zu überwinden. Auch Rickert widersetzte sich noch 1933 der Gleichsetzung von Philosophie und „Weltanschauung“, beharrte auf Philosophie als Wissenschaft und verwies „Weltanschauung“ in den außerwissenschaftlichen Bereich der Meinungen, Überzeugungen und Lebenshaltungen.<sup>442</sup> Die Schaffung einer wissenschaftlich begründeten „Weltanschauung“ wies er als „Entartung des lebendigen Lebens“<sup>443</sup> zurück, und – mit Blick auf die Lebensphilosophen und Heidegger – Schlagworte wie „Leben“ und „Existenz“ hätten viel Verwirrung angerichtet.<sup>444</sup>

Tilitzki geht von rund 10.000 Lehrveranstaltungen aus, die zwischen 1918/1919 und 1945 reichsweit von den Philosophen an allen Universitäten und Fachhochschulen abgehalten worden sind. Seine Liste umfasst 2.500 Lehrveranstaltungen<sup>445</sup>, davon hatten 288 die (Philosophische) „Weltanschauung“ und/oder „Lebensanschauung“ im Titel.<sup>446</sup>

---

<sup>439</sup> Meier 1967, 212.

<sup>440</sup> „Weltanschauung“ als Bekenntnis und „Heilslehre“ dient nach Meier auch als „Medium geistiger Sektenbildung“, nicht nur bei Parteien, Bewegungen oder Kampforganisationen, sondern auch bei den am Beginn der Weimarer Republik gegründeten zahlreichen philosophischen Gesellschaften wie etwa dem Euckenbund, dem Monistenbund oder der Schopenhauer Gesellschaft. Vgl. Meier 1967, 205.

<sup>441</sup> Meier 1967, 6.

<sup>442</sup> Rickert 1933, 37 – 57.

<sup>443</sup> Rickert 1933, 41.

<sup>444</sup> Vgl. Rickert 1933, 48.

<sup>445</sup> Tilitzki 2002, 1171 – 1272.

<sup>446</sup> Von 1918/1919 bis 1933 wurden besonders häufig, nämlich 13 Mal, Veranstaltungen zu „Goethes Weltanschauung“ angeboten, von 1933/34 bis 1945 noch neun

Inhaltlich kann über die universitären Angebote nichts gesagt werden, es fällt jedoch auf, dass sich die meisten Dozenten allein mit dem Wort „Weltanschauung“ nicht recht glücklich fühlten.<sup>447</sup> Entweder fügten sie ein Adjektiv wie „wissenschaftliche“, „philosophische“, „politische“ oder „organische“ hinzu und suchten somit dem Modewort einen objektiven Charakter zu verleihen, oder sie verknüpften die „Welt-“, mit der „Lebensanschauung“. Zwischen 1918/19 und 1933 boten die Dozenten reichsweit zwischen zwei und neun Lehrveranstaltungen pro Semester an, in denen die „Weltanschauung“ in der einen oder anderen Weise im Titel erscheint.<sup>448</sup> Benutzt wird der Begriff vorwiegend von Dozenten, die ein konservatives bis deutsch-national oder deutsch-völkisches Politikverständnis vertraten (Kabitz, Kühnemann, Brunswig, Volkelt, Kabitz, Emge, Schwarz, Lipsius, Heimsoeth, Dinger), aber auch bei liberalen und sozialdemokratisch orientierten Philosophen kommt er vor (Goedeckemeyer, Stern, Frischeisen-Köhler, Utitz, Messer, Kinkel, Linke<sup>449</sup>). Auffällig ist die seit dem Wintersemester 1921/22 zu verzeichnende sprachliche Militanz, die sich im „Kampf um die Weltanschauung“ (Weidenbach, Gießen) oder „im Kampf um die Lebensanschauung der Gegenwart“ (Kühnemann, Breslau) ausdrückt. Auch die Typisierung von „Weltanschauungen“ wird – sicherlich auf Jaspers‘ „Psychologie der Weltanschauungen“ zurückgehend – zu einer immer mal wieder gern gewählten Lehrveranstaltung.

Mit der teilweisen Ersetzung durch „Weltanschauung“ oder auch durch „Lebensanschauung“ verlor die Philosophie als Vernunftwissenschaft ihren Theoriecharakter und wurde zur Ideologie, „zur Lebensideolo-

---

Mal. Schiller brachte es in den gleichen Zeiträumen nur zu einer Veranstaltung beziehungsweise zu zwei Angeboten.

<sup>447</sup> Nach Clemens Baeumker (1853 – 1924; Ordinarius in München) etwa beschreibt der Begriff „Weltanschauung“ zwar „am besten diese Auffassung von der letzten Aufgabe der Philosophie“, er will ihn jedoch durch den Begriff der „Lebensanschauung“ ergänzen, um neben dem Theoretischen das Praktische, neben dem Metaphysischen das Ethische zur Geltung kommen zu lassen. Philosophie sei eine solche Welt- und Lebensanschauung nur, sofern sie rational erarbeitet ist. Vgl. Baeumker 1921, 31 – 60.

<sup>448</sup> Die Zahl der Lehrveranstaltungen, die noch „Philosophie“ im Titel führten, war jedoch bedeutend höher. Vom Wintersemester 1933/34 an stieg jedoch die Zahl der „Weltanschauungs-Lehrveranstaltungen“ an. Sie lag bis zum Trimester 1941 zwischen vier und 13, fiel dann vom Sommersemester 1941 bis zum Wintersemester 1943/44 auf eine beziehungsweise auf zwei Veranstaltungen, schnellte im Sommersemester 1944 auf sechs Veranstaltungen hoch und sackte im Wintersemester 1944/45 auf zwei ab. Im Sommersemester 1945 gab es keine „weltanschauliche“ Lehrveranstaltung. Den Titeln zufolge haben die „Weltanschauungs-Lehrveranstaltungen“ von 1933/34 an einen Schwenk in Richtung Rassenideologie genommen.

<sup>449</sup> Linke (Jena) gab im Wintersemester 1932/33 seiner Lehrveranstaltung folgenden Titel: „Kritische Erörterung des Problems ‚Wissenschaft und Weltanschauung‘ im Anschluss an M. Webers Schrift ‚Wissenschaft als Beruf‘ und andere Arbeiten“. Hier kann von einer kritischen Analyse und reinen Scheidung von Wissenschaft und Weltanschauung ausgegangen werden.

gie<sup>450</sup>. So wurde „die politisch-gesellschaftliche Realität [...] in zunehmender Weise als Bereich theorieunfähigen, lebensmäßig-irrationalen, eben ‚weltanschaulichen‘ Bekenntnisses der Zuständigkeit rational-philosophischer Theorie entzogen.“<sup>451</sup> Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ (1918), die Wertphilosophie und der damit verbundene Historismus sowie die Philosophische Anthropologie und die Lebensphilosophie ebneten den Unterschied zwischen Wissenschaft und Weltanschauung bei einigen Philosophen nach und nach ein – übrig blieb die Weltanschauung.

Neukantianismus, Erkenntnistheoretischer Realismus und Phänomenologie standen der „Weltanschauungsphilosophie“, der Lebensphilosophie und der alten Metaphysik des Absoluten im neuen Gewand gegenüber.<sup>452</sup>

3. Bedeutsamer und auch folgenreicher war die damit verbundene Auseinandersetzung zwischen Rationalismus und Irrationalismus. Die rationale Begründung von Theorie und Praxis machte eine an der „Ganzheit“ des Menschen orientierte Lebensphilosophie streitig, die – fern von für andere nachvollziehbaren Kriterien – die Wirklichkeit intuitiv zu erfassen suchte. Zum Teil in Gemeinschaft mit dem ebenfalls vernunftkritischen „Historismus“ war die Lebensphilosophie mit der Relativierung und Auflösung einst als verbindlich anerkannter Werte verbunden und setzte den Schicksalsglauben als irrationalen Halt in der Geschichte.<sup>453</sup> „Schicksal“ wurde in der Weimarer Republik zu einem Schlagwort schlechthin. Diese Kontroversen zwischen den Philosophen ebneten sich in der Weimarer Republik nicht ein: „Nur eine die (abstrakten) Entgegensetzungen dialektisch-kritisch aufnehmende und ‚aufhebende‘ Philosophie der (praktischen) Vernunft hätte zumindest theoretisch einen Ausweg zeigen können.“<sup>454</sup> Doch die Gegensatzpaare Wissenschaft – Weltanschauung, Rationalismus – Irrationalismus waren häufig mit politischen Einstellungen verbunden, die sich am Ende der Republik eher verfestigten.
4. Dann spätestens zeigte es sich, dass die Philosophen es versäumt hatten, eine republikanische Philosophie der Politik anzubieten, die Grundlage breiter und intensiver Diskussion hätte sein können. Fah-

---

<sup>450</sup> Lübbe 1974, 21.

<sup>451</sup> Lübbe 1974, 21.

<sup>452</sup> Fahrenbach 1982, 255.

<sup>453</sup> Vgl. Fahrenbach 1982, 256.

<sup>454</sup> Fahrenbach 1982, 257. In der Spätphase und Mitte der 1930er Jahre hat es laut Fahrenbach Versuche zur Bestimmung eines konkreten, historisch-praktischen und dialektischen Vernunftsbegriffs etwa durch Ortega y Gasset (1883 – 1955), Jaspers, Husserl, Horkheimer, Marcuse und Ernst Bloch (1885 – 1977) gegeben. Sie sollten aus dem abstrakten Gegensatz zwischen Rationalismus und Irrationalismus herausführen. Vgl. Fahrenbach 1982, 257.

renbach sieht im Fehlen eines solchen Angebots einen gravierenden zeitanalytischen und theoretischen Mangel: „Hier war der Spiegel der Philosophie fast blind bzw. spiegelte zumeist die ohnehin verbreitete Nichtachtung der Republik.“<sup>455</sup>

Hatten die deutsch-nationalen und völkischen Philosophen seit Mitte der 1920er Jahre starke Stellungen in Jena, Leipzig, Greifswald und Kiel, so kam Ende der 1920er Jahre auch die Universität Tübingen hinzu.

## **V. Das Philosophische Seminar an der Eberhard-Karls-Universität während der Weimarer Republik**

Das Philosophische Seminar an der Eberhard-Karls Universität weist in der Weimarer Republik eine außergewöhnliche personelle Kontinuität auf. Von 1918/19 bis 1933 gehörten ihm sieben Dozenten<sup>456</sup> an, die Ordinarien Erich Adickes (1866 – 1928), Karl Groos (1861 – 1946), Theodor Haering (1884 – 1964) und Max Wundt (1879 – 1963) sowie der außerordentliche Professor Traugott Konstantin Oesterreich (1880 – 1949), die ordentlichen Honorarprofessoren Heinrich Spitta (1849 – 1929) und Konstantin Ritter (1859 – 1936). Zu Beginn der Republik lehrten sechs Dozenten (Adickes, Groos, Haering, Oesterreich, Spitta, Ritter), am Ende der Republik waren es fünf.<sup>457</sup> Bevor die politische Einstellung und die philosophische Ausrichtung der Philosophie-Dozenten eingehender analysiert werden, sollen einige grundsätzliche Hinweise auf die Zusammensetzung des Lehrkörpers gegeben werden.

Im Vergleich zur politischen Bandbreite der Philosophen im Reich war das politische Spektrum der Tübinger Philosophen in der Weimarer Republik wesentlich enger. Weder vertrat einer der sieben Dozenten sozialdemokratische Ideen noch gab es USPD-Anhänger. Politisch sind sie zwischen den Liberalen (Oesterreich) und der deutsch-

---

<sup>455</sup> Fahrenbach, 1982, 257. Fast einzig und allein haben die Juristen und Staatsrechtler (etwa Gustav Radbruch, Hermann Heller und Hans Kelsen) die staatsrechtliche Auseinandersetzung mit den Republikgegnern wie Carl Schmitt geführt.

<sup>456</sup> Wilhelm Nestle wird hier nicht mitgerechnet. Er wurde zwar im Juli 1932 zum Honorarprofessor ernannt, bot aber laut Vorlesungsverzeichnis nur im Sommersemester 1933 eine Veranstaltung an. Zu Wilhelm Nestle: siehe Kapitel VI.

<sup>457</sup> Im Wintersemester 1932/33 lehrten Groos (1929 emeritiert), Haering, Oesterreich, Ritter (seit 1925 als Lehrer am Tübinger Gymnasium im Ruhestand) und Wundt, im Sommersemester 1933 waren es nur noch vier Philosophie-Dozenten (Groos, Haering, Wilhelm Nestle, Wundt), Oesterreich stand zwar noch im Vorlesungsverzeichnis, wurde jedoch nach seiner Rückkehr aus Griechenland zwangspensioniert. Nestle (1865 – 1959) wird im nächsten Kapitel behandelt.

völkisch-antisemitischen Bewegung (Wundt) zu verorten. In der von Döring zusammengestellten Liste der „Gemäßigten und Freunde der Weimarer Republik“<sup>458</sup> taucht kein Tübinger Philosoph auf, hingegen führt Döring die beiden Ordinarien Adickes und Groos in der breit angelegten Liste der „Annexionisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten“.<sup>459</sup> Während Erich Adickes<sup>460</sup> bei Döring zwischen den „Annexionisten“ und den „Deutschnationalen“ angesiedelt ist, zählt Groos<sup>461</sup> zu den „Annexionisten“. Alle zu Beginn des Ersten Weltkriegs in Tübingen lehrenden sechs Dozenten (Adickes, Groos, Haering, Oesterreich, Ritter und Spitta) haben die „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ im Oktober 1914 unterschrieben<sup>462</sup>, das war ein geschlossenes Bekenntnis zur Gemeinschaft Deutschlands und seinen Werten (Deutschlands Freiheit, Unterordnung, Manneszucht, Treue, Opfermut). Unterzeichnet hat auch der damals noch in Straßburg lehrende und 1929 als Ordinarius nach Tü-

---

<sup>458</sup> In dieser Liste hat Döring 169 Hochschullehrer zusammengetragen, die sich mehr als einmal an einer der elf Aktionen oder Organisationen beteiligt haben. Dazu zählt er die Unterzeichnung der Gegeneingabe von 1915, die Förderung des Agitationsbüros Hobohm, die Unterzeichnung des Wahlrechtsaufrufs des Mittwochabends (1917), die Unterzeichnung der örtlichen Professorenaufrufe gegen die Vaterlandspartei (1917 in Berlin, Heidelberg und Gießen), die Führungsriege im Volksbund für Freiheit und Vaterland, die Teilnehmer der drei Tagungen des Weimarer Kreises (1926 – 1932), die Mitglieder der „Vereinigung freiheitlicher Akademiker (Der Bund)“, die Unterzeichnung des Bekenntnisses deutscher Hochschullehrer zur Reichsverfassung (1920), die Unterzeichnung des Wahlaufrufs für die DDP (1924) sowie die republikanischen Hochschullehrer auf Everths Liste. Vgl. Döring 1975, 256ff.

<sup>459</sup> In dieser Liste nennt Döring 416 Hochschullehrer. Zu den „Annexionisten“ zählt er diejenigen Professoren, die ihren Namen unter die Intellektuelleneingabe gesetzt haben. Auch die Vertrauensmänner des Unabhängigen Ausschusses Dietrich Schäfers gehören dazu, wie auch die Unterzeichner der Berliner Professorenkundgebung 1917 (Verschiebung der preußischen Wahlreform auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg) sowie die Einverständniserklärungen zur Professorenpetition gegen die Friedensresolution des Reichstages. In die deutschnationale Gruppe fasst Döring die Unterzeichner eines Wahlaufrufs für die DNVP vor der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 sowie eines deutschnationalen Professorenaufrufes vor der Preußischen Kommunalwahl im Februar 1919. Auch die Unterzeichner der „Erklärung deutscher Hochschullehrer zur Auslieferungsfrage“ vom Juli 1919 („Für Ehre, Wahrheit und Recht“) sowie die Unterzeichner des Aufrufs der Hochschullehrer für die DNVP vor den Wahlen 1924 und die Teilnehmer der Professorenkundgebung von 1932 zur Unterstützung der antiparlamentarischen Pläne von Papens gehören dazu. Zur NSDAP-Gruppe rechnet Döring diejenigen Hochschullehrer, die sich vor 1933 zur nationalsozialistischen Partei bekannten (Hochschullehreraufrufe vom Juli und November 1932). Vgl. Döring, 1975, 261ff. In einer dritten Liste notiert Döring 85 Hochschullehrer, die zwischen den beiden Lagern gewechselt haben.

<sup>460</sup> Adickes wandte sich 1917 gegen die Friedensresolution des Reichstages und 1919 gegen die Auslieferung des Kaisers. Vgl. Döring 1975, 261.

<sup>461</sup> Groos unterzeichnete im Juni 1915 die Intellektuelleneingabe an die Reichsleitung, wonach insgesamt 1.347 Unterzeichner (darunter 352 Hochschullehrer) etwa ein deutsches Protektorat in Belgien sowie die Abtrennung französischer und russischer Gebiete forderten. Außerdem stellte er sich 1917 gegen die Friedensresolution des Reichstages. Vgl. Döring 1975, 263.

<sup>462</sup> Die Erklärung hatten rund 3.000 Dozenten unterschrieben. Vgl. Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches, Berlin, 23. Oktober 1914, <http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/volltexte/2006/3235/pdf/A008838631.pdf>. Die Tübinger sind auf den Seiten 26f. zu finden, Max Wundt auf Seite 25.



bingen berufene Privatdozent Max Wundt. Wundt setzte seinen Namen im Oktober 1932 auch unter die antiparlamentarischen Staatsreformpläne von Reichskanzler Franz von Papen: „Hochschullehrer für (eine) unabhängige Staatsführung“<sup>463</sup>.

Sämtliche Tübinger Philosophie-Dozenten kamen aus protestantischen Familien, ein Katholik oder ein Jude wurde in der Weimarer Republik nicht ans Philosophische Seminar der Eberhard-Karls-Universität berufen.<sup>464</sup> Sowohl die Mutter von Adickes als auch die Mutter von Haering stammten aus Hugenottenfamilien, unter den Vätern der Philosophie-Dozenten waren Pfarrer (Haering, Ritter), Theologie- und Philosophie-Professoren (Haering, Wundt), ein Jurist (Adickes), Kaufleute (Groos, Spitta) und ein Geheimer Rechnungsrat am Königlich Preußischen Kriegsministerium (Oesterreich), die Tübinger Philosophen waren also sämtlich im gehobenen Bildungsbürgertum aufgewachsen, Max Wundt war mit einer Adelligen verheiratet.

Gebürtige Württemberger waren nur Haering und Ritter. Die Promotionen und Habilitationen aller Philosophen erfolgten jeweils im Kaiserreich, die Promotionen zwischen 1873 und 1910, die Habilitationen zwischen 1877 und 1912. Außer Groos und Wundt kannte jeder die Tübinger Universität, bevor er dort Dozent wurde – entweder als Student, Doktorand oder Habilitand. Zumindest einen Teil des Grundstudiums absolvierten Adickes, Haering und Ritter in Tübingen. Haering, Ritter und Spitta wurden an der Eberhard-Karls-Universität promoviert, Haering, Oesterreich, Ritter und Spitta habilitierten sich dort. Nur Wundt hat im Ersten Weltkrieg an der Front gekämpft, er war auch der einzige, der sich in einem Soldatenrat engagiert hat. In einem Freikorps oder in einer Bürgerwehr war keiner der Tübinger Philosophen. Der einzige, dem eine durchgehende „Hauskarriere“ gelang, war Haering. Er wurde 1928 Ordentlicher Professor.

Philosophisch sind die Tübinger Dozenten nicht immer eindeutig den in Kapitel 4 aufgezeigten Strömungen zuzurechnen. Adickes war als Kant-Philologe ein „konservativer Neukantianer“, Groos hatte eine Schnittmenge mit der Philosophischen Anthropologie und bei Oesterreich sind phänomenologische Anleihen sichtbar. Zur Existenzphiloso-

---

<sup>463</sup> Tilitzki 2002, 588.

<sup>464</sup> In einer Denkschrift von 1911 wertete der Verband der Deutschen Juden den absoluten und relativen Anteil der Juden an deutschen Hochschulen in den Jahren 1874/75, 1889/90 und 1909/10 aus. Danach gab es in Tübingen (neben Münster, Würzburg und Rostock) „niemals“ einen jüdischen Ordinarius. 1874/75 hatten zwei Juden eine außerordentliche Professur inne (von insgesamt zehn Stellen), 1909/10 lehrte ein getaufter Jude auf einer außerordentlichen Professorenstelle (von insgesamt 21 Stellen). Unter den 22 Privatdozenten war 1909/10 nur ein Jude. Vgl. Breslauer 1911, 6 und 15. Vgl. zur protestantischen Prägung der Eberhard-Karls-Universität: Paletschek 2001, 279ff.

phie, zum Erkenntnistheoretischen Realismus und zur Ontologie tendierte keiner der Tübinger Philosophen. Haering und Wundt waren Neu-Idealisten, bei Haering lassen sich noch lebensphilosophische Elemente nachweisen.

Das deutlich national-konservative Profil der Tübinger Philosophen ließ der Tübinger Ortsgruppe der Kant-Gesellschaft nur eine geringe Bedeutung zukommen. Erst am 27. Januar 1922 gegründet, wird die Ortsgruppe 1928 in den Kant-Studien schon nicht mehr aufgeführt. Seit dem Sommersemester 1921 hatten sich die Tübinger Mitglieder<sup>465</sup> der von Hans Vaihinger initiierten philosophischen Gesellschaft mit weltweit rund 4.000 Mitgliedern regelmäßig getroffen, bei den Vortragsabenden wurde bis 1922 ein „reger Besuch“ verzeichnet. Die „aktive Vorstandsschaft“ übernahm der damalige Repetent am Tübinger Stift, Erich Keller, Ehrenvorsitzender wurde Erich Adickes.<sup>466</sup> Doch nach einem anfänglichen Hoch sackte die Bereitschaft zur Mitarbeit und zum philosophischen Austausch der Tübinger Mitglieder wohl rasch ab. Das „Bedürfnis nach festem Zusammenschluss“<sup>467</sup> hatte sich bald erledigt. 1924 wird als Leiter Adickes angegeben, die Geschäftsstelle organisierte Georg Widmann, Student des Tübinger Stifts.<sup>468</sup> Schon 1926 kümmerte sich niemand mehr um die Geschäftsstelle, Adickes harrte noch zwei weitere Jahre tapfer als Leiter der Ortsgruppe aus. Er starb 1928. Von Vorträgen in Tübingen ist nach Gründung der Ortsgruppe nichts mehr bekannt, die Tübinger Dozenten ließen sich hingegen von der Stuttgarter Ortsgruppe einladen.<sup>469</sup>

Naturgemäß können aus den bloßen Titelangaben der Vorlesungen und Seminare keine detaillierten Rückschlüsse auf die Inhalte gezogen werden. Folgende Ausführungen über die Veranstaltungen der Philosophiedozenten geben jedoch Hinweise auf die grundsätzliche Ausrichtung des Tübinger Seminars. Quantitativ haben sämtliche Dozenten vom Wintersemester 1918/19 bis zum Wintersemester 1932/33 genau 392 Veranstaltungen angeboten. Dabei fällt auf, dass die Zahl der Seminare und Vorlesungen in den ersten zwei Jahren der Weimarer

---

<sup>465</sup> Dazu gehörten etwa auch der Tübinger Student Hans Paret und der spätere Tübinger Rechtsphilosoph und Privatgelehrte Albert Pagel, der 1942 nach Theresienstadt, 1943 nach Auschwitz deportiert wurde.

<sup>466</sup> Den Eröffnungsvortrag hielt Erich Keller über das Thema „Spengler als Philosoph“. Kant-Studien 1922, 529. Weitere Themen wurden von zwei Studierenden vorgetragen: „Vaihingers Philosophie des Als-ob“ und „Hegels Geschichtsphilosophie“. Theodor Haering steuerte das Thema „Der Begriff Intuition in den modernen Geistesströmungen“ bei, und der Jurist Edmund Mezger referierte über das Thema „Der Neukantianismus in der Rechtsphilosophie“. Vgl. Kant-Studien 1922, 529f.

<sup>467</sup> Kant-Studien 1922, 529.

<sup>468</sup> Kant-Studien 1924, 629.

<sup>469</sup> Haering war 1923 gleich zweimal in Stuttgart, Ritter einmal. Vgl. Kant-Studien 1924, 339. Groos und Oesterreich hielten 1928 dort je einen Vortrag (Kant-Studien 1929, 531), Wundt im Jahre 1930 (Kant-Studien 1931/31, 373).

Republik durchschnittlich höher war (zwischen 15 und 22) als danach (zwischen acht und 17). In den ersten 15 Semestern (bis zum Wintersemester 1925/26) wurden 222 Veranstaltungen angeboten, in den 14 Semestern danach (bis zum Wintersemester 1932/33) nur 170 Veranstaltungen. Die Vermutung liegt nahe, dass sich die Dozenten nach den vier Kriegsjahren wieder mit Vehemenz in die Arbeit stürzten.

Dezidiert politische Themen, die auf die neue Situation in der Weimarer Republik hindeuten oder vor möglichen Gefahren warnten, wurden kaum angeboten. Ausnahmen: „Staat, Recht, Politik und Moral“ (1919) sowie „Platonismus und Marxismus“ (1930/31) und „Platons Staatslehre und Marxismus“ (1932) von Ritter. Bei wenigen Angeboten lässt sich ein aktueller geistig-politischer Hintergrund vermuten, etwa bei Haerings Titel „Die Verkennung des Wesens des Geistes und ihre Rolle im Leben der Gegenwart“, „Grundideen der großen Philosophen für die Bedeutung der Gegenwart“ (1919/20, 1922, 1925), Spittas Vorlesungen „Wissenschaftliche und kulturelle Zeitfragen: Das Recht auf Leben und die Bedeutung des Todes“ sowie „Die religiöse Frage der Gegenwart und der Kampf um die moderne Weltanschauung“ (1922, 1923, 1924, 1925) und schließlich Ritters Angebot „Rousseaus Gedanken über Erziehung und ihr Fortwirken bei späteren Theoretikern und Praktikern der Pädagogik“ (1919/20).

Spezielle Vorlieben der Tübinger Dozenten lassen sich vermuten, Spitta etwa setzte seine Veranstaltung „Das Recht auf Leben und die Bedeutung des Todes“ in der Weimarer Republik allein neun Mal an, sein Kollege Oesterreich seine Veranstaltungen über Okkultismus und Parapsychologie ebenso oft. Generell aber war das Philosophische Seminar in der gesamten Weimarer Republik bestrebt, den Studierenden einen fundierten Überblick über die gesamte Geschichte der Philosophie zu geben. „Die Einleitung in die Philosophie“, die Geschichte „der alten“ oder griechischen Philosophie, die Geschichte der neueren, der neuesten Philosophie oder die Philosophie der Gegenwart wurden in jedem Semester angeboten. Außergewöhnlich stark vertreten waren psychologische Themen (allein 64 Veranstaltungen). Neben Oesterreich, der jedes Semester Psychologie anbot (experimentelle, vergleichende, genetische oder auch Parapsychologie), lasen auch Adickes, Groos, Spitta und Haering (wenn auch nur einmal) Psychologie. Pädagogische Themen hingegen kamen nur am Rande vor. Die theoretische Philosophie mit Logik, Erkenntnistheorie, Metaphysik, auch Wissenschaftstheorie war gut vertreten, ebenso die praktische Philosophie mit der Ethik. Rechts- und Sozialphilosophie hingegen wie auch die Politische Philosophie (etwa Vertrags- oder Staatstheorien) kamen so gut wie nie vor (nur Ritter im Sommersemester 1919: „Staat, Recht, Politik und Moral“ und Spitta im Wintersemester 1919/20: „Ethik und

Rechtsphilosophie“, außerdem die Angebote von Ritter über Platons politische, volkswirtschaftliche und pädagogische Theorien in mehreren Semestern von 1919/20 bis 1932). Die Aufklärung oder der Vernunftbegriff wurden nicht ausdrücklich thematisiert. Hin und wieder konnten die Studierenden eine Ästhetik-Vorlesung oder eine religionsphilosophische Vorlesung besuchen, Sprachphilosophie etwa wurde nicht angeboten.

Dass die Tübinger Dozenten in die idealistische Richtung neigten, ist auch an den Veranstaltungen zu erkennen. Ob „Erkenntnistheorie und Metaphysik“ (Adickes: 1919, 1921/22, 1927/28; Groos: 1920, 1922/23; Oesterreich: 1920/21, 1923, 1929, 1931; Haering: 1923/24, 1927, 1932/33), die aristotelische Metaphysik (Oesterreich: 1918/19, 1920/21, 1929/30), „Bauformen der Metaphysik“ (Groos: 1922/23), „Einleitung in die Metaphysik (Wundt: 1930), „Metaphysik“ (Wundt: 1930/31), „Idealismus“ (Wundt: 1931/32) oder Platons Theorien (Ritter, Haering, Wundt und Oesterreich): diese philosophische Strömung machte sich in Tübingen vielfältig bemerkbar. Die Seminare über Fichte (Groos 1922 und 1926 sowie Wundt 1930 und 1932), Schopenhauer (Haering 1922, Groos 1923, Adickes 1925/26 und 1927), Lotze (Haering 1924, 1927 und 1931), Wilhelm Wundt (Groos 1925/26 und 1927/28), Trendelenburg (Groos 1928), die griechischen Philosophen (Vorsokratiker, Sokrates, Platon) und auch Hegel weisen ebenfalls in diese Richtung. Auf die Lebensphilosophie deutet Haerings Seminar „Das Problem der Intuition – historisch und kritisch“ von 1923. Mit dem Tod von Adickes 1928 und der Verpflichtung von Wundt 1929 verschob sich das Vorlesungs- und Seminarangebot zum Ende der Republik noch etwas stärker in die (christlich-)idealistische Richtung. Fichte wurde wieder aufgenommen, die Philosophie des Mittelalters hielt ausdrücklich Einzug ins Seminar, die Metaphysik bekam mehr Gewicht, und Schiller wurde als Philosoph vorgestellt.<sup>470</sup>

Nur vereinzelt gab es Angebote über Philosophen anderer philosophischer Strömungen, wobei es jedoch inhaltliche Überschneidungen zwischen deren Forschungen und den Interessen der Tübinger Dozenten gab. So bot etwa Haering ein Seminar über Fechner (1921/22, 1924/25 und 1928/29) und über seinen Bonner Lehrer Külpe (1923), der den Erkenntnistheoretischen Realismus vertrat, und über den Neovitalisten Hans Driesch an (1925/26 und 1931), zu dem auch Groos zwei Semi-

---

<sup>470</sup> In Jena hatte Wundt sein Lehrangebot „ganz konsequent in den Dienst einer Erneuerung der deutschen Philosophie durch die Rückbesinnung auf die Tradition des deutschen Idealismus“ gestellt. Er bot Themen über den deutschen Idealismus und über die romantische Tradition an. Dahms 2003, 738f.

nare ansetzte (1928/29 und 1931/32). Haering ließ die Studierenden auch den Ontologen Nikolai Hartmann bearbeiten (1930/31), Groos führte sie an den Ästhetiker und kritischen Metaphysiker Johannes Volkelt heran (1931). Aus dem üblichen Rahmen fiel auch Oesterreichs Angebot, die neuesten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse durch Planck und Einstein philosophisch einzuordnen (1927), ebenfalls Haerings Thema „Philosophie der Naturwissenschaft“ (1924, 1926/27). Ganz neue Pfade aber wie etwa den Neopositivismus, insbesondere den Wiener Kreis, oder die Existenzphilosophie wurden nicht besprochen, auch abseits vom Mainstream liegende Philosophen wurden nicht behandelt. Die analytische Philosophie kam mit Bertrand Russell (Oesterreich 1928/29) nur einmal vor. Selbst der Neukantianismus Marburger Provenienz war kein Thema. Äußerstes Zugeständnis an die kritizistische Richtung waren je zwei Veranstaltungen von Haering über Husserl (Wintersemester 1922/23 und 1928/29) sowie von Groos über Rickert (Wintersemester 1924/25 und 1929/30). Husserl und Rickert gehören zur badischen Schule des Neukantianismus.

Hegel wurde ausschließlich von Haering angeboten, und zwar sechs Mal (Phänomenologie: 1919/20; allgemein oder die Entwicklungsgeschichte: 1922, 1923/24 und 1928; die Enzyklopädie: 1930/31 und die Logik in Zusammenhang mit Aristoteles: 1931/32). Hinzugerechnet werden müssen jedoch auch die Seminare, in denen Haering sich mit der Geschichtsphilosophie befasste (1920/21, 1924/25, 1926, 1927/28, 1932), Hegel hat darin für Haering eine bedeutende Rolle gespielt. Kant (1924: 200. Geburtstag von Kant) hingegen kam explizit 13 Mal vor: Die „Kritik der reinen Vernunft“ wurde sieben Mal angeboten, von Oesterreich (1919, 1927 und 1928), Haering (1920), Adickes (1921/22, 1924/25) und Groos (1923/24), die „Metaphysik der Sitten“ und die „Kritik der praktischen Vernunft“ lediglich ein Mal (Adickes 1927/28), die „Kritik der Urteilskraft“ zwei Mal (Groos 1918/19 und Haering 1929/30), außerdem kam Kant in den Ästhetikvorlesungen von Groos vor. Den allgemeinen Kant und dessen philosophische Entwicklung behandelten Adickes (1922/23 und 1923) sowie Wundt (1930/31), wobei Wundt ganz deutlich den metaphysischen, nicht den kritizistischen Kant in den Vordergrund gestellt haben dürfte.

Die Philosophie des Klassikers der Literatur, Goethe, thematisierte insbesondere Spitta („Kritische Vorträge über Goethes Faust“: 1918/19, 1919/20, 1920/21, 1921/22, 1923/24 und 1924/25), aber auch Adickes bot „Goethes Weltanschauung“ 1919 und 1927 an. Wundt stellte „Goethe als Denker“ 1931 vor und holte den zweiten klassischen Schriftsteller, Schiller, ins philosophische Seminar, einmal „als

Philosoph“ (1930), ein zweites Mal behandelte er dessen „ästhetische Erziehung des Menschen“ (1930/31).

Der Begriff „Weltanschauung“ anstelle der „Philosophie“ hat sich im Philosophischen Seminar nicht durchgesetzt. Lediglich die „Alt-Ordinarien“ Adickes („Hauptprobleme der Weltanschauung“ 1925/26 und 1927/28, „Goethes Weltanschauung“ 1927) und Groos (ebenfalls „Hauptprobleme der Weltanschauung“ 1924/25, 1926/27 und 1928/29) verwendeten ihn gelegentlich, Oesterreich einmal („Die wissenschaftliche Weltanschauung der Gegenwart“, 1932) und Spitta vier Mal. Spitta spitzte die aktuelle Auseinandersetzung der philosophischen Richtungen jedoch gleich zu und nannte seine Veranstaltung „Die religiöse Frage der Gegenwart und der Kampf um die moderne Weltanschauung“, ihn focht er jedes zweite Semester von 1922 bis 1925 aus.

Die Philosophie außerhalb des Deutschen Reiches haben die Tübinger Dozenten kaum beachtet. Explizit finden sich zu „den Engländern“ sieben Veranstaltungen (Groos zu Hume 1919; Adickes zu Hume und Berkeley 1924 und 1927; Wundt zu Hume 1932/33; Adickes zu Berkeley 1920; Oesterreich zu „Locke und Leibniz“ 1927/28 und Oesterreich zu Russel 1928/29), zu „den Franzosen“ nur fünf Angebote (Ritter zu den Erziehungsfragen bei Rousseau 1919/20; Adickes zu Rousseau und Nietzsche 1925; Groos zu Descartes 1925; Wundt zu Descartes 1931; Haering zu Descartes 1932/33). Spinoza wurde im Zusammenhang mit der Ethik hin und wieder gelesen. Oesterreich bezog 1927/28 und 1932 die indische und chinesische Philosophie in seine Geschichte der antiken Philosophie mit ein.

Während die „Alt-Ordinarien“ Erich Adickes und Karl Groos ihre politisch nationalkonservative Haltung auch in der Weimarer Republik beibehielten, sie sich jedoch in die „große Politik“ kaum oder gar nicht einmischten, können bei Theodor Haering und Max Wundt persönliche Entwicklungen in der jungen Demokratie ausgemacht werden. Haering hat sich im Laufe der 14 Weimarer Jahre radikalisiert, von einem Deutsch-Nationalen mutierte er zu einem randständigen Vertreter der „Konservativen Revolution“, er bekämpfte die Weimarer Republik aktiv. Wundts Kampf gegen die „drohende“ Republik begann hingegen am Ende des Ersten Weltkriegs und entfaltete nach 1918 eine wesentlich stärkere Intensität mit unterschiedlichen politischen Strategien zur Überwindung „des Systems“.

Vor den folgenden Einzelstudien über Adickes, Groos, Haering, Wundt und Oesterreich sei hier der Vollständigkeit halber noch auf die beiden ältesten Tübinger Philosophie-Dozenten in der Weimarer Re-

publik hingewiesen. Es waren dies die beiden ordentlichen Honorarprofessoren Heinrich Spitta und Konstantin Ritter.

Heinrich Theodor Johannes Spitta<sup>471</sup> wurde im November 1873 in Tübingen von Christoph Sigwart und Karl Reinhold Köstlin für die Arbeit „Die Traumzustände der menschlichen Seele“ promoviert. Die 68 Seiten starke Schrift baute Spitta in den folgenden Jahren zur knapp 300 Seiten langen Habilitation aus und habilitierte sich 1877 in Tübingen. Im Jahre 1878 wurde Spitta Privatdozent, 1883 wurde er zum außerordentlichen Professor, 1902 zum ordentlichen Honorarprofessor ernannt. Sein Hauptinteresse galt der Psychologie, insbesondere den Träumen. Spitta wandte sich gegen eine Symbolisierung der Traumerlebnisse, wie sie etwa der Leipziger Philosoph und Psychologe Johannes Volkelt vertrat. Auch mit den Theorien von Sigmund Freud konnte sich Spitta nicht anfreunden.<sup>472</sup>

Politisch muss Spitta zum alten deutschnationalen Spektrum gezählt werden. Als Bismarckverehrer, Machtstaatsideologe, Verteidiger des Militarismus und des Ständestaates befürwortete er die Kolonisation und war auch antisemitisch eingestellt.<sup>473</sup> Gegen den sich verstärkenden Individualismus, gegen das Proletariat und die Frauenbewegung wettete Spitta um die Wende zum 20. Jahrhundert.<sup>474</sup> Eine „wahre

---

<sup>471</sup> Spitta wurde am 9. Juli 1849 in Berlin geboren. Er war der Sohn des Kaufmanns Theodor Spitta und dessen Ehefrau Marie, geborene Cordes. Spitta besuchte das Gymnasium in Pforta und das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Berlin. Im Jahre 1869 begann er das Studium in Berlin, hörte philosophische, philologische und naturwissenschaftliche Vorlesungen, wechselte 1873 nach Tübingen. Im Mai 1874 heiratete er Elisabeth Marquardt, Tochter eines Stuttgarter Hoteliers, 1875 wurde eine Tochter, 1879 wurden Zwillingbrüder geboren. Vgl. UAT 126/659 (Personalakte); Goldmann 2003, 244.

<sup>472</sup> Spittas Traumtheorie mangelte es an einer klaren Begrifflichkeit, bilanziert Goldmann. Spitta ging davon aus, dass Wachen, Traum und Wahnsinn der menschlichen Seele durch Abstufungen miteinander verbunden sind. Die unterschiedlichen Zustände treffen sich in einer Schnittmenge und sind denselben psychologischen Gesetzen unterworfen. Für den Traum kann der Träumer nicht verantwortlich gemacht werden. Freud hielt nichts von Spitta. Die vorhandene Literatur über die Traumforschung (darunter auch die von Spitta) habe bei Freud den Eindruck hinterlassen, dass er am liebsten nie mit der Sache zu tun gehabt hätte. Freud habe über Jahre hinweg über die Qualität der Traumliteratur geklagt. Vgl. Goldmann 2003, 169; 245f.

<sup>473</sup> Vgl. Goldmann 2003, 244.

<sup>474</sup> Niemand hat mehr Zeit, jeder denkt nur an sich selbst, vertrete rücksichtslos die eigenen Interessen, so Spitta. Die Gefährlichkeit des Proletariats sieht er durch den höheren Bildungsgrad und „das höhere Kraftmaß des Geistes“ noch gesteigert. Sollte der Staat den Forderungen der Frauenbewegung entsprechen, würden die Wirren und Missstände „ins Ungemessene“ gesteigert. Vgl. Spitta, 1900, 3. In diesem Werk vertrat Spitta, der auf dem Boden christlich-theistischen Glaubens stand, den Gedanken einer ständigen Wiedergeburt, damit das Individuum die ihm gestellten sittlichen Aufgaben immer vollständiger realisieren kann: „Da denke ich mir nun, dass ich nach meinem Tode werde wiedergeboren werden zu einem neuen irdischen Leben; meine Seele, der Inbegriff des Geistigen an mir, wird einen neuen irdischen Leib erhalten, den ich zu führen habe, bis auch er wieder aufgelöst wird in jene Bestandteile, von denen er genommen ist, und wiederum wird meine Seele einen neuen Leib emp-

Ichwut“ und die „Anarchie im Reiche des Geistes“ konstatierte der Philosoph in einer Rede zum 88. Geburtstag von Bismarck.<sup>475</sup> „Ethischer Nihilismus“, „sittlicher Marasmus“ – dafür standen ihm Friedrich Nietzsche und Max Stirner. Mutlosigkeit, Zerfahrenheit und lähmende Energielosigkeit machte er in der Gesellschaft aus. Spitta setzte sich in der Rede für den Kolonialismus ein, nannte den Partikularismus in Deutschland ein nationales Übel und reduzierte die Soziale Frage auf eine „Liebesfrage“<sup>476</sup>. Liebe müsse geübt und in immer weitere Kreise getragen werden. Denn die einzelnen Stände und Berufsarten sollten sich mehr achten, sich besser kennenlernen und sich besser verstehen und „so recht innerlich einander würdigen“<sup>477</sup>. Insbesondere die Reichen und reiche Rentner sollten sich „um die Mühseligen und Beladenen kümmern“<sup>478</sup>. Spitta forderte eine nationale Erziehung, denn das Nationalbewusstsein sei der geistige Mittelpunkt eines jeden, nur so sei „Liebe zum Vaterlande“<sup>479</sup> möglich. Bismarck sei ein „germanischer Riese“<sup>480</sup> gewesen. Nun propagiere die Sozialdemokratie einen „Zukunftsstaat“, der „eine ungeheure Herde von Menschen“<sup>481</sup> zum Ziel habe. Spitta: „Glauben jene Wunderpropheten selbst daran, dass man aus einem Mann und 999 Nullen eine Gemeinschaft von 1.000 Personen bilden kann? Personen!“<sup>482</sup>

Der Philosoph zumindest glaubte das nicht, die Persönlichkeit könne nicht zum Herdenwesen herabsinken. Spitta wollte „keine Herrschaft der Quantität“<sup>483</sup>; auch keinen Kosmopolitismus, dem „völlig unklare und schwülstige Vorstellungen“ zugrundeliegen; keine „sentimentalen Friedensvereine mit ihren endlosen Resolutionen für endlose Papierkörbe“; auch keine „lauwarme Bewegung für ‚ethische Kultur‘“<sup>484</sup>. Spitta kritisierte auch die Abrüstungsbemühungen bei der Haager Friedenskonferenz 1899. Patriotismus war hingegen angesagt, „Ellbogenfreiheit nach allen Seiten hin“<sup>485</sup>, ein Patriotismus, der sich in der „Liebe zum Vaterland“ artikuliert und zu einem übersteigerten Nationalbewusstsein deformiert wird, wenn „sich das Vaterland zur Welt

---

fangen, bis endlich, endlich Alles (!) erfüllt ist, was ich soll.“ Spitta 1900, 252. Vgl. auch den Nachruf in den „Reden bei der Rektoratsübergabe am 25. April 1929“, 48.

<sup>475</sup> Spitta 1901. Auf Einladung des nationalliberalen Vereins in Mannheim hielt der Philosoph im Ballhausaal am 30. März 1901 eine Rede. Abgedruckt wurde eine erweiterte Fassung.

<sup>476</sup> Spitta 1901, 44.

<sup>477</sup> Spitta 1901, 32.

<sup>478</sup> Spitta 1901, 45.

<sup>479</sup> Spitta 1901, 35.

<sup>480</sup> Spitta 1901, 11.

<sup>481</sup> Spitta 1901, 17.

<sup>482</sup> Spitta 1901, 17.

<sup>483</sup> Spitta 1901, 37.

<sup>484</sup> Spitta 1901, 26. In der „Gesellschaft für ethische Kultur“ waren die Philosophen Jonas Cohn und Friedrich Wilhelm Foerster Mitglied.

<sup>485</sup> Spitta 1901, 27.



erweitert“, das „Vaterland zum Weltland“ wird.<sup>486</sup> Das deutsche Volk habe „unweigerlich“ das Recht, sich seinem inneren Wachstum entsprechend auszudehnen und sich seinen Teil zu nehmen, damit es lebe. Das Motto der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ erfährt bei Spitta eine eigenwillige christliche Umdeutung: „Freiheit“ bedeutet ihm „Freiheit von allem Schlechten, von gemeiner und niederträchtiger Gesinnung“, „Gleichheit“ hingegen sieht er als „Gleichheit mit Allen, welche redlich aufwärts streben, die ihr Bestes dahingeben für Andere“, und die „Brüderlichkeit“ weist Spitta zufolge auf die Fürsorge und Hilfe für die Schwächeren hin.<sup>487</sup> Der politische Anspruch der Französischen Revolution, die demokratischen Grundprinzipien einer modernen Gesellschaft, weist der Philosoph zurück. Er ist in der Monarchie, im Ständestaat verhaftet, dessen einzelne Glieder (soziale Schichten, Staaten des Deutschen Reiches) sich nur „gegenseitig besser kennen lernen“<sup>488</sup> und verstehen sollen.

Noch einmal griff Spitta öffentlich in die Politik ein. In einer Kriegssrede glorifizierte er am 4. März 1915 im großen Festsaal der Universität Tübingen den Heldentod „als Opfer für ein höheres Leben“<sup>489</sup>, ein „ehrentvoller, ruhmreicher“<sup>490</sup> Tod, als „sittliches Gut“<sup>491</sup>. Nur durch den „kategorischen Indikativ“ als Ergänzung zum kategorischen Imperativ könne jeder ein Held werden, denn er schließe ihm zufolge die Kette zum Individuum: Zum „Du sollst“ müsse der Indikativ „Ja, ich will! Ich will, was ich soll!“<sup>492</sup> hinzukommen. Am Heldentum wachse und hafte die Macht für das Vaterland, das die große deutsche Mission zu erfüllen habe: „dass an seinem Wesen noch einmal die Welt genesen soll.“<sup>493</sup> Die Pessimisten hingegen seien von allen inneren Feinden und Verrätern „weitaus die gefährlichsten“<sup>494</sup>. Nachdem sich Spitta zum 1. Oktober 1920 aufgrund der Einführung der Altersgrenze mit 71 Jahren pensionieren ließ, lebte er „still und zurückgezogen“<sup>495</sup> in seiner Wohnung in der Neckarhalde 31.<sup>496</sup>

Sein zehn Jahre jüngerer Kollege Konstantin Ritter<sup>497</sup> war im Hauptberuf Gymnasialprofessor. Seine wissenschaftlichen Studien galten nahe-

---

<sup>486</sup> Vgl. Spitta 1901, 35.

<sup>487</sup> Vgl. Spitta 1901, 40f.

<sup>488</sup> Spitta 1901, 31f.

<sup>489</sup> Spitta 1915, 12.

<sup>490</sup> Spitta 1915, 20.

<sup>491</sup> Spitta 1915, 21.

<sup>492</sup> Spitta 1915, 24.

<sup>493</sup> Spitta 1915, 24.

<sup>494</sup> Spitta 1915, 26.

<sup>495</sup> So jedenfalls heißt es im Nachruf der Tübinger Chronik. Spitta starb 79-jährig am 8. Februar 1929. Vgl. Tübinger Chronik, 11. Februar 1929.

<sup>496</sup> Das Haus kaufte 1929 Theodor Haering.

<sup>497</sup> Der Pfarrerssohn Heinrich Gottlob Konstantin Ritter wurde 1859 in Rutesheim geboren. Er besuchte das Gymnasium in Heilbronn, verbrachte seine Seminarjahre in

zu ausschließlich Platon, die „Hauptstärke“ lag auf philologischem, weniger auf philosophischem Gebiet.<sup>498</sup> Politisch ließ sich Ritter durch seinen Blaubeurer Lehrer Karl Christian Planck<sup>499</sup> anregen, der in seiner staatspolitischen Schrift *Reformen* forderte. Auch seine Zusammenarbeit mit dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Gustav Siegle lassen politisch nationalliberale Einstellungen vermuten. Seit 1903 war Ritter zwar in der Nationalliberalen Partei<sup>500</sup> einge-

---

Maulbronn und Blaubeuren, lebte danach im Tübinger Stift, studierte von 1877 bis 1881 bei Christoph Sigwart und Erwin Rohde Klassische Philologie und schloss seine Promotion 1883 über die Quintilianischen Deklamationen mit „Cum laude“ ab. Bis 1888 war Ritter Repetent am Tübinger Stift. Nach einer Hauslehrertätigkeit heuerte er beim Stuttgarter Großindustriellen und Reichstagsabgeordneten Gustav Siegle als Privatsekretär an. Vgl. UAT 126/541 (Personalakte Konstantin Ritter); Tilitzki 2002, 69, Anmerkung 109. Siegle produzierte Farben und Lacke, vereinigte seine Firma 1873 mit der BASF, löste sie jedoch 1889 wieder heraus und baute eine neue Farbenfabrik in Stuttgart. Er engagierte sich sozial, ließ ein Krankenhaus bauen, unterstützte den Bau von Arbeitersiedlungen und die Gründung von Arbeitervereinen. Von 1887 bis 1898 saß Siegle für die Nationalliberalen im Berliner Reichstag. Vgl. <http://www.stuttgart.de/item/show/201235>; [http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav\\_Siegle](http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Siegle). Ritter kam im Herbst 1888 nach Berlin zu Siegle, er blieb Privatsekretär bis 1893. 1894 ging er als Gymnasiallehrer nach Ellwangen, wurde dort 1897 Professor, ließ sich 1903 jedoch nach Tübingen versetzen, um dort auch wissenschaftlich arbeiten zu können. Er habilitierte sich im folgenden Jahr mit einer Arbeit über Platons Dialoge und hielt seine öffentliche Probevorlesung über das Thema „Das Problem der Willensfreiheit“ (Vgl. UAT 126/541; Personalakte Konstantin Ritter). Seit Wintersemester 1904/05 Privatdozent, erhielt Ritter 1909 einen Lehrauftrag für Gymnasialpädagogik. 1911 stellte die Philosophische Fakultät den Antrag, Ritter den Titel eines außerordentlichen Professors zu verleihen. Das Ministerium sperrte sich, da Ritter bereits in seinem Hauptberuf Professor sei, doch die Fakultät holte bei einigen Universitäten im Reich Erkundigungen ein, wie sie es mit ihren Gymnasialprofessoren halten. Im Juni 1916 wurde Ritter schließlich der Titel und Rang eines Ordentlichen Honorarprofessors verliehen. (Vgl. den Vorgang in: UAT 126/541, Personalakte Konstantin Ritter; UAT 131/61a). 1925 schied Ritter aus dem Schuldienst aus, bot jedoch noch weiterhin Vorlesungen und Seminare an der Universität an.

<sup>498</sup> Vgl. UAT 126/541 (Personalakte Konstantin Ritter).

<sup>499</sup> Karl Christian Planck (1819 – 1880) sah das Ideal einer gesellschaftlichen Schichtung in einem „Berufsstaat“. Er kritisierte die Individualisierung und die Vereinzelung, trat für ein organisch übergeordnetes Ganzes ein. Ausführlicher zu Planck: Siehe das Kapitel über Oesterreich.

<sup>500</sup> In ihrem Gründungsprogramm von 1867 sprachen sich die Nationalliberalen für „die Einheit Deutschlands zu Macht und Freiheit“ aus, strebten den Beitritt Süddeutschlands zum Norddeutschen Bund an, wollten den monarchischen Bundesstaat mit dem konstitutionellen Recht in Einklang bringen und traten für den Parlamentarismus ein, in Verbindung mit einem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht. Die parlamentarischen Staatsfunktionen sollten möglichst vollständig in den Reichstag verlegt werden, selbst der damals dominante preußische Landtag sollte hinter den Reichstag zurücktreten (Vgl. Gründungsprogramm der Nationalliberalen Partei, Juni 1867, in: Mommsen 1960, 147ff.). Im Jahre 1907 trat die Partei stark nationalistisch auf. Sie stand „unverbrüchlich“ zu Kaiser und Reich, stellte das Wohl des Vaterlandes über das der Partei, forderte Pflichtbewusstsein und Opferwilligkeit, Aufrechterhaltung der Wehrkraft, eine Flotte zum Schutze des Landes und der überseeischen deutschen Interessen. Das beinhaltete auch eine „zielbewusste Fortführung der Kolonialpolitik“. Die Partei hatte sich auch den „Schutz des Deutschtums“ auf ihre Fahnen geschrieben und forderte nachdrücklich die „Unterstützung der deutschen Volksgenossen in der Ostmark gegen die national-polnische Gefahr“ (vgl. Ziele und Bestrebungen der Nationalliberalen Partei, Januar 1907, in: Mommsen 1960, 168ff.). In einer Erklärung zur Kriegszielfrage stellten die Nationalliberalen am 16.

schrieben und gehörte ihr bis zur Auflösung 1918 an.<sup>501</sup> Doch er war auch für kurze Zeit Mitglied der „Vaterlandspartei“, eine am 2. September 1917 von rechten ostpreußischen Politikern gegründete politische Vereinigung (darunter Wolfgang Kapp, der mit seinem Putsch gegen die Weimarer Republik im März 1920 scheiterte), die noch im letzten Kriegsjahr auf Sieg setzte, Blut, Eisen und deutsche Treue beschwor, dem Kaiser und Bismarck huldigte sowie anti-britische Ressentiments vertrat.<sup>502</sup>

Zu Beginn der Republik trat Ritter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei. Tilitzki schlussfolgert: „Für das langjährige Mitglied der Nationalliberalen Partei war das eine sehr bewusste Entscheidung, ‚nach links und nicht nach rechts hin Anschluss‘ zu suchen und die demokratische Staatsform nach westlichem Muster mit aufzubauen, weil sie Ritter allein geeignet schien, die ‚Selbstständigkeit‘ der Staatsbürger zu sichern.“<sup>503</sup> Das mag auch ein Grund dafür sein, dass Tilitzki den Tübinger Philosophen in die Reihe der Liberalen rückt.

Doch Tilitzki berücksichtigt nicht, aus welcher politischen Richtung Ritter vorher kam. Aus Sicht der „Vaterlandspartei“ liegt die DDP, in die Ritter zu Beginn der Weimarer Republik eintrat<sup>504</sup>, durchaus „links“. Überdies ist von einer „demokratischen Staatsform nach westlichem Muster“ bei Ritter nicht die Rede. Der Philosoph kritisiert „die unklar abstrakte Freiheitsschwärmerei mächtiger Parteien der Gegenwart“<sup>505</sup> und begrüßt nicht gerade überschwänglich die Weimarer Republik. Er nimmt sie eher hin und konstatiert: „Und wenn die neue demokratische Form in den Gemütern befestigt werden soll, so muss die Regierung darauf Bedacht nehmen, auch Ordnungen einzurichten, die geeignet sind, die Selbstständigkeit der Bürger des Staates zu sichern sowohl durch Schaffung günstiger Bedingungen zur Begründung einer unabhängigen Lebensstellung als durch Fürsorge für die Ent-

---

Mai 1915 fest, das im Westen eroberte Gebiet politisch, militärisch und wirtschaftlich an das Reich anzugliedern und im Osten neues Siedlungsland zu erwerben. Der überseeische Besitz solle „endlich“ im Umfang und Gestaltung der deutschen Interessen „als Welthandelsvolk“ entsprechend ausgebaut werden. Das bisherige Kolonialreich müsse erhalten bleiben (vgl. Erklärung zur Kriegszielfrage der Nationalliberalen Partei vom 16. Mai 1915, in: Mommsen 1960, 414).

<sup>501</sup> Vgl. den Fragebogen von 1933 in: UAT 126/541 (Personalakte Konstantin Ritter). Der Fragebogen hat kein Datum, Ritter hat ihn jedoch nach dem 30. Januar 1933 ausgefüllt.

<sup>502</sup> Vgl. den Aufruf vom 2. September 1917 in: Mommsen, 1960, 417ff.

<sup>503</sup> Tilitzki 2002, 69. Tilitzki zitiert hier aus Ritters 1919 erschienenem Werk zur Schulreform in der neuen Republik.

<sup>504</sup> Wie lange Ritter in der DDP Mitglied war, ist nicht ersichtlich. Bis zum Ende der Republik jedenfalls war er jahrelang in keiner Partei mehr Mitglied. Vgl. den Fragebogen, in: UAT 126/541 (Personalakte Konstantin Ritter).

<sup>505</sup> Ritter 1919, 64.

wicklung der geistigen Anlagen eines jeden, der emsig und ehrlich nach vorwärts und oben strebt.“<sup>506</sup>

Es fällt auf, dass Ritter auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit und auf die Bildungschancen eines jeden abhebt.<sup>507</sup> Von den eine Demokratie begründenden Prinzipien ist nicht die Rede. Zwar fordert er, die neue Ordnung der Schule müsse an die neue Form des staatlichen Lebens angepasst werden – „sie soll demokratisch sein“<sup>508</sup> und den bisherigen aristokratischen Geist ablösen, der die Unterschiede befestigt habe. Doch politische Mündigkeit, Mitsprache, differenziertes und kompetentes Urteilen, die „Erziehung“ zu Demokraten, die Vermittlung von Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen, von demokratischen Werten und Verhaltensweisen, die Stärkung des Individuums durch emanzipatorische oder partizipatorische Elemente sowie die damals ebenfalls stark diskutierten „Kinderrechte“ kommen bei Ritter nicht vor. „Bildung“ vollzieht sich bei ihm in erster Linie „klassisch“. Gegen die damals ins Feld geführte „Einheitsschule“ argumentierend vertrat Ritter nur marginal reformpädagogische Ansätze. Die Schularten wollte er erhalten, nach einer „Begabtenprüfung“ sollten die Kinder auf die jeweilige Schulart verteilt werden. In neu geschaffenen „Schülerheimen“ sollten sie kostenlos oder billig unterkommen,<sup>509</sup> weder klösterlicher Zwang noch militärischer Drill, weder leidiges Dressieren noch Einpauken sollten dort herrschen.<sup>510</sup>

Der erste und „vornehmste Zweck“ der Schulen ist laut Ritter, die Anlagen des Kindes zu entwickeln, alle Kräfte seines Geistes, Auffassung, Gedächtnis, Verstand, Phantasie durch Übung an geeigneten Stoffen zu stärken, zugleich aber auch das Gemüt des Kindes zu befriedigen und seine Strebungen in den rechten Bahnen zu halten, um einen „sittlichen Charakter“ auszubilden. Dazu gehört auch die Entwicklung körperlicher Anlagen und Kräfte. Ziel ist, „Ertüchtigung zu den höchsten Leistungen durch harmonische und möglichst weit getriebene Ausbildung.“<sup>511</sup>

Gegen eine generelle Abschaffung des Schulgeldes räumt der Philosoph den „Allertüchtigsten“ – gleich, welcher sozialen Herkunft – jedoch „Freiplätze“ ein, für „Eifer“ der Schüler gesteht er den Eltern

---

<sup>506</sup> Ritter 1919, 5.

<sup>507</sup> Auch die für das Volk vorteilhafte Bodenreform, wie sie Adolf Damaschke verfolgt hat, billigte Ritter. Vgl. Ritter 1919, 6.

<sup>508</sup> Ritter 1919, 9.

<sup>509</sup> Ritter 1919, 89.

<sup>510</sup> Ritter setzte auf natürliche Begabung, Gedächtnistreue, Schnelligkeit, Sicherheit der Auffassung, geistige Spannkraft und Lebhaftigkeit, Gewecktheit und Urteilsfähigkeit. Vgl. Ritter 1919, 92.

<sup>511</sup> Ritter 1919, 11.

„gewisse Beihilfen“ zu.<sup>512</sup> In den Mittelpunkt des Unterrichts aller Schulen – Ritter streitet für die Beibehaltung des Gymnasiums und für die Einrichtung von Begabenschulen – stellt Ritter die Heimatkunde, den Deutschunterricht, „überhaupt die Berücksichtigung deutschen Wesens in vollem Umfang“<sup>513</sup>. So könne der Deutschunterricht viel fruchtbarer gestaltet werden, wenn die Lehrer mit den Schülern etwa Kunstdenkmäler besichtigen und besprechen oder ihre Eleven über Volksbräuche belehren würden.<sup>514</sup> Denn Ritter machte ein „starkes Vaterlandsgefühl“ als „beschämendsten Mangel“<sup>515</sup> beim deutschen Volke aus.

Der Denker des klassischen Altertums sprach sich auch für die „Eindämmung“ und „Zurückschraubung“ der Mathematik- und Französischstunden an den Gymnasien aus. Die dadurch frei werdende Zeit sollte der Natur- und Heimatkunde gewidmet, die meisten Stunden jedoch sollten dem Griechischen zugeschlagen werden.<sup>516</sup> Mit dem Hamburger sozialdemokratisch orientierten Philosophen William Stern sah auch Ritter die damalige Pädagogik noch in den Kinderschuhen. Sie müsse wissenschaftlich ausgebaut werden, auch Lehrern verordnete er Wiederholungs- und Fortbildungskurse. Eine allein seligmachende Pädagogik gebe es aber nicht, so Ritter. Die wichtigsten Antriebe des Lehrers seien die „Liebe zur Jugend“ sowie „hohe Ideale“<sup>517</sup>. Er forderte eine „Jugendkunde“, mit Platon sah er die Pädagogik als „Sämann“ und „Gärtner“<sup>518</sup>.

Ritters politische Überzeugungen sind stark von seinem Bild des antiken griechischen Verständnisses der „Tüchtigkeit“ und „Sittlichkeit“ geprägt, eine soziale Mobilität forderte Ritter nicht.<sup>519</sup> Fördern wollte er „das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit und das gegenseitige Bedingensein durch einander zwischen den Angehörigen der verschiedenen Klassen und Berufsabteilungen der Bevölkerung“<sup>520</sup>. Vorzüglichstes Mittel dazu seien regelmäßig veranstaltete Feste, nach dem Vorbild Platons.

---

<sup>512</sup> Ritter 1919, 19.

<sup>513</sup> Ritter 1919, 28.

<sup>514</sup> Ebenso wichtig erschien Ritter die Vermittlung des Nibelungenliedes und die Lieder von Walther von der Vogelweide. Vgl. Ritter 1919, 35.

<sup>515</sup> Ritter 1919, 47.

<sup>516</sup> Ritter 1919, 87.

<sup>517</sup> Ritter 1919, 117.

<sup>518</sup> Ritter 1919, 112.

<sup>519</sup> Jeder solle an den Platz, der ihm gebührt. Dieses Credo vertritt Ritter auch in seinen Vorträgen. Die wichtigste Aufgabe des „Staatsleiters“ ist laut Ritter die Erziehung der Bürger zur Sittlichkeit. Vgl. Ritter 1933, 56ff.

<sup>520</sup> Ritter 1919, 135; Ritter 1933, 73.

Ebenfalls an Platon orientiert sich der Philosoph bei der Bestimmung des Unterrichtsministers und zeigt sich gleichzeitig als Gegner der Frauenemanzipation. Der Unterrichtsminister soll der „würdigste“ und „tüchtigste“, sittlich tadellos, mindestens 50 Jahre alt und selbst Vater sein. „Beschämend“ seien hingegen solche Unterrichtsminister wie der Berliner Adolf Hoffmann oder „das Weib“<sup>521</sup> aus Braunschweig.

Ritter saß jedoch auch im Vorstand der Tübinger Ortsgruppe der „Deutschen Kolonialgesellschaft“<sup>522</sup>, die nach dem Ersten Weltkrieg das Recht auf Kolonien einforderte,<sup>523</sup> er war Ortsgruppenleiter des Tübinger Vereins der Auslandsdeutschen und Mitglied im Bund für Vogelschutz.<sup>524</sup> Politisch entzieht sich Ritter allen damaligen Parteien. Verbindungsglied zur DDP, der er angehörte, war wohl das Nationale.

## A. Erich Adickes: „Zwangsarbeit“ für Kant

Tilitzki stuft Erich Adickes in die Kategorie „Deutschnationale und völkische Rechte“ ein<sup>525</sup>, eine Charakterisierung, die einer Richtigstellung und auch einer feineren Justierung bedarf. Hinweise auf Parteimitgliedschaft oder Parteipräferenzen bei Wahlen liegen für Adickes nicht vor. Als Nachfolger von Christoph von Sigwart (1830 – 1904)

---

<sup>521</sup> Ritter 1919, 143, Anmerkung 1. „Das Weib“ muss die Unterrichtsministerin Minna Faßhauer (1875 – 1949) gewesen sein. Sie war in der Sozialistischen Republik Braunschweig vom 10. November 1918 bis zum 22. Februar 1919 für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) Volkskommissarin für Volksbildung. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Minna\\_Fa%C3%9Fhauer](http://de.wikipedia.org/wiki/Minna_Fa%C3%9Fhauer).

<sup>522</sup> Kotowski 1999, 179. Während der Weimarer Republik hat Kotowski zwei Kolonialkundgebungen gezählt, am 10. Juli 1924 und am 22. Mai 1931. Im Tübinger Lehrkörper hatte die koloniale Frage einen hohen Stellenwert. Vgl. Kotowski 1999, 99f.

<sup>523</sup> Das Recht auf Kolonien wurde auch mit der bedrückenden Not der deutschen Bevölkerung nach dem verlorenen Krieg begründet. Die Deutschen sollten zu „erschwinglichen Preisen“ koloniale Erzeugnisse erhalten, die für ausreichende Ernährung, Kleidung und für eine lohnende Beschäftigung der deutschen Arbeitnehmer unentbehrlich seien, heißt es in einem Aufruf zur Unterschriftensammlung. Ihn haben neben Ritter auch andere Tübinger Professoren unterzeichnet, wie etwa Karl Bohnerberger, Philalethis Kuhn, Eugen Nägele, Otto Scheel und Carl Uhlig. Aber auch der Rechtsanwalt Simon Hayum, der Bezirksnotar, Landtagsabgeordnete und spätere Oberbürgermeister von Tübingen Adolf Scheef haben den Aufruf unterzeichnet. Vgl. Tübinger Chronik, 30. Januar 1919. „Gegen den Raub der deutschen Kolonien“ wandten sich etwa auch die Württembergische Zentrumsparlei, die Deutsche Demokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei. Vgl. Anzeige zur Veranstaltung im Tübinger Museum, Tübinger Chronik, 5. Februar 1919.

<sup>524</sup> Vgl. Nachruf auf den an den Folgen eines Schlaganfalls am 16. April 1936 verstorbenen Ritter, in: Tübinger Chronik, 18. April 1936.

<sup>525</sup> In diese Kategorie stuft Tilitzki auch etwa Bauch, Schwarz und Wundt ein. Zur Begründung führt er an, Adickes sei vor 1914 gegen die „Negationsparlei“ der Sozialdemokraten ausfällig geworden und habe 1924 das Kant-Jubiläum genutzt, um an den sittlichen Idealismus der kantischen Philosophie zu erinnern, der in den Befreiungskriegen eine siegreiche Erhebung gegen die Okkupanten inspiriert habe. Vgl. Tilitzki 2002, 57.

wurde er 1904 nach Tübingen berufen.<sup>526</sup> Der in einem alt-lutherischem Elternhaus<sup>527</sup> aufgewachsene Richtersohn wollte zunächst Pfarrer werden, streifte jedoch seinen streng religiösen Glauben während seiner Studentenzeit ab und wandte sich der wissenschaftlichen Philosophie zu.<sup>528</sup> „Erkenntnistheoretiker mit Leib und Seele“<sup>529</sup>, stellte sich Adickes gegen Materialismus, Naturalismus, Positivismus, Pragmatismus, Psychologismus, Dualismus, Spiritualismus, Theogonie und Theosophie. Von Kant übernahm er den erkenntnistheoretischen Idealismus-Phänomenalismus, wonach die Erfahrungswelt bloßen Erscheinungscharakter besitze, über die hinauszukommen wissenschaftlich unmöglich sei. Transzendente Aussagen darüber seien nicht mehr als subjektiver Glaube. Adickes verfocht auf wissenschaftlichem Gebiet einen empiristischen Standpunkt – „mit einem Minimum von Apriori“<sup>530</sup>. Die Empfindungen als das einzig primär Gegebene und der Ausgangspunkt aller Wissenschaft erschließen zunächst die körperliche Außenwelt, der Geist ordnet, setzt in Beziehung, vereinheitlicht, kategorisiert, macht die Welt. Doch weder nimmt Adickes eine fertige Raum- oder eine Zeitanschauung an, noch sieht er die zwölf Kant’schen Kategorien als ursprünglich gegeben. Sein „Minimum an

---

<sup>526</sup> Adickes stand auf der Vorschlagsliste hinter den beiden als gleichwertig erachteten Dozenten Benno Erismann (Bonn) und Rudolf Eucken (Jena) an zweiter Stelle. Hinter ihm waren Ludwig Busse (Königsberg) und Hermann Ebbinghaus (Breslau). Der evangelische Theologe Johannes Gottschick sprach sich in einem Separatvotum für den Psychologen und Philosophen Oswald Külpe (Würzburg) aus. Vgl. UAT 126/2 (Personalakte Erich Adickes).

<sup>527</sup> Der Vater Wilhelm Dieter Adickes war seit 1852 in Lesum Amtsrichter, erhielt vom Volk den Beinamen „Friedensrichter“ und gehörte einer angesehenen friesischen Familie an, die Mutter Theodore (geborene Chappuzeau) kam aus einer französischen Hugenottenfamilie, die seit 1682 in Deutschland heimisch war. Beide Elternteile lebten ihren Glauben auf altlutherisch-orthodoxer Grundlage. Vgl. Adickes 1921, 1f.

<sup>528</sup> Der in Lesum bei Bremen am 29. Juni 1866 geborene Erich Adickes hatte sich in Tübingen für das Sommersemester 1884 zwar für Theologie eingeschrieben, hörte aber auch Vorlesungen über Philosophie und Geschichte. Insbesondere der Alttestamentler Emil Kautzsch (1841 – 1910) machte auf den Studenten großen Eindruck, da er die Bibel nach denselben wissenschaftlichen Grundsätzen behandelte wie andere Werke der Literatur. Der „Zersetzungsprozess“ seines orthodoxen Theismus‘ setzte sich bei Adickes durch die Lektüre der „Geschichte des Materialismus“ des Neukantianers Friedrich Albert Lange (1828 – 1875) und Kants „Kritik der reinen Vernunft“ fort. 1885 wechselte Adickes nach Berlin und studierte bei Friedrich Paulsen (1846 – 1908). Adickes wandelte sich zum Pantheisten, ohne jedoch Gegner des Christentums zu werden. Nach dem breit angelegten Studium (Theologie, Philosophie, Geschichte, Geografie, Hebräisch, Deutsch) in Tübingen (SS 1884 – SS 1885) und Berlin (SS 1885 bis zum Herbst 1887) schrieb Adickes seine Dissertation über „Kants Systematik als systembildender Faktor“ und wurde am 14. Mai 1887 promoviert. Er legte seine Lehramtsprüfung Ende November 1887, seine Ergänzungsprüfungen 1890 und 1891 ab, war von 1890 bis 1891 zunächst Hilfslehrer in Barmen-Wupperfeld, danach bis 1902 Oberlehrer in Kiel. Dort habilitierte sich Adickes am 26. Oktober 1895 und wurde am 9. Mai 1898 zum Ordinarius ernannt. Von Oktober 1902 bis September 1904 war der Philosoph Ordinarius in Münster, vom SS 1904 an Ordinarius in Tübingen. Vgl. Adickes 1921, 2ff.; UAT 40/2, 89; UAT 126/2 (Personalakte Erich Adickes).

<sup>529</sup> Adickes 1921, 8.

<sup>530</sup> Adickes 1921, 12.

Apriori“ lässt lediglich eine „Raumfunktion“, eine „psychische Veränderungsfähigkeit in Verbindung mit der Identität des Selbstbewusstseins“<sup>531</sup> sowie eine ursprüngliche Verstandesfunktion von Synthesis und Analysis zu. Diese Grundfunktionen des Geistes haben sich Adickes zufolge in der Geschichte des Geistes immer weiter entfaltet, differenziert und spezialisiert. Das „Ding an sich“ ist „unentbehrlich“<sup>532</sup>, wir können es nie erkennen. Einen „Fortschritt“ gibt es nur in der Wissenschaft. Nach dem Prinzip der Falsifikation werden unsichere und falsche Aussagen eliminiert, „ewige Wahrheiten“ in Wissenschaft, insbesondere aber in der Philosophie und auch in der Ethik, akzeptiert „der nie findende Wahrheitssucher“<sup>533</sup>, der Agnostiker und erkenntnistheoretische Idealist Adickes nicht.<sup>534</sup>

Adickes war aber auch Determinist und (Entwicklungs-)Pantheist<sup>535</sup>. Beim Leib-Seele-Problem vertrat er einen psychophysischen Parallelismus, der eine Wechselwirkung zwischen Körper und Geist ausschloss. In der Ethik verfocht er einen Eudämonismus. Er ist davon überzeugt, dass im Universum Sinn und Vernunft walten. Die Erziehung des einzelnen und der Völker hat das Ziel der Versittlichung, das Böse werde immer mehr verdrängt. Unentbehrliche Mittel der moralischen Selbsterziehung sind das Sollen, die Norm, die Pflicht, die Askese. Da der Mensch einen natürlichen Drang zum Guten habe, sei der kategorische Imperativ unnötig. Die Versittlichung ist ein gesetzmäßig verlaufender Naturprozess.<sup>536</sup>

Wissen und Glauben, Wissenschaft sowie Metaphysik und Religion suchte Adickes streng voneinander zu trennen. Metaphysik und Religion gehören für ihn zur „Weltanschauung“, nicht zur Wissenschaft. Sie sind geprägt etwa durch Herz, Gemüt und Charakter.<sup>537</sup> In der Metaphysik seien seit Platon und den Stoikern keine neuen Erkenntnisse hinzugekommen. Sie erwachse aus dem Inneren der Persönlichkeit, sie sei – wie auch die religiöse Einstellung – subjektiv. In seiner Tübinger Antrittsvorlesung sucht Adickes den Zusammenhang zwischen Charakter und Weltanschauung zu begründen, der Charakter eines Menschen bestimmt ihm zufolge die „Weltanschauung“.<sup>538</sup> Zwar bean-

---

<sup>531</sup> Adickes 1921, 12.

<sup>532</sup> Adickes 1921, 15.

<sup>533</sup> Adickes 1905, 19.

<sup>534</sup> Vgl. Adickes 1904a, 338.

<sup>535</sup> Auch sein Berliner Lehrer Friedrich Paulsen bekannte sich zum Pantheismus.

<sup>536</sup> Vgl. Adickes 1921, 25.

<sup>537</sup> Adickes 1904b, 54. So kann es ihm zufolge eine Metaphysik als Wissenschaft nur als Geschichte der Metaphysik geben, denn sämtliche metaphysische Fragen wurden bereits beantwortet. Vgl. Adickes 1905, 2.

<sup>538</sup> Das Thema „Charakter und Weltanschauung“ hat Wilhelm Dilthey in seinem 1911 erschienenen Werk „Die Typen der Weltanschauungen“ ebenfalls bearbeitet. Nach Adickes spiele bei der Entwicklung des Charakters die Genetik höchstens indi-



spruchte Adickes für seinen persönlichen Glauben objektive Geltung, doch fehlte ihm jegliche Unduldsamkeit, jede Bekehrungssucht, er bekennt sich zur Glaubensvielfalt. Adickes' empiristische Wissenschaftsauffassung, seine pantheistische Frömmigkeit, sein Glaube an das Gute und sein (pietistisch durchdrungener) Pflichtbegriff blieben spätestens seit der Wende zum 20. Jahrhundert bis zu seinem Tode 1928 für ihn bestimmend.

Nachdem der Philosoph 1892 begann, eine Kantbibliographie von über 600 Seiten zu verfassen<sup>539</sup>, gewann Wilhelm Dilthey als Vorsitzender der Kantkommission ihn von 1896 an für die Herausgabe des handschriftlichen Kant-Nachlasses. Eine Arbeit, der sich Adickes akribisch verschrieb, die ihn für Jahrzehnte vollkommen aus-, ja nahezu überlastete. Der Philosoph beschaffte sich große Teile der Originaldokumente und arbeitete sie historisch-kritisch und philologisch durch, befasste sich auch mit den Naturwissenschaften, wie sie zu Zeiten Kants im 18. Jahrhundert gelehrt wurden. Von 1911 bis 1928 erschienen fünf Bände zum handschriftlichen Nachlass Kants, drei Bände standen noch aus<sup>540</sup>, als Adickes 1928 starb.<sup>541</sup> Adickes war Paul Menzer zufolge „der größ-

---

viduell eine Rolle, einen größeren Einfluss aber hätten Zeit und Ort. Das „eigentlich Richtung-Gebende“ jedoch seien psychische Zusammenhänge im Innersten der Persönlichkeit, die sich als ein „Sollen“ aufdrängen und zur Entfaltung kommen wollen. Die sich entwickelnde Persönlichkeit gehorcht einem „inneren Zwang, der mit wahrer Freiheit identisch ist“. Ziel ist das autonome Individuum, im Gegensatz zum heteronomen, das sich der Autorität blind unterwerfe und geistig unselbstständig bleibe. Die „Heteronomen“ unterteilt Adickes in drei Unterarten, er findet sie sowohl bei den Orthodoxen und Konservativen als auch bei den „Radikalsten der Radikalen“, ob im Protestantenverein, bei der „allein selig machenden Kirche“, im Anarchistenclub oder in der staaterhaltenden Partei. Der Charakter bedingt schließlich die „Weltanschauung“, das „Weltbild“, und die Zahl der Menschentypen ist identisch mit der Zahl der wichtigsten unterschiedlichen metaphysischen und religiösen Antworten. Wie bei Max Weber kommen diese „Typen“ nie rein und unvermischt vor. Vgl. Adickes, 1905. Der Philosoph schließt sich mit seiner Schlussfolgerung Fichte an. Er postuliert in seinem Werk „Erste Einleitung in die Wissenschaftslehre“ den Zusammenhang zwischen Charakter und Philosophie: „Was für eine Philosophie man wähle, hängt sonach davon ab, was man für ein Mensch ist.“ Diesen Satz stellt Adickes auch seiner „Selbstdarstellung“ voran. Vgl. Adickes 1921, 1. Sein Credo findet sich ebenfalls in seinem 1924 gehaltenen Vortrag zu Kants 200. Geburtstag in Königsberg, wo er die Persönlichkeit auch mit der Philosophie verbindet: „In Wirklichkeit ist jede Philosophie, vor allem jede Weltanschauung, auf das engste mit der Persönlichkeit des Denkers verbunden und von ihr abhängig, wie diese sich aus ursprünglicher Anlage in Wechselwirkung mit den geistigen Strömungen (dem Zeitgeist) sowie inneren und äußeren Erlebnissen entwickelt. Aus **ihr** [Hervorhebung von Adickes] erwächst das philosophische System mit innerer organischer Notwendigkeit, wie das Kunstwerk aus der Seele des Künstlers.“ Vgl. Adickes 1924a, 180.

<sup>539</sup> Bis zum Todesjahr Kants im Jahr 1804 trug Adickes 2.832 Buchtitel mit inhaltlichen Auszügen zusammen. Später erweiterte er den Bestand um weitere 1.400 Titel. Vgl. Liebert 1928, 4.

<sup>540</sup> Vgl. Menzer 1928, 370.

<sup>541</sup> Der unerwartet frühe Tod von Adickes stellte die Universität Tübingen vor das große Problem, die Originaldokumente wieder an die Preußische Akademie der Wissenschaften sowie an die Universitäten Dorpat und Königsberg zurückzugeben. Erst 1935 war die Sichtung und Rückgabe der von Adickes entliehenen Handschriften abgeschlossen. Betraut waren auf Tübinger Seite zeitweise Friedrich Berger und

te Kantkenner der Gegenwart“, Menzer attestierte ihm „größte Exaktheit in der Benützung der Quellen“, eine „umfassende Kenntnis der zeitgenössischen Literatur“, ein „genaues Studium der erreichbaren Kantischen Briefe“. Der Tübinger Philosoph habe mit seiner Arbeit eine „exakte philologische Grundlage für die Verwertung“ etwa von Kants physischer Geographie geschaffen.<sup>542</sup> Kaum geringer war das Lob von Oesterreich und Liebert. Durch die „vorbildlich soliden Arbeiten“<sup>543</sup> sei Adickes „ein hervorragender Vertreter des von Kant gerühmten „Geistes der Gründlichkeit in Deutschland“<sup>544</sup> gewesen. Die historisch-kritischen Untersuchungen seien ein „Muster an Zuverlässigkeit und Sorgfalt“, eine „unentbehrliche Grundlage für das Verständnis und die Deutung Kants“<sup>545</sup>.

Der Philosoph spürte eine große Bürde, die er mit der Aufarbeitung des handschriftlichen Kant-Nachlasses auf sich genommen hatte. Diese Tätigkeit sei ein „harter, entsagungsvoller Frondienst“<sup>546</sup> gewesen, eine „Zwangsarbeit“<sup>547</sup>, zu der er sich selbst verurteilt und die ihm „keine innere Freude“ bereitet habe. Sein durch den Pietismus begründetes Pflichtbewusstsein nötigte ihm diese Arbeit jedoch ab. Zu den wichtigsten Werken über Kants Nachlass gehören das „Opus postumum“<sup>548</sup>, das zweibändige Werk „Kant als Naturforscher“<sup>549</sup> sowie „Kants Lehre über die doppelte Affektion unseres Ich“<sup>550</sup>.

---

Helmut Groos, involviert war auch der Sohn Franz Adickes. Der Abgleich der Inventarisierungen verursachte erheblichen Aufwand und offenbarte (scheinbare) empfindliche Lücken, hatte Adickes doch bereits eine große Zahl an Originalstücken bei sich. Nachdem Eduard Spranger 1934 Vorsitzender der Kant-Kommission wurde, ließ er im April 1935 die Bibliothek der Akademie der Wissenschaften durchsuchen. Tatsächlich fand sich im Tresor ein Paket, das seit 1922 dort lagerte und die meisten vermissten Schriften enthielt. Der Tübinger Bibliotheksdirektor Georg Leyh war außer sich und schickte eine geharnischte Notiz an seinen Königsberger Kollegen Carl Diesch: „Diese unglaubliche Berliner Schlamperei hat uns hier wochenlange Arbeit verursacht.“ Der gesamte Vorgang ist festgehalten in: UAT 167/283.

<sup>542</sup> So Menzer, seit 1924 Mit-Herausgeber der Kant-Studien, in seinem Nachruf 1928. Menzer 1928, 369.

<sup>543</sup> Oesterreich 1923a, 364.

<sup>544</sup> Liebert 1928, 3.

<sup>545</sup> Liebert 1928, 5.

<sup>546</sup> Im Vorwort zum 1. Band des handschriftlichen Nachlasses, zitiert nach Liebert 1928, 5.

<sup>547</sup> Adickes 1921, 27.

<sup>548</sup> Das 1920, als Ergänzungsheft Nr. 50 der Kant-Studien erschienene, 855 Seiten starke Buch war von Adickes ursprünglich auf 30 Seiten (!) angelegt. Adickes ordnet darin die Chronologie im Kant'schen Alterswerk (1796 – 1803) und urteilt, es könne keine Rede davon sein, dass das Opus postumum im ganzen oder wenigstens in seinen späteren Teilen einen pathologischen Charakter trage und darum nicht ernst zu nehmen sei. Kant wurde in seinen letzten Lebensjahren Senilität vorgeworfen. Vgl. Adickes 1920, 854.

<sup>549</sup> Zwischen den Extremen „Kant als genialen Naturforscher“ und „Kant, der Dilettant“ lassen die eigenen Forschungen Adickes den Schluss ziehen, Kant als „Naturphilosophen“ einzustufen. Denn als „Naturforscher“ sei Kant doch zu laienhaft gewesen. Experimente habe er nie gemacht, nur in der Jugend. Kant gingen „in hohem Maße“ die Fähigkeiten ab, die große Naturwissenschaftler auszeichneten. Man dürfe

Doch über die Kantauffassung von Adickes sei die Geschichte bereits zu Lebzeiten des Philosophen hinweggegangen, kritisierte etwa Liebert, einigen Philosophen galt sie als „veraltet“<sup>551</sup>. Hauptgrund war Adickes' Festhalten an einer konsequent kritisch-historischen Lesart des Königsbergers. Adickes wollte Kant so darstellen, wie er war, ihn ausschließlich in der Zeit verstehen, die ihn und die er geprägt hat. Die „aktuell-systematische“ Verwertung sei die „Wurzel allen Übels“<sup>552</sup>, eine Verfälschung der Philosophie Kants, so Adickes. Mehrfach wandte sich der Tübinger Philosoph gegen jene Kollegen, die Kant umdeuteten, für die Gegenwart hinbogen, ja selbst unkantische Lehren und Tendenzen in ihn hineintrugen.<sup>553</sup> So bemängelte er an Fries und seiner Schule die überwiegend psychologische Deutung, an der Marburger Schule, dass bei ihr die Erkenntnistheorie zur Theorie der Erfahrung werde, und an Cohen, dass er Kants transzendentalen Idealismus zu einem absoluten Idealismus fortgebildet habe. Auch gegen Vaihingers Fiktionentheorie setzte sich Adickes zur Wehr, ebenso gegen seinen Lehrer Paulsen, der den Metaphysiker in Kant zu stark betont habe.<sup>554</sup>

Wie Adickes seine verbalen Hiebe gegen linke und liberale Neukantianer austeilte, so verwahrte er sich auch gegen Versuche, eine einheitliche Entwicklungslinie von Kant zu Hegel zu konstruieren, wie sie insbesondere von national-konservativen und national-völkischen Mitgliedern der Deutschen Philosophischen Gesellschaft vorgenommen wurden. Die Entwicklung sei nicht kontinuierlich, sondern sprunghaft, sagte er in seinem Vortrag zum 200. Geburtstag Kants. Die Annahme einer direkten Linie von der kritischen Philosophie zum spekulativen Idealismus sei keine rein historische Auffassung und Erforschung Kants.<sup>555</sup> So bot Adickes in seinem Vortrag zum Kant-Jubiläum 1924

---

nicht nach den aktuellen Maßstäben urteilen, Kants Chemie-, Physik- und Mathematikvorlesungen seien auf dem Stand der Gymnasien von 1924. Aufgrund des erforschten neuen Materials habe Kant laut Adickes auf den meisten naturwissenschaftlichen Gebieten „weit ausgebreitete Kenntnisse“ gehabt und erfasste etwa telurische und kosmische Zusammenhänge „größten Stils intuitiv“. Adickes würdigte die „außerordentliche Kraft der Synthese“ Kants, dessen „stark deduktiver Geist“ die Fähigkeit besaß, weit Entlegenes zusammen zuschauen, Ähnlichkeiten, Korrespondenzen sowie innere Verbindungen zu entdecken. Kant sei ein „wissenschaftliches Genie“ gewesen. Doch auf eine glückliche Intuition komme ein Dutzend verfehlter, willkürlicher Konstruktionen. Vgl. Adickes 1911, 195ff.; und Adickes 1924b, 72ff.

<sup>550</sup> Diese Lehre betrachtete Adickes als Schlüssel zur Erkenntnistheorie Kants. Danach lehrte Kant sowohl eine transzendente Affektion unseres Ich durch die Dinge an sich als auch eine empirische Affektion durch die Erscheinungen. Vgl. Adickes 1929a, 7.

<sup>551</sup> Liebert 1928, 8; Menzer 1928, 371.

<sup>552</sup> Adickes 1924a, 178.

<sup>553</sup> Etwa in seinem Vortrag zum 200. Geburtstag Kants in Königsberg am 22. April 1924. Vgl. Adickes 1924a, 171ff.

<sup>554</sup> Vgl. Adickes 1924a, 175.

<sup>555</sup> Vgl. Adickes 1924a, 183f.

an, in einer gemeinsamen Arbeit eine gemeinsame Grundlage für das historische Kantverständnis zu schaffen – „eine Art öffentlicher Diskussion“, in der sich die unterschiedlichen Richtungen einbringen sollten, „um von den anderen zu lernen, und mit dem festen Willen zu gegenseitiger Annäherung“<sup>556</sup>. Denn das philosophische Allgemeininteresse sei groß, die Philosophie beginne, wieder eine Kulturmacht zu werden. In ihr sehe man „den geistigen Führer in der Zerfahrenheit der Zeit“<sup>557</sup>. Von ihr erwarte man daher einen letzten systematischen Abschluss in Welt- und Lebensanschauungsfragen. Als Organ für den öffentlichen Diskurs sollten die Beihefte der Kantstudien dienen.

Wollte der Tübinger Philosoph in Sachen Kant seine Kollegen zusammen- und einen Ausgleich herbeiführen, so konnte Adickes hart und unversöhnlich jenen gegenüber polemisieren, die ihm zufolge wissenschaftlich unhaltbare Standpunkte vertraten oder unredlich und oberflächlich Wissenschaft betrieben. Gegen die Intuition als methodisch zu verwertende Erkenntnisquelle erhob er massiven Einspruch.<sup>558</sup> Auch kritisierte Adickes den Monisten, Darwinisten und Evolutionstheoretiker Ernst Haeckel (1834 – 1919) wegen dessen Materialismus, „der mit aller Strenge als Höhepunkt der Absurdität erwiesen und widerlegt werden“<sup>559</sup> könne. In zwei Schriften wandte er sich gegen Matthias Kappes (1861 – 1925), gegen den er einen massiven Plagiatsvorwurf in dessen Werk „Abriss der Psychologie“ erhob. Kappes habe das Plagieren „handwerksmäßig“ betrieben und mindestens ein Fünftel (14 Seiten) aus Wilhelm Wundts „Grundzügen der physiologischen Psychologie“ abgeschrieben. Die Stellen wies Adickes Kappes dezidiert nach.<sup>560</sup> Auch gegen den „Dilettantismus“ in Houston Stewart Chamberlains Kant-Werk von 1905 zog Adickes zu Felde.<sup>561</sup> Er sah dessen Buch mit „schweren pädagogischen Mängeln behaftet“<sup>562</sup>, kritisierte die Ungenauigkeit und Unzuverlässigkeit der Arbeit, die unhaltbare aktuelle Verwertung Kants sowie die mangelhafte Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit.

Adickes konnte jedoch zwischen der Person und dessen Werk sehr gut unterscheiden. Maßvoll polemisch tritt er zwar gegenüber der „Als-

---

<sup>556</sup> Adickes 1924a, 188.

<sup>557</sup> Adickes 1924a, 185.

<sup>558</sup> Adickes 1924b, 87f. So regte Adickes Johannes Thyssen an, in seiner 1917 vorgelegten Dissertation bei Gustav Störing in Bonn, Bergsons Intuition zu widerlegen. Vgl. Tilitzki, 2002, 165. Vermutlich geht auch ein Vortrag von Theodor Haering vor der Tübinger Ortsgruppe der Kantgesellschaft auf die Anregung von Adickes zurück. Titel: „Der Begriff Intuition in den modernen Geistesströmungen“, gehalten im Wintersemester 1922.

<sup>559</sup> Adickes 1906a, 1.

<sup>560</sup> Adickes 1904b, 7f.

<sup>561</sup> Vgl. Adickes 1906b, 604 – 618.

<sup>562</sup> Adickes 1906b, 605.

Ob-Philosophie“ Vaihingers auf, lässt aber Achtung und Sympathie dem Menschen Vaihinger gegenüber anklingen und beklagt sich sogar über die verbalen Angriffe des Begründers der Kant-Gesellschaft und der Kant-Studien ihm gegenüber.<sup>563</sup>

Politisch ist Erich Adickes in der Öffentlichkeit nicht sonderlich in Erscheinung getreten. Seine politische Einstellung lässt sich nur anhand weniger Hinweise in seinen literarischen Werken feststellen. Als Gegner des Marxismus, der ihm zufolge ein „Sprössling der spekulativen Philosophie“<sup>564</sup> ist, kritisierte er 1906 im Zusammenhang mit seiner Kritik an den kirchlichen und religiösen Verhältnissen im Kaiserreich die Sozialdemokratie als „Negationspartei“, die durch ihr Bekenntnis zum Materialismus zum stark verbreiteten Atheismus „unter den Massen“<sup>565</sup> beigetragen habe. So habe sie sich „zur radikalsten, am meisten negierenden Weltanschauung“<sup>566</sup> bekannt. Religion als politisches Werkzeug zur Lösung der „Sozialen Frage“ lehnte Adickes ab, Religion und Politik seien streng voneinander zu scheiden. Dennoch rang sich der Philosoph auch ein Lob ab: „Wenigstens die geistigen Führer der Sozialdemokratie“ besännen sich, verließen den Materialismus und suchten sich an Kant zu orientieren.<sup>567</sup>

Ausdrücklich nationalistische Töne schlägt Adickes in seinen Schriften kaum an. Selbst in seinem 1915 an die Studenten im Krieg gerichteten Weihnachtsgruß wird das sonst von Professoren geübte nationalistisch überhöhte Pathos zur Marginalie.<sup>568</sup> Seine Weihnachtsbotschaft gerät eher zu einer Kritik an der Gesellschaft und der Kirche – den Studenten hält er eine Standpauke. Adickes beklagt die Vorkriegszeit: den vergiftenden Hass unter den politischen Parteien, die Gier nach Reichtum, Ehre, Vergnügungssucht, die Verflachung des Lebens, die Flucht in die Zerstreuung. Das oberflächliche „Ästhetentum“ habe den Begriff der Pflicht zersetzt, den Willen zur Tat gelähmt. Das Feuer der Begeisterung in den Augusttagen 1914 und die Einheit im Volk hätten zwar nachgelassen, der „Gesundungsprozess“ in der Gesellschaft mache jedoch Fortschritte. Obwohl das „Treiben der Großstädte“<sup>569</sup> äußerlich

---

<sup>563</sup> Vgl. Adickes 1927. Adickes unterstützte etwa auch Vaihingers Vorhaben im Jahr 1924, Liebert eine Honorarprofessur in Halle zu verschaffen. Unter den zehn Gutachtern sind etwa Paul Natorp, Aloys Riehl, Theodor Litt und Erich Adickes. Vgl. Tilitzki 2002, 318.

<sup>564</sup> Adickes 1906a, 159.

<sup>565</sup> Adickes 1906a, 158f. Adickes übte jedoch auch heftige Kritik am Dogmenzwang der Kirche, deren orthodoxe Vertreter der Wissenschaft die Wege weisen wollten. Kirche solle nicht über die Seelen herrschen, sondern für sie sorgen.

<sup>566</sup> Adickes 1906a, 159. Der Durchschnittsmensch bedürfe der religiösen Erfahrung, so Adickes' Überzeugung, auf Dauer könne er den Atheismus nicht ertragen.

<sup>567</sup> Vermutlich meint Adickes hier Eduard Bernstein (1850 – 1932), der die Revisionismusdebatte innerhalb der Sozialdemokratie auslöste.

<sup>568</sup> Adickes 1915, 26 – 34.

<sup>569</sup> Adickes 1915, 26.

wieder in die alten Bahnen zurückzukehren scheine, sah er ein starkes religiöses Bedürfnis im deutschen Geist, das mit „dem deutschen Wesen“ eng verwachsen sei. Der „gerechteste(n) aller Kriege“ habe den Deutschen eine „religiöse Wiedergeburt“ gebracht, das Größte, was er befördert habe.<sup>570</sup> Das Wachsen des religiösen Geistes verfolge die Philosophie mit Freuden, so Adickes, denn Religion und Philosophie seien in ihrem letzten Ziel auf den „Ewigkeitsgeist“ hin ausgerichtet, „sub specie aeternitatis“<sup>571</sup>. Der spinozistische Anspruch des Philosophen soll Adickes zufolge „Motto jedes Lebens“<sup>572</sup> sein. Fromm sein, bedeute nicht, an bestimmte Dogmen zu glauben, sondern sein Leben auf das Unendliche, auf das Ewige hin, auf das Sein in Gott auszurichten. Davon verspricht sich Adickes eine Vertiefung und Neugestaltung des gesamten Volkslebens. Der Umbruch zu „einer neuen Morgenröte“<sup>573</sup> könne durch Beispiel und Erziehung, am meisten aber durch das Schicksal und das Leben selbst vollzogen werden. Dem Mut zum religiösen Erleben stünden jedoch einige Hindernisse im Wege, etwa die Kirche mit ihrem starren Dogmenzwang, ihren Angriffen auf die Wissenschaft, ihren „harte(n) Worten und andere(n) Lieblosigkeiten gegenüber Heterodoxen“.<sup>574</sup> Eine größere Duldsamkeit fordert der Philosoph von der Kirche. Sie solle für die Menschen „ihre Pforten weit auf-tun“ und weniger von Sünde und Sühne als viel mehr „vom Frieden und Glück in Gott“<sup>575</sup> reden.

Zur Umkehr mahnt der Philosoph auch die Studenten „draußen im Felde“. Sie helfen zwar, in „opferfreudigem Idealismus“ die „Helden-mauer“ zu bilden, sollten aber – mit Schiller – das Leben nicht als höchstes Gut ansehen. Nach der „siegreichen Rückkehr“ werde ihnen vieles schal an den einstigen Freuden vorkommen: Der Kommerz, der Lärm, „das Übermaß des Alkohols“, der Umgang mit den Füxen, übertriebenes Messurenwesen, rechthaberisches Ehrgefühl sowie die gegenseitigen Verrufserklärungen und Eifersüchteleien. Von den Studenten fordert Adickes: „Wachst über Euch selbst hinaus!“<sup>576</sup> Denn nur „aus Euch selbst, aus Eurem Idealismus und aus Eurer Autonomie müssen die neuen Lebensformen stammen, wenn sie Euch wahrhaft und dauernd befriedigen sollen.“<sup>577</sup> Auch sie sollen natürlich ihr Leben unter das Motto „sub specie aeternitatis“ stellen. Die Kameradschaft und die gegenseitige Hochschätzung hätten die verschiedenen Stände

---

<sup>570</sup> Adickes 1915, 27ff.

<sup>571</sup> Adickes 1915, 27.

<sup>572</sup> Adickes 1915, 27.

<sup>573</sup> Adickes 1915, 29.

<sup>574</sup> Adickes 1915, 30.

<sup>575</sup> Adickes 1915, 31.

<sup>576</sup> Adickes 1915, 31.

<sup>577</sup> Adickes 1915, 33.

geeint, der „Klassenkampf im alten Geist“<sup>578</sup> dürfe nach dem Krieg nicht erneuert werden. So hätten die Studenten durch ihr Verhalten in der Vorkriegszeit („im allgemeinen gewiss durchaus mit Unrecht!“) bei den Arbeitern Neid und Hass hervorgerufen, in ihnen nur „Nichtstuer, Zeit vergeudende Drohnen der Gesellschaft“<sup>579</sup> gesehen. Sie brauchten jedoch nicht auf Jugendgenüsse verzichten, auch nicht auf die „süße Gewohnheit des Kollegschwänzens“<sup>580</sup>, aber jede versäumte Stunde soll ihnen „ein Mehr an Arbeit und innerer Entwicklung oder Intensität des Lebens“<sup>581</sup> gegenüber dem bringen, was ihnen das Kolleg geboten hätte, mahnte Adickes: „Nur kein taten- und inhaltsloses, innerer Armut entstammendes, Stumpfsinn brütendes Morden der Zeit!“<sup>582</sup>

Im gleichen Jahr, in dem Adickes seinen Weihnachtsbrief an die Studenten im Krieg verfasst hat, war er auch mit Frau, Tochter und Sohn Gast bei der Weihnachtsfeier im 1905 erbauten Haus der Burschenschaft Derendingia auf dem Tübinger Schlossberg.<sup>583</sup> Sie rühmte sich 1927 der praktischen Grenzlandarbeit<sup>584</sup> und des „völkischen Gedankens“, der in dem im Sommersemester 1920 gegründeten „Hochschulring deutscher Art“ seine „umfassende Vertretung fand“, um die deutsche Volksgemeinschaft aufzubauen und die deutsche Jugend in völkischem und großdeutschem Sinn heranzubilden.<sup>585</sup> „Utopischer Pazifismus“ und „rein ideologische Menschheitsschwärmerei“<sup>586</sup> wurden von ihr abgelehnt. Dies seien keine Mittel, um ein zusammengebrochenes Volk wieder aufzurichten. Aus der völkischen Einstellung der „Derendingia“ resultiere, dass sie „seit Jahrzehnten“ keinem „Angehörigen der jüdischen Rasse und ihren Abkömmlingen“<sup>587</sup> eine Aufnahme gestatte.<sup>588</sup> Unvereinbar sei auch die gleichzeitige Mitgliedschaft in

---

<sup>578</sup> Adickes 1915, 33.

<sup>579</sup> Adickes 1915, 34.

<sup>580</sup> Adickes 1915, 34.

<sup>581</sup> Adickes 1915, 34.

<sup>582</sup> Adickes 1915, 34.

<sup>583</sup> Hopf 1927, 139; Kotwoski 1999, 135. Die unmittelbar vor der 400-Jahr-Feier, am 21. April 1877, gegründete Burschenschaft „Derendingia“ zählte aus Tradition zahlreiche Studenten aus Schleswig-Holstein zu ihren Mitgliedern. So mochte sich wohl Adickes zu der Farben tragenden und schlagenden Burschenschaft hingezogen fühlen. Adickes war Mitglied der „Derendingia“, sie sandte bei dessen Trauerfeier im Juli 1928 auch eine Abordnung.

<sup>584</sup> Hopf 1927, 150.

<sup>585</sup> Hopf 1927, 149.

<sup>586</sup> Hopf 1927, 149.

<sup>587</sup> Hopf 1927, 150.

<sup>588</sup> Der Antisemitismus war im studentischen Milieu „dichter“ als in der Politik und der Gesellschaft. Obwohl es Ausnahmen gegeben hat, wurden reichsweit spätestens seit Mitte der 1890er Jahre keine Juden mehr in Studentenverbindungen aufgenommen. Auch in Tübingen fassten einige Burschenschaften und Verbindungen in den 1890er Jahren den Beschluss. Seit 1921 waren die Corps verpflichtet, keine Juden mehr aufzunehmen. Vgl. Biastoch 1996, 218ff.

der „Derendingia“ und im demokratischen „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“.<sup>589</sup>

Politisch engagierte sich Adickes bei zwei Unterschriftenaktionen. Unterzeichnet hat er den Protest gegen die Friedensresolution des Reichstages im August 1917.<sup>590</sup> In ihrem Widerstand gegen die Resolution bestritten rund 1.100 Professoren und Dozenten in ihrem „überparteilichen Aufgabenverständnis“ und der Sorge um die „Zukunft des Vaterlandes“ dem Reichstag das Recht, den Volkswillen zu vertreten.<sup>591</sup> Adickes' Unterschrift findet sich auch unter der „Erklärung zur deutschen Auslieferungsfrage“ vom 13. Juli 1919.<sup>592</sup> Damit stellten sich die rund 300 Dozenten<sup>593</sup> in einem stark nationalistisch gefärbten Ton gegen die Auslieferung des deutschen Kaisers Wilhelm II. und seiner Offiziere an die Entente-Mächte.<sup>594</sup> Gerichtet nach innen (Regierung und Nationalversammlung) sowie nach außen („Feinde“) erhoben sie massiven Einspruch gegen die „schamlose“ Forderung („die unerhörte Schmach“), sahen die persönliche Ehre verletzt, die Ehre des Vaterlan-

---

<sup>589</sup> Hopf 1927, 150. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurde 1924 als überparteiliches Bündnis zwischen Sozialdemokraten, Zentrums-, DDP- und Gewerkschaftsmitgliedern gegründet. Es sollte die Weimarer Republik sowohl gegen rechts als auch gegen links verteidigen und die Republik schützen.

<sup>590</sup> Vgl. Döring 1975, 261. Am 19. Juli 1917 beschloss SPD, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei gegen die Stimmen der USPD, der Nationalliberalen und der Konservativen eine Resolution, die auf Verständigung mit den Kriegsgegnern und Völkerversöhnung hoffte. Der „Verständigungsfriede“ stand jedoch in schroffem Gegensatz zu den Alldeutschen und Annexionisten, die nur in einem „Siegfrieden“ ihr politisches Ziel sahen.

<sup>591</sup> Vgl. Döring 1975, 46f.

<sup>592</sup> Vgl. Döring 1975, 261.

<sup>593</sup> Von dieser Zahl geht Döring aus. Vgl. Döring 1975, 63. Initiator Eduard Meyer hingegen habe so viele Zustimmungen erhalten, dass eine vollständige Veröffentlichung unmöglich sei, schreibt Meyer in seiner Broschüre. Er hat den Text samt Namen 1919 veröffentlicht in: „Für Ehre, Wahrheit und Recht. Erklärung deutscher Hochschullehrer zur Auslieferungsfrage“. Meist jedoch finden sich dort Unterzeichner aus Berlin und Umgebung, Nachträge sind aus Dresden, Halle und Kiel angegeben. Aus Stuttgart oder aus Tübingen etwa sind kaum Hochschullehrer vertreten. Unter den Tübingern sind nur vier Dozenten aufgeführt: Neben Erich Adickes haben vermutlich A.(ugust) Frickenhaus (1882 – 1925), E.(rich) Jung (1866 – 1950) und H.(ans) Kolaczek unterzeichnet. Der klassische Archäologe Frickenhaus und der Jurist Jung waren bis 1918 an der Universität Straßburg. Frickenhaus ging nach dem Ersten Weltkrieg nach Kiel, Jung nach Marburg. Bleiben für Tübingen also nur Adickes und der Chirurg und Privatdozent Kolaczek übrig. Kolaczek war nach dem Ersten Weltkrieg beurlaubt, eine Eintragung im Vorlesungsverzeichnis findet sich nur bis einschließlich Wintersemester 1920/21.

<sup>594</sup> Initiiert wurde die „Erklärung der Hochschullehrer zur Auslieferungsfrage“ von Eduard Meyer, der die Unterschriften für den deutschnationalen Hochschullehrer Ausschuss sammelte. Zu den 21 Erstunterzeichnern kamen noch rund 280 Dozenten hinzu. In der deutschnationalen Hochschullehrervereinigung trafen sich die „alten“ und die „neuen“ Nationalisten (auch die „konservativen Revolutionäre“), die nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg unter den veränderten Bedingungen die konservativ-nationalstaatliche Tradition fortführen wollten. Der Ausschuss der Hochschullehrervereinigung rief am 14. Januar 1919 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung zur Wahl der Deutschnationalen Volkspartei auf. Im Aufruf finden sich antisemitische Anspielungen, die „Dolchstoßlegende“ wird propagiert. Vgl. Döring 1975, 63ff.



des „geschändet“. Sollte die Forderung erzwungen werden, würden sie sich „mit vollster Verachtung“ von den Nationen abwenden, die „dieses verbrecherische Gaukelspiel“ nicht unterbunden haben. Diese Gesinnung würden sie auf Kinder und Kindeskindern „vererben“ und in der deutschen Nation dauernd erhalten, drohten sie.<sup>595</sup>

Solche nationalistischen Töne waren von Adickes selbst nicht zu vernehmen. Der deutsche Idealismus Kant'scher Prägung schien ihm allerdings Garant für eine psychisch-geistige Gesundheit des Volkes.<sup>596</sup> In der 1924 gehaltenen Festrede zur Feier des 200. Geburtstages von Kant suchte der sonst den Königsberger strikt historisch interpretierende Philosoph im Festsaal der Tübinger Eberhard-Karls-Universität für die Gegenwart fruchtbar zu machen. „Was kann uns Kant heute noch sein?“, frag Adickes rhetorisch, um dessen ethischen Idealismus im Gegensatz zum gegenwärtigen „gemeinen Utilitarismus“, dessen „strenges Pflichtgefühl“ und dessen „Anerkennung der Menschheitswürde“<sup>597</sup> herauszuheben. Diese Werte würden noch immer gelten, so Adickes laut Tübinger Chronik. Der Kant'sche Idealismus, der Preußen mit Feuer und Geist die Freiheitskriege gegen Frankreich durchkämpfen ließ, sei heute „mehr denn je notwendig“<sup>598</sup>.

Adickes' letzte Veröffentlichung war eine Studie über seinen Bruder Franz.<sup>599</sup> Mit ihm hatte er einige grundlegende Gemeinsamkeiten, etwa

---

<sup>595</sup> Meyer 1919, 3ff. Eine erste Veröffentlichung der Erklärung erfolgte am 13. Juli 1919 in den Berliner Zeitungen, danach wurde sie von zahlreichen Zeitungen übernommen.

<sup>596</sup> 850 Mitglieder der Kant-Gesellschaft hatten trotz der hohen Herstellungskosten das 1920 erschienene Opus postumum von Adickes bereits subskribiert. Das war Adickes „Zeichen dafür, dass der deutsche Idealismus noch nicht ausgestorben ist [...] „Möge er [der deutsche Idealismus, d. V.] mehr und mehr erstarken und die Wiedergeburt herbeiführen, ohne die wir als Volk und Staat für immer verloren sind!“, schrieb er im Vorwort. Vgl. Adickes 1920, V.

<sup>597</sup> Tübinger Chronik: Die akademische Kant-Gedächtnisfeier, 2. Mai 1924

<sup>598</sup> Tübinger Chronik: Die akademische Kant-Gedächtnisfeier, 2. Mai, 1924

<sup>599</sup> Franz Adickes (1846 – 1915) arbeitete sich in der Kommunalverwaltung ganz nach oben. In Dortmund war der Jurist von 1873 – 1877 Magistratsmitglied und Beigeordneter, zuständig für das Armen- und Stiftungswesen, für die Polizei und die Sparkassenverwaltung. 1877 wurde er zum Altonaer Oberbürgermeister gewählt, 1891 zum Oberbürgermeister von Frankfurt am Main. Bis 1912 bekleidete er dieses Amt. Bereits in Dortmund organisierte er die Armenverwaltung nach dem Elberfelder Vorbild völlig neu, gründete ein Waisen- und Armenhaus sowie drei Kinder-Bewahr- und –Speiseanstalten. In Altona setzte er sich für eine Gehaltsordnung mit regelmäßigen Alterszulagen für die städtischen Mitarbeiter und für eine Beamtenwitwenkasse sowie für die Gründung eines Seminars an der höheren Töchterschule für die Ausbildung von Lehrerinnen ein. Seine größten Verdienste werden Franz Adickes jedoch in Frankfurt zugeschrieben. Während seiner OB-Zeit übernahm die öffentliche Verwaltung die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe. Franz Adickes förderte die Wohlfahrtspflege und die Schaffung eines Wohnungsamtes, eine gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle sowie eine Arbeitsvermittlungsstelle. Im Wohnungswesen verankerte er das soziale Moment, indem er den Spekulanten Grenzen aufzeigte und kommunale und gemeinnützige Baugesellschaften förderte. Der Technik aufgeschlossen, war er Mit-Initiator beim Bau des Flughafens und des Osthafens.

die Neigung zum Pantheismus, die Ablehnung der Metaphysik, die strenge Unterscheidung von Wissen und Glauben sowie die kritisch-ablehnende Haltung zur Sozialdemokratie.<sup>600</sup> Trotz seiner Mitgliedschaft in der deutsch-nationalen und völkisch-antisemitisch orientierten Burschenschaft „Derendingia“ war Erich Adickes kein Antisemit. Dem Christentum billigt er zwar die größte Relevanz unter den Religionen zu, doch der zum Pantheismus „konvertierte“ Adickes lässt bei religiösen Überzeugungen großen Spielraum, Missionarseifer liegt ihm fern. Religion gehört zu den subjektiven Einstellungen eines jeden einzelnen, ist dessen privater Bereich. Bekehren will der Philosoph niemanden, dem „Normalbürger“ jedoch ist eine christlich-religiöse oder eine gleichgeartete tiefe metaphysische Erfahrung unerlässlich. Dogmenblindheit ist Adickes ein Gräuel, er fordert das autonome Individuum, das aus sich selbst heraus die Werte setzt und entscheidet. Weder behilft sich der Philosoph in seinen Ansichten und Lehren mit biologischen Argumentationen, noch sind dessen (eher seltenen) nationalistischen Töne Ausdruck eines übersteigerten politischen Wertgefühls, gar eines Chauvinismus‘. Sie legen eher einen emotionalen kulturell-politischen Patriotismus frei, der sich in den beiden Unterschriften der Jahre 1917 und 1919 zur Friedensresolution und zur Auslieferungsfrage nach außen artikulierte.

Öffentlich hat Adickes dezidiert weder für noch gegen die Weimarer Republik Stellung bezogen. Politisch kritisierte er die Sozialdemokratie, wissenschaftlich linke, liberale und deutsch-nationale Philosophen. Ein Hang zur Herrschaft einer „Elite“, die moralisch, sittlich und fachlich eine Vorbildfunktion erfüllt, liegt bei ihm im Bereich des Möglichen. Ganz sicher aber kann der wilhelminisch geprägte Philosoph politisch als gemäßigt nationalkonservativ mit einem Hauch Liberalismus gelten, der die Kraft individueller Setzung der Persönlichkeit postuliert. Von Bauch, Schwarz und Wundt bleibt der Tübinger Philosoph wegen seines „stark kulturliberal oder christlich durchsäuernten Kon-

---

Auf seine Initiative konnte die Frankfurter Universität als Stiftungsuniversität gegründet werden, die auch Juden finanziell unterstützt hatten. Auch regte er eine Justizreform im Reich an. Zweimal sollte Franz Adickes Chef eines reichsweiten Amtes unter Kaiser Wilhelm II. werden. Kanzler Bernhard von Bülow holte sich jedoch 1907 und 1908 einen Korb, als er Adickes zum Chef des „Wohlfahrtsministeriums“ und des Reichsschatzamtes berufen wollte. Als deutscher Patriot stritt Franz Adickes für die Loslösung Schleswig-Holsteins von Dänemark, zog „begeistert“ in den Krieg gegen Frankreich 1870/71, hegte jedoch Verachtung gegenüber dem militärischen Drill, beschrieb das Rekrutendasein als „systematische Quälerei“ und als „wüste Zeit tiefer Erniedrigung“. Ludwig Landmann (1868 – 1945), linksliberal und einer der Nachfolger auf dem Frankfurter OB-Posten, würdigte Franz Adickes als „Munizipal-Sozialisten“. „Entschieden liberal“ habe Franz Adickes den Nationalliberalen nahe gestanden, urteilt hingegen der deutsch-nationale, NSDAP-freundliche DNVP-Politiker, Minister, Rüstungsunternehmer und Mediengigant Alfred Hugenberg, der ein Schwiegersohn von Franz Adickes war. Vgl. Landmann 1929, VII – X; Adickes 1929b, 1 – 232.; Hugenberg 1929, 233 – 253.

<sup>600</sup> Adickes 1929b, 224ff.; Hugenberg 1929, 315.

servatismus“ nicht nur „recht weit entfernt“<sup>601</sup>, wie Tilitzki meint. Adickes hat mit der deutsch-völkischen Vereinnahmung und antisemitischen Ausrichtung der Philosophie, wie sie Bauch, Schwarz und Wundt betrieben haben, nichts gemein. Er gehört nicht in dieselbe Kategorie.

## B. Karl Groos: „Praktischer Absolutismus“

Rassistische oder antisemitische Äußerungen sind auch von Karl Groos<sup>602</sup> in der Weimarer Republik nicht bekannt. Ebenso sind ihm deutsch-völkische Einstellungen fremd. Belege oder Anzeichen dafür sind in seinen Veröffentlichungen nicht nachweisbar. Groos hatte eine ähnliche politische Einstellung wie sein Kollege Erich Adickes. Weder sind Parteipräferenzen von Groos bekannt noch Stellungnahmen zu Parteien oder Bevölkerungsgruppen. In seiner Personalakte notierte der Philosoph zur Frage nach der politischen Betätigung: „keine“<sup>603</sup>. Eines eindeutigen politischen Urteils enthält er sich weitgehend in seinen anthropologischen, philosophischen und ästhetischen Schriften, seine

---

<sup>601</sup> Tilitzki 2002, 58.

<sup>602</sup> Karl Groos (1861 – 1946) wurde in Heidelberg geboren. Er war der Sohn des Verlagsbuchhändlers Julius Groos und dessen Frau Sophie, geborene Koopmann. Zur Familie gehörte der Psychiater und Philosoph Friedrich Groos, der aus Altona stammende Maler und Kunst-Professor Johann Karl Heinrich Koopmann und der Religionsphilosoph Wilhelm Benecke. 1884 heiratete Groos Emma Kraut, Tochter des Gymnasialrektors in Schwäbisch Hall. Von 1880 – 1884 studierte Groos in Heidelberg, wurde dort 1884 von Kuno Fischer (1824 – 1907) promoviert. 1889 legte er sein erstes Werk „Die reine Vernunftwissenschaft“ vor. Darin sucht er die von Schelling selbst nicht mehr vollendete „negative Philosophie“ systematisch darzustellen. 1889 wurde Groos Privatdozent in Gießen, 1892 außerordentlicher Professor. 1898 nahm er einen Ruf aus Basel an und blieb dort bis 1901 Ordinarius Professor, wechselte dann wieder als Ordinarius nach Gießen. 1909 legte Groos sein Amt nieder, um freie Zeit für seine Forschungen zu haben, blieb aber Mitglied der Fakultät und des Senats. 1911 erhielt er den Tübinger Ruf und trat die Nachfolge von Heinrich Maier (1867 – 1933) an, der nach Göttingen ging. Groos war nicht die erste Wahl der Tübinger. Die Fakultät wollte einen naturwissenschaftlich orientierten experimentellen Psychologen, schrieb sie am 20. Juni 1911 an den Akademischen Senat. Doch die Finanzlage gab die Berufung des an erster Stelle genannten, damals hoch geschätzten und bedeutenden experimentellen Psychologen und Philosophen Oswald Külpe (Bonn) nicht her, wie das Königlich Württembergische Ministerium des Kirchen- und Schulwesens dem Akademischen Senat in einem Schreiben vom 14. Juli 1911 mitteilte. Der an dritter Position genannte Erich Becher (Münster) hatte eher geringe Chancen, kaum Chancen wurden Gustav Störing (Zürich) eingeräumt. Karl Groos war Ehrenmitglied der russischen Gesellschaft für experimentelle Pädagogik in Petersburg sowie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie. Groos war zwar „militärfrei“ gestellt, erhielt jedoch als Zivilist das Hessische Ludwigskreuz und am 25. Februar 1916 das Württembergische Charlottenkreuz. Am 20. Dezember 1928 bat er das Kultministerium, ihn zum 1. Oktober 1929 von seinen Amtspflichten zu entbinden. Vgl. zur Biographie UAT 126/223 (Personalakte Karl Groos); Groos 1921, 101ff.; Vgl. zur Nachfolge von Heinrich Maier UAT 119/144.

<sup>603</sup> UAT 126/223 (Personalakte Karl Groos). Der Fragebogen hat kein Datum. Er muss jedoch zwischen 1933 und 1945 ausgefüllt worden sein. Denn es wird auch gefragt, ob Groos oder die Ehefrau „arisch“ sind.

politische Haltung kann darin aber eindeutiger interpretiert werden als bei Adickes.<sup>604</sup>

Jenseits von Schulen, systematischen Darstellungen, Lehrbüchern und deren Korsett nahm sich Groos – bedingt auch durch seine finanzielle Unabhängigkeit – den Freiraum autonomen Forschens und folgte seinen persönlichen Interessen. So konnte er es sich leisten, nach seiner Dissertation 1884 die folgenden fünf Jahre als Privatmann in Heidelberg zu verbringen und sich insbesondere mit Schelling und Hegel zu beschäftigen. Zwei „Sabbatjahre“ nahm sich Groos von 1909 bis 1911.

Sein Drang, andere zu überzeugen, war nicht sonderlich ausgeprägt, eigene Auffassungen oder Problemlösungen finden sich in den Werken häufig zurückhaltend als Frage oder etwas scheu als mögliche Alternative formuliert.<sup>605</sup> Groos sucht nach einem „dritten Weg“, einer Vermittlung widerstreitender Positionen. Ausgleich, Relativierung der Gegensätze, Zusammenführen – das sind wesentliche Merkmale seines Charakters, die sich auch in seiner literarischen Tätigkeit widerspiegeln. Sein Schüler Helmut Groos<sup>606</sup> charakterisiert den Ästhetiker, Psychologen und Philosophen Karl Groos in einer Einführung zum Werk des Tübinger Philosophen.<sup>607</sup> Danach war Karl Groos ein Mann mit feinen Gesichtszügen, vollendeter Höflichkeit, Verbindlichkeit und Freundlichkeit, die seine Achtung vor der Persönlichkeit des Gegenübers wiedergaben.<sup>608</sup> Ihn zeichneten die „feine Rücksicht auf die Ge-

---

<sup>604</sup> Tiltzki tut sich schwer mit der politischen Einordnung von Karl Groos, der sich – anders als die „mitteilsamen Philosophen“ – der Zuordnung entziehe. Laut Tiltzki könne der Tübinger Philosoph mit weiteren Kollegen zur Kategorie „Liberale, Sozialliberale und Sozialidealisten“ hinzugerechnet werden, sofern man deren politische „Indifferenz nicht als Ablehnung der republikanischen Verfassung“ werte. Methodisch ist dieses Vorgehen zumindest fragwürdig, inhaltlich ist die Zuordnung nicht korrekt. Hinweise auf die politische Einstellung von Groos finden sich in einigen Werken. Auch hat sich Groos nicht nur mit „dem Seelenleben großer Männer und kleiner Kinder“ beschäftigt, wie Tiltzki despektierlich annimmt. Vgl. Tiltzki 2002, 52.

<sup>605</sup> Schon der Begriff „Überzeugung“ galt Karl Groos für seine metaphysischen Vorstellungen als „viel zu fest und bestimmt“. Vgl. Groos 1921, 111.

<sup>606</sup> Helmut Groos (1900 – 1996) ist mit Karl Groos nicht verwandt. Helmut Groos, geboren in Kleinborstel bei Hamburg, Sohn eines Pfarrers, studierte 1920 in Tübingen zunächst Theologie, ab 1922 Philosophie. Nach einem Wechsel an die Hamburger Universität kehrte er 1927 nach Tübingen zurück und wurde von Karl Groos 1927 mit einer Arbeit über den deutschen Idealismus und das Christentum promoviert. Die kritische Haltung gegenüber dem Christentum brachte Helmut Groos mit Erich Keller (1894 – 1977), Jakob Wilhelm Hauer (1881 – 1962) und dem „Deutschen Glauben“ in Berührung. 1939 hat sich der Altonaer Stadtbibliotheksleiter Helmut Groos mit der Arbeit „Willensfreiheit oder Schicksal“ habilitiert, 1940 trat er der NSDAP bei, hatte von 1942 – 1943 die Lehrstuhlvertretung des 1942 verstorbenen Jenenser Philosophen Bruno Bauch inne. Vgl. Tiltzki 2002, 834; Leaman 1993, 44.

<sup>607</sup> Vgl. Groos (Helmut) 1952, 5 – 25.

<sup>608</sup> Der Germanist Hermann von Fischer bot sich an, vor der Nachfolgekklärung von Heinrich Maier die Vorlesungen der von der Philosophischen Fakultät ausgesuchten Kandidaten Karl Groos in Gießen und Erich Becher in Münster inkognito zu besu-

fühle der Mitmenschen<sup>609</sup> aus, ebenso Zurückhaltung und Bescheidenheit gegenüber anderen. Eine „pädagogische Führernatur“<sup>610</sup> sei er nicht gewesen, aber als Künstler oder Aristokrat hätte er gelten können. Weder Kampfinstinkte noch Machtstreben oder Hassgefühle habe er entwickelt, stattdessen Güte ausgestrahlt, „suchte nach dem Guten im anderen“<sup>611</sup>. Jahrelang habe er mehrfach Studierende in seinem Haus aufgenommen, sie finanziell unterstützt.<sup>612</sup>

Seine Vorlesungen seien wegen der Vielseitigkeit, Anschaulichkeit und Lebendigkeit beliebt gewesen, Klarheit und eine überzeugende Struktur ihr Markenzeichen. War der Kollege und Freund Erich Adickes ein Muster an penibler Sorgfalt und außerordentlichem Fleiß, der bis spät in die Nacht hinein arbeitete, so gönnte sich Karl Groos die notwendige Ruhe, Muße und Abwechslung in seinem Wissenschaftlerleben. Der wöchentliche Kegelnabend musste sein, auch der englische Roman nach dem Mittagessen oder ein Glas Wein und eine Patience nach dem Abendessen.<sup>613</sup> Aus Ehrungen machte sich der Philosoph nicht viel. Kurz vor seinem 70. Geburtstag bat er Martin Kirschner, Rektor der Tübinger Universität, seinen Geburtstag nicht öffentlich zu machen und ihn auch nicht zu ehren. Briefe gleichen Inhalts wolle er

---

chen. Vgl. UAT 131/61a. In einem „streng vertraulich“ gekennzeichneten Schreiben gab von Fischer seine Einschätzung über Groos ab. Er sei ein Gelehrter der „angenehmen und vornehmen Gestalt [...] eine sympathische, für sein Alter noch recht elastische Erscheinung“. Manchmal las Groos wohl vom Manuskript ab, aber der Inhalt erschien „klar, wohldurchdacht und durchgearbeitet“. Fazit: „Es war mehr die Leistung eines hochgebildeten Gelehrten als eines packenden Lehrers.“ Vgl. Schreiben vom 1. Juli 1911 von unbekannt (Hermann von Fischer) an die Philosophische Fakultät, UAT 119/144.

<sup>609</sup> Groos (Helmut) 1952, 5.

<sup>610</sup> Groos (Helmut) 1952, 5.

<sup>611</sup> Groos (Helmut) 1952, 6.

<sup>612</sup> Im Ersten Weltkrieg ließ Groos etwa auch den Verwundeten in den Tübinger Lazaretten Zeitungsexemplare der Tübinger Chronik zukommen, damit sie möglichst rasch über den Kriegsverlauf unterrichtet würden. Auch hatte er ein Bett für Verwundete zur Verfügung gestellt. Vgl. Tübinger Chronik, 7. Januar 1919: In einer „öffentlichen Erklärung“ sah sich Groos im Januar 1919 genötigt, auf „Gerüchte“ über ihn einzugehen. Er habe niemals „irgend welchen Einfluss auf die Geschäftsführung der Tübinger Chronik ausgeübt oder erstrebt“, schreibt er. Seine Beziehungen zur Zeitung hätten lediglich darin bestanden, den Verwundeten in den Lazaretten die Tageszeitung zukommen zu lassen. Jetzt, nach Ende des Krieges, sei er dazu nicht mehr in der Lage. Von den Tübinger Einwohnern wurden während des Krieges Privatbetten für die Lazarette zur Verfügung gestellt. Nach dem Krieg wurden einige Betten zurückverlangt, weil die Tübinger Zimmer vermieten wollten, andere Betten wurden nicht mehr benötigt. Da kam es wohl zu organisatorischen Schwierigkeiten. So wurde dem Roten Kreuz vorgeworfen, einem Verwundeten „das Bett unter dem Leib weggenommen zu haben“. Auch Groos wurde vorgehalten, sein Bett zurückverlangt zu haben. Das von ihm zur Verfügung gestellte Bett stehe jedoch immer noch im Haus des Vereins Christlicher Studenten, schrieb er in der „Öffentlichen Erklärung“. Er habe die Ablieferung nicht verlangt, vielmehr sei er aufgefordert worden, es abholen zu lassen.

<sup>613</sup> Vgl. Groos (Helmut) 1952, 8.

auch an die Tübinger Zeitungen, den Merkur und die Süddeutsche Zeitung schreiben. Den Tag wolle er „ganz in der Stille“<sup>614</sup> verleben.

Die von Groos bearbeiteten Themen sind nicht einheitlich und folgen keiner stringenten Linie.<sup>615</sup> Sie reichen von der Schelling'schen idealistischen Philosophie<sup>616</sup> über seine beiden erfolgreichen spieltheoretischen Werke aus dem Bereich der Tierpsychologie<sup>617</sup> und Anthropologie<sup>618</sup>, der Kinderpsychologie<sup>619</sup>, zahlreichen Aufsätzen zur Ästhetik<sup>620</sup>, Arbeiten zu Nietzsches paradoxem Stil<sup>621</sup>, zwei Studien zur Individualpsychologie Bismarcks<sup>622</sup> und Metternichs<sup>623</sup> bis hin zu einer Analyse über das antithetische Denken und dessen Überwindung.<sup>624</sup>

Philosophie will Groos nicht auf Erkenntnistheorie reduzieren<sup>625</sup>, er sieht sich als Kritischer Realist, lehnt die Lehre von der absoluten Raum- und Zeitlosigkeit des Ansichseienden ab. Allein streng beweisbares Wissen schaffe keine Erkenntnis. Im Gegensatz zu den Neukantianern, den Phänomenologen und Immanenzphilosophen lehnt der Philosoph aber auch ein „credo quamquam“, insbesondere aber ein „credo quia absurdum“<sup>626</sup> vehement ab. Der zum Pantheismus neigende Groos wendet sich gegen den Spiritualismus ebenso wie gegen den Materialismus, er weist eine mechanistische Weltauffassung ab. Er behandelt die absolut geltenden logischen Gesetze als „Setzungen“, lässt sie nach subjektiver Prüfung „bis auf weiteres“<sup>627</sup> objektiv gelten. „Absolute Wahrheit“ bleibt rein theoretisch ein Ideal, dessen Erreichbarkeit nicht bewiesen werden könne.<sup>628</sup> Auf den Kritischen Realismus

---

<sup>614</sup> Schreiben vom 16. November 1931, Karl Groos an das Universitätssekretariat. UAT 126/223 (Personalakte Karl Groos).

<sup>615</sup> In diesem Kapitel werden nur die Werke bis 1933 berücksichtigt. Eine Ausnahme bildet die eigene Gesamtdarstellung („Das philosophische System von Karl Groos“), die 1934 erschien, aber im Wesentlichen bereits im April 1931 abgeschlossen war. Groos habe darin nur noch einige Anmerkungen hinzugefügt. Vgl. Groos 1934a, 70.

<sup>616</sup> Groos 1889.

<sup>617</sup> Groos 1896.

<sup>618</sup> Groos 1899.

<sup>619</sup> Groos 1904.

<sup>620</sup> Etwa Groos 1892; 1902; 1906; 1909a; 1909b; 1910; 1914; 1924b; 1925.

<sup>621</sup> Unter einer psychologischen Fragestellung analysiert Groos die paradoxen Wendungen in Nietzsches Zarathustra. Groos würdigt Nietzsche darin als einen „der gewaltigsten paradoxen Denker“ und „größten Meister des paradoxen Stils“. Er wolle mit seinen paradoxen Wendungen necken, ärgern, reizen, zürnen, aber auch im Spiel mit dem Unsinnigen, Unmöglichen und Widerspruchsvollen die herrschende Meinung bekämpfen. Vgl. Groos 1913.

<sup>622</sup> Groos 1920.

<sup>623</sup> Groos 1922.

<sup>624</sup> Groos 1924a.

<sup>625</sup> Vgl. die folgenden Ausführungen: Groos 1921, 111f.; Oesterreich 1923a, 612ff.; Groos 1934a, 4ff.; Groos (Helmut) 1952, 17ff.

<sup>626</sup> Groos 1921, 111.

<sup>627</sup> Groos 1921, 112.

<sup>628</sup> Groos 1927, 23.

baut Groos seine eigene „induktive Metaphysik“<sup>629</sup>, Empirie und Spekulation gehören für ihn zusammen. Metaphysik ist zwar „das Herz der Philosophie“<sup>630</sup>, ihre Ergebnisse sind jedoch nicht mehr als Wahrscheinlichkeiten und gründen in einen philosophischen Glauben, den er auch „Praktischen Absolutismus“<sup>631</sup> nennt. Fragen nach „Gott“ oder der „unsterblichen Seele“ können wissenschaftlich nicht befriedigend beantwortet werden, haben aber für die Stellung des Menschen zur Welt und zum Leben eine unermessliche Bedeutung. Doch auch metaphysische Denkmöglichkeiten müssen Groos zufolge frei von inneren, formalen Widersprüchen sein und mit den Ergebnissen der Naturwissenschaften im Einklang stehen.<sup>632</sup>

Der charakteristische Zug, widerstreitende Gegensätze zu minimieren oder gar zu überwinden, äußert sich auch in seinem Werk über den Aufbau der Systeme, in dem er das antithetische Denken in den Kulturen und in den Denkgebäuden der Philosophen untersucht.<sup>633</sup> Das Denken in Gegensätzen macht Groos schon in der Mythologie aus, in der chinesischen genauso wie in der indischen, der hellenischen oder ägyptischen: Licht und Finsternis, Himmel und Erde, Gut und Böse,

---

<sup>629</sup> Auch der Begriff „induktive Metaphysik“ ist wohl der Vermittlung und Relativierung von Gegensätzen geschuldet. Ausgehend von der Biologie und der Astronomie entwickelt Groos eine metaphysische Interpretation der Formenhierarchie in der organischen und anorganischen Welt. Sein zentraler Begriff ist „Enkapsis“, der hierarchische Stufenbau der Welt. Dieses System von über- und untergeordneten, von sich umschließenden und umschlossenen, ineinander verschachtelten in rastloser Bewegung sich befindenden Ganzheiten erkennt der Philosoph sowohl in der Mikrowelt (Elektronen, Atome, Moleküle) als auch in der Makrowelt (Erde, Milchstraße, Sonnensystem). Ähnlich wie Aristoteles und die Neo-Vitalisten Hans Driesch und Johannes Reinke (1849 – 1931) geht Groos von der Seele als Entelechie oder „Dominante“ aus, die das „innere Wesen“ im gesamten Universum lenkt und ordnet. In der harmonischen Anordnung dieser verschachtelten Ganzheiten ist jede Stufe vertreten, die als eigenständige Ganzheit aber nur dienendes Glied einer höheren Ganzheit ist. „Ganz oben“ wirkt die platonische „Weltseele“, die dem anfangslosen und ewigen All Ordnung und Richtung gibt. Der „göttliche Gestaltungswille“, das „übergeordnete Bewusstsein“, das „weltbeherrschende Ich“ reicht in sämtliche Stufen und Unterstufen hinein (vom All bis zum Individuum) und verwirklicht sich teleologisch auf das Ziel der Vollkommenheit hin. Treibende Kraft ist „der göttliche Drang nach Selbstentfaltung“. Vgl. Groos 1934a.

<sup>630</sup> Groos 1934a, 3.

<sup>631</sup> Urteile, die eine „interesselose“ Zustimmung finden, sollen „bis auf weiteres“ als absolute Wahrheiten behandelt werden. Vgl. Groos 1927, 23. Der „subjektive Wahrheitsglaube“ beruht Groos zufolge auf subjektiven, individuellen Überzeugungen, die sich bei neuen Erkenntnissen ändern können, überindividuelle Wahrheiten hingegen beanspruchen absolute Geltung. Groos, 1931, 465. Der Übergang vom „theoretischen Relativismus“ zum „Praktischen Absolutismus“ kann nur durch einen „Willensentschluss“ erfolgen, nicht durch Beweise oder Intuition. Vgl. Groos 1934a, 4f.

<sup>632</sup> Groos 1934a, 7.

<sup>633</sup> Groos 1924a; Den Gegensatz zwischen Naturgesetzen und historischen Gesetzen sucht er in seinem Vortrag zum 60. Geburtstag von Erich Adickes zu mildern. Auch die Naturgesetze geben nicht unbedingt ganz genau die Wirklichkeit wieder, während in der Geschichte „Teilgesetzlichkeiten als historische Gesetze“ wirken. Eine Wiederholung der Geschichte kann er sich nur als Wiederkehr ähnlicher Bedingungen und ähnlicher Folgen denken. Vgl. Groos 1926.

Chaos und Kosmos - die Antithesen suchen den Ursprung und die Entwicklung des Seins zu erklären. In wechselnder Gestalt treten diese Dualismen dann bei den Vorsokratikern auf, in der Wissenschaft werden sie bei Platon (Zweiweltenlehre, Sein und Wissen), Descartes (Gott und Welt, Körper und Seele) und Kant (Apriori und Aposteriori, Stoff und Form, analytisch und synthetisch, phänomenale und transzendente Welt, Sinnlichkeit und Verstand) zum Inbegriff des Denkens überhaupt.

Die Überwindung der Gegensätze durch den Drang nach Einheit ist wiederum eine Denkmethode, der sich zahlreiche Philosophen bedient haben. In einer „Palintropie der Methoden“<sup>634</sup>, einem ständigen Hin und Her zwischen Induktion und Deduktion, Analyse und Synthese, Vergleichung und Unterscheidung sucht der Tübinger Philosoph, die Antithesen aufzulösen. Drei Hauptformen hat Groos herausgearbeitet: die radikale<sup>635</sup>, die interponierende<sup>636</sup> und die monistische Lösung<sup>637</sup>, wobei Überschneidungen bei den drei Varianten möglich sind. Hinter den Antithesen und deren Lösung sowie der darauf aufbauenden philosophischen Systeme stehen Groos zufolge jedoch die „Gesetzlichkeiten des Geistes“<sup>638</sup>, die Kategorien<sup>639</sup>. Sie weisen auf eine hinter dem Verstand und dem Willen liegende allgemeine Polarität des Geistigen hin. Schon die Instinkte weisen eine Antithetik auf, etwa den Annäherungsdrang und die Scheu, ebenso die gesamte Rhythmik des organischen Lebens (Systole und Diastole, Assimilation und Dissimilation).

So streift Groos immer wieder die moderne Philosophische Anthropologie, deren Fruchtbarkeit für Philosophie und Psychologie er noch vor der Begründung durch Max Scheler (1874 – 1928), Helmuth Plessner (1895 – 1985) und Arnold Gehlen (1904 – 1976) entdeckt. Nach seinen Vorlesungen zur Ästhetik in Gießen beschäftigte er sich zunächst mit den Spielen der Tiere<sup>640</sup>, setzte sich darin mit Charles Darwin (1809 – 1882), Herbert Spencer (1820 – 1903) und dem Lamarckismus

---

<sup>634</sup> Groos 1924a, 92.

<sup>635</sup> Die „radikale Lösung“ streicht einfach den Gegensatz, schaltet etwa „das Ding an sich“ aus, alles Sein ist bereits im Bewusstsein, Transzendenz wird negiert. Beispiel ist für Groos die „immanente Philosophie“. Vgl. Groos 1924a, 93.

<sup>636</sup> Die „interponierende“ oder „platonische Lösung“ sucht ein Mittelglied oder Stufen zwischen den Antithesen, so etwa Platon, Kant und Schiller. Vgl. Groos 1924a, 172.

<sup>637</sup> Hierbei stellt Groos mehrere Formen fest, vom antidualistischen Monismus über den parallelistischen bis hin zum kritischen Monismus. Hauptmerkmal ist das Streben nach einer Einheit über den Gegensätzen, wie Hegel, Fichte, Spinoza oder auch Adickes gezeigt hätten. Vgl. Groos 1924a, 230ff.

<sup>638</sup> Groos 1924a, 302.

<sup>639</sup> Von den zwölf von Kant aufgestellten Kategorien will Groos – ähnlich wie Adickes – nur zwei, nämlich die „Synthesis“ und „Analysis“ als ursprünglich apriorische Verstandesfunktionen gelten lassen. Vgl. Groos 1924a, 303.

<sup>640</sup> Groos 1896. Das Werk erlebte mehrere Auflagen, wurde ins Englische und Französische übersetzt.



auseinander, entwickelte eine Theorie des Spiels, wobei er an Platon (428 – 348), Aristoteles (384 – 322), Wilhelm Dilthey (1833 – 1911) sowie an die Ästhetik Eduard von Hartmanns (1842 – 1906), insbesondere aber an die Ästhetik von Friedrich Schiller (1759 – 1805) anknüpfte. Denn zur Welt des Spiels gehöre auch die Kunst.<sup>641</sup>

Vererbte Instinkte, so eine der zentralen Thesen von Groos, sind kein Korsett. Sie sind vielmehr lebenswichtige Leitlinien, aber biegsam, müssen es auch sein, damit sich das Tier mit Hilfe der Intelligenz neuen Gegebenheiten anpassen und entsprechend reagieren kann. Die Einübung der Instinkte geschieht beim Spiel in der Jugendphase. Die Spiele in all ihren Facetten dienen letztendlich der Vorübung und Einübung auf das Leben.<sup>642</sup> Die Instinkte werden für Groos zur Grundlage eines Systems der tierischen Spiele, in dem etwa Jagd-, Kampf-, Pflege-, Nachahmungs- oder Liebesspiele das junge Tier auf die jeweiligen Herausforderungen als ausgewachsene Exemplare einstellen. Das Spiel ist keine zwecklose Tätigkeit.<sup>643</sup> Die Erklärung durch Kraftüberschuss greife zu kurz, das Experiment und die Neugier, Erinnerung und Assoziation, auch die Freude am Erfolg und an der Macht über den eigenen Körper und über andere Objekte seien grundlegende Bedingungen des Spiels. Groos untermauerte seine Thesen oft mit physiologischen Forschungsergebnissen, etwa mit der Erhöhung der Pulsschläge oder einer Verstärkung willkürlicher Muskelaktionen.

Drei Jahre nach seinem großen Bucherfolg bearbeitete Groos seine aus dem Tierreich gewonnenen Ergebnisse anthropologisch.<sup>644</sup> Die Instinkte – besser wäre laut Groos manchmal: „natürliche oder ererbte Triebe“<sup>645</sup> – reichen nicht aus, um sich im „Kampf ums Dasein“ zu behaupten. Sie müssen durch das Spiel des Kindes und des Jugendlichen formbar, aber auch veränderbar sein. So wird etwa durch das spielende Experimentieren die „Herrschaft des Willens“<sup>646</sup> über die Körperbewegungen ermöglicht. Zeigen die Experimente im Spiel, dass andere Bewegungen sich besser eignen, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, werden diese eingeübt und gefestigt. Das menschliche Spiel ist laut Groos stets mit Lust verbunden, ob bei Kampf-, Liebes-, Nachahmungs- oder sozialen Spielen. Physiologisch spielt der Mensch, weil es ihm „recht wohl ist“ („Kraftüberschuss-Theorie“), weil er sich erholen und ausruhen will, aber auch als „Vorübung für die ernsten Aufgaben

---

<sup>641</sup> Groos 1896, IV.

<sup>642</sup> Vgl. Groos 1896, 293.

<sup>643</sup> Groos 1896, 295.

<sup>644</sup> Groos 1899. Groos wollte sich jedoch zunächst auf das „spezifisch Thierische im Thier“ beschränken, um später das „Thierische im Menschen besser verstehen“ zu können. Vgl. Groos 1896, IV.

<sup>645</sup> Groos 1899, 4.

<sup>646</sup> Groos 1899, 91.

des Lebens“: „pro patria est, dum ludere videmur“<sup>647</sup>. Frei übersetzt: Der Mensch glaubt, er spielt, in Wirklichkeit bereitet er sich auf den Krieg vor.

Die Ergebnisse der Biologie arbeitete Groos in seine Theorien ein, verwarf jedoch das Lamarck'sche Prinzip der Vererbung erworbener Eigenschaften. Auch gegen Darwin erhob er Bedenken: Er könne die noch nutzlosen Anfänge einer Neubildung sowie die Entstehung der „richtigen Variationen“ in der Auslese nicht erklären.<sup>648</sup> Obwohl der Mensch vielleicht die höchste Zahl an ererbten Instinkten aller Lebewesen habe, komme er doch in „völliger Hilflosigkeit zur Welt, als ein unfertiges Wesen“<sup>649</sup>, das in jeder Beziehung erst zu einem Individuum von selbstständiger Lebensfähigkeit heranwachsen müsse. In der Kinder- und Jugendzeit würden die Instinkte im Spiel überarbeitet und individuell angepasst. Im „struggle for life“ werde die natürliche Auslese solche Individuen begünstigen, bei denen die ererbten Anlagen weniger ausgeprägt seien, die Anpassungsfähigkeit mehr gefordert werde. So liegen die Leistungen des Spiels Groos zufolge nicht nur in einer Ergänzung der unfertigen Anlagen, sondern auch in einer Höherentwicklung des Ererbten.<sup>650</sup>

Soziologisch aber habe das Spiel eine grundlegende Funktion in der Gesellschaft. Es befriedige ein Annäherungs- und Mitteilungsbedürfnis, aber auch den Machtinstinkt. Es ist „die erste Schule für die freiwillige Unterordnung unter die Gemeinschaft, auch erste Lehrzeit für die Kunst des Herrschens“<sup>651</sup>. Das Spiel wirke so bei der „Ausbildung selbstständiger Führernaturen“<sup>652</sup> mit, denn ihrer bedarf die Gemeinschaft am meisten. Die Spiele der Erwachsenen haben hingegen meist wenig Bedeutung, so Groos. Bewegungs- und Kampfspiele, auch soziale Spiele seien jedoch nicht nur zum ontogenetischen, sondern auch zum phylogenetischen Wachstum unentbehrlich.

In Auseinandersetzung mit Volkelt, Külpe, Lipps, Cohn, Gustav Theodor Fechner (1801 – 1887), dem Experimentalpsychologen Ernst Meumann (1862 – 1915), Darwin und der Freud'schen Schule entwi-

---

<sup>647</sup> Groos 1899, 468.

<sup>648</sup> Vgl. Groos 1899, 479ff.

<sup>649</sup> Groos 1899, 484.

<sup>650</sup> Teleologisch wendet Groos die Entfaltung der Kulturwerte. Eigentliche Grundlage der Wertungsakte ist die Entelechie. Denn in den ererbten Anlagen walten weltbeherrschende geistige Mächte, die eine bewusste Verwirklichung von Werten möglich machen und mit den Zielen der kosmischen Ordnungskräfte übereinstimmen. Vgl. Groos 1932a, 15f.

<sup>651</sup> Groos 1899, 515.

<sup>652</sup> Groos 1899, 515.

ckelte Groos die Grundzüge einer „psychologischen Ästhetik“.<sup>653</sup> De-  
 ren Kern bildeten die Theorien des „inneren Miterlebens“ von Rudolf  
 Hermann Lotze (1817 – 1881) und Robert Vischer (1847 – 1933) so-  
 wie Schillers Lehre vom Spiel und dem menschlichen Nachahmungs-  
 trieb.<sup>654</sup> Aber auch die aristotelische „Mimesis“ war Pate der klassisch-  
 idealistischen Kunstauffassung von Groos. Seine Charakterisierung des  
 Künstlers kommt dem Geniebegriff nahe. Das Genie baue aus „inne-  
 rem Drang“<sup>655</sup> aus dem Naturvorbild „in freier Weise“<sup>656</sup> mit einer ei-  
 genen Formen- und Farbensprache eine andere Welt auf. Psycholo-  
 gisch gewendet findet Groos drei „oberste Prinzipien“<sup>657</sup> der künstleri-  
 schen Produktion: Nachahmung (der Wirklichkeit), Stoffgestaltung  
 und Selbstdarstellung. Das vollendete Kunstwerk ist das Schöne, Er-  
 habene, Wertvolle, es weist auf „das sittliche Ideal der freien Persön-  
 lichkeit“<sup>658</sup> hin und besitzt „schon objektiv den Charakter der Freiheit  
 und Feiertäglichkeit“<sup>659</sup>. „Inneres Miterleben“ des Kunstwerks ist hin-  
 gegen „die feinste und vergeistigste Form“<sup>660</sup> des Rezipienten. Es  
 gründet anthropologisch auf den Nachahmungstrieb und lässt durch die  
 Phantasie eine freie Geistesbetätigung zu. Durch die „monarchische  
 Einrichtung des Bewusstseins“<sup>661</sup> wird eine Verschiebung des Blick-  
 punkts bewirkt, sie führt aber auch das Mannigfaltige zusammen und  
 ist Grund für die Vielfältigkeit der ästhetischen Genüsse.<sup>662</sup> Sinnliche  
 und reproduktive Faktoren wirken beim Kunstgenuss zusammen. In ih-  
 ren wichtigsten psychologischen Merkmalen stimmen das Spiel und  
 der ästhetische Genuss überein. Der Kunstgenuss geht jedoch weiter,

---

<sup>653</sup> Wenn Groos Darwin zum Teil auch recht gibt und zwischen der künstlerischen  
 Produktion in der Tierwelt und des Menschen eine gewisse Ähnlichkeit entdeckt, et-  
 wa in der Partnerwerbung mit Bewegungskünsten (Tanz), durch Geräusche oder Tö-  
 ne (Musik, Lyrik, Drama) oder durch Farben (Malerei, Plastik), verwirft er doch des-  
 sen Annahme, die Kunst habe ihren Ursprung im Sexualleben. Sie werde durch die  
 Tatsachen nicht gestützt. Vgl. Groos 1924b, 7ff. Groos hat auch statistische Unters-  
 suchungen über die optischen und akustischen Qualitäten in der Lyrik Schillers veröf-  
 fentlicht, zusammen mit der Adoptivtochter Maria. Vgl. Groos, 1909b; 1910. Adopt-  
 ivtochter Maria und Ehefrau Emma Groos besuchten an der Tübinger Universität  
 Vorlesungen und Seminare über Literatur und Kunstgeschichte. Vgl. Studentenakte  
 Maria Groos, UAT 259/685; Hörerakte Emma Groos UAT 578/632.

<sup>654</sup> Vgl. Groos 1902, 179.

<sup>655</sup> Groos 1902, 1.

<sup>656</sup> Groos 1906, 302.

<sup>657</sup> Groos 1902, 248; 1924b, 21; 1925, 17.

<sup>658</sup> Groos 1902, 153.

<sup>659</sup> Groos 1902, 154. Dem Philosophen geht es um die „großen Stoffe“, „mit denen  
 der um Erkenntnis, um sittliche und religiöse Güter ringende Mensch zu tun hat.“ In-  
 halt und Form bilden dabei eine Harmonie. Groos 1906, 310.

<sup>660</sup> Groos 1902, 255.

<sup>661</sup> Groos 1902, 257.

<sup>662</sup> Groos 1902, 258. Bei einem Lied etwa wird sich laut Groos ein Hörer auf den  
 Reiz der Stimme besonders konzentrieren, ein anderer auf die Melodie, ein dritter auf  
 die Klavierbegleitung. Bei einer Verlagerung der Aufmerksamkeit wird der Rezipient  
 des gesamten Reichtums des Kunstwerks innerlich gewahr. Der Schwerpunkt in ei-  
 nem „fertigen Kunstwerk“ ist kaum auszumachen. Vgl. Groos 1902, 260.

er ist das „edelste und wichtigste Spiel der Erwachsenen“<sup>663</sup>. Ohne Kunst sei eine allseitige Ausbildung des Menschen nicht möglich. Denn Kunst habe einen sittlichen Wert und einen Wahrheitswert, sie erhebe den Genießenden sittlich und vermittele ihm eine tiefe Lebenskenntnis, weise über das individuelle Erlebnis auf das Typisch-Menschliche und auf das große umfassende Weltleben hin. Zu den technischen und historischen Kenntnissen muss sich der Rezipient auch die „kindliche Seele“ bewahrt haben, um das Kunstwerk „in nasser Hingabe spielend mitzuerleben“<sup>664</sup>. Der italienische Verismus und der Naturalismus gehören daher nicht zur „hohen“ Kunst, denn sie können nicht „spielend genossen“<sup>665</sup> werden, sie bleiben im Alltagsleben verstrickt. Nur wo das Kunstwerk den Rezipienten aus dem Alltags-Ich und aus dem Alltagsleben „in die reine Sphäre des freien Phantasiespiels“<sup>666</sup> hinauf trägt, ist vollendeter ästhetischer Genuss. Dort überwiege das „Schein-Ich“<sup>667</sup>, das reale Ich werde zurückgedrängt. Nur im „Schein-Ich“ fühle sich der Mensch wahrhaft frei, in der realen Welt sei Freiheit unmöglich, da werde „der Mensch Spielball entgegengesetzter Mächte“<sup>668</sup>. Nur im „Spiel des schönen Scheins“<sup>669</sup> sei Befreiung möglich.

Die „induktive Metaphysik“ mit ihrer teleologisch auf die Vollkommenheit orientierten „Weltseele“, die politisch-soziologische Komponente des Spiels mit ihrer freiwilligen Unterordnung und ihrer Ausbildung zum Herrschen sowie die idealistische Kunstauffassung mit ihrem Rückzug in die Innerlichkeit deuten nicht gerade auf eine revolutionäre politische Orientierung von Groos hin. Sein politisches Verhalten und seine wenigen politischen Aussagen lassen eher eine national-konservative Einstellung wilhelminischer Prägung erkennen.

Zweimal hat sich Karl Groos mit seiner Unterschrift in die „große Politik“ eingemischt. Im Juni 1915 unterzeichnete er die „Intellektuellen-eingabe“<sup>670</sup> (sie umfasste die Annexions- und Einflusspläne des Deutschen Reiches), im Jahre 1917 die Petition gegen die Friedensresolution des Reichstages<sup>671</sup>. Zur national-konservativen Haltung passt die

---

<sup>663</sup> Groos 1899, 490.

<sup>664</sup> Groos 1902, 157f.

<sup>665</sup> Groos 1902, 154.

<sup>666</sup> Groos 1902, 153. Groos las häufig englisch- und französisch-sprachige Krimis oder Novellen. Denn in der fremden Sprache habe er eine „geringere Empfindlichkeit“ gegenüber den äußeren Mängeln. Ein Krimi ist laut Groos inhaltlich bloß spannend, aber nicht bedeutungsvoll, auch nur ein kleiner Teil der Roman- und Novellenliteratur sei genießbar, weil innere und äußere Mängel die Hingabe an das Werk ausschließen. Vgl. Groos 1902, 155; 252.

<sup>667</sup> Groos 1896, 325.

<sup>668</sup> Groos 1896, 330.

<sup>669</sup> Groos 1896, 331.

<sup>670</sup> Vgl. Döring 1975, 263.

<sup>671</sup> Vgl. Döring 1975, 263.

Begründung des von ihm gebildeten Begriffs des monarchischen Bewusstseins: Das Prinzip der „monarchischen Einrichtung des Bewusstseins“<sup>672</sup> soll die Organisation der Gehirnfunktionen bezeichnen. Es gelte „auch“ für die innere Welt des Menschen: „die Vielherrschaft ist nichts Gutes, Einer soll Herr sein, Einer der König.“<sup>673</sup> Schließlich seien „Freiheit“ und „Gleichheit“ im Sinne der rein idealistischen Forderungen von 1789 Ideale eines einseitigen Denkens, bemerkte Groos schon 1926. Sie ließen sich nicht verwirklichen, weil sie der Doppelseitigkeit der sozialen Grundkräfte und ihrer verschiedenen Verteilung zu wenig gerecht würden, wodurch auch vier Jahre später (1793) der Umschlag „in das andere Extrem“ bewirkt worden sei.<sup>674</sup> Zustimmend weist Groos auf die Ableitung des sozialen Stufenbaus „aus den Bedingungen geistiger Gemeinschaft“ in Othmar Spanns „Der wahre Staat“ hin.<sup>675</sup>

---

<sup>672</sup> Groos 1892, 6. Den Ausdruck „monarchisches Bewusstsein“ führt Groos zuerst in der Ästhetik ein. Damit meint er einen Wechsel der Interessen durch den Betrachter oder Hörer. Je nach Interessenlage zeigen sich für den Rezipienten andere Erkenntnisse. Vermeintlich unbedeutende Nebenaspekte eines Kunstwerks können durch die Verschiebung der Sichtweise zur Hauptsache werden, was Groos am Beispiel eines Vexierbildes zu verdeutlichen sucht. „Je mehr sich also einzelne Vorstellungen erheben, desto tiefer müssen andere zurücksinken; die intensivste Beschäftigung mit einer bestimmten Vorstellung kann immer nur auf Kosten anderer Vorstellungskomplexe gewonnen werden. Daher kommt es, dass das Bewusstsein, wo es seine ganze Kraft entfalten will, immer monarchisch eingerichtet ist.“ Groos, 1892, 5. Vermutlich hat der späte Schelling einen Einfluss auf Groos ausgeübt. In seinem ersten veröffentlichten Werk sucht der Tübinger Philosoph die „negative Philosophie“ Schellings in einer systematischen Darstellung zu Ende zu führen (Groos 1889). Friedrich Wilhelm Joseph Schelling (1775 – 1854) hatte zur „negativen“ oder „rationalen“ Philosophie lediglich einzelne Vorträge hinterlassen. Analog zur aufsteigenden Stufenfolge der individuellen geistigen Vermögen in einer Gesellschaft interpretiert Groos die vertikale Geschichtsbetrachtung Schellings im Sinne einer dialektischen Höherentwicklung, seine horizontale Betrachtung der Menschheit erkennt Unterschiede und eine Stufenfolge der „Rassen“ (Groos 1889, 160). Die Konzeption des Staates ist an Platon und Aristoteles orientiert. Jeder Stand und dessen Mitglieder sollen jeweils die ihnen zugeordnete Position einnehmen, eine Gemeinschaft aus Gleichen könne nicht existieren. Standesunterschiede seien bereits in der intelligiblen Welt vorgesehen und hypothetisch durch die Idee vorherbestimmt (Groos 1889, 163). Die Wahrung der gesellschaftlichen und politischen Unterschiede sieht Schelling in der Interpretation von Groos am besten in der „selbstbewussten Monarchie“ gewährleistet. Deren Grundlage ist der Zwang, nicht die Freiheit. Freiheit wird nur als „Produkt“ der „selbstbewussten Monarchie“ zugelassen (Groos 1889, 169). Im Sittengesetz wird daher von jedem einzelnen gefordert, auf die „Selbstheit“ zu verzichten, sein Ich zu vergessen, da sich niemand gegen den Staat auflehnen darf (Groos 1889, 174). Eine Kompensation des Ich ist jedoch notwendig. Sie kann auf unterschiedlichen Stufen erreicht werden, die höchste „des unselbstischen Lebens ist die kontemplative Wissenschaft“. Denn sie beschäftigt sich mit dem intelligiblen, dem reinen Denken, der „rationalen Philosophie“ (Groos 1889, 181f.). Inwieweit Groos der Rechts- und Staatsphilosophie Schellings folgt, wird allerdings nicht deutlich. Der späte Schelling lehnt die Staatsvertrags-Theorie und einen auf Gleichheit aller Bürger beruhenden Staat ab und setzt die Republik mit Anarchie, Pöbelherrschaft und Terror gleich. In der „selbstbewussten Monarchie“ sieht er die legitime Staatsform.<sup>672</sup> Vgl. Sandkühler 1968, 227ff.; Hofmann 1999, 196ff.

<sup>673</sup> Groos 1892, 5.

<sup>674</sup> Vgl. Groos (Karl) 1952 (1926), 39.

<sup>675</sup> Vgl. Groos (Karl) 1952 (1926), 39, Anmerkung 4. Othmar Spann (1878 – 1950) bahnte dem Austrofaschismus den Weg. Er war im Vorstand vom „Kampfbund für

Obwohl Groos in seinen Werken häufig liberale oder nationalliberale, immer wieder aber auch englische und französische Wissenschaftler in der Originalsprache zitiert, auch englische und französische Fachausdrücke benutzt und englische sowie französische Literatur las, schimmert doch auch gelegentlich der deutschtümelnde Philosoph hervor. So suche die „idealistische Metaphysik der Deutschen“ die Natur- und Geisteswelt als die Phasen einer einheitlichen, nirgends bloß mechanischen, überall zweck- und sinnvollen Entwicklung zu schauen. Der Materialismus sei Importware.<sup>676</sup> Damit begibt sich der Philosoph in den Schatten der deutschnationalen Kollegen.

Große Sympathie, ja Bewunderung hegt der Philosoph für Otto von Bismarck. Über den ersten deutschen Reichskanzler von 1871 bis 1890 schrieb er seinen ersten Beitrag zur Individualpsychologie.<sup>677</sup> Dabei suchte er, Bismarck aus dessen Selbstbeurteilungen (Briefe, Reden, Memoiren und Berichte) heraus psychologisch zu deuten. Sein Befund: Der Reichskanzler besitze einen klaren, aufs Praktische und Anschauliche gerichteten Verstand.<sup>678</sup> Seine angeborene Herrschernatur<sup>679</sup> korrespondiere mit einem furchtlosen Kampfeswillen<sup>680</sup> als beherrschendem Grundzug und einem ausgesprochenen Willens-Ich. Die „Ehrlichkeit als Waffe“<sup>681</sup>, „tiefgegründetes Selbstbewusstsein des Genies“<sup>682</sup>, Ehrgeiz und Pflichttreue<sup>683</sup> seien weitere Charaktereigenschaften des „Leitmenschen“<sup>684</sup> Bismarck, der bis an sein Ende „der große Kriegsmann“<sup>685</sup> bleibe. Am Schluss der psychologischen Individualstudie sind Verehrung und ein Seufzer über den Mangel an ähnlich kraftvollen Herrschernaturen in der Gegenwart deutlich vernehmbar: „Eine Wiederkehr des Gleichen gibt es nicht, aber wer möchte ohne die Hoffnung leben, dass die deutsche Erde noch immer die Kräfte birgt, um wieder einen Führer erstehen zu lassen, der seinem Volke zurufen

---

Deutsche Kultur“, einem völkisch und antisemitisch orientierten, im Jahr 1928 von Alfred Rosenberg gegründeten Verein. Spann hatte mit seiner Schrift „Der wahre Staat“ großen Einfluss in der Weimarer Republik. Er lehnte die Demokratie ab und war ein Befürworter des Ständestaates. Die Weimarer Republik sah er als mechanistisches System mit Atomisierung, Isolierung und Künstlichkeit als Folgen, während sein „wahrer Staat“ einen organischen Aufbau aufweist, mit einer in Ständen gegliederten hierarchischen Ordnung. Vgl. Klee 2007, 589; Sontheimer 1994, 199ff.

<sup>676</sup> So Groos in einem Vortrag zum 60. Geburtstag seines Freundes Erich Adickes. Groos 1926, 5.

<sup>677</sup> Groos 1920.

<sup>678</sup> Groos 1920, 27.

<sup>679</sup> Groos 1920, 55.

<sup>680</sup> Groos 1920, 199.

<sup>681</sup> Groos 1920, 63.

<sup>682</sup> Groos 1920, 66.

<sup>683</sup> Groos 1920, 144.

<sup>684</sup> Groos 1920, 221.

<sup>685</sup> Groos 1920, 188.

darf: „Vor mir der Tag und hinter mir die Nacht!“<sup>686</sup> Waren bei Bismarck „die Gefahren der Eitelkeit kaum vorhanden“<sup>687</sup>, macht sie der Philosoph in seiner zweiten Charakterstudie bei Metternich, dem „Antipoden“<sup>688</sup>, verstärkt aus.<sup>689</sup>

Vom Gebrauch der in der Weimarer Republik irrationalistisch, nationalistisch und völkisch gewendeten Begriffe der „Volksgeister“ und „Kulturseelen“ distanziert sich Groos. Wie die metaphysischen Faktoren seien sie als reale Einheiten „nicht greifbar“<sup>690</sup>. Erfahrungswissenschaft habe mit anthropologischen Faktoren zu tun, die sich auf individuelle Realitäten beziehen. Vererbung und Milieu wirken sich zwar auch auf besondere Eigenarten der Völker aus, aber die „starke Blutmischung bei allen europäischen Nationen und die große Mannigfaltigkeit ihrer Lebensverhältnisse“<sup>691</sup> ließen keine Schlüsse vom Volk auf den Einzelnen zu. Bessere Ergebnisse bei der Untersuchung von Charaktereigenschaften eines Individuums erziele man durch Genetik, die allerdings vorsichtig und zurückhaltend genutzt werden sollte. Zum Einfluss der „Blutmischung“ auf den Verstand und den Instinkt äußert sich Groos zurückhaltend.<sup>692</sup>

Gefeit ist der Philosoph auch vor der Überhöhung des Volkes oder der „Volksgemeinschaft“. Dass Staaten oder Völker in jeder Hinsicht die höheren Zwecke und Ziele darstellen, sei keineswegs ausgemacht, sie stünden „ethisch tiefer als der gesittete Einzelmensch“<sup>693</sup>. Mit Kant sieht er die Staaten trotz eines Völkerbundes und der Schiedsgerichte im „geschlossenen Zustand der Wilden“<sup>694</sup>.

Zum 1. Oktober 1929 bat der 67-jährige Karl Groos das Ministerium, ihn von seinen Amtspflichten zu entbinden, weil er Zeit haben wolle, seine erkenntnistheoretischen und metaphysischen Theorien zu veröffentlichen.<sup>695</sup> Groos hielt jedoch in den folgenden Semestern weiterhin Vorlesungen.

---

<sup>686</sup> Groos 1920, 247.

<sup>687</sup> Groos 1920, 39.

<sup>688</sup> Groos 1922, 25.

<sup>689</sup> Groos 1922. Ebenfalls ein Leitmensch, aber ein eitler, besaß Metternich Willensstärke, Ehrgeiz und einen starken Drang zur Pflichterfüllung. Er schätzte sich als unfehlbar ein und war von Dünkel und Egozentrik erfüllt. Groos arbeitet in dieser Studie mit den damals noch jungen Kategorien „Innenbild“ (Selbstbild) und „Außenbild“ (Fremdbild). Auch bezieht er das Privatleben des Fürsten in seine Untersuchung ein und befördert mit beiden Individualstudien die psychologische Forschung.

<sup>690</sup> Groos 1926, 19.

<sup>691</sup> Groos 1920, 190.

<sup>692</sup> Vgl. Groos 1920, 189ff.

<sup>693</sup> Groos (Karl) 1952 (1926), 40.

<sup>694</sup> Groos (Karl) 1952 (1926), 40.

<sup>695</sup> Schreiben vom 20. Dezember 1928 von Karl Groos an das Ministerium für Kirchen- und Schulwesen. UAT 126/223 (Personalakte Karl Groos).

Sein Rekurs auf biologische Ergebnisse der Wissenschaft lässt Groos nicht in biologisch fragwürdige Begründungszusammenhänge abirren. Die Soziale Frage scheint Groos nicht interessiert zu haben, politisch muss er der anti-egalitären Richtung zugeordnet werden. Seine Definition der „Gleichheit“ ist in einen „organischen“ Aufbau der hierarchisch gegliederten Gesellschaft eingebettet, in der nach der platonischen Gerechtigkeit und den ständestaatlichen Ideen „jeder das Seine“ zum harmonischen Ganzen beisteuern soll. Antiliberal ist der von Groos favorisierte Ständestaat. Als typischer Vertreter des (kaiserlich wilhelminischen) Bildungsbürgertums gehört Groos somit zur national-konservativen Gruppierung. Kein Freund der Weimarer Republik hat er die Demokratie öffentlich jedoch nicht aktiv bekämpft. Dass er ein „politischer Kopf“ ist, nicht im „Elfenbeinturm“ lebt, beweist er mit der Bismarck- und Metternich-Studie. Die von den beiden Politikern auf der großen Weltbühne ausgefochtenen politischen Ränke- und Machtspiele durchschaut er.

### **C. Theodor Haering: Im Schatten der „Konservativen Revolution“**

Adickes und Groos waren politisch national-konservativ und antiliberal, der Weimarer Republik waren sie skeptisch bis kritisch gegenüber eingestellt. Sie gehören beide in die Gruppe der von Sontheimer charakterisierten Deutschnationalen mit einem unterschiedlich akzentuierten liberalen Moment. Aktiv bekämpft haben die beiden „Alt-Ordinarien“ die Republik nicht. Theodor Haering<sup>696</sup> hingegen ist in der

---

<sup>696</sup> Theodor Haering wurde am 22. April 1884 in Stuttgart geboren. Er war der älteste Sohn des späteren Tübinger Professors der Evangelischen Theologie Theodor von Haering und dessen Ehefrau Emma. 1886 wird in Stuttgart Bruder Hermann geboren, 1888 in Zürich die Schwester Emma; sie wurde Sozialbeamtin. Die Familie Haering war in Warmbronn, Kreis Leonberg, beheimatet. Mitte des 18. Jahrhunderts zog sie zunächst nach Vaihingen an der Enz, dann nach Stuttgart. Dort gründete der Urgroßvater Johannes Jakob Haering ein Manufakturwarengeschäft (insbesondere Tuchhandlung) am Marktplatz 17. Der Vater Theodor von Haering besuchte 1862 das Bad Uracher Seminar, 1866 kam er nach Tübingen, studierte Theologie im Stift und war dort Repetent. Von 1876 bis 1886 war er Pfarrer in Calw und in Stuttgart (zunächst an der Hospitalkirche, ab 1882 an der Stiftskirche). Das pietistische Elternhaus am Stuttgarter Marktplatz war in den 80-er Jahren des 19. Jahrhunderts „ein Mittelpunkt der frommen Stuttgarter Kreise“ und eines „betont christlichen Lebens“, schreibt Bruder Hermann Haering in seiner Biografie über den Vater (Hermann Haering 1963, 29f.). Der Systematiker und Dogmatiker wird als „friedliebend“ bezeichnet, der lieber Brücken baute als Gräben zog (Hermann Haering 1963, 268f.). Von der Aufklärung hielt er nichts, sie war ihm „wesensfremd“ (Hermann Haering 1963, 13), Goethe kritisierte er, weil der Dichter Gott und Jesus „an den Rand seines Weltbildes“ schiebe (Hermann Haering 1963, 15). 1886 wurde er als Professor der Theologie nach Zürich berufen, 1889 nach Göttingen als Nachfolger Albrecht Ritschls. Den Ruf nach Tübingen erhielt er 1895, wo er 1905 Rektor der Universität wurde. Nach dem Rektoratsjahr erhielt er den Kronenorden mit dem persönlichen Adel. Haerings Mutter Emma (geboren am 2. Oktober 1856) stammt aus einer Elberfelder Hugenot-



Weimarer Republik eher den Anhängern der „Konservativen Revolution“ zuzurechnen, keinesfalls den Liberalen, wie Tilitzki annimmt<sup>697</sup>. Dank des umfangreichen Nachlasses von Haering kann der persönliche und wissenschaftliche Werdegang des Tübinger Philosophen gut rekonstruiert werden.<sup>698</sup> Der Schlüssel zum Verständnis seiner späteren philosophischen und ethischen Entwicklung liegt in der Jugend Theodor Haerings.<sup>699</sup> Daher muss zunächst etwas ausführlicher auf sie eingegangen werden.

---

tenfamilie. Sie war die Tochter von Friedrich Lorenz Chevalier, der das Manufakturwarengeschäft am Stuttgarter Marktplatz übernahm; ein Calvinist, der für die Freikonservative Partei im Reichstag saß, sein Geschäft am Marktplatz ausbaute und sich an den Ludwigshafener Farbwerken beteiligte, wodurch sich sein Vermögen beträchtlich vermehrt haben soll. Die Mutter Haerings war musikalisch begabt und spielte gut Klavier. Charakterisiert wird sie als „willenskräftige und liebevolle Persönlichkeit“ (Hermann Haering 1963, 105). Trotz eines gewissen Reichtums wurden die Kinder „bescheiden erzogen“, den Zehnten legte der Vater stets für Hilfeleistungen zurück (Hermann Haering 1963, 224).

<sup>697</sup> Tilitzki 2002, 72. Warum Tilitzki den Tübinger Philosophen in die Kategorie der Liberalen eingruppiert, ist unverständlich, sieht er doch in dessen „Materialisierung des Geistes“ von 1919 mit der deutlichen Herausstellung von „Führerpersönlichkeiten“ eine „klare Abgrenzung zu westeuropäischen Gesellschaftsmodellen“. Vgl. Tilitzki 2002, 285.

<sup>698</sup> Theodor Haering starb 1964. Er hatte seinen Bruder Hermann Haering (1886 – 1967; seit 1922 stellvertretender Direktor der Universitätsbibliothek Tübingen, von 1933 bis 1945 Direktor des Stuttgarter Staatsarchivs) beauftragt, bestimmte Briefe und Schreiben zu vernichten, bevor der Nachlass an die Tübinger Universitätsbibliothek übergeben wird. Vgl. Schreiben von Hermann Haering an vermutlich Eugen Neuscheler (1889 – 1985, bis 1964 Mitarbeiter der Universitätsbibliothek Tübingen), vom 24. November 1964, in: UBT, Md 971. Der Bruder kam wohl aus Zeitgründen nicht mehr dazu. Denn im Nachlass sind einige den Philosophen belastende Dokumente erhalten geblieben. Hingegen finden sich nur zwei Glückwünsche zum 60. Geburtstag an Haering, obwohl er „so viele und so mannigfaltige Zeichen freundlichen Gedenkens“ am 22. April 1944 erhalten hatte, dass es ihm sowohl an Zeit wie auch an Papier mangelte, allen zu danken, wie er dem Schriftsteller Wilhelm Schussen (1874 – 1956) schrieb. Vgl. Karte Theodor Haering an Wilhelm Schussen, Mai 1944, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Schussen, Zugangsnummer: 77.2090. Ähnlich auch in seinem Brief an den Rektor Otto Stickl. Darin bedankt sich Haering für die ehrenvollen und liebenswürdigen Worte zu seinem 60. Geburtstag und erwähnt „eine Welle von Liebe, Vertrauen und Anerkennung“, die ihm entgegenschlug. Vgl. Brief Theodor Haering an Rektor Otto Stickl vom 28. April 1944, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>699</sup> Denn jede Philosophie sei bei einem wirklichen und aufrichtigen Philosophen nichts anderes als ein „Zum-klaren-Bewusstsein-Erheben“ der in ihrem Autor vorhandenen Grundvoraussetzungen alles seines Erkennens und Wollens (Haering 1938a, 210). Haering war davon überzeugt, dass ein Weltbild nicht erst eine nachträgliche Synthese aus Erfahrungen einzelner und verschiedener Seinsgebiete und aus Teilerfahrungen, sondern vielmehr die Differenzierung eines ursprünglichen Gesamt- und Weltbildes ist, heißt es in seinem Vorlesungsmanuskript „Grundzüge eines philosophischen Weltbildes“ vom Anfang der 1940er Jahre. Vgl. UBT Md 989, 23 (Nachlass Theodor Haering). Dem Menschen sei ein metaphysischer Trieb angeboren, die Erfüllung sei eine Notwendigkeit. „Wahre Metaphysik“ müsse sämtliche Seinsarten sowie deren Beziehungen berücksichtigen. Vgl. UBT Md 989, 383ff. (Nachlass Theodor Haering). In diese Richtung geht auch ein Brief von Philosophenfreund Hermann Glockner. Nach Erscheinen des Werkes „Philosophie des Verstehens“ (1963) schreibt er ihm: „Dein Kantianismus kommt mir ziemlich äußerlich vor. Du hattest nämlich schon eine Weltanschauung, als Du zu philosophieren begannst; ich nicht. Für Dich bedeutet das kantische Denken eine ziemlich rationale

## 1. „Neue Saat wird nur mit Blut gedüngt“

Ein Hauch der großen Politik wehte dem Schüler Theodor auf dem Göttinger Bahnhof entgegen. Die Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. im Jahr 1890 hat der Vater „mit Erschütterung, ja Entrüstung“<sup>700</sup> aufgenommen. Als der einstige Reichskanzler auf seinem Weg nach Wien im Jahre 1892 in Göttingen Station machte, huldigte ihm die Göttinger Universität. Unter den Professoren war auch der Vater im Talar. Die Mutter hob den damals achtjährigen Theodor in die Höhe, damit er „den Großen“ sehen solle.

Nachdem der Vater den Ruf nach Tübingen angenommen hatte, wechselte der elfjährige Theodor ans Tübinger Umland-Gymnasium<sup>701</sup>, 1899 trat er dem Schwäbischen Albverein bei.<sup>702</sup> Die Geige wurde sein „liebstes Spielzeug“, „seine Freundin“<sup>703</sup>. Früheste literarische Versuche datieren von 1899. In einem Lustspiel thematisiert der 15-Jährige die „Frauenfrage“<sup>704</sup>. Gedichte und Lieder (auf die Geige, wider das Küssen, auf die Eltern) schenkte der 16-Jährige seinen Eltern zum Weihnachtsfest 1900 und 1901, und aus dem Jahr 1902 ist ein Fragment des Trauerspiels „Tiberius“<sup>705</sup> erhalten.

Im Gymnasium begann Haering Hebräisch zu lernen. Wie sein Vater wollte auch er Theologe werden.<sup>706</sup> Ihm waren das Alte und Neue Tes-

---

Eintragung in eine schon vorhandene Geisteshaltung [...] Du solltest noch eine Selbstbiographie schreiben und uns mindestens Deine Jugendgeschichte – etwa bis zur Bekanntschaft mit Hegel – erzählen. Nach dieser Ergänzung schreibe Deine Philosophie des Verstehens förmlich.“ Vgl. Brief Hermann Glockner an Theodor Haering vom 16. August 1963, in: UBT Md 1014/147 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>700</sup> Hermann Haering 1963, 429. Politisch stand der Vater auf Seiten des ersten Reichskanzlers des Deutschen Reiches, Otto von Bismarck, und des Kaisers Wilhelm I. Unantastbar war für ihn die Monarchie wie auch das „Ständewesen“ im Deutschen Reich. Der – im 19. Jahrhundert begonnenen – Industrialisierung mit ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Modernisierungstendenzen war der Vater gegenüber abgeneigt, die sozialen Verpflichtungen sah er bei den Ständen innerhalb des konstitutionellen monarchischen Staates.

<sup>701</sup> Die Familie wohnte zunächst in der Grabenstraße, sie pachtete den Riss'schen Obstgarten dazu. Heute steht dort das Landgericht. 1896 kaufte sie das Haus in der Hirschauer Straße 6. Es gehörte zuvor dem Sanskritisten Richard von Garbe.

<sup>702</sup> Zur 50-jährigen Mitgliedschaft erhielt er im Mai 1949 eine Urkunde; UBT, Md 971,9.

<sup>703</sup> In Tübingen erhielt Haering Unterricht von Prof. Emil Kaufmann, einem Freund Hugo Wolfs (UBT, Md 971/27). Als Student in Halle bildete er sich am Leipziger Konservatorium weiter.

<sup>704</sup> Die Hauptperson Julie soll die erste Frau in der Stadt sein, die studieren darf. Weil sich jedoch die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihr Gegenteil verkehren, aus dem Patriarchat ein Matriarchat wird, die Männer keine Funktionen in der Gesellschaft mehr haben, soll Julie am Schluss doch lieber kochen und nähen lernen.

<sup>705</sup> UBT, Md 979, 6 und UBT, Md 979, 11. Theodor Haering hat von Jugend an Gedichte zu familiären, aber auch zu offiziellen Anlässen geschrieben.

<sup>706</sup> Der Vater jedoch begleitete den Wunsch „mit ernsten Erwägungen“ über den Unterschied zwischen der Zeit seines eigenen Eintritts ins Uracher Seminar 1862 und der Jahrhundertwende. Dessen Vorstellungen zufolge konnte man auch in einem

tament im Jugend- und jungen Erwachsenenalter stete Lektüre. Die Religionen, insbesondere das Christentum beschäftigten ihn stark. Erst mit ihm sei eine wahrhaft ethische Religion entstanden, notierte er. Es öffne „das Tor zum wahren Glück“<sup>707</sup>, regele die soziale Stellung der Menschen untereinander und weise dem einzelnen seine individuellen Pflichten zu. Höchste Bestimmung sei, eine Persönlichkeit, ein Charakter zu werden, erfüllt mit den christlichen Tugenden. In der Bibel wehte ihm „ein Zug der Freiheit“ entgegen. Eine allgemeingültige Dogmatik lehnte er entschieden ab. In der „Ode an Gott“<sup>708</sup> trieb ihn sogar eine „Sehnsucht zum Tode“, um Gott zu schauen.

Haering studierte laut Studentenakte von 1902 bis 1906 Theologie und Philosophie in Tübingen und Halle.<sup>709</sup> Wie sein Vater trat auch er der evangelischen Studentenverbindung Luginsland bei.<sup>710</sup> Die Diskrepanz zwischen Wissen und Glauben muss schon den Studenten der Theologie beschäftigt haben. Die Gotteslehre, das Metaphysische könne nicht gewusst, nicht bewiesen werden, davon müsse man innerlich überzeugt sein, hielt er in seinen unveröffentlichten „Thesen über die richtige Religionsform“<sup>711</sup> fest. Objekt und Grund seines Glaubens war allein Gott, nicht Jesus Christus.

Nach der ersten theologischen Dienstprüfung im Herbst 1906 schloss Haering ein Vikariat bis zum Herbst 1907 in Vaihingen an. Im Wintersemester 1907/08 nahm er Urlaub und studierte Philosophie in Ber-

---

praktischen Beruf, etwa in dem eines Kaufmanns, ein rechter Christ sein. Vgl. Hermann Haering 1963, 226.

<sup>707</sup> UBT, Md 971,19. Die Notiz ist undatiert. In welchem Alter Theodor Haering die folgenden Gedanken zum Christentum verfasst hat, kann nicht mit Sicherheit angegeben werden. Vermutlich war er etwa 20 Jahre alt.

<sup>708</sup> UBT, Md 971,19. Das Gedicht ist undatiert.

<sup>709</sup> Studentenakte Theodor Haering UAT 40/83,9. Haering hat sich am 24. Oktober 1903 in Halle für Theologie eingeschrieben. Am 21. August 1904 wurde er exmatrikuliert. Er verbrachte also das Wintersemester 1903/04 sowie das Sommersemester 1904 in Halle, besuchte Vorlesungen aus der Theologie (Einleitung in das Alte Testament, Kirchengeschichte, Vergleich des Christentums mit anderen Hauptreligionen, Neutestamentliche Sozietät, Ethik, Dogmatik, Kleine Propheten, Hauptprobleme des Lebens Jesu oder Heimatliche Arbeit für die Mission), aber auch Philosophie-Vorlesungen des Neu-Kantianers Aloys Riehl (Übungen über Spinozas Ethik, Einführung in die Ästhetik). Vgl. UA Halle, Rep 39, Nr. 264.

<sup>710</sup> Vgl. Studentenakte Theodor Haering, UAT 40/83,9. Über seine philosophischen Interessen geben uns die Themen seiner Seminararbeiten Auskunft. Im Wintersemester 1902/03 arbeitete der Student über „Platons Gorgias“, im Sommersemester 1903 über „Kants Kausalitätsbegriff“ und im Wintersemester 1903/04 über „Die analytischen und synthetischen Urteile nach Kant und Sigwart“ sowie über „Kants Gottesbegriff“. In Theologie fertigte er im Sommersemester 1904 Arbeiten über „Die Wunder im Matthäusevangelium“ sowie über „Die menschliche Bedürftigkeit und die göttliche Offenbarung in den Psalmen“ an. In jedem Tübinger Semester saß er in einer Vorlesung seines Vaters. Darüber hinaus studierte er etwa bei Adolf Schlatter, Christoph von Sigwart, Richard von Garbe, Heinrich Maier und Erich Adickes. Vgl. UBT, Md 1009.

<sup>711</sup> UBT, Md 971, 19 (undatiert).

lin.<sup>712</sup> Im Frühjahr 1908 wurde Haering Vikar in Rottenburg und in Benningen bei Marbach. Von Herbst 1908 bis zum Frühjahr 1911 war er Repetent am Seminar zu Schöntal. In dieser Zeit hat sich die Einstellung zur Religion und zur Theologie bei ihm grundlegend gewandelt. Am Ende dieses Prozesses wird er die eingeschlagene Pfarrer-Laufbahn abbrechen.

Doch schauen wir uns zunächst die Predigten an, die Haering als Vikar gehalten hat. In einer Predigt zum Weihnachtsfest 1905 kritisiert der 21-Jährige die innerdeutschen Verhältnisse. Trotz äußerlichen Friedens macht er „unedlen Streit gehässiger Parteien“<sup>713</sup> aus, der den Frieden untergrabe. Und von allen Ecken der Welt werde tagtäglich von Streit und Revolution berichtet. Niemand könne die Gewissheit haben, nicht Zeuge eines Krieges zu werden, in dem auch „unser Vaterland zu den Waffen greifen müsste“<sup>714</sup>.

Uneinigkeit und Zerrissenheit in der Gesellschaft beklagt der Vaihinger Vikar im Oktober 1906 in seiner Predigt. Zwar lobt er die mit den Modernisierungstendenzen einhergehende Individualisierung und verstärkte Selbstbestimmung als „gewaltigen Fortschritt“ und „großes Glück“<sup>715</sup>, doch würden diese Tendenzen übertrieben und in ihr Gegenteil verkehrt. So hätten die Menschen vor lauter Privatinteressen und Einzelzielen kein gemeinsames Ideal und keine gemeinsame Arbeitsfreude. Eigennutz, Selbstsucht, Gier nach Gewinn und Genuss spalte die Gesellschaft. Im Glauben sieht Haering Uneinigkeit und Disharmonie besonders deutlich. Die sich vom Glauben losgesagt haben, glichen jenen russischen Revolutionären, die meinten, Freiheit bestehe darin, alles „über den Haufen“ zu werfen.

Etwa in dieselbe Zeit dürften jene handschriftlichen Notizen des jungen Haering gehören, die Zeugnis einer unerbittlichen Abrechnung mit der ihn unmittelbar umgebenden Gesellschaft ablegen.<sup>716</sup> Er fühlt sich unverstanden, verachtet „die öden Langweiler“, die ihm „sein Fühlen aus dem Herzen stehlen“ und keine Ahnung vom „Hohen, Edlen, Tiefen und Sel’gen“ seines Herzens haben. Es ekelt ihn, sich „in diesem Menschenhaufen“ einzurichten. „Es muss was Höheres geben in der Welt als diesen schalen Eintagsfliegenschwarm“, schreibt er.

Die Suche nach „Höherem“ thematisiert Theodor Haering auch in dem Gedicht „Die Toteninsel“. Das Gedicht in fünf Aufzügen schenkte der

---

<sup>712</sup> UAT 126a/172 (Personalakte); Md 971.

<sup>713</sup> UBT, Md 972, 11.

<sup>714</sup> UBT, Md 972, 11.

<sup>715</sup> UBT, Md 972, 13.

<sup>716</sup> UBT, Md 976.

24-Jährige seinen Eltern am 23. Juli 1908 zum 30. Hochzeitstag.<sup>717</sup> Das Gedicht ist ein früher Hinweis auf den Führer-Gefolgschaftsgedanken Haerings sowie auf dessen ethisch-moralische Radikalität: Der Held des Gedichts darf Menschenleben opfern, wenn er bestimmte Ziele im Einklang mit dem „Schicksal“ als richtig erkannt hat. „Neue Saat wird nur mit Blut gedünkt“, lässt Haering den Helden Fernando sagen. Haering stellt die Gegensätze Individualisierung – Gemeinschaft, Führertum – Demokratie, Altes - Neues schroff gegenüber. Eine Vermittlung kennt er nicht. Der edle, vom Schicksal

---

<sup>717</sup> UBT, Md 980, Die Toteninsel. Die Idee zum Gedicht stammt aus dem Kulturhistorischen Museum in Berlin, wie Haering am Schluss des Gedichts notiert hat. Dort sah er ein großes Boot, das von der Insel Agomez im Stillen Ozean stammt. Weil keine kriegstüchtige Mannschaft vorhanden war, wurde es schon lange nicht mehr benutzt. Die Bevölkerung hatten zuvor Seuchen und Kriege dezimiert. Sie gehe ihrem Untergang entgegen, denn seit mehr als 20 Jahren sei kein Kind mehr geboren worden. Geschrieben hat Haering das Gedicht von März bis Juni 1908. Ort der Handlung ist die Insel Agomez. Die Götter sollen sie dem Untergang geweiht haben. Bewohner sind fast ausschließlich alte Menschen, nur zwei junge sind darunter. Der Insel nähert sich ein Schiff, auf dem der Held Fernando das Kommando führt. Mit dabei ein Poet, ein Philosoph und ein Arzt. Die Seefahrer sind auf der Suche nach einem Land, „wo sich die Kräfte frei und froh entfalten“ können (Die Toteninsel, 46). Gleich zu Beginn wird Fernando als das einigende Band der Mannschaft charakterisiert, ein Held, der den Individualismus ablehnt, die Gemeinschaft propagiert und jeden an der ihm zugewiesenen Stelle seine Arbeit verrichten lässt. Fernando bemisst den Wert des Menschen allein nach dessen Zielsetzung (Die Toteninsel, 64). Ganz oben in der Hierarchie steht auf einsamen, stillen Höhen ein „Edler“ – mit dem angeborenen Recht, die verschlungenen ewigen Fäden des Schicksals aufzunehmen, weiterzuspinnen und der Menschheit die Richtung vorzugeben. Fernando ist nicht nur Führer seiner Untergebenen, sondern auch Werkzeug des ewigen Willens (Die Toteninsel, 69). Als Fernando die Insel betritt, wird er von den Alten als Retter gefeiert. Sie wollen ihn zum König. Nur der junge Gomez und seine Freundin Aura wehren sich gegen Fernando. Doch Haerings Held lässt sich davon zunächst nicht beeindrucken. Zwei Monate später haben die Arbeiter die Sümpfe auf der Insel trockengelegt, „das Neue“ scheint sich durchzusetzen. Doch einer der Arbeiter ist an Typhus gestorben. Und daran entspinnt sich ein Widerstreit zwischen Fernando, dem Arzt, dem Poeten und dem Philosophen. Fernando hat nur das Ziel vor Augen, die Insel zu retten. „Ein jedes neues Leben fordert Tod, und neue Saat wird nur mit Blut gedünkt“, so sein Credo (Die Toteninsel, 119). Der Arzt ist froh darüber, die Entscheidung über Leben und Tod eines Mitstreiters nicht selbst fällen zu müssen. Er dankt Gott, das Schicksal einer neuen Welt anderen in die Hände gelegt zu haben, die alle Schuld auf sich laden und ausschließlich Gott, aber nicht den Menschen gegenüber verantwortlich sind und „göttergleich die Welt für andre bau'n“ (Die Toteninsel, 120). Der Poet übernimmt im Gedicht die Rolle des sozialen und humanistischen Gewissens: Schon ein Toter sei zu viel. „Schwärmer“ nennt ihn der Philosoph. Er rechtfertigt die Toten, die um einer besseren Welt willen sterben müssen: „Was schadet's, wenn von diesen Pflänzchen auch Ein (!) und das andere vor der Zeit vergeht?“ (Die Toteninsel, 121). Auch der Arzt springt dem Philosophen bei. Dem Helden Fernando ist zwar jeder Mensch gleich viel wert, doch mehr wert ist ihm das Schicksal einer neuen Welt. Was er als Ziel für „recht erkannt, Opfr' ich mit freud'gem Ernst ein Leben hin: Anderer und meins - : der anderen doch zuerst. Der Führer wiegt ja mehr als seine Krieger Beim (!) Baue des Geschicks.“ (Die Toteninsel, 121). Am Schluss kann sich Fernando aber nicht gegen seinen Widersacher Gomez durchsetzen und wird von seinen Leuten gedrängt, die Insel zu verlassen. Gomez und Aura müssen auf der Insel bleiben, ebenso die Alten, denn sie sind „zu alt schon für ein neues Leben Und (!) wären nur ein Hemmnis unserem Lauf.“ (Die Toteninsel, 128). Die Insel sei hoffnungslos verloren und alles, was auf ihr ist, sei dem Tod verfallen.

auserwählte Held weiß sich mit dem Fatum im Bunde und verfolgt ein von ihm unabhängiges, aber im Weltlauf vorgesehene großes, edles Ziel. Im Gedicht muss der Held allerdings seinen Plan, eine neue Welt zu bauen, abbrechen.

## 2. Von der Theologie zur Philosophie

In seiner Schöntaler Repetentenzeit (1908 – 1911) prägen sich Haerings schriftstellerische Ambitionen aus, seine wissenschaftlichen erfahren einen grundlegenden Positionswechsel. Von der Theologie entfernt sich der Repetent und wendet sich der Philosophie und den Naturwissenschaften zu. Er schreibt 1910 seine Dissertation über Kant<sup>718</sup> und wird von Erich Adickes „magna cum laude“ promoviert. Damit beschreitet Haering zunächst den Weg der historisch-philologischen Bearbeitung philosophischer Probleme. In seiner Dissertation wendet er sich den bis dahin wenig beachteten Jahren von 1770 (Kants Antrittsvorlesung: „Dissertatio de mundi sensibilis atque intelligibilis forma et principiis“) bis 1781 (Kants „Kritik der reinen Vernunft“) in der Entwicklung des Königsberger Philosophen zu. Anhand eines Teils der so genannten „losen Blätter“ (1775), dem Duisburg'schen Nachlass, spürt der Doktorand den Kant'schen Gebrauch der Terminologien, ihren Relationen zueinander sowie ihrem Bedeutungswandel nach. Auch gibt er den Blättern eine andere Reihenfolge. Haerings Fazit: Kant habe bereits um 1775 seinen Standpunkt in der Dissertation – soweit er der „Kritik der reinen Vernunft“ entgegensteht – nahezu vollständig überwunden. Die Grundgedanken des Kritizismus liegen um 1775 bereit, etwa die gegenseitige Ergänzung von Sinnlichkeit und Intellekt sowie die Gegenüberstellung von synthetischen und analytischen Urteilen. Bis zur „Kritik der reinen Vernunft“ fehlten Kant noch das einheitliche Prinzip der metaphysischen Deduktion der Kategorien sowie die Kategorientafel.<sup>719</sup> Dass Kant dennoch für die Ausarbeitung der „Kritik der reinen Vernunft“ weitere sechs Jahre gebraucht hat, führt Haering auf die Arbeitsüberlastung, den schlechten Gesundheitszustand des Philosophen sowie auf dessen Intention zurück, erst zu veröffentlichen, wenn ihm der gesamte Gegenstand vollkommen deutlich geworden ist.<sup>720</sup>

---

<sup>718</sup> Die Dissertation „Der Duisburg'sche Nachlass und Kants Kritizismus um 1775“ stand im Zusammenhang mit der Bearbeitung des handschriftlichen Kantnachlasses durch den Doktorvater Erich Adickes.

<sup>719</sup> Haering 1910, 152.

<sup>720</sup> Haering 1910, 153f. Aloys Monzel fand die Arbeit Haerings in einer Rezension „bedeutungsvoll“. Vgl. Monzel 1920, 427 – 435.

Ostern 1911 wechselte Haering an das experimentell-psychologische Institut der Universität Bonn zu Oswald Külpe<sup>721</sup> und führte bis Ostern 1912 seine Befragungen für seine Habilitation durch. Im Februar 1913 habilitierte er sich an der Universität Tübingen mit einer Arbeit über „Untersuchungen zur Psychologie der Wertung“<sup>722</sup>. Darin nahm Haering einen Werte-Apriorismus an. Psychologisch setze jede Wertung die Werte bereits voraus<sup>723</sup>, der Wertbegriff selbst lasse sich psychologisch niemals restlos auflösen.<sup>724</sup> Folge: Die Psychologie könne nicht zeigen, wie ein Wert entsteht. Die ersten Werte, schreibt Haering, „wurden vorgefunden als vor aller psychischen Tätigkeit bestehend, als unverbrüchliche Normen und Orientierungspunkte der weiteren Entwicklung.“<sup>725</sup> Somit könne die Psychologie auch keine Werte begründen oder deren Berechtigung, Wahrheit oder Falschheit bestimmen, sie könne aber die psychologische Genesis und die Phänomenologie des moralischen und psychischen Bewusstseins untersuchen. Ob der Wertbegriff eine wissenschaftlich zu rechtfertigende Einheit ist, sei auf psychologischem Gebiet nicht zu entscheiden. Das sei der Logik vorbehalten. Unter Einbeziehung des Darwinismus sah Haering in der ontogenetischen Entwicklung eine Wiederholung der phylogenetischen Entwicklung auf dem ästhetischen, moralischen, logischen und ökonomischen Wertgebiet. Ursprünglich habe das psychische Leben nur aus „sinnlichen“ (gefühlsmäßigen) Erlebnissen bestanden. Teleologisch habe sich im Laufe der Entwicklung der aktuelle psychische Erlebnisbesitz durch künstliche und natürliche Zuchtwahl herauskristallisiert.<sup>726</sup>

Am 10. Februar 1913 erhielt Haering die *Venia legendi* für Philosophie. In seiner Antrittsvorlesung sprach er über „Berechtigung und Grenzen des Anthropomorphismus in der Wissenschaft“<sup>727</sup>. Der Philo-

---

<sup>721</sup> Oswald Külpe begründete die so genannte Würzburger Schule in der Denkpsychologie. Danach wird die (eigene) Erfahrung einer systematischen Selbst- oder Fremdbeobachtung unterzogen und als Quelle psychologischer Erkenntnis bewertet. Haering suchte auf experimentellem Wege das Phänomen der Wertung und der Werte zu ergründen. Sieben Akademikern gab er dabei Worte und Wortverbindungen vor und notierte sich deren Assoziationen.

<sup>722</sup> Karl Groos erstattete den Bericht über Haerings Habilitation und bewertete die Arbeit mit „Genügend“ (vgl. UAT 126a/172; Personalakte Theodor Haering).

<sup>723</sup> Haering 1913, 178.

<sup>724</sup> Haering 1913, 189.

<sup>725</sup> Haering 1913, 314.

<sup>726</sup> Auf dem logischen Wertgebiet etwa haben verschiedene Arten von Objektivität und Denkgewohnheiten sich im „Kampf ums Dasein“ gemessen, bis die relativ brauchbarste als Siegerin hervorgegangen sei: „So sind wir jetzt im Besitz des abgeschlossenen Resultats“ (Haering 1913, 310). Auch die ökonomischen und moralischen Werte scheinen auf dieses Ziel hin zu streben, der durchgängigen intellektuellen Vereinheitlichung und Ökonomisierung ihrer Erlebniszuordnungen.

<sup>727</sup> UBT, Md 1008/4, Bl. 89 – 96. Eine Erkenntnis unabhängig von psychologischen und individuellen subjektiven Erlebnissen gibt es laut Haering nicht. Es bestehe keine von uns unabhängige Welt, ein Anthropomorphismus, die Vermenschlichung von

soph steht Ludwig Büchners „Kraft und Stoff“ sowie dem Materialismus ablehnend gegenüber, verortet sich bei den „Kritischen Realisten“ und weist dem Anthropomorphismus nicht nur eine Berechtigung zu, er sei auch unumgänglich.<sup>728</sup>

Parallel zur wissenschaftlichen Karriere arbeitete Haering an seiner literarischen. Am 28. Juni 1910 schrieb er Hermann Hesse, eine „Camenzind’sche Schublade“ zu besitzen, aus der er einmal etwas hervorzulangen erhoffe, wenn die Zeit gekommen sei.<sup>729</sup> Ihm sei beides, „poetische Phantasie und abstraktes Denken“, ein Lebensbedürfnis. Er denke an „etwas Dramatisches“, denn da liege seine Liebe, so Haering. Ein knappes Jahr später kündigte Haering dem damals bereits bekannten Hermann Hesse einige Gedichte an und frug nach einem geeigneten Verlag, „wo man bei einer derartigen Dichtung am ehesten Hoffnung auf gerechte und entsprechende Beurteilung haben kann“<sup>730</sup>. Vor dem Hintergrund des Kometenjahres 1910 habe er den Grundgedanken eines plötzlichen Untergangs der Erde in seinen Gedichten in Form von Traumvisionen verarbeitet.<sup>731</sup>

1911 erschien Haerings erster Gedichtband „Rot und weisse Liebe“ unter dem Pseudonym Thor Heingard.<sup>732</sup> Der 27-Jährige poetisiert in

---

Außermenschlichem, sei unumgänglich. Das Kolloquium wurde von der Fakultät mit „Befriedigend“ benotet. Vgl. UAT, 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>728</sup> Obwohl der Mensch mit all seiner Subjektivität Wissenschaft betreibt und die Ergebnisse somit stets auf ihn zurückweisen, ist eine Erkenntnis der vom Menschen unabhängigen Wirklichkeit in gewissem Grade möglich, so Haering. Mit Hilfe der phänomenologischen (genaue Beobachtung und Feststellung der Tatsachen) und der systematischen Methode (Einteilung, Suche nach Gesetzmäßigkeiten, Ähnlichkeiten, Unterschieden) können das bloß Subjektive und der Anthropomorphismus so weit zurückgedrängt werden, dass auf einer sich stets korrigierenden, aber immer zuverlässigeren Grundlage ein objektives Weltbild geschaffen werde.

<sup>729</sup> Brief Theodor Haering an Hermann Hesse vom 28. Juni 1910, Schweizerisches Literaturarchiv Bern, Hesse-Archiv, Ms L 83.

<sup>730</sup> Brief Theodor Haering an Hermann Hesse vom 15. April 1911, Deutsches Literaturarchiv Marbach, D: Hesse.

<sup>731</sup> Im Jahre 1910 kam der Halleysche Komet der Erde wieder sehr nahe und versetzte die Menschen in Angst und Schrecken. Weltuntergangsszenarien griffen um sich. Haering will sein dramatisches Stück möglichst schnell herausgeben, schrieb er an Hesse, so lange das Kometenereignis noch nicht ganz aus dem Gedächtnis der Menschen verschwunden ist. Hesse gibt Haering einige Tipps und schlägt ihm den „alte(n) etwas verwahrloste(n) Verlag Cotta in Stuttgart“ vor (Brief Hermann Hesse an Theodor Haering, ohne Datum, in: UBT, Md 1014/220/1). Doch Haering nahm Abstand von der Idee, den „Weltuntergang“ aus dem Kometenjahr 1910 zu veröffentlichen. Die 171 Seiten langen „Träume von der Erden letzten Tagen“ liegen unveröffentlicht in Haerings Nachlass (UBT, Md 975). Stattdessen bot er einen kleinen Gedichtband an. Er schrieb zwei Briefe an den Cotta-Verlag und drängte auf baldige Herausgabe (vgl. Briefe Theodor Haering an den Cotta-Verlag vom 11. Mai 1911 und vom 16. Mai 1911, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach). Warum es mit dem Cotta-Verlag nicht geklappt hat, wird nicht ersichtlich, Haering fand einen anderen Verlag.

<sup>732</sup> Haering 1911. Er wählte das Pseudonym Thor Heingard (wie auch bereits beim dramatischen Kometenstück „Träume von der Erden letzten Tagen“), weil „man es nicht gern sieht, wenn wissenschaftliche und poetische Werke unter dem gleichen



schwermütigem Ton zerbrochene Liebe, verlorene Freundschaften, dauernde Freundesliebe, die Abwehr neuer Bekanntschaften und offenbart dabei gewisse Charaktereigenschaften, wie etwa seine Unduldsamkeit.<sup>733</sup>

Zur Veröffentlichung von literarischen Werken kam es in den Folgejahren zwar nicht mehr, doch in seinem Nachlass liegen ein Plan und Skizzen für zwei Theaterstücke. „Der ewige Jude“ von 1910 greift die damals gängige Wiederaufnahme der Legende vom angeblich rastlosen Juden auf, der auf der Erde umherirrt und keinen Frieden finden könne.<sup>734</sup> Im Stück „Drei“ opponiert Haering 1911/1912 gegen die bürgerliche Gesellschaft mit ihren biedereren Moralvorstellungen.<sup>735</sup>

Rückblickend war die Bonner Zeit von 1911 bis 1912 eine glückliche Phase in Haerings Leben. Es scheint, als sei er nach der Beendigung seines Vikariats und seiner beruflichen Neuausrichtung hin zur Philosophie von einer drückenden Last befreit. Da die literarischen Werke Haerings stets auch autobiographische Züge enthalten, können sie für die Interpretation seiner Lebensumstände herangezogen werden. So nennt er in seinem Romanfragment „Die Offenbarung des Fridolin Lochner“<sup>736</sup> die Bonner Jahre „als in geistiger Beziehung vielleicht reichsten Jahre“, in denen er von seinem „geliebten und verehrten Lehrer“, also Oswald Külpe, „reichste Anregung“ erhalten habe.<sup>737</sup> Auch die Atmosphäre der Landschaft sowie die ihm zufolge unkomplizierten, fröhlichen und offenen Rheinländer taten seiner eher „schweren Natur“<sup>738</sup> wohl.

Doch es finden sich in dieser Zeit – und auch später – wiederum Hinweise, dass sich Haering „zu Höherem“ berufen fühlte und ihn das Gefühl plagte, minderwertig zu sein. So beklagte er sich 1910 Hesse ge-

---

Namen erscheinen“; Schreiben Theodor Haering an den Verlag Cotta vom 11. Mai 1911, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach.

<sup>733</sup> Im Gedicht „O zürne nicht!“ bezeichnet sich Haering als „heftig oft“, „unberechenbar und schwer zu tragen“, der „das Höchste stets erhofft“ und „immer nur das Größte will erjagen“, vgl. Haering 1911, 54.

<sup>734</sup> „Der ewige Jude“, Plan und Skizze vom 16 Juli 1910, in: UBT, Md 979/30.

<sup>735</sup> Der Protagonist Richard kommt als Privatdozent nach Neustadt und zieht mit zwei Frauen zusammen. Gerda und Lisa lieben sich wie zwei Schwestern, Richard liebt beide Frauen gleichermaßen und will mit ihnen zusammenleben. Doch die Gesellschaft akzeptiert das Trio nicht. Richard wird entlassen, Gerda wird geistesgestört und Lisa sinkt am Schluss zu Boden. Hätte Richard eine Frau und eine Geliebte, würde das Dreierverhältnis von der Gesellschaft akzeptiert werden, mit zwei geliebten – und womöglich geehelichten – Frauen aber „vor Gott und die Welt“ zu treten, das nennt die Gesellschaft unmoralisch, so Haering. Vgl. UBT, Md 980/2. Theodor Haering war zeitlebens unverheiratet, er hatte auch keine Kinder.

<sup>736</sup> „Die Offenbarung des Fridolin Lochner“, begonnen am 28. Dezember 1948, in: UBT, Md 981.

<sup>737</sup> „Die Offenbarung des Fridolin Lochner“, in: UBT, Md 981, 60.

<sup>738</sup> „Die Offenbarung des Fridolin Lochner“, in: UBT, Md 981, 63.

genüber, „noch gar nichts Rechtes geleistet zu haben.“<sup>739</sup> Helmut Groos, Schüler von Karl Groos, erinnerte Haering brieflich an eine „Autoanekdote“, die der Tübinger Philosoph Karl Groos gegenüber zum Besten gegeben habe: Danach hatte er Bedenken, dass er „einmal nur als Druckfehler seines Vaters gelten würde.“<sup>740</sup> Und nahezu vorwurfsvoll und wehklagend notierte er in seinem Fridolin-Romanfragment: „So alt schon und noch nichts für die Unsterblichkeit oder doch für einen größeren Kreis Hilfreiches geleistet zu haben.“<sup>741</sup> Er anerkennt darin zwar seine breite und vielfältige Bildung auf allen Gebieten, doch ihm fehle es an einem „gedanklichen Zentrum“. Dieser unbehagliche Zustand drohe ihm zu schaden und nehme ihm „die konzentrierte und einheitliche Stoßkraft in der Beeinflussung anderer.“<sup>742</sup> Neidisch blickt Fridolin (Haering) auf die Bilder der großen Philosophen, denen es ihm zufolge vergönnt war, „die gesamte Wirklichkeit bis in ihre tiefsten Tiefen zu durchschauen.“<sup>743</sup> Ihn trieb eine „stille Sehnsucht“ nach „der gewaltigen Gnade der Erkenntnis.“<sup>744</sup>

Nicht die Religion, aber die offizielle Kirche verliert in diesen Jahren bei Haering an Bedeutung. Für den 30. Mai 1914 findet sich eine handschriftliche Notiz des nun 30-Jährigen: „Ich verdanke Goethe unendlich viel mehr für mein inneres Leben als Christus“<sup>745</sup>, schrieb er. Er mache ihn deshalb nicht zum Gott, aber Jesus werde viel weniger. „Das Jämmerliche ist nur, dass in unserem Zeitalter der Gewissensknechtung so etwas nicht gesagt werden darf, ohne in fernerer Weise sich den Scheiterhaufen zu heizen“, so Haering. Ohne konkret zu werden, greift er die Kirche heftig an und bezichtigt sie der Tyrannei. Rhetorisch fragt er: „Wer kann noch von Religion etwas halten, wenn sie so mit Füßen getreten und missgestaltet wird?“<sup>746</sup>

Als am 1. August 1914 der Erste Weltkrieg begann, vermerkte der 30-Jährige in seinem Tagebuch überwiegend Freude.<sup>747</sup> Nun sei die unerträgliche Spannung der letzten acht Tage endlich vorüber. Bruder Hermann wurde am 2. August 1914 einberufen, er selbst jedoch war wegen seines Augenleidens untauglich. Deutschland kämpfe für „eine

---

<sup>739</sup> Brief Theodor Haering an Hermann Hesse vom 28. Juni 1910, in: Schweizerisches Literaturarchiv Bern, Hesse-Archiv Ms L 83.

<sup>740</sup> Brief Helmut Groos an Theodor Haering vom 20. April 1954, in: UBT, Md 1014/165. Haering benutzte denn auch in den frühen 1920er Jahren den Zusatz „Lorenz“, um sich gegen den Vater Theodor von Haering abzugrenzen.

<sup>741</sup> „Die Offenbarung des Fridolin Lochner“, in: UBT, Md 981, 79.

<sup>742</sup> „Die Offenbarung des Fridolin Lochner“, in: UBT, Md 981, 79.

<sup>743</sup> „Die Offenbarung des Fridolin Lochner“, in: UBT, Md 981, 80.

<sup>744</sup> „Die Offenbarung des Fridolin Lochner“, in: UBT, Md 981, 82.

<sup>745</sup> UBT, Md 1009/13.

<sup>746</sup> UBT, Md 1009/13.

<sup>747</sup> Theodor Haering hat häufig Tagebuch geführt, wie aus Notizen herauszulesen ist. Das Tagebuch vom 30. Juli 1914 bis zum 1. Oktober 1914 ist als einziges erhalten, UBT, Md 971/32.

gerechte Sache“, war Haering überzeugt, aber voller Gram, dass er nicht dabei sein konnte. „Staatskrüppel“ nannte er sich und tröstete sich mit einem weiteren, nicht genannten „Staatskrüppel“ durch den Gedanken, dass man auch zu Hause Männer brauche.<sup>748</sup>

Haering war zwar seit dem Wintersemester 1913/14 Privatdozent an der Universität Tübingen, doch seit Kriegsausbruch suchte er unablässig nach „Einsatzfeldern“ in der Heimat. Er meldete sich am 4. August 1914 auf dem Universitätssekretariat und stellte sich „zu irgendwelcher Verwendung“<sup>749</sup> zur Verfügung, wurde Erntehelfer bei der Rosenau oberhalb Tübingens, schob mit seinem Doktorvater Adickes<sup>750</sup> Wache am Bahndamm und lernte viel russisch („für Notfälle“<sup>751</sup>). Bitter beklagte er sich über sein Elternhaus: Lieber würde er sechsfach im Krieg sterben, als „unter solchen Umständen“<sup>752</sup> einmal in der Familie zu leben. „Mein Verstand wackelt bedenklich. Eine Wiederholung würde ich wohl nicht mehr aushalten in diesen Zeiten. Wie ich Hermann beneide! Der ganze Krieg ist mir vollkommen einerlei über dieser häuslichen Hölle.“<sup>753</sup> Die Ursache seines Ärgers nannte Haering nicht.

In die anfängliche Kriegseuphorie mischte sich schon bald Ernüchterung. Jugendfreunde waren gefallen, ebenso Haerings Fux aus der evangelischen Verbindung Luginsland. Der verhinderte Kriegsteilnehmer schrieb Kriegsgedichte und brachte sie unter dem Titel „Lieder in der Heimat“ 1915 heraus.<sup>754</sup> Der Ton der Gedichte ist wehmütig und schwer, heroische Kriegsgedichte sind es nicht. Er beschwört den Zusammenhalt der Soldaten, trauert um den Tod der Freunde, sehnt den Frieden herbei und grämt sich, weil er nicht im Krieg dabei sein kann. Ein aggressiver Nationalismus ist eher die Ausnahme wie etwa im Ge-

---

<sup>748</sup> Haering hatte von Kindheit an ein Augenleiden, eine fortschreitende starke Kurzsichtigkeit (wohl von der Großmutter vererbt), die ihn im Alter fast blind werden ließ. Vorlesungen und Vorträge hielt er meist ohne Manuskript (vgl. UBT, Md 971; Hermann Haering 1963, 39).

<sup>749</sup> Tagebucheintrag unter dem 4. August 1914, in: UBT, Md 971/32,1.

<sup>750</sup> Zu Adickes pflegte Haering ein freundschaftliches Verhältnis. Auch der Doktorvater hatte mit der Theologie begonnen, wechselte später zur Philosophie. Wie Adickes spielte auch Haering Geige, beide Mütter kamen aus französischen Hugenottenfamilien.

<sup>751</sup> Tagebucheintrag unter dem 8. August 1914, in: UBT, Md 971/32,1.

<sup>752</sup> Tagebucheintrag unter dem 11. August 1914, in: UBT, Md 971/32,1.

<sup>753</sup> Tagebucheintrag unter dem 11. August 1914, in: UBT, Md 971/32,1.

<sup>754</sup> Auch dem Cotta-Verlag hatte er seine Gedichte eingereicht und ihm angeboten, „eine freundliche Äußerung“ von Hermann Hesse beizulegen, da der Schriftsteller Haerings Gedichten „ein freundliches Interesse“ entgegengebracht habe (vgl. Schreiben Theodor Haering an den Cotta-Verlag, ohne Datum, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach). Mit Cotta kam abermals kein Vertrag zustande. Im Verlags-Vertrag mit der Laupp'schen Buchhandlung Tübingen ließ er festhalten, dass ein eventueller Reinertrag des Buches der Württembergischen Kriegshinterbliebenenfürsorge zukommen soll (vgl. UBT, Md 971/25).

„Heiliger Zorn“. Darin echauffiert sich Haering über die „britische Brut“<sup>755</sup>. Die Regional-Kritik nahm den kleinen Gedichtband positiv auf.<sup>756</sup> Nachdenkliche Töne über den Ersten Weltkrieg schlug Haering in seinem Roman-Entwurf „Professor Spitzweg“<sup>757</sup> an. Nach zwei Jahren „dieses schrecklichen Krieges“<sup>758</sup> wird die Frage, wofür man eigentlich noch kämpfe, von Haering nicht entschieden.<sup>759</sup> Gleichwohl kritisiert der Autor die Gesellschaft abermals heftig. Er sah eine Welt voller Verlogenheit und Verschlagenheit, „es war eine Welt zum Kotzen“<sup>760</sup>.

Vom Frühjahr 1915 bis zum Sommer 1916 war Haering neben seiner Dozentur als Lazarettverwalter an der Chirurgischen Klinik in Tübingen tätig, vom 1. Januar 1917 bis zum 31. Dezember 1918 arbeitete er als Referent der „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen“<sup>761</sup>. Für die Studenten an der Front schrieb er Gedichte sowie einen Artikel über Hegel.<sup>762</sup> Außerdem verfasste er einen Aufsatz über die „Kulturwissenschaftliche und naturwissenschaftliche Methode“<sup>763</sup>, fügte seiner Habilitationsschrift über die Wertpsychologie

---

<sup>755</sup> Haering 1915, 20. Der Tübinger Germanist Hermann Fischer (1851 – 1920) gab Haering noch ein paar Tipps, wie er nicht reimen sollte, insbesondere aber den Rat, wenigstens die „britische Brut“ wegzulassen, da ihn diese „alltägliche und öde Schimpferei“ in den Blättern allzu sehr anekele. Brief Hermann Fischer an Theodor Haering vom 24. September 1915, in: UBT, Md 1014/117.

<sup>756</sup> „Die Sammlung gehört zum Besten, was der Krieg in dieser Art hervorgebracht hat“, schrieb etwa der Rezensent in der Beilage zum Staatsanzeiger für Württemberg am 16. Dezember 1915, 2616, in: UBT, Md 1012/9/6. „Eine Sammlung wundervoller Kriegsgedichte, gedankentief und inhaltsschwer, und doch so klangvoll und wortschön, dass man fühlt, dass der Gedanke auch die rechte Form geboren“, urteilte der Kritiker vom Kirchlichen Anzeiger für Württemberg, Organ des Evangelischen Pfarrvereins, XXV. Jahrgang, Nummer 2, 13. Januar 1916, in: UBT, Md 1012/9/10. „Haerings Lieder gehören wohl zu den schönsten, die unter dem Eindruck des Krieges entstanden sind“, schrieb der Rezensent in der Literarischen Beilage zum Württembergischen Schulwochenblatt Nr. 21, 1916, in: UBT Md 1012/9/12.

<sup>757</sup> Roman-Entwurf, ohne Jahr, vermutlich aber 1916 geschrieben, in: UBT, Md 982.

<sup>758</sup> Professor Spitzweg, 100, in: UBT, Md 982.

<sup>759</sup> Professor Spitzweg, 213, in: UBT, Md 982.

<sup>760</sup> Professor Spitzweg, 100, in: UBT, Md 982.

<sup>761</sup> Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät Wilhelm Schmid an das Akademische Rektoramt, Juli 1919. Darin beantragt die Philosophische Fakultät, Haering den Titel und Rang eines außerordentlichen Professors zu verleihen, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering). In den Vorlesungsverzeichnissen sind seine angekündigten Veranstaltungen in den betreffenden Semestern daher auch mit einem Sternchen versehen: Die so gekennzeichneten Vorlesungen und Seminare konnten von den Studierenden wegen „Heeres- und Sanitätsdienst“ der Dozenten nicht sicher belegt werden. Haering war wohl auch mit seinem Geschäftsführerposten in Stuttgart vollauf beschäftigt, so dass er keine Veranstaltung in der Universität abhielt.

<sup>762</sup> Ein Gedicht „Kriegsspruch“ ist abgedruckt in „Kriegs-Zeitung des Nationalen Studentendienstes Tübingen“, Heft 1, Weihnachten 1916, 32, sowie in Heft 2, März 1917, 23 („Zeppelin“). Der Hegel-Artikel „Große Schwaben der Vergangenheit – 2. Hegel“ sowie Auszüge aus Hegels „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ finden sich in Heft 2 der Kriegs-Zeitung, 3 – 14.

<sup>763</sup> Haering knüpft darin an den Neudealisten und auch lebensphilosophisch beeinflussten Eucken an. Dessen Methode wissenschaftlicher Forschung sei teleologisch,

einen längeren Aufsatz hinzu, gedacht als Antwort an einige Kritiker, wie er im Vorwort ausführt<sup>764</sup>, und trug zur „Schwäbischen Heimatgabe“ bei, einem Buch zum 70. Geburtstag seines Vaters.<sup>765</sup> Im Hegel-Artikel sucht er den Philosophen als Schwaben „durch und durch“ zu charakterisieren. Dessen Ansicht sei unendlich viel verständlicher und wirklichkeitsnäher als die „diametral entgegengesetzte des krassen Materialismus“. Denn Hegel verstehe es, eine „einheitlich-zielstrebige Entwicklung zu geistigen Zielen“ hin darzustellen. Auch die Materie als Produkt des Geistes ist laut Haering selbst schon „Geist“.<sup>766</sup>

### 3. Die geistige Volksgemeinschaft im organischen Staat

1919 nahm der Philosoph seine Lehrtätigkeit an der Universität Tübingen wieder auf. Am 19. September wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt.<sup>767</sup> Nachdem der Ordentliche Honorarprofessor<sup>768</sup> Heinrich Spitta zum 1. Oktober 1920 auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt wurde<sup>769</sup>, stellten Adickes und Groos den Antrag, Haering und seinem Tübinger Kollegen Traugott Konstantin Oesterreich (1880 – 1949) ein Extraordinariat zu übertragen. Das Ansinnen löste in der Philosophischen Fakultät lebhaften Widerstand aus, im Senat hingegen fand sich eine große Mehrheit dafür. So wurde die Angelegenheit erst einmal vertagt. Nach einigem Hin und Her hatte Haering jedoch das Nachsehen.<sup>770</sup>

Erst 1928 wurde Haering zum Ordinarius berufen. Adickes war unerwartet gestorben. Zwar hätte die Philosophische Fakultät gerne Nicolai Hartmann verpflichten wollen, wie sie in ihrer Sitzung vom 21. Juni

---

intuitiv-induktiv sowie universal zugleich und eigne sich für Natur- und Kulturwissenschaften gleichermaßen, denn gemeinsam sei ihnen die teleologische Einheit des Sinnes. Haering wendet sich damit gegen „den vielfach verwilderten und herrenlosen Intellektualismus“. Haering 1916, 184.

<sup>764</sup> Haering 1917a, 1.

<sup>765</sup> In seinem Aufsatz „Das Geheimnis als gemeinsame Quelle der Theologie und Philosophie“ stellt sich Haering gegen einen „aufklärerischen Rationalismus“, will Religion und Philosophie sich wechselseitig befruchten lassen und wirbt für eine Metaphysik, in der die „Tatsachen“ ihr letztes Verständnis gewinnen. Vgl. Haering 1918, 15 – 28.

<sup>766</sup> Vgl. Haering 1917b, 6.

<sup>767</sup> UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering). Dekan Wilhelm Schmid unterließ es nicht, in seinem Antrag zu erwähnen, „dass Haering seine Kraft in selbstloser Weise in den Dienst des Vaterlandes stellte.“ UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>768</sup> Zur Titularflut der akademischen Bezeichnungen: Paletschek, 2001, 261ff.

<sup>769</sup> UAT 126/659.

<sup>770</sup> UAT 119/145; UAT 126/488 (Personalakte Traugott Konstantin Oesterreich). Das Extraordinariat wurde Oesterreich übertragen, er wurde am 18. Februar 1922 zum außerordentlichen Professor ernannt. Haering gilt im Bericht vom 2. Januar 1922 aber als der bei der überwiegenden Mehrzahl der Senatsmitglieder „viel sympathischere Mensch“. Die Dozentenqualitäten wurden sowohl bei Haering als auch bei Oesterreich in Frage gestellt. Vgl. UAT 119/145.

1928 deutlich machte.<sup>771</sup> Weil er jedoch nach Informationen aus dem philosophischen Kollegenkreis (Max Scheler und Heinrich Maier) den Ruf nicht angenommen hätte, wurde er erst gar nicht auf die Vorschlagsliste gesetzt. An erster Stelle stand Haering (1a)<sup>772</sup>, an zweiter Wundt (1b) und an dritter Heinz Heimsoeth (1c). Danach kamen Erich Rothacker (1888 – 1965) und Willy Moog (1888 – 1935), ein Schüler von Groos. Die drei Erstgenannten sah die Fakultät als nahezu gleichwertig an.<sup>773</sup>

Mit Haering, Wundt, Heimsoeth und Rothacker stellte die Fakultät bereits 1928 eine deutsch-national-völkische Liste zusammen, die mit Haering, Heimsoeth und Rothacker drei spätere NSDAP-Mitglieder enthielt.<sup>774</sup> Nur der liberale Willy Moog, der mit Rothacker in „zweiter Linie“ genannt wurde, fällt aus dem Rahmen, er hatte jedoch keine Chance. Dies ist ein Hinweis darauf, wie weit die Fakultät Ende der 1920er Jahre bereits „nach rechts gerückt“ ist. Weder ein Phänomenologe, ein Ontologe noch ein Neukantianer hatten eine Chance. In ihrem Bericht an den Großen Senat machte die Fakultät klar, dass sie einen Metaphysiker und keinen Positivisten haben wollte, denn deren Vertreter hätten die Philosophie Kants zu einseitig aufgefasst. Man wolle keinen Dozenten, denen die Metaphysik nicht als philosophische Disziplin gelte. Derartige Bestrebungen würden den Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr genügen.

Heimsoeth und Wundt wurden hervorgehoben, weil sie Wert darauf legten, „die mit Meister Eckehart einsetzende, über Paracelsus, Böhme, Leibniz und Kant bis zu Hegel führende Art des Philosophierens herauszuarbeiten, die als die eigentlich deutsche Form der Weltanschauung bezeichnet werden kann.“<sup>775</sup> Haering schließlich deckte als einziger die systematische Philosophie und die Philosophiegeschichte in vollem Umfang ab. Er sei den Senatsmitgliedern seit langer Zeit bekannt. Ihm sei ein starker und zäher Wille eigen, der nach außen weniger hervortrete. Hingewiesen wurde auch auf die zahlreichen Enttäuschungen Haerings. Er habe auf einer ganzen Reihe von Berufungslisten etwa in Erlangen, Darmstadt, Köln<sup>776</sup>, Bonn, Münster<sup>777</sup> an erster

---

<sup>771</sup> UAT 205/66.

<sup>772</sup> Drei Monate zuvor (am 10. März 1928) war Haerings Vater gestorben, der in Tübingen und weit darüber hinaus geschätzte evangelische Theologe Theodor von Haering (1848 – 1928).

<sup>773</sup> UAT 205/66.

<sup>774</sup> Vgl. Leaman 1993, 46; 47; 73.

<sup>775</sup> UAT 205/66.

<sup>776</sup> So hat sich sogar Max Scheler für einen Ruf Haerings nach Köln eingesetzt. Brief Max Scheler an Theodor Haering vom 8. Juli 1927, in: UBT, Md 1014/463. Auch später noch hätte Haering beinahe einen Ruf nach Köln bekommen. Seinem damaligen guten Bekannten Ludwig Binswanger, Leiter der psychiatrischen Klinik Bellevue in Kreuzlingen/Schweiz, teilte er am 16. März 1931 etwas übereifrig mit, er müsse sich auf einen Ruf nach Köln ernstlich gefasst machen. „Die Sache“ werde je-

oder zweiter Stelle gestanden, sei aber nie zum Zuge gekommen. Für Haering habe sich auch Max Scheler eingesetzt, der die gute und strenge Methodik Haerings hervorhob, die er mit seltener Vielseitigkeit verbinde.<sup>778</sup> Haering stehe als Erkenntnistheoretiker dem Kritischen Realismus nahe, so die Fakultät weiter, und als Metaphysiker sei er bestrebt, das Universum als ein sinnvolles Ganzes zu deuten. Die Philosophische Fakultät monierte zwar Haerings umständlichen Schreibstil mit seinen ständigen Verweisen, Einklammerungen, Nebengedanken und Wiederholungen, seine Bücher seien jedoch klar durchdacht. Die Zuhörerlisten wiesen gute Zahlen auf, es fehle Haering aber offenbar der mitreißende rednerische Einfluss auf jene Kreise, die sich nicht allzu sehr in die philosophischen Probleme vertiefen könnten, aber eine Anregung von der Philosophie erhalten wollten. Zum 1. August 1928 wurde Haering das Ordinariat übertragen.<sup>779</sup> Er blieb bis zum Ende der NS-Zeit der einzige Philosoph an der Tübinger Eberhard-Karls-Universität, der über eine Hausberufung zum Ordinariat kam.

Politisch stand Theodor Haering zu Beginn der Weimarer Republik auf deutschnationalem Boden. Auf einem Fragebogen – datiert vom 5. Juli 1933 – gab Haering an, dass er während der Weimarer Republik in keiner Partei „eingeschrieben“<sup>780</sup> war. Bei den „Wahlen in den letzten Jahren“ hat der Tübinger Philosoph seinen eigenen Angaben im Fragebogen zufolge die Deutsche Volkspartei (DVP), die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und auch die „Front Schwarz-Weiß-Rot“<sup>781</sup> ge-

---

doch im Ministerium erst im Mai weiter behandelt. Aus dem Ruf wurde nichts. Vgl. Brief Theodor Haering an Ludwig Binswanger vom 16. März 1931, in: UAT 443/12 (Nachlass Ludwig Binswanger). Stattdessen entschieden sich die Kölner für Heimsoeth. Vgl. Tilitzki 2002, 300.

<sup>777</sup> Im August 1927 sollte das Ordinariat des verstorbenen Philosophen Alfred Brunswig neu besetzt werden. Der damals noch außerplanmäßige Tübinger Professor Haering wurde an zweiter Stelle genannt, nach mehrmonatigen Verhandlungen in der Kommission wurde dann jedoch Heinrich Scholz berufen. Vgl. Tilitzki, 2002, 249f. Max Scheler versprach brieflich, sich für Haering auch in Münster zu verwenden, aus „rein sachlicher Überzeugung über den hohen Wissenschaftlichen (!) Wert Ihrer Leistungen“. Scheler wollte einen nach Köln berufenen mittelalterlichen Historiker ansprechen, damit er seine Ex-Münsteraner Kollegen auf Haering aufmerksam mache. Scheler hielt Haering für Münster „sehr geeignet“. Brief Max Scheler an Theodor Haering vom 8. Juli 1927, in: UBT, Md 1014/463.

<sup>778</sup> UAT 205/66.

<sup>779</sup> Da nutzte es auch nichts mehr, dass in einer Sitzung des Großen Senats am 21. Juni 1928 Kanzler Max von Rümelin (1861 – 1931) sowie die Professoren Carl Sartorius (1865 – 1945) und Walther Gerlach (1889 – 1979) starke Bedenken gegen Haering äußerten, weil er nicht auf Studenten anderer Fakultäten einwirken könne (vgl. UAT 47/40, 34f.).

<sup>780</sup> UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>781</sup> Die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ war ein Wahlbündnis, an dem die DNVP, der Stahlhelm und der Landbund beteiligt waren. Schwarz, weiß, rot waren die Farben des Deutschen Reiches von 1871 – 1919. Der Stahlhelm hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, er war paramilitärisch organisiert, stellte auf die Rekrutierung der Frontsoldaten ab und war republikfeindlich. Den Landbund repräsentierte in Württemberg der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund. Zielgruppe war die protestantisch (-pietistisch) geprägte und national gesinnte Landbevölkerung,

wählt.<sup>782</sup> Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg setzte er auch seine Unterschrift unter einen Aufruf zur Versammlung und zum Parteieintritt in die Württembergische Bürgerpartei.<sup>783</sup> Die hatte zum Sonntag, 5. Januar 1919, in den großen Saal des Tübinger Museums geladen.<sup>784</sup>

---

er arbeitete eng mit der Württembergischen Bürgerpartei zusammen. Das politische Spektrum des Bauern- und Weingärtnerbundes reichte von national-demokratischen bis hin zu deutsch-völkischen und antisemitischen Einstellungen (vgl. Weber 2004, 401). Die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ trat nur zur Reichstagswahl am 5. März 1933 an. Sie errang in Tübingen 12,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, zusammen mit der NSDAP (49,2 Prozent) kamen die Republikgegner auf 62 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 85,6 Prozent. Das Tübinger Ergebnis lag damit aber zehn Prozent höher als der Durchschnitt im Reich und 15 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Die DNVP hatte in Tübingen traditionsgemäß einen hohen Anteil. Bei der ersten Reichstagswahl am 19. Januar 1919 kam sie auf 18,1 Prozent, den höchsten Stimmenanteil erreichte sie bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 mit 21,4 Prozent, unter zehn Prozent fiel sie lediglich bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 (8,2 Prozent). Bei fast jeder Reichstagswahl lag der DNVP-Anteil in Tübingen höher als im Landes- und Reichsdurchschnitt, nur am 7. Dezember 1924 lag er 0,3 Prozent unter dem Durchschnitt des Reiches, dafür 9,3 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Vgl. Schönhagen 1991, 30; 107.

<sup>782</sup> Im Fragebogen vom 28. September 1934 hingegen erwähnt Haering die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ nicht, wohl aber die DVP und die DNVP. Die DNVP habe er einmal gewählt. Siehe BA R21/Anhang 10007, Bl. 3486f. Im Fragebogen der Französischen Militärregierung vom 1. Juli 1946 gibt Haering an, vor 1933 nur die DVP gewählt zu haben. Mitglied sei er außerdem im „Reichskolonialbund“ („lange vor 1933“) gewesen. Siehe Wü 13 T2, Nr. 2132/037 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>783</sup> Die Württembergische Bürgerpartei wurde am 7. Dezember 1918 in Stuttgart gegründet. Inhaltlich setzte sie sich für „Sittenreinheit“, Bewahrung des deutschen Christentums und für die christliche Erziehung als Grundlage deutscher Kultur ein, freilich im Sinne des alten evangelischen Konservatismus in Württemberg, der auch streng pietistische Strömungen einschloss. Ihre Klientel sah sie bei den „Bürgern“, den Handels- und Gewerbetreibenden und bei den Beamten. Anfangs war sie bedacht, den Proporz zwischen Nationalliberalen, Parteilosen und den Konservativen zu wahren, es bestand jedoch auch eine große Nähe zur völkischen und antisemitischen Bewegung. Zwischen 1918 und 1924 wurde sie zum „antisemitischen Monopolisten im Parteiensystem des Landes“ (Weber, 2004, 401). Die gewählten Abgeordneten konnten sich im Reichstag der DVP oder der DNVP anschließen, eine Doppelmitgliedschaft in Bürgerpartei und Reichs-DVP war erlaubt. Der offizielle Anschluss an die DNVP erfolgte im November 1920, der Parteeiname lautete: „Württembergische Bürgerpartei – Deutschnationale Volkspartei Württembergs“. Auf Landesebene ging die Bürgerpartei eine Fraktionsgemeinschaft mit dem Bauernbund ein, ihre Nähe zu völkisch-antisemitischen Gruppen wuchs, seit Ende Mai 1924 ging sie auf Hugenberg-Kurs. Von Januar 1919 bis zum März 1920 wurden 50 Ortsgruppen in Württemberg gegründet, darunter auch in Tübingen. Mitte der 1920er Jahre hatte die Tübinger Ortsgruppe (470) nach Ulm (650) die meisten Mitglieder. Vgl. Weber 2004, 126ff.

<sup>784</sup> Tübinger Chronik, 4. Januar 1919. Unter den 80 Unterzeichnern findet sich auch ein „Dr. phil. Häring“. Es war damals durchaus üblich, den Namen mit oder ohne Umlaut zu schreiben. Im Adressbuch von 1919 ist neben dem Vater, Professor Theodor Haering, nur der Philosoph Theodor Haering angegeben, sein Bruder Hermann ist nicht verzeichnet. Auch er war „Dr. phil.“. Laut Personalakte war Hermann Haering offiziell bis zum 1. Januar 1919 beim Generallandesarchiv in Karlsruhe tätig, von Mitte November 1918 an war er jedoch in Tübingen zur ambulanten Behandlung im Reservelazarett II. Am 28. November 1918 wurde er als „Vertreter eines wissenschaftlichen Beamten“ in der Tübinger Universitätsbibliothek eingestellt. Vgl. UAT 153/41; UBT 167/425. Auch seinem Tagebuch zufolge kam Hermann Haering nach dem Ersten Weltkrieg Mitte November 1918 nach Tübingen und begann kurz darauf seine Tätigkeit in der Universitäts-Bibliothek. Es ist aber schwer vorstellbar, dass Hermann Haering den Aufruf der Württembergischen Bürgerpartei mitgetragen hat, zumal sich der Kriegsversehrte (er verlor einen Arm) nach dem Ersten Weltkrieg



In dem Aufruf „kämpft“ die Württembergische Bürgerpartei „für deutsches Volkstum, für Zucht und Ordnung, für Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes“ und „für lebenskräftiges Christentum, Kirche u. Religionsunterricht“, sie „kämpft“ gegen „nationale Schlappeit und Würdelosigkeit“, „schlaffes Gehenlassen und Verwirrung“, gegen „Klassenherrschaft und Großkapitalismus“ sowie gegen „die zersetzenden Einflüsse religionsloser Bestrebungen.“<sup>785</sup> Völkische, auch antisemitische Motive sind unverkennbar.<sup>786</sup>

Im Vorfeld zu den Wahlen zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung schaltete die Bürgerpartei noch einige Anzeigen in der Tübinger Chronik. Dabei fuhr sie eine Doppelstrategie. Sie ging „die mit sozialistisch-internationalem Öle gesalbte Demokratie“<sup>787</sup> (insbesondere aber die Sozialdemokratie) an, brandmarkte die liberalen Blätter „Berliner Tageblatt“ und „Frankfurter Zeitung“ als „Vorfrucht der Demokratie“<sup>788</sup>, bot sich gleichzeitig jedoch als Teil der zu errichtenden neuen demokratischen Ordnung an, indem sie Württemberg vor dem Überlaufen zum Sozialismus bewahre. Schreckgespenst war die „demokratisch-international-materialistische Verflüchtigung“, womit die Bürgerpartei wiederholt indirekt auf den Zusammenhang von Demokratie und international agierendem Finanzjudentum anspielte. Sich selbst verortete die Bürgerpartei bei den dem Volke „wohlgesinnten Rechtsparteien“<sup>789</sup>, deren Mitglieder nach Ende des Ersten Weltkriegs keineswegs „uferlose Eroberungsziele“ formuliert hätten, sondern als „aufrechte deutsche Männer ... an den Sieg der gerechten Sache des deutschen Volkes geglaubt“ hätten. Hingegen hätten die „führenden Blätter der Deutschen Demokratischen Partei“ seit Beginn des Krieges „den Siegeswillen“ untergraben und sich somit am „unglücklichen Ausgang“ des Krieges sowie am Zusammenbruch der Front im Innern mitschuldig gemacht. Die Bürgerpartei betrieb somit massiv Propaganda für die „Dolchstoßlegende“ und nährte mit ihrer

---

um seine junge Familie und um sein berufliches Fortkommen als Archivar sorgen musste. Hermann Haering war bis zum Ende des Ersten Weltkriegs an der Front. Ein weiterer Tagebucheintrag vom 5. Januar 1919, also einen Tag nach der Anzeige in der Tübinger Chronik, missbilligt indirekt die Parteinahme seines Bruders Theodor, ohne ihn beim Namen zu nennen. Der Ruf nach den Professoren und akademisch Gebildeten an die politische Front, schreibt er, sei „sehr zweischneidig, besonders im Munde von Leuten, die für das geistige Deutschland“ eintreten. „Politik, d.h. Parteipolitik“ sei „eben doch Einseitigkeit und zugegeben von demagogischen Mitteln“ beherrscht. „Die Professoren sollen lernen, lernen, lernen ... , aber nicht politisch parteienmässig organisiert sein.“ HStAS, Nachlass Hermann Haering, J 40/15, Nr. 41 (1919).

<sup>785</sup> Tübinger Chronik, 4. Januar 1919.

<sup>786</sup> Vgl. zur personellen und ideologischen Verbindung zwischen Bürgerpartei und der völkischen und antisemitischen Szene: Ulmer 2011, 202ff.

<sup>787</sup> Tübinger Chronik, 7. Januar 1919.

<sup>788</sup> Diese „Vorfrucht“ hatte jüdische Verleger und Chefredakteure, so wurden die Schuldigen gleich indirekt genannt. Vgl. Ulmer 2011, 203.

<sup>789</sup> Tübinger Chronik, 10. Januar 1919.

Polemik auch den Antisemitismus im Land. Nach der Wahl zur Landesversammlung am 12. Januar 1919, bei der die Bürgerpartei nach der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und den Sozialdemokraten zur drittstärksten Partei in Tübingen wurde<sup>790</sup>, kündigte sie in einer Anzeige an, dem „Zusammenschluss des Linksblocks“ einen starken Rechtsblock mit der DVP, der DNVP und des Bauernbundes entgegenzusetzen, um das deutsche Volk „vor verderblichen Experimenten der Revolution“<sup>791</sup> zu schützen.<sup>792</sup>

Gleich zweimal unterzeichnete Theodor Haering bei der Wahl des Reichspräsidenten 1925 einen Wahlauf Ruf für den von DVP und DNVP unterstützten Karl Jarres.<sup>793</sup> Auf einer Wahlversammlung am Freitag, 27. März, im Schillersaal des Museums agitierten im deutsch-nationalen Stil der Vorsitzende vom „Ortsausschuss für die Kandidatur Dr. Jarres“, Gustav von Schleich, Gustav Rapp, außerordentlicher Professor bei den Historikern und der Ordinarius der Rechtswissenschaft,

---

<sup>790</sup> In Stadt und Amt Tübingen wählten die liberale DDP 10.276 (40,30 Prozent) Wählerinnen und Wähler, die SPD 9.342 (36,67 Prozent) und die Bürgerpartei 3.562 (13,98 Prozent). Landesweit erreichten die Sozialdemokraten 52 Sitze, die DDP 38 Sitze, das Zentrum 31 Sitze, die Unabhängigen vier Sitze. Die Bürgerpartei kam auf elf Sitze, auf die mit ihr kooperierenden Parteien Bauernbund sowie Weingärtner und Landwirte entfielen zehn beziehungsweise vier Sitze. Vgl. Tübinger Chronik, 13. Januar 1919.

<sup>791</sup> Tübinger Chronik, 16. Januar 1919.

<sup>792</sup> Das gelang ihr ab 1924. Da bildete sie mit dem „Vaterländisch-völkischen Rechtsblock“, einem Wahlbündnis mit den völkischen Verbänden, eine Rechtsregierung und stellte mit dem deutsch-nationalen Wilhelm Bazille (1874 – 1934) den Staatspräsidenten. Vgl. Ulmer 2011, 19; Weber 2004, 51f. Bazille war Reichstags- und Landtagsabgeordneter sowie Fraktionschef der Bürgerpartei. Er war ein Gegner des Versailler Vertrages, mäßigte sich zwar als Staatspräsident und Kultminister nach außen, trat jedoch bis 1924 demagogisch mit antisemitisch motivierten Anfragen und Beiträgen in Versammlungen sowie im Reichstag und im württembergischen Landtag hervor. Vgl. Ulmer 2011, 257.

<sup>793</sup> Tübinger Chronik, 25. und 28. März 1925. In der Anzeige sind 112 Namen aufgeführt, darunter auch der des Bruders Hermann Haering (Oberbibliothekar) und des Vaters Theodor von Haering (emeritierter Professor der Theologie). Stadtbekannte Tübinger wie der Weingärtner Zacharias Krauss oder die späteren Unterstützer und Vollstrecker des NS-Regimes auf universitärer Ebene Gerhard Pfahler und Gustav Bebermeyer standen ebenfalls auf der Liste. Die Anzeigen umfassten eine dreiviertel Seite, Initiator des Ortsausschusses „für die Kandidatur Dr. Jarres“ war Gustav von Schleich, einstiger Professor an der Augenklinik, 1925 außer Diensten. In der Anzeige wird Jarres als Kandidat vorgestellt, der „in voller Überparteilichkeit“ das Amt des Reichspräsidenten führen werde. Gleichwohl wird dessen „Treue zu Volk und Vaterland“ hervorgehoben, die ihn während des Ruhrkampfes in französische Militärgefängnisse gebracht habe. Seine Amtsführung als Reichspräsident werde „eine Bürgschaft für Sittenstrenge und Gerechtigkeit“, der „Anfang des nationalen Aufstieges“ und der „sittlichen Erneuerung des deutschen Volkes und Staatslebens“ sein. Vgl. Tübinger Chronik, 25. und 28. März 1925. Karl Jarres (1874 – 1951), von 1923 – 1924 Reichsminister des Innern und Vizekanzler, Duisburger Oberbürgermeister und DVP-Mitglied, wurde zur Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgang am 29. März 1925 vom „Reichsblock“ (DNVP, DDP) unterstützt. Beim zweiten Wahlgang am 26. April 1925 trat Jarres nicht mehr an, es siegte der Überraschkandidat Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (1847 – 1934), der vom „Reichsblock“ unterstützt wurde und in national-konservativ-monarchistisch orientierten Kreisen hohes Ansehen genoss. Vgl. Ulmer 2011, 306ff.

Professor Philipp von Heck.<sup>794</sup> So bewegte sich Theodor Haering seit Beginn der Weimarer Republik politisch im deutschnationalen Spektrum, das die Republik und den Versailler Vertrag ablehnte und Übergänge zu völkischen und antisemitischen Einstellungen anbot.

Wie einige seiner Philosophen-Kollegen<sup>795</sup> schloss sich auch Haering der reichsweiten Volkshochschulinitiative<sup>796</sup> an, die sich nach dem Ersten Weltkrieg im November 1919 gründete.<sup>797</sup> Der Philosoph bot

---

<sup>794</sup> Einen größeren Eigenbericht des „Reichsblocks“ druckte die Tübinger Chronik am 28. März 1925 ab, einen Tag vor dem ersten Wahlgang (die Berichte über die Wahlveranstaltungen der DDP und SPD waren um ein Vielfaches kürzer). Danach waren viele „hunderte Männer und Frauen aller Stände“ im Schillersaal anwesend. Rapp sprach allein das Wort „Barmat“ aus, um den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Otto Braun zu diffamieren (im Korruptionsskandal um die Barmat-Brüder waren auch Sozialdemokraten verwickelt, „Barmat“ wurde bald als Chiffre benutzt und war gleichbedeutend mit Korruption. Vgl. Ulmer, 2011, 306), nannte den DDP-Kandidaten Will Hellpach einen Demokraten und „Intellektuellen“ und bezeichnete den Zentrums-Kandidaten Wilhelm Marx als „schwächliche Kompromissnatur“, der sogar Deutschland eine Mitschuld am Ersten Weltkrieg unterschiebe. Rapp machte „die unglückliche Führung“ der äußeren Politik seit Bismarcks Entlassung als „entscheidende Ursache für Deutschlands Sturz“ aus, die Demokratie hätten die Feinde den Deutschen „als Rezept verschrieben“. Jarres hingegen wurde als Held vorgestellt, der sich beim „Kommunistenaufbruch“ und bei der französischen Besetzung in vorbildlicher Weise unerschrocken und fest“ gezeigt habe. Mit Jarres atme man die „reine Luft des alten schwarz-weiß-roten Deutschlands“: „Gott- Ehre, Freiheit, Vaterland“. Jarres stehe nicht nur für einen deutschen Staat und für eine christliche Schule, es sei der „ganze Mann“, ... sein Charakter, sein Mut, seine Bewährtheit, sein deutscher Geist“, der ihn wählbar mache. Auch von Heck diskreditierte die Weimarer Republik, stellte Jarres als überparteilichen, verständnisvollen und ausgleichenden Politiker vor, der mit der „Intensität des nationalen Willens“ dem Volk in seiner Not, seiner Unfreiheit und tiefsten Schmach mit einem Leben in Knechtschaft und der Kriegsschuldflüge beistehen könne, der für diese nationalen Belange Verständnis habe.

<sup>795</sup> Siehe auch zum Engagement der Philosophen in der Volkshochschulbewegung: Tilitzki 2002, 419ff.

<sup>796</sup> Die Initiatoren beabsichtigten, das Volk an die demokratisch-republikanische Staatsform und Gesellschaftsordnung heranzubilden – durch Aufklärung und durch Vermittlung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Bürgerinnen und Bürger aus sämtlichen Schichten sollten sich in den Kursen begegnen und in einem offenen Miteinander voneinander lernen. In Reutlingen wurde der Gründer des Vereins für Volksbildung, der Textilunternehmer Emil Gminder (1873 – 1963), am 16. Juli 1918 zum Vorsitzenden gewählt, Geschäftsführer war Stadtpfarrer Eugen Kappus (1869 – 1945). Vgl. Domen 1993, 31ff.

<sup>797</sup> In Tübingen hatte der „Akademische Verein für Volksunterrichtskurse“ zum ersten Mal Volksbildungskurse im Wintersemester 1910/11 im Programm. Der Krieg unterbrach die Weiterbildung. Die ersten Kurse für „die handarbeitenden Kreise“ wurden dann in Rottenburg, Tübingen und Reutlingen erst wieder zum Wintersemester 1919/1920 angeboten, meist unentgeltlich von Studierenden. Die 29 Kurse wurden in den (Hör-)Sälen der Neuen Aula oder in der Mädchenrealschule für eine Mark pro Teilnehmer/in abgehalten. Ziel war die Fortbildung im Beruf, „Elementarwissen“ sollte aufgefrischt oder neu erlernt werden. Schönschreiben war genauso angesagt wie das Erlernen einer Fremdsprache oder Algebra. Doch die Bereitschaft war gering, viele Kurse mussten mangels Teilnehmer abgesagt werden. Im nächsten Semester war die Resonanz noch dürftiger. Da löste sich der Verein auf und schloss sich mit einer Studentengruppe zusammen, aus der Kooperation ging im Wintersemester 1921/22 der „Ausschuss für Volksbildungsabende“ hervor. Er hob nicht auf die berufliche Fortbildung ab, auf Fachwissen, sondern auf die Vertiefung der Allgemein-

im Semester 1919/1920 in Reutlingen<sup>798</sup> mit Beginn 30. Oktober 1919 jeweils donnerstags von 20 bis 21 Uhr in der Mädchenschule (Gartenstraße 25) den Kurs „Weltanschauung“ an.<sup>799</sup> Unterthemen waren etwa „Was ist Philosophie?“, „Die Lage des Geistes“, „Materialistische Weltanschauung“, „Was ist die Seele?“, „Gibt es einen freien Willen?“, „Träume“, „Über Gut und Böse“ oder „Die idealistische Weltanschauung“. Die „Einheitsgebühr“ lag bei fünf Mark.<sup>800</sup> Doch Haerings Engagement währte nicht lange. Die Volksbildungsarbeit schien dem Philosophen wohl nicht gelegen zu haben, sie passte nicht in seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen eines ständisch organisierten Gemeinwesens, in dem jeder seinen ihm zugewiesenen Platz einnimmt.

Mitgearbeitet hat Haering auch im „Tübinger Vererbungskreis“, einer 1919 gegründeten Arbeitsgemeinschaft, die zu der Zeit „einzigartig“ gewesen sei und „nicht seinesgleichen bei anderen deutschen Universitäten“<sup>801</sup> gefunden habe. Der Philosoph wollte sich in dieser Arbeitsgemeinschaft zusammen mit dem Religionswissenschaftler, Mitglied des Kögenger Bundes und späteren Deutsch-Gläubigen Jakob Wilhelm Hauer (1881 – 1962) sowie mit dem Strafrechtler Edmund Mezger (1883 – 1962) um Vererbung, Konstitution, Rasse und den völkischen

---

bildung der Arbeiterinnen und Arbeiter, Landwirte, Handwerker und Angestellten. Sie sollten dadurch denkende, geistig lebendige Menschen werden. Der Besuch war besser als bei den vom akademischen Verein angebotenen Kursen, obwohl der Beitrag mit fünf Mark wesentlich höher war. Die Arbeiterschaft war jedoch wieder schwach vertreten, es überwogen die Damen aus Akademikerkreisen. Das Gros der Kursleiter waren Universitätsprofessoren. In den Folgejahren wurde das Programm ausgebaut, angeboten wurden etwa Gymnastikkurse, (auch wieder) Fremdsprachen, Stenographie, Physik, aber auch „Rassenhygiene“, die „Judenfrage“ oder „Völkerbund und Friedensfragen“. Noch Mitte der 1920er Jahre war der Kurs- und Vortragsbesuch rege, nach dem Wintersemester 1927/28 beendete der Volksbildungsausschuss seine Tätigkeit mangels Interesse der Bevölkerung. Vgl. Kotowski, 1999, 183ff. Dort ist auch weitere Literatur zur Vertiefung des Themas angegeben. Auch einige Philosophen im Reich engagierten sich in der Volksbildungsbewegung und boten Kurse insbesondere aus ihren Wissenschaftsgebieten an. Auffallend ist daran auch das Bedürfnis, die Bevölkerung mit dem System der Demokratie vertraut zu machen.

<sup>798</sup> Laut Satzung sollten die Kurse „möglichst weiten Kreisen des Volkes bewusste Teilnahme am deutschen Geistes- und Kulturleben“ ermöglichen, „den Persönlichkeitswert des Einzelnen heben“ und „das „Verständnis für das Gemeinschaftsleben und die bewusste Einordnung in dasselbe nach Kräften fördern“, ohne parteipolitisch oder religiös zu beeinflussen. Alle politischen und religiösen Richtungen sollten gleichberechtigt sein. Vgl. Satzung des Vereins für Volksbildung e.V. in Reutlingen, abgedruckt im Programmheft für das Jahr 1919/1920, in: UBT, Md 1008/3, Bl. 35 – 88.

<sup>799</sup> Vgl. UBT, Md 1008/3, Bl. 35 – 88. Der Bruder Hermann Haering hielt ebenfalls in Reutlingen ein Seminar zum Thema „Führer und Geführte im letzten Jahrhundert deutscher Geschichte“. Vgl. UBT, Md 1008/3, Bl. 35 – 88.

<sup>800</sup> Angemeldet hatten sich auch die Reutlinger „Fabrikantengattin“ Elise Gminder und Pauline Roos, Frau des Reutlinger Stadtpfarrers. Sie schrieb Haering handschriftlich zu den bereits maschinenschriftlich eingetragenen Teilnehmern dazu. Siehe UBT, Md 1008/3.

<sup>801</sup> Erster Jahresbericht der Dozentenbund-Akademie, 1937/38, in: UAT 308/38, 18.

Geist kümmern. Auch Vertreter aus der Botanik, Zoologie, der Medizin und der anorganischen Naturwissenschaft waren bei der interdisziplinären Arbeitsgemeinschaft dabei. Sie löste sich nach sechs Jahren auf, nachdem einige Dozenten an andere Universitäten berufen worden waren.<sup>802</sup> Ergebnisse dieses „Tübinger Vererbungskreises“ sind nicht bekannt. Vermutlich hing er mit dem Engagement des Rassenhygienikers Philalethes Kuhn zusammen, der 1919/20 eine Professur für Hygiene an der Universität Tübingen innehatte und für die „Gesellschaft für Rassenhygiene“ trommelte und Vorträge hielt.<sup>803</sup>

Erfolgreicher war Haering in der Tübinger Museumsgesellschaft. Sie war ein Spiegelbild des gehobenen Tübinger Bildungsbürgertums, eine exklusive Gesellschaft, 1821 gegründet. Ihr schloss sich Haering am 28. Oktober 1925 an<sup>804</sup>, 1929 saß er im Ausschuss<sup>805</sup>, 1931 wurde er Vorsitzender.<sup>806</sup> Mitglieder wurden in der Weimarer Republik etwa Heinz Hayum, Rechtsanwalt jüdischen Glaubens<sup>807</sup>, Sohn des Rechtsanwalts und liberalen Gemeinderatsmitgliedes Simon Hayum<sup>808</sup>, sowie der Demokrat und Mathematiker Erich Kamke (1890 – 1961).<sup>809</sup> Die meisten Mitglieder gehörten jedoch dem betont konservativen oder deutschnationalen Bürgertum an. Die Familien Haering und Hayum waren seit 1921 unmittelbare Nachbarn. In diesem Jahr verkauften die Eltern Theodor Haerings das Haus in der Hirschauerstraße<sup>810</sup> und zogen in die Uhlandstraße 13, Hayums wohnten gleich nebenan in der Uhlandstraße 15.

Ein großes wissenschaftliches Arbeitspensum kennzeichnet den Philosophen nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>811</sup> Seine Studien greifen weit aus, Haering beschäftigt sich mit Geschichtsphilosophie, mit den Naturwis-

---

<sup>802</sup> Erster Jahresbericht der Tübinger Dozentenbund-Akademie 1937/38, in: UAT 308/38, 18.

<sup>803</sup> Philalethes Kuhn erhielt 1920 einen Ruf nach Dresden. Am 20. Februar 1924 gründeten die Medizin-Professoren Kurt Wolf und Wilhelm Weitz eine Tübinger Ortsgruppe der „Gesellschaft für Rassenhygiene“. Sie verbreitete in öffentlichen Vorträgen den Rassegedanken und einen militanten Antisemitismus.

<sup>804</sup> UAT 406/217, 51 (Aufnahmebuch der Museumsgesellschaft).

<sup>805</sup> UAT 406/102 (Protokolle der Mitgliederversammlungen 1919 – 1940).

<sup>806</sup> UAT 126a, 172 ( Personalebogen vom 17. Januar 1953).

<sup>807</sup> UAT 406/217, 69. Heinz Hayum trat am 9. November 1929 in die Museumsgesellschaft ein.

<sup>808</sup> Zapf 1978, 40.

<sup>809</sup> UAT 406/217, 63. Erich Kamke wurde am 26. Oktober 1928 Mitglied der Museumsgesellschaft. Siehe zu Kamke: Mohr 2010.

<sup>810</sup> Der Mutter wurde die Bewirtschaftung zu aufwändig. Im Haushalt der Familie lebte auch das Dienstmädchen und die Wirtschafterin Pauline Dees (vgl. Hermann Haering 1963, S. 221; 223).

<sup>811</sup> Zu den im Folgenden vorgestellten Werken kommt noch das über 1.100 Seiten starke Buchfragment „System einer universalen Logik“ hinzu. Haering hat daran mindestens seit den späten 1920er Jahren bis Anfang der 1940er Jahre gearbeitet. Siehe UBT, Md 1004. „Wegen anderer dringender Arbeiten“ habe er die Ausarbeitung zurückgestellt, schreibt er 1932. Vgl. Haering 1932c, 27.

senschaften<sup>812</sup>, seit Mitte der 1920er Jahre intensiv mit Hegel und bringt 1929 seinen ersten Hegel-Band heraus.<sup>813</sup>

In seinem 1923 erschienenen fast 800 Seiten starken Werk „Philosophie der Naturwissenschaft“ sucht Haering das „vorwissenschaftliche Weltbild“ (Alltagsbewusstsein) sowie ein einheitliches, teleologisches Verständnis der Naturwissenschaften zu rehabilitieren. In Anknüpfung an Spengler spricht er auch den Wissenschaften ein je verschiedenes Lebensalter zu und erkennt in den Einstein'schen Theorien „den folgerichtigen Abschluss der ganzen bisherigen Entwicklung“<sup>814</sup>. Auch in der Naturwissenschaft sei das letzte Ziel alles Erkennens das „Verstehen der Wirklichkeit“<sup>815</sup>. Erkenntnis beginnt nach Haering im vorwissenschaftlichen Weltbild, das sich in der Wissenschaft etwa durch Experimente („die planmäßige Herbeiführung von Erlebnissen“<sup>816</sup>) weiter verfeinert und ausdifferenziert, bestätigt oder verworfen wird. Das „ursprüngliche Erleben“ aber bleibt der letzte Rekurs aller Objektivität für das menschliche Erkennen.<sup>817</sup> Eine von ihm postulierte „Ergänzungs-

---

<sup>812</sup> Haering 1923a; 1926a; 1930; 1932a; 1932b; 1932c. Die naturwissenschaftlichen Arbeiten von Theodor Haering werden hier nicht eingehend behandelt.

<sup>813</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg werden verschiedene Autoren einen Zusammenhang zwischen der rechtshegelianischen Auslegung der Staatstheorie und dem Nationalsozialismus herstellen. Bereits zu Beginn der Weimarer Republik machte Hermann Heller auf die Hegelrenaissance in Deutschland aufmerksam. Der Jurist und Demokrat Hermann Heller (1891 – 1933) stellte 1921 einen „Hunger nach Weltanschauung“ (Heller 1921, 202) und eine Erneuerung des (deutsch-konservativen) Hegelianismus fest (in der Staatslehre sei er nie ausgestorben). Nicht nur bezögen die aktuellen Kriegsphilosophien ihre weltanschaulichen Grundlagen von Hegel, auch dessen praktische Geschlossenheit und handfeste Objektivität übe eine große Anziehungskraft aus. Er hob den Einfluss Machiavellis auf den Machtstaatsgedanken Hegels hervor und wies auf die Bedeutung der Verfassungsschrift von 1802 hin, in der Hegel sogar die Möglichkeit eines Eroberers erörtert, um die deutschen Fürstentümer zu einen. Denn zu dieser Zeit war Deutschland laut Hegel kein Staat mehr. Hegel habe in dieser Schrift den kulturellen Geist in einen machtnationalen überführt, der die Expansionspolitik der Bismarckzeit begründet habe. Hegel habe jegliche kosmopolitische Rechtfertigung des Staates abgelehnt, er sei gegen das Naturrecht, gegen die Staatsvertragslehre gewesen, habe ihr seine monistisch-transpersonale Staatsanschauung entgegengestellt. Gewalt nach innen – gegen die bürgerliche Gesellschaft – und nach außen – gegenüber anderen Staaten – habe ausschließlich dem Staat zugestanden, das Individuum habe keinen Rechtsanspruch dem Staat gegenüber gehabt. Den Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft habe er weder ein gleiches noch allgemeines Wahlrecht zugestanden. Dem „mechanischen“ Staat habe Hegel den „organischen“ entgegengestellt, die Verbindung des monarchischen mit dem organischen Prinzip; ein lebendiger Organismus, in dem sich sämtliche Glieder innerlich dem Ganzen verbunden fühlten. Im Staat, der höchsten und universalsten Lebensform, seien sämtliche inneren und äußeren Zwecke vereinigt, die Macht mit dem Recht, der Sittlichkeit und der Religion versöhnt. Heller nennt Hegels Konzept eine „monistische Stahlbadphilosophie“ (Heller 1921, 122), die den Krieg und imperialistische Bestrebungen rechtfertige. Keinesfalls könne man jedoch das deutsche Machtstaatsdenken Hegel allein anlasten, aber der preußische Staatsphilosoph sei der weitestaus hervorstechendste und einflussreichste. Vgl. Heller 1921.

<sup>814</sup> Haering 1923a, 9.

<sup>815</sup> Haering 1923a, 75.

<sup>816</sup> Haering 1923a, 66.

<sup>817</sup> Haering 1923a, 66.

metaphysik“ geht über die gegebenen Tatsachen hinaus, gestaltet und vervollkommnet sie, eine „Realisierungsmetaphysik“ stelle die Frage nach dem objektiven Erkenntniswert.<sup>818</sup> „Einsteins geniale Schöpfung“<sup>819</sup>, die allgemeine und spezielle Relativitätstheorie, lobt Haering in höchsten Tönen, verteidigt sie gegen Kritik des Physikers, Nobelpreisträgers und frühen NSDAP-Unterstützers und -Mitglieds Philipp Lenard (1862 – 1947). Die Einstein’schen Theorien korrigierten die empirischen Messungen, um sie dynamisch brauchbar zu machen.

Drei Jahre später (1926a) moniert Haering die Beibehaltung der alten Begriffe in der mechanistischen Physik, ohne den inhaltlichen Wandel etwa durch den Feldbegriff zu berücksichtigen. So müsse der Begriff der Kraft auch das Dynamische, die Energie, das Kraftartige enthalten, analog zum menschlichen Willen, der Willenskraft. Das kausalgesetzlich-atomistische Ideal sei mit der modernen Physik nicht mehr vereinbar.

Zeitkritisch wird Haering in einem Aufsatz von 1932. Der Zeitgeist fasse nur das „quantitativ und gesetzlich Fassbare“, woraus die „ganze praktische Misere der heutigen Generation hervorgegangen zu sein scheint“. Diese Überschätzung habe „unser Leben verarmt“ und treibe „im Amerikanismus seine höchsten Blüten“. Der „Geist“ werde vernachlässigt.<sup>820</sup> Andere Wissenschaftler sahen das ähnlich. Der Biologe und Philosoph Eduard May (1905 – 1956) etwa schrieb Haering 1937 einen Brief, in dem er sich für eine Neuauflage der „Philosophie der Naturwissenschaft“ von 1923 aussprach. Denn der Wiener Physikalismus sei für die studierende Jugend „geradezu Gift“, da er das eigentliche Erkenntnisstreben in der Wurzel verderbe, das ganze Denken zu einem Spiel mit hohlen Symbolen und inhaltsleeren Formeln erniedrige und als letzte Konsequenz den geistigen Nihilismus habe.<sup>821</sup>

Seiner zweiten Profession, der Lyrik und Prosa, blieb Haering treu, seine Ambitionen schraubt er jedoch herunter. Er verfasste Gedichte auf Verwandte, auf die Universität<sup>822</sup>, notierte einige Entwürfe<sup>823</sup> und

---

<sup>818</sup> Haering 1923a, 627.

<sup>819</sup> Haering 1923a, 128.

<sup>820</sup> Haering 1932a, 29.

<sup>821</sup> Siehe Brief Eduard May an Theodor Haering vom 5. Februar 1937, in: UBT Md 1014/351 (Briefwechsel Theodor Haering).

<sup>822</sup> Zur Feier der Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau am 30. April 1928 verfasste Haering den „Weihepruch“: „Auf diesen Grundstein in der Grube Schoß, Baumeister, baut das Haus uns hell und groß! Dass freier fürder Lernende sich regen / Und Lehrer drin, der Geister Grundstein legen - ; / Den geist’gen Grundstein – wenn uns Gott verbündet - , Darauf des Vaterlands Neubau gründet!“ Siehe UBT, Md 978/2.

<sup>823</sup> Zahlreiche Fragmente sind undatiert. Der Weimarer Republik zuzuordnen sind jedoch „Der Kreuzweg“ (1926, Oper, UBT, Md 980/3) und „Gegen die Sintflut“ (1930, 15 Blatt, UBT, Md 979/14): In diesem Schauspiel in fünf Aufzügen warnt

schrieb eine Persiflage auf den Jubiläumsausschuss, der die universitäre Feier zum 450. Geburtstag 1927 plante.<sup>824</sup> Die Novelle „Der Tod und das Mädchen“<sup>825</sup> reichte er bei der neugegründeten Monatsschrift „Der schwäbische Bund“ ein, sie wurde jedoch nicht veröffentlicht.<sup>826</sup> Während des Ersten Weltkrieges gediehen aber bereits die Vorarbeiten zu zwei größeren Werken: „Die Materialisierung des Geistes“ und „Die Philosophie des Verstehens, Grundzüge einer allgemeinen Wissenschaftslehre“ hat Haering am Ende des Krieges nahezu abgeschlossen, so dass er sich an die Herausgabe machte.<sup>827</sup> In der „Materialisierung des Geistes“ von 1919 knüpft Haering an seine Gesellschaftskritik aus der Vorkriegszeit an. Der Materialismus beherrsche die Zeit, ist er überzeugt. Die Ursache sei in erster Linie ein vor dem Krieg „sich ins Sinnlose steigernder Luxus“<sup>828</sup> gewesen. Aber auch das Wachstum der Industrie (die Mechanisierung der Arbeit ist laut Haering ebenfalls geistlos) sowie die Fortschritte in den Naturwissenschaften hätten ihren Anteil an der Materialisierung gehabt. Gegen den Theoretischen und Praktischen Materialismus gerichtet, die den Geist lediglich als eine Art Materie betrachten, sucht Haering ein selbstständiges Wesen des Geistes zu rehabilitieren. Scharf setzt er dem psychophysischen

---

Haering vor der Gefahr einer „kulturlosen Masse“, wie die Hunnen, Türken oder Indianer, die ein „Kulturvolk“ bedrohen. Im Lustspiel „Die Ausgrabung“ (1932; 38 Seiten; UBT, Md 979/9) haben zwei Studenten und zwei Bauern in Bad Niedernau Skeletteile gefunden und untersuchen sie. Ein Student rät zur Behutsamkeit im Umgang mit den Knochen: „Vorsicht und keine jüdische Hast.“

<sup>824</sup> UBT, Md 979/8.

<sup>825</sup> UBT, Md 983. Haering hat diese Novelle 1920 fertiggestellt. Doch erst im Zweiten Weltkrieg wird er sie veröffentlichen.

<sup>826</sup> Mit Hermann Missenharter, dem damaligen Lektor der nur über einen kurzen Zeitraum erschienenen Monatszeitschrift „Der schwäbische Bund“ (1919/20 – 1922), hatte Haering von 1919 bis 1921 regen Briefkontakt. Haering bot ihm Gedichte, einen Aufsatz über Hölderlin, einen über Hegel und die Novelle „Der Tod und das Mädchen“ an. Missenharter nahm die Angebote an, veröffentlichte jedoch aus Platzgründen, wie er angab, nur ein Gedicht über den sterbenden Propheten. Haering zog in seinen Briefen nahezu sämtliche Register, um Missenharter zu weiteren Veröffentlichungen zu bewegen. So nannte er die Schriftsteller Hermann Hesse und Isolde Kurz als geistige Förderer seiner Schriftstellerei, gab an, sich jetzt zwischen der Wissenschaft und der Dichtung entscheiden zu müssen, schlug mal herbe, mal weiche Töne an. Von der Novelle war Missenharter wenig angetan. Briefwechsel Hermann Missenharter/Theodor Haering in: Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Cod. hist. 4° 600, 337-36. In einem Brief an die Schriftstellerin Isolde Kurz berichtete Haering etwas stolz, die „Schwäbische Scholle“ habe ihn für die Ausgabe 1923 um eine kleine Novelle gebeten. Sie heiße „Der Tod und das Mädchen“. Brief Theodor Haering an Isolde Kurz vom 15. März 1922, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Kurz.

<sup>827</sup> Es erscheint jedoch nur „Die Materialisierung des Geistes“. „Die Philosophie des Verstehens“ kündigt Haering zwar 1919 und noch einmal 1921 an, und auch Dekan Wilhelm Schmid nimmt auf dieses Werk in seinem Antrag auf Verleihung des Titels und Rangs eines außerplanmäßigen Professors in seinem Schreiben an das Akademische Rektorat Bezug. UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering). Der Druck soll im Laufe des Jahres 1919 erfolgen, doch ein Werk mit gleichem Titel erschien erst 1963.

<sup>828</sup> Haering 1919, 38.



Parallelismus eine „pluralistische Metaphysik“<sup>829</sup> entgegen. Sie ist gekennzeichnet durch das Anorganische, Organische, Psychische und Geistige – „mannigfach verknüpft als teleologische Beziehungen“<sup>830</sup>, eine praktische Einheit dieser „Realitätsformen“<sup>831</sup> erfolge nur durch den Sprung „zweckvoller Tat“<sup>832</sup>.

Das Psychische ist Haering zufolge nicht räumlicher Natur, kann nicht sinnlich wahrgenommen, nicht lokalisiert werden<sup>833</sup>, ist unteilbar, nicht zusammengesetzt, nicht messbar.<sup>834</sup> Dem Geist wiederum liegt als Merkmal das teleologische Prinzip zugrunde.<sup>835</sup> Eine davon geschiedene angenommene „Willenspotenz“<sup>836</sup> oder „aktive Potenz“<sup>837</sup> (das „Kraftartige“<sup>838</sup>) bewirke materielle Veränderungen in jeglicher Beziehung, indem sie durch Vermittlung des Gehirns sich der psychischen Materie teleologisch und auch sicher bedient.<sup>839</sup> So ist das „individuelle Ich“, die „individuelle Persönlichkeit“ eine Resultante aus Gehirn, psychischer Materie und psychischer Potenz.<sup>840</sup> Haering konstatiert, alle höheren geistigen Funktionen des Menschen seien Belege für eine kausale Abhängigkeit des Materiellen vom Psychischen.<sup>841</sup>

Der laut Haering beherrschende Materialismus befriedige die Massen nicht, raube ihnen die Tatkraft und die Hoffnung, verleite zum Pessimismus, bewirke die „Verkrüppelung der Menschennatur“<sup>842</sup> und lasse die Menschen vereinsamen. Die „Masse der heutigen Arbeiterschaft“ werde von marxistischen Ideen beherrscht.<sup>843</sup> Der Philosoph sieht einen „Staatsatomismus“, wie er in „gewissen Formen der Demokratie“<sup>844</sup> angetroffen werde. Ihm stellt er eine Staatslehre in „Analogie des Organismus und seiner Teile“<sup>845</sup> entgegen, wobei der Gedanke zweckhafter Unterordnung charakteristisch ist. Knapp skizziert er den „deutsche(n) Staatsgedanken“<sup>846</sup>: Die freiwillig übernommene Pflicht sei das eigentliche psychische Ideal des Staates.<sup>847</sup> So sei eine „Um-

---

<sup>829</sup> Haering 1919, 282.

<sup>830</sup> Haering 1919, 273.

<sup>831</sup> Haering 1919, 273.

<sup>832</sup> Haering 1919, 283.

<sup>833</sup> Vgl. Haering 1919, 48.

<sup>834</sup> Haering 1919, 103.

<sup>835</sup> Vgl. Haering 1919, 219.

<sup>836</sup> Haering 1919, 205.

<sup>837</sup> Haering 1919, 229.

<sup>838</sup> Haering 1919, 229.

<sup>839</sup> Haering 1919, 242.

<sup>840</sup> Vgl. Haering 1919, 249.

<sup>841</sup> Vgl. Haering 1919, 216.

<sup>842</sup> Haering 1919, 341.

<sup>843</sup> Vgl. Haering 1919, 32.

<sup>844</sup> Haering 1919, 101.

<sup>845</sup> Haering 1919, 101.

<sup>846</sup> Haering 1919, 101.

<sup>847</sup> Haering 1919, 101.

schichtung der Tendenzen“, eine „Umwertung aller Werte“ und Zielsetzungen notwendig, um durch „Förderung und Hemmung, Übung und Abgewöhnung“<sup>848</sup> die Bürger von ihrem materialistischen Streben abzubringen. Die Theorie allein helfe nicht viel, vielmehr müssten „vorbildliche Führerpersönlichkeiten“<sup>849</sup> der Masse durch gewinnende lebendige Suggestion und praktisches Vorleben eine idealistische Weltanschauung nahebringen, „nicht in der Form des physischen Zwanges oder bloßer theoretisch bleibender Gebote und Lehren.“<sup>850</sup> Nur eine bewusste idealistische Weltanschauung der Führer anstelle der materialistischen verspreche Besserung. Nach einer Periode der bloß passiven Erziehung und des Gegängeltwerdens folge eine aktive Periode der Selbstständigkeit: Aus dem Müssen und Sollen der Masse entstehe ein freies Wollen.<sup>851</sup>

Auf moralisch-ethischem Gebiet greift Haering in seinem Werk die Wertediskussion auf. Nach dem Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ verleiht er denjenigen Mitteln die Absolution, die zu einem wertvollen Zweck führen: „Das aber eben heißt, dass für jemanden, der einen Zweck wertet, die Anerkennung des Wertes des Mittels zu diesem Zweck notwendig, die Nichtanerkennung vernunftwidrig ist.“<sup>852</sup>

Bereits in der „Materialisierung des Geistes“ ist der lebensphilosophische Einfluss von Wilhelm Dilthey und Henri Bergson evident. Dilthey verwarf zeitlose „objektive Werte“, sie seien nichts als in der jeweiligen Epoche von Individuen getroffene Entscheidungen und Beweis für die menschliche Freiheit.<sup>853</sup> In Bergsons Konstruktion von „statischer“ und „dynamischer Moral“ werden die durch einen schöpferischen Akt entworfenen Ideale „von moralischen Genies“<sup>854</sup> vorgelebt und sollen eine Änderung im Geist der Masse bewirken. Der „élan vital“ Bergsons wird zur „Willenspotenz“ bei Haering, die „Neues“ initiiert und in die Tat umsetzen soll.<sup>855</sup> Zudem nähert sich der Tübinger Philosoph einer machiavellistischen Ethik, die zur Erreichung eines

---

<sup>848</sup> Haering 1919, 333.

<sup>849</sup> Haering 1919, 334.

<sup>850</sup> Haering 1919, 334.

<sup>851</sup> Haering 1919, 333ff.

<sup>852</sup> Haering 1919, 308. Wilhelm Schmid, Ordentlicher Professor für Geschichte der griechischen Sprache und Literatur, 1919 Dekan der Philosophischen Fakultät, lobte eindringlich Haerings Werk: „Mit großer Kühnheit“ greife er Positionen an, die für uneinnehmbar gelten. Haering sei ein Denker „von ausgesprochener Eigenart und großer systematischer Gestaltungskraft, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigt“, schrieb Schmid in seinem Antrag der Philosophischen Fakultät vom Juli 1919 zwecks Verleihung von Titel und Rang eines außerplanmäßigen Professors an Theodor Haering, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>853</sup> Vgl. Ringer 1983, 300.

<sup>854</sup> Vgl. Thurnher, Röd, Schmidinger 2002, 143f.

<sup>855</sup> Ausdrücklich bezieht sich Haering auf Bergsons „évolution créatrice“, wonach der Geist stets Neues gebiert. Vgl. Haering 1919, 100.

bestimmten Zwecks auch sämtliche Mittel dazu gutheißt. Die letzte Konsequenz der Gewaltanwendung strebt er allerdings (noch) nicht an, lediglich ein „Gegängeltwerden“ zieht er in Betracht.

Immer wieder erhebt Haering Kritik am materialistischen Zeitgeist<sup>856</sup>, wendet sich jedoch gegen Spenglers ersten Band des „Untergang des Abendlandes.“<sup>857</sup> Haering würdigt zwar Spenglers „große Ideen“<sup>858</sup>, die er „mit genialem Blick“<sup>859</sup> in seinem ersten Band vorgestellt hat. Doch Spenglers Geschichtsbetrachtung sei zu subjektiv. Sie entspreche nicht den Tatsachen, mache zu viele Voraussetzungen und weise eher auf die Stimmung des Verfassers hin. Haering kritisiert insbesondere, dass Spengler die Kulturen vornehmlich biologisch-gesetzlich betrachte, keine Höherentwicklung anerkenne, die unterschiedlichen Kulturen voneinander isoliere, die Teleologie und die Wertbetrachtung ausschalte. Spengler sei ein dogmatischer Prophet, ein Fatalist. Zudem vernachlässige Spengler den freien Willen, die Tat, den Zufall und auch die Sinnlosigkeit so mancher historischer Entscheidungen und Entwicklungen, ignoriere „die ganze Rassenfrage“<sup>860</sup>. Außerdem sei dessen Begrifflichkeit nicht wissenschaftlich, es mangle an begrifflicher Klarheit.

Zu Beginn der 1920er Jahre entwarf Haering erste Grundlagen einer Geschichtsmetaphysik.<sup>861</sup> Anknüpfend an frühere Gedanken hebt er

---

<sup>856</sup> So etwa auch in einem Vortrag über Schiller in Marbach. Ihn ruft Haering zum Zeugen auf, der den Staat als Kunstwerk, als harmonische Einheit seiner Glieder definiert habe. Mit Schiller sei ein „Ausweg aus den Nöten der Gegenwart und der Kultur“ möglich. Nur mit einer „Reform der Gesinnung“ könne die Menschheit gerettet werden, sofern sie sich von jenen Persönlichkeiten leiten lasse, die in sich selbst die Ideale klar erkannt hätten. Vgl. Haering 1922a, 87 – 124.

<sup>857</sup> Haering 1921. Kurt Sternberg würdigte in seiner Rezension Haerings Beitrag wegen des hohen wissenschaftlichen Niveaus. In der kritischen Zersetzung der Spengler'schen Pseudophilosophie liege der Höhepunkt der Arbeit. Sie gehöre zum Gründlichsten und Besten, was gegen Spengler bislang geschrieben worden sei. Vgl. Sternberg 1924, 567.

<sup>858</sup> Haering 1921, 313.

<sup>859</sup> Haering 1921, 291.

<sup>860</sup> Haering 1921, 235.

<sup>861</sup> Die Betrachtung historischer Faktoren lässt Haering eine „kombinierte Methode“ für die historische Erkenntnis annehmen. Ihn befriedigen weder die materialistische noch die biologische oder die psychische Methode, sie seien sämtlich „einseitig“, besitzen nur relative Gültigkeit (Haering 1921, 220). Selbst die dialektische Methode Hegels sei eine extrem logische Vergeistigung (Haering 1921, 239). Oftmals jedoch wirkten in der Geschichte das A-Logische, Unvernünftige, A-Teleologische und Unbegreifliche. Für die philosophische Geschichtserkenntnis seien auch soziologische Kriterien anzuwenden, die zu untersuchenden Phänomene müssten jeweils in einen Gesamtzusammenhang hineingestellt werden. Da Haering keine „Abbildung“ der Geschichte, sondern sie selbst „erkennen“ will, muss der Gegenstand bearbeitet, „gedeutet“ werden (Haering 1921, 113f.). Er baut auf dem Begriff der „induktiven Metaphysik“ von Groos auf (Ausgangspunkte sind das materielle naturwissenschaftliche Weltbild, die psychische Wirklichkeit, die historischen Kulturphänomene) und fügt eine „Ergänzungs- und Realisierungsmetaphysik“ (Haering 1921, 178ff.) hinzu, in

den freien Willen<sup>862</sup> „einzelner Führerpersönlichkeiten“ und den freien Zusammenschluss „vieler Willen zu gleichen Zielen“<sup>863</sup> sowie deren Unterordnung unter die Entwicklung von Nationen und Kulturen hervor. Eine Hauptrolle spiele dabei der menschliche Wille als teleologisches ursprünglich-einzigartiges („freies“) menschliches Wollen<sup>864</sup>, dessen „freier, letzter Wertsetzung“<sup>865</sup> sowie dessen Umsetzung in die Tat.<sup>866</sup> So blickt er „auf eine Zeit, in welcher noch weit mehr, als zum Teil auch schon bisher, frei gewählte Ziele von Führern für die Geschichte maßgebend sein werden, bewusst freiwillig ergriffen von den andern Willen, welche sich von jenen führen lassen und in ihrem untergeordneten Bereiche selbstständig mitzuarbeiten gewillt sind.“<sup>867</sup> Hintergrund ist abermals die Umerziehung, Leitung und Anleitung der Masse durch vorbildliche „Führerpersönlichkeiten“, um eine geistige

---

der auch die Intuition ihren Platz hat, denn ihr liege „derselbe Telos“ zugrunde – das Verstehen (Haering 1921, 254). Voraussetzung sei jedoch, der potenziell Erkennende prüfe die auf Intuition beruhenden Erkenntnisse empirisch nach. Besteht die „Ergänzungsmetaphysik“ aus „Realitätsfaktoren“, die über „alles unserem derartigen Erleben und Erkennen Zugängliche und Gegebene“ hinausgehen, ist die „Realisierungsmetaphysik“ insbesondere „praktischer Natur“, weil sie die Ziele des Menschen durch Haerings „Führerpersönlichkeit“ realisierbar erscheinen lässt (Haering 1921, 179). Historische Erkenntnis und aktuell politisch-gesellschaftliche Vorstellungen bringt Haering hier zu einer Synthese. Er führt in diesem Werk zum ersten Mal das „vorwissenschaftliche Weltbild“ ein. Das besteht aus dem Alltagswissen, ein „Erleben“, das in der Wissenschaft verbessert und vervollkommen wird (ein an Dilthey erinnerndes Nachvollziehen, Haering nennt es „planmäßiges Erleben“; Haering 1921, 114) und wieder mit dem Alltagswissen abgeglichen wird, dies also stets verändert, auch „vervollkommen“ werden kann. Das „Erlebnis“ (inhaltlich nicht definiert) wird zum Wahrheitskriterium, die Abgleichung der Erlebnisse im vorwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich entscheidet über die Wahrheit. So entstehe „Objektivität“ (vgl. Haering 1921, 52ff.). Beteiligt an der historischen Erkenntnis könne auch ein „transzendenter Faktor“ (etwas Überindividuelles, das Gemeinsame der Individuen) sein, wahrnehmbar oder beweisbar sei er gewöhnlich nicht. Letztes und höchstes Ideal alles reinen Verstehens sei, den ganzen Weltverlauf mit allen seinen Faktoren und deren gesetzmäßigen und teleologischen Beziehungen nicht nur (oder vielleicht nicht einmal) einem letzten Weltgesetz, sondern einem letzten Ziel (einheitlichen Willen) unter- oder eingeordnet denken zu dürfen (Haering 1921, 213).

<sup>862</sup> Haering zufolge kann über den „freien Willen“ naturwissenschaftlich nichts ausgesagt werden, weder positiv noch negativ. Das gehe die Naturwissenschaft nichts an. Der „freie Wille“ ist „metaphysikalisch“. Denn das Psychische ist nicht materiell, die Naturwissenschaft beschäftige sich ausschließlich mit materiellen Vorgängen und deren Gesetzmäßigkeiten. Hingegen kann Naturwissenschaft die Wirkungen des freien Willens erforschen (vgl. Haering 1921, 85ff.).

<sup>863</sup> Haering 1921, 350.

<sup>864</sup> Haering 1921, 243f.

<sup>865</sup> Haering 1921, 349.

<sup>866</sup> Den „Mut zur Tat“ fordert Haering auch in der Silvester-Ausgabe von 1920 im Stuttgarter Neuen Tagblatt. Für den alten Materialismus und den biologischen Naturalismus sei der menschliche Wille nur ein Nebenprodukt gewesen. Nach dem Ersten Weltkrieg könne Deutschland nur eine Philosophie helfen, die ihm den „Mut zur Tat“ gibt. Dem zweckhaften, nicht-gesetzmäßigen freien Willen des Menschen müsse als einen mitbestimmenden Faktor des Weltgeschehens, ja als dem eigentlich historisch bedeutsamen Faktor wieder zu seinem tatsächlichen Recht verholfen werden. Vgl. Haering 1920.

<sup>867</sup> Haering 1921, 350.

Höherentwicklung zu erreichen.<sup>868</sup> Haering will dem „Weltgrund“ einen einheitlichen Zweck zuschreiben.<sup>869</sup> Andernfalls sei Pessimismus – insbesondere für die Jugend – die Folge. Dieser Zweck wachse aus einer lebenskräftigen Bejahung und Betätigung neuer und alter Ziele und Werte aus einer einheitlichen Weltanschauung in religiöser Überzeugung teleologisch heraus.<sup>870</sup>

Geschichte – davon ist Haering überzeugt – könne zwar Werte der Vergangenheit herausarbeiten und darstellen, sie dürfe jedoch keine Werte und keine Normen setzen. Auch wenn Werte oder Normen wie ein Naturgesetz gegolten hätten, „so folgte daraus niemals, dass sie auch jetzt und künftig gelten, geschweige denn, dass sie etwa als vernünftig anerkannt werden müssten.“<sup>871</sup> Die Setzung letzter Werte sei kein Gegenstand für die Erkenntnis, sondern eine Sache „des Wollens und der Tat.“<sup>872</sup>

Die Übernahme lebensphilosophischer Motive verstärkte sich bei Haering. Ein „Totalitätsbegriff“<sup>873</sup> wurde „Leben“ bei ihm nicht, aber „erleben“, „nacherleben“, „Intuition“ waren wichtige Momente einer wie immer auch gearteten erlebnisfundierten und metaphysisch verstandenen Erkenntnis durch Deutung.<sup>874</sup> Der Philosoph schlug sich mit seiner Konzeption des (reicheren) „vorwissenschaftlichen Weltbildes“,

---

<sup>868</sup> Inhaltlich füllt Haering die „geistige Höherentwicklung“ nicht. Er kritisiert lediglich das materialistische Denken in der Weimarer Republik, allerdings zurückhaltender als noch 1919. Demgegenüber verstärkt sich sein politisches Kontrastmodell zur Weimarer Republik, der soziologisch und politisch geschichtete „Führerstaat“.

<sup>869</sup> Haering 1921, 215.

<sup>870</sup> Vgl. Haering 1921, 368.

<sup>871</sup> Haering 1921, 194.

<sup>872</sup> Haering 1921, 195.

<sup>873</sup> Schnädelbach 1983, 180.

<sup>874</sup> Von Rudolf Steiner, den Spiritisten oder auch von Oswald Spengler grenzt Haering seinen Begriff der Intuition denn auch ab. Sie hat im Erkennen nicht die herausragende Bedeutung. In Haerings Nachlass liegt ein zwischen 1923 und 1925 geschriebenes Manuskript („Irrationalismus. Kritische Prüfung. Gibt es höhere Erkenntnisarten?“), in dem er sich gegen den „einseitigen“ Irrationalismus Rudolf Steiners (1861 – 1925) und anderer zur Lebensphilosophie gehörenden Philosophen wendet. Der Mensch sei auch ein vernünftiges, rationales Wesen, so Haering. Begriffe, Urteile und Schlussfolgerungen müssten eine Rolle spielen und den allgemeinen Regeln der Logik unterstehen. Ein „irrationales Erkennen“ gebe es nirgends, lediglich „Unterarten“. So erweise sich eine ganze Reihe von Fällen „höherer“ und „irrationaler“ Erkenntnisse als „bloßer Spezialfall des teleologisch-dynamischen Typus“. Auch die Lebensphilosophie mit ihrer Einfühlung und Intuition sei zum guten Teil nichts anderes als eine mehr oder weniger versteckte Erkenntnis (Verstehen) aus dynamisch-teleologischen Zusammenhängen heraus, wie etwa beim modernen Vitalismus. Steiners Erkenntnisse entzögen sich der empirischen Nachprüfung. Siehe UBT, Md 1003. Im gleichen Sinne sind auch Haerings Aufsätze in der Unterhaltungs- und Literaturbeilage der Münchner-Augsburger Abendzeitung „Der Sammler“ gehalten. „Anschauung“ und „Einfühlung“ seien zwar notwendige Vorbedingungen, aber keine Erkenntnis. Rickert habe in seinem Werk „Die Philosophie des Lebens“ mit allen modernen Lebensphilosophien gründlich und gerecht abgerechnet. Vgl. Haering 1922c; Haering 1922d.

des Alltagsbewusstseins, von dem alle Wissenschaft auszugehen hat (und in die Wissenschaft wieder mündet), auf die Seite derer, die eine voraussetzungslose Wissenschaft bestritten.

Vier Jahre später analysierte und diskutierte Haering die Faktoren der vertikalen und horizontalen geschichtlichen Entwicklung und gab in seinem Streifzug durch die Philosophiegeschichtsschreibung einen breiten Überblick.<sup>875</sup> Individuelle Geschichtserkenntnis besteht Haering zufolge in einem teleologischen Monismus.<sup>876</sup> Menschliches Handeln sei zielstrebig und wird von ihm „als Mittel zu einem einheitlichen Zweck“<sup>877</sup> verstanden. Voraussetzung dazu ist ein „praktischer Optimismus, d.h. ein Glaube an den Sinn der Welt.“<sup>878</sup> Zur historischen Erkenntnis tragen neben anderen Faktoren auch „überindividuelle psychische Größen“ (etwa die Idee der „civitas dei“, der römischen „urbs“, des Volksgeistes, der Nation oder ganz konkret: der „Volksgeist von 1914“), der freie Wille und „transzendente“ Faktoren (etwa das Eingreifen Gottes) bei. Geschichtserkenntnis müsse auch diese Faktoren berücksichtigen, wobei es auf das „Erfahren“ und „Erleben“ besonders ankomme. So erreiche man „Hypothesen“ oder „metaphysische Ergänzungen“<sup>879</sup>. Haerings „metaphysische Ergänzungen“ sind letzten Endes individuelle Erlebnisse. Er bezeichnet sie auch als „letzte Tatsachen [...] an deren Hand wir erst unser Weltbild aufzubauen und abzurunden und, wo es nötig ist, auch zu korrigieren vermögen. Jedes Weltbild wird daher immer nur sich nach diesen Erlebnissen richten können und müssen, nicht aber zugunsten irgend eines herrschenden Weltbildes und einer vorgefassten Theorie das Erlebnis vergewaltigen dürfen.“<sup>880</sup> Inneres Erleben wird Bestandteil des (wissenschaftlich-philosophischen) Verstehens.<sup>881</sup>

---

<sup>875</sup> Haering 1925a. Die bereits 1921 von Haering herausgearbeiteten Kategorien der historischen Erkenntnis sowie seine geschichtlich bedeutsamen Faktoren wie Teleologie, „Führerpersönlichkeit“, Masse, freier Wille, Tat, Unterordnung oder Wertsetzung bleiben inhaltlich gleich. Geschichte begreift Haering als dynamischen Wechselwirkungsprozess von unterschiedlichen Bedingungen. Auswirkungen auf den Geschichtsverlauf haben etwa Klima, Kulturen, „Rassen“, Religion, Staatsform, Sitte, Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, Kunst, Wissenschaft und Naturereignisse, horizontal und vertikal vernetzt, aufeinander bezogen und einwirkend. Alles zusammen mache erst die Struktur der Gegenwart aus, die „mit Tausend und Millionen Fäden und Wurzeln ... in jedem Moment und an jeder Stelle [...] im Vergangenen verhaftet“ ist (Haering 1925a, 7f.).

<sup>876</sup> Haering 1925a, 137.

<sup>877</sup> Haering 1925a, 137.

<sup>878</sup> Haering 1925a, 138.

<sup>879</sup> Haering 1925a, 39.

<sup>880</sup> Haering 1925a, 134.

<sup>881</sup> Folgerichtig verlegt Haering den Zweck geschichtlicher Erkenntnis vornehmlich ins Subjekt: „Der erste und zunächst einzige Zweck auch des historischen Erkennens muss es sein, seinen Gegenstand zu erfassen, zu erklären und zu verstehen“ (Haering 1925a, 50). Erst danach soll die Bedeutung des historischen Gegenstandes für den Menschen herausgearbeitet werden, etwa „Begeisterung und Anfeuerung für den tätig Strebenden (als ‚monumentale‘ Geschichte), oder zur Liebe und Verehrung des

Die zum Teil in den 1920er Jahren auf biologistische und rassistische Argumentationen aufbauende Geschichtsschreibung sieht der Philosoph skeptisch. Obwohl die „allerjüngste Gegenwart“ die biologischen Vererbungsfragen genauer analysiere und für ihre Schlussfolgerungen auch die Statistik einbeziehe, seien die Hoffnungen für die „Rassenhygiene und Rassenphilosophie“ wohl noch etwas übertrieben, schlussfolgert er.<sup>882</sup> Die Menschennatur sei trotz der Begabungsunterschiede nicht grundsätzlich verschieden, Unterschiede erblickt Haering eher im Temperament, in „äußeren Geschicken“ oder in „großen Persönlichkeiten“.<sup>883</sup> „Gewisse letzte rassenmäßige Urunterschiede“<sup>884</sup> gebe es „vielleicht“ zwischen Schwarzen und Weißen. Ausdrücklich lobt er die „israelitischen Historiker“, weil sie als erste den Versuch unternommen hätten, die eigene Geschichte in einen großen „Weltplan“, in die Geschichte der Völker einzubetten.<sup>885</sup> Während in der Antike die Kreislauftheorie dominierte, seien die jüdischen Propheten die „eigentlichen Bahnbrecher dieses Gedankens eines einheitlichen Fortschritts in der Geschichte.“<sup>886</sup> Darauf hätten Tertullian und Lessing mit ihren Vorstellungen zur Erziehung des Menschengeschlechts aufgebaut. Nur so lasse sich Fortschritt und Entwicklung auf ein Ziel hin denken.<sup>887</sup>

Ein von Haering anvisiertes Ziel ist die „Volkseinheit“, definiert als „die Gleichartigkeit der zu ihr gehörigen Individuen“.<sup>888</sup> Erreicht werden könne sie durch verschiedene Faktoren, etwa „durch Gleichheit der physiologischen (Stammes-) und psychischen Anlagen“, gemeinsame klimatische und geographische Lage, gleiche kulturell-psychische Einflüsse, durch hervorragende Persönlichkeiten des eige-

---

Gewesenen für den mehr konservativen Geist (als ‚antiquarische‘ Geschichte) oder zur Befreiung für den unter der Last der Vergangenheit leidenden Besserungsdurstigen (als ‚kritische‘ Geschichte).“ Siehe Haering 1925a, 50. Geschichte als möglichst neutrale, objektive Darstellung und Aufklärung kennt Haering nicht, denn eine voraussetzungslose Wissenschaft bestreitet er.

<sup>882</sup> Vgl. Haering 1925a, 25. Haering führt die Rassentheoretiker Joseph Arthur de Gobineau (1816 – 1892), Ludwig Gumplovicz (1838 – 1909), Houston Stewart Chamberlain (1855 – 1927) sowie „die neuesten völkischen Geschichtsschreiber“ an. In seiner Rezension zu Erwin Guido Kolbenheyer „Die Bauhütte. Elemente einer Metaphysik der Gegenwart“ kritisiert Haering ebenfalls die „einseitige“ organisch-biologische Sicht des Schriftstellers. Sie werde „so wenig“ den geistigen Phänomenen gerecht. In einem „Zuwenig des Idealismus“ scheine ihm der Mangel der jüngsten Vergangenheit zu liegen. Der „extrem realistisch-naturalistischen Gesinnung“ hätte man ein „idealistisches Komplement“ einfügen oder „organisch“ eingliedern sollen. Vgl. Haering 1925b, 1756. Ähnlich äußerte er sich drei Jahre zuvor. Die physiologischen Rassenunterschiede würden heute so maßlos übertrieben. Vgl. Haering 1922e, 2.

<sup>883</sup> Haering 1925a, 88f.

<sup>884</sup> Haering 1925a, 88.

<sup>885</sup> Vgl. Haering 1925a, 12.

<sup>886</sup> Haering 1925a, 121.

<sup>887</sup> Vgl. Haering 1925a, 121.

<sup>888</sup> Haering 1925a, 87.

nen oder eines fremden Volkes oder „durch freien gemeinsamen Zusammenschluss der Individuen“.<sup>889</sup> Ideal Haerings ist eine durch einheitliche Zwecke gestiftete reale Einheit.<sup>890</sup> Im „Organismus eines Volkes“<sup>891</sup> besitze jeder Einzelne eine besondere Funktion, in freier Entscheidung ordne er sich den gemeinsamen Zielen dieser geistigen teleologischen Einheit ein und unter. Ganz oben aber stehen die „Großen“, „Formenden“, „Präger“, „Führer“, die „Leiter der Völkergeschichte“, göttlich oder schicksalhaft getrieben, die ebenfalls in freier Entscheidung einem Rufe folgten.<sup>892</sup> Sie formten und benützten ganze Volksgeister, müssten – wie der Ingenieur – auch lernen, sich eine Technik des künstlichen Eingreifens zu erarbeiten. Denn es gelte, die gewaltige Elementarkraft der sozialen Prozesse zu beherrschen.<sup>893</sup> Sie seien es, die „die Masse“ durch Beispiel oder Erziehung oder (zum ersten Mal) „durch Gewalt“<sup>894</sup> zu einer „realen Einheit“ bringe. Von den großen Führern, insbesondere ihren freien Willen, hänge der Geschichtsverlauf ab. Eine von Natur aus teleologische Entwicklung der Geschichte ist für Haering nicht denkbar, stets spiele der Wille, die freie Entscheidung hinein. So sieht er die bisherige Geschichte als „Kampfplatz verschiedenster Ziele und Ideale“<sup>895</sup>, verwirft somit – im Gegensatz zu Hesiod oder Comte – ein „Gesamtgesetz der menschlichen Geschichte“<sup>896</sup>, weist Gesetzmäßigkeiten nur innerhalb der Geschichte zu – wie etwa zwischen Völkern und Kulturen oder innerhalb eines Staates.<sup>897</sup> Letzter Sinn Haerings in der Geschichte ist die eschatologisch gedachte „endliche Harmonie“ aller noch getrennten Ziele oder des Sieges eines einzelnen.<sup>898</sup>

Zwar hänge der Sinn menschlicher Geschichte vom Ziel ab, das der freie Wille verwirklicht.<sup>899</sup> „Beweisbar“ sei der Wert eines Ziels nur insofern, als es „notwendiges Mittel“ zu einem bereits anerkannten

---

<sup>889</sup> Haering 1925a, 87. Vertragstheorien nach Art des Rousseau'schen „contrat social“ oder Hobbes' Leviathan steht Haering ablehnend gegenüber. Darin entdeckt er einen „naturnotwendigen“ Zusammenschluss der Individuen. Haerings „Gemeinschaft“ beruht auf den „freien Willen“.

<sup>890</sup> Vgl. Haering 1925a, 90f. Eine biologische Einheit sei naturhaft, der Einzelne sei lediglich Glied eines Deszendenzzusammenhangs.

<sup>891</sup> Haering 1925a, 90.

<sup>892</sup> Vgl. Haering 1925a, 119.

<sup>893</sup> Haering 1925a, 119. Den Gedanken hat Haering von Franz Oppenheimer (1864 – 1943) übernommen, wie er angibt. Oppenheimer war jüdischen Glaubens und Arzt, Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler.

<sup>894</sup> Haering 1925a, 90.

<sup>895</sup> Haering 1925a, 143.

<sup>896</sup> Haering 1925a, 82f.

<sup>897</sup> Haering 1925a, 82.

<sup>898</sup> Haering 1925a, 143.

<sup>899</sup> Vgl. Haering 1925a, 140. Der Philosoph entwickelt eine „Vernunftnotwendigkeit“ des teleologisch orientierten menschlichen Willens: „Wenn einer einen bestimmten Zweck will, wird er vernünftigerweise unter bestimmten Umständen auch bestimmte Mittel wollen.“ Haering 1925a, 100.



(weiteren, ferneren) Ziel und Wert ist. Das letzte Ziel aber sei nicht mehr beweisbar, es könne nur willentlich oder gläubig hingenommen werden. So rückt Haering „gerade die Geschichtsphilosophie [...] in ein besonderes und näheres Verhältnis zu Religion und Weltanschauung als alle andere Wissenschaft.“<sup>900</sup> Erstaunlich, dass Haering nirgends in seinen Werken, auch nicht in dem hier angegebenen Zusammenhang, die unveräußerlichen Menschenrechte (Leben, Freiheit) ins Gespräch bringt. Die Menschenwürde, die gesamte Naturrechtsdiskussion (Hobbes, Rousseau) und die Freiheitsrechte bei Kant bleiben unerwähnt.

Mitte der 1920er Jahre fügt Haering seiner Theorie einen anti-egalitären Individualitätsbegriff<sup>901</sup> hinzu, begreift sich selbstbewusst als Teil einer Geistes-Elite, für den es „entwürdigend und im tiefsten Grunde auch unsozial“<sup>902</sup> ist, dem Volk die Hochschule zu öffnen und es zu lehren, und sieht in Umrissen bereits unter der akademischen Ju-

---

<sup>900</sup> Haering 1925a, 143.

<sup>901</sup> Haering 1926b. Haering kritisiert darin, dass das Zeitalter der Menschenrechte, also der Aufklärung, „noch viel mehr aber“ die Sozialdemokratie und der Kommunismus, für die gleichen politisch-sittlichen und wirtschaftlichen Rechte aller kämpften. Damit aber sei „einfach jeder einzelne Fall der Spezies Mensch gemeint“, so Haering, ohne qualitative und sonstige Besonderheiten oder die innere Einheit des Individuums zu berücksichtigen. In diesen Lehren komme „gerade die Individualität und das Individuum in Wahrheit zu kurz“. Der unterschiedliche Gebrauch von Individualität sei oftmals der Deckmantel sachlicher Irrtümer und Vertauschungen – mit ungeheuren Folgen (Haering 1926b, 7). Die Selbstständigkeit drohe für den modernen Menschen eine absolute zu werden, er trete seiner Umwelt „selbstherrlich“ entgegen. Doch die „zerrissene Einheit“, die Balance zwischen Selbstständigkeit und Bindung „im Ganzen“ werde langsam zurückerobert und rehabilitiert (Haering 1926b, 16). Individualität bestimmt Haering wesentlich durch die „Tat“ als „eigenes Werk“, als „freie Funktion des Geistes“. Neben der „Besonderheit“ und „Einzigartigkeit“ erhalte der Begriff Individualität somit seine „letzte und eigentliche Bedeutung“, womit die teleologische „Einheit der Persönlichkeit“ hergestellt ist. Sie fügt sich idealerweise dienend als „lebendige Einheit“ in das als Naturorganismus verstandene Volk ein: „Welch Schauspiel! Aber ach, ein Schauspiel nur!“, ruft der Philosoph faustisch aus, sein Ideal in der Gegenwart vermissend (Vgl. Haering 1926b, 94f.; 101).

<sup>902</sup> Haering 1924, 831. In seinen Ausführungen zur Volksbildung tritt der Philosoph dafür ein, die Hochschule für das Volk nicht ganz zu öffnen. Denn der „Mann der Wissenschaft“ sei einem reinen und interesselosen Erkennen zugewandt, Popularität und Verständlichkeit für „die Masse“ bedeute eine Ablenkung und Hemmung. Gerade „der deutsche Forscher“ werde es sich auch wegen der internationalen Konkurrenz „am allerwenigsten leisten dürfen“, den Einsatz seiner vollen Forscherkraft zu schwächen. Schon jetzt sei er „über Gebühr“ durch die akademische Lehrtätigkeit von der Forschung abgehalten. Aus bloßer Popularitätshascherei solle der Forscher sein Fachwissen nicht dem Volke offenbaren. Ziel der Volksbildung sei die Vermittlung allgemein notwendiger und wichtiger Kenntnisse, die zu einem möglichst selbstständigen Denken und zur Orientierung im Leben verhelfen. So sollten die „berufenen Volksbildner“ durch „literarische und persönliche Beeinflussung“ wirken. Sie seien die innerhalb der organischen Gliederung eines Volkes angesiedelten Vermittler (Haering 1924, 832). Allerdings habe er „ein besseres Bild“ vom Volke gewonnen, wenn er Vorträge aus seinem Gebiete gehalten hat, die die „Volksgenossen der Gegenwart“ besonders beschäftigt hätten (vgl. Haering 1924, 829). Das „reine und interesselose Erkennen“ steht freilich im Widerspruch zur Kritik an der „voraussetzungslosen Wissenschaft“.

gend „den neuen Menschen“ heranwachsen, der „den Blick fürs individuell eigenartige Ganze (die Intuition)“ hat, einen Zug zum „Mystisch-Irrational-Transzendenten“ zeigt und zur „Gemeinschaft“ in „oft fast mystischer Weise hinstrebt“<sup>903</sup>. Ob Haering damit die Mitglieder des Hochschulrings Deutscher Art (HDA) meint, geht aus seinem Text nicht hervor.

#### 4. Der Ruf nach dem „gottgesandten Führer“

Geschichtsphilosophische Aufsätze oder Bücher legte Haering bis 1933 nicht mehr vor. Er beschäftigte sich in den folgenden Jahren intensiv mit Hegel, insbesondere mit der hegelschen Machtstaatstheorie. Noch 1917 stand er dem hegelschen System bejahend gegenüber, weil es „unendlich viel verständlicher und wirklichkeitsnäher“<sup>904</sup> sei, sah aber „eine Einseitigkeit ohnegleichen“<sup>905</sup>, die er Hegel jedoch großzügig verzieh. Denn Hegel als „kämpfender Denker, als Vertreter eines neuen Systems“<sup>906</sup> musste „notwendig“ einseitig sein, so Haering. Hegels Philosophie schien für Haering im letzten Kriegsjahr des Ersten Weltkriegs „gewiss vergangen“, obwohl ihr „Ewiges“ für die Gegenwart aufgehoben und wirksam bleibe.<sup>907</sup>

Seit Mitte der 1920er Jahre beschäftigte sich Haering verstärkt mit dem Preußischen Staatsphilosophen.<sup>908</sup> 1929 veröffentlicht er seinen

---

<sup>903</sup> Haering 1926c, 9. Das Stuttgarter Neue Tagblatt hat zum Jahreswechsel 1925/26 „geistige Führer“ in der Republik aufgerufen, unter der Überschrift „Der neue Mensch“ richtunggebende Gedanken“ niederzuschreiben, wie es im Vorwort heißt. Beteiligt haben sich unter anderen Hans Driesch, Friedrich Wolf (1888 – 1953), Gertrud Bäumer, Hermann Graf Keyserling, Theodor Heuss (1884 – 1963), Hermann Hesse und August Lämmle (1876 – 1962). Haering sieht in seinem Kurzbeitrag „den neuen Menschen“ vorerst „in der Stille“ heranwachsen, „unter dem stillen Teil der heutigen akademischen Jugend“. Dieser „neue Mensch“ hat kein ausschließliches Interesse am Technisch-Nützlichen, er schätze auch nicht den übertriebenen Intellekt, insbesondere den zerlegenden, atomisierenden und anatomisierenden. Ihm sei das Lebendige, der ganze Mensch mehr als das großartigste und anerkannteste Tote in der Tradition alter Art. Den neuen Menschen zeichne auch die Erhebung vom Einzelnen zur großen „Synthese“, zur Weltanschauung aus. Doch warnt Haering davor, dass sich eine „entgegengesetzte Einseitigkeit“ wie im Mittelalter durchsetzen könnte, er plädiert für eine „harmonische Vereinigung“ beider Einseitigkeiten (Vgl. Haering 1926c, 10). „Der neue Mensch“ war in der Weimarer Republik ein Schlagwort, denn während der tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen suchte man nach neuen Normen und Werten.

<sup>904</sup> Haering 1917b, 6.

<sup>905</sup> Haering 1917b, 7.

<sup>906</sup> Haering 1917b, 7.

<sup>907</sup> Vgl. Haering 1917b, 8.

<sup>908</sup> Die Hegelrenaissance in der Weimarer Republik führte 1930 zur Gründung des Internationalen Hegelbundes im Haag. Haering war beim ersten Kongress (22. – 25. April 1930) im Haag mit seinem Philosophenfreund Hermann Glockner (Heidelberg) dabei (Glockner und Haering kannten sich seit 1926/27, hatten seit 1929 regen Briefkontakt, Glockner war bei Haering hin und wieder zu Besuch). Auf einem Foto im Philosophischen Weltanzeiger sind neben Haering, Glockner und Ernst Cassirer

ersten Band über die Jugendentwicklung des Philosophen.<sup>909</sup> Die noch 1917 gehegten Vorbehalte hat der Tübinger Philosoph abgelegt, obwohl er „keineswegs seinen grundsätzlichen Standpunkt teile und in keinem Sinne Hegelianer“<sup>910</sup> sei. Haering suchte in philologischer Kleinarbeit eine autonome, kontinuierliche und konsequente, nur durch „Modifikationen“ veränderte Entwicklung Hegels auf 785 Seiten nachzuweisen – zunächst von der Jugend bis zum Frühjahr 1802 (den Jenenser Vorlesungen über Logik, Metaphysik und Naturphilosophie sowie dem „System der Sittlichkeit“).<sup>911</sup> So verlegt Haering den Be-

---

(Hamburg) auch der Enkel Sigmund Hegel und der Urenkel Karl Hegel zu sehen. Vgl. Philosophischer Weltanzeiger, 1930, Nr. 2, 11. Paul Feldkeller, der Herausgeber des Philosophischen Weltanzeigers, gab das stark gewachsene metaphysische und religiöse Bedürfnis an, das zur Gründung des Hegelbundes geführt habe. Der Kantianismus befriedige es nicht mehr. Aber auch ein politischer Grund komme hinzu: Kant sei der Philosoph des Liberalismus, ein stärkeres Staatsbewusstsein werde aber nur von Hegel befriedigt. Vgl. Feldkeller, 1930, 11. Erster Vorsitzender des Hegelbundes wurde Richard Kroner (Kiel), ein konservativer Neukantianer, der zum Neuhegelianer wurde. Für Deutschland saßen die deutschnationalen Julius Binder, Hermann Glockner (1896 – 1979) und Georg Lasson (1862 – 1932) im Vorstand, für Italien war es Giovanni Gentile (1875 – 1944), der sich immerhin „als repräsentativen Denker des faschistischen Regimes betrachten“ durfte. Aliotta, 1930, 13. Mit den anwesenden Niederländern dominierten die autoritär-nationalistischen Hegeldeuter den Hegelbund. Vgl. Laugstien, 1990, 164ff. Mit den deutschen (Vorstands-)Mitgliedern Julius Binder, Carl August Emge, Hermann Glockner, Theodor Haering, Karl Larenz (1903 – 1993) und Georg Lasson sieht Kiesewetter „Wortführer und spätere Wegbereiter der nationalsozialistischen Ideologie“. Kiesewetter, 1995, 213. Der zweite Hegel-Kongress wurde vom 18. – 21. Oktober 1931 in Berlin (Feier des 100. Todestages Hegels), der dritte vom 19. – 23. April 1933 in Rom abgehalten. Während Haering beim ersten Kongress keine Funktion hatte, hielt er in Berlin („Der werdende Hegel“) und in Rom („Die Entstehungsgeschichte der Phänomenologie des Geistes“) jeweils einen Vortrag. Nach 1933 gab es keine formellen Kongresse des Internationalen Hegelbundes mehr. Den beiden Veröffentlichungen des Hegelbundes von 1931 (Haag) und 1932 (Berlin) zufolge war Haering kein Vorstandsmitglied, sein Name taucht unter den jeweiligen Vorstandsmitgliedern nicht auf. In der dritten Veröffentlichung von 1934 (Rom) ist kein Vorstand aufgelistet. Haering war jedoch seiner Angabe eines Fragebogens vom 27. Juli 1942 zufolge Vorstandsmitglied des Internationalen Hegelbundes. Demzufolge muss er in Rom in den Vorstand gewählt worden sein. Vgl. Wigersma, 1931, 243; Wigersma, 1932, 200; UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>909</sup> Haering 1929a.

<sup>910</sup> Haering 1929a, VII.

<sup>911</sup> Der zweite Band zu Hegel sollte laut Haering bald folgen (Haering, 1929a, XV), er erschien jedoch erst 1938. Die Rezensionen zu Haerings erstem Hegel-Band waren durchaus positiv. Franz-Josef Brecht befand, dass Haering die Entwicklung der wichtigsten hegelschen Begriffe und Denkweisen „gut herausgestellt“ habe, der konkret anschauliche Ursprung jener Begriffe werde „aufs deutlichste sichtbar“, so werde etwa der Begriff des Reiches Gottes als wichtiger Vorläufer des hegelschen Geistesmonismus erwiesen. Allerdings gehe Haering hin und wieder zu weit, wenn er „alle möglichen Gedänklein des jungen Hegel schon als systematische Vorahnungen“ fasse, oft vermute anstatt wisse und die revolutionäre Tübinger Periode sowie den (zeitweise vorhandenen) Pantheismus Hegels abschwäche. Vgl. Brecht 1931, 5 – 34. Willy Moog war der von Haering zurückgewiesene Einfluss Platons, Kants, Schellings und Fichtes auf Hegel doch etwas zu stark betont. Ansonsten sprach er Haering „ein ungemein reichhaltiges, mit staunenswertem Forscherfleiß gearbeitetes Werk über Hegel“ zu. Vgl. Moog 1930/31, 129 – 132. Georg Lasson lobte das Werk ebenfalls, kritisierte jedoch, dass Haering Hegel zeitweise zu den Romantikern gerechnet habe. Vgl. Lasson 1931/32, 335 – 337. Auch Henning Ottmann würdigte Haering noch 1977 – trotz Kritik an einzelnen Punkten (Wertigkeit der Religion oder der Re-

ginn der dialektischen Methode Hegels in die Frankfurter Zeit, ihre Ausarbeitung als System aber in die Jenenser Periode, in der die Dialektik als Methode zum metaphysischen Prozess des Seins beziehungsweise des ewigen Werdens alles Lebens werde und sich als absoluter Geist verwirkliche.<sup>912</sup> Für Haering ist die dialektische Methode insbesondere „durch die lebendige Einheit des Gegensätzlichen“ charakterisiert. Die „Zerrissenheit im Menschen und in allem Geistesleben (vor allem in der Religion)“ habe Hegel als Grundstruktur der Wirklichkeit erkannt. Diese „Zerrissenheit“ habe Hegel auch „im ganzen Rationalismus“, auch bei Kant, „im jüdischen Volksgeist“ und „im Geist des Staatschristentums“ gesehen.<sup>913</sup>

Wie in den bisher erörterten Werken fließt bei Haering auch in seinem ersten Hegel-Band die an der Weimarer Republik geübte Kritik in die Interpretation und Kommentierung hegelscher Dokumente und Denkweisen ein.<sup>914</sup> Zumal sich Haering explizit die „Wiedererweckung der geistigen Grundhaltung dieses Mannes und dem Erweis ihrer Verwandtschaft mit Tendenzen unserer Zeit“<sup>915</sup> verspricht. Wenn Haering also Hegel sprechen lässt, spricht zugleich auch Haering selbst. Dazu gehört nicht nur die „rechtshegelianische“, sondern auch die teils stark theologische, lebensphilosophische und existenzialistisch motivierte Interpretation Hegels.<sup>916</sup> Eine „Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft“ anerkannte Haering nicht.

---

volution in Hegels Entwicklung) und der rechtshegelianischen Interpretation des sich später an die nationalsozialistischen Lehren anpassenden Philosophen – „als ein Musterbeispiel für das Hegel-Buchstabieren“. Ottmann bezieht in seine Haering-Interpretation für die Weimarer Republik lediglich den ersten Hegelband von 1929 ein. Danach wird man Haerings Auslegung nicht „reaktionär“ im Sinne einer faschistischen Hegelvereinbarung nennen können. Ottmann 1977, 164.

<sup>912</sup> Vgl. Haering 1929a, 775.

<sup>913</sup> Haering 1929a, 325.

<sup>914</sup> So sind es nach Haering „immer nur die Extreme“, gegen die Hegel kämpft: „die einseitige intellektuelle Bildung und die rein rationalistische Einseitigkeit der Zeit, dazu die Ungleichheit der Menschen („an sich lebensnotwendig“), wenn sie „ein von gemeinsamen Interessen beherrschtes Ganzes unmöglich macht und sprengt.“ Dagegen hat sich Haering in der gesamten Weimarer Republik gewandt. Er übertrug die „Krisis der Gegenwart“ und seine eigene Gegnerschaft zu (geistigen) Tendenzen in der Republik auf die von Hegel angeblich analysierten krisenhaften Verhältnisse. Vgl. Haering 1929a, 98.

<sup>915</sup> Haering 1929a, 2. Am Ende der Republik herrschte eine „Hegelatmosphäre“, wie sich Hermann Glockner ausgedrückt hat. Hegel sei zu *dem* geistigen Führer im geistigen Ringen der Weimarer Gegenwart geworden, der rationales Verstandestum und irrationalen geistigen Gehalt zu einer Synthese verschmolzen habe, die wiederzuerlangen die große Aufgabe der Philosophie sei. Zitiert nach Kiesewetter 1995, 227.

<sup>916</sup> So sieht das auch Ottmann 1977, 29f.; 152f. Ottmann geht davon aus, dass Haering selbst schon Urteile gefällt habe, wenn er Hegels revolutionäre und republikanische Einstellung für Bern bestreite. Hinter Haerings Objektivität verberge sich letztendlich eine universalistische Deutung rechtshegelianischen Zuschnitts. Vgl. Ottmann 1977, 159.

Haering war bemüht, Hegel als Philosophen vorzustellen, der „Empirie und Einheit des theoretischen und praktischen Interesses“<sup>917</sup> verbunden habe, bereits in der Jugendzeit den objektiven Blick hatte und alle Standpunkte als gleichberechtigt ansah.<sup>918</sup> „Von Anfang an“ sei bei Hegel „durchaus der Wille zur praktisch-politisch-volkspädagogischen Tat“<sup>919</sup> vorhanden gewesen, „Volkserziehung“ sei sein „eigentliches Mittel und Ziel“ gewesen.<sup>920</sup> Das „Ideal“ sei zwar eine langsame und kontinuierliche Entwicklung hin „zum Besseren und Lebendigen“. „Verschweigen“ will Haering aber nicht, dass Hegel „auch später gelegentlich Realist genug ist“, in bestimmten historischen Situationen auch „Radikalkuren für notwendig und nötig“ gehalten, auch die „Notwendigkeit eines Gewaltherrschers“<sup>921</sup> gesehen habe, um „das wahre Ideal zu verwirklichen“. Es sei ein „notwendige(s) Übel“. Diese Fälle kenne sogar „jeder Arzt und Politiker“, ohne sie als Ideal hinzustellen. Der „Politiker Hegel“ hebe somit den besonderen „Zwangscharakter des Staates“ deutlich hervor.<sup>922</sup> Was Hegel bekämpfe, sei „der einseitige und lebensgefährdende Geist“<sup>923</sup> moderner Staatgebilde, sofern sie etwa auf „rein individualistisch-atomistische oder nur wirtschaftliche Interessen“ beruhten oder „reine“ Zwangsgebilde seien. Wie Haering den „Machtstaatsgedanken“ Hegels affirmativ herausarbeitet, so stimmt der Tübinger Philosoph auch dessen „Nationalstaatsgedanken“ zu, wenn er Hegel gegen einen „verwaschenen, die Gliederung in Völkerindividuen übersehenden Universalismus, Internationalismus und Kosmopolitismus“<sup>924</sup> positioniert.

Das „überindividuelle Ganze“ Hegels nimmt in Haerings Werk breiten Raum ein, der Einzelne sei nur Teil und Glied, ordne sich selbstver-

---

<sup>917</sup> Haering 1929a, 10.

<sup>918</sup> Haering 1929a, 14. Dennoch hebt Haering die „Abneigung“ Hegels gegen den „theoretischen Rationalismus“ (Haering 1929a, 19), gegen „jeden Individualismus“ (Haering 1929a, 20) hervor und positioniert ihn entgegengesetzt zu Kant, Voltaire, Rousseau, Montesquieu und Hobbes, da er von der „Erfahrung des Überindividuellen“ ausgehe (Haering 1929a, 21) und schon früh „über den rationalistischen Aufklärungsstandpunkt des 18. Jahrhunderts im Grunde und seiner ganzen Anlage nach weit hinaus“ gewesen sei (Haering 1929a, 27). Charakteristisch für die Haering'sche Interpretation ist die Glättung der Sprünge in Hegels Lebenseinstellungen, um so eine bruchlose Entwicklung nachzuweisen. So wird die Tübinger Periode „mehr Evolution als Revolution“ (Haering 1929a, 39), eine auch von Dilthey angenommene pantheistische Phase verneint Haering (Haering 1929a, 45; 548; 552). Er sieht höchstens eine „gewisse gelegentliche romantische Tönung seiner Sprache und Stimmung“ (Haering 1929a, 559).

<sup>919</sup> Haering 1929a, 44.

<sup>920</sup> Haering 1929a, 69.

<sup>921</sup> Wie etwa in der Verfassungsschrift (1800 – 1802), wenn Hegel auf die Möglichkeit eines (auch ausländischen) Eroberers rekurriert, um die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

<sup>922</sup> Vgl. Haering 1929a, 448f. Um auch friedliebendere, religiös orientierte Zeitgenossen zu überzeugen, führt Haering Jesus an, der „gelegentlich zur Gewalt“ gegriffen habe, wenn „kein anderes Mittel mehr helfen konnte“ (Haering 1929a, 489).

<sup>923</sup> Haering 1929a, 635.

<sup>924</sup> Haering 1929a, 598.

ständig unter.<sup>925</sup> Denn in der Gemeinschaft ist das Individuum der „wahren Freiheit“ nicht beraubt, die Freiheit werde im Gegenteil erweitert<sup>926</sup>: „Nur in einem lebendigen Volksleben und Volksganzen“ könne der Einzelne „und überhaupt alles geistige Leben“ Existenz und Entfaltung finden.<sup>927</sup> „Volksgeist“ sei daher der Ausdruck für organische und lebendige Gesamtheit und Einheit aller Seiten eines Volkslebens.<sup>928</sup> Auf die hierarchische Ordnung des „Volksganzen“ ist auch Haerings Staatskonzeption zugeschnitten. Zum Wesen des Staates gehöre es, dass gewisse Stände oder ein Einzelner die Macht haben – „als Funktionäre des Ganzen“. Das Recht wachse jedoch erst aus dem Staat heraus, aus der „machthabenden Allgemeinheit“. Die Unterschiede zwischen „Herrschaft“ und Knechtschaft“ müsse es in einem „lebendigen Volksleben“ immer geben.

Die Hegel'sche Machtstaatsphilosophie ist längst zur Haering'schen Weltanschauung geworden. Vom Neorealisten, wie er noch 1923 von Oesterreich bezeichnet wird, ist nichts mehr übrig geblieben. Haering ist zum Neidealisten, zum Neu-Hegelianer deutsch-konservativer Prägung geworden. Konsequenterweise daher, wenn er sich von 1927 an der von deutsch-nationalen und völkischen Philosophen gegründeten Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPhG)<sup>929</sup> zuwendet, in deren Zeitschrift er bis 1933 einige Aufsätze und Rezensionen veröffentlicht und als Mitarbeiter aufgeführt wird. Unter dem programmatischen Thema „Wendezeiten“ erschien sein erster Beitrag, ein Aufsatz über den jungen Hegel.<sup>930</sup> Stoßrichtung ist die (auch wiederum aktuell auf Weimar anzuwendende) „Krisenzeit“, in der sich Hegel befunden habe, der jedoch das „Alte“ und das „Neue“ dialektisch verbunden und in

---

<sup>925</sup> Vgl. Haering 1929a, 596.

<sup>926</sup> Vgl. Haering 1929a, 20.

<sup>927</sup> Vgl. Haering 1929a, 93.

<sup>928</sup> Vgl. Haering 1929a, 95.

<sup>929</sup> Der Leipziger Philosoph und Psychologe Felix Krueger (Gründer der Fichte-Gesellschaft) und der Göttinger Rechtsphilosoph Julius Binder wurden im Frühjahr 1927 neu in den Vorstand der Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPhG) gewählt. Zusammen mit Bruno Bauch (Jena) und Hermann Schwarz (Greifswald) bildeten sie die deutsch-national-völkische Spitze der DPhG. Krueger ersetzte die „Beiträge“ durch die „Blätter für Deutsche Philosophie“ und initiierte die Gründung von Ortsgruppen. Vgl. Tilitzki 2002, 523ff. Selbst Tilitzki erkennt „kräftige Einsprengsel konservativer, z. T. auch nationalrevolutionärer und völkischer Tönung“ (Tilitzki 2002, 523) in den Jahren von 1927 – 1933 macht er eine „klare Tendenz zur historisch-soziologischen Empirisierung des Philosophiebegriffs“ aus (Tilitzki 2002, 525). Schaut man sich die Namen der Mitwirkenden der Blätter für Deutsche Philosophie von 1927/28 an, so können von den 15 genannten Philosophen zwölf dem deutsch-nationalen und völkischen Flügel zugeordnet werden (Otto Baensch, Bruno Bauch, Julius Binder, Hans Freyer, Heinz Heimsoeth, Felix Krueger, Dietrich Mahnke, Hans Pichler, Walter Schmied-Kowarzik, Hermann Schwarz, Othmar Spann und Max Wundt), lediglich Nicolai Hartmann, Theodor Litt und Heinrich Rickert geben dem reaktionären Mäntelchen demokratische Tupfer.

<sup>930</sup> Haering 1927/28.

eine „ideale Einheit eines geistigen Volksganzen“<sup>931</sup> überführt habe. Eine „Krise“ sieht Haering, wenn sich das Erstarrete, Denaturierte, Tote dem Lebendigen widersetze, wie ein „Teil-Organ, das „auf Kosten der anderen wuchert“ und somit die anderen sowie sich selbst „in der Entwicklung hemmt.“<sup>932</sup> (Philosophie-)Historisch stehen Rousseau, Herder, Goethe, Schiller, der intellektuelle Rationalismus, die Französische Revolution und die „Gleichmacherei“, die „Versklavung“ und das Atomistisch-Passive am Pranger, der Gegenpart ist die subjektive Individualität, das Gefühl und die hegelsche Konstruktion vom „lebendigen Volksleben“. Aufgabe des „praktischen Führers seiner Zeit“ sei es, den „Heilungsprozess“<sup>933</sup> („Wiederherstellung des lebendigen Ganzen“) zu beeinflussen, aber so, dass das „konservative“ und das „revolutionäre Element“<sup>934</sup> eine Symbiose eingehen, denn Hegels Krisenbegriff vereinige beide Elemente.

In einem weiteren Aufsatz für die Zeitschrift der DPhG<sup>935</sup> bringt Haering die Weltanschauung mit der Wertanschauung zur Deckung. Die derzeitige Anthropologie sei „ohne Menschen“<sup>936</sup>, moniert er. Sie müsse die gesamte anorganisch-organisch-psychisch-geistige Wirklichkeit berücksichtigen, und zwar vom Standpunkt einer Weltanschauung, die immer auch mit Wertanschauung verbunden sei.<sup>937</sup> Sonst könne das wahre und volle Wesen des Menschen gar nicht bestimmt werden. Die Weltanschauung ist aber die hegel'sche in der Interpretation Haerings, die Wertanschauung fußt auf einem Werteapriorismus und einem machiavellistischen Rigorismus.<sup>938</sup>

Den praktisch orientierten „Volkspädagogen“ Hegel stellt Haering dann abermals in einem Vortrag vor Mitgliedern der DPhG vor.<sup>939</sup>

---

<sup>931</sup> Haering 1927/28, 137.

<sup>932</sup> Haering 1927/28, 136.

<sup>933</sup> Haering 1927/28, 136.

<sup>934</sup> Haering 1927/28, 145.

<sup>935</sup> Haering 1929/30.

<sup>936</sup> Haering 1929/30, 5.

<sup>937</sup> Haering 1929/30, 29.

<sup>938</sup> Auch in diesem Aufsatz stellt sich Haering gegen die biologistische Argumentation der Rassenphilosophen. Die Rassenfrage sei mit bloß physiologisch-anatomischen Bestimmtheiten und Unterschieden nicht zu erledigen. Vgl. Haering 1929/30, 27.

<sup>939</sup> Vom 1. – 4. Oktober 1928 veranstaltete die Deutsche Philosophische Gesellschaft unter dem Titel „Philosophie der Gemeinschaft“ ihre 10. Tagung in Leipzig, zum ersten Mal nicht in Weimar. Die sieben Vorträge hielten sieben ausgesuchte Redner, wodurch die Tagung ihr deutschnationales Gepräge erhielt: Hans Freyer („Gemeinschaft und Volk“), Friedrich Delekat („Was ist und wie entsteht Gemeinschaft?“), Wilhelm Stapel („Volk und Staat“), Theodor Haering („Gemeinschaft und Persönlichkeit in der Philosophie Hegels“), Hans Pichler („Leibniz' Metaphysik der Gemeinschaft“), Viktor von Weizsäcker („Kranker und Arzt“) und Friedrich Hempelmann („Frühformen der Gemeinschaft im Tierreich“). Die Themen hatte der Vorstand der DPhG den Referenten vorgegeben. Absicht war, „philosophische Ideen fruchtbar zu machen für das Leben der Gegenwart“, wie der Vorsitzende Felix Krueger (Leipzig) in seinem Rückblick auf die 10. Tagung ausführte (vgl. Krueger 1929,

Auffallend häufig benutzt er darin den Begriff der „Volksgemeinschaft“ und rückt das „ideale Volksleben“ in die Nähe des von Hegel konstruierten „absoluten Geistes“, als „Ideal eines lebendigen universalen Geisteslebens“<sup>940</sup>. Der Ton in seiner gedruckten Rede ist schärfer als früher, das „Volksleben“ sei nicht nur „starr und unlebendig“<sup>941</sup>: „alles Übel im heutigen Volksleben kommt nur daher, dass dasselbe **denaturiert, seinem wahren Wesen entfremdet** ist.“<sup>942</sup> Die angebliche Störung des lebendigen Wechselverhältnisses von Individuum und Gemeinschaft bilde „einen der Haupt- und Krebschäden des Volkslebens und der Zeit.“<sup>943</sup> Die Lösung: Es komme „nur“ darauf an, „dies wahre Wesen“ wiederherzustellen. Durch wen, das sagt Haering diesmal nicht.<sup>944</sup>

Die bisherige Kritik an der Weimarer Demokratie und der implizierten Lösungsmöglichkeiten münden bei Haering 1931 in einen versteckten Aufruf an die (höheren) Beamten, der Republik Widerstand entgegenzusetzen, sie gegebenenfalls in einem revolutionären Akt zu überwinden.<sup>945</sup> Dieser Aufsatz ist sein schärfster Angriff auf die Republik und zeigt seine Radikalisierung am Ende der Weimarer Republik.<sup>946</sup>

---

144). Wirtschaftliche Nöte, politische und gesellschaftliche Kämpfe, religiöse Erschütterungen prägten die Gegenwart. Die gesamte Krisis abendländischen Daseins sei dadurch in der Tiefe bedingt. Menschliche Bindungen hätten sich gelockert oder seien fragwürdig geworden, der Einzelmensch oder einzelne Gruppen mit ihren Sonderinteressen hätten sich aus lebendigen Einheiten ausgegliedert, das Zusammenleben formender Kräfte sei zielunsicher, in der Wurzel geschwächt. Man müsse sich bereit machen „zu neuen sozialen Formen und Ordnungen“ (Krueger 1929, 144). Zwar habe ein Artikel eines „neudemokratischen Blattes“ die Tagung kritisiert, weil die Gesellschaft offenbar genau wisse, was Gemeinschaft sei, aber die Tagung sei stärker beachtet worden als erwartet. Zudem habe sie „echte Gemeinschaft zu erleben gegeben“, die Verhandlungen hätten sich „zu monumentaler Geschlossenheit gesteigert“ (Krueger 1929, 145f.). Haering hat seinen Vortrag um einige „Teilprobleme“ im Druck erweitert.

<sup>940</sup> Vgl. Haering 1929b, 61.

<sup>941</sup> Haering 1929b, 60.

<sup>942</sup> Haering 1929b, 61. Der fett gedruckte Teil des Zitats ist im Original gesperrt.

<sup>943</sup> Haering 1929b, 64. Hegel habe laut Haering Individuum und Gemeinschaft stets gleich stark betont. Die griechische Polis und das johanneische Reich Gottes seien ihm Vorbild dafür gewesen, das Christentum, insbesondere das spätere Kirchenchristentum, die kantische und auch die „jüdische Sittlichkeit“ seien ihm hingegen individualistische und abstrakte Gegenbeispiele gewesen (vgl. Haering 1929b, 64).

<sup>944</sup> Es folgen lediglich seine bekannten Ausführungen über das organische Volksleben, das auseinandergerissen und dualistisch gespalten, andererseits „in ungebührlicher Weise vereinerleht, verschwommen und gleichgemacht“ (Haering 1929b, 62) worden sei.

<sup>945</sup> Haering 1931a. Seit 1929 nahm die Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit im Reich bedrohliche Ausmaße an, die Politik radikalisierte sich, verlegte ihre Auseinandersetzungen auch auf die Straße. Die große Koalition unter Hermann Müller (SPD) zerbrach im März 1930, fortan regierten die Präsidialkabinette. Steuererhöhungen, Notverordnungen und bürgerkriegsähnliche Zustände waren die Kennzeichen einer immer instabiler werdenden Republik am Vorabend der „Machtergreifung“. Die NSDAP fuhr im Reich Wahlerfolge ein, beteiligte sich an Koalitionsregierungen in Thüringen und Braunschweig. In dieser aufgeheizten und explosiven Stimmung publizierte Haering seinen Aufsatz. Darin scheint es ihm ausschließlich darum zu gehen, seine Argumentation mit Hilfe Hegels an die aktuellen Umstände



Wohl, um sich vor rechtlichen Folgen abzusichern – Haering war Beamter – unterteilt er seinen Aufsatz als „eine rein historische Untersuchung“, lässt jedoch keinen Zweifel daran, dass er sich auf die aktuelle politische Lage bezieht. Hegel sei es nicht um ein „einseitig demokratisch-freiheitliches oder einseitig-absolutistisch monarchisches“, auch nicht um ein „einseitig wirtschaftliches oder einseitig ‚ideologisches‘, kein einseitig gleichmacherisch-kommunistisches oder einseitiges aristokratisches (!) Staatsideal“ gegangen, geschweige denn um ein „Ideal der Auflösung alles national- und machtstaatlichen Gedankens.“<sup>947</sup> Haering zufolge sollte Hegels Ideal all diese „einseitigen“ Konstruktionen umgreifen.

Zunächst stellt Haering dem Leser wieder einmal die hegelsche Dialektik und die Konstruktion des idealen Staates vor, in dem alle Individuen und Stände ihren unterschiedlich geschichteten Part einnehmen und sich in der „lebendigen Einheit eines lebendigen Volks- und Staatslebens“ als „höchste empirische Geisteseinheit“ erkennen, die quasi verkörperter weltlicher Statthalter und Repräsentant des „absoluten Geistes“ sei.<sup>948</sup> Teil dieser „Geisteseinheit“ sei auch der Staatsdiener, der „selbst Glied und Bürger des Staates“, aber eben auch Beamter

---

anzupassen und stringent erscheinen zu lassen, unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt Hegel unter welchen Bedingungen seine Werke geschrieben hat. Wild vermischt Haering die Aussagen Hegels aus der „Verfassungsschrift“ (1802), den Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821) und der Enzyklopädie (1830). Denn nach Haering ist sich Hegel stets gleich geblieben, hat sich nur in Nuancen geändert. Tilitzki erkennt in diesem Aufsatz Haerings von 1931 nicht die Brisanz. Für ihn ist er lediglich „mehr als ein flüchtig beschworener Kontrast angesichts des latenten deutschen Bürgerkriegs“. Vgl. Tilitzki 2002, 284.

<sup>946</sup> Haering hat es aber auch verstanden, seine Vorträge und Aufsätze der Zielgruppe entsprechend zu formulieren. Bei der Zeitschrift für höhere Beamte konnte er sicher sein, ein mit den demokratischen Verhältnissen unzufriedenes konservatives beziehungsweise deutschnationales Publikum anzusprechen. Eine im selben Jahr (14. November 1931) von ihm im Stuttgarter Landestheater gehaltene Rede zur Feier des 100. Todestages von Hegel ist im Ton sehr viel moderater. Er trug zwar seine bekannte Hegelinterpretation vor, vermied jedoch in seinem Hinweis auf den fehlenden Machtfaktor des Staates jegliche Schärfe. Stattdessen hob er die dialektische Grundstruktur der Vereinigung von Gegensätzen in einer höheren Einheit sowie das Ineinander von Theorie und Praxis als Grundzug des schwäbischen, „vielleicht sogar deutschen Geistes überhaupt“ hervor (der „Norden“ denke nur „Entweder – Oder“) und zog eine ideengeschichtliche Verbindungslinie dieses Denkens von Paracelsus bis zu Hegel. In dieser Rede kommt zum ersten Mal öffentlich der Haering'sche Humor zum Einsatz: Es könne doch sein, dass sich der Weltgeist „in seinem wahren Wesen“ in Hegel begonnen hätte, sich zu zeigen. Wenn der Weltgeist „auch gewiss noch nicht seinen letzten“, so habe er doch seinen 40. Geburtstag in Hegel gefeiert. Wer es nicht gemerkt habe, sei entweder höchstens 39 Jahre alt oder – kein Schwabe. So zeigt die Rede zweierlei: Die Hinwendung Haerings zu völkischen Adaptionen (deutsches, nordisches, schwäbisches Denken) und sein Redetalent (Vgl. Haering 1931b).

<sup>947</sup> Haering 1931a, 173f.

<sup>948</sup> Vgl. Haering 1931a, 170.

sei und somit bestimmte Pflichten gegenüber dem Staat habe.<sup>949</sup> Zwei Funktionen hat demnach der Beamte, die er nicht vermischen dürfe. Als Beamter habe er ein Stück Souveränität vom Staat erhalten, hieraus resultierten Pflicht und Recht, das sei ein Wert an und für sich, kein bloßes Vertragsverhältnis.<sup>950</sup> Im Folgenden diskutiert Haering, ob der Beamte als Privatperson oder als einzelner Beamter seine Pflichten gegenüber dem Staat verletzen oder ihn kritisieren darf, kommt aber zu dem Schluss, dass er das „unter normalen Umständen“ in keinem Fall kann.<sup>951</sup> „Eher“ könne der Beamte „revolutionär sein“, wenn er nicht zur Regierungssphäre, aber zur bürgerlichen Gesellschaft gehöre. Dann läge kein Selbstwiderspruch vor, er müsse aber die „Beamtenqualität“ ablegen und handelte als Privatmann. Aber auch diese Möglichkeit verwirft Haering. Nun jedoch kommt der Kunstgriff – mit Hilfe der hegelschen Verfassungsschrift: „Was aber“, fragt er rhetorisch, „wenn die Verhältnisse **nicht die normalen**, sondern abnorm sind? Wenn etwa ein wirklicher Staat **überhaupt nicht besteht**, dem wirkliche Souveränität in diesem Sinne noch zukäme, zu der nach Hegel als Kennzeichen vor allem auch die Macht gehört, sich durchzusetzen?“<sup>952</sup>

Für Hegel gibt es laut Haering keinen Zweifel, dass Recht und „wirkliche(s) Beamtentum“ nur in einem souveränen Staate möglich und vorhanden seien. Ohne Souveränität habe es keinen Sinn, „von Recht und von Beamten zu sprechen“ – nach Haering trotz der „rein historischen Untersuchung“ doch „ein sehr aktuelles Thema.“<sup>953</sup> Folglich gibt es in der Weimarer Republik kein Recht, muss der Beamte auch nicht dem Staat gegenüber loyal sein oder für die verfassungsmäßige republikanische Ordnung eintreten. Die Treuepflicht hat aufgehört. Er kann sich verfassungsfeindlichen Organisationen anschließen, kann sich gegen diese Republik auflehnen und für einen anderen Staat eintreten. Haering redete somit einer „Revolution von rechts“ das Wort.

---

<sup>949</sup> Die Weimarer Republik musste nach dem Zusammenbruch der Monarchie nahezu die gesamte Beamtenschaft übernehmen. Erst nach und nach rückten demokratiefreundliche Beamten nach. Noch 1930 standen etwa zwei Drittel aller Vorkriegs-Beamten in Diensten der Republik. Insbesondere die höhere Beamtenschaft war überwiegend von autoritären und antidemokratischen Ordnungs- und Wertvorstellungen geprägt. Zwar wurden die Beamten nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg auf den neuen Staat verpflichtet, aber die Verankerung des demokratischen Prinzips hatte wenig Erfolg. Vgl. Schmahl 1977, 15ff.

<sup>950</sup> Haering 1931a, 172.

<sup>951</sup> Haering 1931a, 172.

<sup>952</sup> Haering 1931a, 172f. Der gefettete Teil des Zitats ist im Original gesperrt. Haering knüpft mit dieser rhetorischen Frage bewusst an Hegels „Verfassungsschrift“ (1800 – 1802) an. Darin konstatiert Hegel unter dem Eindruck der napoleonischen Herrschaft in Europa und der Zersplitterung der deutschen Länder, dass Deutschland kein Staat mehr sei.

<sup>953</sup> Haering 1931a, 173. Auch das Reich hatte seine volle Souveränität 1931 noch nicht wiedererlangt.

Die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität sei Hegel „wesentlicher“ gewesen „als alle Sorge“ um ein daraus abzuleitendes Recht. Um „das Leben des Ganzen zu retten“, sei Hegel nichts zu hoch oder zu heilig gewesen, um es nicht zu opfern – „auch nicht bestehendes Recht.“<sup>954</sup> So habe Hegel „jede Operation, auch die schmerzvollste, für nicht bloß erlaubt, sondern für das einzig Mögliche (!)“<sup>955</sup> gehalten, selbst einen ausländischen<sup>956</sup> Machthaber und Gewaltherrscher habe Hegel als ultima ratio gebilligt. Denn der Staat sei keiner mehr, er müsse erst wieder zu einem Staate gemacht werden.

Dazu „schien Hegel jedes Mittel recht, auch das gewalttätigste“. Das sollte nur eine „vorübergehende Operation“ sein, bis der Machtstaat geschaffen ist, „wirksam und erfolgversprechend natürlich nur in der Hand eines Meisters, eines gottgesandten Führers.“<sup>957</sup> Vom Glauben an die Berufung und Eignung solcher welthistorischer „Führerpersönlichkeiten“ habe Hegel seine Einstellung „zu diesen ihren Maßnahmen“ abgeleitet, Haering appelliert also an einen emotionalen, irrationalen Beweggrund. Die „letzte Beglaubigung“ aber sei der Erfolg – und mit Hegel: „die Weltgeschichte als das Weltgericht.“<sup>958</sup>

Waren für Haering 1921 und 1925 in seinen geschichtsphilosophischen Werken „die letzten Werte“ oder das „letzte Ziel“ nicht begründbar, nicht hinterfragbar, sondern nur gläubig oder willentlich hinzunehmen, weist er nun das endgültige historische Urteil über den Sinn oder Unsinn politischer Handlungen Hegels „Weltgericht“ zu, das erst am Ende aller Tage entscheidet. Im Prinzip ist es das gleiche Ergebnis, einen Unterschied vom Standpunkt des autoritär geführten Subjekts gibt es nicht.

Zum Ende der Weimarer Republik wird Haering Mitglied des „Kampfbundes für deutsche Kultur“.<sup>959</sup> Den Eintritt gibt er mit „seit

---

<sup>954</sup> Haering 1931a, 173.

<sup>955</sup> Haering 1931a, 173.

<sup>956</sup> Adolf Hitler war 1931 noch kein deutscher Staatsbürger.

<sup>957</sup> Haering 1931a, 174. Am Beginn der Weimarer Republik waren die Diskussionen um einen „Führer“ sehr rege, ohne einen bestimmten „Führer“ im Auge zu haben. Haering selbst gebraucht in seinen geschichtsphilosophischen Werken etwa „Leiter“, „Former“, „Präger“, selten „Führer“. Wenn er aber 1931 vom „Führer“ spricht, kann er nur einen meinen: Adolf Hitler.

<sup>958</sup> Haering 1931a, 174.

<sup>959</sup> Leaman 1993, 46; Siehe Fragebogen vom 28. September 1934, in: BA R21/Anhang 10007, Bl. 3486f. Einzig in diesem Fragebogen hat Haering seine Mitgliedschaft im „Kampfbund“ angegeben. Dort wurde auch dezidiert nach der „Mitgliedschaft in nationalen Verbänden“ gefragt, während etwa im Fragebogen vom 5. Juli 1933 lediglich die Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder etwa im Reichsbanner angegeben werden musste. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab Haering seine Mitgliedschaft im „Kampfbund“ gegenüber der Entnazifizierungskommission nicht an.

Beginn“ an. Ob er damit die reichsweite Gründung 1928 oder die Gründung des Tübinger Ortsvereins 1931 meint, ist unklar. Unter dem Namen „Nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur“ erfolgte am 4. Januar 1928 die offizielle reichsweite Gründung, am 19. Dezember des gleichen Jahres wurde die Gesellschaft umbenannt: Von nun an hieß sie „Kampfbund für deutsche Kultur“ (KfdK).<sup>960</sup> Gründer war der Hauptschriftleiter des Völkischen Beobachters und Hitlers Chefideologe Alfred Rosenberg. Die Tübinger Ortsgruppe gründete sich am 8. Juli 1931 im Haus der Sängerschaft Zollern.<sup>961</sup> Mit dabei waren Max Wundt, der Universitätsmusikdirektor Karl Hasse, der Philologe Ernst Sittig und der Schriftsteller Erwin Guido Kolbenheyer.<sup>962</sup> Die Gründungsversammlung sei gut besucht gewesen, der Musikwissenschaftler Otto zur Nedden sprach über „Ziele und Aufgaben des Kampfbundes für deutsche Kultur“, Wundt hielt seine Rede über das Thema: „Der Kampf um deutsches Wesen“.<sup>963</sup> Die Sängerschaft überließ dem Kampfbund auch einen Raum als Geschäftsstelle.<sup>964</sup>

Der Kampfbund verfolgte eine aggressive Propaganda, seine Blut- und Boden-Reden waren dazu angetan, in der Wirtschafts- und Politikkrise Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre das Ohnmachtsgefühl weiter Teile der Bevölkerung zu verstärken und zur endgültigen Auflösung des demokratischen Bewusstseins und zur geistigen Mobilmachung der antidemokratischen, nationalistischen und völkischen Kreise beizutragen. Gleichwohl war die NSDAP darauf bedacht, den „Kampfbund“ möglichst als unpolitische und von der NSDAP unbeeinflusste überparteiliche Kulturorganisation erscheinen zu lassen. Ausgehend von einer nationalen „Kulturkrise“, einem „Kulturverfall“, setzte sich der „Kampfbund“ das Ziel, „das deutsche Volk über die Zusammenhänge zwischen Rasse, Kunst, Wissenschaft, sittlichen und soldatischen Werten aufzuklären“, wie es im Paragraphen 1 der Satzung hieß.<sup>965</sup> „Mit allem Nachdruck“ sollten das kulturelle Gesamtdeutschtum ohne Berücksichtigung politischer Grenzen gefördert, alle Kräfte dazu gesammelt werden. Konkret bedeutete das, den „Kampf“ gegen sämtliche modernen Kulturercheinungen (Jazz als „Negermusik“, „Amerikanismus“) und Kunststile (Bauhaus, Expressionismus, Impressionismus,

---

<sup>960</sup> Vgl. Piper 2005, 260f.

<sup>961</sup> Tübinger Chronik, 10. Juli 1931; Ssymank, 1939, 53.

<sup>962</sup> Lönnecker 2003, 6f. Haering war seit 1929 Wundts Philosophenkollege und spielte im Akademischen Musikverein. Zu Kolbenheyer bestanden persönliche Beziehungen.

<sup>963</sup> Tübinger Chronik, 10. Juli 1931.

<sup>964</sup> Ssymank 1939, 53. Die Tübinger waren im „Kampfbund“ stark vertreten. Er verzeichnete zahlreiche Einzelmitgliedschaften, korporativ traten ihm bis 1931 die „Deutsche Hochschulgilde Ernst Wurche“, die „Sängerschaft Zollern“, die „Straßburger Burschenschaft Arminia“, die „Turnerschaft Straßburg“ und die „Verbindung Normannia“ bei. Vgl. Institut für Zeitgeschichte München, Ma 697, 425.

<sup>965</sup> Zitiert nach Brenner 1963, 8.

Futurismus, Kubismus, Neutöner, Naturalismus) aufzunehmen und „dem Kulturverfall“ eine „deutsche Kunst und Kultur“ entgegenzusetzen.

Der Gründungsauf Ruf hatte insbesondere die Intelligenz als Zielgruppe, Kulturschaffende, Akademiker und Studierende sollten gewonnen werden. Für den „Aufbau eines neuen deutschen Kulturlebens und Schutz unserer Kulturgüter vor dem Kulturbolschewismus mit allen seinen gefährlichen Zersetzungserscheinungen“ machten sich 46 Professoren stark, darunter die Tübinger Walter Birk (Mediziner), Johannes Haller (Historiker), Karl Hasse, Ernst Stracke (Kirchengeschichte), Adalbert Wahl (Historiker) und Max Wundt.<sup>966</sup> Neben Wundt finden sich auch weitere betont deutsch-nationale Philosophen, etwa Hugo Dinger (Jena), Carl August Emge (Jena), Felix Krueger (Leipzig) und Hermann Schwarz (Greifswald).

Eine rückwärtsgewandte Kunstauffassung, deutsch-nationale, rassistische und antisemitische Einstellungen prägten die Protagonisten des „Kampfbundes“.<sup>967</sup> Er wollte „arteigene Äußerungen des deutschen Volkstums“ pflegen, das „lebendig wertvolle Alte“ verteidigen, die „Kultur- und Charakterwerte der Nation“ wecken, „den Kampfwillen“ stählen und „dem kulturellen Gesamtdeutschtum ohne Berücksichtigung politischer Grenzen“ dienen.<sup>968</sup> Die „Feinde“ und ihre „undeutsche Kultur“ wurden denn auch im Mitteilungsblatt des Bundes genannt. Auf dem Index standen etwa Kästner, Tucholsky, Mann, Brecht, Mehring, Klee, Dix, Kandinsky, Nolde, Beckmann.<sup>969</sup> Auf Tagungen, in Vorträgen und in Versammlungen wetterten die Redner gegen die „volksschädigenden Einflüsse“ auf Theater, Literatur, Bildende Kunst und Baukunst<sup>970</sup>, prangerten den „Terror des Kulturbolschewismus“ an und stellten als Leitbild das nordische, männliche, heldische, deutsche Wesen heraus.<sup>971</sup>

---

<sup>966</sup> Vgl. den Aufruf in: Schrödl 1992, 38. An „vorderster Kampffront“ standen Othmar Spann, Paul Schultze-Naumburg, Philipp Lenard, Paul Schmitthenner, Erwin Guido Kolbenheyer, Reichwehrgeneral Franz Ritter von Epp, Adolf Bartels, die Verleger Hugo Bruckmann und Julius Friedrich Lehmann, Eva Chamberlain, Winifred Wagner. Rasch schlossen sich Jugend- und Studentenbünde, Turn- und Sängergemeinschaften an. Im März 1929 hatte es bereits 25 Ortsgruppen gegeben. Vgl. Brenner 1963, 11f. Am 1. Januar 1933 waren es 240 Ortsgruppen mit geschätzten 6.000 Mitgliedern. Vgl. Bollmus, 1970, 29. Bollmus schätzt den Erfolg des Kampfbundes reichsweit eher gering ein.

<sup>967</sup> Vgl. Brenner 1963, 14f.; Piper 2005, 266ff.

<sup>968</sup> Brenner 1963, 15.

<sup>969</sup> Brenner 1963, 16.

<sup>970</sup> Brenner 1963, 17. In Thüringen machte die Baum-Frick-Regierung in ersten Ansätzen 1930/31 auch auf kulturellem Gebiet das wahr, was die Nationalsozialisten zwei Jahre später im gesamten Reich durchsetzten.

<sup>971</sup> Brenner 1963, 19.

Reden wurden auch in Tübingen gehalten. Rosenberg sprach am 10. Februar 1932 im Schillersaal, der Andrang war so groß, dass auch der Uhlandsaal geöffnet werden musste.<sup>972</sup> Haering war seit einem Jahr Vorsitzender der Museumsgesellschaft und entschied über die Besetzung der Säle (zumindest mit). Rosenberg sprach zum Thema „Der Schicksalskampf der deutschen Kultur“. Griechische Kultur habe sich im Kampf gegen eine „Sumpfkultur“ entwickelt, es sei ein „Kampf von Rassen und Rasseneseelen gegeneinander“<sup>973</sup>. Rosenberg warnte vor den „fremdländischen Gefahren, wie den „Amerikanismus“ und den „Bolschewismus“, sah Frankreich auf dem Weg zum „Vorposten Afrikas“, wo „ein Neger in Paris zum Minister werden konnte“.<sup>974</sup> Berlin werde immer weniger eine deutsche Stadt, dort verschwänden „germanische Werte“. Deutsches Wesen werde verspottet, etwa durch die „undeutsche Art“ des Schriftstellers Ernst Toller (1893 – 1939) im Berliner Tageblatt, wo er behauptete, es gebe nichts Dümmeres als den Heldentod.<sup>975</sup> Mit Chamberlain sah er die Germanen in eine neue Phase der Geschichte eintreten, deren deutsche Wiedergeburt keine Oberflächenerscheinung sei, sondern „der Endkampf um die seelische Substanz“<sup>976</sup>.

An der Erneuerung der deutschen Kultur wollte auch Haering mitarbeiten. Für das Publikationsorgan des von Rosenberg gegründeten Kampfbundes, „Volk und Kultur – Zeitschrift für deutsche Wiedergeburt“ (Hoheneichen-Verlag), war er als Mitarbeiter für den Bereich Philosophie vorgesehen.<sup>977</sup> Die Zeitschrift wollte es sich zur Aufgabe machen, „dem politisch erwachten deutschen Volke den Glauben an seine deutsche Kultur wiederzugeben“<sup>978</sup>, heißt es in dem Exposé vom Frühjahr 1932. Mit Hinweis auf das durch „Tributlasten bedrückte“, in den Grenzen beengte Volk müsse sich das deutsche Volk auf seine kulturellen Güter und die Werte besinnen, die seinen Lebensinhalt ausmachten. Die Zeitschrift wolle einen geistigen Mittelpunkt für all jene bilden, die das „deutsche Geistesgut“ erhalten wollen. Bestimmend für den Geist und die Richtung der Zeitschrift sei das Bekenntnis zum nationalen Staat als Grundlage jeglichen Kulturlebens. Anschließend

---

<sup>972</sup> Tübinger Chronik, 11. Februar 1932.

<sup>973</sup> Tübinger Chronik, 11. Februar 1932.

<sup>974</sup> Tübinger Chronik, 11. Februar 1932.

<sup>975</sup> Zur Rede von Rosenberg, weiteren Vorträgen und Musikaufführungen des „Kampfbundes“ sowie zur Leserbriefdiskussion in der Tübinger Chronik: Schönhausen 1991, 80ff.

<sup>976</sup> Tübinger Chronik, 11. Februar 1932.

<sup>977</sup> Diesen Hinweis verdanke ich dem Tübinger Germanisten Gerd Simon. Im Bundesarchiv Berlin soll eine „Nullnummer“ dieser Zeitschrift liegen, auf deren Front die Hauptschriftleitung und die Betreuer des Fachs Philosophie abgedruckt sind (BA NS 15/82). Ein siebenseitiges Exposé liegt im Münchener Institut für Zeitgeschichte. Institut für Zeitgeschichte München, Ma 697, 419 – 425.

<sup>978</sup> Institut für Zeitgeschichte München, Ma 697, 419.

nannte das Exposé die „hauptsächlichsten Kulturgebiete“ sowie die dafür vorgesehenen Mitarbeiter, die Aufstellung sei jedoch „vorläufig“. Drei große Bereiche samt Unterabteilungen gab das Exposé an: „Gehalt und Form“ (Deutsches Schrifttum, Bildende Künste, Malerei, Musik, Theater, Deutsche Lyrik der Gegenwart, sowie Literaturgeschichte und Literaturforschung), „Blut und Schicksal“ (Rasse und Rassenpflege, Vorgeschichte, Geschichte, Geschichtsbetrachtung und Geschichtsforschung, Germanisches Wesen) sowie „Geist und Leben“ (Philosophie, Universitäten und Hochschulen, Staat und Kultur, Kultur und Technik, Religiöses Ringen unserer Zeit, Wirtschaft und Kultur, Rechtswesen, Der deutsche Osten, Der deutsche Westen, Deutsches Gesellschaftsleben und Die Jugendbewegung). Unter jeder Unterabteilung standen einige Namen, auch die Namen derer, die kurze Zeit später im NS-Staat Karriere machen sollten. Sogar Hitler wollte sich an der Zeitschrift beteiligen, er wurde unter „Staat und Kultur“ genannt. Aber auch viele Namen aus Tübingen sind zu finden. Neben dem bereits erwähnten Haering waren vorgesehen: Karl Hasse (Musik), Hans Reinerth<sup>979</sup> (Vorgeschichte, Der deutsche Osten), Johannes Haller und Adalbert Wahl (Geschichte, Geschichtsbetrachtung und Geschichtsforschung), Max Wundt (Philosophie, Staat und Kultur), Erwin Stracke (Religiöses Ringen unserer Zeit), Oswald Lehnich (Wirtschaft und Kultur, Der deutsche Osten) und Kurt Borries (Der deutsche Osten). Mit der „Hauptschriftleitung“ sollte der Tübinger Musikwissenschaftler Otto zur Nedden betraut werden. Doch die Zeitschrift ist nicht erschienen<sup>980</sup>, Gründe sind nicht bekannt.

## 5. Fazit: Radikalisierung in der Weimarer Republik

Theodor Haering war am Ende der Weimarer Republik tiefer in das deutsch-nationalistische, aber auch völkische Milieu verwoben als bislang angenommen. Bei ihm wird eine schleichende inhaltliche Gleichschaltung noch vor 1933 offenbar. Was er schon im Kaiserreich als Vikar in seinen Predigten beklagte, in seinem Gedicht „Die Toteninsel“ dichterisch formulierte, führte er in der Weimarer Republik systematisch weiter. Der Kritiker des Zeitgeistes, der Mechanisierung, des (Wirtschafts-)Liberalismus und der Demokratie, Gegner des Rationalismus<sup>981</sup> und der Aufklärung, des Positivismus und des Szientismus

---

<sup>979</sup> Reinerth hatte in der zweiten Jahreshälfte 1932 in Tübingen eine Kampfbund-Fachgruppe für Vorgeschichte gegründet, später wurde daraus der „Reichsbund für Vorgeschichte“, an dessen Spitze Reinerth stand. Vgl. Bollmus 1970, 38.

<sup>980</sup> Piper 2005, 273.

<sup>981</sup> Seit Beginn des 20. Jahrhunderts stellt Horkheimer auch in der Philosophie einen „Kampf gegen den Rationalismus“ fest, der zur autonomen Vernunft gehört und „ausgeschieden werden“ müsse. Der ursprünglich „relativ“ fortschrittliche Antiratio-

und aller modernen Kulturerscheinungen spezifizierte seine Thesen und entwickelte sie weiter, füllte sie mit allerdings kargem Inhalt. Er wollte zu Beginn der Republik den durch Arbeitsteilung geprägten kapitalistischen, auf Konsum orientierten, aber auch autonomen, auf Rationalität bauenden Menschen überwinden, der die Welt ihm zufolge bloß intellektuell begreift. Damit bläst der Philosoph zum Angriff auf das Denken schlechthin. Ein inhaltlich nicht bestimmtes „Lebendiges“, „Mystisches“, „Irrationales“ soll eine Balance zur Ratio werden.

Autoritäres und hierarchisches Denken sind bereits beim jungen Haering im Kaiserreich präsent. Ebenso hat der Bismarck'sche Machtstaat seine Spuren hinterlassen, noch bevor sich Haering mit Hegel intensiv befasst hatte. Seine Gesellschaftskritik zieht sich vom Kaiserreich bis in die späte Weimarer Republik hindurch. Theodor Haering war ein Gegner der Modernisierungstendenzen im sich entwickelnden industriellen Staat; derjenigen Modernisierungstendenzen, die sich in Technik und Industrie im Kaiserreich durchzusetzen begannen, eine politisch-gesellschaftliche sowie kulturelle Mitwirkung auch der unteren Bevölkerungsschichten nach sich zogen und den neu entstandenen tragenden staatlichen und gesellschafts-politischen Instanzen eine geänderte Bedeutung und eine neue Gewichtung gaben. Der junge Haering hingegen sah etwa die soziale Verpflichtung sowie die soziale Stellung jedes Einzelnen durch das Christentum geregelt, später wählte er als Zeugen Hegel.

Der kurze Ausflug zu Kant während der Studentenzeit und der Dissertation 1910 hat bei Haering nicht nachhaltig gewirkt.<sup>982</sup> In seiner Erkenntnistheorie lässt er sich von Dilthey (Verstehen) und Simmel (historisches Verständnis) leiten, er wird zum „historischen Relativisten“, der geschichtliche Wirklichkeiten und Wahrheiten letztendlich als Deutung und lediglich zeitbedingt auffasst.<sup>983</sup> Über die jeweilige historische Epoche hinausgehende absolute, normative und allgemeingültige Phänomene oder Orientierungen erkennt er nicht an. Die in der Aufklärung propagierten „invarianten Vernunftprinzipien“<sup>984</sup> lässt er nicht gelten. Eine „normative Kraft“ geht auch von der Geschichtswis-

---

nalismus habe sich zu einem universalistischen, mit einer totalitären Staatsauffassung eng verbundenen Irrationalismus entwickelt. Vgl. Horkheimer 1934, 5.

<sup>982</sup> Das hat auch Hermann Glockner entdeckt. Haerings Kantianismus kam ihm „ziemlich äußerlich“ vor, und wörtlich: „Du hattest nämlich schon eine Weltanschauung, als Du zu philosophieren begannst [...] Für Dich bedeutet das kantische Denken eine ziemlich rationale Eintragung in eine schon vorhandene Geisteshaltung.“ Brief Hermann Glockner an Theodor Haering vom 16. August 1963, in: UBT, Md 1014/147.

<sup>983</sup> Vgl. die beiden unterschiedlichen Bedeutungen des „Historismus“, zum einen als „Wissenschaftspraxis“ im neuen Geschichtsverständnis, zum anderen als „historischer Relativismus“, in: Schnädelbach 1983, 51f.

<sup>984</sup> Schnädelbach 1983, 53.



senschaft laut Haering nicht mehr aus. Mit der „Historisierung“<sup>985</sup> wird auch die „Vernunft“ geschichtlich interpretiert.<sup>986</sup>

Gegen Hegel, der in seiner Geschichtsdarstellung „alles Natürliche“ als „vernünftig“ und somit – nach Haering – als begreifbar vorstellt, knüpft der Tübinger Philosoph in der frühen Republik mit dem Hinweis auf A-Teleologisches, Irrationales, Unbegreifbares, Zufälliges im historischen Verlauf an Schopenhauer, aber auch an Nietzsche an, wandelt trotz eines teleologischen Idealismus auf nihilistischen (Umwertung der Werte) und lebensphilosophischen (Erleben, Verstehen, „Willenspotenz“, Intuition, Mystik) Pfaden.<sup>987</sup> Das sinnlos Gewordene, die vernunftfreie Geschichte darf Haering zufolge nicht in den Pessimismus führen (wie er Spengler vorwirft), er füllt die „normative Lücke“<sup>988</sup> mit den Werten und dem „Willen zur Tat“ von Einzelnen, den die „vielen Willen“ Untergeordneter sich anschließen sollen. Weltgeschichte wird für den Tübinger Philosophen zum in die Tat umgesetzten Willen der „Großen“, der „Führer“. Der von ihnen zum Wert erhobene Wille wird zum Sinn des Lebens auch für die „Geführten“ umfunktioniert, wodurch Geschichte wieder eine Richtung erhält und „verstehbar“ wird. „Sinn“ und „Wertsetzung“ gehören bei Haering zusammen. Naturrechtlich begründete Werte gibt es nicht.<sup>989</sup> Haering lässt nur einen obersten Wert gelten, dem sich alle anderen unterzuordnen haben. Sie sind dann jedoch zeitlich relativ, nur in ihrer Epoche gültig, auch künftig jeweils vom Werte setzenden Subjekt (in diesem Fall die „Leiter der Völkergeschichte“, „Führer“) abhängig. Sittlichkeit, Moral, unveräußerliche Menschenrechte spielen in Haerings Werte-Philosophie keine Rolle.

Grundlage seiner Geschichts- und Staatsphilosophie wird im Laufe der Weimarer Republik die Teleologie und der Machtstaatsgedanke He-

---

<sup>985</sup> Der Philosoph wehrt sich im Übrigen gegen die Gefahren des „Historismus“ und „Relativismus“. „Werterelativität“ könne aus seiner Einstellung nicht folgen, ebenso wenig wie ein anderer Wertestandpunkt. Tatsachen über ein Sollen und über normative Werte können „überhaupt niemals“ etwas aussagen, es sei denn, dass zu anderen Zeiten andere Werte galten, was jedoch kein Wertbeweis sei. Vgl. Haering 1925a, 142.

<sup>986</sup> Vgl. Schnädelbach 1983, 55.

<sup>987</sup> Von Anfang an, so Horkheimer, habe die Lebensphilosophie erklärt, alle großen menschlichen Fragen entzögen sich dem Denken, würden durch den Verstand „nur heillos“ entstellt. Im Grunde werde durch die Entwertung des begrifflichen Denkens und die bloße Hingabe an das Erlebnis ein „erkenntnisfeindlicher“ Standpunkt eingenommen. Weniger Bergson, Simmel oder Dilthey, sondern insbesondere „Dilettanten“ hätten das Denken als „Werkzeug“ der Zerstörung“ ausgegeben. Vgl. Horkheimer 1934, 9ff.

<sup>988</sup> Schnädelbach 1983, 57.

<sup>989</sup> Vgl. zur Wertediskussion, zum Verhältnis von Sein und Sollen, Sein und Gelten sowie zu den unterschiedlichen Wertephilosophien von Lotze, Windelband, Rickert, Scheler und Hartmann: Schnädelbach 1983, 197ff.

gels.<sup>990</sup> Hatten seine teleologischen Endzeiterwartungen nach dem Ersten Weltkrieg stark theologischen Charakter, verknüpft mit eschatologischen Heilsvorstellungen, werden sie in den späten 1920er Jahren zunehmend diesseitiger. Die Gemeinsamkeiten zwischen Haering und Hegel liegen offen: Da ist etwa der starke Staat, der Machtstaat, der die allumfassende Gewalt über die Individuen hat. Der Staat als „das an und für sich Vernünftige“, „absolut unbewegter Selbstzweck“<sup>991</sup>, „göttlicher Wille als gegenwärtiger, sich zur wirklichen Gestalt und Organisation einer Welt entfaltender Geist.“<sup>992</sup> Wie Haering lehnt Hegel die Demokratie<sup>993</sup> und die Gewaltenteilung ab<sup>994</sup>, sieht die alleinige Handlungsvollmacht nur „in der entschiedenen Einheit eines Anführers“<sup>995</sup>, der „welthistorische“ Handlungen vollbringt<sup>996</sup>, konstruiert eine organisch gegliederte Gesellschaft mit den Ständen als vermittelndes Organ<sup>997</sup>, schätzt im Übrigen die geistigen Qualitäten des Volkes gering.<sup>998</sup> Die höchste Pflicht der Einzelnen ist lediglich, „Mitglieder des Staates zu sein.“<sup>999</sup>

Im Unterschied zu Haering aber fordert Hegel die konstitutionelle Erbmonarchie<sup>1000</sup>, lässt den Individuen innerhalb der „bürgerlichen Gesellschaft“ Freiraum für die Entwicklung einer liberalen Wirtschaft („Kampfplatz der individuellen Privatinteressen“<sup>1001</sup>). Bei Haering kommt nicht die göttliche, absolute Vernunft zu sich selbst, der Tübinger Philosoph weist die letzte Wertsetzung dem indeterministischen „freien Willen“ von „Auserwählten“ zu. Das völkische Motiv Hegels, das „nordische Prinzip der germanischen Völker“, das dazu bestimmt ist, die weitere Weltgeschichte zu bestimmen, das „germanische Reich“ zu begründen und eine objektiv möglich gewordene „wahrhafte Versöhnung“ herbeizuführen<sup>1002</sup>, kommt bei Haering ebenfalls (noch) nicht stark zur Geltung.

---

<sup>990</sup> Haering treibt seine Hegelforschung bis zur Auflistung eines Stammbaums. Er reimt ein paar Verse auf Vorfahren Hegels, unter denen er auch die Pfarrfrauen „Katharina Hegel, verh. Gmelin“ und „Christine Gmelin, verh. Schelling“ findet. Siehe UBT, Md 1006/17.

<sup>991</sup> Hegel, RPh, § 258.

<sup>992</sup> Hegel, RPh, § 270.

<sup>993</sup> Hegel, RPh, § 279. Das Volk ist „eine formlose Masse“, die „Volks-Souveränität gehört Hegel zufolge „zu den verworrenen Gedanken, denen die wüste Vorstellung des Volkes zugrunde liegt“.

<sup>994</sup> Hegel, RPh, § 272.

<sup>995</sup> Hegel, RPh, § 279.

<sup>996</sup> Hegel, RPh, § 348.

<sup>997</sup> Hegel, RPh, § 302.

<sup>998</sup> Hegel, RPh, § 301. Das Volk ist demnach der Teil, der nicht weiß, was er will.

<sup>999</sup> Hegel, RPh, § 258. Hegel zeigt auch Toleranz in religiösen Fragen, auch den Juden gegenüber. Vgl. RPh, § 270.

<sup>1000</sup> Hegel, RPh, § 279; § 280.

<sup>1001</sup> Hegel, RPh, § 289. Der moderne Industriestaat mit den Privatinteressen der Individuen, dem „Atomismus“ und der arbeitsteiligen Gesellschaft wird von Haering bekämpft.

<sup>1002</sup> Hegel, RPh, §358ff.

„Die Masse“ besitzt beim Tübinger Philosophen – wenn überhaupt – nur ein einziges Mal einen „freien Willen“, nämlich dann, wenn sie sich freiwillig ein- und unterordnet. Danach ist es für sie mit dem „freien Willen“ vorbei. Die autonome Persönlichkeit wird der (letztendlich willenlosen) „Gefolgschaft“ geopfert. Der Mensch, von Kant auch als Zweck bestimmt, wird bei Haering nur noch Mittel. Folgerichtig haben die Einzelnen der „Masse“ keine Individualität, sie kommt nur denjenigen zu, die sich durch Besonderheit, Einzigartigkeit, durch „die Tat“ abheben. Der „freie Wille“ wird allein den „Großen“, „Formenden“ vorbehalten, den Individualitäten, die ohne jegliche Gewaltenteilung autoritär regieren und letztlich auch niemandem verantwortlich sind.

Der Philosoph legt bereits mit seinem zeitkritischen Werk (1919) und den beiden darauffolgenden geschichtsphilosophischen Werken einen ausgesprochen politischen Gegenentwurf zur bestehenden Weimarer Republik vor: Weder Legislative noch Exekutive oder Judikative sind vorgesehen, eine Gewaltenteilung nach demokratischem Muster gibt es nicht. Er konzipiert einen Macht- und vormodernen Ständestaat, in dem die Bürger jenen Platz in einem „organischen Staat“ einnehmen, der ihnen zugewiesen wird. Eine Verfassung, politische Rechte oder Grundfreiheiten fehlen in Haerings politischem Konzept. Er ist anti-egalitär, anti-demokratisch und zeigt sich in seinen wissenschaftlichen Arbeiten als Gegner der Republik. Sein aus dem Germanischen entlehntes „Führer-Gefolgschafts-Konzept“ integriert er in seine deutsch-nationale Gesinnung des Geistes.

Haerings Wandel wird auch in dessen Einstellung zur wissenschaftlichen Objektivität deutlich. Sie verneint der Philosoph zwar von Anfang an und macht in den als objektiv herausgestellten Erkenntnissen stets auch vom Menschen mitgelieferte individuelle Erlebnisse und Einstellungen aus. Doch der in der Antrittsvorlesung 1913 vertretene politisch noch neutrale Anthropomorphismus verschiebt sich am Ende der Republik zur politisch bestimmten „Weltanschauung“, die zugleich einer Wertanschauung entspricht.

Antisemitismus findet sich bei Haering in der Weimarer Republik nicht.<sup>1003</sup> Der Gebrauch der Topoi vom „ewigen Juden“ (1910) und der

---

<sup>1003</sup> In Haerings Seminaren saß neben dem einen und anderen Studenten jüdischen Glaubens (viele gab es ja in Tübingen nicht) auch der promovierte Rechtsphilosoph und Privatgelehrte Albert Pagel (1885 – Auschwitz). Er kam im August 1927 nach Tübingen, übermittelte Haering zum Weihnachtsfest 1928 „die herzlichsten Wünsche“ und bedankte sich „für die mannigfache Anregung“ in philosophischer Hinsicht. Pagel kam vom Neukantianismus Nelson'scher Prägung her und hatte in einem seiner früheren Werke einen psychologischen und positivistischen Standpunkt vertre-

„jüdischen Hast“ (1932) in seinen unveröffentlichten Skizzen begründen keinen Antisemitismus, wohl aber antisemitische Ressentiments, die er öffentlich jedoch nicht vertreten hat. Er weist hin und wieder auf die Überschätzung der physiologischen Rassenunterschiede hin und würdigt Einsteins physikalische Entdeckung. Völkische Motive klingen zwar an (der „deutsche Staatsgedanke“<sup>1004</sup>, „der schwäbisch-problematische Hegel, im Gegensatz zu dem späteren, mehr nordisch-apodiktischeren“<sup>1005</sup>), sie sind jedoch (noch) marginal. Der herausgehobene Charakter „des Geistes“ schützt ihn (noch) vor betont völkischen oder biologistischen Einstellungen.

Doch ist bei dem Tübinger Philosophen bis 1933 eine „Radikalisierung“ bei den Mitteln zur Umsetzung der von den „Führern“ geschauten Ziele festzustellen. Schloss Haering noch 1919 einen „physischen Zwang“ aus, um „die Masse“ einer idealistischen Weltanschauung näher zu bringen, wurde bereits 1925 „Gewalt“ durchaus ein Mittel für sie, um die „reale Einheit“ des (im Kaiserreich und in der Weimarer Republik zersplitterten und zerstrittenen) Volkes herzustellen. Radikal und in Ansätzen revolutionär wird Haering in seinem Aufsatz für die höheren Beamten. Da wird auch „das gewalttätigste Mittel“ zur Option, einen neuen Staat herbeizuführen. Seine „Führerpersönlichkeiten“ entwickeln sich bis zum Ende der Republik vom im Stile einer Gouvernante handelnden Erzieher zu einem Despoten. Selbst unter Missachtung bestehenden Rechts müsse der Machtstaat begründet werden. Der Mitte der 1920er Jahre noch deutsch-nationale Hegel-Interpret Haering radikalisiert sich und wird am Ende der Republik in seinen (semi-)wissenschaftlichen Werken zum prä-nationalsozialistischen Deuter<sup>1006</sup>.

Politisch oszilliert Haering zwischen dem „Deutsch-Nationalismus“ und den „Konservativen Revolutionären“. Er steht am Ende der Wei-

---

ten – „ein formales Prinzip der Sittlichkeit und des Rechts“. Seit einigen Jahren aber sei er „fast ausschließlich um die logisch-erkenntniskritische und philosophische Seite des Gegenstandes“ bemüht. Sein Vortrag „Phänomenologie des Rechts“ werde daher einen anderen Charakter tragen. Brief Albert Pagel an Theodor Haering vom 23. Dezember 1928, in: UBT, Md 1014/392. Pagel wurde mit seiner Schwester Charlotte am 20. August 1942 nach unbekannt abgemeldet, zunächst nach Theresienstadt, am 23. Januar 1943 nach Auschwitz deportiert, von wo beide nicht mehr zurückkehrten. Vgl. Zapf 1978, 214ff.

<sup>1004</sup> Haering 1919, 101.

<sup>1005</sup> Haering 1932d, 21.

<sup>1006</sup> Auf den Zusammenhang zwischen einer rechtshegelianischen Machtstaatsdeutung und der nationalsozialistischen Staatstheorie haben verschiedene Autoren hingewiesen, so etwa Cassirer, 1949 (Nachdruck 2002); Lukács 1954; Topitsch 1966, 1981; Lübke 1970; Kiesewetter 1995. Als ursächlich für Haerings autoritäre Staatsauffassung sieht der Verfasser dieser Arbeit Hegel jedoch nicht. Sie war im jungen Haering bereits angelegt und suchte sich erst später die argumentative philosophische Bestätigung. Eine „Alleinschuld“ Hegels an der Entwicklung zum NS-Staat würde die Adepten auch unnötigerweise von ihrem Tun und ihrer Mitwirkung entlasten.

marer Republik im Schatten der „Konservativen Revolution“. Bei ihm ist das „revolutionäre Moment“ nicht so stark ausgeprägt wie etwa beim Juni-Klub-Begründer Arthur Moeller van den Bruck (1876 – 1925) oder bei Edgar Jung (1894 – 1934). Doch mit van den Bruck, Jung, Spengler, Spann und Freyer teilt Haering Gemeinsamkeiten. Die Wiedererrichtung des Kaiserreichs stand nicht im Vordergrund, wie etwa bei den Vertretern des „alten“ Deutsch-Nationalismus. Aber er strebt einen autoritären Machtstaat an. Eine Überwindung der Demokratie sollte in eine die Klassen negierenden ständisch geordneten „Volksgemeinschaft“ übergehen. Das von Sontheimer herausgearbeitete neue Lebensgefühl des neuen Menschen weiß sich den alten Werten durch Wiederanknüpfung verpflichtet und propagiert eine innere Wertigkeit anstatt der Gleichheit, es fordert den gerechten Einbau in die organisch gestufte Gesellschaft.<sup>1007</sup> Eine Portion Irrationalismus und Mystizismus ist den „Konservativen Revolutionären“ eigen. Der moderne Industriestaat mit seinen individualistischen Auswüchsen musste ihnen zufolge bekämpft werden, der alte Deutsch-Nationalismus sollte in neuer Form wieder aufblühen – sei es auch durch Zerstörung oder durch eine Revolution.

Die Hinwendung zur „Deutschen Philosophischen Gesellschaft“, die Mitarbeit im Internationalen Hegelbund sind ebenfalls äußerer Ausdruck der inneren Radikalisierung Haerings. Mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln will er seine reaktionären politischen und kulturellen Vorstellungen eines „lebendigen Staates“ und einer „deutschen Kultur“ schließlich im Rosenberg’schen „Kampfbund“ durchsetzen. Der Tübinger Philosoph war nicht nur passiver Gegner der Republik, er war auch aktiv an ihrer Zerstörung beteiligt.

## **D. Max Wundt: Kampf gegen den „undeutschen Staat“**

### **1. Der umtriebige „Hakenkreuzprofessor“**

Ein knappes Jahr nach dem Tod von Erich Adickes reichte Karl Groos sein Emeritierungsgesuch zum Ende des Sommersemesters 1929 ein. Am 17. Mai trat die Philosophische Fakultät zusammen. Statt eines Psychologen und Ästhetikers wolle man die durch Groos unterbrochene Tradition wieder aufnehmen und „in erster Linie“<sup>1008</sup> Vertreter der historischen und systematischen Philosophie gewinnen (obwohl mit

---

<sup>1007</sup> Vgl. Sontheimer 1994, 118ff.

<sup>1008</sup> UAT 205/68 (Wiederbesetzung des Ordinariats Karl Groos).

Haering ein Jahr zuvor bereits einer verpflichtet worden war). Unter dem Nachwuchs sei kein erreichbarer oder erwünschter Kandidat vorhanden, der qualitativ den auf der Liste stehenden entspreche. Die Psychologie sei mit Oswald Kroh (1887 – 1955) und Oesterreich<sup>1009</sup> ausreichend vertreten. Auch sei Groos bereit, trotz seiner Emeritierung künftig Vorlesungen zu halten. So kam die Fakultät auf dieselben Namen wie ein Jahr zuvor, mit Ausnahme Rothackers und natürlich Haerings, der versorgt war. Rothacker war jedoch erst kürzlich nach Bonn berufen worden. Es blieben also Max Wundt<sup>1010</sup> und Heinz Heimsoeth übrig, hinzu kam Nicolai Hartmann, den man diesmal für Tübingen zu gewinnen hoffte, da er „nach eigenen Äußerungen“<sup>1011</sup> den Ruf wohl annehmen werde. Dessen überragende wissenschaftliche und – nach überwiegenden Urteilen – pädagogische Bedeutung werde von keiner Seite bestritten. Da auch die beiden Fachordinarien (also Groos und Haering) „dieser heute fast unbestrittenen ersten deutschen philosophischen Kraft“<sup>1012</sup> uneingeschränkt Anerkennung zollten, setzte die Fakultät Hartmann an die erste, Wundt an die zweite und Heim-

---

<sup>1009</sup> Der außerordentliche Professor Traugott Konstantin Oesterreich war bei den Kollegen nicht sonderlich beliebt. Hinzu kam noch, dass er von Ende 1927 bis zum Mai 1928 erhebliche Differenzen mit dem Kleinen Senat auszutragen hatte. Oesterreich hatte eine „Drittmitteloffensive“ bei Firmen gestartet, um seinen „Psychologischen Lehrapparat“ aufzubauen. Das billigte der Kleine Senat nicht und verpflichtete den Philosophen und Psychologen, die beschafften Werkzeuge und Geräte (gegen Bezahlung) an andere Institute der Universität abzugeben. Oesterreich mochte kaum Chancen auf eine Tübinger Hausberufung haben.

<sup>1010</sup> Max Wilhelm August Wundt, Sohn des Psychologen und Philosophen Wilhelm Wundt (1832 – 1920), wurde am 29. Januar 1879 in Leipzig geboren. Er besuchte das dortige Nicolai-Gymnasium und wollte ursprünglich Deutsche Philologie studieren. In Leipzig, Freiburg, Berlin, wieder Leipzig studierte er dann Philosophie und Klassische Philologie, saß oft bei seinem Vater in den Seminaren. 1904 wurde Max Wundt in Leipzig mit einer Arbeit über Herodot promoviert („De Herodoti elocutione cum sophistarum comparata“). Vom 1. Oktober 1905 bis zum 30. September 1906 war er im Probejahr als Lehrer an einem Gymnasium in Dresden-Neustadt. Wundt habilitierte sich 1907 in Straßburg bei Theobald Ziegler und Clemens Baeumker über den „Intellektualismus in der griechischen Ethik“ und war dort Privatdozent. Ende August 1914 wurde er eingezogen, stand von Januar 1915 bis September 1918 an der Front (Auszeichnungen: EK I, EK II, Albrechtsorden). Wundt war damit am Tübinger Philosophischen Seminar der einzige Teilnehmer des Ersten Weltkrieges. Von Ende September bis Dezember 1918 lehrte er einige Monate Philosophie an der wiedereröffneten Universität Dorpat, erhielt zum Sommersemester 1919 in Marburg ein Extraordinariat und wechselte zum 1. April 1920 als Nachfolger des lebensphilosophisch beeinflussten Neuidealisten Rudolf Eucken an die Universität Jena. Bruno Bauch, sein Kollege in der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, soll der Initiator, zumindest der Förderer gewesen sein. 1910 heiratete Wundt die 1885 geborene Alexandrine Benedicka Claudine Senta Freiin Sartorius von Waltershausen, Tochter des Göttinger Philosophieprivatdozenten Johann Georg August Freiherr von Waltershausen und dessen Ehefrau Charlotte Marie Julie Freifrau Sartorius von Waltershausen (UAT 126a/539, Personalakte Max Wundt; UAT 228/1; UAT 228/2; Tilitzki 2002, 124f.). Senta und Max Wundt hatten vier Kinder: August (1914), Hermann (1915), Wilhelm (1919) und Reinhard (1922). Der Vater Wilhelm Wundt gehörte der reformierten Kirche an, einer auf Zwingli und Calvin sich berufenden protestantischen Konfession, die eher durch Schlichtheit, Sparsamkeit sowie strenge Moralvorstellungen und Kirchengerechtigkeit gekennzeichnet war. Die Mutter war lutherisch.

<sup>1011</sup> UAT 205/68 (Wiederbesetzung des Ordinariats von Karl Groos).

<sup>1012</sup> UAT 205/68. (Wiederbesetzung des Ordinariats von Karl Groos).

soeth an die dritte Stelle. Wundt und Heimsoeth seien jedoch „in jeder Beziehung Kräfte ersten Ranges“<sup>1013</sup>. Willy Moog, einstiger Schüler von Groos, und Helmuth Plessner (1892 – 1985) kamen auf die weiteren Plätze, hatten jedoch keine Chance. Zwar sei Wundt überwiegend Historiker, dessen Schriften „als nicht ganz gleichmäßig bezeichnet“ wurden, doch er habe auch Beiträge zur systematischen Philosophie geleistet, so besonders die „Staatsphilosophie“ (1923). Wie Heimsoeth betone auch Wundt die metaphysischen Voraussetzungen Kants und lege ebenfalls Wert darauf, die mit Meister Eckehart einsetzende, über Paracelsus, Böhme, Leibniz und Kant bis zu Hegel führende Art des Philosophierens herauszuarbeiten, die „als die eigentlich deutsche Form der Weltanschauung bezeichnet werden“<sup>1014</sup> könne. Das war wortgleich dieselbe Begründung wie ein Jahr zuvor bei der Nachfolge-regelung des verstorbenen Adickes.<sup>1015</sup>

Der Große Senat schloss sich dem Votum der Fakultät an, bemerkte jedoch, dass die „mehr populär gehaltenen Schriften“ (Griechische Weltanschauung, 1917; Die deutsche Philosophie und ihr Schicksal, 1920; Staatsphilosophie, Ein Buch für Deutsche, 1923; Was heißt völkisch?, 1924; Die Treue als Kern deutscher Weltanschauung, 1924; Die Ehre als Quelle sittlichen Lebens in Volk und Staat, 1927) Wundt als gewandten Schriftsteller zeigten, für die sachliche Beurteilung „aber wohl“ ausschieden. Wundts wissenschaftliche Arbeiten (Die Geschichte der griechischen Ethik, zwei Fichte-Bücher und insbesondere das Kantbuch) überträfen dessen populäre Schriften bei Weitem.

Acht Ordinarien, darunter der Historiker Adalbert Wahl (1871 – 1957), der Pädagoge Oswald Kroh (1887 – 1955) sowie die evangelischen Theologen Gerhard Kittel (1888 – 1948), Karl Fezer (1891 – 1960) und Paul Volz (1871 – 1941) mochten sich mit dieser Reihenfolge nicht abfinden. Sie erstellten am 8. Juni 1929 einen „Sonderbericht“. Die persönlichen Bedenken gegenüber Hartmann seien nicht beseitigt: Da in Tübingen die „erdrückende Mehrzahl“ der philosophischen Hörer nicht-fachphilosophische Studenten seien, bestünden begründete Zweifel, ob Hartmann der geeignete Lehrer sei. Denn dessen Anforderungen seien „enorm“. Wundt hingegen sei einem der Unterzeichner<sup>1016</sup> „genau bekannt als besonders starke Persönlichkeit von echt

---

<sup>1013</sup> UAT 205/68. (Wiederbesetzung des Ordinariats von Karl Groos).

<sup>1014</sup> UAT 205/68. (Wiederbesetzung des Ordinariats von Karl Groos).

<sup>1015</sup> Vgl. UAT 205/66. (Wiederbesetzung des Ordinariats von Erich Adickes).

<sup>1016</sup> Das muss der deutsch-national gesinnte Historiker Adalbert Wahl gewesen sein. Er hat Wundt an der 1918 wiedereröffneten Universität Dorpat kennengelernt. Wundt war mit Wahl befreundet, wie aus den Kriegserinnerungen von Wundt hervorgeht. Wahl sei im Ersten Weltkrieg Hauptmann gewesen und habe einen großen Teil des Krieges an der Front gestanden. Mit Wahl habe sich Wundt „in politischen Dingen besonders gut“ verstanden. Vgl. UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 214). Wahl gehörte mit Wundt auch zu den Mitstreitern in der

philosophischem Ethos.<sup>1017</sup> Darüber hinaus sei er ein „äußerst wirkungsvoller Redner und Dozent“. Die Acht setzten Wundt an die erste, Heimsoeth an die zweite Stelle. Nachdem Hartmann abgesagt hatte<sup>1018</sup>, berief das Kultministerium Wundt zum 1. Oktober 1929 als Ordinarius nach Tübingen, er erhielt einmalig noch 5000 Reichsmark „für die Ergänzung der Seminarbibliothek“<sup>1019</sup> vom Kultministerium.<sup>1020</sup> Damit waren die beiden philosophischen Ordinariate bereits am Ende der 1920er Jahre in deutsch-nationaler (Haering) und in deutsch-völkischer (Wundt) Hand. Zur Berufung Wundts stellte denn auch die sozialdemokratische Zeitung „Schwäbische Tagwacht“ fest, dass Tübingens Universität nun auf dem besten Wege sei, zur Hochburg der Reaktion in Deutschland zu werden: „Vom Österberg bis zum Bismarckturm flattern die Fahnen der Reaktion. Und unten in der Universität werden republikanische Professoren hinausgeekelt und ihre Stühle mit Hakenkreuzprofessoren besetzt. Es gibt in ganz Deutschland keine Universität mehr, die so geeignet wäre, zur Hochburg der nationalsozialistischen Studentenbewegung werden zu können, wie gerade Tübingen.“<sup>1021</sup>

Der Tübinger Philosophischen Fakultät konnte die immense gegen die Republik gerichtete, deutschnationale, völkische und antisemitische publizistische Tätigkeit Wundts<sup>1022</sup> nicht verborgen geblieben sein. Mit ihm hatte sie eine der zentralen Gestalten der extrem antidemokrati-

---

„Gesellschaft Deutscher Staat“, einer Plattform der DNVP für Hochschullehrer (Brief Adolf Suhr an die Universität Tübingen vom 15. Juli 1964, in: UAT 126a/539, Personalakte Max Wundt; Tilitzki, 2002, 284). Kultminister war zu dieser Zeit in Württemberg der DNVP-Politiker Wilhelm Bazille. Die Berufung eines „geistesverwandten“ Philosophen dürfte in dessen Interesse gestanden haben.

<sup>1017</sup> UAT 205/68.

<sup>1018</sup> Tilitzki 2002, 284.

<sup>1019</sup> Schreiben Württembergisches Kultministerium an Akademisches Rektorat vom 4. September 1929, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).

<sup>1020</sup> Wundt nahm den Ruf nach neunjähriger Tätigkeit in Jena an. Etwas verwunderlich, denn er hatte eine Geschichte der Jenaer Philosophie begonnen, die er erst 1932 abschloss. Dahms ist überzeugt, dass Wundts Berufung nach Tübingen in Jena für Überraschung gesorgt habe. Doch offenbar hätten seine Bleibeverhandlungen in Jena nicht zu zufriedenstellenden Ergebnissen für ihn geführt. Vgl. Dahms 2003, 741.

<sup>1021</sup> Schwäbische Tagwacht vom 15. Juli 1929: „Von der Landesuniversität“, zitiert nach Schönhagen 1991, 33f.

<sup>1022</sup> Auf die „zahlreichen vor 1933 liegenden Veröffentlichungen“ weist auch Tübingens Rektor Friedrich Focke 1935 hin. Wundt zeige sich da als „Mann, der dem völkischen Charakter der deutschen Philosophie ein besonderes, um nicht zu sagen, einzigartiges Verständnis“ entgegengebracht habe. Ihm schwebte eine „völkische Philosophiegeschichte“ vor. Focke unterstützte in dem Schreiben vom 24. Dezember 1935 einen Antrag Wundts beim Württembergischen Kultministerium um Erteilung von Forschungsgeldern für ein Werk über die deutsche Philosophie. Siehe UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt). Auch der Jurist Georg Eisser würdigte Wundt 1939 anlässlich des 60. Geburtstags als einen bedeutenden Gelehrten. Er habe „seinem Volke mit seiner Arbeit als einer der Wegbereiter zu dem Neuen gedient [...], zu dem es heute [also 1939] in gewaltigem Ringen voranschreitet.“ Außerdem habe er „die Gefahren des jüdischen Einflusses“ früh erkannt. Pressestelle der Universität zum 60. Geburtstag von Max Wundt am 27. Januar 1939, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).



schen und antisemitischen Philosophen sowie einen Fürsprecher des autoritären Machtstaats nach Tübingen verpflichtet<sup>1023</sup>, ein Anzeichen dafür, dass die Universität Ende der 1920er Jahre weit nach rechts gerückt war. Berücksichtigt man die politische Entwicklung in Tübingen seit Mitte der 1920er Jahre, wird die Berufung Wundts inhaltlich nachvollziehbar. Da waren weniger wissenschaftliche Gründe ausschlaggebend<sup>1024</sup> als vielmehr politische. Wundt hatte bis zu seiner Verpflichtung nach Tübingen von Jena aus in demokratiefeindlichen Organisationen mitgewirkt und auf den Sturz der Weimarer Republik hingearbeitet.<sup>1025</sup>

Der NSDAP hat Wundt nicht angehört<sup>1026</sup>, ob er von Anfang an in der DNVP war<sup>1027</sup> und sich dort für den völkischen Flügel engagiert hat,

---

<sup>1023</sup> Tilitzki ist der Ansicht, Wundt sei kein „Nationalsozialist“ gewesen, da Wundt mit seinem „Antijudaismus“ nur ein Moment einer „NS-Philosophie“ aufweise (Tilitzki 2002, 30). Dabei übersieht Tilitzki, dass Wundt seinen „Antijudaismus“ nicht nur rein kulturhistorisch zu begründen vermag, wie er behauptet. Auch ein „Antijudaismus“ kann ein Antisemitismus sein. Wundt hat überdies völkische Positionen, einen Deutschnationalismus und den autoritären Machtstaat vertreten. Dennoch ordnet Tilitzki Wundt in die Gruppe der deutschnationalen und völkischen Rechten ein, weist ihn richtigerweise mit Schwarz, Bauch, Krueger, Schmidt und Scholz dem „harten Kern“ zu und hebt dessen deutschnationale und antisemitische Einstellungen hervor, die Kritik an der autoritären Staatskonstruktion Wundts bleibt merkwürdig blass. Im Übrigen wussten die Nationalsozialisten selbst nicht, was eine nationalsozialistische Philosophie ist. Eine für alle einheitliche Definition haben sie nicht vorgelegt, es gab mehrere konkurrierende Programme der NS-Philosophen.

<sup>1024</sup> Obwohl Wundt bis 1916 vier wissenschaftliche Werke herausgegeben hat, erwähnt ihn Oesterreich in seinem „Ueberweg“ von 1916 mit keinem Wort. In der vielfach gerühmten Neubearbeitung von 1923 schreibt Oesterreich gerade mal zwei Sätze zu Max Wundt: Er ordnet ihn der Kategorie „des erneuten deutschen Idealismus“ zu und gibt einige Werke an. Vgl. Oesterreich 1923, 567. Wundts Arbeiten bieten laut Tilitzki kaum eigenständige neue Forschungsergebnisse über die antike Philosophie. Philosophiegeschichte werde bei ihm zum Vehikel einer Zeit- und Kulturkritik, die sich in einigen Punkten mit der Kritik des Neuidealisten Rudolf Eucken berühre. Vgl. Tilitzki 2002, 125.

<sup>1025</sup> Im Philosophischen Seminar in Jena hatte es weder „Nicht-Arier“ noch „politisch Unzuverlässige“ gegeben, es war bereits vor Gründung der NSDAP die „Hochburg einer deutschnationalen Philosophie mit großen inhaltlichen Berührungsfeldern mit dem späteren Nationalsozialismus“. Dahms 2003, 724.

<sup>1026</sup> UAT 228/1 (Nachlass Max Wundt, hier: Fragebogen der französischen Militärregierung vom 26. Januar 1949). Auch der Jenaer Wundt-Freund Bruno Bauch war nie in einer Partei. Vgl. Dahms 2003, 729.

<sup>1027</sup> Dahms 2003, 731. Wundt hatte seit Beginn der Weimarer Republik eine große Abneigung gegen Parteien. Laut Fragebogen der Personalakte vom 2. Juli 1933 war Wundt in keiner Partei (UAT 126a/539, Personalakte Max Wundt). Der politisch kongeniale Vater Wilhelm Wundt hingegen wurde im nationalistischen, völkischen und antisemitischen Vorgänger der DNVP, der Deutschen Vaterlandspartei, „natürlich sofort“ Mitglied, wie er seinem Sohn Max Wundt in einem Brief berichtete. Die Aufforderung, einem deutsch-polnischen Verein beizutreten, dem auch der Historiker und liberale Politiker Hans Delbrück (1848 – 1929) und der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger (1875 – 1921) angehörten, habe er „mit Entrüstung zurückgewiesen“. Siehe Brief von Wilhelm Wundt an Max Wundt vom 26. Oktober 1917, in: UAT 228/17 (Nachlass Max Wundt). Nicht ganz einverstanden war Wilhelm Wundt mit dem Wahlprogramm der DNVP. Er hat die Partei dennoch bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 19. Januar 1919 gewählt. „Ultramontan“ (also das katholische Zentrum) und sozialdemokratisch „konnten wir nicht wählen“,

ist eher zweifelhaft. Die Weimarer Republik hat er jedoch seit Anbeginn mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Kaum überschaubar war laut Tilitzki die publizistische Tätigkeit Wundts schon in Marburg, besonders aber in dessen Jenaer Zeit. Er veröffentlichte in der Weimarer Republik Artikel in den anti-demokratischen Blättern „Deutschlands Erneuerung“<sup>1028</sup>, der „Kreuzzeitung“<sup>1029</sup>, der Zeitung „Der Tag“, in der „Sonne“<sup>1030</sup>, dem „Türmer“, im „Völkischen Beobachter“ und im „Deutschen Adelsblatt“<sup>1031</sup> – Zeitungen, die zwischen dem deutschnationalen und dem völkischen Spektrum angesiedelt waren. Wundt ließ sich als Dozent für Schulungswochen beim völkischen und antisemitischen Deutschen Hochschulring (DHR)<sup>1032</sup> verpflichten<sup>1033</sup>, sprach beim „Verband deutscher Akademiker“<sup>1034</sup> und

---

auch gefielen dem Vater „die hiesigen Persönlichkeiten der Demokratischen Partei“ ebenso wenig wie deren Programm. Es sei doch eine „recht bunte Mischung aus Juden, Christen, ehemaligen Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung nebst charakterlosem Philistertum verschiedenster Färbung“ darunter. Vgl. Brief von Wilhelm Wundt an den Sohn Max Wundt vom 19. Januar 1919, in: UAT 228/17 (Nachlass Max Wundt).

<sup>1028</sup> Zu den Herausgebern der im völkisch-rassistischen Münchener Lehmanns-Verlag erschienen Monatszeitschrift zählten etwa der Nationalist und Antisemit Houston Stewart Chamberlain oder der auf einen starken Nationalstaat setzende Historiker Georg von Below. Auch Wundt war bis zum Ende der Weimarer Republik Mit-Herausgeber. Unter den Autoren von „Deutschlands Erneuerung“ waren auch der Eugeniker und „Rasseforscher“ Hans Friedrich Karl Günther sowie der rassistische und antisemitische Philosoph Hans Grunsky.

<sup>1029</sup> Das einstige seit 1848 aufgelegte Blatt der altpreußisch-protestantisch-konservativen Rechten des 19. Jahrhunderts wurde nach dem Ersten Weltkrieg eine „nationale, christlich-konservative Tageszeitung des Diplomaten, Aristokraten, Industriellen und Großgrundbesitzers“ (Treude 1975, 22), 1932 wurde die „Kreuzzeitung“ zu einem Organ des Stahlhelm. Vgl. Treude, 1975, 28f. Auflagenhöhe: Zwischen 3.000 und 7.000 (Treude 1975, 22). Die Kreuzzeitung stand der DNVP nahe, Kuno von Westarp (1864 – 1945) war Redakteur und Aktionär der Zeitung, DNVP-Mitbegründer und Reichstagsabgeordneter.

<sup>1030</sup> Das war eine Monatsschrift für „nordische Weltanschauung und Lebensgestaltung“.

<sup>1031</sup> Tilitzki 2002, 126, Anmerkung 320.

<sup>1032</sup> Der 1920 von 19 Hochschulrängen gegründete Deutsche Hochschulring (DHR) hatte seinen Vorläufer im 1919 in Berlin geschaffenen Hochschulring, der sich um die Fichte-Hochschulgemeinde gesammelt hatte und insbesondere Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ pries. Korporierte und Nichtkorporierte sollten „zu einem Block für deutsche Art und deutsches Wesen gegen die zerstörerischen Kräfte des Internationalismus jeder Färbung“ angesprochen werden. Der DHR verstand sich als der „bewusst einigende Zusammenschluss aller national und sozial denkenden deutschblütigen Jungakademiker mit dem Ziel, deutsche Art und deutsches Wesen neu zu erkennen und zu vertiefen. Er will deutsches Volkstum von allen fremdvölklichen Einflüssen befreien.“ Neben dem Vorstand (zwei bis drei Personen) agierte ein „Führerausschuss“ mit sechs bis zehn Personen. In der nationalpolitischen Erziehungsarbeit sah der DHR seine Hauptaufgabe, auf Schulungstagen wurden etwa die „Friedensdiktate“, die „Kriegsschuldflüge“, die abgetrennten Gebiete, das „Auslandsdeutschtum“, Wirtschafts- und soziale Fragen behandelt. „Ausgedehnte Grenzlandwanderungen“ wurden unternommen, auch der Wehrsport gehörte zur Schulung und wurde „nicht selten“ geübt. Der DHR knüpfte auch an die Arbeit des deutschen Schutzbundes an. Vgl. Gesamtverband Alter Landsmannschafter 1931, 138 – 140.

<sup>1033</sup> Als Dozenten engagiert wurden auch Boehm, Brunstäd, Spahn, Spann und Stapel. Vgl. Döring 1975, 66. Auch Arthur Moeller van den Bruck wird genannt (vgl. Gesamtverband Alter Landsmannschafter 1931, 140). Wundt teilte dem Akademischen Rektoramt am 21. Juni 1931 mit, dass er am Samstag, 27. Juni, auf der „Wehr-

gehörte zu den führenden Köpfen der deutschnationalen Hochschullehrervereinigung.<sup>1035</sup>

1917/1918 zählte Wundt zu den Mitbegründern der überwiegend von Deutsch-Nationalen und Völkischen Mitgliedern beherrschten Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPhG), die sich als Gegenpart, als „nationale Alternative“ zur universalistischen Kant-Gesellschaft verstand und den deutschen Idealismus mit „deutschem Geist“ wiederzubeleben versuchte (siehe Kapitel 4). Zahlreiche (personelle) Koppungen und Beziehungen gab es zu weiteren deutsch-nationalen und völkischen Organisationen, etwa zur Fichte-Gesellschaft, zur „Gesellschaft deutscher Staat“ (GDS)<sup>1036</sup> oder zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund. Wundt war 1920/21 an der Gründung der „Gesellschaft deutscher Staat“ in Würzburg beteiligt, von 1925 bis 1933 war er ihr Vorsitzender.<sup>1037</sup> Die GDS war das Pendant zur akademisch ausgerichteten Fichte-Gesellschaft und der DPhG, „offensichtlich ein Bindeglied zwischen dem akademischen Raum und einflussreichen Multiplikatoren aus der Wirtschaft und dem Militär.“<sup>1038</sup> Eine enge Zusammenarbeit gab es etwa mit dem antirepublikanischen, nationalis-

---

politischen Tagung“ der Deutschen Studentenschaft in Potsdam einen Vortrag halten solle. UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).

<sup>1034</sup> Der Verband deutscher Akademiker“ wurde 1923 zunächst als „Arbeitsgemeinschaft der völkischen Akademikerverbände des deutschen Sprachgebietes“ gegründet. Ihm gehörten etwa der DHR, der „Bund deutscher Hochschul学生 Rumäniens“ und der „Verband südoschwäbischer Hochschul学生“ an. Nach den „Potsdamer Grundsätzen“ von 1924 sollte kein Vertrag die Deutschen daran hindern, die „staatlichen Geschicke nach eigenem Willen zu gestalten“. Außerdem erstrebten sie die „Wehrhaftigkeit aller Deutschen“, die Erhaltung deutscher Kultur überall dort, „wo die deutsche Zunge erklingt“, den Gemeinschaftsgedanken als Grundlage aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit sowie „deutsche Führer für unser Volk“. Grundlage der deutschen „Erneuerungsbewegung“ war die „charaktervolle, christliche Persönlichkeit“. Auf dem ersten „Akademikertag“ in Potsdam wurde beschlossen, „auf alle Deutschen in allen Schichten und Ständen“ einzuwirken und die „Voraussetzungen zur Errichtung eines wahrhaft großdeutschen Volksstaats in Mitteleuropa zu schaffen“. Der dritte Akademikertag 1928 in Elberfeld hatte dieses Ziel bestätigt. Dort sprach auch Max Wundt zum Thema „Der freie deutsche Volksstaat“. Vgl. Gesamtverband Alter Landsmannschafter 1931, 144 – 146.

<sup>1035</sup> Döring 1975, 131, Anmerkung 22.

<sup>1036</sup> Auf einer Fest-Tagung des Alldeutschen Verbandes zum 25. Jahrestag der Übernahme durch Heinrich Claß am 26. Februar 1933 in Berlin war neben dem „Stahlhelm“, den „Vereinigten Vaterländischen Verbänden“, dem „Nationalverband deutscher Offiziere“, dem „Sudentendeutschen Heimatbund“, dem „Alldeutschen Turnverein“, dem „Deutschen Turnerbund“ und der „Deutschen Zeitung“ auch die „Gesellschaft deutscher Staat“ durch Prof. Max Kloß vertreten, Wundt war verhindert. Er übertrug Kloß, den Tagungsteilnehmern, insbesondere aber Heinrich Claß seine Wünsche zu überbringen.

<sup>1037</sup> Weitere Mitglieder waren etwa Paul Bang, Bruno Bauch, Georg von Below, Julius Binder, Max Hildebert Boehm, Alexander Graf von Brockdorf, Felix Krueger, Gustav Roethe, Hermann Schwarz, Paul Schultze-Naumburg, Martin Spahn, Othmar Spann und Otmar Freiherr von Verschuer. Sie waren alle durch Mehrfachmitgliedschaften in anderen Organisationen oder Parteien, insbesondere der DNVP, miteinander vernetzt. Vgl. Ulbricht 2004, 485, Anmerkung 1540; Dahms 2003, 731; Tilitzki nennt auch noch Johannes Hielscher. Vgl. Tilitzki 2002, 585.

<sup>1038</sup> Dahms 2003, 731.

tischen, völkischen, antisemitischen und rassistischen Alldeutschen Verband<sup>1039</sup> und mit der berufsständisch, volks- und werksgemeinschaftlichen Gruppe „Deutsche Industriellenvereinigung/Bund für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft“, in der etwa auch Paul Bang wirkte.<sup>1040</sup> Zusammen mit diesen Organisationen war die GDS Initiator einiger Veranstaltungen und Tagungen, die von 1930 an von der politischen Polizei beobachtet wurden.<sup>1041</sup> Wundt referierte etwa über „Die Ehre als sittliche Grundlage des Staats- und Volkslebens“, „Echter und unechter Volksstaat“, „Bildungsfreiheit und Staat“, „Wesen des Führertums“. Mit dabei waren auch die „Konservativen Revolutionäre“ Felix Krueger, Wilhelm Stapel (1882 – 1954), Othmar Spann, „Kampfbund“-Freund Paul Schultze-Naumburg und Adalbert Wahl.<sup>1042</sup> Ende der 1920er Jahre setzte Wundt seine Unterschrift unter den Gründungsauftrag der Sektion Universitäten und Hochschulen des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ (KfdK), am 8. Juli 1931 war er Mitbegründer der Tübinger Ortsgruppe im Haus der Sängerschaft Zöllern.<sup>1043</sup> In Theodor Haering hatte er einen Philosophenkollegen, der bereits lange Jahre Mitglied der Tübinger Museumsgesellschaft war, die Belegung der Säle war somit reine Formsache.<sup>1044</sup> So kam am 10. Februar 1932 NSDAP-Chefideologe Alfred Rosenberg (Hauptschriftleiter des NS-Blatts „Völkischer Beobachter“, Autor vom „Mythos des 20. Jahrhunderts“) ins Tübinger Museum, in der Tübinger Stiftskirche setzte sich einige Tage später der Kampfbund für die „Reinhaltung des deutschen Kulturlebens von Einflüssen zersetzender, bolschewistischer Art“<sup>1045</sup> ein und erklärte sich öffentlich gegen die atonale Musik. Die nächste große Debatte folgte nach dem Auftritt von Paul Schultze-Naumburg, der den Bamberger Reiter als Ideal deutscher Kunst be-

---

<sup>1039</sup> Hering attestiert dem Alldeutschen Verband eine große Bedeutung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Mit maximal 50.000 eigenen, dazu rund 150.000 korporativen Mitgliedern über andere Vereinigungen, habe er durch die hohe gesellschaftliche Stellung und die berufliche Wirksamkeit der Mitglieder als Multiplikatoren weit in die Weimarer Gesellschaft hineingewirkt. Als Scharnier zwischen dem Nationalismus im Kaiserreich, der völkischen Bewegung und den Nationalsozialisten habe er wesentlich zur Verbreitung und gesellschaftlichen Akzeptanz antisemitischer, rassistischer und völkisch-nationalistischer Anschauungen beigetragen. In den 1920er Jahren habe er die Nationalsozialisten auch finanziell unterstützt. Vgl. Hering 2003, 491. Die Staatsvorstellungen (Monarchie, Führertum), das Wahlrecht (etwa berufsständisches Parlament), die Ablehnung politischer Parteien (die allerdings nicht die Zusammenarbeit etwa mit der DNVP ausschloss), der Antimodernismus, das völkische Staatsverständnis und der Antisemitismus wiesen eine hohe Affinität mit den Vorstellungen Max Wundts auf.

<sup>1040</sup> Vgl. Hoßfeld, John, Stutz 2003, 102, Anmerkung 162.

<sup>1041</sup> Tilitzki 2002, 521.

<sup>1042</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 521f.

<sup>1043</sup> Tübinger Chronik, 10. Juli 1931; Ssymank 1939, 53.

<sup>1044</sup> Max Wundt wurde jedoch schon bald nach seinem Wechsel von Jena nach Tübingen Mitglied der Tübinger Museumsgesellschaft. Das Semester hatte kaum begonnen, schrieb er sich am 28. Oktober 1929 als Mitglied ein. Vgl. UAT 406/217, 68. (Aufnahmebuch der Tübinger Museumsgesellschaft).

<sup>1045</sup> Vgl. Schönhagen 1991, 80. Zur daran sich anschließenden Diskussion in den Leserbriefspalten der Tübinger Chronik siehe Schönhagen 1991, 81.

zeichnete, die moderne Kunst hingegen als „Afterkunst“ charakterisierte, die an der „planmäßigen Entsittlichung des Volkes, ja der gemeinsten Gotteslästerung“ beteiligt sei und „mit fernstehenden Rassen“ fast pervers liebäugle.<sup>1046</sup> Unterstützt wurde der Kampfbund in Tübingen vom Nationalsozialistischen Studentenbund, die Studentenschaft trat Mitte 1932 korporativ dem Kampfbund bei.<sup>1047</sup>

Ende der 1920er Jahre wurden auch die Verbindungen zwischen der DPhG und dem Spann-Kreis intensiver. Spann wurde Mitherausgeber der DPhG. Zusammen mit ihm, Hermann Schwarz, Martin Spahn, Julius Binder, DNVP-Mann Paul Bang (1879 – 1945) gab Wundt von 1927 bis 1929 die Zeitschrift „Nationalwirtschaft. Blätter für organischen Wirtschaftsaufbau“ heraus.<sup>1048</sup> Wundt wurde auch Autor im „Völkischen Beobachter“, stritt sich 1927 mit Rosenberg und suchte 1931, Hegel zum 100. Todestag am 14. November 1931 als „einen wahrhaft völkischen Denker“<sup>1049</sup> zu erweisen. Sein Name taucht ebenfalls unter einer Dankesadresse auf. Zusammen mit Hitler, Alfred Hugenberg (1865 – 1951), von Westarp, Mitgliedern der DNVP und des Stahlhelms übermittelte Wundt den Dank des „Reichsausschusses für das Volksbegehren gegen den Young-Plan“ am 10. November 1929. Über vier Millionen „aufrechter Deutscher (!) Männer und Frauen“ hatten sich dem Volksbegehren „gegen Tributplan und Kriegsschuld-lüge“ angeschlossen.<sup>1050</sup> Die von ihm geleitete „Gesellschaft Deutscher Staat“ organisierte im Herbst 1930 eine Tagung in Kassel.<sup>1051</sup> Mit dem Slogan „Der Freiheitskampf der unterdrückten Völker“ richtete sich die Tagung auch gegen die „Erfüllungspolitik“ der Regierung. Wundts Ex-Jenaer Kollege Bruno Bauch verwies in seinem Vortrag auf die „geistige Sendung“ der Nation, sie dürfe sich nicht ausschließlich „als naturhaftes Gebilde“<sup>1052</sup> verstehen. Im Herbst 1932 setzte Wundt seinen Namen unter die antiparlamentarischen Staatsreformpläne von Reichskanzler Franz von Papen: „Hochschullehrer für (eine) unabhängige Staatsführung.“<sup>1053</sup>

---

<sup>1046</sup> Vgl. Schönhagen 1991, 82.

<sup>1047</sup> Schönhagen 1991, 82.

<sup>1048</sup> Die Zeitschrift positionierte sich deutlich gegen die Weimarer Republik, ergriff Partei für den italienischen Faschismus.

<sup>1049</sup> Völkischer Beobachter, 14, November 1931, Erstes Beiblatt, zitiert nach Ottmann 1977, 168f.

<sup>1050</sup> Vgl. Lankheit 1994, 429.

<sup>1051</sup> Vgl. dazu Schlotter 2004, 192f.

<sup>1052</sup> Schlotter 2004, 192.

<sup>1053</sup> Tilitzki 2002, 588. Auch Binder, Dinger, Günther Jacoby und Ferdinand-Jakob Schmidt unterschrieben den Aufruf am 31. Oktober 1932. Von Papen wollte das Wahlrecht ändern und strebte eine anti-demokratische Verfassungsreform an. Einige Monate zuvor, im Juli 1932, entmachtete von Papen die preußische Landesregierung. Von Papen griff etwa in seiner Rundfunkrede vom 12. September 1932 Themen wie „Parteiherrschaft“ oder „Demokratie“ pejorativ auf und setzte auf den starken Staat (vgl. <http://www.blz.bayern.de/blz/web/100083/09.html#dok5>) – das waren staatspolitische Vorstellungen, wie sie Wundt nahe kamen. Döring schreibt diese Unterschrift

## 2. Der Beginn politisch-strategischer Oppositionsarbeit

In die Politik mischte sich Max Wundt aktiv seit Ende des Ersten Weltkrieges ein. Eingezogen am 30. August 1914 leistete er zunächst fünf Monate Garnisonsdienst in einem Ersatzbataillon, kam am 28. Januar 1915 an die Ostfront, im November 1917 nach Frankreich (in die Gegend um Reims, Verdun, Sedan).<sup>1054</sup> Der Straßburger Privatdozent war Zugführer, Kompanieführer, Regimentsadjutant und leistete Telefondienst. In seinen zwischen 1921 und 1924 aufgezeichneten unveröffentlichten 228 Seiten langen Kriegserinnerungen<sup>1055</sup> hat er sich mit den Verhältnissen an der Front auseinandergesetzt. Darin zeigt sich Wundt als kampffreudiger und kriegseuphorischer „Hurra-Patriot“ und – in den ersten Kriegsjahren – von der Schlacht faszinierter Frontsoldat, der keinen „Schlendrian“ in seiner Mannschaft duldete, auf „Zucht und Ordnung“ achtete, aber auch nicht auf die Privilegien eines Offiziers bestand.<sup>1056</sup> Seine erste Schlacht an der Ostfront versetzte ihn in einen wahren Begeisterungstaumel: „Es ist ein eigentümlicher Erregungszustand, den ich mehr einem Rausch als einem Fieber vergleichen möchte, denn er hat nichts Unangenehmes, besonders die ersten Male nicht“<sup>1057</sup>, schreibt er. Das Artilleriefeuer im Graben oder hinter Deckungen nur einfach auszuhalten, wirke „fast nur deprimierend“, einzig beim Gefecht auf freiem Feld überfalle ihn eine „rauschartige(n) Form des Kanonenfiebers.“<sup>1058</sup> Als Zug- und Kompanieführer spüre er „ein erhebendes Gefühl, selbstständig das Vaterland zu verteidigen.“<sup>1059</sup> Wundt verzichtete gar auf einen im Juli 1915 bereits genehmigten Urlaub, um an den Kämpfen teilzunehmen, obwohl seine Frau Senta hochschwanger war und im August ein Kind erwartete. In den kampffreien Zeiten las er Hegels Phänomenologie, die Vorlesungen über Ästhetik und Religionsphilosophie, das Alte Testament, deutsche Romantiker und schrieb an seiner „Philosophie des Staates“.

Doch bereits am Beginn des Krieges im Ersatzbataillon bemerkte Wundt „friedensmäßigere Erscheinungen“, die „allerersten Anfänge jenes Geistes der Heimattruppen, der später so verhängnisvoll werden sollte“.<sup>1060</sup> Dazu kamen die „Begleiterscheinungen“ wie Begünstigungen oder Strebertum. „Viel Unerfreuliches über Genussucht und Wu-

---

irrtümlich dem Vater Wilhelm Wundt zu, er starb jedoch bereits 1920 (vgl. Döring 1975, 270).

<sup>1054</sup> UAT 228/10 (Nachlass Max Wundt, Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918).

<sup>1055</sup> UAT 228/10 (Nachlass Max Wundt)

<sup>1056</sup> So schaffte er den „Offizierskoch“ ab, weil der wegen Verlegungen anderer Offiziere ausschließlich für ihn kochen sollte. Wundt aß dann mit der Mannschaft. Vgl. UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 130).

<sup>1057</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 22).

<sup>1058</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 23).

<sup>1059</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 20).

<sup>1060</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 7).

cher<sup>1061</sup> fiel ihm während der Rückreise eines Heimaturlaubs in Leipzig 1916 auf der Zwischenstation Berlin auf. Als er wieder zu seiner Truppe stieß, „machte sich plötzlich ein widerwärtiges gegenseitiges Misstrauen geltend und fraß wie eine ansteckende Krankheit um sich“, auch „Eifersüchteleien“ kamen hinzu, Wundt zufolge „ein erster Vorbote der Revolution.“<sup>1062</sup> Das seien „Krankheitserscheinungen eines allzu friedlichen Kriegslebens.“<sup>1063</sup> Als Wundt zufolge nach der russischen Revolution im Frühjahr 1917 in Deutschland „immer deutlicher“ die demokratische und pazifistische Bewegung“ spürbar wurde und „die unglückselige Friedensresolution des Reichstages“ hinzu kam, bemerkte er „mit Schrecken“, dass die Heimat „denselben Weg einschlug, auf dem Russland und seine Armee in den Abgrund stürzten.“ Das seien die Gründe gewesen, weshalb er seine „bescheidene Kraft“ als Frontkämpfer in den Meinungsstreit der Heimat einbringen wollte. Es sei „eine große Unbilligkeit“ gewesen, dass die Front überhaupt nicht gehört werden sollte, obwohl sie doch „die Hauptarbeit“ leistete. Und umso „empörender“ schien es ihm, dass die „heimkehrenden Krieger“ mit einer „freiheitlichen Verfassung“<sup>1064</sup> empfangen werden sollten.

Wundt kämpfte vehement gegen den drohenden Friedensschluss, gegen die revolutionären Bestrebungen und gegen die „Disziplinosigkeit“ in der Truppe<sup>1065</sup> an. Nachdem ein letzter, wohl entscheidender Angriff der Deutschen im Sommer 1918 bei Reims zurückgeschlagen wurde, wollten Soldaten eines anderen Regiments flüchten. Wundt hielt sie auf, drohte, sie zu erschießen.<sup>1066</sup> Die Soldaten warfen sich wieder in den Kampf. Doch das „verborgene Wühlen der einzelnen Hetzer“ (Soldatennachschub aus der Heimat) konnte er „allerdings

---

<sup>1061</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 129).

<sup>1062</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 130).

<sup>1063</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 131).

<sup>1064</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 146). Wundt hat Pazifismus und die Demokratie aus seinem Innersten heraus und grundsätzlich abgelehnt. Über einen Hauptmann aus Leipzig bemerkte er: „Er war in Erbschaft von seinem Vater Demokrat und teilte all dessen nach meiner Ansicht völlig verwerfliche Meinungen.“ UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 156). Das vom sächsischen Herzog Albrecht verliehene Kriegsverdienstkreuz mochte er nicht anstecken, weil es auch „unerfreuliche Heimkrieger“ erhalten haben, die es nicht verdient hätten. UAT 228/10 (UAT 228/10; Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 149). Gegen die meuternden Matrosen sei man „mit ziemlicher Milde“ vorgegangen, so Wundt über den Kieler Aufstand im November 1918, und die Reichstagsabgeordneten, die mit ihnen „in unzweifelhafter Verbindung“ standen, hätten sich des Verrats schuldig gemacht. Gegen sie sei niemand vorgegangen, beschwert er sich. UAT 228/10 (UAT 228/10; Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 146).

<sup>1065</sup> Eine „unangenehme Erinnerung“ hat Wundt in Frankreich Mitte des Jahres 1918 gemacht. „In der ermüdeten Truppe zeigten sich die ersten Anzeichen einer sich lockernden Disziplin“. Er führt die „frechen Reden“ des Tischlers Jacobi an, „der eine rechte Kommunistenseele war.“ Solche Disziplinschwierigkeiten kannte er bis dahin in seiner Kompanie „überhaupt nicht“. UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 169).

<sup>1066</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 183).

nicht unterbinden.<sup>1067</sup> Sehr verletzt hat ihn das „törichte und kränkende Anerkennungsschreiben“<sup>1068</sup> des sächsischen Königs, denn Wundt hatte einen Orden erwartet. So ritt Wundt am 11. September 1918 zum letzten Mal mit seinem Schimmel in der Nähe von Verdun durch die Landschaft und nahm Abschied vom Kriege. Am 17. September 1918 erfuhr er, dass er nach Dorpat „kommandiert“ sei: „Meine kriegerische Tätigkeit hatte ihr Ende gefunden.“<sup>1069</sup>

Die estnische Universitätsstadt Tartu (Dorpat) hatte sich Wundt bewusst ausgesucht. Zuvor hatte er sich – auch durch Vermittlung seines damals berühmten Vaters Wilhelm Wundt – an die unterschiedlichen Stellen gewandt, um „eine Kommandierung dorthin“<sup>1070</sup> zu bekommen. Die Atmosphäre muss dem einstigen Frontsoldaten gefallen haben, sie sei ein „Mittelding zwischen akademischer und militärischer Einrichtung“<sup>1071</sup> gewesen. In Dorpat hielt Wundt im Wintersemester 1918/19 Vorlesungen über die „Geschichte des deutschen Idealismus“ und über „Goethe als Denker“<sup>1072</sup>. Der „Zusammenbruch“ vom 9. auf den 11. November, die Revolution, kam für ihn dann „doch überraschend“. Als „alter Frontsoldat“ schickte man ihn in den auch in Dorpat gegründeten Soldatenrat.<sup>1073</sup> Einige Male nahm er an den Sitzungen teil, doch die politische Richtung war nicht die seine. Die Sprecher seien wohl hauptsächlich in der Gewerkschaftsbewegung gewesen, es herrschte „der kleinbürgerliche Geist des Spießertums“, es war eine

---

<sup>1067</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 194).

<sup>1068</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 196). Der bis dahin überzeugte Monarchist Wundt wertete dies als Nichtachtung und als „Zeichen für die Entfremdung unserer Fürstenhäuser von dem Geiste des Feldheeres“. UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 197). Das mag ein Grund sein, weshalb der Philosoph die Frage nach dem politischen System für Deutschland später eher als zweitrangig abtut. Wundt hatte jedoch 1915 das Eiserne Kreuz, II. Klasse, 1916 das Ritterkreuz (II. Klasse) des Albrechtsordens mit Schwertern und 1918 das Eiserne Kreuz, I. Klasse, erhalten. UAT 228/1.

<sup>1069</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 209).

<sup>1070</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 210).

<sup>1071</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 212). Die Universität unterstand dem Generalkommando in Dorpat, ein großer Teil der Professoren seien Militärs, das persönliche Leben sei eine „eigentümliche Mischung aus akademischer Kollegialität und militärischer Kameradschaft“ gewesen. Die meisten Dozenten seien aus der „reichsdeutschen Professorenschaft“ gekommen, hätten „fast immer in Uniform“ ihre Vorlesungen und Seminare abgehalten. Es habe „ein gewisser Feldton“ geherrscht. An die Leitung und den Dienstbetrieb hat Wundt eine „wenigstens angenehme Erinnerung“. Neben dem Tübinger Historiker Adalbert Wahl schloss er auch mit dem deutsch-nationalen Philosophen Alfred Brunswig Freundschaft. In seinen „Erinnerungen“ hat Wundt zahlreiche Fotos eingeklebt, auch von der Dozentenschaft ist ein Gruppenfoto vorhanden, die meisten Dozenten sind uniformiert.

<sup>1072</sup> Dorpater Zeitung, Nr. 232 vom 30. November 1918, in: UAT 228/12.

<sup>1073</sup> Die „Satzungen des Soldatenrats Dorpat“ befinden sich noch in Wundts Nachlass. Sein Name steht jedoch nicht dabei. Allerdings liegt dort auch eine Broschüre mit einem gedruckten Vortrag von Walther Löhlein, in dessen Innenseite handschriftlich die Bitte um Genehmigung vom „Soldatenrat Wundt“ vermerkt ist. UAT 228/12.



„Revolution der Philister“<sup>1074</sup>, so Wundt. Am 1. Dezember 1918 verließ er zusammen mit Adalbert Wahl Dorpat.<sup>1075</sup>

Noch während des Krieges wollte Wundt „nicht kampflös“ zusehen, wie Soldaten und Bevölkerung zunehmend kriegsmüde wurden und sich daran machten, das politische System in eine Demokratie zu verändern, während er „im Felde“ stand. So begann Wundt seine publizistische und agitatorische Arbeit aus deutschnationaler, gar chauvinistischer Perspektive. Der „Alt-Nationalist“, national, monarchisch und ständestaatlich gesinnt, schrieb noch vor Ende des Krieges die ersten Zeitungsartikel und Zeitschriftenaufsätze, hielt Vorträge vor Soldaten und bot im Januar und Februar 1918 Kurse für Straßburger Studierende über den „deutschen Gedanken in der Philosophie“ an.<sup>1076</sup> Kurz vor Schließung der Universität Dorpat sprach Wundt vor einem „nahezu vollen Saal“ über „Die Wiedergeburt des deutschen Idealismus“<sup>1077</sup>. Es scheint fast, sagte er, als habe das deutsche Volk seine Philosophie verloren. Da Philosophie den gesamten Zustand eines Volkes (Zukunft, Glauben, Denken, Wollen) bestimme, verliere ein Volk damit auch seinen Daseinsgrund. Wundt sah egoistisch bestimmte, sich gegenseitig bekämpfende Klassen und Individuen, kritisierte Aufklärung und Rationalismus als „undeutsche Denkungsart“, die mit ihrem „zersetzenden Einfluss“ den deutschen Idealismus überrannt hätten. Der sei „das wertvollste Gut der Welt“. Der Idealismus müsse wieder die Treue des Einzelnen gegen das Ganze lehren, bis zur Aufgabe der Einzelwesen. Die Forderung nach einem Weltbund sei die falsche Richtung. Die Gesellschaft teile sich nicht in Klassen, sondern in Stände.

In der „Konservativen Monatsschrift“ warnte er kurz vor Kriegsende vor der Ersetzung des nach Einkommen gestaffelten preußischen Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine Wahlrecht, tadelte den „öde(n) Rationalismus unserer Zeit“<sup>1078</sup> und die von liberalen Gedanken infiltrierten Soldaten sowie die Industriearbeiter und die Sozialdemokratie. Seine sozialpolitischen Erfahrungen im Krieg hätten ihn

---

<sup>1074</sup> UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 219).

<sup>1075</sup> Auf der Zwischenstation Berlin wollte Wundt „möglichst rasch“ zivil anlegen, da er „keine Lust hatte“, sich seine „wohl verdienten Auszeichnungen von frechem und feigem Gesindel abreißen zu lassen.“ Der Anblick des Willkommensgrußes auf dem Leipziger Bahnhof „Willkommen Soldaten, im freien Volksstaat Sachsen!“ war Wundt „nicht sehr willkommen“. Nach einer Zwischenstation an der Marburger Universität (der Berliner Ordinarius Ernst Troeltsch hatte sich für eine Berufung Wundts „besonders“ eingesetzt) konnte die Familie Wundt erst im Frühjahr 1920 in Jena ein dauerhaftes Heim beziehen. Das im Sommer 1917 gekaufte Haus im Straßburger Stadtteil Ruprechtsau hatte Senta Wundt noch rechtzeitig verkaufen können. Seit August 1914 hatte er „kein wirkliches Heim mehr mit seiner Familie gehabt“. UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 210ff.).

<sup>1076</sup> „Ein so schönes Kommando hatte ich noch niemals gehabt“, bemerkte er über seine Kurse in Straßburg. UAT 228/10 (Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918, 149).

<sup>1077</sup> Dorpater Zeitung, Nr. 227 vom 25. November 1918, in: UAT 228/12.

<sup>1078</sup> Wundt 1918a, 742.

gelehrt, dass den Soldaten das neue Wahlrecht „absolut wurscht“<sup>1079</sup> sei. Der Mann müsse sich und die Familie erhalten, außerdem seinem Beruf nachgehen, die „großen Fragen der Politik“ seien nicht „seine Geschäfte“<sup>1080</sup>. Die ständischen Unterschiede würden als „selbstverständliche Tatsache“ hingenommen, die Bauern und Handwerker seien stolz auf ihren Beruf und wollten gar nicht aus ihren Ständen heraustreten. Zudem seien die Deutschen noch nicht genügend „politisiert“, sie seien allzu empfänglich für Meinungen, allzu leichtgläubig und hätten eine gewisse „Urteilslosigkeit“, wenn sie Fragen entscheiden würden, die „über den nächsten Horizont hinausliegen.“<sup>1081</sup> Militärische Tüchtigkeit und wirtschaftlicher Fleiß bedeuteten noch nicht, dass die Deutschen auch eine „politische Reife“<sup>1082</sup> hätten. Aus seinen „wahren sozialpolitischen Lehren“ zog Wundt den Schluss, dass das „Rückgrat jeder sittlichen Gemeinschaft“ nur auf „Befehl und Gehorsam“<sup>1083</sup> gegründet werden könne. Treue und Gehorsam seien „echt germanische Tugenden“<sup>1084</sup>, der Deutsche verlange nach einem Führer, dessen Wille und Kunst wiesen jedem den richtigen Platz an und begrenzten die Tätigkeit. Doch es gehe um mehr, als um die Rettung des Dreiklassenwahlrechts: Ob die monarchisch-ständische „Lebensverfassung“ dem demokratischen Gleichheitsprinzip weichen soll und somit die Ideale der Aufklärung und des „freien Auslebens“ siegen. „In Wahrheit“ seien ganz andere Kräfte am Werke, jene, die sich der „Stimmen der vielen“<sup>1085</sup> bemächtigen wollten, um ihre eigenen Geschäfte zu machen.

Noch vor den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung im Januar 1919 griff Wundt erneut publizistisch in die Politik ein.<sup>1086</sup> Der Tenor des Artikels in der Monatszeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ beherrscht seine Werke, Aufsätze und Artikel während der gesamten Weimarer Republik. Der Ton ist schärfer als bei Haering in der Spätphase von Weimar, inhaltlich ist Wundt wesentlich nuancierter. Er zeigt sich hier als typischer Vertreter der „Alt-Nationalen“, die nach der autoritären Monarchie rufen. Wundt sucht die republikanische Verfassung zu verhindern. Sie sei „undeutsch“ und von den „Feinden“ dem deutschen Volk übergestülpt worden: „Da ist überall dieser fremde Geist am Werk!“, schrieb er. „Die fremde Phrase“<sup>1087</sup>, das sind für Wundt die Vertragstheorien, „die abstrakte Gleichheit aller“<sup>1088</sup>, das

---

<sup>1079</sup> Wundt 1918a, 741.

<sup>1080</sup> Wundt 1918a, 741.

<sup>1081</sup> Wundt 1918a, 743.

<sup>1082</sup> Wundt 1918a, 745.

<sup>1083</sup> Wundt 1918a, 747.

<sup>1084</sup> Wundt 1918a, 740.

<sup>1085</sup> Wundt 1918a, 747.

<sup>1086</sup> Wundt 1918b.

<sup>1087</sup> Wundt 1918b, 199.

<sup>1088</sup> Wundt 1918b, 202.

parlamentarische System, die Aufhebung aller ständischen Unterschiede, gleiche und unmittelbare Wahlen, der Expressionismus. All dies sei dem „deutschen Gedanken so fremd und feindlich wie möglich.“<sup>1089</sup> In einer Demokratie gleiche der Staat einem Handelshaus, die Politik gelte als Geschäft, Demokratie sei „rücksichtslose Vergewaltigung des Volkswillens durch einen Klüngel von Politikern“, die „Herrschaft der skrupellosesten Demagogen“<sup>1090</sup>. Noch vor Ratifizierung des Versailler Vertrags ruft er aus: „Diese Schmach hätte man uns ersparen sollen!“ Gemeint ist die Demokratie.

Wundt stellt der Demokratie, dem Atomismus, dem Individualismus seine „deutsche Staatsauffassung“ entgegen. Er sieht sich nicht allein, denn das gesamte politische Denken seit Leibniz sei darauf aus gewesen, „den westeuropäischen Demokratismus zu überwinden.“<sup>1091</sup> So beruhe „der alte deutsche Staat“<sup>1092</sup> auf dem Gedanken der Treue<sup>1093</sup>, der Einzelne sei mit den „allgemeinen Mächten“ (Familie, Staat, Beruf) innerlich eins. Er habe sie in seinem eigenen Willen aufgenommen und erkenne sie als verpflichtende Macht an, denn er trage sein eigenes Dasein als „Lehen“ und sei völlig in deren Besitz. Diese allgemeinen Mächte könnten folglich alles fordern. Freiheit ist nach Wundt – hier nimmt er hegelsche Gedanken auf – nur im freien Ausleben des Berufes oder des Standes möglich. Im Beruf liege die eigentliche politische Lebensäußerung „des Mannes.“<sup>1094</sup> Im Staat als Verwirklichung der sittlichen Idee offenbare sich die sittliche Vernunft, die zugleich verpflichtende Macht sei. Ohne Befehl und Gehorsam höre jedes sittliche Verhältnis auf. Dies werde nicht als fremder Zwang empfunden, sondern sei eigener Wille des Individuums. Gehorsam und Treue ergänzten sich. Freiheit hingegen fordere nicht allgemeine Menschenrechte, sondern das Recht einer bestimmten sozialen und politischen Gruppe. Die „vernünftige Idee“ soll herrschen, sie verwirkliche sich in der „Persönlichkeit“, zunächst in der Person des Monarchen, dann im „monarchischen Beamtentum“, schließlich in den berufsständischen Vertretungen. So sehe die „deutsche Staatsauffassung“ aus. „Erwachen wir, ehe es zu spät ist“, rief er seinen Lesern am Schluss zu, „was deutsch ist, soll auch deutsch bleiben“ – nach außen (also etwa Nord-schleswig, Westpreußen, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, die Kolonien) und nach innen.

---

<sup>1089</sup> Wundt 1918b, 201.

<sup>1090</sup> Wundt 1918b, 201.

<sup>1091</sup> Wundt 1918b, 199.

<sup>1092</sup> Wundt 1918b, 200.

<sup>1093</sup> In den Schriften der „Gesellschaft deutscher Staat“ lässt Wundt 1924 einen Aufsatz über „Die Treue als Kern deutscher Weltanschauung“ erscheinen (Wundt 1924b), 1927 veröffentlicht er die kleine Schrift über „Die Ehre als Quelle des sittlichen Lebens in Volk und Staat“. Die Werte „Treue“ und „Ehre“ erhalten im Nationalsozialismus einen ausgesprochen hohen Stellenwert.

<sup>1094</sup> Wundt 1918b, 202.

Der Philosoph setzte seinen Kampf gegen „die öden Gleichheitstheorien der Aufklärung“<sup>1095</sup>, die „liberale Irrlehre von der ursprünglichen Gleichheit aller“<sup>1096</sup>, „den Blödsinn unseres jetzigen Wahlrechts“, den „Willen der Mehrheit, dies trübe Gebräu aus Habsucht und Neid“ und gegen den „Terrorismus der Masse“<sup>1097</sup> unvermindert fort. Man stehe mittendrin in diesem Kampfe, schrieb er 1919, „und das Schwerste steht uns wohl noch bevor.“<sup>1098</sup> Er hält an Straßburg fest – „Sturmflagge“ und „Weckruf“ des „deutschen Gedankens“<sup>1099</sup> – , fordert ein „berufsständisches Wahlrecht“<sup>1100</sup> und den Machtstaat.<sup>1101</sup> Ob dieser Machtstaat eine „Monarchie“ oder eine „Republik“ sein soll, sei „eine Frage zweiten Ranges.“<sup>1102</sup>

In „Deutschlands Erneuerung“ publiziert Wundt bis einschließlich 1927, Mit-Herausgeber bleibt er bis zum Ende der Weimarer Republik. Er schreibt 1924 gegen das demokratische Wahlverfahren an<sup>1103</sup>, stellt neue Bücher der völkischen Bewegung vor<sup>1104</sup> und sieht Schiller als „Blut von unserem Blute“, der „in seinem Kampf dem unserigen verwandt“ gewesen sei, als Ideal des „Dunklen“, des „Ringenden“, des

---

<sup>1095</sup> Wundt 1919a, 333.

<sup>1096</sup> Wundt 1919a, 335.

<sup>1097</sup> Wundt 1919a, 338.

<sup>1098</sup> Wundt 1919a, 333.

<sup>1099</sup> Wundt 1921, 629; 636.

<sup>1100</sup> Wundt 1919a, 338. Mit einer bloßen Änderung des Stimmrechts sei nichts gewonnen. Der Einzelne wirke durch seinen Beruf am staatlichen Leben mit, die Berufsstände wiederum sind nach Wundt die „wahre Gliederung“ des Volkes.

<sup>1101</sup> Wundt 1922, 209.

<sup>1102</sup> Wundt 1922, 211. Offenbar löste sich Wundt von der Staatsform der autoritären Monarchie, wie er sie 1918 noch gefordert hat und wie sie der „alte Nationalismus“ weiterhin forderte.

<sup>1103</sup> Wundt findet im allgemeinen Wahlrecht logische und ethische Mängel. Unter den „vielen Willen“ wie auch in der „öffentlichen Meinung“ seien „alles Edle“ und „alles Gemeine“, das Kluge und das Dumme durcheinander vorhanden. Die Summe der Einzelwillen, die „einfache Abzählung“, sei eine naive Voraussetzung, um Gerechtigkeit herzustellen. Im demokratischen Wahlverfahren würden Staat und Volk verwechselt. Der Staat sei der „dauernde Wille“, das Volk sei schwankend. Die deutschen Tugenden „Vertrauen“ und „Treue“ fehlten im demokratischen Wahlverfahren. Der Wähler wähle nämlich keinen Mann des Vertrauens, sondern eine Partei. Sie bestimme den Kandidaten, den der Wähler gar nicht kenne und der oft auch ein Demagoge sei. So schiebe sich die Partei zwischen Volk und Staat, der Staat werde zum Spielball der Parteien. So führe die Demokratie zur „ungeheuren politischen Verdummung“. Eine „wahre Beteiligung“ des Bürgers am Staate, die „eigentliche politische Tätigkeit“, sei durch Beruf und Arbeit gegeben, außerdem müsse mehr dezentralisiert, das parlamentarische „Regime“ abgebaut werden. Wundt forderte eine „Entpolitisierung“ des Volkes statt seiner Politisierung. Vgl. Wundt 1924a, 129 – 138.

<sup>1104</sup> So die Neuauflage des Antisemiten Paul de Lagarde: „Deutsche Schriften“, Hermann Meyers „Der deutsche Mensch“ und Gustav Sondermanns „Der Sinn der völkischen Sendung“. Sondermanns Zeilen waren für Wundt „Predigten“, die „warm ans Herz“ griffen – „im Kampf gegen den Ungeist unserer Zeit“. Wundt 1925, 106 – 109.

„Leidenschaftlichen“, als „großen Prediger des Erhabenen und Verkünder edler Menschlichkeit.“<sup>1105</sup>

Doch Wundt war auch ein politischer Stratege, der seine Vorstellungen praktisch umsetzen wollte. Als sich die Weimarer Republik Mitte der 1920er Jahre scheinbar zu festigen begann (Dawes-Plan, Aufschwung in Kunst und Kultur, die so genannten „Goldenen Zwanziger“, Völkerbund-Mitgliedschaft), rief der Philosoph zu einer anderen Taktik auf. Mit einem raschen Wechsel der Staatsform sei nicht zu rechnen, so Wundt. Insbesondere sei Reichsaußenminister Gustav Stresemann (1878 – 1929) der „Hauptförderer der Befestigung des heutigen Zustandes.“<sup>1106</sup> Die Deutsche Volkspartei, früher eine Bekennerin des monarchischen Gedankens, gebe ihre Ideale nur noch in Festreden kund, der Schwung der Opposition sei abgeflaut. Dabei hätte es durchaus Möglichkeiten gegeben, die „nationalen Kräfte“ zu stärken, so bei der „Fürstenenteignung“<sup>1107</sup> oder bei der „Flaggenfrage.“<sup>1108</sup> Doch die „nationalen Kreise“ würden sich „diesem Moloch in die Arme“<sup>1109</sup> werfen, sie hätten sich in den Staat integrieren lassen, er sei nicht nach rechts, sondern nach links gerückt. Dieser Staat erweise sich als „zu stark“, der Weg der „Vaterländischen Verbände“, die „Hinein in den Staat!“<sup>1110</sup> riefen, sei nicht der richtige.

---

<sup>1105</sup> Vgl. Wundt 1926a, 410 – 415.

<sup>1106</sup> Wundt 1926b, 548.

<sup>1107</sup> Das Vermögen der deutschen Fürsten war seit 1919 nur beschlagnahmt und Sache der Länder. Als KPD und SPD am 19. Januar 1926 einen Volksentscheid zur Grundlage einer vollständigen und entschädigungslosen Enteignung beantragten und die Fürstenenteignung zur Reichssache machen wollten, stimmten auch Wähler/innen aus dem bürgerlichen Lager dafür, doch Volksbegehren (4. – 17. März 1926) und Volksentscheid (20. Juni 1926) brachten nicht genügend Ja-Stimmen zusammen. Auch im Reichstag brachte ein Gesetzesentwurf nicht den Erfolg. Die politische Rechte sperrte sich mit dem Hinweis auf die verfassungsrechtlich gesicherte Garantie des Eigentums. Die Fürstenenteignung fiel wieder den Ländern zu. Vgl. Schwabe 1988, 125f.

<sup>1108</sup> Seit Beginn der Weimarer Republik stritten die Parteien um die Farben der Reichsflagge. Während die Demokraten mit Schwarz-Rot-Gold den republikanischen Charakter des neuen Staates nach außen und innen demonstrieren wollten, setzten die rechtsgerichteten Parteien auf die Farben des untergegangenen Kaiserreiches Schwarz-Weiß-Rot. Im Mai 1926 verfügte die Regierung, dass die diplomatischen und konsularischen Auslandsvertretungen insbesondere in Übersee neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge hissen sollten. Die DDP brachte daraufhin ein Missbilligungsvotum ein, worüber die Regierung Luther stürzte. Vgl. Schwabe 1988, 123.

<sup>1109</sup> Wundt 1926b, 550.

<sup>1110</sup> Wundt 1926b, 548. Die Parole „Hinein in den Staat!“ gab im Oktober 1926 der 1918 von Kriegsteilnehmern gegründete Stahlhelm aus – ein paramilitärischer Arm der DNVP. Die politische Rechte wollte Funktionen in der Gesellschaft besetzen, sie unterminieren und politisch Einfluss gewinnen. Dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, schwebte ein „Stahlhelmstaat“ mit „Führergedanken“ vor. Vgl. Kittel, 2000, 288. Mit inhaltlich ähnlicher Argumentation lehnte die „Otto-Strasser-Gruppe“ in der NSDAP diese Form der Aneignung des Staates ab, Otto Strasser und einige andere „Sozialisten in der NSDAP“ traten 1930 aus der Partei aus. Man wolle weiterhin revolutionär bleiben, jeder Kompromiss mit dem Weimarer Staat wurde abgelehnt. Vgl. <http://www.ns-archiv.de/nsdap/sozialisten/sozialisten-verlassen-nsdap.php>.

Daher liege die „wahre Aufgabe der nationalen Bewegung“ in der Schaffung eines festen Kerns „wahrhaft nationalen Lebens und Denkens“. Man müsse „in entschiedener Opposition“ verharren, denn eine „wirklich entschlossene Opposition“ werde immer Einfluss ausüben können. Wundt plädierte für eine „selbstständige Tätigkeit im eigenen Kreise“, um „die Gedanken einer deutschen Erneuerung zu entwickeln, zu pflegen und so weit wie möglich in die Wirklichkeit zu überführen.“<sup>1111</sup> Konkret hieß das: Die Arbeiterschaft sollte „aus den Klauen des Marxismus“ befreit werden, anstelle des Klassenkampfes solle der „Gedanke der Werksgemeinschaft“ treten, in der Erziehung müsse „alles Bildungsleben“ tief in den Boden des Volkstums zu Bewusstsein und zur Geltung gebracht werden, und im geistigen Leben müssten die internationalen, jüdischen und demokratischen Gedanken aus den Köpfen der Volksgenossen vertrieben und sie zu „wahrhaft völkischem Denken“ erzogen werden. Auch in der Wissenschaft wollte er die internationalistischen und marxistischen Gedankengänge überwinden. Zu einem solchen Kern nationalen Denkens und Lebens müssten sich die „nationalen Kreise“ zusammenschließen, statt sich in einem „fruchtlosen Kampfe mit der heutigen Staatsmaschinerie“<sup>1112</sup> zu ergehen.

Am 18. November 1930 hielt Wundt auf Einladung des Tübinger DNVP-Vorsitzenden Karl Jäger einen Vortrag im Uhlandsaal des Tübinger Museums – „vor einer den Saal überfüllenden Versammlung und besonders stark vertretener Studentenschaft.“<sup>1113</sup> Das Interesse des Philosophen zielte auf den Zusammenschluss aller politisch rechten Kräfte, von den Christlich-Konservativen über die Deutsch-Nationalen bis hin zu den Deutsch-Völkischen und Militaristen. Thema des Abends waren „Die geistigen Grundlagen der nationalen Bewegung“. Der Redner hob drei Richtungen hervor, die konservative<sup>1114</sup>, die völkische<sup>1115</sup> sowie den Wehrgedanken<sup>1116</sup>. Gemeinsam sei diesen Rich-

---

<sup>1111</sup> Wundt 1926b, 550.

<sup>1112</sup> Wundt 1926b, 551.

<sup>1113</sup> Tübinger Chronik, 19. November 1930.

<sup>1114</sup> Entstanden in der Romantik, verkörpert in der Monarchie des Gottesgnadentums, betone der konservative Gedanke die christlich-religiöse Grundlage des Staates. Damit verbunden sei die Erhabenheit des Staates über jede Art von Einzelwillen sowie eine autoritative Lebensauffassung. Tübinger Chronik, 19. November 1930.

<sup>1115</sup> Auch der völkische Gedanke habe seine Vorläufer in der Romantik, er erscheine jedoch mehr als „das eigentliche Glaubensbekenntnis der neueren Zeit“. Im Vordergrund stehe nicht das Politische, sondern die Kultur. In der deutsch-völkischen Richtung würden die Ziele „mehr vom Volk her bestimmt, von den unteren Kreisen.“ Dabei komme es „auf das unbewusste Leben, das ungebrochene Volkstum“ an – auf die wahre Bildung, „nicht auf die allzu sehr **bewusste** höhere Bildung“. Stark seien in dieser Richtung die Betonung der Religion, des Deutschen und der Großdeutschen wie auch der Gedanke des Ständelebens. Eine andere Richtung innerhalb der Völkischen sei der „nordische Gedanke“. Er gehe auf die Rasseforschung zurück, die überall die nordische Rasse als geschichtliche Bewegung, als große Tat im äußeren

tungen die Gegnerschaft gegen den Individualismus der Aufklärung und gegen den Materialismus, gemeinsam sei ihnen auch die Auffassung, dass „der Segen für ein Volk nur von oben kommen“ könne und der Einzelne nur „als Glied des Ganzen“ etwas gelte. Auch der Glaube an den organischen, den ständischen Aufbau sowie eine autoritative Auffassung sei ihnen gemein. Wundt: „An Stelle des so verführerisch glitzernden und furchtbar missbrauchten Wortes Freiheit muss treten das Wort der Zucht und des Dienstes. Es ist nicht der menschliche, sondern der **göttliche** Wille, der sich hier ausdrückt.“<sup>1117</sup> Angesichts des Reichtums des deutschen Geistes werde keine der verschiedenen Richtungen für sich allein genügen, um Deutschland wieder aufzubauen. Alle Richtungen enthielten „irgend welche“ Wahrheit und setzten sie „dem Lügengeiste unserer Zeit entgegen.“<sup>1118</sup>

### 3. Absoluter Idealismus auf völkischer Grundlage

Die ersten wissenschaftlichen Werke Wundts<sup>1119</sup> erscheinen noch im Kaiserreich. Sie verfolgen die historische Entwicklung der griechischen (und römischen) Antike formal und inhaltlich in eher der Tradition verpflichteten Pfaden, er legt jedoch starkes Gewicht auf die ihn auch später beschäftigenden Themen wie „Intellektualismus“, „Individualismus“, „Rationalismus“, „Utilitarismus“, „Voluntarismus“, „Staatsauflösung“, „Sittenverfall“ oder „Parteienkämpfe“. Die Bear-

---

und geistigen Leben deute. Strenge Einordnung in ein von oben bestimmtes Gefüge sei ihr Merkmal, „Herrschaft und Dienst ist die politische Forderung“. Tübinger Chronik, 19. November 1930.

<sup>1116</sup> Der Wehrgedanke gehe davon aus, „den deutschen Staat und das deutsche Volk im Geiste der Front zu erneuern“. Wundt erkennt auch hier zwei Richtungen: den Gedanken der Gemeinschaft und den Gedanken des Führertums. Während der Gedanke der Gemeinschaft vom Erlebnis des Krieges und der Verbundenheit aller Glieder des Volkes ausgehe, beruhe der Gedanke des Führertums auf der Verantwortung nach oben (gegenüber dem höheren Führer) und nach unten (gegenüber den Geführten). Der Demokratie als eine systematische Verantwortung nach unten stehe das „Ziel eines ordensmäßigen Aufbaus des Staates (Faschismus), gegründet auf der aufs Höchste gesteigerten Verantwortlichkeit nach oben“ gegenüber. „Das unbedingte Herrschaftsverhältnis muss wiederhergestellt werden“. Tübinger Chronik, 19. November 1930.

<sup>1117</sup> Tübinger Chronik, 19. November 1930, Hervorhebung im Original.

<sup>1118</sup> Tübinger Chronik, 19. November 1930. Laut Tübinger Chronik nahmen die Zuhörer Wundts Ausführungen „mit lebhaftem Beifall“ auf.

<sup>1119</sup> Die Habilitation „Der Intellektualismus in der griechischen Ethik“ (Wundt, 1907), „Die Geschichte der griechischen Ethik“, Band 1, Leipzig 1908, Neudruck Aalen 1969; „Die Geschichte der griechischen Ethik“, Band 2, Leipzig 1911, Neudruck Aalen 1969; „Plotin. Studien zur Geschichte des Neuplatonismus“, Leipzig 1919b (dieses Buch hatte Wundt im Wesentlichen bereits 1914 in Straßburg fertiggestellt, wie er im Vorwort ausführt, der Krieg hatte die Arbeit daran unterbrochen). Wundt stellt den Neuplatoniker Plotin als „Reformator“ vor, der eine geistige Wiedergeburt der römischen Gesellschaft erstrebte. Der christliche Hintergrund Wundts („Plotins Evangelium“) führt hier stark die Feder des Philosophen. „Utilitarismus“, „Sittenverfall“, „Parteienstreit“, „geistige Erneuerung“ sind die Angelpunkte des Werks.

beitung der Themen lässt deutliche Sympathie für Platons Staat erkennen, die Themenbehandlung bewegt sich im wissenschaftlichen Rahmen. Hinweise auf aktuelle Bezüge im Kaiserreich sind nicht erkennbar.<sup>1120</sup>

Das ändert sich mit seinem Werk über „Goethes Wilhelm Meister und die Entwicklung des modernen Lebensideals“ von 1913.<sup>1121</sup> Wundt geht in diesem Buch den literarischen Bearbeitungen des Wilhelm Meister nach, von „Wilhelm Meisters theatralischer Sendung“, dem „Urmeister“, bis zu „Wilhelm Meisters Wanderjahren“ und hebt die Unterschiede und Entwicklungen in den Versionen hervor. Dabei zeichnet er die Entfaltung der literarischen Gattung Roman in seinen Schattierungen (Reiseroman, satirischer Roman, sentimentaler Roman) des 18. und 19. Jahrhunderts in einem dialektischen Prozess nach, setzt jedoch die sich gleichzeitig nebeneinander bestehenden oder historisch aufeinanderfolgenden Subgenres und kulturgeschichtlichen Epochen allzu schroff in Gegensatz. Englische (etwa Shaftesbury, Shakespeare) und französische Autoren (etwa Rousseau) würdigt Wundt aufgrund der von ihnen angestoßenen wichtigen Impulse für die Entwicklung des Romans. Naturalismus, Subjektivismus, Rationalismus und Empirismus fallen in der literaturwissenschaftlichen Behandlung durch Wundt nicht der absoluten Verdammnis zum Opfer wie in seinen späteren Werken. Dennoch scheint eine konservative, vom Geniebegriff getragene bildungsbürgerliche Kunst- und Kulturauffassung durch, gepaart mit einer deutsch-nationalen Politikauffassung. Hegels Weltgeist, Fichtes Tatphilosophie und Kants angeblicher metaphysischer Idealismus scheinen ebenso auf wie der deutsche Nationalismus und der autoritäre Staat.<sup>1122</sup> Gegen den Utilitarismus gerichtet konstatiert Wundt: „Die Bedeutung des Einzelnen geht nur soweit, als er sich tätig dem Ganzen einfügt und an der Realisierung der Werte für die Allgemeinheit teilnimmt.“<sup>1123</sup> So weist er der klassischen Philosophie und Dichtung die „hohe Mission“<sup>1124</sup> zu, die Erfüllung des persönlichen Daseins mit einem objektiven geistigen Gehalt zu verknüpfen. Krieg sieht der

---

<sup>1120</sup> Tilitzki will allerdings schon im ersten Band von 1908 Hinweise auf einen zeitbezogenen Kontext sehen. Erwähnt sei jedoch, dass Wundt in seinem 1913 erschienenen Goethebuch im Vorwort (IX) sogar Jonas Cohn für dessen Aufsatz über die Wanderjahre lobt. Cohn, Sohn eines jüdischen Kaufmanns, war zu der Zeit Freiburger a.o. Professor, ein Kosmopolit, der seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts eine liberal-individualistische autonome Persönlichkeit propagierte. Vgl. Tilitzki 2002, 134.

<sup>1121</sup> Das Buch erschien zum 100. Todestag Goethes 1932 nahezu unverändert in einer zweiten Auflage.

<sup>1122</sup> Der Einzelne soll zwar seinen Beruf nach seinen Anlagen und Interessen wählen dürfen, dem Individuum müsse man jedoch „Unterwerfung unter den Gesamtwillen predigen“ und es somit zur „Besinnung über seine Individualität“ führen. Persönlichkeit und soziale Organisation forderten einander. Vgl. Wundt 1913, 399.

<sup>1123</sup> Wundt 1913, 297.

<sup>1124</sup> Wundt 1913, 298.



Philosoph eher als sittlich-moralische Veranstaltung<sup>1125</sup>, Goethe wird als „Verteidiger deutschen Geistes und deutscher Kultur“<sup>1126</sup> vereinnahmt.

Im Platon-Werk von 1914 sucht Wundt den griechischen Philosophen für die unmittelbare Gegenwart nutzbar zu machen. Wie der Platonismus als Gegenströmung zum Skeptizismus am Ausgang der Antike und des Mittelalters sowie im deutschen Idealismus wieder neue Gewissheit gebracht habe, bedürfe es „eines solchen Führers und Erweckers“<sup>1127</sup> in der Kaiserzeit. Wundts Kritik zielt wie diejenige Haerings auf die mit den Modernisierungstendenzen im Kaiserreich einhergehenden Auflösungserscheinungen der starren gesellschaftlichen Ordnung, er sieht die Gründe des neuen Skeptizismus in den Fortschritten der Technik und der dadurch mit verursachten mechanistischen Weltansicht. Der Mensch vereinsame, er füge sich dem Intellekt und dem äußeren Nutzen, inneres und äußeres Leben seien entzweit, das Subjekt löse sich von der Allgemeinheit. Die Werte würden „furchtbar missbraucht“, würden „zum Mittel des bloßen Vergnügens, der Sensation, der Nervenregung herabgewürdigt“<sup>1128</sup>. Die geistigen Werte gingen ihrem Untergang entgegen, denn der Geist der Sophisten sei wieder erweckt, so Wundt. Nur durch den idealistischen Gedanken, durch den platonischen Geist und dessen Erneuerung durch Leibniz, Fichte und Hegel könne er überwunden werden. Aber auch dieser „alte Feind und Überwinder der Sophisten“<sup>1129</sup> erstehe wieder zum Leben. Der Gegenentwurf zu den kritisierten gesellschaftlichen Verhältnissen bleibt jedoch noch sehr rudimentär.

Antikes Griechentum und Christentum bringt Wundt in „Griechische Weltanschauung“<sup>1130</sup> zusammen. In das durch den Individualismus zerstörte Griechentum tritt das Christentum als „die letzte und höchste Schöpfung des antiken Geistes“<sup>1131</sup> ein und erlöst es. Hier zeigt sich die auch später angewandte Wundt'sche Dialektik: Die im Mystischen festgemachte idealisierte Einheit des griechischen Lebens wird durch den Gegenpart, den Individualismus, zerstört und durch eine Verschmelzung des griechischen Idealismus mit dem Christentum wieder zu einem metaphysisch verstandenen sinnvollen Seinsgrund erhoben.

---

<sup>1125</sup> Vgl. Wundt 1913, 302ff.

<sup>1126</sup> Wundt 1913, 308.

<sup>1127</sup> Wundt 1914, 170.

<sup>1128</sup> Wundt 1914, 171.

<sup>1129</sup> Wundt 1914, 172.

<sup>1130</sup> Wundt 1917 (zuerst 1910). Das Buch „ist im Felde“ entstanden, „fast ohne jedes literarische Hilfsmittel“. Wundt, 1917, IV (Vorwort zur zweiten Auflage). Positiv würdigte das Buch Arthur Liebert in seiner Rezension, in: Kant-Studien 1919 (23), 124 – 127. Eine dritte Auflage erschien 1929.

<sup>1131</sup> Wundt 1917, 117f.

Erkenntnistheoretisch auf dem Boden des Neuidealismus stehend, arbeitete Wundt in seiner Jenaer Antrittsvorlesung die Züge „deutschen Denkens“<sup>1132</sup> heraus. Erkenntnis ist die „Beziehung eines Innern auf ein Äußeres“, den letzten Grund der Erkenntnis suche der Deutsche „in sich selbst“. Denn „deutsche Denker“ fragten zuerst „nach dem Ich, der Seele“, nicht „nach dem Ding“. Das Innere sei das Schöpferische, das Freie, es erschaffe sich die Welt, das Äußere werde den Gesetzen des Inneren unterworfen. Das, was sein soll, stehe am Beginn alles Fragens, danach werde das Sein begründet, wobei sich „deutsches Denken“ gegen „eine einseitige Verherrlichung des Verstandes“ richte. „Intellektuelle Anschauung“ laute der Begriff, wonach das Denken in sich selbst das Sein hervorbringe. Denken und Sein, als Einheit gedacht, machten den Geist aus. Dieses Reich des Geistes sei „das dritte Reich“<sup>1133</sup>. Philosophie, Christentum und der germanische Gedanke müssten zusammengedacht und gelebt werden. Der volle und ganze Gehalt „deutscher Weisheit“ habe als Gegenstand die „Offenbarung Gottes“. Ihrem tiefsten Wesen nach sei alle deutsche Philosophie „Gotteslehre“.

Die Philosophie begründet Wundt völkisch als „Geist von unserem Geiste und Blut von unserem Blute“<sup>1134</sup>. Die Wurzeln einer „einheitlichen Gedankenwelt“<sup>1135</sup> reichten zurück bis zur Reformation und der deutschen Mystik. Doch die „Geisteshelden“ hätte das deutsche Volk verschmäht, sie seien in Vergessenheit geraten. Stattdessen habe fremder Geist Macht über die Deutschen gewonnen. So unternimmt der Philosoph den Versuch, mit irrationalistischen Annahmen eine Linie von den Scholastikern bis hin zu Nietzsche zu zeichnen und ein spezifisch „deutsches Denken“ herauszuarbeiten<sup>1136</sup>, das an der griechischen Philosophie angeknüpft habe und dem Denken anderer Länder überlegen sei. Charakteristikum des „deutschen Denkens“ sei eine unmittelbare innere Anschauung, ein durch Meister Eckhart begründetes unmittelbares durch Vernunftbegriffe erleuchtetes mystisches Erleben, das den Gottesgedanken mit der christlichen Lehre vereinige. Diese angebliche Traditionslinie „deutschen Denkens“ schreibt Wundt über Luther, Jakob Böhme, Nikolaus von Cues, Paracelsus, Leibniz, Christian Wolff, Kant, Fichte, Schiller, Schelling, Hegel und Nietzsche fort. Doch der „deutsche Geist“ sei in den Jahrhunderten oft von sich selbst

---

<sup>1132</sup> Wundt 1920a, 24ff. Der Vortrag ist unter dem Titel „Vom Geist der deutschen Philosophie“ abgedruckt.

<sup>1133</sup> Wundt 1920a, 29.

<sup>1134</sup> Wundt 1920a, 5.

<sup>1135</sup> Wundt 1920a, 7.

<sup>1136</sup> Diese historisch-philosophische Herleitung des „deutschen Denkens“ haben in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit zahlreiche Philosophen in Aufsätzen niedergelegt, insbesondere jene, die sich in der „Deutschen Philosophischen Gesellschaft“ (DPHG) engagiert haben. Auch Theodor Haering wird sich der angeblichen Traditionslinie deutschen Denkens annehmen.

abgefallen, Streitsucht, Rechthaberei, die staatliche Zerrissenheit Deutschlands im 30-jährigen Krieg, die Aufklärung, das englische (Empirismus) und französische (Rationalismus) Denken (die „Ausländerei“<sup>1137</sup>) hätten das „deutsche Denken“ von sich selbst entfremdet. Die Folge sei „eine furchtbare Verrohung und Verwilderung unseres Volkstums“, die Aufgabe müsse nun lauten, „das deutsche Leben aus den Tiefen seines eigenen Wesens zu erneuern.“<sup>1138</sup>

Wissenschaftlich bleibt Wundt nach dem Ersten Weltkrieg blass. Er arbeitete in seinen populärwissenschaftlichen Werken, Aufsätzen und Vorträgen den staatlichen Gegenentwurf zur Weimarer Republik in immer differenzierteren, aber auch schärferen Linien und mit neuen Aspekten heraus. Seine grundsätzlichen Positionen blieben dieselben: anti-liberal, anti-aufklärerisch, völkisch, auch antisemitisch. Er vertrat einen Idealismus Fichtescher und Hegelscher Prägung auf orthodox-protestantischer und altgermanischer Grundlage und zeigte eine geistige Verwandtschaft mit Euckens lebensphilosophischen Motiven. Systematisch begründet wird diese philosophische Haltung nicht.

#### 4. Zwischen Monarchie und nationalem Sozialismus

Inhaltlich sind in den 1920er Jahren Verschiebungen bei Wundt auszumachen. So entwickelte er Anfang/Mitte der 1920er Jahre seinen Antisemitismus, auch sein Staatsmodell weist in der Weimarer Republik Modifikationen auf. Ohne die sich wiederholenden Stereotypen, etwa vom „deutschen Geist“, von „Befehl und Gehorsam“, von „Treue“ und vom „Parteihader“ stets erneut darzulegen, werden im Folgenden jeweils die Nuancen in den Werken herausgearbeitet.

Auch mit Berufung auf Hegel analysierte Wundt den „Geist unserer Zeit“, das Buch widmete er seinen „Kampfgenossen, den lebenden und den toten“<sup>1139</sup>. Mit diesem Werk näherte sich Wundt dem „Revolutionären Nationalismus“ an. Die „Ideen von 1914“ beschwörend, als „ein heiliges Gefühl“<sup>1140</sup> alle Glieder und Stände des deutschen Volkes zusammenschmolz, es sich „mit dem Willen zum Tode“ zu einer „höheren Weltansicht, zu der Welt des Geistes und der Wahrheit“<sup>1141</sup>, zum Heldentum und zur Weisheit erhob, sah er die junge Weimarer Republik im Zustand der Entfremdung des Geistes von sich selbst, ein Zu-

---

<sup>1137</sup> Wundt 1920a, 17.

<sup>1138</sup> Wundt 1920a, 23.

<sup>1139</sup> Wundt 1920b.

<sup>1140</sup> Wundt 1920b, 50.

<sup>1141</sup> Wundt, 1920b, 51. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg hatte Wundt zufolge mehrere Gründe: Die Sorge um das Geld, die auch den Krieg gegen Russland nach sich zog, die mangelnde Unterstützung durch die Heimat, meuternde Matrosen, Ersatzbataillone und die Schieber, die sich als Kriegsgewinner beteiligten.

stand der Zerrissenheit und des Gegensatzes, analysierte ihn anhand der hegelschen Dialektik.<sup>1142</sup> Wundt beklagte einen „Rückfall in die Lehre der Aufklärung“, der „vielleicht der schmachlichste Verrat“ des deutschen Geistes an seinem eigenen Wesen sei.<sup>1143</sup> Er prangerte den „Wahn des Wissens“, die „Herrschaft des Wissens“ an und meinte das analytische Denken im Gegensatz zum „lebendigen Wissen des Geistes von sich selbst“<sup>1144</sup>. Die Aufsplitterung der protestantischen Religion notierte er mit Argwohn. Man müsse wieder zurück zum „Mutterboden unseres großen Geisteslebens“<sup>1145</sup>. Denn Grundlage des unmittelbaren Wissens ist der Glaube, der nicht bewiesen werden könne. Der müsse erneuert werden, der christliche Geist müsse mit dem germanischen zum Übersinnlichen verschmolzen und wieder erweckt werden.<sup>1146</sup>

Die bereits vor dem Ersten Weltkrieg von Wundt festgestellte „Herrschaft des Geldes“ habe sich in der Weimarer Republik noch verstärkt. Schrankenlose Genussucht, Völlerei, Hamsterei, Schiebung, eine furchtbare Sittenlosigkeit und ein stets wachsender Klassenhass kennzeichneten Wundt zufolge die Republik. Zum allgemeinen Sittenverfall komme nun die Losung „Geld ohne Arbeit“, also das Arbeitslosengeld, auf die Tagesordnung. Von den Parteien und ihrem Streite sei kein Heil zu erwarten, daher liege Deutschlands Zukunft jenseits der Parteien. Demokratie und Parlamentarismus seien nur ein kostspieliges Theater, in Wahrheit habe man eine „Oligarchie der großen Geldmänner“, die viel gefährlicher und unsittlicher sei, weil sie ihre Herrschaft im Verborgenen ausübe.<sup>1147</sup> Wundt: **„Dieser Staat ist undeutsch von der Wurzel bis zum Gipfel.“**<sup>1148</sup> Daran hätten auch die „Feinde“ mit den „schmeichelnden Phrasen“<sup>1149</sup> von Menschheit, Abrüstung, vom ewigen Frieden, von Völkerbund und Volksherrschaft ihren Anteil. Um die Schmach des Versailler Vertrages zu überwinden, müsse Deutschland seinem eigenen Wesen folgen. Das Land könne nur durch große Männer und Helden zu neuen Höhen empor geführt werden, die im Dienste des Ganzen arbeiteten. Vorbild war ihm dabei Bismarck,

---

<sup>1142</sup> In der ersten Stufe habe der Geist noch in sich selbst geruht, er war Einheit mit sich selbst, ein bewusst-loser Zustand, in dem der Mensch als Einzelwesen sich geistig noch nicht entdeckt habe und mit sich selbst und der Gesamtheit glücklich vereint gewesen sei. In der zweiten Stufe herrsche der Gegensatz, die Zerrissenheit. Der Geist habe sich von sich selbst entfremdet, Inneres und Äußeres seien auseinandergetreten, bilden eine je eigene Welt. Die dritte Stufe müsse der Geist durch die freie Tat erklimmen, er besinne sich dann auf sich selber und versöhne sich mit sich selbst.

<sup>1143</sup> Wundt 1920b, 38.

<sup>1144</sup> Wundt 1920b, 159.

<sup>1145</sup> Wundt 1920b, 42.

<sup>1146</sup> Wundt 1920b, 164.

<sup>1147</sup> Wundt 1920b, 130.

<sup>1148</sup> Wundt 1920b, 130. Im Original ist der gesamte Satz gesperrt.

<sup>1149</sup> Wundt 1920b, 53.

der in drei siegreichen Kriegen<sup>1150</sup> den Gedanken deutscher Einheit und deutscher Größe erfüllt habe. Es brauche keinen Diktator, wohl aber einen Herrscher an der Spitze, der wahrhaft Macht habe: „Einen Führer, in dessen Persönlichkeit das Dasein des Volkes zum klaren Bewusstsein hindurchbricht, will das Volk an seiner Spitze sehen.“<sup>1151</sup>

Die äußere Führung des Volkes müsse jedoch durch die innere ergänzt werden. Das Volk benötige wegen seiner „furchtbaren Verwilderung“<sup>1152</sup> eine Erziehung auf allen Wegen und mit allen Mitteln (Volkshochschule, Fortbildung, Mittel- und Hochschulen), außerdem müsse man sich vom „Wahngedanken der so genannten Schrift- und Redefreiheit [...] frei machen“<sup>1153</sup>, ebenso von der Versammlungsfreiheit. Frei allerdings müsse die „gelehrte Forschung“<sup>1154</sup> bleiben, denn auf ihr beruhe der Bestand und Fortgang des geistigen Lebens.

Wundts Staat greift aber auch über die deutschen Grenzen hinaus. An Deutschlands Wesen solle zwar nicht die ganze Welt, aber zunächst die „slavische Welt“ genesen. Das Meer solle nicht vergessen werden, aber die „Wiege Europas“ müsse zunächst wieder „nach Osten zu“<sup>1155</sup> auf dem festen Lande Wurzeln schlagen. Denn da liege die Zukunft Deutschlands, zumal die „slavische Welt“ nur durch den deutschen Gedanken feste und bestimmte Gestaltung empfangen könne. Wichtigster Partner sei Russland, beide Länder gehörten „unerschütterlich zu einander.“<sup>1156</sup>

Besonderes Gewicht legt Wundt in diesem Werk auf die Auseinandersetzung mit Karl Marx. Er macht Anleihen bei der Marx'schen Kapitalismuskritik. Der Mensch werde durch die „Maschinisierung“ seiner Arbeit seinem Produkt entfremdet, die „Einheit von Mensch, Arbeit und Werk“<sup>1157</sup> sei verloren gegangen, zwischen Arbeit und Werk sei das Geld getreten. Arbeit werde zum bloßen Mittel, um Bedürfnisse zu befriedigen, die Gier nach Geld dominiere.

Dem Kommunistischen Manifest stimmt Wundt „in vielem“<sup>1158</sup> zu, etwa in der Kennzeichnung der beiden Stufen historischer Entwicklung im Feudalismus und der Bürgerlichen Gesellschaft. Sie stimme wesentlich mit Wundts ersten beiden Zuständen der Entwicklung des

---

<sup>1150</sup> Damit meint Wundt wohl den Krieg gegen Dänemark (1864), den preußisch-österreichischen Krieg (1866) und den deutsch-französischen Krieg (1871).

<sup>1151</sup> Wundt 1920b, 155.

<sup>1152</sup> Wundt 1920b, 156.

<sup>1153</sup> Wundt 1920b, 156.

<sup>1154</sup> Wundt 1920b, 156.

<sup>1155</sup> Wundt 1920b, 92.

<sup>1156</sup> Wundt 1920b, 93.

<sup>1157</sup> Wundt 1920b, 35. Goethe habe diese Einheit am Handwerk verherrlicht.

<sup>1158</sup> Wundt 1920b, 70.

Geistes überein. Die aktuelle Gegenwart sieht Wundt auf der zweiten Stufe, der Zerrissenheit des Geistes mit sich selbst. Insbesondere sei „der nackte Vorteil“<sup>1159</sup>, das Streben nach Geld, richtig als das Wesen des zweiten Zustandes charakterisiert, der jedoch bereits den Keim des eigenen Untergangs in sich trage. Nun aber folgt eine geschickte Wendung Wundts, ein Sophismus: Während Marx im Kommunistischen Manifest die Proletarier „die Feinde ihrer Feinde“<sup>1160</sup> bekämpfen lassen will, schließt Wundt schein-kausal von den „Feinden der Feinde“ auf den „Freund“: Denn der Feind meines Feindes müsse doch mein Freund sein, behauptet er. „Wer in aller Welt wird so töricht sein, nicht die Freundschaft derer zu suchen, die den gleichen Feind bekämpfen wie er selbst?“<sup>1161</sup>, fragt er anschließend rhetorisch. Die Bourgeoisie, das Bürgertum, habe mit seinem Kapitalismus die Lebensbedingungen aller bedroht, gerade in Deutschland aber hätten „noch starke Kräfte der alten patriarchalischen, auf Ehrfurcht, Treue und Pflicht gegründeten Lebensordnung einen Widerstand“<sup>1162</sup> entgegengesetzt. Diese Kräfte seien doch die „natürlichen Bundesgenossen“ des Proletariats. Sie aber sollen die Arbeiter bekämpfen: „Ist das nicht Wahnsinn? Voller Wahnsinn?“<sup>1163</sup>

Dermaßen gewendet sucht Wundt hier den Schulterschluss zwischen den „alten Kräften“, den Alldeutschen, Deutsch-Nationalen, Deutsch-Völkischen und der Arbeiterschaft. Schließlich sei die Aufklärung Grundlage des bourgeoisen und kapitalistischen Lebens, der „soziale Gedanke“ hingegen sei „ein Geschöpf des deutschen Idealismus“. In „der Heiligung der Arbeit und der Hingabe an die Gemeinschaft“ spreche er „echt deutsche Gedanken aus“. Hier sieht Wundt fundamentale Übereinstimmungen mit den Werten der Arbeiterbewegung. Statt die gemeinsamen Interessen zu erkennen, beschimpfe das Kommunistische Manifest „den deutschen, den ‚wahren‘ Sozialismus“<sup>1164</sup>. Dieser Sozialismus habe richtig erkannt, dass „Königtum und Arbeiter in der neuen Geldmacht einen gemeinsamen Feind bekämpfen.“<sup>1165</sup>

„Wahre Sozialisten“ hätten die soziale Gesetzgebung geschaffen, es seien „Sozialisten der Tat: Kaiser Wilhelm I. und sein großer Kanzler.“<sup>1166</sup> Die nach der Niederlage des Ersten Weltkriegs erfolgte Revo-

---

<sup>1159</sup> Wundt 1920b, 70. Diese Gedanken seien jedoch „altes Erbgut des deutschen philosophischen Denkens“ (Wundt, 1920b, 71), etwa Schillers, Fichtes und Hegels.

<sup>1160</sup> Marx, Engels Werke (MEW), Band 4, 1980, 470. Allerdings lässt Wundt die Marx'sche Erläuterung der Feinde weg: Das sind nämlich „die Reste der absoluten Monarchie, die Grundeigentümer, die nichtindustriellen Bourgeois, die Kleinbürger.“

<sup>1161</sup> Wundt 1920b, 74.

<sup>1162</sup> Wundt 1920b, 74.

<sup>1163</sup> Wundt 1920b, 75.

<sup>1164</sup> Wundt 1920b, 75.

<sup>1165</sup> Wundt 1920b, 75.

<sup>1166</sup> Wundt 1920b, 83.

lution interpretiert der Philosoph nun als die erste der von Marx beschriebenen Revolutionen, also eine bürgerliche. Ob es eine zweite Revolution gibt, hängt vom Willen Einzelner und der Bereitschaft der Massen ab, diesem Willen zu folgen. Voraussetzung sei, dass sich der deutsche Geist wieder auf die Werte seines Inneren und auf das eigene Wesen besinne. Dann werde man das Ziel erreichen, in den Redensarten der Parteien „in drei Worte“ zusammengefasst: „National statt international, Männer statt Masse, Sozialismus statt Kapitalismus.“<sup>1167</sup> Der nationale Sozialismus Wundts zeigt sich gesellschaftspolitisch in einer „kunstvollen Gliederung nach Berufsständen und Ortsverbänden“ („der gesunde Kern des ‚Rätegedankens‘“<sup>1168</sup>), wobei die Parteien „aus Reichs- und Landtagen“ und aus „Kreisversammlungen und Stadtverordnetenkollegien ausgetrieben werden“ sollen. Auch eine Verstaatlichung des „Geldwesens“<sup>1169</sup> zieht Wundt in Betracht.

Drei Jahre später nimmt Wundt wieder verstärkt hegelsche Gedanken auf. Von einem „nationalen Sozialismus“ ist nicht mehr die Rede, Marx und die Arbeiterbewegung spielen nur noch eine kleine Rolle in der Auseinandersetzung mit der Weimarer Demokratie. Mit seiner in sich geschlossenen und systematisch entwickelten „Staatsphilosophie. Ein Buch für Deutsche“ wollte Wundt den „deutschen Staatsgedanken“ wieder zu Ehren bringen<sup>1170</sup>, der in der Erinnerung als machtvoller Staat lebendig und nur als Nationalstaat denkbar sei. In Anlehnung an die preußische Verfassung unter Bismarck konstruiert Wundt einen autoritären Nationalstaat mit einer starken Stellung der „fürstlichen Gewalt“. Allerdings akzeptiert er das allgemeine Wahlrecht. Er unternimmt es zum ersten Mal, das Staatsvolk völkisch zu begründen.

Das Volk sei die natürliche und gegebene Einheit, das Volkstum die sittliche und geforderte Gemeinschaft. In einer dreistufigen Umgestaltung des Volkes zum Volkstum, zur Volksgemeinschaft verwirkliche sich der objektive Geist, die natürliche Volksgemeinschaft werde eine sittliche, bewusste und vernünftige.<sup>1171</sup> Die erste Stufe, die natürliche Volksgemeinschaft, sei durch eine zweifache natürliche Wurzel bestimmt: „die Gemeinschaft des Bodens und die Gemeinschaft des Blutes.“<sup>1172</sup> Der Boden sei das äußere, das Blut das innere Band der Volksgenossen.<sup>1173</sup> Zum Blut und Boden als Grundlage der Volksge-

---

<sup>1167</sup> Wundt 1920b, 95.

<sup>1168</sup> Wundt 1920b, 134.

<sup>1169</sup> Wundt 1920b, 153. Unternehmen sollen hingegen nicht verstaatlicht werden. Weitere Verstaatlichungen sollen „Fachleute“ entscheiden.

<sup>1170</sup> Wundt 1923a.

<sup>1171</sup> Wundt 1923a, 25.

<sup>1172</sup> Wundt 1923a, 25.

<sup>1173</sup> Es gebe „seltene Fälle“, in denen entweder der gemeinsame Boden oder das gemeinsame Blut fehle, es dennoch zu einer Volksgemeinschaft komme, so Wundt: So hätten die Schweizer keine Gemeinschaft des Blutes, den Juden hingegen fehle der

meinschaft tritt bei Wundt die Arbeit als Handlung hinzu, wodurch die Volksgemeinschaft zu einer bewussten und zu einer sittlichen umgestaltet werde. Die sittliche Gemeinschaft zeigt sich dem Philosophen in einer doppelten Gestalt: der äußeren Gemeinschaft der Sitte und der inneren Gemeinschaft der Sprache. Damit begibt sich Wundt in auffällige Nähe seines Jenaer Philosophenkollegen Bruno Bauch, der bereits 1917 ähnlich argumentiert und die Juden ausgeschlossen hatte, weil sie sich als „völkische Fremdlinge“ die deutsche Sprache nie aneignen könnten. Auch nach Wundt hat Sprache ihre natürliche Grundlage im Blut, in ihr offenbare sich die Volksseele.<sup>1174</sup> Arbeit, Sitte und Sprache gestalten sich laut Wundt zum Selbstbewusstsein, das sich zunächst in einzelnen Persönlichkeiten zu einer „Gemeinschaft der Geschichte“ bilde, die später das gesamte Volk „zur selbstbewussten Einheit“<sup>1175</sup> zusammenfasse. Doch die Vernunft, „die allgemeine Macht“, sei vom bewussten Willen unabhängig und könne nicht vollständig beherrscht werden. Der Wille könne sich nicht immer durchsetzen, so sei die Gemeinschaft der Geschichte „nur zum Teil Tatgemeinschaft, zum größeren Schicksalsgemeinschaft.“<sup>1176</sup>

Wundts „objektiver Geist“ verwirklicht sich auch im Dreiklang Familie, Gesellschaft, Staat. Die Familie, „der natürliche Träger des sittlichen Geistes“<sup>1177</sup>, sei durch das gemeinsame Blut verbunden und Urbild der sittlichen Gemeinschaft. In ihr wirke der Geist der Pietät, ein inniges wechselseitiges Liebesverhältnis. Während die Liebe zwischen Mann und Frau bestimmend sei, eigne den Kindern den Eltern gegenüber die Eigenschaft der Ehrfurcht. Im Verhältnis der Geschwister sieht Wundt den Übergang zur Gesellschaft, die sich nach dem hegelischen „System der Bedürfnisse“ organisiere. Die wechselseitige Abhängigkeit der Gesellschaftsmitglieder bedinge den Vertrag, der die Rechtsgrundlage der wirtschaftlichen Aktivitäten wird. Wie auch Hegel, so beschränkt Wundt die Freiheit des Individuums ausschließlich auf die Tätigkeit in Beruf und Wirtschaft. Die Unverletzlichkeit der Person, die Sicherheit des Eigentums und Vertragsfreiheit finden allein hier ihre Grundlage.<sup>1178</sup>

---

gemeinsame Boden. Bei den Juden habe „die Stimme des Blutes“ stets besonders nachdrücklich geredet. Vgl. Wundt 1923a, 26. Tiltzki's Behauptung, Wundt habe „nur“ einen „Antijudaismus“ vertreten, widerlegt Wundt hier selbst. Tiltzki 2002, 30. Für 1923 ist diese Behauptung nicht haltbar. Durch „Sitte und Glaube“ sei „die Judenschaft“ innerlich nicht nur vom Staate, sondern auch „von dem Volkstum ihres Wirtschaftsvolkes getrennt“, so Wundt. Sie verfolge Ziele, „die häufig nicht nur dem Staate, sondern dem ganzen Volke, das sie beherbergt, „verderblich werden können.“ Zum „Volkstum“, zur „Volksgemeinschaft“ gehört nach Wundt die Blutsgemeinschaft, die Gemeinschaft des Bodens und die Sprache.

<sup>1174</sup> Wundt 1923a, 28.

<sup>1175</sup> Wundt 1923a, 29.

<sup>1176</sup> Wundt 1923a, 29.

<sup>1177</sup> Wundt 1923a, 33.

<sup>1178</sup> Vgl. Wundt 1923a, 37.



Weil jedoch die unterschiedlichen Interessen in den wirtschaftlichen Beziehungen Gegensätze hervorrufen, sich die Gesellschaft in Reiche und Arme teile, das Geld eine immer wichtigere Funktion erhalte, komme es zum Klassenkampf: „Auch dieser Kampf ist von der abstrakten Gleichheit beherrscht, Masse steht gegen Masse, die Masse der Fäuste gegen die Masse des Geldes.“<sup>1179</sup> So entstehen laut Wundt die Verbände, künstliche Einheiten, die nur einen Teil der Gesellschaft repräsentierten und sich nach außen feindlich gegenüberstünden. Doch der Staat binde diese in der Gesellschaft auseinanderstrebenden Kräfte, in ihm vollende sich die Einheit. Im Staat verschmelzten die in der Familie begründete Pietät und das Bewusstsein der Rechtlichkeit in der Gesellschaft zur Tugend der Vaterlandsliebe.<sup>1180</sup> Der Staat wird zur „vernünftigen Macht“, der auch durch Gewalt zur Unterwerfung zwingen könne. Der Zwang soll aber „freiwilligen Gehorsam“<sup>1181</sup> finden. Das Wesen des Staates bestimmt Wundt „als die ihrer selbst bewusste, vernünftig-sittliche Einheit des Volkstums, oder kürzer: als die selbstbewusste völkische Gemeinschaft.“<sup>1182</sup>

In Anlehnung an Hegel<sup>1183</sup> unternimmt es Wundt im Folgenden, die Verwirklichung des objektiven Geistes im Staat<sup>1184</sup> zu konstruieren. Nach innen sei der Staat Gesetzesmacht<sup>1185</sup>, nach außen Kriegsmacht.<sup>1186</sup> Herrschaft müsse „nach Regeln“<sup>1187</sup> geübt werden, die von

---

<sup>1179</sup> Wundt 1923a, 38.

<sup>1180</sup> Vgl. Wundt 1923a, 39.

<sup>1181</sup> Wundt 1923a, 40.

<sup>1182</sup> Wundt 1923a, 40.

<sup>1183</sup> Wundt setzt sich jedoch inhaltlich von Hegel ab. Während Hegel den objektiven Geist sich im abstrakten Recht, in der Moralität und in der Sittlichkeit verwirklichen lässt, hebt Wundt allein auf die von Hegel unter dem Begriff der Sittlichkeit subsumierten Begriffe Familie, Gesellschaft und Staat ab. Auch gegen den Begriff der „Bürgerlichen Gesellschaft“ sperrt sich Wundt, da Marx ihn als Gegensatz zum Proletariat gebraucht habe. „Selbstverständlich“ gehörten „die sogenannten Proletarier“ auch dazu. Die Stufenfolge bei der Entwicklung des Geistes richtet sich nach der von Hegel vorgegebenen: Die noch unvermittelte Einheit des Geistes entzweit sich und wird in der dritten Stufe zur vermittelten Einheit, in dem der Geist zum Bewusstsein seiner selbst kommt. In allen drei Stufen, der Familie, der Gesellschaft und des Staates, kommt es zur vollendeten Einheit im Selbstbewusstsein. Wundt 1923a, 31f.

<sup>1184</sup> Es sei hier noch einmal erwähnt, dass Wundt die Vertragstheorien ablehnt. Sie könnten höchstens auf der gesellschaftlichen Ebene, etwa im Handel angewandt werden. Vgl. Wundt 1923a, 42. Wundt spricht sich auch gegen den Sozialismus und den Bolschewismus, gegen das Gottesgnadentum und die Volkssouveränität aus. Vgl. Wundt 1923a, 52ff. Ebenso kann das Naturrecht nicht im Staat gelten. Wundt 1923a, 72. Die allgemeinen Menschenrechte seien „ein hässliches Gemisch von verstiegener Schwärmerei und Krämergeist.“ Wundt 1923a, 75. Den Völkerbund empfindet er als Herrschaft eines Staates oder mehrerer Staaten über die übrigen, ein politisches Werkzeug. Vgl. Wundt 1923a, 89.

<sup>1185</sup> Notwendig seien dazu auch eine Verfassung sowie unabhängige Richter. Vgl. Wundt 1923a, 78; 81.

<sup>1186</sup> Die Deutschen stünden zwischen dem Bolschewismus und dem Kapitalismus. Unter diesem zerstörenden Doppeleinfluss sinke das Ansehen und die Stärke des Reiches von Tag zu Tag. Vgl. Wundt, 1923a, 184. Polen und Tschechen sprach er

der Gesamtheit anerkannt seien. Da der „wahre Rechtsgrund des Staates“ im sittlichen Wert liege, allein der sittliche Wille der Volksgemeinschaft Bestand und Dauer sichern könne, erkenne der Einzelne sein Wollen und sein Wirken im Staat wieder. Er gebe sich dem Staat freiwillig hin. Wundt bemüht hier abermals den germanischen Begriff der Treue, der in seinen Werken zentral ist. „Treue“ sieht Wundt als Scharnier zwischen Führern und Geführten. Sie definiert der Philosoph als freien Verzicht, als freie Hingabe der Geführten an eine andere Macht, als „Einheit des Gesamtwillens und der Einzelwillen“<sup>1188</sup>. Der Staat rechtfertige sich ihm zufolge nur als „Treueverband“, und nur die Gerechtigkeit, „nicht die Gewalt“<sup>1189</sup>, könne auf Anerkennung der Unterworfenen rechnen. „Gerechtigkeit“ bestehe jedoch darin, dass „Jedem das Seine“ vom Staat und der Gesellschaft gegeben werde und „Jeder das Seine“ für den Staat und die Gesellschaft tue.<sup>1190</sup> Kriterien sind nach Wundt die „geistig-sittlichen Anlagen und Aufgaben“<sup>1191</sup>.

Ein Recht gibt es nach Wundt erst in einem Staat. Rechte und Pflichten gehörten jedoch zusammen. „Erstes Bürgerrecht“ sei, „seiner sittlichen Aufgabe gerecht zu werden.“<sup>1192</sup> Nur dazu gebe es das „Recht auf Freiheit“<sup>1193</sup>, die höchste Forderung des Einzelnen an den Staat sei das „Recht auf Arbeit“<sup>1194</sup>. Denn Bettler und Müßiggänger dürfe der Staat nicht dulden. Davon abgeleitet bestehe auch ein Recht auf Sicherheit und ein Recht auf Eigentum.

Der Führende eines Staates müsse gleichzeitig Feldherr und Staatsmann sein, dem auch tiefste Eingriffe in die Freiheit der Bürger erlaubt seien, so Wundt. Er müsse an „militärische Zucht“ und „freies Führertum“<sup>1195</sup> gewöhnt werden. Wundt bekämpft die Gewaltenteilung und setzt sich für eine „fürstliche Gewalt“<sup>1196</sup> ein, für einen „Verfassungs-

---

einen eigenen Anspruch auf einen Staat ab, sie sollten sich dessen erst würdig erweisen. Wundt 1923a, 69.

<sup>1187</sup> Wundt 1923a, 45f.

<sup>1188</sup> Wundt 1923a, 60. Weder der Einzelne noch der Staat dürften laut Wundt zum bloßen Mittel für den Zweck herabgesetzt werden. „Mittel“ und „Zweck“ seien vielmehr wechselseitig miteinander verbunden. Vgl. Wundt, 1923a, 63. Haering hingegen hatte sämtliche Mittel dem von einem Einzelnen formulierten Zweck unterstellt.

<sup>1189</sup> Wundt 1923a, 65.

<sup>1190</sup> In der Weimarer Republik bekomme „Jeder das Gleiche“, so Wundt. Das sei eine „falsche Gerechtigkeit“ und eine „Beleidigung für den Menschen“. Wundt 1923a, 66.

<sup>1191</sup> Wundt 1923a, 67.

<sup>1192</sup> Wundt 1923a, 75.

<sup>1193</sup> Wundt 1923a, 75. „Sinnliche Freiheit“ ist für Wundt die „Freiheit der Willkür, zu tun und zu lassen, was einem beliebt“. Diese Freiheit müsse unterdrückt werden. Wundt 1923a, 67.

<sup>1194</sup> Wundt 1923a, 75.

<sup>1195</sup> Wundt 1923a, 102.

<sup>1196</sup> Hier lässt er offen, ob es eine „Erbmonarchie“ sein soll, oder ob an der Spitze ein „Präsident“ steht. Vgl. Wundt, 1923a, 148. Vorbild für den Machtstaat ist ihm aber Bismarck und die Verfassung Preußens. Die Weimarer Republik hingegen habe eine Verfassung „nach dem demokratischen Allerweltsmuster“. Vgl. Wundt 1923a, 156.

staat“<sup>1197</sup>, „den uns die Revolution zerschlagen hat“<sup>1197</sup>, also die Bismarck'sche Reichsverfassung – mit Fürstengewalt und einer Art Volksvertretung. Während in der „Fürstengewalt die Einheit des staatlichen, selbstbewussten Willens zum Ausdruck komme, bestehe die Volksgewalt in der Vielheit der in der Gesellschaft lebendigen Antriebe, in einer berufsständischen Kammer. In diesem „Verfassungsstaat“ dürfe die Fürstengewalt nicht gegen den Willen der Ständekammer entscheiden, müsse aber auch mit ihr nicht konform gehen, beide Glieder sollten ihre Eigenständigkeit beibehalten.<sup>1198</sup> So sei die „Verwirklichung der Vernunft am meisten gewährleistet“<sup>1199</sup>.

„In dringenden Lagen“ jedoch könne der Verfassungsstaat „mehr oder weniger selbsttätig wieder in den Herrenstaat“ übergehen, in dem die „fürstliche Gewalt“ das Recht erhalte, den „Krieg zu erklären und Frieden zu schließen“, das Recht, die „Volksvertretung zu berufen oder aufzulösen.“<sup>1200</sup> Wiederholt ein Untergangsszenario des Weimarer Staates beschwörend, verlangt Wundt nach einem Diktator, der „als erste und wichtigste Aufgabe“ die Parteien, diese „künstliche Gliederung“ des Volkes, beseitigen und ein nur beratendes, nach Berufen vertretenes „Ständehaus“, die „natürliche Gliederung“, installieren müsse.<sup>1201</sup> Der Diktator – mit allen Befugnissen ausgestattet – solle „in Zeiten der höchsten Not“ und „des drohenden Untergangs“<sup>1202</sup> nur eine vorübergehende Erscheinung sein, als „dauernde Einrichtung möchten wir sie nicht bei uns haben.“<sup>1203</sup> Wenn die Zeiten wieder „milder werden“, könne der Einfluss des Ständehauses wachsen.<sup>1204</sup>

---

<sup>1197</sup> Wundt 1923a, 124.

<sup>1198</sup> Wie dann aber eine Entscheidung zustande kommt, erschließt sich nicht.

<sup>1199</sup> Wundt 1923a, 119.

<sup>1200</sup> Wundt 1923a, 119. Auch Montesquieu und Kant hätten diese Form der Gewaltenteilung eigentlich gemeint, behauptet Wundt. Die Schwächen der Weimarer Republik beruhten nach Wundt darauf, dass der Reichspräsident zwar vom Volk gewählt werde, seine Rechte ihm jedoch vorenthalten würden, seine Macht eingeschränkt sei. So zwingt ihm das Parlament die Minister auf, Parlamentsbeschlüsse könne er auf Dauer nicht verhindern. Vgl. Wundt 1923a, 131.

<sup>1201</sup> Wundt 1923a, 185. Wundt argumentiert mit den bereits bekannten Stereotypen gegen die Parteien. Gesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften, Söldnertruppen, Wirtschaftsverbände, aber auch die Juden würden sich „als Staat im Staate“ gebärden. Die „eigentliche Aufgabe“ der Volksvertretung, des Ständehauses, sei nicht die Entscheidung, sondern die Beratung. Der Reichswirtschaftsrat müsse zu einer wirklichen berufsständischen Kammer ausgebaut werden. Wie bereits erwähnt sieht Wundt die staatliche Gliederung in seiner Staatsphilosophie am besten durch eine Stände- oder Berufskammer und die fürstliche Gewalt gewährleistet.

<sup>1202</sup> Wundt 1923a, 185.

<sup>1203</sup> Wundt 1923a, 185; Wundt 1924a, 136.

<sup>1204</sup> Schon unter den gegebenen Verhältnissen, also in der Weimarer Republik, könne die Verfassung geändert werden. „Allzu große Änderungen“ bedürfe es nicht. Auch in den Ländern müsse ein Staatspräsident installiert werden, der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehen soll. Er müsse das Recht haben, seine Minister selbst zu ernennen und der Volksvertretung gegenüber sein entschiedenes Nein entgegenzusetzen. Vgl. Wundt 1923a, 186.

„Unehrllichkeit“ und „Unwirksamkeit“ wirft Wundt der Weimarer Republik im gleichen Jahr in einem kleinen Aufsatz vor.<sup>1205</sup> Die gesetzmäßige und tatsächliche Gewalt fielen in ihr nicht zusammen, im „reinen Volksstaat“ sei alle Macht an die Parteien übergegangen, die größte Macht an jene, die dem Volk am meisten zu schmeicheln vermögen. Daraus resultiere die „Unwirksamkeit“. Der Staat, der die Aufgabe habe, die auseinanderstrebenden und miteinander ringenden Kräfte zu einer vernünftigen Einheit zusammenzuschließen, versage. Stattdessen bestimmten „die großen Geldmächte und die Arbeiterverbände“<sup>1206</sup> das gesellschaftspolitische Leben. So könne der Staat seinen Zweck (insbesondere die Verwirklichung der Gerechtigkeit, das heißt die Verwirklichung des sittlichen Geistes in der Gemeinschaft) nicht mehr erfüllen, die Rechtfertigung des Staates gehe somit verloren. Wundt: „Das ist kein Staat mehr, sondern der verhaltene Bürgerkrieg, der bei der nächsten Gelegenheit in einen offenen ausbrechen wird.“<sup>1207</sup> Den „angeblich(en) Freistaat“ seit November 1918 charakterisiert der Philosoph als Despotismus und Absolutismus der Volksvertretung<sup>1208</sup>, der verfassungsmäßige Zustand sei nach dem Ersten Weltkrieg abgeschafft worden.<sup>1209</sup> Um ihn wiederherzustellen, müsse die „künstliche Gliederung“, der Gedanke der allgemeinen Gleichheit<sup>1210</sup>, durch die „natürliche Gliederung“<sup>1211</sup> in Berufsständen ersetzt werden. Der Reichspräsident dürfe nicht mehr vom Willen des Parlaments abhängig sein, er müsse seine Minister selbst ernennen und ein „endgültiges Nein gegenüber den Beschlüssen der Volksvertretung“<sup>1212</sup> durchsetzen können. Vorübergehend kann sich Wundt mit einem Zweikammersystem anfreunden, die aus der berufsständischen Kammer und den Parteien besteht. Da die Parteien aber „ein solches Unglück“ sind, müssten sie „möglichst verschwinden.“<sup>1213</sup> Übrig bliebe nur die berufsständische Kammer, deren Vertreter nicht einmal gewählt werden brauchten, „ei-

---

<sup>1205</sup> Wundt 1923b.

<sup>1206</sup> Wundt 1923b, 13.

<sup>1207</sup> Wundt 1923b, 14.

<sup>1208</sup> Wundt 1923b, 15ff.

<sup>1209</sup> Wundt bemüht sogar Kant als Zeugen, der die beste Gewähr einer freiheitlichen Verfassung in der Konstitutionellen Monarchie gesehen habe (Wundt, 1923b, 15). Kants Haltung zu den Staatsformen hat Anlass zu unterschiedlichen Interpretationen gegeben. Unstrittig ist, dass der Königsberger die Republik als Herrschaftsform mit Gewaltenteilung favorisiert hat. Als Regierungsform (Monarchie, Aristokratie, Demokratie) sprach er sich zwar für die aufgeklärte Monarchie aus, „aber plädiert trotzdem ausgehend von der Idee der Volkssouveränität für einen Prozess der zunehmenden Mitbestimmung des Volks in der Erscheinungswelt.“ So sah Kant die Monarchie als Übergang, teleologisch als Werdendes in Richtung auf sein Postulat der Volkssouveränität durch ein repräsentatives System an. Vgl. Joung 2006, 107.

<sup>1210</sup> Nach Wundt ist dieser Gedanke eine „Beleidigung für den Menschen“ (Wundt 1923b, 18).

<sup>1211</sup> Wie schon in seinem Werk zuvor, sieht er die ursprünglichen Wurzeln des Volkstums in der „Gemeinschaft des Bodens und des Blutes“. Daraus würden die Berufsstände und Körperschaften hervordachsen. Vgl. Wundt 1923b, 17f.

<sup>1212</sup> Wundt 1923b, 23.

<sup>1213</sup> Wundt 1923b, 24.

ne bestimmte führende Stellung<sup>1214</sup> würde einen Sitz nach sich ziehen: „Auf die völlig unnütze politische Aufregung des Volkes durch die Wahlen könnten wir getrost verzichten.“<sup>1215</sup> Denn „die Masse als solche sollte keine politische Macht sein. Sie ist der bloße Gegenstand politischer Gestaltung, nicht selbst schon politische Gestalt.“<sup>1216</sup>

## 5. Blut oder Religion? Wundts Rassebegriff

Aggressiven Antisemitismus vertritt Wundt drei Jahre nach der „Staatsphilosophie“. Der Philosoph zeigt sich als völkischer, rassistischer und antisemitischer Ideologe, mit einer Nähe zum „arischen Glauben“, dessen „Hauptquelle“ er in der Edda sieht.<sup>1217</sup> Germanischer Wille, christliche Liebe und griechischer Geist sind nach Wundt die Grundlagen der völkischen Weltanschauung. Ausgehend von der Rassenkunde<sup>1218</sup> behauptet er seelische Rassen. Die nordische Seele mit ihrer stürmischen Tatkraft und der nordische Geist mit seinem auf hohe Ziele gerichteten Sinn erschienen ihm als geborene Führer des deutschen Volkes.

Der Führergedanke müsse das gesamte öffentliche Leben durchdringen, „indem jeder nach Möglichkeit in seinem größeren oder kleineren Kreise zum Führer wird“ – dieser sei „nur Gott in seinem Gewissen verantwortlich.“<sup>1219</sup> Nach innen fordert Wundt vom Staat den Schutz und die Förderung des deutschen Blutes, außenpolitisch die Vereinigung des von Deutschen in Mitteleuropa besiedelten Bodens sowie die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes. Nicht die Versöhnung mit anderen Völkern sei die Hauptaufgabe, sondern Bildung im Geiste des deutschen Volkstums.<sup>1220</sup> Den „Hauptfeind“ des deutschen Denkens macht Wundt nicht mehr allgemein in den westlichen Demokratien aus, diese Stelle haben nun die Juden übernommen. Sie hätten sich in den europäischen Staaten festgesetzt, sich deren Denkrichtungen angepasst, würden ihr zersetzendes Werk fortsetzen und eine „Herrschaft des Judentums“<sup>1221</sup> errichten wollen.<sup>1222</sup> Es gelte, die völkische Welt-

---

<sup>1214</sup> Wundt 1923b, 26.

<sup>1215</sup> Wundt 1923b, 26.

<sup>1216</sup> Wundt 1923b, 25.

<sup>1217</sup> Der „arische Glaube“ könne zwar nicht den bestimmten Inhalt des völkischen Glaubens bieten, er sei jedoch „Regel“ und „Leitschnur“. Wundt, 1926c, 50.

<sup>1218</sup> Fichte und Platon seien Vorläufer „wahrer Rassenforschung“, behauptet Wundt. Wundt, 1926c, 90. Zur Einordnung und Geschichte der Begriffe „Rasse“ und „Rassenkunde“ siehe Lund 2002, 324ff. „Rasse“ ist demzufolge eine Konstruktion, „Rassenkunde“ eine Pseudowissenschaft, als solche eine „verbrämte Ideologie“.

<sup>1219</sup> Wundt 1926c, 169.

<sup>1220</sup> Wundt 1926c, 167f.

<sup>1221</sup> Wundt 1926c, 118. Die sieht Wundt nicht nur in einer angenommenen finanziellen Hegemonie, sondern auch im Pressewesen oder etwa in der Geisteswissenschaft. So seien von den sieben in Deutschland am meisten verbreiteten Büchern über Goethe sechs von Juden geschrieben, echauffierte er sich. Wundt 1926c, 190.

anschauung im Kampf gegen den jüdischen Geist zu erringen, der sich zum Träger aller den Deutschen schädlichen Denkrichtungen gemacht habe. Diese „schädlichen Denkrichtungen“ sah Wundt im Materialismus, im Positivismus, im Relativismus und im Skeptizismus.

Die auf dem Biologismus beruhende pseudo-wissenschaftliche Begründung des Antisemitismus machte Wundt offenbar Schwierigkeiten. Der weit verbreiteten biologistischen Fundierung möchte er nicht mehr – wie 1923 noch – ausschließlich folgen. Seine rassentheoretische Begründung ist denn auch in sich widersprüchlich, ein erbbiologischer Determinismus und ein geistig-religiöser Ursprung eines angeblich „jüdischen Charakters“ bestehen nebeneinander. So behauptet er, im Blut sei „die besondere Geistesart jeder Rasse angelegt“<sup>1223</sup>, bestimmt also das Blut als ursächlich für die geistigen Anlagen.<sup>1224</sup> Doch an anderer Stelle billigt er dem Blut nur zu, eine der Grundbedingungen jedes Volkstums zu sein, jedoch nicht die einzige. Welche noch hinzukommen, erwähnt er nicht. Nur so viel: Auch Rassen seien geistige Mächte, deren Geistesart sich ihre je bestimmte Körperlichkeit gestaltet habe. Der „einfache Rückschluss“<sup>1225</sup> von einer körperlichen auf die seelische Rasse sei höchst unsicher.

Im Anhang dieses Werkes, einer 25-seitigen Schrift mit dem Titel „Der ewige Jude. Ein Versuch über Sinn und Bedeutung des Judentums“ stellt sich Wundt gegen „die Lehre von der bloßen Minderwertigkeit“<sup>1226</sup> der Juden und sucht die Juden als Volk, aber nicht als Rasse zu bestimmen.<sup>1227</sup> Sie seien durch ihr besonderes „Blutbewusstsein“, das sie über die Grenzen hinaus verbinde, ein Volk, „eine Art Rasse zweiter Ordnung.“<sup>1228</sup> Denn diese „Blutsgemeinschaft“ sei durch die Sitte, nämlich die Inzucht, entstanden, die Sitte wiederum aus der Religion. Nicht im Blute, das aufgrund ihrer weltweiten Verbreitung aus

---

<sup>1222</sup> In den Thesen von Karl Marx sah Wundt eine „jüdische Verfälschung des echten, aus christlichem und deutschem Denken geborenen sozialen Gedankens.“ Wundt 1926c, 88.

<sup>1223</sup> Wundt 1926c, 160.

<sup>1224</sup> Gegen die Ansicht, die völkische Gemeinschaft auf den Blutsgedanken aufzubauen, argumentiert Wundt auch schon zwei Jahre zuvor, und zwar genauso widersprüchlich: „Wenn durch ein Wunder der Vorsehung“, schrieb er, „alle Juden aus unserem Volke verschwänden, und sogar das deutsche Blut von allen Beimischungen jüdischen Blutes befreit würde, so würden wir damit doch nicht die völkische Gemeinschaft, auf die es ankommt, besitzen. Da müssen noch viele weitere Bedingungen hinzukommen. Und vor allem: die Verjudung unseres Geistes, die viel schwerer zu bekämpfen ist als die Verjudung unseres Blutes, wäre damit noch nicht beseitigt.“ Man solle den Gedanken der Blutsgemeinschaft nicht „übersteigern.“ Andererseits entstehe „nur aus dem gemeinsamen Blute“ eine „wirkliche geistige Gemeinschaft.“ Wundt 1924c, 10f.

<sup>1225</sup> Wundt 1926c, 160.

<sup>1226</sup> Wundt 1926c, 176.

<sup>1227</sup> Man mache es sich zu leicht, so Wundt, wenn die völkischen Kreise nur das Schlechte und Gemeine der Juden den edelsten Gestalten und Schöpfungen deutschen Wesens gegenüberstellten. Vgl. Wundt 1926c, 175.

<sup>1228</sup> Wundt 1926c, 177.

verschiedenen Quellen stamme, sondern im Glauben müsse der ursprüngliche Antrieb und die bestimmende Macht ihres Wesens gesucht werden, so Wundt.<sup>1229</sup> Die „wahre Wurzel“ der rassistischen Besonderheiten liege in der Religion. So habe die Geschichte (die Geschichte eines Leidensweges) – nicht die Natur – die Juden zu dem gemacht, was sie geworden seien. Indem sie die Botschaft der Propheten nicht verstanden, Jesus<sup>1230</sup> nicht als Heilsbringer akzeptiert hätten, seien sie der ewigen Unrast unterworfen. Dieses Schicksal der Juden sei auch eine Warnung an alle Deutsch-Völkischen. So könne es mit einem Volke gehen, wenn es sich vom Geist Gottes abwende. Der Feind, der sich auf dem Boden der Deutschen eingenistet habe, müsse „von uns selbst oder unseren Kindern vertrieben werden.“<sup>1231</sup> Der „Judengeist“ habe schon „erschreckend weite Bezirke der deutschen Seele erobert.“<sup>1232</sup> Und was dem deutschen Volk schade, müsse ausgemerzt werden.<sup>1233</sup>

Den durchaus positiven Eigenschaften der Juden (Vertrauen auf Gott, Liebe zu Familie und Volk, Treue gegen Sitte und Herkommen, rastloser Fleiß) stünden „unedle Eigenschaften“ gegenüber: Habsucht, Unaufrichtigkeit, kriechende Demut, Frechheit und Grausamkeit, Heimtücke, Falschheit, Rachgier, die Gier nach dem Gelde (der „verdrängte Herrschertrieb“<sup>1234</sup>). Die Juden nannte Wundt eine teuflische Macht, Geist der Verworfenheit, des Hasses und der Verneinung, mit einer zersetzenden Wirkung auf die Völker. Seit der Judenemanzipation sei ihre Macht furchtbar gewachsen und ihre zersetzende Wirkung auf die Völker noch viel deutlicher geworden. Wundt: „Mit ihrem Gelde knechten sie die Welt.“<sup>1235</sup> Ein Jude könne selbst durch die Taufe nicht zu einem anderen, besseren Menschen werden, auch assimilierte Juden finden bei ihm keine Gnade.

Während der Innsbrucker Horst Wagenführ in einer Rezension das Werk lobt<sup>1236</sup>, hatte Alfred Rosenberg damit kleine Schwierigkeiten. Er lobte zwar „eine Reihe von Kapiteln“, warf Wundt jedoch „Rassenchaos“ vor: „Kraut und Rüben“ lägen durcheinander. Auch vermisse er

---

<sup>1229</sup> An dieser Stelle stimmt Tilitzkis Annahme des „Anti-Judaismus“ bei Wundt. Ob es aber „nur“ ein auf Religion und Kultur begründeter „Anti-Judaismus“ ist oder ein biologisch motivierter Antisemitismus, bleibt sich in den Folgen der Vernichtung gleich.

<sup>1230</sup> Wundt habe keine sicheren Beweise, aber er hege den „Glauben“, dass Jesus kein Jude war. Nordische Rassen seien unter dem Judentum gewesen, im Alten Testament habe er den „nordischen Geist“ entdeckt. Wundt 1926c, 184.

<sup>1231</sup> Wundt 1926c, 157.

<sup>1232</sup> Wundt 1926c, 195.

<sup>1233</sup> Wundt 1926c, 39.

<sup>1234</sup> Wundt 1926c, 179.

<sup>1235</sup> Wundt 1926c, 190.

<sup>1236</sup> Wagenführ hebt hervor, dass Wundt eine Weltanschauung, die auf Rassenmaterialismus beruhe, „mit Recht“ ablehne. Wagenführ wünschte Wundt, dass dessen Wunsch in Erfüllung gehe und die völkische Kampfbewegung „sich wirklich zur geistigen Bewegung“ vertiefe, Wundt selbst hätte nicht zum wenigsten dazu beigetragen. Vgl. Wagenführ 1928/29, 112.

eine „klare Kampfstellung.“<sup>1237</sup> Die Reibereien zwischen Rosenberg und Wundt waren jedoch nicht so gravierend, dass der NSDAP-Chefideologe den Philosophen von nun an mit Verachtung gestraft hätte. Im Gegenteil: Auch Wundt war – wie Haering – für die 1932 von Rosenberg geplante Zeitschrift des Kampfbundes für deutsche Kultur „Volk und Kultur“ als Schriftleiter vorgesehen – und zwar gleich in zwei „Kulturgebieten“: Unter der Sparte „Geist und Leben“ sollte neben Haering auch Wundt für die Philosophie zuständig sein (ebenso Schwarz aus Greifswald und Emge aus Jena), im Bereich „Staat und Kultur“ hatte Wundt mit Rosenberg, Hitler und anderen illustre Gesellschaft.<sup>1238</sup>

Biologistisch argumentiert Wundt zwei Jahre später in einem Artikel für die Zeitschrift „Nationalwirtschaft“.<sup>1239</sup> Darin beklagt er den „sittlichen Niedergang“ in Deutschland, den Rückgang des fachlichen Wissens der Studierenden an den Hochschulen, deren mangelnde Fähigkeit zum streng logischen Denken, zu selbstständiger geistiger Arbeit und zur Handhabung der deutschen Sprache. Die neueste Pädagogik führe zur Verweichlichung, statt „zum Arbeiten“ würde die Jugend „zum Erleben“ erzogen. Nicht die Umwelt oder der Geldbeutel des Vaters trügen die Schuld. Als wichtigsten Grund dafür machte Wundt vielmehr „den Verlust hochwertiger Erbmassen“<sup>1240</sup> aus. Denn sie bedingten „den höheren Intellekt“, die „Eigenschaften des Charakters“, die „Tatkraft, Nachhaltigkeit des Wollens.“<sup>1241</sup> Auf den wertvollen Erbmassen beruhe die geistige Höhenlage eines Volkes. Sie müssten pfleglich be-

---

<sup>1237</sup> Die Kontroverse zwischen Wundt und Rosenberg begann mit einer Rezension Rosenbergs in der Beilage „Deutsche Weihnacht“ in der NS-Zeitung „Völkischer Beobachter“, Dezember 1926 über Wundts „Deutsche Weltanschauung“. Wundt durfte dann „loyaler Weise“, wie es die Schriftleitung des Völkischen Beobachters ausdrückte, eine Erwiderung schreiben, auf die Rosenberg in der gleichen Ausgabe antwortete. Wundt verteidigte sein Buch, „das sich so entschieden gegen den jüdischen Geist wendet“ und gibt zu bedenken, dass es wohl nicht beim Lehmann-Verlag in München hätte erscheinen können, wenn es den völkischen Anschauungen widersprochen hätte. Sein Buch sei die „schärfste Kampfansage gegenüber den undeutschen, in Deutschland aber so verbreiteten Geist.“ „Wahrhaft unvölkisch“ aber sei der „Parteigeist“. Rosenberg verteidigte sich und tadelte Wundt, er würde „im Tone der bekannten, unverständenen Frau sein Gekränktheit [...] offenbaren.“ Vgl. den Disput im Völkischen Beobachter, 18. Februar 1927, 4. Die Meinungsverschiedenheit zwischen Rosenberg und Wundt ist jedoch eine Kontroverse zwischen zwei im Grunde genommen Gleichgesinnten, die sich um Details streiten. So konnte Wundt 1931 zum 100. Todestag Hegels im „Völkischen Beobachter“ einen Artikel veröffentlichen, in dem er Hegel als „einen wahrhaft völkischen Denker“ vorstellte. Vgl. Völkischer Beobachter, 14. November 1931, Erstes Beiblatt, zitiert nach Ottmann, 1977, 168f. Die Abneigung Wundts gegenüber Parteien trifft freilich auch die NSDAP.

<sup>1238</sup> Institut für Zeitgeschichte München, Ma 697, 423.

<sup>1239</sup> Wundt 1928/29.

<sup>1240</sup> Wundt 1928/29, 574.

<sup>1241</sup> Wundt 1928/29, 575.



handelt werden.<sup>1242</sup> So kommt Wundt zum zweiten Grund des Niedergangs, „die schlechte Pflege der Hochwertigen.“ Insbesondere die Gehalts- und Lohnpolitik würdige die Arbeit der „Hochwertigen“ nicht. Weite Kreise der gebildeten Schichten lebten „in höchst drückenden, manchmal kaum erträglichen Verhältnissen.“ Das führe zur Einschränkung der Geburten und zur Verschlechterung der Ausbildung. Hinzu komme das derzeitige Schulwesen, das nicht die „Hochwertigen“ fördere, sondern die „Minderwertigen“ hebe. Die „Hochwertigen“ aber bedeuteten für Volk und Staat „unendlich viel mehr.“<sup>1243</sup> Wen Wundt mit „hochwertig“ und „minderwertig“ meint, wird nicht vollkommen ersichtlich.<sup>1244</sup> Er zielt auf einen Teil der Arbeiterschaft, der es wagt, Abitur zu machen und zu studieren. Die in ihrer Schicht verbliebenen Arbeiter nimmt er in Schutz, denn es würden „ja auch Paläste für Epileptiker und Idioten gebaut, und der gesunde deutsche Arbeiter muss vielfach in unwürdigen Wohnungen hausen.“<sup>1245</sup> Doch auch die „Parteileute“ hat er im Blick. Sie würden mit ungenügender oder gar keiner Vorbildung in die einflussreichsten, bestbezahlten und begehrtesten Stellen geschleust, es gebe immer mehr „Mindertüchtige“ in Staat und Wirtschaft. Eine Lösung sah er in der „Entfesselung der nationalen Kräfte.“ Wundt: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ Nationale Gesinnung beinhaltet also Tüchtigkeit.

Ob aber das Blut oder die Religion Ursache des „Judengeistes“ ist, hat Wundt noch länger beschäftigt. Einen Ansatz zur Lösung seiner antisemitischen Fundierung findet er in einem Gedanken des Rassetheoretikers Karl Kynast, dessen Buch „Apollon und Dionysos: Nordisches und Unnordisches innerhalb der Religion der Griechen – eine rassenkundliche Untersuchung“ er in „Deutschlands Erneuerung“ besprach.<sup>1246</sup> Darin zeigt er große Sympathie für Kynasts Vorschlag, den Entelechie-Begriff von Aristoteles einzuführen: „Das, was die Lebenswelt und den Glauben zuallererst bestimmt, ist eben nicht die Umwelt, sondern die Inwelt, ist der an ganz bestimmtes Blut gebundene Geist.“<sup>1247</sup> Das „Blut“ ist hier jedoch nicht der Körpersaft, sonst

---

<sup>1242</sup> Wundt macht eine Rechnung auf, wonach „Gebildete“ durchschnittlich zwei Kinder bekommen, „Arbeiter“ hingegen 4,1 Kinder. Er kalkuliert die Geschlechterfolge und die Kindersterblichkeit ein und errechnet, dass nach 100 Jahren die Zahl der „Gebildeten“ bei 100 liege, die Zahl der „Arbeiter“ hingegen auf 3.200 gestiegen sei.

<sup>1243</sup> Wundt 1928/29, 576.

<sup>1244</sup> Die Nationalsozialisten verstanden darunter die Mitglieder der „Unterschicht“, soziale Randgruppen, „Asoziale“, Bettler, Landstreicher, Alkoholiker, „Arbeitscheue“, kinderreiche Familien, Juden, Polen, Russen und Menschen, die geistig und körperlich nicht den Leistungsstand der übrigen Bevölkerung erreichten und als Ballast galten. Fremd-rassige „Asoziale“ waren Sinti und Roma, die „Zigeuner“. Noch 1926 hatte Wundt gegen „die Lehre von der bloßen Minderwertigkeit“ der Juden Stellung bezogen. Wundt 1926c, 176.

<sup>1245</sup> Wundt 1928/29, 576.

<sup>1246</sup> Wundt 1927a.

<sup>1247</sup> Kynast, zitiert nach Wundt 1927a, 422.

verfiele Wundt ja wieder auf die biologistische Argumentation. „Blut“ steht in diesem Fall für die „zielstrebigen ‚Entelechien‘, die „neben und über den physikalischen und chemischen Kräften wirksam“<sup>1248</sup> seien. „Blut“ wird somit zu einem metaphysischen, teleologischen Prinzip im Organismus, eine vorbestimmte Anlage des Charakters oder Lebenszwecks.

## 6. Weltanschauung ist Lebensanschauung

Die 1929 vom Tübinger Großen Senat herausgestellten wissenschaftlichen Arbeiten Wundts lassen die offenkundige politische Ideologie stark zurücktreten, gänzlich ausgeblendet wird sie jedoch nicht. So etwa sucht Wundt in dem zum 200. Geburtstag von Kant 1924 herausgegebenen Werk den Königsberger Philosophen aus der Perspektive einer „philosophischen Weltanschauung“ als Metaphysiker zu erweisen. Der eigenen Absicht zufolge habe Kant die „alte Metaphysik“ verbessern wollen, habe aber eine neue geschaffen. Von der Position des absoluten Idealismus aus, der die Wirklichkeit geistig-ideell und teleologisch begründet, Platonismus, Christentum und „germanisches Denken“<sup>1249</sup> zusammenführt, entwickelt Wundt seine Theorie des metaphysischen Kant anhand einer historischen, nicht systematischen Darstellung<sup>1250</sup>, und reiht den Königsberger als weiteres metaphysisches Glied in die Linie der „deutsch denkenden“ Philosophen seit dem Mittelalter ein.<sup>1251</sup> Ausgehend von Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 – 1716), Christian Wolff (1679 – 1754), Christian August Crusius (1715 – 1775) und Isaak Newton<sup>1252</sup> (1642 – 1726) habe Kant seine einheitliche Metaphysik ohne Brüche – etwa zwischen vorkritischer und kritischer Zeit – entwickelt.<sup>1253</sup> Die Wandlungen der kanti-

---

<sup>1248</sup> Kynast, zitiert nach Wundt 1927a, 422.

<sup>1249</sup> Wundt 1924d, 429. Wundt weist die Einschätzung, insbesondere der Neukantianer, zurück, Kant hätte alle Erkenntnis auf Erfahrung eingeschränkt und jeden Versuch, Metaphysik zu betreiben, abgelehnt. Das sei nicht nur eine einseitige, sondern eine „verkehrte Auffassung“. Kant würde sonst „aus der großen Linie des deutschen Denkens völlig“ herausfallen. Wundt 1924d, 2.

<sup>1250</sup> Ritzel wirft Wundt eine „Unbefangenheit“ vor, mit der er die Alternative „Forschung unter systematischem Gesichtspunkt“ oder „rein historische Forschung“ formuliert. Das lege die Frage nahe, ob Wundt sich der bestehenden Schwierigkeiten „völlig im Klaren“ sei. Vgl. Ritzel 1952, 87.

<sup>1251</sup> Auch in diesem Werk opponiert Wundt nicht nur gegen den Neukantianismus, sondern auch gegen den Positivismus, die Aufklärung, den Empirismus, den Rationalismus, Skeptizismus und die „Missgestalt des Materialismus“.

<sup>1252</sup> Die wissenschaftlichen Leistungen des englischen Mathematikers, Naturforschers und Philosophen Isaac Newton würdigt Wundt ausdrücklich. Mit der Formulierung des Gravitationsgesetzes habe er ein einheitliches Prinzip der Natur entdeckt. Vgl. Wundt 1924d, 86. Der Empirist John Locke (1632 – 1704) hingegen werde weit überschätzt. Vgl. Wundt 1924d, 82.

<sup>1253</sup> Wundt erkennt in Kants Entwicklung keinerlei Brüche, „in Wahrheit“ bezögen sich die Wandlungen der kantischen Metaphysik auf ihre Begründung. Auffällig ist in dieser Schrift der häufige Gebrauch der Wendung „in Wahrheit“. Wundt 1924d, 91.

schen Metaphysik bezögen sich „nicht auf ihren Inhalt, sondern auf ihre Begründung.“<sup>1254</sup> Der Inhalt stehe ihm „in allen wesentlichen Zügen von frühe an fest.“<sup>1255</sup> Die Kritik der reinen Vernunft<sup>1256</sup> wird für Wundt zum „Unterbau“<sup>1257</sup> dieser neu zu errichtenden Metaphysik, die Kritik der praktischen Vernunft interpretiert er als „Übergang von der sinnlichen zur übersinnlichen Welt“<sup>1258</sup>, während die Kritik der Urteilskraft der „Oberbau“<sup>1259</sup> wird, somit in den Mittelpunkt der Untersuchung rückt, Höhepunkt und Abschluss der kantischen Metaphysik.<sup>1260</sup>

Nach Wundt war der „Reformator der deutschen Metaphysik“<sup>1261</sup> von der „überragenden Bedeutung der religiösen Fragen für jede Welt- und Lebensdeutung“<sup>1262</sup> überzeugt. So habe der Pietismus seinen Einfluss auf Kant nicht verfehlt, die „letzten Fragen“ nach Gott, Freiheit und Unsterblichkeit seien nicht nur Hauptanliegen Kants, sondern jeglicher Metaphysik. Um einen Gottesbeweis, den Nachweis, die sinnliche Welt sei in einer übersinnlichen Welt begründet, sei es Kant „eigentlich und zu allen Zeiten zu tun“<sup>1263</sup> gewesen. Die naturwissenschaftliche Erfahrung sei die Grundlage, sie weist jedoch auf einen „Plan“ zurück, der nur teleologisch verstanden werden könne. Mechanische Gesetze könnten niemals das Leben vollständig begründen, ein „höheres Prinzip“ unter einer Zweckbetrachtung sei notwendig.<sup>1264</sup> Erkenntnis ist laut Wundt teleologische Erkenntnis, sie vollzieht sich „in der Entfaltung der der Seele eingepprägten Begriffe.“<sup>1265</sup> Mit dem platonisch-idealistisch interpretierten Kant lässt Wundt die Idee, das Noumenon, zum „Ding an sich“ werden, einem metaphysischen Begriff, dessen Inhalt sich der Vernunft durch intellektuelle Anschauung erschließt. Den

---

<sup>1254</sup> Wundt 1924d, 91.

<sup>1255</sup> Kant sei stets auf eine bessere Begründung der Metaphysik aus gewesen. Mit Beginn seiner Privatdozentur sei Kants „Weltanschauung“ ihrem Gehalt nach vollendet. So bedeute die kritizistische Periode „ihre endgültige Begründung“. Wundt 1924d, 91 und 102.

<sup>1256</sup> Die laut Wundt von Hermann Cohen und Ernst Cassirer herausgestellte Begründung einer Theorie der Erfahrung, der Grenzen der Vernunft oder der Gesetzlichkeit und logischen Struktur der Erfahrung stelle Bruno Bauch die „Metaphysik der Metaphysik“ entgegen, also die Notwendigkeit einer neuen Grundlegung. Das sei die „wahre Absicht“. Vgl. Wundt 1924d, 188f.

<sup>1257</sup> Wundt 1924d, 375.

<sup>1258</sup> Wundt 1924d, 339.

<sup>1259</sup> Wundt 1924d, 375.

<sup>1260</sup> Auch der Jenaer Philosophenfreund und politische Weggefährte Bruno Bauch wählte das gleiche Verfahren. Vgl. Ritzel 1952, 77f.

<sup>1261</sup> Wundt 1924d, 96.

<sup>1262</sup> Wundt 1924d, 97.

<sup>1263</sup> Wundt 1924d, 131. Kant hat freilich keinen ontologischen, teleologischen oder kosmologischen Gottesbeweis geliefert. Lediglich in moralischem Sinne sei die Annahme für die praktische Vernunft notwendig.

<sup>1264</sup> Wundt 1924d, 110.

<sup>1265</sup> Wundt 1924d, 115.

so gewendeten Kant kann Wundt „als ein passendes Glied“<sup>1266</sup> in die Reihe der deutschen Metaphysiker stellen, um dann den Bogen zur völkisch verstandenen „christlich-germanischen Weltanschauung“<sup>1267</sup> zu schlagen, eine Synthese aus dem Erbe antiker Weisheit des Altertums und einer angeblich angestammten germanischen Sinnesart. Ein „edler Spross“<sup>1268</sup>, der den Gedanken der Tätigkeit, der selbst tätig gestaltenden Macht in sich aufgenommen habe. Obwohl der deutsche Geist „völlig der Ausländerei“<sup>1269</sup> verfiel, sei nur den Deutschen die „ganze Last“ der dem Germanischen gestellte Aufgabe zugefallen, das von den Griechen überkommene Erbe „wirklich fruchtbar und aus eigenen Kräften gemehrt“<sup>1270</sup> zu entwickeln. So kommt Ritzel in seiner Analyse zum Wandel der Kantauffassung zu dem Schluss, der Wundt'sche Idealismus im Kant-Buch „ist kein philosophischer Idealismus im strengen Sinn; dazu fehlt es ihm an Tiefe und kritischer Schärfe in gleicher Weise. Er ist – „philosophische Weltanschauung!“<sup>1271</sup>

Philosophie ist für Wundt die „Lehre von der Weltanschauung“<sup>1272</sup>, Weltanschauung wiederum beruhe auf der „unmittelbaren Stellung zur Welt und ist in dem ganzen Sein und Leben“<sup>1273</sup> begründet. Max Wundt gebraucht also den Begriff der Weltanschauung nicht nur im philosophischen Sinne. Er erhält bei ihm eine politisch-ideologische Komponente und wird auf die gesamte Stellung des Menschen zur Welt angewendet, sowohl im philosophischen als auch im außerphilosophischen Kontext. Irrationale, subjektive und ideologische Momente fließen bei Wundt in den Begriff ein. Er legt ihm die Bedeutung von Überzeugung, Bekenntnis, Lebensgefühl, Grundlage der Welt-Interpretation bei. Weltanschauung sei unmittelbarer Besitz, „geistige Anschauung der Welt“, eine „ursprüngliche Anlage“, eine „bestimmte Stellung zur Wirklichkeit“ im Denken, Handeln, Schaffen und Gestalten<sup>1274</sup>, gleichzeitig auch Bedingung jedweder politischen, gesellschaftlichen oder philosophischen Stellungnahme, denn weltanschauli-

---

<sup>1266</sup> Wundt 1924d, 482.

<sup>1267</sup> Wundt 1924d, 486.

<sup>1268</sup> Wundt 1924d, 486.

<sup>1269</sup> Wundt 1924d, 489.

<sup>1270</sup> Wundt 1924d, 488.

<sup>1271</sup> Ritzel 1952, 110. Wundt sei es nur „in ungenügender Weise“ gelungen, die Lehre Kants im philosophischen Begreifen der Wirklichkeit und damit in der kritischen Begründung der Naturwissenschaften sich bewähren zu lassen (Ritzel, 1952, 12) Der vielfach nur latente Idealismus der Vernunftkritik sei von Wundt nicht in der Weise erfasst und gewürdigt worden, wie erwartet werden durfte (Ritzel, 1952, 109f.). Auf Wundt trifft jedoch auch zu, was Ritzel über die Vertreter der entgegengesetzten philosophischen Richtungen feststellt: Wundt hat den Gehalt von Kants Werk seinem eigenen Denken assimiliert (Ritzel 1952, 11).

<sup>1272</sup> Wundt 1930, 398.

<sup>1273</sup> Wundt 1930, 420.

<sup>1274</sup> Vgl. Wundt 1930, 420.

che Voraussetzungen würden immer gemacht<sup>1275</sup>, eine voraussetzungslose Wissenschaft gibt es ihm zufolge nicht.<sup>1276</sup> Bei Wundt gipfelt Philosophie in der deutschen, der „völkischen Weltanschauung“<sup>1277</sup> und wird zur politischen Gesinnung.

Grundlage der Weltanschauung ist nach Wundt der Idealismus, genauer: der absolute Idealismus. Denn er nehme „die Fragen der Weltanschauung von vornherein von einer höheren Ebene aus“<sup>1278</sup> auf. Ausgehend von den drei Dilthey'schen Weltanschauungstypen Naturalismus, Idealismus der Freiheit und objektiver Idealismus entwickelte Wundt eine ausschließlich idealistisch-bürgerlich-konservative ästhetische Einstellung. Philosophie und Dichtung seien verwandt, die Dichtung ist die „Schwester“<sup>1279</sup> der Philosophie.

Aus einer platonisch-christlichen, deutschnationalen und biologistischen Perspektive heraus unternimmt es der Philosoph, Johann Gottlieb Fichte (1762 – 1814) als „Vollender der kantischen Philosophie“<sup>1280</sup> und als Vorläufer von Schelling und Hegel zu erweisen.<sup>1281</sup> In der Monografie spürt Wundt den Charaktereigenschaften, Lebensumständen und philosophischen Lehren von Fichte nach, deutet dessen Leben und Werk letztlich aber tragisch, weil Fichte „trotz aller großen Erfolge an der widerstehenden Macht des Wirklichen“<sup>1282</sup> gescheitert sei. Fichtes Entwicklung wird nicht – wie bei Kant – geglättet, er erscheint als der tragische Held, transformiert in eine mystische Aura. Arbeitet Wundt Fichtes Wissenschaftsbegriff aus der kantischen Philo-

---

<sup>1275</sup> Wundt 1930, 400.

<sup>1276</sup> Auch Theodor Haering hat sich gegen eine objektive, voraussetzungslose Wissenschaft gewandt.

<sup>1277</sup> Wundt 1926c, 90.

<sup>1278</sup> Wundt 1930, 404. Subjektiver und objektiver Idealismus kulminieren laut Wundt im absoluten Idealismus. Während der subjektive Idealismus das Gesetz in der Entfaltung der gegenständlichen Welt entdecke, der objektive Idealismus die Idee als aufbauende Kraft der Wirklichkeit erkenne, anerkenne der absolute Idealismus als Vereinigung der beiden Idealismen Gesetz und Regel im Reiche der Ideen. Jeder literarischen Gattung liege eine Weltanschauung zugrunde, dem Epos die naturalistische Weltanschauung, der Lyrik der subjektive Idealismus oder auch Psychologismus und dem Drama, der höchsten Dichtform, der Idealismus. Wie im Drama Lyrik und Epos aufgehen, so schließe der Idealismus auch die naturalistische Weltanschauung und den subjektiven Idealismus in sich ein. "Ewiger Gegenstand des Dramas" sei „der Kampf des Menschen mit dem Schicksal“. Doch erst im absoluten Idealismus entfalte das Drama sein volles Wesen, da komme der subjektive und objektive Idealismus zum Ausgleich, Form und Inhalt bildeten eine „echte Einheit“. Vgl. Wundt 1930, 405ff.

<sup>1279</sup> Wundt 1930, 421.

<sup>1280</sup> Wundt 1927d, 301.

<sup>1281</sup> Ein zweites Fichte-Werk brachte Max Wundt 1929 unter dem Titel „Fichte-Forschungen“ heraus, eine Sammlung einzelner Aufsätze. Heinrich Drucker kam in einer Rezension in den politisch nahestehenden „Blättern für Deutsche Philosophie“ zum Schluss, dass „die Bedeutung all dieser Forschungen nicht so sehr in neuen abschließenden Erkenntnissen, als in den vielen bemerkenswerten Anregungen“ liegt, „die sie für weitere Arbeit geben.“ Drucker 1931/32, 330.

<sup>1282</sup> Wundt 1927d, 316f.

sophie unpräzise heraus, schickt er sich an, Fichte'sche Aussagen oder Philosopheme an die eigene ideologische Position anzugleichen.<sup>1283</sup> So stellt er Fichtes ungeteilte Zustimmung zur französischen Revolution „in der Hauptsache doch nur als eine Mahnung an die deutschen Fürsten“ hin, damit sie „ihre Staaten durch rechtzeitige weise Reformen vor ähnlichen Erschütterungen“<sup>1284</sup> bewahrten. Fichtes Erziehungslehre wird zur Forderung nach einer deutschnationalen Erziehung, die den „Geist der Gemeinschaft und des wahren Volkstums“<sup>1285</sup> („das höchste Ziel und der wahre Sinn des Staates“) hervorbringt, in dessen Sittenlehre erkennt er „eine ganze Ethik des heldischen Gedankens“, in der „der Opfergedanke [...] ganz im Mittelpunkt“<sup>1286</sup> steht. Den „Höhepunkt in Fichtes Leben“<sup>1287</sup> sieht Wundt in den „Reden an die deutsche Nation“. Sie hätten für die Entfesselung des deutschen Geistes eine gewaltige Bedeutung gewonnen und bewiesen, dass der deutsche Geist unter der französischen Fremdherrschaft nicht gebrochen worden sei. Damit korrespondiert die Hervorhebung der „Tat-Philosophie“, dessen Kern Wundt im Selbstbewusstsein erblickt und als sittliches Sollen begreift. In Abgrenzung zu Descartes („Ich denke, also bin ich“) übersetzt er Fichte voluntaristisch mit „Ich will, also bin ich“ oder „Ich handle, also bin ich.“<sup>1288</sup>

Im Fichte-Werk begegnen dem Leser zum ersten Mal die pseudowissenschaftlichen Ausführungen Wundts über die „dinarische Rasse“ – angewandt auf die Charakterisierung von Philosophen. Nach 1933 wird er diese Theorie noch weiter ausbauen. Fichte habe jener Rasse angehört, die man allgemein als „die dinarische“ bezeichne, schreibt er. Obwohl Fichte nicht die dieser vornehmlich im südlichen Deutschland verbreiteten Rasse eigene „hohe Gestalt“ hatte, habe er „alle Merkmale“ dieser Rasse an sich: die muskulöse Gestalt, das dunkle krause Haar, den kurzen Kopf mit dem schmalen Gesicht und den großen auffallenden Zügen, die mächtige Hakennase, schmale Lippen und starkes Kinn, dazu die „seelischen Eigenschaften“ wie raue Kraft, trotzig Selbstständigkeit, biedere Treue, entschiedenes Ehrgefühl sowie verhaltene Leidenschaft.<sup>1289</sup> Wundt argumentiert biologistisch, die Rasse bestimmte bei ihm die Physiognomie, die geistigen und die charakterlichen Eigenschaften, während er bei der Bestimmung der Juden

---

<sup>1283</sup> Noch deutlicher wird diese Tendenz in seinem Aufsatz für die Zeitschrift „Nationalwirtschaft“. Fichte wird dort zum Sprachrohr Wundts, wenn etwa Fichtes Ich nicht individualistisch verstanden werden dürfe, der Unterschied in den Ständen selbstverständliche Tatsache sei oder sich der Gleichheitsgedanke lediglich auf den sittlichen Willen bezogen habe. Vgl. Wundt 1927/28.

<sup>1284</sup> Wundt 1927d, 30.

<sup>1285</sup> Wundt 1927d, 198.

<sup>1286</sup> Wundt 1927d, 230.

<sup>1287</sup> Wundt 1927d, 68.

<sup>1288</sup> Wundt 1927d, 299.

<sup>1289</sup> Vgl. Wundt 1927d, 3ff.

als „Rasse zweiter Ordnung“ zwischen einem Biologismus und einer geistig-religiösen Begründung hin und her lavierte.

Unter den Werken Max Wundts fallen zwei Arbeiten auf, die während der Tübinger Zeit auf den Buchmarkt gekommen sind. In ihnen enthält er sich jeglicher abfälliger Äußerungen über die von ihm zuvor stets despektierlich kritisierten philosophischen Richtungen<sup>1290</sup> (Aufklärung, Rationalismus, Empirismus, Materialismus), beschwört keine deutsche und auch keine völkische Philosophie, kommt ohne politisch oder ideologisch motivierte Urteile aus. In der „Geschichte der Metaphysik“<sup>1291</sup> sucht Wundt vom christlich-platonischen Standpunkt aus den bleibenden Gehalt der Metaphysik im Sinne einer *philosophia perennis* aufzuzeigen, ordnet seine Untersuchung nach Stellung, Gegenstand, Verfahren und der Frage nach dem „Urwesen“ der Metaphysik, sucht in der Geschichte eine Linie metaphysischen Denkens der Philosophen zu erweisen. Diese Linie geht laut Wundt dahin, Denken und Sein, Subjektives und Objektives zu vereinigen wie auch das Gesetz des Seins, das Gesetz des Erkennens, den Grund der Wirklichkeit und den Grund des Denkens zu bestimmen. Was bei Platon die Ideen als letzte Gründe des Wirklichen waren, wird bei Aristoteles laut Wundt die *Aitia*. War der Gegenstand der Metaphysik bei Platon und Aristoteles der Geist sowie das über die Erfahrung hinausgehende metaphysische Erkennen, machten die Philosophen in der weiteren Geschichte einige Umwege. Die Stoa habe das Seiende in die Natur verlegt, der Neuplatonismus und die mit ihm verwandte christliche Philosophie suchten es – mit graduellen Unterschieden – im Reiche des Geistes, während die Scholastik sich wiederum an Aristoteles angeschlossen habe und Gott als Seiendes, ihn in seinem Verhältnis zur Welt und zum absoluten Dasein bestimmte.<sup>1292</sup> Nach den Rationalisten und Empiristen ist es Wundt zufolge Leibniz, der das „wahrhaft Seiende“ in einem geistigen Prinzip suchte, doch erst bei Wolff ist „der alte Gegenstand der Metaphysik wieder in vollem Rechte.“<sup>1293</sup>

Wie bereits in seinem Kant-Werk interpretiert Wundt auch hier den Königsberger als Metaphysiker. Er sehe die notwendigen Vernunftwahrheiten als den Gegenstand der Metaphysik an, die in jenen obersten Ideen gegeben seien und sich in einem System bestimmter Er-

---

<sup>1290</sup> Selbst die Empiristen Hobbes, Locke, Hume und Bacon sowie die Rationalisten Descartes und Spinoza werden sprachlich neutral erwähnt. Der Materialismus bekommt dennoch einen Seitenhieb: Er ist ein „entartetes Kind des Positivismus“. Vgl. Wundt 1931, 23; 90.

<sup>1291</sup> Wundt 1931.

<sup>1292</sup> Die von Wundt aus christlicher Perspektive interpretierte griechische Philosophie zeigt sich etwa darin, dass er behauptet, die aristotelische Metaphysik ziele „zuletzt“ auf den Gottesbegriff. Der wird von Wundt ausnahmslos christlich verstanden. Vgl. Wundt 1931, 21.

<sup>1293</sup> Wundt 1931, 23.

kenntnisse auf den unterschiedlichen Gebieten entfaltet. Kant habe die alte Metaphysik wieder herstellen, nicht vernichten wollen und erschuf die neue Metaphysik als Transzendentalphilosophie, indem er platonische Anregungen aufnahm und den Ideenbegriff zurückgewonnen habe.<sup>1294</sup> „Kant ist Platoniker“<sup>1295</sup>, so Wundt. Im „Ding an sich“ erfasse er „das letzte und allein unbedingte Urwesen“<sup>1296</sup>, in dem sich letztendlich das Göttliche offenbare. Aus der Metaphysik der Natur entwickle er die notwendigen theoretischen Wahrheiten, aus der Metaphysik der Sitten die notwendigen praktischen Wahrheiten. Beides ergebe das System der notwendigen Vernunftwahrheiten, die unter den obersten Ideen Gott, Welt und Seele stünden.<sup>1297</sup> Die Trennung der Vernunft vom Verstande sei die „besondere Leistung“<sup>1298</sup> Kants.

Nach Fichte und Schelling komme Hegel zum vorläufigen Abschluss, der alle Stufen des Geistes in einen Zusammenhang aus einem einheitlichen Grunde entfalte und sämtliche idealistischen Strömungen vereinige. Der Geist habe sich offenbart und stelle sich in den lebendigen Gestalten der Wirklichkeit dar. Metaphysik werde zur erscheinenden Wirklichkeit, die Einheit von Denken und Sein gewinne er zurück. Doch die metaphysischen Wege werden zum Teil im 19. Jahrhundert wieder verlassen, aber an dessen Ende sieht Wundt durch Eucken, Dilthey und seinen Vater Wilhelm Wundt wieder eine Rückkehr zur Geistesphilosophie, die den Positivismus überwinden wolle. Zeichen für ihn, dass das metaphysische Bedürfnis der menschlichen Vernunft immer wieder hervorbricht. So bleibe es Aufgabe der Metaphysik, das Wesen als den geistigen Gehalt der Erscheinung zu begreifen

Auch seine Übersicht über die Jenaer Philosophie vom 16. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fällt aus dem üblichen Ton seiner Publikationen heraus.<sup>1299</sup> In dem rund 500 Seiten starken Werk geht der Philo-

---

<sup>1294</sup> Vgl. Wundt 1931, 52.

<sup>1295</sup> Wundt 1931, 109.

<sup>1296</sup> Wundt 1931, 81.

<sup>1297</sup> Vgl. Wundt 1931, 27.

<sup>1298</sup> Wundt 1931, 53.

<sup>1299</sup> Wundt 1932. In diesem Zusammenhang sei hier noch der Aufsatz „Ganzheit und Form in der Geschichte der Philosophie“ von 1932/33 erwähnt. Wundt positioniert sich hier in der Auseinandersetzung um das Ganze und seinen Teilen in Anlehnung an Karl Groos für die idealistische Variante der „objektiven“ oder „absoluten Ganzheit“. Das Ganze sei nicht die bloße Summe seiner Teile, wie eine abstrakt-mechanistische Deutung nahelege, sondern greife als qualitativer Begriff über alles Einzelne hinaus, schließe eine Wertbeziehung und – mit Blick auf das „Leben“ – eine schöpferische und dynamische Betrachtung ein. Logische und psychologische Ganzheit seien im Subjekt begründet, die sich zur objektiven Ganzheit herauswachsen. So erscheine das Leben in all seinen Gestalten (Logik, Psychologie, Biologie, Ethik, Geschichte) als Stätte der „objektiven Ganzheit“. Ausgehend von einer „mystischen Ganzheit“, der „allumfassenden Totalität“ in der Geschichte der Philosophie (Platon, Aristoteles, Plotin) strebe das Denken über Avicenna, Averroes, Thomas von Aquin, Christian Wolff, Leibniz, Kant, Goethe und Fichte zur „obersten Einheit“, der absoluten Ganzheit, hin. „Es ist also das Ganze der Ganzheiten selbst, die Form der



soph der über 350-jährigen Geschichte der Philosophie in Jena frei von ideologischen Verzerrungen nach, von der Scholastik über die Erneuerung der aristotelischen Philosophie, dem Ende der Scholastik, der Aufklärung und der klassischen Zeit bis hin zu Rudolf Eucken und Otto Liebmann<sup>1300</sup> am Ende des 19. Jahrhunderts. Dabei bezieht er auch die kaum oder nicht mehr bekannten Philosophen ein, die „kleinen Geister“<sup>1301</sup>, denn er will dem „Gesamtzustand des Lebens einer Zeit“ eine „angemessene Gestalt“ geben. Schließlich bereiteten „die kleinen Geister“ vielfach das Werk der Großen vor, schafften Verbindungen zu weiteren philosophischen Entwicklungen oder bewahrten alte Richtungen. So zeichnet Wundt die unterschiedlichen philosophischen Entwicklungen in ihrer Gesamtheit chronologisch nach, gibt zu den meisten (auch unbekannt) Philosophen biografische Angaben, verortet das Fach Philosophie und die Philosophen in der jeweiligen Zeit, arbeitet in groben Zügen den philosophischen Standpunkt und exemplarisch die neuen Gedanken sowie die Interaktionen zwischen den Dozenten und deren Fragestellungen heraus, berichtet über Privates und über Studierendenzahlen, aber auch über Kontroversen zwischen Professoren und der Fakultät sowie innerhalb der Fakultät.<sup>1302</sup> Den auch die Philosophie fördernden „eigentümlichen Charakter“ Jenas und seines Geistes sieht Wundt in einer großen inneren Freiheit, der die Selbstständigkeit der persönlichen Überzeugung gesichert habe. Die eigene Meinung mit geistiger Unternehmungslust auszubilden und sie mit ei-

---

Formen, die Monade der Monaden“, die als Einschachtelung („Enkapsys“) in einem Mit- und Nebeneinander bestehen, vollkommen entwickelt bei Plotin und Hegel, von Platon als „Idee“ des gegliederten Ganzen und seiner Ganzheiten konzipiert. Zur Unterstützung seiner Argumentation nennt Wundt auch die aktuell lehrenden Philosophen Bruno Bauch, Ferdinand Weinhandl, Felix Krueger und Theodor Haering – wohl nicht zufällig Philosophen aus dem idealistischen und politisch deutschnationalen Spektrum. Einen Seitenhieb auf die Demokratie kann sich Wundt allerdings nicht verkneifen. Da das Verhältnis der Glieder zum Ganzen ein „Wirkensverhältnis“ sei, die Ganzheit die Glieder umfasst, aber auch gestaltet, kennzeichnet Wundt das Verhältnis „als das von Herrschaft und Dienst“. Der Gedanke der herrschenden Ganzheit im Gegensatz zu den gleichgeordneten Elementen sei eine aristokratische Auffassung der Wirklichkeit, die diese als ständisch gegliedert annimmt – im Gegensatz zur Demokratie atomistischer Teile. Dem Individualismus stehe hier der Universalismus entgegen. Vgl. Wundt 1932/33, 9 – 23.

<sup>1300</sup> Sehr anerkennend werden freilich Fichte, Schelling und Hegel von Wundt behandelt, aber auch die Kantianer Carl Leonhard Reinhold (1757 – 1823), der Kant in Jena populär gemacht hat, und der politisch liberale, aber durch seine antisemitischen Äußerungen aufgefallene Jakob Friedrich Fries (1773 – 1843), der die Burschenschaftsbewegung unterstützt hat und auf dem Wartburgfest 1817 dabei war; ebenso Otto Liebmann, der jüdische Vorfahren hatte.

<sup>1301</sup> Wundt 1932, 2.

<sup>1302</sup> Wundt zeigt etwa auf, dass sich die aufeinanderfolgenden philosophischen Strömungen (in Jena) auch überlagert und nicht abrupt geendet oder begonnen haben, etwa die Scholastik und die Aufklärung. Ihm zufolge hat Jena auch einen großen Anteil an der Disziplin der Geschichtsphilosophie. Die Legende, Kant habe einen Ruf nach Jena erhalten, kann er anhand der Akten als haltlos nachweisen. Es war lediglich ein Jenaer Professor, der sich privat an Kant gewandt habe. Den Nachkantianismus unterteilt Wundt in drei Richtungen: die psychologische, die transzendente und die metaphysische Richtung.

ner gewissen Kühnheit zu verfolgen – darin entdeckt Wundt den echten Jenaer Geist.<sup>1303</sup> Schulbildungen, systematische Abschlüsse einer Epoche hat Wundt selten in Jena entdeckt, dafür aber jenen reformatorischen Geist, der sich in den Jahrhunderten erhalten und um den wahren Gehalt des Christentums gerungen habe.<sup>1304</sup>

## 7. Der Gelehrte: Ein Führer des Volkes

Die innere Freiheit sah Wundt Ende 1932 von allen Seiten bedroht. In der Ringvorlesung der Universität Tübingen<sup>1305</sup> war Wundt am 23. November 1932 an der Reihe. Er stellte die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden („universitas magistrorum et scholarium“) und die Einheit der Wissenschaften ins Zentrum seiner Betrachtung. Seit jedoch der Staat „mehr oder weniger“ den wechselnden Parteien „ausgeliefert“ wurde, sich der Staat in Richtung des totalen Staates entwickle und immer mehr in die Bereiche der Hochschule eindringe, sei die Selbstständigkeit der Universität in Gefahr. Der Kampf habe schärfere Formen angenommen. Unter „gesunden Verhältnissen“ sei die Mitwirkung des Staates etwa bei Berufungen „zweifellos geboten und förderlich“. Doch wenn die Staatsleitung aus Parteirücksichten „diesen wahren Vorteil des Staates“ aus dem Auge verliere oder mit dem Vorteil ihrer Partei verwechsele, dann seien die Hochschulen berufen, sich ihr Recht zu erkämpfen und „den wahren Vorteil des Staates“ selber gegen die augenblicklichen Inhaber der staatlichen Gewalt zu verteidigen. Ebenso müsse die heute von politischer Seite abgelehnte Lehr-

---

<sup>1303</sup> Wundt 1932, 487.

<sup>1304</sup> Wundt 1932, 489f. Das Schlusskapitel erweist sich dann doch allzu sehr als Huldigung an die Universität Jena. Philosophenfreund und einstiger Kollege Bruno Bauch (Jena) besprach das Buch in den philosophisch und politisch nahestehenden „Blättern für deutsche Philosophie“ positiv. Wundt habe „ungemein viel Neues“ herausgestellt und sich für die allgemeine Geschichte der Philosophie verdient gemacht. Vgl. Bauch 1932/33, 379.

<sup>1305</sup> Die Ringvorlesung begann in der Weimarer Republik und endete im Nationalsozialismus. Ihr Titel: „Die Universität. Ihre Geschichte, Aufgabe und Bedeutung in der Gegenwart“. Ziel der Ringvorlesung war, den vermeintlichen Bedeutungsverlust der Universität seit dem 19. Jahrhundert zu kompensieren. Die Universität sollte als einheitsstiftende Instanz der insbesondere durch die kriselnde Weimarer Republik in Mitleidenschaft gezogenen Institution Hochschule rehabilitiert werden. Die „universitas“ sah man in Gefahr, bedroht durch nebeneinanderliegende, zusammenhanglose einzelwissenschaftliche Forschung und Lehre. Der Universität als bloße Summe von Fachschulen sollte der universalistische Anspruch wissenschaftlicher Forschung und Lehre entgegengestellt werden. Die Dozenten beleuchteten in ihren Vorträgen die Bildungs- und Wissenschaftsideale im Altertum, im Mittelalter, vom Standpunkt des Humanismus und erörterten den Einfluss der Naturwissenschaften auf das Bildungsideal. Themen waren auch die medizinische, juristische und wirtschaftswissenschaftliche Perspektive. Max Wundt sprach über den „Sinn der Universität im deutschen Idealismus“, Theodor Haering über die philosophischen Grundlagen der heutigen Universitätsbildung. Haering hielt seinen Vortrag bereits nach der Januar-Wahl 1933. In nahezu allen Vorträgen war ein nationaler oder nationalistischer Geist herauszuhören, die Redner erfüllte großes Krisenbewusstsein. Zur Vorlesungsreihe im Detail vgl. Kotowski 1999, 235ff. Die 14 Vorträge sind abgedruckt in: Gerber 1933.

freiheit – im Notfall auch gegen den Staat – gewahrt werden. Denn es würde schlimm um das geistige Leben an den Hochschulen stehen, wenn dort infolge politischer Uniformierung der Zwang und der Mut verloren gingen, sich „mit feindlichen Richtungen“ im geistigen Kampfe auseinanderzusetzen.<sup>1306</sup> Ohne Lehrfreiheit würde die Hochschule rasch eine Stufe hinuntersinken.<sup>1307</sup> Wer die Objektivität der Wissenschaft durch eine persönlich bestimmte Weltanschauung ersetzen möchte, arbeite geradezu auf den Untergang der ganzen Gesittung und Bildung zu. Gegen „links“ und „rechts“ gewandt warnte Wundt davor, durch so genannte Reformprogramme die Hochschule entweder zur Fachschule herabzudrücken oder zur „Weltanschauungsschule“ angeblich emporzuheben. Aus einer solchen Schule würden nur noch Parteifunktionäre hervorgehen. Es wäre das Ende der Universität, das Ende der Wissenschaft und Bildung. Denn Bildung fange da an, wo sich der Mensch von seinen (Partei-) Interessen löse und sich zur reinen Anschauung der Sache erhebe. Wissenschaft sei eine der höchsten Güter der Nation.

Die Haltung von Max Wundt in seiner Tübinger Ringvorlesung mag auf den ersten Blick erstaunen.<sup>1308</sup> Doch er hatte sich bereits 1920 für die Freiheit der gelehrten Forschung ausgesprochen, zu jener Zeit, als er dem Volk wegen dessen „furchtbarer Verwilderung“ eine Erziehung auf allen Wegen und mit allen Mitteln verordnet und gefordert hatte, sich vom „Wahngedanken der so genannten Schrift- und Redefreiheit“ sowie von der Versammlungsfreiheit frei zu machen. Wundts Insistieren auf die akademische Freiheit ist seinem aristokratischen Denken geschuldet, das sich keinerlei Schranken auferlegen lassen will. In seinem Fichte-Werk von 1927 wird diese Einstellung besonders deutlich. Mit Fichte fordert er die „akademische Freiheit“. Sie könne „ihrem wahren Sinne nach“ nicht die Freiheit von sittlichen und sozialen Bindungen, sondern nur die Freiheit „zur wahren sittlichen Bildung bedeuten.“<sup>1309</sup> Der Gelehrte sei als Führer der Menschen zur freien Eigenbestimmung des Lebens vor allen anderen Menschen berufen. Wer „zur Schau der Ideen gelangt und also ein **vollendeter Gelehrter**“<sup>1310</sup> ist, der solle im Staat wirklich regieren. Von der „Idee“ müsse sich der Gelehrte treiben lassen. Denn dessen Arbeit gehe auf „Erleuchtung“ aus. Als Lehrer müsse er imstande sein, die „Ideen“ seinen Schülern pädagogisch anspruchsvoll mitzuteilen und sie gleichsam in ihnen zu wecken, als Schriftsteller solle er sich vom „bloßen literarischen Gewer-

---

<sup>1306</sup> Vgl. Wundt 1933, 118.

<sup>1307</sup> Vgl. Wundt 1933, 119.

<sup>1308</sup> So wundert sich auch Kotowski und sieht darin eine Paradoxie, dass Wundt als „der einzige Nationalsozialist unter den Rednern“ einen Vortrag hielt, der die politische Einstellung „nicht im entferntesten vermuten ließ“. Kotowski 1999, 269.

<sup>1309</sup> Wundt 1927d, 247.

<sup>1310</sup> Wundt 1927d, 247. Hervorhebung von Wundt.

be“ freihalten, das nur Bücher um der Bücher willen schreibe. Jedes Werk müsse zu einer immer tieferen Erkenntnis der Ideen hinführen, denn der Schriftsteller wende sich an alle Menschen und an alle Zeiten. Vollkommenheit, vollendete Herrschaft über die Sprache seien Kennzeichen des Werkes.<sup>1311</sup> Die Universitäten müssten „unbedingte Freizügigkeit“<sup>1312</sup> genießen.

## **8. Fazit: Max Wundt – ein Wegbereiter des NS-Systems**

Wie Theodor Haering kritisiert auch Max Wundt die mechanistische Weltansicht und die durch die Industrialisierung in der Kaiserzeit bedingten Auflösungserscheinungen in der Gesellschaft bereits vor 1914. Individualismus, Rationalismus, die Arbeitsteilung und der Kapitalismus sollen überwunden werden. Doch weit vehementer als Haering hat Wundt seit Beginn der Weimarer Republik auf den Sturz der Demokratie hingearbeitet, er hat sie auf den unterschiedlichsten Ebenen – etwa auch in Wirtschafts- und Adelskreisen – aktiv bekämpft. Unter Mitwirkung in zahlreichen Verbänden und Organisationen war Wundt als Publizist und Herausgeber von Zeitschriften mit einer ganzen Reihe weiterer Republikgegner – auch aus dem philosophischen Kollegenkreis – vernetzt. Deren Ziel war: Sturz der Weimarer Demokratie. Wundt ging bei seinem antidemokratischen Engagement durchaus strategisch vor, stellte etwa seine Forderung nach Einführung einer Erbmonarchie als zweitrangig zurück, näherte sich dem Revolutionären Nationalismus an oder versuchte, die politische Rechte zu einigen.

Hat bereits der politisch wesentlich milder argumentierende und agitierende Theodor Haering die Legende vom „Elfenbeinturm der Philosophen“ ad absurdum geführt, gilt das insbesondere für Max Wundt. Bewusst taktierte Wundt in seinen Publikationen, setzte je nach politischer Situation inhaltlich divergierende Schwerpunkte und scheute sich nicht, ideologische Verschiebungen zu vertreten, etwa beim Angebot an die Arbeiterschaft, mit ihm und den Republikgegnern gegen das Bürgertum zu kämpfen. Das Ziel, Sturz der Republik, hatte bei ihm absolute Priorität.

Wundt vereinigte in sich die von Sontheimer herausgestellten tragenden Gedanken des Deutsch-Nationalismus, der Konservativen Revolutionäre, des Revolutionären Nationalismus, der Deutsch-Völkischen, aber auch des Nationalbolschewismus. Den Kriterien von Breuer zufolge ist Wundt ein Philosoph des spezifisch völkischen Rechtsnationalismus. Kennzeichen dessen sind eine Hypostasierung des holistisch

---

<sup>1311</sup> Vgl. Wundt 1927d, 248.

<sup>1312</sup> Wundt 1927d, 250.

verstandenen deutschen Volkes und der Glaube an die natürliche Ungleichheit der Volksmitglieder.<sup>1313</sup> Wundt charakterisierte das Volk in seiner „organischen Ganzheit“ durch Blut, Boden, Arbeit, Sitte und Sprache, die Juden grenzte er aus.

Wundt ist somit einer der Wegbereiter des Nationalsozialismus.<sup>1314</sup> Zwischen ihm und dem NS-System korrespondieren grundlegende Ideologeme: Der autoritäre, ja totalitäre Staatsgedanke, die Forderung nach einer umfassenden Erziehung des deutschen Volkes „auf allen Wegen und mit allen Mitteln“, der Antisemitismus, die starke Betonung des Gemeinschaftsgedankens, die relative Wertlosigkeit des Individuums, aber auch die Forderung nach Einschränkung der Schrift-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit, ebenso die Heldenverehrung, der Militarismus und die expansive Außenpolitik. Sie sind auch Teil des späteren NS-Systems geworden. Ob Wundt unmittelbar Einfluss auf die NSDAP in der Weimarer Republik gehabt hat, ist im Einzelnen nicht rekonstruierbar. Doch der NS-Staat und Wundts staatspolitische Vorstellungen weisen eine hohe Übereinstimmung auf. Mit den Nationalsozialisten der Weimarer Republik hat ihn ein Großteil seiner Forderungen verbunden, wenn es auch in Detailfragen unterschiedliche Auffassungen gab, wie im Streit mit Rosenberg ersichtlich wurde. Dem Antisemitismus hat er eine pseudowissenschaftliche Begründung gegeben, er trug zur Verbreitung und Aufnahme eines aggressiven Antisemitismus in der breiten Öffentlichkeit bei. Max Wundt hat lange vor 1933 eine NS-konforme politische Einstellung gezeigt.

Seine Abneigung gegen jegliche Parteienbildung in einem Staat resultiert aus seiner unbedingten Präferenz der Erbmonarchie mit einem über den Parteiinteressen stehenden Herrscher sowie seinem aristokratisch-bildungsbürgerlichen Gesellschaftsverständnis und den von ihm als „Parteihader“ gekennzeichneten Auseinandersetzungen der Parteien in der Weimarer Republik.

Die Initialzündung zu seinem antidemokratischen Engagement war der Erste Weltkrieg. Während der leidenschaftlich kämpfende Soldat an der Front stand, brachen in der Heimat demokratische Bestrebungen durch – politische Entwicklungen, die der überzeugte Monarchist in seinem tiefsten Innern ablehnte. Auf Befehl und Gehorsam gründete sich ihm zufolge das Leben im Felde, Befehl und Gehorsam sollten auch im zivilen Leben die Grundlage der Gemeinschaft sein. Bindeglied ist die

---

<sup>1313</sup> Vgl. Breuer 2008, 18ff.

<sup>1314</sup> So sieht das auch Topitsch. Ihm zufolge hat Wundt, der „unter Wiederaufnahme und Weiterbildung Hegelscher Motive extrem nationalistisch-autoritären Gedanken huldigte“, den Nationalsozialismus zum Teil vorweggenommen. Ähnlich Dahms: „Bei Wundt waren die politischen Übergänge zwischen dem deutschnationalen und dem nationalsozialistischen Lager schon vor 1933 fließend.“ Dahms 2003, 731.

aus dem Germanischen entlehnte Tugend der Treue, von Wundt einseitig als Gehorsam des „Geführten“ gegenüber dem „Führer“ aufgefasst, ein personales Verhältnis, das auch zur Nibelungentreue werden kann, zur Forderung einer unhinterfragbaren Gefolgschaft.

Darauf gründet sich bei Wundt die Staatskonzeption. Als Verfechter einer autoritären Erbmonarchie wies er mit einem aristokratischen Radikalismus sämtliche Ansprüche einer politischen Mitwirkung seitens des Bürgertums oder gar der Arbeiterschaft schroff zurück. In seinem rückwärtsgewandten Ständestaat sind die Hierarchien von oben nach unten eindeutig geregelt. Lediglich in Wirtschaftsfragen billigte er einer berufsständischen Vertretung eine beratende Funktion zu. Wundts politische Vorstellungen korrespondieren zum Teil mit den politischen Verhältnissen im deutschen Kaiserreich Mitte des 19. Jahrhunderts, als die konstitutionelle Monarchie fern vom „Parteihader“ die Politik bestimmte. Das Ideal eines Politikers sah er in Otto von Bismarck, einem machtbewussten und autoritären Staatslenker, der mit allen Mitteln seine politischen Vorstellungen durchzusetzen wusste.

Vor dem Hintergrund der antiken griechischen und römischen Philosophie und eines puritanisch verstandenen Protestantismus fand Wundt zu einem Neidealismus, dessen inhaltliche Aussagen sich in Behauptungen erschöpften. Er ließ ihn mit Beginn der Weimarer Republik die Traditionslinie eines „deutschen Denkens“ zeichnen, das so unterschiedliche Denker wie Luther, Jakob Böhme, Kant, Schiller, Fichte, Schelling, Hegel und Nietzsche integrierte. Wer nicht ins Schema passte, wurde den eigenen intellektuellen Vorlieben angepasst, etwa auch Kant und Fichte. Bei Wundt wird Philosophie zur reinen Weltanschauung, am Ende der Republik zur völkisch verstandenen Weltanschauung. Insofern hat sich auch Wundt in der Weimarer Republik weiter radikalisiert. Von einem „Alt-Nationalisten“ entwickelte er sich zu einem antisemitischen und völkischen Philosophen. Wundts politischer Anspruch schimmert auch in vielen seiner wissenschaftlichen Werke durch, im Kaiserreich noch schwach, stark dann in der Weimarer Republik. Nur in zwei Werken fehlen offensichtliche politisch motivierte Stellungnahmen.

In seiner Tübinger Zeit scheint sich das publizistische Engagement Wundts gegen Weimar quantitativ abgeschwächt zu haben. In den einschlägigen Zeitschriften kommt sein Name nicht mehr so häufig vor, wie in der Jenaer Zeit.<sup>1315</sup> Doch Wundt war Ende 1929 zunächst mit

---

<sup>1315</sup> In Thüringen hatte Wundt allerdings in der Zeit bis 1923 seinen direkten politischen Gegner in der von der KPD tolerierten sozialistischen Landesregierung. Deren linksrepublikanische Reformpolitik war Zielscheibe eines ausgeprägten radikalen Netzwerks der Rechten, unter denen im universitären Bereich neben dem Euckenbund auch Wundts „Gesellschaft deutscher Staat“ zu den prominentesten Gegnern

seinem Umzug nach Tübingen beschäftigt, dann mit der Herausgabe der zweiten Auflage seines Goethe-Werkes und seiner „Geschichte der Metaphysik“, nicht zuletzt mit der Fertigstellung seines über 500-seitigen Buches über die Jenaer Philosophen. Doch auch in den verbliebenen gut drei Republik-Jahren in Tübingen, in denen reichsweit die Präsidialkabinette regierten und die Republik ihrem Ende zuging, war Wundt nicht tatenlos. Er blieb Mit-Herausgeber von „Deutschlands Erneuerung“, der „Blätter für deutsche Philosophie“, Vorsitzender der „Gesellschaft Deutscher Staat“, setzte seine Unterschrift unter den reichsweiten Gründungsauftrag des „Kampfbundes für deutsche Kultur“, war Mitbegründer der Tübinger Ortsgruppe und unterzeichnete mit Hitler und Hugenberg die Dankesadresse an den „Reichsausschuss für das Volksbegehren gegen den Young-Plan“ sowie die anti-parlamentarischen Reformpläne des Reichskanzlers Franz von Papen. Vorträge hielt er etwa im Uhlandsaal der Museumsgesellschaft sowie auf der „Wehrpolitischen Tagung“ des 1931 bereits vom NS-Studentenbund beherrschten Deutschen Studentenbundes. Dass aufgrund der Berufung Wundts nach Tübingen Ende 1929 keinerlei Protest aus der Tübinger Professorenschaft aufkam, zeigt deutlich – wie in Kapitel 3 dargelegt – dass auch die Universität zum Ende der Weimarer Republik stark nach rechts gerückt ist. Ausdruck dessen war auch die Gründung des studentischen SA-Sturms 1929, nachdem 1926 der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund in Tübingen ins Leben gerufen worden war.<sup>1316</sup> Im Jahre 1931 verließ der für lange Jahre einzige und letzte Wissenschaftler jüdischen Glaubens, der Physiker Alfred Landé (1888 – 1976), die Eberhard-Karls-Universität und ging in die USA.

## **E. Traugott Konstantin Oesterreich: Der Republikfreund, ein unbeliebter Kollege**

Der einzige am Philosophischen Seminar, der die Weimarer Republik begrüßte und sie – zumindest am Beginn – auch aktiv unterstützt hat, war der außerordentliche Professor Traugott Konstantin Oesterreich. Er war damit einer der wenigen Republikfreunde an der Universität Tübingen.<sup>1317</sup> Der Erkenntnistheoretiker, Metaphysiker und Psychologe machte sich durch die Herausgabe der „Überweg“-Bände zur neues-

---

zählte. Vgl. Hoßfeld, John, Stutz 2003, 43. Im Freien Volksstaat Württemberg hingegen traf Wundt auf den DNVP-Mann Wilhelm Bazille als Kultusminister.

<sup>1316</sup> Adam 1977a, 23.

<sup>1317</sup> Adam zählt zu den Demokraten den Nationalökonom Robert Wilbrandt (er folgte 1929 einem Ruf an die TU Dresden), den Religionsgeschichtler Hans Winkler (KPD-Mitglied), den Volkswirtschaftler Hans Teschemacher (Wilbrandts Nachfolger), den Juristen Carl Sartorius, den Mathematiker Erich Kamke, den Anatom Martin Heidenhain und den Kanzler August Hegler. Vgl. Adam 1977a, 28.

ten Philosophie (1916) sowie zur deutschen Philosophie (1923)<sup>1318</sup> und zur „Philosophie des Auslandes“ (1928)<sup>1319</sup> reichsweit einen Namen. Er war Empirist, suchte von dieser Grundlage aus eine Metaphysik aufzubauen, kritisierte den Neukantianismus, bekämpfte den Materialismus und die mechanische Weltanschauung.<sup>1320</sup> Die Frauenemanzipation befürwortete er, sie galt ihm als „Kampf um Menschenrechte“<sup>1321</sup>. Wie Haering und Wundt kritisierte zwar auch Oesterreich die stets voranschreitende Wertauflösung in den europäischen und außer-europäischen Kulturen, die mehr und mehr der sittlichen Hemmungslosigkeit verfallen würden, Oesterreich setzte jedoch seinen Kosmopolitismus entgegen, ein „geistiges Gemeinschaftsgefühl“, das ein „allgemein kulturelles Menschheitsbewusstsein“ unter Beibehaltung nationaler Grundlagen fördern sollte.<sup>1322</sup>

---

<sup>1318</sup> Die beiden „Überweg“-Bände (1916 und 1923) zur Geschichte der Philosophie vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (1920er-Jahre) hat Oesterreich nahezu vollkommen umgearbeitet. Für die Ausgabe von 1923 (eine Neubearbeitung des Werks von 1916) verfasste er einige Teile selbst und arbeitete andere um, nahm neue Strömungen mit hinein (Darwinismus, Monismus, Neovitalismus, Religionsmetaphysik, Parapsychologie) und fügte Philosophen hinzu (Dilthey, Eucken, Cassirer, Husserl, Scheler). Die bis dahin übliche chronologische Darstellung ersetzte er durch eine systematische und machte aus dem „Überweg“ eine Philosophiegeschichte. Nicht nur Christian Thiel bescheinigt ihm „sachliche Aufrichtigkeit“ und eine „fast erstaunliche Fairness“. Oesterreich habe die Akzente gut gesetzt, sauber unterschieden zwischen der zeitgenössischen, der gegenwärtigen und der vermutlich bleibenden Bedeutung eines Philosophen (Thiel 2002, 29f.). Auch Arthur Liebert, liberal-konservativer Neukantianer, lobte das Werk als „bespiellos vollständiges Bild der gegenwärtigen Philosophie“ und schätzte die hohe Objektivität. Doch der „ganze wirre Spuk der Theosophie und Anthropologie“ sei eines „Überwegs“ nicht würdig, der doch der Philosophie gewidmet sei. Solche Erscheinungen und Richtungen seien wohl für die „wunderliche Geistesverfassung unserer Zeit charakteristisch“. Oesterreich solle diese un- oder außerphilosophischen Kapitel in der nächsten Auflage streichen. Vgl. Liebert 1924, 503ff.

<sup>1319</sup> 1916 war die Philosophie des Auslandes im „Überweg“ noch integriert. Es war der 4. Band des „Überweg“. Weil die Um- und Neubearbeitung der deutschen Philosophie wesentlich mehr Platz eingenommen hatte, löste Oesterreich die „Philosophie des Auslandes“ heraus, besetzte wesentliche Teile mit neuen Autoren und brachte den Band als die bis dahin einzige Gesamtdarstellung der neueren und neuesten Philosophie des Auslandes heraus. Neu geschrieben wurden etwa die Kapitel über die amerikanische, tschechische und polnische Philosophie. Vgl. Oesterreich 1928a, VII. Die russische Philosophie hat sich Oesterreich zufolge seit dem Sieg des Bolschewismus aus „der Reihe der Kulturländer“ verabschiedet (Oesterreich 1928a, VII). In Russland sei nur materialistische Literatur erlaubt, Philosophie-Professoren würden aus dem Land gewiesen. Seit 1923 erscheinen russische Arbeiten nur im Ausland, „Russland hörte vorläufig auf, ein Kulturland zu sein.“ (Oesterreich 1928a, 336). Arthur Liebert hob in seiner Rezension „des hochgeschätzten Werkes“ eine anerkennewerte Umsicht, Gewissenhaftigkeit und Einzigartigkeit hervor. Oesterreich betone, dass die Rassen- und Volksgegensätze nicht so groß seien, der philosophische Universalismus sich jedoch gegen die immer stärker durchsetzenden nationalen Differenzierungen behaupten müsse. Die Idee einer übernationalen Wahrheit trete in den Hintergrund. Liebert 1930 (35), 302f.

<sup>1320</sup> Dennoch bejahte Oesterreich die Republik. Hegel und Fichte – von konservativen, deutsch-nationalen und deutsch-völkischen Kollegen gern zitiert – konnte er wenig abgewinnen.

<sup>1321</sup> Oesterreich (Maria) 1954, 400.

<sup>1322</sup> Oesterreich (Maria) 1954, 401.



Von der Griechischen Gesellschaft für Psychologische Forschung (Etaireia psychikon ereunon) wurde er als Nachfolger von Hans Driesch zum Ehrenpräsidenten des Jahres 1931 gewählt. Oesterreich verfasste religionsphilosophische und religionspsychologische Arbeiten, beschäftigte sich intensiv mit parapsychologischen Phänomenen<sup>1323</sup> und wollte ein Parapsychologisches Institut in Tübingen aufbauen.

Traugott Erdmann Konstantin Oesterreich wurde am 15. September 1880 in Stettin geboren.<sup>1324</sup> In Berlin legte er 1899 die Abiturprüfung

---

<sup>1323</sup> In England, Italien und Frankreich hatte sich die Parapsychologie längst etabliert. Nach dem Ersten Weltkrieg erfuhr sie im Deutschen Reich einen gewaltigen Schub. Zahlreiche ernstzunehmende Wissenschaftler beschäftigten sich mit den außergewöhnlichen Phänomenen. 1921 fand der I. Internationale Kongress für Parapsychologische Forschung in Kopenhagen statt, der II. war 1923 in Warschau. Oesterreich war zusammen mit Driesch im deutschen Komitee, der Schweizer Psychiater Carl Gustav Jung war im Schweizer Komitee. Oesterreich sollte 1923 auf der Tagung in Warschau einen Vortrag halten, konnte aber aufgrund des im August 1923 einsetzenden „Geldsturzes“ die Reise nicht antreten (Oesterreich 1924, III.). Oesterreich war im parapsychologischen Diskurs stark involviert. Er hielt einige Sitzungen mit Medien, machte telepathische Experimente, war Gutachter bei Gerichtsverfahren, forschte über Telepathie, Telekinese, Hellsehen, Psychometrie, Paramnesie, Extase, Besessenheit und Materialisationen. Er war davon überzeugt, dass es diese übernatürlichen Phänomene gibt, jedoch nicht in der damals angenommenen hohen Zahl. Den Phänomenen ging er akribisch auf den Grund. So wollte er etwa vom Unternehmen Agfa in Berlin wissen, ob der auf einem Foto festgehaltene Austritt von vermeintlichem Ektoplasma aus den Körperöffnungen eines Mediums einen natürlichen Grund haben könnte, etwa ein Entwicklungsfehler oder eine Manipulation sei (UAT 399/10). Gegen den „Hauptpropheten“ der Theosophie Rudolf Steiner hatte Oesterreich erhebliche Bedenken. Er sei inhaltlich erstaunlich unklar wie ein deutsches „Revolutionsreformprogramm“, „richtige Einsichten“ sah Oesterreich in „wunderlicher Verkleidung“, vermischt mit Phantastischem. Selbst Schellings zügellose theosophische und kosmogonische Spekulationen seien ein „Kinderspiel“ gegenüber Steiners „Erleuchtungen“ (Oesterreich 1921b, 133ff.). Der Philosoph beschäftigte sich jedoch auch mit Tierpsychologie, beobachtete die „Sprache der Hühner“ (UAT 399/16), sammelte Zeitungsausschnitte über außergewöhnliche Leistungen der Tiere und notierte über Jahre hinweg das Verhalten seines Hundes „Cado“ (UAT 399/1,2). Der Nachlass Oesterreichs liegt in der Universität Tübingen und ist kaum aufgearbeitet. Dort findet sich etwa auch der Entwurf eines Grundlagenwerks der Psychologie mit den Unterkapiteln Tier- und Pflanzenpsychologie (UAT 399/16). Bei all seinen parapsychologischen und religionsphilosophischen Forschungen ging es Oesterreich letztlich um das philosophische und psychologische Ich, um eine Erweiterung der Erkenntnistheorie und der „Weltanschauung“ (vgl. Oesterreich 1924, 4f.). Den meisten Wissenschaftlern erschien die Parapsychologie jedoch als „Hokuspokus“. In den Kant-Studien kam das Thema fast nie vor. Einmal machte die Schriftleitung eine Ausnahme und ließ einen Befürworter und einen Gegner der Parapsychologie über das neue Buch von Oesterreich („Die philosophische Bedeutung der mediumistischen Phänomene“, 1924) urteilen. Hans Driesch verteidigte die Parapsychologie, machte den Neukantianismus als „das größte Hindernis“ für die neue Wissenschaft aus und warnte vor der Verwechslung der Parapsychologie mit Spiritismus. Oesterreich werde in der Geschichte der Parapsychologie einst den ihm gebührenden Platz unter den theoretischen Pionieren dieser neuen Wissenschaft einnehmen. Vgl. Driesch 1926, 601.

<sup>1324</sup> Der Vater Heinrich Julius Oesterreich (geboren am 2. August 1842) war Geheimer Rechnungsrat am Königlich Preußischen Kriegsministerium. Er kam nach dem Tod der Ehefrau Emmy Henriette Seraphine Caroline Elise von Homeyer (geboren am 26. Februar 1843) im April 1918 nach Tübingen, starb jedoch zwei Monate spä-

ab, wo er im Wintersemester 1899/1900 auch mit dem Studium der Mathematik, Physik und Astronomie begann. Nach vier Semestern wechselte er zur Philosophie und Psychologie. 1905 wurde er mit einer Arbeit über „Kant und die Metaphysik“<sup>1325</sup> von Friedrich Paulsen und Carl Stumpf promoviert. 1910 habilitierte er sich bei Erich Adickes und Heinrich Maier an der Universität Tübingen für das Fach Philosophie („Die Phänomenologie des Ich in ihren Grundproblemen“<sup>1326</sup>),

---

ter, am 21. Juni 1918. Die Eltern waren beide evangelisch, ebenso die Großeltern. Traugott Konstantin Oesterreich war nicht Teilnehmer des Ersten Weltkriegs. Vgl. Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, in: UAT 399/44. Auch den Schwiegervater von Oesterreich nahm die Familie in Tübingen auf. Er kam im letzten Jahr des Ersten Weltkrieges nach Tübingen, starb zwei Jahre später. Vgl. Maria Oesterreich 1954, 375.

<sup>1325</sup> Die Philosophische Fakultät lobte die Arbeit als „tüchtige und gründliche Leistung“ (Philosophische Fakultät zur Wiederbesetzung der außerordentlichen Professur von Heinrich Spitta am 10. Dezember 1921, in: UAT 126/488, Personalakte Traugott Oesterreich). Während Max Wundt bei Kant eine einheitliche Entwicklung sah, die keine Brüche, sondern nur Wandlungen in Bezug auf eine Neubegründung der Metaphysik erlaubte, wägt Oesterreich den „positivistischen“ und den „metaphysischen“ Kant sorgfältig gegeneinander ab. Oesterreich ist „um möglichst große Objektivität“ (Oesterreich 1906, 1) bemüht, sieht Mitte der 1760er Jahre bei Kant einen ersten Auflösungsprozess der Metaphysik, an dessen Ende Kant Erkenntnis nur durch Erfahrung postuliert. Den Bruch – allerdings keine Verwerfung – mit der Metaphysik vollzieht Kant dann mit seinem Werk „Träume eines Geistersehers“ von 1766 (Oesterreich 1906, 19). Weder a priori noch a posteriori gebe es eine metaphysische Erkenntnis. Doch Oesterreich stellt bei Kant ein metaphysisches Lebensgefühl fest, das ihn die „alte Metaphysik“ als apriorische Vernunftkenntnis verwerfen, ihn jedoch eine „Reform der Metaphysik“ entwickeln lässt. Von 1770 an existiere wieder die Metaphysik, es gebe apriorische Erkenntnis, nicht nur aus dem Verstand heraus, sondern auch aus der Sinnlichkeit (Oesterreich 1906, 38). Dennoch sei Kants Glaube an eine reine Verstandeserkenntnis noch unerschüttert. In den 1770er Jahren erschließe Kant das Transzendente für den Glauben, in dem er die Grenzen der Vernunft bestimmt. Denn Metaphysik sei in der Naturanlage der menschlichen Vernunft gegeben. Die Möglichkeit von Metaphysik aber habe Kant „nicht wirklich nachgewiesen“ (Oesterreich 1906, 64). Um jedoch die Potenzialität von Metaphysik zu retten, lasse Kant die Gegenstände sich nach unseren Begriffen richten (Oesterreich 1906, 70). Dass hinter dem Kritizismus Kants eine halb ausgesprochene Metaphysik stehe, befriedigt Oesterreich nicht. Nicht zurück auf Kant, sondern „Vorwärts, hinaus über Kant!“ (Oesterreich 1906, 81), ruft auch er aus. Kant habe als „Vollender der Aufklärung“ den „Koloss der Schulmetaphysik für immer“ (Oesterreich 1906, 87) gestürzt. Erst seit Kant sei die scholastische Philosophie innerlich überwunden. Doch die Vernunft spüre den Trieb nach vollständiger Erkenntnis in sich, auch „das Ding an sich“ gehöre dazu. So habe Kant die Möglichkeit einer Erkenntnis nach Analogie eröffnet, der Glaube sei „subjektiv zureichendes, objektiv aber unzureichendes Führwahrhalten“ (Oesterreich 1906, 105). Letztendlich erkennt Oesterreich zwei Seelen in Kants Brust: Habe der Intellekt die Oberhand, würden die Ideen zu bloßen regulativen Phantasievorstellungen ohne irgendwelche objektive Gültigkeit. Erlange dagegen der metaphysische Trieb die Herrschaft, schreibe Kant den Ideen irgendwelche, wenn auch unbestimmte objektive Geltung zu, sie würden zu symbolisch-anthropomorphen Analogie-Erkenntnissen. Dieses labile Gleichgewicht sei tief in der Persönlichkeit Kants begründet. Oesterreich schlussfolgert, dass es keine einzige und auch keine richtige Weltanschauung gibt, dass sie sich vielmehr jeder individuell erarbeiten muss (Oesterreich 1906, 128f.).

<sup>1326</sup> Nach Alois Riehl (Berlin) würde allein dieses Werk eine Beförderung zum Ordentlichen Professor rechtfertigen, für Erich Jaensch war es „eines der beachtenswertesten Werke“, und Edmund Husserl nannte die Arbeit „ein wertvolles Werk, dass er oft und stets mit Nutzen zur Hand genommen habe, es verdiene alles Lob.“ So lauteten die Einschätzungen zeitgenössischer Philosophen, nachdem sie von der Philoso-

seine Habilitationsvorlesung hielt er am 30. Juli 1910 über das Thema „Die deutsche Philosophie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“. <sup>1327</sup> Mit diesen beiden Arbeiten steckte Oesterreich auch die Hauptthemen für die nächsten zwei Jahrzehnte ab.

1916 erhielt Oesterreich den Titel und Rang eines außerordentlichen Professors und trat 1922 die Nachfolge des emeritierten Heinrich Spitta an. Der Große Senat sah in seiner Stellungnahme sowohl in Oesterreich als auch in Theodor Haering geeignete Bewerber, gab jedoch Oesterreich wegen seines Alters den Vorzug, weil eine Nicht-Berücksichtigung eine Schädigung seiner Existenz und ein lebenslanges Hemmnis seines Fortkommens bedeutet hätte. <sup>1328</sup> Mit Rücksicht auf dessen in mehrfacher Hinsicht verdienstvolle Leistungen könne man das nicht verantworten. Würde ein anderer Oesterreich vorgezogen, so würde seine akademische Tätigkeit vollständig vernichtet. Wenn schon nicht die eigene Fakultät ihn eines Extraordinariats für würdig halte, würde ihn keine auswärtige Fakultät berufen wollen oder können. <sup>1329</sup> Die Philosophische Fakultät lobte Oesterreich als „Mann von eisernem Fleiß und ungemein vielseitigem Interesse“, als einen scharfsinnigen, gründlichen Denker und tüchtigen und umsichtigen Forscher. Besonders hervorgehoben wurden die religionspsychologischen Schriften und sein neu bearbeiteter „Grundriss der Geschichte der Philosophie vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart“ („Überweg“, Band 11 von 1916). <sup>1330</sup>

Ein unbedingter Drang nach Wahrheit prägte Oesterreich und seine wissenschaftliche Arbeit. Er kam von den Naturwissenschaften und der Mathematik her, die positiven Einzelwissenschaften waren seine Grundlage. Von dort aus suchte er jenseits des bloßen Wissens antidogmatisch und selbstkritisch auch mit Hilfe der Intuition und der Einfühlung Gewissheit zu erlangen, die sich aber vor dem Verstand recht-

---

phischen Fakultät um eine Stellungnahme zu Oesterreich wegen der Wiederbesetzung des Spitta'schen Lehrstuhls gebeten worden waren. Vgl. UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>1327</sup> Vgl. den selbst verfassten Lebenslauf von Oesterreich in: Maria Oesterreich 1954, 5ff.

<sup>1328</sup> In der Fakultät war die Meinung gespalten, Haering und Oesterreich zugleich das Extraordinariat zu übertragen. Nach einem lebhaften Widerstand wurde die Entscheidung vertagt. Den meisten war Haering sympathischer, der überwiegenden Mehrzahl der Senatsmitglieder auch „der viel Liebere“. Da Oesterreich mit Prag und Danzig in Verbindung gebracht wurde, beschloss man, die Entscheidung zu verzögern. Würde Oesterreich einen Ruf erhalten, hätte sich das Problem von selbst erledigt. Vgl. den Vorgang in: UAT 119/145 (Nachfolge Spitta).

<sup>1329</sup> Der Große Senat in seinem Bericht über die Wiederbesetzung der außerordentlichen Professur von Heinrich Spitta am 22. Februar 1922, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>1330</sup> Philosophische Fakultät zur Wiederbesetzung der außerordentlichen Professur von Heinrich Spitta vom 10. Dezember 1921, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

fertigen muss.<sup>1331</sup> Er kann dem erkenntnistheoretischen Realismus zugerechnet werden, wobei „im Prinzip“ die gesamte empirische Welt der menschlichen Erkenntnis zugänglich ist.<sup>1332</sup> Selbst das Transzendente ist dem Erkennen nicht entzogen, allerdings sind dafür nur Hypothesen möglich. „Letzte Fragen“ wie etwa die nach dem „Weltzweck“ entziehen sich Oesterreich zufolge der Beantwortung.<sup>1333</sup> Dass die Erkenntnis der Außenwelt auf dem richtigen Weg ist, zeigen Oesterreich aber die Anwendungen in der Technik.

Sein Weg der Erkenntnis ist zunächst über die Sinnesorgane vermittelt. Dadurch erhält der Mensch Zugang zur Außenwelt. Durch die empirisch-deskriptive Methode werden die seelischen Erlebnisse beschrieben und begrifflich erfasst. Der nächste Schritt des Erkennens ist die teleologische Methode, die eine Antwort der Frage nach der Bedeutung dieses Ergebnisses im Gesamtzusammenhang sucht. Oesterreich verbindet hier den Sensualismus und die Phänomenologie. Beide gipfeln schließlich in der Metaphysik, die „Nichterfahrenes und Nichterfahrbares nach Analogie zum Erfahrenen“<sup>1334</sup> mit den verfügbaren Begriffsmitteln erfasst. Der Philosoph blieb jedoch auch Skeptiker im positiven Sinn. Eine einmal festgestellte Wahrheit musste nicht für immer wahr sein, die Suche nach Antwort auf „letzte Fragen“, etwa nach der Wirklichkeit Gottes oder nach dem Sinn und Zweck der Welt, hört ihm zufolge nie auf: „Eine Philosophie ist nicht billig zu haben, sondern nur um den Preis eines ganzen Lebens.“<sup>1335</sup> Die Ratlosigkeit, das Suchen und das Streben nach einer Lösung sind „das Einzige, das unser ist.“<sup>1336</sup>

Entsprechendes gilt für die Ethik. Auch hier ist die Erfahrung Grundlage, die sittliche Gesinnung steht über der unsittlichen, „das Gute ist das Ziel der Welt.“<sup>1337</sup> Der Auftrag für den Menschen lautet daher, „die Erde zu einem Reiche Gottes“<sup>1338</sup> zu machen, obwohl dieses Ziel nie erreicht werden könne. Aber streben sollte der Mensch danach. Oberste Maxime ist daher „die Erfüllung der Pflicht“<sup>1339</sup>, die ethische Handlung soll dem Gewissen folgen, auch wenn sie Leid und Opfer nach sich zieht. Entscheidend ist jedoch die Gesinnung. Pflichten individualisiert Oesterreich, sie lassen sich nicht auf andere Menschen

---

<sup>1331</sup> Vgl. Maria Oesterreich 1954, 395ff.

<sup>1332</sup> Maria Oesterreich 1954, 395.

<sup>1333</sup> Oesterreich 1925, 321.

<sup>1334</sup> Maria Oesterreich 1954, 396.

<sup>1335</sup> Maria Oesterreich 1954, 393.

<sup>1336</sup> Maria Oesterreich 1954, 392.

<sup>1337</sup> Maria Oesterreich 1954, 384.

<sup>1338</sup> Maria Oesterreich 1954, 384.

<sup>1339</sup> Maria Oesterreich 1954, 384; Oesterreich 1925, 319f.

übertragen.<sup>1340</sup> Nur der einzelne Mensch kann und muss über seine Pflichten entscheiden, wie auch über den Sinn und Zweck seines Lebens. In religiöser und sittlicher Hinsicht ist der Mensch „ganz auf sich allein gestellt.“<sup>1341</sup> Ausgehend von der einheitlichen „Leib-Seele-Person“ oder auch der „Leib-Seele-Persönlichkeit“<sup>1342</sup> billigt Oesterreich dem Menschen die Freiheit zu, „das Wollenkönnen auf Grund des Wissens, der Einsicht“ in Betracht zu ziehen. Eine freie Handlung kann ihm zufolge nur „aus dem Ich selbst“ hervorgehen. Da die Einsicht die intellektualistische Seite der Freiheit ist, wird das gesamte Gebiet der Werte („das Zentrum des Lebens“<sup>1343</sup>) der Erkenntnis zugänglich.

Werte werden nicht erfunden, sie werden entdeckt, ist Oesterreich überzeugt.<sup>1344</sup> Seinem objektivistisch-absoluten Standpunkt gemäß gibt es Rangunterschiede zwischen ihnen. Absolute Werte aber sind nur die sittlichen, ästhetischen, erkenntnismäßigen und die religiösen, alle anderen sind nur Mittel. Gott sieht Oesterreich als „Grund und Quelle aller Werte“<sup>1345</sup>. Ethik, Ästhetik<sup>1346</sup>, Erkenntnis und Religion gehören nicht den gleichen Sphären an. In der Religion etwa herrscht eine spezifisch-religiöse Erhebung, „die Feierlichkeit metaphysischer Gefühle“<sup>1347</sup> vor. So verlegt er auch die Realität Gottes in die tiefsten mystischen Erlebnisse hinein. Das Verlangen nach Religion und die Suche nach Wahrheit sind allerdings in ihrem intellektuellen Kern wesens-eins: Sie bieten einen Halt für das Leben.<sup>1348</sup>

---

<sup>1340</sup> Oesterreich kritisiert Kant. Dessen Kategorischer Imperativ sei „unzureichend“. Pflichten lassen sich nicht „ohne weiteres“ von einer Person auf die andere übertragen. Oesterreich: „Es existiert keine gleichmäßige Pflicht.“ Kant jedoch wollte nicht Pflichten eins zu eins übertragen, sondern den Menschen nach einer Maxime handeln lassen, die nach dem Willen des Handelnden auch allgemeines Gesetz werden solle. Kant gibt lediglich den „Rahmen“ vor, die Ausgestaltung obliegt der Vernunft des Einzelnen.

<sup>1341</sup> Maria Oesterreich 1954, 385.

<sup>1342</sup> Maria Oesterreich 1954, 386.

<sup>1343</sup> Maria Oesterreich 1954, 386.

<sup>1344</sup> Maria Oesterreich 1954, 387.

<sup>1345</sup> Maria Oesterreich 1954, 388.

<sup>1346</sup> In der Kunst vertrat Oesterreich nicht die klassische, konservative bildungsbürgerliche Variante. Neuen Entwicklungen stand er offen gegenüber. Auf ihren „höheren Stufen“ sei Kunst auch Ausdruck von Weltanschauung, die Subjektivität des Künstlers sei entscheidend. Im Reiche des Ästhetischen herrsche die Mannigfaltigkeit, „der große Künstler ist kein Nachfühler, sondern ein Vorfühler.“ Durch Inspiration und bewusste Aktivität entstünden „große Werke“ (Oesterreich 1925, 217ff.). Gerhard Hauptmann etwa wuchs über den Realismus hinaus, er ist ein „wirklicher Dichter“. Dem Kubismus und dem Expressionismus konnte der Philosoph weniger abgewinnen. In diesen Stilrichtungen der Malerei sah er ein „scharfes Abfallen“ gegenüber „dem deutlichen Aufstieg“ im Impressionismus (Oesterreich 1925, 167). Den Futurismus kennzeichnet er als „intellektuelle Kunst ohne tieferen Gedanken“ (Oesterreich 1925, 264).

<sup>1347</sup> Maria Oesterreich 1954, 388.

<sup>1348</sup> Vgl. Maria Oesterreich 1954, 389.

Großes Ziel Oesterreichs war, ein „haltbares Weltbild“ zu erarbeiten, aus den vorhandenen An- und Einsichten „ein Ganzes“ vorzustellen, das gleichermaßen natur- und geisteswissenschaftlich sowie logisch-mathematisch begründet ist. Die teleologische Struktur der Welt und des Weltganzen lag dabei durchaus im Bereich des Möglichen. Sicher war sich Oesterreich in der Annahme einer Höherentwicklung der menschlichen Existenz, auch kulturell. Obwohl ihm die Welt vorkam, als wenn sie „nicht recht fertig geworden oder teilweise missglückt ist“, ging er doch von einem „Aufsteigen zu höheren Stufen“ aus.<sup>1349</sup>

Vehement wandte er sich gegen die Auffassung, der Charakter eines Menschen bestimme eindeutig dessen Weltanschauung.<sup>1350</sup> Er selbst habe etwa in religionsphilosophischen Fragen während seiner Forscherjahre unterschiedliche Standpunkte eingenommen – „vom rein materialistischen psychiatrischen Pathologismus [...] bis zum protestantisch-theologischen Rechtsdogmatismus und reinen Katholizismus.“<sup>1351</sup> Philosophisch hoffte er, einem neuen System des Idealismus entgegenzugehen. Dessen drei Säulen sah er in der Anerkennung der Heterogenität des Psychischen, im Bewusstsein der Superiorität des Geistes und in der besonderen Steigerung der höheren Wertgefühle.<sup>1352</sup>

Die Schriften Oesterreichs teilen sich in philosophische, religionsphilosophische<sup>1353</sup>, psychologische und parapsychologische Werke. Neben seinen „Überweg“-Bänden zur deutschen Philosophie und zur Philosophie des Auslandes ist sein philosophisches Hauptwerk der Weimarer Republik das 1920 in erster und 1925 in zweiter Auflage erschienene „Weltbild der Gegenwart“. Darin schlägt der Philosoph einen Bogen, der in der Darstellung der neuesten Theorien über das Universum beginnt und schließlich den Sinn der Welt und des Lebens thematisiert. Dazwischen liegen die Kapitel über Erdentwicklung, Pflanzen- und Tierwelt, das Psychische, die Entwicklung der menschlichen Kultur, Sprache und Schrift, Staat, Religion und Sittlichkeit, Kunst und Dichtung, Wissenschaft und Philosophie, apriorische Weltgesetze und Logik, Werte und Erkenntnis. Oesterreich referiert in den jeweiligen Kapiteln die Forschungsstände zum Teil in ihrer historischen Entwicklung und grenzt die neuesten Erkenntnisse gegeneinander ab, argumentiert jedoch gegen die rein materialistische und mechanistische Interpretation – etwa bei der Evolution des Menschen.

---

<sup>1349</sup> Oesterreich 1925, 322.

<sup>1350</sup> Diese Auffassung vertrat Fichte, an ihn lehnten sich auch die Tübinger Philosophen Adickes und Haering an.

<sup>1351</sup> Maria Oesterreich 1954, 383.

<sup>1352</sup> Maria Oesterreich 1954, 399.

<sup>1353</sup> Dabei beschäftigten Oesterreich die Fragen, welche Bedeutung die Religion generell hat und wie ihr Verhältnis zur Erkenntnis, zur Kunst und zum Leben ist. Die Analyse religiösen Lebens (dazu gehört auch die Ekstase) sei dafür unerlässlich. Vgl. Maria Oesterreich 1954, 127.

Charakteristisch für Oesterreich in diesem Werk ist die Auffassung des Staates. „Gewalt“ sieht er zwar realpolitisch als staatenbildenden Faktor, sie vermag dem Staat jedoch keine lange Lebensdauer zu verleihen.<sup>1354</sup> Nur, wenn Staaten ihre Existenz dem Volk verdanken, ist ihnen eine längere Lebensdauer vergönnt. Beispiele sind ihm die Römer im Altertum und die Engländer in der Neuzeit. Dem deutschen Volk gehe die politische Begabung ab, so Oesterreich. Eine sittlich allein angemessene Verfassung ist „der freie Staat“, die „republikanisch-demokratische Staatsform“.<sup>1355</sup> Sie ist aber kein letzter Wert, ihr Sinn liegt in der Vorbedingung zur „höheren Kultur“.<sup>1356</sup> So sind für Oesterreich auch „die Grenzen der europäischen Staaten“ so unwichtig wie die Territorialverteilung zwischen den Reichen der Zulukaffern, der durchschnittliche europäische Patriotismus steht „nicht höher als der Stammesfanatismus von Bantunegern, die sich ebenfalls für ihre Nation nach besten Kräften totschiagen.“<sup>1357</sup> Hier zeigt sich der Kriegsgegner und Kosmopolit Oesterreich.

Philosophie ist auch für Oesterreich die „umfassende Wissenschaft“<sup>1358</sup>, sie schließt Erkenntnistheorie<sup>1359</sup>, Psychologie und Metaphysik ein.<sup>1360</sup> Die Beherrschung aller Einzeldisziplinen sei zwar unmöglich, die Kenntnis der Grundstruktur aber sei möglich. Der Versuch einer Gesamtsynthese müsse immer wieder unternommen werden. Grundlage sind für ihn dabei die logischen Sätze, sie sind „Strukturgesetze der Wirklichkeit“<sup>1361</sup>, die jedoch „irgendeiner tiefgreifenden Korrektur bedürfen.“<sup>1362</sup> Erkenntnis als „letzte Tendenz der Wissenschaft“ ist „nicht Verstehenwollen, sondern Wissenwollen.“<sup>1363</sup>

---

<sup>1354</sup> Oesterreich 1925, 182.

<sup>1355</sup> Maria Oesterreich 1954, 284.

<sup>1356</sup> Oesterreich 1925, 194.

<sup>1357</sup> Oesterreich 1925, 157. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts machte Oesterreich den Durchbruch der „Realpolitik“ fest. Seitdem habe ein tiefer sittlicher Niedergang stattgefunden, der im Ersten Weltkrieg seinen Gipfel erreicht habe. Im Kriege und auch danach habe die moralische Hemmungslosigkeit der europäischen Völker in der gegenseitigen Vernichtung ihre Orgien gefeiert. Die Humanität sah er hingegen vor der französischen Revolution und im Vormärz. Oesterreich 1925, 165.

<sup>1358</sup> Oesterreich 1925, 229.

<sup>1359</sup> Die parapsychischen Vorgänge wie Hellsehen, Telepathie, Psychometrie und Prophetie gehörten für Oesterreich als neue Erkenntnisfunktionen durchaus in dieses philosophische Hauptgebiet hinein. Sie erweitern die normalen menschlichen Erkenntnisgrenzen. Vgl. Oesterreich 1924, 5f.

<sup>1360</sup> Oesterreich 1924, 3.

<sup>1361</sup> Oesterreich 1925, 242.

<sup>1362</sup> Oesterreich 1925, 254.

<sup>1363</sup> Oesterreich 1925, 276. Theodor Haering hingegen sah den Sinn des Philosophierens im Verstehenwollen.

Oesterreich beschäftigte sich in einem Großteil seiner Forschungen mit dem Ich.<sup>1364</sup> Bereits seine Habilitation von 1910 trug den Titel „Die Phänomenologie des Ich in ihren Grundproblemen“. Fortan bearbeitete er das Thema aus psychologischer, parapsychologischer und religionsphilosophischer Sicht. In der Psychologie galt ihm der positivistische Ansatz sowie die Assoziationspsychologie als überholt. Die „synthetische Ich-Theorie“, wonach der Psychologe das Ich „aus ichlosen Elementen“<sup>1365</sup> konstruiert, hat ihm nicht genügt. Vorstellungen, Gefühle oder Willensakte begründen kein Ich, das Ich hat sie, so Oesterreich. Darüber hinaus liegen im Ich Potenzen und Dispositionen begründet, die als aktuelle psychische Erlebnisse nicht festgestellt werden können.<sup>1366</sup> In Anlehnung an Leibniz formuliert Oesterreich seine „monadologische Theorie“, wonach sämtliche psychischen Erlebnisse die Erlebnisse eines Ich sind, das als „miterlebtes Moment“ in jedem psychischen Akt enthalten ist und bei jeder Person identisch bleibt.<sup>1367</sup> Vom Ich streng zu unterscheiden ist die Persönlichkeit, ein „in einem bestimmten, höheren Zustand“ befindliches Ich, dessen Dispositionen und Tendenzen aus einem relativ konstanten Gefüge bestehen. Während die Persönlichkeit einheitlich strukturiert ist, kann im Ich auch ein „chaotisches Seelenleben“<sup>1368</sup> entstehen. Diese von Oesterreich scheinbaren und echten „Ich-Spaltungen“ genannten Zustände zeigen sich in mehreren Varianten, etwa in den Besessenheitszuständen<sup>1369</sup>, den Automatismen<sup>1370</sup>, der Schizophrenie oder der Depersonalisation<sup>1371</sup>. Auch parapsychische Phänomene haben als Ursache eine Stö-

---

<sup>1364</sup> Infolge der Forschungen haben ihn auch die unterschiedlichen Lösungsansätze des Leib-Seele-Problems nicht zufriedengestellt. Schon die Problemstellung erschien Oesterreich fragwürdig: nicht das Verhältnis der Seele zum physikalisch-chemischen Körper müsse betrachtet werden, sondern das Verhältnis der Seele „zum Körper als einem unmittelbaren Erlebnisgegenstand“. Der „Erlebniskörper“ bestehe aus Innenempfindungen, die objektiver Natur seien. Der Körper gehöre zum Ich, der Mensch ist ein „beseelter Körper“ oder „beleibte Seele“. Somit ist die Person „leiblich-seelische Einheit“ (Maria Oesterreich 1954, 104f.).

<sup>1365</sup> Oesterreich 1928b, 5.

<sup>1366</sup> Maria Oesterreich 1954, 61.

<sup>1367</sup> Oesterreich 1928b, 8.

<sup>1368</sup> Oesterreich 1928b, 8.

<sup>1369</sup> Neben ekstatischen Zuständen mit Amnesie oder dem Persönlichkeitswechsel summiert Oesterreich darunter auch weniger schwere Fälle. Dem Kranken – Oesterreich spricht stets vom Kranken – drängen sich trotz seines Widerstandes bestimmte Gedanken und Gefühle auf, die ihm fremd sind, sogenannte Zwangszustände (Oesterreich 1928b, 10).

<sup>1370</sup> Hierunter fallen automatisches Sprechen („Glossolie“) oder Schreiben. Kranke reden und schreiben, ohne dass sie wissen, dass sie reden und schreiben, der Patient ist sozusagen nur unbewusster Zuschauer seiner selbst. Da nicht selten auf diese Weise Gedichte, Briefe, Romane oder religiöse Ansprachen produziert werden, das automatische Sprechen und Schreiben „in den meisten Fällen vollkommen sinnvoll ist“, verwirft Oesterreich die Annahme bloßer physikalisch-chemischer Vorgänge im Gehirn. Hinter diesen Phänomenen laufen unbewusste psychische Prozesse ab (Oesterreich 1928b, 10ff.).

<sup>1371</sup> Der Kranke hat sein Persönlichkeitsgefühl fast oder ganz verloren, er weiß um diesen Zustand. Er vollzieht sensorische oder intellektuelle Akte, das Ich aber ist nahezu verloren (Oesterreich 1928b, 33f.).



nung des Ich.<sup>1372</sup> Wie sich das Ich spalten kann, so können sich auch verschiedene Iche wieder verschmelzen. Die Ich-Verschmelzung stellt die psychische Einheit wieder her.<sup>1373</sup>

## 1. Der Mahner: „Noch ist der Sieg nicht errungen“

Politisch mischte sich Oesterreich am Ende des Jahres 1918 ein. In einem Brief an den DDP-Politiker Conrad Haußmann warnte er vor einem Bündnis der Liberalen mit der rechtsgerichteten Bürgerpartei.<sup>1374</sup> Zwar sei er „noch nicht Mitglied“, aber „von jeher liberal gesinnt“. Sollte die DDP „mit den rechtsstehenden Elementen“ eine Verbindung eingehen, treibe diese Entscheidung immer mehr Liberale ins sozialistische Lager. „Viele Rechtsstehende“ seien nur deshalb in die DDP eingetreten, „um auf sie reaktionären Einfluss zu gewinnen“. Nicht nur Oesterreich allein sei durch die „Aufnahme alldeutscher Elemente“ und deren Auftritt in den Ausschüssen „bereits derart verstimmt“, dass er seinen Beitritt in die DDP bislang nicht vollzogen habe. Eine Fusion oder „andersartige Verbindung“ mit „rechtsstehenden Sozialisten“ würden er und jüngere Kollegen einer Verbindung mit den Alldeutschen „bei weitem“ vorziehen.

Offensichtlich kam Oesterreich die weitere Entwicklung der DDP zumindest am Beginn der Weimarer Republik entgegen. Er trat bald nach dem Schreiben an Haußmann in die Württembergische Demokratische Partei ein, war dort ein bis eineinhalb Jahre Mitglied und trat dann „mit einem Protestschreiben“ wieder aus.<sup>1375</sup> Ihm habe die Kulturpolitik nicht zugesagt, außerdem habe er die Abhängigkeit der Partei von der Sozialdemokratie kritisiert. Eine Funktion habe er in der Partei nicht gehabt, auch habe er keine Vorträge im Namen der Partei gehalten. Weder vorher noch nachher sei er in einer Partei oder sonstigen politischen Vereinigung gewesen, auch nicht später im Reichsbanner.<sup>1376</sup>

---

<sup>1372</sup> Oesterreich 1928b, 23. Oesterreich hat zahlreiche Krankenakten und Kranke analysiert, war bei Sitzungen mit Medien zugegen und bei einem „Hellseherprozess“ als Gutachter bestellt. Daraus resultierten etwa die Werke „Das Mädchen aus der Fremde“ (1921) oder „Der Okkultismus im modernen Weltbild“ (1923), in denen Oesterreich Krankheitsfälle analysiert.

<sup>1373</sup> Oesterreich 1928b, 28f.

<sup>1374</sup> Schreiben Konstantin Oesterreich an Conrad Haußmann vom 31. Dezember 1918, in: HStAS, Q 1,2; Bü 104 (Nachlass Conrad Haußmann). Oesterreichs Kollege Theodor Haering hatte hingegen die Bürgerpartei im Januar 1919 unterstützt.

<sup>1375</sup> Eine Verbindung zur DDP gab es jedoch noch im April 1921, vermutlich war Oesterreich zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied. Er stellte auf Anfrage von Conrad Haußmann einige seiner Werke zum 60. Geburtstag von Rabindranath Tagore zur Verfügung. Haußmann hatte eine ganze Reihe Schriftsteller und Wissenschaftler angesprochen und um eine „literarische Festgabe“ gebeten, die in die Bibliothek von Tagores Heimat Shantiniketan gebracht werden sollte; vgl. den Vorgang und Oesterreichs Postkarte in: HStAS, Q 1,2; Bü 90 (Nachlass Conrad Haußmann).

<sup>1376</sup> Erklärung am 14. April 1933, in: UAT 399/44. Auch: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

Seit März 1912 war Oesterreich mit der aus Russland stammenden Jüdin Maria Raich<sup>1377</sup> verheiratet, am 12. Januar 1913 wurde die Tochter Cäcilie in Tübingen geboren.<sup>1378</sup> Die gesamte Familie Oesterreich wurde am 8. Januar 1919 in Württemberg „nationalisiert“.<sup>1379</sup>

Inhaltlich stand Oesterreich den professoralen „Ideen von 1914“ diametral entgegen. Seine „Weihnachtsgedanken 1917“ an die Studenten enthalten nicht die damals übliche enthusiastische Kriegsbegeisterung, keine Durchhalteparolen, keine national übersteigerten Töne, keine Beschwörung „deutscher Art und deutschen Wesens“. Oesterreich formulierte nicht so direkt wie sein Philosophenfreund Hans Driesch aus Leipzig, Krieg war aber auch für ihn kein Mittel der staatlichen Auseinandersetzung, Krieg war für Oesterreich insbesondere ein Zerstörer der Kultur. Oesterreich bilanzierte in seinen „Weihnachtsgedanken 1917“ nüchtern die Lage am Beginn des 20. Jahrhunderts, die trotz ihrer Rationalität einen Weltkrieg hervorgebracht habe. Er habe „die Probleme der Werte des Handelns“ im Innersten aufgewühlt. Der Welt hält er Jesus als Spiegel vor, der den Chauvinismus von sich geworfen und „in allen Menschen Geschöpfe seines eigenen Vaters im Himmel gesehen“<sup>1380</sup> habe. Der Nazarener sei die „radikalste Umwertung aller Werte gewesen“, er stelle die höchste Lebensform dar. Wer sich in seine Person versenke, bekomme ein Erfahrungswissen davon, „wie überhaupt Werte erkannt werden“<sup>1381</sup>. Dazu müsse aber jeder über sich selbst hinaus. Die Kluft zwischen Wissenschaft und Religion sah Oesterreich schwinden, nicht erst seit dem Krieg. Die Welt sei in den Anfängen einer Erneuerung des Theismus, der allerdings die Wissenschaft als Grundlage brauche. Oesterreich war überzeugt, dass das Weltbild in den kommenden zwei Jahrzehnten noch einmal so geistig werden würde, wie es im Vergleich zum ausgehenden 19. Jahrhundert geworden ist. Den Weltkrieg fasste er als Ergebnis der Trennung von Staat und Religion auf. Die „jetzige Weltkatastrophe“ könne ihren tiefsten geschichtlichen Sinn darin haben, dass sich die Staaten – dem Grundsatz nach – wieder der Religion unterstellten. Je länger der Krieg

---

<sup>1377</sup> Maria Raich war eine der ersten Studentinnen im Reich, studierte am Beginn des 20. Jahrhunderts in Berlin und Straßburg. In Straßburg wurde sie von Theobald Ziegler und Clemens Bäumker mit einer Arbeit über Fichte zum Dr. phil. promoviert. Vgl. Maria Oesterreich 1954, 374f. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts war Maria Oesterreich publizistisch sehr rege. Sie veröffentlichte Aufsätze zur Frauenfrage in der deutschen Philosophie, über Jugendfürsorge, über Naturforschung und Philosophie in deutscher und russischer Sprache. 1907 schrieb sie über den salonfähig gewordenen Antisemitismus im Kaiserreich. Vgl. UAT 399/3; UAT 399/4.

<sup>1378</sup> Cäcilie Oesterreich, von den Eltern „Cili“ genannt, machte 1930 mit 17 Jahren in Tübingen Abitur und begann im Sommersemester 1930 an der Eberhard-Karls-Universität mit dem Studium der Medizin. Siehe UAT 364/20072.

<sup>1379</sup> Vgl. UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>1380</sup> Oesterreich 1917, 3.

<sup>1381</sup> Oesterreich 1917, 4.

dauere, desto stärker würde der Drang danach, glaubte Oesterreich: „Und jedes Vierteljahr weiterer Kulturzerstörung ist neuer Regen“<sup>1382</sup> auf die religiöse Saat der neuen Ideen. Die Völker der Erde müssten sich als Individualitäten Gottes in ihrer berechtigten und gottgewollten Existenz anerkennen.

Weitaus deutlicher und diesseitiger wurde der Philosoph nach dem Ersten Weltkrieg. Er verfasste zwei Schriften zur Demokratisierung in der Weimarer Republik und gab sie 1919 heraus. Darin befürwortete er konsequent den neuen Staat. In seiner Schrift „Die Staatsidee des neuen Deutschland“<sup>1383</sup> erteilte Oesterreich dem Machtstaatsgedanken eine deutliche Absage. Der Glaube daran habe in den Ersten Weltkrieg geführt. Die größten sittlichen Leistungen des modernen Staates sah er in der sozialen Gesetzgebung. Sie sei die Verwirklichung der sittlichen Idee im Staat. Strafgefangene etwa sollten nicht in erster Linie „gestraft“, sondern „gebessert“ werden.<sup>1384</sup> Den eigentlichen Wert des Staates erkannte er darin, dass er das Leben, die Entwicklung des kulturellen Lebens erst ermögliche. Die Kluft der Kriegsfeindschaft zwischen Deutschland und der übrigen Welt müsse durch „einen gesteigerten Idealismus der Tat“<sup>1385</sup> wieder ausgefüllt werden. Vehement wehrte er sich gegen die weit verbreitete Ansicht, deutsche und englische Kultur stünden zueinander wie echte und Pseudokultur. Dies sei entweder der Ausfluss von Größenwahn oder eine Unwahrheit. Der Weltfrieden lasse sich theoretisch nur durch den Völkerbund oder durch die Weltherrschaft eines überlegenen Führervolkes erreichen. Der Gedanke an die politische Weltherrschaft eines einzelnen Staates war ihm jedoch „tief unerwünscht“.<sup>1386</sup> So forderte er die Demokratien des Westens auf, nach dem Sieg ihre „niederen Instinkte“ zu zügeln. Denn von diesem Friedensschluss hänge die künftige Weltgeschichte der Menschheit in höherem Maße ab als von irgendeinem der Vergangenheit. Deutschland müsse auch im Interesse seiner Kultur die „volle Regenerationsmöglichkeit“ der Wirtschaft gewährt werden, eine europäische Neugestaltung dürfe nicht von faktischen Machtverhältnissen abhängig sein.<sup>1387</sup> Die Staatslenker müssten diesmal wirkliche Philosophen sein.<sup>1388</sup> Ein neues deutsches Nationalgefühl erhoffte sich Oesterreich „aus der Verschmelzung des Mehrheitssozialismus mit dem liberalen Teile der Demokratie“, aus dem ein geistiges Fundament einer deutschen Kulturpartei erwachsen solle.<sup>1389</sup>

---

<sup>1382</sup> Oesterreich 1917, 6.

<sup>1383</sup> Oesterreich 1919a.

<sup>1384</sup> Oesterreich 1919a, 17.

<sup>1385</sup> Oesterreich 1919a, 4.

<sup>1386</sup> Oesterreich 1919a, 27.

<sup>1387</sup> Oesterreich 1919a, 28.

<sup>1388</sup> Oesterreich 1919a, 28.

<sup>1389</sup> Oesterreich 1919a, 33.

Die kleine Schrift umfasste lediglich 33 Seiten. Im gleichen Jahr ließ Oesterreich sein 86 Seiten langes Werk „Vom Machtideal zum Kulturideal“ folgen.<sup>1390</sup> Darin sah er die „Novemberrevolution“ als konsequente Fortsetzung und Vollendung der 1848er Revolution. Den Ersten Weltkrieg lastete er den „intellektuellen Führern“ an, dem Kaiser, der Regierung Bethmann-Hollweg, dem „Fürsten Bülow“<sup>1391</sup>, aber auch den Universitätslehrern, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl vollkommen versagt hätten.<sup>1392</sup> Den Krieg nannte Oesterreich einen „staatlich organisierten Massenmord“<sup>1393</sup>, den Alldeutschen warf er „planmäßige Verlogenheit“ vor, und die Machtpolitik Bismarck'scher Prägung geißelte er mit harschen Worten.<sup>1394</sup> Er kritisierte die von den konservativen und deutschnationalen Philosophen gern zitierten Fichte und Hegel und forderte, jenem Nietzsche zu folgen, „der den Nationalismus als brutale Völkerselbstsucht perhorreszierte [verabscheute, Anm. d. Verf.] und das Ideal des ‚guten Europäers‘ predigte“.<sup>1395</sup> Oesterreich wollte den deutschen Staat auf eine kulturelle Basis stellen und mahnte eine „allgemein ästhetische Erziehung des ganzen Volkes“ sowie dessen Erziehung zur politisch-sittlichen Reife an.<sup>1396</sup> Das ganze Deutschland als Kulturträger sei das sittlich gebotene demokratische Kulturideal. Er setzte sich für einen eigenen Staat der slawischen Völker ein, für internationale Freizügigkeit, geistigen Kosmopolitismus und den Zusammenschluss freier, demokratischer Staaten zu einem Weltbund. Wie seine Philosophenkollegen Haering und Wundt kritisierte auch Oesterreich die vor dem Ersten Weltkrieg erfolgte Zunah-

---

<sup>1390</sup> Der Autor dieser Arbeit geht davon aus, dass Oesterreich zuerst „Die Staatsidee des neuen Deutschland“ herausbrachte. Diese Annahme lässt sich durch inhaltliche Hinweise stützen.

<sup>1391</sup> Damit meint Oesterreich Bernhard Heinrich Martin Karl von Bülow (1849 – 1929), er war im Kaiserreich Außenminister und Reichskanzler.

<sup>1392</sup> Oesterreich 1919b, 14.

<sup>1393</sup> Oesterreich 1919b, 85. In den Süddeutschen Monatsheften wurde Oesterreich wegen seines Pazifismus in den beiden kleinen Schriften von Erich Brock hart angegriffen. Der Publizist entnahm den Schriften zahlreiche Stellen und suchte unter dem Deckmantel einer Rezension des „Überweg“, den Philosophen bloßzustellen. Brock warf Oesterreich „Speichelleckerei vor den westlichen Demokratien“, eine „naive und schamlose Vergewaltigung des Wertbewusstseins“ und historische Unkenntnis vor. Auch stellte er Oesterreich in die Nähe des Raubmörders August Sternickel (Brock 1924, 219ff.). Oesterreich verlangte vom Herausgeber der Süddeutschen Monatshefte eine Berichtigung, da Zitate in dem Brock'schen „Pamphlet“ falsch wiedergegeben worden seien, erhielt jedoch keine Antwort, geschweige denn die verlangte Richtigstellung. Zum Vergleich mit dem Raubmörder Sternickel konterte Oesterreich: „Zur logischen Erfassung der mir nicht ganz klar gewordenen Begründung dieses Vergleichs muss man augenscheinlich erst für einige Zeit als Pensionär im deutsch-völkischen Irrenhaus Aufenthalt nehmen“ (Oesterreich 1924, 52). Bei Erich Brock (1889 – 1979) muss es sich um den späteren Schweizer Philosophen handeln, dem in der Weimarer Republik eine „konservative Grundhaltung“ nachgesagt wird ([http://www.muellerscience.com/SPEZIALITAETEN/Philosophie/Erich\\_Brock/Brock\\_Oldemeyer\\_Leben.htm](http://www.muellerscience.com/SPEZIALITAETEN/Philosophie/Erich_Brock/Brock_Oldemeyer_Leben.htm)).

<sup>1394</sup> Oesterreich 1919b, 51.

<sup>1395</sup> Oesterreich 1919b, 17.

<sup>1396</sup> Oesterreich 1919b, 67.

me des Reichtums, der Genusssucht, der „sexuellen Schäden“, des Alkoholmissbrauchs sowie die Abnahme der Religiosität.

Auch in dieser Schrift zeigte sich Oesterreich als überzeugter Demokrat, wenn auch mit kleinen Einschränkungen. So sah er den „Wert der Demokratie“ nicht darin, dass die Masse anstelle eines Einzelnen herrsche. „Die Masse“ habe keine eigenen Ansichten, sie werde geführt. Die Bedeutung der Demokratie liege vielmehr darin, dass sie „der Tüchtigkeit freieren Raum gibt“<sup>1397</sup>. Auch ließ er „gewichtige Bedenken gegen ein so breites Stimmrecht“<sup>1398</sup>, wie sie die Revolution geschaffen hat, durchaus gelten, wünschte sich die Transformation der Staatsführung in eine Aristokratie, in der „Berufene“ die Leitung übernehmen<sup>1399</sup>, und glaubte an den „deutschen Gedanken“, der in einem Völkerbund von neuem die Welt durchziehen soll, an „ein Weltreich des deutschen Geistes“<sup>1400</sup>.

Die Gründe für die aristokratische Komponente sowie der Anflug von Chauvinismus liegen in Oesterreichs Zweifeln an der Durchsetzung republikanischer Gesinnung im deutschen Volk und an seiner hohen Meinung von der deutschen Kultur. Der Idee nach ist der freie, auf der gleichen Mitbestimmung aller seiner Bürger beruhende Staat, in dem jeder Einzelne die gleichen politischen Rechte besitzt, „der erstbeste Staat“<sup>1401</sup>. Der Philosoph ist skeptisch, ob die Freiheit, die „über Nacht“<sup>1402</sup> über die Deutschen hereingebrochen ist, auch wirklich Bestand haben wird. Er sieht die Gefahren der Anarchie und der Gegenrevolution, einer „Diktatur von unten“<sup>1403</sup>, die Gefahren durch Demagogen und Revisionisten. „Noch ist der Sieg nicht errungen“<sup>1404</sup>, ruft er aus. Denn die Deutschen seien „in politischer Unmündigkeit“<sup>1405</sup> erzogen worden, „Bändigung und frühzeitige Unterdrückung des demokratischen Geistes“<sup>1406</sup> seien das politische Ziel des alten Systems gewesen.

Deutschland besitze nun die demokratischste Staatsform Europas, so Oesterreich. Um die Republik dauerhaft zu sichern, forderte er die militärische Sicherung im Innern. Den Revisionisten müsse mit noch stärkerer und rücksichtsloserer Gewalt entgegengetreten werden. Aber auch grundlegende Reformen in der Schul- und Hochschulpolitik seien

---

<sup>1397</sup> Oesterreich 1919b, 15.

<sup>1398</sup> Oesterreich 1919b, 51.

<sup>1399</sup> Oesterreich 1919b, 51.

<sup>1400</sup> Oesterreich 1919b, 85.

<sup>1401</sup> Oesterreich 1919b, 52.

<sup>1402</sup> Oesterreich 1919b, 62.

<sup>1403</sup> Oesterreich 1919b, 54.

<sup>1404</sup> Oesterreich 1919b, 74.

<sup>1405</sup> Oesterreich 1919b, 52.

<sup>1406</sup> Oesterreich 1919b, 67.

notwendig, denn „die Massen“ müssten zu politisch-sittlicher Reife „auf das energischste“ erzogen werden. Deshalb tritt er für eine „Erziehung zu wirklichem Gemeinbewusstsein“<sup>1407</sup> ein. Oberste Priorität habe die „allseitige Kulturentfaltung“, „Kultur“ sei ein Selbstwert, die höchste Leistung eines Staates.<sup>1408</sup> Ihr untergeordnet sind Politik, Wirtschaft und Technik.<sup>1409</sup>

Oesterreich beklagte in seiner Schrift auch den Verlust der Kolonien (wenn auch eher unter dem wissenschaftlichen Aspekt), kritisierte den Versailler Vertrag<sup>1410</sup> mit seiner einseitigen, erzwungenen Abrüstung,

---

<sup>1407</sup> Oesterreich 1919b, 62. Oesterreich würdigt die Sozialdemokratie, die in ihren großen Organisationen am meisten Vorbildliches geleistet habe. An den Schulen solle die deutsche Kunst gelehrt werden, an den weiterführenden auch die außerdeutsche Kunst, ebenso müsse die Kunstgeschichte in den Lehrplan aufgenommen werden. Eine Erziehung zum Kunstgenuss, wie ihn die Italiener und Franzosen durch Veranlagung besitzen, sei geboten. Sämtliche Gegenstände des täglichen Lebens müssten „vom künstlerischen Geiste erfüllt“ sein. Ebenso wichtig sei jedoch eine vertiefte intellektuelle Bildung. Der Geschichtsunterricht dürfe sich nicht in Siegesgeschichten des Herrscherhauses ergehen, Geschichtsunterricht müsse Kulturgeschichte werden, den Werdegang der Kultur vermitteln. Kriege sollten nur behandelt werden, soweit sie diese Entwicklung beeinflusst haben. Einbezogen werden müsse auch das wirtschaftliche Leben der Kulturvölker sowie staatsbürgerlicher Unterricht auf allen Stufen, um die Schüler/innen gegen Agitation widerstandsfähiger zu machen. Dazu sollen Volkshochschulen, Volksbibliotheken, Lese-, Ausstellungs- und Vortragsräume zur Bildung des Volkes beitragen. Die Universitäten sollen zu Trägern des Idealismus werden. Da der Staat sich seiner Verantwortung bewusst werden sollte, müsse er sich die zur Berufung vorgeschlagenen Dozenten anschauen, „persönliche Schiebungen“ müssen unterbunden werden. Eine Berufung der Tüchtigsten müsse die Plutokratie ablösen. Der Zugang zu höheren Schulen und Universitäten müsse auch den Schichten mit weniger Vermögen offen stehen, somit müsse der Staat auch das System der unbesoldeten Privatdozenten ändern. Kunst und Wissenschaft dürften die notwendigen materiellen Mittel nicht vorenthalten werden. Oesterreich forderte als „außerordentliche Summe“ einen Etat, der ein Tausendstel der gesamten Kriegsausgaben beträgt: zwischen 100 und 200 Millionen. Vgl. Oesterreich 1919b, 65ff.

<sup>1408</sup> Oesterreich benutzt einen breiten Kulturbegriff. Dazu gehören die Kultur im engeren Sinne, aber auch Religion, Sittlichkeit und Wissenschaft (vgl. Oesterreich 1919b, 48). Der Staat hat ihm zufolge keinen Selbstwert, er ist nur Mittel, um die Kultur eines Volkes zu erhalten und zu fördern (vgl. Oesterreich 1919b, 17; 48).

<sup>1409</sup> Ausdrücklich lobt Oesterreich die soziale Gesetzgebung Deutschlands, etwa den Acht-Stunden-Tag, der dem Menschen auch Zeit gebe, sich kulturell zu bilden, oder das Bürgerliche Gesetzbuch, das die Stellung der Frau gehoben habe, sowie Wissenschaft und Technik, für deren Leistungen Deutsche am Beginn des 20. Jahrhunderts eine Fülle von Nobelpreisen erhalten haben. Vgl. Oesterreich 1919b, 25ff. Gegen eine „radikale Vergesellschaftung“ setzt Oesterreich eine Politik der kleinen Schritte: Eine staatliche Festsetzung der Preise sei in einigen Fällen sinnvoll, auch die Einziehung von sittlich nicht gerechtfertigten „Übergewinnen“. Letztes und einziges Ziel der Wirtschaftsreformen ist die Erreichung eines menschenwürdigen Daseins für alle. Zum Recht auf Leben gehöre auch die Pflicht zur Arbeit. Niemand habe Anspruch, in Genuss und Müßiggang seine Tage hinzubringen, sei er auch noch so reich. Zur menschenwürdigen Existenz gehöre auch das Anrecht auf einen Beruf, der der inneren Veranlagung des Individuums entspreche. Die Begabung, nicht das Geld, soll über die Berufswahl entscheiden. Vgl. Oesterreich 1919b, 57f.

<sup>1410</sup> Eine Revision des Versailler Vertrages werde es geben, wenn die Deutschen ihren Geist im Sinne Oesterreichs erneuert und diese Kulturidee in den Völkerbund getragen haben. Dann werde der Völkerbund über das Niveau einer eudämonistischen Versicherungsgesellschaft in eine Wertsphäre emporgehoben. Denn: „Das bloße

hoffte jedoch nicht nur auf den Völkerbund, der anstelle des Krieges ein Schiedsgericht installiere, sondern auch auf ein „internationales Weltbürgerrecht“, das den Wissenschaftlern und Unternehmern wieder freien Zugang ins Ausland gewährt.<sup>1411</sup> Das Machtstreben über die Grenzen des „deutschvolklichen Gebietes“ hinaus lehnte er ab.

Ein Jahr später veröffentlichte Oesterreich in den Kant-Studien einen Aufsatz über Karl Christian Planck.<sup>1412</sup> Zwar führt er den 100. Geburtstag des Philosophen als Grund der Veröffentlichung an, doch Oesterreichs Intention lag zweifellos in der Herausstellung der Staats- und Sozialphilosophie des bis dahin nahezu vergessenen Philosophen.<sup>1413</sup> Planck erweise sich als „originaler Denker“, und die gegenwärtigen innenpolitischen Vorgänge seien geeignet, das Interesse auf dessen Ideen zu lenken, der sich als „Reformator der Gesellschaft der Zukunft“<sup>1414</sup> gefühlt habe. Planck sei in seiner Gesellschaftsphilosophie „modern“ und „aktuell“.<sup>1415</sup> So habe der Antimilitarist Planck den Aufstieg Preußens zur deutschen Vormacht mit Argwohn gesehen, wurde durch den preußisch-österreichischen Krieg 1866 „sittlich aufs tiefste erschüttert“<sup>1416</sup> und sah durch das nationale Einheitsstreben Kleingeisterei und Unfreiheit sich ausbreiten. Oesterreich scheint Plancks Kritik zu unterstützen, wenn der Philosoph des 19. Jahrhunderts den materialistischen Geist der Zeit, die Priorität der Wirtschaft und der militärischen Macht kritisiert, das Kollektiv oder der nationale Egoismus sich das Individuum einverleibt. Wie auch Konservative, Deutschnationale oder Völkische die Isolierung des Individuums verhängnisvoll für die weitere gesellschaftliche Entwicklung sahen, so missbilligte auch Planck die Vereinzelung in der stürmisch sich entwickelnden Gesellschaft des Kaiserreiches am Ende des 19. Jahrhunderts. Er vermisste ein „höheres Ganzes“, eine „zusammenfassende Organisation“ der einzelnen Stände und Berufe, die „in voller Isoliertheit“<sup>1417</sup> leben. Die Lösung: Die Individuen sollten zu Berufsgemeinschaften

---

Glück von einer Milliarde Menschen ist nicht der höchste Wert der Erde.“ Oesterreich 1919b, 85.

<sup>1411</sup> Oesterreich 1919b, 81f.

<sup>1412</sup> Oesterreich 1920.

<sup>1413</sup> Karl Christian Planck wurde am 17. Januar 1819 in Stuttgart geboren. Er sei ein Schwabe gewesen, wie Schelling und Hegel auch, so Oesterreich, besuchte das Seminar in Schöntal, studierte im Tübinger Stift Theologie und Philosophie, bekleidete ein theologisches Amt und habilitierte sich in Tübingen für Philosophie im Jahre 1848, also im Revolutionsjahr. Der umfassend gebildete Planck aber hatte – ähnlich wie Oesterreich kurze Zeit später – Demütigungen erfahren müssen. Die Laufbahn an der Universität Tübingen wurde ihm verwehrt, er wurde Gymnasiallehrer in Ulm und in Blaubeuren, schrieb jedoch zahlreiche Werke zu politischen, naturphilosophischen und literaturgeschichtlichen Themen. Planck starb 1880. Vgl. Oesterreich 1920, 123 – 125.

<sup>1414</sup> Oesterreich 1920, 128.

<sup>1415</sup> Oesterreich 1920, 131.

<sup>1416</sup> Oesterreich 1920, 128.

<sup>1417</sup> Oesterreich 1920, 129.

und diese wiederum „zu einer höheren Totallebensgemeinschaft“<sup>1418</sup> verbunden werden. Dann werde ein „wirklicher Organismus“ entstehen, einzelne Berufe und Individuen würden zu bewusst tätigen Gliedern eines übergeordneten Ganzen, und der schrankenlose materialistische Egoismus würde „dem erhabenen Gefühl“ weichen, „Glied und Teil einer organischen Volksgemeinschaft zu sein.“<sup>1419</sup> Die sieht Planck Oesterreich zufolge in einem „Berufsstaat“<sup>1420</sup>, in dem sich der Einzelne sittlich erhebt, sich mit der Natur versöhnt und das Göttliche in der Welt selbst hervortritt, der Gegensatz zwischen dem niedrigen Diesseits und dem hohen Jenseits aufgelöst wird. Den „Berufsstaat“ kennzeichnet Planck als das höchste Lebensziel der Menschheit, der von Deutschland seinen Ausgang nimmt und sich über die Welt verbreitet. Am Ende der Geschichte steht dann der Zusammenschluss der „Berufsstaaten“, eine internationale Staatenordnung, die endlich auch den Krieg überwunden haben wird.<sup>1421</sup> Den damals noch virulenten Rätegedanken greift Oesterreich am Schluss seines Aufsatzes auf. Wenn die „Räte“ in irgendeiner Gestalt fortexistieren sollten, dann nur „im Geiste des Planck’schen Berufsstaates“, als Ausgangspunkt zu einem System von „Berufsräten“. Sie sowie die jeweiligen korporativen Vertretungen sollten sich „als Glied des Volksorganismus“<sup>1422</sup> verstehen.

## 2. Der Traum vom Parapsychologischen Institut

Maria Oesterreich beschreibt ihren Mann als Individualisten, ja als Einzelgänger, beruflich und privat. „Einen Lebensfreund“ habe er nicht gehabt, er sei „menschenscheu“ gewesen. Aber Treue, ein starker Wille, Pflichtgefühl, Gerechtigkeitssinn, Gewissenhaftigkeit, Sachlichkeit, Anerkennung fremder Leistungen, der Drang zur Erkenntnis bei kritischer Selbstreflexion, Überprüfung der eigenen Standpunkte und gegebenenfalls Änderung der Sichtweise sowie ein kämpferischer Zug seien ihm eigen gewesen.<sup>1423</sup>

---

<sup>1418</sup> Oesterreich 1920, 129.

<sup>1419</sup> Oesterreich 1920, 129. Oesterreich betont, dass Plancks Ideale eine Verwandtschaft mit dem Sozialismus aufweisen, wenn auch das Sittliche bei Planck stärker betont sei (Oesterreich 1920, 130). Die Identität der festgestellten gesellschaftlichen Krisenerscheinungen und deren Lösung gipfeln hier in der Identität des zur Beschreibung der Fakten benutzten Vokabulars bei Vertretern deutschnationaler oder liberaler Prägung. Die Begriffe „Totallebensgemeinschaft“, „wirklicher Organismus“, „organische Volksgemeinschaft“ scheinen 1920 noch nicht ausdrücklich auf das rechte politische Spektrum zu verweisen. Oesterreich kann dort nicht eingeordnet werden, auch lassen die weiteren Ausführungen im Aufsatz keine Rückschlüsse darauf zu.

<sup>1420</sup> Oesterreich 1920, 130.

<sup>1421</sup> Oesterreich insistiert jedoch darauf, dass aus der Staatenverbindung „ein höheres Ganzes“ gemacht werden solle. Die einzelnen Glieder sollten gleichberechtigt sein, gegenseitiges Geben und Nehmen die Arbeit bestimmen. Vgl. Oesterreich 1920, 131.

<sup>1422</sup> Oesterreich 1920, 131.

<sup>1423</sup> Maria Oesterreich 1954, 368ff.



Der „kämpferische Zug“ nutzte Oesterreich jedoch nichts, als er sich anschickte, in Tübingen ein Parapsychologisches Institut aufzubauen und mit „Drittmitteln“ zu finanzieren. Die Phalanx der ihm entgegenstehenden Kollegen war zu groß. Dabei äußerte die Philosophische Fakultät bereits vor der Berufung von Karl Groos im Juni 1911 den Wunsch, ein experimentell-psychologisches Institut einzurichten. Der neu zu berufende Ordinarius sollte Vorstand dieses Instituts werden.<sup>1424</sup> Karl Groos aber machte dieses Institut nicht zu seinem Anliegen. Wenn Oesterreich diesen Plan aufnahm, konnte er sich guten Gewissens auf die Absichtserklärung der Fakultät im Jahre 1911 stützen.

Die ersten Hinweise auf dieses Institut finden sich bei Oesterreich dann im Jahre 1921. Am Schluss seiner Werke „Grundbegriffe der Parapsychologie. Eine philosophische Studie“<sup>1425</sup> und „Der Okkultismus im modernen Weltbild“<sup>1426</sup> ruft er zu Spenden auf, um ein „Deutsches Zentralinstitut für Parapsychologie“ in Tübingen zu gründen. Grund sei ein „umfassendes methodisches Studium der parapsychischen Probleme und Phänomene“<sup>1427</sup>, insbesondere sei die Beschaffung der englischen und französischen Literatur unentbehrlich.

Zumindest zu Beginn war Oesterreich wenig erfolgreich. In der dritten Auflage des Buchs „Der Okkultismus im modernen Weltbild“ von 1923 startete er einen nochmaligen Aufruf mit dem Hinweis auf den Franzosen Jean Meyer („ein Finanzmann mit Kulturbewusstsein“), der in Frankreich „mehrere Millionen Francs“<sup>1428</sup> für den Aufbau des Pariser „Institutes Metapsychique“ bereitgestellt habe. Seine eigenen Einnahmen verschwieg er mit dem Hinweis auf das von ihm veröffentlichte „Sammelergebnis“ in der Zeitschrift „Psychische Studien.“<sup>1429</sup> Dort

---

<sup>1424</sup> Vgl. Schreiben der Philosophischen Fakultät an den Akademischen Senat vom 20. Juni 1911, in: UAT 119/144 (Akten ordentliche Professur für Philosophie). Damals war Oswald Külpe im Gespräch, der vor Groos an erster Stelle genannt wurde. Die Berufung aber verfolgte das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens nicht weiter, weil es die finanziellen Mittel nicht aufbringen wollte.

<sup>1425</sup> Oesterreich 1921a.

<sup>1426</sup> Oesterreich 1921b. Dieses Werk erlebte nur wenige Monate nach dem Erscheinen eine zweite, 1923 eine dritte Auflage.

<sup>1427</sup> Oesterreich 1921a, 55. Zahlungen aus Deutschland erbat Oesterreich auf ein Konto der Württembergischen Vereinsbank in Tübingen, Zahlungen aus dem Ausland, „der Mark überlegener Währung“ sollten auf ein Schweizer Konto gehen. Der Philosoph versprach, über sämtliche eingehenden Beträge und deren Verwendung stets „öffentlich Bericht“ zu erstatten.

<sup>1428</sup> Oesterreich 1923b, 274f.

<sup>1429</sup> Oesterreich gibt irrtümlich das Septemberheft von 1922 an (Oesterreich 1923b, 274f.). Das „Sammelergebnis“ wird jedoch im Oktoberheft 1922 veröffentlicht. Da die Parapsychologie in den 1920er Jahren auch in Deutschland eine immer größer werdende Anhängerschaft hinter sich scharte und die Forschungen intensiver wurden, benannte sich die Monatszeitschrift „Psychische Studien“ nach 51 Erscheinungsjahren um. Vom 1. Januar 1926 an hieß sie „Zeitschrift für Parapsychologie“. Unter den Mitwirkenden wird neben dem Leipziger Biologen und Philosophen(-

schrieb er von einem beschämenden Ergebnis. Nur 1757 Mark und zehn Schweizer Franken seien gespendet worden, darüber hinaus vom Münchener Arzt und Parapsychologen Albert von Schrenck-Notzing (1862 – 1929) dreimal 2.000 Mark für wissenschaftliche Reisen. Das dürftige Sammelergebnis führt Oesterreich darauf zurück, dass er es „mit Bedacht unterlassen“<sup>1430</sup> habe, eine unmittelbare Werbetätigkeit gegenüber einzelnen Personen zu entfalten.

Auch die Folgejahre brachten nicht den erhofften Millionen-Geldsegen. Doch die Spenden wurden mehr und haben wohl den Neid der Tübinger Kollegen geweckt. Nach seinem Bericht an den Kleinen Senat hatten die Werkzeuge, Apparate und sonstigen Materialien einen Gesamtwert von rund 27.000 Mark, 650 Mark Bargeld sind eingegangen.<sup>1431</sup> In einer Sitzung des Kleinen Senats<sup>1432</sup> am 21. Dezember 1927 wurde der „Psychologische Lehrapparat“ zum Thema. Durch eine „rührige Werbung in industriellen Kreisen“ habe Oesterreich eine große Zahl von Demonstrationsmitteln für den psychologischen Unterricht erworben, hieß es.<sup>1433</sup> Er bitte nun um die Genehmigung, die Schenkungen anzunehmen und sie im Erdgeschoss des Hauses in der Münzgasse 11 unterzubringen und dort eine Werkstatt einzurichten. Der Mediziner Wolfgang Stock allerdings beanstandete, dass in der Sammlung „viele Gegenstände“ enthalten seien, die „über den Zweck“ hinausgingen und „große persönliche Ausgaben für ihre Unterhaltung“ erforderten. Der Dekan habe bereits auf die Einstellung der Werbung gedrungen und empfehle, die für den psychologischen Unterricht nicht notwendigen Gegenstände anderen Instituten zu überlassen.<sup>1434</sup> So fasste der Kleine Senat den Beschluss, Oesterreich solle Verzeichnisse aller Schenkungen, des Inventars der Werkstatt und des Psychologischen Lehrapparates „im eigentlichen Sinn“ vorlegen. Außerdem dürfe die Herstellung von Objekten in eigener Werkstatt nur noch beschränkt und befristet erfolgen und nur „etwaige Lücken“ der Lehrmittelsamm-

---

freund) Hans Driesch, dem Bonner außerordentlichen Professor der Philosophie Johannes Maria Verwey und dem Gießener Ordinarius für Philosophie August Meser auch für 1926 und 1927 Oesterreich genannt. Sämtliche vier Philosophen wurden übrigens nach dem 30. Januar 1933 von den Nationalsozialisten entlassen oder ins Konzentrationslager deportiert.

<sup>1430</sup> Oesterreich 1922, 546f.

<sup>1431</sup> UAT 148, 3,1. Oesterreich hatte zu der Zeit als außerordentlicher Professor rund 10.000 Reichsmark im Jahr verdient.

<sup>1432</sup> Mitglieder waren die Juristen August Hegler (Rektor) und Max von Rümelin (Kanzler), der Geograf Carl Uhlig (Prorektor), die Dekane der sechs Fakultäten (Gustav Anrich, Evangelisch-theologische Fakultät; Otto Schilling, Katholisch-theologische Fakultät; Philipp von Heck, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät; Alexander Schmincke, Medizinische Fakultät; Oswald Kroh, Philosophische Fakultät; Konrad Knopp, Naturwissenschaftliche Fakultät), Universitätsrat Theodor Knapp sowie die Ordentlichen Professoren Carl Sartorius (Jurist), Adalbert Wahl (Historiker), Wolfgang Stock (Mediziner) und die außerordentlichen Professoren Wilhelm Rudolph (evangelischer Theologe) und Theodor Haering (Philosoph).

<sup>1433</sup> UAT 47a/2, Sitzung Kleiner Senat vom 21. Dezember 1927.

<sup>1434</sup> UAT 47a/2, Sitzung Kleiner Senat vom 21. Dezember 1927.

lung ergänzen. Sämtliche nicht notwendigen Gegenstände der Werkstatteinrichtung sollen „an Institute der Universität, wenn möglich gegen Bezahlung, abgegeben werden.“<sup>1435</sup> Schließlich sollte beim Ministerium beantragt werden, die Räume im Erdgeschoss der Münzgasse 11<sup>1436</sup> instandzusetzen, sie der Philosophischen Fakultät zu geben und „zunächst“ Oesterreich für den Psychologischen Lehrapparat zu überlassen. Unterstützt hat Oesterreich laut Protokoll niemand, auch nicht Philosophenkollege Theodor Haering, der auf der Sitzung anwesend war.

Am 28. Januar 1928 übergab Oesterreich dem Kleinen Senat die Inventarliste des Psychologischen Lehrapparates und ein „Sachverzeichnis der neueren Schenkungen“, verfasste gleichzeitig ein Schreiben an das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens in Stuttgart.<sup>1437</sup> Schon um 1900 herum hätte „auch in Tübingen“ mit dem Aufbau eines Psychologischen Lehrapparates begonnen werden müssen, schrieb er. Das sei Stand der Wissenschaft gewesen. Er wolle sich in seiner Arbeit zwar nicht auf das experimentelle Gebiet beschränken, halte es jedoch für seine Pflicht, diesen Lehrapparat aufzubauen. Er soll Demonstrationsmaterial für die Vorlesungen liefern, praktischen psychologischen Übungen dienen und die Möglichkeit zu wissenschaftlichem Arbeiten eröffnen. Die Werkstatt soll der eigenen Herstellung von Apparaten, der Instandhaltung und Anpassung an neue Bedürfnisse sowie zur Herstellung neuer Versuchsanordnungen und neuen Apparaturen dienen. Die eigene Produktion sei viel billiger als die Auftragsvergabe an einen Handwerker. Um seine Position zu unterstreichen, nannte Oesterreich einige Preisbeispiele und schickte zwei ihn unterstützende Stellungnahmen des Münchener Psychologen und Philosophen Erich Becher und des Hamburger Psychologen und Philosophen William Stern mit. Eine Auflösung der Werkstatt würde „die schwerste Schädigung des Psychologischen Lehrapparates“<sup>1438</sup> bedeuten. Wenn er Lehr- und Arbeitsmaterial nicht mehr selbst herstellen dürfe, würden die Etatbedürfnisse gewaltig ansteigen.

Dekan Kroh wies Oesterreich daraufhin zurecht. Er anerkenne die Bemühungen Oesterreichs, weise aber darauf hin, dass sie sich auf die Beschaffung von Demonstrationenmitteln für die Vorlesungen und Anfängerübungen beschränken müssten. Eine Erweiterung der Lehrmittelsammlung zu einem selbstständigen Institut könne von der Fakultät

---

<sup>1435</sup> UAT 47a/2, Sitzung Kleiner Senat vom 21. Dezember 1927.

<sup>1436</sup> Das waren die Räume der ehemaligen Forstlichen Versuchsanstalt.

<sup>1437</sup> Eine Abschrift findet sich unter: UAT 148/3,1.

<sup>1438</sup> Schreiben Traugott Konstantin Oesterreich an das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens, 28. Januar 1928, in: UAT 148/3,1. Die Werkstatt bestand hauptsächlich aus einer Mechaniker- und einer Holzdrehbank, einer Kaltsäge und einer Bohrmaschine.

nicht unterstützt werden. Der Grund liege darin, dass das planmäßige Extraordinariat „in erster Linie“ zur Unterstützung der Ordinarien bestimmt sei. Diese „wichtigen Aufgaben“ seien gefährdet, sollte aus dem Lehrapparat ein Institut werden. Eine umfassende Sammlung von Apparaten sei zudem nicht erforderlich, da auch das Bedürfnis anderer Forschungsinstitute für experimentelle Psychologie nach kostspieligen technischen Hilfsmitteln für die Lösung derzeitiger Probleme „merklich geringer geworden“ sei. Oesterreich solle einen Arbeitsplan vorlegen, in dem er auf den „vorläufigen, aber befristeten Werkstattbetrieb“ nachsuche. Dann werde die Fakultät „gerne bereit sein“, den Antrag auf die Räume in der Münzgasse, die befristete Weiterbeschäftigung der Hilfskraft sowie die Annahme der Schenkungen zu befürworten.<sup>1439</sup>

So genehmigte der Kleine Senat am 15. Mai 1928 die Schenkungen und beschloss, die Räume in der Münzgasse 11 nach ihrer Instandsetzung für den Psychologischen Lehrapparat zur Verfügung zu stellen<sup>1440</sup>, der Werkstattbetrieb musste jedoch bereits im Februar 1928 „vollständig eingestellt“ werden – aus Mangel an Mitteln.<sup>1441</sup>

Es ist zu vermuten, dass die weitere finanzielle Ausstattung des Psychologischen Lehrapparates mehr als kümmerlich erfolgte. Über ein Jahr später beschloss der Kleine Senat, auf Vorschlag der Philosophischen Fakultät das Indogermanische Seminar im Erdgeschoss der Münzgasse unterzubringen. Denn nach Ansicht des Dekans Gerhard Rohlf's könne der Lehrapparat auf diesen Raum verzichten, das Seminar könne „vorläufig“ in einem der vorderen Räume untergebracht werden.<sup>1442</sup>

Auch die Möblierung des Lehrapparates ließ viele Wünsche offen. Oesterreich wandte sich 1932 als „Vorstand des Psychologischen Lehrapparates“ an das Akademische Rektoramt, weil die jahrzehntealten Möbel „in einem derart abgebrauchten Zustand“ waren und insbesondere ein großer Schrank „so sehr den Eindruck eines alten Küchenmöbels“ machte. Der Philosoph bat um 75 Reichsmark, damit „der Maler

---

<sup>1439</sup> Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät Oswald Kroh an Traugott Konstantin Oesterreich vom 3. März 1928, in: UAT 148/3,1.

<sup>1440</sup> Protokoll Kleiner Senat vom 15. Mai 1928, in: UAT 47a/2. Oesterreich wurden 1.200 Reichsmark bewilligt, um die Lehrmittelsammlung in dem vom Senat genehmigten Umfang zu ergänzen. Die „überflüssigen Werkzeuge und Geräte“ sollte er gegen Bezahlung abstoßen. Der Physiker Walther Gerlach wollte „bald wissen“, welche Geräte abgestoßen werden und für sein Institut in Frage kommen. Er wurde vom Kleinen Senat beauftragt, mit einem Vertreter der Philosophischen Fakultät die Sammlung zu besichtigen und „im Benehmen“ mit Oesterreich diese Geräte zu bezeichnen. Das Kultministerium schloss sich dem Kleinen Senat an und gab am 6. Juni 1928 sein Plazet.

<sup>1441</sup> UAT 148/3,1.

<sup>1442</sup> Protokoll Kleiner Senat vom 1. August 1929, in: UAT 47a/2.

Bühler“ die Möbel „auffrischen“ könne.<sup>1443</sup> Das wurde ihm genehmigt wie auch die Verwendung von Dienstmarken für den Psychologischen Apparat anstelle des teureren Portos. Ein Telefonanschluss hingegen wurde „wegen Mangels an Mitteln“ abgelehnt.<sup>1444</sup>

### 3. Die Skepsis wächst

Wie Theodor Haering hat sich auch Oesterreich nach dem Ersten Weltkrieg an der Volksbildung beteiligt. Allerdings begann er erst im Wintersemester 1924/25 („Der Okkultismus im Lichte der Wissenschaft“) und hörte im darauffolgenden Wintersemester 1925/26 bereits wieder auf („Vom Seelenleben des Menschen“). Veranstalter waren der Volksbildungsausschuss, das Sozialstudentische Amt des ASTA und die Tübinger Ortsgruppe der Vereinigten Gewerkschaften.<sup>1445</sup> Mitte der 1920er Jahre wurde Oesterreich in Bezug auf die innenpolitische und weltpolitische Entwicklung zunehmend skeptischer, er blieb jedoch ein vehementer Kriegsgegner.<sup>1446</sup> Seine oberste Maxime im Verhältnis des Individuums zum Staat ist die Autonomie des Subjekts. Vom Willen anderer beherrscht zu werden, ohne jenen dafür einen Auftrag erteilt zu haben, stellt für den Philosophen einen unerträglichen Zustand dar.<sup>1447</sup> Die Freiheit des Individuums ist für Oesterreich nicht verhandelbar. Es sei keine Welt möglich, schreibt er, in der das Individuum die Möglichkeit einbüßte, seinem Gewissen folgend zu handeln.<sup>1448</sup> Das Ideal des Philosophen war das politisch reife und aufgeklärte Individuum, dem in der modernen Welt keinerlei Entscheidung abgenommen werden kann, die immer auch individuell getroffen werden muss. Die psychologische Ich-Forschung hat auch hier ihren Grund: Mit dem Verschwinden der Religion, die stets auch metaphysischer Halt war, ist der Mensch mehr und mehr auf sich gestellt. Er muss entscheiden, wie er leben will, worin er den Sinn seines Lebens

---

<sup>1443</sup> Schreiben Traugott Konstantin Oesterreich an Akademisches Rektoramt vom 30. Oktober 1932, in: UAT 148/3,1.

<sup>1444</sup> Vgl. Schreiben Traugott Konstantin Oesterreich an Akademisches Rektoramt vom 1. November 1932 und die Antwort von Rektor Paul Simon am 19. November 1932, ebenso die Dienstmarkenanfrage von Oesterreich vom 16. Januar 1933 und die Antwort von Rektor Paul Simon am 17. Januar 1933, in: UAT 148/3,1.

<sup>1445</sup> Vgl. Kotowski 1999, 313ff.

<sup>1446</sup> Zu Beginn der 1920er Jahre warnte Oesterreich davor, dass das zum Zentrum der Weltpolitik aufgestiegene Russlan Bürgerkrieg und Massenterror über die gesamte Welt verbreiten, sich der Untergang der russischen Kultur zum Untergang der Weltkultur auswachsen könne. Seine Grundeinstellung, wonach der Staat Vorbedingung und Grundlage der höheren Kultur ist, behält er auch Mitte der 1920er Jahre bei. Oesterreich erweist sich jedoch als „Europäer der Zukunft“, wenn er die Grenzen zwischen den europäischen Staaten als „unwichtig“ charakterisiert (Oesterreich 1925, 157).

<sup>1447</sup> Vgl. Oesterreich 1925, 190.

<sup>1448</sup> Vgl. Oesterreich, 1925, 314.

sieht. Die Ethik erhält bei Oesterreich eine individuell sittliche Fundierung.

Die politische Reife sprach der Philosoph dem deutschen Volk ab – entschiedener noch als zu Beginn der Republik. Hegte er damals Skepsis, ob sich der demokratische Gedanke bei den zum Untertanen erzogenen Deutschen durchsetzen lasse, bescheinigte er Mitte der 1920er Jahre dem deutschen Volk „vollen Mangel an Begabung für das politische Gebiet“, weil es die kryptoabsolutistische Monarchie samt der dem Parlament nicht verantwortlichen Regierung passiv ertragen habe. Oesterreich: „Ein Volk von politischen Fähigkeiten lässt sich nicht regieren, es regiert sich selbst.“<sup>1449</sup> Eine Aussicht auf Besserung sah er kaum, nahezu defätistisch ist seine Prognose: „Wer die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der Gegenwart mit erlebt hat, wird die Menschen nicht eben hoch einschätzen und die Hoffnung nicht hoch spannen.“<sup>1450</sup> Zynismus und Nihilismus bildeten Mitte der 1920er Jahre einen wichtigen Teil der Gesamtverfassung Oesterreichs: Er stellte in Frage, dass der Mensch sittlich höher als das Tier stehe<sup>1451</sup>, interpretierte die Welt als unfertig und zum Teil missglückt, sich selbst überlassen.<sup>1452</sup>

Sarkastisch und pessimistisch beschrieb Oesterreich die Lage ein Jahr später. In einer Rezension zu zwei von Theodor Ziehen 1916 gehaltenen, aber erst nach dem Ersten Weltkrieg gedruckt herausgegebenen Vorträgen über die Psychologie großer Heerführer und die Gedanken von Dichtern und Denkern zu Krieg und Frieden<sup>1453</sup> bekannte sich Oesterreich zu Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“, hoffte auf ein wachsendes Bewusstsein der politisch-moralischen Rechtspflicht und anerkannte den persönlichen Mut Ziehens, diese beiden Vorträge mitten im Weltkrieg „zur Zeit des großen Scheinsiegesrausches“ gehalten zu haben. Doch der Verlauf nach dem Krieg habe den Pessimisten Recht gegeben. Die Historiker könnten „ohne Sorge“ sein: Der Stoff, von dem sie lebten, Kriegserklärungen, Schlachten, Verhandlungen und Friedensschlüsse, werde ihnen auch in Zukunft nicht ausgehen, „die Masse steht zu tief und wird es wohl immer bleiben“. Ein nächster Krieg sei unmittelbar nach dem November 1918 unmöglich erschienen, heute (1926) sehe das schon wieder ganz anders aus: „Der Mensch ist erstaunlich zählebig und regenerationsfähig.“

---

<sup>1449</sup> Oesterreich 1925, 190.

<sup>1450</sup> Oesterreich 1925, 195.

<sup>1451</sup> Oesterreich 1925, 318.

<sup>1452</sup> „Ist doch die ganze Welt Entwicklung, ein Aufsteigen zu höheren Stufen, und kein bloßes Stehenbleiben auf einem Punkt, auch kein Hin und Her.“ (Oesterreich 1925, 322).

<sup>1453</sup> Oesterreich 1926, 616f.

Ende der 1920er Jahre revidierte Oesterreich dann einige frühere Überzeugungen. Nachdem er seine Kritik am Bolschewismus wiederholte, der Russland aus der Reihe der Kulturländer katapultiert habe<sup>1454</sup>, nannte er die These von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg eine „Lüge“<sup>1455</sup>. Der „Friede“ bleibe eine Unwahrheit, solange feindliche Truppen auf deutschem Boden stünden und die Deutschen „zehn Jahre nach Kriegsende“ immer noch Entschädigungsleistungen aufbringen müssten, ohne dass eine Gesamtsumme feststünde. „Gegen das deutsche Volk geht der Krieg auch heute noch weiter. Unfrei, gefesselt, entwaffnet, sind wir zu einem dauernden Ausbeutungsobjekt ausersehen worden. Ein großes Kulturvolk der Neuzeit soll auf unabsehbare Zeit zu einem Volk fronender Sklaven gemacht werden. Das ist der Sinn des sogenannten Vertrages von Versailles.“<sup>1456</sup> Die innen- und außenpolitische Entwicklung haben Oesterreich zu einem Gegner des Versailler Vertrages gemacht. Er, der nach dem Ersten Weltkrieg voller Hoffnung auf demokratische Verhältnisse die Weimarer Republik nach seinen Möglichkeiten unterstützte und dem Kaiser, seiner Regierung und den Universitätslehrern die Schuld am Ersten Weltkrieg gab, sah sich durch die Politik der europäischen Nachbarn nicht unterstützt. Vielmehr wurde Oesterreich in die Arme der Versailles-Gegner gedrängt, die durch ihren Kampfbegriff von der Kriegsschuldlüge offensichtlich auch bei ihm Erfolg hatten. Die europäischen Politiker waren keine Philosophen, wie Oesterreich 1919 gefordert hatte. Auch auf den Völkerbund mochte der einst überzeugte Kosmopolit nicht mehr zählen. 1930 notierte er in seinem Tagebuch: „Wir Deutschen haben schon zu viel eigene Erfahrungen mit dem Völkerbund gemacht, um noch auf ihn vertrauen zu können. Es ist mit ihm gegangen wie mit der Heiligen Alliance, die auch eine neue Kulturära für Europa bringen wollte. Die Menschheit scheint noch nicht reif dazu zu sein.“<sup>1457</sup>

Oesterreich blieb ein überzeugter Demokrat. In seinem Tagebuch notierte er am 20. Mai 1933, die Zeit nach 1918 habe den Deutschen die größte Freiheit gebracht, die je existiert habe. Aber die Deutschen seien dieser Freiheit nicht gewachsen gewesen. Sie seien zu unpolitisch, den Parlamentarismus empfänden sie nicht als Lebensbedürfnis: „Sie wollen lieber geführt werden.“<sup>1458</sup>

Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 begann Oesterreich seine Vorbereitungen zur Reise nach Griechenland und an die Westküste Kleinasiens. Die Vorlesungen wollte er um acht bis zehn Tage nach hinten

---

<sup>1454</sup> Oesterreich 1928a, VII.

<sup>1455</sup> Oesterreich 1928a, VIII.

<sup>1456</sup> Oesterreich 1928a, VIII.

<sup>1457</sup> UAT 399/41, 22.

<sup>1458</sup> UAT 399/2,6.

verschieben. Das wurde ihm genehmigt.<sup>1459</sup> Am 17. April war Abfahrt in Tübingen.<sup>1460</sup> Es wurde Oesterreichs letzte Reise.

## **VI. Das Philosophische Seminar in der NS-Zeit: Die Mutation des Denkens zur idealistisch-mythologischen Weltanschauung**

### **A. Ein neuer Geist zieht ein: Die Entlassung von Traugott Oesterreich**

Kontinuität oder Bruch? Empfanden die Tübinger Philosophen das NS-Regime als Zäsur? Oder knüpften sie nach dem 30. Januar 1933 nahtlos an ihre wissenschaftliche und politische Arbeit in der Weimarer Republik an? Gab es Widerstand? Widerständiges Verhalten? Wie resistent waren die Philosophen gegenüber der NS-Ideologie? Haben sie sich politisch selbst gleichgeschaltet und zusätzlich wissenschaftliche Normen verletzt? Konnte sich das Philosophische Seminar gegenüber den NS-Instanzen behaupten?

In diesem Kapitel sollen die Reaktionen des Philosophischen Seminars und der Philosophiedozenten auf den Nationalsozialismus herausgearbeitet werden.<sup>1461</sup> Vorab: Kritische Stimmen wie etwa jene des Leipziger Philosophen Theodor Litt, der sich gegen eine Funktionalisierung der Philosophie durch den nationalsozialistischen Zeitgeist wandte, klar zwischen Weltanschauung und Philosophie unterschied und der Philosophie die Lösung der Sachprobleme zuwies<sup>1462</sup>, gab es von den Tübinger Philosophen nicht.

Als die Nationalsozialisten im Januar 1933 an die Macht kamen, begannen sie mit dem großen Kehraus. Im gesamten Reich entließen sie in den folgenden Monaten und Jahren ein Drittel der 180 habilitierten Philosophen aus rassistischen und/oder politischen Gründen<sup>1463</sup>, einige

---

<sup>1459</sup> Schreiben vom Württembergischen Kultministerium an das Rektoramt vom 28. März 1933, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>1460</sup> UAT 399/1,2 (Nachlass Oesterreich).

<sup>1461</sup> Siehe dazu auch: Hantke 2010a.

<sup>1462</sup> Litt 1935.

<sup>1463</sup> Zahlen nach Dahms 2002, 198. Auch Hausmann geht von derselben Zahl aus. Vgl. Hausmann 2002b, XVIII. Entlassen aus den Universitäten des Deutschen Reiches (ohne Österreich) wurden etwa Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Ernst Cassirer, Jonas Cohn, Arthur Liebert, Walter Kinkel, Albert Görland, Moritz Geiger, Georg Misch, Bernhard Groethuysen, Hans Driesch, Ernst von Aster, David Baumgardt, August Gallinger, Richard Hönigswald, Paul Honigsheim, Karl Jaspers, Karl Löwith, Siegfried Marck, August Messer, Hermann Nohl, Helmuth Plessner, Hans



kamen ins Konzentrationslager, einige wurden ermordet.<sup>1464</sup> Es waren Philosophen jüdischer Abstammung sowie jene, die mit jüdischen Frauen verheiratet waren und/oder als politisch unzuverlässig galten. Von den 214 Philosophen, die vom Beginn des Nationalsozialismus bis zum 8. Mai 1945 an den 23 Universitäten gelehrt haben, wurden 78 Mitglied der NSDAP. Die 40 Emigranten nicht berücksichtigt, errechnete Leaman einen Anteil der Parteimitglieder von 45 Prozent.<sup>1465</sup>

An der Tübinger Universität gehörten von den 160 Dozenten 129 der NSDAP an<sup>1466</sup>, das sind 80,6 Prozent. Bei den Philosophen ergibt sich auf den ersten Blick ein günstigeres Verhältnis: Unter den zehn vom Sommersemester 1933 bis zum Sommersemester 1945 formal ausge-

---

Reichenbach, William Stern, Emil Utitz und Max Wertheimer. Vgl. Leaman, 1993. Unter ihnen waren Phänomenologen, Neukantianer, Sozialphilosophen und Erkenntnistheoretische Realisten. Die dem Neuidealismus nahestehenden Protagonisten, die sich auch in der Deutschen Philosophischen Gesellschaft engagierten (etwa Bauch, Wundt, Schwarz und Scholz), wurden nicht entlassen. Siehe zur ersten Entlassungswelle bis Dezember 1934 auch: Gerstengarbe 1994.

<sup>1464</sup> Gereon Wolters suchte „philosophische Märtyrer“ vergebens, schreibt er. Ihm zufolge wurde niemand wegen seiner philosophischen Lehrmeinungen ermordet (Wolters 2009, 64). Auch kenne er niemanden, der deswegen verhaftet oder ins Konzentrationslager gesteckt worden sei. Ausnahme: die Marxisten, denn deren philosophische Positionen seien Teil der politischen Gegenprojekte zum Nationalsozialismus gewesen (Wolters 2009, 76, Anmerkung 21). In diesem Punkt hatte sich Wolters von Böhnigk belehren lassen, gesteht er. Hier einen scheinbaren philosophischen Liberalismus der Nationalsozialisten zu konstruieren, geht jedoch nicht an, einige nicht-jüdische und anti-nationalsozialistische Philosophen wurden jedoch entlassen und mussten emigrieren (etwa Paul Tillich, Dietrich von Hildebrand). Fragwürdig bleibt auch, warum Wolters nur den Marxismus als „Gegenprojekt“ zum NS-Staat akzeptiert, nicht aber die Demokratie. Demokratisch orientierte Philosophen hatten etwa von den Disziplinen der Ethik, der Rechts- oder der Politischen Philosophie ein völlig anderes Verständnis als ein deutsch-nationaler oder völkisch gesinnter Philosoph, der sich dem Nationalsozialismus zuwandte. Philosophie und politische Einstellung hängen insbesondere in der Praktischen Philosophie eng zusammen, obwohl freilich „die reine“, voraussetzungslose und wertefreie Wissenschaft angestrebt wird. Ermordet wurde etwa Theodor Lessing, bis 1926 Dozent der Technischen Hochschule Hannover. Er wurde auf Druck der Rechten pensioniert, floh Anfang 1933 in die Tschechoslowakei und wurde in Marienbad am 30. August 1933 von nationalsozialistischen Attentätern erschossen. Lessings politische Publikationen waren sehr umfangreich. Die Eltern von Lessing waren assimilierte Juden. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor\\_Lessing](http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Lessing). Im Konzentrationslager Auschwitz ermordeten die Nationalsozialisten 1943 den Philosophen und Psychologen Otto Selz, der in Bonn und Mannheim gelehrt hatte (vgl. Tilitzki 2002, 350). Auch Selz war jüdischer Herkunft. Am 21. März 1945 wurde im Konzentrationslager Bergen-Belsen der außerordentliche Bonner Professor Johannes Maria Verweyen ermordet. Verweyen war Katholik und Freimaurer, hielt im März 1935 einen Vortrag gegen die NS-Rassenideologie und wurde 1941 ins KZ Sachsenhausen deportiert. Opfer der Nationalsozialisten wurde auch Paul Landsberg, Privatdozent in Bonn. Er starb 1944 im KZ Oranienburg (Leaman 1993, 24). Schließlich sei noch Kurt Huber erwähnt. Das Mitglied der Gruppe „Weiße Rose“ war außerordentlicher Professor in München. Am 13. Juli 1943 wurde er hingerichtet (Leaman 1993, 25). Glück hatte Hans Ehrenberg (1883 – 1958). 1938 wurde er für mehrere Monate im KZ Sachsenhausen interniert, konnte jedoch 1939 nach England emigrieren.

<sup>1465</sup> Zahlen nach Leaman 1993, 108; Sieg hingegen kommt bei 180 „bestallte[n] Philosophen“ auf „gut ein Drittel“, die eine Parteimitgliedschaft hatten. Vgl. Sieg 2013, 195.

<sup>1466</sup> Vgl. Adam 1977a, 153.

wiesenen Dozenten<sup>1467</sup> wurden fünf Mitglied der NSDAP (Albert Dietrich, August Faust, Wilhelm Grebe, Theodor Haering und Erich Keller), also 50 Prozent. Max Wundt, Karl Groos, Wilhelm Nestle, Konstantin Ritter und Traugott Oesterreich unterschrieben kein Eintrittsformular. Ein noch besseres Bild zeigt sich am Beginn der NS-Diktatur bis 1937. In dieser Zeit gehörte keiner der Philosophen der NSDAP an, obwohl Haering, Wundt und auch Faust das Regime gestützt und unterstützt hatten (bis 1937 dauerte die Eintrittssperre, Faust trat erst in Breslau 1937 ein). Von 1937 an stieg der Organisationsgrad unter den Tübinger Philosophiedozenten kontinuierlich an. Haering wurde 1937 nach Aufhebung der Eintrittssperre Mitglied, Grebe kam 1938 als Parteimitglied nach Tübingen, Keller und Dietrich hatten ebenfalls ihr Eintrittsformular unterschrieben, als sie nach Tübingen kamen. Nur Wundt blieb parteilos. Am Ende der NS-Herrschaft lag die NSDAP-Mitgliedschaft unter den Tübinger Philosophen bei 80 Prozent. Somit erreichte das Philosophische Seminar den prozentualen Wert der gesamten Universität. Von den vier NSDAP-Mitgliedern trat lediglich Erich Keller (1894 – 1977) vor dem 30. Januar 1933 ein, und zwar am 1. September 1930.<sup>1468</sup>

Die von Michael Grüttner gemachte Feststellung, je jünger die Dozenten waren und je unsicherer ihr Status an der Hochschule war, desto eher neigten sie dem Nationalsozialismus zu<sup>1469</sup>, gilt auch für die Tübinger Philosophen. Albert Dietrich (1890), Erich Keller (1894), August Faust (1895) und Wilhelm Grebe (1897) waren die jüngsten Dozenten am Philosophischen Seminar der Eberhard-Karls-Universität, sie gehörten sämtlich der NSDAP an. Dietrich und Keller waren Dozenten von Lehrerhochschulen, fühlten sich dort aber philosophisch unterfordert, strebten eine Karriere als Hochschuldozent an. Der Status von Grebe (Frankfurt) und Faust (Heidelberg) war unsicher, eine Aussicht auf ein Ordinariat bestand 1933 nicht.<sup>1470</sup> Während Grebe lediglich formal ein Nationalsozialist war, waren Dietrich, Faust und Keller vom Nationalsozialismus überzeugt. Wie weiter unten ausführlich dargelegt wird, scheiden opportunistische Motive als einzige Erklärung

---

<sup>1467</sup> Groos, Ritter und Wilhelm Nestle werden hier mitgerechnet, sie waren Ruheständler und 1933 bereits 72, 74 und 68 Jahre alt, boten aber Lehrveranstaltungen an. Berücksichtigt wird auch Erich Keller, er war formal Dozent, bot jedoch keine Seminare oder Vorlesungen an, weil er an der Front stand. Ebenso ist in die Rechnung Traugott Konstantin Oesterreich eingegangen, den die Nationalsozialisten im September 1933 entließen.

<sup>1468</sup> Tilitzki 2002, 211.

<sup>1469</sup> Grüttner 2002, 340.

<sup>1470</sup> Grüttner schätzt, dass am Ende der Weimarer Republik nur die Hälfte der habilitierten Nachwuchswissenschaftler über einen Lehrstuhl verfügten. Auf zwei Ordinarien kamen drei habilitierte Nachwuchswissenschaftler. Diese Feststellung gilt für alle Fächer. Bei den Philosophischen Fakultäten hatte Anfang der 1930er Jahre nur etwa ein Drittel der Privatdozenten und nichtbeamteten außerordentlichen Professoren die Chance auf einen Lehrstuhl. Vgl. Grüttner 2002, 342f.

aus, weshalb sich die Philosophen dem NS-System zuwandten. In Anschlag gebracht werden muss auch die politische Radikalisierung in der Weimarer Republik und die bruchlose Umbiegung der philosophischen Einstellung. Unter den jüngeren Akademikern konnten sich deutsch-nationale, völkische und antisemitische Einstellungen auf breiterer Basis vehementer durchsetzen als bei den „Alt-Ordinarien“.<sup>1471</sup> Bei der „mittleren Generation“ mit Max Wundt (1879), Traugott Oesterreich (1880) und Theodor Haering (1884) wurde nur Haering Parteimitglied, überzeugt vom NS-System aber war neben ihm jedoch auch Wundt. Haering und Wundt hatten vom neuen Regime nichts zu befürchten, in ihrer Dozentenstellung waren sie nicht gefährdet. Wundt galt als „alter Kämpfer“, Haering passte seine politische Einstellung rasch den neuen Verhältnissen an. Einzig Oesterreich blieb resistent. Unter den ältesten Dozenten Konstantin Ritter (1859), Karl Groos (1861) und Wilhelm Nestle (1865) fand niemand zur Partei, Groos und Nestle blieben ebenfalls resistent, Ritter trat einem paramilitärischen Verband bei.

Ritter wurde noch mit 74 Jahren am 5. November 1933 Mitglied vom Stahlhelm und der Nachfolgeorganisation, dem Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund<sup>1472</sup>, und unterzeichnete die „Erklärung vom 1. März 1933“, dass er auf dem Boden der Kundgebung der derzeitigen Reichsregierung vom 2. Februar des Jahres stehe.<sup>1473</sup> Der bereits 1925 in den Ruhestand versetzte Gymnasialprofessor bot auch nach 1933 weiterhin Lehrveranstaltungen in der Universität an. „‘Gott‘ bei den Philosophen“ (für Hörer aller Fakultäten) las Ritter in den Wintersemestern 1934/35 und 1935/36, „Platons Logik und Ideenlehre“ bot er im Wintersemester 1934/45 an, „[d]as Problem der Willensfreiheit“ im Wintersemester 1935/36 – sein Thema der öffentlichen Probevorlesung vom 23. Juni 1904.

Im April 1936 starb Ritter an einem Schlaganfall. Dem Nachruf der gleichgeschalteten Tübinger Chronik zufolge war Ritter „der glühende Patriot [...], der sein Volk erneuern wollte“, für den Platon „eine Lebensmacht“ war. Es war sein „heiliger Glaube, dass das deutsche Volk nur durch die Rückkehr zu einer idealistischen Grundhaltung [...] gerettet werden könne.“<sup>1474</sup> Ob der Berichterstatter der Chronik aber dasselbe meinte wie Ritter in seiner letzten Veröffentlichung vor seinem Tod darlegte, bleibt dahingestellt. Für Ritter jedenfalls hieß das in der Konsequenz: eine Verknüpfung des Christentums mit dem Platonis-

---

<sup>1471</sup> So auch Grüttner 2002, 347.

<sup>1472</sup> UAT 126/541 (Personalakte Konstantin Ritter).

<sup>1473</sup> Tübinger Chronik, 1. März 1933.

<sup>1474</sup> Nachruf, in: Tübinger Chronik, 18. April 1936. Ritter war wahrscheinlich (ehemaliges) Mitglied der Burschenschaft Normannia. Sie sandte eine Abordnung zum Begräbnis des Philosophen (Tübinger Chronik, 20. April 1936).

mus<sup>1475</sup>, die sittlichen Forderungen von Jesus, Sokrates und Platon seien „im Grund dieselben“<sup>1476</sup>. Ähnlichkeiten sah Ritter ebenfalls in der Güterlehre und in der Pflichtenlehre. Kants formale Ethik mit ihrem Kategorischen Imperativ lehnte Ritter ab, stattdessen sah er „das natürliche Glückseligkeitsstreben“<sup>1477</sup> der Menschen als treibendes Moment ethisch guten Handelns. So wird ihm der ethische Gehalt einer Religion zum entscheidenden Maßstab ihres Vorzugs vor anderen Religionen, die ihm – wie Lessings Nathan – gleich viel bedeuten. Ritter pflichtet auch den „englischen Rationalisten“ bei, die von einem „angeborenen Menschheits- und Sympathiegefühl“ ausgehen und „etwa dasselbe“ meinen wie Jesus, der die „tätige Nächstenliebe“<sup>1478</sup> als inhaltlich höchstes Prinzip gelebt habe. So habe Platon die Erziehung der Bürger zur Sittlichkeit als die wichtigste Aufgabe des Staatsmannes definiert, der in erster Linie „Staatspädagoge“<sup>1479</sup> sein müsse. Wer sich jedoch der Erziehung zum von Ritter nicht definierten Guten widersetze, dessen Widerstand müsse mit allen Mitteln gebrochen werden. Wie Platon will auch Ritter jeden Einzelnen den ihm gebührenden Platz zuweisen und stimmt dem platonischen Ständesystem zu. „Marx und seinen Jüngern“ warf Ritter hingegen „Tyrannei“, „Neid- und Hassgesinnung“ vor, die Alternative müsse das „Evangelium der Liebe“ sein.<sup>1480</sup> Nicht den Kampf für eine wirtschaftlich, sozial und politisch gerechtere Gesellschaft unterstützt Ritter, sondern eine mit der christlichen Ethik kohärente Wohltätigkeit und Barmherzigkeit. Agens solch verstandener christlicher Nächstenliebe ist stets der Gebende, der Nehmende aber ist immer Bittsteller – mit egalitären und universal gültigen Menschenrechtsvorstellungen ist diese Einstellung nicht vereinbar.

Der zum 1. Oktober 1929 emeritierte Karl Groos<sup>1481</sup> war bei der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten 72 Jahre alt. Gelesen hat er noch bis einschließlich Sommersemester 1935, in jedem Semester bot er eine Vorlesung oder ein Seminar an. Über „[d]ie Unsterblichkeits-

---

<sup>1475</sup> Ritter 1933, 73.

<sup>1476</sup> Ritter 1933, 20.

<sup>1477</sup> Ritter 1933, 38.

<sup>1478</sup> Ritter 1933, 50.

<sup>1479</sup> Ritter 1933, 56.

<sup>1480</sup> Ritter 1933, 66.

<sup>1481</sup> Zu Karl Groos finden sich in den Akten nur ganz wenige Informationen aus der NS-Zeit, er war seit 1929 emeritiert: Anlässlich seines 80. Geburtstages am 10. Dezember 1941 zeichnete ihn die Deutsche Psychologische Gesellschaft mit der Wilhelm-Wundt-Plakette aus. Der NS-Kurier brachte dazu eine Meldung am 9. Dezember 1941. Im August 1942 bat Groos das Akademische Rektoramt um einen Erlaubnisschein, um mit seiner Frau zum Erholungsurlaub ins Enzklosterle fahren zu können. Doch er konnte keine „unmittelbar ‚kriegswichtige‘ Beschäftigung“ nachweisen. So gab er an, dass er derzeit eine Buchausgabe vorbereite, denn auch „das Weiterarbeiten an unserer Geisteskultur“ werde „als kriegswichtig“ anerkannt, sei ihm gesagt worden. Der Erlaubnisschein wurde ihm bewilligt. (UAT 126/223; Personalakte Karl Groos).

frage“ las er zweimal (im Sommersemester 1933 und im Wintersemester 1934/35), „Psychologie und Metaphysik“ (Wintersemester 1933/34), „Das Seelenleben der Primitiven“ (Sommersemester 1934) sowie „Wesen und Sinn des Spiels“ (Sommersemester 1935) jeweils einmal.

Seine bis 1943 veröffentlichten zahlreichen Aufsätze zur Psychologie, Spieltheorie, Metaphysik und Erkenntnistheorie sind auf gleich hohem wissenschaftlichen Niveau wie in der Weimarer Republik, die Arbeiten lassen kaum erkennen, dass sie in der nationalsozialistischen Diktatur entstanden sind. Weder Themen- oder Wortwahl noch Duktus oder die Art der Themenbehandlung sind dem NS-Zeitgeist angepasst. Groos philosophierte wie je, er breitete seine Gedankengänge vor den Lesern aus, berücksichtigte stets die Gegenargumente und legte seine argumentativ untermauerte Lösung als Angebot vor, ohne auf die alleinige Gültigkeit zu insistieren. Wie selbstverständlich zitierte er französische und englische Philosophen, ebenso die 1933 von den Nationalsozialisten entlassenen Philosophen William Stern und Traugott Konstantin Oesterreich sowie Hans Driesch, der auf Druck der Nationalsozialisten seine Emeritierung einreichte. Explizit wandte er sich 1934 gegen den Gemeinschaftsbegriff von Wilhelm Wundt, dem Vater von Max Wundt, der eine soziale Willensgemeinschaft als Organismus oder als Persönlichkeit bezeichnet habe, wobei der Gesamtwille nur mit den Einzelwillen zusammen existiere. Ein Volk aber könne keine Persönlichkeit sein, so Groos. Dies könnten nur Einzelmenschen mit einem bewussten Ich sein, ein Volk aber „kann nicht Ich sagen“. Auch die biologistische Begründung der „Volksseele“ lehnte Groos ab. Da die Völker aus verschiedenen Rassen bestünden, gebe es keine biologisch begründbare „Rassenseele“. Wolle man dennoch der italienischen oder der deutschen Nation eine einheitliche Volksseele zuschreiben, „so müsste man nach anderen Gründen suchen, die sich nicht auf die Blutgemeinschaft stützen.“<sup>1482</sup>

In seiner Selbstdarstellung bezeichnete Groos die platonische Sozial-Ethik allerdings als die „großartigste“, die das philosophische Denken hervorgebracht habe. Denn sie gehe auf die richtige Über- und Unterordnung der Kräfte im Individuum selbst und in der überindividuellen Gemeinschaft des Staates aus. Die platonische Gerechtigkeit beinhalte

---

<sup>1482</sup> Groos 1934a, 46. Ähnlich auch in seinem Aufsatz über „Historische Situationen. Bemerkungen über ihr Wesen und ihre Vergegenwärtigung“, in dem Groos süffisant bemerkt, dass der frühere Schlafmütze tragende und schwerfällige, wenig weltkluge „deutsche Michel“ in den Karikaturen „eine energisch gestraffte Haltung“ angenommen habe (Groos 1936a, 206). Auch im Aufsatz über Nicolai Hartmanns Lehre vom objektivierten und objektiven Geist erklärte Groos einen dem einzelnen Individuum übergeordneten realen „Volksgeist“ aus metaphysischen Gesichtspunkten für „entbehrlich“ und deutete lediglich eine über die Individuen hinausreichende reale Lebenseinheit bei einer durchlaufenden Vererbungsgemeinschaft als Möglichkeit an. Groos 1937, 277.

eine „harmonische Gliederung“, bei der das Höhere durch Mittelglieder hindurch das Niedrigere beeinflusse, ohne ihm sein Eigensein zu rauben. Da die gerechte Verfassung des sittlichen Charakters den gerechten Aufbau des Staates ermögliche, biete dieser jedem Individuum die Gelegenheit, „das Seine zu tun“.<sup>1483</sup>

In die Philosophische Fakultät zog nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten rasch ein anderer Geist ein. Sie legte sich ein Bild von Adolf Hitler zu<sup>1484</sup>, aus dem Philosophischen Seminar in Tübingen entließen sie den außerordentlichen Professor Oesterreich.<sup>1485</sup> Zehn Tage vor seiner Abfahrt nach Griechenland erließen sie am 7. April 1933 das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, zwei Tage nach der Abfahrt (19. April) beschloss die „Deutsche Studentenschaft“ den „Spionageerlass“<sup>1486</sup>. Danach sollten Professoren boykottiert werden, die dem NS-System kritisch gegenüberstanden. Studenten sollten belastende Quellen aus der Literatur oder den Vorlesungen sammeln und Juden, Kommunisten, Pazifisten und Liberale denunzieren.

Während der Griechenland-Reise Oesterreichs begann die Nazifizierung der Tübinger Universität gewissermaßen putschartig, die Nationalsozialisten hatten jedoch leichtes Spiel.<sup>1487</sup> Am 21. April installierte

---

<sup>1483</sup> Groos 1934a, 66f. Groos schrieb bereits in seinem Aufsatz „Enkapsis“ von 1925, in seinen Ethik-Vorlesungen seit 1912 einen „platonisierenden Perfektionismus“ vertreten zu haben: Die Vollkommenheit habe er nicht als „Einheit des Mannigfaltigen“ verstanden wie die Leibnizianer, sondern als eine Unter- und Überordnung der menschlichen Anlagen, wobei die harmonische Struktur der menschlichen Persönlichkeit (Platons gerechter Mensch) von der umfassenden Struktur der harmonischen Gemeinschaft (Platons gerechter Staat) beherrscht sein sollte. Vgl. Groos (Helmut) 1952, 36.

<sup>1484</sup> UAT 131/841 (Inventar der Philosophischen Fakultät, Nummer 12).

<sup>1485</sup> Entlassen wurden auch der Privatdozent, Physiker und spätere Nobelpreisträger von 1967 Hans Albrecht Bethe (die Mutter war jüdischer Abstammung) sowie der Privatdozent für Religionsgeschichte Hans Winkler (KPD-Zugehörigkeit). Erst 1937 entließen die Nationalsozialisten den Mathematiker Erich Kamke aufgrund des Paragraphen 6, er war mit einer zum Protestantismus konvertierten Jüdin verheiratet. Tübingen stand mit den Entlassungen weit abgeschlagen an letzter Stelle im Vergleich zu anderen Universitäten und Hochschulen, die teilweise große wissenschaftliche Verluste durch Massenentlassungen hinnehmen mussten, ein Zeichen auch für die betont national-konservative Einstellung und jüdenfeindliche Haltung der Tübinger Universität und ihrer Lehrer. In Berlin und Frankfurt verloren 32 Prozent ihre Stelle, in Heidelberg 24 Prozent, in Breslau 22 Prozent, zwischen 18 und 20 Prozent der Dozenten setzten die Nationalsozialisten in Göttingen, Hamburg und Köln vor die Tür. Vgl. die Zahl der Entlassungen: Adam 1977a, 36f. Auch das „Überfüllungsgesetz“, wonach maximal 1,5 Prozent der Studierenden jüdischen Glaubens sein durften, brauchte in Tübingen nicht angewandt werden. In keiner Fachrichtung und in keiner Fakultät wurden die 1,5 Prozent erreicht. Vgl. Adam 1977a, 115.

<sup>1486</sup> Faust (Anselm) 1980, 41.

<sup>1487</sup> Ein „Umsturz“ war es freilich nicht. Die Nationalsozialisten besetzten wichtige Stellen im universitären Gefüge und begannen, die letzten demokratischen Reste auszuschalten. An der Tübinger Universität lehrten zum allergrößten Teil deutsch-nationale und auch antisemitische Dozenten. Rektor Paul Simon (1882 – 1946) bemerkte am 22. April 1933, dass der Tübinger Eberhard-Karls-Universität „in den letzten Jahren von sehr kompetenter Seite die ehrende Bezeichnung der deutschesten

der württembergische Kultminister Christian Mergenthaler (1884 – 1980) den Privatdozenten für deutsche Literatur Gustav Bebermeyer als „Beauftragten mit besonderen Vollmachten an der Universität“<sup>1488</sup>. Bereits drei Tage später bat Kanzler August Hegler in einer Sitzung des Großen Senats um seine Entlassung aus dem Amt, die Professoren Wolfgang Stock (Augenheilkunde), Carl Sartorius (Jura) und Erich Kamke (Mathematik) gaben ihre Ämter im Kleinen Senat ab.<sup>1489</sup> Deren Plätze besetzten der Philosoph Max Wundt, Ernst Stracke (evangelischer Kirchenhistoriker) und Walter Albrecht (Klassische Philologie). Bis zum Mai drängten die Tübinger Hochschullehrer in die NSDAP. Formell blieben zwar der Kleine und der Große Senat (noch) bestehen<sup>1490</sup>, aber die Aufgaben gingen auf den Rektor über. Im Oktober 1933 ersetzte der Hitler-Gruß die bis dahin gültigen Begrüßungsformeln, der Rektor wurde zum „Führer“.<sup>1491</sup> Bis gegen Ende des Jahres 1933 war die Tübinger Universität gleichgeschaltet, die selbstverwaltete Universität wurde „Führeruniversität“. Überwiegend zog es sie, nur wenig sank sie hin, korporativer Widerstand ist nicht laut geworden.<sup>1492</sup> Kontinuität statt Bruch kennzeichnet diese Phase – wie bei der Stadt Tübingen.

Oesterreich war noch in Griechenland, die Rede von Mergenthaler am 2. Mai bei der Rektoratsübergabe an den Mediziner Albert Dietrich (1873 – 1961) hatte er nicht hören können, er wäre sonst zumindest

---

aller Universitäten“ gegeben worden sei. In einer Unterredung mit dem Minister [Mergenthaler] habe er ausdrücklich noch mal betont, dass die Universität all ihre Kräfte in den Dienst des „einen großen Zieles der Wiederherstellung eines starken, gesunden und freien Deutschland“ stelle. Vgl. Abschrift Rektor Paul Simon vom 24. April 1933, in: UAT 117/996; Nachfolger des Rektors Paul Simon wurde am 2. Mai 1933 der Mediziner Albert Dietrich (1873 – 1961). In einem Schreiben an die Gauleitung der NSDAP Stuttgart diente er sich sowie die Dozenten der Universität Tübingen dem NS-System an. Sie wollten dabei helfen, „alle Kreise des Volkes aufzurütteln zu mannhafter Entschlossenheit und rückhaltlosem Bekenntnis zu ihrem Führer.“ Er bot öffentliche Kundgebungen im Schillersaal des Tübinger Museums an, auch sei die Universität bereit, sich „auf andere Weise in den Dienst der Werbearbeit zu stellen, sofern es gewünscht wird. Geeignete Mitglieder des Lehrkörpers würden gerne als Redner oder zur Abfassung von Zeitungsartikeln zur Verfügung stehen.“ Distanz oder gar Widerstand sieht anders aus. Die Universität wurde ein willfähriger Helfer bei der Etablierung des NS-Systems. Vgl. das Schreiben von Rektor Dietrich an die Gauleitung der NSDAP Stuttgart vom 19. Oktober 1933, in: UAT 117/996. Nur vier Tage später teilte Rektor Dietrich seinen Dekanen mit, dass der „deutsche Gruß“ offiziell eingeführt wird. Vgl. UAT 131/115, II (Philosophische Fakultät).

<sup>1488</sup> Schreiben Württembergisches Kultministerium an Akademisches Rektoramt vom 21. April 1933, Abschrift in: UAT 117/996; siehe dazu: Adam 1977a, 34ff. Zur Tübinger Volkskunde und zu Bebermeyer siehe Besenfelder 2002.

<sup>1489</sup> Adam mutmaßt, dass bei den Rücktritten der „Kommissar“ Bebermeyer gezielt mitgewirkt hat. Vgl. Adam 1977a, 35.

<sup>1490</sup> Senatsprotokolle sind nur bis Dezember 1935 geführt worden. Vgl. Adam 1977a, 3.

<sup>1491</sup> Adam 1977b, 201.

<sup>1492</sup> So etwa auch Adam 1977a, 40; Schönhagen, 1991, 158f.; Langewiesche 1997, 646. Auf reichsweiter Ebene hat der Verband der Deutschen Hochschulen bereits im Frühjahr 1933 mit einigen Erklärungen „ein deutliches Signal der Selbstgleichschaltung“ gesetzt. Reimann 1999, 12.

vorgewarnt gewesen. Sie musste jedem deutlich machen, dass Mergenthaler das nationalsozialistische Programm an den Universitäten umsetzen will: Er hob auf die Volksgemeinschaft, den Führergedanken und auf die Rassenideologie ab, drei tragende Säulen der NSDAP. Mergenthaler würdigte zunächst die Rolle der „Jugend auf Deutschlands hohen Schulen“, die sich neben den „Arbeiter der Faust“ gestellt und sich an der „Revolution“<sup>1493</sup> beteiligt hätte. Ohne „die Jugend“ hätten sich die Universitäten „ganz von selber ausgeschlossen“.<sup>1494</sup> Der „Geist der Volksgemeinschaft“ solle voranschreiten, so Mergenthaler, auch „unsere geliebte Universität Tübingen“ solle sich „voll und ganz eingliedern in den Strom des deutschen Erwachens“<sup>1495</sup>. Der Kultminister machte den Anwesenden unmissverständlich klar, dass es mit der „Neutralität“ der Dozenten nun vorbei sei. Jeder müsse Stellung nehmen und sich entscheiden. Denn auch die Wissenschaft sei „volksgebunden“, sie ziehe ihre Kräfte aus dem Volkstum, in welches sie hineingestellt sei. Mergenthaler: „Es ist unser Wille, dass an der Hochschule bis zum Letzten der Geist der Volksgemeinschaft herrscht, [...]“ Da die „deutsche Revolution“ zu einem wesentlichen Teil auf der Erkenntnis beruhe, dass „alles Geschehen blutmäßig, rassistisch gebunden“ sei, kündigte er an, die „Rassenfrage“ in echter Wissenschaftlichkeit und mit hohem politischen Verantwortungsgefühl in der Universität zu verankern. Außerdem solle der „Führergedanke“ auf allen Gebieten endgültig durchgesetzt werden.<sup>1496</sup> Der Parlamentarismus müsse „restlos“ verschwinden. Eine seiner ersten Aufgaben erblickte der Kultminister darin, Majoritätsbeschlüsse in sämtlichen Organisationen der Hochschule abzuschaffen. Ein „besonderer Vertrauensmann“<sup>1497</sup> solle die Verbindung zwischen Hochschule und Regierung gewährleisten.

Am 5. Mai kam Oesterreich morgens um halb sieben von seiner Griechenlandreise zurück<sup>1498</sup>. In nur wenigen Wochen hatte sich die Tübinger Universität gründlich gewandelt. Ein paar Tage nach Oesterreichs Rückkehr wurde zunächst Tochter Cäcilie<sup>1499</sup> Opfer der neuen Tübinger Verhältnisse. Nachdem am 13. Mai das Württembergische

---

<sup>1493</sup> Mergenthaler 1933, 26.

<sup>1494</sup> Da verkennt Mergenthaler jedoch das Engagement von Haering und insbesondere von Wundt.

<sup>1495</sup> Mergenthaler 1933, 26.

<sup>1496</sup> Mergenthaler 1933, 27.

<sup>1497</sup> Mergenthaler 1933, 27. Der „besondere Vertrauensmann“ war Gustav Bebermeyer (1890 – 1975), Privatdozent für deutsche Literatur. Er wurde wenige Tage vor der Rektoratsübergabe, am 21. April 1933, zum „Universitätskommissar“ und zum „Beauftragten mit besonderen Vollmachten an der Universität“ ernannt. Funktion und Aufgaben des „Kommissars“ wurden nie schriftlich fixiert. Vgl. Adam 1977a, 34.

<sup>1498</sup> UAT 399/1,2 (Nachlass Oesterreich).

<sup>1499</sup> Cäcilie war ein Patenkind Eduard Sprangers, des Pädagogen, Philosophen und langjährigen Freundes von Oesterreich. Vgl. Fechner-Mahn 2002, 37.



Kultministerium die Vergünstigungen (Stipendien, Gebührenerlasse) für jüdische und marxistische Studierende verbot<sup>1500</sup>, exmatrikulierte sie sich eine Woche später.<sup>1501</sup> Unter dem 20. Mai notierte der Philosoph in seinem Tagebuch, dass Cäcilie sich von der Tübinger Universität exmatrikuliert habe, weil sie sich nicht als „nicht-arisch“ bezeichnen lassen will.<sup>1502</sup>

Oesterreich selbst wurde am Dienstag, 25. Juli, während einer Fakultätssitzung am Abend von Bebermeyer mit den beiden 1919 von ihm verfassten Schriften konfrontiert.<sup>1503</sup> Der „Kommissar“ leitete die beiden Werke dem Kultminister Mergenthaler in Stuttgart weiter.<sup>1504</sup> Wie in einer späteren Stellungnahme von Oesterreich deutlich wird, müssen Studenten auf die Schriften aufmerksam (gemacht) geworden sein und Bebermeyer damit „Munition“ für die Entlassung geliefert haben.<sup>1505</sup> Oesterreich sah sich Ende Juli veranlasst, eine Erklärung Bebermeyer gegenüber abzugeben. Darin rechtfertigte er seine Schrift „Vom Machtideal zum Kulturideal“ als den Versuch eines Philosophen, sich im Zusammenbruch geistig zurechtzufinden.<sup>1506</sup> Über den „Zustand passiver Hoffnungslosigkeit“ habe er hinauskommen und einen „posi-

---

<sup>1500</sup> Vgl. Adam 1977a, 87.

<sup>1501</sup> Ihrer Studentenakte zufolge hat Cäcilie Oesterreich vom Sommersemester 1930 bis zum Ende des Wintersemesters 1932/33 studiert. Im letzten Semester belegte sie zehn Vorlesungen und Übungen, unter anderen bei dem Psychiater Robert Gaupp (1870 – 1953), dem Pathologen Albert Dietrich (1873 – 1961) und dem Botaniker Ernst Lehmann (1880 – 1957); vgl. UAT 364/20072 (Studentenakte Cäcilie Oesterreich). Die drei genannten Professoren brachten im Übrigen große Sympathie für den Nationalsozialismus und dessen Ideologie auf und dienten sich dem System an. Cäcilie Oesterreich hatte bereits das Physikum abgelegt; vgl. Schreiben von Cäcilie Oesterreich an das Akademische Rektoramt vom 24. September 1945, in dem sie um Aufnahme als Hörerin bat; UAT 364/20072 (Studentenakte Cäcilie Oesterreich).

<sup>1502</sup> Vgl. UAT 399/2,6 (Nachlass Oesterreich). Oesterreich notierte handschriftlich in seinem Tagebuch diesen Teil des Erlasses, setzte sogar die Nummer des Erlasses (5908), das Datum und den Urheber („gez. Mergenthaler“) hinzu.

<sup>1503</sup> UAT 399/1,2 (Tagebuch Oesterreich).

<sup>1504</sup> So schilderte die Tochter Cäcilie Grafe den Hergang der Entlassung; Vgl. UAT 399/52 (Nachlass Oesterreich).

<sup>1505</sup> Schreiben Oesterreich an den Reichsstatthalter Wilhelm Murr (1888 – 1945) vom 31. Oktober 1933, in: HStAS, E 130b, Nr. 163. Oesterreich nannte als Urheber der Denunziation nur die „studentische Seite“. Voran ging jedoch der „Spionageerlass“ vom 19. April, und am 21. April wurden die in Tübingen für den Nationalsozialismus agierenden Studenten Gerhard Schumann und Martin Sandberger befördert: Schumann wurde „Kommissar“ der württembergischen Studentenschaften, Sandberger Führer der Tübinger Studentenschaft. Schumann war auch „Landesführer“ des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds (NSDStB), löste den ASTA auf und entthob sämtliche Vorstandsmitglieder, Amtsleiter und Ausschussmitglieder ihrer Ämter, mit Sandberger war er maßgeblich an der Gleichschaltung der Tübinger Studentenschaft beteiligt. Gute Kontakte hatte Schumann etwa zu Theodor Haering und zu Gustav Bebermeyer. Wie Haering war auch Schumann einst Seminarist in Schöntal, vom Sommersemester 1930 an studierte er in Tübingen (vgl. Besenfelder 2002, 47, Anmerkung 32). Die Familie Sandberger war mit der Familie Haering verwandt. Siehe zur Ernennung Schumanns zum „Kommissar“ Tübinger Chronik, 21. April 1933, zu Schumann: Bautz 2008.

<sup>1506</sup> Erklärung Oesterreich an Bebermeyer, Ende Juli 1933 überreicht, genaues Datum ist nicht bekannt. UAT 399/44 (Nachlass Oesterreich).

tiven Kulturaufbauwillen“ begründen wollen. Rückblickend interpretierte er die Stimmung unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg als „Gerechtigkeitspsychose“, die sich bis zu einer ungerechtfertigten Selbstanklage entwickelt habe. Der Revolution habe er kritisch gegenübergestanden, den Bolschewismus zu allen Zeiten abgelehnt. Seinen Kulturoptimismus habe er revidieren müssen, da der „ganze Völkerbund“ nur ein „Machtwerkzeug der Gegner“ sei, von einer Neuordnung der Beziehungen zwischen den Völkern sei keine Rede mehr gewesen. Das „Verbrechen von Versailles“ habe er 1928 „mit äußerster Schärfe“ kritisiert. Doch auch die innenpolitische Entwicklung habe ihn „auf tiefste(!) enttäuscht“. Schon lange vor dem Umsturz sei er zum „Gegner der Demokratie“ geworden. Die Hörer seiner Vorlesung über die Geschichte der alten Philosophie im Sommersemester 1932 müssten das aufgrund von „Nebenbemerkungen“ wissen.

Auch diese Erklärung gab Bebermeyer ans Kultministerium weiter, aber sie nützte nichts. Am 12. September forderte das Kultministerium die Entlassung Oesterreichs nach Paragraph 4 des Gesetzes „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, also aus politischen Gründen.<sup>1507</sup> Die Mitglieder des Staatsministeriums waren einverstanden.<sup>1508</sup> Den Grund sah das Kultministerium in der „politischen Einstellung“ Oesterreichs. Er trete für das demokratisch-parlamentarische System ein, behaupte, der Militarismus sei seit langem allen „nicht rechtsstehenden Kreisen“ ein Gräuel gewesen, und Deutschland sei für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verantwortlich. Außerdem trete in dessen Schrift eine politische Gesinnung zutage, „die dem heutigen Staat völlig entgegengesetzt ist“. Oesterreich habe sich mit den ihm besonders schwer belastenden Punkten (Befürwortung des demokratisch-parlamentarischen Systems, Pazifismus, Schuld Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkrieges) kaum auseinandergesetzt, „für den von ihm behaupteten Gesinnungswechsel konnte er keinen Beweis erbringen“. Bei der Beurteilung von Hochschullehrern müsse „ein besonders strenger Maßstab“ angelegt werden, da sie einen großen Einfluss auf die akademische Jugend ausübten. Bei Oesterreich sei nicht anzunehmen, dass er „vorbehaltslos für den heutigen Staat eintritt“.

Mit Schreiben vom 25. September 1933 entließen die Nationalsozialisten Oesterreich.<sup>1509</sup> Der Philosoph bat ein letztes Mal am 31. Oktober

---

<sup>1507</sup> Dass Oesterreichs Frau Maria Jüdin und in Russland geboren war, mag auch hingespielt haben.

<sup>1508</sup> Vgl. HStAS, E 130b, Nr. 163. In der Entlassungsbegründung ist allerdings nur noch von der Schrift „Vom Machtideal zum Kulturideal“ die Rede.

<sup>1509</sup> Sein Gehalt wurde bis einschließlich Dezember 1933 weitergezahlt, vom Januar 1934 an erhielt er eine um ein Viertel des Ruhegehalts gekürzte Pension. Vgl. Schreiben Württembergisches Kultministerium an Akademisches Rektoramt vom 25. September 1933, in: UAT 399/52 (Nachlass Oesterreich).

1933 beim Reichsstatthalter Murr um die Zurücknahme seiner Entlassung.<sup>1510</sup> Ohne Erfolg.<sup>1511</sup>

Zu Hilfe kam Oesterreich niemand, weder seine Tübinger Philosophen-Kollegen noch die Fakultät oder die Universität als Institution, obwohl Oesterreich im Sommersemester 1933 Mitglied des Großen Senats war.<sup>1512</sup> Nicht einmal zaghafter Protest wurde eingelegt. Der weitere Verlauf lässt eher darauf schließen, dass sich Kollegen und die Selbstverwaltungsgremien mit der Entlassung nicht nur abgefunden und auf eine Gegenwehr verzichtet, sondern die Entfernung Oesterreichs gleichgültig hingenommen haben. Universität, Fakultät und Philosophisches Seminar zeigten bei der Entlassung Oesterreichs keinen Willen zur Selbstbehauptung, obwohl sich staatliche Institutionen

---

<sup>1510</sup> Oesterreich habe sich der Regierung Max von Baden „literarisch“ zur Verfügung gestellt, schrieb er. Noch „vor der Revolution“ habe er mit dem Werk begonnen, sie sei als „Propagandaschrift zum Besten Deutschlands“ gedacht gewesen. Nach Fertigstellung habe er das Werk ans Auswärtige Amt gesandt, das versprach, darauf zurückzukommen, was jedoch nicht mehr geschah. Schon seit vielen Jahren sei er mit dem Inhalt nicht mehr einverstanden gewesen, so Oesterreich weiter. Den Vorwurf des Pazifismus versuchte er zu entkräften, weil er 1914 die Militarismuserklärung unterzeichnet habe. Auch habe er während des Ersten Weltkrieges Kriegsanleihen in der ihm „möglichen Höhe“ erworben, und während der „Spekulationspsychose“ in der Inflation habe er „nicht einen Franken und nicht eine Aktie gekauft“, um sich nicht „am Brande des Vaterlandes“ zu bereichern. Seine Ersparnisse auf der Sparkasse seien sämtlich verloren gegangen. Wegen eines Nervenleidens für den Krieg untauglich, habe er sich „mehrfach“ im Inland erfolglos zur Verfügung gestellt. Oesterreich hob seine wissenschaftliche Arbeit „im Dienste Deutschlands“ hervor, verwies auf das Vorwort in seiner „Philosophie des Auslandes“ und distanzierte sich abermals vom Pazifismus. Wenn die Studentenschaft davon gewusst hätte, schloss der Philosoph, hätte sie ihn „nicht in solcher Weise verdächtigt“. Vgl. Schreiben Oesterreich an den Reichsstatthalter Wilhelm Murr vom 31. Oktober 1933, in: HStAS, E 130b, Nr. 163.

<sup>1511</sup> Die Entlassung brachte Oesterreich auch in finanzielle Schwierigkeiten. Durch die reduzierte Pension erhielt er zwischen 300 und 350 Mark im Monat, wie er Hans Driesch nach Leipzig schrieb (laut eines Schreibens des Württembergischen Kultministeriums an das Finanzministerium sollte sich das jährliche Ruhegehalt allerdings auf 4.914 Mark belaufen, das wären 409,50 Mark pro Monat; vgl. UAT 399/52). Oesterreich hatte jedoch mit dem Bau seines Hauses in der Waldhäuserstraße 119 (heute die Nummer 33) begonnen. Der Umzug von der Nauklerstraße 23 (schräg gegenüber der heutigen Tübinger Mensa in der Wilhelmstraße) erfolgte aber wohl erst 1935. Am 24. April 1935 teilte Oesterreich Driesch mit, dass sie „seit kurzem“ auf der Waldhäuser Höhe wohnen, den Blick auf die Schwäbische Alb und manchmal sogar auf die Alpen genießend. Vgl. Postkarte von Oesterreich an Driesch vom 24. April 1935 und Schreiben Oesterreich an Driesch vom 30. September 1933, in: Universitätsbibliothek Leipzig, Nachlass 250 (Driesch): Oesterreich. Bei der Vermögensanmeldung im Jahr 1938 gab Oesterreich eine Hypothek bei der Württembergischen Landessparkasse in Höhe von 10.560 Mark an. Sein Haus hatte zu diesem Zeitpunkt einen Wert von 30.000 Mark.

<sup>1512</sup> Laut Grüttner wurden im Frühjahr 1933 durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ reichsweit etwa 20 Prozent der Hochschullehrer entlassen. Da der Nachwuchs auf eine Dauer-Anstellung und Karriere an der Hochschule hoffte, war Widerstand der Hochschulen eher unrealistisch. Als Otto Hahn Max Planck vorschlug, gegen die Entlassung von jüdischen Kollegen mit möglichst vielen prominenten Kollegen zu protestieren, habe Planck abgewehrt. Wenn sich heute 30 Kollegen für die Entlassenen einsetzten, erklären sich morgen 150 Personen mit Hitler solidarisch, weil sie die frei gewordenen Stellen besetzen wollen. Vgl. Grüttner 2002, 346.

in ihre Belange mischten.<sup>1513</sup> Lediglich in der Frage der Wiederbesetzung des Oesterreichischen Lehrstuhls tat sich das Philosophische Seminar hervor, dem Wundt und Haering vorstanden. Denn sie befürchteten durch die personelle Ausdünnung einen Statusverlust ihres Seminars. Nur vier Tage nach der Entlassung Oesterreichs drängte Theodor Haering am 29. September darauf, das Extraordinariat nach dem Ausscheiden Oesterreichs baldmöglichst wiederzubesetzen.<sup>1514</sup> Entrüstung über die Entlassung, Unterstützung oder Hilfe für Oesterreich, gar Widerstand klingen in dem Schreiben nicht einmal an.<sup>1515</sup> Haering erhielt vom Kultministerium eine ernüchternde Antwort. Es beabsichtige, „das erledigte Extraordinariat für Philosophie in ein Extraordinariat für Rassenkunde umzuwandeln.“<sup>1516</sup> Zum Ausgleich solle ein bewährter Privatdozent veranlasst werden, sich nach Tübingen umzuhabilitieren.

Auf institutioneller Ebene diente sich in diesem Fall zunächst der Kleine Senat dem NS-Regime an. Zwei Wochen vor Oesterreichs letzter Eingabe am 31. Oktober sprach er sich bereits am 17. Oktober 1933 dafür aus, das Arbeitszimmer von Oesterreich der Studentenschaft als Geschäftszimmer zuzuweisen.<sup>1517</sup> Rektor Dietrich zog nach und vollzog den Beschluss am 1. November<sup>1518</sup>, Oesterreich wurde also vor seinem offiziellen Ende als Universitätsdozent am 31. Dezember 1933 das Arbeitszimmer entzogen.

Theodor Haering war in diesen turbulenten Wochen gut informiert. Bereits Mitte Mai 1933, also über zwei Monate, bevor Bebermeyer Oesterreich mit den beiden Werken konfrontierte, wusste er, „dass

---

<sup>1513</sup> Kultminister Mergenthaler griff ebenfalls in universitäre Belange ein, als er dem Physiker Hans Albrecht Bethe den Lehrauftrag kündigte, den Historiker Heinrich Dannenbauer (1897 – 1961) Ende Juni 1933 gegen den Willen der Philosophischen Fakultät zum Professor ernannte und Bebermeyer vermutlich als Dank für dessen „Kommissarstätigkeit“ eigenwillig zum Professor berief. Vgl. Adam 1977b, 198f.

<sup>1514</sup> Schreiben Haerings an das Akademische Rektoramt vom 29. September 1933, in: UAT 126/148 (Personalakte August Faust). Dazu sei angemerkt, dass die Entlassung Oesterreichs zwar vom 25. September datiert ist, das Schreiben aber wohl erst mindestens einen Tag später angekommen ist. Die Entlassung muss sich rasch herumgesprochen haben.

<sup>1515</sup> Haering und Oesterreich hatten persönlich kein gutes Verhältnis zueinander. Hinzu kommen die unterschiedlichen politischen und philosophischen Auffassungen. Noch weiter auseinander liegen freilich Wundt und Oesterreich.

<sup>1516</sup> Schreiben Württembergisches Kultministerium an Akademisches Rektoramt vom 25. Oktober 1933, in: UAT 126/248 (Personalakte August Faust). Das Extraordinariat war also endgültig „erledigt“, auch wenn Oesterreich noch Tage später abermals um Zurücknahme der Entlassung bat.

<sup>1517</sup> Dies ist ein Zeichen dafür, dass der Kleine Senat nicht mit einer Zurücknahme der Entlassung Oesterreichs rechnete und sich nicht für den Philosophen einsetzte, sich auch nicht einsetzen wollte. Lapidar verwies er die Studentenschaft auf Oesterreichs Arbeitszimmer, der kürzlich in den Ruhestand versetzt worden sei. Vgl. Schreiben Kleiner Senat an Studentenschaft vom 17. Oktober 1933, in: UAT 47a/2 (Kleiner Senat).

<sup>1518</sup> Schreiben Akademisches Rektoramt an den Dekan der Philosophischen Fakultät vom 1. November 1933, in: UAT 148/3,1.

noch weitere Beurlaubungen bevorstünden“, schreibt Wilhelm Weisedel an seine Frau Käthe.<sup>1519</sup> An den Universitäten Tübingen und Frankfurt werde „ganz neu aufgebaut“. Weisedel mutmaßte, Haering oder Wundt hofften vielleicht, nach Frankfurt zu kommen.<sup>1520</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt aber hatte Mergenthaler nur dem Physiker Hans Albrecht Bethe die Vertretung des Extraordinariats für theoretische Physik entzogen und Georg Weise, Professor der Kunstgeschichte, beurlaubt<sup>1521</sup>, die übrigen Dozenten waren lediglich von ihren Ämtern zurückgetreten. Ein ähnlicher Hintergrund, wie der von Bethe (Mutter war Jüdin), und ein vermuteter, wie bei Weise (Ehefrau sollte angeblich Jüdin sein), war an der Universität nur bei Oesterreich gegeben, dessen Ehefrau Jüdin war, eine „weitere Beurlaubung“ musste demnach auf die Personalie Oesterreich hinauslaufen.

Die rasche Reaktion Haerings auf die Entlassung Oesterreichs erstaunt ebenfalls. Mit Haerings „Einvernehmen“ hatte der Pädagoge und Psychologe Oswald Kroh die Übernahme des von Oesterreich mit Drittmitteln finanzierten Psychologischen Apparates noch im Oktober eingeleitet.<sup>1522</sup> Wie schon mündlich besprochen, schlug Sittig Rektor Dietrich vor, den Psychologischen Apparat Kroh zu übertragen. Einen Tag später segnete Dietrich die Übertragung schriftlich ab.<sup>1523</sup>

---

<sup>1519</sup> Brief Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel vom 15. Mai 1933, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 62.

<sup>1520</sup> Frankfurt hatte zusammen mit Berlin mit nahezu einem Drittel die meisten personellen Verluste.

<sup>1521</sup> Bethe wurde am 20. April entlassen, aber erst zehn Tage später erhielt er das Schreiben. Zuvor allerdings sprach ihn ein Student an, der wissen wollte, bei wem er seine Promotion beenden könne. Die Entlassung muss sich also bereits herumgesprochen haben. Der Entlassungsgrund war vermutlich die Mutter, die jüdischen Glaubens war. Vgl. Adam 1977a, 36. Georg Weise wurde aufgrund der ihm „zur Last gelegten Vorwürfe“ am 20. April 1933 „ab sofort beurlaubt“ (UAT 131/115, II). Ursache der Beurlaubung war offenbar das Gerücht, die Ehefrau sei Jüdin. Da Weise zur Zeit seiner Beurlaubung auf Vortragsreise in Spanien war, konnte er keine Stellung beziehen. Kommissar Bebermeyer lud Tage später die Ehefrau vor, wollte wissen, welcher Partei sie und ihr Mann am 5. März 1933 die Stimme gegeben haben und überzeugte sich nach Einsicht ins Stammbuch persönlich von der Abstammung. Weise wurde im September 1933 wieder eingestellt (vgl. Adam 1977a, 36; Anmerkung 32) Hans Winklers Entlassung wegen seiner KPD-Mitgliedschaft erfolgte erst im September 1933, Erich Kamke wurde noch später, im Jahre 1937, entlassen (vgl. Adam 1977a, 36f.).

<sup>1522</sup> Schreiben Dekan Ernst Sittig an Akademisches Rektoramt vom 30. Oktober 1933, in: UAT 148/3,1.

<sup>1523</sup> Schreiben Akademisches Rektoramt an den Dekan der Philosophischen Fakultät vom 1. November 1933, in: UAT 148/3,1. Knapp zwei Jahre später wandte sich Kroh an das Universitätskassenamt mit dem Antrag, seinen Etat für den Psychologischen Lehrapparat zu erhöhen. Denn die „Lehrsammlung“ habe nur dem psychologischen Unterricht gedient, für Forschung sei sie ungeeignet. Er wolle in den Räumen des Psychologischen Apparates mehr Psychologie betreiben, etwa Konstitutionsforschung, Vererbungslehre und Rassenseelenkunde. Vgl. Schreiben Oswald Kroh an Universitätskassenamt vom 9. September 1935, in: UAT 148/3,1. Noch im März 1928 hatte Kroh als Dekan der Philosophischen Fakultät Oesterreich eindringlich ermahnt, seinen Psychologischen Apparat nicht zu einem Institut auszubauen, er dür-

Nahezu ein halbes Jahr lang dauerte es allerdings, bis das Kultministerium das Philosophische Extraordinariat Oesterreichs in den Lehrstuhl für Rassenkunde<sup>1524</sup> umwandelte und ihn dem Anthropologen Wilhelm Gieseler (1900 – 1976) übertrug. Überlegungen, diesen Lehrstuhl zu installieren, deutete Mergenthaler bereits im Mai 1933 an, konkreter wurden sie dann wohl im Juni. Denn der Geograf Carl Uhlig teilte Rektor Dietrich mit, Theodor Haering habe dem Völkerkundler Augustin Krämer von Absichten der Universität erzählt, neue Lehrstühle für Anthropologie und Rassenkunde, für Ur- und Vorgeschichte sowie für Volkskunde zu schaffen.<sup>1525</sup> Gieseler, der unmittelbar nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten in die Partei eingetreten ist, erhielt das Extraordinariat im Mai 1934.<sup>1526</sup> Der Lehrstuhl wurde bei der Medizinischen Fakultät angesiedelt, das Philosophische Seminar hatte sich gegen die Übergriffe der nationalsozialistischen Instanzen nicht behaupten können und verlor gleich zu Beginn der NS-Zeit an Gewicht. Und dies, obwohl Haering und insbesondere Wundt die Weimarer Republik abgelehnt und bekämpft hatten.

Noch im September 1933 schrieb Oesterreich an seinen Philosophenfreund Hans Driesch in Leipzig.<sup>1527</sup> Oesterreich hatte bereits aus der Zeitung vom Rückzug Drieschs erfahren. „Auch wir sind vom Schicksal schwer betroffen“<sup>1528</sup>, schrieb er ihm. Die Fakultät habe ihn „jetzt gerade“ zum Ordinarius machen wollen.<sup>1529</sup> Nach seiner Entlassung würde er sich ohne Lehrtätigkeit „wohl recht unbefriedigt fühlen.“ Er

---

fe nur Demonstrationsmittel für Anfängerübungen enthalten. Kroh war auch einer derjenigen acht Dozenten, die sich im Juni 1929 in einem „Sonderbericht“ für Max Wundt als Ordinarius ausgesprochen hatten.

<sup>1524</sup> Den Lehrstuhl des Hamburgers Ernst Cassirer wandelten die Nationalsozialisten in ein Ordinariat der Rassenbiologie um, aus der Professur von Karl Jaspers in Heidelberg wurde ein Lehrstuhl für Wehrpolitik und Wehrwirtschaft. Vgl. Sieg 2013, 201.

<sup>1525</sup> Schreiben Carl Uhlig an den Rektor Albert Dietrich vom 6. Juli 1933, in: UAT 131/115, II; zuvor bat der Völkerkundler Augustin Krämer den Rektor am 24. Juni 1933 um Aufklärung über die Zukunft seines Völkerkunde-Lehrstuhls, da ihm Haering (im Juni) erzählt habe, die Völkerkunde werde als Nebenfach der Anthropologie angehängt. Uhlig frag bei Haering nach, der seine eigene Version des Gesprächs wiedergab. Vgl. UAT 131/115/II.

<sup>1526</sup> Adam 1977a, 38; 125.

<sup>1527</sup> Driesch wurde nahezu zeitgleich, zum 1. Oktober 1933 in den Ruhestand versetzt. Er erhielt im September 1935 Redeverbot, am 16. April 1941 starb er in Leipzig. Vgl. Leaman 1993, 36.

<sup>1528</sup> Brief Oesterreich an Driesch vom 30. September 1933, in: Universitätsbibliothek Leipzig, Nachlass 250 (Driesch): Oesterreich.

<sup>1529</sup> Ein Talar für „Koll. Oesterreich“ wurde am 22. August 1933 von E. Walz geliefert, heißt es in der Inventarliste der Philosophischen Fakultät unter dem Eintrag mit der Nummer 10. Die Nummer 12 vermerkt den Eingang eines Bildes von Adolf Hitler (ohne genaues Datum, dürfte jedoch frühestens am 22. August erfolgt sein, da die Inventarliste chronologisch geführt wurde), unter der Nummer 13 ist der Talar für Gustav Bebermeyer angeführt, den er am 2. Oktober 1934 erhalten hat. Nach seiner Tätigkeit als Kommissar leitete Bebermeyer das Institut für Volkskunde (das spätere Ludwig-Uhland-Institut). Zum Inventar der Philosophischen Fakultät: UAT 131/841.

fühle sich zu jung (gerade mal erst 53 Jahre alt), um sich zur Ruhe zu setzen. Da sein Ruhegehalt „sehr klein“ sei, seine Frau „nicht-arisch ist“, auch die Tochter „als jüdisch“ gelte und vor „äußerst erschwerten Lebensverhältnissen in Deutschland“ stehe<sup>1530</sup>, sei die Familie geradezu gezwungen, nach „einer neuen Lebenssphäre zu suchen“. Oesterreich bat Driesch, ihn „nach auswärts zu empfehlen“, am liebsten dorthin, wo er in deutscher Sprache lesen könnte, doch er würde auch in englischer oder französischer Sprache lehren. Holland oder die Schweiz würde er vorziehen. Über eine Empfehlung Drieschs ist nichts bekannt, auch weitere Versuche Oesterreichs, ins Ausland zu emigrieren, können nicht belegt werden.

Die Familie lebte während der NS-Zeit völlig zurückgezogen, der Philosoph wechselte nur wenige Briefe mit Driesch und Rothacker, von anderen einstigen Kollegen wie Aloys Müller oder Nicolai Hartmann erhielt er Aufsätze zugeschickt.<sup>1531</sup> Bereits in der Weimarer Republik ein Einzelgänger und wenig gesellig, wurde Oesterreich in der NS-Zeit nicht nur von der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt, sondern auch von der wissenschaftlichen Gemeinschaft. 1936 wurde er von der Deutschen Gesellschaft für Psychologie nicht mehr als Mitglied geführt. Während der NS-Zeit veröffentlichte er nur wenige Aufsätze, darunter einen Nachruf auf den 1941 verstorbenen Hans Driesch.<sup>1532</sup> In Tübingen hatte Oesterreich hin und wieder (telefonischen) Kontakt zum Ehepaar Kamke.<sup>1533</sup> Am 22. März 1939 stempelten die Behörden Maria Oesterreich das „J“ in die Kennkarte, am 1. September 1941 kennzeichneten sie die Tochter Cäcilie mit dem „Judenstern“. Ihre Verlobung mit einem „Arier“ musste Cäcilie aufgrund eines Parteiverfahrens auflösen.<sup>1534</sup> Gegen Ende des Krieges beschlagnahmten die Nationalsozialisten einen Teil der rund 60 laufenden Meter umfassenden Bibliothek, und am 10. September 1943 forderte der Tübinger Oberbürgermeister Ernst Weinmann (1907 – 1947) die Oesterreichs per

---

<sup>1530</sup> Seit Ostern habe die Tochter das Studium eingestellt, derzeit besuche sie eine Kochschule in Stuttgart. „Unter anderen Umständen“, so Oesterreich, „hätte sie sich jetzt verlobt.“

<sup>1531</sup> Von Nicolai Hartmann etwa den Aufsatz „Deutsche systematische Philosophie nach ihren Gestaltern“ (1934) oder „Das Problem des Apriorismus in der platonischen Philosophie“ (1935). Vgl. UAT 399/37 (Nachlass Oesterreich).

<sup>1532</sup> In Velhagen und Klasings Monatshefte brachte Oesterreich 1937/38 im ersten Band des 52. Jahrgangs „Das delphische Orakel“ unter, 1939 veröffentlichte er den Aufsatz „Von der Einfühlung in den Geisteswissenschaften und ihren Grenzen“ in einer Festschrift für Prof. Boreas. Vgl. Maria Oesterreich 1954, XIVff.

<sup>1533</sup> Der Mathematiker Erich Kamke (1890 – 1961) war mit einer zum Protestantismus konvertierten Jüdin verheiratet. Die Nationalsozialisten entließen Kamke 1937. Nach einem Tagebucheintrag vom 16. Juni 1938 hatte Oesterreich wegen der Vermögensanmeldung mit Kamke telefoniert. Auch unter dem 4. November 1938 notierte Oesterreich: „Frau Kamke“.

<sup>1534</sup> Cäcilie Oesterreich in ihrem Antrag auf Wiedergutmachung vom 26. April 1949, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

Schreiben auf, ein Zimmer und Bett „zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben“ zur Verfügung zu stellen<sup>1535</sup>.

„Öfter“ sei Oesterreich zu Verhören aufs Polizeirevier bestellt<sup>1536</sup>, die gesamte Familie sei beinahe aus Tübingen abtransportiert worden. Nach einem Befehl des Reichsführers SS Heinrich Himmler sollten im Oktober 1944 auch in Tübingen „besondere Maßnahmen“ für die noch in Deutschland wohnenden Juden und „jüdisch Versippten“ erfolgen, schrieb der Tübinger Polizeirat Friedrich Bücheler nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>1537</sup> So sollten Männer zum Arbeitseinsatz an die Front, die Frauen zum geschlossenen Einsatz in die Rüstungsbetriebe. In Tübingen seien 36 Personen von diesem Befehl betroffen gewesen, so Bücheler, darunter auch die gesamte Familie Oesterreich. Als Vorstand des Staatlichen Polizeiamts Tübingen habe Bücheler „diese Maßnahme“ aber „scharf verurteilt[e]“, er habe „Gegenmaßnahmen bewirkt“. So seien vom Transport „nur drei im jugendlichen Alter befindliche Personen betroffen“ gewesen. „Mit Sicherheit“, schließt Bücheler, wären auch alle anderen 33 Personen abtransportiert worden, hätten sie sich zu diesem Zeitpunkt an einem anderen Ort aufgehalten.<sup>1538</sup> Maria Oesterreich bestätigte die Angaben: Während eines Telefonanrufs am „späten Abend“ des 10. Oktober 1944 sei die Familie aufgefordert worden, sich am nächsten Morgen bei der Polizei zu melden. Es „drohte uns Verschleppung und Tötung“, so Maria Oesterreich. Doch Bücheler sei bestrebt gewesen, „wenigstens für mich und meinen Mann die Maßregel zu sabotieren.“<sup>1539</sup> Gegen Ende des Krieges sei am Haus der Oesterreichs das rote Werwolfzeichen angebracht worden<sup>1540</sup>, die Familie aber überlebte die NS-Zeit.

---

<sup>1535</sup> Vgl. UAT 399/44 (Nachlass Oesterreich). Ernst Weinmann wurde 1939 Tübinger Oberbürgermeister, nachdem Adolf Scheef aus Altersgründen zurückgetreten war. Weinmann wurde 1947 in Belgrad wegen Kriegsverbrechen hingerichtet.

<sup>1536</sup> Fechner-Mahn 2002, 35.

<sup>1537</sup> Schreiben Polizeirat Friedrich Bücheler vom 10. August 1945, in: UAT 399/44 (Nachlass Oesterreich).

<sup>1538</sup> Die Darstellung Büchelers scheint zuzutreffen. Der Ministerialamtmann a. D. Arthur Fabian bestätigte Büchelers Erklärung bereits drei Wochen früher, und zwar am 16. Juli 1945. Durch sein menschliches Verhalten und durch die Einschaltung des Gesundheitsamtes habe Bücheler etwa 30 Personen vor dem schlimmen Schicksal der Zwangsarbeit bewahrt, schreibt er. Nur ein jüngerer Mann sei ins Lager Mansfeld deportiert worden. Vgl. Erklärung Arthur Fabian vom 16. Juli 1945, in: Stadtarchiv Tübingen, N 13/2 (Nachlass Friedrich Bücheler). Auch Benigna Schönhagen listet einige Situationen auf, in denen Bücheler die nationalsozialistischen Behörden auf die Transportunfähigkeit von alten und kranken Tübinger Juden hinwies und von einer Deportation abriet. Vgl. Schönhagen 1991, 344f.

<sup>1539</sup> Notiz von Maria Oesterreich nach dem Zweiten Weltkrieg, ohne Datum, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>1540</sup> Fechner-Mahn 2002, 35; Notiz von Maria Oesterreich nach dem Zweiten Weltkrieg, ohne Datum, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich). Die Werwolf-Kommandos der Nationalsozialisten richteten sich mit Sabotage, Attentaten und Anschlägen gegen die Alliierten und angebliche Kollaborateure.



## B. Wilhelm Nestle zieht sich zurück

Das Philosophische Seminar musste aber einen weiteren personellen Verlust hinnehmen. Wilhelm Nestle<sup>1541</sup> leitete bald nach seiner Ernennung zum Honorarprofessor seinen Rückzug ein. Noch im Juli 1932 hatte es sich der einstige Rektor am Stuttgarter Karls gymnasium und jetzige Ruheständler „zur hohen Ehre“ angerechnet, dem Lehrkörper der Universität anzugehören.<sup>1542</sup> Den Vorlesungsverzeichnissen zufolge hat Nestle jedoch nur im Sommersemester 1933 gelesen.<sup>1543</sup> Nachdem ihm die Fahrtkosten von Stuttgart nach Tübingen im November 1932 bewilligt worden waren<sup>1544</sup>, stellte er im Juni 1933 einen Antrag auf Gewährung von Fahrtkosten für das Wintersemester 1933/34, wies jedoch darauf hin, es sei fraglich, ob er die Vorlesungen halten könne, da die Zeitungen meldeten, die Hochschullehrer sollten mit Vollendung des 68. Lebensjahres ausscheiden<sup>1545</sup> (Nestle hatte am 16. April 1933 seinen 68. Geburtstag gefeiert). Rektor Dietrich beeilte sich, beim Kultministerium nachzufragen, ob Nestle die „geringen Reisekosten“ ersetzt bekomme, die Philosophische Fakultät würde es begrü-

---

<sup>1541</sup> Wilhelm Albrecht Nestle (1865 – 1959) studierte Klassische Philologie, Philosophie, Geschichte und Deutsche Literatur in Tübingen (1883 – 1887) und Berlin (1887 – 1888), wurde in Tübingen 1889 promoviert, war von 1903 bis 1909 Professor am Evangelisch-Theologischen Seminar in Schöntal, wechselte dann zum Stuttgarter Karls gymnasium, 1913 zum Heilbronner Karls gymnasium und 1919 wieder zum Stuttgarter Karls gymnasium, wo er bis 1932 Rektor war. Auch Nestle war, wie Adickes, Groos, Haering, Oesterreich, Ritter und Spitta nicht im Ersten Weltkrieg, er war „militärfrei“. An der Tübinger Universität war er von 1910 bis 1935 Mitglied der Prüfungskommission für die erste und zweite Dienstprüfung für das Höhere Lehramt. 1932 in den Ruhestand versetzt, wurde Nestle auf Antrag der Philosophischen Fakultät am 16. Juli 1932 zum Honorarprofessor für „griechische Philosophie und Weltanschauung“ ernannt. Die Regierung Eugen Bolz ernannte Nestle am 19. Juli 1932 zum Honorarprofessor, ohne Vergütung, ohne weitere Kosten. Vgl. Schreiben Kultministerium an Akademisches Rektoramt vom 19. Juli 1932, in: UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Nestle). Den Antrag stellte zuvor Theodor Haering als Dekan der Philosophischen Fakultät. Zur Begründung hieß es, man wolle den noch „in voller Rüstigkeit stehenden, im ganzen Land hochangesehenen Pädagogen und allgemein anerkannten Gelehrten für die Arbeit der Universität“ gewinnen, so Haering im Antrag vom 15. Juni 1932 an das Akademische Rektoramt. Vgl. UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Nestle). Fünf Jahre später erschien Nestles auch im Ausland stark beachtetes Buch „Vom Mythos zum Logos“, 1943 seine „Griechische Geistesgeschichte“. In beiden Werken verfolgte Nestle den Weg vom mythischen zum rationalen Denken im griechischen Altertum und entdeckte darin eine erste Aufklärung. Das Ergebnis seiner politischen Prüfung vom 4. März 1947 lautete: „Nicht betroffen“; UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Nestle).

<sup>1542</sup> Schreiben Wilhelm Nestle an den Rektor vom 27. Juli 1932, in: UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Nestle).

<sup>1543</sup> Vorlesungen im Wintersemester 1932/33 sind nicht angegeben. Nestle las erst im Sommersemester 1933 die „Geschichte der griechischen Aufklärung II. Von den Kratikern bis Lukian“, im Wintersemester 1933/34 wird er nicht erwähnt.

<sup>1544</sup> Für 15 Autofahrten zu je vier Reichsmark erhielt Nestle 60 Reichsmark (Schreiben Philosophische Fakultät, Dekan Theodor Haering an Akademisches Rektoramt vom 18. November 1932, in: UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Nestle).

<sup>1545</sup> Im Juni 1933 wurde die Altersgrenze von 70 auf 68 Jahre gesenkt. Vgl. Besenfelder 2002, 85. Im Gesetz vom 21. Januar 1935 setzten die Nationalsozialisten das Emeritierungsalter von 68 auf 65 Jahre herab. Siehe Kleinberger 1980, 12.

ßen, wenn er seine Lehrtätigkeit fortsetzen könne.<sup>1546</sup> Das Kultministerium sagte die Übernahme der Fahrtkosten „bis auf weiteres“<sup>1547</sup> zu. Doch einen Tag zuvor, am 2. Juli 1933, wies Nestle in einem Brief an die Philosophische Fakultät auf „die gegenwärtigen Verjüngungstendenzen“ in der Universität hin und frug, ob er aufgrund seines Alters „das moralische Recht hat“, seine Lehrtätigkeit fortzusetzen. Zudem gehe die „Stimmung der akademischen Jugend“ dahin, dass „die alten Professoren verschwinden sollen.“ Ihm sei eine Befreiung zu jeder weiteren Verpflichtung „nur willkommen.“<sup>1548</sup> Nestle beendete seine Lehrtätigkeit dann per Brief offiziell „mit dem Frühjahr 1935“<sup>1549</sup>.

Der Rektor des Stuttgarter Karlsgymnasiums war geprägt vom altgriechischen Humanitätsideal. Es sei „in erster Linie ein unentbehrliches und wirksames Gegenmittel gegen die fortschreitende Materialisierung des Lebens“<sup>1550</sup>, sagte er in seiner Festrede zur 50-jährigen Feier des Karlsgymnasiums in Stuttgart am 22. Mai 1931. Die Humanitätsidee vermöge die Spaltung zu mildern und zu überbrücken, die durch die Zerrissenheit des Volkes in Stände, Parteien und Konfessionen entstanden sei und zeige den Weg zur Einheit des Volkes. Zwar sei das Dogma von der Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen unwahr, doch in der Humanitätsidee liege das Gefühl der Verbundenheit von Mensch zu Mensch, sie übersehe nicht das Gemeinsame. Ihr liege die Vorstellung des Menschen als vernunftbegabtem Wesen zur Erkenntnis sowie zu sittlich richtigem und gutem Handeln zugrunde, sie anerkenne die Autonomie und Autarkie der geistig-sittlichen Veranlagung des Menschen. Nestle warb am Ende der Republik für ein menschlicheres Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Produzenten und Konsumenten, Regierenden und Regierten, sah gar im Humanitätsideal die Lösung der Antinomie von Individualismus und Sozialismus. Es stehe über den Konfessionen und Nationen, habe einen sozialen, weltumspannenden Zug, sei mit Vaterlandsliebe und Weltbürgertum vereinbar. Der Altphilologe forderte ein Zurück zur Humanitätsidee des 18. und 19. Jahrhunderts.

Von seinem Humanitätsideal rückte Nestle dann vier Jahre später ein wenig ab. Wegen „der aktuellen Bedeutung, die heutzutage der Judenfrage zukommt“, untersuchte der Altphilologe die religiöse, rechtliche, soziale und wirtschaftliche Stellung der Juden in der griechisch-

---

<sup>1546</sup> Schreiben Akademisches Rektoramt an Kultministerim vom 28. Juni 1933, in: UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Nestle).

<sup>1547</sup> Schreiben Kultministerium an Akademisches Rektoramt vom 3. Juli 1933, in: UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Nestle).

<sup>1548</sup> Brief Wilhelm Nestle an Philosophische Fakultät vom 2. Juli 1933, in: UAT 131/115, II.

<sup>1549</sup> Schreiben Wilhelm Nestle an den Dekan der Philosophischen Fakultät vom 8. Dezember 1934, in: UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Nestle).

<sup>1550</sup> Nestle 1931, 10.

römischen Welt. Nestle beschrieb er zunächst die wechselseitige Beeinflussung von Juden und Griechen, die Juden setzten sich insbesondere aber aus religiösen Gründen von Griechen und Römern in ihrer Lebensweise ab (Beschneidung, Sabbat, Schweinefleisch, bilderloser Kult). Nach Phasen gegenseitiger Duldung und Anerkennung fand Nestle in der Antike ebenso Aufstände der Juden in der Diaspora wie auch grundsätzliche Antipathie gegen die Juden bis hin zu Judenverfolgungen und zum „antiken Antisemitismus“<sup>1551</sup>, den er etwa bei Tacitus auf „ziemlich äußerliche[r] Beobachtung“ zurückführte, die ihren Grund „wohl mehr in einer instinktiven Abneigung gegen die andersartige Rasse als in wirklicher Kenntnis insbesondere der jüdischen Literatur“<sup>1552</sup> hatte. Nestle ist grundsätzlich bemüht, die bereits in der Antike aufgekommenen antisemitischen Vorurteile als haltlos aufzuweisen, wie etwa den von den Juden angeblich praktizierten Ritualmord. „Ausgeburten einer boshaften Phantasie“<sup>1553</sup> nennt er solche Unterstellungen, viel ernster aber seien die Vorwürfe „einer menschenfeindlichen Denkweise“ oder die „notorische Exklusivität“. Der Vorschlag des Kriegsrats an den König Antiochos III. im Jahr 135 v. Chr., „das Volk der Juden mit Stumpf und Stiel auszurotten“, sei grausam, so Nestle.

Die Gegenwartsbezüge sind unverkennbar, Nestle opponiert entschieden gegen eine gewaltsame Lösung der „Judenfrage“, zitiert sogar den Antisemiten Houston Stewart Chamberlain, der „die jüdische Mitwirkung bei der Erschaffung des christlichen Religionsgebäudes“<sup>1554</sup> würdigt. Doch „die schrankenlose Emanzipation des Judentums“ sei „auch nicht die richtige Lösung“<sup>1555</sup> gewesen, so der Altphilologe weiter. Die „Andersartigkeit“ der unterschiedlichen Rasse empfinde man „lebhaft“. Wie in der antiken Welt sei der „internationale Zusammenhalt der Juden“ noch ganz derselbe, in der Gegenwart befassten sich die Juden aber noch mehr mit „Handels- und Geldgeschäften“, die „anstößige Exklusivität“ in der Antike sei hingegen beim liberalen Judentum „einem starken Drang nach äußerer Assimilation“ gewichen. Ihr Streben nach „Macht und Einfluss auf die nichtjüdische Umgebung“ dauere „ungeschwächt fort“ und habe durch die Emanzipation „neue Nahrung“ erhalten. Nestle rechtfertigt die bis 1935 angeordneten antijüdischen Maßnahmen und Gesetze der Nationalsozialisten, billigt ihren Ausschluss aus der Gesellschaft: „Es war daher dringend notwendig, dass der Missbrauch, den die Judenschaft mit ihrer Gleichstellung trieb, in die Schranken gewiesen wurde.“ In „der tiefsinnigen Dichtung

---

<sup>1551</sup> Nestle 1935, 179.

<sup>1552</sup> Nestle 1935, 180.

<sup>1553</sup> Nestle 1935, 181.

<sup>1554</sup> Nestle 1935, 190.

<sup>1555</sup> Vgl. im Folgenden Nestle 1935, 191.

vom ‚ewigen Juden‘<sup>1556</sup> erkannte Nestle das Symbol eines Volkes, das heimat- und ruhelos durch die Welt ziehen müsse und trotz allen Reichtums unglücklich sei, weil es von den Völkern als Fremdkörper empfunden werde. Scheint Nestle in seinem Aufsatz über die Juden in der Antike Zugeständnisse zu machen, lehnt er doch die in der NS-Zeit gängige Übertragung historisch gewordener Ansichten auf die Gegenwart ab. In einer Sammelbesprechung kritisiert er Heinrich Weinstock, der sich in seinem Werk über Thukydides „ganz in den Gedankengängen des ‚Dritten Reiches‘“ bewegt, weil er Erziehung und Bildung als „politische Angelegenheit“ interpretiere.<sup>1557</sup> Und am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zeigte sich Nestle als Pazifist, der den Gedanken des Völkerfriedens nicht als Utopie abtun will.<sup>1558</sup>

### C. Friedrich Kreis: Aus politischen Gründen abgelehnt

Knapp drei Wochen nach Haerings erster Eingabe vom 29. September 1933 baten Haering und Wundt gemeinsam „um tunlichst baldige Wiederherstellung des Extraordinariats“<sup>1559</sup>. Denn die Verpflichtungen der beiden Ordinarien seien gestiegen, außerdem gingen die Verpflichtungen über die üblichen Aufgaben eines Privatdozenten, der nach dem Willen des Kultministeriums die außerordentliche Professur Oesterreichs ersetzen sollte, weit hinaus. Zu bedenken sei ebenfalls, dass der Inhaber gegenüber anderen Kollegen an anderen Universitäten nicht ungerechtfertigt zurückgestellt werden solle. Dekan Ernst Sittig schloss sich als Vertreter der Fakultät an. Einen Verzicht halte die Fakultät nur „wegen der überragenden staatspolitischen Bedeutung der Rassenkunde“<sup>1560</sup> für kurze Zeit tragbar. Der Selbstbehauptungswille des Philosophischen Seminars war also Mitte November 1933 noch ungebrochen, die Unterstützung durch die Fakultät war jedoch nur marginal. Denn der Slavist und Sprachwissenschaftler Sittig anerkannte

---

<sup>1556</sup> Nestle 1935, 192.

<sup>1557</sup> Nestle 1936, 63. Wilhelm Nestle bespricht das Buch von Heinrich Weinstock: „Polis. Der griechische Beitrag zu einer deutschen Bildung heute – an Thukydides erläutert“ von 1934 und erwähnt Nietzsche, der Thukydides als „seine Kur vom Platonismus“ bezeichnet und erkannt habe, dass es sich bei dem Historiker und bei dem Philosophen um zwei entgegengesetzte geistige Welten handele. Der „geistvolle Verfasser der gegenwärtig üblichen Verschleierung“ (also Weinstock) zolle dieser Tatsache „leider“ auch seinen Tribut, wenn er Platon als Erneuerer der Polis feiere.

<sup>1558</sup> Nestle untersucht in seinem Aufsatz den Friedensgedanken in Philosophie, Literatur und Politik in griechischen und römischen Publikationen und kommt zum Ergebnis, dass die christlichen Völker einen neuen Typus des Krieges entwickelt haben – den Religionskrieg. Siehe Nestle 1938.

<sup>1559</sup> Schreiben Theodor Haering und Max Wundt an den Dekan, zur Weiterleitung an das Akademische Rektorat und den Kultminister, mit der Bitte um Kenntnisnahme vom 15. November 1933, in: UAT 126/248 (Personalakte August Faust).

<sup>1560</sup> Dekan Ernst Sittig in einer Notiz zum Schreiben von Haering und Wundt. Er leitete das Schreiben am 22. November 1933 weiter.

te die Entscheidung des Kultministeriums vorbehaltlos, erklärte sich gar mit dem Verzicht des Extraordinariats einverstanden, wenn auch nur „für kurze Zeit“. Eine große Hilfe war die Fakultät für das Philosophische Seminar mit diesem Zusatz nicht. Ebenfalls lediglich befürwortend leitete Sittig auch die folgende Eingabe von Haering an das Akademische Rektorat weiter, „die Wiederbesetzung in tunlichster Bälde in Aussicht nehmen zu wollen.“<sup>1561</sup>

Aus einer raschen Wiederbesetzung wurde nichts. Haering und Wundt mussten sich noch länger gedulden. Nach Oesterreich wurden zwei weitere Philosophen Opfer der nationalsozialistischen Personalpolitik: Friedrich Kreis<sup>1562</sup> und Wilhelm Weisedel<sup>1563</sup>. Beiden wurde aus politischen Gründen die *Venia legendi* verweigert.

Friedrich Kreis sollte die Nachfolge Oesterreichs antreten. Er war vom Südwestdeutschen Neukantianismus beeinflusst, war Schüler von Wilhelm Windelband und Heinrich Rickert<sup>1564</sup>, philosophierte in den Bah-

---

<sup>1561</sup> Schreiben Theodor Haering an den Dekan der Philosophischen Fakultät vom 29. November 1933, in: UAT 126/148 (Personalakte August Faust).

<sup>1562</sup> Den Hinweis auf Friedrich Kreis verdanke ich Johannes Michael Wischnath, dem Leiter des Tübinger Universitätsarchivs. Friedrich Kreis wurde am 19. Februar 1893 als Sohn des Hauptlehrers Friedrich Wilhelm Kreis in Mannheim geboren. Im Herbst 1911 begann er mit dem Studium (Philosophie, Neuere Deutsche Literaturgeschichte, Germanische Philologie und Sanskrit) in Heidelberg und geriet unter den Einfluss des Philosophen Wilhelm Windelband und der südwestdeutschen Schule. Daneben besuchte Kreis auch historische, theologische und kunstgeschichtliche Vorlesungen. Vom Sommersemester 1914 an studierte er auf Empfehlung Windelbands in Freiburg bei Heinrich Rickert. 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger und wurde in der Somme-Schlacht schwer verwundet („Kopfschuss“). Nach dem Ersten Weltkrieg studierte er wieder in Heidelberg, wo inzwischen Rickert lehrte. Er promovierte Kreis mit der Arbeit „Die Autonomie des Ästhetischen in der neueren Philosophie“ im Jahre 1922. Anschließend beschäftigte Kreis sich mit Logik, Sprachphilosophie, Ästhetik sowie mit dem Bildungsbegriff von Wilhelm von Humboldt. Vgl. UAT 167/460 (Lebenslauf, Personalakte Friedrich Kreis).

<sup>1563</sup> Wilhelm Weisedel wurde am 11. April 1905 in Frankfurt a. M. geboren. Der Vater Wilhelm Gotthilf Weisedel war Prediger der Evangelischen Gemeinschaft (der heutigen Evangelisch-Methodistischen Kirche) und 20 Jahre lang Direktor des Diakonissenwerkes Bethesda mit Sitz in Wuppertal-Elberfeld. Von 1912 bis 1919 lebte die Familie in Reutlingen, wo Wilhelm Weisedel das Gymnasium besuchte. Zunächst studierte er Theologie in Marburg, Leipzig und Berlin, machte 1929 sein 1. Theologisches Examen und wechselte dann zur Philosophie über. In Freiburg wurde Weisedel von Martin Heidegger 1933 „[ü]ber das Wesen der Verantwortung“ promoviert, kurz zuvor kam er nach Tübingen. In den 1920er Jahren bis zur Auflösung 1934 war Weisedel Mitglied in der der Wandervogel-Bewegung nahestehenden „Akademischen Vereinigung Marburg“. Zwischen 1927 und 1930 hielt er Vorträge über Probleme der Demokratie und des Sozialismus im demokratischen Leipziger Leuchtenburgkreis, und von 1930 bis 1932 sprach er in Freiburg innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Roten Studentengruppe und vor Historikern über Politik und Geschichtsphilosophie. Nach 1933 hielt Weisedel keine Vorträge mehr. Vgl. UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weisedel).

<sup>1564</sup> Etwas despektierlich tut Hermann Glockner den Rickert-Schüler Friedrich Kreis in seinen Erinnerungen ab. So habe Rickert „mit wichtiger Miene“ erklärt, dass Kreis einer seiner ältesten und tüchtigsten Schüler sei. Die Verwundung von Kreis im Ersten Weltkrieg sei „nur geringfügig gewesen“ (Glockner, 1969, 77). Glockner war – wie auch Kreis – zur selben Zeit Rickert-Schüler, wie auch sein Philosophenfreund

nen von Emil Lask<sup>1565</sup> und suchte sich in seinen Aufsätzen eine eigenständige kritizistische Position zu erarbeiten. In Heidelberg gründete er zusammen mit Karl Bosch die Ortsgruppe der Kant-Gesellschaft.<sup>1566</sup> Kreis setzte sich 1930 in einer Schrift mit der Phänomenologie und dem Kritizismus auseinander, den „beiden großen Strömungen gegenwärtiger Philosophie“<sup>1567</sup>, schlug sich dabei auf die Seite von Rickert, denn der Phänomenologie könne er den Charakter einer „strengen Wissenschaft“ nicht zuerkennen.<sup>1568</sup> Es fehle ihr das wissenschaftliche Prinzip. Der Intuitionismus Husserls habe die Phänomenologie um ihren Erfolg gebracht. Rickert hingegen habe das Recht und die Grenzen des Intuitionismus aufgezeigt.<sup>1569</sup> Eine Rückkehr zum deutschen Idealismus schloss Kreis kategorisch aus, denn die Forderung nach methodologischer Strenge in der Philosophie habe die Unzulänglichkeit der Methode im idealistischen Denken offenbart. Ausschließlich eine Philosophie, die die Welt als pluralistische Mannigfaltigkeit und Besonderheit begreift, könne Erkenntnis bringen, diese Philosophie müsse die kritizistische Methode zur Grundlage ihres Verfahrens machen.<sup>1570</sup> Unverkennbar sind auch die Sympathien für Ernst Cassirer. Rickert und Cassirer seien gegenwärtig wohl die einzigen Denker mit einem ausgesprochenen Willen zum System, verbunden mit einer kritischen Zurückhaltung und Besonnenheit.<sup>1571</sup> In der sprachphilosophischen Literatur gebühre Cassirer der erste Platz, er verfüge über eine bewundernswerte Kenntnis des linguistischen Materials und ordne die Sprache in ein System der symbolischen Formen ein.

Kreis kann den Vertretern einer analytischen Sprachphilosophie zugeordnet werden, er fasste Sprache als historisch gewordenes, sinnvolles

---

August Faust. Politisch standen sich Glockner und Faust nahe, beide sympathisierten mit dem Nationalsozialismus. Glockner wurde in einem Dossier des Sicherheitsdienstes als „politisch einwandfrei“ eingeschätzt. Er habe reiches historisches Wissen, sei wissenschaftlich durchaus anerkannt. Glockner sei von den Grundsätzen des Nationalsozialismus bestimmt. Vgl. Dossier des Sicherheitsdienstes der SS zu den Philosophen an deutschen Hochschulen, in: BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 39.

Faust kam 1935 nach Tübingen.

<sup>1565</sup> Emil Lask (1875 – 1915) war der Sohn jüdischer Eltern, der Vater war Papierfabrikant. Mit der Arbeit „Fichtes Idealismus und die Geschichte“ wurde Lask 1901 promoviert, mit der „Rechtsphilosophie“ habilitierte er sich 1905 bei Wilhelm Windelband in Heidelberg. Lask beeinflusste den Rechtsphilosophen Gustav Radbruch, er arbeitete jedoch insbesondere zur Wertphilosophie, zum Geltungsproblem und zur Logik der Philosophie. 1913 wurde er zum etatmäßigen außerordentlichen Professor für Philosophie in Heidelberg berufen, Karl Jaspers, Georg (von) Lukacs und Helmut Plessner gehörten zu seinen Hörern. Nach Beginn des Ersten Weltkrieges meldete sich Lask freiwillig und starb 1915 an der Ostfront. Vgl. Holzhey/Röd 2004, 107f.

<sup>1566</sup> Glockner 1969, 117.

<sup>1567</sup> Kreis 1930, 3. Den Neu-Idealismus beachtete Kreis also gar nicht.

<sup>1568</sup> Kreis 1930, 67.

<sup>1569</sup> Kreis 1930, 38.

<sup>1570</sup> Kreis 1930, 2f.

<sup>1571</sup> Vgl. Kreis 1927a, 286.

Ausdruckssystem von Zeichen und Symbolen.<sup>1572</sup> In der Ästhetik baute er auf Kant auf, schloss sich der Rickert'schen Unterscheidung von Sein und Gelten an und wollte in einer Theorie des Ästhetischen den atheoretischen Wert verankern.<sup>1573</sup> In der Bildung sah er das letzte Ziel in der autonomen Persönlichkeit, sie sei die zeitlos gültige Norm.<sup>1574</sup>

Philosophisch und politisch musste sich Kreis an der Universität Tübingen wie ein Fremdkörper vorkommen. Der Neukantianer sah sich den Neuidealisten Haering und Wundt gegenüber, ihm standen konservative, deutsch-nationale und zunehmend nationalsozialistische Dozentenkollegen entgegen. Kreis war im Herbst 1932 wegen des Indologen und Religionswissenschaftlers Jakob Wilhelm Hauer nach Tübingen gekommen und fand bei dessen Sanskrit-Studien „reiche Förderung“<sup>1575</sup>. Die Habilitationsleistungen erbrachte Kreis am 15. Februar 1934, am 1. März 1934 beantragte die Philosophische Fakultät die Lehrberechtigung für Philosophie. Kreis sollte „die Lücke“ ausfüllen, die durch „den Abgang“ von Oesterreich entstanden war.<sup>1576</sup> Doch nach dem 1. März 1934 gibt es in den Protokollen des Kleinen Senats keine Bemerkungen mehr zu Kreis, auch im Stuttgarter Staatsarchiv nicht. Erst nach mehr als eineinhalb Jahren finden sich im Dezember 1935 Hinweise in einem Brief des Erziehungswissenschaftlichen Seminars an den Rektor. Kultminister Mergenthaler sah sich demnach nicht „in der Lage“, Kreis die *venia legendi* zu erteilen“, wie Dekan Oswald Kroh formulierte.<sup>1577</sup> Das waren jedoch keine fachlichen, sondern „hauptsächlich“ politische Gründe, so Rektor Focke in einem Zusatz auf demselben Schreiben. Laut Focke muss Mergenthalers Entscheidung am 18. Juli 1934 gefallen sein.

Der habilitierte Philosoph bewarb sich am 30. November 1934 auf den Vorbereitungsdienst für die höhere Bibliothekslaufbahn beim Direktor der Universitätsbibliothek Georg Leyh (1877 – 1968).<sup>1578</sup> Leyh wurde

---

<sup>1572</sup> Kreis 1927b, 401.

<sup>1573</sup> Vgl. Kreis 1925, 47f. ([http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/zaak19\\_1925/0049](http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/zaak19_1925/0049)).

<sup>1574</sup> Kreis 1928, 445.

<sup>1575</sup> Friedrich Kreis in seinem Lebenslauf, in: UAT 167/460 (Personalakte Friedrich Kreis).

<sup>1576</sup> Sitzung des Kleinen Senats am 1. März 1934, in: UAT 47a/2 (Protokolle Kleiner Senat). Der Kirchengeschichtler Hanns Rückert war Berichterstatter und hatte wegen des höheren Alters von Kreis zwar Bedenken, stellte sie aber zurück. Dekan Ernst Sittig sah in Kreis „keineswegs“ den abgeschlossenen Denker, er lebe „mit der Zeit“.

<sup>1577</sup> Schreiben Erziehungswissenschaftliches Institut (Oswald Kroh) an den Rektor (Friedrich Focke) vom 19. Dezember 1935, in: UAT 167/460 (Personalakte Friedrich Kreis).

<sup>1578</sup> Schreiben Friedrich Kreis an den Direktor der Tübinger Universitätsbibliothek vom 30. November 1934. Wie die Ablehnung im Detail zustande kam, ist nicht ersichtlich. Bebermeyer erfüllte seinen „Kommissarposten“ nur bis zum November 1933, die institutionelle Einrichtung des NSD-Dozentenbunds (mit Dozentenführer) als parteioffizielle Gliederung der NSDAP erfolgte erst im Juli 1935, auch die neue Reichshabilitationsordnung, wonach die Habilitationsanforderungen (fachliche Krite-

denn auch treibende Kraft<sup>1579</sup>, er unterstützte den verhinderten Philosophen nach Kräften, ermöglichte ihm die Bibliothekarsausbildung, stellte ihm angemessene Zeugnisse aus und katapultierte ihn sogar mit List und Geschick in den Beamtenstatus eines Bibliotheksassessors.<sup>1580</sup> Während Leyhs Antrag auf die Übernahme von Kreis als Bibliothekar lief, starb Kreis am 31. März 1942 nach langer Krankheit in der Medizinischen Klinik in Tübingen. Fünf Monate zuvor war Tochter Irene geboren.

---

rien) und die Lehrberechtigung (politische Kriterien) getrennt wurden, wurde erst am 13. Dezember 1934 bekannt gegeben. Vgl. Adam, 1977a, 67ff. Seit Mitte 1933 wachte Kultminister Mergenthaler über die politisch genehme Einstellung der Habilitanden. Vgl. Adam 1977b, 232.

<sup>1579</sup> Auch Dekan Oswald Kroh und der dem ganzen Unternehmen etwas skeptisch gegenüberstehende Rektor Friedrich Focke zogen dabei mit.

<sup>1580</sup> Das Kultministerium genehmigte mit Schreiben vom 7. Januar 1935 die Bibliothekarsausbildung, wies jedoch darauf hin, dass eine Übernahme im Anschluss an die Ausbildung an einer württembergischen staatlichen Bibliothek nicht möglich sei. Bereits vor dem Ende der von Friedrich Kreis auch aufgrund seines Alters (er war zu diesem Zeitpunkt 41 Jahre alt) verkürzten Ausbildungszeit (mit einem theoretischen Teil an der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin), wandte sich Leyh am 8. Januar 1936 an den Rektor, um dennoch eine Anschlussbeschäftigung für Kreis zu erreichen. Kreis habe von der Möglichkeit einer „grundsätzlichen Übernahme“ ausgehen müssen, so Leyh, ansonsten sei es eine Irreführung gewesen. Da Bibliotheksmitarbeiter Ernst Leipprand beurlaubt war, konnte dessen Gehalt auf Kreis verrechnet werden, das Kultministerium gab dazu sein Plazet. Nachdem Kreis am 26. September 1936 seine bibliothekarische Fachprüfung mit „gut“ bestanden hatte, wurde er mit dem 1. Oktober 1936 „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“. Doch nur fünf Monate später beantragte Leyh, Kreis als Bibliotheksassessor in das Beamtenverhältnis zu übernehmen. Das gelang schließlich im Januar 1940. Noch im September des gleichen Jahres forderte Leyh eine Bibliotheksstelle für Kreis. Bevor darüber eine Entscheidung getroffen wurde, starb Kreis. Auch Friedrich Kreis musste seine berufliche Wiedereingliederung jedoch mit zumindest äußerer politischer Anpassung bezahlen: Leyh lobte in seiner Begründung für die Beförderung nicht nur den philosophischen Kopf und die fachlichen Qualitäten, Kreis beteilige sich auch am Winterhilfswerk, sei Mitglied der NS-Volkswohlfahrt und des Reichsbundes der Deutschen Beamten. Leyh war überzeugt, „dass er sich rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzt“, bestärkt wurde er in seiner Auffassung durch eine „ausgezeichnete Rede“, die Kreis bei der „Fünfjahresfeier der Machtübernahme“ am 30. Januar 1938 vor den Beamten und Angestellten der Universitätsbibliothek gehalten habe. Dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung genügte das nicht, er wollte wissen, warum Kreis nur für kurze Zeit in der SA war. Kreis machte seine Kriegsverletzung geltend, fügte aber hinzu, er setze sich aktiv für die nationalsozialistische Bewegung als „Blockwarter der NSV“ in der Ortsgruppe Tübingen-Universität ein. Für die Einstellung als Assessor hat der Hinweis offensichtlich genügt. Als Leyh die Bibliotheksstelle beantragte, sollte sich Kreis noch einmal äußern. Im März 1941 gab er an, er sei stellvertretender Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Tübingen-Galgenberg im „Bund deutscher Osten“. Sollte das nicht ausreichen, sei er jederzeit bereit, innerhalb der Parteigliederungen eine andere Funktion zu übernehmen. Im August 1941 legte Kreis noch einmal nach: Er sei seit dem 15. August als Mitarbeiter in der Ortsgruppe Universität tätig und habe außerdem seine Anmeldung zwecks Aufnahme in die NSDAP beim Blockleiter abgegeben. Vgl. die Schreiben in UAT 167/460 (Personalakte Friedrich Kreis).



## D. Wilhelm Weischedel: Das Seminar verliert den Machtkampf

Zu Wilhelm Weischedel und dessen Frau Käthe unterhielt Theodor Haering gute Beziehungen, das Verhältnis zwischen Wilhelm Weischedel und Haering kühlte Anfang der 1940er Jahre jedoch deutlich ab.<sup>1581</sup> Weischedel wechselte Ende 1932 von Freiburg nach Tübingen. Über die politischen Verhältnisse in Tübingen und an der Tübinger Universität klagte er in einem Brief seiner späteren Frau Käthe

---

<sup>1581</sup> Insbesondere Käthe Weischedel und Theodor Haering pflegten ein freundschaftliches Verhältnis zueinander. Käthe Weischedel wohnte in den Kriegsjahren 1940/1941 mit den Kindern in Haerings Haus in der Neckarhalde 31. Haerings Verhältnis zu Käthe Weischedel mag ein Brief des Tübinger Philosophen an Wilhelm Weischedel von 1939 verdeutlichen, als die Zukunft Weischedels als Philosoph nahezu aussichtslos war und er den Unterhalt in einer Wirtschaftsberatung verdienen musste: „[...] Sie wissen, wie sehr ich Ihre durch die Kriegsumstände nun erneut wieder so sehr erschwerte Lage bedaure und wie gerne ich Ihnen helfen würde, vor allem auch wieder Sie Ihrer eigentlichen wissenschaftlichen Berufstätigkeit zuzuführen, wenn ich irgend könnte. Um so mehr möchte ich Ihnen auf Ihren Wunsch die Versicherung abgeben, dass ich, solange es mir irgendwie möglich ist, für das Wohlergehen Ihrer lieben Frau und Ihrer Kinder besorgt sein werde. Wie Sie mit Recht schreiben, ist auch mir an dem Wohlergehen derselben und ihrer Bewahrung vor Überforderungen ihrer Kräfte durch die gegenwärtigen Umstände nicht nur ‚einiges‘, sondern sehr viel, ja, alles gelegen, so dass dieses Versprechen nur meinen eigensten Wünschen entspricht [...]“ Brief Theodor Haering an Wilhelm Weischedel vom 18. Oktober 1939, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weischedel, Ordner 58. Im Winter 1940/41 flaute das herzliche Verhältnis ab. Wilhelm Weischedel thematisierte in einem Brief an Käthe Weischedel „die Art Eurer Tübinger Zerwürfnisse“. Er habe „ja schon lange eine leise Vermutung [...], dass die Liebe, die er für Dich hegt, weitgehend den Charakter eines geliebten Schmuckstückes hat.“ Weischedel mutmaßte, Haering würde „eine allzu freie und selbstständige Regung Deines Geistes schwer ertragen“ und nur dasjenige „sicherlich begeistert begrüßen“, was Käthe Weischedel durch Haering hindurch wirkte. „Aber trotzdem muss ich bei meiner These bleiben“, so Weischedel: „es gibt unter 1.000 wohl nicht einen Flüchtling, der es besser getroffen hat als Du.“ (Brief Wilhelm Weischedel an Käthe Weischedel vom 17. Januar 1941, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weischedel, Ordner 63). Weil Haering Hegel-Spezialist war und „im Verhältnis zu anderen Philosophen Niveau“ hatte, fiel die Wahl von Wilhelm Weischedel auf Haering als Hauptreferenten für die Habilitation, so Hanna Weischedel, Schwester von Wilhelm Weischedel, am 28. März 2006 in einem Gespräch mit dem Verfasser; die am 23. Dezember 1938 geborene Tochter Sabine Monika Weischedel wurde Haerings Patentochter. Vgl. Brief Sabine Weischedel an Theodor Haering von Weihnachten 1961, UBT Md 1014/565. In einem Brief vom 19. August 1934 bedankte sich Wilhelm Weischedel bei Haering für die „freundliche Mentorschaft“ (UBT Md 1014/565). Haering reagierte zunächst zurückhaltend auf Weischedels Wunsch, bei ihm und Wundt zu habilitieren. Doch ließ er sich von dessen fachlichen und auch didaktischen Qualitäten bald überzeugen, wie aus Briefen von Wilhelm Weischedel an seine Frau Käthe hervorgeht. Vom Mai 1933 an setzte sich Haering für Weischedel ein und sondierte die Möglichkeiten einer Habilitation. Anscheinend konnte Haering auch Wundt überzeugen, obwohl Weischedel zwischenzeitlich annahm, dass weder Haering noch Wundt einen „Rivalen“ einsetzen wollten (vgl. Brief Wilhelm Weischedel an Käthe Weischedel vom 23. Juni 1933, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weischedel, Ordner 62) oder Haering sich nicht gegen einen möglichen Widerstand Wundts durchsetzen wolle (vgl. Brief Wilhelm Weischedel an Käthe Weischedel vom 30. Juni 1933, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weischedel, Ordner 62).

Grunewald gegenüber<sup>1582</sup>, bald aber konnte er Wundt, insbesondere aber Haering für sich einnehmen. Haering hatte sich auf die neue politische Situation nach dem 30. Januar 1933 rasch eingestellt und wollte auch Weisedel davon überzeugen. Ihn ließ er wissen, dass „eine bloße Neutralität in politischer Hinsicht in Zukunft nicht genüge, sondern eine positive Mitarbeit am Staat erfordert“<sup>1583</sup>, so Haering im Mai 1933, laut Weisedel in einem Brief an seine Frau. Mit dem ersten Entwurf seiner Habilitationsschrift<sup>1584</sup> „Novalis als Philosoph“<sup>1585</sup> fiel Weisedel bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) durch. Sie lehnte 1934 den Antrag auf ein Stipendium ab.<sup>1586</sup> In einem Brief an Haering machte Weisedel weitere Themenvorschläge<sup>1587</sup>, etwa eine Untersuchung über den Volksgedanken und die Entstehung der Nationalstaaten von der Scholastik bis zur Aufklärung. Auch die Er-

---

<sup>1582</sup> „Wenn ich den Nationalismusrummel, wie er hier in Tübingen betrieben wird, mit ansehe, dann mag ich eigentlich gar nicht mehr. [O]hne einwandfrei und erwiesene deutsche Gesinnung kann ich mich hier unmöglich habilitieren, und ich nehme an, dass das nicht nur für hier gilt. Wundt, der einflussreichste unter den Philosophen, gält [muss heißen „hält“, Anm. d. Verf.] im Land herum Reden bei Stahlhelmsfeiern [sic!], fühlt sich als ein kleiner Fichte, und verachtet Marxisten gewaltig. Da ist also für mich nicht viel zu hoffen. [...] Ich denke zwar nicht daran, mir den Mund zu verbrennen, aber die Lage ist für einen angehenden Privatdozenten ohne deutschnationale oder nationalsozialistische Gesinnung wirklich verheerend. [...] Mein Besuch bei Wundt [...] ging leider schief [...]“; Brief Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel, geborene Grunewald, vom 29. Dezember 1932, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 62.

<sup>1583</sup> Wilhelm Weisedel in einem Brief an seine Frau Käthe Weisedel am 26. Mai 1933, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 62.

<sup>1584</sup> Weisedel berichtete in Briefen gegenüber Käthe Weisedel öfter kritisch über die fachlichen Qualitäten und die didaktische Vermittlung des philosophischen Stoffs durch die Professoren Wundt, Haering und später auch Faust: „Nun habe ich von allen drei (!) Kollegs gehört. Haering redete arg langweilig, über organisch und unorganisch, er erinnert immer fatal an das Raisonement der Aufklärer. Wundt heute über Nietzsche, mit entzückenden Satzfehlbildungen, und recht nett, aber eben so, dass ich es nach zwei Stunden Vorbereitung ebenfalls mir zutraute. Und Fausts Kolleg, das das Beste war, ist doch auch nicht gut: er hat überhaupt keinen Aufbau, redet ganz unkünstlerisch, und leistet sich merkwürdig untiefe Dinge. Z.B. die Bemerkung, man könne bei Nicolaus von Cues intellectus und ratio übersetzen mit Vernunft und Verstand, oder auch umgekehrt, das bleibe sich gleich. Du kannst Dir denken, wie mir das wehtat.“ (Brief Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel vom 10. Juni 1936, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 63. Am 28. Juli 1934 schrieb er: „Tübingen ist also als ziemlicher Erfolg zu buchen. Die entscheidenden Herren interessieren sich für meine Habilitation, und das ist ja alles, was unter den gegebenen Umständen erreicht werden konnte.“ Brief Wilhelm Weisedel an seine Frau Käthe, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 62.

<sup>1585</sup> 20 Jahre später (1954) brachte Theodor Haering sein Buch mit dem gleichen Titel heraus. Ein Werk gleichen Titels hatte auch schon Egon Friedell im Jahre 1904 veröffentlicht. Es befand sich in der Bibliothek Haerings, die er nach seinem Tode der Tübinger Universitätsbibliothek vermacht hat.

<sup>1586</sup> Brief Wilhelm Weisedel an Theodor Haering vom 26. Dezember 1934, in: UBT Md 1014/565/2.

<sup>1587</sup> Brief Wilhelm Weisedel an Theodor Haering vom 26. Dezember 1934, in: UBT Md 1014/565,2.

forschung dessen, was man „Das Deutsche in der Philosophie“<sup>1588</sup> nennen könnte, schwebte Weisedel vor. Dabei wollte er „das spezifisch Deutsche“ in den einzelnen Philosophien herausstellen und eine Rechtfertigung liefern, warum von „Deutscher Mystik“ und vom „Deutschen Idealismus“ gesprochen werde. Ein Vergleich zwischen Albertus Magnus und Bonaventura, zwischen Nikolaus von Cues und Giordano Bruno oder zwischen Leibniz und Descartes schwebte ihm vor. Und schließlich hätte ihn noch eine „Philosophiegeschichte nach Stämmen“ gereizt, doch er fürchte, dass bei einer allzu weitgehenden Bearbeitung der „Boden des philosophisch Relevanten“ verlassen werde. All diese Themen verwarf Weisedel. Sein dann umgesetzter zweiter Versuch mit dem Thema „Das Wesen des Menschen und die Gemeinschaft – Studien zur Philosophie des jungen Fichte“<sup>1589</sup> kam zwar bei Haering und Wundt gut an, eine finanzielle Unterstützung gab es aber von der DFG immer noch nicht.<sup>1590</sup> So stellten Haering und Wundt einen Antrag bei der 1927 gegründeten Tübinger Jubiläumsstiftung<sup>1591</sup> und hatten Erfolg. Weisedel erhielt für die Vorbereitung auf seine Habilitation von September 1935 bis August 1936 ein Stipendium über insgesamt 1.440 Reichsmark.<sup>1592</sup>

---

<sup>1588</sup> Dieses Thema hat Haering dann bearbeitet: Er beginnt 1936 mit der Frage: „Was ist deutsche Philosophie? (Haering 1936a) und zeichnet dann im „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ als Herausgeber des Sammelbandes „Das Deutsche in der deutschen Philosophie“ (1941b).

<sup>1589</sup> Ausgehend von der Wissenschaftslehre Fichtes 1794/95 sucht Weisedel die Gemeinschaft ontologisch im menschlichen Wesen zu verankern. Durch ein Stipendium der Tübinger Jubiläumsstiftung konnte Weisedel die Arbeit abschließen. Vgl. Lebenslauf Wilhelm Weisedel, 9. Juli 1936, an Rektor Friedrich Focke, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 58.

<sup>1590</sup> Während sich Weisedel um seine Habilitation bemühte, hielt er sich abwechselnd in Tübingen, Stuttgart, Wuppertal und Berlin auf, schlug sich als Wissenschaftlicher Hilfsassistent am Tübinger Musikinstitut durch, organisierte eine Reformations- und Bibelausstellung an der Landesbibliothek in Stuttgart und wurde von 1936 bis 1945 Angestellter in der Stuttgarter Wirtschaftsberatung von Andreas Rapp, unterbrochen nur durch einen dreimonatigen Militärdienst in Paris von Juni bis August 1944. Das Pariser Büro der Stuttgarter Wirtschaftsberatung leitete Weisedel vom 1. Juli 1942 bis 31. Juli 1944. Vgl. UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weisedel).

<sup>1591</sup> Die Jubiläumsstiftung wurde zur 450-Jahr-Feier der Eberhard-Karls-Universität gegründet. Das Geld kam aus den Institutionen und der Wirtschaft. Damit sollte der bedürftige wissenschaftliche Nachwuchs gefördert werden. In der Stiftung vertreten waren Professoren, Fabrikanten, universitäre und städtische Verwaltungsbeamte. Eine Unterstützung erhielt auch der Privatdozent Hans Winkler, so 1929 und noch einmal 1935 – zwei Jahre nach seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten (ein Druckkostenzuschuss in Höhe von 500 Reichsmark für seine Arbeit „Volkskundliche, sprachliche und kulturgeschichtliche Forschungen im heutigen Ägypten“). Vgl. UAT 157/10 und Protokoll vom 14. Dezember 1935, in: UAT 157/9.

<sup>1592</sup> Vgl. das Protokoll der 13. Sitzung der Tübinger Jubiläumsstiftung vom 14. Dezember 1935, in: UAT 157/9; Mitteilung des Vorstandes der Tübinger Jubiläumsstiftung an Wilhelm Weisedel vom 17. Dezember 1935 und Dankschreiben von Wilhelm Weisedel an die Tübinger Jubiläumsstiftung vom 17. September 1936, in: UAT 157/20/Weisedel. Während im Schreiben des Vorstandes an Weisedel lediglich Haering als Antragsteller genannt wird, erscheint im Protokoll vom 14. Dezember 1935 auch Wundt. Das Stipendium für Weisedel wurde mit Option auf ein

Haerings Hauptreferat beim Kultministerium in Stuttgart ist verbrannt, eine Abschrift existiert nicht.<sup>1593</sup> Wundt erklärte sich mit seinem Kollegen „in allen Teilen vollkommen“ einverstanden: „Die Arbeit des Herrn Dr. Weischedel ist auch für die besonderen Aufgaben der Fichte-Forschung sehr zu begrüßen.“ Weischedels Leistungen entsprachen „in vollem Maße den für den Dr. habil. zu stellenden Anforderungen“, obwohl er bedauerte, dass er sich mit dem jungen Fichte beschäftigt hatte, bei dem „in Nachwirkung der Aufklärung“ der Einzelne in den Mittelpunkt rückt.<sup>1594</sup> Auch Oswald Kroh, Dekan der Philosophischen Fakultät, lobte nach dem Kolloquium am 1. Juli 1936 Weischedels „nicht gewöhnliche Kraft zur erhellenden Darstellung schwieriger philosophischer Probleme, [...] wenn auch im einzelnen (!) hinsichtlich der Auffassung philosophiegeschichtlicher Probleme noch Wünsche unerfüllt blieben“. Insbesondere habe Weischedel bewiesen, dass er grundsätzliche philosophische Fragestellungen in ihrer Fruchtbarkeit für die Gegenwart erkenne, sie gegenwartsnah angehe und die Elemente des nationalsozialistischen Gedankenguts in ihrer Bedeutung für die Erneuerung des philosophischen Denkens sachgemäß einzuschätzen vermöge.<sup>1595</sup>

Der Dekan befürwortete die Verleihung der *Venia legendi*, ebenso der Rektor und der Kultminister. Doch die beiden Dozentenführer<sup>1596</sup>

---

volles Jahr zunächst für sechs Monate bewilligt. Laut Kassenbuch von 1936 hat Weischedel das Stipendium für ein ganzes Jahr erhalten. Vgl. die Kassenbücher von 1935, in: UAT 157/38/Weischedel und von 1936, in: UAT 157/39/Weischedel.

<sup>1593</sup> UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weischedel).

<sup>1594</sup> Korreferat von Max Wundt, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weischedel).

<sup>1595</sup> Berichtersteller Oswald Kroh am 1. Juli 1936, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weischedel). In Weischedels Habilitation fehlt jegliche Bezugnahme auf den Nationalsozialismus. Sie diskutiert Individuum und Gemeinschaft vornehmlich des jungen Fichte nach streng wissenschaftlichen Kriterien. Weder huldigt Weischedel einer vom Nationalsozialismus besonders in den Fokus gerückten „Gemeinschaft“, noch unterzieht er den Individualismus einer nationalsozialistisch inspirierten Kritik. Der Verfasser thematisiert hingegen die Freiheit des Individuums sowie die Vertragstheorie des jungen Fichte, ebenso die Verantwortung des Menschen vor sich selbst. Die Arbeit widersetzt sich nicht nur nationalsozialistischer Umklammerung, sie ist ein Gegenentwurf. Ausdrücklich will Weischedel seine Untersuchung nicht als Erkenntnistheorie oder als Metaphysik, sondern als Beitrag zur Ontologie des Menschen verstanden wissen und grenzt sich bewusst gegen den Deutschen Idealismus ab. Freiheit, aber auch der Drang zur Gemeinschaft gehören zum Wesen des Menschen. Während der junge Fichte dem Einzelnen eine Priorität vor der Gemeinschaft einräumt, kehre sich das Verhältnis beim späten Fichte um. Nur gelegentlich zitiert Weischedel seinen Gutachter Max Wundt, hält sich dabei jedoch an Zitate, die dem wissenschaftlichen Anspruch Weischedels nicht abträglich werden. Weischedel hält mit seiner Habilitation wissenschaftliche Standards ein. Vgl. Weischedel 1939. Das Urteil Oswald Krohs deutet freilich in eine andere Richtung, ist jedoch ein Zeichen dafür, dass Berichterstattung über eine wissenschaftliche Arbeit und der tatsächliche Inhalt im Nationalsozialismus durchaus divergieren konnten.

<sup>1596</sup> Der NSD-Dozentenbund wurde im Juli 1935 offiziell zur Gliederung der NSDAP. Im April 1936 markierte das Reichserziehungsministerium (REM) die ex-

Erich Schönhardt<sup>1597</sup> (bis Ende August 1936) und Walter Schwenk (ab September 1936) waren aus politischen Gründen gegen die Verleihung. Obwohl Gustav Bebermeyer, Prorektor und Vertrauensmann der Philosophischen Fakultät bei der Dozentschaft, Weisedel versprochen haben soll, ihn noch nachträglich zum Dozentenlager zu melden, erfuhr Weisedel bei einem Gespräch mit Schönhardt im Juni 1936, dass „kein Gesuch nach Berlin abgegangen“ sei, dass Schönhardt ihn auch nicht anmelden wolle.<sup>1598</sup> Der Dienst in einem „Wehrsportlager“ oder in einer „Dozentenakademie“<sup>1599</sup> wurde mit der Reichshabilitationsordnung Ende 1934 Voraussetzung für die Erteilung der *Venia legendi*. Wissenschaftliches Verfahren und politische sowie charakterliche Eignung wurden somit getrennt, politische Einstellung und körperliche Haltung wurden schwerpunktmäßig bewertet.<sup>1600</sup> Zwar ließ Weisedel in dem Gespräch mit Schönhardt durchblicken, dass er „nach einer zunächst abwartenden Stellung“ sich jetzt – auch durch seine Beschäftigung mit dem Problem der Gemeinschaft – „positiv zum Nationalsozialismus einstelle“, doch der Dozentenführer glaubte ihm nicht. Er könne seine Habilitation nicht befürworten, weil als Dozenten Nationalsozialisten gewünscht würden. Weisedel solle sich unter Umständen im Winter wieder melden, wenn er sich inzwischen in der SA betätigt habe.<sup>1601</sup> Ob Schönhardt ein SA-Engagement von Weisedel verlangt hat, oder Weisedel es von sich aus angeboten hat, kann nicht entschieden werden. Weisedel aber hatte mehrere Varianten vor Augen, wie er seiner Frau schrieb: Er wollte ins Dozentenlager, zur SA, zum Luftpostverband, zum Militärdienst oder zur Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) nach Elberfeld. Für den SA-Dienst hatte er sich von seinem Vater 50 Mark für eine Uniform

---

ponierte Stellung des Dozentenbundes. Er hatte demnach ein Votum bei Berufungsangelegenheiten, nahm Stellung zu Berufungsvorschlägen, die ein Jahr später, im Mai 1937, vollständig auf ihn übertragen wurden. Der Dozentenführer einer Universität genoss eine große Machtfülle, an ihm kam auch der Rektor nicht vorbei. Vgl. Adam 1977a, 67ff. Die Akten des Dozentenbundesführers sind gegen Kriegsende vernichtet worden, vermutet Adam. Vgl. Adam 1977a, 3.

<sup>1597</sup> Bei der 13. Sitzung der Tübinger Jubiläumsstiftung, in der das Stipendium für Weisedel beschlossen wurde, war auch Schönhardt anwesend. Ein Einspruch oder eine sonstige Bemerkung von ihm zu Weisedel sind im Protokoll nicht vermerkt.

<sup>1598</sup> Brief Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel vom 13. Juni 1936, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 63.

<sup>1599</sup> Die „Dozentenakademie“ dauerte drei Wochen. Die Hochschullehrer in spe lebten in einer „strengen Lebensgemeinschaft“, die geprägt war von „geistiger Arbeit, sportlicher Entspannung und musischer Betätigung“. Verlangt wurden Unterordnungsfähigkeit, die Eingliederung in die Gemeinschaft sowie Kameradschaftlichkeit. Das „Braunhemd ohne Rangabzeichen“ war Pflicht, ebenso der Sportanzug sowie „ungenagelte Schuhe oder Stiefel“. Von Februar 1936 an wurden Dozentenakademie und Gemeinschaftslager auf sechs Wochen zusammengelegt. Vgl. Losemann 1980, 95ff.

<sup>1600</sup> Vgl. Adam 1977a, 132.

<sup>1601</sup> Brief Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel vom 13. Juni 1936, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 63.

geliehen, zur Not wollte er sich einen Knickerbocker von seiner Frau Käthe schicken lassen.<sup>1602</sup> Nach einem Gespräch mit August Faust wurde Weisedel jedoch deutlich, dass „ein weiterer Kampf“ um die Habilitation im kommenden Semester „aussichtslos“ sei, da er „keine positiven Argumente“ anführen könne und gegen die Dozentschaft machtlos sei.<sup>1603</sup> Der Dozentschaftsführer sei hier „der mächtigste Mann“, der Rektor neben ihm habe „nicht viel zu sagen“ und werde sich für Weisedel auch nicht einsetzen.<sup>1604</sup> Die beiden Dozentenführer Schönhardt und Schwenk hatten die Habilitationshürde für Weisedel jedoch eigenmächtig erhöht.<sup>1605</sup> Denn die Erteilung einer Dozentur setzte den Dienst in einem „Wehrsportlager“ oder in einer „Dozentenakademie“ voraus<sup>1606</sup>, nicht aber eine parteinahe Aktivität in der SA. Einen Tag später berichtete Weisedel seiner Frau von einem „Kampf“ zwischen Rektor und Fakultät auf der einen, der „Dozentschaft“ auf der anderen Seite. Rektor und Fakultät hätten die politische Bewährung Weisedels auch im Anschluss an die Verleihung der Dozentur hingenommen, während Schönhardt und später auch Schwenk die umgekehrte Reihenfolge verlangten. Haering und Wundt hatten die Arbeit befürwortend an die Fakultät weitergeleitet, auch Rektor Friedrich Focke sei laut Haering seiner Sache wohlgesonnen.<sup>1607</sup>

Schließlich hatte der seit September 1936 amtierende Dozentenführer Walter Schwenk ebenfalls erhebliche Bedenken: Weisedel sei ihm persönlich nicht bekannt, habe sich in keiner Gliederung der Partei aktiv betätigt und als Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) wohl lediglich seinen Beitrag bezahlt, schrieb er in seiner Stellungnahme vom 9. November 1936. Wenn Weisedels Habilitationsantrag Erfolg haben solle, sei die Mitgliedschaft in einer Parteigliederung notwendig. Dies sei ihm bereits früher gesagt worden. Bislang habe er sich jedoch in keiner Parteigliederung aktiv betätigt. Außerdem habe er in Freiburg der sozialistischen Vereinigung der Roten Studen-

---

<sup>1602</sup> Vgl. Briefe von Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel vom 8. Juni 1936, 10. Juni 1936, 13. Juni 1936, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 63.

<sup>1603</sup> Vgl. Brief Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel vom 13. Juni 1936, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 63.

<sup>1604</sup> Brief Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel vom 13. Juni 1936, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 63.

<sup>1605</sup> Laut Giles bildeten die Dozentenführer an einigen Universitäten „Gegenregierungen“ zu den Rektoren, den eigentlichen „Führern“ der Universitäten. Geoffrey J. Giles 1985, 151ff., zitiert nach Grüttner 2002, 351.

<sup>1606</sup> Vgl. Adam 1977a, 132.

<sup>1607</sup> Vgl. Brief Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel vom 14. Juni 1936, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 63.

tengruppe angehört.<sup>1608</sup> 1936 soll er laut Schwenk versucht haben, in die Hitlerjugend (HJ) hineinzukommen. Schwenk lehnte Weisedel „vom politischen Standpunkt“<sup>1609</sup> aus ab und stellte sich gegen die Verleihung einer Dozentur. Da Weisedel einen Eintritt in die SA abgelehnt hatte, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg angab, hatte er keine Chance, auf einen Lehrstuhl berufen zu werden.<sup>1610</sup>

Haering, Wundt und die Philosophische Fakultät brachten zwar die Habilitation von Weisedel durch, die beiden Dozentenführer Schönhardt und Schwenk behielten jedoch bei der Verleihung der *Venia legendi* die Oberhand. Der Versuch der Selbstbehauptung des Philosophischen Seminars und der Fakultät scheiterte letztlich an den mächtigen Dozentenführern, die universitären Institutionen wurden abermals geschwächt, sie konnten sich gegen die nationalsozialistische Instanz nicht durchsetzen, die philosophische Karriere von Weisedel wurde über Jahre hinaus gehemmt. Der „Fall Weisedel“ zeigt auch, dass Wundt und Haering ihren Einfluss bei den Dozentenführern nicht durchsetzen konnten, obwohl doch Haering spätestens 1936 durch seine „Rede auf Alt-Tübingen“, sein „Mondbuch“ und die „Rede für den Geist“ reichsweit bekannt geworden war und dadurch eine hohe Popularität genoss. Wundt galt als „alter Kämpfer“. Haering und Wundt respektierten mit der Annahme der Habilitation Weisedels die unterschiedliche Auffassung ihres Kandidaten in einer damals so wichtigen und emotional besetzten Frage wie die des Verhältnisses des Einzelnen zur Gemeinschaft. Eine nationalsozialistisch eingefärbte „Weltanschauung“ wollten sie Weisedel nicht abnötigen.

Nachdem die Dozentur Weisedels auf Eis lag, setzte sich Haering bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mehrmals für einen Druckkostenzuschuss für Weisedels Habilitation ein, der seine wissenschaftliche Laufbahn „in erster Linie aus finanziellen Gründen“<sup>1611</sup>

---

<sup>1608</sup> Weisedel mutmaßte bereits im Juli 1933, dass sein Name bei der „Nachschnüffelei nach kommunistischer Betätigung“ in den Listen der roten Studentengruppe Freiburg entdeckt werden würde (Brief Wilhelm Weisedel an Käthe Weisedel vom 9. Juli 1933, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 62).

<sup>1609</sup> Stellungnahme des Dozentenführers Walter Schwenk am 9. November 1936, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weisedel).

<sup>1610</sup> Schreiben Walter Schwenk vom 9. November 1936, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weisedel). Darin befindet sich auch der Fragebogen der Französischen Militärregierung, in dem Weisedel angab, der Dozentschaftsführer hätte gefordert, dass er vor der Zulassung zum Dozentenberuf in die SA eintreten und sich dort bewähren solle. Seine weltanschaulichen und politischen Überzeugungen hätten ihm das jedoch verboten. Deswegen sei ihm auch eine Tätigkeit im Schuldienst, in der Kulturverwaltung oder bei der Presse nicht möglich gewesen.

<sup>1611</sup> Schreiben Theodor Haering an Deutsche Forschungsgemeinschaft vom 3. Mai 1938, in: BArch Koblenz R 73/15578. Für eine Auflage von 500 Exemplaren schickte der Verleger Max Niemeyer aus Halle am 2. Mai 1938 eine „Vorberechnung“ an die DFG über 2.653, 50 Mark. Siehe BArch Koblenz R 73/15578.

vorläufig abgebrochen habe. Doch Karl Griewank, der innerhalb der DFG für die geisteswissenschaftliche Abteilung zuständig war, schickte dem Kieler Professor Ferdinand Weinhandl die von Weisedel mitgelieferte Inhaltsübersicht und die Vorrede und bat um eine gutachterliche Stellungnahme. Weinhandl, kein Freund von Heidegger und dessen Schülern, wies darauf hin, dass eine Untersuchung über Fichte und die Gemeinschaft noch keine Gewähr für eine Bearbeitung aus nationalsozialistischer Sicht biete. Die Inhaltsübersicht bewege sich in Terminologie und Aufbau ganz in dem alten abstrakt-allgemeinen und liberalen Fahrwasser. Außerdem war ihm die methodische Ausrichtung etwas dünn und unsicher, zumal Weisedel ausgerechnet den frühen Fichte für den Gemeinschaftsbegriff bearbeite. Weinhandl erkannte aber den „logisch klaren und scharfsinnigen Kopf“<sup>1612</sup> Weisedels. Eine bevorzugte Förderung im Interesse eines nationalsozialistisch ausgerichteten Schrifttums schien Weinhandl nicht geboten.<sup>1613</sup> Doch spreche für Weisedel, dass Haering die Arbeit offenbar gut beurteilt habe: „Es wird daher sehr viel auf dessen Urteil ankommen und ob Herr Haering es ausdrücklich für wünschenswert hält, dass W. nicht nur den Dr. habil. erwirbt, sondern auch Dozent wird“<sup>1614</sup>, so Weinhandl. Ein Interesse bestehe nur dann, wenn Weisedel als Dozent „dringend erwünscht“ sei. Da Weisedel die Arbeit innerhalb eines Jahres drucken lassen musste, um den Titel führen zu dürfen, sollten sich Fakultät und Haering äußern.

Die Fakultät ließ Haering jedoch außen vor, sie hätte wohl von der Ablehnung Weisedels durch die Dozentenführer Schönhardt und Schwenk pflichtgemäß berichten müssen, jene Dozentenführer, an denen Weisedel nicht vorbeigekommen war und die auch Haering nicht beeindrucken konnte. So schrieb Haering stets mit seiner Privatadresse, aber er ließ sich zunächst viel Zeit. Auf das Schreiben von Griewank vom 23. Juli reagierte er gar nicht, erst auf nochmalige Bitte am 16. September nahm er Stellung. Er unterstrich „die hohe Wertigkeit“ der Arbeit, „etwas besseres“(!) existiere nicht, eine Drucklegung sei „aufs Stärkste zu wünschen“<sup>1615</sup>. Auch eine Dozentur sei „sehr er-

---

<sup>1612</sup> Schreiben Ferdinand Weinhandl an Karl Griewank (DFG) vom 12. Juli 1938, in: BArch Koblenz R 73/15578.

<sup>1613</sup> Weinhandl verstand es hingegen, für seine eigenen Zwecke finanzielle Unterstützungen von der DFG zu erhalten. So bezahlte ihm die DFG von 1939 bis 1945 die aus Maribor stammende Erika Reiser als Assistentin, die das Ehepaar Weinhandl zur Malerin ausbilden ließ und später adoptierte. Weinhandl förderte Erika Reiser „auf jegliche Weise“, verbrachte seinen Urlaub auf deren Hof in der Untersteiermark, arbeitete ihre grafischen Werke über Gestalt und Raum in seine eigenen wissenschaftlichen Arbeiten ein und bezeichnete seine Recherchen wegen des taktischen und methodischen Denkens „als kriegs- und staatswichtig“. Vgl. Hausmann 1998, 245.

<sup>1614</sup> Schreiben Ferdinand Weinhandl an Karl Griewank (DFG) vom 12. Juli 1938, in: BArch Koblenz R 73/15578.

<sup>1615</sup> Schreiben Theodor Haering an Karl Griewank (DFG) vom 17. September 1938, in: BArch Koblenz R 73/15578.



wünscht“, es habe sich „aber keine Möglichkeit ihrer Finanzierung“ ergeben. So habe er schon damals wenigstens den Druck befürwortet und bat, „in diesem Ausnahmefall von der Einengung des Kreises der zu Unterstützenden auf sichere Dozenten absehen zu wollen.“

Auch Weisedel setzte noch einmal nach.<sup>1616</sup> Doch am 5. Dezember 1938 teilte Griewank ihm, Haering und Weinhandl mit, dass sich die DFG nach „erneuter Prüfung“ und „dem Stande ihrer Mittel“ nicht in der Lage sieht, einen Druckkostenzuschuss zu bewilligen. Weisedel solle versuchen, ihn aus „Württembergischen Quellen“ zu bekommen.<sup>1617</sup> Nur Tage später schrieb Haering abermals an Griewank, diesen „so würdigen Fall“ dieses Jahr doch abzuschließen<sup>1618</sup>, Griewank verwies abermals auf Württembergische Quellen.<sup>1619</sup> Wie die Drucklegung der Habilitation letztlich zustande kam, wird aus den Quellen nicht ersichtlich. Die Arbeit erschien 1939 beim Felix-Meiner-Verlag in Leipzig.

Nach Oesterreich und Kreis war Weisedel das dritte Opfer der nationalsozialistischen Politik am Philosophischen Seminar der Universität Tübingen. Im Falle Weisedels nutzten Wundt und die Fakultät zwar ihre Möglichkeiten, den Aspiranten zu habilitieren, hatten jedoch bei der Vergabe der *Venia legendi* keinen Erfolg. Haering ging sogar noch einen Schritt weiter: er verschwieg der DFG gegenüber die Wahrheit über Weisedels Ablehnung durch die Dozentenführer, ja, er schrieb bewusst die Unwahrheit, um Weisedel zur Publikation der Habilitation zu verhelfen. Aber die beiden Ordinarien Haering und Wundt, das Seminar und die Fakultät blieben abermals als Verlierer zurück.

## **E. August Faust: Hingabe an die Volksgemeinschaft**

Der „bewährte Privatdozent“, den Mergenthaler dem Philosophischen Seminar zum Ausgleich der außerordentlichen Professur Oesterreichs versprochen hatte, kam am 1. April 1935.<sup>1620</sup> August Faust erhielt die

---

<sup>1616</sup> Schreiben Wilhelm Weisedel an DFG vom 10. Oktober 1938, in: BArch Koblenz R 73/15578.

<sup>1617</sup> Schreiben Karl Griewank an Wilhelm Weisedel vom 5. Dezember 1938, in: BArch Koblenz R 73/15578.

<sup>1618</sup> Schreiben Theodor Haering an Karl Griewank (DFG) vom 8. Dezember 1938, in: BArch Koblenz R 73/15578.

<sup>1619</sup> Schreiben Karl Griewank (DFG) an Theodor Haering vom 12. Dezember 1938, in: BArch Koblenz R 73/15578.

<sup>1620</sup> Norbert Kapferer vermutet, dass Faust durch den Kontakt des nationalsozialistisch pädagogisierenden Ernst Krieck (1882 – 1947) zunächst am 16. Juni 1933 zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor für Philosophie und Pädagogik in Heidelberg ernannt und dann 1935 nach Tübingen berufen wurde. Vgl. Kapferer, 2001, 179. Die Philosophische Fakultät beantragte in der Sitzung des Kleinen Senats am 7. Februar 1935, Faust die nicht-beamtete Professur zu übertragen. Vgl. Protokoll der Sitzung des Kleinen Senats vom 7. Februar 1935, in: UAT 47a/2.

nicht beamtete Professur.<sup>1621</sup> Der neue Kollege am Philosophischen Seminar wurde einer der schillerndsten Philosophen im Nationalsozialismus. Er hat sich 1933 aus innerer Überzeugung selbst gleichgeschaltet, kam also als „NS-Philosoph“ nach Tübingen. Kern dieser „identifizierenden Selbstgleichschaltung“ war sein Gemeinschaftsbegriff, den er aus der christlich verstandenen Nächstenliebe ableitete und in die „Weltanschauung“ des Nationalsozialismus transformierte.

Seit 1926 war Faust Privatdozent an der Universität Heidelberg. Sein Lehrer und Förderer Heinrich Rickert stellte Ende 1932 kurz vor seiner Emeritierung über die Philosophische Fakultät ein Gesuch an die Universität, Faust zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor zu ernennen.<sup>1622</sup> Am 17. Februar 1933 wurde Faust außerordentlicher Professor in Heidelberg. Politisch trat er vor 1933 nicht in Erscheinung, einer Partei hatte er nicht angehört.<sup>1623</sup> Bei Kollegen galt er als Demokrat<sup>1624</sup>, der Wandel zum Nationalsozialisten schien plötzlich gekommen. Der 1933 aus rassistischen Gründen (Paragraf 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums) entlassene Heidelberger Privatdozent Raymond Klibansky (1905 – 2005) schilderte in seinem Buch den Tag der letzten halbwegs freien Wahlen am 5. März 1933. In

---

<sup>1621</sup> August Karl Wilhelm Faust wurde am 24. Juli 1895 in Wilhelmshaven geboren. Die Hochschulreife erwarb er 1914 am Humanistischen Arndt-Gymnasium in Berlin-Dahlem. Im gleichen Jahr schrieb er sich an der Universität Kiel ein und studierte Philosophie, Pädagogik, Psychologie, Deutsch und Geschichte. Als Frontsoldat war er im Ersten Weltkrieg in den Stellungskämpfen in Lothringen dabei, wurde Mitte November 1916 in der Sommeschlacht durch einen Genickschuss lebensgefährlich verwundet und blieb bis zum Kriegsende nur garnisonsdienstfähig. Seitdem war Faust zehn Prozent erwerbsunfähig. Nach dem Krieg studierte er zuerst in Heidelberg, ab 1920 in Freiburg, ging jedoch 1921 wieder nach Heidelberg zurück. Im November 1923 wurde Faust mit einer Arbeit über „Descartes und Augustin. Zur Unterscheidung von theoretischer und religiöser Gewissheit“ bei dem Neukantianer Heinrich Rickert (1863 – 1936; 1933 emeritiert) in Heidelberg promoviert. 1927 habilitierte er sich mit einer Arbeit über das Thema „Der Möglichkeitsgedanke. Systemgeschichtliche Untersuchungen“, erhielt im Mai des gleichen Jahres die *Venia legendi* und bekam für diese Arbeit den Heidelberger Kuno-Fischer-Preis, den er sich mit Glockner teilen musste. Eine Professur oder einen Ruf erhielt Faust jedoch nicht. So beantragte Rickert stets die Verlängerung der Assistentenstelle, die Faust seit 1923 innehatte. Vom Minister für Kultur und Unterricht wurde sie im Jahre 1930 widerwillig und mit einer Mahnung verbunden bewilligt. Denn eine über das zeitliche Maß hinausgehende Beibehaltung von Assistenten sei nicht in deren Interesse und bedenklich. Besonders die Philosophie Fichtes hatte es Faust angetan. Dessen Wissenschaftslehre diene ihm als Grundlage für eine philosophische Pädagogik. Vom Mai 1927 bis September 1935 war Faust Privatdozent für Philosophie und Pädagogik an der Universität Heidelberg, vom Mai 1929 bis zum Wintersemester 1931/32 hatte er einen Lehrauftrag für „Erziehungsphilosophie“ an der Heidelberger Lehrerbildungsanstalt. Vgl. UAT 126/148 (Personalakte August Faust).

<sup>1622</sup> Heinrich Rickert wohnte zusammen mit seinem Schüler August Faust von 1922 bis 1935 in der Heidelberger Scheffelstraße 4. Hermann Glockner, ebenfalls ein Schüler von Rickert und Philosophenfreund von Theodor Haering, wohnte dort bis zum Juli 1925. Vgl. Glockner 1969, 92; 199.

<sup>1623</sup> So steht es in einem „Fragebogen zur politischen Beurteilung“ vom 15. Februar 1937, in: BARch Berlin, C 0139 (August Faust).

<sup>1624</sup> Klibansky 2001, 89. Zur Entlassung von Raymond Klibansky: Mußnug 1988, 40ff.

Heidelberg begegnete er morgens Faust auf der Alten Brücke über dem Neckar. „Ich hoffe, dass die demokratischen Parteien einen entscheidenden Sieg davontragen werden“<sup>1625</sup>, soll Faust zu ihm gesagt haben. Am späten Abend war bereits abzusehen, dass die NSDAP mit der Deutschnationalen Volkspartei die absolute Mehrheit errungen hatte. Klibansky traf Faust just an derselben Stelle: „Wer bin ich“, habe Faust rhetorisch gefragt, „ich als Individuum, dass ich mich dem Willen eines ganzen Volkes widersetzen dürfte?“<sup>1626</sup>

Faust stellte sich schnell um. Bereits in seinem ersten Aufsatz vom Juli 1933<sup>1627</sup> wandte er sich gegen „objektive“ Feststellungen über die Eigenart und den Eigenwert der Nation, gegen „voraussetzungslose“ Vergleiche des Wertes oder Unwertes von Völkern.<sup>1628</sup> Die „gegenständliche Verwurzelung“ in der nationalen Gemeinschaft erweise sich als „unbegründbar“, die Volkszugehörigkeit könne nicht in Frage gestellt werden. Zum Mitglied der Gemeinschaft gehöre ein Bewusstsein davon, lediglich in Deutschland leben und „das Blut der Eltern in den Adern haben“, reiche nicht aus, ebenso forme das Miteinandersichaffen und das Beieinandersein noch keine Gemeinschaft. Wahres Gemeinschaftsbewusstsein bedeute eine „innere Verpflichtung“, Ziel sei eine Verschmelzung mit dem sozialen Ganzen. Privatinteressen treten dabei zurück, die Verpflichtung zur Gemeinschaft bestehe „auf Gedeih und Verderb“<sup>1629</sup>, wie einst im Schützengraben während des Ersten Weltkriegs. Faust verlangte vom Einzelnen nicht weniger als eine „unbedingte Hingabe“<sup>1630</sup> an und einen vorbehaltlosen Einsatz für die Gemeinschaft. Nur auf diese Weise sei „wahre und vollständige Freiheit über die Totalität“ der eigenen Person möglich. Nationale Gemeinschaft definiert Faust als „Totalgemeinschaft“, die zur „Totalgeschichte“<sup>1631</sup> wird. Es sei nicht nur möglich und erlaubt, fürs Vaterland zu sterben, die bewusste Aufopferungsfreudigkeit und die Todesbereitschaft gehöre notwendigerweise zum wahren Nationalbewusstsein hinzu.<sup>1632</sup> Dieses Bewusstsein müsse selbstverständlich durch die Sozial- und Nationalerziehung geweckt werden.<sup>1633</sup> Faust unterstrich dabei die

---

<sup>1625</sup> Klibansky 2001, 89.

<sup>1626</sup> Klibansky 2001, 89.

<sup>1627</sup> Im Rückgriff auf Fichte, über den er jedoch hinaus wollte, sucht Faust zunächst, den Deutschen einen reinen, unverfälschten Charakter zuzuschreiben. Die Deutschen seien ein „Urvolk“, die „Ursprünglichkeit des deutschen Geistes“ offenbare die „Ursprache“. Vgl. Faust 1933, 69, Anmerkung 1. Dieser Aufsatz wie auch die unten angeführte 1927 gehaltene Antrittsvorlesung von Faust sind von der Forschung bislang nicht berücksichtigt worden, obwohl der Aufsatz im Vergleich zur Antrittsrede wichtige inhaltliche Verschiebungen von „Ich“ und „Wir“ offenbart.

<sup>1628</sup> Vgl. Faust 1933, 71.

<sup>1629</sup> Faust 1933, 76.

<sup>1630</sup> Faust 1933, 78.

<sup>1631</sup> Faust 1933, 81.

<sup>1632</sup> Hier nimmt Faust bereits Gedanken aus seiner späteren „Kriegsphilosophie“ vorweg.

<sup>1633</sup> Vgl. Faust 1933, 74.

nationalsozialistische Parole der Volksgemeinschaft ‚Du bist nichts, dein Volk ist alles‘, indem er die „Unwesentlichkeit des Einzeldaseins“ behauptete und die Gemeinschaftsidee als unentbehrlich hervorhob.<sup>1634</sup> Da „echte Gemeinschaft“ jedoch niemals vollkommen „fertig“ sei, gelte sie „als die letzte und eigentliche Lebensaufgabe unseres irdischen Daseins.“<sup>1635</sup>

Doch Fausts Wandlung kam nicht so abrupt, wie es den Anschein hat. Durch die Eindrücke und Folgen der letzten Kriegsjahre des Ersten Weltkriegs hatte er sich mit sozialphilosophischen und pädagogischen Fragen beschäftigt: „Wie ist Gemeinschaft überhaupt möglich?“ und „Wie kann eine erzieherische Beeinflussung durch Individuen oder durch eine Gemeinschaft auch nur gedacht werden?“<sup>1636</sup> So suchte Faust, Philosophie und Pädagogik in der Weimarer Republik zu verknüpfen. Als Herausgeber der Vierteljahresschrift des Badischen Lehrervereins kam er in Kontakt mit dem Pädagogen Ernst Krieck, der 1922 mit seinem Werk „Philosophie der Erziehung“ eine größere Aufmerksamkeit erregte und im NS-Staat zu einem der führenden Pädagogen aufstieg. Krieck wurde 1934 in Heidelberg Nachfolger von Heinrich Rickert.<sup>1637</sup>

Faust war aber auch selbstbewusst genug: Durch die Begegnung mit Rickert und die Beschäftigung mit Fichte gelangte er zur Überzeugung, „dass er als Sozialphilosoph etwas zu sagen habe“<sup>1638</sup>, in Fichtes Wissenschaftslehre fand er die Grundlage für eine philosophische Pädagogik.<sup>1639</sup> An die Philosophie von Husserl und Heidegger mochte er sich nicht anlehnen, das wurde ihm durch den Studienwechsel 1920 nach Freiburg deutlich. Denn Husserl und Heidegger seien der großen Tradition des deutschen Idealismus entfremdet, bei ihnen machte Faust eine stark positivistisch beeinflusste Phänomenologie aus. Schon 1921 kehrte er nach Heidelberg zu Rickert zurück.

---

<sup>1634</sup> Vgl. Faust 1933, 77.

<sup>1635</sup> Faust 1933, 78.

<sup>1636</sup> Faust 1931, VII. Ein Ergebnis dieser Fragestellungen sind auch die beiden wissenschaftlich fundierten Werke über den Möglichkeitsgedanken in der antiken und christlichen Philosophie, denen Faust akribisch nachspürt. Probleme in der Sozial- und Erziehungsphilosophie setzen eine ausgebildete Systematik bereits voraus, der Möglichkeitsgedanke werde gerade hier systembildend. Vgl. Faust 1931, VIII.

<sup>1637</sup> Faust habe Krieck mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Heidelberg gefördert, schreibt Glockner. Vgl. Glockner, 1969, 239. Folgt man allerdings Dominic Kaegi, hat der Philosoph Ernst Hoffmann (1880 – 1952) Krieck für die Ehrendoktorwürde vorgeschlagen. Vgl. Kaegi 2006, 340. Auch, wenn Faust sich für Krieck eingesetzt haben sollte, hat er sich später doch auf die Seite von Alfred Rosenberg geschlagen, zwischen Krieck und Rosenberg war das Verhältnis wenig herzlich.

<sup>1638</sup> Glockner 1969, 222.

<sup>1639</sup> So Faust in seinem von ihm verfassten Lebenslauf 1927, in: UAT 126/148 (Personalakte August Faust).

In seiner 1927 gehaltenen Heidelberger Antrittsvorlesung<sup>1640</sup> waren bereits die grundlegenden Gedanken enthalten, die er nach 1933 nationalsozialistisch umbog. Darin diskutierte er formale und inhaltliche Bedingungen Kants und Fichtes für seinen am Christentum orientierten Begriff des Nächsten. Kants Freiheitsbegriff und Weltbürgertum lasse den Königsberger nicht zu einem dynamisch verstandenen innigen Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen „Ich“<sup>1641</sup> und „Du“ gelangen. Der „Andere“ sei im Wesentlichen für sich selbst verantwortlich, das „Ich“ könne nur dessen Glückseligkeit befördern, Erziehung bestehe nach Kant hauptsächlich in der Entwicklung der Naturanlagen. Dem Mitmenschen aber wirklich im sittlichen Leben zu helfen, sei dem „Ich“ unmöglich. Kant vertrete die Ethik eines egoistischen Moralismus und altruistischen Eudämonismus<sup>1642</sup>, eine nationale Historie und eine Nationalpädagogik ziehe er nicht in Betracht. Christliche Nächstenliebe verliere bei Kant vollkommen ihre eigentliche Bedeutung, da er sich gegen „Schwärmerei“, gegen den „irrationalen Sinngehalt“ wende. „Liebe“, die von Paulus charakterisiert werde als jene Eigenschaft, die „alles erträgt, alles glaubt, alles hofft, alles erduldet“, sei bei Kant etwas ganz anderes als im Evangelium, er beseitige jedes religiöse Moment und ersetze „Liebe“ durch „bloßes Gerneten und bloßen Frohsinn“<sup>1643</sup>.

Der „Statik des Kantischen Pluralismus“ setzte Faust die „Dynamik Fichtes“ entgegen. Fichte bringe das Aufeinanderangewiesensein, die gegenseitige Ergänzung und Wechselbestimmung zur Geltung. Sein „dynamischer Pluralismus“ vermeide den Kant'schen Formalismus. Die Unentbehrlichkeit des Mitmenschen, die Notwendigkeit eines „Du“ für das „Ich“ hebe Fichte deutlich heraus. Freiheit und Autonomie des „Ich“ bestünden darin, dass der versittlichende Einfluss durch ein „Du“ möglich, ja sogar geboten wird. „Ich“ und „Du“ seien grundsätzlich aufeinander eingestellt, aufeinander angewiesen. Durch einen „Nächsten“ bekomme das Leben eines „Ich“ seinen „rechten Wert“. Seien „das Nächste“ und „der Nächste“ für das „Ich“ schon sittlich von Bedeutung, können und sollen sie auch zur religiösen Hebung des eigenen Daseins beitragen. Christliche Nächstenliebe münde in eine religiöse Steigerung der gegenseitigen „Aufforderung zur Freiheit“ zwi-

---

<sup>1640</sup> Faust 1927.

<sup>1641</sup> Den unterschiedlichen „Ich-Begriffen“ spürt Faust auch in einer Studie nach. Dabei entwickelt er wenig Sympathie für den Kant'schen Ich-Begriff, der „Selbst-Denken“ als Mittel des Verstandes zur Voraussetzung eines Selbstbewusstseins und der Aufklärung macht. Vgl. Faust, 1929b, 207. Das individuelle Ich von Fichte hingegen sieht Faust als Voraussetzung aller sozialen Gemeinschaftsbildung, das auch tatsächlich in der Gemeinschaft lebt, für pädagogische Einflüsse offen sei und dem die praktische Pflichterfüllung zur unendlichen Aufgabe gemacht werde. Erziehung gehe bei Fichte vor Bildung. Vgl. Faust 1929b, 218.

<sup>1642</sup> Faust 1927, 295.

<sup>1643</sup> Faust 1927, 298.

schen dem individuellen „Ich“ und dem „Du“. So gründe Fichte sein Pflichtbewusstsein nicht wie Kant auf einen Empirie-fremden „intelligiblen Charakter“, sondern auf die tatsächlichen Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Mensch. Damit verleihe er dem Gemeinschaftsgedanken eine konkrete und Empirie-gesättigte Bedeutung.<sup>1644</sup> Familie und Nation treten wieder in ihre „unbestreitbaren Rechte“, die Ethik sei zur Sozialethik geworden, die Erziehung zum Weltbürgertum könne nun durch eine Nationalerziehung ersetzt werden. Mit Fichte fordert Faust, zuerst das Volk zu erziehen, dann die Nation, und dann („vielleicht, wenn es möglich ist“<sup>1645</sup>) die gesamte Menschheit. Etwas Fertiges und Gegebenes sei das Verhältnis von „Ich“ und dem Nächsten allerdings nicht, es sei stetige Aufgabe, ein „Immer-näher-kommen“<sup>1646</sup>. Der Nächste sei jede und jeder, der an die Hilfe des „Ich“ appelliere. Der Mitmensch ist umgekehrt nicht nur ein „Ding“, das „Ich“ muss auf den anderen eingehen, sich in ihn einfühlen und sich im „Dienste an einer Sache“ selbst vergessen. Der selbstlose Dienst am Nächsten bedeute auch Selbstfindung.<sup>1647</sup>

Nicht zu übersehen sind die Anleihen, die Faust bei seinem väterlichen Lehrer Rickert machte. Rickert, der vom „nationalen Aufbruch fasziniert“<sup>1648</sup> war und in einer Vorlesung 1933/34 Fichte zum „bedeutendsten Vorläufer“<sup>1649</sup> dessen erklärte, „was uns heute als Nationalsozialismus umgibt“<sup>1650</sup>, schrieb 1934 von der „Selbstverpflichtung des Handelns, auf unser Volk oder unsere Nation“, begründete sie aus „sozialethischen Prämissen“ und vergaß nicht, darauf hinzuweisen, dass er diese Überzeugung „schon vor einem Menschenalter“<sup>1651</sup> veröffentlicht habe. So etwa bereits 1913 in seinem Logos-Aufsatz „Vom System der Werte“, in dem „der ethische Wert persönlicher Autonomie stets auf eine ‚Wir-Gemeinschaft‘ sittlicher Subjekte verweist und sich deshalb erst in sozialethischen Gütern wie Familie, Staat oder Nation verwirklicht.“<sup>1652</sup> Faust griff diesen Ansatz in seiner Antrittsvorlesung von 1927 auf, machte ihn nach 1933 für den Nationalsozialismus explizit nutzbar.

Im NS-System tritt das „Ich“ hinter die Gemeinschaft, in diesem Fall die ‚Volksgemeinschaft‘, vollkommen zurück, Aufopferung und Hingabe an das Volk, an die Nation werden zur unbedingten Pflicht eines

---

<sup>1644</sup> Vgl. Faust 1927, 307.

<sup>1645</sup> Faust 1927, 308.

<sup>1646</sup> Faust 1927, 309.

<sup>1647</sup> Faust 1931, VIII.

<sup>1648</sup> Kaegi 2006, 334.

<sup>1649</sup> Kaegi 2006, 334.

<sup>1650</sup> Heinrich Rickert, zitiert nach Kaegi 2006, 334, Anmerkung 85. Dort weitere Hinwiesie zu Rickerts Vorlesung.

<sup>1651</sup> Kaegi 2006, 335.

<sup>1652</sup> Kaegi 2006, 335.

jeden Einzelnen, ein gleichgewichtiges Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft existiert nicht mehr. Den vom Christentum entlehnten Begriff der Nächstenliebe verbindet Faust mit dem Konzept des „dynamischen Pluralismus“, wie er das zwischenmenschliche Verhältnis bei Fichte interpretierte. Nicht nur theoretisch, zumindest in Bezug auf seinen Lehrer Rickert, auch praktisch.

Hermann Glockner, der zusammen mit Rickert und Faust in der Heidelberger Scheffelstraße wohnte, berichtete von einem „Samariterdienst“, den Faust jahrelang für den kränkelnden und alt werdenden Rickert geleistet habe.<sup>1653</sup> Faust habe eine „grenzenlose Aufopferungsbereitschaft“<sup>1654</sup> besessen, habe sich als Kollegbegleiter, unterstützender Führer und Famulus in und außerhalb des Hauses bald unentbehrlich gemacht.<sup>1655</sup> Gemeinsame Teestunden, abendliche Lesestunden, Nachmittagsspaziergänge, Besuche beim kranken Sohn Alfred Rickert sowie Bring- und Abholdienste für den Sohn zu und von den Pflegern gehörten dazu, Faust brachte seinen Professor täglich zum Kolleg, geleitete ihn zum Katheder und zu seinem Halbliegestuhl, holte ihn wieder ab und brachte ihn nach Hause. Faust hielt sich für „eine geborene Gluckhenne.“<sup>1656</sup> Er sei ein armer Kerl, habe Faust zu Glockner einmal gesagt, wenn er einem hilflosen Menschen begegne, wisse er sich meistens nicht anders zu helfen, als dass er ihm zu helfen suche – sozusagen eine ‚Hilfsbereitschaft in Lauerstellung‘. Faust ließ sich aber wohl auch nicht ungerne ablenken, arbeitete nebeneinander an mehreren Themen. So unterrichtete er in den 1920er Jahren – freilich durch die Inflation bedingt auch zum Gelderwerb – mehrere Japaner, für die es zum Trend geworden war, in Deutschland Philosophie zu studieren, und brachte zusammen mit Schuej Ohasama einen ins Deutsche übersetzten Zen-Text heraus, ein für Faust eher abgelegenes Thema seiner Forschungsinteressen.<sup>1657</sup>

Im September 1933 trat Faust in die Hitlerjugend (Jungbann 2/110 Heidelberg, später 125 Tübingen) ein, am 19. Juli 1934 wurde er Mit-

---

<sup>1653</sup> Glockner und Faust bewohnten nach dem Ersten Weltkrieg in der Villa je ein Mansardenzimmer zur Neckarseite hin. Zwar habe sich Faust durch seinen Weggang nach Freiburg Rickert zu entziehen versucht, sei aber „reumütig“ nach Heidelberg zurückgekehrt. Im Herbst 1922 wurde Faust Glockners Zimmernachbar. Vgl. Glockner 1969, 92. Glockner wohnte vom März 1922 bis Juni 1925 dort. Vgl. Glockner 1969, 199.

<sup>1654</sup> Glockner 1969, 198.

<sup>1655</sup> So soll die Ehefrau Sophie Rickert nach der Rückkehr Fausts aus Freiburg gesagt haben: „Glücklicherweise ist ja Faust wieder da. Wenn ich Faust bei meinem Manne weiß, bin ich unbesorgt.“ Glockner 1969, 200.

<sup>1656</sup> Glockner 1969, 224.

<sup>1657</sup> Faust 1925. Laut Glockner arbeitete Faust jahrelang nebeneinander an mehreren groß angelegten Werken, von denen damals keines druckfertig wurde. Vgl. Glockner 1969, 239.

glied im NSLB<sup>1658</sup>, von Mai 1934 bis April 1935 war er „Vertrauensmann der Dozentschaft für die Philosophische Fakultät“.<sup>1659</sup> Innerhalb kürzester Zeit hatte sich der Philosoph den neuen Verhältnissen angepasst, die Gutachten bewerteten ihn durchweg positiv.<sup>1660</sup> Er bejahe den nationalsozialistischen Staat, ebenfalls die Volksgemeinschaft, auch sei er in der Lage, „im nat. Sinne“ erzieherisch auf seine Volksgenossen einzuwirken, heißt es in einem Fragebogen zur politischen Beurteilung. Das Fazit: „Er wird als Mensch mit ausgezeichnetem Charakter geschildert, der sich ‚rückhaltlos‘ für Staat und Partei einsetze. Er ist einer der wenigen Dozenten gewesen, die nach dem Umbruch sofort tatkräftig mitarbeiteten.“<sup>1661</sup> Im Wintersemester 1935/36 las er in Tübingen über den deutschen Idealismus und den westeuropäischen Naturalismus, über „Individuum und Gemeinschaft“ sowie über „Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“. Für das Sommerhalbjahr 1936 bot er die „Geschichte der deutschen Philosophie“ von der Mystik bis zum Idealismus sowie die Monadenlehre von Leibniz an. Dann endete sein Gastspiel in Tübingen. Spuren hat er am Neckar kaum hinterlassen, höchstens vermittelt über Theodor Haering.<sup>1662</sup>

---

<sup>1658</sup> Leaman 1993, 38.

<sup>1659</sup> Vgl. Kapferer 2001, 191f.

<sup>1660</sup> So heißt es in einem Gutachten des Dozentschaftsführers Schlüters der Universität Heidelberg vom 17. Mai 1935 über Faust: „Ich möchte hier noch einmal die fabelhafte, ehrliche, gerade und kämpferische Haltung von Prof. Faust hervorheben, der trotz einer sehr schweren Kriegsverletzung (Kopfschuss) alle körperlichen Anstrengungen sowohl bei Dozentschaftslagern als auch im Jungvolk durchgehalten hat. In dieser Hinsicht verdient er volles Vertrauen. Politisch hat er sich als Nationalsozialist bewährt und dürfte auch heute bereits führend in der Bewegung eingesetzt werden können. Seine Vorlesungen zeugen von seinem gründlichen und großen Wissen, sind lebhaft, eindrucksvoll und pädagogisch aufgebaut. Wissenschaftlich dürfte er gerade als Vertreter der Philosophie des deutschen Idealismus, der sich eingehender vor allem mit Fichte beschäftigt hat, auch heute viel zu sagen haben.“; BARCh R 21 10040, zitiert nach Kapferer 2001, 179. Gegenüber Glockner aber beschwerte sich Faust über die Gutachten, weil Glockner „auf die gute alte Art nach Gießen“ berufen worden sei, also aus wissenschaftlichen Gründen, er hingegen „selbstverständlich als ‚alter Nazi‘“ hingestellt werde und so auch auftreten müsse, da 1936 niemand am NS-Dozentenbund und am NS-Studentenbund vorbeigekommen sei. Sie hätten ihn als solchen gar nicht gekannt. Als er 1933 behauptete, Lehrer müssten von nationaler und sozialer Gesinnung, müssten also Nationalsozialisten sein, hätten sie nur spöttische Bemerkungen gemacht. Er hätte den Urteilen widersprechen müssen, wenn er sich nicht tatsächlich bis 1936 bereits lange „im Dienste der Partei“ betätigt hätte, dort nämlich, wo ihn sein „pädagogischer Eros“ hinzog, „beim Jungvolk – bei den Pimpfen“. Die Pimpfe seien sein „Sonnenschein“. Vgl. Glockner 1969, 240f.

<sup>1661</sup> NSDAP-Kreisleitung Heidelberg in einem „Fragebogen zur politischen Beurteilung“ vom 15. Februar 1937 anlässlich der Berufung Fausts zum Ordentlichen Professor in Breslau, Antwort auf eine „Anfrage des Stellvertreters des Führers“, in: BARCh Berlin, C 0139 (August Faust).

<sup>1662</sup> In einer Pressemitteilung der Universität Tübingen vom 11. November 1936 heißt es, Faust habe in mehreren Aufsätzen zur Sozialphilosophie und insbesondere auch zur Gemeinschaftsphilosophie der nationalsozialistischen Bewegung Stellung bezogen und sich praktisch in diesem Sinne namentlich auch in hingebender Tätigkeit für die soziale Betreuung des Jungvolks eingesetzt. Vgl. UAT 126/148 (Personalakte August Faust).



Im November und Dezember 1936 nahm Faust die Lehrstuhlvertretung für den emeritierten Eugen Kühnemann (1868-1946)<sup>1663</sup> in Breslau wahr, zum 1. Januar 1937 wurde er als Ordentlicher Professor berufen<sup>1664</sup>, eine Berufung, bei der politische Kriterien den Ausschlag gegeben haben sollen.<sup>1665</sup> In Breslau trat er nach Aufhebung der Aufnahmesperre zum 1. Mai 1937 in die NSDAP ein, wurde 1938 Mitglied in der Führungsriege der Reichsdozentenführung und zum „Reichsfachkreisleiter“ für Kulturwissenschaft im Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund (NSDDP) ernannt.<sup>1666</sup> Faust, „Sprachrohr des Amtes Rosenberg an der Universität Breslau“<sup>1667</sup>, war wesentlich daran beteiligt, dass aus der Breslauer Universität ein ideologischer Aktivposten des Nationalsozialismus wurde.<sup>1668</sup> Nationalsozia-

---

<sup>1663</sup> Kühnemann bat Haering bereits Ende Mai 1935 um „ein paar Worte über Herrn Professor Faust“, da dessen Nachfolge geregelt werden sollte. Brief Kühnemanns an Haering vom 28. Mai 1935, in: UBT Md 1014/307.

<sup>1664</sup> Die Gauleitung Württemberg-Hohenzollern hatte nichts gegen Faust einzuwenden. Sie schrieb am 18. Februar 1937: „Hinsichtlich der politischen Zuverlässigkeit des Obengenannten werden keine Bedenken geltend gemacht.“ Schreiben der Gauleitung Württemberg-Hohenzollern an NSDAP-Gauleitung Baden vom 18. Februar 1937, in: BArch Berlin, C 0139 (Faust). Ein besseres Zeugnis erhielt Faust am 19. Februar 1937 von der NSDAP-Gauleitung Baden: „Nach der nationalsozialistischen Revolution hat sich der Genannte sofort aktiv innerhalb der Bewegung eingesetzt. Faust war Fachschaftsleiter der Dozentschaft und Sozialreferent bei der HJ. Seine tatkräftige Einsatzbereitschaft und Mitarbeit wird von den Parteidienststellen rückhaltlos anerkannt. Charakterlich wird er als eine ehrliche und gerade Persönlichkeit bezeichnet. Seine vorgesehene Beförderung zum planm. ord. Professor wird politischerseits befürwortet.“ Schreiben der NSDAP-Gauleitung Baden, Karlsruhe, an die NSDAP, München, „Stellvertreter des Führers“, vom 19. Februar 1937, in: BArch Berlin, C 0139 (August Faust). Der Sicherheitsdienst RFSS Baden bemerkte, Faust habe sich aus „innerer Überzeugung zum Nationalsozialismus eingestellt und sich den Parteigliederungen zur Verfügung gestellt [...] Faust weist keine engeren kirchlichen Bindungen auf und stellt in seiner Philosophie und Geschichte eine stark gegenrömische Tendenz gegen Rom in den Vordergrund. [...] Wenn er auch rein äußerlich nicht den Typ eines Gelehrten verkörpert, so ist er doch als Philosoph ein Vertreter der heutigen Richtung mit ausgesprochener günstiger Einstellung und nat. soz. ausgerichteter Weltanschauung, ohne freilich in seinem Fach genügend darauf abgestellt zu sein.“ Schreiben Sicherheitsdienst RFSS Baden an die Gauleitung der NSDAP Karlsruhe vom 17. Februar 1937, in: BArch Berlin, C 0139 (August Faust). Faust hatte zwar die Nachfolge Kühnemanns antreten sollen, doch nach dem plötzlichen Tod von Otto Baensch war er für dessen Lehrstuhl im Gespräch. Tatsächlich aber ging der Kühnemann-Lehrstuhl an die Fakultät Bauwesen der TH Berlin, Faust erhielt dann das Ordinariat von Siegfried Marck. Vgl. Tilitzki, 2002, 673f. Laut Glockner soll Rickert Faust für den Baensch-Lehrstuhl empfohlen haben. Vgl. Glockner 1969, 240.

<sup>1665</sup> Tilitzki 2002, 674.

<sup>1666</sup> Vgl. Kapferer 2001, 192.

<sup>1667</sup> Leaman 1993, 38.

<sup>1668</sup> Vgl. Kapferer 2001. Nach einem Schreiben der schlesischen Gauleitung der NSDAP an den „Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP“ vom 17. Juli 1939 hatte die Gauleitung mit dem „Gewährsmann, dem Gauschulungsreferenten beim NS-Dozentenbund, Parteigenossen Prof. Dr. Faust“, einen Plan ausgearbeitet, wonach die katholisch gebundene Philosophie aus den philosophischen Fakultäten der Universitäten ausgeschaltet und in die katholisch-theologischen Fakultäten verlegt werden sollten, wo sie „relativ unschädlich“ sei. Jetzt habe sie unerhörten Einfluss auf die Erziehung der künftigen Lehrer. Die Gauleitung bat darum, „uns bei diesem Kampf zu unterstützen“. BArch Berlin NS 15/200, Bl. 37. Faust soll sich selbst gegenüber Glockner als erregten Menschen,

lismus und „Judenfreundschaft“ schlossen sich ihm zufolge aus<sup>1669</sup>, Pädagogik, Psychologie und Philosophie stellte er in den Dienst des nationalsozialistischen Systems, das Studium sowie die Ausbildung und die Prüfung der Lehrer sollten zur Grundlage die nationalsozialistische Weltanschauung haben. Mehr noch: Eine nationalsozialistische Philosophie wünschte er sich als Grundlegung der gesamten wissenschaftlichen Arbeit.<sup>1670</sup> So schien es für Faust selbstverständlich, Fichte als Vorläufer einer nationalsozialistischen Philosophie zu würdigen<sup>1671</sup>, Fichte habe zugleich national und sozialistisch<sup>1672</sup> gedacht, einem Kosmopolitismus Fichtes widersprach er. Wie seine am Nationalsozialismus orientierten Kollegen war auch Faust bestrebt, bei Fichte eine stringente wissenschaftliche Entwicklung aufzuweisen. Verwerfungen in der Biographie wurden eingeebnet, sie passten nicht in ein System, das zumindest nach außen auf Kontinuität, „Geradlinigkeit“ und Zielstrebigkeit setzte. Oft wurde die wissenschaftliche Entwicklung eines Philosophen als „organisches Wachstum“ bezeichnet. So habe es laut Faust „Brüche“ in Fichtes Denken nicht gegeben, der Philosoph habe nur Einzelheiten geändert. In Anknüpfung an Platon, der den Rassegedanken vertreten habe, schein Fichte „maßgebende Grundgedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung“<sup>1673</sup> vorzugreifen. Das Judentum bezeichnete Faust als „Staat im Staate“, als „eine Gefahr“, die meistens übersehen werde.<sup>1674</sup> Faust zitierte die judenfeindlichen Äußerungen Fichtes, warb jedoch um Verständnis, dass die Rassenfrage bei Fichte nicht diejenige Bedeutung haben konn-

---

Moralisten, Weltverbesserer und Fanatiker bezeichnet haben. Vgl. Glockner 1969, 241.

<sup>1669</sup> Vgl. Kapferer 2001, 200.

<sup>1670</sup> Vgl. Kapferer 2001, 188. Fichtes Standpunkt, wonach sich die Philosophie eines Menschen nach dessen Charakter richte, greift Faust auf und konstatiert, zu manchen Menschen, Völkern und Rassen passe sogar nur eine falsche Philosophie. Vgl. Faust, 1938, 7f. Dem Fichte-Buch zugrunde lag eine Gedenkrede von Faust, die er anlässlich von Fichtes 175. Geburtstag in der Aula der Universität Breslau gehalten hat. Man dürfe keine Gelegenheit ungenutzt lassen, so Faust im Vorwort, die sich im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit „zur Kräftigung deutschen Volksbewusstseins und nationalsozialistischer Gesinnung darbietet.“ Faust 1938, 5.

<sup>1671</sup> „Wenn man von Ernst Bergmanns Schrift ‚Fichte und der NS‘ absieht, so kann man die vorliegende Arbeit des ordentlichen Professors der Philosophie August Faust als die erste Würdigung Fichtes vom Parteistandpunkt und als die erste Inanspruchnahme Fichtes als Nationalsozialisten bezeichnen [...] In diesem Sinne ist das Buch ganz neuartig, allerdings auch notwendigerweise einseitig. Der erhebliche Unterschied zwischen dem frühen und dem späteren Fichte, den jede philosophische Darstellung bisher herausgearbeitet hat, tritt bei Faust zurück. Es kommt dem Verfasser [...] auf die Herstellung der Beziehung Fichtes zur heutigen politischen Ausrichtung Deutschlands durch die Partei“ an. So ein „Dr. Leistner“ in seiner Rezension in der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“, März 1939, 172. Lobende Worte über das Fichte-Werk fand auch der Rezensent „von Fragstein“ aus Trier, der es in den „Blättern für deutsche Philosophie“, 1940/41, 305 – 307, besprach.

<sup>1672</sup> Faust 1938, 14.

<sup>1673</sup> Faust 1938, 11.

<sup>1674</sup> Faust 1938, 42.

te, die sie aufgrund der Einsichten durch die moderne Biologie in der Gegenwart besitze.

Faust wandte sich in dieser Schrift auch gegen ein „volksfremdes Weltbürgertum“ Kants sowie gegen den „Volksgeist“<sup>1675</sup> Hegels. Denn das Volk selbst sei der eigentliche Träger der Geschichte, es entwickle sich nicht nach einem Weltenplan, sondern stehe immer in der Entscheidung. Die „großen Männer“ seien nicht bloß „Geschäftsführer des Weltgeistes“<sup>1676</sup>, nicht nur Mittel oder Werkzeug einer höheren Macht – jeder handele auf „volle eigene Verantwortung“. Allerdings müsse sich ein „wahrhafter Führer“ einer „Idee“ unterstellen, die ihm als „Leitstern“ voranleuchte.<sup>1677</sup>

Individuelle Freiheit ließ der Breslauer Philosoph nicht gelten, sie gebe es nicht, behauptete er. Faust propagierte die „soziale Freiheit“<sup>1678</sup>, die auf Wechselbeziehungen zu anderen Mitgliedern in der Gemeinschaft beruhe. Einzig durch eine „selbstlose Hingabe“ an die Gemeinschaft sei eine wahrhafte Selbstfindung der Persönlichkeit möglich, erst in der Gemeinschaft und durch die Gemeinschaft gewinne das Individuum eine „wahre und vollständige Freiheit für die Totalität“ seiner Person. Neben Fichte zog Faust auch Meister Eckhart als Zeugen bei, verknüpfte den Dienst an der Gemeinschaft mit „wahrhafter Religiosität“<sup>1679</sup>. Für diese Haltung des Individuums müsste man geradezu das Schlagwort von einem „religiösen Sozialismus prägen“<sup>1680</sup>. Das einigende Band zwischen Individuum und Gemeinschaft wurde Gott, die Nation wurde zum „Reich Gottes auf Erden“<sup>1681</sup> mit einer „überzeitlichen Ewigkeit in immerwährender Dauer“, einer „aeternitas in sempernitate“. Der Dienst des Einzelnen in der nationalen Volksgemeinschaft, in der Nation und für die Nation wurde für Faust religiös-mystisch verklärt zu einem „Gottesdienst“<sup>1682</sup>.

---

<sup>1675</sup> Faust 1938, 78.

<sup>1676</sup> Faust 1938, 79.

<sup>1677</sup> Vgl. Faust 1938, 79; In der Universitätsbibliothek Tübingen liegt das Exemplar, das Faust seinem einstigen Tübinger Kollegen Theodor Haering mit „herzlichen Grüßen“ überreicht hat. Die anti-hegelianischen Ausführungen Fausts kamen bei Haering sicherlich nicht gut an, doch als Faust die „wahrhaften Führer“ einer „Idee“, einem „Leitstern“ unterstellt, notierte Haering ein anerkennendes „also“ an den Rand. Vgl. Faust 1938, 79.

<sup>1678</sup> Faust 1938, 62.

<sup>1679</sup> Faust 1938, 73.

<sup>1680</sup> Faust 1938, 73f. Die „Religiösen Sozialisten“ setzten sich für eine Demokratisierung von Kirche und Staat ein, waren (radikale) Pazifisten, meist SPD-orientiert und strebten eine sozialistische Gesellschaftsordnung an. Sie waren entschiedene Gegner der Nationalsozialisten, die Organisation „Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands“ (BRSD) wurde 1933 verboten. Faust sucht hier, politisch linke und religiös orientierte NS-Kritiker anzusprechen und zu vereinnahmen.

<sup>1681</sup> Faust 1938, 74.

<sup>1682</sup> Faust 1938, 75; Ähnlich auch Propagandaminister Joseph Goebbels, der im März 1945 von einem „Gottesdienst“ sprach, als er neue Offensiven der Wehrmacht ankündigte. Wie Faust Fichte bewusst oder unbewusst missinterpretiert, mag an diesem

Wie die in der Deutschen Philosophischen Gesellschaft aktiven Philosophen zog auch Faust eine Linie des „deutschen Denkens“ – sie reiche von Kopernikus über Luther und (den unbequemen) Kant bis zu Hegel. Faust kritisierte den Positivismus, die Aufklärung, „mechanistische“ und technizistische Auffassungen sowie die „wesensfremde Gleichmacherei“<sup>1683</sup>. „Echte deutsche Wissenschaft“, insbesondere aber „echte deutsche Philosophie“ sei niemals nur eine Angelegenheit des Verstandes, sie beruhe immer auch auf Weltanschauung, „also auf Glauben“<sup>1684</sup>.

Für Haerings Sammelband im „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ schrieb Faust einen Aufsatz über „Jacob Böhme als ‚Philosophus Teutonicus‘“<sup>1685</sup>. Eine „ursprüngliche und selbstständige Deutschheit seines Denkens“ sei durch die Ganzheit und Einheitlichkeit sowie durch eine tiefe weltanschauliche Verwurzelung dieser „Philosophia Teutonica“ gekennzeichnet, den wesentlichsten Einsichten lägen eigenste Erlebnisse und organisches Wachstum zugrunde.<sup>1686</sup> Hier traf sich Faust mit vielen seiner „deutsch“ philosophierenden Kollegen.

---

Beispiel erläutert werden. Nachdem das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ 1806 durch Napoleon zerschlagen wurde, veröffentlichte Fichte 1808 seine „Reden an die deutsche Nation“. Fichte zielte darin auf die Gründung eines deutschen Nationalstaates, um den Partikularismus der Einzelstaaten zu überwinden. „Nation“ war Fichte zufolge eine überzeitliche von Gott gegebene Einheit der deutschsprachigen Kleinstaaten, die es aufzurichten galt. Das „Volk“ stand bei Fichte über dem (Klein-)Staat, es war ebenfalls überzeitlich gedacht. Volk und Vaterland (Nation) waren „Träger und Unterpfand“ einer „irdischen Ewigkeit“, beide sollten sich als „ewig“ ansehen. Der Staat war lediglich Mittel, um sich über ihn zur „Nation“ zu bilden. Dafür sei jedoch eine deutsche Nationalerziehung Voraussetzung, die Fichte an Pestalozzi anlehnte, die aber viel Zeit brauche. Großes Ziel der Erziehung war die Ausbildung zum vollkommenen Menschen, der sich auch für sein Volk aufopfere, Nahziel war die kulturelle Einheit. Bei Faust werden Nation und Volk religiös-mystisch verklärt, während Fichte Nation und Volk seienden Charakter zuweist. Vgl. Fichte 1808,

[www.zeno.org/Philosophie/M/Fichte,+Johann+Gottlieb/Reden+an+die+deutsche+Nation/8.+Was+ein+Volk+sey,+in+der+h%C3%B6hern+Bedeutung+des+Worts,+und+was+Vaterlandsliebe?hl=irdischen+ewigkeit](http://www.zeno.org/Philosophie/M/Fichte,+Johann+Gottlieb/Reden+an+die+deutsche+Nation/8.+Was+ein+Volk+sey,+in+der+h%C3%B6hern+Bedeutung+des+Worts,+und+was+Vaterlandsliebe?hl=irdischen+ewigkeit)

<sup>1683</sup> Faust 1943, 49.

<sup>1684</sup> Faust 1943, 2. In seinem Aufsatz über Kopernikus wandte Faust viel Mühe auf, dem Astronomen nicht nur deutsches Denken zu attestieren, auch Herkunft, Sprache und Gesinnung seien – entgegen „polnische(r) Maßlosigkeit“ – deutsch gewesen. Vgl. Faust 1943, 4.

<sup>1685</sup> Faust 1941. Als Faust 1942 als Nachfolger für den verstorbenen Bruno Bauch in Jena gehandelt wurde, war dieser Aufsatz der Grund, weshalb der Jenaer Dekan Carl Wesle den Breslauer Philosophen ablehnte. Wesle hatte erhebliche Zweifel an der fachlichen Eignung Fausts. Mit dem Konzept des Gegensatzes einer deutsch-irrationalistischen und der französisch-rationalistischen Philosophie unterschläge Faust die Tatsache, dass beide Völker ebenso gut Rationalisten wie Irrationalisten hervorgebracht hätten. Vgl. Tilitzki 2002, 831f.

<sup>1686</sup> Im Gegensatz zur cartesianischen Philosophie, die abstrakt, künstlich und uneinheitlich sei und dem Menschen keine echte Freiheit bringe. Vgl. Faust 1941, 143ff. Über „Descartes und Augustin“ hatte Faust auch seine Dissertation 1924 veröffentlicht, da hielt er sich noch an fachwissenschaftliche Normen. Im Haering-Sammelband hat er diese Standards aufgegeben.

Verstärkt hat sich in dieser Schrift der mystisch-dunkle Zug bei Faust, bestimmt durch eine von Tragik und Kampf dominierte Schicksalsergebenheit, die den Einzelnen immer wieder gegen das unausrottbar Böse aufstehen lässt, obwohl ein „völliger Endsieg“<sup>1687</sup> grundsätzlich versagt ist. Lebensphilosophisch verbrämt, stilisiert Faust Böhme zu einer Art „Übermenschen“, der inneren Widerständen zum Trotz sich zur Erleuchtung durchrang. Je sinnwidriger das Leben, desto mehr werde darin an die Freiheit und den Kampf des Einzelnen appelliert, der sich durch seinen Willen, seinen ritterlichen Kampf und seine Pflichterfüllung auszeichne. Mit den Anleihen aus der altgermanischen Mystik appelliert Faust an das Irrationale und Widersinnige des Lebens, beruft sich auf höhere Mächte, elementare Gewalten und geheimnisvollen Tiefsinn.<sup>1688</sup>

Faust vertrat nicht nur eine „deutsche Philosophie“, in der die Platonische Bevölkerungspolitik ihren Platz hatte<sup>1689</sup>, 1941 gab er den Sammelband „Bild des Krieges im deutschen Denken“ heraus, in seinem 1942 erschienenen Werk „Philosophie des Krieges“ machte er die „weltanschauliche Stellungnahme“ zum Krieg zur Grundlage für die gesamte Philosophie.<sup>1690</sup> Der Philosoph rief den „totalen Krieg“ aus, in dem es keine bloßen Zivilisten mehr gebe, der wirtschaftlich, militärisch, ja „weltanschaulich „allumfassend“<sup>1691</sup> sein müsse und das gesamte Leben eines Volkes durchdringe. Der Erfolg im Krieg sei jedoch nicht die letzte Sinngabe, Wert und Sinn des Krieges lägen „im deutschen Menschen selbst“, maßgeblich sei die Gesinnung, aus der Opferbereitschaft erwachse, die ihren Wert in sich trage.<sup>1692</sup> Selbst der Opfertod sei nicht sinnlos.<sup>1693</sup> Diese Grundeinstellung zum Kriege suchte Faust bei den großen Denkern in der Geschichte nachzuweisen, angefangen von der „germanisch-deutschen Grundhaltung“ in der Edda bis hin zur bekannten „deutschen“ Philosophenreihe Meister Eckhart, Luther, Jakob Böhme, Kant, Fichte, Hegel, Nietzsche.<sup>1694</sup> Faust band Pädagogik, Psychologie und Philosophie eng an die Interessen der Wehrmacht, seit 1939 war er immer wieder als Redner und Heerespsychologe in deren Dienst.<sup>1695</sup> Vorbild war ihm sicherlich Fichte, der sich im Frühjahr 1813 bei Ausbruch des Krieges gegen Napoleon als 51-Jähriger freiwillig gemeldet hatte, aber als Soldat wie als Redner

---

<sup>1687</sup> Faust 1941, 158.

<sup>1688</sup> Faust 1941, 167f.

<sup>1689</sup> Vgl. Kapferer 2001, 183.

<sup>1690</sup> Faust 1942, 4.

<sup>1691</sup> Faust 1942, 10.

<sup>1692</sup> Faust 1942, 20. An diesem Punkt unterscheidet sich Faust von Haering, der politische Entscheidungen letztlich am Erfolg gemessen hatte: Die Weltgeschichte werde zum Weltgericht.

<sup>1693</sup> Faust 1942, 43.

<sup>1694</sup> Da bleiben Gewaltsamkeiten in der Textinterpretation nicht aus. Kapferer verdeutlicht sie anhand von Kant, Hegel und Nietzsche. Vgl. Kapferer 2001, 233f.

<sup>1695</sup> Vgl. Kapferer 2001, 227; 235.

(„als eine Art Priester des Nationalgedankens“<sup>1696</sup>) abgelehnt wurde und später in den Berliner Landsturm eintrat.<sup>1697</sup>

Philosophie und Nationalsozialismus wollte Faust kompatibel erscheinen lassen. Als über die Fortführung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPhG) 1937 diskutiert wurde, plädierte er dafür, die finanzielle Unterstützung weiter zu gewähren, denn sie habe „nationale Verdienste“. Außerdem habe er die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass sich aus ihr eine „Nationalsozialistische Gesellschaft für Philosophie“ machen lasse.<sup>1698</sup> Gleiches hatte er auch mit der Kant-Gesellschaft vor. Seitdem Arthur Liebert und andere Philosophen in der Emigration lebten und die neue philosophische Gesellschaft „Philosophia“ samt Zeitschrift gegründet hatten, dümpelten Kant-Gesellschaft und Kant-Studien vor sich hin. Hatte sie vor 1933 weltweit über 4.000 Mitglieder, fiel die Zahl bis 1938 durch Emigration und Austritte auf 1.075, davon waren 415 im Ausland.<sup>1699</sup> Faust hatte nur unter zwei Bedingungen ein Interesse am Vorsitz der Kant-Gesellschaft: Die juristische Lage müsse geklärt werden, der Vorstand („führende Männer der Bewegung“<sup>1700</sup>) soll dauerhaft eingesetzt werden, und die Organisation müsse sich in den Dienst nationalsozialistischen Philosophierens stellen. Sie sei durchaus in der Lage, den „Schädling Liebert“ im Ausland zu bekämpfen.<sup>1701</sup> Aus den Kant-Studien müsse ein „Zentralorgan der nationalsozialistischen Philosophie“ werden, eine „Einheitsfront“, wobei der Name Alfred Rosenberg auf dem Titelblatt erscheinen müsse, um dem „verrotteten Unternehmen“ wieder auf die Beine zu helfen. Im April 1938 beschloss eine Mitgliederversammlung die Auflösung der Kant-Gesellschaft, nachdem das Reichserziehungsministerium die finanzielle Unterstützung versagt hatte und auch kein Vorstand zustande kam. Erst ab 1942 erschien auf Initiative von Faust, Heyse, Weinhandl und Günther Lutz (geboren 1910) eine „Neue Folge der Kant-Studien“<sup>1702</sup>, in der auch Faust 1943 einen Beitrag über Nikolaus Kopernikus veröffentlichte.

---

<sup>1696</sup> Faust 1938, 84.

<sup>1697</sup> Vgl. Faust 1938, 84. Mit Bedacht wählte Faust zur Illustration ein Bild Fichtes, das ihn in der Uniform des Landsturms zeigt, einen herausgezogenen Säbel in der rechten Hand, zwei Pistolen im Gürtel. Das Bild positionierte Faust hinter sein Vorwort zum Fichte-Werk von 1938.

<sup>1698</sup> Tilitzki 2002, 1009f.

<sup>1699</sup> Tilitzki 2002, 1021.

<sup>1700</sup> Faust schlug Baeumler, Hans Heyse (1891 – 1976), Krieck, Kurt Hildebrandt (1881 – 1966) und Weinhandl vor. Kapferer 2001, 223.

<sup>1701</sup> Im April 1938 verbot das Reichserziehungsministerium „jedwede Fühlungnahme und Zusammenarbeit“ mit der neu gegründeten Gesellschaft „Philosophia“. Sie wurde als Konkurrenzunternehmen misstrauisch beobachtet. Vgl. Kapferer 2001, 224.

<sup>1702</sup> Vgl. Kapferer 2001, 222ff.; Tilitzki 2002, 1020ff. Zur Geschichte der Kant-Gesellschaft im „Dritten Reich“ siehe: Leaman/Simon 1993. Irrtümlicherweise wird dort angegeben, Faust habe sich in Tübingen habilitiert. Leaman/Simon 1993, 28.

Zusammen mit Haering engagierte sich Faust im Amt Rosenberg in der „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr“. Der Sicherheitsdienst der SS stellte Faust schließlich auch ein entsprechendes Zeugnis aus: „Politisch: Positiv. In der HJ und im Dozentenbund tätig. Ist fähig, vom Standpunkt der nationalsozialistischen Weltanschauung aus zu philosophieren.“<sup>1703</sup> Das „Kulturpolitische Archiv“ lobte Faust in den höchsten Tönen. Er könne unbedenklich für Vorträge des Deutschen Volksbildungswerkes eingesetzt werden. Das Archiv hatte sogar so viel Vertrauen, dass es auf ein zuvor angefordertes Vortragsmanuskript von Faust verzichtete.<sup>1704</sup> Faust durfte nicht nur reichsweit Vorträge halten, er wurde auch in den Niederlanden und im Generalgouvernement Polen eingesetzt.<sup>1705</sup>

Unter August Faust wurde die Philosophie in Breslau zu einer „Kriegsideologie“.<sup>1706</sup> Faust habe den Neukantianismus eliminiert, die katholische Philosophie isoliert, dezimiert und habe mit inquisitorischen Kontrollfunktionen gewaltet.<sup>1707</sup> Seine politische und weltanschauliche Denkweise sei „totalitär“ und auf die Durchdringung und Besetzung aller Denk- und Lebensbereiche durch die NS-Ideologie ausgerichtet gewesen.<sup>1708</sup> Vom „Amt Rosenberg“ wurde Faust mit Führungsaufgaben betraut und rückte bald in den engeren Kreis der NS-Philosophen-Elite auf.<sup>1709</sup> Gegen Ende des Krieges hatte sich Faust am Abwehrgefecht in der „Festungsstadt“ Breslau beteiligt.<sup>1710</sup> Zwar habe Glockner Faust im Herbst 1944 beschworen, Breslau zu verlassen, Faust aber blieb: „Mein Platz ist im Volkssturm“, soll er geantwortet haben.<sup>1711</sup> Einen Tag vor der Kapitulation des „Dritten Reichs“ hat sich Faust am 7. Mai 1945 erschossen.<sup>1712</sup>

---

<sup>1703</sup> Dossier des Sicherheitsdienstes der SS zu den Philosophen an deutschen Hochschulen, in: BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 34.

<sup>1704</sup> Schreiben des Kulturpolitischen Archivs an die Reichsdienststelle des Deutschen Volksbildungswerkes vom 26. Oktober 1942, in: BArch Berlin NS 15/254, Bl. 101.

<sup>1705</sup> Vgl. Cramer 2010, 293.

<sup>1706</sup> Kapferer 2001, 238.

<sup>1707</sup> Sobald Faust auf die katholische Theologie in Breslau zu sprechen kam, sei er zum „fanatischen Prinzipienreiter“ geworden, so Glockner. Er unterstrich dessen leidenschaftlichen Wunsch, sich durchzusetzen und dessen „grimmigen Hass gegen alles Katholische“. Glockner 1969, 241. Fausts Kampf gegen den Katholizismus hat auch Tilitzki dokumentiert. Vgl. Tilitzki 2002, 677ff.

<sup>1708</sup> Kapferer 2001, 242.

<sup>1709</sup> Kapferer 2001, 241. Es ist durchaus möglich, dass Haering seine Kontakte zum „Amt Rosenberg“ August Faust verdankte.

<sup>1710</sup> Leaman 1993, 38.

<sup>1711</sup> Vgl. Glockner 1969, 245.

<sup>1712</sup> Die „Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht“ teilte das Todesdatum dem Verfasser dieser Arbeit am 16. Oktober 2007 mit.

## F. Wilhelm Grebe: Der Versuch, das Ich zu retten

Nach dem eineinhalbjährigen Gastspiel von Faust blieb die nichtbeamtete außerordentliche Professur eineinhalb Jahre lang unbesetzt, bis im Mai 1938 der Phänomenologe Wilhelm Grebe ans Philosophische Seminar kam.<sup>1713</sup> Während Grebe in seinen Schriften nach 1933 keineswegs einen nationalsozialistischen Standpunkt einnahm, diente er sich äußerlich dem NS-System durch zahlreiche Mitgliedschaften an. Vor 1933 war er kein Parteimitglied, bis 1931 lediglich Mitglied im SPD- und DDP-nahen Republikanischen Lehrerbund.<sup>1714</sup> Von 1933 an trat er in mehrere NS-Organisationen ein. Bereits zum 1. Mai 1933 wurde er Mitglied der NSDAP, vom Sommer 1933 bis Dezember 1934 war er SA-Anwärter. Außerdem musste er dem NS Dozentenbund beitreten<sup>1715</sup>, war Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), im NS Lehrerbund, im Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA), im Reichskolonialbund, im NS-Altherrenbund, in der Reichsdozentschaft und in der „Deutschen Glaubensbewegung“<sup>1716</sup>, außerdem Mitglied in Rosenbergs „Kampfbund für deutsche Kultur“.<sup>1717</sup> In der Dienststelle Rosenberg war Grebe unter den 1.400 Lektoren überdies als ehrenamtlicher „Lektor der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“ tätig. Seine Aufgabe bestand darin, die Werke von rund 20.000 Autoren zu überprüfen und über ihre weitere Zukunft mitzuentcheiden.<sup>1718</sup> Der Philosoph wurde auch „Blockleiter“, verteilte in dieser Funktion Lebensmittelkarten, organisierte Sammlungen und half bei der Unterbringung von Evakuierten.<sup>1719</sup> Äm-

---

<sup>1713</sup> Johann Heinrich Wilhelm Grebe wurde am 9. Mai 1897 in Metze (Kreis Fritzlar, Hessen) geboren. Nach dem Abitur an der Oberrealschule in Offenbach studierte er in Frankfurt/Main Mathematik, Physik und Philosophie und wurde von Ludwig Bieberbach in Mathematik promoviert. Neben seiner Tätigkeit als Studienrat in Usingen habilitierte sich Grebe 1928 bei Hans Cornelius, dem Doktorvater von Theodor Wiesengrund-Adorno, mit der Arbeit „Das Formale und das Urteil a priori“. Vgl. UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe); Tilitzki 2002, 305.

<sup>1714</sup> In Aufsätzen vertrat er laut Tilitzki SPD- und DDP-nahe schulpolitische Vorstellungen. Tilitzki 2002, 305.

<sup>1715</sup> Die Mitgliedschaft war für Assistenten, Privatdozenten und nichtbeamtete außerordentliche Professoren Pflicht. Freiwillig konnten der Dozentschaft Ordinarien und außerordentliche planmäßige Professoren beitreten. Vgl. Grüttner 2002, 349.

<sup>1716</sup> Eigenen Angaben zufolge trat der Philosoph in die „Deutsche Glaubensbewegung“ 1935 ein, verließ sie jedoch „1937 oder 1938“ wieder, weil er die „Relativierung der religiösen Wahrheit“ nicht mitmachen konnte. Denn Gott sei bei der „Deutschen Glaubensbewegung“ nicht mehr in seiner Absolutheit anerkannt und somit aufgegeben worden. Vgl. Fragebogen der Französischen Militärregierung, in: StAS Wü 13/T2/2085, AZ/15E/3109, Grebe.

<sup>1717</sup> Leaman 1994, 49.

<sup>1718</sup> Leaman 1994, 50.

<sup>1719</sup> Fragebogen der Französischen Militärregierung, in: StAS Wü 13/T2/2085, AZ/15E/3109, Grebe. In seinen „Erläuterungen zum Fragebogen“ führte Grebe aus, er habe diese Blockleiterfunktion nur übernommen, weil er abermals gefürchtet hatte, das „Amt Rosenberg“ würde „Maßnahmen“ gegen ihn ergreifen, wie er sie in Frankfurt erlebt hatte. Er habe nicht gewagt, das Ersuchen des Ortsgruppenleiters abzulehnen. Er habe diese Arbeit „völlig neutral im Sinne des Dienstes an der Gemeinschaft aufgefasst“, politische Gespräche habe er vermieden, Propagandamaterial, das



ter hatte er – außer in der Reichsdozentschaft (Fakultätsobmann) – keine bekleidet.

Ab 1934 hatte der Studienrat aus Usingen/Taunus einen Lehrauftrag für Logik und Erkenntnistheorie an der Universität Frankfurt/Main. Weil er sich nach eigenen Angaben für Nicht-Ordinarien eingesetzt hat, schien er einen schweren Stand in Frankfurt gehabt zu haben.<sup>1720</sup> Auch zwei der maßgeblichen NS-Philosophen und -Pädagogen im „Dritten Reich“, Alfred Bäumler<sup>1721</sup> (1887 – 1968) und Ernst Kriek (1882 – 1947), seien Gegner seiner Philosophie gewesen. Über wen später der Kontakt nach Tübingen hergestellt wurde, ist nicht bekannt. Grebe bat in einem Schreiben an die Philosophische Fakultät in Tübingen um Umhabilitierung, er sei seines Lehrauftrags in Frankfurt „verlustig gegangen“.<sup>1722</sup> Wundt, Haering, der damalige Dekan Bebermeyer<sup>1723</sup> und der Leiter der Dozentschaft Schwenk<sup>1724</sup> waren einverstanden. Wegen seiner Versetzung als Studienrat zog sich die Umhabilitierung noch ein ganzes Jahr hin, doch Grebe bot bereits im Mai 1938 Vorlesungen in Tübingen an.

Haering sowie Bebermeyer, Rektor Hermann Hoffmann (1891 – 1944) und Universitätsrat Theodor Knapp (1882 – 1962) unterstützten den Dozenten.<sup>1725</sup> Robert Wetzel (1898 – 1962), Nachfolger von Schwenk

---

er „nicht gutheißen konnte“, habe er verschwinden lassen. Vgl. „Erläuterungen zum Fragebogen“, in: StAS Wü 13/T2/2085, AZ/15E/3109, Grebe.

<sup>1720</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg gab er an, dass ihm und seiner Familie schwerer wirtschaftlicher und gesundheitlicher Schaden zugefügt worden sei, seiner akademischen Laufbahn seien in Frankfurt seit Herbst 1935 „unüberwindliche Hindernisse“ in den Weg gelegt worden. Der „Kampf“ gegen ihn habe im Herbst 1935 eingesetzt. So sei die Vergütung seines Lehrauftrages innerhalb von 14 Tagen um die Hälfte herabgesetzt, später sei ihm der Lehrauftrag vollständig entzogen worden. Er habe die Lehrtätigkeit dann ohne Vergütung in beschränktem Maße aufgenommen. Der damalige Frankfurter Studentenführer hätte seinem Vermieter gegenüber geäußert, Grebe werde niemals Professor werden, daraufhin habe der Vermieter ihm gekündigt. Vgl. Schreiben Wilhelm Grebes an den Rektor vom 2. August 1945, in: UAT 149/35.

<sup>1721</sup> Ihn habe Grebe „weit mehr zu fürchten“ gehabt. Alle Berufungen seien zunichte gemacht worden. Schreiben Wilhelm Grebes an den Rektor vom 2. August 1945, in: UAT 149/35.

<sup>1722</sup> Schreiben Wilhelm Grebes an die Philosophische Fakultät, ohne Datum, in: UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe).

<sup>1723</sup> „Professor Grebe hat sich als Dozent und als Gelehrter gut ausgewiesen, er ist politisch und charakterlich einwandfrei [...]“; Schreiben Gustav Bebermeyers an den Rektor Hermann Hoffmann vom 21. Januar 1938, in: UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe).

<sup>1724</sup> „Herr Grebe ist nach meinen bisherigen Erkundigungen politisch einwandfrei.“ Schreiben Walter Schwenks an Rektor Friedrich Focke vom 1. Februar 1938, in: UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe).

<sup>1725</sup> So schlug Haering vor, Grebe wenigstens einige Mark täglich als Zulage aus einer Stiftung „oder sonstwie“ zu verschaffen. Rektor Hoffmann befürwortete eine „Trennungszulage“, worauf Grebe auf unbürokratische Weise 150 Reichsmark aus der „Karl-Landsee-Stiftung“ des Hygiene-Instituts erhielt. UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe). Besonders Haering setzte sich für den späteren Verbleib von Grebe in Tübingen ein.

als Tübinger Dozentenschaftsleiter, schätzte ihn positiv ein: „Grebe scheint ein braver Mann zu sein, gegen den auch politisch nichts einzuwenden ist. Eine harte Kampfnatur ist er nicht, aber ganz gescheit.“<sup>1726</sup> Im April 1939 genehmigte der Reichsminister die Umhabilitation, am 18. Oktober 1939 wurde Grebe zum außerplanmäßigen Professor ernannt.<sup>1727</sup>

Haering hatte nicht nur seinen Anteil daran. Er führte ihn auch in die erlauchte „Dienstagsgesellschaft“ ein, einem laut Satzung demokratisch organisierten Verein Tübinger Professoren, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, den Austausch der Wissenschaften und Künste durch Vorträge zu intensivieren.<sup>1728</sup> Auch für den zweiten Band in der Reihe des „Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften“ von 1941 gewann Haering die Mitarbeit von Grebe, der einen Aufsatz über „Meister Eckehart“ beisteuerte.

Schroff ablehnend standen „die Großen“ der damaligen Philosophie Grebe gegenüber. Alfred Bäumler und auch Martin Heidegger (1889 – 1976) hielten nicht viel von ihm. Bäumler schrieb über ihn ein „vernichtende[s] Gutachten“, und auch Heidegger konnte dem Neutübinger nicht viel abgewinnen.<sup>1729</sup> Nur auf Drängen des NS-Dozentenbundes rückte Grebe im Januar 1941 bei der Verhandlung über die Nachfolge von Julius Ebbinghaus (1885 – 1981) in Rostock

---

<sup>1726</sup> Schreiben Robert Wetzels an den Rektor vom 15. Februar 1939, in: UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe).

<sup>1727</sup> UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe).

<sup>1728</sup> Unter den Mitgliedern der 1862 gegründeten „Dienstagsgesellschaft“ waren auch jene, die sich an der Universität Tübingen während der NS-Zeit besonders profilierten, wie etwa Gustav Bebermeyer, Robert Gaupp (1870 – 1953), Walter Schönfeld (1888 – 1954), Max Wundt, Theodor Haering, Gerhard Kittel oder Rupprecht Matthaei (1895 – 1976). Dennoch war diese Männer-Gesellschaft, die sich freitags oder auch mittwochs in den Räumen der Museumsgesellschaft traf, der Satzung zufolge nahezu basisdemokratisch organisiert. Die Vorträge – zumindest jene von Haering und Grebe – entstammten dem Titel nach jenen Themenbereichen, mit denen sich die beiden Philosophen aktuell beschäftigten. Grebe etwa sprach am 10. November 1939 über die – politisch kaum verdächtigen – logischen Paradoxien, und Haering referierte am 14. November 1944 über die bolschewistische Ideologie. Vgl. UAT 183/96. Nach den Vorträgen war „gemütliches Zusammensitzen“ angesagt. Jedes der Mitglieder konnte ein potenzielles Mitglied „einführen“. Nach den freien „Probeabenden“ konnte dann ein Antrag auf Aufnahme gestellt werden, wie Theodor Haering dem schwäbischen Schriftsteller Wilhelm Schussen (1874 – 1956) schrieb, den er ebenfalls „einführte“. Brief Theodor Haering an Wilhelm Schussen vom 10. November 1939, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Schussen, Zugangsnummer: 77.2090.

<sup>1729</sup> Tilitzki, 2002, 17. Seit Mitte der 1930er Jahre monierte Martin Heidegger, Grebes wissenschafts-theoretische Arbeiten würden zwar aktuelle Fragen berühren, jedoch mit „abgenutzten Fragestellungen des 19. Jahrhunderts“, die ihre Wurzeln im englischen Empirismus hätten. Grebes Wissenschaftstheorie entstamme dem westlichen Denken, ihr fehle daher „jeder wesentlich innere Bezug zur großen Überlieferung des deutschen Denkens.“ Tilitzki, 2002, 813. Die Abneigung beruhte auf Gegenseitigkeit. Mit dem Vorwurf, sich an die westliche Philosophie anzulehnen, machte man jeden verächtlich.

auf Platz 3 der Liste.<sup>1730</sup> Dass Christian Tilitzki Grebe zum „exklusiven Kreis der Dozenten“ rechnet, „in die man Hoffnungen für den ‚Aufbau‘ einer nationalsozialistischen Philosophie setzte“<sup>1731</sup>, ist – den Stellungnahmen und Dossiers zufolge – nachvollziehbar, zumal ihn der Sicherheitsdienst der SS in die Kategorie „Nationalsozialistische Philosophen“ einstuft, die versuchten, eine nationalsozialistische Philosophie zu begründen.<sup>1732</sup> Alfred Bäumler, Referatsleiter in der Dienststelle Rosenberg und späterer Leiter des Amtes Wissenschaft sowie Leiter der philosophischen Arbeitstagung auf Buderose, schien aber ganz andere Interessen zu haben, als er Grebe und rund 25 Nachwuchsphilosophen vom 12. bis 19. März 1939 zur Tagung auf Schloss Buderose einlud.<sup>1733</sup> Die Tagung war der einzige Versuch während der zwölf NS-Jahre, der Philosophie eine nationalsozialistische Basis zu erarbeiten.<sup>1734</sup> Auf Buderose sollte Grebe vorgeführt und abqualifiziert werden, gab er nach dem Krieg an. Er kritisierte in seinem Referat die Lebensphilosophie von Dilthey bis Heidegger als „reinste und konsequenteste Form des Idealismus“<sup>1735</sup>, die das Leben nur betrachte, nachvollziehe und suche, es zu verstehen, es aber nicht vollziehe. Die behauptete Lebensnähe habe sich als irrig erwiesen. Die Lebensphilosophie sei ein dogmatischerer und blinderer Idealismus als die ältere idealistische Philosophie. In der sich daran anschließenden Diskussion ist kein Disput festzustellen, wohl aber am Tag darauf, als die Besprechung des Grebe-Referates fortgesetzt wurde. Wilhelm Springmeyer

---

<sup>1730</sup> Tilitzki 2002, 814f.

<sup>1731</sup> Tilitzki 2002, 16.

<sup>1732</sup> BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 10.

<sup>1733</sup> Die vom „Amt Rosenberg“ auf Schloss Buderose veranstaltete Zusammenkunft war die einzige philosophische Tagung, die von einer NSDAP-Dienststelle organisiert wurde. Vgl. Leaman 1993, 30. Eigentlich sollte sie vom 8. – 12. Oktober 1939 in der Gauschulungsburg Vomperberg bei Innsbruck mit der „Deutschen Linie“ fortgeführt werden, wurde dann aber „bis auf weiteres verschoben“. Vgl. Bundesarchiv Berlin, NS 15/312, Blätter 55892 und 55 882. Während der achttägigen Dauer auf Buderose, dem heutigen Budoradz in Polen, wurden zwei „Kameradschaftsabende mit Lehrern der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt“ aus Neuzelle (bei Guben) organisiert. Vgl. Bundesarchiv Berlin NS 15/312, Blatt 59754. Die Tagung sollte diejenigen „revolutionären Kräfte“ zusammenfassen, „die sich an der Gedankenmacht der philosophischen Überlieferung, insbesondere des deutschen Idealismus, geschult“, aber nicht das Gefühl verloren haben, „dass mit der Weltanschauung des Nationalsozialismus auch ein neues Zeitalter der philosophischen Besinnung beginnt.“ In der Abgeschiedenheit von Schloss Buderose sollte sich „in einem strengen Kampf der Geister herausstellen, ob schon Ansätze eines neuen von der Ideenlehre der Vergangenheit unabhängigen Denkens fassbar“ sind. Rosenberg wollte persönlich anwesend sein. Vgl. Einladung zur Tagung auf Schloss Buderose vom 8. Februar 1939, in: Bundesarchiv Berlin, NS 15/312, Blatt 56004. Bereits im November 1938 vermerkte der Tübinger Rektor Hoffmann, dass Grebe nach Ansicht der Fachvertreter zum besten akademischen Nachwuchs in der Philosophie gehöre, er nehme an, dass er in absehbarer Zeit eine planmäßige Stelle bekommt. Vgl. Schreiben Rektor Hoffmann an Württembergisches Kultministerium vom 14. November 1938, in: UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe).

<sup>1734</sup> Leaman 1994, 55.

<sup>1735</sup> Grebe, Wilhelm: Der idealistische Charakter der Lebensphilosophie, Referat auf der philosophischen Arbeitstagung des Amtes Wissenschaft, 16. März 1939, 10., in: Bundesarchiv Berlin, NS 15/312, Blatt 59747.

ging Grebe an, weil der Mensch in dessen Gedankengang „völlig leer und unbestimmt“<sup>1736</sup> bleibe. Bäumler assistierte Springmeyer, der Mensch sei nicht leer, er sei „rassisch bestimmt“. Grebe habe die Frage nach dem Menschen überhaupt nicht gesehen. Auf diese Auseinandersetzung muss Grebe anspielen. Haering stellte sich im Juni desselben Jahres schützend vor seinen Tübinger Kollegen.<sup>1737</sup>

Von Mai 1938 bis zum Ende des Krieges bot Grebe an der Universität Tübingen 20 Vorlesungen und Übungen an: Einführungen in die Philosophie sowie Erkenntnistheorie, die Theorie der Wissenschaft oder die Geschichte des philosophischen Denkens in der Neuzeit waren ebenso Themen wie die „[k]ritische Lektüre von Heideggers ‚Sein und Zeit‘“ oder die Ontologie Nicolai Hartmanns.<sup>1738</sup> An den Ringvorlesungen der Tübinger Universität beteiligte sich Grebe dreimal: „Der Mensch in der germanisch-deutschen Weltanschauung (Eckehart, Kant)“, „Mensch und Sittlichkeit bei Kant“ sowie „Schicksal in systematischer Betrachtung“ hießen die Themen.

---

<sup>1736</sup> Fortsetzung der Besprechung des Referats von Wilhelm Grebe am 17. März 1939, vormittag, in: Bundesarchiv Berlin, NS 15/312, Blatt 59756.

<sup>1737</sup> Grebe berichtete in einem Schreiben an den Rektor der Tübinger Eberhard-Karls-Universität vom 12. September 1945, dass seine Lage nach der Tagung auf Schloss Buderose im Jahr 1939 „äußerst kritisch“ wurde. Sein „Gegensatz zum Leiter der Abteilung Wissenschaft im Amt Rosenberg“ – Alfred Bäumler – habe „schärfste Formen“ angenommen, so dass er in Sorge gewesen sei, es würde nun „ein verschärfter Kampf“ gegen ihn einsetzen. Vgl. UAT 149/37. Was war geschehen? Bäumler habe für Grebes Vortrag „Der idealistische Charakter der Lebensphilosophie“ einen Korreferenten bestellt. Dieser habe Grebes Vortrag in einem Vier-Augen-Gespräch zugestimmt, in der Aussprache jedoch dessen Gedanken „abfällig“ abgetan. Nach Ende der Sitzung habe sich der Korreferent bei Grebe für den „Dolchstoß“ entschuldigt und geäußert, Grebes Vortrag solle nach Bäumlers Weisung „ausgewalzt“, unbeachtet und totgeschwiegen werden. In der Tat lässt sich die Kontroverse zwischen Grebe und Bäumler anhand der Akten gut belegen. Vgl. BArch Berlin NS 15/312, Bl. 59738 – 59756. Eine „starke“ Absetzung von Bäumler und Heidegger notierte auch ein Dossier des Sicherheitsdienstes der SS (BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 40.) Bäumlers Verhalten sei nach dem Vortrag „persönlich verletzend“ geworden, Grebe habe mit seiner Frau „in ständiger Sorge“ gelebt, dass man ihn von der Universität entfernen würde (Schreiben Grebes an den Rektor vom 2. August 1945, in: UAT 149/35). Nach der Tagung wandte sich der Tübinger Dozentenführer und Leiter des NS-Dozentenbundes Robert Wetzell an Haering. Er solle ihm eine „Überschau“ über die gegenwärtige Philosophie und ihre Beitragsmöglichkeiten für den nationalsozialistischen Aufbau und die Kontroverse Bäumler/Grebe geben. Das tat Haering am 2. Juni 1939. Er verteidigte Grebe in dessen Einschätzung zur Lebensphilosophie und stellte – wie Grebe – ebenfalls in Frage, dass Bäumler „in seinen wenigen und fragmentarischen Verlautbarungen ein wirklich philosophisches Weltbild zu geben versucht hat.“ Wie Grebe richtig gesehen habe, gehöre Bäumler zu den Lebensphilosophen alten Stils. Bäumlers Lebensphilosophie könne „daher unmöglich den heutigen nötigen Neuansatz bilden.“ Denn dessen Lebensphilosophie nehme durch die Integration des Willens (des Geistigen) in die sachlichen Weltvorgänge notwendig alle Existenz und Besonderheit des Geistigen und mache sie zu einem bloßen biologischen Naturprodukt. Vgl. Schreiben Haerings an Wetzell vom 2. Juni 1939, in: UBT Md 1015/45.

<sup>1738</sup> Über den Inhalt von Grebes Vorlesungen und Übungen kann freilich nichts ausgesagt werden. Den Existenzphilosophen Heidegger wird Grebe kritisiert, den Ontologen Hartmann wird er positiv dargestellt haben.

In den Werken Grebes wird eine Entwicklung deutlich: Seine erkenntnistheoretisch, sprachphilosophisch, logisch und mathematisch orientierten Schriften<sup>1739</sup> am Beginn seiner wissenschaftlichen Karriere Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre baute er in ein umfassenderes System der Wissenschaften ein. Mitte der 1930er Jahre wandte er sich verstärkt Kant und dessen Konzeption vom „intelligiblen Charakter“ zu, der die menschliche Freiheit begründet. In den späten 1930er Jahren und zu Beginn der 1940er Jahre bearbeitete er den spätmittelalterlichen Philosophen und Theologen Meister Eckehart, auf den sich die deutsch-nationalen Philosophen in der Weimarer Republik und dann insbesondere im Nationalsozialismus häufig bezogen haben.

Ungewöhnlich ist das 1934 erschienene Werk „Geist und Sache“.<sup>1740</sup> Am Schluss seines im Herbst 1933 geschriebenen Vorworts bekennt der Philosoph, das Buch solle „an dem großen Werk der Erneuerung unseres deutschen Geisteslebens“ mithelfen. „Indem es das Wesen des Geistes bestimmt und indem es mahnt, dieses Wesen zu beachten und so gute, echte, ehrliche Arbeit bei diesem Werke zu verrichten, weiß es sich im Geiste Adolf Hitlers: ist es sich bewusst, im höchsten Sinn dem deutschen Volke zu dienen.“<sup>1741</sup> Was aber meint Grebe damit? Stellt er doch gleichzeitig fest, das Buch sei nicht „Ausdruck der geistigen Situation der Zeit“<sup>1742</sup>. Es sei – in Nietzsches Sinn – eher „unzeitgemäß“. Um Grebes Einstellung klarer herauszuarbeiten, muss an

---

<sup>1739</sup> Gegen die traditionelle formale Logik gerichtet unternimmt es Grebe 1929, den ihr zugrunde liegenden Formbegriff zu klären, da er bislang nicht ausreichend analysiert worden sei. Logik und Erkenntnistheorie seien verschieden, die Logik habe es lediglich mit der formalen Beschaffenheit des Denkens zu tun. Das übersehe die traditionelle Logik, die einzelne Erscheinungsweisen des Formalen erörtert und sie – etwa in der Lehre vom Urteil – ihrer Betrachtung unterwerfe. Sie wende also einen Begriff der Form an, ohne ihn klar herausgearbeitet zu haben. Unerörtert bleibe, dass das Urteil ein Formales sei und in welchem Sinne es formal sei. Grebe diskutiert in seinem Werk etwa die logischen Paradoxien, die Urteilsstruktur, das Urteil a priori und die Axiomatik und führt den Begriff der logischen Form auf den Uratbestand zurück. Erkenntnistheorie betrachte nicht die Form des Erkennens, sondern die Inhalte. Sie sei der Beginn der Einzelwissenschaften. Vgl. Grebe 1929; In „Erkennen und Zeit“ beschäftigte sich der Philosoph mit der Frage, wie es möglich ist, dass die Erfahrung Naturgesetze begründen kann, wie also Allgemeingesetzlichkeit aus einem individuellen Tatbestand hergeleitet werden darf. Auch das Induktionsproblem habe ihm zufolge keine befriedigende wissenschaftliche Lösung gefunden. Grebe kommt hier zu einem differenzierten Ergebnis: Apriorität haben die geometrischen Sätze, die Sätze aus der Induktion aber nicht. Beim Kausalitätsprinzip etwa müsse das geheime Band zwischen Ursache und Wirkung aufgezeigt werden, eine Verbindung der bislang angenommenen Art gebe es nicht. Am Schluss der Untersuchung formulierte er eine neue Fragestellung zur Zeitlehre und schloss sich an die Lehre von Henri Bergson an. Vgl. Grebe 1931; Der Relativitätstheorie von Albert Einstein kann Grebe nicht folgen. Vgl. Grebe 1934/35.

<sup>1740</sup> Grebe 1934.

<sup>1741</sup> Grebe 1934, IV.

<sup>1742</sup> Hier gebraucht Grebe den Titel des von Karl Jaspers 1931 veröffentlichten zeitkritischen Werks, in dem Jaspers auch vor dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus warnte (siehe Kapitel IV).

dieser Stelle etwas ausführlicher auf das Buch eingegangen werden. Vordergründig biedert er sich mit diesem Zitat dem Nationalsozialismus und Hitler an. Möglich, dass es sich nur um eine „clausula salvatoria des Verfassers“<sup>1743</sup> handelte, wie nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gutachter formuliert hat, es ist aber auch möglich, dass Grebe den Nationalsozialismus 1933 durchaus begrüßt, aber falsch eingeschätzt hatte.<sup>1744</sup> Letzteres ist der Fall. Wie der Philosoph selbst nach dem Weltkrieg angab, hatte er mit seinem Eintritt in die NSDAP gehofft, „die Partei werde eine wirkliche Volksgemeinschaft herstellen“<sup>1745</sup>, er wollte an der Überwindung der sozialen Gegensätze mitarbeiten, die ihm stets ein „dringliches Anliegen“ gewesen sei. Es gehörte zu seinen „bittersten Enttäuschungen“, dass der innere Frieden im Volke ausblieb.

Wissenschaftlich steht Grebe in „Geist und Sache“ dem Phänomenologen Edmund Husserl und dem Ontologen Nicolai Hartmann nahe, orientiert sich aber auch an Wilhelm Dilthey und am Erkenntnistheoretiker und Logiker Rudolf Carnap (1891 – 1970). Dem gesellschaftspolitischen Engagement vieler seiner Kollegen muss Grebe seinem Wissenschaftsverständnis zufolge ablehnend gegenübergestanden haben, inhaltlich steht er der nationalsozialistischen Auffassung von einer „volksgebundenen“ oder gar „völkischen Philosophie“ fern.

Der Philosoph unterscheidet in Anlehnung an Dilthey zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, fordert mit Husserl<sup>1746</sup> „zurück zu den Sachen“<sup>1747</sup> und macht den Versuch, eine Theorie der Geisteswissenschaften zu begründen. Nach der theoretischen Grundlegung im ersten Teil ist der zweite Teil praktisch orientiert. Geisteswissenschaften, so Grebe, beschäftigen sich mit dem menschlichen Tun, das „objektiviertes Tun“<sup>1748</sup>, „tätiges Leben“, „Geist“ oder auch „Kultur“ ist. Gegenstand sei allein der handelnde Mensch, die Persönlichkeit. Die Geschichte etwa sei ein Paradigma der Geisteswissenschaften. Zu ihnen

---

<sup>1743</sup> Beurteilung der Schriften Wilhelm Grebes vom 11. Oktober 1946, StAS Wü 13/T2/2085, AZ/15E/3109, Name des Verfassers unleserlich.

<sup>1744</sup> In einer weiteren Stelle des Werks drückt Grebe die Hoffnung aus, „dass in dem Maße, in dem der Nationalsozialismus mit seiner Herausstellung des Wertes echter Arbeit und in seiner tiefen Abneigung gegen alle Blasiertheit und alles Drohmentum geistiger Besitz der Allgemeinheit wird“ und dass der „geistige Mensch“ (jener, der lediglich historisieren, nacherleben oder verstehen will) „in seiner Hohlheit und in seinem Überflüssigsein immer mehr durchschaut wird, so dass er der verdienten Lächerlichkeit verfällt.“ Grebe 1934, 206.

<sup>1745</sup> Schreiben Wilhelm Grebe an den Rektor der Tübinger Universität vom 12. September 1945, in: UAT 149/37.

<sup>1746</sup> Edmund Husserl war nach nationalsozialistischer Lesart „nichtarisch“ und wurde deshalb bereits 1933 beurlaubt, 1935 wurde ihm die Lehrbefugnis entzogen. Wenn Grebe sich ausdrücklich 1934 auf ihn beruft, ist das schon nahezu ein Affront gegenüber den deutsch-nationalen und insbesondere den völkischen Philosophen.

<sup>1747</sup> Grebe 1934, 221.

<sup>1748</sup> Grebe 1934, 15.

gehörten auch die Geschichte der Mathematik oder die Geschichte der Physik.

Aber auch die „geisteswissenschaftliche Philosophie“, die Grebe von der „schlichten Philosophie“ abhebt.<sup>1749</sup> Während „schlichte Philosophie“<sup>1750</sup> grundsätzlich auf das Wesen der „uns als Natur gegenüberstehenden Welt“<sup>1751</sup> oder auf die Frage nach Raum und Zeit gerichtet sei, während sie beantworte, was die Unendlichkeit der Welt oder strenge Naturgesetzlichkeit bedeute und sich damit an Husserls Forderung nach „strenger Wissenschaft“ orientiere, den Psychologismus, den Historismus und den Relativismus ablehne, suche der bloß geisteswissenschaftliche Philosoph nach den Antworten auf diese Fragen in den jeweiligen Zeiten und Kulturen und gebe lediglich an, wie sich der Mensch in den verschiedenen Zeiten dazu verhalten habe, er arbeite also historisierend. Das aber sei „Weltanschauungslehre“ – „im Sinne einer Lehre von den Weltanschauungen“<sup>1752</sup>. Das Tun des Menschen beschreibend komme es darauf an, den Sinn des Tuns herauszuarbeiten. Dies sei in letzter Linie der geisteswissenschaftliche Gegenstand. Ziel sei – mit Dilthey – das Verstehen.<sup>1753</sup> Gesetze, etwa im Sinne der Kausalität, gebe es in der Geisteswissenschaft nicht, sonst müsste stets unter bestimmten Bedingungen gleich gehandelt werden. Die Geisteswissenschaft habe es mit Theorien zu tun, die – einer Arbeitshypothese gleich – so lange gelten, bis sie widerlegt werden.<sup>1754</sup> Eine Einmischung der Geisteswissenschaftler in die Gestaltung der Kultur lehnt Grebe ab, Imperative oder Sollensgesetze dürfen sie nicht aufstellen, erst recht nicht, wenn sie sich im Sinne des Zeitgeistes engagierten.

Gesetzlichkeit komme nur „der Sache“ zu, der Geist<sup>1755</sup> könne nie „Sache“ werden.<sup>1756</sup> Mit „der Sache“ aber beschäftigen sich Logik und Erkenntnistheorie, ebenso jene Forscher, die sich etwa mit dem Wesen des Religiösen oder des Ästhetischen auseinandersetzen. „Dynamische Wahrheiten“, wonach sich die Wahrheit ein und derselben Sache an

---

<sup>1749</sup> Grebe 1934, 25f.

<sup>1750</sup> „Schlicht“ hat für Grebe eine qualitativ höhere Bedeutung. „Auch die Naturwissenschaften sind ihm zufolge „schlichte Wissenschaften“. Vgl. Grebe 1934, 28.

<sup>1751</sup> Grebe 1934, 26.

<sup>1752</sup> Grebe 1934, 26.

<sup>1753</sup> Vgl. Grebe 1934, 45.

<sup>1754</sup> Vgl. Grebe 1934, 138.

<sup>1755</sup> Ähnlich wie Dilthey unterscheidet Grebe den subjektiven und objektiven Geist. Unter dem „subjektiven Geist“ versteht Grebe die einzelnen „Tunsakte“ der Persönlichkeit, der „objektive Geist“ (nicht wie bei Hegel metaphysisch-spekulativ) ist die Manifestation aller mittel- oder unmittelbar auf die Individuen wirkenden und ihre Handlungen beeinflussenden kulturellen, sozialen oder politischen Bedingungen. Subjektiver und objektiver Geist stehen in Wechselwirkung zueinander. Vgl. Grebe 1934, 115ff.

<sup>1756</sup> Vgl. Grebe 1934, 74ff.

der jeweiligen zeitlichen Situation orientiert und somit wechselt, haben keine Berechtigung, Philosophie gebe sich dann selbst auf. Der Wissenschaftler müsse sich aller Bewertung, Kritik und Beurteilung enthalten. Grebe mahnt „Sachorientierung“, „sachgerechtes Handeln“ an, „eine Rückkehr zu ernstester und sauberster sachlicher Arbeit.“<sup>1757</sup> Er will auf die „Phänomene“ zurück, die Husserl durch die „eidetische Reduktion“ erreicht, indem er von den Zufälligkeiten absieht und sich durch eine Wesensschau dem „Wesen der Sache“ nähert.

Nur auf diesem Wege gesteht Grebe eine Beschäftigung mit dem „Volkstum“ zu. Man dürfe diesen Begriff nicht zum „Handeln auf Kultur hin zum Maßstab“ und so „eine Wissenschaft deutschen Charakters“<sup>1758</sup> machen. Der „Begriff des deutschen Wesens“ dürfe nur im „bloß betrachtende[n] und bloß erkennende[n] geisteswissenschaftlichen Denken“<sup>1759</sup> aufgenommen werden, nicht jedoch darf von ihm aktiv Gebrauch gemacht werden. Denn „Deutschsein“ bedeute – diesmal mit Richard Wagner – etwas ausschließlich um der Sache willen tun, wenn unter dem deutschen Charakter Gediegenheit, Geradheit, Ehrlichkeit, Verzicht auf Fassade verstanden werde.<sup>1760</sup> Aber die ein Geistiges als deutsch kennzeichnenden Charaktere könnten erst festgestellt werden, nachdem das von Deutschen vollzogene Geistige vorliegt. Der deutsche Geist dürfe nicht starr normiert werden, man solle ihn wachsen lassen, indem er sich von „den Sachen“ her bestimmen lässt. Sonst werde ihm unermesslicher Schaden zugefügt.<sup>1761</sup> „Sachgemäßheit“, Orientierung an der „Sachwelt“ und Erfüllung ihrer Forderungen haben laut Grebe auch in der Erziehung oberste Priorität, es dürfe sie als eine besondere, normative, Ziele setzende Geisteswissenschaft neben dem „Sachwissen“ nicht geben.<sup>1762</sup> Damit kritisiert er das im „Liberalismus“ diskutierte Konzept des „schlechten“ Humanismus, der ein Idealbild des Menschen aufgestellt, das „rein und voll Menschliche“, den „harmonischen Menschen“ propagiert habe, ohne dafür die Kriterien oder Definitionen angeben zu können. Diese Begriffe seien leer, der „schlechte“ Humanismus habe nur „lebensunfähige, der Welt blasiiert gegenüberstehende, bedauernswerte Wesen“<sup>1763</sup> konstruiert, exak-

---

<sup>1757</sup> Grebe 1934, 195. Sein „Kampf gegen den Wahrheitsrelativismus“ sei einer der Gründe gewesen, weshalb Bäumler und Kriek in Gegnerschaft zu ihm getreten seien. Schreiben Wilhelm Grebes an den Rektor vom 2. August 1945, in: UAT 149/35.

<sup>1758</sup> Grebe, 1934, 193. Die damals geläufigen Begriffe „deutsche Physik“ oder „deutsche Philosophie“ interpretiert Grebe als den Bereich der „äußeren Situation“ („naturwissenschaftlich-anthropologisch“, lokal), in dem Wissenschaft von deutschen Menschen betrieben werde. Eine inhaltliche Festlegung in Abgrenzung gegenüber den Franzosen oder Engländern – wie sie häufig von deutsch-nationalen Denkern in Anschlag gebracht wurden – nimmt er nicht vor.

<sup>1759</sup> Grebe 1934, 194.

<sup>1760</sup> Vgl. Grebe 1934, 195.

<sup>1761</sup> Vgl. Grebe 1934, 195.

<sup>1762</sup> Grebe 1934, 197.

<sup>1763</sup> Grebe 1934, 199.



tes Denken sei jedoch eine fundamentale Voraussetzung „sachgerechten Tuns“<sup>1764</sup> und des „reinen“ Humanismus. Der orientiert sich in der „Sachwelt“ an ethischen Werten wie Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Tapferkeit und Hilfsbereitschaft.

Weil sich Grebe zufolge das geisteswissenschaftliche Denken (die Betrachtung von außen, historisierendes Denken, das Sich-Hineinversetzen) immer mehr ausbreite, sei die Kultur bedroht. Man stehe nicht mehr in der Kultur, gestalte sie nicht mit, sondern stehe am Rande und betrachte sie. Anstelle echten ästhetischen Genusses oder religiöser Frömmigkeit sei das Betrachten solchen Verhaltens, das „Verstehen“ oder Nacherleben getreten. Die Historisierung der Wissenschaften habe insbesondere in der Philosophie einen breiten Raum eingenommen, überall mache sich „alexandrinisches Gelehrtentum“<sup>1765</sup> breit. Statt Philosophie, Medizin oder Mathematik zu betreiben, untersuchten die Forscher das „hinter“ den Leistungen der Wissenschaftler stehende Menschentum. Das ist jedoch nicht Aufgabe der nicht-geisteswissenschaftlichen Arbeit, zu der Grebe auch die Philosophie zählt, da sie auf Wesenserkenntnis ausgeht. Die Philosophie habe die Pflicht, sich wieder auf ihr Wesen zu besinnen und „Sachwissenschaft“<sup>1766</sup> zu werden.

Ohne Husserl ausdrücklich zu nennen, legt Grebe noch während seiner Frankfurter Zeit drei Jahre später auch seinem Werk „Der tätige Mensch“ einen phänomenologischen Ansatz zugrunde.<sup>1767</sup> Dabei ist auffallend, dass er gelegentlich nationalsozialistische Denkmuster aufgreift und dem Nationalsozialismus gegenüber kleine Zugeständnisse macht oder vordergründig zu machen scheint, im Grunde jedoch auf seiner inhaltlichen Festlegung von 1934 beharrt. So etwa, indem er die damalige Bezeichnung des Monatsnamens seinem Vorwort anhängt, er datiert es auf „den 1. im Ernting“ 1937 statt auf den 1. August. Und nur scheinbar gibt er der (pädagogischen) Wissenschaft in der „jüngsten Epoche“ Recht, wenn er ihr zubilligt, den Sinn des Erziehens begründen zu wollen und ihn in der Erhaltung und Fortführung der Kultur zu sehen.<sup>1768</sup> Doch am Schluss seines ersten Teils rückt der Philosoph diese Vorstellung wieder in seinem Sinne zurecht: Kultur lasse sich nicht als Gegenstand, als Ding „von Hand zu Hand weiterreichen“, es könne nur in einer nachkommenden, sekundären, also histo-

---

<sup>1764</sup> Grebe 1934, 201.

<sup>1765</sup> Grebe 1934, 206.

<sup>1766</sup> Grebe 1934, 221. Zu den „Sachwissenschaften“ zählt Grebe auch die Naturwissenschaften sowie die Mathematik. Vgl. Grebe 1935/36a, 202.

<sup>1767</sup> Grebe 1937a; In Anlehnung an Kants empirischen und intelligiblen Charakter erörterte Grebe in dem in drei Teile gegliederten Werk den Sinn des Erziehens, Heideggers Existenzontologie und das seiende und das sich vollziehende Ich.

<sup>1768</sup> Grebe 1937a, 2f.

rischen Betrachtung festgestellt werden, wie sie beschaffen war, wie sie durch Erziehung übertragen wurde.<sup>1769</sup> Denn Grebe zufolge ist der Mensch seinem Wesen nach der „tätige Mensch“, dessen Handeln sich an den – phänomenologisch betrachteten – „Sachen“ vollzieht, der Mensch, der sich durch „sachgemäßes Handeln“ gestaltet, der gut und richtig handelt. Nur so kann es begründbar und gerechtfertigt sein. Dies gelte auch für den Erziehenden.<sup>1770</sup> Handeln ist stets „sachgerechtes Handeln“, wobei die ethischen Werte bestimmend sind – neukanitisch und in Anlehnung an Lotze: sie gelten, sind unabhängig vom Handeln und bestehen an sich.<sup>1771</sup> Grebe weist abermals eine normative Pädagogik zurück, die das von ihr aufgestellte Idealbild vom Menschen in die Praxis umsetzen will und stellt sich somit gegen die nationalsozialistische Forderung, das von ihr gefundene Menschenbild praktisch umzusetzen. Das sei nicht Aufgabe der wissenschaftlichen Pädagogik. Ob es wiederum eine „clausula salvatoria“ oder ein Zugeständnis an den Nationalsozialismus ist, wenn Grebe „die Sachforderungen meisternde und die Tat vollbringende Führerpersönlichkeit“ ins Spiel bringt, die dem Erzieher „die Richtung weisen muss“, der aber in den Einzelheiten und in der Kleinarbeit „der Sachkundige“<sup>1772</sup> bleibt, kann hier nicht entschieden werden. Wenn die „Führerpersönlichkeit“ allerdings die „Sachforderungen“ Grebes berücksichtigt, ist sie keine im Sinne des Nationalsozialismus.

Im zweiten Teil misst Grebe seine „Philosophie des Handelns“ an der von Dilthey bis zu Heidegger und Karl Jaspers führenden Lebensphilosophie, insbesondere setzt er sich mit Heidegger und dessen „existenzphilosophischer Ausprägung der Lebensphilosophie“ kritisch auseinander, ja, er degradiert sie geradezu. Dem Freiburger Philosophen attestiert er, dass dessen Wortwahl zwar vom gewöhnlichen Sprachgebrauch abweiche, aber doch eben das gleiche bezeichne wie andere Theorien auch, etwa das Erkennen, den Gegenstand oder die Kategorie. Inhaltlich sei auf lebensphilosophischer Basis keine wahrhaft adäquate Erfassung des Handlungsphänomens möglich, denn eine solche Philosophie müsse den Menschen in seiner Aktivität sehen, gleichzeitig über das Handeln hinaus auf die Haltung des Handelns verweisen, sie fordern und verwirklichen.<sup>1773</sup> Die Existenzphilosophie sei „weit davon entfernt“, das Dasein in seiner ganzen Fülle zu sein. Sie lasse keine Entscheidungen zwischen „richtig“ und „falsch“, „gut“ und

---

<sup>1769</sup> Vgl. Grebe 1937a, 15.

<sup>1770</sup> Grebe 1937a, 9f.

<sup>1771</sup> Vgl. Grebe 1937a, 11.

<sup>1772</sup> Grebe 1937a, 12. An dieser Stelle nimmt Grebe eine kleine Verschiebung vor: 1934 entscheiden die Erzieher, was „sachgerecht“ ist, eine „Führerpersönlichkeit“ hatte Grebe zu dieser Zeit noch nicht in sein System eingeführt.

<sup>1773</sup> Vgl. Grebe 1937a, 16f.

„schlecht“ zu, das seien für sie „sinnlose Begriffe“.<sup>1774</sup> Es interessiere sie nur, wie das Dasein ist, nicht aber, „wie es richtig ist, nicht wie es sein soll.“<sup>1775</sup> Sie bewege sich nicht in der Ebene des Handelns, stehe abseits vom Leben der Schaffenden, lebe – unbeteiligt an der Bewältigung sachlicher Aufgaben – „ihr eigenes und defizientes Dasein“<sup>1776</sup> und lähme die Schaffenskraft. So bleibe sie „grundsätzlich unfruchtbar für das Dasein“<sup>1777</sup> und habe sich zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Würde sie ihr Geschäft ernsthaft und wahrhaftig durchführen, müsse sie sich selbst aufheben.<sup>1778</sup>

Das musste freilich starker Tobak für Heidegger sein. Der noch in Frankfurter Diensten stehende Grebe orientierte sich im dritten Teil seines Werks an der kantischen Unterscheidung vom „empirischen“ und „intelligiblen Charakter“, entwarf seine Philosophie des Handelns im Hinblick auf die Freiheit.<sup>1779</sup> Dabei ist wiederum bemerkenswert, wie Grebe durch seine Wortwahl Zugeständnisse an die Nationalsozialisten zu machen scheint, inhaltlich von seiner Position aber nicht abrückt. Im „Sosein“ (Kants „empirischer Charakter“) des Menschen liegen Ursache und Wirkung nahe beieinander – sämtliche Bedingungen des Handelns, in der Persönlichkeit wie auch im Wissen, aber auch in dem, was die „Rassen- und Vererbungslehre“ propagiert, die sich laut Grebe „hohe Verdienste erworben hat.“<sup>1780</sup> „Das Blut“ spricht in den seelischen Regungen des Menschen, das Seelenleben sei kein Objekt des freien Wollens, es sei vielmehr „tief verwurzelt“ in der durch „Rasse“ und „Ahnenreihe“ bestimmten Herkunft, „Rassenzugehörigkeit“ und „Erbmasse“ bestimmten die „menschliche Substanz“. Deterministisch beeinflusst also die Natur den Menschen. Doch die Rassen- und Vererbungslehre im Sinne des Nationalsozialismus relativiert Grebe im Folgenden. Denn diese „Innenphänomene“ machten nicht die gesamte „Sachwelt“ aus. Auch die räumliche Welt mit all ihren Verknüpfungen und die idealen Gegenstände, insbesondere die Werte („Ehre, Treue, Wahrhaftigkeit, aufrechtes Menschentum“<sup>1781</sup>) bestimmten das Handeln, ebenso sind Zweck und Mittel des Handelns wie auch etwa Angst und Bequemlichkeit „Sachen“, die auf das Handeln ihren Einfluss ausüben.

---

<sup>1774</sup> Grebe 1937a, 30.

<sup>1775</sup> Grebe 1937a, 31.

<sup>1776</sup> Grebe 1937a, 31.

<sup>1777</sup> Grebe 1937a, 38.

<sup>1778</sup> Vgl. Grebe 1937a, 50.

<sup>1779</sup> Den Hinweis auf Kant gibt Grebe selbst; vgl. Grebe 1937a, 107. Grebe kritisiert in seinem Werk auch die sokratische Lehrbarkeit der Tugend, die er „Intellektualismus“ nennt. Das Wissen könne niemals die überragende Funktion erlangen, das Verhalten des Menschen zu bestimmen. Immer sei auch eine psychische Komponente beteiligt. Vgl. Grebe 1937a, 68.

<sup>1780</sup> Grebe 1937a, 65.

<sup>1781</sup> Grebe 1937a, 65.

Das „Ich“ aber scheidet Grebe von den „Innenphänomenen“, der Natur und der Psyche.<sup>1782</sup> Es nimmt zwar zu ihnen Stellung, ist mit dem Handeln identisch, kann jedoch nicht begriffen, nicht gedanklich erfasst werden, es ist „irrational“ und „macht das tiefste Wesen des Menschen aus.“<sup>1783</sup> Es erinnert an Kants „Ding an sich“, das Einfluss auf den „empirischen Charakter“ hat, aber den „natürlichen Bedingungen“ nicht untersteht. Dieses „Ich“, Kants „intelligibler Charakter“, ist transzendental, gehört zur Vernunftsphäre und kann die naturhaften Abläufe stoppen, abbiegen, stören, kann Gesetzmäßigkeiten durchbrechen. Der Mensch ist somit „im **Vollzug** befindliche Veränderung“<sup>1784</sup>. Das ist Entwicklung und bringt Neues, „hier tritt das Schöpfertum des Menschen als das schlechthin Irrationale in die Welt“<sup>1785</sup>, mit der die Zukunft gestaltet werden kann. Hinter dem seienden Ich steht das sich vollziehende nicht-statische Ich, das nicht erkannt werden kann. Grebe schafft hiermit der Freiheit des Menschen Raum, einer positiv verstandenen „Freiheit zu“, die dem Menschen in der rassen- und erbbiologischen Betrachtung nicht gewährt wird. Der Rassen- und Erbbiologie gesteht er die Erforschung des seienden Menschen zu, aber sie verliere jeglichen Sinn, sobald sie den ganzen Menschen (also auch „den sich vollziehenden“, den Kant’schen „intelligiblen Charakter“) in den Blick nimmt.<sup>1786</sup> Sofern sie historisch arbeitet und nicht aktiv wird, lässt Grebe sie gewähren, sobald sie jedoch schon werte, wird sie aktiv, dann überschreite sie eine Grenze. Diese geisteswissenschaftliche, wertende und aktive Anthropologie entdeckt Grebe in der Lebensphilosophie, die – ohne einen Maßstab zu haben – durch Umbiegung und Verfälschung werte.<sup>1787</sup>

Seinem fachwissenschaftlichen Anspruch bleibt Grebe auch in seinem Aufsatz zu Meister Eckehart<sup>1788</sup> nahezu treu, weder eine Verwässerung

---

<sup>1782</sup> Grebe 1937a, 70.

<sup>1783</sup> Grebe 1937a, 71; Grebe meint mit „Irrationalität“ nicht „Unergründlichkeit“, „Unerschöpflichkeit“ oder „Rätselhaftigkeit“, sondern „nicht fassbar“, „nicht ergreifbar“. Vgl. Grebe 1937a, 75.

<sup>1784</sup> Hervorhebung von Grebe 1937a, 91.

<sup>1785</sup> Grebe 1937a, 91.

<sup>1786</sup> Vgl. Grebe 1937a, 98.

<sup>1787</sup> Grebe 1937a, 104.

<sup>1788</sup> So schrieb Grebe für den von Haering 1941 herausgegebenen zweiten Band in der Reihe des „Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften“ einen Aufsatz über „Meister Eckehart“. Wiederum knüpft er an Kants „empirischen“ und „intelligiblen Charakter“ an und legt seinen Ausführungen seine phänomenologisch gewendete „Philosophie des Handelns“ zugrunde (bei Meister Eckehart ist es entsprechend der „äußere“ und der „innere Mensch“, in Grebes Gedankensystem der „seiende“ und der „sich vollziehende Mensch“). Die Seele gehört zwar dem seienden Menschen an, ist Teil der Leib-Seele-Einheit, aber das hinter ihr liegende „Etwas“ (in Eckeharts Sprache „das Licht“, „das „Fünklein“) gehört dem Inneren, dem eigentlichen Selbst des Menschen an und ist unerkennbar (Grebes „irrationales Ich“, Kants „intelligibler Charakter“). Dieses „innere Ich“ besitzt Intentionalität, wirkt in die seiende Welt hinein, handelt und wird somit dynamisch verstanden. Der letzte Sinn des Menschen ist die Wahrung der Menschenwürde, weshalb die „Pflichterfüllung“ höchstes Gebot

seines phänomenologischen Ansatzes noch eine Anbiederung an den Nationalsozialismus<sup>1789</sup> ist festzustellen. Die NS-Institutionen stellten dem Philosophen gute Zeugnisse aus, obwohl sie mit dessen Eckehart-Interpretation nicht konform gingen.<sup>1790</sup> Wilhelm Grebe nutzte seine

---

wird, um das Menschentum zu verwirklichen, und einen rechten Lebensvollzug in der Auseinandersetzung mit dem Gegebenen begründet. „Menschenwürde“ heißt bei Eckehart auch „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, oder „Armut“. Eckehart jedoch kenne nur die „negative Freiheit“, die „Freiheit von“, die „positive Freiheit“, die „Freiheit zu“ ist für Grebe jedoch die angemessene Beschreibung des menschlichen Selbstvollzugs. Vgl. Grebe 1941a; Das aber ist Kants Willensfreiheit. Es zeichnet Grebe aus, dass er die Ausdrucksweise Meister Eckeharts beibehält, sie jedoch in seine eigene Sprache überträgt, dem Leser somit die Unterschiede verdeutlicht und ihm stets eine Orientierung an die Hand gibt. Grebe reißt – anders als viele seiner deutsch-nationalen und deutsch-völkischen Kollegen es tun – somit Eckehart nicht aus seinem mittelalterlichen Zusammenhang. Er setzt auch das Denken Eckeharts nicht mit einer „germanischen Weltanschauung“ gleich, sondern betont, dass es aus der Haltung des „Tragisch-Heldischen im germanischen Sinn“ heraus verstanden werden muss – „das Germanische“ selbst bleibt historisch und wird nicht vordergründig in die nationalsozialistische Gegenwart übertragen, den Bezug kann der unbedarfte Leser freilich herstellen, er wird nahegelegt. Das „Tragisch-Heldische“ besteht für Grebe nicht im Fatalismus, es enthält immer auch ein „Sollen“, das sich dem „Schicksal“ nicht einfach unterwirft, sondern sich ihm entgegenstellt und es bezwingen kann. Zwar bediene sich Eckehart der christlichen Sprechweise, das christliche Denken durchbreche er aber. Eckehart sei kein Vertreter der christlich-scholastischen Philosophie. Denn er verlege Gott in den Menschen hinein, er ist mit dem „inneren Menschen“ identisch. Diese Interpretation trennt Grebe aber auch von der katholisch inspirierten Theologie (vgl. Benz 1939/40, 384ff.). Ulrich Sieg interpretiert Grebe in seinem verdienstvollen Werk etwas zu eng, wenn er Grebe vorwirft, „Meister Eckehart zum Inbegriff des germanischen Menschen“ zu stilisieren, „dem jede Form westlicher Oberflächlichkeit fremd sei“ und „[I]nsbesondere ... jene tragische Haltung zum eigenen Untergang“ einnehme, die dem auf Versöhnung ausgerichteten Christentum fremd bleiben müsse.“ Sieg, 2013, 230. In der Tat macht es Grebe dem Leser nicht leicht, er laviert zwischen einer dem Nationalsozialismus scheinbar entgegenkommenden und ihn gleichzeitig kritisierenden Interpretation, indem er sich im nächsten Augenblick wieder von ihr löst. Ein weiteres Beispiel ist der letzte Satz seines Aufsatzes: „Die gehorsame Tat ist des Menschen Wesen und Bestimmung“, schreibt er. Sie kann auf Gott bezogen sein, sie könnte auch „im Befolgen dessen“ ihren Ausdruck finden, „was als Forderung in dem Seienden liegt“ (Grebe 1941a, 67.), also im nationalsozialistischen Wertekanon begründet ist. Doch der Duktus seines Aufsatzes, die Herleitung seines Begriffs des Handelns lässt die nationalsozialistische Variante nicht zu.

<sup>1789</sup> Bereits NSDAP-Chefideologe Alfred Rosenberg hatte in seinem „Mythos des 20. Jahrhunderts“ die Richtung der Eckehart-Interpretation vorgegeben, indem er ihn „als den größten Apostel des nordischen Abendlandes“ vorgestellt hatte, der einer eigenen religiösen Entwicklung der Deutschen die wichtigsten Anregungen gab. Die auch der deutschen philosophischen Gesellschaft nahestehenden deutsch-nationalen und völkischen Philosophen schlossen sich dieser Sichtweise an wie etwa der Greifswalder Hermann Schwarz, der im Eckehart'schen Denken „Grundelemente nordischer Religion“ fand. Vgl. Benz 1939/40, 379f. Dort auch eine Übersicht zur zeitgenössischen Forschungslage über Meister Eckehart. In dem bereits erwähnten Schreiben Grebes an den Rektor vom 2. August 1945 gibt der Philosoph an, seine These von der Göttlichkeit des Menschen sei [von Bäumler und Krieck] abgelehnt worden. Vgl. Schreiben Wilhelm Grebes an den Rektor vom 2. August 1945, in: UAT 149/35.

<sup>1790</sup> In einem Schreiben an das Hauptamt Wissenschaft vom 23. Dezember 1942 analysierte das „Kulturpolitische Archiv“ den Aufsatz Grebes über Eckehart. Vom nationalsozialistischen Standpunkt aus erkannte es eine „Fehlmeinung“ Grebes, dass der „innere Mensch“ nicht den Erbgesetzen unterworfen sein soll, obwohl er sich bemühe, „das Typische an Eckeharts Philosophie als artgemäss germanische und damit auch als unserer heutigen Weltanschauung entsprechend nachzuweisen.“ Siehe

Freiräume, die eigene Disziplin nahezu zu behaupten, musste sich nach der Veröffentlichung seines Aufsatzes zum „germanischen Schicksalsgedanken“<sup>1791</sup> jedoch eine „Bagatellisierung der Vererbungstatsachen und -erkenntnisse und des Rassegedankens“ von Helmut Groos<sup>1792</sup>

---

BArch Berlin NS 15/158b, Bl. 201. Im Dossier des Sicherheitsdienstes der SS wird Grebe politisch „positiv“ eingeschätzt. Er sei ein Gegner der Lebens- und der Verstandesphilosophie, setze sich von Bäumler und Heidegger stark ab, sei jedoch ein „klar ausgerichteter Nationalsozialist“, „PG“ seit 1933. Vgl. Dossier des Sicherheitsdienstes der SS zu den Philosophen an deutschen Hochschulen, in: BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 40. Und das für Stellungnahmen über Professoren zuständige „Kulturpolitische Archiv“ in Berlin befand in seinem Dossier an die „Reichsstelle Deutsches Volksbildungswerk“ vom 24. Februar 1943, dass Grebe „in politischer und weltanschaulicher Beziehung als absolut einwandfrei gelten kann und er auch als Gelehrter einen ausgezeichneten Ruf besitzt.“ Doch es riet dem Volksbildungswerk ab, Grebe einen Vortrag über Meister Eckehart halten zu lassen. Einerseits sei er viel zu schwierig für unvorbereitete Menschen. Andererseits werde die Eckehart-Deutung nicht in ein „günstigeres Licht“ gesetzt, wenn es nicht gelinge, die bestehende schlechte Meinung über die Philosophie zu beseitigen. Vgl. BArch Berlin NS 15/33a, Bl. 87.

<sup>1791</sup> Grebe 1941b. Der Philosoph behandelt den germanischen Schicksalsgedanken im Januar-Heft der Monatszeitschrift „Deutscher Glaube“ rein historisch und anhand der Quellen. Wie bereits im „Meister Eckehart“ legt Grebe diesen Ausführungen seine Theorie vom „seienden“ und „sich vollziehenden Menschen“ (der „empirische“ und der „intelligible Charakter“) zugrunde, lässt das Schicksal nicht fatalistisch sein Werk tun, sondern setzt ihm seinen positiven Begriff einer „Freiheit zu“ entgegen. Sofern Grebe von Schicksal und dem germanischen Menschen spricht, bleibt er historisch bei den nordischen Sagen, sobald er jedoch seine Theorie des Handelns beschreibt, will er sie für die Gegenwart nutzbar machen. Den Erkenntnissen in der (psychologischen) Erb- und Rassenkunde spricht er explizit ab, „den ganzen Menschen“ und „den eigentlichen Menschen“ zu betreffen, sie meinen nur den „empirischen Menschen“. „Versagen“ wirft Grebe „gewissen Gestalten der gegenwärtigen deutschen Philosophie“ (Grebe 1941b, 17) vor und meint die Vertreter der Existenzphilosophie. Denn sie vernichteten das eigentliche Wesen des Menschen, weil sie die (im Grebe’schen Sinne) Irrationalität, die Metaphysik des Menschen aufhebt.

<sup>1792</sup> Der einstige Schüler von Karl Groos hatte sich mit der Arbeit „Willensfreiheit oder Schicksal“ habilitiert und fühlte sich berufen, Grebe in der April-Ausgabe 1941 der Monatszeitschrift „Deutscher Glaube“ zu antworten. Diese Bagatellisierung der Vererbungslehre sei heute nicht mehr haltbar. Es sei eher umgekehrt: Je mehr man sich dem Kern des Menschen nähere, desto mehr erweise er sich „zutiefst bedingt durch Rasse und Sippe, durch Vererbung auch im Kleinsten und Feinsten.“ Deterministisch sei der Mensch von der Natur abhängig, bereits bei der Geburt, ja schon vorher seien „die Würfel gefallen.“ Das Schicksal stoße dem Menschen nicht zu, er sei es selbst. Die absolute Willensfreiheit stelle eine unbegründete Annahme dar, Helmut Groos lässt lediglich die „sittliche Freiheit“ gelten. Die Erfahrung kenne die Freiheit des Willens nicht, die Versuche, sie zu begründen, führten ins Absurde. Kants „intelligibler Charakter“ sei einer der schwächsten Punkte in dessen Philosophie, die Freiheitslehre sei „maßlos überschätzt worden und im Ernst nicht mehr zu verteidigen.“ Helmut Groos maß die Beantwortung der Willensfreiheit gar an den Erfordernissen an eine „artgemäße Weltanschauung“. Spekulativer Tiefsinn müsse vermieden werden, die Freiheitsfrage verbinde wissenschaftliche Erfahrung und philosophische Durchdringung, denn Wahrheit und Dichtung sollten unterschieden werden. Vgl. Helmut Groos 1941, 115 – 123. Im März-Heft hatte bereits P. Harraß auf Grebe geantwortet: Er sah den Menschen durch Grebe in zwei wesentlich verschiedene Teile geschieden, einen genetischen und einen substantiellen. Auch Harraß beharrte auf der alleinigen Naturbedingtheit des Menschen, wobei die „sittliche Persönlichkeit“ ein Teil der Gesamtgesetzlichkeit sei (Vgl. Harraß 1941). Im Juni-Heft 1941 nahm dann Grebe Stellung zu den beiden Kritikern. Deren Kritik sei „vollgültig“, treffe aber nicht das, was er ausgeführt habe. Seine Gedanken seien unzutreffend wiedergegeben worden. Auf seine eigentlichen zentralen Aussagen seien Harraß und Groos nicht eingegangen (Vgl. Grebe 1941c).

vorwerfen lassen, der Grebes Philosophie im Hinblick auf eine „artgemäße Weltanschauung“ in Zweifel zog.

Irritierend ist jedoch Grebes Bericht über die Arbeit der Wissenschaftlichen Akademie Tübingen des NS-Dozentenbundes.<sup>1793</sup> In dem in zwei Teile gegliederten Aufsatz in „Deutschlands Erneuerung“ referierte Grebe zunächst nüchtern die bisherige organisatorische und inhaltliche Arbeit seiner Tübinger Kollegen und führte deren eindeutig politische Aussagen, die eine nationalsozialistische Wissenschaftsauffassung beschreiben, per Zitat an. Im zweiten Teil unterscheidet der Philosoph „primäre“ und „sekundäre Wissenschaft“. Während die „sekundäre Wissenschaft“ nur Feststellungen und Beschreibungen macht, auf „reines Erkennen“ ausgeht (Geisteswissenschaften und die Lebensphilosophie), wirke die „primäre Wissenschaft“ praktisch ins Leben hinein und nehme „echte Wertungen“ zwischen „gut“ und „böse“, „richtig“ und „falsch“ vor. Gehörten gewöhnlich die Naturwissenschaften zur „primären Wissenschaft“, seien die Tübinger Geisteswissenschaftler „schon weitgehend eingeschwenkt“ auf diese Linie. Solche Forschung sei bedeutsam, lebendig und verpflichtend. Der Duktus

---

<sup>1793</sup> Grebe 1941d. Im Jahre 1937 gründete sich an der Tübinger Universität die wissenschaftliche Akademie des NS Dozentenbundes, zusammen mit der Kieler und Göttinger Akademie gab es im Reich nur drei Akademien. Mit einer feierlichen Tagung und mit einem Festakt im Festsaal der Universität Tübingen, an der auch Reichsdozentenführer Walter Schultze und hohe Parteioffizielle sowie Vertreter des Staates und der Wehrmacht teilnahmen, wurde die Gründung bestätigt. Heinrich Himmler, „Reichsführer SS“ und Schirmherr der Ausgrabungen im Lohntal, war verhindert. Aufgabe der Akademie war, weltanschaulich-wissenschaftliches Zentrum und Forum der Dozentenbundsarbeit zu sein, nach außen hin einen großen Kreis dafür zu interessieren und „im Dienst der nationalsozialistischen Welt- und Lebensanschauung kulturelle Aufgaben der Erziehung und Aufklärung [zu] erfüllen“. Im Vordergrund stand die fachübergreifende Gemeinschaftsarbeit der in den unterschiedlichsten Fächern lehrenden Wissenschaftler, die sich bewusst „in die Daseins- und Wirkungswelt artdeutschen Wesens“ hineinstellen, Nationalsozialismus und Wissenschaft verbinden sollten. Die Akademie sah es als „Pflicht“ an, „alle wissenschaftlich bemühten und politisch eingestellten Außenseiter-Kräfte des Landes einzubeziehen und ihnen Gelegenheit zur Mitarbeit zu bieten.“ Wissenschaftlicher Leiter der Akademie wurde der einstige Rektor (1937 – 1939) Hermann Hoffmann (1891 – 1944), maßgeblich an der Gründung beteiligt waren die beiden Dozentenbundsführer Walter Schwenk und Robert Wetzel. Hoffmann formulierte in seinem ersten Jahresbericht 1937/38, dass Tübingen gerade wegen seiner Tradition des „Vererbungskreises“, der bereits 1919 bestand, „besondere Aufgaben vorbehalten“ seien, etwa die Erb- und Rassenbiologie, und betonte, dass die Tübinger Akademie im Sinn des Nationalsozialismus spezifisch-weltanschaulich wissenschaftliche Aufgaben zu erfüllen habe. Vgl. Erster Jahresbericht 1937/38, UAT 308/38. Eine gemeinsame Jahrestagung veranstalteten die drei Akademien Tübingen, Kiel und Göttingen vom 8. – 10. Juni 1939 in München – wiederum mit einem Festakt. Die „Hauptstadt der Bewegung“ wurde dort „ein für allemal“ als Tagungsort der Jahrestreffen benannt. Die Mitglieder der Tübinger Akademie hielten bei dieser Tagung vier Vorträge „als geschlossene Gemeinschaftsleistung“. Wetzel sprach über „Lebendige Einheit und organische Gliederung“, Hoffmann über „Seele und Leib, ihre Einheit und ihre Wechselwirkung“, Gieseler über „Der Mensch als leiblicher und seelischer Ausdruck seiner Rasse“, und Warhold Draschers Thema hieß „Rasse und Völkerführung“. Himmler war diesmal anwesend. Vgl. Weinhandl 1939.

dieser Aussagen ist affirmativ, in seinen früheren Schriften hatte Grebe eine „aktive“, eine wertende Geisteswissenschaft stets kritisiert.

Formell war der Philosoph seit dem 1. April 1942 zunächst als Studienrat der Oberschule für Jungen in Tuttlingen, seit 1. Juni 1943 der Reutlinger Johannes-Kepler-Oberschule zugeteilt, zur Dienstleistung an der Universität Tübingen jeweils beurlaubt.<sup>1794</sup> Von September bis Dezember 1939 sowie von Mai bis Dezember 1940 und von April 1943 bis zum Ende des Krieges leistete Grebe Militärdienst und wurde beim Zoll an der französisch-schweizerischen Grenze und beim Heer sowie in der Luftwaffe in Stuttgart eingesetzt<sup>1795</sup>, wo er – „von zarter Konstitution und nicht k.v. war [...] buchstäblich zusammenbrach.“<sup>1796</sup>

## **G. Theodor Haering: Von der „Geistphilosophie“ zur „Philosophie von den geistigen Rassetypen“**

### **1. Die institutionelle Selbstbehauptung der Museums-gesellschaft**

Punktuell widerständiges Verhalten zeigte Theodor Haering bei den „Fällen“ Weischedel und Grebe, wobei er sogar die Lebensphilosophie von Bäumler angriff – immerhin einer der führenden Pädagogen im Nationalsozialismus. Bei der Entlassung Oesterreichs hingegen hielt sich der Philosoph auffallend zurück, eine Parteinahme für Oesterreich ist nicht bekannt. Haering, Wundt und auch die Philosophische Fakultät fungierten als Vollstrecker der Entscheidung des Kultministeriums. Ein Protest wurde nicht laut, die Androhung rechtlicher Schritte, geschweige denn der Versuch, sich mit rechtlichen Mitteln gegen die Entlassung eines Kollegen zu wehren, wurden von niemanden unternommen, obwohl es gerade im Fall Oesterreich nahegelegen hätte.<sup>1797</sup>

Dabei hatte es Haering verstanden, durch diplomatisches Agieren und durch geschickte Argumentation seine Interessen zu bekunden wie im Falle der drohenden Übernahme der Tübinger Museumsgesellschaft und ihrer Gebäude durch die Nationalsozialisten. Die gescheiterte Li-

---

<sup>1794</sup> Verfügung des Kultministers vom 7. Mai 1942; Schreiben der Johannes-Kepler-Oberschule, Reutlingen, vom 5. Mai 1944, in: UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe). Fragebogen der Französischen Militärregierung vom 8. Februar 1946, in: StAS, Wü 13 T2, Nr. 2085/009.

<sup>1795</sup> Fragebogen der Französischen Militärregierung, in: StAS Wü 13/T2/2085, AZ/15E/3109.

<sup>1796</sup> Brief Grebe an Rektor der Universität Tübingen vom 28. April 1949, in: UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe).

<sup>1797</sup> So auch Langewiesche 1997, 636.



quidierung der Museumsgesellschaft ist aber nicht allein Haerings Verdienst, sondern beruht auch auf externen Ursachen und Entscheidungen, bei denen auch die guten Kontakte des Vorsitzenden Haering, insbesondere zu Gerhard Schumann, eine Rolle gespielt haben mögen.<sup>1798</sup>

Haering war seit 1931 Vorsitzender des zum großen Teil von konservativen Mitgliedern und Universitätsangehörigen dominierten und bildungsbürgerlich orientierten Kulturvereins „Museumsgesellschaft“. Die Universität und das schon damals nach einer großen Stadthalle Ausschau haltende Tübingen waren wegen des Schiller-, Uhland- und Silchersaals auf den in den Augen der Nationalsozialisten reaktionären und überholten Verein<sup>1799</sup> angewiesen. Doch so „reaktionär“ war der Verein gar nicht. Unmittelbar vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 stellte die Museumsgesellschaft mehrmals der NSDAP und der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ ihre Säle für Wahlkampfveranstaltungen zur Verfügung.<sup>1800</sup> Am 28. Februar 1933 zeigte die NSDAP als Veranstalter im Schillersaal den Tonfilm „Das blutende Deutschland“, laut Tübinger Chronik wird darin der „Leidensweg des deutschen Volkes vom Kriegsende bis zum Fackelzug am 30. Januar in Berlin“ gezeigt, es sprachen darin auch Reichskanzler Hitler und Propagandachef Goebbels. Im Anschluss gab es den „Beifilm“ über „Das neue Italien“, der den Aufstieg der faschistischen Bewegung dokumentierte. „Der Besuch sei dem nationalsozialistischen Tübingen bestens empfohlen“, so die Chronik.<sup>1801</sup> Für den 4. März 1933 kündigte die NSDAP eben-

---

<sup>1798</sup> Dieser Vorgang muss differenzierter – als bislang beschrieben – betrachtet werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte auch hier eine gewisse Legendenbildung ein: Die Mitglieder der Museumsgesellschaft Viktor Renner (1899 – 1969; nach der Kapitulation Tübinger Oberbürgermeister, Landrat, SPD-Politiker, Innen- und Justizminister), Oberstaatsanwalt Erich Franck und insbesondere Theodor Haering hätten durch großes Geschick und Diplomatie eine Übernahme der Museumsgebäude durch die Nationalsozialisten verhindert, heißt es etwa 1951 (Rede des Vorstands Otto Erbe anlässlich der 1. Hauptversammlung der Museumsgesellschaft in Tübingen, 29. Oktober 1951, in: UAT 406/121,2.). Diese Sicht der Dinge wurde stets weiterverbreitet. 1962 hob Viktor Renner Ansehen, Einfluss und Verhandlungsgeschick von Theodor Haering hervor. Allerdings führte Renner auch das „Verständnis“ des damaligen NSKG-Kreisobmanns Heinz Bromeis an und wies darauf hin, dass der Kreisleiter Hans Rauschnabel der Museumsgesellschaft „nicht übel wollte“ (vgl. „Die Geschichte der Museumsgesellschaft“, Vortrag von Herrn Minister a.D. Viktor Renner, gehalten am 21. Dezember 1962, in: UAT 406/58,5f.). 1992 wurden Haering und der Tübinger Oberbürgermeister Adolf Scheef zu den Hauptfiguren, die sich erfolgreich gegen die Liquidation der Museumsgesellschaft durch die Nationalsozialisten widersetzt haben. Vgl. Schmuker/Kolb 1992, 137ff.

<sup>1799</sup> So habe einer der „Ortsgewaltigen“ einmal zu Viktor Renner gesagt: „Diese reaktionäre Gesellschaft muss geschlachtet werden.“ Vgl. „Die Geschichte der Museumsgesellschaft“, Vortrag von Herrn Minister a.D. Viktor Renner, gehalten am 21. Dezember 1962, in: UAT 406/58,5.

<sup>1800</sup> So am 28. Februar 1933 (NSDAP), am 1. März 1933 („Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“) und am 4. März 1933 (NSDAP). Vgl. Tübinger Chronik, 22. Februar 1933, 1. März 1933 und 2. März 1933.

<sup>1801</sup> Tübinger Chronik, 22. Februar 1933.

falls im Schillersaal eine von Hitler in Königsberg gehaltene Rede an, auch Mergenthaler hatte seinen Besuch im Museum angesagt.<sup>1802</sup>

Im April 1933 legte sich die Museumsgesellschaft für 13 Reichsmark eine Hakenkreuzfahne zu<sup>1803</sup>, passte sich den veränderten politischen Verhältnissen an, musste sich ihnen auch fügen. Seit Mitte 1933 war der „Kampfbund für deutsche Kultur“ für das Programm in der Museumsgesellschaft zuständig<sup>1804</sup>, bereits Anfang April 1933 reagierten er und die Museumsgesellschaft auf die veränderte politische Lage. Neu ins Sommerprogramm übernommen wurde das Schlageter-Drama von Hanns Johst<sup>1805</sup>, der Veranstalter war „auf besonderen Wunsch“ der „Kampfbund“.<sup>1806</sup> Da Haering jedoch seit Ende der Weimarer Republik „Kampfbund“-Mitglied war, hatte er also auch über diesen Verein Mitgestaltungsmöglichkeiten, außerdem war Haering Mitglied im „Akademischen Musikverein“, der ebenfalls im vom „Kampfbund“ angeführten Programmausschuss vertreten war. Ein Gegner war der „Kampfbund“ sicherlich nicht, zumal auch Haerings Philosophenkollege Max Wundt beim „Kampfbund“ aktiv und auch seit 1929 Mitglied der Museumsgesellschaft war. Von einer ideologischen Übernahme der Museumsgesellschaft durch den „Kampfbund“ oder einer Hegemonie des „Kampfbundes“ kann somit schwerlich gesprochen werden. Wohl aber verfolgte die Museumsgesellschaft primär ihre konservativ-bürgerliche Kulturtradition weiter, während die neuen NS-Kulturorganisationen eher auf Breitenwirkung zielten.

---

<sup>1802</sup> Tübinger Chronik, 2. März 1933.

<sup>1803</sup> Rechnung vom 13. April 1933, abgezeichnet von Theodor Haering, in: UAT 406/536.

<sup>1804</sup> Nach einem Gemeinderatsprotokoll vom 12. Juni 1933 sollte die Museumsgesellschaft dem „Kampfbund“ nicht nur die Verfügung über das Programm der Veranstaltungen (Theater, Konzerte, Vorträge) einräumen, sondern auch „im Einvernehmen“ die Räume anderen Organisationen vermieten. Sonst entziehe die Stadt der Museumsgesellschaft die finanzielle Unterstützung, das Gremium stimmte zu. Am 7. August 1933 teilte der „Führer des Kampfbundes“ nach einer Zuschrift der Museumsgesellschaft vom 29. Juli 1933 mit, die Museumsgesellschaft habe nach einer schriftlich niedergelegten Vereinbarung die Bedingungen erfüllt. (A 150/4363; Stadtarchiv Tübingen). Den Antrag brachte der seit Oktober 1931 der NSDAP angehörende Rupprecht Matthaei in den Gemeinderat ein, Privatdozent für Physiologie an der Universität Tübingen, seit April 1933 für die Nationalsozialisten im Tübinger Stadtrat. Matthaei war es auch, der den Antrag der NSDAP-Fraktion im Gemeinderat vertrat, die Juden von der Benutzung des Freibads auszuschließen. Da er sich „in echt nationalsozialistischem Sinne bewährt[e]“, rückte er im November 1933 als Vertreter der Nicht-Ordinarien in den Großen Senat ein und wurde im Februar 1934 auch in den Kleinen Senat berufen (vgl. Adam 1977a, 57f.; vgl. auch Schmucker/Kolb 1992, 137). Die Tübinger Chronik teilte am 21. Oktober 1933 mit, dass ein gemeinsamer Programmausschuss „unter dem Vorsitz“ des „Kampfbundes“ ein einheitliches Winterprogramm zusammengestellt habe. Daran beteiligt waren die Studentenschaft, die Museumsgesellschaft, der akademische Musikverein (Haering war dort ebenfalls Mitglied) und das Musikinstitut. Vgl. Tübinger Chronik, 21. Oktober 1933.

<sup>1805</sup> Albert Leo Schlageter, Soldat im Ersten Weltkrieg, danach im Freikorps und als Saboteur im französisch besetzten Ruhrgebiet, wurde von den Franzosen zum Tode verurteilt. Die Nationalsozialisten bauten ihn zum Märtyrer auf.

<sup>1806</sup> Tübinger Chronik, 11. April 1933.

Offiziell vereinbarte auch die Nachfolgeorganisation des „Kampfbundes“, die „Nationalsozialistische Kulturgemeinde“ (NSKG), dieselbe Aufteilung mit der Museumsgesellschaft, sie trat gewissermaßen an dessen Stelle. Die Museumsgesellschaft wurde 1936 „Förderergemeinschaft“ der NSKG (offiziell: „Museumsgesellschaft, Förderergemeinschaft der NS-Kulturgemeinde, Ortsverband Tübingen e.V.“), war weiterhin für die Erhaltung der Säle, der Bibliothek und Lesezimmer, für die Verpachtung von Wirtschafts-, Kino- und Ladenräumen zuständig. Der Vorstand (Theodor Haering) und zwei weitere Mitglieder der Museumsgesellschaft wurden in die Leitung der NSKG aufgenommen.<sup>1807</sup> Heinz Bromeis, Kreisobmann der Tübinger NSKG, begründete den formellen Erhalt der Museumsgesellschaft mit ihren großen Verdiensten. Die Museumsgesellschaft habe jedoch „den Erfordernissen einer Kulturpflege im Sinne des 3. Reichs naturgemäß nicht mehr gerecht werden“ können, so dass die NS-Kulturgemeinde „die nunmehr einheitlich zu gestaltende kulturelle Arbeit nach den Grundsätzen der NSKG“ ausrichte.<sup>1808</sup> Da die Vereinbarung vorsah, dass sämtliche Mitglieder der Museumsgesellschaft auch gleichzeitig Mitglieder der NSKG wurden, hagelte es unmittelbar nach Bekanntwerden der Vereinbarung zahlreiche Austritte, zumal vom Beitrag an die Museumsgesellschaft eine Reichsmark an die NS-Kulturgemeinde abgeführt werden musste. So trat Oesterreich am 3. November 1936 aus, weil er „materiell nicht mehr in der Lage“ sei, weitere Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Auch der Mathematiker Erich Kamke schickte sein Kündigungsschreiben, und zwar am 24. November 1936. Insgesamt verließen 31 Mitglieder die Museumsgesellschaft.<sup>1809</sup>

Zwischen dem Wintersemester 1933/34 und 1939 ging die Zahl der eher elitären Konzerte zugunsten publikumswirksamer Veranstaltungen zurück.<sup>1810</sup> Doch die Bestrebungen des „Kampfbundes“ und der späteren NSKG zielten freilich darauf, die Tübinger Museumsgesellschaft aufzulösen, sie überflüssig zu machen. Die NSKG-Beiträge wa-

---

<sup>1807</sup> „Vereinbarung“, abgedruckt in: Die NS-Kulturgemeinde, Ortsverband Tübingen e.V., Heft 2, Wintersemester 1936/37, in: UAT 406/82. Die Vereinbarung unterschrieben Heinz Bromeis, Kreisobmann der NS-Kulturgemeinde, Ortsverband Tübingen, und Theodor Haering als Vorstand der Museumsgesellschaft. In einem unter die Vereinbarung gesetzten „Aufruf“ begrüßten Tübingens Oberbürgermeister Adolf Scheef (1874 – 1944), NSDAP-Kreisleiter Helmut Baumert (1909 – 1980) und der Rektor der Tübinger Universität Friedrich Focke (1890 – 1970) die Vereinbarung „auf das Wärmste“ und forderten die Tübinger Einwohnerschaft auf, die eingeleiteten Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen.

<sup>1808</sup> „Unsere Vereinbarung mit der Museumsgesellschaft“, eine Erläuterung der Vereinbarung durch Heinz Bromeis, in: Die NS-Kulturgemeinde, Ortsverband Tübingen e.V., Heft 2, Wintersemester 1936/37, in: UAT 406/82.

<sup>1809</sup> Schmuker und Kolb kommen auf nur 24 Austrittserklärungen zwischen Oktober 1936 und Januar 1937. Vgl. Schmuker/Kolb 1992, 142.

<sup>1810</sup> Schmuker/Kolb 1992, 146.

ren niedriger als in der Honoratiorengesellschaft, ebenso der Preis der Eintrittskarten. Inhaltlich bestimmte die NSKG die kulturelle Linie. Doch der Gebäudekomplex gehörte immer noch „dem Museum“ – in Tübingen eine 1-A-Lage zwischen Universität und Altstadt.

Spätestens seit 1935 stand die Auflösung der Gesellschaft und die Übernahme der Gebäude durch die Stadt oder die NSKG drohend im Raum. Haering sprach in dieser Angelegenheit mehrmals mit der Stadt und der NSKG. Im Mai 1935 erstattete Haering Bericht vor dem Tübinger Gemeinderat und wagte sich in die Offensive:<sup>1811</sup> Niemand wäre froher [als die Mitglieder der Museumsgesellschaft, der Verfasser], „wenn die Stadt oder sonst eine wirklich finanzkräftige Organisation den ganzen Komplex der MG in ihre starken Arme übernehmen würde“, ja, Haering selbst lege keinerlei Wert darauf, da er sich in der Verwaltung mit ärgerlichen Dingen herumschlagen und stets auf Rentabilität des Vereins achten müsse.<sup>1812</sup> Doch es gebe keinen anderen Weg, als die Museumsgesellschaft weiterhin am Leben zu halten. Die neu erstandene kulturelle Konkurrenz der NSKG lobte er, warnte jedoch davor, die Museumsgesellschaft zu liquidieren. Denn die Stadt oder die NSKG müssten dann für den Betrieb und den Unterhalt von Schiller-, Uhland- und Silchersaal selbst sorgen. Auch der Neubau eines großen Versammlungs- und Veranstaltungsgebäudes sei doch ein „unsinniger Gedanke“, wenn ein für den gleichen Zweck „mit großen Opfern“ der Museumsgesellschafts-Mitglieder aufrecht erhaltenes Unternehmen im Gegenzug einfach kaputt gemacht werde. Billiger könne ein neuer Saal auch nicht betrieben werden, die „Opferbereitschaft der Mitglieder und Mitarbeiter“ habe es der Stadt in den vergangenen Jahren ermöglicht, Räume für größere Veranstaltungen „ohne jeden eigenen Gewinn“ zur Verfügung stellen und selbst qualitativ hochwertige Veranstaltungen anbieten zu können. Übernehme die Stadt die Gebäude in Eigenregie, müsste sie einen Beamten anstellen. Zusätzlich fielen jährlich 6.000 Reichsmark an, die derzeit von den Mitgliedern (1935 waren es 470, davon 77 Universitätsmitglieder) an freiwilligen Beiträgen aufgebracht würden. Dies alles würde künftig dem Steuerzahler aufgelastet. Mehr noch: Auf der Museumsgesellschaft laste durch den Umbau eine Schuld von 180.000 Reichsmark, die der neue Eigentümer übernehmen müsse. Allein, damit nicht die Allgemeinheit noch tiefer in die Tasche greifen müsse, habe sich die Museumsgesellschaft bislang allen Versuchen widersetzt, dieses Fundament zerstören zu lassen. Das beginne bei der Weigerung, die Säle externen Organisationen un-

---

<sup>1811</sup> Theodor Haering: Bericht über die Museumsgesellschaft, erstattet vor dem Stadtrat zu Tübingen (Mai 1935), in: UAT 406/70.

<sup>1812</sup> Theodor Haering: Bericht über die Museumsgesellschaft, erstattet vor dem Stadtrat zu Tübingen (Mai 1935), in: UAT 406/70,8.

entgeltlich zu überlassen<sup>1813</sup>, und reiche bis zu den höheren Mitgliedsbeiträgen und den höheren Eintrittsgeldern für Museumsvereinsmitglieder. Kurzum: Die Existenz der Museumsgesellschaft sei für die NSKG „und damit für alle Kreise Tübingens gänzlich“ unentbehrlich. Der Schaden sei nicht wieder gutzumachen. Die Gemeinderäte rief Haering am Schluss seines Berichtes auf, Mitglied der Museumsgesellschaft zu bleiben oder es zu werden. „Videant consules!“, rief er aus, spielte damit auf die Vollmacht für die beiden Konsuln in der späten römischen Republik an, und mahnte, alles zu tun, um Schaden vom Staat abzuwenden: „Mögen die Herren Stadträte das tun, was dem Ganzen das Dienlichste ist.“<sup>1814</sup>

Ähnlich argumentierte Haering ein knappes dreiviertel Jahr später (Januar 1936), ebenfalls vor dem Tübinger Gemeinderat. Da allerdings kam die Liquidierung der Museumsgesellschaft nicht zur Sprache.<sup>1815</sup> Beherrschendes Thema war der Plan, das Stuttgarter Staatstheater künftig auch für Veranstaltungen der NSKG zu verpflichten und nicht ausschließlich für die Museumsgesellschaft. Darin lag die Absicht, der Museumsgesellschaft durch günstigere Eintrittsgelder die Besucher streitig zu machen.

Eine weitere „Denkschrift“ wurde angefertigt, diesmal über eine Zusammenkunft Ende Juni 1936, an der die Leitungen der Tübinger Museumsgesellschaft und der NS-Kulturgemeinde teilnahmen. Der inzwischen zum Reichskultursenator aufgestiegene ehemalige Haering-Schüler und -Vertraute Gerhard Schumann hatte den Vorsitz. Zweck der Sitzung war, „eine Befriedung des kulturellen Lebens in Tübingen herbeizuführen.“<sup>1816</sup> Themen waren neben der später beschlossenen „Förderergesellschaft“ auch eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben sowie die Übernahme des Museumsgebäudes. Wie jedoch „PG Gerhard Schumann ausdrücklich betonte“, kann das Museumsgebäude „grundsätzlich von der NSKG nicht mit übernommen werden.“<sup>1817</sup> Angestrebt werden soll eine Übernahme durch die Stadt.

---

<sup>1813</sup> Viktor Renner berichtet jedoch in einem Vortrag von 1962, dass die Museumsgesellschaft „das Vergnügen und die Ehre“ hatte, „ihre Säle kostenlos zur Verfügung zu stellen und sich auch an einem etwaigen Defizit zu beteiligen.“ Vgl. „Die Geschichte der Museumsgesellschaft“, Vortrag von Herrn Minister a.D. Viktor Renner, gehalten am 21. Dezember 1962, in: UAT 406/58,1.

<sup>1814</sup> Theodor Haering: Bericht über die Museumsgesellschaft, erstattet vor dem Stadtrat zu Tübingen (Mai 1935), in: UAT 406/70,9.

<sup>1815</sup> Denkschrift des Vorstandes der Museumsgesellschaft aus Anlass des Planes, das Staatstheater künftig auch für die Veranstaltungen der NS-Kulturgemeinschaft zu verpflichten, in: UAT 406/70,1.

<sup>1816</sup> Denkschrift über die organisationstechnische Zergliederung der Museumsgesellschaft bei einer Neugestaltung des kulturellen Veranstaltungswesens in Tübingen, in: UAT 406/70,1.

<sup>1817</sup> Denkschrift über die organisationstechnische Zergliederung der Museumsgesellschaft bei einer Neugestaltung des kulturellen Veranstaltungswesens in Tübingen, in: UAT 406/70,1.

Damit spielte Schumann den Ball an die Stadt. Oberbürgermeister Adolf Scheef – Gönner und Förderer des Vereins – beeilte sich, Kreisleiter Baumert „sehr dringend“ zu bitten, sich dafür einzusetzen, dass nichts an den derzeitigen Eigentums-, Verwaltungs- und Betriebsverhältnissen der Museumsgesellschaft geändert werde. Das wäre viel zu teuer, die Stadt habe „dringendere Aufgaben zu bewältigen“, ihr sollen nicht noch mehr „neue, sie belastende Aufgaben“ zufallen.<sup>1818</sup> Besonders aber hatte es Bürgermeister Ernst Weinmann auf den Gebäudekomplex an der Ecke Graben-/Wilhelmstraße abgesehen. Er glaubte, „dass bald die Zeit kommen werde, zu der das Museum in andere Hände übergehen werde.“<sup>1819</sup> Die Übernahme durch einen Privaten komme nicht in Frage, es bleibe nur die Übernahme durch die Stadt, das sei die billigste Lösung. An den Neubau einer Stadthalle für Tübingen sei in den nächsten zehn Jahren nicht zu denken.

1937 war die Immobilie rund 450.000 Reichsmark wert, auf ihr lasteten rund 200.000 Reichsmark Schulden. Im Juli 1937 riet der württembergische Innenminister Jonathan Schmid vom Kauf der Immobilie durch die Stadt ab, Anfang Oktober berichtete Scheef, er habe den „Erwerb der Museumsgebäulichkeiten“ durch die Stadt abgelehnt.<sup>1820</sup> Sie solle nicht noch mehr Schulden machen, aber ihren Einfluss sichern, etwa auf die Belegung und die Art der Bestuhlung. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Säle für Zwecke aller Art, also auch für Kundgebungen geeignet seien. Somit war die lukrative Immobilie durch ein kongeniales und überparteiliches Zusammenspiel von Haering (zu der Zeit noch parteilos), Schumann (NSDAP) und Scheef (Ex-DDP-Mitglied) für die Museumsgesellschaft gerettet<sup>1821</sup>, sie wahren die institutionelle Selbstbehauptung. Der Parteieintritt Haerings am 23. Oktober 1937, also nur wenige Wochen, nachdem Innenminister Schmid den Kauf der Immobilie untersagt hatte, kann durchaus mit der Auseinandersetzung um die Selbstständigkeit der Museumsgesellschaft in Verbindung gebracht werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg argu-

---

<sup>1818</sup> Schreiben Oberbürgermeister Adolf Scheef an Kreisleiter Helmut Baumert vom 15. Juli 1936, in: A 150/4364 (Stadtarchiv Tübingen).

<sup>1819</sup> Niederschrift über eine nicht-öffentliche Beratung des Oberbürgermeisters und der Gemeinderäte am 8. Februar 1937, in: A 150/4364 (Stadtarchiv Tübingen).

<sup>1820</sup> Nicht-öffentliche Beratung des Oberbürgermeisters und der Ratsherrn am 4. Oktober 1937, in: A 150/4364 (Stadtarchiv Tübingen).

<sup>1821</sup> Auf Schumann könnte auch die Bemerkung Haerings nach dem Zweiten Weltkrieg hinweisen: Erst nach langen Verhandlungen und „aufgrund zufälliger persönlicher Beziehungen“ sei eine „ausnahmsweise erreichte Form einer gewissen Selbstständigkeit“ der Museumsgesellschaft gelungen. Vgl. Anmerkungen von Theodor Haering zur Rede des MG-Vorsitzenden Otto Erbe auf der Mitgliederversammlung am 29. Oktober 1951, in: UAT 406/121 (Mitgliederversammlungen 1951 – 1956).

mentierte der Philosoph vor der Spruchkammer, er habe eine Verschlechterung des kulturellen Lebens verhindern wollen.<sup>1822</sup>

In einer Mitgliederversammlung vom 5. Juni 1939 beschloss die Museumsgesellschaft, die Mitgliedschaft auf jene zu beschränken, die „arischer Abstammung“<sup>1823</sup> sind, Juden wurden ausgeschlossen, somit diskriminiert und sozial ausgegrenzt.<sup>1824</sup> Außerdem wurde ein demokratischer Grundsatz nahezu abgeschafft: Eine schriftliche und geheime Wahl sei nur „dann nicht erforderlich, wenn mehr als die Hälfte der erschienenen Mitglieder die Vorschläge des Ausschusses“<sup>1825</sup> durch Akklamation gutheißt.“<sup>1826</sup> Ob aber diese Voraussetzung erfüllt ist, war allein Angelegenheit des Schriftführers und einer „Urkundsperson“. Sie sollten diese Voraussetzung gemeinsam feststellen. Ein demokratisch organisierter Verein war die Museumsgesellschaft Ende der 1930er Jahre nicht mehr. Sie schaltete sich selbst gleich.

Weinmann wurde zwar 1939 Nachfolger von Oberbürgermeister Scheef, von 1940 an war er jedoch kaum in Tübingen und konnte einer Auflösung der Museumsgesellschaft oder einer Gebäudeübernahme nicht mehr nachgehen. Im Zweiten Weltkrieg mussten im Museumsgebäude städtische Ämter untergebracht werden<sup>1827</sup>, seit September 1941 lud Haering nicht mehr zu Ausschusssitzungen ein, denn der

---

<sup>1822</sup> Vor der Spruchkammer argumentierte Haering, er sei aus „kulturellen Gründen“ Parteimitglied geworden, um ein „Absinken des Kulturlebens zu verhindern“. Vgl. Rechtfertigung Theodor Haering vom 27. März 1947, in: StAS Wü 13 T2 Nr. 2132/037, Seite 4. Auffällig ist auch, dass Haering im April 1937 zahlreiche neue Mitglieder in die Museumsgesellschaft einführte, darunter den Tübinger Fabrikanten Christian Majer; also zu einer Zeit, in der die Immobilienübernahme durch die Stadt von Weinmann forciert wurde. Siehe UAT 406/217, 87 (Aufnahmebuch Museumsgesellschaft).

<sup>1823</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung der Museumsgesellschaft vom 5. Juni 1939, in: UAT 406/102 (Protokolle MV 1919 – 1940).

<sup>1824</sup> Noch am 26. Oktober 1934 nahm die Museumsgesellschaft „Prof. Dr. Spiro, Hülgelstraße 9“ auf (Vgl. UAT 406/217, 82; Aufnahmebuch Museumsgesellschaft). Dabei muss es sich um den Gymnasialprofessor Ludwig Spiro (1865 – 1941, gestorben nach einer schweren Erkrankung) handeln. Laut Zapf wohnte er aber in der Hülgelstraße 7. Spiro war Konvertit, er trat 1902 zum evangelischen Glauben über. Als bedeutender Goethe-Forscher besaß er eine stattliche Goethe-Bibliothek. Seit 1940 durfte er die Universität Tübingen nicht mehr betreten, nach seinem Tod wurde die Bibliothek versteigert. Vgl. Zapf 1978, 60f.; 72.

<sup>1825</sup> Zum Ausschuss gehörten 1939 – wie auch noch 1940/41 – etwa Otto Erbe, Viktor Renner und Erich Franck. Vorsitzender war Theodor Haering, sein 1. Stellvertreter Erich Franck, der 2. Stellvertreter Universitätsrat Theodor Knapp. Vgl. Protokolle der Mitgliederversammlung der Museumsgesellschaft vom 5. Juni 1939, in: UAT 406/102 (Protokolle MV 1919 – 1940).

<sup>1826</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung der Museumsgesellschaft vom 5. Juni 1939, in: UAT 406/102 (Protokolle MV 1919 – 1940).

<sup>1827</sup> In einem Brief an seinen Philosophenfreund Glockner berichtet Haering, dass er einen Tag vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die Museumssäle in Lazarette umwandeln half. Brief Theodor Haering an Hermann Glockner vom 30. August 1939, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, B: Haering, Theodor, Zugangsnummer: HS. 2004.0061.00001.

Krieg erschwerte die Sitzungen, und größere Änderungen hat es laut Haering dann nicht mehr gegeben.<sup>1828</sup>

## 2. Die Selbstgleichschaltung

Der sich in der Weimarer Republik radikalisierte Haering hatte sich den Gedanken vom autoritären Hegelschen Machtstaat zu eigen gemacht, den Führerglauben proklamiert, am Ende der Republik einige wenige völkische Motive in seine Publikationen eingestreut und für eine „organische“ und „lebendige Volksgemeinschaft“ geworben. Diesen Weg beschritt er von 1933 an konsequent weiter. Der 30. Januar 1933 bedeutete für den Philosophen keinen Bruch, er knüpfte nahtlos an die Weimarer Republik an. Haering gehört dem Typus der „identifizierenden Selbstgleichschaltung durch fachwissenschaftliche Vorausplanung nationalsozialistischer Programme und Praxis“ an, wie Langewiesche herausgearbeitet hat.<sup>1829</sup> In seinem ersten Vortrag<sup>1830</sup> nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten forderte Haering eine „Weltanschauungsaxiomatik“<sup>1831</sup>, die Grundlage einer einheitlichen Weltanschauung. Nur so könnten Einzelwissenschaften, die Fakultäten, die Einheit der Universität und das Volk aus ihren divergierenden und letztlich tötenden gegensätzlichen Weltanschauungen gerettet werden, Wissenschaften und Fakultäten könnten sich wieder mehr der Volksgemeinschaft einfügen. Diese Aufgabe könne nur die Philosophie lösen.<sup>1832</sup> Von „gewaltsamen Eingriffen“ in die Wissen-

---

<sup>1828</sup> Theodor Haering in der Ausschusssitzung vom 31. Oktober 1945, in: UAT 406/143,1.

<sup>1829</sup> Langewiesche 1997, 631ff. Dieser Typus schließt meines Erachtens die von Grüttner postulierten Verhaltensvarianten ein: bewusste Unterordnung des Forschers unter die Politik eines Regimes, begriffliche Anpassung an die Sprache des „Dritten Reiches“, Anpassung im außerwissenschaftlichen Bereich sowie der fehlende Paradigmenwechsel (Grüttner 2003, 26ff.). Allerdings betont Langewiesche mit seinem vierten Typus die aktive Seite des Wissenschaftlers, die sich bei Haerings Bemühen um Geltung und Mitgestaltung gut belegen lässt.

<sup>1830</sup> Innerhalb der Ringvorlesung „Die Universität. Ihre Geschichte, Aufgabe und Bedeutung in der Gegenwart“ im Wintersemester 1932/33 war Haering als 13. Redner am 22. Februar 1933 der letzte. Zwar hatte vor ihm – noch in der Weimarer Republik – der Philosoph Max Wundt über den „Sinn der Universität im deutschen Idealismus“ gesprochen, Haering nahm aber für sich in Anspruch, als Dreizehnter den gesamten Überblick zu haben und die vorherigen „zwölf Götter“ zu überhöhen, zumal er der Philosoph sei – das Haering'sche Selbstbewusstsein wird sich im Laufe der NS-Diktatur zu einem philosophischen Führungsanspruch entwickeln. Vgl. Haering, 1933, 1.

<sup>1831</sup> Haering 1933, 15.

<sup>1832</sup> Haering beklagte – wie auch in der Weimarer Republik – „Zerrissenheit und Spaltung“ im Volks- und Einzelleben wie in den Wissenschaften, ein Durch- und Ineinander der sozialen und politischen Doktrinen. Hauptgrund war ihm zufolge eine vielfach unbewusste „bunt gemischte Vielheit von Determinationen“ anstelle „der früheren bewussten und einheitlichen Art der Determination“ (Haering 1933, 11). Da es eine voraussetzungslose Wissenschaft nicht gibt, in sie stets unbewusst religiöse Einstellungen, Sitte, Brauch, sogar das als Grundlage dienende gesamte Weltbild einfließen würden, seien Einzelwissenschaften wie auch die politischen und sozialen



schaften und in die Universität verspreche er sich wenig, aber eine „Eugenik‘ der Wissenschaften“<sup>1833</sup> sei schon möglich, Voraussetzung sei eine stärkere philosophische Bildung der Einzelwissenschaftler. Lob für diesen Vortrag ertete Haering vom Kieler Philosophen Weinhandl, der ihm eine richtige Einschätzung der neuen Lage attestierte, wenn er „die Missstände auf geistigem Gebiet“ auf die Fülle von verschiedenen und einander widersprechenden Philosophien und Weltanschauungen zurückführe, die die Universität als Ganzes und alle Fächer auseinander zu sprengen drohten. Weinhandl: „Deutlich ist das letzte Bollwerk erkannt, hinter das sich der Glaube an eine voraussetzungslose, nicht weltanschauungs- und rassegebundene Philosophie verschanzt.“<sup>1834</sup>

Eigenen Bekundungen zufolge hat sich Haering dem Nationalsozialismus während des dritten Hegel-Kongresses in Rom (19. bis 23. April 1933) zugewandt<sup>1835</sup>, zeitgleich hätten die Feiern zum zehnjährigen Jubiläum des italienischen Faschismus stattgefunden.<sup>1836</sup> Sein damals

---

Verhältnisse aufgrund der Vielfalt dieser Weltanschauungen in ein „Neben- und Durcheinander“ (Haering 1933, 4) geraten, wodurch auch eine Vermischung und Verwirrung der aus verschiedenen Welten stammenden Begriffe eingesetzt habe (Haering 1933, 12f.). Diesem Pluralismus stellt er sein Ideal einer einzigen und alleiherrschenden Philosophie und Weltanschauung gegenüber, das „für uns Heutige nicht mehr möglich zu sein scheint.“ Wohl müsse man aber „größere Klarheit und Bewusstheit über die Philosophien und Weltanschauungen gewinnen“ (Haering 1933, 4), dies sei die einzige Rettung aus der Misere. In diesem Vortrag zieht Haering zum ersten Mal den Vergleich zwischen einem Paläontologen, der auf den ersten Blick die Zugehörigkeit eines Knochens zu einem tierischen Organismus erkennt, und einem Philosophen, der von einem einzelnen Gedanken auf ein Gedankensystem und schließlich auf eine bestimmte Weltanschauung schließen solle. Ende der 1930er Jahre wird er aus diesem Konstrukt „geistige Rasetypen“ entwickeln.

<sup>1833</sup> Haering 1933, 19f.

<sup>1834</sup> Weinhandl 1938, 124.

<sup>1835</sup> So Haering in einer vertraulichen persönlichen Ergänzung seiner offiziellen sachlichen Rechtfertigungsschrift am 27. März 1947. Vgl. UAT 514/151,19. Haering hielt in Rom den Vortrag über die Hegelsche „Entstehungsgeschichte der Phänomenologie des Geistes“. Sein Resultat: Die Phänomenologie des Geistes ist nicht organisch nach einem zuvor festgelegten Plan gewachsen, sondern abrupt unter innerem und äußerem Druck und in sehr kurzer Zeit. Sie ist eine Schrift, die sich erst während der Niederschrift entwickelt hat (vgl. Haering, 1934a; Zum Bericht über den Hegelkongress: Haering 1935/36, 87 – 89). In Rom war auch Philosophenfreund Hermann Glockner dabei. Haering und Glockner kannten sich seit etwa 1928/29. An einem „schönen Junitag“ waren Glockner und seine Frau Marie bei Haering in der Neckarhalde 31 (vgl. Brief Hermann Glockner an Theodor Haering vom 25. September 1929 in; UBT Md 1014/147). Noch fast zwei Jahre später erinnerte Marie Glockner an den „harmonischen Abend damals in Rom“ (vgl. Brief Hermann und Marie Glockner an Theodor Haering vom 13. Januar 1935, in: UBT Md 1014/147). Nach dem Hegelkongress schickte Glockner dem Tübinger Philosophen ein Bild mit einem weißen Pfauen „zur freundlichen Erinnerung“ (vgl. Brief Hermann Glockner an Theodor Haering vom 12. Mai 1933, in: UBT Md 1014/147). Der Berichterstatter der Deutschen Allgemeinen Zeitung kam zu dem Schluss, dass sich in Rom deutsches und italienisches Denken im Zeichen Hegels zu gemeinsamer Arbeit verbündet haben. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung, 26. April 1933.

<sup>1836</sup> Haering verwechselt vermutlich das mit großem Pomp gefeierte Geburtstagsfest Roms am 21. April („Natali di Roma“, angebliche Gründung Roms im Jahre 753 v. Chr.) mit den Feiern des italienischen Faschismus („Marsch auf Rom“), dessen zehnjährigen

„nicht ganz uneingeschränkter Optimismus hinsichtlich einer glücklichen Zukunft der Hitlerschen Unternehmung für das deutsche Vaterland“ sei durch die in Rom herrschende Begeisterung wesentlich gehoben worden. Er sei mit dem Entschluss nach Tübingen zurückgekehrt, sich einer „solchen Bewegung unmöglich“ entgegenstellen zu können oder zu dürfen.<sup>1837</sup>

Nach seiner Rückkehr hat sich Haering durch Hitlers „Mein Kampf“ gearbeitet.<sup>1838</sup> Er notierte am 13. Juni 1933 auf der ersten Umschlagseite mit Bleistift, dass Hitler ihn überzeugt habe, die Mittel der SPD (Gewerkschaft etc.) zunächst einfach nationalen Zielen dienstbar zu machen. Sobald diese kontradiktorische Macht überwunden sei, „sind ‚höhere‘ Ziele nötig.“

---

ter Geburtstag am 28. Oktober 1932 begangen wurde. Drei Tage vor dem Beginn des Geburtstagsfestes von Rom, am 18. April 1933, sprachen Vizekanzler Franz von Papen und Reichsminister Hermann Göring zu Ehren von Adolf Hitler (s. Geburtstag am 21. April) vor der „deutschen Kolonie“ in Rom. Die Deutsche Allgemeine Zeitung titelte ihren Artikel darüber mit „Hitler-Feier in Rom“. Göring mystifizierte dabei Hitler zum Retter des Deutschen Reiches, der „mitten in dieser Verzweiflung, in dieser Lethargie [...] unbekannt wie der Soldat des Weltkrieges“ dem deutschen Volke wieder eine Hoffnung an die Wiederauferstehung Deutschlands“ gebracht habe. Nun müsse die „Geschlossenheit des deutschen Volkes“ wahr gemacht werden. Wenn der Kampf vorbei ist und der Sieg das Werk krönt, müsse wieder versöhnt, neue Verführung verhindert werden. Die Rede Görings sei „vielfach von brausendem Beifall unterbrochen“ worden, es erklang das Horst-Wessel- und das Deutschland-Lied. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung, 19. April 1933. Ob Haering bei den Reden anwesend war, ist nicht bekannt, inhaltlich hat ihn Göring sicherlich angesprochen.

<sup>1837</sup> Zum Beweis habe er dem damaligen Rektor Paul Simon nach seiner Rückkehr aus Rom einen Brief geschrieben, schreibt Haering in seiner persönlichen Ergänzung. Dieser Brief findet sich jedoch nicht in den Akten. Eine Seite der vertraulichen persönlichen Ergänzung von Haering – handschriftlich als Seite 18 markiert – passt jedoch inhaltlich nicht zur Rechtfertigungsschrift von 1947. Darin geht es um Kampf, Streit, gegensätzliche Einseitigkeiten und deren Versöhnung. Diese Seite könnte Teil dieses Briefes sein. UAT 514/151,18.

<sup>1838</sup> Das Exemplar Haerings erhielt der Verfasser dieser Arbeit von dem in Reutlingen lebenden Claus-Dieter Grauer, der es ihm nach der Lektüre eines Artikels über Haering im Schwäbischen Tagblatt überreicht und später der Universitätsbibliothek Tübingen als Leihgabe zur Verfügung gestellt hat. In Haerings Exemplar sind zahlreiche Passagen mit Bleistift an- und unterstrichen, etwa Hitlers Tiraden gegen Demokratie, Weimarer Republik, Kirche, Juden und Marxisten. Auch diejenigen Textstellen, in denen Hitler die Idee seiner „Bewegung“ erläutert, für eine einheitliche Weltanschauung, für den Aufopferungswillen des Einzelnen für die Gemeinschaft, für die Volksgemeinschaft und für die „Führerautorität“ eintritt, wurden ebenfalls mit Bleistift an- oder unterstrichen. Die Bleistiftkennzeichnungen können durchaus von Haering stammen, inhaltlich decken sich die Aussagen Hitlers zur Volksgemeinschaft oder zur (einheitlichen) Weltanschauung mit denen Haerings. Übereinstimmung besteht auch im ethisch-moralischen Rigorismus, wenn Hitler sich etwa für den Kampf mit dem „Schwert“ gegen „geistige Ideen“ ausspricht, um sie „auszurotten“, wenn sich dadurch eine neue Idee oder Weltanschauung durchsetzt. Dass Haering auch Hitlers jüdenfeindliche Äußerungen markiert haben könnte, überrascht zumindest zu diesem Zeitpunkt (1933). Anders hingegen verhält es sich mit den Bleistiftkommentaren, sie stammen eindeutig von Haering. So notierte er „sehr gut“, als Hitler der Sozialdemokratie vorwarf, die Gewerkschaft als Mittel missbraucht zu haben, ohne die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Ein „Sehr gut“ erhielt Hitler von Haering auch durch den Hinweis, ein Mann solle sich nicht vor dem 30. Lebensjahr politisch betätigen. Vgl. Hitler, 1933, Exemplar von Theodor Haering in UBT.

Nur wenige Wochen nach der Machtübernahme hat sich der Philosoph somit selbst gleichgeschaltet. Öffentlich bestätigte er die Gleichschaltung im Sommersemester 1933, da hielt er in der Tübinger Vorlesungsreihe „Deutsche Gegenwart und ihre geschichtlichen Wurzeln“ den Vortrag „Naturphilosophie in der Gegenwart“. Haering beugte sich „der Durchführung des Führerprinzips auch auf diesem Gebiet.“<sup>1839</sup> Denn innerhalb des geistigen Vierjahresplans des Veranstalters sei ihm das Thema zugewiesen worden. Im Dezember 1933 beglückwünschte Haering die Schriftstellerin Isolde Kurz zum 80. Geburtstag und wünschte ihr im neunten Jahrzehnt „mit dem neu erwachten Deutschen (!) Volk sich noch recht lange reimend und ihrer zweiten Jugend zu erfreuen.“<sup>1840</sup>

Im Jahr darauf hielt Haering am Lehrerfortbildungsseminar in Esslingen Vorträge über „philosophische Weltanschauung“. In seinem Bericht an das Esslinger Seminarrektorat schrieb er, den Nationalsozialismus habe er in erster Linie „als Ideal einer ethischen Grundhaltung im weitesten Sinne dargestellt, welche eine ganz bestimmte Geisteshaltung (die arisch-nordisch-germanische) als zu verwirklichendes Ideal aufstellt.“<sup>1841</sup> Diesem letzten Ziele diene alles andere als Mittel: die größere Reinheit der Rasse auch im physiologischen Sinn, die Wiedererweckung des nationalen sowie des Totalitäts- und Gemeinschaftsdenkens überhaupt, wie auch all das, was im Einzelnen, etwa von Rosenberg, als Merkmal des idealen nordischen Menschen aufgestellt und in den Schriften des Führers gefordert werde. Als Hitler nach dem „Röhm-Putsch“ am 30. Juni 1934 etwa 200 Widersacher und politische Gegner ermorden ließ, verteidigte Haering die Mordaktion und den „Führer“<sup>1842</sup>, legitimierte und legalisierte somit die tödliche Säuberungsaktion.

---

<sup>1839</sup> Haering 1934b, 145. Haering war diesmal von zwölf Rednern der achte. Ende Juni 1933 hatte er seinen Vortrag gehalten.

<sup>1840</sup> Brief Theodor Haering an Isolde Kurz vom 15. Dezember 1933, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Kurz.

<sup>1841</sup> Nach Auskunft des Staatsarchivs Ludwigsburg befinden sich unter den wenigen Unterlagen über das Lehrerseminar Esslingen aus dem Jahr 1934/35 keine von oder über Theodor Haering. Der Bericht Haerings liegt in dessen Nachlass, UBT Md 1008/2. Haering – wie auch Max Wundt – wurde von der „Ministerialabteilung für die höheren Schulen“ im Februar und März 1934 zum Mitglied des Prüfungsausschusses der ersten und zweiten Dienstprüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Schulen ernannt (Schreiben Ministerialabteilung an Akademisches Rektorat vom 19. Februar 1934 und 19. März 1934, in: UAT 131/115, II).

<sup>1842</sup> In Haerings Vorlesungsmanuskripten über die „Geschichte der antiken Philosophie“ findet sich im Bündel des Paragrafen 20 (Platon) eine kurze Ansprache, wohl an seine Studenten gerichtet. Das DIN-A5-Blatt ist mit Schreibmaschine geschrieben, von Haering handschriftlich ergänzt und datiert vom 2. Juli 1934: „MduH! Es schiene mir unnatürlich, nicht auch hier der uns alle tief erschütternden Vorgänge in unserem Vaterlande zu gedenken. Eine philosophische Vorlesung ist freilich nicht der Ort und ist auch gar nicht bedeutsam genug, etwas Nennenswertes in solchen Dingen beizutragen. Aber es soll doch auch hier ausgesprochen werden und ich hof-

Mit der Ende November 1934 gehaltenen humoristischen „Rede auf Alt-Tübingen“ wurde Haering über die Grenzen des Reiches hinaus berühmt.<sup>1843</sup> Sie legte auch die Grundlagen für Haerings Nachkriegspopularität, für dessen Tübinger Ehrenbürgerschaft 1957 und für die Benennung der Tübinger Haering-Staffel.<sup>1844</sup> Die nationalsozialistische Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ (KdF) war Veranstalter.<sup>1845</sup> In dem auch als „Weingärtnerrede“ bekannt gewordenen genau 333 Zeilen langen Vortrag vor 1.400 Tübingern im „Museum“ beschwor er mit Anekdoten versetzt im schwäbischen Dialekt die „reachte ond wirkliche Volksgemoi’schaft“, in der das Trennende zwischen den Bevölkerungsgruppen (in Tübingen galten ihm dafür beispielhaft die Weingärtner und Professoren) überwunden werden und man auch miteinander und übereinander lachen solle.<sup>1846</sup> Der Philosoph persi-

---

fe, Sie sind alle hierin derselben Meinung, dass wir uns vielleicht nie so tief mit unserem obersten und einzigen Führer verbunden gefühlt haben, als nun, da er, gewiss mit tiefstem Herzweh, damit begonnen hat, mit eisernem Besen seine große und herrliche Bewegung von Elementen zu reinigen, welche ihr nicht zur Ehre gereichen (und welche, wie er dies selbst gestern angedeutet hat, für viele tausend ehrlicher deutscher Männer es oft so schwer gemacht haben, sich ganz und ohne Rückhalt ihr anzuschließen). Möge ihm Kraft und Erfolg auch auf diesem Wege beschieden sein.“ Den Satzteil in Klammern hat er gestrichen, „auch auf diesem Wege“ hat er handschriftlich hinzugefügt; Siehe UBT Md 986. In Italien hingegen sei man über „die völlige Skrupellosigkeit und die düstere Gewalt dieser Untaten, über welche sich die Deutschen binnen weniger Wochen beruhigten“, zutiefst erschrocken, schreibt der Philosoph Karl Löwith, der 1934 nach Italien emigrierte. Löwith 1986, 102.

<sup>1843</sup> Haering 1934c.

<sup>1844</sup> So mutmaßte der Tübinger Psychiater Robert Gaupp (1870 – 1953) in einem Brief an Haering, die Neckarhalde, die Straße, in der Haering wohnte, könnte einmal in Haeringstraße umbenannt werden. Brief Robert Gaupp an Theodor Haering vom 17. Dezember 1934, in: UBT Md 1014/134 (Nachlass Theodor Haering). Enthusiastisch auch der Tübinger Jurist Walther Schönfeld (1888 – 1958): „Es lebe der Volksgeist in der Haeringstraße.“ Karte von Walther Schönfeld an Theodor Haering vom 30. Dezember 1934, in: UBT Md 1014/484,1 (Nachlass Theodor Haering). Der „alte Tübinger“ Adolf Schöttle hoffte, dass der „Ehrenbürger“ und die „Haeringstraße“ nicht mehr lange auf sich warten lassen. Brief von Adolf Schöttle an Theodor Haering vom 7. Januar 1936, in: UBT Md 1014/487 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1845</sup> KdF sollte denn auch laut Haering den Reinerlös aus dem Verkauf der Broschüre bekommen. Als jedoch im Dezember 1935 die Auflage bereits auf 40.000 stieg, bat Richard Jordan, Inhaber der Tübinger Buchhandlung Osiander, Haering, für die nächste Auflage 150 Reichsmark als „Unkostenersatz“ zu nehmen. Denn KdF habe bereits 700 Reichsmark erhalten „und ich finde“, so Jordan, „dass das auch wirklich genug ist!“ Schon seit einiger Zeit habe er durch die vielen Einzelbestellungen keine Zahlungen mehr an KdF geleistet, weil für ihn dann „ein erhebliches Minus“ herausgekommen wäre. Brief Richard Jordan an Theodor Haering vom 4. Dezember 1935, in: UBT Md 1014/250,9. Haering aber notierte am 5. Dezember 1935 an den Rand des Briefes, er wolle durch die Rede „nichts“ einnehmen. Der Betrag soll auf das Konto „Weihnachtsspende“ der Universität überwiesen werden.

<sup>1846</sup> Zur „Weingärtnerrede“ im Kontext der Zeit: Hantke 2006 und 2008b. In Haerings „organischer Volksgemeinschaft“ sind die Individuen in ihre jeweiligen „Stände“ integriert, ordnen sich unter und erfüllen je nach Funktion in der ihnen zugewiesenen Rolle ihren Dienst am Staat. Über- und Unterordnung, Führer- und Gefolgschaftsdenken sind Bedingung, wie Haering bereits in der Weimarer Republik vielfach bekannt hat. Auf eine „standesgemäße“ Differenz zwischen den unterschiedlichen Schichten hat Haering stets geachtet, ihm kann mit einigem Recht ein Eliten-Bewusstsein attestiert werden. Als „Volksbildner“ tat er sich am Beginn der Weima-

flierte darin auch die Umbenennung einiger Tübinger Straßen nach Nazi-Größen (so wurde etwa die Mühlstraße zur Adolf-Hitler-Straße) und verwahrte sich gegen die damals weit verbreitete Intellektuellenfeindlichkeit, denn man komme doch „aus em gleicha Volk ond Boda“<sup>1847</sup>. Nicht nur Rezensenten der gleichgeschalteten deutschen Presse lobten den Mut, die Offenherzigkeit, den echten – im Gegensatz zum angeblich zersetzenden und giftigen – Witz sowie die Hymne auf die Volksgemeinschaft. Der Professor erhielt zahllose Briefe von Lesern aus der ganzen Welt. Lob und Dank bekam er von (Theologie-)Professoren und Pfarrern, Liberalen und Nationalsozialisten, SA-Männern und Ex-Stahlhelmern, von Hausfrauen und Bäckern.<sup>1848</sup> Hermann Glockner, Philosophenfreund aus Heidelberg und mit

---

rer Republik auch schwer, das sollten ihm zufolge die „berufenen Volksbildner“ erledigen. Haerings Volksgemeinschaftsbegriff meint nicht die Verwischung der Standesunterschiede oder gar die Vermischung der „Stände“: Im Gegenteil: Aufrechterhaltung der ständischen Grenzen in einer vertikalen Gesellschaftsgliederung gehört für den Philosophen grundsätzlich zur Volksgemeinschaft. Der Weingärtner kennt seine Reben, der Professor seine Wissenschaft. Ein Austausch über die jeweilige Tätigkeit ist zwischen beiden „Volksgenossen“ erwünscht, sogar lachen solle man (mehr) übereinander. Aber eine Diskussion auf Augenhöhe ist nicht Haerings Vorstellung. Als „Volksfreund“ gibt sich Theodor Haering nur vordergründig. Den „Sinn“ seiner Rede erläuterte Haering dann zwei Jahre später: „Wahre Volksgemeinschaft“ bestehe nicht in „Gleichmacherei“, „die verschiedenen Stände“ sollten ihre „gottgewollte Verschiedenheit, ja Gegensätzlichkeit behalten und stolz auf sie“ sein, sich aber „als Glieder des einen Volkes fühlen, ‚ein jeglicher nach seiner Art‘“ (Haering 1936a, 3).

<sup>1847</sup> Haering 1934c, 8. Wenn Haering seine Professorenhre gekränkt sah, konnte er sehr energisch werden. So protestierte er am 25. Juni 1933 in einem Schreiben an den „Führer der Tübinger Studentenschaft“ Martin Sandberger vehement und mit aller Schärfe gegen den „Sauherdenton“, den die Studenten bei ihrem „Kampf gegen den untauglichen Hochschullehrer“ an den Tag legten. Haering warf Sandberger vor, sich in den vergangenen Jahren für die neuen politischen Verhältnisse nicht allzu stark gemacht zu haben, nach dem Umsturz aber das große Wort führen zu wollen. Den Feind bei der Professorenschaft zu suchen, sei „übelste Demagogie und Massenfäng“. Viele höhere Offiziere würden sich jetzt bei den Festen der neuen Gewalthaber unangegriffen und fast umschmeichelt sonnen, obwohl sie noch bis vor kurzem „sich aufs Hämisichste“ gegen diese Bewegung ausgesprochen hätten. Der Ton sei befremdlich und eines deutschen Studenten unwürdig, dies seien „Gepflogenheiten der jüdisch-marxistischen Revolverpresse“. Der als „Privatbrief“ an Sandberger gedachten Stellungnahme ließ Haering noch eine Erklärung am 28. Juni 1933 folgen: Es gebe derzeit keinen schwereren Angriff „auf die Ehre eines Deutschen (!) Mannes und Standes“, als ihm dauernd die Fähigkeit und Berechtigung abzusprechen, am Neubau des Deutschen Reiches mitzuwirken. Er habe – wie auch die Studenten in ihrer Hochschulzeitung bei ihrem Kampf gegen den untauglichen Hochschullehrer – bewusst einen rauen Ton gewählt. Er hoffe, dass der überwiegende Teil der Studenten mit ihm der Überzeugung sei, dass der großen Bewegung durch gemeinsam aufbauende Tat mehr genützt werde als durch die ungerechtfertigte Herabsetzung der Professorenhre. Vgl. UAT 117/996. Auch gegenüber Rudolf Heß habe Haering sich über die „Entrechtung des Professorenstandes“ beklagt, eine Antwort habe er nie erhalten, schrieb er nach dem Zweiten Weltkrieg. Vgl. „Meine Stellung zum NS“, in Md 971/28 (Nachlass Theodor Haering). Haering konnte sich gegenüber Martin Sandberger freilich einiges erlauben, da die beiden Familien Haering und Sandberger miteinander verwandt waren.

<sup>1848</sup> Die Professoren standen damals zwar durch die Nationalsozialisten in der Kritik, wenn aber ein Professor sich für den neuen Staat ausgesprochen hat, wog das schwerer, denn Wissenschaftler hatten eine einflussreichere Stellung innerhalb der Gesellschaft als in der Gegenwart. Vgl. Knigge-Tesche 1999, 5.

Haering Teilnehmer des Hegelkongresses von 1933 in Rom, erkannte in der Rede eine „wahrhaft politische, volksgemeinschaftliche und national-soziale Tathandlung“.<sup>1849</sup> „Salander“<sup>1850</sup>, der Rezensent der Schweizer „Nationalzeitung“, ordnete die Rede hingegen kritisch ein und befand, sie sei „als Dokument besonderen Mutes eine fast erschreckende Bestätigung der geistigen Unfreiheit im heutigen Deutschland.“<sup>1851</sup> Durch den schwäbischen Dialekt hat Haering seine im verständlichen Ton gehaltene humoristische Kritik sogar noch verharmlost.<sup>1852</sup> So diente der affirmative Charakter der Rede der Legitimation des nationalsozialistischen Systems.<sup>1853</sup>

Nach der „Weingärtnerrede“ war der im gesamten „Dritten Reich“ populäre Philosoph als Redner gefragt, Zeitungen und Zeitschriften baten ihn um Aufsätze, ein unbekannter Leserbriefschreiber mutmaßte sogar, dass die Zunahme an Tübingen-Touristen im Jahr 1935 auch durch die Rede bedingt sei.<sup>1854</sup> Haering schien seine Rolle im Nationalsozialismus gefunden zu haben: „Ich entwickle mich allmählich zum lebens-

---

<sup>1849</sup> Glockner bestellte gleich fünf Exemplare der Rede und beendete seinen Brief mit den Worten: „Nun muss ich schließen und zu einem Fackelzug.“ Brief Glockner vom 13. Januar 1935 an Theodor Haering, in: UBT Md 1014/147.

<sup>1850</sup> „Salander“ war das Pseudonym des Schweizer Verlegers und Journalisten Alfred Kober (1885 – 1963), ein Gegner des Nationalsozialismus und Faschismus, der seit den 1930er Jahren in der National-Zeitung publizistisch dagegen Stellung bezog. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred\\_Kober](http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Kober) und <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D41609.php>

<sup>1851</sup> Haering habe die „Volksgemeinschaft“ als etwas Natürliches, Selbstverständliches dargestellt, die es in Tübingen schon lange gegeben habe, so „Salander“. Trotz aller loyalen Huldigung gegenüber dem neuen Staat verwahre sich Haering mit Ernst und Spott gegen einzelne neue Schlagworte wie das der „Intellektualbestie“. Haerings Trost: eine Bestie könne im guten Sinne auch „besondere Kraftfülle“ bedeuten. Sie habe sich aber in der „erwachten Nation“ nicht bemerkbar gemacht. „Salander“ führt die „widerlichen Unmenschlichkeiten der Konzentrationslager“ an, die Unterdrückung der freien Meinung, die Überheblichkeit des Rassenwahns sowie die Zerstörung des Rechtsbegriffs. „Salander“ will die „Freimütigkeit des schelmisch-offenherzigen Tübinger Gelehrten gewiss nicht herabwürdigen“, aber die von Haering thematisierten Wahrheiten seien „eben nur mehr solche harmlose und sozusagen gemütliche Wahrheiten“. Vgl. „A propos“, in: Nationalzeitung, 3. Juli 1935, Seite 2., in: UBT Md 1012/1/18 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1852</sup> Hermann Bausinger kennzeichnet den Dialekt in Haerings Rede „als eine Art sozialer Weichzeichner [...], der den realen Gegensätzen die Härte nimmt.“ Bausinger 2007, 97.

<sup>1853</sup> Laut Haering habe die Studentenschaft aufgrund der Rede „disziplinarisch“ gegen ihn vorgehen wollen, schrieb er nach dem Zweiten Weltkrieg, doch „das Eingreifen des Dichters Gerhard Schumann, eines früheren vernünftigen Schülers“, habe das verhindert. Vgl. „Meine Stellung zum NS“, in: UBT Md 971/28 (Nachlass Theodor Haering). Der nach 1933 rasch aufgestiegene NS-Kulturfunktionär und Schriftsteller Gerhard Schumann bot Haering auch nach dem Erscheinen des „Mondbuches“ (1935) Hilfe an. Sollte jemand Haering für „reaktionär halten“, solle Haering ihn an Schumann verweisen. Vgl. Brief Gerhard Schumann an Theodor Haering vom 20. Dezember 1935, in: UBT Md 1014/494 (Briefe an und von Theodor Haering).

<sup>1854</sup> Überall im Reich werde man auf die Rede angesprochen, wenn man sich als Tübinger oute, so der Leserbriefautor. Das neue Buch von Haering („Der Mond braust durch das Neckartal“, der Verfasser) werde diesen Trend noch verstärken, war der Autor überzeugt. Tübinger Chronik, 14. Oktober 1935.

würdigen enfant terrible, das von Zeit zu Zeit mit Humor etwas riskiert und hoffentlich auch künftig noch riskieren darf. [...] Ich möchte gerne alles tun, um die im Grunde großartige nationale Bewegung vor manchen gefährlichen Einseitigkeiten zu bewahren“<sup>1855</sup>, schrieb er seinem guten Bekannten Ludwig Binswanger nach Kreuzlingen/Schweiz.

### 3. Volksgemeinschaft und Führerverehrung in der Belletristik

Theodor Haering entdeckte mit der „Weingärtnerrede“ seine belletristische Seite wieder, die seit Beginn der Weimarer Republik kaum öffentlich hervorgetreten war. Nur wenige Wochen nach der Rede trug er auf dem „Ehrentag der schwäbischen Dichtung“ ein fingiertes Gedicht von Eduard Mörike vor<sup>1856</sup>, ein Jahr später erschien sein Buch „Der Mond braust durch das Neckartal ...“<sup>1857</sup>. Darin unternahm er – wie einst Hegel und Hölderlin, nur in entgegengesetzter Richtung – mit einem Unbekannten mitten in der Nacht<sup>1858</sup> einen Spaziergang von der Wurmlinger Kapelle nach Tübingen, schlenderte durch die Altstadt und das Universitätsviertel, schließlich endete er auf dem Tübinger Marktplatz. In dem nur teils kurzweilig, häufig langatmig geschriebenen romantisierenden und die Stadt Tübingen idealisierenden „Reise-

---

<sup>1855</sup> Brief Theodor Haerings vom 4. März 1935 an Ludwig Binswanger (1881 – 1966), Leiter des Sanatoriums Bellevue im schweizerischen Kreuzlingen, in: UAT 443/12 (Nachlass Ludwig Binswanger). Vorangegangen waren den Zeilen an Binswanger die „Weingärtnerrede“ und ein von Haering verfasstes fingiertes Brief-Gedicht des Dichters Eduard Mörike (vom Philosophen vorgetragen auf dem „Ehrentag der schwäbischen Dichtung“ am 11. Februar 1935 in Tübingen).

<sup>1856</sup> Eduard Mörike thematisiert in dem von Haering verfassten Gedicht die Frage nach der politischen Einmischung des Dichters. „Wundervoll“ kann es sich Mörike laut Haering vorstellen, wenn „recht viele Brüder in Apoll – Herolde auf der Menschheit Höhn – dem Führer heut‘ singend zur Seite gehen; Stolz ziehen, gleich der Feuerwolke, Her vor dem neu erwachten Volke!“ Doch Mörike habe von Gott die Weisung erhalten, in der Stille zu wirken. Mörike bittet Haering, das stille Deutschland bei all dem Lärm und Trubel der Gegenwart nicht zu vergessen. Abgedruckt wurde das Brief-Gedicht von Haering am 28. Februar 1935 in der Tübinger Chronik.

<sup>1857</sup> Haering 1935a.

<sup>1858</sup> Theodor Haering hat sich hin und wieder auf die Tages- und Nachtansicht von Gustav Theodor Fechner (1801 – 1887) bezogen. Bloße Naturwissenschaft (die Nachtansicht) bringe keine Erkenntnis, sie müsse durch Metaphysik zur Wahrheit (Tagesansicht) kommen, wo alles leuchte und voller Farben sei. Diese „induktive Metaphysik“ vertrat auch ausdrücklich Karl Groos, einer von Haerings Lehrern. Haerings nächtlicher Spaziergang wird durch den Mond erhellt, Nacht und Tag ergänzen sich, die von Haering ausgesprochenen Erkenntnisse im „Mondbuch“ erheben also Anspruch auf metaphysische Wahrheit. Damit korrespondiert Haerings Konzept der „vorwissenschaftlichen Erkenntnis“ (Alltagsbewusstsein), verkörpert durch den aus dem Dunkel kommenden nächtlichen Begleiter mit seinen in einfacher Sprache (gar im Dialekt) vorgetragenen Alltags-Wahrheiten, die jedoch erst durch das Philosophieren und den Philosophen (in diesem Fall Haering) zur wissenschaftlichen Wahrheit werden. Haering benutzt hier für die Darstellung die von ihm bevorzugte Form des Dualismus (Nacht – Tag; vorwissenschaftliches Bewusstsein – Wissenschaft).

führer zu Fuß‘ beschrieb der Autor kundig Landschaft, Häuser, Straßen, Plätze und ihre Geschichte samt der Personen und eigenen Erinnerungen, die mit den Orten und Lokalitäten in Verbindung gebracht wurden. Hin und wieder streute er Anekdoten ein. Seine Vorstellung einer Volksgemeinschaft, in der Schimpfen und Lachen notwendig sind, die sich jedoch an seinem ständischen, auf Distanz zwischen den Schichten achtenden<sup>1859</sup>, an Platon orientierten, auf Über- und Unterordnung basierenden Volksgemeinschaftsbegriff anlehnt, vertrat Haering auch hier. Ebenso kritisierte er die Weimarer Republik („das neidzerfressende marxistische Zeitalter“<sup>1860</sup>), das Christentum, das sich vom Volk losgelöst habe<sup>1861</sup>, plädierte für ein gläubiges und unbedingtes Führer-Gefolgschaft-Denken<sup>1862</sup> und lobte Hitler, weil er dafür sorgen wolle, dass dem Tüchtigen alle Chancen offen stünden.<sup>1863</sup> Haering arbeitete zeitbedingte Erscheinungen ein, wie den marschierenden Reichswehr- oder SA-Trupp mit seinen absetzenden Pausen und Rhythmen, der aus einer anderen Welt der Ordnung und festen Formen zu kommen scheint<sup>1864</sup>, wie auch nationalsozialistische Schlagworte (etwa „Blut und Boden“<sup>1865</sup>, „Volk ohne Raum“<sup>1866</sup>, „planvollere Erbauslese“<sup>1867</sup>), die im jeweiligen Zusammenhang positiv besetzt sind. Auch „Störenfriede“ machte der Autor aus, jene, die Hitler das „Handwerk erschweret“<sup>1868</sup>, nicht unbedingt Systemgegner, sondern „150-Prozentige“, wie Haering sie später nennen wird.

Doch der Autor übte auch verhaltene Kritik am herrschenden nationalsozialistischen Zeitgeist, etwa wenn er ironisch die hohe Zahl der Führer im neuen Staat bemerkte<sup>1869</sup>, oder wenn er die vier Uhren an den vier Seiten des Tübinger Stiftskirchenturms in ihrer Zeitangabe differieren ließ und schlussfolgerte, sie würden sich der Gleichschaltung entziehen, vielleicht liege darin ein „höherer Wink und Wille“<sup>1870</sup>. Das sind jedoch wie bei der Weingärtnerrede Marginalien. Haering gab sich als „volksnaher“ Intellektueller. Einem Aufruf der Tübinger Chronik, Wünsche für das Jahr 1939 einzureichen, folgte er mit einem Gedicht, für das er den ersten Preis erhielt: „...Als Hauptwunsch ich

---

<sup>1859</sup> Die „untere“ (Weingärtner) und die „obere“ (Bürger) Stadt Tübingen bleiben Haering zufolge doch „zwei Welten“, es komme wohl nur darauf an, schreibt er, sich besser zu verstehen und „in seiner Andersheit gelten“ zu lassen, außerdem dienten beide Stände denselben Zielen, „bewusster die einen, unbewusster die anderen“. Vgl. Haering 1935a, 200f.

<sup>1860</sup> Haering 1935a, 10.

<sup>1861</sup> Haering 1935a, 203f.

<sup>1862</sup> Haering 1935a, 99.

<sup>1863</sup> Haering 1935a, 91.

<sup>1864</sup> Haering 1935a, 46.

<sup>1865</sup> Haering 1935a, 11, 79.

<sup>1866</sup> Haering 1935a, 159.

<sup>1867</sup> Haering 1935a, 182.

<sup>1868</sup> Haering 1935a, 91.

<sup>1869</sup> Haering 1935a, 58.

<sup>1870</sup> Haering 1935a, 212.



zum End‘ noch sagen: Wir wollen alle uns vertragen! Mit‘nander schaffen unverdrossen / Ob nun Partei, ob Volksgenossen [...]“<sup>1871</sup>, heißt es am Schluss des Gedichts.

Der jeweiligen (welt-)politischen Situation angepasst waren seine Kriegserzählungen „Das Lächeln des Herrn Liebeneiner“<sup>1872</sup> und „Der Tod und das Mädchen“<sup>1873</sup>. Darin bejahte er das NS-System<sup>1874</sup>, stellte

---

<sup>1871</sup> Tübinger Chronik, 31. Dezember 1938.

<sup>1872</sup> Haering 1940a. Gewidmet ist die Erzählung „den Kämpfern in der Heimat“. Thema der Erzählung ist die geduldige Hinnahme der gegenwärtigen Kriegssituation, gekoppelt mit einem noch stärkeren Engagement jedes Einzelnen für das Vaterland. Schließlich komme es darauf an, das „Große“ zu sehen. Hauptperson Liebeneiner ist pensionierter Finanzbeamter, der im ersten Kriegsjahr ehrenamtlich tätig ist und Notleidende versorgt. Haering charakterisiert Liebeneiner als einen, bei dem die „gesteigerten sozialen Anforderungen des Dritten Reiches“ (Haering 1940a, 16) einen eifrigen und hingebungsvollen Förderer gefunden hätten. Haering preist das kleine Glück der Menschen, aber das reiche nicht: „Auf die Augen und Sinne, das Große zu sehen, kam es an; und sie galt es den Menschen wieder zu öffnen“ (Haering 1940a, 52). Zuversichtlich mache ihn die Hitlerjugend, die er „mit frohem und hellem Gesang“ eine Straße überqueren lässt, denen „Zukunftsfreude und Lebenszuversicht auf den trutzigen jungen Gesichtern“ (Haering 1940a, 53) geschrieben ist. Alte, über die Versorgungslage unzufriedene Frauen titulierte er als „Unweiber“ (Haering 1940a, 72), die aus „dem finstersten Teile der Stadt“ (Haering 1940a, 71) kommen, denen der Krieg nur als Vorwand dient, um ihre Klagen und Vorwürfe loszuwerden. Solche Weiber sind „ein wahrer Krebschaden der ganzen Volksgemeinschaft“ (Haering 1940a, 74). Den Krieg rechtfertigte Haering, sogar mit Verweis auf das Neue Testament, schließlich habe Jesus auch das Schwert in die Welt gebracht. Haering warb beim Leser um gläubiges Vertrauen auf die Zukunft, wie es Kinder oder die Jünger Jesu hatten. Denn auch die Besten des Dritten Reiches kämpften wieder um das Vertrauen der Volksgenossen, vielleicht sogar um das Vertrauen zwischen den Völkern. Geht es im Grunde in diesem Krieg nicht darum?, frug er rhetorisch. Auch der Sohn von Liebeneiner ist im Krieg gefallen, ein wie schöner Tod sei doch der Tod fürs Vaterland, schöner als so manch anderer Tod in dumpfer Stube ohne eigentlichen und besonderen Wert und Sinn, so Haering in seiner „Kriegsphilosophie der Fröhlichkeit“ (Kiesewetter, 1974, 326). Liebeneiner lächelte, denn vielleicht sei sein Sohn eigentlich zu gut für ein Absterben an einem kleinen Gericht der Provinz gewesen, dass er für etwas Höheres bestimmt war – für den Heldentod. Liebeneiner lächelte noch immer – und schlief friedlich ein. Theodor Heuß schrieb in einer Rezension: „[...] Der schlichte Herr Liebeneiner, in dessen Haltung und Tun Haering Züge des eigenen Wesens zeichnete, soll in dem Ablauf seines mit Freude und Pflicht sorgsam erfüllten Halbtags ein Stück sozialer oder besser: menschlicher Kriegspädagogik leisten. Und das wird ihm durch die stille, unpathetische Anmut wohl gelingen.“ Heuss 1941, 84. Der Publizist und Autor Hans Franke (1893 – 1964) war seit 1938 Lektor im Eugen Salzer Verlag. Er war mit dem „Liebeneiner“ Haerings betraut und schlug ihm einige Änderungen von Formulierungen vor, in denen der Nationalsozialismus Franke zufolge nicht so positiv wegkam oder besser gezeichnet werden musste. So sollte Haering etwa die mangelhafte Disziplin der Frauen beim Einkauf nicht so herausstellen (auch das Ausland liest mit), den preußischen Präsidenten ein wenig herzlicher machen, das Wort „eigentlich“ im Zusammenhang mit der Bedeutsamkeit des Todes fürs Vaterland weglassen, den Klagen und Anklagen der „Weiber“ das Adjektiv „törricht“ voransetzen oder andere Passagen nicht so düster erscheinen lassen, um keine „Schwierigkeiten in Berlin“ zu bekommen. Die Selbstzensur funktionierte also. Vgl. die Briefe von Hans Franke an Theodor Haering vom 18. März 1940 bis zum 29. April 1940, in: UBT Md 1014/447 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1873</sup> Haering 1943a. Den Heldentod thematisiert der Schriftsteller auch in seiner Novelle. Schon einmal wollte Haering eine Novelle gleichen Titels (der Titel stammt von Franz Schuberts Quartett) an einen Verlag bringen. Das war 1920. Es hatte nicht geklappt. In der Ursprungsnovelle von 1920 verliebt sich ein „Dr. Wieglerlandt“ im

sich hinter den „Führer“ und pries wiederum den Heldentod.<sup>1875</sup> Kritik an den politischen oder gesellschaftlichen Verhältnissen blieb rudimentär, richtete sich insbesondere gegen jene, die ihm zufolge den NS-Staat nicht voll unterstützten, wie auch im nie aufgeführten Theaterstück „Kampf dem Verderb“, in dem Haering all jenen den Kampf ansagte, die das Werk Adolf Hitlers manipulieren wollten.<sup>1876</sup>

---

Konzert „in ein Mädchen“, das Tage später bei einer Überschwemmung des Neckars getötet wird. Wiegerlandt kommt nicht mehr von diesem Mädchen los, huldigt ihm, sitzt gar in dessen Zimmer. Doch es stellt sich heraus, dass die Tote gar nicht die Konzertbesucherin war. Diese lebt. Aber Wiegerlandt kann nicht mehr zurück, er liebt weiterhin die Tote. In der Novelle von 1943, die dann erschienen ist, übernimmt Haering zunächst die Handlung der Ursprungsnovelle (Konzert, Überschwemmung, Tod des Mädchens, die nicht eingelöste Liebe), schreibt die weitere Handlung jedoch mit den Kriegseignissen fort: Dr. Wiegerlandt stirbt den Heldentod und erhält nachträglich das Ritterkreuz. Haering zeichnet „Dr. Wiegerlandt“ als einen kompromisslosen Mann, der von keiner Idee abzubringen war, wenn er sich ihr einmal „verschrieben“ hatte. Haering polemisiert abermals gegen die Weimarer Republik, die „damalige sogenannte Friedenszeit“, appelliert an ein „höheres Heldentum“ und preist die „würdigen Aufgaben draußen im Felde“. Wiegerlandt habe „unverrückbar“ an einer Idee festgehalten, auch, wenn alles dagegen sprach. „Wann hatte Deutschland gerade solche Männer nötiger gehabt als gerade jetzt ..., wo es galt, gegen eine ganze Welt eine Idee durchzusetzen und sich durch nichts daran irremachen zu lassen!“ (Haering 1943a, 71). Das ist keine rhetorische Frage, Haering schließt diesen Satz mit einem Ausrufezeichen ab. Hier appelliert der Philosoph an den Durchhaltewillen seiner „Volksgenossen“, die für ihre Idee auch bereit sein sollen zu sterben. Drei Söhne von Bruder Hermann Haering sind im Krieg gefallen. Die Novelle „Der Tod und das Mädchen“ fand ebenfalls reißenden Absatz. Bis zum 1. Oktober 1943 waren 48.200 Exemplare verkauft. Vgl. Brief Theodor Haering an Otto Heuschele vom 10. Dezember 1943, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Heuschele, Zugangsnummer: HS.1993.0003.

<sup>1874</sup> Zur Erzählung „Das Lächeln des Herrn Liebeneiner“ bemerkt Kiesewetter zu Recht: „Haering versteht es meisterhaft, das gerade in den schweren Kriegszeiten gesteigerte Bedürfnis nach Fröhlichkeit und Zufriedenheit für seine Zwecke, die Glorifizierung des Krieges und Heldentodes, auszunutzen und zu missbrauchen, und erweist damit dem Nationalsozialismus einen wahren Dienst“ (Kiesewetter 1974, 335).

<sup>1875</sup> Über „Heldentum“ und „Heldentod“ hielt Haering seinen eigenen Notizen zufolge vor der Hitler-Jugend, Bann Hohentübingen, in der Tübinger Gartenstraße 23 am 3. Februar 1943 einen Vortrag. Danach ist ein Held nicht nur „ein physischer Kämpfer“, sondern auch ein geistig Kämpfender. Odysseus, Herakles, Siegfried, Jesus und Sokrates dienten ihm als Beispiele. Nicht nur tollkühn müsse ein Held sein, er müsse auch der „Selbstzucht“ und „Überwindung“ fähig sein. Insbesondere der „sterbende Held“ hatte es Haering angetan, das Reich hatte dreieinhalb Kriegsjahre hinter sich: Das Leiden, den Tod interpretierte Haering als Tat, Leben bedeute „immer Leben und Tod“, und das Heldentum sei die höchste Form des Lebens. Gerade heute sei es möglich, solches Heldentum sei nicht abhängig vom „Stand“ oder der „Lage“. Der Philosoph sah „überall totales Heldentum“, „totale Erschütterung“. Auch heute noch seien „Riesen und Drachen“ zu schlagen und eine „Königstochter zu erringen“. UBT Md 1009/12.

<sup>1876</sup> UBT Md 980/4. In seinem Lustspiel nimmt Haering Stellung gegen die wachsenden Einflüsse „unguter Elemente im Nationalsozialismus“. Ort der Handlung ist ein Dorf, dessen Bewohner die ersten Anhänger und Vorkämpfer des Nationalsozialismus waren. Im Mittelpunkt der Geschichte steht ein Ingenieur, der als Intrigant auffliegt, ein „150-prozentiger“, der sich unter falschem Namen in die SA geschmuggelt hat und „Mitläufer der Bewegung“ geworden ist. Ingenieur Berger war ehemaliger Kommunist, nun aber beteiligt er sich an Kungelei und am Postenschacher, ist brutal, schlägt gar die Magd. Am Ende gibt es ein gemeinsames Gelöbnis, auch künftig all denen das Handwerk zu legen, die Adolf Hitlers Werk durch eigennützige Manipulation verderben wollen. Haering lässt darin Hitlerjungen auftreten, die Geld für „Kampf dem Verderb“ sammeln. In deutlichen Anklängen an

Der „Führer“ wurde für Haering menschengewordener Heiland. In Hitler legte Haering all sein Hoffen und Sehnen für das Deutsche Reich. Am 10. Mai 1937 notierte er als These für ein Oberseminar: „Es gibt ebenso Ideale wie Degenerationserscheinungen des Christentums wie solche z. B. des Nationalsozialismus. Wenn das Ideal des Nationalsozialismus in des Führers Werken und Reden gezeichnet ist, dann das des Christentums in den Worten Jesu, soweit sie sich sicher feststellen und von Einflüssen fremder Art trennen lassen.“<sup>1877</sup> Unveröffentlicht blieb ein Gedicht Haerings mit dem Titel „Gebet des Führers“, eine Quasi-Apotheose des Diktators in 18 Strophen mit je vier Zeilen. Im fiktiven Zwiegespräch Hitlers mit Gott ließ der Dichterphilosoph die Jahre des Aufstiegs und der Machtsicherung der NSDAP sowie die außenpolitischen Erfolge Hitlers Revue passieren: Gott, der einzige, dem Hitler Rechenschaft schuldig ist, habe ihm das leidende Volk gezeigt, woraufhin Hitler zu „Wunderkräften“ gekommen sei und es aus der „Knechtschaft“ befreit habe. Sodann habe Hitler den Feind aus dem Ruhr- und dem Saargebiet hinausgetrieben und die Ostmark sowie das Sudetenland „heimgeholt“. Jetzt solle Gott ihn die Zeiten des Kampfes überstehen und ihn das verheißene Land schauen lassen. Hitler bittet Gott dafür um neue Kräfte.<sup>1878</sup> In Haerings Nachlass findet sich noch ein weiteres Gedicht auf Hitler. Thematisiert wird darin Führung und die freudige Gefolgschaft durch das Volk.<sup>1879</sup>

---

die Weihnachtsgeschichte lässt Haering den Gemeindediener sagen: „Sie bringen mir ihre Gaben dar, die braven Hitlerjungen, wie die Heiligen Drei Könige dem Christuskind.“ Die Hitlerjungen haben Haering wohl imponiert: „Wie stramm sie daherkommen! Es ist eine Freud! Und das Dritte Reich, sag ich, hätt schon allein was geleistet, wenn es nur die Hitlerjungen erfunden hätte“, lässt er eine der Figuren des Stücks sagen. Und am Schluss: „Wenn ihr auch künftig euch immer so einsetzt, wie dieses Mal, für den Kampf gegen den Verderb, der dem großen Werk Adolf Hitlers immer wieder droht, [...] dann werdet ihr auch einmal rechte deutsche Männer werden!“ In einem Brief an G. Sch. [Gerhard Schumann, der Verfasser] „als Mitglied des Reichskultursenats“ thematisiert Haering die Lage des Lustspiels im Reich und setzt sich dafür ein, das „Theater als moralische Anstalt im guten Sinne und im Sinne des dritten Reiches“ zu etablieren und die „Schwächen der gegenwärtigen Bewegung“, die 150-Prozentigen, der Lächerlichkeit preiszugeben. Haering nahm an, das Lustspiel würde bei jeder Theaterdirektion Gefahr laufen, abgewiesen, wenn „nicht gar als staatsfeindlich beurteilt zu werden.“ Das sei es offenbar nicht. Haering bat Schumann, in seinem Sinne tätig zu werden und die parteipolitische Lage grundsätzlich zu klären. Ob Haering den Brief überhaupt abgeschickt hat, ist nicht bekannt. Das Theaterstück wurde nie aufgeführt, eine Antwort Schumanns ist nicht auffindbar. Vgl. den Brief Theodor Haering an G. Sch., ohne Datum, ohne Anrede, nicht unterzeichnet, in UBT Md 1009.

<sup>1877</sup> UBT MD 995.

<sup>1878</sup> UBT Md 976. Ohne Titel, ohne Jahr. Im Nachlass finden sich zunächst 13 Strophen (von Haering mit 1 – 13 versehen), fünf weitere Strophen mit dem Titel „Der Führer“ und dem unter Punkt 1 vermerkten Untertitel „Gebet des Führers“ liegen weiter hinten, gehören aber unzweifelhaft dazu. Haering hatte sich womöglich ein größeres Opus vorgestellt, als er letztlich realisierte. Geschrieben hat Haering das Gedicht nach dem 30. September 1938, der Tag, an dem das Münchener Abkommen unterzeichnet wurde.

<sup>1879</sup> UBT Md 976. Titel: „Das Volk spricht“, ohne Datum.

Unveröffentlicht blieb ebenfalls die Novelle „Der Griff aus dem Grabe“, die Haering am 13./14. März 1945 fertig gestellt hatte.<sup>1880</sup> Der Intention nach wollte er damit nur wenige Wochen vor der Kapitulation Deutschlands seine Landsleute noch einmal motivieren und einen Sieg der Deutschen herbeischreiben.<sup>1881</sup> Dieses Werk kündigte Haering am 25. März 1945 seinem früheren Schüler, dem Schriftsteller Otto Heuschele brieflich an<sup>1882</sup> und nannte gleich seinen „Hauptwunsch, dass die Front halten möge, und endlich auch die Luftbedrohung – freilich viel zu spät und nach unersetzlichen Verlusten – ihre Gegenwirkung finde. „Wer soll Deutschland wieder aufbauen, namentlich geistig?“ frug Haering.

Volksgemeinschaft, Führung-Gefolgschaft, Heldentod und die Verehrung des „Führers“ sind die zentralen Themen in Haerings literarischen Texten, die sich stets an breite Schichten des Volkes richten. Fast nie aufdringlich oder gar aggressiv formuliert, bringt der „Dichterphilosoph“ seine Aussagen dezent an den Leser heran, wie etwa in seinen Weihnachtsbetrachtungen von 1940, in denen er besinnlich erhaben von Maria, Joseph und Jesus erzählt, aber auch an diejenigen appelliert, die „guten Willens“ sind, beim Aufbau des Nationalsozialismus nicht beiseite stehen sollen und selbst „zur freudigen Hingabe des Lebens zum Bau einer neuen, besseren Welt“<sup>1883</sup> bereit sein sollen. Rassismus und Antisemitismus finden sich in den veröffentlichten literarischen Texten nicht, wohl aber bedient Haering vereinzelt antisemitische Vorurteile, indem er die Juden als unsympathische Figuren darstellt<sup>1884</sup>, in einer unveröffentlichten Skizze dämonisiert er die Juden.<sup>1885</sup>

---

<sup>1880</sup> UBT Md 985/1.

<sup>1881</sup> Haering greift darin die Diskussion über Selbsttötung in Offizierskreisen auf. Der Erzähler besucht seinen Freund Georg an der Ostgrenze, der von seinem bereits gefallenen Freund Ernst eine schnell wirkende Chemikalie bekommen hatte, mit der er sich bei Bedarf das Leben nehmen könne. Als Georg von den Feinden überwältigt wird, schluckt er den Inhalt des Röhrchens. Der aber ist wirkungslos, denn es war nur ein Placebo. Nach der Wut auf den Freund Ernst verspürte Georg plötzlich „neue Kraft“, vernichtet die beiden Panzer vor dem Rathaus und befreit die Stadt. Georg hadert mit sich, weil er für einen Moment Schwäche gezeigt hat und sich töten wollte. Besonders schlimm für Georg: Dass sich ein fremder Wille mit solcher Macht in seiner Psyche breit gemacht hat. Georg und der Erzähler rühmen den Geist, der – wenn er nur will – sich durchzusetzen vermag. Georg wird wieder zuversichtlicher und sicherer.

<sup>1882</sup> Brief Theodor Haering an Otto Heuschele vom 25. März 1945, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Heuschele, Zugangsnummer: HS.1993.0003.

<sup>1883</sup> Haering 1940c. Ein ähnlicher Text findet sich auch in den Weihnachtsbetrachtungen des Darmstädter Tagblatts vom gleichen Jahr (Haering 1940d) sowie bereits fünf Jahre früher im Berliner Tageblatt (Haering 1935g). Haering verstand es, seine Texte vielfach in Zeitungen unterzubringen und sie gelegentlich in Patchwork-Manier – wenn nötig – zu modifizieren und zu variieren.

<sup>1884</sup> So etwa im „Mondbuch“, wenn Haering zwar den „freundlichen“ jüdischen Besitzer eines Tuchgeschäfts als Kind auf Hebräisch grüßt und sich darüber freut, die

#### 4. Hegel und der ethische Machiavellismus

Der literarisch erfolgreiche „Dichterphilosoph“ veröffentlichte in der zwölffährigen NS-Diktatur lediglich ein größeres wissenschaftliches Werk. Erst 1938 erschien der bereits 1929 angekündigte, „bald“ folgende zweite Band seines Hegelwerks, also neun Jahre nach seinem ersten Hegelband.<sup>1886</sup> Der zweite Teil ist zugleich auch als Abschluss seiner Hegelforschungen gedacht.<sup>1887</sup> Wie bereits im ersten Hegelband unternahm es Haering, auch die weitere historische Entwicklung Hegels vom ersten Jenenser Systementwurf 1802 (Jenenser Logik, Meta-

---

Freude des „alten Juden“ aber nicht in gleichem Maße erwidert wird. Haering 1935a, 112f.

<sup>1885</sup> In einer 1941 verfassten Skizze zu einem „Reiseerlebnis“ schmäht er die besondere Art „jüdischer Schauerlichkeit“. Auf der Rückreise von Prag nach Tübingen übernachtet er in einem Kurort „Z.“ als Gast im „Hotel Heluan“, das als einziges Hotel noch geöffnet hat. Nach dem Abendessen findet er das Hotel nur mit Hilfe eines anderen Hotelgastes wieder, in der Nacht wecken ihn merkwürdige Geräusche auf. Das Hotel erinnert ihn an jüdische Gespenster- und Gräuelbücher sowie an jüdische Spukhäuser. Mit „kaltem Grauen“ hatte Haering schon den „berüchtigten Judenfriedhof“ in Prag besucht. „Das könnte den Juden gerade so passen“, schreibt er, „wenn sie uns Deutsche [...] nach ihrem glücklichen Verschwinden, auch noch als Gespenster in Unruhe versetzen könnten!“ Später stellt sich heraus, dass das Hotel einst einem Juden gehört hatte und vor „dem Umbruch“ besonders bei jüdischen Gästen beliebt war. Die „Umstellung, auch in der Judenfrage“ – gemeint kann nur die Enteignung, Entrechtung und Vertreibung sein – sei in dieser Stadt „in völliger Ruhe und ohne alle Zwischenfälle verlaufen.“ Der Autor betreibt mit seiner Skizze (12 Blätter) die Dämonisierung der Juden, leistet antijüdischen Ressentiments Vorschub und verharmlost die Entrechtung der Juden. Eine derart aggressive Propaganda bleibt bei Haering in seiner Belletristik aber die Ausnahme. UBT Md 1010/11, „Hotel Heluan“. Ein Hotel gleichen Namens existiert heute noch in Karlsbad.

<sup>1886</sup> Den zweiten Band brachte Haering mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) heraus. Brief Theodor Haering an Ludwig Binswanger vom 30. Januar 1937, in: UAT 443/12 (Nachlass Ludwig Binswanger). Der Tübinger Philosophenkollege Max Wundt schrieb das Gutachten über den zweiten Band, empfahl den Druck und mahnte, die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen. Die DFG bezuschusste das Werk mit 1.250 Reichsmark. Das Werk wurde zwar positiv aufgenommen, verkaufte sich jedoch schlecht. Bei Gesamtkosten von 8.051,43 Reichsmark waren nach vier Jahren trotz des Zuschusses immer noch 1.317,86 Reichsmark ungedeckt, so die Rechnung des Verlags Teubner in Leipzig. Der Verlag plante mit einer Auflage von 800 Büchern, obwohl der erste Band von 1929 bis zum August 1936 erst 269 Mal verkauft worden war. Auch für den ersten Hegelband erhielt Haering einen Zuschuss von der Forschungsgemeinschaft, und zwar über 1.800 Reichsmark. Der gesamte Vorgang liegt im Bundesarchiv Koblenz R73/11424 C (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Theodor Haering). Zum Vergleich: Die „Rede auf Alt-Tübingen“ hatte eine geschätzte Auflage von 100.000. Bereits Anfang Dezember 1935 hatte die Auflage 40.000 erreicht. Richard Jordan, Tübinger Chef der Buchhandlung Osiander, ließ zu Weihnachten 1935 gleich noch 6.000 drucken. Schreiben Richard Jordan an Theodor Haering vom 4. Dezember 1935, in: UBT Md 1014/250,9 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1887</sup> So Haering in seinem Geleitwort. Haering 1963, III. Wiederum bekennt Haering, kein Hegelianer zu sein – obwohl er doch einer war. Die Größe Hegels anerkennend, dessen Werk man kennen müsse, um „zur Mündigkeit“ zu gelangen, habe Hegel Haering zufolge jedoch „für einen Menschen zu viel gewagt“. Hegel habe das Ganze erstrebt, das Ganze aber – mit Goethe – sei „nur für einen Gott gemacht“. Goethe – und auch Haering – überblicken offensichtlich „das Ganze“.

physik und Naturphilosophie) bis zur Phänomenologie des Geistes<sup>1888</sup> 1806 ohne Brüche aus dessen Jugendentwicklung herauswachsen zu lassen. Haering verfolgt Hegels Gebrauch der Terminologie (etwa „Qualität“ und „Quantität“, „an sich“, „für sich“, „an und für sich“) akribisch und nimmt größere Wandlungen des insgesamt in seiner Entwicklung einheitlichen und geschlossenen ersten Systemversuchs wahr, die schließlich in den späteren Jahren in das umfassende System münden sollten. Trotz mancher Einflüsse und Anregungen durch Platon, Aristoteles, Kant, Fichte und Schelling sei Hegel der originale Denker, der sein System eigenständig entwickelt, den übernommenen Begriffen ganz andere Bedeutungen gegeben habe, so Haering. Verständlich sei Hegel nur durch seinen „Trieb zum universalen Ganzen“<sup>1889</sup>, der jedem Begriff und jedem Sein erst die Stellung in diesem System zuweisen könne.

Eindeutig politisch-ideologische Aussagen macht der Tübinger Philosoph in seinem zweiten Hegelband nicht, doch scheint seine rechtshegelianische Interpretation insbesondere bei der Einordnung der politischen Schriften Hegels durch. Praktisch-volkspädagogische Absichten unterstellt er Hegel abermals in dessen Verfassungsschrift. Vor dem Vorwurf, Hegel habe einem autoritären machiavellistischen Machtstaat das Wort reden wollen, nimmt Haering den preußischen Staatsphilosophen in Schutz: Wenn ein Staat aufgehört hat zu existieren (Hegel meinte damit die weiter oben angesprochene Kleinstaaterei und Zersplitterung Deutschlands, Haering stets die Weimarer Republik), er nicht mehr Staat genannt werden kann, kommt es laut Haering bei einer Gewaltherrschaft (zur Not auch durch einen Nicht-Deutschen), die den Staat wieder eint, auf die dahinterstehende „Grundgesinnung“ an. Ziel ist, den Idealzustand „eines lebendigen Gemeinwesens freier Menschen“<sup>1890</sup> wieder herzustellen.<sup>1891</sup> Der Zweck heiligt also – wie schon in der Weimarer Republik – die Mittel. Ist der ideale Staat erreicht<sup>1892</sup>, erfolge die „letzte Bewährung“ im „Kampf der Völker“<sup>1893</sup>,

---

<sup>1888</sup> Sie ist laut Haering nicht einem vorab entwickelten Plan gefolgt, sondern entstand erst zum guten Teil während des Drucks.

<sup>1889</sup> Haering 1963, 23.

<sup>1890</sup> Haering 1963, 333.

<sup>1891</sup> Haering versagt es sich, an dieser Stelle auf den untergegangenen Staat der Weimarer Republik und den „Retter“ Hitler hinzuweisen. Das hat er in seinen später noch zu besprechenden Aufsätzen und Vorträgen auch vor 1938, dem Erscheinungsjahr des zweiten Hegelbandes, getan. Generell hat er sich politischer Statements in seinem zweiten Hegelband enthalten. Nur einmal flocht er einen aktuellen Bezug ein, als er die nationalsozialistische Gegenwart auf Hegels „Grundtendenz“ mit dem Ruf zur Ganzheit und zur Ganzheitsbetrachtung entgegenstreben sah (Haering 1963, 109).

<sup>1892</sup> Haering bestreitet, dass Hegel eine bestimmte Regierungsform präferiert habe (Haering 1963, 385). Wie oben bereits erwähnt, war die konstitutionelle Erbmonarchie Hegels Ideal. Haering scheint hier Zugeständnisse an die NS-Vorzeigephilosophen zu machen, die von Hegel und dessen monarchischem Prinzip, dessen kontemplativ-rückschauender Einstellung der Geschichtsphilosophie und et-

Kriterium der Wahrheit und Richtigkeit des Erkennens wie des Handelns ist wiederum die „Weltgeschichte als Weltgericht“. Haering stimmt den Ausführungen Hegels zum Krieg zu, ebenso ist für ihn der Erfolg alleiniges Kriterium politischer Handlungen, moralische Bedenken gibt es nicht.<sup>1894</sup>

Wie sein dem Universalismus verpflichtetes Vorbild Hegel wollte auch Haering die Wirklichkeit in all ihren Facetten erfassen. Er hatte sich bereits in der Weimarer Republik mit Natur- und Geschichtsphilosophie befasst, begann aber auch mit einem „System der universalen Logik“<sup>1895</sup>. Während der NS-Zeit arbeitete er an „Erkenntnistheorie und

---

wa von dessen christlicher Grundhaltung nicht allzuviel gehalten haben. Vgl. Topitsch, 1981, 96. Allerdings trennte Haerings Glaube an „Führerpersönlichkeiten“ ihn bereits in der Weimarer Republik von Hegels Erb-Monarchie.

<sup>1893</sup> Haering 1963, 384.

<sup>1894</sup> Auch Haerings zweiter Hegelband traf ausschließlich – bis auf wenige marginale Kritikpunkte – auf Wohlwollen der damaligen Rezensenten. Eine „überaus sorgfältige Interpretation“, Zuverlässigkeit und Genauigkeit sah der Rechtshegelianer und NS-nahe Rechtsphilosoph Karl Larenz (1903 – 1993). Haerings Werk sei unschätzbar und unentbehrlich für jede Hegelforschung (Larenz 1938), Larenz zollte Haerings Werken „die größte Bewunderung“ und wies ihnen in der Hegel-Literatur „den höchsten Rang“ zu (Brief Karl Larenz an Theodor Haering vom 14. November 1938, in: UBT Md 1014/317,2: Nachlass Theodor Haering). Larenz hatte den Lehrstuhl der „bedingungslos nationalsozialistischen Stoßtruppfakultät Kiel“ inne, galt als einer der „wichtigsten NS-Theoretiker im Zivilrecht“ und war auch beim „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ dabei. Zusammen mit Glockner gab er die „Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie“ heraus (Klee 2007, 358), in der auch Haering veröffentlichte. Reichlich Lob kam ebenfalls von Hermann Glockner (Glockner 1939), Max Bense (Bense 1938), Ludwig Landgrebe (Landgrebe 1939), Justus Schwarz (Schwarz 1940/41), Käte Nadler (Nadler 1939), Fritz Kraus (Kraus 1939), Werner Schultz (Schultz 1940) und anderen. Den sorgfältig arbeitenden akademischen Hegel-Philologen stellt Ottmann Ende der 1970er Jahre heraus. Haering gelte als „Musterbeispiel für das Hegel-Buchstabieren“. Von Entgleisungen (im Gegensatz zu seinen „Schriftchen und Traktätchen“) sei das Werk über den jungen Hegel frei, Ottmann stuft es aber auch als rechtshegelianisch ein. Da Haering Hegel „von hinten nach vorn“ liest, dokumentiere sich sein apologetisches Interesse an einer kontinuierlichen Entwicklungsgeschichte. Die Darstellung der Jenenser Phasen seien neben dem Werk des 1930 geborenen Heinz Kimmerle noch immer die ausführlichsten und solidesten. Der zweite Hegelband ende jedoch „mit einem eigenartigen Niveaufverfall“. Vgl. Ottmann 1977, 155ff. Aus dem Briefwechsel der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit Theodor Haering lässt sich der Schluss ziehen, dass Haering bei der Fertigstellung seines zweiten Hegelbandes zeitlich stark unter Druck geriet. Vgl. Bundesarchiv Koblenz R73/11424 C (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Theodor Haering). Galt Haering in Fachkreisen während der NS-Zeit durchaus als Hegel-Kenner, der zwei voluminöse Werke über den Idealisten herausgebracht hatte, schien die philosophische Gelehrtenwelt die Qualitäten des Tübinger Philosophen aber nicht immer zu würdigen. So erhielt Haering im Philosophischen Wörterbuch von 1943 kein eigenes Stichwort. Er wird lediglich neben Glockner, Freyer und „viele[n] jüdische[n] Philosophen“ unter dem Stichwort „Neuhegelianismus“ genannt. Die uneinheitliche philosophische Strömung kennzeichne eine metaphysische Deutung von Kultur und Geschichte, die „Verfechtung des abstrakten Machtstaates“ sowie die Hervorhebung der Geistes- gegenüber den Naturwissenschaften. Vgl. Schingnitz/Schondorf 1943, 403. Wundt, Adickes, Groos und Nestle sind jeweils unter ihrem Namen zu finden.

<sup>1895</sup> An der in zwei Teile zerfallenden Logik mit ihren rund 1.100 Seiten hat Haering vermutlich von den späten 1920er bis in die 1940er Jahre hinein gearbeitet. Ein Stempel auf einem der Blätter weist auf den Wohnort Uhlandstraße 13 hin, wo

Metaphysik<sup>1896</sup>, an einer „Enzyklopädie“<sup>1897</sup> sowie an einer „Ethik“. Alle Werke sind mehrere hundert Seiten lang, sie blieben unveröffentlicht. Hervorgehoben werden muss hier die Ethik<sup>1898</sup>, sie macht seine machiavellistische Einstellung zum Leben anschaulich. Unter skurril anmutenden Einlassungen<sup>1899</sup> legitimiert der Philosoph en passant die

---

Haering mit seinen Eltern von 1921 bis 1929 gewohnt hat, auf dem Blatt 25 ist das Datum 5.1.1943 eingetragen. Haering will „das System einer reinen Logik“ entwickeln und sie vom psychologischen Gehalt befreien. Die Subsumtionslogik ist ihm zu „einseitig“, er will sich an Hegel orientieren. UBT Md 1004 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1896</sup> Unter den 618 Blättern sind auch Vorlesungsmanuskripte aus verschiedenen Semestern. UBT Md 1002 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1897</sup> Auf 322 Blättern hat Haering seine „Philosophische Enzyklopädie“ 1936 verfasst. Eine mechanistisch-kausal-atomistische Erklärungstheorie reicht ihm zufolge ebenso wenig aus, um das Leben zu erklären, wie alle mittelbar oder unmittelbar teleologischen oder neovitalistischen Erklärungsversuche, sondern nur eine „Ergänzungsmetaphysik“ in Gestalt des teleologischen Monismus. UBT Md 1005 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1898</sup> UBT Md 994. Seine vermutlich Ende der 1930er Jahre bis Anfang der 1940er Jahre geschriebene und 843 Blatt umfassende Ethik mit Nachschriften aus seinen Vorlesungen gliedert Haering in einen theoretischen (das Wesen des Sittlichen) und einen praktischen Teil (angewandte Ethik). Wie schon in seiner Habilitation ausgeführt, steht der Philosoph auch hier auf dem Standpunkt, dass Werte und Wertrelationen stets Ausdruck oder Folge von bereits vorhandenen Werten seien (Blatt 88). Den freien Willen der sittlich autonomen Persönlichkeit postulierend dürfe sich das Subjekt aber nicht selbst sein Gesetz geben, warnt Haering, sondern es erkenne dieses Gesetz „mit Freiheit“ an und nehme es in seinem Willen auf (Blatt 203). „Ewige Normen“ sind nach Haering „Chimären“, sittlich sei jede Handlung nur, sofern sie einem „letzten zu verwirklichenden Ideal nützlich ist“ (Blatt 254). Diesen Überblick jedoch, das begründete „Urteil über sittlich gut oder schlecht“, könne nur „wirklichen genialen Führerpersönlichkeiten“ zukommen, „gut“ ist das, was „Autoritäten als wessensnotwendig“ (Blatt 427) erachten. Doch alle autoritäre Vorgabe hat ihre Grenzen: Wenn die Handlungen solcher Führer nicht mehr mit „dem letzten ethischen Ideal“ in Einklang stehen und nur „einseitige Mittel“ vorsehen, brauche diese Autorität nicht mehr anerkannt werden (Blatt 430; hier widerspricht sich Haering allerdings: auf Blatt 428 schreibt er, über das letzte Ideal dürfe nicht jeder entscheiden). Richtschnur allen Handelns – für „Führer“ wie für den „Privatmann“ – sei das letzte ethische Ideal (Blatt 432). Was er damit genau meint, wird nicht klar, es könnte das Volk sein (Blatt 448). Haering hatte vorgehabt, diese Ethik zu veröffentlichen. Er kündigte sie in einem Aufsatz zum Sozialvertrag an (Haering 1943b, 81).

<sup>1899</sup> So könne der Alkohol nicht nur „entschieden fördernd wirken“, er könne „sogar Pflicht sein“. In bestimmten Lagen sei es „ein sittliches Versäumnis [...], diese Hilfe nicht heranzuziehen“. Damit will Haering nicht den notorischen Trinker unterstützen, sondern einen Alkoholgenuss zur rechten Zeit empfehlen (UBT Md 994, Blatt 509; Nachlass Theodor Haering). Haering selbst trank übrigens gerne einen Schoppen Wein. Dem Karneval kann er als Ausgleich, als „Austoben“ einen sittlichen Wert zuerkennen. Nur ein „Übermaß“ sei verwerflich (UBT Md 994, Blatt 593; Nachlass Theodor Haering). Berechtigt sei hingegen der „politische Mord“, der dann kein Mord mehr sei (UBT Md 994, Blatt 692; Nachlass Theodor Haering). Ob er die Morde an demokratischen Politikern in der Weimarer Republik meint oder die Ermordung des SA-Chefs Ernst Röhm sowie weiteren rund 200 Opfern, darüber äußert sich Haering nicht. Die Säuberungswelle 1934 hatte Haering – wie angeführt – in einer kurzen Ansprache an seine Studenten gut geheißt. Bei der Einehe will Haering Ausnahmen zulassen, wenn sie physiologischen, psychischen, geistigen, individuellen oder überindividuellen Bedingungen nicht genügt (vgl. Haerings frühen literarischen Versuch „Drei“, in dem ein Akademiker mit zwei Frauen zusammenlebt), „freie Liebe“ oder eine „Kameradschaftsehe“ haben aber „höchst bedenkliche Seiten“ (UBT Md 994, 716ff.).



NS-Politik<sup>1900</sup> und unterstellt alles wiederum einem höchsten Ideal. Das Individuum tritt zugunsten der Gemeinschaft in den Hintergrund. „Mein Volk ist alles“ könne ethisch nur gerechtfertigt sein, wenn unter den gegenwärtigen Umständen (Ende der 1930er Jahre) die Erhaltung des Volkes „allem anderen“ vorgehen muss, auch dem individuellen Leben und „noch mehr natürlich“ allen anderen Völkern.<sup>1901</sup> Kriegsdienst habe einen sittlichen Wert, dazu gehöre auch die „Hingabe des Lebens für höhere Zwecke“<sup>1902</sup>, also der Heldentod.

Als ob Haering sich von möglichen Schuldzuweisungen wegen seiner Unterstützung der nationalsozialistischen Diktatur freisprechen will, scheint er sich eine Argumentationshilfe in Anlehnung an das Neue Testament zurechtzulegen: Über „gut“ oder „böse“ befinden ihm zufolge nur die „Führer“, doch einzelne „Führer“ könnten ihre Entscheidung an andere Autoritäten abgeben – nach dem Motto: „Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet.“<sup>1903</sup> Wer „nach bestem Wissen und Gewissen“ handle, sei von sittlicher Verantwortung und Schuld frei. Denn es könne auch ein „wertvoller Zweck“ ethisch wertwidrige Mittel heiligen.<sup>1904</sup> Der Ausführende besudelt sich somit nicht mit unrechtmäßigen oder mit ethisch widerwärtigen und verachtungswürdigen Handlungen, wie etwa der Unterdrückung freier Meinungsäußerung, der Erniedrigung und Entrechtung der Juden, der Arisierung jüdischen Besitzes oder der Deportation und Ermordung von Juden und Systemgegnern in Konzentrationslagern. Die Mittel sind einerlei, es kommt nur auf den (letzten) Zweck in Haerings Sinne an: der Schaffung eines „lebendigen Volkslebens“. Haering macht es sich und seinen „Volksgenossen“ zu einfach: Er entzieht damit dem Einzelnen die moralische Urteilsfähigkeit, nimmt ihm den kantischen Gebrauch der Vernunft, erteilt moralisch verwerflichen Handlungen die Absolution und spricht letztendlich den Handelnden von aller Schuld in diesem Unrechtssystem frei. Eine Ethik, die für den Nationalsozialismus wie geschaffen scheint, denkt man an die vielen Mitläufer und Befehlsempfänger, die ihre ethische Entscheidungskompetenz abgegeben haben. Diese Ethik korrespondiert mit Haerings „Führer-Gefolgschaftskonzept“: Das Subjekt verzichtet auf seinen freien Wil-

---

<sup>1900</sup> So habe „die Gegenwart mit Recht die lang vernachlässigte Pflege, Übung, Stählung und namentlich auch Schönheit des Leibes mit allem Nachdruck wieder zu einem allgemeinen Interesse erhoben.“ Das sei ein „neues ‚mens sana in sano corpore‘“ (UBT Md 994, Blatt 520; Nachlass Theodor Haering). Bei der nationalsozialistischen Ethik gehe es um eine heroische und Treue haltende Charaktereinstellung (UBT Md 994, Blatt 842; Nachlass Theodor Haering). Den Unterpunkt „Sittliche Wertung der Rassengemeinschaft“ wollte sich der Philosoph wohl erst noch erarbeiten. Dieser Satz blieb der einzige auf der Seite (UBT Md 994, Blatt 660; Nachlass Theodor Haering).

<sup>1901</sup> UBT Md 994, Blatt 448 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1902</sup> UBT Md 994, Blatt 501 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1903</sup> UBT Md 994, Blatt 438 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1904</sup> UBT Md 994, Blatt 441 (Nachlass Theodor Haering).

len zugunsten des „Führers“ und ordnet sich bereitwillig ein und unter Verantwortung hat im Grunde niemand, denn auch der „Führer“ folgt seiner „Idee“. Ob eine Tat richtig oder falsch war, entscheidet sich erst, wenn die „Weltgeschichte zum Weltgericht“ wird, also am Sankt-Nimmerleinstag. Das ist das Gegenteil von Kants Gesinnungsethik und Max Webers Verantwortungsethik – eine Ethik der Verantwortungslosigkeit. Schon Kant konstatierte: „Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt usw., so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen.“<sup>1905</sup>

## 5. Verkünder einer „Deutschen Philosophie“

Nur wenige während der NS-Zeit veröffentlichte Aufsätze Haerings sind frei von Ideologie.<sup>1906</sup> Ideologiefrei ist etwa ein Aufsatz über Kant, in dem Haering dem Königsberger nachzuweisen sucht, die Metaphysik nicht überwinden, sondern sie retten und neu begründen zu wollen<sup>1907</sup>, was auch durchaus in persönlichen Motiven Kants seine

---

<sup>1905</sup> Immanuel Kant: Beantwortung der Frage „Was ist Aufklärung?“ In der Berlinischen Monatschrift, Dezember-Heft 1784, 481 – 494. <http://www.uni-potsdam.de/u/philosophie/texte/kant/aufklaer.htm>.

<sup>1906</sup> Etwa sein Vortrag auf dem Hegelkongress in Rom (Haering 1934a) sowie seine Aufsätze zur Philosophie der Naturwissenschaft (Haering 1939a), zu Robert Mayer (Haering 1942a), zur Quantenmechanik (Haering 1942b) und zu Hölderlin und Hegel (Haering 1943c). Haering kannte sich in den physikalischen Theorien gut aus. Im Aufsatz „Quantenmechanik und Philosophie“ (1942b) diskutiert er Realität und Anschaulichkeit der klassischen Mechanik im Verhältnis zur Quantenmechanik und beantwortet die Frage, ob die Kategorien Kants auf die Quantenmechanik anwendbar seien, mit einem klaren Ja. Der Philosoph hatte sich bereits 1923 intensiv mit Einsteins Relativitätstheorie auseinandergesetzt, sich als Anhänger Einsteins ausgewiesen und sich gegen Philipp Lenard ausgesprochen. Quanten und Atome sind nach Haering zwar nicht unmittelbar anschaulich, aber nicht weniger wirklich, auch in der Quantenmechanik gelte die Kausalkategorie. Klassische Mechanik und Quantenmechanik seien verschiedene Seinsebenen, wissenschaftliches Erkennen sei stets nur innerhalb derselben Seinsebene möglich. Während die klassische Physik die Natur als Teilchen und Wellen betrachte, gehe die moderne Physik in Energiewerte auf, schließe jegliche Anschauung aus und basiere auf einer rein mathematischen Kategorieebene. So sei etwa das Licht in der klassischen Mechanik etwas ganz anderes als in der Quantenmechanik. Dennoch könne die klassische Mechanik als Spezialfall der Quantenmechanik betrachtet werden. Haering sah in diesem Aufsatz deutlich das Problem der Messung in der Quantenmechanik.

<sup>1907</sup> Haering 1937, 119. Damit reiht sich Haering freilich in die Schar (rechts-)konservativer Kantdeuter ein. Für Haering war eine Erkenntnistheorie ohne Metaphysik undenkbar (Haering 1937, 132). Laut Haering habe sich bei Kant sogar „ein Stück besonders echten und unverlierbar d e u t s c h e n Wesens“ offenbart, da er Wissenschaft und Metaphysik, Glaube und Erkennen, Pflicht und Neigung in ihrer Gegensätzlichkeit erkannte und sie zu versöhnen strebte (Haering 1937, 139; Hervorhebung von Haering), doch es sei ihm nicht vergönnt gewesen, „das g a n z e Wesen des deutschen Geistes und deutscher Philosophie mit ihrer bewussten Erkenntnis von der lebendigen Einheit aller Gegensätze im lebendigen Leben zu vertreten“ (Haering 1937, 140; Hervorhebung von Haering). Doch habe Kant „undeutsche Einseitigkeiten“ durch andere Einseitigkeiten (etwa den Eudämonismus durch eine rigorose Pflichtethik) paralisieren oder ergänzen wollen.

Bedingungen habe. Mit weitaus weniger politisch-ideologischer Propaganda kommt der Philosoph auch in seinem Aufsatz von 1943 für die Kant-Studien aus.<sup>1908</sup> Doch im Großteil seiner publizierten politisch-ideologischen und philosophischen Reden und Schriften verteidigte Haering das nationalsozialistische System, lieferte etwa auch einen philosophischen Unterbau für die militärische Expansion in den Osten, verherrlichte den „Führer“, redete einer völkischen Philosophie das Wort und setzte vermehrt antisemitische Ressentiments ein. Ab 1935 integrierte er das rassistisch-völkische Element in seine Philosophie, wandte sich jedoch gegen die ausschließlich biologistische Interpretation und damit gegen die Reduzierung des Menschen auf seine rassistisch-naturhaften Merkmale. Schließlich war der Neo-Idealist Haering ein Verfechter des „Geistes“, auch des hegelschen „Weltgeistes“.

Die Anfang März 1935 in der Stuttgarter Kant-Gesellschaft<sup>1909</sup> gehaltene „Rede für den Geist“ sowie seine beiden im selben Jahr veröffentlichten Aufsätze geben die Grundlage ab für seine in den folgenden Jahren stets wiederkehrenden Argumentationen und Stellungnahmen. Die „Rede für den Geist“ zeigt wie die „Rede auf Alt-Tübingen“ das Redner-Talent Theodor Haering. Hatte er bei der Tübinger „Weingärtnerrede“ zielgruppengerecht die Professoren, insbesondere aber die Weingärtner und das Volk angesprochen, zielte er mit der Stuttgarter Rede ausschließlich auf die Intellektuellen und auf die Nationalsozialisten.<sup>1910</sup> Die Intellektuellenantipathie oder gar -feindlichkeit vieler Nationalsozialisten griff der Redner wiederum offensiv auf und machte ihnen klar, dass sie ohne den Geist und somit auch ohne die Intellektuellen, vornehmlich ohne die Philosophen, nicht das von ihnen aufge-

---

<sup>1908</sup> Haering 1943b. Darin wandte sich Haering gegen die Vertragstheorie, deren Vorläufer er bei den griechischen Sophisten erblickte. Haering kritisierte die Vertragstheorie freilich aus der Warte seiner idealistischen Perspektive. Bezeichnend ist jedoch die Gleichsetzung der griechischen Sophisten mit den Aufklärern. Beide sind negativ gezeichnet.

<sup>1909</sup> Es sei ein Ehrentag für die Kant-Gesellschaft, so der Berichterstatter vom Schwäbischen Merkur, der Verfasser der „Rede auf Alt-Tübingen“ habe eine stattliche Zahl an Zuhörern in den größten Hörsaal gelockt, der „bis auf den letzten Platz“ gefüllt war. Schwäbischer Merkur, 2. März 1935.

<sup>1910</sup> Durch die „Weingärtnerrede“ Ende 1933 war Haering bereits populär geworden. Seiner gedruckten „Rede für den Geist“ stellte er ein Zitat aus Hitlers „Mein Kampf“ voran: „Ein Mensch, der eine Sache weiß, eine gegebene Gefahr kennt, die Möglichkeit einer Abhilfe mit seinen Augen sieht, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, nicht im Stillen zu arbeiten, sondern vor aller Öffentlichkeit gegen das Übel auf und für seine Heilung einzutreten. Tut er das nicht, dann ist er ein elender pflichtvergessener Schwächling, der entweder aus Feigheit versagt oder aus Faulheit und Unvermögen.“ Siehe Haering 1935b. Wenn sich auch so manche Stirn der Leserinnen und Leser durch die Wortwahl runzelte, ist dieses Zitat Hitlers sicherlich unverfänglich und konnte von den meisten „Volksgenossen“ mitgetragen werden, fordert es doch Zivilcourage ein, wie man heute sagen würde. Gewiss war Hitler nicht der einzige, der zu jener Zeit – ganz neutral formuliert – Mut und Entschlossenheit einforderte, um gesellschaftliche Missstände zu ändern, aber Haering wählte bewusst Hitler als Zeugen und stellte ihn sich an seine Seite.

stellte Programm verwirklichen können.<sup>1911</sup> Denn der Rassegedanke allein vermag nicht den vom Nationalsozialismus geforderten arischen Geistestypus hervorzubringen, der „Naturfaktor“ Rasse benötige die Leitung des Geistes. Zumal das nationalsozialistische Deutschland den Führergedanken, den Gedanken der freien Persönlichkeit, das Ideal der Ehre und des Kampfes und das Ideal des „frei sich dem freien Führer und seiner Idee unterordnenden Geführten“<sup>1912</sup> verwirklichen wolle. Was bleibe davon übrig, frug der Redner rhetorisch, wenn man das Geistige aus dem Menschen streichen will? Wie könne es dann „Rosenbergs ‚funkelnden Geisteskampf‘“<sup>1913</sup> geben?

Gerade die NS-Bewegung ziele auf die Schaffung eines neuen Geistes mit all ihren Kräften, insbesondere verstehe sich „der Führer ... ausgesprochenermaßen als Träger und Vorkämpfer einer *Idee*“, so Haering. „[U]nd was wäre denn ‚Geist‘, wenn es eine *Idee* nicht ist!“<sup>1914</sup> Die Trias „Führer, Idee, Geist“ rückt Haering hier ganz eng zusammen, am Schluss seiner Rede spricht er sogar vom „Führer ‚Geist‘“ („Geist“ in der allgemeinen Bedeutung), der erst auf einer bestimmten Rassengrundlage das Ziel eines arischen Geistestypus erreichen könne. Den „Geist“ bestimmt Haering hier also in einer doppelten Funktion: Einmal ist er der bestimmende Faktor der kulturellen Entwicklung sowie der menschlichen Selbst- und Fremderziehung, er geht aber auch mit dem „Führer“ eine enge Symbiose ein. „(Welt-)Geist“ und „Führer“ werden eins<sup>1915</sup>, und so wird die Schlussfolgerung Haerings für seine

---

<sup>1911</sup> Dazu unternimmt es der Redner, drei verschiedene „Hauptbedeutungen“ des Geistes zu referieren: Die erste ist diejenige, die zwischen dem Psychischen und dem Geistigen keinen Unterschied macht, Beispiel ist ihm der „Volksgeist“ im Gegensatz zur „Volksseele“, die bloß naturhaft sei. Im „Volksgeist“ wirken geistige Einflüsse, geistige Persönlichkeiten, vor allem aber „große Führer“, die „höhere Kultur“ ist dafür sinnbildlich. In der zweiten Bedeutung des Geistes sieht er den Geist als Ordnetes, Führendes, Bewegendes, wie er sich etwa im Deutschen Idealismus zeigt, ein spontan-zielhaft bewusstes Wollen, das sich in der Geist- und Kulturtätigkeit ausdrückt. Die dritte Bedeutung ist „zeitlos“. Es ist das „Reich des Geistes“, das „Reich der Werte“, das dem Menschen als Wollen und Sollen Einzelner gegeben ist, das aber – wie die Mathematik – zeitlos ist und „gilt“. Sämtliche Bedeutungen sind aufeinander bezogen. Vgl. Haering 1935b, 7ff.

<sup>1912</sup> Haering 1935b, 29.

<sup>1913</sup> Haering 1935b, 29.

<sup>1914</sup> Haering 1935b, 5; (Hervorhebung im Original).

<sup>1915</sup> An anderer Stelle schreibt Haering im gleichen Jahr: „Neben dem Rassenprinzip steht das Führerprinzip“ (Haering 1935f, 396). Damit wandte er sich in diesem Aufsatz gegen den Biologismus als einziges Kriterium zur Erklärung menschlicher Verhaltensweisen und Charaktere. Der Mensch sei eine anorganisch-biologisch-psychisch-geistige Einheit, die Vererbungsgesetze stellten ihm lediglich die Materialien, Werkzeuge und Möglichkeiten für dessen psychisch-geistige Zwecke und Ziele zur Verfügung. Was der Mensch schließlich aus sich mache, sei „Sache bewusster geistiger Eigen- und Fremderziehung“, weshalb der Deutsche zur Reinrassigkeit erst erzogen werden müsse. Das Instrument (die Erbmasse) gelte es zu züchten, daneben stehe „das (geistige) Ideal des zu erziehenden Menschen und Volkes im Geiste des Führers und die sittliche Pflicht des Willenseinsatzes zu seiner Verwirklichung.“ Haering 1935f, 396f. Veröffentlicht hat Haering diesen Aufsatz in der Zeitschrift „Der Biologe“. Es war das Organ des Reichsbundes für Biologie, des Sachgebietes

Hörerinnen und Hörer einleuchtend: „Ja, wozu bräuchte es dann überhaupt einen Führer und wie könnte es ihn geben, wenn eine solche naive Auffassung von der Rolle des Rassenfaktors wirklich der Weisheit letzter Schluss wäre?“ Der „Führer“ hat Haering zufolge nicht nur „Geist“, er ist schlechthin „Geist“, vielleicht sogar menschengewordener Weltgeist, einer, „der so deutlich erst in schwerem Kampfe und nach seiner Idee sich und sein Volk umformt, d.h. dem von ihm erkannten wahren geistigen Ziel und Wesen immer mehr zuleitet.“<sup>1916</sup>

Es gehe demnach nicht an, so Haering weiter, den Geist verächtlich zu machen. Aber vielleicht hätten die Geist-Kritiker gar nicht den Intellekt, sondern die Intellektuellen gemeint, womit der Redner auf die „Weingärtnerrede“ anspielte und der Intellektuellendebatte sogleich eine neue Wendung gab. Der Kampf gegen Stände gehöre nicht mehr „in unsere Zeit“<sup>1917</sup>, so Haering. Im „intellektuellsten Stand, dem der Universitätsgelehrten“, gebe es – wie in anderen Ständen auch – solche und solche, einseitige und nichteinseitige. Und „mit einigem Stolz“ könne er sagen, „dass der Kampf gerade der Philosophen, also der Intellektuellsten“<sup>1918</sup>, seit über 100 Jahren stets den „Einseitigkeiten“ gegolten habe, auf deren Bekämpfung man sich heute so viel einbilde. Übertrieben formuliert: man wolle sie vernichten, statt sie zu ergänzen. Doch „wir“ kämpfen nicht gegen den Geist, sondern gegen den alten und für einen neuen Geist. Der sei ein System von Zielen und Werten, an dessen Spitze ein letzter und höchster Wert beherrschend stehe. „Wir wollen eine neue Wertordnung“, so Haering. Ihr sollen „beson-

---

Biologie des NSLB, der Abteilung Biologie der Staatlichen Hauptstelle für den Naturwissenschaftlichen Unterricht, der Arbeitsgemeinschaft Biologie und Technik, Wirtschaft und Wehrkraft und des Bundes Deutscher Naturwissenschaftlicher Museen. Schriftleiter und einer der Herausgeber der Zeitschrift war der Tübinger Professor und Direktor des Botanischen Instituts Ernst Lehmann. Lehmann war Mitglied im Alldeutschen Verband, setzte sich für eine „deutsche Biologie“ ein und wollte sie zur Grundlage nationalsozialistischen Denkens machen. In seiner Wohnung traf sich bereits 1932 die nationalsozialistische Zelle der Universität, die Vorläuferin des NS-Dozentenbundes. Vgl. Potthast/Hoßfeld 2010, 449ff. Als weiterer Herausgeber fungierte auch Hans F. K. Günther („Rasse-Günther“). Dass die „geistige Haltung eines Volkes“ von Führerpersönlichkeiten abhängig sei, behauptete Haering in einem weiteren Aufsatz. Auch die schönste Naturanlage nutze nichts. Mache doch gerade die Entstehungsgeschichte des Nationalsozialismus besonders deutlich, dass es immer wieder „Führer“ gebe, die „trotz der besten rassischen Grundlage“ einen „schlechten geistigen Überbau“ besitzen und dadurch diese „rassische Grundlage“ verderben und denaturieren können. „Neben dem Vererbaren“ steht für den Philosophen Haering „das Unvererbare“, das „erst jeder Generation mit viel Mühe und Arbeit neu anerzogen werden muss.“ Haering 1936b, 298f.

<sup>1916</sup> Haering 1935b, 31. Dass Haering den „Führer“ nicht nur als Schutzschild benutzt, um seinen „Geist“ zu rehabilitieren, darauf weisen seine Huldigungen auf Hitler hin, die in dem Gedicht der Quasi-Apotheose ihren deutlichsten Ausdruck finden.

<sup>1917</sup> Haering 1935b, 32.

<sup>1918</sup> An dieser Stelle wird nicht klar, ob die Philosophen, „die Intellektuellsten“, noch einmal eine Steigerung des „intellektuellsten Stand[es], dem der Universitätsgelehrten“ sind. Bereits bei seiner Ringvorlesung am 22. Februar 1933 sprach Haering als 13. Redner und wollte als **der Philosoph** die vorherigen „zwölf Götter“ übertreffen.

ders auch die geistigen Berufe mit allen ihren Kräften dienen.“<sup>1919</sup> Man brauche auch jene „für unsere neue Aufgabe“, die früher vom alten Geist erfasst waren. Der Philosoph dient nicht nur sich selbst als Intellektueller dem NS-System an – womöglich als „Führer“, der den „Führer“ führen will – ,er will auch diejenigen Intellektuellen gewinnen, die noch vom „alten Geist“ erfasst sind, und er will den Nationalsozialisten deutlich machen, dass sie die Intellektuellen in ihren „Geisteskampf“ einbeziehen sollen. „Kampf also gegen alle Widersacher des Geistes und Intellektes schlechtweg, weil sie Widersacher und Vernebler jeder wirklich deutschen und nationalsozialistischen Zukunft sind!“<sup>1920</sup>

Diese bissige Bemerkung zielte insbesondere auf den ab 1933 beinahe zum „Hofphilosophen des Nationalsozialismus“<sup>1921</sup> aufgestiegenen Ludwig Klages (1872 – 1956), der in seinem Hauptwerk „Der Geist als Widersacher der Seele“ (1929 – 1932) eine geistfeindliche und biozentrische Theorie vertrat.<sup>1922</sup> Haering zog in seiner Rede Parallelen zwischen dem Klages’schen „Kampf gegen den Geist“ und der Suche nach einem „Sündenbock“ durch die Juden des Alten Testaments, ja, er vermutete in diesem Kampf „in erster Linie eine Sublimation all jener sattsam bekannten psychoanalytischen Bestrebungen ursprünglich Freudscher Observanz.“<sup>1923</sup> Ein schwerer Angriff auf Klages, den Haering hier in der NS-systemimmanenten Auseinandersetzung führte.

---

<sup>1919</sup> Haering 1935b, 34.

<sup>1920</sup> Haering 1935b, 35. Haering legte mit einem Artikel im Berliner Tageblatt noch einmal nach, wandelte den Schlusssatz ein wenig ab: „Kampf vielmehr bis aufs äusserste (!) gegen alle angeblichen Widersacher des Geistes und Intellekts, weil sie Widersacher jedes höheren Menschentums und Vernebler jeder wirklich menschlichen und darum auch deutschen Zukunft sind!“; Haering 1935c.

<sup>1921</sup> Haering 1935b, 5.

<sup>1922</sup> Die Klages’sche Lebensphilosophie und die NS-Ideologie hatten einige Gemeinsamkeiten, etwa Anti-Kapitalismus, Anti-Liberalismus, Anti-Kommunismus und Antisemitismus. Die Geistfeindschaft allerdings ließ sich mit der starken Herausstellung des Willens bei Hitler nicht vereinbaren. Bei einer Reihe von hohen NS-Funktionären genoss Klages eine große Anerkennung, bei Alfred Rosenberg nicht. Auf sein Drängen hin löste sich der Klages-Kreis („Arbeitskreis für biozentrische Forschung“) 1936 selbst auf. Rosenberg stellte dann auch die Unvereinbarkeit zwischen Klages und der NS-Ideologie fest. Wer sich aber nach 1933 bei dem von der Lebensphilosophie beeinflussten Klages unbeliebt machte, den schmähte und denunzierte Klages in Artikeln, so etwa Julius Deussen im Jahr 1935. Max Bense („Anti-Klages“) wurde als „judenblütig“ diffamiert. Vgl. Tobias Schneider 2005. Haerings Angriff auf Klages war 1935 also nicht ganz ungefährlich, er war aber Teil einer systemimmanenten Auseinandersetzung, die noch einige Monate andauerte. In der Juli/August-Ausgabe (1935) vom „Rhythmus“, der Monatszeitschrift für deutsche Kultur, dem Organ der Klages-Freunde, wurde Haering aufgefordert, seine Unterstellungen, Klages wolle den Geist eliminieren, zurückzunehmen (Rhythmus, Heft 7/8, Juli/August 1935, 241). Das tat Haering in der Dezember-Ausgabe nicht. Die Stellen in Klages’ Werk seien als „nachträgliche Ausflucht“ zu werten. Im gesamten Werk sei der Geist „überall eigentlich allein als Widersacher der Seele und des Lebens“ dargestellt (Haering 1935d, 379). Klages-Adlatus Hans Eggert Schröder versuchte, in einer Entgegnung den Eindruck der Klages’schen Geistfeindlichkeit zu entkräften (Schröder 1935, 379f.).

<sup>1923</sup> Haering 1935b, 27.

Und das bereits im Januar 1935. Erst drei Jahre später beendete Rosenberg den „Weltanschauungskampf“. In einer Rede in Halle unterzog er die Klages-Schule einer eingehenden Kritik, die doch den Anspruch erhob, „die geistigen Grundlagen der nationalsozialistischen Idee darzustellen.“<sup>1924</sup> Klages führe zum Kulturpessimismus, dessen geistesgeschichtliche Konstruktionen, die Paulus, Luther, Kant und den Bolschewismus in eine Entwicklungslinie bringen, bedeuteten „einen Anschlag auf die Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung.“<sup>1925</sup> Der „Geist“ sei „ein entscheidender Bestandteil unseres, ich betone unseres Gesamtlebens“<sup>1926</sup>, so Rosenberg 1938. Er wies den Anspruch von Klages zurück, die Lebensphilosophie darzustellen und rückte ihn in die Ecke des Sektierertums.

Haerings Stern begann, am NS-Himmel zu leuchten. Seine in der Weimarer Republik entwickelte „Führerpersönlichkeit“, verbunden mit der „freiwilligen Unterordnung“ der Geführten, dem autoritären, „organisch“ geschichteten Staat, der teleologischen Geschichtskonstruktion sowie seinem moralischen Machiavellismus und der „Geist-Führer-Philosophie“ dienten sich dem nationalsozialistischen System passgenau an. Antisemitische, völkische oder rassenideologische Versatzstücke griff der Philosoph allerdings bis dahin noch nicht auf. Das änderte sich in seinem Aufsatz von 1935. Haering bildete das bereits im November 1931 in seiner Stuttgarter Hegel-Rede vorgetragene völkische Element vom schwäbischen und deutschen Denken weiter und setzte den „deutschen Geist“ vom Geist anderer Völker ab.<sup>1927</sup> Während für

---

<sup>1924</sup> Die Rede hielt Rosenberg am 27. April 1938. Rekapituliert wurde sie in der Zeitschrift „Deutscher Glaube“, der Monatsschrift der Deutschen Glaubensbewegung, im Juli 1938, 352 – 353.

<sup>1925</sup> Rosenberg in seiner Rede in Halle am 27. April 1938, zitiert nach „Deutscher Glaube“, Juli 1938, 352.

<sup>1926</sup> Rosenberg, zitiert nach „Deutscher Glaube, Juli 1938, 352.

<sup>1927</sup> Haering 1935e. In diesem Aufsatz entdeckt der Philosoph „in den Hauptzügen“ Ähnlichkeiten der „gegenwärtigen Zeitenwende“ mit der Zeit um 1500. Die damaligen Gegensätze seien den heutigen ähnlich, nur in umgekehrter Richtung. Die derzeit bekämpfte Geisteshaltung „der nunmehr im Vergehen begriffenen Epoche“ (Liberalismus, Subjektivismus, Materialismus, Naturalismus, Marxismus) sei der letzte Ausläufer und Höhe- oder Tiefpunkt der Renaissance, des Humanismus und der Reformation (Haering 1935e, 2f.). Haering macht jedoch zwei „Hauptunterschiede“ aus, die ihm zufolge eher „Dominanzunterschiede“, ein Wechsel der vorherrschenden Charakterzüge seien: Einen ersten Unterschied stellt er im Übergang einer transzendenten zu einer diesseitigen Weltbetrachtung fest, den zweiten im Übergang „von allseitiger Autoritätsgebundenheit“ zur Emanzipation des Individuums (Haering 1935e, 6f.). Hatte die erste Transformation „den extremen Naturalismus, ja Materialismus“ zur Folge, liegen im zweiten Wechsel die Wurzeln für den „absoluten Individualismus, Subjektivismus, ja Solipsismus“ (Haering 1935e, 7). Die NS-Zeit markiert Haering affirmativ als „direkte Opposition“ gegen das Freiheits- und Selbständigkeitsstreben, gegen Individualismus und Subjektivismus „zur Ganzheit, zu den überindividuellen Verbänden [...] von der schrankenlosen Freiheit des Individuums zur autoritären Gebundenheit und Unterordnung [...], zur Verbundenheit mit Blut und Boden, Rasse usw.“ (Haering 1935e, 21). Auch die zweite Transformation sieht er gegeben: Die Bewegung von der Diesseitigkeit zur Transzendenz. Es könne „in Wahrheit“ gar kein Zweifel sein, dass die gegenwärtige Bewegung „im tiefsten

das französische Denken der Rationalismus, für das englische Denken der Empirismus kennzeichnend sei, verbinde das deutsche Denken angeblich beide „Erkenntnisquellen“ in einer lebendigen, dialektischen Einheit und führe sie zu einem „höheren Dritten“. Als Beispiel gab er Cusanus (1401 – 1464), Paracelsus (um 1490 – 1541) und Jakob Böhme (1575 – 1624) an, deren Denken die „Vereinigung von Gegensätzen“ in diesem „als spezifisch deutsch bezeichneten Sinne“<sup>1928</sup> kennzeichne – ohne die jeweiligen Gegensätze zu vernichten oder zu entwerten, sondern sie in ihrer Gegensätzlichkeit zu erhalten.

Seine Konstruktion einer „Ahnenreihe deutschen Denkens“ baute der Philosoph in den folgenden Jahren weiter aus, wobei er das „schwäbische Denken“<sup>1929</sup> als Fokussierung eines „deutschen Denkens“ verstand.<sup>1930</sup> In Abgrenzung insbesondere von Frankreich und England hätten nicht einmal die deutschen Vertreter eines Rationalismus, Sensualismus, Positivismus oder Empirismus diese philosophischen Strömungen in ihrer angeblich dem Deutschen fremd gegenüberstehenden Form vertreten, sondern „immer etwas anderes, Eingedeutschteres“<sup>1931</sup> daraus gemacht. „Deutsches Denken“ entdeckte Haering aber nicht nur bei den Deutschen, denn bereits platonisches und aristotelisches Denken sowie die „Geisteshaltungen der alttestamentarischen Propheten und des Christentums“ zeigten „stärkste Anklänge“<sup>1932</sup> oder Parallelen zu einem vermeintlich nicht-einseitigen Denken des Deutschen, wobei „eine gewisse ‚prästabilierte‘ Verwandtschaft zwischen christlichem

---

Grunde“ eine religiöse und Glaubensbewegung ist, somit „notwendig eine transzendent orientierte ist und sein muss“ (Haering 1935e, 22). Um im Kampf gegen Materialismus und Naturalismus erfolgreich zu sein, müssten die Werte „Treue“ und „Ehre“ wieder stärker zum Bewusstsein gebracht werden. Nach Haerings Überzeugung will der Nationalsozialismus „eine lebendige dialektische Vereinigung der b e i d e n vorangegangenen gegensätzlichen Epochen“ (von Haering gesperrt), also eine Verbindung von „Transzendenz und Diesseitigkeitsgeist ebenso wie von Freiheit und Autorität, Individualismus und Überindividualismus usw.“ (Haering 1935e, 24). Denn die „Ideale des ‚Führers‘ und besonders des Geführten als ‚Gefolgsmanne‘, das Ideal der ‚Ehre‘ als des sozusagen durch solchen freien Dienst geadelten Gefolgsmanne“ sei ohne das Korrelat individueller Freiheit nicht zu denken (Haering 1935e, 24f.; Hervorhebung von Haering). Erst die Verbindung von Diesseitigkeit und Transzendenz, von Geist und Materiellem mache „den wahren Inhalt des Programms der heutigen Bewegung“ aus (Haering 1935e, 25).

<sup>1928</sup> Haering 1935e, 10.

<sup>1929</sup> So besonders deutlich in seinem Aufsatz „Schwaben in der Wissenschaft“ von 1938. Der schwäbische Geist sei „im Grunde“ ein „potenzierter allgemeindeutscher Charakter“. Nach den schwäbischen Philosophen führt Haering die Theologen, Naturwissenschaftler, Juristen, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler an. Vgl. Haering 1938a, 216ff.

<sup>1930</sup> Eine „Deutsche Mathematik“ wollte Haering allerdings nicht gelten lassen, wie sie von antisemitisch eingestellten Wissenschaftlern in Anlehnung an eine „Deutsche Physik“ propagiert wurde. Die Mathematik sei eine internationale Wissenschaft, die „Stammeseigentümlichkeiten nur noch wenig Spielraum lässt“ (Haering 1938a, 210).

<sup>1931</sup> Haering 1936a, 12. Auch Kant muss als Beispiel für die Vereinigung des englischen Empirismus mit dem französischen Rationalismus in seiner Erkenntnistheorie herhalten. Vgl. Haering 1936a, 16.

<sup>1932</sup> Haering 1936a, 16.



und deutschem Geist hier unleugbar vorhanden“<sup>1933</sup> ist. „Deutsches Denken“ begann laut Haering um 1300, und „[d]er Zufall will es dabei“<sup>1934</sup>, dass bis um 1800 bei jeder dazwischenliegenden Jahrhundertwende ein „Hauptvertreter“ zu finden ist.<sup>1935</sup> Seiner „Ahnenreihe der Philosophen“ setzte Haering zwei Jahre später Albertus Magnus („Albert der Große“, „Albert der Deutsche“; um 1200 – 1280) voran – der „erste große Schwabe in der Philosophie“<sup>1936</sup>.

## 6. Philosophie wird rassegebunden

Eine starke Akzentverschiebung zugunsten des Biologismus nimmt Haering in seinem Vortrag „Verheißung und Verhängnis der deutschen Art“<sup>1937</sup> vor. Nachdem die Wehrmacht im ersten Jahr ihres Eroberungskrieges zunächst in Polen einmarschierte, dann Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und einen Großteil Frankreichs eroberte und besetzte, suchte der Philosoph nach den Gründen der deutschen Überlegenheit<sup>1938</sup>, die sich ihm zufolge durch

---

<sup>1933</sup> Haering 1936a, 17.

<sup>1934</sup> Haering 1936a, 19.

<sup>1935</sup> Haering 1936a, 19. Nach Meister Eckehart nennt Haering Nikolaus von Kues, der 100 Jahre später geboren ist. Ihm folgen Paracelsus, Böhme, Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 – 1716) und die Vertreter des deutschen Idealismus Hegel und Schelling. Haering 1936a, 19ff. Trotz ihrer Unterschiede sieht Haering auch zwischen Schelling und Hegel „eine tatsächliche Verwandtschaft“ der grundsätzlichen Intentionen ihres Philosophierens (Haering 1938b, 257). Die Reihe der Philosophen auch bei Haering 1941b, VIII. Eine gemeinsame „deutsche Grundhaltung“ sah Haering auch beim „Dreigestirn“ Fichte, Schelling und Hegel. Vgl. Haering 1941c, 414.

<sup>1936</sup> Haering 1938a, 212. In diesem Aufsatz, der auf einem Vortrag eines Vorlesungszyklus über Schwaben im Wintersemester (vermutlich 1937/38) basiert (Haering 1938a, 209), grenzt Haering den schwäbischen Charakter von dem eines „Norddeutschen“ ab. Der „vordringlichste Charakterzug“ des Schwaben sei der Zug zur lebendigen Einheit der Gegensätze, der etwa eine starke Erdgebundenheit und eine fast erdferne Geistigkeit, eine realistische Nüchternheit und eine fast mystische Transzendenz, verstandesmäßige Überlegung und fast gefühlsmäßige Gläubigkeit verbinde. Eigenbrötelei und Egozentrik, soziales Empfinden und Gemeinschaftsgefühl, selbstverständliche Einordnung in eine lebendige Einheit sowie der Kampf gegen einseitigen Doktrinarismus seien ebenfalls Charakterzüge des Schwaben (Haering 1938a, 215). Kein Zweifel: Haering überträgt seine idealistische Selbstwahrnehmung auf die Schwaben, danach auf die „Deutsche Philosophie“. Zu „Albert dem Deutschen“ schrieb Haering 1941 auch einen Aufsatz, der im Sammelband „Das Deutsche in der deutschen Philosophie“ erschien. Herausgeber war Haering, der sich damit im „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ der „Aktion Ritterbusch“ des Kieler Rektors Paul Ritterbusch befand. Haering, 1941d. In einem Vorlesungs- oder Seminarmanuskript über Leibniz, vermutlich im Wintersemester 1943/44 relativierte Haering allerdings seine „Ahnenreihe“. Die spezifisch deutsche Philosophie habe erst mit Leibniz begonnen. Zwar habe es sie auch vorher gegeben, aber sie sei nicht historisch gewesen, „von keinem weltgeschichtlichen Wert“. Siehe Leibniz-Manuskript, in: UBT Md 987.

<sup>1937</sup> Haering 1941a. In diesem Vortrag lässt Haering seinem Rednertalent wiederum freien Lauf. Der Vortrag soll Haering „eine harte Fehde“ mit Goebbels eingebracht haben, Details sind nicht bekannt. Vgl. Brief Fritz Rampacher an Theodor Haering vom 29. Oktober 1947, in: UBT Md 1014/416 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1938</sup> Wie der „deutsche Michel“, so wunderte sich auch Haering und staunte über die „fast unfassbare und märchenhafte Schnelligkeit, mit der im zurückliegenden ersten

organisatorische, strategische und nicht zuletzt auch durch rein vitale Kraft auszeichnete. So ganz neu aber sei die „fast universale Vielseitigkeit der Begabungen und Fähigkeiten“ allerdings nicht. Schließlich habe das deutsche Volk „Genien aller Art“ hervorgebracht, ohne welche die Menschheit an ihrem Besitz Allerbestes mangeln würde.“<sup>1939</sup> Diese Fülle von Genien sei dem Deutschen durch „eine einmalige glückliche Beschaffenheit seines rassischen und stammlichen Erbgutes in die Wiege gelegt worden“<sup>1940</sup>, so Haering. Weltweit entdeckte er „jenes nordische Ahnenerbe“, das sich „mit anderen hochwertigen Rassen“ gemischt habe. In Deutschland gab die Grundlage „höchster Begabungen“ die Mischung „mit der fälischen Rasse“ ab, aber auch weitere Variationen jener Grundrasse hätten „diese Anlage und Verheißung zu Reichtum und Mannigfaltigkeit der Begabungen noch verstärkt.“<sup>1941</sup> Unterschiedliche „Beimischungen der Ingredienzien“, der dinarischen, keltischen, etwas weniger auch der slavischen, alpinen und „wohl auch mediterranen Rasse“<sup>1942</sup> hätten regional unterschiedliche Genien hervorgebracht, musikalische in den Stämmen im deutschen Südosten (Gluck, Haydn, Mozart, Schubert), teils im obersächsisch-thüringischen Raum (etwa Schütz, Bach, Händel, Schumann, Wagner) oder etwa die Dichter im Fränkischen und Schwäbischen.

So verteilte Haering auch die Philosophen, Mathematiker, Physiker, Herrscher und Feldherrn auf Stämme und Räume, wobei „die nordisch-fälische Grundmischung“ sich in den Stämmen noch gesteigert und ausdifferenziert habe.<sup>1943</sup> Haering driftete hier in den Rassismus ab, in pseudowissenschaftliche Argumentationsmuster, die ihn einen spezifisch deutschen „Volksgeist“ annehmen lassen. Die Genese vom deutsch-nationalen „Geist-Philosophen“ zum völkischen Ideologen

---

Kriegsjahr das deutsche Schwert einen der Gegner nach dem andern vernichtend erledigte.“ Haering 1941a, 1.

<sup>1939</sup> Haering 1941a, 3. Im Folgenden zählt Haering die deutschen Dichter und Denker, Maler und Musiker, Wissenschaftler und Industriellen auf. Die Leistungen des deutschen Volkes seien mit „wenigen anderen Trägern von Höchstzeiten der Menschheitsgeschichte“, den Griechen des Altertums und den Italienern der Renaissance, „allenfalls vergleichbar“, der Philosoph lässt jedoch gar keinen Zweifel, dass die Deutschen gegenüber den Griechen sogar „das reichere und produktivere“ Volk sind (Haering 1941a, 3f.). Haerings Hybris mündet schließlich in der Aufgabe des deutschen Volkes, Nachfolger der Weltmacht Englands zu werden und „die Gebiete Europas und weit darüber hinaus“ zu beherrschen (Haering 1941a, 15). Fachlich beanspruchte er, die deutsche Philosophie möge die anderen (westlichen) Philosophien als Teilmomente in sich aufnehmen, ergänzen und somit erst zur Vollendung führen, der universale „deutsche Geist“ wurde somit zur sokratischen Maieutik, um die „vereinseitigten“, aber verwandten Anlagen der französischen und englischen Philosophien wieder allseitiger zu entwickeln. Vgl. Haering 1941b, VI f.

<sup>1940</sup> Haering 1941a, 4.

<sup>1941</sup> Haering 1941a, 5.

<sup>1942</sup> Haering 1941a, 5.

<sup>1943</sup> Die Begabungen fand Haering nicht nur bei den Genien, sondern auch beim „gemeinen deutschen Menschen“ aller Stände“, denn mit Recht habe man gesagt, „dass uns auch den deutschen Handwerker und Soldaten ‚keiner nachmache‘“ (Haering 1941a, 6).

lässt sich gut belegen: Noch in der Weimarer Republik hatte er vor der Überbewertung der Rasse und Rassenunterschiede gewarnt, in seiner „Rede für den Geist“ von 1935 räumte er ein, dass eine bestimmte Rassengrundlage nötig sei, um ein bestimmtes geistiges Ziel überhaupt verwirklichen zu können, der Geist jedoch erst den wirklichen Geist dieser Rasse forme.<sup>1944</sup> Dieses Zugeständnis an die nationalsozialistischen Rassentheoretiker aber wurde im gleichen Jahr zur eigenen Überzeugung, wenn Haering formulierte: „Gewiss wird niemand ohne eine bestimmte Erbmasse gewisse Ziele erreichen können [...]“.<sup>1945</sup> Auch wenn Haering in diesem Aufsatz noch vehement die alleinige biologische Betrachtung zurückwies und den Menschen als „anorganisch-biologisch-psychisch-geistige lebendige Einheit“ charakterisierte und einer bewussten geistigen Eigen- und Fremderziehung den entscheidenden Stellenwert beimaß, deutet sich hier doch die Akzentverlagerung schon an und weist auf seine Labilität in dieser Frage hin. In seinem Vortrag von 1941 wurde die Rasse grundlegend, der „Geist“ trat nicht in Erscheinung. Erst die „nordisch-fälische Mischung“ determinierte Begabungen und Veranlagungen, verschiedene „Beimischungen“ bewirkten unterschiedliche Talente. Haering wechselte mit seinem Vortrag eindeutig ins völkische Lager<sup>1946</sup>, was Tilitzki nicht sieht, wenn er Haering unter die „liberal-konservativen Verteidiger“ des „Primat[s] des Geistes“ zählt.<sup>1947</sup> Haering konzidierte erst an späterer Stelle des Aufsatzes, dass „die Grundlage eines gesunden Erbgutes und einer gereinigten Rasse, so unumgänglich sie sind“<sup>1948</sup>, niemals das Ganze und alles seien, erst „führende Ideen zur wahren und lebendigen deutschen Haltung“ sowie eine bewusste und oft schmerzhaft „Führung und Erziehung“ zum Geist und zur Ideenwelt müssten hinzukommen.<sup>1949</sup> Der „führende Geist“ aber war für Haering niemand anderes als Hitler. Die oben bereits erwähnte dichterische Quasi-Apotheose des „Führers“ fand seine Entsprechung im emphatischen

---

<sup>1944</sup> Haering 1935b, 30. „Gewiss mag es sein, dass man eine *bestimmte Rassengrundlage* braucht, um ein bestimmtes geistiges Ziel überhaupt, oder doch besser als bei anderer Grundlage, verwirklichen zu können ... Aber mit dem Instrument ist der Spieler noch nicht gewährleistet; mit dem Instrument des rassischen Körpers noch nicht der wirkliche *Geist* dieser Rasse, d.h. das, was sich vom *Führer* ‚Geist‘ aus der (...) naturhaften Rassenseele machen oder auch – ... – *nicht* machen kann.“ Haering 1935b, 30f. (Hervorhebungen von Haering).

<sup>1945</sup> Haering 1935f, 396.

<sup>1946</sup> Von der Rassengrundlage geht Haering auch bei der Abgrenzung der deutschen von den französischen und englischen Philosophen aus. Wie zuvor zog er seine Linie des universalen, die Gegensätze vereinigenden „deutschen Denkens“ von Albert dem Großen bis hin zu Hegel und unterschied es vom angeblich „einseitigen“, abstrakten, armen, leeren und oberflächlichen französischen und englischen Denken. Vgl. Haering 1941a, 7f.

<sup>1947</sup> Tilitzki 2002, 1046. Tilitzki zählt nur Haerings Werke von 1935 sowie die „Philosophie als Rassenkunde“ von 1944 auf und übersieht dabei die relevanten Aufsätze Haerings. Vgl. Tilitzki 2002, 1046, Anmerkung 498.

<sup>1948</sup> Haering 1941a, 13.

<sup>1949</sup> Als Gegenbeispiel diente Haering England, das sich trotz der biologischen Artverwandtschaft vom germanischen Geist entfremdet habe. Vgl. Haering 1941a, 13.

Ausruf Haerings, der auch die Antwort auf das vermeintliche Erstarken des deutschen Volkes im ersten Kriegsjahr ist: „Es kam ein Führer! Der Führer kam!“<sup>1950</sup> Hitler ist der Grund, der den „zagenden und verbitterten deutschen Herzen“ Hoffnung und Zuversicht zurückgegeben habe. Haering entdeckte in ihm die „Verbindung und Vereinigung von hohem Genie“ und „schlichtem Arbeiter“<sup>1951</sup>, das Genie weise der Arbeit ihren Weg, die schlichte Arbeit gebe dem Genie und seinem Werk Dauer und Bestand. Hitler ist nach Haering jedoch nicht nur ein Genie, sondern auch in seiner Genialität „einmalig“. Er besitze das „Genie des Herrschens in hohem Maße“<sup>1952</sup>, gekoppelt mit der schlichten Arbeitsamkeit des Talentes als Bürgschaft der Dauer seines genialen Werks. Aus Haerings Worten spricht Verehrung, ja Vergötterung Hitlers.

Etwas mehr Gewicht auf den „Geist“, auf Bildung und Erziehung – mit Anleihen aus Gehlens Anthropologie – legt Haering zwei Jahre nach seiner Stuttgarter Rede von 1941, in der er Hitler glorifiziert hatte. Doch den Primat der rassistischen Grundlagen für einen jeweiligen „Volksgeist“ und dessen Kultur behauptet er auch hier<sup>1953</sup> und stimmt

---

<sup>1950</sup> Haering 1941a, 11.

<sup>1951</sup> Haering 1941a, 11.

<sup>1952</sup> Haering 1941a, 11. Hitler sei eine Ausnahme in jeder Beziehung, denn „die Ostmark“ sei eher arm an Herrschergeries.

<sup>1953</sup> Haering 1943d, 2f. Der Aufsatz „Die deutsche und die europäische Philosophie. Über die Grundlagen und die Art ihrer Beziehung“ von 1943 entstand aus den beiden Vorträgen „Rasse – Volk – Kultur“ und „Die Bedeutung der deutschen für die europäische Philosophie“. Einen Vortrag „Volk und Kultur“ hielt Haering im Sommersemester 1943 im Rahmen der Vorlesungsreihe „Germanisch-deutsche Weltanschauung“ für Hörer aller Fakultäten. Die von Mitgliedern der Wissenschaftlichen Akademie des NS-Dozentenbundes gehaltenen Vorträge waren für Lehramtsbewerber Pflicht. Einen zweiten Vortrag „Rasse, Völker und Kulturen“ hielt Haering im folgenden Wintersemester 1943/44, in dem die Reihe fortgesetzt wurde. Diese beiden Vorträge fasste Haering zu einem Aufsatz zusammen, den er dem „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“, der „Aktion Ritterbusch“, zur Verfügung stellte. Das erste Thema „Rasse – Volk – Kultur“ wurde dem Philosophen zugewiesen. Auf der Grundlage der Ausführungen des Tübinger Rasseforschers Wilhelm Gieseler suchte Haering die Beziehungen der „Rassenmischungen“ (der nordisch-fälischen sowie der „Modifikationen“ dieser „Grundmischung“ durch keltische, dinarische, mediterrane oder ostische „Rasseneinschläge“ und den damit gegebenen seelischen Veranlagungen und das, was darüber hinaus „deutsches Volk“ oder „deutsche Volkskultur“ genannt wird, herauszuarbeiten (Haering 1943d, 1). In seinem Vortrag kommt Haering jedoch zu dem Schluss, dass „die wahre Ordnung“ dieser drei Begriffe nicht „Rasse – Volk – Kultur“ (wie im Themenfeld der Tübinger Auslandswissenschaft auch angegeben, in der auch Gieseler Vorlesungen hielt), sondern „Rasse – Kultur – Volk“ sein muss (Haering 1943d, 20). Denn die ersten beiden Faktoren „Rasse“ und „Kultur“ ergeben – „richtig aufeinander bezogen“ – bei einem Volke das „Werde, das du bist“. Die erste Reihenfolge („Rasse – Volk – Kultur“) gehöre „einer anderen Zeit an“, in der sich über den verschiedenen Völkern „die Kultur“ als „internationales Fluidum“ gewölbt habe. Doch die Menschheit existiere nur in der Verschiedenheit der verschiedenen Völker. Ein Volk sei ohne eine eigene Kultur nicht lebensfähig, und „Kultur“ weise auf die verschiedene biologische Grundlage des Volkes hin (Haering 1943d, 20). „Kultur“ ist Haering zufolge „arteigen“ und hat als Grundlage die „Rasse“. Daraus ergebe sich ein spezifischer „Volksgeist“ der Deutschen. Aus ihm werden dann zwangsläufig auch die Juden eliminiert.

zu, „wenn in sehr berechtigter Gegenwehr gegen eine rationalistische Vergangenheit die Ungleichheit der Menschen nach Rassen, Völkern, Stämmen, Berufen und Begabungen heute mehr als je wieder aktuell ist und betont wird.“<sup>1954</sup> „Rassische Grundlagen“ seien notwendige Voraussetzungen für einen bestimmten „Volksgeist“, ihnen entspreche eine „arteigene Kultur“, die jedoch nicht naturnotwendig mit den „rassischen Grundlagen“ konvergiere, die Kultur könne sich auch „artfremd“ entwickeln. Daher müsse zu den rassischen Grundlagen ein „kultureller Faktor“ hinzukommen, er wurde von Haering definiert als die Fähigkeit der Benutzung der rassischen Anlagen zu „arteigenen“ oder der Bewahrung vor „artfremden“ Zwecken. Daher sei die Vereinigung von Rassenpflege und spezifisch deutscher Naturanlage mit dem Führerprinzip eine Wesensnotwendigkeit.<sup>1955</sup> Letztes Kriterium der „Arteigenheit“ oder „Artfremdheit“ der Kultur und Ideologie eines Volkes ist „das Leben und der Erfolg“<sup>1956</sup>, die Entscheidung über „Arteigenheit“ oder „Artfremdheit“ liege bei den großen Führern, die wiederum „die Weltgeschichte als Weltgericht“ urteilen lassen müssten.<sup>1957</sup> Doch für Haering besteht kein Zweifel daran, dass sich die „Arteigenheit“ des deutschen Volkes herstellen lässt: „Nur in einer solchen, nach den Idealen eines arteigenen Führers gelenkten Totalität aller Kulturgebiete wird sich darum auch das Ideal eines wahren V o l k e s wirklich erfüllen können.“<sup>1958</sup> Dieser „arteigene Führer“ ist freilich Adolf Hitler. Er soll Haerings Ideal realisieren<sup>1959</sup>, das der Philosoph auch im NS-Parteiprogramm gefunden haben will: Die nationalsozialistische Staatsform mit der „lebendigen Einheit von Freiheit und Abhängigkeit, von Individuum und Gemeinschaft.“<sup>1960</sup>

Das ‚universale Denken‘ der Deutschen prädestiniere sie geradezu, „die einseitigeren Wertsetzungen der anderen Völker“<sup>1961</sup> in sich aufzunehmen, zu vereinigen, um schließlich als ‚multinationales Gedankensystem‘ den krönenden Abschluss zu bilden. Diese „deutsche Art“,

---

<sup>1954</sup> Haering 1943b, 84.

<sup>1955</sup> Haering 1943d, 22.

<sup>1956</sup> Haering 1943d, 17.

<sup>1957</sup> Haering 1943d, 18. „So ist die Kultur eines Volkes auf allen ihren Gebieten immer arteigen nur dann, wenn sie, an die rassischen Naturanlagen anknüpfend, auf deren Grund und in deren Benützung den Idealen und ihrer Verwirklichung zustrebt, die seine Führer, die es im Herzen als solche erfüllt, auch ehe ihr weltgeschichtlicher Erfolg sie objektiv bewährt, ihm predigen und vorleben; und in deren Verfolgung ihm ein optimales Sichauswirken dieser seiner Naturanlagen winkt, als höchstes Ziel seiner besonderen Wesensart, als wahres ‚Werde, der du bist‘“. Haering 1943d, 18f.

<sup>1958</sup> Haering 1943d, 20 (die Sperrung hat Haering vorgenommen).

<sup>1959</sup> „Das nationalsozialistische Deutschland ist des Glaubens, dass es in Adolf Hitler den Führer gefunden hat, der die ihm, dem deutschen Volk, arteigenste, d.h. seinen Erbanlagen die höchstmögliche Vollendung gestattende oder, umgekehrt gesprochen, dem Ideal eines Volkes im deutschen Sinne am höchsten entsprechende Verwirklichung und Entwicklung erhoffen lässt.“ Haering 1943d, 21.

<sup>1960</sup> Haering 1943d, 21f.

<sup>1961</sup> Haering 1943d, 22.

so Haering, könnte „vielleicht die einzige sein“, die „über“ allen Völkern „als ihre Versöhnung und Vereinigung zu stehen berufen ist.“<sup>1962</sup> Im zweiten Teil führt Haering diesen Gedankengang weiter aus. Den Deutschen, „als Vertreter des Landes der europäischen Mitte“, dränge sich die Aufgabe auf, „künftig nun auch wirklich und endlich das belebende und leitende Zentrum dieses Weltteils zu sein.“<sup>1963</sup> Wie in seinen früheren Aufsätzen und Reden führte er das angeblich universalere Denken der Deutschen an, setzte es vom „einseitigeren“ Denken der Franzosen und Engländer ab und stellte den Deutschen die „schwere Aufgabe [...] die Ernte der ganzen Zeit“ zu sein, insbesondere sei die Philosophie „immer der besonders klare und vollkommene Ausdruck des Geistes eines Volkes.“<sup>1964</sup> Dass sich insbesondere Haering dazu berufen fühlte, nicht nur (mit Hegel) „als Eule der Minerva“<sup>1965</sup> dem „deutschen Volksgeist“ erst im Nachhinein Ausdruck zu verleihen, sondern als eine der „Lerchen, gleich diesem Vogel der Morgenröte, die Ideen und Werte eines neuen Tages ihres Volkes prophetisch und also i m v o r a u s, als Führer desselben [zu] verkünden“<sup>1966</sup>, kann durchaus angenommen werden. Haering nimmt für sich in Anspruch, den „deutschen Volksgeist“ abzubilden, ihn philosophisch zu begründen und sich an die Spitze der deutschen und auch der europäischen Philosophie zu stellen. Seine Forderung an die Philosophie ist identisch mit seiner eigenen „universal“ verstandenen Metaphysik, die alle

---

<sup>1962</sup> Haering 1943d, 22.

<sup>1963</sup> Haering 1943d, 25. Denn der Sinn des Krieges würde fragwürdig, wenn die Deutschen an dessen Ende „nicht Neues und Besseres zu bieten“ hätten als die bisherigen Führer und Machthaber, so Haering (Haering 1943d, 25). Der Philosoph meidet allerdings die früher oft angewandte schroffe Gegenüberstellung des angeblich deutschen Charakters oder der vermeintlich „deutschen Philosophie“ zur englischen oder französischen Philosophie. Statt von „absoluten Gegensätzen“ spricht er von „Dominanzunterschieden“ zwischen dem englischen, französischen, italienischen und deutschen Volk, denn „rein rassisch betrachtet“ sei bei diesen Völkern „so ziemlich dieselbe Reihe einer vorindogermanischen, indogermanischen und germanischen Hauptschicht“ festzustellen, wobei er „als letzte rassische Zuwanderung und Beimischung“ bei diesen Völkern „germanische Stämme“ ausmacht (Haering 1943d, 27). Haering findet trotz der Dominanzunterschiede „so etwas wie eine Familienähnlichkeit“ (Haering 1943d, 28) zwischen diesen Völkern, die sich durch verwandte rassische und kulturelle Grundlagen auszeichne. Engländer und Franzosen hätten jedoch das Glück gehabt, ihr Land durch starke und langregierende Herrscherhäuser zu einigen, während Italien und Deutschland erst durch den „Duce“ und den „Führer“ geeinigt worden seien.

<sup>1964</sup> Haering 1943d, 46. In seinem Prager Vortrag vom November 1944 argumentiert Haering biologistischer: Philosophie und Ideologie repräsentativer Denker werden „der konzentrierteste Ausdruck des Geistes ihres Volkes oder auch ihrer Rasse.“ UBT Md 1006/31,415 (Hegel und Marx, Deutsche und bolschewistische Ideologie; Nachlass Theodor Haering).

<sup>1965</sup> Da die „Eule der Minerva“ erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug beginnt, also erst dann Erklärungen liefert, wenn Geschichte vollzogen ist, müsste die Philosophie zu einem absoluten Quietismus verurteilt sein, „zu einer vollständig passiven Haltung gegenüber dem historischen Leben des Menschen.“ Cassirer 2002, 387.

<sup>1966</sup> Haering 1943d, 30. Hervorhebung von Haering.

Unterschiede und Gegensätze der Seins- und der Wertarten in einer höheren Sphäre nach hegelschem Muster aufheben will.<sup>1967</sup>

## 7. Totale Weltanschauung

Auffällig, insbesondere am zweiten Teil des Aufsatzes von 1943, ist der häufige Gebrauch des Wortes „total“ – in sämtlichen Varianten. „Total“ ersetzte bei Haering die Worte „universal“ oder „absolut“<sup>1968</sup>. Vermutlich hängt die häufige Verwendung des Wortes „total“ mit Haerings Engagement beim „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ zusammen, dem er sich innerhalb der „Aktion Ritterbusch“ seit 1941 verschrieben hatte.<sup>1969</sup> Bereits in seinem im Winter 1938/39 gehaltenen Vortrag über „Hegels Lehre von Staat und Recht“ sah Haering die „merkwürdige Aktualität“ in der „heute so viel verhandelten Frage des ‚totalen Staats‘, also der totalitären Ansprüche des Staates.“ Für Hegel sei klar gewesen, dass sich die Macht des Staates auf sämtliche Bereiche – ohne Ausnahme – erstrecken müsse: „Dies folgt aus dem Wesen

---

<sup>1967</sup> Philosophie bedeutet für Haering auch 1943, „letzten Endes“ den Versuch zu wagen, ein einheitliches, universales System der verschiedenen in der Erfahrung sich darbietenden Seinsarten (materiell, psychisch, geistig) und Wertarten (Ideale, Ziele) des Menschen aufzustellen. Vgl. Haering 1943d, 31.

<sup>1968</sup> Wie etwa in seinem Aufsatz „Fichte – Schelling – Hegel. Ein Vergleich“. Vgl. Haering 1941c, 418. Die „Totalität der Schwabennatur“ und den ‚totalen Menschen‘ beschwor Haering allerdings schon fünf Jahre zuvor (Haering 1938a, 214; 219).

<sup>1969</sup> Der Kieler Rektor und Staatsrechtler Paul Ritterbusch (1900 – 1945), der 1938 bereits die Wissenschaftliche Akademie des NS-Dozentenbundes begründet hatte, erhielt 1940 vom Reichswissenschaftsministerium den Auftrag, die Professoren fach- und universitätenübergreifend propagandistisch in den „wissenschaftlichen Feldzug“ zu integrieren und die „Einheit von Politik, Krieg und Weltanschauung“ (Hausmann 1998, 33) zu propagieren. Mit der „Aktion Ritterbusch“ sollte eine Überlegenheit des deutschen Geistes herausgestellt, die Geisteswissenschaften rassistisch begründet werden. Darüber hinaus sollten sie den Krieg rechtfertigen, der seit 1943 mit der Niederlage bei Stalingrad in eine neue Phase getreten war. Mindestens 500 Mitarbeiter aus über zwölf Disziplinen nahmen an der „Aktion Ritterbusch“ teil, das Fach Philosophie hatte dabei die meisten Sektionen, in denen erstrangige Gelehrte wie etwa Nicolai Hartmann (er gab den Band „Systematische Philosophie“ heraus) vertreten waren. Spartenleiter der Philosophen war der Kieler Ferdinand Weinhandl. Nicht alle Beiträge waren ideologiebeladen, doch allein die Philosophen gaben fünf Sammelbände heraus, darunter „Das Bild des Krieges im deutschen Denken“ (Herausgeber: August Faust) sowie „Das Deutsche in der Deutschen Philosophie“ (Herausgeber: Theodor Haering). Ritterbusch war auch Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG), die vorwiegend auf den Osten ausgerichtet war und für die Haering ebenfalls einen Aufsatz beisteuerte. Hausmann hat zwei Phasen der „Aktion Ritterbusch“ herausgearbeitet: Von 1940 bis 1941 stand der Westen im Fokus der Forschungen, die Verhältnisse zu Frankreich, England und den USA wurden analysiert, von 1942 bis 1945 richteten sich die Projekte überwiegend auf die Eroberung und Unterwerfung Ost-Europas und dienten einer „großdeutschen Raumordnung“. Die geistige Mobilmachung der „Aktion“ war quantitativ überaus erfolgreich: Von 1941 – 1944 erschienen insgesamt 76 Bücher und Broschüren, darunter 43 Monographien und Sammelbände mit 299 verschiedenen Beiträgen von mehr als 300 Wissenschaftlern. Bei den Philosophen fehlten Bäumler, Heidegger, Krieck, Klages und Spranger. Vgl. zur „Aktion Ritterbusch“: grundlegend Hausmann 1998; Hammerstein 1999.

des Staats als Repräsentanten der V o l k s t o t a l i t ä t.<sup>1970</sup> Und 1941 wurde seine Sicht einer „Universalität“ der Philosophie zur „Totalität“, die Philosophien der angeblich „deutsch“ denkenden Philosophen (etwa Albert der Große, Eckehart) wurden zu „w i r k l i c h totalen Weltanschauungen“<sup>1971</sup>, und „das totale Programm“<sup>1972</sup> nennt Haering die politischen Grundsätze Hitlers. Selbst das Sein des Menschen versteht er als „totale Natur des Menschen“<sup>1973</sup>, und auch sein Heimatbegriff kommt ohne das Adjektiv „total“ nicht aus.<sup>1974</sup> Er zielte schließlich auf „die totale Befriedigung des totalen Menschen und der Welt als Ganzen“, in der der Heimatschutz „die Totalität aller äußeren und inneren (seelisch-geistigen) Belange“ im Blick haben müsse.<sup>1975</sup>

Die Ausrufung des „totalen Krieges“ durch Joseph Goebbels nach der Niederlage bei Stalingrad im Februar 1943 scheint auch bei Haering seinen Niederschlag gefunden zu haben. Die alle „Einseitigkeiten“ vermeidende „Weltanschauung“ wird eine „totale und universale“<sup>1976</sup>, die deutsche Philosophie wurde im Gegensatz zur westlichen „in dem besonderen Sinne ‚totaler‘ (allumfassend)“<sup>1977</sup>, ihren Charakter bestimmte Haering gar als „totalitär“<sup>1978</sup>, und selbst bei der Übernahme englischer oder französischer Gedanken sei die „Eindeutschung in erster Linie eine T o t a l i s i e r u n g des Fremdgutes“ gewesen, die aus einer spezifisch deutschen und „universell-totalitäre[n] Grundhaltung“<sup>1979</sup> resultiere. Der angeblich deutsche „Real-Idealismus“ oder „Ideal-Realismus“ sei „echtster und totalster Art“<sup>1980</sup>, wie er gerade der deutschen Philosophie zu allen Zeiten eigen gewesen sei. Haering schloss sich hier der von Goebbels durch Verkündung des „totalen

---

<sup>1970</sup> Haering 1940b, 25 (Hervorhebung von Haering).

<sup>1971</sup> Haering 1941a, 7 (Hervorhebung von Haering).

<sup>1972</sup> Haering 1941a, 12.

<sup>1973</sup> Haering 1943b, 93.

<sup>1974</sup> Haering 1941e, 12. “[J]enes abgründtiefe totale Heimat- wie Heimweherlebnis“ könne sich vielleicht nur beim Deutschen ausbilden. Gegen die Philosophie als internationale Wissenschaft gerichtet unternimmt es Haering, sie auch in den Dienst seines Heimatbegriffs zu stellen: Zu den äußeren Verhältnissen und unveräußerlichen Faktoren gehörten „Blut und Boden, wie man heute sagt“ (Haering 1941e, 6), aber auch ein seelisch-geistiger Bezug sowie die Arbeits- und Werkwelt, in der sich der Mensch (der Deutsche) „erhaltend, umgestaltend, ausmerzend“ betätigt. Nur als Gemeinschaftswesen könne der Deutsche wahrhaftes Heimerleben in sich spüren (Haering 1941e, 9), wobei die „lebendige Individualität“ erhalten bleiben müsse. Wer hingegen die gesamte Welt als Heimat hat, sei „im Grunde doch recht bedauernswert“ und ein heimatloser Geselle (Haering 1941e, 7). Heimat, so Haering, bleibe stets „Gabe und Aufgabe“ (Haering 1941e, 12). Über „Heimat“ hielt Haering Ende November 1944 in der Vorlesungsreihe der Weltanschaulichen Lehrgemeinschaft des NS Dozentenbundes in der Universität Tübingen auch einen Vortrag. Vgl. Tübinger Chronik 29. November 1944.

<sup>1975</sup> Haering 1941e, 13.

<sup>1976</sup> Haering 1943b, 81.

<sup>1977</sup> Haering 1943d, 31.

<sup>1978</sup> Haering 1943d, 32.

<sup>1979</sup> Haering 1943d, 38 (Hervorhebung von Haering).

<sup>1980</sup> Haering 1943b, 92.



Krieges“ intendierten Vereinigung von Front und Heimat an und fühlte sich getreu der „Aktion Ritterbusch“ als Philosoph berufen, seinen zivilen Platz zu verlassen, an die philosophische Front zu rücken und am „Endsieg“ mitzuwirken. Gleichzeitig dokumentierte er durch die Übernahme des Goebbels'schen Wortschatzes sein Einverständnis mit den nationalsozialistischen Kriegszielen und dem „totalen Krieg“. Haering gab mit diesen beiden für den „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ veröffentlichten Vorträgen (etwas eindringlicher aber mit seiner Rede von 1941: „Verheißung und Verhängnis der deutschen Art“) der Philosophie ein völkisches Fundament, behauptete die Überlegenheit der deutschen Philosophie, an dessen Spitze er sich als „Lerche“ und Verkünder einer neuen Philosophie gerne stellte, legalisierte und legitimierte das NS-System mit seinem kriegerischen Drang nach Osten und wirkte im Sinne der Nationalsozialisten propagandistisch.<sup>1981</sup>

## 8. Die geistige Rassenkunde

Politisch-weltanschaulich hat sich Haering Anfang der 1940er Jahre der NS-Ideologie nahezu angeglichen. Symptomatisch dafür ist auch sein Konzept der „Philosophie als geistige Rassenkunde“. Es ist der Schlusspunkt seiner pseudo-philosophischen Bemühungen in der NS-Zeit. Im März 1945 veröffentlichte Haering seinen Gedanken einer „Filosofie (!) als geistige Rassenkunde“ in der Tübinger Chronik.<sup>1982</sup> Wie ein Zoologe den Knochen eines Sauriers genau zuordnen und anhand des Knochens den ganzen Saurier erstehen lassen könne, so müsse der Philosoph in der Lage sein, den einzelnen Gedanken eines Menschen als Teil von dessen Gedanken- und Begriffssystem zu begreifen. „Wes Geistes Kind“ einer ist, könne aus dem Gebrauch der Worte geschlossen werden. Denn Haering ordnete bestimmte Gedanken und Begriffe den jeweiligen „Weltanschauungen“ zu. „Freiheit“ etwa habe

---

<sup>1981</sup> Ähnlich urteilt auch Hausmann: „Haering ‚gelang‘ hier ansatzweise ein ‚deutsches‘ sprich nationalsozialistisches Philosophieren, das auf rassistischer Grundlage den NS-Führerstaat als Vollendung des deutschen Geistes beschwor“ (Hausmann 1998, 222).

<sup>1982</sup> Haering 1945. Sehr ähnlich auch der Artikel in der Zeitung „Neues Wiener Tagblatt“. Darin publizierte Haering seine Gedanken von der „Philosophie als Rassenkunde“ bereits über ein halbes Jahr früher, und zwar am 20. August 1944. Vgl. Haering 1944b. Die Soziologie der „geistigen Rassen“ war laut handschriftlicher Notizen von Haering auch Thema im Wintersemester 1935/36 (Vgl. UBT Md 986; Nachlass Theodor Haering). Dem Vorlesungsverzeichnis zufolge las er über „Allgemeine Geschichte der Philosophie“. Auch im Sommersemester 1943 thematisierte Haering die „geistige Rassenkunde“ in seiner Vorlesung über die „Grundzüge eines philosophischen Weltbildes (Metaphysik)“. Die Philosophie nennt er zunächst „geistige Rassentheorie“, streicht dann jedoch das zweite Morphem des Kompositums „-theorie“ und ersetzt es durch „-kunde“. Vermutlich hat Haering hier seiner Theorie „von den verschiedenen Typen geistiger Grundhaltung und Weltbilder“ den endgültigen Namen gegeben. (UBT Md 989, Vorlesung 1943, Bl. 9, Nachlass Theodor Haering). Am Beginn der Vorlesung äußerte er sich zum Kriegsverlauf.

eine andere Bedeutung in der Französischen Revolution, im Liberalismus und im Idealismus. Wer etwa den Begriff „Proletarier“ sinnvoll benutzen wolle, übernehme unweigerlich auch das ganze System des Kommunismus. Ebenso bedinge die Weltanschauung handwerkliche Tätigkeiten, ja selbst alltägliche Verrichtungen. Ob hinter einer Tätigkeit die Weltanschauung des Bolschewismus oder die des Nationalsozialismus wirke, sei ein Unterschied. Die „Hauptaufgabe aller wahren Philosophie(!)“ müsse sein, „die Typen möglicher Weltanschauung immer deutlicher herauszuarbeiten und zu überblicken“ und so angeben zu können, zu welcher „geistigen Rasse“ das Tun und Denken des Menschen gehöre, ob es eine gute oder schlechte, eine reine oder gemischte, eine lebensfähige oder existenzunfähige Rasse sei. Denn auf „geistigem Gebiet“ müsse auf die Dauer jede Rassenmischung lebenszerstörend und tödlich enden. So müsse jedes Volk zerbrechen und untergehen, das sich nicht bemühe, auch geistig immer einheitlicher und geschlossener zu werden, also einer einzigen geistigen Rasstypen anzugehören, und zwar der „arteigenen“. Das war gleichzeitig auch ein Plädoyer für eine auch geistig uniforme Gesellschaft<sup>1983</sup>, seine erneute Forderung nach einer „Weltanschauungsaxiomatik“ von 1933, als er bereits vom einzelnen Knochen auf den gesamten Organismus, vom Einzelgedanken auf das Gedankensystem und die Weltanschauung schloss.<sup>1984</sup> Die Juden kommen als „geistige Rasse“ in Haerings Konzept nicht ausdrücklich vor, aber durch seine Forderung nach einem „arteigenen Denken“ werden sie von ihm ausgeschlossen.

Wie aber verfällt Haering auf ein solches Konstrukt? War er doch in der Weimarer Republik ein Philosoph, der auch logischen Argumenten und Zusammenhängen nicht abgeneigt war. Wie viele seiner Ideologeme und Philosopheme, hat auch die „geistige Rassenkunde“ eine Genese. Sie beginnt bei Fichte, der in seinem Buch „Erste Einleitung in die Wissenschaftslehre“ einen Zusammenhang zwischen dem Charakter einer Person und der von dieser vertretenen Philosophie postuliert hatte, den Dogmatismus verwarf und für den philosophischen Idealismus und für die Freiheit des Individuums eintrat: „Was für eine Philosophie man wähle, hängt sonach davon ab, was man für ein

---

<sup>1983</sup> „Jeder einzelne wie jedes Volk wird zuletzt zerbrechen und untergehen, das sich nicht zum mindestens bemüht, auch geistig eine immer einheitlichere und damit geschlosseneren Größe zu werden, das heißt aus einem immer einheitlicheren Welt- und Wertsystem heraus zu leben, also einem einzigen jener möglichen geistigen Rasstypen anzugehören. Und zwar immer mehr dem ‚arteigenen‘, das heißt demjenigen Typ, welcher auf der ihm gegebenen Naturgrundlage eine Höchstleistung gestattet, so wie es von den großen Philosophen(!) und Führern des eigenen Volkes verkündet wird.“; Tübinger Chronik vom 24. März 1945. Ähnlich auch UBT Md 1008/1 Nachlass Theodor Haering).

<sup>1984</sup> Haering 1933, 16.

Mensch ist“<sup>1985</sup>, so Fichte. Auch Dilthey befasste sich 1911 in seinen „Typen der Weltanschauungen“ mit dem Zusammenhang von Charakter und „Weltanschauung“, der Klassifizierung von philosophischen Systemen und deren Urhebern. Und nicht zuletzt war es Haerings Lehrer Adickes, der in seiner Tübinger Antrittsvorlesung ebenfalls den Zusammenhang von Charakter und „Weltanschauung“ zu begründen suchte.<sup>1986</sup>

Haering stand jedoch in den 1920er und frühen 1930er Jahren den Rassen-theorien ablehnend gegenüber, er nannte sie „einseitig“. Der „Geist“ hatte für ihn in jeglicher Beziehung eine überragende Bedeutung. Doch mit der Anlehnung an den Biologismus zum Ende der 1930er Jahre legte er alle Scheu ab und verband die wissenschaftlichen Ansätze der Charakter-Typologisierung mit dem (physiologischen) Rasse- und einem reduzierten Geistbegriff. Mit dieser Konstruktion bewahrte Haering seinen immateriellen Geist, lehnte sich allein schon verbal eng an die nationalsozialistische Ideologie an und kann im Konzert der philosophischen Rassenideologen mithalten.

1935 mahnte Haering in seiner „Rede für den Geist“ unter Angabe einer möglichen psychophysischen, psychologischen und physiologischen Betrachtung den „Versuch einer wirklich brauchbaren Einteilung und Ordnung der verschiedenen Geistesarten (Geistestypen)“<sup>1987</sup> an, deren Ausgangspunkt „Begriffs- und Wertbereiche“ sein müssten. Den Ausdruck „Rassenkunde des Geistes“ und „der Volksgeister“ führte der Philosoph im gleichen Jahr ein.<sup>1988</sup> Darunter wollte er die Geschichte der Völker und der Philosophen, die ihm zufolge immer auch Ausdruck einer bestimmten Haltung ihres Volkes seien, klassifizieren und subsumieren. Seiner am Beginn des Zweiten Weltkrieges publizierten „Rassenkunde des Geistes“ kommt Haering 1938 bereits nahe: Jede Teilerkenntnis, jeder einzelne Begriff stamme aus einem bestimmten System von Begriffen und schließlich aus einem „letzten Gesamtsystem der Erkenntnis alles Seins“. Ist dieses Gesamtsystem von Zielen, Werten und Idealen „richtig“, wird „ein guter schwäbischer Philosoph“ mit seiner Philosophie „der reinste und bewussteste Aus-

---

<sup>1985</sup> „[D]enn“, so fährt Fichte fort, „ein philosophisches System ist nicht ein toter Hausrath, den man ablegen oder annehmen könnte, wie es uns beliebte, sondern es ist beseelt durch die Seele des Menschen, der es hat. Ein von Natur schlaffer oder durch Geistesknechtschaft, gelehrten Luxus und Eitelkeit erschlafte und gekrümmte Charakter wird sich nie zum Idealismus erheben.“ Fichte: Erste Einleitung in die Wissenschaftslehre, Jena 1797. <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Fichte,+Johann+Gottlieb/Erste+Einleitung+in+die+Wissenschaftslehre/Einleitung>.

<sup>1986</sup> Adickes 1905. Die Genetischen Spiele bei der Entwicklung des Charakters höchstens individuell hinein, so Adickes, grundsätzlich seien psychische Zusammenhänge der Persönlichkeit.

<sup>1987</sup> Haering 1935b, 22f.

<sup>1988</sup> Haering 1935a, 12.

druck seiner schwäbischen Geisteshaltung sein müssen.<sup>1989</sup> Ist der je spezifische Philosophengeist aber Ausdruck eines je spezifischen Volkes, dann sind es geistige Akte (Sprache, Denken) ebenso. Das Bindeglied von der völkischen Philosophie Haerings zu seinen „geistigen Rassetypen“, mit denen er seine „Volksgenossen“ unterschiedlicher politischer Auffassungen kategorisieren will, findet sich in seinem Nachlass.<sup>1990</sup> Unter dem Titel „Von der Kunst, den Gedanken ihre Herkunft anzusehen“<sup>1991</sup> schließt Haering von der Arbeit eines Paläontologen auf die Arbeit des Philosophen. Denn es könne keinen Begriff und keinen Gedanken geben, der nicht Teil eines geordneten und gegliederten Gedankensystems sei. Die Einordnung des einzelnen Gedankens führe zum Verständnis des Sinnzusammenhangs und des Gedankensystems. So sei es „unendlich viel wichtiger und wertvoller“<sup>1992</sup>, den Gedanken ihre Bedeutung und Sinnzusammenhänge anzusehen, als aus einem Knochen das Skelett nachzubilden.<sup>1993</sup>

Seinen ersten Artikel, der ausdrücklich die „geistige Rassekunde“ thematisiert, widmet er 1939 den Studierenden.<sup>1994</sup> Abermals diente sich Haering hier dem Nationalsozialismus explizit als Philosoph an, um nationalsozialistische Ideologie zu verkünden und das System zu legitimieren. Fast noch wichtiger, so Haering in seinem Artikel, als die „genaue Kenntnis der physiologischen Menschenrassen“ sei die Kenntnis der „geistigen Rassen“, d.h. die verschiedenen Typen menschlicher Geisteshaltung, also der verschiedenen Grundanschauungen hinsichtlich der praktischen Wertordnungen des Sollens und der theoretischen Weltordnungen des Seins, [...].<sup>1995</sup> Während die physiologische Rasse sich naturnotwendig durchsetze, falls sie nicht „durch Beimischung verunreinigt und entartet wird“, habe gerade „die leidige Erfahrung der Zeit vor dem Umbruch gezeigt“, dass auch „rassisch-physiologisch einwandfreien deutschen Menschen die Suggestion“<sup>1996</sup> einen der rassistischen Grundlage fremden Geist überstülpen könne. Hier müsse Erziehung zu einer der physiologischen Rassen-

---

<sup>1989</sup> Haering 1938a, 211.

<sup>1990</sup> UBT Md 1007/1a, o. J. (Nachlass Theodor Haering). Es ist ein mit Schreibmaschine geschriebenes Manuskript, vermutlich eines Vortrags, in dem er unter Anleihen aus der Zoologie und der Paläontologie den Gedanken ihre Herkunft ansehen will.

<sup>1991</sup> Haering, Theodor: Von der Kunst, den Gedanken ihre Herkunft anzusehen, in: UBT Md 1007/1a, 8 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>1992</sup> Haering, Theodor: Von der Kunst, den Gedanken ihre Herkunft anzusehen, in: UBT Md 1007/1a, 15 (Nachlass Theodor Haering)

<sup>1993</sup> Die Paläontologie sei natürlich eine wichtige Wissenschaft, so Haering, doch die Philosophie, so soll dieser Satz verstanden werden, ist viel wichtiger. In den folgenden Jahren stellt Haering die „geistige Rassekunde“ als „Hauptaufgabe“ der Philosophie heraus.

<sup>1994</sup> Haering, Theodor: Philosophie als geistige Rassekunde, in: 3. Tübinger Studententag, 29. Juni – 2. Juli 1939, Mitteilungsblatt des Studentenfürhlers, 1939b, 36.

<sup>1995</sup> Haering 1939b, 36.

<sup>1996</sup> Haering 1939b, 36.

grundlage entsprechenden geistigen Haltung hinzukommen. Nicht ohne Grund lege die nationalsozialistische Volkserziehung so großen Wert „auf ein immer neues Einhämmern und klares Herausstellen der spezifisch nationalsozialistischen Weltanschauung.“<sup>1997</sup>

Denn auch die beste Rassengrundlage sei vor Verfälschungen und Entartungen, vor Rückfällen in den Liberalismus oder in den Materialismus nicht gefeit. Daher sei eine der Hauptaufgaben der Philosophie, die gegnerischen Weltanschauungen und geistigen Rasseeigentümlichkeiten herauszustellen.<sup>1998</sup> Dafür sei die „Geschichte der Philosophie“ zuständig. Sie sei „geistige Rassenkunde“ und solle in den Dienst der geistigen Ausrüstung des Nationalsozialismus gestellt werden. Sie helfe, dem „deutschen Menschen“ Ziele, Weltanschauung und Wertordnung bewusst zu machen, damit er sich bewusst einem Führer unterordne, in freier Treue diene und in solchem freien Dienst seine Ehre suche.

Seine „Philosophie(!) als geistige Rassenkunde“ propagierte Haering auch im Radio – offensichtlich diesmal mit Bezug zu Philosophen jüdischen Glaubens. So bezog sich ein Pfarrer Erik Schmidt aus Ottersleben bei Magdeburg in einem Brief vom 18. Februar 1944 an den Philosophen auf einen Radiovortrag vom Vortag, in dem Haering über „geistige Rassetypen und ihre Vertreter“ gesprochen habe. Anscheinend hatte Haerings Vortrag den Pfarrer nicht befriedigt. Der Pfarrer, „überzeugter Nationalsozialist“, rang in diesem Brief sichtlich um „Erkenntnis“ in dieser Frage. Es sei „schwer“, bei Spinoza „das rassische Moment im Denken und im System“ festzustellen. Wie weit könne sich überhaupt „die physische Rasse mit dem geistigen Rassentypus decken?“, frug er. Und: Wie komme es, dass Denker derselben Rasse so verschiedene Denkrichtungen vertreten? „Wo ist da ein Maßstab, an dem wir auch nur annähernd abmessen könnten, in welcher Beziehung physische Rasse, geistiger Rassentypus und philosophische Denkrichtung zueinander stehen?“<sup>1999</sup> Schließlich fänden sich Materialismus und Idealismus, Mystik und Dogmatismus, Monismus und Dualismus „überall“.

## 9. Verbreitung antisemitischer Ressentiments

Verstärktes völkisches Philosophieren korrespondiert bei Haering mit einer vermehrten Übernahme antisemitischer Ressentiments, die in der

---

<sup>1997</sup> Haering 1939b, 36.

<sup>1998</sup> Ähnlich auch Haering 1944a: „Vom Amt der Philosophie. Von der Besinnung auf das Ganze“ in: Leipziger Neueste Nachrichten, 16. April 1944, 4.

<sup>1999</sup> Brief Erik Schmidt an Theodor Haering vom 18. Februar 1944, in: UBT Md 1014/473 (Nachlass Theodor Haering).

Weimarer Republik bei ihm latent vorhanden gewesen sein mögen, die er jedoch öffentlich nicht vertreten hat. Öffentlich anerkennt er die Leistungen der Juden in der Geschichtsschreibung und die Einstein'sche Relativitätstheorie (er kennzeichnet sie als Endpunkt der alten Physik, nicht als Beginn einer neuen Physik). Haerings „Gegner“ sind die „westliche Philosophie“, die Philosophie der Engländer und der Franzosen, die Liberalen, Kommunisten und Materialisten. Hatte ihn seine Geist-Philosophie in der Weimarer Republik vor antisemitischen Ressentiments bewahrt, brechen sie von 1935 an durch. Die „alten Juden“ seien ein gewiss nicht sündenarmes Volk gewesen, formulierte er in seiner „Rede für den Geist“.<sup>2000</sup> Daher hätten sie jedes Jahr sämtliche Sünden dem Sündenbock aufgeladen und ihn dann in die Wüste gejagt. Doch gelegentlich hätten die Priester den Sündenbock wieder gefangen und ihn sich schmecken lassen, behaupteten böse Zungen, so Haering.<sup>2001</sup> Haering benutzte dieses Bild, um in seiner „Rede für den Geist“ Klages vorzuführen, der gegen den Geist argumentiere, in ihm einen „Sündenbock“ sehe, ihn aber „hinten herum“ wieder hereinhole. Unausgesprochen zeigt Klages laut Haering also „jüdisches Verhalten“<sup>2002</sup>, das durch List oder gar Verschlagenheit gekennzeichnet ist, womit Haering antijüdische Vorurteile der NS-Propaganda aufnimmt und weiter verbreitet.

Lobte Haering noch 1925 die „israelitischen Historiker“, weil sie die eigene Geschichte in einen großen „Weltplan“, in die Geschichte der Völker eingebettet hätten<sup>2003</sup> und die jüdischen Propheten die „eigentlichen Bahnbrecher dieses Gedankens eines einheitlichen Fortschritts in der Geschichte“<sup>2004</sup> seien, stellte er im Nationalsozialismus eine deutsch-christliche Geisteshaltung „der absolut einseitigen spezifisch jüdischen Geisteshaltung“ entgegen, „welche die Gegensätze überspitzt und unvereinigt und unvereinbar bestehen lässt“<sup>2005</sup>, obwohl er „gerade in den Geisteshaltungen der alttestamentlichen Propheten und des Christentums oft ganz merkwürdige Parallelen“<sup>2006</sup> gefunden habe. Offenbar machte der Philosoph einen Unterschied zwischen den Propheten des Alten Testaments und dem modernen Judentum, er war aber überzeugt, dass diese ‚einseitige jüdische Geisteshaltung‘ (absolute Transzendenz Gottes, absolute Sündigkeit des Menschen) Gemeinsamkeiten mit anderen orientalischen Geisteshaltungen, etwa der Ba-

---

<sup>2000</sup> Haering 1935b, 3.

<sup>2001</sup> Haering 1936b, 4.

<sup>2002</sup> Hier zahlt Haering mit „gleicher Münze“, allerdings subtiler zurück: Klages ließ seine Kritiker mit Schmähartikeln überziehen, nannte sie „Halbjuden“, „Volljuden“ oder „Judenfreunde“. Vgl. Tobais Schneider 2005, 305.

<sup>2003</sup> Vgl. Haering 1925a, 12.

<sup>2004</sup> Haering 1925a, 121.

<sup>2005</sup> Haering 1936a, 17.

<sup>2006</sup> Haering 1936a, 16.

bylonier, habe, und dass damit auch „rassische Probleme“ verbunden seien.<sup>2007</sup>

Ob diese „rassischen Probleme“ Ursache oder Wirkung sind, warum „Juden Gestalten der deutschen Geschichte, d.h. die sie treibende Idee vielfach verfälscht“<sup>2008</sup> hätten, darüber lässt sich Haering in seinem Aufsatz über den „gefährlichen Dichter“ nicht aus. Er spricht jedoch den Juden ab, (historische) Personen angemessen darstellen zu können, die Idee des deutschen Volkstums und der Rasse adäquat zu erfassen: „Wer einen Dietrich von Bern als Vorfahren der deutschen Reichsidee historisch darstellen will, muss darum selbst von der Idee der Deutschheit ganz durchdrungen sein“<sup>2009</sup>, war der Philosoph überzeugt. Das können die Juden Haering zufolge offenbar nicht. Das könne nur „ein Mensch und Dichter, der imstande ist, etwa die für ein Volk und eine Rasse grundlegenden und eigentümlichen Ideen wirklich zu erfassen [...] einer, der in diesen lebt und selbst um sie wenigstens ringt.“<sup>2010</sup> Juden sind demzufolge nicht von der „Idee der Deutschheit“ durchdrungen, sie sind keine Deutschen, sollten sich daher nicht anmaßen, über Deutsche und das Deutschtum nachzudenken und zu schreiben. Haering grenzte die Juden aus dem deutschen Volk aus und markierte damit eine neue Qualität seiner antisemitisch motivierten Diffamierung. Da spielte sicherlich auch Missgunst mit hinein.<sup>2011</sup>

Die Ausgrenzung der Juden durch Haering ging jedoch weiter: Ohne sie beim Namen zu nennen, knüpfte er an seine Skizze vom „rastlosen ewigen Juden“ aus dem Jahre 1910 an und behauptete, Juden könnten nie „Heimat“ haben. Während der Mensch (also „der Deutsche“) „eine Heimat im tiefsten menschlichen Sinn“<sup>2012</sup> habe, gehe dem Tier aufgrund mangelnder geistiger Beziehung dieser Begriff ab. Es habe nur ein Nest, das, auf den Menschen angewandt, „etwas leicht Herabziehendes, etwas von Dumpf-Vitalem an sich hat.“ Das Tier habe nur eine „Bleibe“. Haering: „Hieraus erklärt sich auch, weshalb leibliche wie geistige reine ‚Schmarotzer‘, welche ohne jede Gegenleistung, untätig

---

<sup>2007</sup> Vgl. Haering 1936a, 17.

<sup>2008</sup> Haering 1938c, 15.

<sup>2009</sup> Haering 1938c, 15.

<sup>2010</sup> Haering 1938c, 14f.

<sup>2011</sup> Denn Haering beklagte sich, dass „im Ausland oft jüdisches Gedankengut als Hauptrepräsentant deutschen Denkens vielfach eingeschwärzt und geglaubt wurde und so die eigentliche Weltgeltung des deutschen Geistes begründenden und darum rechtfertigenden Gedanken der wahren großen deutschen Philosophen in ihrer Wirkung und in ihrer Anerkennung gehemmt und missdeutet wurde. Noch erinnere ich mich, wie sehr es mich grämte, in Amerika vielfach nur Namen wie Arthur Liebert, oder Münsterberg oder Produkte der Freudschen Psychoanalyse als Exponenten des philosophischen deutschen Gegenwartsgeistes gekannt, gerühmt, verbreitet und überall käuflich zu finden.“ Haering 1943d, 45f. Der liberal-konservative Neukantianer Liebert wurde 1933 zwangsemeritiert, er ging ins Exil nach Belgrad, später nach England.

<sup>2012</sup> Haering 1941e, 8.

nur von der Arbeit der andern leben, stets heimatlose Menschen sind und sein müssen.“<sup>2013</sup> Der Philosoph zieht eine Parallele zwischen dem Heimat- beziehungsweise „Nestbegriff“ der Tiere und den Juden. Denn die Codewörter „Schmarotzer“, „von der Arbeit der andern leben“, „heimatlose Menschen“ deuten unverhohlen auf die Juden hin, tragen die antisemitischen Vorurteile weiter und zementieren sie.<sup>2014</sup> Wer jedoch nur ein „Nest“, aber keine Heimat hat, kann auch kein Volk sein. Das Volk, die „menschliche Volksgemeinschaft“ beginnt bei Haering – wie bei Hegel – erst mit dem Staat und der bewussten und einheitlichen Leitung und Regierung des Volkslebens –, „weswegen man freilich umgekehrt auch von einem Volke im Vollsinn eigentlich nur reden sollte, wenn es auch staatlich verfasst ist.“<sup>2015</sup>

Wiederum indirekt sind auch die Juden gemeint, wenn Haering über Rasse und den „art- und volkseigenen Geist“ nachdenkt. Zwar könnten dieselben rassistischen Voraussetzungen einen „schlechten“ Geist hervorbringen, so der Philosoph in dem bereits erwähnten Vortrag „Rasse – Volk – Kultur“, den er 1943 für den „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ veröffentlicht hat, doch „gewiss war auch die Verschlechterung der rassistischen Grundlagen des deutschen Volkes hiebei(!) ein nicht zu unterschätzender und eben darum auch besonders nachdrücklich wieder auszumerkender Faktor gewesen.“<sup>2016</sup> Deutlicher wird Haering in seinem Manuskript „Marx und Hegel“<sup>2017</sup>, an dem er gegen

---

<sup>2013</sup> Haering 1941e, 8f.

<sup>2014</sup> Haering war 1941 auch über den „deutschen Michel“ verblüfft, der sich über die raschen militärischen Erfolge im ersten Kriegsjahr gewundert habe (Haering 1941a, 1). Auch der „deutsche Michel“ ist laut Ulmer solch ein Codewort. Er lässt sich von den Juden ausbeuten und an der Nase herumführen. In der Weimarer Republik war der Rückgriff auf den „deutschen Michel“ als Metapher für ein unbedarftes Volk auch eine Warnung vor der angeblich jüdisch-demokratisch-marxistischen Republik. Vgl. Ulmer 2011, 237.

<sup>2015</sup> Haering 1943d, 14.

<sup>2016</sup> Haering 1943d, 2. Hier könnte Haering freilich auch andere Bevölkerungsgruppen meinen, etwa politische Gegner aller Couleur, Sinti, Roma, Homosexuelle, geistig und körperlich Behinderte oder so genannte Asoziale, die Nationalsozialisten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern getötet haben.

<sup>2017</sup> UBT Md 1000. Das Werk sollte der Propaganda dienen, Hegel vor der ideellen Vereinnahmung durch den „Bolschewismus“ retten und eine rechtmäßige Anknüpfung von Marx und Engels an Hegel bestreiten. Haering attestiert Marx einen „spezifisch jüdischen Zug“ (rein formale Übernahme einer Seite der hegelschen Dialektik und Freude an solchem Formalismus; UBT Md 1000, 258), nennt ihn einen „Anreger der Vergifter“ (UBT Md 1000, 17), der das Ideelle ins Materielle herabgezogen habe (UBT Md 1000, 122), kritisiert eine „absolute Einseitigkeit“ von Marx, wie sie die Freud'sche Psychoanalyse in ihrer sexuellen Monomanie auch gezeigt habe (UBT Md 1000, 109). Die Kennzeichnung des Proletariats als künftige Herrscherschicht sei eine „einseitige Übertreibung“, rühre aus einer mangelnden Totalität des Gesichtspunkts (UBT Md 1000, 125) und resultiere aus demagogischem Interesse (UBT Md 1000, 126). Der Marxismus entspringe nach seiner materialistisch-wirtschaftlichen Seite genau denselben Quellen und derselben Geistesströmung wie „der amerikanische Geist der USA“ (UBT Md 1000, 282). Wie Marx hätten auch Lenin und Stalin Hegel einseitig und verdreht interpretiert, es sei eine „ungeheuerliche und satanische Tarnung“ (UBT Md 1000, 298), wenn sich Marx und Lenin auf Hegel beriefen. Wie



Kriegsende mit Unterstützung durch das „Amt Rosenberg“<sup>2018</sup> gearbeitet hat. Dort bezeichnete er die Art, wie „der Jude“ fremdes und auch deutsches Geistesleben aufnimmt, „allzu oberflächlich“ und spielerisch unernsthaft, die Art, „wie der deutsche Geist von jüdischer Transformation des Eigenen“ beeinflusst worden sei, als tödliche Erkrankung.<sup>2019</sup> Haering warnt vor der Gefahr „jüdischer Mimikry“<sup>2020</sup>, die „Gefahr und Gefährlichkeit des jüdischen Einflusses“ würden durch die „unbegrenzte Anpassungsfähigkeit und Einfühlsamkeit“ noch hinaufgesetzt – „genau wie bei anderen Giften.“<sup>2021</sup> Diese „unbegrenzte Mimikry“ ließ nach Haering den Punkt übersehen, von dem an der eigene Organismus „dem fremden Gift wehrlos ausgeliefert und zum Tode verurteilt war – so sehr, dass nur noch die radikalste Kur der völligen Entziehung dieses Giftes helfen konnte“<sup>2022</sup>, so Haering. Das nationalsozialistische Schlagwort vom „jüdischen Bolschewismus“ intendiert er, wenn er den ressentimentgefüllten Oppositions- und Negationsgeist der „jüdischen Mentalität“ (Marx) sich mit dem „Geist des Russen“ (Lenin und Stalin) vermischen lässt.<sup>2023</sup>

Diese unveröffentlichten antisemitischen Ausfälle Haerings sind vermutlich ein Zugeständnis an seine Auftraggeber aus dem Berliner „Amt Rosenberg“. Ein überzeugter Antisemit wurde Haering auch gegen Ende des Nationalsozialismus sicherlich nicht, dazu ist die Häufigkeit und Intensität der antisemitischen Vorurteile und Ressentiments zu gering, ihr Gebrauch zu oberflächlich. Sie wirken stereotyp, angelesen oder – infolge dauernder Propaganda – „angelernt“. Mit Ludwig Binswanger, dem Leiter des Schweizer Sanatoriums Bellevue in Kreuzlingen, pflegte Haering noch bis 1942 brieflichen Kontakt<sup>2024</sup>, und seinem einstigen Schüler Hans Wolfgang Liepmann<sup>2025</sup> schrieb er

---

der Marxismus und Leninismus, so sei auch der Amerikanismus ein auf die Spitze getriebener, absolut unschöpferischer und sklavisch übersteigter Geist des 18. Jahrhunderts (UBT Md 1000, 299). Das Richtige und Gute an Marx und seinen Nachfolgern aber sieht Haering im Pathos und Mitgefühl mit den notleidenden und ausgebeuteten Arbeitermassen und dem Willen zur Besserung. Diese Forderungen aber könnten auch „im wahren deutschen Idealismus“ und bei Hegel gefunden, „eigentlich allein auf seiner ideologischen Grundlage“ bewerkstelligt werden (UBT Md 1000, 301). Ähnlich auch seine mit „Prager Vortrag“ (November 1944) und „Hegel und der Bolschewismus“ übertitelten Manuskripte, in: UBT Md 1006/31 sowie UBT Md 1006/32.

<sup>2018</sup> Zum Engagement Haerings für das „Amt Rosenberg“ später.

<sup>2019</sup> UBT Md 1000, 14.

<sup>2020</sup> UBT Md 1000, 14.

<sup>2021</sup> UBT Md 1000, 15.

<sup>2022</sup> UBT Md 1000, 15.

<sup>2023</sup> UBT Md 1000, 295.

<sup>2024</sup> Ihn bat Haering am 30. August 1933, der Jüdin Elisabeth Rosenbusch eine Stelle in der Schweiz zu verschaffen (UAT 443/12; Nachlass Ludwig Binswanger). Elisabeth Rosenbusch wurde Ende 1932 in Tübingen promoviert (UAT 131/1307; Promotionsakte Elisabeth Rosenbusch).

<sup>2025</sup> Nach Lesart der Nationalsozialisten war Liepmann „Halbjude“. Der 1906 in Berlin geborene Hans Wolfgang Liepmann gab dem Sohn von Theodor Heuss, Ernst-

ein Empfehlungsschreiben nach England. Auch will Haering anderen „als Freunde oder als Menschen bewährten Juden“ mit Rat und Tat ausgeholfen haben.<sup>2026</sup> Im Wintersemester 1943/44 hielt Haering eine Vorlesung über die „Geschichte der neueren Philosophie“. Den Juden und Rationalisten Spinoza handelte er im Vorlesungsmanuskript wissenschaftlich neutral ab. Spinoza habe auch unserer heutigen Zeit noch etwas zu sagen, so Haering. Bevor man kritisiere, solle man sich erst einmal die Lehre anhören.<sup>2027</sup> Doch die Verschärfung seiner antisemitischen Tiraden am Ende der NS-Diktatur zeigt deutlich, dass sich der Philosoph immer mehr dem Kern nationalsozialistischen Denkens anpasste. Er war nicht nur im völkischen Lager angekommen, er drang auch in den antisemitischen Teil der NS-Gesellschaft ein.

## 10. „Hitze des Kampfes“: Rechtfertigung des Unrechtsstaats

Die Praxis des NS-Systems hat Haering nicht immer geteilt. Er hat sie jedoch vehement verteidigt und gegen Kritik in Schutz genommen, insbesondere auch, weil er Hitler verehrt und vergötzt hat. Haering war überzeugt, dass der „Führer“ und die nationalsozialistische Bewegung einen neuen Geist schaffen oder den angeblich alten verlorenen zurückgewinnen und „den Geist und die geistige Seite des Menschen“,

---

Ludwig, Nachhilfeunterricht und fand so Eingang in die Heuss-Familie. Theodor Heuss schlug Liepmann auch den Studienwechsel von Berlin nach Tübingen vor, so studierte er an der Eberhard-Karls-Universität Geschichte, Germanistik und Philosophie vom Sommersemester 1927 bis zum Sommersemester 1929. Nach seiner Promotion kam es zum Kontakt zu August Hinderer, dem mächtigen Direktor des „Evangelischen Pressverbandes für Deutschland“ (EPD) und Begründer des „Evangelischen Pressedienstes“ (epd). Liepmann wurde dessen Privatsekretär, arbeitete von 1933 an im Untergrund und floh am 6. Dezember 1935 nach England. Dort wurde er Soldat, nach dem Krieg Rechtsanwalt. Liepmann starb 2004. Da er zunächst Lehrer werden wollte, schrieb ihm Theodor Haering in seiner Beurteilung vom 6. April 1937, Liepmann habe sich „mit Fleiß und Eifer“ betätigt und sei ein für alle Probleme aufgeschlossener und über den Durchschnitt aktiver Student gewesen. Seine Dissertation habe manche neue Erkenntnisse und Ideen zutage gefördert. Er traue Liepmann zu, ein anregender und wissenschaftlich gut fundierter Lehrer zu werden. Brief Theodor Haering an Hans Wolfgang Liepmann vom 6. April 1937 (digitale Version im Besitz des Verfassers, Original im Besitz des Sohnes Tim Wright, Sheffield. Siehe zu Liepmann auch: Hantke 2009). Sicherlich wusste Haering auch, dass Liepmann Heuss-Freund war. Zu Heuss hatte Haering auch während der NS-Zeit brieflichen Kontakt, Haering war sogar Abonnent der Zeitschrift „Die Hilfe“, die Heuss bis 1936 herausgab. Vgl. Brief Theodor Heuss an Theodor Haering vom 21. Oktober 1935, in: UBT Md 1014/222,1 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2026</sup> Haering führte die Geschwister Pagel in Tübingen an, außerdem Angehörige des Professors Spiro, den Tübinger Rabbiner Wochenmarck und den Tübinger Bankier Weil jr., dem er Bücher und ein Empfehlungsschreiben ins Ausland geschickt habe. Vgl. Haering, Theodor: Meine Stellung zum NS, ohne Datum, in: UBT Md 971,28 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2027</sup> Haering, Theodor: Geschichte der neueren Philosophie, Vorlesungsmanuskript Wintersemester 1943/44, in: UBT Md 987 (Nachlass Theodor Haering). Auch andere Vorlesungsmanuskripte aus dieser Zeit haben wissenschaftlichen Charakter, wie etwa das Manuskript über die „Propädeutik“ Hegels.

neben der „bloß materiell-wirtschaftlichen, wieder in ihre Rechte“<sup>2028</sup> einsetzen wollen. Das „Materielle“, „Individuelle“ wurde ihm zufolge in der Weimarer Republik zu stark betont. Da der Philosoph stets auf „einen Ausgleich der Gegensätze“ bedacht war, ließ ihn diese Haltung so manche Konzession machen. So bemängelte er, dass „als spezifisch deutscher Charakterzug etwa nur die heroische Haltung hervorgehoben“<sup>2029</sup> werde, obwohl ihm zufolge auch das „gegensätzliche Merkmal des Besinnlich-Gemütvollen“ dazugehöre, aber „ganz oder doch allzusehr zurücktritt.“ Obwohl die „Eigenart des spezifisch deutschen Heroismus“ verfehlt werde, brachte Haering doch Verständnis für die „einseitige“ Betonung durch das NS-System auf: Polemisch-propagandistisch und politisch möge es heute sehr gerechtfertigt sein, so Haering, sofern es gelte, die heroische Seite „wieder besonders auszubilden und hervorzuheben.“<sup>2030</sup> Wie der „heroischen Haltung“ das „Besinnlich-Gemütvolle“ gegenübersteht, so der Gemeinschaft das Individuum. Auch hier lässt Haering die von den Nationalsozialisten herausgehobene Betonung auf die Volksgemeinschaft „wiederum aus guten Gründen“ gelten.<sup>2031</sup> „Begreiflich“ empfindet es Haering auch, „dass manchmal, in der Hitze des Kampfes, die bisher zurückgehaltenen Faktoren nun ihrerseits wieder allzu einseitig vertreten werden.“<sup>2032</sup> Damit meint er das Überindividuelle, die Verbindungen in Rasse, Volk und Gemeinschaft. Doch das „Programm des Führers“ wie auch dessen Reden lassen laut Haering „keinen Zweifel“, dass der „Führer“ erst in der gleichzeitigen Achtung der materiellen (wirtschaftlich, rassistisch, körperlich) und ideellen Faktoren „das wahrhaft Deutsche“<sup>2033</sup> sah. So wurde der „Führer“, der längst „Idee“ und „menschgewordener Weltgeist“ war, auch zum guten Arzt, der „dem kranken Körper [das deutsche Volk, der Verfasser] zunächst manches verbieten muss, was er vorher im Übermaß genoss.“<sup>2034</sup> Viele sehen „die Kleinarbeit des Führers an seinem Volk oft als pedantische Schulmeisterei

---

<sup>2028</sup> Haering 1935b, 5.

<sup>2029</sup> Haering 1936a, 8.

<sup>2030</sup> Denn Haerings Verständnis zufolge müsse auf eine vernachlässigte Eigenschaft, Haltung oder auf einen lange Zeit unberücksichtigten Charakterzug besonders nachdrücklich Wert gelegt werden, damit er sich später mit seinem Gegenteil wieder in der Waage befinde. Haerings Denken war dichotomisch, stets war einem Begriff ein Gegenbegriff gegeben, Ziel war die Harmonie.

<sup>2031</sup> Haering 1936a, 8. Obwohl sich Gemeinschaft und Individuum ihm zufolge dialektisch bedingen. Haering glaubt, „dass gerade die Eigenart des deutschen Gemeinschaftsbewusstseins auf einer gleich starken Betonung auch der Stellung und Achtung der freien Einzelpersonlichkeit beruht, die freilich ohne freie Bindung an eine Gemeinschaft ebenfalls nicht denkbar ist.“ (Haering 1936a, 8) Haerings „freie Einzelpersonlichkeit“ ist jedoch recht ‚einseitig‘ durch Hingabe, Unterordnung und unbedingte Gefolgschaft gekennzeichnet, gerade bei dieser Gegenüberstellung bringt er Gemeinschaft und Individuum nicht zur Deckung.

<sup>2032</sup> Haering 1938a, 223.

<sup>2033</sup> Haering 1938a, 223.

<sup>2034</sup> Haering 1941a, 12; ähnlich auch: Haering 1940b, 26.

[...], ohne die Notwendigkeit und Größe<sup>2035</sup> zu erkennen, eine schmerzhafteste Führung und Erziehung zum Geist und der Ideenwelt hin sei unumgänglich, so Haering.<sup>2036</sup> War es im Winter 1938/39 noch der „Erfolg“, die „Weltgeschichte als Weltgericht“, wenn der „Führer“ als „Vertreter der Totalität“ ein „Gleichgewicht des Ganzen zu schaffen vermag“<sup>2037</sup>, stand für Haering 1943 fest, dass der „Führer“ seinem Volk „auch schmerzliche Opfer“ zumuten muss, Opfer, die sich jedoch „am Ende“ als richtig erweisen würden. Das müsse der „Weisheit des Führers“ anheimgestellt werden, so der Philosoph zwei Jahre vor Kriegsende.<sup>2038</sup> Hier kommt wiederum deutlich Haerings machiavellistische Ethik zum Ausdruck, wonach das Ziel sämtliche Mittel rechtfertige. Damit korrespondieren auch seine Seminaufzeichnungen zu Nietzsche – vermutlich für das Wintersemester 1943/44: Man müsse bereit sein, einer Sache wegen Menschen zu opfern, sich selbst ebenfalls, notierte er. Freiheit bedeute, dass die „männlichen“, die kriegs- und siegesfrohen Instinkte und Triebe die Herrschaft über andere Instinkte, etwa das Glück, erlangen. „Der freigewordene Mensch, und wieviel mehr der freigewordene Geist, tritt mit Füßen auf die verächtliche Art von Wohlbefinden, von dem Krämer, Christen, Kühe, Weiber, Engländer und andere Demokraten träumen – der freie Mensch ist Krieger.“<sup>2039</sup>

Erstaunliche Worte von einem, der drei Neffen im Krieg verloren hat<sup>2040</sup> und durch Feldpostbriefe von der russischen Front nicht nur über die Brutalität des Krieges unterrichtet war, sondern auch von Kriegsverbrechen der Wehrmacht erfahren hatte und nicht auf die nationalsozialistische Propaganda in den Medien angewiesen war. Während die Tübinger Chronik von schweren Verlusten der Sowjetarmee und von einer unerschütterlichen deutschen Abwehrfront wusste, die Tübinger Leser über die Ostfront im unklaren ließ, teilte der Germanist Friedrich Sengle (1909 – 1994) Theodor Haering bereits im August 1941 mit, der Krieg sei „entartet“. Er berichtete von militärischen Operationen, harten und verlustreichen Kämpfen, von in Trümmern liegenden Städten, mangelndem Nachschub von Benzin und Munition, von Frost und Hunger, von mangelhafter Ernährung und schlechter Moral der Soldaten, von der Plage durch Läuse, Flöhe, Wanzen, von psychischen Störungen der Soldaten, von den Leiden der Zivilbevölke-

---

<sup>2035</sup> Haering 1941a, 12.

<sup>2036</sup> Vgl. Haering 1941a, 13.

<sup>2037</sup> Haering 1940b, 26.

<sup>2038</sup> Vgl. Haering 1943d, 23.

<sup>2039</sup> Vorlesungsmanuskript zu Nietzsche, in: UBT Md 987 (Unterstreichungen von Haering).

<sup>2040</sup> Auch im Nachlass von Dankwart Paul Zeller (1924 – 2010), dem Ehemann von Agnes Zeller, geborene Haering, einer Tochter des Bruders Hermann Haering, befanden sich eine ganze Reihe Feldpostbriefe. Sie stammten von den drei im Zweiten Weltkrieg gefallenen Söhnen des Bruders Hermann Haering.

rung und von einer teils völkerrechtswidrigen deutschen Kriegsführung.<sup>2041</sup> Sengle schrieb von Gefangenenerschießungen durch deutsche Soldaten, was „zum mindesten von oben“<sup>2042</sup> geduldet werde, so seine Vermutung, er berichtete auch von der Erschießung eines verwundeten russischen Soldaten durch einen Sanitäter<sup>2043</sup>, von der Erschießung flüchtender Partisanen, der Verbrennung ihrer Häuser und Dörfer. Sengle: „Es ist eine widerliche Art des Kriegs“.<sup>2044</sup> Haering jedoch brachte in einem Vortrag der Hitler-Jugend im Februar 1943 „Heldentum“ und „Heldentod“ nahe.

Auch die nationalsozialistische Propaganda vom „Volk ohne Raum“ sowie den Eroberungskrieg im Osten stützte Haering, indem er den mathematisch-philosophischen Raumbegriff umbog, expansiv und deutsch-völkisch interpretierte.<sup>2045</sup> Der geometrische Raumbegriff seit Euklid war laut Haering der Inbegriff „inhaltloser Leere, Leblosgkeit und Allgemeinheit“, der ursprüngliche Raumbegriff aber sei „ein durchaus Inhaltvolles, Dynamisch-Lebendiges“, etwas „ganz Individuell-Konkretes“<sup>2046</sup>, der selbst im vorwissenschaftlichen Bewusstsein

---

<sup>2041</sup> Vgl. Hantke 2012. Friedrich Sengle wurde 1936 in Tübingen promoviert, habilitierte sich dort im Dezember 1942. Bei Kriegsausbruch 1939 meldete er sich freiwillig, kämpfte zunächst an der Westfront, seit Beginn des „Russlandfeldzugs“ an der Ostfront. Dort war er Infanterist, Artilleriebeobachter und Wachtmeister, er war beim Angriff auf Moskau dabei. 1937 wurde Sengle Studienassessor am Tübinger Uhland-Gymnasium und Assistent am Deutschen Seminar der Tübinger Eberhard-Karls-Universität. Von 1933 bis 1938 war er SA-Mitglied, wurde 1938 Schulungsredner und Schrifttumsbeauftragter in der Tübinger Kreisleitung der NSDAP. Im Februar 1944 erhielt er die Lehrbefugnis für Neuere deutsche Literatur. Haerings Nachlass enthält vier Feldpostbriefe von Sengle: UBT Md 1014/506 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2042</sup> Brief Friedrich Sengle an Theodor Haering vom 14. August 1941, in: UBT Md 1014/506,1 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2043</sup> Ein andermal wurde zwar ein Wachtmeister zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er „willkürlich einen Russen erschießen“ ließ („Mädchensachen“). Doch er hätte auch wegen Mordes verurteilt werden können, so Sengle. Der Wachtmeister habe sich sogar ungerecht behandelt gefühlt: „Wegen einem Russen! Werden nicht genug Gefangene abgeschossen?“ Brief Friedrich Sengle an Theodor Haering vom 25. März 1942, in: UBT Md 1014/506,3 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2044</sup> Brief Friedrich Sengle an Theodor Haering vom 25. März 1942, in: UBT Md 1014/506,3 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2045</sup> Diesen Aufsatz schrieb Haering für die Monatszeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“, ein Organ der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“. Den Vorsitz hatte Paul Ritterbusch. Die „Raumforschung“ konzentrierte sich auf den Osten, wo die Nationalsozialisten „neuen Lebensraum“ erobern wollten und sich das Vorhaben auch durch die Wissenschaft rechtfertigen ließen. Auch diese Arbeitsgemeinschaft hatte eine Konkurrentin, die von Hanns Kerrl geführte „Reichsstelle für Raumordnung“. Die an Blut und Boden angelehnte Ideologie der beiden Raumforscher-Institutionen erhielt ihren politischen Ausdruck schließlich im „Generalplan Ost“, der die Grundlage für die Kolonisierung Osteuropas bot. Vgl. Hammerstein 1999, 180ff. An der Universität Tübingen hatte Bebermeyer von 1936 an den Vorsitz der „Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung“. Zur Tübinger Hochschul-AG siehe Besenfelder 2002, 359ff.

<sup>2046</sup> Haering 1942c, 328.

vorhanden sei. Der Raum als Erfülltes werde erst durch „Kraftentfaltung“ geschaffen, wobei ein sich raumschaffendes Subjekt gegen „ein anderes Etwas“<sup>2047</sup> diesen Raum schaffen, erhalten oder erweitern müsse. Haering: „So erweist sich der ursprüngliche Raum in Wahrheit also vielmehr als Ausdruck einer dynamisch-kämpferischen Beziehung (Spannung) zweier gegensätzlicher Kräfte (Subjekte) [...]“<sup>2048</sup>. „Lebensraum“ ist denn auch „der eigentliche ‚Raum‘ des Menschen in seinem Ursinne ...“<sup>2049</sup>, denn der lebendige Begriff des Raumes eigne sich mit dem „Sichraumschaffen“ und „-erhalten“ auch „in ganz besonderer Weise“ zur Anwendung auf menschliche Kulturgebiete.<sup>2050</sup> Ob es nur ein bloßer frommer Wunsch und nicht vielmehr begründete Hoffnung war, dass gerade der Deutsche mit seinem angeblich reicheren, lebendigeren und wirklichkeitsnäheren Raumbewusstsein auf die Dauer auch praktisch diesen Lebensraum besser und nachhaltiger schaffen und erhalten könne als jene mit ihrem einseitigen, entleerten und toten Raumbegriff, war für Haering nur eine rhetorische Frage. Denn nur „der wahre und lebendige Begriff des Lebensraumes“<sup>2051</sup>, verbunden mit Sachkenntnis, werde auf die Dauer Erfolge verbürgen. So machte sich Haering stark für die „Rehabilitierung des ursprünglichen Raumbegriffs“, der ein Inbegriff „der totalen Welt eines totalen Subjekts“ sei, um von der Raumforschung „wirklich zur Raumordnung überzugehen [...]“<sup>2052</sup>

## 11. Im Kriegseinsatz – auch für Rosenberg

Die inhaltliche Annäherung an die nationalsozialistische Ideologie fand ihren Niederschlag ebenfalls in Haerings Mitgliedschaften und Funktionen in den NS-Organisationen. Haering rückte nicht nur in den Wissenschaftlichen Beirat des Vorstandes in der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, am 23. Oktober 1937 trat er rückwirkend zum 1. Mai 1937 in die NSDAP ein.<sup>2053</sup> Haering war auch seit 1938 Mit-

<sup>2047</sup> Haering 1942c, 329.

<sup>2048</sup> Haering 1942c, 329.

<sup>2049</sup> Haering 1942c, 331. Jener reiche und dynamische Begriff des Raumes habe bereits bei den „großen deutschen Philosophen“ (Haering 1942c, 331; Sperrung von Haering) eine Rolle gespielt, behauptete Haering und fügte die bekannte Aufzählung von Cusanus über Paracelsus bis Hegel hinzu. Vgl. Haering 1942c, 331.

<sup>2050</sup> Haering 1942c, 332.

<sup>2051</sup> Haering 1942c, 334.

<sup>2052</sup> Haering 1942c, 333 (Sperrung durch Haering). Haering gibt allerdings zu bedenken, dass nur empirische Beobachtung zeigen könne, ob es ein Gesetz gebe, wonach etwa „eine irgendwo vorhandene höhere Kultur sich notwendig nach Gegenden ‚niederen Kulturpotentials‘“ ausbreiten müsse, oder ob das niedere Kulturniveau dann nicht noch mehr verflache und herabsinke.

<sup>2053</sup> Haering erhielt die Nummer 5 896 006. In seinen Ausführungen nach dem Krieg schwankten die Jahreszahlen seines Beitritts, mal war es 1938, mal 1939. Als Grund des Eintritts in die NSDAP gab er an, „dass es immer besser und sogar Pflicht eines Mannes sei, soweit irgend möglich, tätig an dem Leben seines Vaterlandes mitzuwirken; auch dann, wenn er den jeweils herrschenden Ideen kritisch oder gar feindlich

glied im NS-Dozentenbund<sup>2054</sup>, aktiv tätig in der Wissenschaftlichen Akademie des NS-Dozentenbundes<sup>2055</sup>, der ausschließlich Parteimitglieder angehörten. Vom Wintersemester 1938/39 bis einschließlich Sommersemester 1939 sind mehrere Vorträge innerhalb einer Arbeitsgemeinschaft über den „Begriff des Zufalls in der Entwicklung“ belegt. Nach Kriegsausbruch im September 1939 wurden Vortrags- und Diskussionssitzungen ausgesetzt.<sup>2056</sup> Außerdem war Haering Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), des Reichskolonialbundes, von Kraft durch Freude (KdF), des NS Altherrenbundes und der Reichsdozentschaft.<sup>2057</sup> Am 19. Februar 1938 trat er bei der „Massenkundgebung zur Förderung des Dozentsports“ im Audimax der Tübinger Eberhard-Karls-Universität als „Reichsredner“ auf.<sup>2058</sup> Von Hans Dreger wird Haering neben Gustav Bebermeyer, Jakob Wilhelm Hauer, Wilhelm Gieseler, Gerhard Pfahler und Robert Wetzel<sup>2059</sup> auch als Mitglied im Außenamt des SD-Hauptamts genannt.<sup>2060</sup> Gegen diesen Vorwurf wehrte sich Haering nach dem Krieg<sup>2061</sup>, allerdings stellte sich Haering 1935 als Mitarbeiter für die im Belgrader Exil neu gegründete Gesellschaft „Philosophia“ des Neukantianers Arthur Liebert zur Verfügung. Haering bat, dem 50 bis 60 Personen umfassenden Vorstand beizutreten, Husserl und Driesch hätten bereits zugesagt.<sup>2062</sup>

---

gegenübersteht; und auf diese Weise wenigstens den Versuch zu machen, den eigenen Überzeugungen zum Durchbruch zu verhelfen“. Er habe sich bemüht, in oft keineswegs ungefährlicher Kritik gegen die immer mehr hervortretenden „Einseitigkeiten und Ausartungen“ des nationalsozialistischen Programms auch öffentlich Stellung zu beziehen. Das ausgefüllte Formular habe ihm sowie dem klassischen Philologen Otto Weinreich (1886 – 1972) „ein befreundeter Gärtner“ überreicht. Er glaubte, als Parteigenosse seine Ideen besser propagieren zu können (siehe Antrag Haerings auf Aufhebung der vorläufigen Amtsenthebung, in: UAT 149/37, 1f.). Vor der Spruchkammer argumentierte Haering, er sei aus „kulturellen Gründen“ Parteimitglied geworden, um ein „Absinken des Kulturlebens zu verhindern“. Vgl. Rechtfertigung Theodor Haering vom 27. März 1947, in: StAS Wü 13 T2 Nr. 2132/037, Seite 4.

<sup>2054</sup> StAS Wü 13 T2 Nr. 2132/037, Seite 2. Der Dozentenbund hatte 1940 aus den Reihen des Lehrkörpers nur etwa 30 Mitglieder. Vgl. Adam 1977b, 248.

<sup>2055</sup> Haering war seit dem 1. Trimester 1940 bis zum Wintersemester 1943/44 Fachberater für Philosophie und Religionswissenschaft (meist mit Hauer zusammen) des Amtes Wissenschaft im NS-Dozentenbund Tübingen. Vom Sommersemester 1944 an war er für Kultur und Veranstaltungen zuständig. Vgl. UAT 148/24.

<sup>2056</sup> UAT 308/38 (Dozentenbund-Akademie).

<sup>2057</sup> Spruchkammerakte StAS Wü 13 T2 Nr. 2132/037, Seite 2.

<sup>2058</sup> Haering trug ein Gedicht vor, in dem er das Spezifische der anderen Fächer (etwa Geschichte, Geographie, Philologie, Mathematik) karikierte und dabei auch nicht die Rassenkunde vergaß, das „Schwergewicht“, das sich in „Stammbäumeumsichwerfen“ übte. Die Philosophie freilich strich er „vor jedem anderen Berufe“ heraus und rief zu mehr Sport „in unseres Reichssportführers Namen“ auf. UBT Md 978, 34 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2059</sup> Zu Robert Wetzel siehe: Scharer 2010.

<sup>2060</sup> UAT S 94/46, 10.

<sup>2061</sup> „Schon hörte ich neulich, man sage, ich hätte sogar zum SD gehört usw. Es gibt nichts, was nicht am Ende geglaubt wird.“ Brief Theodor Haering an Ludwig Binswanger, ohne Datum (nach dem Zweiten Weltkrieg), in: UAT 443/12 (Nachlass Ludwig Binswanger).

<sup>2062</sup> Laut einer Zusammenstellung sollten dem Vorstand auch die damaligen Wiener Philosophen Karl Bühler und Moritz Schlick sowie die bereits emigrierten Ernst von

In einem Schreiben an das Akademische Rektoramt argumentierte Haering, die Philosophengesellschaft werde „sicher zustande kommen“, es sei zu überlegen, „ob es nicht besser ist, auch (möglichst viele) deutsche Mitarbeiter [...] dabei zu wissen, zumal das Schicksal der Kantgesellschaft noch immer nicht geklärt scheint und aus ihr eine internationale Gesellschaft „kaum mehr zu machen sein wird; ja, dies offenbar nicht einmal gewünscht wird.“<sup>2063</sup> Rektor Friedrich Focke leitete das Schreiben Haerings über den württembergischen Kultminister an das Wissenschaftsministerium in Berlin weiter: Grundsätzlich halte er es für nützlich, wenn deutsche Gelehrte sich an ausländischen, selbst russischen, wissenschaftlichen Unternehmungen beteiligen, so Focke in einer Stellungnahme, denn „[e]s gilt, nahe am Gegner zu bleiben.“ Trotz gewisser Bedenken wegen der Konkurrenz zur Kant-Gesellschaft habe er zu Haering Vertrauen, dass er die deutschen Belange „würdig und angemessen“ vertrete. Es könne kein Schaden sein, „wenn ein zuverlässiger Deutscher, wofür ich Professor Haering halte, im Vorstand der Neugründung als ‚Aufpasser‘ säße.“<sup>2064</sup> Nachdem der Kultminister eine Stellungnahme des Dozentenschaftsleiters eingeholt hatte, pfiff das Berliner Wissenschaftsministerium sieben Monate nach Haerings Schreiben die Aktion zurück. Die Ermittlungen über den Emigranten Liebert und die Philosophengesellschaft hätten ergeben, „dass für eine Beteiligung deutscher Hochschullehrer die Genehmigung nicht erteilt werden kann.“<sup>2065</sup>

Bereits seit September 1940 schrieb Haering Artikel für die seit März 1940 erscheinende Wochenzeitung „Das Reich“, die sich eher an die Intellektuellen im Reich wandte und für die Propagandaminister Joseph Goebbels (1897 – 1945) stets den Leitartikel schrieb<sup>2066</sup>, von an-

---

Aster, Ernst Cassirer, Emil Utitz, Hans Reichenbach, Moritz Geiger und Paul Tillich angehören. Siehe „Aufruf! Philosophia. Philosophische Gesellschaft und Zeitschrift“ vom Februar 1936, in: BArch R4901/2608, Blatt 111.

<sup>2063</sup> Schreiben Theodor Haering an das Akademische Rektoramt vom 1. November 1935, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering). Haering war laut eines Briefes von Max Wundt an die Schwester Anfang 1933 „Vorsitzer“ der Tübinger Ortsgruppe der Kant-Gesellschaft (Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 14. Januar 1933, in: UAL NA Wundt/III/1716\_466/467 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt). Vermutlich hatte Haering die Funktion nach dem Tod von Adickes 1928 übernommen. Die Tübinger Ortsgruppe bestand jedoch nur formell.

<sup>2064</sup> Schreiben Rektor Friedrich Focke an Württembergisches Kultministerium in Stuttgart und an den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin vom 8. November 1935, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2065</sup> Schreiben Reichs- und Preußischer Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an das Württembergische Kultministerium in Stuttgart, zur Weiterleitung an den Rektor der Universität Tübingen und an Theodor Haering vom 8. Juni 1936, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2066</sup> Haering reagierte damit auf die Anfrage von Erich Peter („Hubert“) Neumann und Elisabeth Noelle(-Neumann), der späteren Gründerin des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Sie waren für die Innenpolitik in der Zeitschrift zuständig und gewannen Haering dann auch für die Rubrik „Briefe aus dem Reich“. Vgl. Briefe von



deren Zeitungen wurde er insbesondere 1941 verstärkt um Artikel gebeten.<sup>2067</sup> Und gegen Kriegsende entwickelte sich Haering immer mehr zu einem „Soldaten des Geistes“<sup>2068</sup>. Aktiv stand er nicht nur im „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ innerhalb der „Aktion Ritterbusch“, in deren Rahmen er an Tagungen teilnahm<sup>2069</sup>, seinen Sammelband herausbrachte und Aufsätze beisteuerte.<sup>2070</sup> Der große Erfolg

---

„Hubert“ Neumann und Elisabeth Noelle(-Neumann) vom 2. Januar 1941 und 4. April 1942, in: UBT Md 1014/386. In der Zeitschrift „Das Reich“ erschienen einige Artikel, am 15. September 1940 „Was ist deutsch an der deutschen Philosophie?“, am 4. Januar 1941 veröffentlichte er dort „Äpfel aus dem Süden“, am 5. April 1942 „Der Schwaben doppeltes ‚Ja‘“, am 31. Mai 1942 „Der Fall Kaut“ und am 22. November 1942 „Helden“. Vgl. Leaman/Simon 1995, 12ff.; <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ChrHaering.pdf>. „Warum sie ‚Gogen‘ heißen“, erschien am 5. Januar 1941.

<sup>2067</sup> So etwa hätte sich der NS-Kurier gefreut, wenn Haering gelegentlich „einen Aufsatz allgemeinen kulturellen oder philosophischen Inhalts zur Verfügung gestellt“ hätte, Haering solle doch ein paar Themen vorschlagen (Schreiben NS-Kurier an Theodor Haering vom 18. Januar 1941, in: UBT Md 1014/387; Nachlass Theodor Haering). Zwei Tage später meldete sich das Stuttgarter Neue Tagblatt und bat um einen Artikel über „Hegel als Verherrlicher der großen Tat“ (Schreiben Stuttgarter Neues Tagblatt vom 20. Januar 1941, in: UBT Md 1014/534; Nachlass Theodor Haering). Einen weiteren Tag später schickte die „Pariser Zeitung“ einen Brief. Sie wolle Haerings „Deutsche Philosophie“ in der „neuen größten deutschen Zeitung Frankreichs“ abdrucken und damit der französischen Leserschaft nahebringen. Da die Zeitung aber nur „Originalbeiträge“ bringe, solle Haering doch seinen Aufsatz aus dem Hannoverschen Kurier-Tageblatt ändern und „vielleicht auch“ erweitern (vgl. Schreiben Pariser Zeitung an Theodor Haering vom 21. Januar 1941, in: UBT Md 1014/396). Ein paar Tage später erreichte den Philosophen eine Anfrage der Monatsschrift „Schwabenland“. Sie bat um „Gogen-Witze und Anekdoten“ und warb damit, dass sie „vom Gauleiter stark gefördert“ werde und „in besonders großer Auflage als Gruß der Heimat an die Front“ gehe, in die Standorte, aber auch in die Lazarette (vgl. Schreiben „Schwabenland“ an Theodor Haering vom 29. Januar 1941, in: UBT Md 1014/498; Nachlass Theodor Haering). Elisabeth Noelle frug den Philosophen nach den Aussichten über „amerikanische Philosophie“ für ihre Zeitschrift „Das Reich“ (Brief Elisabeth Noelle an Theodor Haering vom 4. April 1942, in: UBT Md 1014/386; Nachlass Theodor Haering). Und schließlich meldete sich der Stuttgarter Hippokrates Verlag. Haering hatte jedoch „wegen anderweitigem Einsatz“ noch keine Zeit gefunden, das zugesagte Manuskript zu erstellen. Schreiben Hippokrates Verlag an Theodor Haering vom 21. November 1944, in: UBT Md 1014/226 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2068</sup> Bezeichnung von Hausmann für die an der „Aktion Ritterbusch“ beteiligten Wissenschaftler; Hausmann 1998, 67.

<sup>2069</sup> So etwa in Nürnberg vom 21. bis zum 23. Oktober 1942 zum Thema „Deutsche und europäische Philosophie“ bei der vom Reichserziehungsministerium organisierten Tagung, die den Vorbereitungen des „Kriegseinsatzes“ dienen sollte. Auch ausländische Philosophen waren geladen, sie sollten jedoch „deutschfreundlich“ sein. Von den zahlreich angeschriebenen ausländischen Philosophen sagten nur sechs zu. Haering hielt auf dieser Tagung ein Referat mit dem Thema: „Philosophie, Rasse, Volkstum – Deutsche Philosophie und Europa“, Grebes Thema war „Der Mensch und die Wahrheit“. Faust war in die Vorbereitungen involviert, nahm aber an der Tagung nicht teil. Der Göttinger Philosoph Hans Heyse war skeptisch, ob die teilnehmenden deutschen Philosophen das Thema „Europäische und deutsche Philosophie“ adäquat bearbeiten können. Vgl. BArch, R4901/2940, Blätter 214 – 320.

<sup>2070</sup> Dass Haering den Sammelband herausbringen „durfte“, habe er allein dem persönlichen Wohlwollen seiner Kollegen Faust und Weinhandl zu verdanken. Ein wenig gekränkt wirkt der Philosoph, wenn er anschließend bemerkt, dass andere „philosophische Hauptführer“ wie Bäumler oder Kriek ihn „nie beachtet“ hätten. Vgl. Haering, Theodor: Meine Stellung zum NS, ohne Datum, in: UBT Md 971,28 (Nachlass Theodor Haering). Für einen anderen Band von 1943 fasste Haering zwei Vor-

der Gemeinschaftsarbeit veranlasste auch andere wissenschaftsorientierte Organisationen der NS-Hierarchie, sich an den Tübinger Philosophen zu wenden, die sich von 1944 an bei ihm nahezu „die Klinke in die Hand“ gaben. Es scheint, als ob die Nationalsozialisten mit vereinter Wissenschaftskraft die Niederlage verhindern und noch den „Endsieg“ herbeischreiben lassen wollten. Zunächst wandte sich das Konkurrenzunternehmen der vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung finanzierten „Aktion Ritterbusch“, der „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ (ERR), an den Philosophen.<sup>2071</sup> Am 21. April 1944, die Landung der Alliierten in der Normandie stand kurz bevor, frug [Hans] Braun vom „Sonderstab Wissenschaft“ bei Haering an, ob er seinen Plan über die Stellung Hegels in der marxistisch-bolschewistischen Ideologie zu arbeiten, weiter verfolgt habe.<sup>2072</sup> Braun erwähnte ein Gespräch zwischen ihm und Haering während des letzten Besuchs in Berlin (vermutlich im Herbst 1943) und regte an, den damaligen „Ansatz der Zusammenarbeit“ fortzuführen.<sup>2073</sup> In Rattibor könne die „Ostbücherei“ benutzt werden, in Prag seien russische Emigranten, „hervorragende Sachkenner der geistigen Grundlagen des Marxismus-Bolschewismus“, außerdem Mitarbeiter, die russisch<sup>2074</sup>, tschechisch und deutsch sprechen und für die Literaturbearbeitung gewonnen werden könnten.<sup>2075</sup> Es sei doch notwendig, so Braun, den Missbrauch Hegels durch die bolschewistische Ideologie eingehend zu untersuchen, das habe Haering bei seinem Besuch in Berlin „mit aller Deutlichkeit unterstrichen“.

Die Antwort von Haering fiel positiv aus, denn im nächsten Brief freute sich Braun, dass der Philosoph trotz starker anderweitiger Beschäftigung die Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Ideologie

---

träge zu einem Aufsatz zusammen, die er zuvor an der Universität Tübingen gehalten hatte: „Die deutsche und die europäische Philosophie. Über die Grundlagen und die Art ihrer Beziehung“, entstanden aus den Vorträgen „Rasse – Volk – Kultur“ und „Die Bedeutung der deutschen für die europäische Philosophie“.

<sup>2071</sup> Laut Leaman haben mehr als 30 Philosophen mit dem „Amt Rosenberg“ zusammengearbeitet. Vgl. Leaman 1994, 50.

<sup>2072</sup> Die Schreiben von [Hans] Braun und später Erwin Hölzle liegen verstreut zwischen Blättern zu Vorträgen und eines Manuskripts über Hegel und Marx. Schreiben [Hans] Braun, Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, an Theodor Haering vom 21. April 1944, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2073</sup> Bereits im Dezember 1943 berichtete Haering dem Schriftsteller Otto Heuschele, ihn beschäftige „am meisten“ die Bearbeitung der ihm vom „Ostministerium“ zugestellten russischen Dokumente der Philosophie, besonders die eigentümliche Rolle der Hegelschen Philosophie für Marx, Lenin und Stalin. Er habe die Aufgabe zu erklären, wie diese vereinseitigte und verballhornte Verwendung Hegels in Russland überhaupt möglich gewesen war „und uns selbst“ vor diesem „unzeitigen Ahnenverlust“ zu schützen. Vgl. Brief Theodor Haering an Otto Heuschele vom 10. Dezember 1943, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Heuschele, Zugangsnummer: HS.1993.0003.

<sup>2074</sup> Haering selbst konnte russisch lesen.

<sup>2075</sup> Tiltzki weist darauf hin, dass der ERR aus der UdSSR „tonnenweise“ Material bolschewistischer Herkunft nach Oberschlesien und nach Prag geschafft habe. Tiltzki 2002, 1143.

weiter vorangetrieben habe. „Wir würden es sehr begrüßen“, so Braun, wenn Haering in den kommenden Semesterferien seine Studien in Prag und Amsterdam fortsetzen könne, er solle ihm den Zeitpunkt mitteilen.<sup>2076</sup> Der „Gesamteinsatz“ sollte acht Wochen dauern, hieß es im nächsten Schreiben vom 6. Juni 1944, und zwar von August bis September 1944. Zunächst sollte sich Haering zwei bis drei Wochen in Amsterdam aufhalten, Unterbringung und Verpflegung seien dort gesichert. Anschließend war Prag angedacht.<sup>2077</sup> Die Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 zwang zur Änderung des Plans. Obwohl Braun nicht damit rechnete, dass Haerings „Einsatz“ in Amsterdam unmöglich würde, sollte er mit seinen Bolschewismus-Studien zunächst in Prag beginnen. Haerings Thema „Hegel – Marx – Lenin – Stalin – ein Beitrag zur Ideologie des Bolschewismus“ galt „in stärkstem Maße“ dem Interesse des ERR, wie Braun schrieb. Daher sollte Haerings Buch „in Zusammenarbeit“ mit dem ERR erscheinen, schließlich organisierte das ERR den Aufenthalt für Haering, besorgte ihm Ansprechpartner, Bücher und auch eine Schreibmaschine, zahlte ihm Tagegelder.<sup>2078</sup> Umfang und Auflagenhöhe sollten sich an den Sonderbänden der „Europäischen Philosophie, Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ orientieren. Außerdem wollte Braun wissen, welche „Bedingungen oder Zusicherungen“ Haering von Weinhandl (Spartenleiter für Philosophie des „Kriegseinsatzes“) gemacht worden seien.<sup>2079</sup>

Hatte Braun bis dahin den Anschein erweckt, Haerings Beitrag zur „Ideologie des Bolschewismus“ sei als Einzelpublikation des ERR gedacht, erhielt der Tübinger Philosoph mit Schreiben vom 18. Juli 1944 den Hinweis von Erwin Hölzle (1901 – 1976), Oberbereichsleiter Heinrich Härtle (1909 – 1986) habe ihm (Hölzle) die Organisation der neu gegründeten „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr“ übertragen. In der Anlage schickte Hölzle einen Forschungsplan sowie eine Liste der Mitarbeiter und der von ihnen zu bearbeitenden Themen mit, außerdem frug Hölzle an, ob Haering

---

<sup>2076</sup> Schreiben [Hans] Braun, Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, an Theodor Haering vom 5. Mai 1944, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2077</sup> Schreiben [Hans] Braun, Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, an Theodor Haering vom 6. Juni 1944, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering). Braun sagte Haering während der Dauer des „Einsatzes“ die beim ERR festgelegten Tagegelder zu.

<sup>2078</sup> Einen Pass brauchte sich Haering nicht beschaffen, ließ Braun wissen. Das „Amt Rosenberg“ beschaffte ihm einen Dienstaussweis und „die erforderlichen Marschpapiere“. Schreiben [Hans] Braun, Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, an Theodor Haering vom 30. Juni 1944, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2079</sup> Schreiben [Hans] Braun, Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, an Theodor Haering vom 14. Juni 1944, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering). Das „Amt Rosenberg“ war darauf bedacht, in keinem Punkt hinter dem „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ zurückzutreten, die Konkurrenz wurde argwöhnisch beobachtet.

über seinen Beitrag hinaus auch das Thema „Logik und Dialektik“ bearbeiten könne. Für jede Anregung personeller und sachlicher Natur sei Hölzle dankbar.<sup>2080</sup> Eine Woche später dann die direkte Frage von Hölzle, ob sich Haering für die Arbeitsgruppe „als Mitarbeiter betrachten will“ und über das Buch hinaus die Forschungsergebnisse in die „wissenschaftliche Welt“ hinaustragen will, also „im Einvernehmen“ mit dem Hauptamt Wissenschaft und der Reichsstudentenführung Bolschewismusprobleme in öffentlichen Vorlesungsreihen zu behandeln sowie sich um die Heranbildung des Forschernachwuchses zu kümmern. Zur Arbeitstagung vor dem Wintersemester sei Haering „schon heute“ eingeladen. Den Mitarbeitern stünden die Bibliotheken in Rati-  
bor und in Prag zur Verfügung („umfangreiche Bestände aus der Emigration“), außerdem die Bibliothek des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam – mit der umfangreichsten Sammlung über den Marxismus.<sup>2081</sup> Am 31. Juli 1944 teilte Haering dem Akademischen Rektoramt mit, dass er vom 2. August an „zunächst in Prag eingesetzt“ werde. Er habe seine „Ernennung zum Obereinsatzführer beim Stab Reichsleiter Rosenberg für das nächste Vierteljahr erhalten.“<sup>2082</sup> Es muss für den Philosophen erhebend gewesen sein, denn er bezeichnete seinen wissenschaftlichen „Kriegseinsatz“ für das „Dritte Reich“ stets als „Kommando“<sup>2083</sup>. Laut Archivunterlagen war Haering auch im September/Oktober 1944 in Prag<sup>2084</sup>, dem Philosophen Nicolai Hartmann schrieb er am 9. Oktober 1944 nicht ohne Stolz, dass er „in der letzten Woche von einem zwei Monate dauernden „Kommando“

---

<sup>2080</sup> Schreiben Erwin Hölzle, Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, an Theodor Haering vom 18. Juli 1944, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering). Der Name Theodor Haering tauchte an fünfter Stelle auf. Insgesamt stehen 26 Namen samt dazugehöriger Themen auf der Liste, weitere Themen wie etwa „Liberalismus und Marxismus“, „Spinoza und Marx“, „Ricardo und Marx“, „Freimaurerei und Bolschewismus“ oder „Deutschland und Russland“ sind angeführt. Auf einer weiteren Namensliste stehen Wissenschaftler, die vorgesehen sind oder zugesagt haben, darunter auch der einstige Tübinger Philosoph August Faust, Breslau.

<sup>2081</sup> Schreiben Erwin Hölzle, Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, an Theodor Haering vom 25. Juli 1944, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2082</sup> Schreiben Theodor Haering an Akademisches Rektoramt vom 31. Juli 1944, in: UAT 126a/172, Blatt 38 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2083</sup> Etwa in einem „Weihnachtsbrief der Kameradschaft und Altherrenschaft Yorck“ für die Studierenden an der Front in der Zeitschrift des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes im Dezember 1944. UAT 183/49, oder auch in einem Brief an den Philosophen Nicolai Hartmann, den Haering am 9. Oktober 1944 nach seiner Rückkehr von einem zweimonatigen „Kommando nach Prag und Holland“ schrieb, in Holland aber war Haering nicht gewesen. Brief Theodor Haering an Nicolai Hartmann vom 9. Oktober 1944, in: UBT Md 1015/12.

<sup>2084</sup> Ein Ausleihzettel von der Bibliothek ist vom 13. September 1944 datiert, Haering wohnte im Hotel „Sroubek“. Vgl. UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering). Am 11. September schrieb Haering aus Prag auch einen Brief an Wilhelm Schussen. Darin berichtete der Philosoph dem Schriftsteller von vielen ernsthaften und – wie er hofft – förderlichen Gesprächen mit russischen Emigranten. Brief Theodor Haering an Wilhelm Schussen vom 11. September 1944, in Deutsches Literaturarchiv Marbach, Zugangsnummer: 77.2090.

zurückgekehrt sei.<sup>2085</sup> Sein Buch über Marx, Engels, Lenin und Stalin wurde nicht mehr veröffentlicht, die Druckfahnen liegen in seinem Nachlass.<sup>2086</sup>

Nahezu zeitgleich meldete sich Waldemar Wucher, der Schriftleiter vom Amsterdamer „Volk und Reich Verlag“, bei Haering und bat ihn um Mitarbeit. Seit knapp einem Jahr gebe der niederländische Reichskommissar Arthur Seyß-Inquart (1892 – 1946) im „Volk und Reich Verlag“ die Schriftenfolge „Westland – Blätter für Landschaft, Geschichte und Kultur an Rhein, Mosel, Maas und Schelde“ heraus.<sup>2087</sup> Darin gehe es um die Landschaft, das Volkstum und die Geschichte des „Westraumes“, zwischen Nordsee und Alpen bis ins obere Rhonetal hinein. Wesen und Zusammenhänge der geistigen Bewegungen sollten in einer großen Übersicht dargestellt werden. Mit der „kulturell-politischen Arbeit“ wolle man nicht nur den deutschen Bereich ansprechen und gewinnen, sondern auch „die aufgeschlossensten Kreise der beteiligten Völker des Westraumes“. Für das fünfte Heft (Ende August 1944) sollte Haering den grundlegenden Beitrag über das „geistige Gesicht des Westraums“ verfassen. Dieser Aufsatz sollte eine „richtunggebende Einleitung“ zu einer Reihe von Einzelbeiträgen über die Cluniazenser, die Mystik im Rheinraum, den Humanismus, den Zwinglianismus und den Calvinismus werden. Zehn Schreibmaschinenseiten sollte der Tübinger Philosoph bis spätestens Ende Juli 1944 liefern. Auch erbat sich Wucher Vorschläge, wer als Mitarbeiter in Frage komme.<sup>2088</sup>

Haering hat wohl Vorbehalte geäußert, denn Wucher schrieb einen knappen Monat später zurück, „der Herr Reichsminister“ möchte auf Haerings Mitarbeit „keineswegs Verzicht leisten“, und bat Haering, an einer Mitarbeiterbesprechung vom 24. bis zum 26. August 1944 teilzunehmen. Auch wäre „es doch erwünscht“, wenn Haering etwas über die Elemente des westlichen Geistes beitragen könne. Da Haering im August in Prag und im September „ohnehin“ in Amsterdam sein wolle, lasse sich der Reiseplan vielleicht „mit der Einladung des Herrn Reichsministers“ abstimmen.<sup>2089</sup> Zu einer Reise nach Amsterdam kam

---

<sup>2085</sup> Brief Theodor Haering an Nicolai Hartmann vom 9. Oktober 1944, in: UBT Md 1015/12 (Nachlass Theodor Haering, Briefwechsel).

<sup>2086</sup> Das berichtete Haering auch dem Schriftsteller Otto Heuschele im März 1945. Wann es aber in den Buchhandlungen zu haben sei, „wissen die Götter, obwohl es sogar vom Ostministerium herausgebracht oder doch patronisiert“ wurde. Brief Theodor Haering an Otto Heuschele vom 25. März 1945, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach, A: Heuschele, Zugangsnummer: HS.1993.0003.

<sup>2087</sup> Siehe zum Konzept des „deutschen Westraums“ im Nationalsozialismus: Müller 2009.

<sup>2088</sup> Schreiben Waldemar Wucher an Theodor Haering vom 9. Juni 1944, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2089</sup> Schreiben Waldemar Wucher an Theodor Haering vom 6. Juli 1944, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering).

es aufgrund der Kriegereignisse nicht mehr. Denn Braun vom „Amt Rosenberg“ schätzte die Reise Ende Juli 1944 als „unzweckmäßig“ ein, da die wertvollsten Bücher bereits verpackt würden.<sup>2090</sup> Offensichtlich aber hat Haering der Zeitschrift zwei Aufsätze zur Verfügung stellen wollen, „Das deutsche Volk und die germanischen Völker“<sup>2091</sup> sowie „Der europäische Geist“<sup>2092</sup>.

Schließlich stand Haerings Name noch bei einem Projekt der „Forschungs- und Lehrgemeinschaft Das Ahnenerbe“. Das 1935 unter dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler (1900 – 1945) gegründete Amt<sup>2093</sup>

---

<sup>2090</sup> Schreiben von [Hans] Braun, Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR), an Theodor Haering vom 27. Juli 1944, in: UBT Md 971,7 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2091</sup> Das 18 Seiten umfassende Manuskript scheint Haering nicht eigens für die Zeitschrift „Westland“ geschrieben zu haben. Lediglich auf der Umschlagseite hat er den Vermerk notiert: „Für Verlag Volk und Reich“. Die Titel des Aufsatzes differieren, auf den ersten drei Blättern stehen drei unterschiedliche Hauptzeilen: „Der Beitrag der germanischen Völker (des germ. Geistes) zur europäischen Kultur (zum europ. Geist)“ heißt es auf dem Deckblatt, „Das deutsche Volk und die germanischen Völker. Trennendes und Verbindendes“ überschrieb er die folgende Inhaltsübersicht, und „Der Beitrag des germanischen zum europäischen Geist“ ist der Beginn seines Aufsatzes, der unterschiedliche und zum Teil nicht fortlaufende Seitenzahlen aufweist. Außerdem schließt sich der Text bei manchen Seiten nicht logisch an, Texte hören nach einer halben Seite auf, oder von Haering verfasste handschriftliche Einschübe sollen den Übergang zur nächsten Seite glätten. Haering behauptete in diesem Aufsatz eine Besonderheit des deutschen Geistes, die ihren Ursprung in einer germanischen Komponente habe, die bei anderen europäischen Völkern nicht so ausgeprägt sei. Dieser deutsche Geist und die deutsche Philosophie seien gar das eigentliche Erbe des griechischen Geistes. Vgl. Haering, Theodor: Der Beitrag der germanischen Völker (des germ. Geistes) zur europäischen Kultur (zum europ. Geist)“, in: UBT Md 1006/36.

<sup>2092</sup> Auch dieser Text scheint aus Versatzstücken anderer Aufsätze oder größerer Zusammenhänge zu bestehen. In ihm thematisiert Haering den Unterschied des europäischen Geistes zum amerikanischen und bolschewistischen Geist. Haering zieht wiederum die Verbindung der zwei feindlichen Geister zur Aufklärung, preist den deutschen Geist als den universalen, der sich als der wahre europäische Geist erweist. Vgl. Haering, Theodor: Der europäische Geist, in: UBT Md 1006/38.

<sup>2093</sup> Das „Ahnenerbe“ war als wissenschaftliche Gesellschaft geplant, die neben einer germanischen Forschung auch die persönlichen Interessen des Polizeichefs und Reichsführer-SS Heinrich Himmler berücksichtigen sollte. Doch schon bald nach der Gründung im Juli 1935 weiteten sich die Forschungsgebiete über die historische Germanenkunde hinaus aus, auch die Naturwissenschaften spielten eine immer größere Rolle, außerdem hatte das „Ahnenerbe“ zu seiner Berliner Zentrale eine Reihe Außenstellen im Reich errichtet, später auch in den besetzten Gebieten. Vom Kriegsbeginn bis 1942 stand weniger die wissenschaftliche Forschung im Vordergrund als vielmehr die Kontrolle der geistigen Arbeit, das „Ahnenerbe“ versuchte, seinen Einfluss auf die Hochschulen auszuweiten. Erhebliche Spannungen mit Alfred Rosenberg, dem „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ (ERR), waren die Folge. Die beiden Organisationen machten sich auch beim Raub von Kulturgütern Konkurrenz. Seit 1942 verlegte sich das „Ahnenerbe“ verstärkt auf die naturwissenschaftliche und „wehrmedizinische“ Rolle für den Krieg und führte Menschenversuche in den Konzentrationslagern durch. Aus der wissenschaftlichen Gesellschaft im Dienste der völkischen Idee und der nationalsozialistischen Weltanschauung auch durch germanische Mythologie wandelte sich das „Ahnenerbe“ am Ende des Krieges zu einer paramilitärischen Organisation. An eine „Nationalsozialistische Akademie der Wissenschaften“, wie sie einmal angedacht war, kam das „Ahnenerbe“ nicht heran. Kaum eine nationalsozialistische Parteinstanz hat es ernst genommen, die wissenschaftliche Qualität ließ doch viele Wünsche offen. In der SS-Abteilung waren zu viele

plante für den „Totalen Kriegseinsatz der Wissenschaft“<sup>2094</sup> seit 1944 umfangreiche Arbeitsthemen.<sup>2095</sup> Dem Tübinger Philosophen fiel dabei die Bearbeitung des Gebiets „Sonderleistungen gegenüber Asien und Amerika“ zu, Haering war ausersehen, die Einleitung zu schreiben („Was ist Europa?“) sowie den Part der Philosophie zu übernehmen.<sup>2096</sup> Ob Haering von der auch seinen Namen führenden Liste gewusst hat, ist nicht bekannt, die Themen „Deutsche und europäische Philosophie“ hatte er jedoch in seinem „Programm“, die Intentionen des „Ahnenerbes“, die völkischen Wurzeln freizulegen, „Arteigenes“ gegen „Artfremdes“ abzugrenzen und den deutschen (germanischen) Führungsanspruch innerhalb Europas (auch in der Philosophie) zu behaupten, waren kongruent.

Theodor Haering ist seit seiner Jugend viel gereist. Auch während des Zweiten Weltkrieges hatte er zahlreiche Möglichkeiten dazu.<sup>2097</sup> Am 4.

---

„Schwärmer“ aktiv, auch Karrieristen, aber nur wenige ernstzunehmende Wissenschaftler. Vgl. Kater 1966, 279ff.; Hammerstein 1999, 249ff.

<sup>2094</sup> Lerchenmueller/Simon 1999, 239.

<sup>2095</sup> Vorherrschend war die Konstruktion eines Europa nach dem Kriege, allerdings unter einem „germanischen“ Blickwinkel und mit eindeutigem Bezug auf den Rassegedanken. So sollte der deutsche Europa-Gedanke historisch bis in die Gegenwart aufgearbeitet und zu den europäischen Vorstellungen der anderen europäischen Völker in Beziehung gesetzt werden. Nach einer Untersuchung über die Wirkung des deutschen Europagedankens in den europäischen Ländern sollten „möglichst“ ausländische Wissenschaftler die aktuelle geistige Lage in den europäischen Staaten „unbedingt ehrlich“ dokumentieren. Anschließend sollte „Wesen, Anteil und Bedeutung“ des germanischen und – für die Neuzeit – deutschen Einflusses in Europa herausgearbeitet werden. Dem fünften Unterpunkt galten die „Sonderleistungen Europas gegenüber Asien und Amerika“, Punkt sechs sollte die Antwort auf die Frage bringen „Was wollen wir als Nationalsozialisten?“, der siebte Punkt war lediglich mit „Deutsche Ordnungsleistungen und Führungsfelder in den besetzten Gebieten“ überschrieben, eine detaillierte Auflistung der Themen und mögliche wissenschaftliche Bearbeiter wurden nicht genannt, anscheinend waren die Planungen nicht zu Ende gediehen. Vgl. Lerchenmueller/Simon 1999, 244ff.

<sup>2096</sup> So ist es durchaus möglich, dass sich das „Ahnenerbe“ mit dem im Reich bekannten Philosophen Theodor Haering schmücken wollte. Auch der Tübinger Rasseforscher Wilhelm Gieseler (in den Planungen fälschlich Giessler geschrieben) war vorgesehen, er sollte das Thema „Die Rassenidee in der deutschen Volksordnung etc.“ bearbeiten, wobei er die Leitung des Arbeitsthemas übernehmen sollte und „in Fühlungnahme“ mit dem „Ahnenerbe“ die Mitarbeiter auswählen sollte. Außerdem war Gieseler noch die nationalsozialistische Sicht des Rassegedankens übertragen worden. Vgl. Lerchenmueller/Simon 1999, 244ff.

<sup>2097</sup> Am Beginn der NS-Zeit trauten Ministerium und Philosophenkollegen dem Tübinger aber wohl noch nicht zu, das Deutsche Reich im Ausland würdig zu vertreten. In die illustre Reihe der für den Philosophenkongress in Paris von 1937 vorgesehenen Teilnehmer schaffte es Haering nicht. Die Organisatoren (der Philosoph Hans Heyse und der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust) waren darauf bedacht, das deutsch-nationalsozialistische Wollen herauszustellen und einen geistigen deutschen Vorstoß in den europäischen Raum zu wagen. So suchte man Philosophen, die sich innerlich für den NS-Staat einsetzten und fähig waren, es mit der internationalen Philosophie aufzunehmen. Bäumler wurde Leiter der Delegation, fahren durften etwa auch: Hans Alfred Grunsky (München), Ferdinand Weinhandl (Kiel), Hans Heyse (Göttingen), Ernst Kriek (Heidelberg), Cay von Brockdorff (Kiel), Ebbinghaus (Rostock), Gehlen (Leipzig) und Heimsoeth (Köln). Den auf der Liste des Pariser Veranstalters ste-

März 1941 bat er Rektor Hermann Hoffmann, ihm „vorschriftsmäßig“ die Genehmigung des Erziehungsministeriums zu besorgen, denn der Reichsprotektor für Böhmen und Mähren, Konstantin von Neurath, habe Haering „aufgrund älterer Bekanntschaft“ einen Durchlassschein in Aussicht gestellt, der ihm „in diesen Tagen“ zugehen sollte. Haering sollte am 18. März am Pädagogischen Seminar in Prag einen Vortrag halten. Den Durchlassschein erhielt Haering am 12. März von der Kreispolizeibehörde, das Plazet des Reichsministeriums kam am 12. März 1941.<sup>2098</sup> Vom 18. bis 27. Oktober 1941 war Haering auf Einladung der ungarischen Philosophischen Gesellschaft auf Vortragsreise in Budapest. In seinem Bericht an das Reichserziehungsministerium zeigte sich der Philosoph zufrieden, dass er der ungarischen Philosophie trotz der Einflüsse aus der englischen und französischen Philosophie zu einer einheitlichen Richtung verhelfen konnte.<sup>2099</sup> Vom 18. bis zum 20. September 1942 nahm Haering an einer Tagung deutscher und Schweizer Landes- und Volksforscher in Ermatingen/Kreuzlingen zusammen mit dem Bonner Philosophen Erich Rothacker (1888 – 1965) und dem Architekten Paul Schmitthenner (1884 – 1972) teil.<sup>2100</sup> Die Deutsche Kongresszentrale Berlin hatte die Reise genehmigt<sup>2101</sup>, auch der stellvertretende Dozentenführer Walter Theilacker hatte „keinerlei Bedenken“, schließlich war Haering aktives Mitglied beim NS-Dozentenbund.<sup>2102</sup> Der Philosoph wurde vom Reichsministerium gar „zum Führer der deutschen Teilnehmergruppe für diese Tagung“ be-

---

henden Teilnehmern Driesch, Jaspers, Dessoir und Husserl („die von deutscher Seite dort nicht gerne gesehen werden“) sowie den beiden Referenten Paul Hofmann und Helmut Kuhn („die als unerwünscht bezeichnet werden“; beide Berlin, beide jüdischer Herkunft), verweigerte das Ministerium die Reise nach Paris. Besonders bei Husserl hatte das Ministerium große Bedenken, dass er „Gegenstand von Ovationen“ werden und somit die deutsche Delegation provozieren und (auch fachlich) in den Hintergrund drängen könnte. Auch Driesch („ehemaliger Pazifistenführer“) durfte nicht nach Paris. Das galt aber auch für NS-konforme Philosophen, wie etwa Hans F. K. Günther („Rasse-Günther“), denn er „blamiert Deutschland nur“, und für Ernst Bergmann aus Leipzig („nationalsozialistischer Wirrkopf“). Vom Kongress fernhalten wollte das Ministerium wegen ihrer jüdischen Abstammung Karl Löwith, Hofmann und Kuhn, indem es ihnen die Devisen verweigerte. Nicolai Hartmann sollte auch nach Paris, er wolle sich jedoch mit Krankheit entschuldigen, argwöhnte das Ministerium. Man solle Druck auf ihn ausüben. Hartmann nahm teil. Heidegger hingegen war beleidigt, weil er bereits vor eineinhalb Jahren auf den liberalen Charakter des Kongresses hingewiesen habe, aber wohl nicht erhört worden ist. Heidegger sagte ab. Nach dem Kongress diente sich Heyse noch als informeller Mitarbeiter an und fragte, ob er eine Charakterisierung der Mitglieder mit Berücksichtigung ihrer Beteiligung beim Kongress liefern solle. Vgl. BArch Berlin R 4901/2940 (Philosophentagungen).

<sup>2098</sup> Schreiben Theodor Haering an Rektoramt vom 4. März 1941 und der gesamte Vorgang in UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2099</sup> Bericht Theodor Haering an das Reichserziehungsministerium vom 3. November 1941, in: UBT Md 971,6 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2100</sup> Vgl. UAT 126a/172, Blatt 30 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2101</sup> Laut Pass dauerte der Aufenthalt vom 19. bis zum 20. September 1942. Vgl. UBT Md 971,25 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2102</sup> Stellungnahme Walter Theilacker vom 14. August 1942, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).



stimmt, damit „ein geschlossenes und wirkungsvolles Auftreten der deutschen Teilnehmer“<sup>2103</sup> gewährleistet sei. Vielleicht war es die herausgehobene Funktion des „Führers der deutschen Teilnehmergruppe“, die Haering hinderte, seinen langjährigen guten Bekannten Ludwig Binswanger im nur wenige Kilometer entfernten Kreuzlingen zu besuchen. Doch zeigt dies auch, dass sich Haering dem NS-System sehr verbunden fühlte. Zwei Tage nach Ende der Tagung schrieb Haering Binswanger einen Brief, in dem er das nationalsozialistische Deutschland höher stellte als seine langjährige Beziehung zu Binswanger. Die „weltgeschichtlichen Verhältnisse“ seien stärker als „die persönlichen Wünsche“, so Haering. „Seien Sie bitte überzeugt, dass ich Ihnen [...] für alles Freundliche, Gütige, Fördernde immer dankbar bleiben werde, auch wenn die Pflichten gegen mein Vaterland, die ich als übergeordnet bejahe, mir äußerlich nicht gestatten, sie zum Ausdruck zu bringen.“<sup>2104</sup> Nach einer kurzen Antwort Binswangers, in der er Verständnis für das Schweigen Haerings äußerte, war bis zum Kriegsende Funkstille zwischen Haering und Binswanger. Die Korrespondenz nahm Haering erst nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf.

Eine Vortragsreise nach Zagreb hatte Haering zwar schon im Spätsommer 1943 beantragt, doch die Bewilligung ließ auf sich warten. Da beschwerte sich Haering am 25. Oktober über die schleppende Bearbeitung des Genehmigungsverfahrens, weil er „bis zum letzten Tage“ nicht wisse, ob er „ausfahren kann“. Er möchte die Genehmigung und die Erlaubnis des Ministeriums fertig zugesandt bekommen, „wie es bei jeder Fußballmannschaft selbstverständlich“ sei, „die die Ehre ihres Vaterlandes auf Wunsch vertritt.“<sup>2105</sup> Doch es tat sich immer noch nichts. Da beschwerte sich Haering abermals im März 1944, er habe immer noch keine Erlaubnis und keinen Pass.<sup>2106</sup> Die Kritik wurde zurückgewiesen, Haering konnte dann im August nach Prag. Dafür erhielt er im Juli 1944 seine Reisepapiere für sechs Tage Ratibor (Oberschlesien, heute Südpolen) und Prag, sein „Einsatz“ in Amsterdam allerdings schätzte das „Amt Rosenberg“ zu dieser Zeit bereits als „unzweckmäßig“ ein.<sup>2107</sup> Mitte April/Mai 1944 war Haering laut Pass in Kroatien<sup>2108</sup>, auf den 4./5. Mai ist ein Vortrag datiert: „Über den Ge-

---

<sup>2103</sup> Schreiben Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 9. September 1942, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2104</sup> Brief Theodor Haering an Ludwig Binswanger vom 22. September 1942, in: UAT 443/12 (Nachlass Ludwig Binswanger).

<sup>2105</sup> Schreiben Theodor Haering an Akademisches Rektoramt vom 25. Oktober 1943, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2106</sup> Schreiben Theodor Haering an Akademisches Rektoramt vom 7. März 1944, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2107</sup> Schreiben von Braun, Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR), Sonderstab Wissenschaft an Theodor Haering vom 27. Juli 1944, in: UBT Md 971,7 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2108</sup> UBT Md 971,25 (Nachlass Theodor Haering).

danken der Entwicklung bei Hegel und Marx<sup>2109</sup>. Während seiner Bolschewismus-Studien in Prag erhielt der Philosoph im August 1944 eine Anfrage von der Deutschen Botschaft in Paris, die ihn zu Vorträgen am Deutschen Institut in Paris im Wintersemester 1944/45 gebeten hatte – allerdings in französischer Sprache.<sup>2110</sup> Harsch war die Antwort des Philosophen an den Rektor Otto Stickl: Er sei nicht mehr gewandt genug, um Vorträge in französischer Sprache zu halten, so Haering. Er möchte aber auch nicht verhehlen, dass er es „grundsätzlich nicht billige und für verfehlt halte, wenn Deutsche in Paris heute nicht deutsch sprechen.“ So habe er es immer abgelehnt, in Italien italienisch vorzutragen, wie es noch ein paar Monate vor dem dortigen Zusammenbruch gewünscht worden sei. Nur in England und in den USA habe er „zum Teil Ausnahmen gemacht, da der Engländer weithin einfach nicht imstande ist, deutsch oder andere Sprachen zu verstehen.“ Heute täte er es jedoch auch nicht mehr, denn „[ü]berall wird man deutsch verstanden von denen, die deutsch verstehen wollen.“<sup>2111</sup> Stickl sagte ab.

Für seinen wissenschaftlichen Einsatz erhielt Haering am 3. Juni 1940 das silberne Treudienstehrenzeichen und am 30. Juni 1942 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter.<sup>2112</sup> Einen Ruf an eine andere Universität im Deutschen Reich hat er während der NS-Zeit nicht erhalten. Eine Anfrage aus Breslau an den Tübinger Rektor Friedrich Focke (1890 – 1970) bekundete Interesse. Darin wurde Focke um „Auskunft“ über die auf der Liste stehenden Professoren Haering und den Klassischen Philologen Otto Weinreich gebeten, auch der Dozentschaftsleiter sollte befragt werden.<sup>2113</sup> In Leipzig schaffte es der Tübinger Philosoph 1938 ebenfalls auf die Vorschlagsliste, gesucht wurde der Nachfolger von Arnold Gehlen. Haering stand auf dem ersten Platz, dahinter folgten Hans-Georg Gadamer (1900 – 2002) und Hans Lipps.<sup>2114</sup> Haerings „Geistigkeit“ wurde hervorgehoben, die „im Stammescharakter seiner Heimat“<sup>2115</sup> wurzle. Doch der Sicherheitsdienst lehnte Haering ab, er stehe dem Nationalsozialismus nicht feind-

---

<sup>2109</sup> Blätter des Vortrages liegen unter dem Manuskript zu Marx und Hegel, in: UBT Md 1000 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2110</sup> Schreiben Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Theodor Haering vom 10. August 1944, in: UBT Md 971,8 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2111</sup> Brief Theodor Haering an Rektor Otto Stickl vom 22. August 1944, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2112</sup> UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering). Der Verlagschef Walter Kohlhammer gratulierte artig. Diese Ehrung habe sich Haering „durch die reichliche Mühe“, die er mit dem „Kriegseinsatzwerk“ hatte, wohl verdient. Brief Walter Kohlhammer an Theodor Haering vom 16. Juli 1942, in: UBT Md 1014/288,2 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2113</sup> Kurzbrief Gustav Adolf Walz an Friedrich Focke vom 5. Juni 1935, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering). Auch Tilitzki sieht Haering 1935 auf der Breslauer Liste. Vgl. Tilitzki 2002, 669f.

<sup>2114</sup> Tilitzki 2002, 697.

<sup>2115</sup> Tilitzki 2002, 697.

lich gegenüber, doch sein „Primat des Geistes“ widerspreche doch stark der Erkenntnis des Nationalsozialismus, dass die Weltanschauung rassistisch-bluthaft bedingt sei.<sup>2116</sup> Auch in München war Haering neben Heidegger und Faust einer der Vorgeschlagenen für den Konkordatslehrstuhl des 1941 emeritierten Historikers Max Buchner.<sup>2117</sup>

Die Stellungnahmen der nationalsozialistischen Organisationen zu Theodor Haering bezeugen eine gute Kenntnis des Tübinger Philosophieprofessors. Unmittelbar nach 1933 bescheinigte ein Gutachten dem Philosophen mangelnde Klarheit in Ausdrucksweise und Stil.<sup>2118</sup> Einen Ruf nach auswärts habe er bislang nicht erhalten. Politisch sei er vor 1933 nicht in Erscheinung getreten, ein Grund, seine nationale Gesinnung zu bezweifeln, bestehe jedoch nicht. Der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung habe er fern gestanden, „seiner ganzen Veranlagung und Haltung nach“ sei er keine kämpferische Natur, er „war auch nie Soldat“. Schließlich: „Als Gesamtpersönlichkeit dürfte er bei der Aufgabe, eine geistig-philosophische Unterbauung des Nationalsozialismus zu schaffen, kaum in Frage kommen.“ Politisch wurde Haering als zuverlässig charakterisiert. Nach Informationen der Kreisleitung der NSDAP monierte das Kulturpolitische Archiv 1936, Haering habe sich „die weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus noch nicht angeeignet.“ Er könne daher „nur unter Vorbehalt und unter guter Aufsicht als Vortragsredner eingesetzt werden“, die politische Zuverlässigkeit wurde jedoch bejaht.<sup>2119</sup> Auch noch 1938 stand der Sicherheitsdienst dem Tübinger Philosophen skeptisch gegenüber. Eine Stellungnahme wegen einer möglichen Berufung nach Leipzig 1938 fiel negativ aus: „Nach alledem hat Haering in Wort und Schrift Gedanken geäußert, die zumindest als reaktionär erscheinen. Er gehört aber zu denen, die von sich glauben, Nat. Soz. zu sein. Ihm fehlt die notwendige Beweglichkeit des Geistes, um trotz der alten Schule sich in die neue Weltanschauung mit ihren neuen Grundbegriffen hineindenken zu können.“<sup>2120</sup>

Doch drei Jahre später waren die Auskünfte positiver. Ein Dossier des Sicherheitsdienstes der SS zu den Philosophen an den deutschen Uni-

---

<sup>2116</sup> Stellungnahme des Sicherheitsdienstes, Oberabschnitt Elbe vom 17. Oktober 1938, zitiert nach Tilitzki 2002, 698.

<sup>2117</sup> Tilitzki 2002, 850, Anmerkung 295.

<sup>2118</sup> BArch Berlin R 21 (REM), Anhang 10046. Das Gutachten wurde vermutlich für das Reichserziehungsministerium angefertigt. Von wem und wann es erstellt worden ist, geht daraus nicht hervor.

<sup>2119</sup> Schreiben Kulturpolitisches Archiv an Abteilung Vortragswesen vom 22. Mai 1936, in: BArch Berlin NS 15/256, Blatt 36.

<sup>2120</sup> Stellungnahme des Sicherheitsdienstes, Oberabschnitt Elbe vom 17. Oktober 1938, zitiert nach Tilitzki 2002, 698.

versitäten stufte Haering 1941 in die Gruppe der „politisch positiven Professoren“ ein.<sup>2121</sup>

Dossier des Sicherheitsdienstes der SS zu den Philosophen an deutschen Universitäten, die Tübinger Dozenten sind gefettet.<sup>2122</sup>

Konfessionell gebundene bzw. Konkordate Philosophen	Siegfried Behn, Hans Eibl, Erich Feldmann, Martin Honnecker, Kurt Huber, Kurt Leese, Hans Meyer, Simon Moser, Hans Pfeil, Bernhard Rosenmöller, Vinzenz RUFNER, Arthur Schneider, Heinrich Scholz
Liberale Professoren	Otto-Friedrich Bollnow, Hans Richard Gerhard Günther, Robert Heiss, Hermann Johanssen, Arnold Kowalewski, Gerhard Krüger, Paul Linke, Ernst Mally, Hans Pichler, Heinrich Sauer, Wilhelm Wirth, Eduard Spranger
Indifferente Philosophen	Bruno Bauch, Franz Böhm, Franz-Josef Brecht, Walter Bröcker, Nicolai von Bubnoff, Walter Freymann, Hans-Georg Gadamer, Nicolai Hartmann, Heinz Heimsoeth, Eugen Herrigel, Friedrich Kainz, Josef König, Gerhard Lehmann, Hermann Noack, Karl Schlechta, Wilhelm Schmidt-Japing, Gerhard Stammer, Kurt Stavenhagen, Georg Stieler, Johann Thyssen, Ottomar Wichmann, Rudolf Zocher, Erich Hochstetter, Günster (!) Ralfs, Oskar Becker
Politisch positive Professoren	Hermann Bäcker, Eduard Baumgarten, Ernst Bergmann, Wolfgang Cramer, Julius Ebbinghaus, Helmuth Folwarth, Hermann Glockner, Hans Grunsky, <b>Theodor Haering</b> , Martin Heidegger, Hans Heyse, Kurt Hildebrandt, Günther Ipsen, Rudolf Keussen, Harald Lassen, Günther Lutz, Hermann Mandel, Gottfried Martin, Gerhard Ritter, Erich Rothacker, Kurt Schilling, Her-

<sup>2121</sup> BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 10. Insgesamt verteilte der Sicherheitsdienst 91 Philosophen auf sechs Gruppen. Die erste Gruppe umfasste „konfessionell gebundene bzw. konkordate Philosophen“ (13 Mitglieder), die zweite Gruppe „liberale Professoren“ (zwölf Mitglieder), in der dritten Gruppe waren „indifferente Philosophen“ zusammengefasst (25 Mitglieder), die vierte Gruppe bestand aus „politisch positiven Professoren“ (25 Mitglieder), die fünfte Gruppe waren „nationalsozialistische Philosophen“ beziehungsweise jene, die eine nationalsozialistische Philosophie aufbauen wollten (elf Mitglieder), und in der sechsten Gruppe waren „positive Nachwuchskräfte“ aufgelistet (fünf Mitglieder).

<sup>2122</sup> Quelle: BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 10. Wann die Dossiers angefertigt wurden, ist nicht bekannt. Bei Theodor Haering stammt das Material für die politische Beurteilung aus dem Jahr 1941, bei Max Wundt aus dem Jahr 1937.

	mann Schneider, Bodo Sartorius von Waltershausen, <b>Max Wundt</b> , Rudolf Odebrecht
Nationalsozialistische Philosophen (Versuche, eine nat. soz. Philosophie aufzubauen)	Alfred Baeumler, <b>August Faust</b> , Arnold Gehlen, <b>Wilhelm Grebe</b> , Erwin Metzke, Heinrich-Josef Nelis, Helmuth Schlesky, Walter Schulze-Soelde, Heinrich Springmeyer, Wolfram Steinbeck, Ferdinand Weinhandl
Positive Nachwuchswissenschaft	Hans Behrens, Hans Grünewald, [Theodor] Ballauf, [Hans] Schmoldt, [Bruno] Li[e]brucks

Das Kulturpolitische Archiv genehmigte im gleichen Jahr Haerings Einsatz innerhalb des Deutschen Volksbildungswerkes, allerdings sei man über Angaben zu Vortragsthemen dankbar.<sup>2123</sup> Der Sicherheitsdienst würdigte 1941, dass Haering sich „in den letzten Jahren“ ernsthaft bemüht habe, „sowohl haltungsmäßig als auch von seinem philosophischen Fachgebiet aus mit dem Nationalsozialismus in engen Kontakt zu kommen“<sup>2124</sup>. Charakterlich sei Haering stolz und selbstgerecht. Er habe einen besonderen Stolz darauf, nicht nur in der Philosophie einen eigenen Standort einzunehmen, sondern auch auf anderen Gebieten.<sup>2125</sup> Auch zwei Jahre später sah das „Kulturpolitische Archiv“ die Voraussetzungen der politischen Zuverlässigkeit bei Haering gegeben. Es war jedoch darauf bedacht, den Tübinger Philosophen nicht allzu sehr ins Rampenlicht kommen zu lassen. Es empfahl, „ihn nur in kleinerem Umfang zu verwenden und nicht allzu sehr herauszustellen.“<sup>2126</sup> Außerdem sollte Haering vermeiden, in seinem Vortrag „Die Bedeutung der deutschen für die europäische Philosophie“ den Gesichtspunkt der auf Totalität angelegten deutschen Philosophie im Gegensatz zur „nur spezialistischen“ der anderen Länder zu stark zu betonen.<sup>2127</sup>

<sup>2123</sup> Schreiben Kulturpolitisches Archiv an Deutsches Volksbildungswerk vom 21. Oktober 1941, in: BArch Berlin NS 15/253, Blatt 179.

<sup>2124</sup> SS-Obersturmbannführer Wilhelm Spengler, Reichssicherheitshauptamt, an den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer vom 5. April 1941, in: BArch Berlin R4901/10213, Blatt 2008. Ähnlich auch das Dossier des Sicherheitsdienstes: „Fachlich“ sei Haering gut, politisch „PG“: „Macht den Versuch, auch haltungsmäßig und philosophisch dem Nat. Soz. näher zu kommen.“ Der Stand des Materials zur Beurteilung war von 1941. Vgl. Dossier des Sicherheitsdienstes der SS zu den Philosophen an deutschen Hochschulen, in: BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 42.

<sup>2125</sup> SS-Obersturmbannführer Wilhelm Spengler, Reichssicherheitshauptamt, an den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer vom 5. April 1941, in: BArch Berlin, R4901/10213, Blatt 2008.

<sup>2126</sup> Schreiben Kulturpolitisches Archiv an Reichsstelle Deutsches Volksbildungswerk, Vortrags- und Schrifttumswesen, vom 15. Januar 1943, in BArch Berlin NS 15/33a, Blatt 21.

<sup>2127</sup> Vgl. Schreiben Kulturpolitisches Archiv an Reichsstelle Deutsches Volksbildungswerk, Vortrags- und Schrifttumswesen, vom 15. Januar 1943, in BArch Berlin NS 15/33a, Blatt 21.

Wie bereits dargelegt, hatte Haering noch im März 1945 auf eine Wende des Kriegsverlaufs gehofft. Diese Haltung korrespondiert mit der Beobachtung von Carlo Schmid (1896 – 1979). Schmid traf den „grätigen Junggesellen“ am Ende des Zweiten Weltkrieges: „Als ich ihn besuchte, musste ich zu meiner höchsten Verwunderung feststellen, dass dieser Mann, den ich für einen Antifaschisten gehalten hatte, nicht aufhörte, des Führers Genialität zu preisen.“<sup>2128</sup> Nachdem die Franzosen am 19. April Tübingen besetzten, berief am 3. Mai 1945 Rektor Otto Stickl (1897 – 1951) eine Kommission zur möglichst schnellen und reibungslosen Abwicklung und Erledigung der Verhandlungen mit der Besatzungsmacht ein. Haering übertrug er Sonderaufgaben, die der Philosoph jedoch nur noch wenige Tage lang ausführen konnte.<sup>2129</sup> Zwar habe ihm Kultminister Christian Mergenthaler nahegelegt, mit ihm und anderen Universitätsbeamten aus der Stadt zu fliehen, Haering aber habe „mit Entrüstung“ wegen der Sorge um die Universität abgelehnt.<sup>2130</sup>

## **H. Max Wundt: Philosophie auf rassistischer Grundlage**

### **1. Nutznießer des Systemwechsels**

Max Wundt hatte seit dem Ende des Ersten Weltkriegs als Wissenschaftler, Publizist und Herausgeber von Zeitschriften wie auch als Aktivist in deutsch-nationalen („Deutsche Philosophische Gesellschaft“) und republikfeindlichen Organisationen („Gesellschaft deutscher Staat“, „Kampfbund“) mit unterschiedlichen strategischen Konzepten auf den Sturz der Weimarer Republik hingearbeitet. Grundlegende Ideologeme der nationalsozialistischen Programmatik vertrat auch er (totalitärer Staat, Blut-und-Boden-Mystik, Antisemitismus, Mi-

---

<sup>2128</sup> Schmid 1979, 211. Wann Carlo Schmid Haering besucht hat, lässt sich nicht mehr genau ermitteln. Es muss zwischen November 1944 und Mai 1945 gewesen sein. „Das Ende des Krieges war abzusehen“, so Schmid. Schmid 1979, 209.

<sup>2129</sup> Während der zwölf NS-Jahre war weder Haering noch Wundt Dekan der Philosophischen Fakultät gewesen. Beide Philosophen blieben nur Vorstände des Philosophischen Seminars. Haering wurde lediglich im Mai 1940 mit der stellvertretenden Führung des Instituts für Psychologie und Erziehungswissenschaft beauftragt, weil Pfahler eingezogen und der Stellvertreter Eckle nach Breslau berufen wurde. Vgl. Schreiben Universitätsrentamt an Rektor Otto Stickl vom 3. Mai 1940, in: UAT 148/3,1. Nach Aufforderung des Kultministeriums vom 13. Oktober 1944 stellte die Universität im Januar 1945 eine Liste mit „Gefolgschaftsmitgliedern“ (Volkssturm) zusammen. Auf Antrag des Rektors (Otto Stickl) war Haering u.k. gestellt, also unabhkömmlich. UAT 117/1290.

<sup>2130</sup> Schreiben Haerings an das Staatskommissariat für die politische Säuberung vom 27. März 1947; StAS Wü 13/2132 sowie Stadtarchiv Tübingen E10/N10/3 (Nachlass Hermann Werner).

litarismus<sup>2131</sup>). Der Neuidealist, orientiert an der griechischen Philosophie und Gesellschaft sowie am nationalpolitischen Fichte, konstruierte eine Linie des „deutschen Denkens“ und verstand Philosophie als Weltanschauung, der er während der Weimarer Republik in Ansätzen ein völkisches Fundament schuf. Nach dem 30. Januar 1933 wurden die in der Weimarer Republik von ihm aufgestellten Forderungen nach Einschränkung der Schrift-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit Wirklichkeit. Wundt konnte mit dem im Werden begriffenen neuen Staat eigentlich zufrieden sein.

Doch mit seinem geistigen Aristokratismus, verbunden mit der grundsätzlichen Präferenz für eine Erbmonarchie, seinem rückwärtsgewandten Ständestaat, seinem puritanischen Protestantismus und seinem Beharren auf der „Freiheit der Wissenschaft“ ging Wundt mit nationalsozialistischen Forderungen nicht konform.<sup>2132</sup> Am Ende der Republik verbat er sich in der Tübinger Ringvorlesung am 23. November 1932 jegliche Einmischung seitens des Staates oder von Parteien in Belange der Universität, die Lehrfreiheit müsse verteidigt werden.<sup>2133</sup> Diesem Credo war Wundt auch bei der Betreuung der Habilitation von Weisedel 1936 verpflichtet, obwohl dessen Arbeit dem jungen Fichte und dessen individualistischem Ansatz galt. An kontroversen wissenschaftlichen Einstellungen und Erkenntnissen, laut Wundt „feindliche Richtungen“, konnte und wollte sich der Philosoph offenbar reiben.

Nichts unternommen hatte Wundt hingegen für Oesterreich, der nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten aus dem Amt gejagt wurde; auch nicht für Friedrich Kreis und nicht für Wilhelm Weisedel, denen aus politischen Gründen die *Venia legendi* verweigert wurde.<sup>2134</sup>

---

<sup>2131</sup> Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935 erlebte Wundt am Radio „sehr begeistert“ mit. Siehe Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 17. März 1935, in: UAL NA Wundt/III/1716\_470/471 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt).

<sup>2132</sup> Der einstige Jenaer Philosophenkollege Bruno Bauch bewahrte sich Schlotter zufolge eine „elitäre Distanz“ zum Nationalsozialismus. Er sah die „Bewegung“ als „Ausgeburt der demokratischen Massengesellschaft“, die seinem aristokratischen Gesellschaftsideal widersprach. Schlotter 2004, 193.

<sup>2133</sup> Vielleicht hatte Wundt dabei die von dem thüringischen Minister Wilhelm Frick (NSDAP) gegen den Willen der Jenaer Universität betriebene Berufung des „Rasseforschers“ Hans F. K. Günther vor Augen. Etwas zurückhaltender formulierte Wundt die Freiheit der Wissenschaft gut vier Jahre später: Die Geschichtsforschung dürfe sich nie ihren Inhalt, wohl aber stets ihre Fragestellung von der Gegenwart bestimmen lassen. Denn die heutige Zeit fordere mehr denn je solche Gegenwartsbeziehung. Siehe „Aufgaben der Geschichte der Philosophie“, Bericht über den Vortrag von Max Wundt vor dem Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein in Stuttgart am 16. Januar 1937, Schwäbischer Merkur, 20. Januar 1937, 5.

<sup>2134</sup> Lediglich eine Anteilnahme von Wundt für den 1933 aus politischen Gründen entlassenen und später emigrierten Leipziger Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Gerhard Kessler (1883 – 1963) ist überliefert. Nach der Entlassung, die Wundt aus der Zeitung erfuhr, schrieb er an seine Schwester: „Das tut mir doch recht leid für

In diesen Fällen hatten sich Staat und Partei in starkem Maße ins universitäre Hoheitsgebiet gewagt. Ob ein Protest von Wundt – oder anderen Kollegen – etwas genutzt hätte, bleibt dahingestellt<sup>2135</sup>, Wundt und Haering verlegten sich lediglich auf die Forderung nach Wiederbesetzung des Oesterreichischen Lehrstuhls.

Wundt rückte durch den Machtantritt der Nationalsozialisten in der universitären Hierarchie auf, wurde unmittelbar Nutznießer des neuen Systems und mit weiteren wichtigen universitären Aufgaben betraut. Drei Monate, bevor Bebermeyer Oesterreich mit den beiden Demokratie-Schriften konfrontierte, wurde Wundt Ende April 1933 – zusammen mit dem Mediziner Walter Albrecht und dem evangelischen Kirchenhistoriker Ernst Stracke (1894 – 1963) – Nachfolger der von ihren Ämtern im Kleinen Senat zurückgetretenen Professoren Wolfgang Stock (1874 – 1956), Carl Sartorius und Erich Kamke.<sup>2136</sup> Hintergrund war die Ernennung Bebermeyers zum „Kommissar“. Kanzler August Hegler bat daher um die Entlassung aus seinem Amt. In einer Sitzung des Großen Senats berief „Kommissar“ Bebermeyer Wundt am 20. Juli 1933 neben Hans Gerber (1889 – 1981), Gerhard Kittel, Heinrich Stoll (1891 – 1937) und Stracke in einen Ausschuss, der ein Reichsrahmengesetz zur Hochschulreform vorbereiten sollte.<sup>2137</sup> Und im Oktober 1933 wurde Wundt Vertreter von Otto Weinreich im Stiftungsrat der Tübinger Jubiläumsstiftung, außerdem im November Mitglied in einem „Führerrat“ der Universität Tübingen.<sup>2138</sup> Durch seine Mitglied-

---

ihn.“ Siehe Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 14. September 1933, in: UAL NA Wundt/III/1716\_468/469 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt).

<sup>2135</sup> Von Ausnahmen abgesehen protestierten die Professoren nicht, wenn ein Kollege aus politischen oder rassistischen Gründen von der Universität entfernt wurde. Vgl. Knigge-Tesche 1999, 5. In München hatten sich zwölf Professoren für den von den Nationalsozialisten entlassenen „Nichtarier“, aber deutschnational gesinnten Richard Hönigswald eingesetzt, unter ihnen auch Wundts einstiger Jenaer Kollege Bruno Bauch. Das bayerische Kultusministerium holte daraufhin weitere Gutachten ein und setzte die Zwangspensionierung des Philosophen durch. So schrieb etwa Heidegger ein vernichtendes Gutachten über Hönigswald. Vgl. Schlotter 2004, 200f. Oesterreich hingegen hatte eine liberale politische Einstellung.

<sup>2136</sup> Adam 1977a, 34f. Allerdings währte Wundts Engagement im Kleinen Senat nicht lange. Er wird nur noch im Wintersemester 1933/34 als Mitglied aufgeführt. Im Dezember 1935 trat der Kleine Senat zum letzten Mal zusammen, nachdem das Reichserziehungsministerium am 1. April 1935 die „Richtlinien zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung“ erlassen hatte. Der Prorektor und auch die Dekane wurden fortan vom Ministerium ernannt. Vgl. Adam 1977b, 204f. Bezeichnend für die fehlende Akzeptanz der beiden Tübinger Ordinarien Wundt und Haering ist, dass sie in den zwölf NS-Jahren nie Dekan, Prorektor oder gar Rektor wurden. Sie blieben stets Statthalter ihres Philosophischen Seminars.

<sup>2137</sup> Sitzungsprotokoll des Großen Senats UAT 47/40, 197.

<sup>2138</sup> Weil Bebermeyer abberufen wurde, sollte dieser „hochschulpolitische Ausschuss“ die Verbindung des einstigen „Kommissars“ mit der Studentenschaft und Mitgliedern der nationalsozialistischen Bewegung auch dem Rektoramt aufrechterhalten. Mitglieder waren neben Wundt die Professoren Oswald Kroh, Heinrich Stoll, Gerhard Kittel, Hans Gerber, Ernst Stracke, Rupprecht Matthaei und Kurt Borries, außerdem die Studentenschaftsführer Gerhard Schumann und Eugen Steimle, der Universitätsrat Theodor Knapp und der stellvertretende NSDAP-Kreisleiter Ernst



schaften im „Kampfbund“ und in der Museumsgesellschaft war Wundt im Tübinger Bürgertum gut vernetzt. Reichsweit untermauerte er seine philosophisch-administrativen Ambitionen, als er 1933 in den Vorstand der Deutschen Philosophischen Gesellschaft (DPhG) aufrückte<sup>2139</sup> und später die Neugründungen von Ortsgruppen in Wien und Graz unterstützte<sup>2140</sup>, sein einstiger Jenaer Philosophenkollege Bruno Bauch wurde 1934 Vorsitzender. Auf ihrer 12. Tagung im Oktober 1933 in Magdeburg stellte sich die Deutsche Philosophische Gesellschaft hinter die neue NS-Regierung.<sup>2141</sup> Im Bewusstsein, „an der philosophischen Ergründung und Vertiefung echter deutscher Weltanschauung mitzuarbeiten“, stand die Tagung „im Zeichen der völkischen Selbstbesinnung.“<sup>2142</sup> Das bedeutete auch, die Philosophie noch näher an die Politik heranzurücken, postuliert wurde ein inniges Zusammenwirken „zwischen den Erkenntnissen der Philosophie und den

---

Weinmann. Vgl. Besenfelder 2002, 106. Adam 1977a, 52. Am 25. November 1933 machte das Kultministerium per Erlass aus der Tübinger Universität die „Führeruniversität“ mit dem Rektor an der Spitze. Auf ihn gingen die Aufgaben des Kleinen und Großen Senats über, sie waren nur noch beratend tätig, durften keine Beschlüsse fassen. Der Rektor durfte auch die Dekane ernennen. Zur Umstrukturierung in eine „Führeruniversität“ vgl. Adam 1977a, 54f. Besenfelder 2002, 106.

<sup>2139</sup> Kurz vor der Philosophentagung in Magdeburg vom 2. bis 5. Oktober 1933 mutmaßte Wundt, der Vorsitzende Felix Krueger wolle ihn aus dem Vorstand „hinauswählen“ lassen und „alte Nationale“ wie ihn durch „Konjunkturmenschen wie Hartmann oder Heidegger“ ersetzen. Das hätte Wundt als „grotesk“ empfunden. Siehe Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 14. September 1933, in: UAL NA Wundt/III/1716\_468/469 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt).

<sup>2140</sup> So bat Wundt im April 1937 um Genehmigung für eine Reise nach Wien und eventuell auch nach Graz, um dort einen Vortrag zu halten, da er von der dortigen Ortsgruppe der Deutschen Philosophischen Gesellschaft eingeladen worden sei. Vgl. Schreiben Max Wundt an Akademisches Rektoramt vom 8. April 1937, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt). Sein Thema in Wien: „Die Einheit der deutschen Philosophie“ (Sluga 1993, 24). Die Deutsche Philosophische Gesellschaft erreichte jedoch in der Zeit des Nationalsozialismus nie mehr die Bedeutung, die sie in der ungeliebten „Systemzeit“ hatte. Es entwickelte sich eine Distanz zu den entscheidenden NS-Größen, die Mitgliederzahl ging zurück und die Finanzierung durch das Ministerium war auf das Notwendige beschränkt. Eine Auflösung war bereits 1935 angedacht, dann sollte sie nur noch „vorläufig“ weiterbestehen, eine Entscheidung für die Kant-Gesellschaft hätte das Aus für die Deutsche Philosophische Gesellschaft bedeutet. Faust und auch Weinhandl befürworteten die geringe finanzielle Förderung mit „bestimmten[n] nationale[n] Verdienste[n]“, die Blätter für deutsche Philosophie seien für eine „ausgesprochen deutsche Art des Philosophierens“ eingetreten, Wundt und Bauch standen für „eine völkische Art der Philosophie“, die eine antisemitische Tendenz aufwies. Auch aus der Deutschen Philosophischen Gesellschaft hoffte Faust, eine „Nationalsozialistische Gesellschaft für Philosophie“ machen zu können. Doch eigentlich schien sie ihren Zweck erfüllt zu haben, einen Einfluss auf NS-Instanzen hatte sie nicht. Krieck rückte die Gesellschaft in die Nähe von Reaktionären, Bäumler trat aus. Vgl. Tilitzki 2002, 1006ff. Schlotter 2004, 204ff.

<sup>2141</sup> Im Folgenden wird aus dem Bericht über die Tagung der DPhG vom 2. – 5. Oktober 1933 in Magdeburg zitiert. Vgl. Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 65 – 70.

<sup>2142</sup> N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 65.

Forderungen des Tages<sup>2143</sup>, denn Philosophen und Politiker hätten mehr miteinander gemein als man annehme, so der Vorsitzende der DPhG Felix Krueger in seiner Begrüßungsrede. Wie die deutschen Philosophen die machtvolle Neugestaltung der deutschen Ordnung bejahten, so könne auch der Staat fordern, dass ihm die Philosophie als volksgestaltende Kraft und Macht zur Seite trete. Um den Schulterchluss mit dem NS-System auch musikalisch zu dokumentieren, sangen Tagungsteilnehmer, in- und ausländische Gäste, das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied.

Besonders erfreute die DPhG die hohe Zahl der Gäste, unter ihnen Vertreter von Reichs- und Länderregierungen, der Kirche und der Wirtschaft sowie der Stadt Magdeburg. In seiner Begrüßungsansprache zog Rudolf Buttman, Leiter der Kulturpolitischen Abteilung im Reichsministerium des Innern, eine Verbindungslinie von Nietzsche zu Hitler. Beide seien „im tiefsten Grunde miteinander verwandt.“<sup>2144</sup> Hier Nietzsche, „der große Umwerter der lehrmäßigen Werte“, dort Hitler, „der große Umwerter der politischen Vorstellungen und Formen(!) des absterbenden materialistischen, liberalistisch-marxistischen Jahrhunderts.“<sup>2145</sup> Die Philosophen, so Buttman, sollten sich aber nicht ins Engadin zurückziehen, sondern „mit beiden Füßen“ mitten im Leben stehen, „das neue erwachende und neu erblühende völkische Leben der Nation freudig bejahen [...], zu den Quellen unseres Volkstums und unseres artgemäßen Denkens, Fühlens und Wollens den Weg aufs neue(!) bahnen [...]“ und „mithelfen, dass aus Masse Volk werde.“<sup>2146</sup>

Buttman trug ein Glückwunschsreiben des Reichsministers des Innern, Wilhelm Frick, vor, der „mit besonderer Freude begrüßte, „dass sich die Deutsche Philosophische Gesellschaft [...] mit in die Reihe der Kämpfer für die Gestaltung des neuen Staates und die Erhebung des gesamten deutschen Volkstums zur Nation gestellt hat.“<sup>2147</sup> Sogar Reichskanzler Adolf Hitler schickte ein Telegramm, in dem er hoffte,

---

<sup>2143</sup> N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 66.

<sup>2144</sup> N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 66.

<sup>2145</sup> N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 66.

<sup>2146</sup> N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 66.

<sup>2147</sup> N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 66f.

„die Kräfte echter deutscher Philosophie“ mögen „zur Begründung und Stärkung der deutschen Weltanschauung beitragen.“<sup>2148</sup> Persönlich anwesend war Erich Keller, der als Oberregierungsrat und „altes Mitglied der Gesellschaft“ die Grüße des württembergischen Ministerpräsidenten überbrachte. Er rief zur philosophischen Erneuerung und Wiedergeburt des deutschen Menschen im Geistes des neuen Zeitalters auf.<sup>2149</sup> Politisch nun offiziell gleichgeschaltet, umschmeichelt von den NS-Größen, stellte sich die DPhG auch philosophisch in den Dienst des Nationalsozialismus. Das Thema der Tagung „Zweckmäßigkeit, Sinn und Wert“ erläuterte der Vorsitzende Krueger: Entgegen dem rationalen Zweckdenken gelte es, dem menschlichen Leben Sinn und Wert zu geben, es in seinem organischen Verbundensein mit den im Volkstum wurzelnden geistigen Mächten zu erfassen.<sup>2150</sup> Damit war die weitere Arbeit der DPhG vorgezeichnet.

Auch in Tübingen beabsichtigte Wundt, eine Ortsgruppe ins Leben zu rufen. Haering sei „sehr dafür“ gewesen, in Tübingen „einen solchen Sammelpunkt“ zu schaffen, schrieb Wundt seiner Schwester Eleonore.<sup>2151</sup> Doch formell bestand immer noch eine Ortsgruppe der Kant-Gesellschaft, dessen Vorsitzender Haering war. Das machte „etwas Schwierigkeiten“. Ende 1933/Anfang 1934 war Wundt einige Wochen als Nachfolger des verstorbenen Berliner Philosophen Heinrich Maier und/oder des emeritierten Max Dessoir im Gespräch (zusammen mit Haering). Wundt habe als einer der ersten die Probleme des Volkes und der völkischen Eigenart erkannt, so die politische Begründung. Nach einer zwischenzeitlichen Ablehnung im Januar 1934 (zu alt, zu unoriginell) stand sein (und Haerings) Name kurze Zeit später abermals im Raum.<sup>2152</sup>

1937 erhielt Wundt die Ehrenkreuze für Frontkämpfer (des Ersten Weltkriegs) EK I und EK II, am 3. Juni 1940 wurde ihm das Silberne und am 24. Dezember 1941 das Goldene Treudienstehrenzeichen verliehen.<sup>2153</sup> Einer Partei hat Wundt nicht angehört<sup>2154</sup>, weder in der

---

<sup>2148</sup> N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 67.

<sup>2149</sup> N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 67.

<sup>2150</sup> Vgl. N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 68.

<sup>2151</sup> Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 14. Januar 1933, in: UAL NA Wundt/III/1716\_466/467 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt).

<sup>2152</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 608f. Völlig klar wird der Vorgang laut Tilitzki nicht. Mal sollte Wundt für Maier, mal für Dessoir berufen werden. Doch weder Maiers noch Dessoirs Lehrstuhl wurde besetzt. Vielmehr erhielt Baeumler auch die Lehrbefähigung für Philosophie (Tilitzki 2002, 609).

<sup>2153</sup> UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).

Weimarer Republik noch im Nationalsozialismus, er wurde auch nicht Mitglied einer militärischen NS-Organisation, lediglich dem NS-Reichskriegerbund und (seit 1934) der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) schloss er sich an, ein Amt hatte er nicht inne. Von 1940 bis 1945 war er als Blockwart im Luftschutz tätig.<sup>2155</sup>

Doch mit seiner Unterschrift gegen den Young-Plan 1929 und für die antiparlamentarischen Pläne von Reichskanzler von Papen im Herbst 1932 demonstrierte er bereits in der Weimarer Republik politischen Gestaltungswillen. Das setzte sich am Beginn der NS-Diktatur fort. Seine Loyalität gegenüber dem Reichskanzler Adolf Hitler und der neuen Reichsregierung vom 2. Februar 1933 drückte der Philosoph durch seine Unterzeichnung der „Erklärung vom 1. März 1933“ aus: „Überzeugt von der weittragenden Bedeutung der in diesen Wochen gefallenen Entscheidungen für das Leben des deutschen Volkes halten es die Unterzeichneten für angebracht, ein Bekenntnis ihrer eigenen Stellung abzugeben. Sie erklären hierdurch, dass sie auf dem Boden der Kundgebung der derzeitigen Reichsregierung vom 2. Februar des Jahres stehen.“<sup>2156</sup> Insgesamt 107 Unterschriften trug diese Erklärung, neben Wundt unterschrieben sie auch die Tübinger Professoren Bebermeyer, Kroh, Matthaei, Sittig und Philosophen-Kollege Konstantin Ritter. Von den 300 deutschen Universitäts- und Hochschullehrern, die den Aufruf „Die deutsche Geisteswelt für Liste 1“ für die Reichstagswahl am 5. März 1933 unterzeichnet hatten, waren nur acht Dozenten aus Tübingen: Bebermeyer, Kurt Borries, Reinerth, Willy Usadel, Dannenbauer, Eduard Haber, Oswald Lehnich und Stracke.<sup>2157</sup> Das „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ („Ruf an die Gebildeten der Welt“) vom November 1933 hat hingegen kein Mitglied der Tübinger Universität unterzeichnet.<sup>2158</sup>

---

<sup>2154</sup> Wie auch Bruno Bauch nicht, sein Ex-Jenaer Kollege und Mitstreiter in der Deutschen Philosophischen Gesellschaft. Bei Wundt hing die Parteiabstinenz sicherlich mit seiner großen Abneigung gegen Parteien und den „Parteihader“ sowie mit der grundsätzlichen Befürwortung einer Erbmonarchie zusammen.

<sup>2155</sup> UAT 126a/539 (Fragebogen der Personalakte vom 2. Juli 1933); Wü 13 T2, Nr. 2093/196 (Fragebogen der französischen Militärregierung, ohne Datum). Leaman zufolge wurde er als Mitglied des Deutschen Offiziersbundes in die SA Reserve II übernommen; Leaman 1993, 88.

<sup>2156</sup> Tübinger Chronik, 1. März 1933.

<sup>2157</sup> Vgl. Besenfelder 2002, 45.

<sup>2158</sup> Schäfer 1983, 22. Das „Bekenntnis“ war zugleich ein Wahlaufufruf zur Reichstagswahl am 12. November 1933, die mit dem Votum zum Austritt aus dem Völkerbund gekoppelt war. Auch der Freiburger Philosoph Martin Heidegger steuerte einen Wahlaufufruf-Text bei. Organisator war der Nationalsozialistische Lehrerbund in Sachsen. Meist unterzeichneten das „Bekenntnis“ Mitglieder von Technischen und Pädagogischen Hochschulen, nur wenige Universitäten aus dem Reich waren dabei (Göttingen, Hamburg, Marburg sowie einige Philosophen aus Leipzig). Vgl. Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat (1934). Vermutlich ist der Aufruf nie in Tübingen und in anderen Universitätsstädten angekommen.

Im Gegensatz zu Haering trat Max Wundt nach dem 30. Januar 1933 wenig in der Öffentlichkeit auf. Zwar als Redner vorgesehen, aber dann doch verhindert war Wundt am 26. Februar 1933. Auf der Festtagung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes in Berlin richtete an Wundts Stelle Max Kloß die Wünsche und Grüße zum 25. Jahrestag der „Führung“ des Verbandes durch Heinrich Claß aus. Dabei führte Kloß aus, die „Gesellschaft deutscher Staat“ sei „ein Kampfgenosse“ des Alldeutschen Verbandes gewesen, der „an der Wiege“ der „Gesellschaft deutscher Staat“ gestanden habe. Die beiden Verbände hätten sich die Aufgaben geteilt: Während der „Alldeutsche Verband“ die politische Willensbildung im Volke betrieb, konnte die „Gesellschaft Deutscher Staat“ (GDS) auf „wissenschaftlicher Grundlage die Bausteine bearbeiten und herbeischaffen“, um später den Bau des neuen Reiches „uns zu gewährleisten“. Nur wenige Tage nach dem Beginn der Diktatur am 30. Januar 1933 sah Kloß das „Morgenrot eines neuen Tages, der angebrochen ist“, das deutsche Volk endlich einig und aus dem „Trümmerhaufen“ ein neues Reich aufrichte. „Die Saat fängt endlich an aufzugehen. Der Durchbruch ist gelungen“, so Kloß. Die GDS legte „das Gelöbnis unverbrüchlicher treuer Kampfgenossenschaft auch in Zukunft ab.“<sup>2159</sup> Der Alldeutsche Verband, kongenialer „Kampfgenosse“ der GDS, begrüßte die Diktatur, kritisierte die parlamentarischen Wahlen in der Republik, warnte vor einem „Rückfall in den Parlamentarismus“ und feierte die „Zeitenwende“, die für den „völkischen Aufbau auf dem Wege der Diktatur“ die Bahn freigemacht habe.<sup>2160</sup> Er und – laut Kloß – auch Wundt hofften, das „Gedankengut unseres Führers“ möge in die Wirklichkeit transformiert werden, wobei mit dem „Führer“ nicht Adolf Hitler, sondern Claß gemeint war.<sup>2161</sup> Eine kurzzeitige Diktatur billigten Verband wie auch GDS, sie forderten aber die Monarchie.

Eine seiner wenigen öffentlichen Reden während der NS-Zeit hielt Wundt am 9. April 1933. Da nahm er als Redner an einer Kundgebung

---

<sup>2159</sup> Vgl. Alldeutsche Blätter, 43. Jahrgang, Nr. 5, 11. März 1933, 37.

<sup>2160</sup> Alldeutsche Blätter, 43. Jahrgang, Nr. 5, 11. März 1933, 34.

<sup>2161</sup> Alldeutsche Blätter, 43. Jahrgang, Nr. 5, 11. März 1933, 33; 37. Das Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes, der Ex-Landrat Gertzlaff von Hertzberg, erinnerte in seiner Rede an die auch von Claß initiierte „Bamberger Erklärung“ von 1919, wonach „allen undeutschen Einflüssen, allen zersetzenden, besonders jüdischen, Erscheinungen in Kultur, Theater und Presse rücksichtsloser Kampf“ angesagt worden sei. Auch 1933 hielt der Verband noch an den 1919 beschlossenen Grundlagen für den völkischen Staatsaufbau fest: Stolz auf die Vergangenheit, Sinn für Ehre, Treue und Pflicht und die Verantwortung vor Gott und dem Volke. Sein Ziel: „Befreiung aus Feindfesseln, Erziehung zum Volkstum, Beseitigung der jüdischen Vormacht und die Wiederaufrichtung des völkischen Kaiserreiches unter den Hohenzollern.“ (Alldeutsche Blätter, 43. Jahrgang, Nr. 5, 11. März 1933, 35).

des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ in Stuttgart teil<sup>2162</sup>, der schon im darauffolgenden Jahr aufgelöst wurde. Im „voll besetzten“ Kleinen Haus des Württembergischen Staatstheaters saßen in der „Ehrenloge“ Staatspräsident Wilhelm Murr und Kultminister Christian Mergenthaler. Wundt sprach für das Fach Philosophie, wählte es in einem ständigen Kampf gegen die Überfremdung und forderte, die Philosophie müsse sich in den Dienst der Selbstbestimmung des deutschen Volkes stellen, wenn sie ihre Aufgabe recht begreifen wolle.<sup>2163</sup> Eine Arbeitstagung des Hochschulverbandes am 21. Oktober 1933 stand unter dem Thema „Die deutschen Hochschulen im nationalsozialistischen Staat“. Wundt war einer der Referenten.

Mit der groß angelegten Feier zum 25-jährigen „Führertum“ von Claß im noblen Berliner Hotel Prinz Albrecht konnte die Tagung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes am 6. Mai 1934 in Wiesbaden nicht mithalten. Wundt trug seine Gedanken zum „deutschen Wesen“ vor, dozierte über die Germanen, die durch das Christentum zum Griechentum geführt worden seien, beklagte den „schmähliche[n] Abfall der Deutschen von sich selbst“ unter der Führung der „Jungen Deutschen“ und kritisierte den „Kulturbolschewismus“, der sich aus der Aufklärung, dem Demokratismus, Marxismus und dem Amerikanismus entwickelt habe. Folge: Jeder sichere Wertmaßstab sei geschwunden, mit ihm auch die geistig-sittlichen Bindungen, schließlich sei das Tier im Menschen entfesselt worden. Wundt: „Der Einfluss der Juden in dieser Entwicklung ist deutlich: Schon in der Aufklärung, dann im Jungen Deutschland und weiterhin in all den Strömungen, die den Kulturbolschewismus förderten.“<sup>2164</sup> Den „Sinn der deutschen Revolution“ von 1933 sah Wundt in der „Auflehnung gegen eine ungeheure Überfremdung“, in der „Selbstbesinnung auf das eigene Wesen“

---

<sup>2162</sup> Tübinger Chronik, 10. April 1933.

<sup>2163</sup> Allein vier Tübinger Professoren beteiligten sich an dieser „Kampfbund“-Veranstaltung: Neben Wundt sprachen auch der Historiker Adalbert Wahl, Universitätsmusikdirektor Karl Hasse und der Volkswirtschaftler Staatsrat Oswald Lehnich. Lehnich sah einen neuen Tag angebrochen, von dem an die akademische Freiheit nicht mehr im Geiste des Liberalismus ausgeübt werde, sondern „eine deutsche akademische Freiheit“ sein werde. Sie dürfe nie wieder dazu missbraucht werden, „artfremden Einflüssen Tor und Tür zu öffnen.“ Das sei Aufgabe des „Kampfbundes“. Für das Fach Geschichte ergriff Wundts Tübinger Kollege Wahl das Wort und sah „eine lösbare Aufgabe“ darin, das deutsche Volk von fremden Kultureinflüssen freizuhalten. Insbesondere das Römische Recht und „die sogenannten Ideen von 1789“ seien fremd gewesen und hätten „schweres Unheil“ angerichtet. Paul Schmitthenner, damals noch in Stuttgart, sprach den Wunsch aus, zu einer „deutschen Baukultur“ gelangen zu wollen, der Dichter und Schriftsteller Erwin Guido Kolbenheyer, damals München, dankte im Namen der deutschen Dichtkunst „den Männern, die das deutsche Volk erweckt und den inneren Feind bezwungen haben.“ Mit der nationalen Revolution sei die Bahn für volkseigene Dichtung freigegeben. Schließlich wies Karl Hasse darauf hin, dass die „Kreise der sogenannten neuen Musik der Nachkriegszeit“ nicht mit dem deutschen Volk gleichgesetzt werden können. Vgl. Tübinger Chronik 10. April 1933.

<sup>2164</sup> Alldeutsche Blätter, 19. Mai 1934, 76.

und im „Entschluss, aus ihm heraus zu leben.“<sup>2165</sup> So fordere die „deutsche Revolution“ mit Recht auf, „uns zuerst auf unsere Rasse zu besinnen“, sie bedeute „unsere ursprünglich angestammte Eigenart“. Nur aus dem Bewusstsein „unserer rassischen Eigenart“ könne das Gemäße ergriffen und für immer behauptet werden, so Wundt. Die dazu notwendigen „Geistesgüter“ fand der Philosoph in der reinen christlichen Lehre und im echten Griechentum (die Griechen seien die gleiche Rasse) sowie an manchen Zügen des echten Römertums. Die „eigentlichen Züge deutschen Wesens“ entwickelte Wundt im Folgenden aus dem „Erbgut der angestammten Rasse“ und der „Wirkung der übernommenen Geistesgüter“.<sup>2166</sup> Da sei der „Drang nach Innen, die Selbstbesinnung“, die nichts anerkenne, was sich nicht vor dem tiefsten Innern des Selbst rechtfertige und nicht eher ruhe, bis sie zur vollständigen Übereinstimmung mit sich selbst gelangt sei. Zweitens die „reine Weltschau“, der Drang zur objektiven Gegenständlichkeit und einer Auffassung der Wirklichkeit, die losgelöst von den Neigungen und Strebungen des Ich sei. Beides sei in der „nordischen Rasse“ angelegt, so Wundt, das Christentum habe den Ruf zur Selbstbesinnung erhoben, während das Griechentum zu „reiner Weltschau“ hinführe. Somit sei „Angestammtes und Erworbenes im deutschen Wesen“ verbunden. Vom Gelingen der „deutschen Revolution“ werde es abhängen, ob das neue Werk der Selbstbesinnung glücke, eine „große Sehnsucht der Deutschen“. Das sei „die letzte Entscheidung, für immer.“<sup>2167</sup>

Insgesamt wurde Wundt als „politischer Kämpfer“ in Tübingen jedoch nicht wahrgenommen. So zumindest urteilten die „Gewährsmänner“, sein Kollege Faust und „Kamerad Brenner“, über den Philosophen. „Rein äußerlich sehr bescheiden und wenig anziehend, vor allem auch in der Vorlesung. Doch muss man in ihm den gewissenhaften Arbeiter anerkennen, der solid schafft. Von pädagogischem Geschick kann man wohl kaum sprechen, dagegen gewinnt er außerordentlich im persönlichen Verkehr. Man muss ihm seine nationale Haltung und Auseinandersetzung mit der Gottlosenbewegung in der vergangenen Ära hoch anrechnen. Ebenso die Tatsache, dass er nicht kritisiert und meckert,

---

<sup>2165</sup> Alldeutsche Blätter, 19. Mai 1934, 76.

<sup>2166</sup> Alldeutsche Blätter, 19. Mai 1934, 76. Eine auch nur scheinbare logische Begründung liefert Wundt freilich nicht, er erschöpft sich – wie auch schon Haering – in Behauptungen. So macht er „schädliche Einwirkungen“ in der Spätantike aus, die angeblich aus dem „Rassengemisch der zerfallenden antiken Reiche“ resultierten. Damals sei das „bluthaft gebundene völkische Denken“ verlorengegangen, ein „wurzelloser Individualismus“ habe die Führung ergriffen. Durch die sich daraus entwickelnde „echte Aufklärung“ seien die europäischen Völker beeinflusst worden. Dennoch: „Manch großer Geist“ sei hervorgegangen, etwa Dante, Michelangelo oder Shakespeare. Grund: Das „nordische Blut“ habe bei ihnen fortgewirkt. In ihrer ganzen Tiefe aber hätten nur die Deutschen sie verstanden (Alldeutsche Blätter, 19. Mai 1934, 76). Shakespeare erwähnte Wundt ganz bewusst, er war Mitglied der Shakespeare-Gesellschaft (UAT 126a/539; Personalakte Max Wundt).

<sup>2167</sup> Alldeutsche Blätter, 19. Mai 1934, 76.

sonde[rn] das Dritte Reich ernst nimmt, – im Gegensatz zu manchen seiner Kollegen. Auch hierin äußert sich seine anständige und verbindliche Art, die überall bestrebt ist, Brücken zu schlagen und alle Standpunkte ernst zu nehmen. Weltanschaulich und wissenschaftlich ist sein Gebiet der Idealismus, besonders Fichtes. Von politischem Kämpfertum kann man nicht sprechen.<sup>2168</sup>

Wundts Verdienste in der „Systemzeit“ würdigte das Kulturpolitische Archiv. Er „ist als ein alter Vorkämpfer für deutsch-völkische Ideen bekannt“, urteilte es 1936, und er sei durchaus „in kämpferischer Weise für seine Überzeugung eingetreten.“ Wundt gelte heute zu Unrecht in den Tübinger NS-Kreisen als „etwas reaktionär“. Zwar sei er kein Parteigenosse, doch die Söhne gehörten zu den ältesten Hitlerjungen. „Da er fachlich und wissenschaftlich einen guten Ruf genießt, ist eine Zusammenarbeit mit Wundt zu empfehlen.“<sup>2169</sup> So stufte denn auch der Sicherheitsdienst den Tübinger Philosophen in die 25 Personen umfassende Liste der „politisch positiven Professoren“ ein (mit Haering).<sup>2170</sup> In einem weiteren auf dem Informationsstand von 1937 basierenden Dossier wurde das Fehlen einer „gewisse[n] Weite“ des dem klassischen Idealismus Fichtescher Prägung zugehörigen Philosophen angemahnt – „sonst wissenschaftlich ordentlich“, auch „politisch positiv“ und „weltanschaulich einwandfrei“ sowie „Antisemit“ und „völkisch national“.<sup>2171</sup>

Auch Wundt unternahm Reisen, jedoch nicht im Auftrag nationalsozialistischer Institutionen wie Haering. Im Ausland war er nie, wie er im Fragebogen der französischen Militärregierung angab. Zwar hatte er „eine Aufforderung zur Teilnahme“<sup>2172</sup> am Internationalen Philosophenkongress 1937 in Paris erhalten, daraus wurde jedoch nichts. Die Gründe sind nicht bekannt. Auf einer in Berlin kursierenden Liste von Heyse und dem Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ist sein Name nicht verzeichnet.<sup>2173</sup> Wundts Reisen dienten vornehmlich seinen Forschungen zur Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts und führten ihn in die Archive und Bibliotheken, etwa nach Gießen, Marburg, Hannover, Halle, Leipzig und Erfurt. Die Gelder dazu bewilligte ihm die Deutsche Forschungsgemeinschaft.<sup>2174</sup>

---

<sup>2168</sup> UAT 169/7. So die Beurteilung durch den Fachgruppenleiter der Kulturwissenschaftlichen Fachgruppe, ohne Angabe des Namens und Datums.

<sup>2169</sup> BArch Berlin NS 15/256, Blatt 37 (Kulturpolitisches Archiv).

<sup>2170</sup> BArch Berlin R 4901/12444, Blatt 10ff.

<sup>2171</sup> BArch Berlin R 4901/12444, Blatt 100.

<sup>2172</sup> Schreiben Max Wundt an Akademisches Rektoramt vom 23. Juni 1935, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).

<sup>2173</sup> BArch Berlin R 4901/2940 (Philosophentagungen).

<sup>2174</sup> BArch Koblenz R 73/15904 (Max Wundt, Deutsche Forschungsgemeinschaft).



Der Philosoph hatte jedoch ein ganz eigenes Erkenntnisinteresse bei der Erforschung der Schulphilosophen aus dem 17. und 18. Jahrhundert, wie er in dem bereits erwähnten Vortrag vor dem Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein am 16. Januar 1937<sup>2175</sup> offenbarte: Da die „Zwischenabschnitte völkisch-einheitlicher Denkentwicklung“ verloren gegangen seien, hätten spätere Philosophiehistoriker „die Großen an die Großen des Auslandes“ geknüpft. So sei der Eindruck entstanden, die Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts sei wesentlich von England und Frankreich bestimmt und von Deutschland lediglich übernommen worden. Die „ungebrochene reiche Entwicklung des deutschen Geistes“ aber kenne man nicht. Diese Lücke wollte Wundt mit völkisch orientierter Forschung ausfüllen, denn der wirkliche Mensch könne nicht von seinem Volkstum getrennt werden. Als erste neue Aufgabe der Geschichtsphilosophie sah Wundt die Erforschung einer Gesamtentwicklung des deutschen Geistes, wobei er sich zunächst auf die Geschichte der Philosophie beschränken und den (eher) unbekannteren Schulphilosophen die größere Aufmerksamkeit widmen wollte, „die Großen“ hätten schließlich aus deren Lehren geschöpft. Gerade „die Großen“ aber brauchten mehr als andere „ihre völkische Umwelt“, sonst könne man sie nicht verstehen. Erst dann sei es möglich, die deutsche Philosophie als Äußerung des deutschen Volksgeistes zu begreifen.

Wie Haering beteiligte sich Wundt am „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“, jedoch mit nur einem Aufsatz. In dem von Haering herausgegebenen Band „Das Deutsche in der deutschen Philosophie“ schrieb er einen Beitrag über „Christian Wolff und die deutsche Aufklärung“. Darin polemisierte er gegen die französische und englische Philosophie („Geröllmassen“). Er kennzeichnete die westeuropäische Aufklärung abfällig als „Intellektualismus“ und hob dagegen das „Vollmenschliche“ der deutschen Philosophie hervor. Die Fokussierung auf das Denken, wie im französischen Rationalismus, oder auf die Erfahrung, wie im englischen Empirismus, genüge nicht. In Deutschland sei man stets bemüht gewesen, „auch die irrationalen Bedingungen des Erkennens zur Geltung zu bringen.“<sup>2176</sup> Großes Verdienst der „eigentlichen Führer der deutschen Aufklärung“<sup>2177</sup> sei es gewesen, die lateinische Sprache entscheidend zurückgedrängt, die deutsche Sprache in die Philosophie eingeführt zu haben. Inhaltlich fand Wundt „das Deutsche“ in der Philosophie im Ausgleich von Gegensätzen in einer

---

<sup>2175</sup> Schwäbischer Merkur vom 20. Januar 1937, 5.

<sup>2176</sup> Wundt 1941, 243.

<sup>2177</sup> Wundt 1941, 230. Den Begriff „Aufklärung“ für diese Phase der Philosophie lehnt Wundt für die deutschen Philosophen ab. Denn die Aufklärung in Deutschland habe wenig damit zu tun, was man gewöhnlich darunter verstehe, nämlich den Verlust religiöser Gehalte und die Preisgabe weiter Teile der christlichen Lehre. Vgl. Wundt 1941, 232.

„höheren Einheit“. Auf Wolff bezogen: Er sei bemüht gewesen, trotz seiner Orientierung am Rationalismus die Vereinbarkeit mit dem anerkannten Christentum zu beweisen und der wissenschaftlichen Freiheit ihre Grenzen an den „Gesetzen“ der Religion, der Moral und des Staates aufzuzeigen. Wundt übertrug hier seine eigene Überzeugung auf Wolff, für Wundt war das idealistisch-religiöse Moment unbedingter, „irrationaler“ Bestandteil des Lebens, ohne Übersinnliches, ohne die Unendlichkeit konnte sich Wundt die Welt nicht erklären. Eine religiös-metaphysisch verstandene „Anschauung“ wurde für ihn neben dem Denken „gleichberechtigte“ oder „unerlässliche zweite Quelle“<sup>2178</sup> der Erkenntnis. Sie mündete bei Wundt in ein anti-aufklärerisches Bewusstsein.

Wundts Veröffentlichungen im Nationalsozialismus teilen sich in drei Bereiche: Philosophische Arbeiten, in denen er die fachwissenschaftlichen Normen überwiegend einhielt, ziehen sich nahezu durch die gesamte NS-Zeit. Daneben betätigte er sich in der „Forschungsabteilung Judenfrage“ und arbeitete an der Grundlegung einer „Völkischen Philosophie“. Einzelne Phasen sind nicht gegeneinander abgrenzbar. Die völkisch verstandene Philosophie entwickelte sich zum Ende des Krieges zu einer Systematik rassegebundener Geistesströmungen.

## 2. Schauen statt Wissen

Einem Detailproblem der griechischen Philosophie widmete sich Wundt in seiner ersten größeren Veröffentlichung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme.<sup>2179</sup> In Platons Parmenides<sup>2180</sup> geht er der Frage nach dem Verhältnis der beiden Teile von Platons Dialog nach. Wundt schlug sich dabei auf die Seite derjenigen, die der Überzeugung sind, der zweite Teil des Dialogs sei unabhängig verfasst und vor dem ersten geschrieben worden. An einem Beispiel erläuterte er

---

<sup>2178</sup> Wundt 1941, 243.

<sup>2179</sup> Die Kontroverse über die beiden platonischen Dialoge im Parmenides ist „uralte“, schrieb Kurt von Fritz in seiner Rezension über Wundts Arbeit. Bereits der Neuplatonist Proklos unterschied drei Interpretationen: 1. Der Dialog sei eine Polemik gegen die Eleaten, einer vorsokratischen Schule. 2. Der Dialog sei eine Übung in der Dialektik und 3. Im Dialog seien die tiefsten metaphysischen Erkenntnisse des alten Platon ausgesprochen. Vgl. von Fritz 1937, 332. Diese Frage aber wird heute noch diskutiert. Auch neuere Dissertationen bearbeiten dieses Thema, Wundts Parmenides ist dabei Teil der Untersuchungen. Vgl. die beiden Dissertationen von Arne Malmsheimer („Platons Parmenides und Marsilio Ficinos Parmenides-Kommentar – ein kritischer Vergleich“, 2001; <http://d-nb.info/979835429/34>) und Kang Liu („Sein und Erkennen, Platons Ideenlehre im Parmenides und Sophistes“, 2011; [http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS\\_derivate\\_000000010091/Dissertation-Sein\\_und\\_Erkennen.pdf?hosts=](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000010091/Dissertation-Sein_und_Erkennen.pdf?hosts=)).

<sup>2180</sup> Wundt 1935a.

das im ersten Teil ausgeführte dialektische Verfahren. In der Ideenlehre sah Wundt eine sich im Parmenides vollziehende große Entwicklung vom Wertbegriff zum Seinsbegriff. Bemerkenswert an dieser Studie ist, dass der Philosoph die unterschiedlichen Lösungs- und Erklärungsversuche zum Parmenides differenziert diskutiert, die wissenschaftlichen Standards einhält, englische und französische Wissenschaftler und auch den 1933 aus russischen Gründen entlassenen Heidelberger Privatdozenten Raymond Klíbansky positiv erwähnt.<sup>2181</sup>

Thematisch weiter ausgreifend widmete sich Wundt dann in zwei Aufsätzen der Philosophie des Biedermeier<sup>2182</sup> und der deutschen Aufklärung, die ihm zufolge nicht recht beachtet worden sei.<sup>2183</sup> Diese Aufsätze sind seinem Bestreben geschuldet, eine angeblich deutsche Linie philosophischen Denkens<sup>2184</sup> zu ziehen und eine deutsch-völkisch verstandene Philosophie zu begründen, wenn er diese Absicht auch nicht explizit äußert. In beiden Aufsätzen hält sich der Philosoph nahezu gänzlich an die fachwissenschaftlichen Normen, sein Anspruch, die Philosophie als Universalwissenschaft aufzufassen und auch der Theologie und der Religion beziehungsweise der Metaphysik ihre Plätze zu

---

<sup>2181</sup> Eine weitere Besonderheit, die der Leser der betont deutsch-national und völkisch orientierten „Blätter für Deutsche Philosophie“ nicht erwarten durfte: Die Rezension über das kleine Wundt'sche Werk in den Blättern von 1937 verfasste der Altphilologe Kurt von Fritz (1900 – 1985). Der außerordentliche Professor für Philologie an der Universität Rostock war neben Karl Barth der einzige Dozent, der den Eid auf Hitler verweigerte, deshalb entlassen wurde und 1935 nach Oxford emigrierte. Vgl. Hose 2005 ([https://www.badw.de/de/publikationen/akademieAktuell/2005/15/00\\_aa2005-3\\_gesamt.pdf](https://www.badw.de/de/publikationen/akademieAktuell/2005/15/00_aa2005-3_gesamt.pdf)). Von Fritz teilte nicht das Ergebnis von Wundt, sondern wollte alle drei Interpretationen in eine Analyse eingehen lassen. Aber von Fritz lobte den „ausgezeichneten systematischen und historischen Überblick über die neuplatonischen Erklärungen“ von Wundt und stimmte ihm in weiteren inhaltlichen Lösungsversuchen zu. Vgl. von Fritz 1937, 332ff.

<sup>2182</sup> Wundt 1935b. Der Philosoph behandelte ausschließlich die Schulphilosophen (etwa Friedrich Adolf Trendelenburg, Immanuel Hermann Fichte, Ernst Reinhold, Hermann Lotze, Jakob Friedrich Fries), sah in der philosophischen Entwicklung im Biedermeier den Übergang von der Geistlichkeit zum Bürgertum, das sich jedoch aufgrund der Karlsbader Beschlüsse zurückgezogen habe. Folge: Ein Quietismus in Politik und Religion. Trotz philosophischer Leistungen wie die Erneuerung der formalen Logik betrieben die Denker des Biedermeier verstärkt Metaphysik, als neues philosophisches Gebiet wuchs die Erkenntnistheorie heraus. Eine „Hauptbewegung“ (Wundt 1935b, 135) der Zeit erkannte Wundt in der Vermittlung des Empirischen mit dem Spekulativen. In der Ethik zielten ihm zufolge die Philosophen auf das Ideal der Persönlichkeit, die Ästhetik wandelte sich von der metaphysischen zur psychischen. Im Ganzen gesehen maß Wundt der Philosophie im Biedermeier keine große Bedeutung bei, sie war „höchstens Zeuge“, niemals „Führer“ dieser Zeit (Wundt 1935b, 147). Sie sei von Entsagung, Vorsicht und Beschränkung geleitet worden, das unbedingte Fragen und Fordern sei ihr fremd geblieben. Ein „Hauptwerk“ sei nicht auszumachen, der „wesentliche Ideengehalt“ der Zeit sei in Lotzes „Mikrokosmos“ zu finden, er konnte „einen Damm“ gegen die „hereinflutende Unphilosophie des Materialismus“ bilden (Wundt 1935b, 148).

<sup>2183</sup> Wundt 1936a, 225.

<sup>2184</sup> Wie sie auch Wundt gezogen hat. Die „Deutsche Philosophie“ diene als Gegenpol zur „westlichen“ Philosophie – wie die „Deutsche Physik“ zur internationalen Physik.

sichern, wird im Aufsatz über die Philosophie in der deutschen Aufklärung offenbar. Englische und französische Philosophie werden zum Teil gewürdigt, die oftmals offene, ja feindselige Abwertung des Rationalismus und Empirismus weicht in diesem Aufsatz einer differenzierteren, aber distanzierten Betrachtung. Mit der Behauptung, bestimmte Entwicklungen „des Auslandes“ hätten den „deutschen Geist“ überfremdet, nimmt Wundt dann doch eine Dichotomie zwischen westeuropäischem und deutschem Geist vor, wobei dem „deutschen Geist“ natürlicherweise die Metaphysik zukomme, letztendlich der Idealismus „deutsches Denken“ sei.<sup>2185</sup>

Wundt erläuterte in diesem Aufsatz drei zur Aufklärung führende Bewegungen, stellte die Lehren Christian Wolffs, Christian Thomasius‘ (1655 – 1728; der „eigentliche Vater der Aufklärung“<sup>2186</sup>) und Leibniz‘ in ihren Übereinstimmungen und Unterschieden in knapper Form dar und zeichnete dezidiert die Entwicklung der Früh-Aufklärer um Johann Franz Buddeus (1667 – 1729), Christian August Crusius (1715 – 1775) und Joachim Georg Darjes (1714 – 1791) inhaltlich nach. Auch die Einflüsse aus England (Empirismus) und Frankreich (Rationalismus), die so „manchen wertvollen Inhalt“<sup>2187</sup> ins Heilige Römische Reich brachten, betonte Wundt. Er legte jedoch großen Wert darauf, die deutsche Aufklärung mit dem Christentum zu verbinden, wie es etwa Leibniz auch getan habe, der die damals neue mechanistische Weltsicht mit der alten Wissenschaft, der aristotelischen Scholastik, verknüpfen wollte und den platonischen Ideenbegriff erneuert habe. Bei Leibniz stehe der Glaube nicht im Gegensatz zum Wissen, der Glaube sei ein „unmittelbar geschautes Wissen“, das Wissen sei „ein zum Begriff erhobener Glaube.“<sup>2188</sup> Erkenntnis sei jedoch bei Leibniz, wie auch bei anderen (Früh-)Aufklärern, von der Erfahrung abhängig, die Erkenntnis müsse sich an der Erfahrung bewähren. Der von ihm neu formulierte logische „Satz vom Grunde“ ermögliche es ihm, „von der Erfahrung zum Begriff fortzuschreiten.“<sup>2189</sup> Das sei die eine Seite der Philosophie, die andere liege in ihrer Bestimmung, auch Antworten auf religiöse Fragen zu liefern. Während andere Aufklärer die „Lehre von der doppelten Wahrheit“ vertraten, die Wahrheit also zweiteilten, in eine Wahrheit, die in der Wissenschaft gilt, und in eine andere, die in der Theologie oder der Religion gültig ist, haben Wundt zufolge Leibniz – und auch Wolff – an der einen Wahrheit festgehalten und

---

<sup>2185</sup> In einer Rezension vertritt Wundt die Position, der Idealismus sei kein Standpunkt neben anderen, sondern der einzig gültige Standpunkt, weil er alle anderen möglichen Standpunkte in sich einschließe. Das dürfe man besonders für den absoluten Idealismus behaupten. Wundt 1936b, 281 – 285.

<sup>2186</sup> Wundt 1936a, 231.

<sup>2187</sup> Wundt 1936a, 229.

<sup>2188</sup> Wundt 1936a, 238.

<sup>2189</sup> Wundt 1936a, 239.

seien mit der „Entschlossenheit der Spekulation“<sup>2190</sup> über die Erfahrung hinaus ins Transzendente vorgedrungen, so Leibniz mit seiner Monadenlehre und der prästabilierten Harmonie. Mit Crusius, der – wie auch Kant – die Grenzen der Erkenntnis beschränkt und für den Glauben Platz gemacht habe, sei die Entwicklung der deutschen Philosophie „im wesentlichen(!) durch Antriebe des eigenen Geistes“ bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts bestimmt gewesen. Zwar waren die Anregungen von Descartes und Locke „gewiss wichtig“, doch der „deutsche Geist“ habe sich selbstständig mit ihnen auseinandergesetzt „und war weit entfernt, einer Ausländerei zu verfallen.“<sup>2191</sup> So, resümiert Wundt, sei das Hauptanliegen der deutschen Philosophie „die Sicherung der Religion und Moral gegenüber den Ansprüchen der Wissenschaft“<sup>2192</sup> gewesen. Danach hätten sich die Schulen vermischt, der „Satz vom Grunde“ und die mathematische Methode hätten ein stets größeres Gewicht erhalten, durch den „Einfluss des Auslandes“ hätten Entwicklungen eingesetzt, „die zum Teil wirklich zu einer Überfremdung des deutschen Geistes führten“<sup>2193</sup>, etwa durch Newton, Shaftesbury und Hume, durch Voltaire, Rousseau und Diderot sowie durch den Materialismus. Erst Kant, der wie Leibniz an die klassische Philosophie angeknüpft und den platonischen Ideenbegriff erneuert habe, habe als letztes Ziel den Nachweis verfolgt, dass Religion und Moral bestehen können, auch wenn strengste wissenschaftliche Grundsätze verfolgt würden.<sup>2194</sup> Wundt „biegt“ somit Kant wiederholt zurecht, reklamiert ihn ausschließlich als Metaphysiker.

Die fachwissenschaftlichen Normen hielt der Tübinger Philosoph ebenfalls in seinem 1939 veröffentlichten Werk über die deutsche Schulmetaphysik ein.<sup>2195</sup> In seinem Antrag auf finanzielle Unterstüt-

---

<sup>2190</sup> Wundt 1936a, 241.

<sup>2191</sup> Wundt 1936a, 245.

<sup>2192</sup> Wundt 1936a, 245.

<sup>2193</sup> Wundt 1936a, 246.

<sup>2194</sup> Wundt 1936a, 250.

<sup>2195</sup> Für die aufwändigen Recherchen in zahlreichen Archiven Deutschlands beantragte Wundt im November 1935 Gelder vom Kultministerium. Schreiben Max Wundt über die Philosophische Fakultät vom 11. November 1935, in: UAT 126a/539. BArch Koblenz R 73/15904 (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max Wundt). Dekan Oswald Kroh reichte den Antrag „mit nachdrücklicher Befürwortung“ an den Rektor weiter. Denn „Kollege Wundt dürfte, wie kein anderer der heutigen Philosophengeneration, dafür geeignet sein.“ Schreiben Oswald Kroh an den Rektor vom 13. November 1935, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt). Rektor Friedrich Focke befürwortete Wundts Antrag ebenfalls, da es „eine wichtige Aufgabe“ sei, die Geschichte der Philosophie „vom völkischen Standpunkt aus anzugehen.“ Es lasse sich nicht leugnen, dass Wundt für eine derartige Aufgabe die besten Voraussetzungen mitbringe. Seine zahlreichen vor 1933 veröffentlichten Werke zeigten, dass Wundt „dem völkischen Charakter der deutschen Philosophie ein besonderes, um nicht zu sagen, einzigartiges Verständnis entgegenbringt.“ Schreiben Friedrich Focke an Kultministerium vom 24. Dezember 1935, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt). Da das Kultministerium anregte, auch ein Gesuch an die Notgemeinschaft zu richten, erhielt Wundt von der Deutschen Forschungsgemein-

zung an die Deutsche Forschungsgemeinschaft begründete er sein Vorhaben allerdings damit, dass „die Forschung unter die Idee des Volkstums zu treten habe“ und dass die deutsche Philosophie „eine gewaltige Bedeutung“ als Äußerung des deutschen Volksgeistes“ besitze.<sup>2196</sup> Ohne fremde Anregungen zu leugnen, müsse Philosophiegeschichte im völkischen Sinne geschrieben werden, denn sie sei lebendiger, in der Tiefe begründeter Ausdruck des sich entwickelnden deutschen Volksgeistes.<sup>2197</sup> Wundt wollte „eine größere Geschichte der deutschen Philosophie“<sup>2198</sup> schreiben, die er als „natürliche Krönung“ seiner bisherigen Arbeiten sah und glaubte sich innerlich durch die „im Sinne der völkischen Erneuerung und völkischer Weltanschauung“<sup>2199</sup> veröffentlichten Werke seit Kriegsende darauf vorbereitet. Aus diesen 1936 begonnenen Forschungsreisen veröffentlichte Wundt bis 1945 drei Werke, im ersten behandelt er die deutsche Schulmetaphysik des 17. Jahrhunderts.

Im kurzen Vorwort des Werks weist Wundt zwar auf die völkische Betrachtungsweise als Voraussetzung hin, um die Philosophie eines Volkes recht zu würdigen<sup>2200</sup>, das Werk selbst aber ist frei von politischen und ideologischen Verwerfungen.<sup>2201</sup> Interessegeleitet mag die Fundierung der auch von Wundt vertretenen neuzeitlichen Metaphysik im protestantischen Geist des vom 30-jährigen Krieg und der Glaubensspaltung wesentlich beeinflussten 17. Jahrhunderts sein. Zu diskutieren wäre dann freilich, ob der auf Aristoteles fußenden Schulmetaphysik im Heiligen Römischen Reich des 17. Jahrhunderts die große Bedeutung zukommt, die Wundt ihr für die weitere philosophische Entwicklung, die in die Aufklärung mündete, zuschreibt.

Der Philosoph will die große Lücke zwischen Philipp Melanchthon (1497 – 1560) und Leibniz (1646 – 1716) füllen, denn die (deutsche) Aufklärung sei ohne die deutsche Schulmetaphysik (Wundt bearbeitete

---

schaft im Mai 1936 zunächst 500 Reichsmark. Schreiben Deutsche Forschungsgemeinschaft an Max Wundt vom 23. Mai 1936, in: BArch Koblenz R 73/15904 (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max Wundt).

<sup>2196</sup> Antrag Max Wundt an Deutsche Forschungsgemeinschaft vom 11. November 1935, 1, in: BArch Koblenz R 73/15904 (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max Wundt).

<sup>2197</sup> Antrag Max Wundt an Deutsche Forschungsgemeinschaft vom 11. November 1935, 2, in: BArch Koblenz R 73/15904 (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max Wundt).

<sup>2198</sup> Antrag Max Wundt an Deutsche Forschungsgemeinschaft vom 11. November 1935, 3, in: BArch Koblenz R 73/15904 (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max Wundt).

<sup>2199</sup> Antrag Max Wundt an Deutsche Forschungsgemeinschaft vom 11. November 1935, 4, in: BArch Koblenz R 73/15904 (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max Wundt).

<sup>2200</sup> Wundt 1939, III f.

<sup>2201</sup> Nur gelegentlich lässt sich der Philosoph etwas abschätzig über die „westeuropäische Philosophie“, insbesondere über Descartes, aus, was jedoch die in der Wissenschaft üblichen Spitzen nicht sprengt.

nicht die gesamte Schulphilosophie) nicht zu verstehen. Sie sei der Unterbau aller nachfolgenden Entwicklungen<sup>2202</sup>, denn jeder Schüler der höheren Schulen und jeder Student an den Universitäten sei damit konfrontiert, denn sie sei „in alle Poren des Zeitalters“<sup>2203</sup> gedrungen.

Wundt teilte die Schulmetaphysiker der „Barockphilosophie“ in drei Gruppen – die katholische, die lutherische und die reformierte. Während die katholische Philosophie „in der Hauptsache rückwärts gewandt“<sup>2204</sup> gewesen und über die Stufe der Aristotelesklärungen nicht hinaus gekommen sei<sup>2205</sup>, habe die Zukunft des deutschen philosophischen Geistes im Schoße der protestantischen Philosophie gelegen, die Wundt in die lutherische Metaphysik und in die Philosophie der Calvinisten gliedert.<sup>2206</sup> Doch die vornehmlich in Westdeutschland (Heidelberg, Herborn, Duisburg, Steinfurt, zeitweise Marburg) verbreitete reformierte Metaphysik sei in die Niederlande abgedrängt worden und dort dem Cartesianismus „verfallen“. Die „lutherische Metaphysik“ siedelte Wundt in Mitteldeutschland an (Helmstedt, Wittenberg, Gießen, Jena, auch Leipzig und Tübingen sowie in den „Ausläufern“ Berlin, Danzig und Königsberg), aus ihr seien die späteren Bewegungen der deutschen Philosophie, insbesondere Aufklärung und Romantik, hervorgewachsen.

Wundt zeichnete in seinem Buch die aus der Scholastik übernommene Philosophie des 17. Jahrhunderts differenziert nach und analysierte anhand einer dreistufigen philosophischen Bewegung (1. Der allgemeine Aristotelismus, 2. Einbeziehung der aristotelischen Metaphysik in den Kreis der Lehrbücher, 3. Übergang zu selbstständigen Lehrbüchern) die im Vordergrund stehende Lehre vom Sein bei den unterschiedlichen Vertretern der „lutherischen Philosophie“ – auch in Absetzung von Aristoteles. Übersicht, Geschlossenheit und schulmäßige Vollständigkeit würdigte Wundt an den Arbeiten der Schulmetaphysiker, die nahezu sämtlich die damals moderne mechanistische Welterklärung ablehnten.<sup>2207</sup> Wohl werde die Metaphysik bei den unterschiedlichen Vertretern zuweilen zur Ontologie, der Gottesbegriff aber spiele auch eine Rolle, so Wundt. Erkenntnistheoretisch weise die Schulmetaphysik auf die Aufklärung. So machte Wundt die Züge des barocken Geistes der Schulmetaphysik in einer Erneuerung der aristotelischen Metaphysik auf der Linie des Humanismus aus, die auch durch die

---

<sup>2202</sup> Wundt 1939, IV.

<sup>2203</sup> Wundt 1939, 3.

<sup>2204</sup> Wundt 1939, 47.

<sup>2205</sup> Gleiches scheine aber auch für die süddeutschen protestantischen Schulen zu gelten. Vgl. Wundt 1939, 69.

<sup>2206</sup> Der Vater Wilhelm Wundt hatte der reformierten Kirche (Zwingli, Calvin) angehört, die Mutter war lutherisch.

<sup>2207</sup> Wundt 1939, 18.

Anknüpfung der italienischen Aristoteles-Renaissance geprägt war, verbunden mit der Scholastik des Mittelalters und einer stark theologisch geprägten Philosophie mit dem „Drang zum Jenseits“<sup>2208</sup> und einem „Überschwang spekulativen Geistes“<sup>2209</sup>. Dort seien Rationalismus und Empirismus (eine Art „empirischer Rationalismus“) gewissermaßen noch vereint gewesen, denn die Schulphilosophie habe stets „dem Ganzen“ gegolten, die Auffassung der Welt sei eine „dynamische“, ja „organische“ gewesen.<sup>2210</sup>

Einen stark platonisch durchtränkten absoluten Idealismus vertrat Wundt in zwei Aufsätzen zur Wissenschaftslehre.<sup>2211</sup> Inhaltlich setzte er sich damit gegen eine ideologisch orientierte oder gar gebundene Philosophie des nationalsozialistischen Zeitgeistes stark ab, mit diesen beiden Aufsätzen widersetzte er sich gar einem von NS-Theoretikern geforderten nationalsozialistischen Philosophieren. Weder ist von einer „rassegebundenen Philosophie“ noch von einer „germanisch-deutschen Grundhaltung“ oder einer „Hingabe an die Gemeinschaft“ die Rede. Vielmehr übt er auch Kritik an der Oberflächlichkeit des Zeitgeistes, die zwar Folge einer rationalen Weltauffassung, im damaligen NS-System von 1940 aber (noch) nicht überwunden sei.

Wundt unterscheidet zunächst „Sachlichkeit“ und „Wissenschaft“ kategorial, kritisiert eine „unsachliche“ Haltung eines Staatsmanns oder Historikers, wenn das „Selbst“ zu stark in den Vordergrund gerückt werde und der Wille zur Wahrheit nicht oder nicht ausreichend vorhanden sei<sup>2212</sup>, individuelle Beweggründe also ausschlaggebend für Theorien oder Erklärungen sind. Eine „strenge, exakte Wissenschaft“<sup>2213</sup> dränge das Selbst zurück, erforsche den wirklichen Tatbestand, betreibe Ursachenforschung, stelle den Zusammenhang her, liefere ein Erklärungsmodell und werde zur Sinndeutung. Von gewöhnlicher Wissenschaft wie Mathematik, Physik oder Biologie setzte Wundt freilich die Philosophie ab, die jene Grenzen der strengen Wissenschaft überschreite und zur Weisheit werde. Die platonisch verstandene „Weisheit“ erschließe das Zeitlose, das Ewige.<sup>2214</sup> Sie geht bei Wundt über das bloße Fakten- oder Tatsachenwissen (wofür ihm der Positivismus ein Beispiel ist) hinaus, sucht tiefer in das Selbst und in das „Wesen“ der Dinge einzudringen und die „Wahrheit“ zu erkennen. „Wahrheit“ ist die „aufgehobene“ Einheit der Sache und des Selbst, sie

---

<sup>2208</sup> Wundt 1939, 278.

<sup>2209</sup> Wundt 1939, 280.

<sup>2210</sup> Wundt 1939, 279ff.

<sup>2211</sup> Wundt 1940b.

<sup>2212</sup> Wundt 1940b, 4.

<sup>2213</sup> Wundt 1940b, 7.

<sup>2214</sup> Wundt 1940b, 10.



ist Wesenserkenntnis, von Raum und Zeit unabhängig.<sup>2215</sup> Höchste Stufe der Sachlichkeit ist „Sinndeutung“: Das Wesen wird „in reiner Gestalt“ als ewiger Sinn „geschaut“.<sup>2216</sup> Um dem Vorwurf des Individualismus, gar einem Solipsismus zu entgehen, verband Wundt das eigene „Selbst“ mit dem „Selbst“ der anderen. Über „die Tiefe“, den „Kern“, führe dies zur Gemeinschaft.<sup>2217</sup> Während jedoch jeder etwa ein mathematisches Ergebnis nachrechnen und dann zustimmen könne, sind die „letzten Einsichten“ Wundt zufolge etwas qualitativ Anderes. Je tiefer der Forscher in das Wesen eindringe, desto tiefer seien die Wahrheiten. „Letzte Einsichten“ erschließen sich ihm laut Wundt nur, wenn er „zum Weisen wird und in Weisheit den wesenhaften Zusammenhang des Weltgeschehens und des Menschenlebens ahnt.“<sup>2218</sup> Diese Einsichten können andere „Selbst“ nicht einfach übernehmen, da diese Einsichten „geistige Anschauung“, Weisheit und Wesensschau seien. Diese geistige Sicht lasse sich nicht beweisen oder widerlegen, entweder man habe sie – oder man habe sie nicht.

Ähnlich argumentiert Wundt auch im zweiten Aufsatz, hier aber nimmt er auch geringe Anleihen aus dem Existenzialismus und der Lebensphilosophie auf. Auch legt er mehr Gewicht auf die Kritik am Zeitgeist, wenn er seinen Zeitgenossen vorwirft, „heute“, also 1940, „keinen Hunger nach Wissen“<sup>2219</sup> zu haben, insbesondere die Städter stets auf der Suche nach rasch wechselnden Sinneseindrücken seien, Wissen nur noch als Bedürfnis nach Reizen existiere und die „rasende Hast“ eine innere Ruhe und Sammlung verhindere. Wissen sei jedoch immer Wissen um die Zusammenhänge, es liefere dem Alltag die Werkzeuge. Die „Werkschaft“ („Bearbeitung der äußeren Dinge“) baue auf der Wissenschaft auf.<sup>2220</sup> Das „reine Wissen“ hingegen entspringe der Freiheit, löse sich von der Einwirkung auf die Umwelt ab, sei „eine Quelle der Freude“ und führe zum „Spiel“.<sup>2221</sup> So erlebe der Mensch „am deutlichsten“ seine innere Freiheit und damit sein eigentlichstes Wesen. Das Wesen der Dinge erblicke die „Wissenschaft“ aber in der Zahl, der Mathematisierung der Welt. Die daraus entstehende künstliche Welt löse sich in bloße Beziehungen auf, der Lebensgehalt gehe verloren. Durch den Verlust des Wesens werde die Welt wesenlos. Das sei die „Wendung zum Tode“<sup>2222</sup>. Aus dieser Verloren-

---

<sup>2215</sup> Wundt 1940b, 12ff.

<sup>2216</sup> Wundt 1940b, 19. Dass auch „willkürliche Einfälle“ Wahrheit beanspruchen, komme vor. Doch sie werden sich „von wesenhaften Einsichten“ stets unterscheiden, da sie sich nicht „an den Sachen“ bewähren. Wundt 1940b, 21.

<sup>2217</sup> Wundt 1940b, 22.

<sup>2218</sup> Wundt 1940b, 22.

<sup>2219</sup> Wundt 1940b, 24.

<sup>2220</sup> Wundt 1940b, 27.

<sup>2221</sup> Wundt 1940b, 28. Wundt stimmt an dieser Stelle Schiller zu, der den Menschen im Spiel zu sich selber finden lässt.

<sup>2222</sup> Wundt 1940b, 34.

heit müsse der Mensch gerettet werden, das könne nur der „Meister der Wissenschaft“<sup>2223</sup>, die Weisheit. Sie erkenne die Grenzen der Wissenschaft, die im „Selbst“ liegen. So beginne die Selbsterkenntnis mit dem sokratischen Wort „Ich weiß, dass ich nichts weiß.“<sup>2224</sup> Der Mensch müsse sich seiner Abhängigkeit vom Ewigen bewusst werden, dann sei er weise. Während Wissenschaft nur auf den Nutzen des Menschen gehe, enthülle Weisheit das Gute, Schöne und Heilige, Wissen und Handeln seien dann eins. Da Weisheit das Leben unter dem Gesetz des Todes verstehe, gestalte der Weise sein Leben aus dieser Erkenntnis heraus, erblicke das Ewige im Endlichen, sehe auch „die Gegenseite“, höre auch die „Gegenmeinung“ und lasse beiden ihr Recht.<sup>2225</sup> Weisheit ist Wundt zufolge „gelebtes Wissen“, Wissenschaft ist nur „gewusstes Wissen“, sie steht dem Leben entgegen. Dadurch verschmachten die Seelen. Die Kunst schicke sich mit Goethes Wort „vom Nützlichen durchs Wahre zum Schönen“ in der Gegenwart an, die künstliche Welt zu veredeln, das kommende Jahrhundert aber müsse diese Aufgabe vollenden. Das in der Vergangenheit durch einen „frechen“ Geist „verunstaltete Antlitz unserer Mutter Erde“<sup>2226</sup> solle dann wieder in Schönheit erblühen.

In die Reihe der offensichtlich Ideologie-ferneren Arbeiten gehört auch „[d]ie Wiederentdeckung Platons im 18. Jahrhundert“<sup>2227</sup>, ein kleiner Aufsatz, in dem Wundt die Platon-Rezeption in Europa seit dem 17. Jahrhundert verfolgte und insbesondere Rousseau, Shaftesbury und Kant<sup>2228</sup> würdigte, die Platons Philosophie aufgegriffen und zu ihrer Wiederbelebung verholfen hätten. Fachwissenschaftliche Normen hält Wundt in seinem Aufsatz über das „Cogito ergo sum“<sup>2229</sup> ein. Darin untersucht er die „etwas missratene Form“<sup>2230</sup> des Satzes von Descartes, erklärt den Zweifel als „methodisch“, nicht als „dogmatisch“, und spürt den Aussagen des „große[n] Denker[s]“<sup>2231</sup> in dessen Meditationen und im Discours nach. Als erste Gewissheit findet Wundt nicht „Ich denke“, wie man durch den Beginn des Satzes („Cogito ergo sum“) annehmen müsste, sondern vielmehr das Sein: „Ich bin“.<sup>2232</sup> Das „sum“ gehe also voraus, im „Dass“ also liege die grundlegende Ge-

---

<sup>2223</sup> Wundt 1940b, 35.

<sup>2224</sup> Wundt 1940b, 36.

<sup>2225</sup> Wundt 1940b, 40f.

<sup>2226</sup> Wundt 1940b, 46.

<sup>2227</sup> Wundt 1941/42.

<sup>2228</sup> Kants „Ding an sich“ rückt der Neuidealist Wundt allerdings nahe an die platonischen „Ideen“ heran. Vgl. Wundt 1941/42, 155f.

<sup>2229</sup> Wundt 1943.

<sup>2230</sup> Wundt 1943, 83.

<sup>2231</sup> Wundt 1943, 81. Am Schluss des Aufsatzes relativiert Wundt den „Rationalisten“ Descartes. Neuere Forschungen hätten gezeigt, wie tief er in der augustinischen und scholastischen Überlieferung wurzele. Wundt 1943, 96.

<sup>2232</sup> Wundt 1943, 87. Durch das „Existo“ berührt sich Descartes laut Wundt mit der Existenzphilosophie, die jedoch noch über Descartes hinausgehe. Wundt 1943, 89.

wisheit, nicht im „Was“, so Wundt. Erst im nächsten Schritt folge das „Cogito“ als Wesensbestimmung. „Ich“ und „Denken“ sind eins. Die „Cogitatio“ ist somit Selbstbewusstsein, sie tritt aber auch dem Sachbewusstsein gegenüber. Als weitere Bedeutung der „Cogitatio“ sieht Wundt die Verknüpfung von Sachverhalten, das logische Bewusstsein, die Kant'sche Einheit der transzendentalen Apperzeption. Durch die Erkenntnis der Dinge und durch die Dinge selbst könne sich der Mensch seines Ichs vergewissern. So schlussfolgert Wundt, der Satz „Cogito ergo sum“ drücke nicht die vollendete Erkenntnis aus, „sondern den Weg, auf dem diese Erkenntnis im Übergang von der Verworrenheit des gewöhnlichen zur Deutlichkeit des wissenden Bewusstseins gewonnen wird.“<sup>2233</sup> Der Satz müsse daher lauten: „Ich habe das Bewusstsein von Dingen und bin also als Selbstbewusstsein.“<sup>2234</sup> Denn Sachbewusstsein setze Selbstbewusstsein voraus. Die Formel „Cogito ergo sum“ sei sonst gar nicht verständlich.

In der Endphase des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte Wundt zwei weitere Aufsätze. In „Hegels Logik und die moderne Physik“<sup>2235</sup> beschäftigte er sich mit einem bis dahin für ihn eher abgelegenen Thema. Er überprüfte die – etwa in den Theorien des Lichts (Wellen- und Korpuskeltheorie) auch widersprüchlichen – Ergebnisse der modernen Naturwissenschaften mit der klassischen Logik und der Hegelschen Dialektik, diskutierte den Begriff der „objektiven Realität“ und fand, dass die hegelsche Logik sowie Philosopheme Kants durchaus auf die modernen Naturwissenschaften anwendbar seien.<sup>2236</sup> In seinem zweiten Aufsatz geht er der Frage nach, ob die „Renaissance als Zeitwende in der Philosophie“<sup>2237</sup> eine taugliche Größe sei. Sein Fazit: Der Begriff der Epoche sei in den Geisteswissenschaften ungeeignet, da stets mehrere geistige Strömungen nebeneinander bestehen, sich (zum Teil) überschneiden und sich mal stärker, mal schwächer artikulieren können. Wundt plädierte in seinem wissenschaftstheoretischen Aufsatz für „eine Gliederung nach Schichten“<sup>2238</sup>. Sie werde sämtlichen Erscheinungen und ihren besonderen Verläufen gerecht. Am Schluss seines Aufsatzes begründet Wundt seine Schichtentheorie jedoch mit „dem tragenden Menschenschlag“ und der „Menschenart“<sup>2239</sup>, die dem je-

---

<sup>2233</sup> Wundt 1943, 95.

<sup>2234</sup> Wundt 1943, 95.

<sup>2235</sup> Wundt 1944a.

<sup>2236</sup> Wundt ließ allerdings im Zusammenhang mit den Lichttheorien sowie in der Diskussion über Raum und Zeit den Namen Albert Einstein unerwähnt.

<sup>2237</sup> Wundt 1944b.

<sup>2238</sup> Wundt 1944b, 163.

<sup>2239</sup> „Menschenschlag“ und „Menschenart“ benutzt Wundt hier synonym, sie sind aber grundverschieden. Während dem umgangssprachlichen „Menschenschlag“ vermeintliche körperliche, geistige oder charakterliche Eigenschaften zugeschrieben werden, ist die „Menschenart“ ein anthropologischer Begriff, der eine Spezies in der Entwicklung zum modernen Menschen bezeichnet. Der Tübinger Rassentheoretiker und Rassenhygieniker Robert Ritter gebrauchte in seinem 1937 erschienenen Buch

weiligen Geist ihren besonderen Ausdruck geben – die Biologie konstituiert nach Wundt also die jeweils geistigen Strömungen innerhalb eines Zeitalters.

Der „Menschenschlag“ beschäftigte Wundt auch in seinem Werk über „[D]ie deutsche Schulphilosophie im Zeitalter der Aufklärung“<sup>2240</sup>. Das Buch muss kurz vor oder kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges erschienen sein, das Vorwort hat er „im Frühjahr 1945“ verfasst. Er verstand es als erweiterte und „hoffentlich verbesserte Auflage“<sup>2241</sup> seines Aufsatzes von 1936 über „[D]ie deutsche Philosophie im Zeitalter der Aufklärung“. Im Buch von 1945 sucht der Philosoph die geschichtliche Entwicklung der deutschen Aufklärung in den deutschen Landstrichen herauszuarbeiten<sup>2242</sup> und führt – hauptsächlich in der Einleitung – abermals einen je spezifischen „Menschenschlag“ an, der in den verschiedenen Zeiten „zu Worte“<sup>2243</sup> gekommen sei. Wundt erweist sich in diesem Buch als Philosoph von großer Belesenheit und Kenntnis der Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Cartesianismus wird zurückhaltend gewürdigt, aber immerhin nicht verunglimpft. Den französischen Einfluss im Preußen des 18. Jahrhunderts missbilligt Wundt dann doch als „Überfremdung“, einer „Art geistigen Fremdherrschaft“ der Franzosen über das Deutsche<sup>2244</sup>, von der sich erst die deutschen „Selbstdenker“ freigemacht hätten. So fühlte sich

---

„Ein Menschenschlag. Erbärztliche und erbgeschichtliche Untersuchungen über die – durch 10 Geschlechterfolgen erforschten – Nachkommen von Vagabunden“ den Begriff „Menschenschlag“ ebenfalls biologistisch. Er ging von der „Schicksalsmacht der Vererbung“ in „Verbrecher- und Landstreicherfamilien“ aus und legte eine Studie über diesen „Menschenschlag“ vor. Vgl. Ritter 1937, 8ff.

<sup>2240</sup> Wundt 1945.

<sup>2241</sup> Wundt 1945, III. (Vorwort).

<sup>2242</sup> Wundt beschränkt sich abermals auf die Schulphilosophie, wie sie an den Höheren Schulen und Universitäten gelehrt worden sei. Den Ausdruck „Aufklärung“ benutze er nur widerwillig, weil kein besserer zur Hand sei. Er sei jedoch wesentlich verneinend, weil er insbesondere mit den Abstrichen an überkommene Glaubenslehren verbunden sei. Auch sei er „kein bloßer Rationalismus“ gewesen, gehörte doch der „Kampf gegen die Übersteigerung der Verstandesansprüche von Anfang an mit zu ihren wesentlichen Anliegen.“ (Wundt 1945, 2) Den Beginn der (deutschen) Aufklärung setzte Wundt ins Jahr 1690 (Christian Thomas), ihr Ende ins Jahr 1781 (Kants „Kritik der reinen Vernunft“), unterteilte die Epoche in „drei Menschenalter“ (Frühphase: 1690 – 1720; Hochzeit: 1720 – 1750; Spätzeit: 1750 – 1780), die trotz ihrer Gegensätze als einheitlich gelten können. Wie bereits in seinem Aufsatz von 1936 behandelte Wundt die lutherischen und reformierten Schulphilosophen (kurze Hinweise gibt er auch zu katholischen Hochschulen) und weist sie bestimmten Landstrichen zu. Seine Sympathie gilt dabei den lutherischen, sie hätten die Lehre „vom Endlichen im Hinblick auf das Unendliche entwickelt“ („finitum capax infiniti“; Wundt 1945, 5), während die Reformierten ihr den Satz „finitum non capax infiniti“ entgegengesetzt hätten. Dieser Satz habe den Reformierten eine stärkere Trennung zwischen Wissenschaft und Glauben ermöglicht, sie seien daher dem Cartesianismus gegenüber offener gewesen.

<sup>2243</sup> Wundt 1945, 2.

<sup>2244</sup> So ist auch die Preußische Akademie der Wissenschaften für Wundt „eine geistige Kolonie von Paris auf deutschem Boden.“ Wundt 1945, 321.

laut Wundt der „deutsche Geist“ aufgerufen, „in Tiefen hinabzusteigen, die nur ihm zugänglich waren.“<sup>2245</sup>

Von den eher marginalen verbalen Entgleisungen und den biologistischen Annahmen in der Einleitung abgesehen, reiht sich das Werk im Ganzen in die weniger Ideologie-behafteten Arbeiten von Wundt ein. „Menschenschlag“ oder „Menschenart“ kommen fast ausschließlich in der Einleitung vor. Wundt rekapituliert von den jeweiligen Philosophen deren Vita, gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Lehren, die Unterschiede und die gegenläufigen Strömungen der jeweiligen „Menschenalter“. Insbesondere den Streit Christian Wolffs mit seinen philosophischen Kontrahenten zeichnet Wundt detailliert nach. Geschichtliche Entwicklung ist ihm kein linearer Prozess. Indem er die inhaltlichen Verlagerungen der (theologisch-)philosophischen Fragestellungen in diesen knapp 100 Jahren beschreibt und philosophiegeschichtlich einordnet, entwickelt er eine nachvollziehbare geistesgeschichtliche Bewegung vom Ende der Scholastik bis zu Kant. Allerdings – hier kommt der Wundt'sche Hang zur Metaphysik platonischer Prägung zum Tragen – wird ihm die Spätphase der Aufklärung zur Voraussetzung des darauf sich anschließenden Idealismus. Durch die Wiederentdeckung „des echten Platons“ („nicht das Zerrbild der Vergangenheit“<sup>2246</sup>) im 18. Jahrhundert hätten sich „drei Gedankenkreise“<sup>2247</sup> in der Bearbeitung der philosophischen Grundfrage herausgeschält: 1. Die „Idee“ als Vernunftbegriff und „letztes Einheitsziel“ des Erkennens (Kant), 2. Die „Idee“ als geistiger Gehalt (Hegel, Schelling) und 3. Die „Idee“ als letzte Wirklichkeit, wenn das Denken durch die Widersprüche der Erscheinung dringt (Herbart, Schopenhauer). Der Ideenbegriff sei von Kant, Fichte, Schelling, Hegel und Schopenhauer in seiner platonischen Bedeutung aufgenommen worden, wodurch Denken und Sein, Begriff und Anschauung zusammenfielen. Denn erst die „Idee“ erschließe die „wahre Einheit“. So sei „der Platonismus die Philosophie der großen Wendezeiten.“<sup>2248</sup> So ist Wundt auch in seinen wissenschaftlich überwiegend neutralen Arbeiten stets bestrebt, eine idealistisch-religiöse Grundstimmung bei den Philosophen nachzuweisen, die als „typisch deutsch“ charakterisiert wird. Auch will er den Einfluss der „großen“ europäischen Aufklärer auf deutsche Philosophen minimieren.

### **3. In der „Forschungsabteilung Judenfrage“**

Politisch-weltanschaulich verlegte sich Wundt von November 1936 an auf die „Judenfrage“. Hatte er sich bereits im Mai 1934 beim Alldeut-

---

<sup>2245</sup> Wundt 1945, 323.

<sup>2246</sup> Wundt 1945, 340.

<sup>2247</sup> Wundt 1945, 339.

<sup>2248</sup> Wundt 1945, 340.

schen Verband über den angeblichen „Einfluss der Juden“ ausgelassen, der in den „Kulturbolschewismus“ geführt habe, er den „Sinn der deutschen Revolution“ in der Auflehnung gegen eine angeblich „ungeheure Überfremdung“ sah, schloss er sich dem Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands an. Walter Frank (1905 – 1945), Leiter des Reichsinstituts, holte ihn als einen von drei Tübinger Wissenschaftlern in den „Sachverständigenbeirat“ der „Forschungsabteilung Judenfrage“. Dieses außeruniversitäre Institut sollte die Wissenschaft auf gleiche Höhe mit der politischen und ideologischen Entwicklung bringen und die Voraussetzungen zur deutlichen Trennung zwischen Deutschen und Juden erarbeiten<sup>2249</sup> und die deutsche Wissenschaft gegen die Juden mobilisieren.<sup>2250</sup> Der Sitz war in Berlin, die Sitzungen in München.<sup>2251</sup> Die Tübinger Wissenschaftler schienen dafür besonders exponiert, hatte doch Gieseler seit Mai 1934 den Lehrstuhl für Rassekunde inne. Neben Wundt, der Referent für Philosophie und Philosophiegeschichte wurde, waren Gerhard Kittel (Professor für neutestamentliche Exegese an der Evangelisch-theologischen Fakultät) und Karl Georg Kuhn (1906 – 1976; Orientalist, Dozent an der Philosophischen Fakultät und seit 1942 außerplanmäßiger Professor für Geschichte des Judentums) in der „Forschungsabteilung Judenfrage“ aktiv.

Wundt ließ sich über den Einfluss der Juden in der Philosophie aus, seine Aufsätze wurden später in den „Forschungen zur Judenfrage“ veröffentlicht. Im Aufsatz „Das Judentum in der Philosophie“ schwächte Wundt die wissenschaftlichen Leistungen der jüdischen

---

<sup>2249</sup> Lammers 2001, 372.

<sup>2250</sup> Lammers 2001, 388.

<sup>2251</sup> So bat Wundt um Urlaub vom 12. bis 14. Mai 1937, weil er als Mitglied zur zweiten Sitzung der „Forschungsabteilung Judenfrage“ nach München fahren und dort einen Vortrag halten sollte. Schreiben Max Wundt an Akademisches Rektoramt vom 3. Mai 1937, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt). „Die Reise nach München und vorher auch nach Wien“ habe ihm Freude gemacht, berichtete Wundt seiner Schwester Ende Mai 1937. In Wien habe er einen Vortrag gehalten und dort „einen Mittag bei Spann“ verbracht, außerdem Mewaldt wiedergesehen. Beim Vortrag in Wien sei er „als Reichsdeutscher geradezu stürmisch empfangen“ worden. Während der gesamten Münchener Tagung zur Judenfrage sei „Statthalter Mutzschmann“(!) anwesend gewesen, „er war froh“, schreibt Wundt, „allem Zeremoniell einmal entronnen zu sein und nur als Mensch unter Menschen leben zu können.“ Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 30. Mai 1937, in: UAL NA Wundt/III/1716\_484/485 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt). Othmar Spann war im Vorstand des „Kampfbundes“ und einer der Wegbereiter des Austrofaschismus, der mit seinem 1921 erschienenen Werk „Der wahre Staat“ breite Schichten erreichte. Johannes Mewaldt (1880 – 1964), Wilamowitz-Schüler und von 1927 an Klassischer Philologe an der Tübinger Universität, ging 1931 an die Universität in Wien. Nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 behielt Mewaldt seinen Lehrstuhl, er wurde 1940 Mitglied der NSDAP. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Mewaldt>. Mit „Statthalter Mutzschmann“(!) meint Wundt wohl Martin Mutzschmann (1879 – 1947), seit 1922 NSDAP-Mitglied, seit 1924 Gauführer von Sachsen, seit 1930 Mitglied des Reichstages, 1933 Reichsstatthalter und von März 1935 an Ministerpräsident von Sachsen. Vgl. Klee 2007, 426f.

Philosophen Maimonides und Spinoza ab und polemisierte gegen den Neukantianer Hermann Cohen sowie gegen Georg Simmel. Das angeblich leere, anschauungslose Verstandesdenken der Juden führe bei dem Kant verfälschenden Cohen zum Rationalismus, und die allzu große Beweglichkeit des Geistes, die aus einem Mangel an bindender Verantwortlichkeit herrühre, bei Simmel zum Relativismus. Beide Richtungen seien ihrem Wesen nach undeutsch. Die Philosophie sei „dem Juden“ nicht angeboren oder angewachsen, behauptete Wundt, wie den Völkern aus „nordischem Blute“, den Griechen und Germanen. Er habe sie als ihm selber Fremdes angenommen, wie überhaupt die Juden sich ihren „Wirtsvölkern“ angepasst und eine Schauspielerbegabung entwickelt hätten. Die Teilnahme der Juden am Geistesleben ihrer „Wirtsvölker“ sei „immer geschauspielert“ gewesen, das Judentum sei ein großes Theater. Die Zukunft der deutschen Philosophie werde davon abhängen, „ob wir uns zu dem echten, aus nordischem Geiste erwachsenen Erbe griechisch-germanischer Philosophie bekennen“.<sup>2252</sup> Seine Ausführungen wollte Wundt nicht als nachträgliche Bekämpfung der Juden verstanden wissen, das sei „nicht mehr nötig“, schrieb er, er wollte damit dem „Einfluss des jüdischen Geistes“ entgegentreten, der die Zeitgenossen immer noch auf falsche Wege locke.

Wundt schrieb für „Die Forschungen zur Judenfrage“ nur zwei Aufsätze, je einen in den ersten beiden Bänden 1936 und 1937. Im Verbund mit Kittel und Kuhn kamen von den insgesamt 52 Aufsätzen der Forschungsabteilung rund 15 Aufsätze zur „Judenfrage“ von Tübinger Wissenschaftlern, wobei Kittel das größte Engagement zeigte. Bis 1939 traf sich dieses bis zu 50 Wissenschaftler umfassende Gremium jährlich zu mehrtägigen Tagungen inklusive wissenschaftlicher Vorträge und Aussprachen. Aus den Sitzungen zwischen 1937 und 1939 wurde jeweils ein Band veröffentlicht, hinzu kamen noch fünf Sonderdrucke und vier selbstständige Einzelschriften.<sup>2253</sup> 1938 erfolgte die Auflösung, das Projekt wurde jedoch als „Hauptreferat Judenfrage“ im Reichsinstitut weitergeführt.<sup>2254</sup> Auf die Arbeit der drei Tübinger Professoren war Carl August Weber (1895 – 1955), Dekan der Philosophischen Fakultät, denn auch stolz: Durch deren Tätigkeit sei die Universität Tübingen führend geworden in der wissenschaftlichen Erforschung der weltanschaulichen und rassenpolitisch besonders bedeutungsvollen „Judenfrage“.<sup>2255</sup>

---

<sup>2252</sup> Wundt 1937b, 87.

<sup>2253</sup> Lammers 2001, 390.

<sup>2254</sup> Lammers 2001, 390.

<sup>2255</sup> Schreiben Carl August Weber an den Rektor der Universität vom 17. April 1940, in: UAT 126a/284; zitiert nach Lammers 2001, 374.

Warum Wundt nur zwei kleinere Aufsätze für die „Forschungsabteilung Judenfrage“ verfasste, ist nicht bekannt.<sup>2256</sup> Am mangelnden Interesse des Stuttgarter NS-Kuriers wird es sicherlich nicht gelegen haben.<sup>2257</sup> Bemerkenswert aber am zweiten Aufsatz von 1937 ist zweierlei:

Erstens empfand Wundt den „Kampf“ gegen die Juden „nicht mehr nötig“, wie er schreibt. Ein Protest gegen die seit 1933 erfolgte Entrechtung der Juden war von Wundt aufgrund seiner antisemitischen Ausfälle in der Weimarer Republik nicht zu erwarten. Aber diese Formulierung ließ sicherlich viele aufhorchen, die sich erst am Beginn des „Kampfes“ gegen die Juden wähten. Die bis Mai 1937 (der zweiten Tagung der „Forschungen zur Judenfrage“) von den Nationalsozialisten ergriffenen judenfeindlichen Aktionen, Maßnahmen und Gesetze (etwa Straßenterror, Boykott jüdischer Geschäfte, Berufsverbote, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, Arier-Paragraph, Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben, Internierung in Konzentrationslagern und Entzug der Bürgerrechte) reichten Wundt offensichtlich aus, die Juden waren aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben nahezu ausgeschaltet.<sup>2258</sup> Die von ihm noch 1926 als Menetekel

---

<sup>2256</sup> Mit dem „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland“ stand er mindestens bis Mitte 1939 in Verbindung und bat auch um Urlaub für die Zeit vom 17. bis 19. Januar, weil er in Berlin „im Rahmen einer Veranstaltung“ einen Vortrag halten sollte. Vgl. Schreiben Max Wundt an Akademisches Rektoramt vom 8. Januar 1939, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt). Laut einem Brief an seine Schwester Eleonore benutzte Wundt eine weitere Tagung der „Forschungsabteilung Judenfrage“ Anfang Juli 1938 in München eher zu Arbeiten in den Bibliotheken. Da er an dieser Tagung nicht selber reden musste, sei „die Sache ganz bequem“, schrieb er, so dass er für die Bibliotheksarbeiten „hinreichend Zeit“ habe. Diese Arbeiten seien ihm „besonders wichtig“. Siehe Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 2. Juli 1938, in: UAL NA Wundt/III/1716\_486/487 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt).

<sup>2257</sup> In einem Schreiben an die Hauptschriftleitung des Stuttgarter NS-Kuriers beschwerte sich Wundt über die nicht erfolgte Berichterstattung seiner Vorträge und Aufsätze. Bereits nach der ersten Tagung der „Forschungsabteilung Judenfrage“ im November 1936 habe der NS-Kurier in seinem Bericht nur die Vorträge der Parteimitglieder Kittel und Kuhn erwähnt, seinen Vortrag jedoch „mit Stillschweigen“ übergangen. Auch einen Stuttgarter Vortrag im Januar 1937, in dem Wundt über die neuen Aufgaben der Philosophie „durch den Umschwung von 1933“ sprach, habe der NS-Kurier nicht erwähnt, obwohl Wundt „gelegentlich“ Bezieher des Blattes sei. Der Schwäbische Merkur hingegen habe einen ausgezeichneten Bericht gebracht. Über die zweite Tagung der „Forschungsabteilung Judenfrage“ sei gar kein Bericht erschienen, „nicht einmal die kleinste Notiz“, so Wundt weiter. Umso unverständlicher für Wundt, da wiederum drei Tübinger Wissenschaftler mit Vorträgen beteiligt waren, Tübingen somit jede andere Hochschule übertroffen habe. Einer vom NS-Kurier gewünschten engeren Verbindung zur Tübinger Universität seien solche Erfahrungen nicht dienlich, schloss Wundt. Eine Abschrift ließ er auch dem Rektor zukommen. Siehe Schreiben Max Wundt an die Hauptschriftleitung des NS-Kuriers in Stuttgart vom 25. Mai 1937, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).

<sup>2258</sup> Wundts antisemitische Einstellung hinderte ihn nicht, ein jüdisches Geschwisterpaar aufzunehmen, das nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 seine Arbeit verloren hatte; vgl. Schmid 1979, 163. Der Tübinger Philosoph soll sich auch für den von den Nationalsozialisten nach Paragraph 6 in den Ruhestand versetzten (der Großvater war Jude) Greifswalder Philosophen Günther Jacoby bei der Deutschen Forschungsgesellschaft für einen Druckkostenzuschuss eingesetzt haben (Vgl. Tilitzki 2002, 665f.). Wundt selbst gibt nach dem



verkündete „Herrschaft des Judentums“ schien ihm zufolge wohl erledigt, Zehntausende Juden waren inzwischen emigriert, die verbliebenen entrechtet, diskriminiert und aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Dem Philosophen kam es noch darauf an, sich dem „Einfluss des jüdischen Geistes“ entgegenzustellen. Generös erklärte er den physischen Kampf gegen die Juden für beendet und setzte sich von den antisemitischen Hardlinern unter den Nationalsozialisten ab.

Zweitens sind Ton und Wortwahl in dem kleinen Aufsatz „Das Judentum in der Philosophie“ milder als noch Mitte der 1920er Jahre. Damals sah er eine „teuflische Macht“, den „Geist der Verworfenheit“, sah Habsucht, kriechende Demut, Frechheit und Grausamkeit, Heimtücke, Falschheit und Rachgier. 1937 erkannte Wundt „nur“ angebliche Anpassung, schauspielerische Begabung und ein leeres, anschauungsloses Denken. Mit dem Gebrauch des Wortes „Wirtsvolk“ lässt Wundt jedoch beim Leser die Assoziation des „Parasiten“ aufkommen und trägt zur Festigung des Dualismus zwischen „Ariern“ und Juden bei.

Anti-jüdische und/oder anti-marxistische Reflexe lösten bei Wundt allein der Nachname „Marx“ aus. So ergriff ihn großes Unbehagen, als er bei den Verhandlungen mit dem Kröner-Verlag über die Neuauflage eines Buches vom Vater Wilhelm Wundt<sup>2259</sup> auf den Namen „Marx“ stieß. Ein Rudolf Marx<sup>2260</sup> hatte nämlich die „Einführung“ dazu verfasst. Sie hatte Kröner bei der letzten Auflage einfach hinzugefügt, ohne zuvor mit den beiden Kindern Eleonore und Max Wundt darüber gesprochen zu haben. Der Nachname hatte Max Wundt „schon damals besonders aufgeregt, und heute kann es natürlich geradezu schaden“<sup>2261</sup>, echauffierte er sich in einem Brief an seine Schwester. „Ist das nun ein Jude? Ich habe keine Ahnung von ihm. Sollen wir nun verlangen, dass die Einführung wegbleibt?“<sup>2262</sup> Die Einführung ins Werk des Vaters aber fand Wundt „nicht ungeschickt“, da Marx dessen Bedeutung gut herausgearbeitet habe. Aber auch, wenn Marx kein Jude

---

Zweiten Weltkrieg in einer schriftlichen Erklärung gegenüber dem Rektor an, er habe nie zu einer Gewaltpolitik an den Juden aufgefordert, er und seine Frau seien mit manchen Juden befreundet gewesen. Vgl. Schriftliche Erklärung Max Wundt gegenüber Rektor Hermann Schneider vom 16. Juni 1945, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).

<sup>2259</sup> Vermutlich handelte es sich hierbei um das 1915 erstmals erschienene Werk „Die Nationen und ihre Philosophie“, das bis in die 1940er Jahre mehrere Auflagen erlebte.

<sup>2260</sup> Zusammen mit dem Philologen Rudolf Marx (1899 – 1990) brachte Kröner-Verleger Wilhelm Klemm die „Sammlung Dieterich“ im Kröner-Verlag heraus. Mit dieser Reihe fühlte sich der Verlag dem Humanismus verpflichtet. Marx trat 1937 als Gesellschafter in die Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung ein, die Klemm zehn Jahre zuvor gekauft und in den Kröner-Verlag integriert hatte. Vgl. Stegmann 2011, 300f.

<sup>2261</sup> Mit „damals“ meint Wundt sicherlich eine Auflage in der Zeit der Weimarer Republik.

<sup>2262</sup> Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 26. Februar 1936, in: UAL NA Wundt/III/1716\_478/479 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt).

sei, könne man „nicht verhindern, dass er für einen Juden gehalten wird“, war Wundt überzeugt. Eine ausdrückliche Bemerkung zur Einleitung, ob Marx Jude ist oder nicht, wäre laut Wundt jedoch „sonderbar“. Da aber „diese Fragen“ (Wundt meint hier die „Judenfrage“, der Verfasser) „heute allgemein behandelt werden“, solle die Schwester „ganz offen“ mit dem Kröner-Verlagschef Klemm<sup>2263</sup> darüber reden.

Offene und codierte antisemitische Vorurteile und Ressentiments band Wundt 1940 in seine völkische und rassenideologisch fundierte „Zivilisationskritik“ ein.<sup>2264</sup> Das Christentum sei „aus nordischem Blute“<sup>2265</sup> entsprungen, behauptete er, da es sich in einem „schroffen Gegensatz“ zu seiner „jüdischen Umwelt“ befand.<sup>2266</sup> In seiner Kritik an der „Zivilisation“, die er einer positiv besetzten „Kultur“ entgegensetzte, machte der Philosoph den Hauptgrund des Verfalls in einer „Verstädterung“ aus. Da in den Städten die Arbeit allein auf Leistung, kaum aber auf ererbtem Besitz beruhe, werde keine „höhere Macht“ mehr anerkannt.<sup>2267</sup> Der durch Handel und Gewerbe emporgekommene Stand (frühere „Knechte“, die sich durch Fleiß, aber auch durch Vermischung mit der „Herrenrasse“ Gleichberechtigung erworben hatten, so genanntes „Mischblut“) erwerbe mit dem Geld die Macht, mit der Macht das Recht, die „Edelrasse“ hingegen schwinde allmählich dahin.<sup>2268</sup> In dieser „gekünstelten und überkünstelten Welt“ gebe es nur „Oberfläche“ und „Reizhunger“ mit der steten Suche nach Neuem. Dieses Leben der Städter sei ein „wurzellooses Dasein“.

Ohne die Juden ausdrücklich zu nennen, benutzt Wundt das bekannte Code-Vokabular („wurzellos“, „minderwertiges Blut“, „Mischblut“, „Mischrasse“ oder im Umkehrschluss auch „Herrenrasse“<sup>2269</sup>), um eine angebliche, von Wundt unausgesprochene „Judenherrschaft“ in den Städten zu behaupten. Die stereotyp verwendeten Begriffe suggerieren beim Leser eine Dramatisierung der „jüdischen Gefahr“, assoziative und emotional besetzte Konnotationen wie „Wucherer“ oder „Raffgier“ mögen dabei noch mitschwingen.<sup>2270</sup>

---

<sup>2263</sup> Der Dichter Wilhelm Klemm war ein Schwiegersohn von Alfred Kröner, er übernahm 1922 die Geschäftsführung des Verlages und brachte 1932 die philosophisch-ökonomischen Frühschriften von Karl Marx heraus. 1937 erhielt er Berufsverbot. Vgl. <http://www.kroener-verlag.de/verlag/>.

<sup>2264</sup> Wundt 1940a

<sup>2265</sup> Wundt 1940a, 14.

<sup>2266</sup> Wundt ist kein Einzelfall: Häufig wurde von nationalsozialistisch orientierten Philosophen und Ideologen der Ursprung des Christentums aus dem Judentum mit abwegigen Argumenten geleugnet.

<sup>2267</sup> Wundt 1940a, 49f.

<sup>2268</sup> Wundt 1940a, 44ff.

<sup>2269</sup> Nicht immer zielt Wundt auf die Juden, etwa, wenn auch die Spanier im 16. Jahrhundert eine „minderwertige Mischrasse“ im Anschluss an ihre Auswanderung nach Amerika erzeugt hätten. Vgl. Wundt 1940a, 48.

<sup>2270</sup> Vgl. zur Bedeutung und Funktion des codierten Antisemitismus Ulmer 2011, 174ff.

Zur codierten Form tritt jedoch auch offener Antisemitismus hinzu. Die „Zersetzung“ des städtischen Lebens sei „bekanntlich“ im Altertum, aber auch in der Neuzeit durch die Juden und „deren Einfluss auf ihre Wirtsvölker besonders gefördert“<sup>2271</sup> worden, denn bei den Juden sei die Verstädterung am stärksten ausgeprägt, weshalb sie diesen „schädlichen Vorgang“ besonders begünstigten. „Ursache“ sei, dass die Juden der vorderasiatischen Rasse entstammen, die der nordischen „ganz besonders fremd“ sei, sie infolge der „Zerstreuung das verschiedenartigste Blut aufgenommen“, sich so „ihren Wirtsvölkern“ angepasst und Einfluss genommen hätten. Die „Wirtsvölker“ seien hingegen durch „Rassenmischung“ geschwächt worden.<sup>2272</sup> In der „Zivilisation“ sah Wundt eine Folge der Verstädterung, die „überkünstelte Welt“ entsteht, wenn die Einheit von Tatkraft und Ehrfurcht zerbricht (wodurch allein hochwertige Leistungen aus der nordischen Rasse hervorgehen), der Mensch sich als Herr seines Daseins begreift und die Ehrfurcht gering oder gar nicht mehr achtet. „Zivilisation“ sei oberflächlich, brauche auch nur äußerlich angeeignet zu werden, während „Kultur“ den Glauben an das Ewige einschließe und innerlich erworben werden müsse.<sup>2273</sup>

Doch die Völker sah Wundt in der Gegenwart erwacht, ihre Führer setzten die Machtmittel des Staates ein, um die „drohenden Anzeichen des Verfalls“, die „Verschlechterung der Rasse“ und „die Verstädterung“ rückgängig zu machen – „das Verderben abzuwehren“.<sup>2274</sup> Eine „entscheidende Wendung im Leben der Menschheit“ entdeckte er in den Bestrebungen des Nationalsozialismus, als erster „die rassische Aufzucht und Pflege des Volkes zur obersten Aufgabe der Staatsführung gemacht“<sup>2275</sup> zu haben.<sup>2276</sup> So habe der Staat „mit großer Tatkraft

---

<sup>2271</sup> Wundt 1940a, 51.

<sup>2272</sup> Wundt 1940a, 51.

<sup>2273</sup> Wundt 1940a, 56f.

<sup>2274</sup> Wundt 1940a, 63.

<sup>2275</sup> Wundt 1940a, 63.

<sup>2276</sup> 1922 wurde der Sohn Reinhard Wundt geboren. Er war geistig behindert, aber wohl nur leicht. Er lernte Latein, konnte auch schreiben, half den Eltern oft im Garten, wie Max Wundt seiner Schwester Eleonore schrieb. Als Reinhard Wundt 13 Jahre alt war, überlegten die Eltern bereits, ihn einer Anstalt anzuvertrauen. Doch entweder seien „sie für ganz Normale oder für Pathologische, und beides ist ausgeschlossen“, so Wundt an seine Schwester. Vgl. Briefe Max Wundt an Eleonore Wundt vom 17. März 1935, 3. Juli 1935, in: UAL NA Wundt/III/1716\_470/471; 474/475 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt). Einem ärztlichen Attest vom 2. Juli 1938 zufolge war Reinhard Wundt „infolge geistiger Schwäche zeitlebens erwerbsunfähig und anstaltsbedürftig“ (Schreiben der Heil- und Pflegeanstalt Mariaberg vom 2. Juli 1938, in: UAT 126a/539, Personalakte Max Wundt). Reinhard Wundt kam nach seiner Konfirmation 1937 ins Mariaberger Heim. Zuvor erhielt er Privatunterricht zu Hause. In der Zeit der sogenannten Aktion T 4 (das „Euthanasie“-Programm der Nationalsozialisten, die 61 der 210 psychisch Kranken und geistig Behinderten von Mariaberg nach Grafeneck gebracht und dort ermordet haben) war er von 1939 bis 1941 immer mal wieder bei den Eltern, nach der T4-Aktion, ab 1941,

durchgesetzt“, dass die „Minderwertigen“ von der Fortpflanzung ausgeschlossen und „unerwünschte Verbindungen“, insbesondere mit „fremden Rassen“, verhindert werden.<sup>2277</sup> Aus völkisch-rassistischen Beweggründen rechtfertigte Wundt somit die antijüdischen nationalsozialistischen Gesetze und Übergriffe, aber auch die Erlasse gegen körperlich und geistig Behinderte und gegen „Asoziale“ (etwa Obdachlose, „Arbeitsscheue“, Landstreicher, „Zigeuner“).

Wundt war der Sterilisation und auch der Euthanasie nicht abgeneigt, selbst, wenn sie die eigene Familie betrafen. Als die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ auch an den Pflinglingen in Marienberg praktiziert wurde, brachte Anstaltsleiter Erich Kraft Sohn Reinhard Wundt „einige Wochen vor Weihnachten“ 1940 vorsorglich nach Tübingen, um ihn vor einer möglichen Vernichtung zu bewahren. Um seine Familie nicht zu beunruhigen, behielt Wundt den wahren Grund jedoch für sich. Im Januar 1941 offenbarte er sich in einem Brief seiner Schwester<sup>2278</sup>, da jetzt alles vorbei sei. Da Reinhard Wundt lediglich eine leichtere geistige Behinderung hatte, hätte Wundt mit großer Ablehnung reagiert, wenn Sohn Reinhard auf der Liste gestanden hätte, „bei voller Demenz“ jedoch hätte er „über die Sache“ mit sich reden lassen.<sup>2279</sup>

---

war Reinhard Wundt wieder in Marienberg, arbeitete dort als Gärtner und starb 84-jährig im Jahr 2005 (Nachricht per E-Mail vom Enkel Konrad Wundt vom 4. Dezember 2012 an den Verfasser).

<sup>2277</sup> Wundt 1940a, 65.

<sup>2278</sup> Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 19. Januar 1941, in: UAL NA Wundt/III/1716\_496/497 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt).

<sup>2279</sup> Wundt schrieb: „Ich weiß nicht, ob Du in Sachsen auch davon gehört hast, dass seit einigen Monaten von Staatswegen, allerdings ganz geheim – hier pfeifen es aber die Spatzen von den Dächern –, eine Aktion gegen die Irren- und Schwachsinnigen-Anstalten durchgeführt wird, um sie zu räumen, und zwar auf dem einfachsten Wege, indem man die Insassen vom Leben zum Tode befördert. Als ich zuerst davon hörte, nahm ich natürlich niemals an, dass das auch so leichte Fälle wie unsern betreffen könne. Die Durchführung ist aber hier in Württemberg sehr weit gegangen, und besonders geschieht alles auf Grund einer so oberflächlichen Prüfung, dass der Inspektor Kraft in Marienberg doch etwas Sorge hatte und Reini einige Wochen vor Weihnachten zu uns brachte. Die Aktionen in Marienberg sind nun vorbeigegangen, ohne dass nach ihm gefragt wurde; und ich glaube im Ganzen ja auch, dass er ernstlich nicht gefährdet ist. Aber die Unsicherheit ist eben scheußlich. Die Angehörigen erfahren nichts davon, ehe nicht alles vorbei ist, und dann erhalten sie einen unwahrhaftigen Brief, als wäre der Betreffende eines natürlich (!) Todes gestorben. Die schlimmste Zeit habe ich für mich allein abgemacht, ohne Senta etwas zu sagen, bis entschieden war, dass er nicht auf der betreffenden Liste stand. [...] Ich habe mich bei verschiedenen Stellen erkundigt; Genaueres wusste niemand. Und so war der Hauptindruck doch der großer Unsicherheit, wenn die Sache zunächst auch hier in Württemberg abgeblasen sein soll. Wir haben uns daher entschlossen, ihn zunächst hier zu behalten, bis man etwas klarer sieht. [...] Sonst würde ich ganz gern hören, ob man in Sachsen ähnliches erfährt, und ob dort eine gleiche Aktion im Gange ist. Sie soll sich übrigens auf die Schrift von Binding und Hoche über Vernichtung lebensunwerten Lebens stützen. Meiner Erinnerung nach hat sie Papa besessen. Solltest Du sie haben, wäre ich für Übersendung dankbar. Selbstverständlich lässt sich über die Sache bei voller Demenz reden; aber die jetzt eingeschlagene Methode kann ich allerdings nicht billigen. Und es ist schon ein toller Gedanke, dass man drei Söh-

Nahezu ideologiefrei ist Wundts Werk „Ewigkeit und Endlichkeit“<sup>2280</sup>. Sein christlicher Liebesbegriff bezog die Nächstenliebe ursprünglich zwar „auf die Nächsten, auf die uns durch Blut, Boden“<sup>2281</sup>, Beruf Verbundenen.“<sup>2282</sup> Doch in den verschiedensten Lebenssituationen „können uns die Fernsten die Nächsten werden“. Denn die tätige Anteilnahme am Unglück und Leiden gehöre zur Nächstenliebe, sei aufbau-

---

ne im Felde hat, und dann für den vierten sorgen muss, dass er einem von Staatswegen umgebracht wird!“ Brief Max Wundt an Eleonore Wundt vom 19. Januar 1941, in: UAL NA Wundt/III/1716\_496/497 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt). Von den drei Söhnen Wundts, die als Soldaten an der Front dienten, wurde August seit November 1941 vermisst. Vgl. Brief Max Wundt an Leonore Wundt vom 30. November 1941, in: UAL NA Wundt/III/1716\_502/503 (Universitätsarchiv Leipzig, Briefe Max Wundt). In Marienberg wurden 60 Zwangssterilisierungen durchgeführt, die ersten „grauen Busse“ fuhren am 1. Oktober 1940 aus Marienberg ab und brachten die Pflinglinge zur Vernichtung nach Grafeneck. Ursprünglich war die Zahl auf 97 angesetzt, die Anstaltsleitung konnte durch Verhandlungen mit dem Württembergischen Innenministerium die Zahl auf 56 reduzieren. Am Tag der Deportation wurden noch einmal 15 Pflinglinge von der Liste gestrichen. Eine zweite Deportation erfolgte am 13. Dezember 1940. Die Anstaltsleitung erreichte, dass zehn der 30 angeforderten Pflinglinge von der Liste gestrichen wurden. Vgl. Stöckle o.J., 2ff. (<http://www.menschenfolter.de/PDF/Marienberg-Nationalsozialismus.pdf>). Siehe zur „Aktion T4“ in Grafeneck: Stöckle 2012. Vermutlich hatte Kraft Reinhard Wundt kurz vor dieser zweiten Deportation nach Tübingen gebracht.

<sup>2280</sup> Wundt 1937c. In diesem Werk fasst Wundt die Ergebnisse seiner in 25 Jahren gehaltenen Vorlesungen über Metaphysik, Logik, Ethik und Ästhetik zusammen. Er vermied dabei Fremdwörter, sämtliche Begriffe hat er ins Deutsche übersetzt. So wird die Philosophie zur „Weisheitslehre“, das „Gesetz der Identität“ als eines der vier Denkgesetze wird zum „Gesetz der Nämlichkeit“ (Wundt 1937c, 125). Erkenntnistheoretisch steht das Werk dem Neuidealismus nahe, im erkenntnistheoretischen Teil übernimmt er existenzphilosophische und lebensphilosophische Anleihen. Wie in der Weimarer Republik kennzeichnet er die Freiheit nur positiv als „Freiheit zu“, die negative „Freiheit von“ (etwa Zwang, Willkür) lässt er nicht gelten. An Martin Bubers „Ich und Du“ erinnert sein Verhältnis des Einzelnen zum Mitmenschen, den er in einem „übergreifenden Wir“ (Wundt 1937c, 172) aufgehoben sieht. Die wechselseitige Beeinflussung vom Einzelnen und von der Gemeinschaft ist jedoch keiner Gleichwertigkeit geschuldet. Letztendlich muss sich der Einzelne der Gemeinschaft fügen wie auch dem Staat, der sittliche und verpflichtende Macht ist. Die Pflicht des Einzelnen gegenüber Staat und Gesellschaft begründete Wundt nicht nur als Gebot der menschlichen Vernunft, die Pflicht ist „gottgesetzt“ (Wundt 1937c, 204), der Staat gottgewollt. Die autoritäre und hierarchisch geschichtete Gesellschaft klingt an Wundts autoritäres Staatsverständnis in der Weimarer Republik an, das christliche Element betont er jedoch stärker. Die christlich verstandene Liebe, Ehrfurcht, Pflicht und Ehre (Kants Würde, so Wundt) sind grundlegende Voraussetzungen einer nach Wundt geformten Gesellschaft. Seine ästhetischen Vorstellungen sind von einem konservativen bildungsbürgerlichen Kunst- und Kulturbegriff geprägt. In diesem Werk redet der Philosoph weder einer rassegebundenen Philosophie noch einem Antisemitismus das Wort. Niemand der von Wundt für die Untermauerung seiner Thesen angeführten Wissenschaftler und Künstler kommt aus dem deutsch-nationalen oder gar völkischen Umfeld, Wundt würdigte Auguste Rodin, den „große[n] französischen Bildhauer“ (Wundt 1937c, 223).

<sup>2281</sup> Blut und Boden sind in diesem Werk keine zentralen Begriffe, sie kommen lediglich zweimal vor. So erwachse der sittliche Geist laut Wundt aus der natürlichen Lebensgemeinschaft, die in der Gemeinschaft des Blutes und oft auch in der Gemeinschaft des Bodens begründet sei. Doch die Glieder eines Volkes seien „blutsverwandter, als sie oft selber noch wissen“ heißt es dann etwas schwammig (Wundt 1937c, 176).

<sup>2282</sup> Wundt 1937c, 209.

ende Förderung, indem sie schaffende Kräfte im Anderen wecke und erhalte. Zur Nächstenliebe gehöre die sorgende wie die erziehende Liebe, auch die Feindesliebe könne Teil der Nächstenliebe sein.

Weder Juden noch Behinderte oder „Asoziale“ werden von Wundt explizit als Adressaten der Nächstenliebe genannt. Daher sollen seine Auslassungen nicht überbewertet werden. Doktrinär hielt er in einem späteren Werk Ernst Cassirer vor, er habe in seinem Werk über die Philosophie der Aufklärung Deutschland als unselbstständigen Anhang von Westeuropa beschrieben und er sei ein „Schulbeispiel“, „wie wir von jüdischer Seite um unsere eigene Vergangenheit gebracht wurden.“<sup>2283</sup> Im selben Aufsatz über Christian Wolff verknüpfte er den Rassegedanken mit einem natürlichen Hang zum Rationalismus, wenn er behauptet, die ausschließliche Erkenntnis der Welt nach vernunftgemäß aufgestellten Gesetzen sei „eine einseitige Übersteigerung, in der sich auch die Rasse Spinozas verrät.“<sup>2284</sup> Rasse ist folglich Grundlage des Denkens.

#### 4. Grundlegung einer „Völkischen Philosophie“

Eine völkisch verstandene Philosophie zieht sich wie ein roter Faden durch die zwölf nationalsozialistischen Jahre Wundts. Seine Ansätze in der Weimarer Republik hat er seit 1933 weiterverfolgt, sie münden 1944 in eine systematische Darstellung der deutschen Philosophen „in Stamm und Rasse“. Im Philosophischen Wörterbuch von 1943 wird Wundt als „ausgeprägt völkisch gerichteter Vertreter eines deutschen Idealismus“<sup>2285</sup> bezeichnet.

Noch stark von der „Kampfzeit“ in der Weimarer Republik ist der kleine Aufsatz über „Platon als völkischer Denker“<sup>2286</sup> geprägt. Wie andere am Nationalsozialismus orientierte Philosophen suchte auch Wundt, den antiken Denker zur Begründung der eigenen Vorstellungen zu vereinnahmen.<sup>2287</sup> „Selbstsucht“, der „furchtbare Streit der Parteien“ und der „Wahn der allgemeinen Gleichheit“ hatten Wundt zufolge

---

<sup>2283</sup> Wundt 1941, 230.

<sup>2284</sup> Wundt 1941, 240. Angelegt sei dieses Denken aber schon bei Descartes.

<sup>2285</sup> Schingnitz/Schondorf 1943, Stichwort Wundt, Max, 631.

<sup>2286</sup> Wundt 1934. Am Beginn des Aufsatzes konstruierte Wundt einen engen Zusammenhang zwischen Humanismus und dem völkischen Gedanken, führte Herder, Schiller und Humboldt an, die beides verbunden hätten. Die laut Wundt von Schiller herausgestellte Einheit von Staat und Volk, Einzelem und Gemeinschaft weise auch wesentliche Züge des klassischen Volkstums in der Antike auf, die Wundt auf eine „enge Verbindung“ zwischen dem völkischen und klassischen Geist schließen ließ. Vgl. Wundt 1934, 124f.

<sup>2287</sup> Die Platon-Deutung sollte zur Legitimation des NS-Staates beitragen. Siehe zur Platon-Rezeption im Nationalsozialismus: Orozco 1994.

den antiken griechischen Staat „zersetzt“.<sup>2288</sup> Dagegen habe Platon opponiert und analysiert, dass der Niedergang des griechischen Volkes durch den Niedergang der Rasse bedingt worden sei, griechisches Blut sei nicht mehr „rein gehalten“<sup>2289</sup> worden, durch die Mischung der Bevölkerung seien Menschen fremden Volkstums und fremder Rasse in Staat und Gesellschaft emporgekommen. So habe Platon die „Wiederherstellung des reinen Blutes“ gefordert, denn ein Volk solle sich als „Blutgemeinschaft wissen“.<sup>2290</sup> Wundt stellt hier Platon als Rassetheoretiker vor, den er für eine aktuelle politische Praxis funktionalisiert. Ebenfalls sei eine strenge ständische Gliederung des Volkes notwendig, in der jeder nach seiner Geburt, Anlage und Begabung den ihm zugewiesenen Platz im Ganzen des Volkes erhalte. Da der Krieg der höchste Sinn des Staates, der kriegerische Sinn eine der stärksten Wurzeln des Volksbewusstseins sei, müsse der Staat „aus dem Fronterlebnis“<sup>2291</sup> erneuert werden. Platon habe auch der Arbeit den ihr wichtigen Platz eingeräumt, später auch den Wert der Familie anerkannt, Platon müsse als erster völkischer Denker genannt werden. Dessen Gedanken seien lebendig und gegenwärtig. Weil „Deutschtum“ und „Griechentum“ nach Wundt stammesverwandt zusammengehörten, wollte Wundt im Namen Platons auch die Erneuerung des deutschen Volkes nach seinem von ihm zurechtgerückten antiken Vorbild in die Praxis umsetzen. Wundt fand seine autoritären und ständestaatlichen Vorstellungen sowie das Gemeinschaftsprinzip verherrlichende Ideologeme in Platons Werken reichlich bestätigt.

Spekulativen Idealismus und völkische Philosophie suchte Wundt in seinem Plotin-Aufsatz zusammenzubringen.<sup>2292</sup> Darin beleuchtete er das Verhältnis einer „germanischen“, insbesondere einer „deutschen Philosophie“ zur griechischen Philosophie. „Deutsches Wesen“ hätten die Deutschen stets im Gegensatz und im Zusammenhang mit dem „antiken Wesen“ begriffen. Während das griechische Denken „das Beharrende“ suche, strebe „deutsches Denken“ seit Meister Eckehart zum Tun, das niemals befriedigt über sich selbst hinaus gehe und auf Unendlichkeit gerichtet sei.<sup>2293</sup> Dem Tun liege der Wille zugrunde, ein unaufhörlicher Drang, das Gegebene zu überschreiten. So sei die deutsche Entwicklung gekennzeichnet durch die Spannung zwischen der „angeborenen Art“ einer nie rastenden Bewegung des eigenen Innern und der Suche nach Ruhe, nach Form, die von den Griechen begründet worden sei. Doch nicht von Platon, sondern vom Neuplatonismus habe der germanische Geist die entscheidenden Anregungen erfahren, aus

---

<sup>2288</sup> Wundt 1934, 126.

<sup>2289</sup> Wundt 1934, 126.

<sup>2290</sup> Wundt 1934, 126.

<sup>2291</sup> Wundt 1934, 127.

<sup>2292</sup> Wundt 1934/35.

<sup>2293</sup> Wundt 1934/35, 272.

dieser Verbindung sei dann die deutsche Philosophie entstanden. Die „Wahlverwandtschaft“ sah Wundt zuerst im Gedanken des Ungegebenen, dem letzten Grund allen Seins, der bei Plotin erahnt, von den Germanen und den Deutschen zum Mittelpunkt ihrer „eigenen Wesensart“ erkannt worden sei.<sup>2294</sup> Zu diesem Ungegebenen dringe unabhängiges Schaffen und ewiges Zeugen schließlich vor, Selbsterkenntnis des Geistes sei das große Ziel.

Nationale Hybris auf völkischer Grundlage bietet Wundt in seinem Aufsatz „Kant und der deutsche Geist“<sup>2295</sup>. Es ist der Versuch, die Deutschen für den neuen Staat und dessen weltumspannende Ziele zu motivieren, verbrämt im philosophischen Gewand. Der Philosoph beschreibt darin die Rezeption Kants in den vergangenen 150 Jahren.<sup>2296</sup> Sämtliche Kant-Bilder der Vergangenheit gehörten jedoch in die Gegenwart hinein, so Wundt: Der „Wecker zur Freiheit“, der „Mahner zur Wirklichkeit“ und der „Verkünder des Ewigen“<sup>2297</sup>. Denn der Ruf zur Erneuerung sei an alle Deutschen ergangen, ein neuer Glaube an die deutsche Zukunft habe sie ergriffen.<sup>2298</sup> So brauche man den „ganzen Kant“, denn „der Tag des Deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit“<sup>2299</sup>, zitiert Wundt ein Schiller-Wort, das bei so manchem ein Sendungsbewusstsein entfachte und das Ziel deutscher Geschichte mystisch verklärte. Auf dem Weg dorthin aber müsse die Freiheit – „wie einst das Hochziel aller Deutschen“<sup>2300</sup> – errungen werden, konk-

---

<sup>2294</sup> Wundt 1934/35, 276f.

<sup>2295</sup> Wundt 1936c.

<sup>2296</sup> Wundt hebt Schiller und Fichte hervor, die erst den „wahren Sinn“ (Wundt 1936c, 108) von Kants Freiheitsbegriff herausgearbeitet hätten, der den Menschen über sein Schicksal heraushebe, indem der Geist bestimmt sei, die Welt zu beherrschen und in „freier Tat die Wirklichkeit zu gestalten“ (Wundt 1936c, 108). Das „Übersinnliche“ wird hier Bezugspunkt zum „Reiche des Ewigen“ (Wundt 1936c, 109), wo die Tat nur nach der Gesinnung, nicht nach Erfolg oder Misserfolg gewertet werde. Dieser „im innersten Grund männlich deutsche[n] Weltanschauung“ mit ihrer „heldische[n] Gesinnung“, ihrer „höhere[n] Welt und der „ewige[n] Macht“, die „völlige Hingabe des Menschen bis zum Tode“ fordere, habe allerdings das „schwächliche Glücksstreben der Aufklärung“ (Wundt 1936c, 109) entgegengestanden. Dennoch habe sich der Kant'sche Freiheitsgedanke erhalten können, er beseele sogar die „große völkische Bewegung der napoleonischen Zeit“ (Wundt 1936c, 110). Kant sei ebenfalls zum „Führer“ geworden, als Positivismus und Materialismus sich ausgebreitet hätten, denn da habe er die „Lehre von der Erfahrungserkenntnis“ (Wundt 1936c, 111) begründet, einer Erkenntnis, die über die bloße Verstandeserkenntnis hinausgehe und Ergebnis einer schöpferischen Vernunfttätigkeit sei. Der Neukantianismus aber habe die Metaphysik verdrängt, der kantische Pflichtbegriff den Zusammenhang mit dem Übersinnlichen durch „das schlichte Du Sollst!“ (Wundt 1936c, 112) verloren. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts sah Wundt wieder ein neues Kantbild emporsteigen, das den Sinn der Welt in einem höheren, über die Erfahrung hinaus weisenden Zusammenhang sehe. Diese neue Wendung zur Metaphysik sei „in Wahrheit“ eines der Hauptanliegen Kants gewesen. So müsse die Metaphysik das Denken auf Ideen hinleiten, dann erst dringe man zu Kant vor.

<sup>2297</sup> Wundt 1936c, 116.

<sup>2298</sup> Wundt 1936c, 115f.

<sup>2299</sup> Wundt 1936c, 115.

<sup>2300</sup> Wundt 1936c, 116.



ret: „Freiheit von außenpolitischen Bindungen<sup>2301</sup> und Freiheit von geistiger Überfremdung“. Der „Drang zur Freiheit“, zur selbstständigen Bestimmung des deutschen Lebens, habe auch heute die Begeisterung für eine Erneuerung des deutschen Wesens entfacht. Diese Begeisterung müsse erfüllt sein vom Glauben an eine in der Welt sich auswirkende ewige Macht, die allem menschlichen Dasein erst seinen höheren Sinn und seinen wahren Adel verleihe. Mit Unterstützung des metaphysisch gewendeten Kant soll das erneuerte deutsche Wesen der Welt ihren Sinn nahebringen.

Einen Vorgriff auf die Systematik der deutschen Philosophen nach „Stamm und Rasse“ unternahm Wundt in seinem Aufsatz „Kants Ahnenerbe“<sup>2302</sup>, wonach „Blut“ und „Rasse“ als biologische Grundlage den Geist bestimmen. In der Blut-und-Boden-Ideologie Wundts verbinde die Menschen nicht nur der „gemeinsame Boden“, sondern „meistens auch die Gemeinschaft des Blutes“<sup>2303</sup>. Da die Ehen gewöhnlich innerhalb derselben Landschaft geschlossen würden, bildeten sich bestimmte Anlagen immer stärker heraus, wodurch die Unterschiede der deutschen Stämme „in Gemüts- und Denkart“ entstanden seien. Infolge Wanderbewegungen zeigten sich jedoch „immer wieder neue und fremdartige Blutseinflüsse.“<sup>2304</sup>

„Kants Ahnenerbe“ speise sich daher aus drei Quellen: der schottischen Abstammung väterlicherseits, einem preußischen „Einschlag“ nach der Einwanderung der Familie ins Memelgebiet und der fränkischen Herkunft der Mutter.<sup>2305</sup> Daraus müsse die Art der geistigen Begabung erklärt werden, sind doch die verschiedenen Stämme am bedeutsamsten, „deren Blut in Kant zusammengeflossen“<sup>2306</sup> seien. In der schottischen Abstammung sah Wundt eine scharfe kritische Begabung und nüchterne Verstandeshelle bei Kant<sup>2307</sup>, preußisch sei „zweifellos

---

<sup>2301</sup> 1936 kündigte Hitler die Verträge von Locarno und ließ Anfang März das entmilitarisierte Rheinland besetzen. Damit wurden wichtige Klauseln des Versailler Vertrages von den Nationalsozialisten revidiert.

<sup>2302</sup> Wundt 1938/39.

<sup>2303</sup> Wundt 1938/39, 191.

<sup>2304</sup> Wundt 1938/39, 191.

<sup>2305</sup> Wundt 1938/39, 192. Da „der eigentliche Mutterboden philosophischer Köpfe“ mehr in Süd- und Mitteldeutschland liege, war Wundt bemüht, auch die Vorfahren von Kants Mutter anzuführen. Er wurde beim Großvater des Großvaters mütterlicherseits fündig, der von Tübingen aus nach Nürnberg ausgewandert sei, ein genauer genealogischer Zusammenhang sei jedoch nicht nachzuweisen. Dann aber behauptete Wundt: „So sind die Reuters (die Familie der Mutter, der Verfasser) also ursprünglich Schwaben“, die nach ihrer Einwanderung nach Nürnberg „aber sehr viel fränkisches Blut in sich aufgenommen“ hätten. Auf eine allzu städtische Abstammung ließen sich Wundt zufolge auch so manche städtische Züge Kants zurückführen, etwa seinen zarten Körperbau, seine Bescheidenheit, seine Abneigung gegen Streit oder die große Beweglichkeit des Geistes. Vgl. Wundt 1938/39, 193.

<sup>2306</sup> Wundt 1938/39, 193.

<sup>2307</sup> So habe sich Kant stets der entscheidenden Einwirkungen des schottischen Philosophen David Hume (1711 – 1776) erinnert. Bei den Engländern habe die Philoso-

der Pflichtbegriff“ und die Heiterkeit, die „Neigung für Kunst und Bildung“ sei durch alemannisches und fränkisches Blut bedingt. Wundt schlussfolgerte, dass „die drei Blutströme“ in Kants drei großen kritischen Werken ihren Ausdruck fanden: Die „Kritik der reinen Vernunft“ weise auf das schottische Erbe hin, die „Kritik der praktischen Vernunft“ mit dem Kategorischen Imperativ sei „ganz preußisch“, und die „Kritik der Urteilskraft“ erinnere an das Nürnberger Erbe.<sup>2308</sup>

Das Ewige im Endlichen zu erhalten, offenzulegen, darin liegt Wundt zufolge der Sinn der Geschichte. Ohne diesmal auf Kant zu rekurrieren, verfolgte der Philosoph den Aufstieg und Abstieg der Völker in der Geschichte und entwickelte mit seiner Mischung aus völkischer Ideologie, codiertem und offenem Antisemitismus, einer Kritik an der „Zivilisation“, verbunden mit einem anti-egalitären Bildungsbegriff und einer romantisierend verklärenden Betrachtung des Landlebens eine idealistisch-religiöse Auffassung vom Sinn der Geschichte.<sup>2309</sup> In dem bereits angeführten Werk, in dem Wundt die Juden für eine angebliche Verschlechterung der Rasse und den geistigen Niedergang des deutschen Volkes verantwortlich machte, griff Wundt bereits früher bearbeitete Themenbereiche (griechische und römische Antike, christliche Offenbarung) heraus, fokussierte sein Werk jedoch auf die Rasse als wichtigste Voraussetzung der Geschichte.<sup>2310</sup>

Dabei ist die biologistische Voraussetzung nicht von Beginn an gegeben, die „nordische Rasse“ sei vielmehr in den Gefahren der Eiszeit „hochgezüchtet“ worden, Umweltbedingungen also haben Wundt zufolge Menschen hervorgebracht, die sich „mit großer Kraft des Leibes“, „mit zäher Ausdauer im Ertragen von Anstrengungen“<sup>2311</sup> gegen die unwirtliche Natur behauptet hätten. Sie zeichnete „gewaltige Willenskraft“, Mut, Tatkraft, Entschlossenheit aus, aber auch „die Wut des Kampfes“ sowie durch den Kampf gegen die Natur gewonnene geistige Qualitäten – das vorausschauende Denken und das Nachdenken.

---

phie Humes aber zur Aufklärung geführt, bei den Schotten sei das religiöse Empfinden „lebhafter“ gewesen. Vgl. Wundt 1938/39, 193.

<sup>2308</sup> Wundt 1938/39, 194.

<sup>2309</sup> Wundt 1940a. Der Kölner NS-nahe Philosoph Heinz Heimsoeth, Vorstandsmitglied und Herausgeber der „Blätter für Deutsche Philosophie“, lobte das Werk Wundts in seiner Rezension. Es sei „von hohem philosophischen Gewicht“ und biete „in Wahrheit den Entwurf und ein ganzes Programm zu einer neuen Geschichtsphilosophie“. Das ganz besondere Verdienst der Schrift sei, dass Wundt „das Thema der Rasse hier wirklich grundsätzlich in den Zusammenhang der historischen Erfahrungen und der geschichtsphilosophischen Deutung gestellt“ habe. Heimsoeth 1941/42, 199.

<sup>2310</sup> Um den Fächern Biologie und Geschichte nicht allein das Feld zu überlassen, die Philosophie in den Rasse-Diskurs einzubringen, will er auch von Philosophenseite der „heute so dringenden Frage“ besondere Aufmerksamkeit widmen. Schließlich habe die Philosophie das Recht, in solchen Grundfragen mitzusprechen. Vgl. Wundt 1940a, 7 (Vorrede).

<sup>2311</sup> Wundt 1940a, 17.

„Tatkraft“ habe sich stets mit „Ehrfurcht“ verbunden, dem „Mut zur Demut“, dem Glauben an eine weltüberlegene Macht.<sup>2312</sup>

Als das Eis sich zurückzog, erwachte die Freiheit des Menschen, denn der Kampf gegen die Natur wich ihrer Bearbeitung, so Wundt. Durch die Auswanderung „edelrassiger Bauer[n]“<sup>2313</sup> verbreitete sich das Erbgut über die Erde und vermischte sich mit anderen Stämmen, etwa den griechischen und italienischen, wodurch hochstehende Kulturen entstanden seien. So erklärt sich laut Wundt auch die „Einheit rassischen Erbgutes“<sup>2314</sup> von Griechen, Römern und Germanen. In späteren Jahrhunderten sei noch die Entwicklung der Städte (sie wurden erst später Stätte des kulturellen Verfalls) als fördernd für die Individuen hinzugekommen, was eine Steigerung der Erbanlagen bis hin zum Genie mit sich brachte. Da sich laut Wundt hochstehende Rassen aber mit niederen Rassen gemischt hätten, habe in dieser Vermischung stets auch der Keim des Untergangs gelegen<sup>2315</sup>, „Herrenblut“<sup>2316</sup> sei in den Stand der Knechte gesickert, die „Edelrasse“<sup>2317</sup> sei allmählich dahingeschwunden. An diesem Niedergang seien stets – wie oben bereits ausgeführt – auch die Juden beteiligt gewesen.

Einem drohenden Niedergang des deutschen Volkes wollte Wundt entgegentreten. Er plädierte daher für die Aufzucht des Volkes nach dem Vorbild der „Wiedervernordung“ des Rasseforschers Günther. Auf eine gute rassische Lebensgrundlage müsse eine gute Erziehung folgen, die Landbevölkerung müsse in die Stadt ziehen und den städtischen Geist wieder mit ursprünglichem Leben erfüllen. Aber auch die verlorene Ehrfurcht müsse wieder hergestellt werden. Am Schluss des Werkes teilt Wundt die Geschichte nicht nach Altertum, Mittelalter und Neuzeit ein. Die Frage nach dem Sinn von Geschichte müsse anders beantwortet werden, wenn die Rasse ihre Ursache ist. Dieser Sinn der Geschichte sei das „Unsterbliche“, das „Ewige“, der „göttliche Wesensgrund der Welt“, „die Offenbarung Gottes“. Als „ewige Werte“ erscheinen sie Wundt als Freiheit und Recht, als Schönheit und Weisheit. Sie habe die gleiche Rasse in den unterschiedlichen Zeiten hervorgebracht.<sup>2318</sup>

---

<sup>2312</sup> Wundt 1940a, 19.

<sup>2313</sup> Wundt 1940a, 25.

<sup>2314</sup> Wundt 1940a, 15. Wundt sieht zwar auch die Chinesen und Inder als Hochkultur, sein Hauptaugenmerk aber gilt der griechischen und römischen Antike sowie abgeschwächt etwa der Renaissance, dem England Elisabeths I. sowie dem Deutschland im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert – und natürlich dem Deutschen Reich der Gegenwart.

<sup>2315</sup> „Edles“ darf sich nur mit „Edlem“ verbinden, eine „dauernde Vielmischerei“ führe immer zum Verfall. Wundt 1940a, 31.

<sup>2316</sup> Wundt 1940a, 43.

<sup>2317</sup> Wundt 1940a, 49.

<sup>2318</sup> Wundt 1940a, 72ff.

Nicht zuletzt ist für Wundt die Bildungspolitik mitentscheidend.<sup>2319</sup> Er hatte – wie im Kapitel über die Weimarer Republik ausgeführt – schon 1928/29 den „sittlichen Niedergang“ durch den „Verlust hochwertiger Erbmassen“ und die „schlechte Pflege der Hochwertigen“ in Deutschland beklagt. Bemerkenswert, dass er 1940 diese Kritik wieder aufnahm, mit seinem aristokratisch-großbürgerlichen Bildungsideal setzte er sich dem von allen zu erfüllenden nationalsozialistischen Bildungsanspruch (Leibeserziehung, „Wehrtüchtigung“, politische Indoktrination) entgegen. Der „Bildungswahn“ und das „Berechtigungswesen“ seien eine unglückliche Verbindung eingegangen, „die Vielen“ lernten zu viel, kämen dadurch zu spät in eine Berufsausbildung, in eine selbstständige Stellung, zu Heirat und Kindern. Die „Wenigen“, „die zur Einsicht Berufenen“ würden zu wenig lernen, da sich das Schulniveau den „Vielen“, den „Schwachen“ anpasse und somit sinke. Wundt forderte den „Abbau des Berechtigungswesens“<sup>2320</sup>, stattdessen eine Belebung der oberen Volksschulklassen und einer Mittelstufe, der früheren Realschule, hingegen Aufbau der höheren Schulen mit geringerer Schülerzahl. So könne „der böse Zustand“<sup>2321</sup> überwunden werden.

Orientiert am Werk über die Philosophie an der Universität Jena veröffentlichte Wundt 1944 seine in den vorausgegangenen Jahren gewonnenen Erkenntnisse über Rasse, Stamm und philosophischer Richtung. Deutlich ist hier – wie auch schon in seinen Vorarbeiten über Rasse und Geschichte oder über Kants Ahnenerbe – sein Bemühen um eine „Verwissenschaftlichung“ seiner Rassevorstellungen. „Die Wurzeln der deutschen Philosophie in Stamm und Rasse“ galten Wundt als Quintessenz rassephilosophischer Forschungen.<sup>2322</sup> „Rassetheoretisch“ standen ihm die beiden Tübinger Professoren Gerhard Pfahler und Wilhelm Gieseler beratend zur Seite, schrieb er im Vorwort. In einem Anhang zeigte er Karten mit den Geburtsorten der Scholastiker, Aufklärer und Romantiker sowie die Verteilung von Haut-, Haar- und Augenfarbe in Mitteleuropa. Anhand einer Tafelsammlung mit 111 Bildnissen von Philosophen demonstrierte Wundt körperliche Merkmale und schloss auf deren vermeintliche Rasse-Herkunft. Immanuel Kant etwa wird folgendermaßen beschrieben: „Augen blau, Haar blond, Haut rosig. Nordisch mit leichtem dinarischem Einschlag.“<sup>2323</sup>

Wundt wollte mit seiner Arbeit beweisen, dass die Mannigfaltigkeit der deutschen Philosophie von 1590 bis zum Tode Hegels 1831 (also rund 250 Jahre) in jener Mannigfaltigkeit wurzele, die sich in den ver-

---

<sup>2319</sup> Wundt 1940a, 67ff.

<sup>2320</sup> Wundt 1940a, 68.

<sup>2321</sup> Wundt 1940a, 69.

<sup>2322</sup> Wundt 1944c. Siehe dazu auch Hantke 2010a, 408f.

<sup>2323</sup> Wundt 1944c, 16. Tafel (ohne Seitenangabe).

schiedenen Stämmen und Rassen offenbart habe.<sup>2324</sup> Da die Wissenschaft bislang keine deutliche Antwort darauf gegeben habe, wollte er „die großen Grundhaltungen deutschen Philosophierens aus dem Lebensboden unseres Volkes in Stamm und Rasse“<sup>2325</sup> herleiten, sich wohl bewusst, „dass nicht jeder Teil der philosophischen Lehrgebäude aus den stammlichen und rassischen Voraussetzungen erklärt werden“<sup>2326</sup> könne. Zwischen Anlage und Umweltbedingungen müsse unterschieden werden. Dennoch: Die Rasse bestimme den Geist und das Psychische. Das Zusammentreffen der hellen (blonde Haare) mit der dunklen europäischen Rasse (braune Haare) habe den Boden für die philosophische Weltbetrachtung bereitet und in Deutschland einen „Dreiklang Nordisch-Fälisch-Dinarisch“ hervorgebracht. Das „recht eigentlich Deutsche“ erblickte Wundt in der „nordisch-dinarischen Mischung“<sup>2327</sup>, die sich zu hohen Leistungen fähig erwiesen habe. Diese Vereinigung sei einer glücklichen Fügung des Schicksals zu verdanken, in deren Folge sich die überlegene Begabung des deutschen Volkes über alle anderen neueren Völker zeige. Dadurch sei die deutsche Philosophie in für andere Völker unerreichbare Höhen emporgeschritten. Da in einem Volk stets verschiedene Möglichkeiten schlummeren, gehe es immer darum, welcher „Menschenschlag“ sich durchsetzen könne. So seien die drei Zeitalter der deutschen Philosophie von einem jeweils anderen „Menschenschlag“ geprägt.<sup>2328</sup>

Wundts Blut- und Bodenphilosophie (das Blut ist für ihn das innere, der Boden das äußere Band) unterteilte die drei von ihm untersuchten philosophischen Richtungen (die deutsche Scholastik des 17. Jahrhunderts, die Aufklärung und die Romantik) nach Geburtsorten ihrer Vertreter. Wundt sah sie sich „stammlich und rassisch deutlich“<sup>2329</sup> voneinander abheben. Die Linie verlief ihm zufolge auf der Grenze des „germanischen Stammlandes“ und des „ostdeutschen Siedellandes“. Die Scholastiker verortete er im „Stammland“, die Aufklärer im „Siedelland“. Zwar hätten beide dieselben Lebensgrundlagen, beide seien dem „nordischen Rassetum entsprungen“<sup>2330</sup>, doch das „Fälische“ sei in beiden philosophischen Richtungen in unterschiedlicher Ausprägung vorhanden.

Ganz anders hingegen die Romantiker. Ihre Linie ließ Wundt in der Schweiz beginnen, er zog sie durch Südwestdeutschland bis hin zur Lausitz. Bei den Romantikern hätten „helle und dunkle Rassen“ einen

---

<sup>2324</sup> Wundt 1944c, 24.

<sup>2325</sup> Wundt 1944c, 11f.

<sup>2326</sup> Wundt 1944c, 19.

<sup>2327</sup> Wundt 1944c, 76.

<sup>2328</sup> Wundt 1944c, 132.

<sup>2329</sup> Wundt 1944c, 132.

<sup>2330</sup> Wundt 1944c, 52.

etwa gleichen Anteil am Aufbau der Gesamtbevölkerung. Zumeist seien diese Denker „von nordisch-dinarischer Prägung“, wobei auch hier die jeweiligen Anteile unterschiedlich hoch sein könnten und somit die Denkhaltung nach der einen oder anderen Seite abweichen könne. In der „nordisch-dinarischen Mischung“ lag für Wundt das eigentlich Deutsche. Somit wurde von ihm auch die Romantik als die eigentlich deutsche Philosophie herausgehoben, während Scholastik und Aufklärung trotz der deutschen Züge doch europäische Bewegungen seien.<sup>2331</sup>

Es ist nicht anzunehmen, dass Wundt seine rassetheoretischen Vorstellungen aus Opportunismus konstruiert hat. Der Philosoph hatte ein hohes Selbstbewusstsein, das es nicht nötig hatte, sich durch allzu bereitwillige Anpassung an nationalsozialistische Ideologeme Vorteile zu verschaffen oder sich durch bewusste Unterordnung Duldung oder Wohlwollen der NS-Instanzen zu sichern. Auch wog seine Abneigung gegenüber Parteipolitik zu schwer, um ihr unterwürfig dienstbar zu sein. Wundt war im völkischen Lager fest verankert, seine Stellung als Tübinger Ordinarius war nicht gefährdet. Seine Selbstsicherheit grenzte mitunter an Selbstherrlichkeit, die durchaus mit dem Nationalsozialismus nicht-konforme idealistisch-religiöse Philosopheme behauptete, die Philosophie als allen anderen Fächern übergeordnete „Weisheitslehre“ postulierte und beanspruchte, den Philosophen im Sinne einer platonischen Schau- und Seher-Mystik als Deuter des Guten, Wahren und Schönen zu positionieren. So muss auch der Rasse-Begriff von Wundt gesehen werden. Er beanspruchte „Wahrheit“ und reichte bis in die von ihm vertretene metaphysisch-religiös aufgefasste „Weisheitslehre“ hinein, die am Schluss des Kapitels als idealistisch-mythologische Weltanschauung charakterisiert wird.

Auch Gutachter Theodor Steinbüchel, der im Juni 1945 im Entnazifizierungsverfahren über Wundt urteilte, kommt zum Ergebnis, der Philosoph habe eine „die Opportunität und den Kompromiss ablehnende“<sup>2332</sup> Haltung eingenommen. Er sei „von früh auf für den Wert des Völkischen eingetreten“, in der völkischen Bewegung, die sich vom Ersten Weltkrieg bis zum Nationalsozialismus verfolgen lasse, habe auch er einen Sieg dieser Bewegung gesehen. Es sei die Linie seines ethischen und politischen Denkens. Da er nicht Mitglied der NSDAP geworden ist, zeigt Steinbüchel zuzufolge, dass es Wundt „um die Ideen und seinen eigenen Glauben ging, nicht um die Erringung irgendwelcher äußerer Förderung.“ Das spreche für seine Gesinnung und Selbsttreue. Um des völkischen Gedankens willen habe Wundt den Nationalsozialismus bejaht, unter dem ethischen Aspekt wie auch in der ge-

---

<sup>2331</sup> Wundt 1944c, 76.

<sup>2332</sup> Gutachten Theodor Steinbüchel zu Max Wundt vom 2. Juni 1945, in: UAT 172/2.

schichtphilosophisch-rasstheoretischen Grundlegung. Seine Rassen-  
theorie stütze er insbesondere auf Pfahlers Typenpsychologie. „Rasse  
ist für ihn die Voraussetzung aller Geschichte“, so Steinbüchel, sie sei  
bei Wundt biologisch relevant, werde von ihm jedoch ins Metaphy-  
sisch-Religiöse verlagert und erscheine viel tiefer als im vulgären Na-  
tionalsozialismus. Wundt war Steinbüchel zufolge von der herausra-  
genden Bedeutung der Rasse überzeugt. Wundt betonte diesen Aspekt  
auch in einem Brief an Hinrich Knittermeyer: „Das Wesen des Rein-  
rassigen ist eben wohl viel mehr durch das Ahnenerbe festgelegt und  
vorgeprägt. An die schrankenlosen Möglichkeiten der Erziehung kön-  
nen wir heute doch nicht mehr glauben.“<sup>2333</sup>

Zum Schluss dieses Kapitels sei hier noch auf zwei Veröffentlichungen  
Wundts hingewiesen, in denen er auf den Begriff der Rasse verzichtet,  
wohl aber mit den Begriffen des „Menschenschlages“ und der „Men-  
schenarten“ ebenfalls biologisch argumentiert. In dem bereits er-  
wähnten Aufsatz über die „Renaissance als Zeitwende in der Philoso-  
phie“ von 1944 verwarf er am Ende des Aufsatzes, den er mit großer  
Wahrscheinlichkeit später verfasst hat als die systematische Gliede-  
rung der Philosophen nach „Stamm und Rasse“, die Geschichtsbe-  
trachtung nach starren Epochenbegriffen und brachte eine „Schichten-  
betrachtung“ in Anschlag. Der eigentliche Grund einer Schichtenbe-  
trachtung, so Wundt, liege „in dem tragenden Menschenschlage. Letz-  
ter Grund der Geschichte ist immer der Mensch, und die verschiedenen  
geistigen Richtungen in ihr sind Ausdruck der verschiedenen Men-  
schenarten, die in ihnen von ihrer Eigenart Kunde geben. Diese Men-  
schenarten sind meistens alle vorhanden, darum erstrecken sich die  
Schichten durch die meisten Zeiten hindurch.“<sup>2334</sup>

Ähnlich argumentierte Wundt in dem bereits oben angeführten Werk  
„Die deutsche Schulphilosophie im Zeitalter der Aufklärung“<sup>2335</sup>.  
Auch hier vermied er den Begriff der „Rasse“. Das Werk erschien ge-  
gen Kriegsende. Unter dem Namensregister hat die französische Mili-  
tärregierung einen Aufkleber angebracht, mit dem sie die Unbedenk-  
lichkeit des Werkes dokumentierte.<sup>2336</sup> „Vollendet“ sei das Buch be-  
reits vor vier Jahren gewesen, so Wundt in seinem Vorwort. In der  
Einleitung führte er abermals einen je spezifischen „Menschenschlag“

---

<sup>2333</sup> Brief Max Wundt an Hinrich Knittermeyer vom 15. April 1944, in: Staats- und  
Universitätsbibliothek Bremen, Knittermeyer, zitiert nach Sieg 2013, 238. Hinrich  
Knittermeyer (1891 – 1958) schrieb für Haerings Sammelband „Das Deutsche in der  
Deutschen Philosophie“ einen Aufsatz über Kant.

<sup>2334</sup> Wundt 1944b, 164.

<sup>2335</sup> Wundt 1945.

<sup>2336</sup> „G.M.Z.F.O. – Visa d’Education Publique No. 753/Ph. – Autorisation No. 681 –  
Direction de l’Information“. G.M.Z.F.O. steht für „Gouvernement Militaire de la Zo-  
ne Francaise d’Occupation“. Das Gouvernement wurde im Sommer 1945 errichtet.

an, der in den verschiedenen Zeiten „zu Worte“<sup>2337</sup> gekommen sei. Sind die „letzten Gründe“ für eine „stärkere geistige Bewegung“ innerhalb einer Landschaft „schwer aufzuhellen“, reichen sie doch neben geografischen und Umweltfaktoren „ins Biologische hinab“<sup>2338</sup>, so Wundt. Wenig konkret wird Wundt an anderer Stelle: Da haben „die geistigen Wandlungen in der Geschichte“ den „inneren Grund sicherlich überhaupt darin, dass Menschen verschiedenen Gepräges die Führung übernehmen.“<sup>2339</sup> Wie dieses „Gepräge“ jedoch bestimmt ist, darüber lässt sich der Philosoph nicht eindeutig aus. Er macht einen verbalen Schlenker zur „psychologischen Typenbildung“, von der die Geistesgeschichte „viel“ zu lernen habe. Denn allein die Veränderungen „in den äußeren Umständen“ könnten diese nicht erklären, „denn das Grundgefüge des Menschen“ werde durch Einflüsse der Umwelt nicht verändert.<sup>2340</sup> Die Aufdeckung des historischen Verlaufs sei jedoch „noch verwickelter“, weil „innerhalb einer bestimmten Menschenart zweifellos auch noch mancherlei Abwandlungen hervortreten“<sup>2341</sup> und geschichtliche Bewegungen von unterschiedlichen Menschen verschiedenartig ausgeprägt würden. Deutlich sei aber auch, dass „nur eine bestimmte Menschenart eine solche Haltung“, wie er sie in der Schulphilosophie des 17. Jahrhunderts festmacht, „als ihr gemäß und sie befriedigend empfinden konnte.“<sup>2342</sup>

Die Grenze zur biologischen Begründung von geistigen Strömungen und psychischen Dispositionen überschreitet Wundt, wenn auch sein Bemühen sichtbar wird, vermeintliche rassische Voraussetzungen als Grundlage einer geistig-psychischen Haltung abzuschwächen. Nicht freizumachen von seiner völkisch verstandenen Geschichtsbetrachtung vermag sich Wundt auch in Bezug auf die Juden. So habe ihnen die Aufklärung zum ersten Mal die Möglichkeit geboten, „sich an dem Geistesleben der europäischen Völker mit eigenen Leistungen zu beteiligen.“<sup>2343</sup> Hatte Wundt den Juden „eigene Leistungen“ stets abgesprochen, entdeckte er nun, dass die Juden besonders in Mathematik und in der Rechtswissenschaft „etwas leisten können“. Doch Wundt fällt wieder in rassische Begründungsmuster zurück und erklärt die Leistungen der Juden mit einer angeblichen Neigung zum „Beziehungsdenken“. Dieses „Beziehungsdenken“, das sich neben einem „gestaltenden Denken“ etabliert habe, „musste ihnen näher liegen, denn jüdisches Den-

---

<sup>2337</sup> Wundt 1945, 2.

<sup>2338</sup> Wundt 1945, 3f.

<sup>2339</sup> Wundt 1945, 10.

<sup>2340</sup> Wundt 1945, 10.

<sup>2341</sup> Wundt 1945, 10.

<sup>2342</sup> Wundt 1945, 11.

<sup>2343</sup> Wundt 1945, 17.



ken ist ausgesprochenes Denken in Beziehungen.<sup>2344</sup> Zur völkischen Geschichtsbetrachtung tritt sein Antisemitismus.

## I. Erich Keller: Nationalsozialist der frühen Stunde

Am Schluss dieses Kapitels sei der Vollständigkeit halber auf zwei Dozenten verwiesen, die gegen Ende des Zweiten Weltkrieges dem Philosophischen Seminar zugeschlagen wurden: Erich Keller wurde ihm vom Kultministerium aufoktroiert, Albert Dietrich vertrat den im Wehrdienst stehenden Gerhard Pfahler.

Anfang des Jahres 1942 lehrten am Philosophischen Seminar lediglich die beiden Ordinarien Wundt und Haering sowie der außerplanmäßige Professor Grebe. Einer Verstärkung in der Lehre wären wohl weder Haering noch Wundt abgeneigt gewesen, doch hätte es wohl nicht unbedingt Keller sein müssen, der philosophisch kaum ausgewiesen war und seit Juli 1933 administrativ für die nationalsozialistische Schul- und Hochschulpolitik im Kultministerium zuständig war. Die Fakultät wehrte sich, doch sie musste sich letztendlich fügen. Auch dies ein Beweis, dass sie sich gegen die NS-Instanzen nicht durchzusetzen vermochte. Keller ist aber auch gleichzeitig ein Beispiel für die Protektion konformer NSDAP-Mitglieder.

Erich Keller<sup>2345</sup> war lange vor 1933 ein engagierter Nationalsozialist. Geboren am 31. Juli 1894 in Murrhardt, besuchte er nach dem Realgymnasium in Calw die Theologischen Seminare in Schöntal und Bad Urach. 1912/13 begann er mit dem Studium der evangelischen Theologie in Tübingen, wurde Mitglied der farbentragenden, aber nichtschlagenden evangelischen Verbindung Wingolf. Keller belegte jedoch schon im Wintersemester 1912/13 neben Seminaren in der Theologie bei Theodor von Haering, dem Vater Theodor Haerings, auch Seminare bei Adickes und Groos und lernte Arabisch und Syrisch.<sup>2346</sup>

Von Herbst 1914 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war Keller an der Front, wurde viermal verwundet, erhielt das Eiserne Kreuz 1 mit silbernem Verwundetenabzeichen sowie das Ritterkreuz des Württembergischen Militärverdienstordens. Anschließend schlug er sich 1919 zum Studentenbataillon und kämpfte gegen die Spartakisten. Danach schrieb er sich wieder an der Tübinger Universität bis einschließlich Wintersemester 1919/20 ein. Nach seiner 1. Theologischen Dienstprü-

---

<sup>2344</sup> Wundt 1945, 17.

<sup>2345</sup> Siehe auch BArch Berlin R 4901/13268 (Erich Keller); UAT 126/323a (Personalakte Erich Keller); UAT 131/600, Erich Keller; Tilitzki 2002, 211f; Jooß 1998, 287; Hantke 2010a, 419ff.

<sup>2346</sup> UAT 258/9046 (Studentenakte Erich Keller).

fung 1921 wurde er Repetent am Tübinger Stift, studierte Philosophie, war im Vorstand der Tübinger Kant-Gesellschaft und promovierte 1923 bei Adickes und Groos über „Das religiöse Erleben bei Schopenhauer“.<sup>2347</sup> Die religionspsychologische Untersuchung Kellers habe das Vorurteil, Schopenhauer sei ein irreligiöser Mensch gewesen, „endgültig zerstört“<sup>2348</sup>, so Berichterstatter Adickes. Allein dessen „pessimistische Grundeinstellung“ sei „stark religiös gefärbt“ gewesen. Schopenhauers „Weltwille“ sei nicht nur ein metaphysischer Begriff, sondern auch „numinoses Objekt“, das bei ihm das Erlebnis des „mysterium tremendum“ auslöse, „etwas Rätselhaftes und Dämonisches, eine in sich selbst gespaltene, mit innerem Widerstreit behaftete Macht.“ Die pessimistische Einstellung erzeuge in Schopenhauer ein intensives Erlösungsbedürfnis.

Von 1925 bis 1928 war Keller Mitglied bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP), Ende der 1920er Jahre sympathisierte er mit den „Deutschen Christen“, danach mit der „Deutschen Glaubensbewegung“ unter Jakob Wilhelm Hauer. Das Christentum wollte Keller durch den Glauben an „ewige Werte“ ersetzen, sie mutierten später zu „deutsch-arischen Werten“ und wurden als Ausdruck germanischer Geisteshaltung interpretiert. Schon 1928 beklagte Keller die mangelnde Verbreitung des „geistige[n] nationale[n] Deutschland[s]“, „sittliche Tüchtigkeit“ und „edle Begeisterung“ seien wohl vorhanden, allein „es fehle an theoretischer Einsicht in das Wesen des nationalen und staatlichen Lebens.“<sup>2349</sup> Vorbilder für eine philosophische Begründung des nationalen Standpunktes sind ihm zu dieser Zeit Max Wundt und der Jenaer Kollege Bruno Bauch.<sup>2350</sup> 1924 lehrte Keller am Realgymnasium und der Oberrealschule in Schwäbisch Hall, von 1925 bis 1928 war er Studienassessor in Ludwigsburg, trat dann bis 1933 eine Pfarrstelle in Grab bei Murrhardt an.

Am 1. September 1930 unterschrieb Keller das Eintrittsformular der NSDAP<sup>2351</sup>, er war damit der einzige Philosophiedozent der Tübinger Universität, der vor der „Machtergreifung“ Parteimitglied wurde. Von 1931 bis 1939 war er als „Gauredner für Weltanschauungslehre“<sup>2352</sup>

---

<sup>2347</sup> Jooß gibt als Doktorvater irrtümlich Theodor Haering an. Jooß 1998, 288.

<sup>2348</sup> Bericht von Erich Adickes über die Dissertation von Erich Keller „Das religiöse Erleben bei Schopenhauer“ vom 26. April 1922, in: UAT 131/516 (Promotionsakte Erich Keller).

<sup>2349</sup> Schlotter 2004, 130.

<sup>2350</sup> UAT 131/516 (Promotionsakte Erich Keller).

<sup>2351</sup> F 400, Bü 44 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen, NSDAP-Mitgliedschaft). Von rund 18.000 Pfarrern besaßen 1931 etwa 100 das NSDAP-Parteibuch. Jooß 1998, 290.

<sup>2352</sup> Schreiben Hochschule für Lehrerbildung an Kultministerium vom 11. Juli 1935, in: F 400/Bü 10 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen); Spruchkammerakten EL 902/3, Bü 6306 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Protokoll der Öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Backnang vom 6. November 1947).

aktiv, seit 1938 war er Sturmführer in der SA.<sup>2353</sup> Als Gauredner verstand er es, nationalsozialistische Politik mit Antisemitismus und diffuser Mystik zu vermengen. So pries der Pfarrer laut des Chronisten vom Murraltboten kurz nach der „Machtübernahme“ am 6. Februar 1933 auf dem ersten „Deutschen Abend“ in Sulzbach/Murr in einem mit 500 Personen übervollen Saal „die überragende Bedeutung des heute größten Deutschen, Adolf Hitler!“<sup>2354</sup>, schilderte aber auch „zielklar und treffend“ die ungeheure Gefahr, in der das deutsche Volk heute schwebt. Keller entrollte „ein schauriges Bild“, denn ein Fluch laste auf der Heimat, weil sich die Deutschen „Pflug und Schraubstock, Sichel und Schwert“ aus den Händen nehmen ließen von dämonischen Kräften, die nun die Deutschen als Sklaven vor ihren Profitkarren spannten („Judenfrage usw.“) und schließlich „gänzlich“ ausrotten wollten. „[D]iese Dämonen“ nutzten die Uneinigkeit und Führerlosigkeit aus, doch Hitler habe sich „mit heißem Herzen und blutenden Kriegswunden“ dem Drachen entgegengeworfen. Die Zukunft zeichnete Keller dann doch noch in „lichtfrohen, hoffnungsvollen Ausblicken“. „Adolf Hitler, Heil“, schloss der Redner, und wie aus „einem Munde erscholl der Heilruf“, stehend sang „die ganze Versammlung“ das Deutschlandlied, später auch noch das Horst-Wessel-Lied.

Ähnlich mitreißend sprach Keller am 26. Februar 1933 „vor vollbesetztem Hause“ ebenfalls auf einem „Deutschen Abend“ im nur wenige Kilometer von Sulzbach entfernten Oppenweiler. Nach einer gründlichen Abrechnung „mit den politischen Verbrechern aller Schattierungen“ sprach der Pfarrer „vom Kampf der Deutschen (!) Freiheitsbewegung um die Seele des deutschen Volkes“, aber auch „vom Kampf um die Erhaltung und Rettung des Vaterlandes gegen die rote Mordpest.“<sup>2355</sup>

Keller soll Hitler verehrt haben.<sup>2356</sup> Nach der nationalsozialistischen „Machtübernahme“ stieg der Pfarrer rasch auf. Am 1. Juli 1933 holte Christian Mergenthaler den „Vorkämpfer des Nationalsozialismus im

---

<sup>2353</sup> EL 902/3, Bü 6306 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Spruchkammerakten, Erwiderung auf die Klageschrift der Spruchkammer Backnang von Kellers Rechtsanwalt Rudolf Pander am 1. September 1947). Den Rang als Sturmführer habe er ehrenhalber als Stellvertretender Direktor der Esslinger Hochschule erhalten, so Keller. Einen Dienst in der SA habe er niemals geleistet, gab er an. In seiner SA-Uniform aber habe er Vorträge gehalten (EL 902/3, Bü 6306, Staatsarchiv Ludwigsburg, Spruchkammerakten, Protokoll der Öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Backnang vom 6. November 1947).

<sup>2354</sup> „Deutscher Abend in Sulzbach-Murr“, in: Murraltbote vom 11. Februar 1933.

<sup>2355</sup> „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“, in: Murraltbote vom 3. März 1933.

<sup>2356</sup> So erinnerte sich der Fabrikant Otto Müller nach dem Krieg als Zeuge vor der Spruchkammer Backnang. Siehe EL 902/3, Bü 6306 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Spruchkammerakten, Zeugenaussage von Otto Müller vom 6. November 1947).

Bezirk Backnang<sup>2357</sup> ins Kultministerium nach Stuttgart. Mergenthaler, Lehrer, NSDAP-Landtagsabgeordneter (1928 – 1932) und seit 1933 amtierender württembergischer Ministerpräsident und Kultminister, lernte den Pfarrer im Schuljahr 1924/25 am Realgymnasium und der Oberrealschule in Schwäbisch-Hall als Kollegen kennen. Keller und Mergenthaler hatten einige Gemeinsamkeiten: Beide hatten in Tübingen studiert, waren Wingolfer (Mergenthaler trat 1928 aus)<sup>2358</sup>, Soldaten im Ersten Weltkrieg, wurden zunächst Lehrer, traten lange vor 1933 in die NSDAP ein, waren Gauredner (Mergenthaler auch Reichsredner) und traten aus der evangelischen Kirche aus (Mergenthaler in den späten 1930er Jahren, Keller 1940). Ideologisch standen sie sich beim Rassegedanken, bei der Auffassung der altgermanischen Frömmigkeit und in der deutsch-völkischen Weltanschauung nahe. Keller wurde Oberregierungsrat und war als Hochschulreferent für die Hochschulen Stuttgart und Hohenheim sowie für die Universität Tübingen und auch für Kirchen- und Schulpolitik zuständig.

Während einer Schulungswoche für Leiter an Berufsschulen<sup>2359</sup> Ende September 1933 sprach Keller über „Germanische Weltanschauung“, die er rassistisch begründete. Ihre Grundlage sei das „nordische Bluterbe“ und – untrennbar damit verbunden – „unser nordisch-germanisches Geisteserbe“. In Abgrenzung zum „westische[n] Mensch[en]“, der wegen seiner spielerischen Lebensauffassung wenig Sinn für die Abgründe des Daseins und für tragische Schicksalsverflechtungen habe, im Unterschied zum „händlerische[n] Mensch[en]“, der sich im „artfremden Rassegemisch“ verkörpere und als höchstes Ziel den Gelderwerb habe, stehe der Germane zu Haus und Hof, Hab und Gut in einem inneren Verhältnis. Dessen Grundhaltung sei die des „tragischen Hero-

---

<sup>2357</sup> „Ins württ. Kultministerium berufen“, in: Murraltbote vom 5. Juli 1933.

<sup>2358</sup> Jooß 1998, 288; Stolle 1997, 447.

<sup>2359</sup> Es waren zwei Schulungswochen angesetzt, vom 25. bis 30. September und vom 16. bis 21. Oktober 1933. Keller hielt nur in der ersten Schulungswoche einen Vortrag. Mergenthaler sagte in seiner Ansprache, Charakter, Gesinnung und berufliche Leistung ergeben zusammen das Ideal des nationalsozialistischen Lehrers. Dieses solle nach Möglichkeit in die Wirklichkeit umgesetzt werden (vgl. Borst 1934, 1). Regierungsrat und Schulungsleiter Otto Borst sah die nationalsozialistische Bewegung als „die große Erzieherin“ (Borst 1934, 3). Zu den Themen der ersten Schulungswoche gehörten etwa „Rasse und Rassenpflege im völkischen Staat“, „Sozialismus und Schule“, „Schulvorstand und Lehrer als Führer“, „Erziehung der weiblichen Berufstätigen im völkischen Staat“, „Das Programm der NSDAP“, „Der Arbeitsdienst als Krönung der Berufsschularbeit“, „Vorführung von Geländesportübungen der Hitlerjugend“, „Segelfliegerei“, „Geländemarsch“ und „Die Durchführung der Wehrerziehung an den Berufsschulen“. Abends lernten die Kursteilnehmer etwa die „nötigen Marsch- und Volkslieder“, besprachen die Reden von Hitler, Goebbels und sangen SA-Lieder oder unternahmen einen „Nachtmarsch“. Um 22 Uhr war „Abrücken in die Quartiere“. Zwischen den Vorträgen legten die Organisatoren jeweils einen kurzen Ausmarsch von einer halben Stunde. Nach dem Wecken um 6 Uhr war Morgen-Gymnastik angesetzt, das Seminar begann nach dem Frühstück um 9 Uhr (vgl. Borst 1934, 10f). Von den Schulungswochenenden wurde ein Film gedreht, der ausgeliehen werden konnte.

ismus“, sie habe dem deutschen Wesen „seine besondere Artung gegeben“<sup>2360</sup>. Der Germane pflege „höchstes Heldentum“. „Mensch sein“ bedeute ihm „Kämpfer sein“, doch höher als Sieg und Erfolg stehe die Ehre. Ein „heldischer Pessimismus“ zeichne ihn aus, wie der Kampf der Götter in der Edda. Im Untergang wachse der Germane über sich selbst hinaus.<sup>2361</sup>

In seiner Funktion als Oberregierungsrat unterstützte Keller seinen Kultminister bei der Auflösung der konfessionsgebundenen Schulen und der Einführung der „Gemeinschaftsschulen“ und war am 1939 eingeführten „Weltanschauungsunterricht“ (WAU)<sup>2362</sup> beteiligt, den Mergenthaler mit Unterstützung von Reichsleiter Martin Bormann plante und umsetzte.<sup>2363</sup> Dieser „Weltanschauungsunterricht“ sollte den Religionsunterricht verdrängen und die schulische Erziehung auf nationalsozialistische Grundlagen stellen. Der Besuch war für jene Schüler Pflicht, die sich vom Religionsunterricht abgemeldet hatten.<sup>2364</sup> Allerdings legte es das Kultministerium darauf an, den Religionsunterricht wenig attraktiv zu gestalten, das Christentum verzerrt darzustellen und die Eltern zudem Repressalien auszusetzen, sollten sie ihre Kinder nicht zum WAU anmelden. Gelten sollte der WAU vom ersten Schuljahr an bis zur Reifeprüfung. Das Vorwort für den Stoffplan des „weltanschaulichen Unterrichts“ hatte Keller verfasst, der Entwurf ging „in kameradschaftlichem Zusammenwirken“ aus „einer größeren Anzahl nationalsozialistischer Erzieher“<sup>2365</sup> hervor, heißt es im Vorwort. Jooß geht davon aus, dass der einstige Pfarrer „Hauptverfasser“<sup>2366</sup> der Vorlage ist. Denn Keller habe im Wintersemester 1937/38 zwei Lehrveranstaltungen in der Hochschule für Lehrerbildung in Esslingen zu dieser Thematik angeboten, außerdem hatten im Frühjahr 1938 von etwa 80 zu Prüfenden 23 den „Weltanschaulichen Unterricht“ zum Thema.<sup>2367</sup>

Zum Themenspektrum<sup>2368</sup> gehörten demzufolge das „Erleben der Blutsgemeinschaft“, „Göttermythen und Heldensagen“, „Deutsche Glaubens- und Lebenskunde“, „Weltanschauliche Auseinandersetzung mit anderen Mächten“, die historischen und rassischen Grundlagen des Nationalsozialismus oder auch „Jüdische Weltanschauung“. Ziel der Propaganda nazifizierter Weltanschauung war auch die katholische

---

<sup>2360</sup> Keller 1934a, 33.

<sup>2361</sup> Keller 1934a, 34f.

<sup>2362</sup> Siehe zum „Kampf um die Bekenntnisschule“ und zur Einführung des „Weltanschaulichen Unterrichts“ in Württemberg ausführlich Thierfelder 1980, 230ff.

<sup>2363</sup> Vgl. Thierfelder 1980, 242.

<sup>2364</sup> Vgl. Thierfelder 1980, 242f.

<sup>2365</sup> Zitiert nach Thierfelder 1980, 244.

<sup>2366</sup> Jooß 1998, 295.

<sup>2367</sup> Jooß 1998, 294.

<sup>2368</sup> Vgl. im Folgenden Thierfelder 1980, 244ff.

und evangelische Kirche. Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ war Basisliteratur, der Rassegedanke, altgermanische Frömmigkeit und deutsch-völkische Elemente flossen in den WAU ein. Die württembergische Kirchenleitung protestierte gegen die Einführung. So gab Reichsstatthalter Wilhelm Murr im September 1939 einen Erlass an Mergenthaler heraus, wonach der WAU nur dort eingeführt werden solle, wo die Eltern ihre Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet hätten. Der Religionsunterricht solle wie gewohnt weiterhin angeboten werden. Mergenthaler erreichte jedoch, dass der WAU Pflichtfach in den neuen Haupt- und Aufbauschulen wurde. Anfang 1940 legte die Ministerialabteilung für die Volksschulen<sup>2369</sup> noch einmal nach. „Laut Anordnung des Herrn Kultministers“ dürfe der WAU in keiner Schule fehlen, die ihn eingeführt hat. Um den bisher erreichten Stand zu halten, sollten Arbeitsgemeinschaften für die weitere Ausgestaltung des Unterrichts gegründet werden, die sich alle vier Wochen zu einer Tagung zusammenfinden sollten. Verantwortlich waren die Bezirksschulräte sowie die Schulleiter, es bestand Berichterstattungspflicht.<sup>2370</sup>

Doch Keller hatte neben seinem politischen Amt auch wissenschaftliche Ambitionen. Am 17. Juli 1933 erhielt er an der TH Stuttgart einen Lehrauftrag für Philosophie<sup>2371</sup>, 1934 legte der Oberregierungsrat an der TH Stuttgart seine Habilitation über „Das Problem des Irrationalen im wertphilosophischen Idealismus der Gegenwart“ vor. In dem bereits 1931 veröffentlichten Buch behandelte Keller das Verhältnis des Rationalen zum Irrationalen anhand der Philosophen Rickert, Lask und Bauch und kommt zum Schluss, dass allein Bauch das Wesen des Irrationalen befriedigend bestimmt habe und es mit dem Rationalen synthetisch vereinige. Die Marburger Schule (Cohen, Natorp, Lask, insbesondere aber Rickert) hingegen könne ihre positivistische Erkenntnislehre nicht begründen, sie sei unhaltbar.<sup>2372</sup> Rationales und Irrationales lägen bei Rickert unvermittelt nebeneinander<sup>2373</sup>, so gelange er nicht zu einem „echten System der Werte“<sup>2374</sup>. Durch die dialektische Verknüpfung von Rationalem und Irrationalem komme Bauch zu einem objektiven Wertesystem, in dem sich sämtliche Werte zu einem Wertganzen zusammenschließen<sup>2375</sup> – mit dem Wahrheitswert als oberstem Wert, der sich als göttliche Persönlichkeit immanent und transzendent

---

<sup>2369</sup> Schreiben der Ministerialabteilung für die Volksschulen an Bezirksschulräte und Anstaltsleiter betreff Weltanschaulicher Unterricht vom 31. Januar 1940, in: F 400, Bü 145 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Angelegenheiten der Fächergruppe Völkischpolitische Erziehungswissenschaft).

<sup>2370</sup> Im selben Schreiben wurde die Notwendigkeit gesehen, für die WAU-Schüler entsprechende Feiern abzuhalten, da sie für die Kommunion und für die Konfirmation nicht in Frage kämen. Ein Entwurf der „Feierygestaltung“ sollte bald folgen.

<sup>2371</sup> Jooß 1998, 291.

<sup>2372</sup> Keller 1931, 21f.

<sup>2373</sup> Keller 1931, 34.

<sup>2374</sup> Keller 1931, 94.

<sup>2375</sup> Keller 1931, 168.

zugleich offenbare.<sup>2376</sup> Bauch vermag laut Keller eine Weltanschauung zu begründen, die er als Einheit des transzendentalen und spekulativen Idealismus begreift.<sup>2377</sup>

Das Gutachten des Berichterstatters laute „günstig“, so Helmut Göring, der Rektor der TH Stuttgart, in einem Brief an das Kultministerium, Keller hatte seinen Probevortrag am 31. Oktober 1934 gehalten. Thema: „Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus“. Die Abteilung beantrage die Zulassung zum Privatdozenten, an eine Zustimmung durch den Großen Senat sei nicht zu zweifeln, so Göring. Er bitte das Ministerium um Genehmigung.<sup>2378</sup> So kam Keller zu einer Dozentur der TH Stuttgart. Dort bot er seit dem Sommersemester 1935 Übungen und Vorlesungen an, etwa „Die philosophischen Vorläufer des Nationalsozialismus“ (Sommersemester 1935), „Die philosophischen Hauptrichtungen der Gegenwart“ (Wintersemester 1935/36), „Grundlagen der Weltanschauungslehre“ (Sommersemester 1936), „Die philosophischen Grundlagen von Ludwig Klages“ (Sommersemester 1937) und „Übungen im Anschluss an Nicolai Hartmann“ (Wintersemester 1938/39). „Deutsche Denkerpersönlichkeiten“ zogen sich vom Wintersemester 1936/37 bis zum Sommersemester 1941 hindurch. Anlassbezogen bot er im Sommersemester 1942 eine „Philosophie des Krieges“ und im darauffolgenden Semester „Schicksal und Krieg als philosophisches Problem“ an. Da Philosophie Wahlfach war, kamen nur wenig Studenten in seine Veranstaltungen, 1935/36 waren es sechs Studenten und elf Gäste, 1937 kamen vier Studenten und drei Gäste, „Deutsche Denkerpersönlichkeiten“ zogen nur drei Studenten, aber keinen Gast an, zur ausgewählten Lektüre aus Schopenhauers „Welt als Wille und Vorstellung“ (Sommersemester 1939) kamen lediglich zwei Gäste, und in die „Grundfragen der Religionsphilosophie“ im 1. Trimester 1940 verirrte sich nur ein Student.<sup>2379</sup> Neben seiner

---

<sup>2376</sup> Keller 1931, 168ff.

<sup>2377</sup> Keller 1931, 172.

<sup>2378</sup> Schreiben Rektor Helmut Göring TH Stuttgart an Kultministerium vom 17. November 1934 betreff Habilitationsgesuch von Erich Keller, in: UAT 131/600, Erich Keller. Das Kolloquium wurde Keller allerdings mit dem Hinweis erlassen, der Bewerber habe die Bedingungen als „Frontkämpfer“ im Ersten Weltkrieg erfüllt. Vgl. UAT 131/600, Erich Keller. Nach dem Zweiten Weltkrieg behauptete Göring (ein Vetter des früheren Reichsmarschalls Hermann Göring) in seinem Entnazifizierungsverfahren, das Ministerium habe Keller das Kolloquium erlassen, er (Göring) sei der Ansicht gewesen, „dass auch für einen bewährten Nationalsozialisten keine anderen Bedingungen gelten“ dürften als für andere (siehe Urteilsbegründung des Spruchkammerversfahrens der Spruchkammer II Stuttgart zu Helmut Göring vom 24. Oktober 1947, Personalakte Helmut Göring, 57/53, Universitätsarchiv Stuttgart).

<sup>2379</sup> Die Titel der Vorlesungen und Übungen sind den Vorlesungsverzeichnissen und einer Abschrift im Universitätsarchiv Tübingen entnommen, die Hörerzahlen stammen ebenfalls aus dieser Abschrift. Vgl. UAT 131/600, Erich Keller. Ob Keller trotz seiner Einberufung in den Kriegsdienst seine Seminare gehalten hat, ist nicht bekannt, die Hörerzahlen reichen nur bis zum 1. Trimester 1940. Eine beantragte „UK“-Stellung der Hochschule für Lehrerbildung in Esslingen wurde für das Winter-

Dozentur saß Keller in der TH Stuttgart für die „Abteilung Allgemeine Wissenschaften“ in der Dozentenschaft. Auch als Prüfer künftiger Lehrer war er gefragt: Von der Ministerialabteilung für die Höheren Schulen wurde er 1937 zur zweiten Dienstprüfung für das Lehramt berufen, Mitglied des Prüfungsausschusses bei der ersten Dienstprüfung für das Lehramt mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung wurde er im Frühjahr 1938, und schließlich saß er auch als Berichterstatter für Philosophie sowie für die mathematisch-physikalische Richtung mit Haering und Wundt zusammen.<sup>2380</sup>

Mergenthaler lancierte seinen „Kampfgenossen“ an die offiziell am 5. Mai 1935 gegründete Esslinger Hochschule für Lehrerbildung<sup>2381</sup> als Stellvertretenden Direktor, Mergenthaler wollte sich gar persönlich beim Reichserziehungsministerium dafür einsetzen, dass Philosophie in die Reihe der Wahlfächer aufgenommen und durch Keller vertreten werde.<sup>2382</sup> An der Esslinger Lehrerhochschule war das Abitur Voraussetzung, junge Frauen und Männer lernten hier gemeinsam, auch die Trennung nach Konfession war abgeschafft. Schulmäßig wurden die Zeiten mit „Frühspport“ und „Flaggenparade“, Einholung und Ausrollen der Flagge peinlichst vorgeschrieben, die Lehrinhalte waren auf die Vermittlung von nationalsozialistischen Inhalten zugeschnitten.<sup>2383</sup> Von Ende Dezember 1935 bis Anfang Januar 1936 organisierte die Hochschule ein dreiwöchiges Lager für Dozenten und Studenten im Schullandheim Isny, und der gesamte Lehrkörper ging Ende Juli 1937 auf „Sommerfahrt“ mit Schulungs- und Freizeitarbeit in Kampfverbänden, Organisationen und Betrieben. Gastvorträge waren etwa von

---

semester 1940/41 abgelehnt. Vgl. Arbeitsplan WS 1940/41, in: F 400, Bü 125 (Hochschule für Lehrerbildung Esslingen).

<sup>2380</sup> F 400, Bü 256 (Hochschule für Lehrerbildung Esslingen, Beteiligung der Professoren Dr. Keller und Dr. Seebaß an den Dienstprüfungen für das Lehramt an höheren Schulen).

<sup>2381</sup> Mergenthaler und Reichserziehungsminister Rust hielten Reden. Vgl. im Folgenden Jooß 1991, 154ff.

<sup>2382</sup> So jedenfalls ein Schreiben – wohl aus dem württembergischen Kultministerium – an den Regierungsrat Rumpp im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 10. November 1937, ohne Unterschrift, ohne Absenderangaben, in: F 400, Bü 145 (Hochschule für Lehrerbildung Esslingen). Dort heißt es: „[...] Die Arbeitspläne für das Winterhalbjahr sind dem Reichserziehungsministerium zugegangen. Unter Wahlfächer erscheint auch wieder Philosophie. Sie kennen ja die ganze Geschichte. Ich war, bevor der Plan gedruckt wurde, persönlich beim Herrn Ministerpräsidenten und machte ihn nochmals auf die Stellungnahme des Reichserziehungsministeriums aufmerksam. Er bestand aber darauf, dass Philosophie in die Reihe der Wahlfächer aufgenommen wird und erklärte sich bereit, falls notwendig sich selbst im Reichserziehungsministerium für Dr. Keller bzw. das Wahlfach Philosophie einzusetzen. [...]“ Weil das Reichserziehungsministerium eine andere Linie vertrat, wechselten wohl die Bezeichnungen für Kellers Lehrstuhl.

<sup>2383</sup> Im Sommerhalbjahr mussten die Studenten werktags um 6 Uhr, sonntags um 7 Uhr aufstehen, im Winterhalbjahr werktags um 7 Uhr, sonntags um 7.30 Uhr. „Bettruhe“ war im Sommer um 22.30 Uhr, im Winter um 22 Uhr. Siehe „Tagespläne“, in: Staatsarchiv Ludwigsburg F 400, Bü 127 (Hochschule für Lehrerbildung Esslingen, Tagespläne). Siehe dazu auch Jooß 1991, 158f.



den Tübinger Professoren Bebermeyer und Gieseler vorgesehen.<sup>2384</sup> War die Hochschule jedoch zunächst nur für angehende Volksschullehrer gedacht, kamen ein Jahr später bereits künftige Gymnasiallehrer, um ihr Referendariat abzuleisten. Wiederum ein Jahr später mussten Studierende in spe für das Höhere Lehramt zuvor zwei Semester an der Esslinger Hochschule für Lehrerbildung verbringen. Erst wenn das Urteil der Esslinger Dozenten günstig ausfiel, durften sie an die Universität.<sup>2385</sup>

Zur „Völkisch-politischen Erziehungswissenschaft“<sup>2386</sup>, die auch Keller und Rektor Paul Michel vertraten, kamen noch Wahlfächer wie etwa „Geschichte und Volkskunde“, „Erdkunde und Volkskunde“, „Deutsch und Volkskunde“, „Biologie (Rassenkunde und Vererbungslehre)“ sowie „Naturlehre und Mathematik“ hinzu.<sup>2387</sup> Daneben bot die Hochschule eine „Berufspraktische Ausbildung“, „Leibesübungen und Wehrerziehung“, „Musikerziehung“ sowie „Kunst- und Werkerziehung“ an. Wissensinhalte und Wissensvermittlung waren dem nationalsozialistischen Bildungsideal geschuldet.

Keller war für die „Nationalpolitische Erziehung und Weltanschauungslehre“ zuständig. Im Sommersemester 1935 bot er die allgemein verbindliche Vorlesung „Die geistige Lage der Gegenwart“ und das Seminar „Fichtes Reden an die deutsche Nation“ an. Wie Keller die „Weltanschauungslehre“ aufgefasst hat, legte er in einem knapp zwei Seiten kurzen Elaborat dar. Ziel der Lehrerhochschule sei die „innere und äußere Formung des nationalsozialistischen Lehrers der Zukunft, der, tief in Volk und Stammesart verwurzelt, seinen Lebenszweck darin sieht, der heranwachsenden deutschen Jugend außer den unentbehrlichen Kenntnissen vor allem nationalen Stolz, sozialistisches Verant-

---

<sup>2384</sup> Arbeitspläne der Hochschule für Lehrerbildung für das Sommerhalbjahr 1935 bis zum Sommerhalbjahr 1941, in: Staatsarchiv Ludwigsburg F 400, Bü 125 (Hochschule Lehrerbildung Esslingen).

<sup>2385</sup> Jooß 1991, 154.

<sup>2386</sup> Wie einer Vorlage von August 1936 zu entnehmen ist, stand die Erziehungswissenschaft in Esslingen unter den ideologischen Vorgaben von Volk, Rasse und nationalpolitischer Erziehung. Vermittelt werden sollte die „nationalsozialistisch-heldische Weltauffassung“, die auch „rassisch-völkische Menschenkunde“ sowie „Seelen- und Charakterkunde“ einschloss. Wert wurde ebenfalls auf die „Gemeinschaftserziehung“ gelegt und auf „gemeinschaftsbildende Kräfte“ wie „Blut, Boden, Sprache, Sitte, Weltanschauung“, Erziehungsziel war der „heldisch gesinnte, zum Dienst in der Gemeinschaft willige Deutsche“. Die Mittel und Wege dazu etwa „Züchtung, Zucht, Disziplin, Gewährung und Versagung, Befehl, Gehorsam, Lob und Strafe sowie Weckung des Ehrgefühls [...]“. Zugrunde gelegt wurden Platon, Herder, Fichtes Reden, Pestalozzi, Hitlers „Mein Kampf“, Kriecks „Menschenformung“ und „Nationalpolitische Erziehung“ sowie Bäumlers „Männerbund und Wissenschaft“. Siehe: „Die Erziehungswissenschaft an der Hochschule für Lehrerbildung“, in: F 400, Bü 145 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen). Wer die Vorlage verfasst hat, ist nicht ersichtlich.

<sup>2387</sup> Arbeitsplan der Hochschule für Lehrerbildung für das Sommerhalbjahr 1935, in: Staatsarchiv Ludwigsburg F 400, Bü 125.

wortungsbewusstsein und, daraus hervorgehend, den Willen zu opferbereiter Tat einzupflanzen.“<sup>2388</sup> Der nationalpolitische Gesichtspunkt sei deshalb geradezu der zentrale Gesichtspunkt der neuen Lehrerbildung. Die Philosophie sei wie kein anderes Fach dazu geeignet, nationales Selbstgefühl und nationale Selbsterkenntnis zu wecken. Denn das deutsche Volk sei neben „dem stamm- und blutsverwandten griechischen“ Volk „das klassische Volk der Philosophie.“<sup>2389</sup> Philosophie im wissenschaftlichen Sinne gebe es nur in Nationen, die „durch nordische Rasseneinschläge“ mitbestimmt seien. Franzosen und Engländer blieben Keller zufolge selbst in ihren „hervorragendsten Schöpfungen auf philosophischem Gebiet hinter denen der Deutschen auffallend“<sup>2390</sup> zurück. Da die Deutschen mit ihrem angeborenen Hang zu philosophieren „in die Tiefe“ gingen, machte Keller einen „‘faustischen‘ Charakter“ aus, der die „Unendlichkeit der Wahrheit“ und die „organische Einheit ihres Gefüges“ als Ganzheit erkenne. Symbolisch stand ihm dafür die altgermanische Mythologie mit ihrer „Weltenesche Yggdrasil“<sup>2391</sup>. Der viersemestrige Lehrgang gipfelte schließlich in „den großen Wahrheiten des Nationalsozialismus“, zu denen die „neuen Einsichten in die Bedeutung der Rasse und des Blutes, der Familie und des Volkstums, des Bodens und der Heimat“ wie auch die „nordischen Höchstwerte der Ehre“<sup>2392</sup>, Freiheit und Pflicht“<sup>2393</sup> zu ihrem Rechte kommen sollten.

---

<sup>2388</sup> „Die Weltanschauungslehre an der Hochschule für Lehrerbildung“, Seite 1, ohne Datum, in: F 400, Bü 145 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen). Ähnlich auch Keller 1935a.

<sup>2389</sup> „Die Weltanschauungslehre an der Hochschule für Lehrerbildung“, Seite 1, ohne Datum, in: F 400, Bü 145 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen). Im Original gesperrt.

<sup>2390</sup> „Die Weltanschauungslehre an der Hochschule für Lehrerbildung“, Seite 1, ohne Datum, in: F 400, Bü 145 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen).

<sup>2391</sup> „Die Weltanschauungslehre an der Hochschule für Lehrerbildung“, Seite 2, ohne Datum, in: F 400, Bü 145 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen).

<sup>2392</sup> Der Ehre widmete Keller auch einen Vortrag, den er am 30. November 1938 in der Esslinger Hochschule für Lehrerbildung anlässlich der Immatrikulation der Studierenden gehalten hat. Sie stehe im Mittelpunkt des Ethos beim nordisch-germanischen Menschen bereits in den Götter- und Heldenerzählungen der Edda und den Island-Sagas, aber auch im politischen Soldatentum der deutschen Revolution (Keller 1939, 68). Obwohl Kant den Begriff der Würde gebrauchte, habe er „Ehre“ gemeint, so Keller (Keller 1939, 70), der den Kant'schen Pflichtbegriff neu definiert: „Ehre kommt der Persönlichkeit zu, die im Rahmen der Gemeinschaft frei ihre Pflicht erfüllt“ (Keller 1939, 71). Das heißt aber für Keller, in Treue und Redlichkeit, in Wahrhaftigkeit und Opferbereitschaft dem Volke dienen (Keller 1939, 72), schließlich auch bereit sein „zum letzten und schwersten Opfer, wenn des Volkes Ehre und Freiheit auf dem Spiele steht“ (Keller 1939, 74).

<sup>2393</sup> „Die Weltanschauungslehre an der Hochschule für Lehrerbildung“, Seite 2, ohne Datum, in: F 400, Bü 145 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen).

Den Arbeitsplänen<sup>2394</sup> zufolge bot Keller in der Hochschule für Lehrerbildung Vorlesungen und Übungen etwa zu den Themen „Weltanschauung und Politik“ (Winterhalbjahr 1935/36), „Einführung in die Grundbegriffe der Philosophie“ und „Hauptfragen der Weltanschauungslehre“ (Sommerhalbjahr 1936), „Übungen zur nationalsozialistischen Volks- und Staatslehre“, „Philosophie der Gemeinschaft“, „Deutsche Denkerpersönlichkeiten“, „Einführung in Kants Kritik der reinen Vernunft“, „Nationalpolitische Einzelfragen“ (Winterhalbjahr 1936/37), „Die philosophischen Grundlagen der Erziehung“ (Sommerhalbjahr 1937), „Übungen zur Einführung in die Weltanschauungslehre“ und „Übungen zur Philosophie der Gemeinschaft“ (Winterhalbjahr 1937/38), „Grundformen nordischer Frömmigkeit“ und „Fichtes Reden an die deutsche Nation“ (Winterhalbjahr 1938/39) sowie „Grundformen nordischer Weltanschauung“ und „Übungen über „Kriecks völkisch-politische Anthropologie““ (Sommerhalbjahr 1939) an.

Die Bezeichnungen für Kellers Lehrstuhl wechselten: Hieß er 1935 „Nationalpolitische Erziehung und Weltanschauungslehre“, wurde er im Winterhalbjahr 1936/37 „Weltanschauungslehre und Volkskunde“ genannt, im Sommersemester 1937 „Erziehungswissenschaft“, ein Semester später „Erziehungswissenschaft und Philosophie“, ab 1938 nur noch „Erziehungswissenschaft“. Im Sommersemester 1940 wurde Friedrich Solleder als Stellvertreter der Esslinger Lehrerhochschule genannt, Keller stand an der Front. Eine Vorlesung oder eine Übung hat Keller von da an nicht mehr angeboten, seit dem Wintersemester 1940/41 bis zum Sommersemester 1941 wurde er wieder als Stellvertreter aufgeführt. Nachdem die Hochschule im Wintersemester 1939/40 kurzzeitig geschlossen wurde, die Studierenden nach München-Pasing ausweichen mussten, kam das endgültige Aus am 30. September 1941.<sup>2395</sup>

Keller war weder bei den Kollegen noch bei den Studierenden besonders beliebt.<sup>2396</sup> Seine fachwissenschaftlichen und pädagogischen Fähigkeiten ließen Wünsche offen, er galt als Ideologe, achtete auf Linientreue, seine Veranstaltungen waren wenig anziehend. Kellers Veröffentlichungen bewegten sich im Idealismus deutsch-nationaler und deutsch-völkischer Prägung, der verstärkt germanische Mythologie einschloss, wobei sich seine Ideologie in formelhaften und inhaltlich substanzlosen Behauptungen erschöpfte. Gegen Pazifismus, Internationalismus, Individualismus und Liberalismus gewandt, suchte er

---

<sup>2394</sup> Arbeitspläne der Hochschule für Lehrerbildung für das Sommerhalbjahr 1935 bis zum Sommerhalbjahr 1941, in: Staatsarchiv Ludwigsburg F 400, Bü 125 (Hochschule für Lehrerbildung Esslingen).

<sup>2395</sup> Das Reichserziehungsministerium beschloss im Dezember 1940 die Schließung zum September des darauffolgenden Jahres. Vgl. Jooß 1991, 157.

<sup>2396</sup> Vgl. im Folgenden Jooß 1991, 158.

Bruno Bauch in der Weimarer Republik als Philosophen des vaterländischen Gedankens zu interpretieren<sup>2397</sup>, nach 1933 dann als „Wegbereiter des nationalsozialistischen Denkens“<sup>2398</sup>. Bauchs Philosophie stellte Keller „als Ausdruck germanischer Geisteshaltung“<sup>2399</sup> dar. Eine „echt germanisch[e]“ Haltung attestierte der Oberregierungsrat und

---

<sup>2397</sup> Keller 1928. Die „blutmäßige Zusammengehörigkeit der Volksgenossen“ begründete Keller zufolge die Nation als „natürliche Abstammungsgemeinschaft“ (Keller 1928, 12), deren Mitglieder sich körperlich, insbesondere aber seelisch etwa von Franzosen und Russen unterschieden. So habe der Deutsche „eine metaphysische Vorzugsstellung“, die Mischung von Scharfsinn und Tiefsinn sei nur ihm eigen (Keller 1928, 30). Höher- und minderwertige Völker ließen sich anhand ihrer Kulturanlagen und –leistungen voneinander abgrenzen, war Keller überzeugt. Er baute somit seine Hierarchie der Völker geschichts-ideologisch auf einer Wertphilosophie auf. Da es gelte, die nationale Sendung lebendig zu erhalten, müsse sich das Volk gegen „das Einströmen minderwertigen Blutes schützen“ (Keller 1928, 16). Der Staat sei zuallererst Machtstaat (Keller 1928, 19), er greife in die wirtschaftliche Gestaltung ein (Keller 1928, 21), erziehe die Bürger zur Wehrhaftigkeit (Keller 1928, 25) und schließe die „Volksgenossen zu einer allumfassenden Arbeitsgemeinschaft zusammen“ (Keller 1928, 23). Die Monarchie habe ihre Vorzüge, weil der Fürst über den Parteien stehe (Keller 1928, 24), gegliedert sei die Gesellschaft „organisch“, die Rangordnung in dieser nach aristokratischen Grundsätzen segmentierten Ständegesellschaft richte sich nach den „Wertfernen und Wertnähen“ (Keller 1928, 23) der Einzelnen. Der Einzelne habe ein „Recht auf Freiheit zur Pflichterfüllung“ (Keller 1928, 18), ein „Recht auf Arbeit“ (Keller 1928, 19), sein „höchstes Gut“ müsse er im Notfall opfern (Keller 1928, 28), denn Vaterlandsliebe trage „geradezu religiöse Weihe an sich“ (Keller 1928, 29).

<sup>2398</sup> Keller 1934b. In Kurzform gibt Keller hier im Wesentlichen seine Gedanken von 1928 wieder, allerdings mit starkem Bezug zum NS-System. Nationalsozialismus bedeute das Bekenntnis zur idealistischen Weltanschauung, geistige Wegbereiter seien jene Philosophen, die das Fichtesche Gedankengut fruchtbar gemacht und der Zeit entsprechend weitergebildet hätten, „vorbildlich“ hierbei Bruno Bauch (Keller 1934b, 63). Keller erinnerte an die Auseinandersetzung um Bauch im Jahre 1917, die er als Herausgeber der Kant-Studien wegen seiner antisemitischen Auslassungen geführt hatte. Schon damals habe er auf die Gefahren hingewiesen, die eine „jüdische Vorherrschaft im deutschen Geistesleben mit sich bringen musste“ (Keller 1934b, 63). Die „allmächtige Judenschaft“ habe Bauch zum Rücktritt gezwungen, seitdem richte sich der Hass der Juden gegen den Jenaer Philosophen. Der „deutsche Sozialismus“ erkenne an, dass die Menschen nicht gleich seien, sich ihre Verschiedenheit im organischen Aufbau des Volkes äußere. Nach der Bauch'schen Nationalphilosophie müssten die beiden Grundprinzipien nationalsozialistischen Wollens und Denkens – sozialistische Volksgenossenschaft und aristokratisches Führertum – sich wechselseitig fordern (Keller 1934b, 66). In Bauchs „Grundzügen der Ethik“ sah Keller eine Gedankenentwicklung, die durchaus auf derselben Linie liege, wie sie die nationalsozialistische Staatsführung zur Grundlage auch ihres praktischen politischen Handelns gemacht habe (vgl. Keller 1937/38, 80).

<sup>2399</sup> Keller 1935b. In dem schmalen Band wiederholt Keller seine Thesen aus den vorangegangenen Veröffentlichungen, der lebensphilosophische Hintergrund tritt jedoch deutlicher hervor. Die „Mächte des Blutes und Volkstums“ nähmen eine bedeutungsvolle Stellung für das kulturelle Schaffen ein (Keller 1935b, 3f.), rassistisch bedingt seien ebenso die philosophischen Begabungen, die ihren Kulminationspunkt aufgrund ihres gemeinsamen nordischen Bluterbes im griechischen und deutschen Volk erreichten (Keller 1935b, 4f.). Intuition und Instinkt, organisches Denken und ein ganzheitliches Seinsverständnis, tragischer Heroismus und die Selbstaufopferung des unter der Gemeinschaft stehenden Individuums gehören laut Keller zur germanischen Lebensanschauung. In seinem Konglomerat aus Lebensphilosophie, Existenzialismus, Leibniz'scher Monadologie, vermischt mit einem Determinismus, einem ans Christentum angelehnten Schuldbegriff und germanischer Mythologie sieht er die Philosophie Bauchs als besonders eindringliche Selbstdarstellung des germanischen Geistes.

Philosophiedozent auch dem Historiker, Juristen und Schriftsteller Felix Dahn (1834 – 1912)<sup>2400</sup>, und auf deutsch-völkischer und antisemitischer Grundlage sagte er den „heimlichen Gegner[n] unseres heutigen Staates“ im Inland und im Ausland – „Juden und Judengenossen“ – den Kampf an, denn die ihm zufolge angeblich „echten Träger wahrhaft deutschen Geistes“<sup>2401</sup> verdrehten den deutschen Geist und brandmarkten die Deutschen „als Verächter des Geistes“.<sup>2402</sup>

Nach der Schließung der Esslinger Hochschule für Lehrerbildung hielt es das Stuttgarter Kultministerium im Februar 1942 „für erwünscht, dass Keller an die Universität Tübingen umhabilitiert und ihm so Gelegenheit gegeben wird, in der akademischen Laufbahn vorwärts zu kommen“.<sup>2403</sup> Keller sollte also abermals protegiert werden. Otto Weinreich, Dekan der Philosophischen Fakultät, und auch Rektor Otto Stickl ließen sich sehr viel Zeit mit der Antwort, lavierten hin und her, versuchten, Keller mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Dekan Weinreich forderte gar, Keller solle das einst in Stuttgart erlassene wissenschaftliche Kolloquium in Tübingen nachholen. Doch vergebens. Fakultät und Universität konnten die Umhabilitierung nur verzögern.<sup>2404</sup> Das Reichserziehungsministerium wies Kel-

---

<sup>2400</sup> Keller 1937a. Der laut Keller in seiner Bedeutung unterschätzte Dahn habe in seinen Dichtungen das Germanentum mit dem deutsch-nationalen Standpunkt verbunden, außerdem den völkischen Gedanken hochgehalten, eine tragische Lebensanschauung und die Opferbereitschaft des Einzelnen um des Volkes willen vertreten. Kennzeichnend für diesen kleinen Aufsatz Kellers ist seine offensichtliche Ablösung vom offiziellen Christentum und seine beginnende Hinwendung zur Deutschen Glaubensbewegung mit ihrer arisch-nordischen Frömmigkeit. Keller wurde nie Mitglied der Deutschen Glaubensbewegung. Affirmativ stellte der einstige evangelische Pfarrer jedoch Dahns Abart des Pantheismus dar, dessen „Absolutes“ nicht der christliche Gott, sondern unbewusstes Vernunftgesetz sei (Keller 1937a, 413), das zum „Schicksalsgesetz“ (Keller 1937a, 414) werde.

<sup>2401</sup> Keller 1937b, 447f.

<sup>2402</sup> Im Visier hat Keller hier etwa Thomas Mann („Emigrant und Hetzer“), der den Zerfall und die Entartung einer Familie schildere, oder Ernst Toller („Jude und Bolschewist“, Keller 1937b, 449), der „schamlos das Ideal des Helden für das törichte aller Ideale“ hält, auch den Neukantianer Hermann Cohen, aber auch den Lebensphilosophen Graf Hermann Keyserling, ebenso den Expressionismus und die Freud'sche Psychoanalyse. Die Wurzeln dieses „dekadenten Nihilismus“ (Keller 1937b, 448) lägen in der westeuropäischen Aufklärung und im Judentum, wobei sich das Judentum bei diesem ganzen Zersetzungsgeschäft „in seinem eigentlichen Element“ befinde (Keller 1937b, 450). Dieser Geist sei nicht nur „Widersacher der Seele“ (hier spielt Keller auf die Schrift von Ludwig Klages an), sondern er sei „entarteter Geist“, dem der Nationalsozialismus „schärfsten Kampf angesagt“ habe, den er „mit eisernem Besen“ (Keller 1937b, 458) beseitige. Um den „echten Geist“ wieder in sein Recht einzusetzen, genüge „eine politische und wirtschaftliche Umwälzung“ nicht, vielmehr müsse eine „echte Revolution“ durchgeführt werden, die sich auf sämtliche Lebensbereiche und Kulturgebiete erstrecke (Keller 1937b, 452). Denn „echter Geist“ ist Keller zufolge „immer völkisch geprägter Geist“, ein geistiges Leben, das „in die es tragenden biologisch-bluthaften Bedingungsbeziehungen“ hineingebettet sei (Keller 1937b, 454).

<sup>2403</sup> Schreiben des Kultministeriums an den Rektor vom 24. Februar 1942, in: UAT 126/323a (Personalakte Erich Keller).

<sup>2404</sup> Laut Otto Weinreich war der „schärfste Gegner der Übernahme von Keller“ der Pädagoge Gerhard Pfahler. Siehe Brief Otto Weinreich vom 23. September 1942 an

ler Ende August 1942 nach Paragraph 20 der Reichshabilitationsordnung der Tübinger Universität zu. Universität, Fakultät und das Philosophische Seminar waren in der Durchsetzung ihrer institutionellen Selbstbehauptung abermals unterlegen. Dekan Weinreich hieß Keller in einem Schreiben denn auch „herzlich willkommen“. Die Fakultät rechne damit, dass er sich insbesondere für die Vortragsreihe der „Weltanschaulichen Lehrgemeinschaft des NSD Dozentenbundes“ zur Verfügung stelle.<sup>2405</sup> Weinreich ließ – wie von Keller gewünscht – seinen Namen ins Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1943 unter die außerplanmäßigen Professoren eintragen, auch merkte er ihn für ein Weihnachtspaket vor, „damit auch unseren jüngsten Kollegen ein Päckchen als Gruß erreicht.“<sup>2406</sup> Keller war jedoch bis zum Ende des Krieges zur Motivation der Soldaten als „NS-Führungsoffizier“<sup>2407</sup> an der Front, an der Tübinger Universität hat er nie gelehrt. Pro forma erhielt er am 1. Januar 1943 den Posten des Oberstudiendirektors am Tübinger Uhland-Gymnasium.<sup>2408</sup>

## J. Albert Dietrich: Ein „Revolutionär von rechts“

Zum Wintersemester 1943/44 kam Albert Dietrich<sup>2409</sup> an die Tübinger Universität. Wie sein Kollege Erich Keller profitierte auch er von der

---

unbekannt, mit großer Wahrscheinlichkeit an Jakob Wilhelm Hauer, in: UAT 131/600, Erich Keller. Kellers Lehrtätigkeit in Esslingen soll „ein völliges Fiasko“ gewesen sein. Da Hauer dieses Urteil nicht hinnehmen wollte, schaltete er Paul Michel ein, den ehemaligen Direktor der Lehrerhochschule Esslingen. Michel verteidigte Keller und sah im Vorwurf des Fiaskos „nur den Ausfluss einer böswilligen Verleumdung“. Michel gab jedoch zu, dass Keller am Anfang seiner Lehrtätigkeit „im Schwunge der Begeisterung und in Unkenntnis der Mentalität“ der Studierenden „im weltanschaulichen Kampf zu stark die aggressive Seite hervorkehrte, [...] wie es denen geht, die sich vorgenommen haben, kompromisslos für die nationalsozialistische Weltanschauung einzutreten“. Siehe Brief [Paul] Michel an Jakob Wilhelm Hauer vom 17. September 1942, in: UAT 131/600, Erich Keller. Siehe zum gesamten Vorgang um die Umhabilitierung Kellers nach Tübingen: Hantke 2010a, 419ff.

<sup>2405</sup> Schreiben Dekan Otto Weinreich an Erich Keller vom 18. September 1942, in: UAT 131/600, Erich Keller.

<sup>2406</sup> Schreiben Otto Weinreich an Erich Keller, ohne Datum, in: UAT 131/600, Erich Keller.

<sup>2407</sup> EL 902/3, Bü 6306 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Klageschrift der Spruchkammer Backnang gegen Erich Keller vom 31. Juli 1947).

<sup>2408</sup> EL 902/3, Bü 6306 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Spruch der Zentral-Spruchkammer Nord-Württemberg, Ludwigsburg vom 25. April 1949, Seite 1). Unter anderem berichtete am 17. Juli 1942 der Kultminister an den Reichsstatthalter zwecks Übertragung der Oberstudiendirektorenstelle an Keller: „Seine weltanschaulich politische Haltung ist die des alten Kämpfers der Bewegung.“ EL 902/3, Bü 6306 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Spruch der Zentral-Spruchkammer Nord-Württemberg, Ludwigsburg vom 25. April 1949, 2). Otto Binder, seit 1922 Schulleiter des im Jahre 1937 anlässlich des 150. Geburtstages von Ludwig Uhland in Uhland-Gymnasium umbenannten Tübinger Gymnasiums, ging 1942 in den Ruhestand. Als „Verweser“ leitete er das Gymnasium bis zum Ende des Krieges. Vgl. Uhland-Gymnasium Tübingen (Hrsg.) 2001, 45ff. Dort wird jedoch der 4. März 1943 als offizieller Beginn von Kellers Schulleiterposten angegeben.

<sup>2409</sup> Zu Dietrich siehe auch: Hantke 2010a, 422f. Zum Lebenslauf Dietrichs: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen); Hesse 1995, 234f.; Tilitzki 2002, 898ff.

Patronage offizieller nationalsozialistischer Stellen und der Förderung durch den im „Amt Rosenberg“ agierenden Alfred Baeumler sowie des Tübinger Psychologen und Pädagogen Gerhard Pfahler. Die Patronage war jedoch nicht so offensichtlich wie bei Keller. Dietrich war wissenschaftlich noch weniger ausgewiesen als Keller. Philosophische Artikel hat er kaum veröffentlicht, meist schrieb er politische Artikel und Aufsätze für Zeitungen, seine Habilitation über „[d]ie Schule im Gefüge der nationalsozialistischen Ordnung“ ist vermutlich nie erschienen. Dietrich erwähnte sie in einer 1943 abgefassten Zusammenstellung seiner Schriften und bemerkte, dass die etwa 350 Seiten lange Arbeit im Umbruchmanuskript vorliege, aber noch „nicht ausgedruckt“ und „nicht ausgegeben“ sei. Im Oldenbourg-Verlag soll sie „voraussichtlich noch 1943“ erscheinen.<sup>2410</sup> Dietrichs Lehrbefugnis erstreckte sich auf Pädagogik, da er den im Wehrdienst stehenden Pädagogen Gerhard Pfahler vertreten sollte, sie wurde aber auf Philosophie ausgeweitet.

Laut einem 1943 angefertigten Schriftenverzeichnis hat Dietrich kein größeres Werk veröffentlicht, weder politischen noch philosophischen<sup>2411</sup> Inhalts. In den 1920er Jahren finden sich Artikel und kleinere Aufsätze insbesondere im „Gewissen“, einer wöchentlich erscheinenden republikfeindlichen Zeitschrift.<sup>2412</sup> Die Publikation war Sprachrohr des Juni-Klubs um Arthur Moeller van den Bruck, in dem sich auch Dietrichs Studienfreund Max Hildebert Boehm<sup>2413</sup> engagierte. Herausgeber war Juni-Klub-Gründungsmitglied Heinrich von Gleich-Rußwurm (1882 – 1959)<sup>2414</sup>, der Anfang der 1920er Jahre das Berliner „Politische Kolleg“ mit Martin Spahn gründete und die „Hochschule für nationale Politik“ ins Leben rief. Neben dem Juni-Klub agierte der „Jungkonservative Klub“, in dem sich Dietrich ebenfalls engagierte.

---

<sup>2410</sup> Schriftenverzeichnis von Albert Dietrich, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich). Auch Tilitzki hat sie in keiner deutschen Bibliothek gefunden. Tilitzki 2002, 904.

<sup>2411</sup> 1923 hielt Dietrich die Gedächtnisrede auf den verstorbenen Ernst Troeltsch. Darin hob er den „väterlichen Freund, den Streiter im öffentlichen Leben und den sozialdenkenden Christen“ hervor. Troeltsch sei ein „glühender Patriot“ gewesen, dessen „natürlicher vaterländischer Sinn“ in manchem Ähnlichkeit mit Max Weber und Friedrich Naumann gehabt habe. Vgl. Dietrich 1923.

<sup>2412</sup> In einem Artikel zur Reichstagswahl am 20. Mai 1928 beschwor das „Gewissen“ in einem nicht namentlich gezeichneten Artikel „die Todesstunde des undeutschen parlamentarischen Systems“ und bezeichnete den Parlamentarismus als „fremdländische Krankheit“. Gegen Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Zentrum, Deutschnationale und Splitterparteien gewandt, über Partei-, Klassen- und religiöse Grenzen hinweg, suchte der Verfasser die Wählerinnen und Wähler für die „deutsche Nation, den deutschen Staat, das deutsche Volk, den deutschen Raum, die deutsche Zukunft“ zu begeistern. Vgl. N.N.: „Die Parteilosen“, in: *Gewissen*, 11. März 1928.

<sup>2413</sup> Schlüter 2010, 293f. Boehm hatte auch einen Lehrauftrag an der „Hochschule für nationale Politik“. Sontheimer, 1994, 33.

<sup>2414</sup> Vgl. im Folgenden „Gleich genannt von Rußwurm, Raimund August Heinrich Freiherr von“, in: *Deutsche Biografie*, <http://www.deutsche-biographie.de/sfz21163.html>.

In seinen Artikeln für das „Gewissen“, die er zum Teil unter dem Pseudonym Asmus Gendrich<sup>2415</sup> veröffentlichte, zeigte sich Dietrich als unbedingter Gegner des Marxismus. Ihm attestierte er „primitiv soziologische[s] Denken“ und einen „reaktionär-liberalistischen Staats-hass“, die Rettung Deutschlands sei mit der „Rettung des deutschen Arbeiters und der deutschen Intelligenz aus der marxistischen Einkreisung“ verbunden.<sup>2416</sup> Christentum und der marxistische Sozialismus könnten sich nicht versöhnen, so Dietrich, Marxismus sei nur ein anderes Wort für „organisierte Glaubenshörigkeit“, er sei gottfeindlich, mechanistisch und vollkommen homozentrisch.<sup>2417</sup>

Der Gegner der „Erfüllungspolitik“ und des „Versailler Erdrosselungsvertrages“ pochte auf die „theoretische und praktische Notwendigkeit deutschen Kolonialbesitzes“, sah während eines Bremer Frauenkongresses den dort behaupteten Zusammenhang von Sozialismus und Pazifismus als „politischen Tiefstand“ und „Wirklichkeitsfremdheit“ an, worauf ihn „tiefes Grauen und namenloser Ekel gegen die bewusst fanatisierenden Frauen ergriffen“ habe. Dietrich, der sich in diesem Artikel als „nationaler Student“ bezeichnete, ließ den „politischen Menschen“ dort beginnen, wo er sein „Ichbegehren“ zurückdränge und sich „dem Ganzen der Nation und Kultur“ in öffentlicher Verantwortung stelle. Er verwahrte sich gegen die Eliminierung von Kriegsgeschichten aus den Schulbüchern und pries die radikale Nationalistin und „Gewissen“-Autorin Emmy Voigtländer, die vor den Gefahren des Pazifismus warne.<sup>2418</sup>

Für den „wirklichen Menschen“, gegen alle -ismen, für „programmatische Zielforderungen und unumgängliche Tagesforderungen“, gegen ein „freischwebendes Spiel mit unendlich fernen Zielen“<sup>2419</sup> gewandt, stritt Dietrich für den „politischen Menschen“<sup>2420</sup>, der aus „dem Ganzen des Lebens“, aus der religiösen Seelenschicht seinen Ursprung nehme, sich selbst sowie dem Ganzen gegenüber verantwortlich fühle und opferwillig sei. Dichterisches Vorbild war ihm der „vaterländische Freiheitsdichter“ Heinrich von Kleist, die „nordisch-deutsche Na-

---

<sup>2415</sup> In einer Publikationsliste gab Dietrich jeweils Titel, Datum und Publikation an. Demnach müssen ihm die Artikel von „Asmus Gendrich“ zugeschrieben werden.

<sup>2416</sup> Dietrich (Gendrich), 1921a.

<sup>2417</sup> Dietrich 1922a.

<sup>2418</sup> Dietrich 1922b.

<sup>2419</sup> Dietrich 1922c.

<sup>2420</sup> In Abgrenzung zum bloß „politisierenden Menschen“, der oberflächlich, nur auf öffentliche Wirkung aus sei, das Reich mit Biergläsern und Wahlzetteln verteidige, die Verantwortung auf neutrale und unfassbare Mächte abschiebe und bestrebt sei, Opfer zu vermeiden. Vgl. Dietrich 1922d.



tur<sup>2421</sup>, ein „Quasi-Revolutionär“, ein „radikal-konservativer Mensch“<sup>2422</sup>.

So fühlte sich auch Dietrich bereits in den frühen 1920er Jahren. Er anerkannte eine „Philosophie der Massen“ und forderte für die „jüngere Generation eine philosophia militans, eine streitbare Weltweisheit, die nicht hinter dem Ofen Rätsel löst, wenn auf dem weiten Reiche der Erde die Existenz der europäischen und deutschen Kultur mit allen Machtmitteln erkämpft wird“.<sup>2423</sup> In Hans Freyer schien er Anfang der 1930er Jahre seinen akademischen „Führer“ gefunden zu haben, der die „Revolution von rechts“ herbeischreiben wollte. Dessen Werk aus dem Jahre 1931 redete Dietrich in drei Teilen über „Soziologie am Scheidewege“ das Wort. Der Soziologie als „katalogisierende Bilderbuchsoziologie“<sup>2424</sup>, als „wahllos empirische“ Wissenschaft, deren Pluralität an Anarchie grenze und den „unerträglichen Zustand“ einer Wissenschaft aufzeige<sup>2425</sup>, setzte Dietrich Freyers „ungemein interessante Ergänzung“<sup>2426</sup> entgegen, die allgemeine Forderung der Situationsverbundenheit der Soziologie. Freyers Soziologie sei eine „handelnde Wissenschaft“<sup>2427</sup>, sie trage „unser Wollen in sich“, „konkretes Wollen in bestimmten Lagen“<sup>2428</sup>. Die „Revolution von rechts“ sei „angewandte Soziologie“<sup>2429</sup>, ein Weckruf und Wegeruf, der zur rechten Zeit gekommen sei. Erwartungsvoll schaute Dietrich mit Freyer auf eine revolutionäre Zukunft, die etwas „völlig Neues“, dem Staat sein Recht und seine Würde bringe, in der der Staat im Wechselspiel mit dem Volke herrsche und gestalte. Dann sei die „Revolution von rechts“ gewonnen<sup>2430</sup> und der „Scheinstaat“<sup>2431</sup>, wie er die Weimarer Republik später im NS-Staat nennen sollte, überwunden.

Dietrich strebte eine ständisch gegliederte Volksgemeinschaft an, die als Willens- und Wertegemeinschaft einheitlich religiös fundiert sein sollte<sup>2432</sup>, wobei stets ein mystisches Moment hineinspielte. Äußerlich mag das seine Mitgliedschaft sowohl bei den Baptisten als auch bei den Nationalsozialisten (NSDAP, SA) verdeutlichen. Antimarxistisch und antidemokratisch orientiert, ein Bismarck-Verehrer und Baeumler-Apologet, begriff er mit Dilthey den Menschen als ein wesentlich his-

---

<sup>2421</sup> Dietrich 1927a.

<sup>2422</sup> Dietrich 1928.

<sup>2423</sup> Dietrich 1922e, 353.

<sup>2424</sup> Dietrich 1932b, 128.

<sup>2425</sup> Dietrich 1932c, 202.

<sup>2426</sup> Dietrich 1932a, 22.

<sup>2427</sup> Dietrich 1932b, 125.

<sup>2428</sup> Freyer, zitiert nach Dietrich 1932b, 127.

<sup>2429</sup> Dietrich 1932b, 128.

<sup>2430</sup> Dietrich 1932b, 129.

<sup>2431</sup> Dietrich 1934/35, 412.

<sup>2432</sup> Vgl. Tilitzki 2002, 902.

torisches Wesen, das sich in der Gemeinschaft verwirkliche.<sup>2433</sup> Dazu bedürfe es einer Nationalerziehung, die kräftigend und formend auf die Rasse einwirke. In seiner Habilitation verteidigte Dietrich die nationalsozialistische Erziehungstheorie Baeumlers'cher Provenienz und propagierte die Formationserziehung, die die germanische Lebensordnung wieder herstellen sollte.

Dietrich veröffentlichte während der NS-Zeit auch einige Artikel im „Deutschen Adelsblatt“, wobei er die Erziehung im neuen Staat und die nationalsozialistische Gesetzgebung würdigte. Seit 1933 sei ein „moderner Nationalstaat“<sup>2434</sup> entstanden, der sich gegen „Parteien- und Länderpartikularismus“ wende, eine „volkhafte Seinsordnung“ etabliere und sich die „Aufzucht unserer Art“ zu eigen mache. Dietrich feierte auch den 30. Januar 1933 als „Tag der neuen Volksordnung des genial und groß gebauten Staates der festgefügtten Volksgemeinschaft, der wiedererstandenen Freiheit und Ehre und eines zum ersten Male wahrhaft politischen Reiches.“<sup>2435</sup> Er pries die „deutsche Freiheitsbewegung, wie sie der Führer schuf“ sowie Baeumlers „politischen Soldaten“ und forderte eine Umschreibung der Geschichte. Sie müsse „umempfunden, umgesehen, umgeforscht“ werden, wie es „vorbildlich“ in Walter Franks „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland“ geschehe. Durch die Aufdeckung der „Urelemente“, „Urkräfte“ und „Urgeschichte“ hoffte Dietrich, den „wahren Sinn der heroischen Weltanschauung“ herauszuarbeiten. Als Deutscher werde man geboren, zum Nationalsozialisten aber müsse man erzogen werden. Dazu war die nationalsozialistische Weltanschauung unabdingbar, sie war für Dietrich „unablösbar“ mit Sprache verbunden, die „Sprachgemeinschaft“ gründe in der „Blutgemeinschaft“, Juden könnten zwar „deutsch“ sprechen, aber nicht „deutsch“ empfinden. Dietrich sah den kommenden „Weltanschauungskampf“ bereits heraufziehen, „Zukunft“ oder „Untergang“ – vor dieser Entscheidung stehe die Welt.

Aus dem „Volk der Dichter und Denker, des technischen Aufstieges und des Weltgeschäfts“<sup>2436</sup> ist 1938 „im Feueratem der großen Schlachten die Frontgemeinschaft“ geworden, so Dietrich – dank Hitler, der ein „politisches Genie“ sei. Und 1939 war für den Philosophen der „Völkerkampf“<sup>2437</sup> bereits Realität. Er zeigte sich entschlossen, „den Lebensraum zu erkämpfen“ und zielte auf eine neue europäische Ordnung. „Adolf Hitler ist Deutschland und wir gehören ihm“, so Dietrich, „wir danken unserem Führer!“, so seine „einfachen Worte“ zum 50. Geburtstag von Hitler.

---

<sup>2433</sup> Vgl. im Folgenden Tilitzki 2002, 903f.

<sup>2434</sup> Dietrich 1936, 121ff.

<sup>2435</sup> Im Folgenden: Dietrich 1937, 130ff.

<sup>2436</sup> Dietrich 1938, 1399f.

<sup>2437</sup> Dietrich 1939, 569ff.

Albert Werner Johannes Dietrich wurde am 4. September 1890 als Sohn des Praktischen Arztes Georg Rosenbaum in Berlin geboren. Nach dem Tod des Vaters 1898 adoptierte ihn sein Großvater, der Komponist Albert Dietrich. Seine Hochschulreife erlangte Dietrich in Berlin, anschließend studierte er dort von Oktober 1910 bis Juli 1914 Philosophie, Kunstwissenschaft, Kunstgeschichte, Mathematik und Physik, unterbrochen von einem Gastsemester in Marburg von 1912 – 1913. Dietrich trat dem „Verband der Vereine Deutscher Studenten“ (VVDSt) bei, eine nicht-schlagende, aber farbentragende Verbindung, in der nur männliche Studierende aufgenommen wurden und seit 1896 ein „Ariernachweis“ nötig war.<sup>2438</sup> Der „Kyffhäuserverband“ war in der Kaiserzeit betont deutsch-national, völkisch und antisemitisch ausgerichtet. Die Weimarer Republik lehnte der Kyffhäuserverband ab wie auch den Versailler Vertrag und den Young-Plan. Er engagierte sich für die Grenz- und Auslandsdeutschen, arbeitete etwa mit dem Jungdeutschen Orden, dem Stahlhelm, mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB), dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund zusammen. 1919/20 war er an der Gründung des Hochschulrings Deutscher Art beteiligt. Führer- und Rassengedanke, Antisemitismus, Volksgemeinschaft und großdeutsche Ambitionen waren grundlegende Positionen des Verbandes. Eine Radikalisierung erfolgte Mitte der 1920er Jahre, nach 1929/30 war der Verband auch an der Mehrheitsbeschaffung für den NSDStB an den Universitäten beteiligt.

Als Kriegsfreiwilliger kam Dietrich im August 1914 an die Westfront, im Herbst desselben Jahres wurde er wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim stellvertretenden Generalstab des Heeres in Berlin. Zwei Jahre später wurde er mit einer Arbeit über „Kants Begriff des Ganzen in seiner Raum-Zeit-Lehre und das Verhältnis zu Leibniz“ promoviert. Nach dem Ersten Weltkrieg leistete Dietrich im späteren polnischen Bromberg „grenzpolitische Arbeit“ zur „Festigung des deutschen Volkstums“, in Bromberg wurde er Mitbegründer der Deutschen Vereinigung, in der Stadt Schulitz (polnisch: Solec Kujawski) habe er gegen einen Sozialdemokraten im Winter 1918/19 seine „politische Jungferrede“ gehalten.<sup>2439</sup> Auch war Dietrich Mitarbeiter der Berliner Organisation „Kriegshilfe Ost“<sup>2440</sup>, zu der er von Bromberg aus im Januar

<sup>2438</sup> Vgl. im Folgenden Roos-Schumacher 2000, 17ff.; Zirlewagen 2000, 108ff.

<sup>2439</sup> Albert Dietrich in seinem Lebenslauf vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2440</sup> Die von nationalen Politikern geführte Organisation habe in Zusammenarbeit mit den militärischen Stellen „eine vielfältige und gut getarnte Aufbauarbeit in Wehr- und Volkspolitik“ geleistet, etwa die Aufstellung und Unterhaltsbeschaffung neuer Wehrverbände und Truppeneinheiten (Aufstellung des Freikorps Epp, antibolschewistische Propagandaarbeit usw.), so Dietrich. Siehe: Lebenslauf vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

1919 abgestellt worden sei. Anschließend sei Dietrich „vielfältig eingesetzt“ worden, als Redner bei der Truppe, bei den Freikorps, bei Reichswehrlehrgängen im Berliner Marinehaus, in Ruhleben, Oppeln und in Dresden. Als „Kampfredner“ sei er dann in die Reihen der antibolschewistischen Liga eingetreten und habe in „ungezählten Einzelvorträgen und Lehrgängen“ 1919/20 auch vor der Braunkohlenarbeiterschaft Mitteldeutschlands „antimarxistisch gearbeitet“. Vom Chef des Reichswehrgruppenkommandos I sei er im Mai 1919 beauftragt worden, „in dringenden und geheimen Aufträgen der Bewaffnung und Formierung der Studentenschaft mit den Hochschulen in Dresden, Freiberg und Leipzig zu verhandeln“<sup>2441</sup>, dort aufklärend und werbend zu reden. Mehrfach sei Dietrich auch mit Universitätslehrgängen der Berliner Schutzpolizei betraut worden und habe im Auftrag des Reichswehrministeriums einen politischen Lehrgang für Offiziere und Beamte angeboten. Als Freikorps-Kampfredner trat er in Schlesien auf, übernahm während des Kapp-Lüttwitz-Putsches (13. – 17. März 1920) die politische Betreuung der Truppe<sup>2442</sup>, war Mitglied der Jungkonservativen Vereinigung sowie Mitbegründer<sup>2443</sup> des die erste deutsche Republik bekämpfenden „Juni-Klubs“ unter Arthur Moeller van den Bruck (1876 – 1925), die „bedeutendste antidemokratische Ideenzentrale der frühen Jahre der Weimarer Republik“<sup>2444</sup>. Der Juni-Klub gründete ein politisches Kolleg und gab mehrere Publikationen heraus. Dietrich galt im „Juni-Klub“ als „Karl Marx des deutschen Sozialismus“<sup>2445</sup>, der ihn widerlegen und überwinden wollte. Dietrich wollte die Nation durch Aufhebung der Klassenspaltung retten.<sup>2446</sup> In der Deutschen Studentenschaft und im Deutschen Hochschulring (DHR, auch „Hochschulring Deutscher Art“) wirkte Dietrich „vielfältig an der Schulungsarbeit“<sup>2447</sup> mit. Im Berliner Reichswehrministerium leitete er politische Rednerseminare, und bei der Berliner Sicherheitspolizei leistete er nationalpolitische Bildungsarbeit.

Ein erster Habilitationsversuch an der Berliner Universität im Sommersemester 1923 scheiterte. Die Arbeit trug den Titel „Gegebenheit, Aufgegebenheit, Wesenheit – Ein systematischer Versuch über den metaphysischen Untergrund der gegenwärtigen deutschen Philosophie“. Der Versuch sei nicht abschlägig beurteilt worden, so Dietrich in seiner Eidesstattlichen Versicherung vom 1. April 1943, vielmehr

---

<sup>2441</sup> Albert Dietrich in seinem Lebenslauf vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2442</sup> Hesse 1995, 235.

<sup>2443</sup> Albert Dietrich nach dem Krieg in den „Erklärungen zu meiner Entlastung“, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2444</sup> Sontheimer 1994, 32.

<sup>2445</sup> Tilitzki 2002, 899.

<sup>2446</sup> Tilitzki 2002, 900.

<sup>2447</sup> Albert Dietrich in seinem Lebenslauf vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

sei er aufgefordert worden, eine zweite Schrift einzureichen.<sup>2448</sup> Sein Förderer Ernst Troeltsch starb 1923, Rückhalt fand Dietrich bei den Berliner Philosophen nicht.<sup>2449</sup> Im Seminar von Ernst Troeltsch war Dietrich von 1916 bis zum Frühjahr 1923 tätig, von Mai 1924 bis September 1928 war er „planmäßiger Oberassistent“<sup>2450</sup> am Philosophischen Seminar der Universität Berlin (Assistententätigkeit bei Max Dessoir). Vom 1. April 1930 bis zum 31. März 1932 lehrte er als Professor für Pädagogik und Philosophie an der Cottbuser Pädagogischen Akademie. Mit der Schließung der Akademie wurde Dietrich in den einstweiligen Ruhestand versetzt.<sup>2451</sup> Sein Austritt aus der evangelischen Kirche datiert vom 1. Juli 1932.

Zum 1. April 1933 wurde er an die Hochschule für Lehrerbildung in Halle<sup>2452</sup> berufen, die ein Jahr später nach Hirschberg im Riesengebirge verlegt wurde. In die NSDAP trat Dietrich zum 1. Mai 1937 ein (Nr.: 5554901), er war nahezu 15 Jahre lang Ortsgruppenschulungsleiter in Hirschberg-Süd und mehrere Monate lang stellvertretender Kreisschulungsleiter bei der Hirschberger Kreisleitung.<sup>2453</sup> Seit 1933 war er Mitglied in der SA<sup>2454</sup>, in ihr habe er „vielfach [...] weltan-

---

<sup>2448</sup> Eidesstattliche Versicherung Albert Dietrich vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich). Anschließend forschte Dietrich über den Philosophen Karl Christian Friedrich Krause, „diesen seltsamen, aber bedeutenden Mann“ (Lebenslauf Albert Dietrich vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76).

<sup>2449</sup> Tilitzki 2002, 898.

<sup>2450</sup> Erklärung von Albert Dietrich vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2451</sup> Hesse 1995, 235.

<sup>2452</sup> Die 1930 gegründete Pädagogische Akademie in Halle war vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten nach Frankfurt die zweite führende Reformakademie. Julius Frankenberger und Adolf Reichwein waren die bekanntesten und engagiertesten Vertreter einer sozialdemokratisch orientierten Reformpädagogik. Nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933 wurden nahezu sämtliche Dozenten entlassen, nur zwei konnten weiterhin lehren. Am 1. Mai 1933 benannten die Nationalsozialisten die Akademie in „Hochschule für Lehrerbildung“ um. Kurz darauf erfolgte die Umsiedlung nach Hirschberg in die Nähe der deutsch-schlesischen Grenze und der Tschechoslowakei. Die Hochschule sollte zur Kaderschmiede des Nationalsozialismus ausgebaut werden. Ihr Direktor wurde Herbert Freudenthal. Die Herausgeberschaft der einstigen Hallenser Zeitschrift „Die Volksschule“ ging von den entlassenen Reformpädagogen auf die Hirschberger Kaderhochschule über. Auch Freudenthal war 1932 in den vorläufigen Ruhestand versetzt worden, er hatte in Kiel gelehrt. Nach dem Machtantritt setzten die Nationalsozialisten ihn wohl aus strategischen Gründen wieder ein. Er gilt als „glänzender Vollstrecker der Nazi-Ideologie im volkskundlich-pädagogischen Bereich.“ (Amlung 1991, 301, zitiert nach Bönisch-Brednich 1994, 304). Freudenthal drängte Studenten und Dozenten noch in Halle zum geschlossenen Eintritt in die SA (Beobachter in Iser- und Riesengebirge vom 7. Mai 1994 [gemeint ist 1934], zitiert nach Bönisch-Brednich 1994, 305).

<sup>2453</sup> Eigenen Angaben nach dem Krieg zufolge war Dietrich im November 1938 noch Parteianwärter, er habe erst im Winter 1939/40 „die rosa Übergangskarte“ erhalten. Das „rote Mitgliedsbuch“ habe er nie bekommen. Albert Dietrich nach dem Zweiten Weltkrieg in seiner Entlastungserklärung, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2454</sup> Dietrich sprach nach dem Zweiten Weltkrieg von einem Eintritt der gesamten Hochschule für Lehrerbildung „in corpore“. Eine Mitgliedschaft in der Partei oder

schaulich gewirkt“, 1943 war er als SA-Sturmführer ehrenamtlicher Mitarbeiter beim Stab der Jägerstandarte 5 in Hirschberg.<sup>2455</sup> Außerdem war er seit 1. Juli 1933 Mitglied im NS-Lehrerbund, in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), in der Reichsdozentenschaft (zum 1. Januar 1939 wurde er vom Reichsdozentenführer zum örtlichen Referenten für wissenschaftliche Gesellschaften ernannt) und im NS-Altherrenbund (von der Gründung 1936 bis zum Frühjahr 1941). Eigenen Angaben zufolge hatte er in den verschiedenen Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der Partei, insbesondere im NSLB und im Deutschen Volksbildungswerk, „eine umfangreiche Vortragstätigkeit entfaltet“<sup>2456</sup>, war Gauredner des Deutschen Volksbildungswerkes und Gauredner des Beauftragten für das militärische Vortragswesen. Für sein Engagement erhielt Dietrich das „Kriegshilfsverdienstkreuz“ und das „Frontkämpferehrenkreuz“ sowie ein Dank- und Anerkennungsdiplom für seine Rednertätigkeit, außerdem bekam er für seine sportlichen Leistungen das SA-Sportabzeichen in Gold und nahm an mehreren Lagern – SA-Sportlager, SA-Prüfer-Lehrgänge – teil.<sup>2457</sup> In Hirschberg übernahm er von 1936 bis 1940 den Predigtendienst, die Evangelisation und die Bibelarbeit für die „Gemeinde gläubig getaufter Christen“ (Baptistengemeinde).

Der jungkonservative Dietrich, Verfechter einer „Revolution von rechts“ in der Weimarer Republik, wandte sich nach dem 30. Januar 1933 rasch den Nationalsozialisten zu, agitierte in zahlreichen Gliederungen und Verbänden der NSDAP und auch als Professor an der Hochschule für Lehrerbildung in Halle und Hirschberg (Riesengebirge).<sup>2458</sup> Die Hirschberger Hochschule für Lehrerbildung nannte der Direktor Herbert Freudenthal einen neuen „Anfang im Geiste der nationalsozialistischen Revolution“<sup>2459</sup>, sie sei eine „einsatzfreudige nationalsozialistische Frontkameradschaft“ von Dozenten und Studenten.<sup>2460</sup> Ziel war, den (ausschließlich männlichen) Lehrernachwuchs „in rechtem nationalsozialistischen Geiste zu erziehen“, den Dienst unter der Fahne als politischen Dienst zu verstehen (Baeumlers „politischer Soldat“), der wiederum als „Einsatz an der Front innenpolitischer

---

einer NS-Organisation sei Voraussetzung gewesen, um eine Anstellung zu bekommen. Siehe: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen, „Erklärungen zu meiner Entlastung“).

<sup>2455</sup> Albert Dietrich in seinem Lebenslauf vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2456</sup> Albert Dietrich in seinem Lebenslauf vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2457</sup> Albert Dietrich in seinem Lebenslauf vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2458</sup> Zur Einflussnahme der NS-Instanzen auf die Lehrerbildung siehe auch Scholtz/Stranz 1980, 110 – 124.

<sup>2459</sup> Bönisch-Brednich 1994, 304; zitiert nach Werth 1985, 336.

<sup>2460</sup> Herbert Freudenthal im Vorwort des zweiten Jahresberichts zur Hochschule für Lehrerbildung in Hirschberg: Lehrererziehung im Dritten Reich, 1937, 5.

Seelsorge für den deutschen Menschen“ aufgefasst wurde.<sup>2461</sup> Neben Pädagogik stand auch die Wehrrtütigung inklusive Wehrsportlager auf dem Stundenplan, die Dozenten unterrichteten den Lehrernachwuchs in „Kampfspielen“ und im „Kleinkaliberschießen“.<sup>2462</sup>

Dietrich war stellvertretender Direktor der Hochschule geworden und hatte „Denkzucht“ und „Manneszucht“ der „weichlichen Utopie einer Lebensgemeinschaft von gestern“ entgegengesetzt.<sup>2463</sup> Dazu hatten Wehrsportlager, Märsche, Appelle und pseudoreligiöse Handlungen wie Flaggendienste sowie Morgenfeiern gehört. So war die Hirschberger Hochschule für Lehrerbildung eine „nationalsozialistische Kaderakademie mit ausschließlich politischer Ausrichtung und paramilitärischer Ausbildung.“<sup>2464</sup> Dietrich bot konjunkturbedingte Themen an, im Sommersemester 1935 etwa: „Nationalsozialismus, Übungsvorlesung mit politischem Zeitungsdienst“, „Kriecks Erziehungslehre“, „Deutsche Erziehungsgeschichte“, „Wegbereiter des neuen Deutschland“ und „Wir lesen: Hitler, ‚Mein Kampf‘ (Arbeitsgemeinschaft mit beschränkter Teilnehmerzahl)“. Im Sommersemester 1936 hatte er „Lagarde und Nietzsche“, „Geschichte der deutschen Schule“, „Erziehungsgeschichte“, „Grundforderungen und Grundformen nationalsozialistischer Erziehung“ und eine „AG über Weinstocks Theorie der höheren Schule“ im Programm.<sup>2465</sup> Eine eigene „Gedächtnisfeier“ organisierte Dietrich für seinen einstigen Kampfgefährten der „Konservativen Revolution“ Arthur Moeller van den Bruck.<sup>2466</sup>

Dietrichs Terminkalender quoll nahezu über. Neben seiner Dozententätigkeit hielt er im Jahre 1935 zahlreiche Vorträge. Auf Einladung des Magdeburger Volksbildungsamtes sprach er am 7. April 1935 über „Die Erziehung zum deutschen Menschen“, am 1. Juni im NSLB Freystadt-Land über „Der Volkslehrer als politischer Erzieher“, drei Tage später an der Universität in Hamburg über „Wehridee und Hochschulidee“, am 15. Juni im NSLB Landkreis Görlitz über „Wehridee und Erziehungsidee“, am Tag darauf in der Kreisgruppe des NSLB Liegnitz-Land über „Bildungsschule oder Erziehungsschule?“, am 19. Juni im Stadtkreis Liegnitz über „Der Erzieher im Dritten Reich“, am 24. Juni im NSLB Schmiedeberg über „Soldatische Haltung und Erziehung“. Vom 26. – 31. August war er mit anderen Dozenten an der „Sommer-

---

<sup>2461</sup> Lehrererziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 12.

<sup>2462</sup> Lehrererziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 39.

<sup>2463</sup> Bönisch-Brednich 1994, 304; zitiert nach Werth 1985, 340.

<sup>2464</sup> Bönisch-Brednich 1994, 312.

<sup>2465</sup> Lehrererziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 39.

<sup>2466</sup> Lehrererziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 17.

hochschulwoche ‚Landeskunde der Sudetenländer‘ im böhmischen Reichenberg, und im September nahm er wieder seine Vortragstätigkeit wahr (‚Warum nationalsozialistische Erziehung?‘ am 2. September 1935 im schlesischen Lauban, ‚Bildungsutopie und Erziehungsordnung‘ am 4. September im NSLB Landkreis Strehlen bei Breslau, ‚Das weltanschaulich-politische Gefüge der nationalsozialistischen Erziehung‘ am 19. September in der Kreisgruppe des NSLB Breslau Land). Vom 16. bis 30. Oktober waren ‚Lehrgänge zur Umschulung der Lehrerschaft für den neuen Staat‘ angesetzt, mittendrin – am 21. Oktober – begann das Semester mit Hochschulappell, Studentenversammlung und dem Marsch durch die Stadt, zusätzlich hielt Dietrich am 21. und 28. Oktober Vorträge in Silberberg über nationalsozialistische Erziehung, auf dem Gauparteitag vom 25. bis 26. Oktober sprach er in Breslau zum Thema ‚Weltanschauung und Wissenschaft‘. Einen Vortrag zum selben Thema hielt er am 30. November in Görlitz vor der Fachschulgruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds (NSDStB), am 4. Dezember sprach er in Görlitz über ‚Die Sendung der Erziehung im Dritten Reich‘, einen Tag später las er an mehreren Abenden mit Teilnehmern Hitlers ‚Mein Kampf‘.<sup>2467</sup>

Mit pseudoreligiösem Pathos inszenierte die Hochschule für Lehrerbildung am ‚Tag der Verpflichtung‘ eine ‚Verpflichtungsfeier‘ für die neuen Studenten – mit einer feierlichen Hissung der Flagge, einem ‚Flaggenspruch‘, einer ‚Morgenfeier‘ und dem eigentlichen Festakt mit nationalsozialistischen Funktionären. ‚In breitem Block sind Studenten und Dozenten angetreten, und es ist nicht einer, der nicht das braune Ehrenkleid der völkischen Erneuerung trägt‘, hieß es stolz im zweiten Jahresbericht 1935/36.<sup>2468</sup> Gemeinsam sangen alle das Lied ‚Ich hab mich ergeben‘. Anschließend traten die Studierenden vor, verpflichteten sich durch Handschlag ‚zu treuem Studium‘ und mit einem ‚Sieg Heil‘ auf den ‚Führer‘ und zum unablässigen Einsatz für die Ideen des ‚Dritten Reiches‘. Vor dem ‚Ausmarsch‘ stimmten sie das Deutschland- und das ‚Horst-Wessel-Lied‘ an.<sup>2469</sup> Am Nachmittag wurde das Fest mit Fanfarenmusik fortgesetzt, Bannerträger zogen mit den Wappen der deutschen ‚Stämme‘ und ‚Grenzgaue‘ ein, der Dozent für Leibesübungen sprach ein ‚Gelöbnis ritterlichen Kampfes‘, bevor Mannschaften sich in sportlichen Wettkämpfen maßen. Abends um acht Uhr marschierten die ‚Kampfverbände‘ auf dem Hirschberger Marktplatz auf, die Studierenden reihten sich in die Formationen SA,

---

<sup>2467</sup> Alle Angaben in: *Lehrerziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 49ff.*

<sup>2468</sup> *Lehrerziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 8.*

<sup>2469</sup> *Lehrerziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 8.*



SS und HJ ein, mit einem Fackelzug durch die Stadt wurde das Fest „volkstümlich“ beendet.<sup>2470</sup>

Den „normalen“ Lebensweg eines „Lehrerstudenten“ zeichnete der Jahresbericht folgendermaßen: Jeder kommt „ausnahmslos“ aus der Hitlerjugend und soll sich in möglichst vielen Organisationen und Gliederungen der Hochschule und der Stadt Hirschberg engagieren. Der „Bereitschaftsdienst in Kameradschaften“, „Landschaftsdienst in Wochenendlagern“ sowie „Schulungs- und Freizeitdienst in Kampfverbänden, Organisationen und Betrieben“ waren obligatorisch, hinzu kamen der „Volkssingkreis“, eine „Böhmenfahrt“ für das dritte (21. – 31. Juli 1935), eine Schlesienfahrt zum gleichen Datum für das erste Semester sowie „Grenzlanddienst“.<sup>2471</sup>

Um die Uniformität der Hochschule nach außen noch sichtbarer zu demonstrieren, wurde eine „Gleichtracht für alle“ vorgeschrieben: Ob Dozent oder Student – mit Einverständnis der örtlichen NSDAP-Stelle – trug jeder bei Aufmärschen eine braune (schwarze) Stiefelhose und das „schlichte Braunhemd mit braunem Binder“. So zeigten sie den „Eindruck der inneren Geschlossenheit und damit das Vertrauen zu ihrer Sendung.“<sup>2472</sup> Für eigene wissenschaftliche Betätigung blieb den Dozenten kaum Zeit, sie stellten sich schließlich neben ihren zahlreichen Aktivitäten zusätzlich noch in den Dienst der „Bewegung“, indem sie an „Schulungslagern“, „Deutschen Abenden“, „Zellen- und Abschnittsabenden“ oder sonstigen Feiern teilnahmen. Höhepunkt war laut des zweiten Jahresberichts die Mitarbeit beim Gauparteitag in Breslau, an dem auch Dietrich einen Vortrag hielt.

Die Themen der ersten Lehramtsprüfung 1936 berührten die Gebiete „Staat, Volk, Geschichte (politische Erziehung)“, „Blut, Stamm, Charakter (rassische Erziehung)“, „Heimat, Grenzland, Volkstum (volksdeutsche Erziehung)“, „Boden, Landschaft, Raum (geopolitische Erziehung)“, „Bauerntum, Dorf, Landschule (dorfeigene Erziehung)“, „Natur, Technik, Wirtschaft (wirtschaftspolitische Erziehung)“, „Religiöse Erziehung“, „Spracherziehung“, „Leibeserziehung“, „Kunsterziehung“, „Musikerziehung“ sowie „Spiel, Tanz, Fest, Feier“. Die Themen der Lehramtsprüfung hatten stets Bezug zu nationalsozialistisch definierten Inhalten.

---

<sup>2470</sup> Lehrererziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 10.

<sup>2471</sup> Lehrererziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 39.

<sup>2472</sup> Lehrererziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, 1937, 11.

Wie Keller verfolgte aber auch Dietrich weiterhin seine wissenschaftlichen Ambitionen. Als 1941 die Hochschulen für Lehrerbildung (HfL) in Lehrerbildungsanstalten umgewandelt wurden, wollte Dietrich „aus der propagandistischen und wissenschaftlich völlig ungenügenden Atmosphäre der HfL heraus“<sup>2473</sup>, gab er nach dem Zweiten Weltkrieg an. Laut Runderlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 25. Januar 1941 sollte eine Berufung von Dozenten der einstigen Hochschulen für Lehrerbildung an wissenschaftliche Hochschulen oder Kunsthochschulen „nur in Einzelfällen möglich sein und nur dann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen hierfür vorliegen.“<sup>2474</sup> Doch es meldeten sich 154 Lehrkräfte, die an Universitäten untergebracht werden wollten, heißt es in einem Rundbrief des Reichswissenschaftsministeriums.<sup>2475</sup> Es sah sich genötigt, noch einmal darauf hinzuweisen, dass eine entsprechende Planstelle an einer wissenschaftlichen Hochschule oder Kunsthochschule frei sein und ein Berufungsvorschlag vorliegen müsse. Auch in Zukunft könne eine Berufung nur „in der üblichen Form möglich sein.“

Dietrich forcierte seine Anstrengungen, um an einer Universität unterzukommen. Mehreren Schreiben zufolge<sup>2476</sup> ging er seine Habilitation seit September 1941 an. Im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) arbeiteten zwei ehemalige Dresdener TH-Assistenten des einst – wie Albert Dietrich – die „Revolution von rechts“ herbeisehnenden und sich in jungkonservativen Kreisen bewegendem Alfred Baeumlers<sup>2477</sup>, die sich auch für eine Anschlussbeschäftigung Dietrichs offen zeigten: der Ministerialrat Walter Voigtländer<sup>2478</sup> und der Ministerialdirektor Albert Holfelder<sup>2479</sup>. Wie Voigt-

---

<sup>2473</sup> Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen „Mein Verhältnis zur Universität“).

<sup>2474</sup> Runderlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung „Eld 142“ vom 25. Januar 1941, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2475</sup> Rundbrief Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ([Albert] Holfelder) vom 9. Januar 1942, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2476</sup> Wü 13 T2 Nr. 2131/006, Briefwechsel Ministerialrat [Walter] Voigtländer und Albert Dietrich vom 6., 10. und 15. September 1941, Staatsarchiv Sigmaringen.

<sup>2477</sup> Alfred Baeumler wurde 1934 von Alfred Rosenberg zum „Amtsleiter des Amtes Wissenschaft des Beauftragten des Führers für die Überwachung der geistigen Schulung und Erziehung der NSDAP“ ernannt, überwachte die Hochschulen und hatte insbesondere die zu berufenden Geisteswissenschaftler im Blick. Seine Arbeit galt den pädagogischen Grundfragen im Nationalsozialismus. Rosenberg beauftragte ihn auch mit dem Aufbau der „Hohen Schule“. Baeumler lernte seinen späteren Assistenten Holfelder spätestens in dessen Marburger Zeit kennen, als Baeumler im „Institut für Grenz- und Auslandsdeutschum“ Vorträge vor volksdeutschen Studenten hielt. Spätestens nach dem Wahlsieg der NSDAP im September 1930 soll Baeumler seinen Schwenk zu Hitler vollzogen haben (vgl. Tilitzki 2002, 545; 549).

<sup>2478</sup> Walter Voigtländer wurde am 3. April 1904 in Chemnitz geboren, war zunächst Volksschullehrer und bis 1928 im sächsischen Schuldienst. Am 1. April 1928 wechselte er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an das Pädagogische Institut der TH Dresden, studierte Philosophie, Psychologie und Pädagogik und wurde 1930 Assis-

länder Dietrich wissen ließ, sei Dietrich bereits dem Amt für Wissenschaft mit einer Reihe anderer Erziehungswissenschaftler „vor einiger Zeit für eine Tätigkeit an einer wissenschaftlichen Hochschule genannt worden.“<sup>2480</sup> Obwohl eine Habilitation nicht vorliege, habe sich das Amt für Erziehung (demnach Albert Holfelder) dazu entschließen können. Es sei jedoch derzeit nicht leicht, zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Falls Dietrich habilitieren könne, würde es dem Amt leichter fallen. Es würde erst dann eingreifen, wenn das REM gebeten werde, die Verleihung der Lehrbefugnis zu erteilen. Für eine Oktroyierung – wie bei Keller – mochte sich das REM also nicht entschließen.

In Breslau hatte Dietrich zuvor ein Gespräch mit August Faust und dem einstigen Tübinger Psychologen sowie Kroh- und Pfahler-Schüler Christian Eckle geführt, der seit Oktober 1940 außerordentlicher Professor für Psychologie<sup>2481</sup> war. Faust machte Dietrich aber wenig Hoffnung. Er würde „grundsätzlich herzlich gerne ja sagen“, habe Faust gesagt, doch derzeit sei Breslau mit zwei Ordinarien und zwei Dozenten überbesetzt. Eine Honorarprofessur ließe sich „überlegen“.<sup>2482</sup>

Ohne Habilitation hatte Dietrich demnach keine Möglichkeit, an einer Universität zu dozieren. Dietrich bat Voigtländer gegenüber die „herz-

---

tent am Lehrstuhl des Pädagogen Alfred Baeumler. Nach seiner Promotion über „[d]ie Begriffe ‚Volk‘ und ‚Staat‘ in den neueren Theorien über Geschichte und Geschichtsunterricht“ ging er zunächst in den Schuldienst zurück, wurde nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten im August 1933 Dozent am Pädagogischen Institut der TH Dresden. Im Mai 1934 wurde er ins Reichserziehungsministerium (REM) berufen, erhielt zusätzlich am 1. Oktober 1934 eine Professur an der Hochschule für Lehrerbildung in Frankfurt/Oder. Im REM war er mit Holfelder für die Lehrerbildung zuständig, 1940 wurde er Ministerialrat. In die NSDAP trat er am 1. Mai 1933 ein. Vgl. Tilitzki 2002, 997, Anmerkung 302.

<sup>2479</sup> Albert Holfelder, am 21. Mai 1903 in Wien geboren, studierte dort Staatswissenschaften und Philosophie. Vom österreichischen Ständestaat-Theoretiker Othmar Spann wurde er für seine Arbeit über „[d]ie Soziallehren Schellings“ 1926 promoviert. Im Herbst desselben Jahres ging er als Oberassistent und geschäftsführender Leiter ans Marburger „Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum“, von 1927 bis 1929 war er Leiter der Marburger „Deutschen Bourse“. Baeumlers Assistent an der TH Dresden war Holfelder von 1930 bis 1933, einen Ruf an die Hochschule für Lehrerbildung in Braunschweig lehnte er ab. Im März 1934 berief ihn Reichserziehungsminister Bernhard Rust als Referent für die Hochschulen für Lehrerbildung ins Ministerium. Dort stieg er 1936 zum Ministerialrat, 1937 zum Ministerialdirektor auf. Außerdem leitete er das Amt für Erziehung bis 1945. Holfelder war bereits früh für die NS-Bewegung eingenommen. Seit 1919 im Deutschen Mitschülerbund, dem späteren österreichischen NS-Schülerbund, war er von 1919 bis 1924 im NS-Arbeiterverein, Ortsgruppe Baden, aktiv, von 1921 bis 1924 im Freikorps Oberland, ab 1924 im „Artamanenbund“. Vgl. Tilitzki 2002, 938f.

<sup>2480</sup> Schreiben Walter Voigtländer an Albert Dietrich vom 10. und 15. September 1941, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2481</sup> Kapferer 2001, 214.

<sup>2482</sup> Schreiben Albert Dietrich an Walter Voigtländer vom 6. September 1941, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

liche Bitte aus“, ihm behilflich zu sein, denn es sei für Dietrich „überaus schmerzlich“, wenn er die Ernte seiner Lebensarbeit nicht einbringen könne. „Große und umfassende Studien zur Geschichte der deutschen Philosophie und der deutschen Geschichtsphilosophie“ müsse er noch zu Ende bringen, wolle er nicht die Achtung vor sich selbst verlieren. Wie Ministerialrat Voigtländer ihm helfen könne, machte Dietrich auch klar: „Ich könnte mir denken, dass in demselben Augenblick, wo das Ministerium den Willen kundgibt(!), auf einer Wiederverwendung meiner Kraft an einer wissenschaftlichen Hochschule zu bestehen, auch die Philosophische Fakultät der Breslauer Universität mit konkreten Vorschlägen meiner Mitarbeit gegebenenfalls hervortritt.“<sup>2483</sup>

Das Ministerium bestand aber wohl nicht darauf. Dietrich entschloss sich dann, im Wintersemester 1941/42 in Breslau den Antrag auf Habilitation einzureichen, wie er Voigtländer mitteilte.<sup>2484</sup> Denn bei den gegenwärtigen Widerständen der Universität gegenüber den Hochschulen für Lehrerbildung sei „die Benutzung der normalen Chance der einzige Weg“, der zum Ziel führen könne. Wenn Habilitation und Lehrprobe gelängen, würde das Ministerium seine „versprochene Hilfe nicht versagen“, war Dietrich überzeugt.

Durchaus denkbar, dass der Breslauer Eckle den Habilitationswunsch Dietrichs an seinen einstigen Tübinger Lehrer Pfahler weitergegeben hat. Im November 1941 erreichte Dietrich jedenfalls ein Schreiben von Pfahler. Er suche einen Mitarbeiter für sein in Aussicht genommenes sozialpädagogisches Institut der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV)<sup>2485</sup> an der Tübinger Universität, der sich habilitieren könne. Die Initiative, das Institut für Volkswohlfahrt nach Tübingen zu holen, kam von Kroh, die Leitung sollte Pfahler übernehmen.<sup>2486</sup> Am 27. Juli 1943 habilitierte sich Dietrich für Pädagogik und Philosophie an der am 20. April 1941 gegründeten Reichsuniversität Posen mit einer Arbeit über „[d]ie Schule im Gefüge der nationalsozialistischen Ordnung“.<sup>2487</sup>

---

<sup>2483</sup> Schreiben Albert Dietrich an Walter Voigtländer vom 6. September 1941, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2484</sup> Schreiben Albert Dietrich an Walter Voigtländer vom 12. September 1941, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2485</sup> Das Institut der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ (NSV) kam nicht zustande, an einem NSV-Seminar habe Dietrich Unterricht in Erziehungskunde und Unterrichtskunde gegeben. Siehe: Wü 13 T2 Nr. 2131/006, „Mein Verhältnis zur Universität“, Seite 1f. (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2486</sup> Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 161.

<sup>2487</sup> Eine Habilitation in Breslau hatte wenig Aussicht, Dietrich versuchte es auch in Leipzig. Der Dekan Otto Vossler suchte nach „noch fehlenden Schriften“, fand aber nur die Dissertation. Siehe Schreiben Dekan Otto Vossler an Albert Dietrich vom 17. April 1943, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen). Die Philosophische Fakultät in Tübingen war laut Dekan Otto Weinreich hingegen bereit, die „Ha-

Eckle<sup>2488</sup> war 1943 nach Posen berufen worden. Neben Kurt Stavenhagen war er Gutachter der Habilitation Dietrichs. Das Vorwort der Habilitation schrieb Alfred Bäumler.<sup>2489</sup> Eckle aber war nicht nur Pfahlerschüler, er war auch Schüler von Kroh<sup>2490</sup>, der bis einschließlich Sommersemester 1938 an der Tübinger Universität lehrte und dann nach München ging. Einstiger Schüler von Kroh war Pfahler<sup>2491</sup> (er hatte Max Wundt bei der Einteilung der deutschen Philosophen nach „Stamm“ und „Rasse“ unterstützt). Eckle wurde 1935 Pfahlers Assistent in Gießen, dort habilitierte er sich 1939 mit „Erbcharakterologischen Zwillingsuntersuchungen“<sup>2492</sup>. Anschließend kamen Pfahler und Eckle nach Tübingen. Ein weiterer Schüler Krohs war Kollege von Dietrich in Hirschberg: Hans-Willi Ziegler war an der Hochschule für Lehrerbildung als Professor zuständig für Charakter und Jugendkunde, ab 1938 auch für Rassenkunde.<sup>2493</sup> Es ist also denkbar, dass sich das von Kroh und Pfahler gespannte Netzwerk über das Reich auch für Dietrich ausgezahlt hat, als er sich bei Eckle in Posen habilitieren konnte.<sup>2494</sup> Dietrich gab nach dem Zweiten Weltkrieg an, er habe mit Absicht nicht die Tübinger Chance, sondern den Weg über Posen gewählt, „weil ich jeden falschen Anschein einer Vermischung von außerwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Tendenzen vermeiden

---

bilitation in Angriff zu nehmen“, wenn Dietrichs Dienst in der NSV ihn nach Tübingen führe. Als Habilitationsschrift kam „nach Pfahlers Vorschlag“ das letzte wissenschaftliche Buch Dietrichs in Betracht. Siehe Schreiben Dekan Otto Weinreich an Albert Dietrich vom 12. Juni 1942, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatarchiv Sigmaringen). Dennoch entschied sich Dietrich für die Stadt Posen, deren Reichsuniversität „eine nationalsozialistische Musteruniversität“ war (Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 162).

<sup>2488</sup> In seinem Gutachten vermerkte Eckle, dass Dietrich vom Standpunkt Bäumlers aus, bei aller Eigenart, Grundkräfte und Grundgesetze nationalsozialistischer Erziehung entwickle, dabei den Vorgaben Hitlers und Rosenbergs folgend. Heidegger soll laut Eckle Dietrichs Dissertation als „früheste Widerlegung der Marburger Kantfassung“ gelobt haben; vgl. Tilitzki 2002, 898.

<sup>2489</sup> Auch Tilitzki entdeckte Parallelen zwischen Baeumler und Dietrich, etwa in der Kant-Dissertation, in der es „ums Ganze“ geht, im politischen Werdegang während der Weimarer Republik und in inhaltlichen Positionen. Tilitzki 2002, 899ff.

<sup>2490</sup> Knapp und übersichtlich zu Oswald Kroh und seinem NS-Engagement: Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 155ff.

<sup>2491</sup> Ebenso zu Pfahler: Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 158ff.

<sup>2492</sup> Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 160.

<sup>2493</sup> Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 156.

<sup>2494</sup> Auch Friedrich Berger war Schüler von Kroh und bis 1934 Assistent am Pädagogischen und Psychologischen Seminar in Tübingen. 1934 wurde Berger Professor für Theoretische Pädagogik an der TU Braunschweig. Dort lehrte bereits Pfahler 1931. „Krohs Beziehungen nach Braunschweig müssen besonders gut gewesen sein“, schlussfolgern Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 163.

wollte.<sup>2495</sup> 1943 wurde Dietrich in Posen als außerordentlicher Professor für Geistes- und Glaubensgeschichte gehandelt.<sup>2496</sup>

Das Tübinger Institut der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ (NSV) kam allerdings nicht zustande. NSV-Leiter Erich Hilgenfeldt wollte es in die „Hohe Schule“ Rosenbergs eingegliedert wissen. Rosenberg jedoch war dagegen, auch befürchtete er, die Besetzung des Tübinger NSV-Instituts mit Pfahler würde „die Ausbildung der Kindergärtnerinnen ‚erbcharakterologisch fundieren‘“<sup>2497</sup>, Pfahlers Theorien seien überdies für diese Ausbildung zu kompliziert. Eines der ursprünglich drei geplanten NSV-Institute (Berlin, Tübingen, Marburg) wurde dann 1943 in Marburg gegründet.<sup>2498</sup> Mangels Planstelle an der Tübinger Universität wurde Dietrich jedoch von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt bezahlt, die NSV sprang für zwei Jahre mit einer „Ersatzhonorierung“ ein.<sup>2499</sup> Vom Reichserziehungsminister wurde Dietrich daher beurlaubt, er behielt seinen Beamtenstatus.<sup>2500</sup> Eigenen Angaben zufolge hat Dietrich aber doch in einem NSV-Seminar Unterricht in Erziehungskunde und Unterrichtskunde gegeben<sup>2501</sup>, den Schwerpunkt seiner Arbeit sah er jedoch in der Tübinger Universität.

Seinen am 1. April 1943 verfassten Lebenslauf reichte Dietrich bei der Tübinger Universität ein. Darin rühmte er sich, „an dem nationalen Aufbruch der jungen Generation und der radikalen Bekämpfung der Weimarer Republik durch eine umfangreiche Tätigkeit in Rede und Schrift lebhaften Anteil“ genommen zu haben.<sup>2502</sup> Seine „nationalpädagogische Tätigkeit“ habe 1919 an der Großberliner Volkshochschule begonnen, auch habe er an der Berliner Lessing-Hochschule „jahrelang mitgearbeitet“.

Seine Habilitationsschrift sei ein Handbuch der deutschen Lehrerbildung, so Dietrich. Mit diesem Werk, in dem sich weltanschauliche und politische, philosophische und pädagogische Elemente aufeinander beziehen, wolle er den deutschen Lehrern ein Rüstzeug geben. Einge-

---

<sup>2495</sup> „III. Mein Verhältnis zur Universität“: Zusätze von Albert Dietrich zum Fragebogen der Französischen Militärregierung, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006.

<sup>2496</sup> Siehe „Ehrenwörtliche Erklärung“ von Professor Reinhard Wittram zum Entnazifizierungsverfahren von Albert Dietrich am 6. Dezember 1948, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2497</sup> Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 161. Siehe auch Herwart Vorländer 1988.

<sup>2498</sup> Harten, Neirich, Schwerendt 2006, 161.

<sup>2499</sup> Antrag wegen Rücknahme der vorläufigen Amtsenthebung: Schreiben Albert Dietrich an den Rektor der Universität Tübingen, zur Weiterleitung an die Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst, Stuttgart, und an die Militärregierung in Baden-Baden vom 12. September 1945, in: UAT 149/37.

<sup>2500</sup> Wü 13 T2 Nr. 2131/006, „Mein Verhältnis zur Universität“, Seite 1f. (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2501</sup> Wü 13 T2 Nr. 2131/006, „Mein Verhältnis zur Universität“, Seite 1f. (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2502</sup> UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich)

schlossen sei auch die von den nationalsozialistischen (Vor-)Denkern Ernst Krieck und Alfred Baeumler<sup>2503</sup> neugegründete Erziehungswissenschaft, die er in ihrer wissenschaftlichen Bahn weiterführen und sichern wolle. Aufgenommen in seine Habilitation habe er auch die Kritik am pädagogischen Liberalismus, ihr habe er „jene innere Klarheit“ verliehen, „die gegen Rückstände und Rückfälle wappnet und zukünftige wissenschaftliche Arbeit die Bahn bricht.“<sup>2504</sup>

Einem solchen Engagement wollte sich der Tübinger Dozentenführer Robert Wetzl nicht entgegenstellen: „Gegen die Person Dietrich bestehen keine Bedenken. Die Lehrermächtigung ist außerdem sachlich zu begrüßen.“<sup>2505</sup> Da Professor Rudolf Schaal durch seine Einberufung zur Wehrmacht als Vertreter von Gerhard Pfahler ausschied, konnte Dietrich im Wintersemester 1943/44 eine zweistündige Vorlesung über „[g]roße Erzieher“ halten.<sup>2506</sup> Auch für das darauf folgende Semester wurde die Lehrermächtigung verlängert, denn Pfahler musste eine Kriegsverletzung auskurieren. Am 3. August 1944 hielt Dietrich seine öffentliche Lehrprobe „[z]u Wilhelm Diltheys Lehre vom pädagogischen Genius“ am Institut für Psychologie und Erziehungswissenschaft<sup>2507</sup>, im Wintersemester 1944/45 referierte er innerhalb der Ringvorlesung „Germanisch-deutsche Weltanschauung“ über das Thema „Elite und Gemeinschaft“. Seinen Studierenden bot er neben einer „Geschichte der pädagogischen Ideen im Umriss“ auch eine Übung über den von den Nationalsozialisten geschätzten Paul de Lagarde<sup>2508</sup> an.

---

<sup>2503</sup> Dietrich lobte die von Baeumler entwickelte Wehrerziehungstheorie und pflichtete ihr bei, dass der seit 1939 anhaltende Ruhm der Waffen den überwältigenden Erziehungssieg der neuen Ordnung erhärte, die Formationserziehung habe die Feuerprobe bestanden. Vgl. Dietrich 1942, 134.

<sup>2504</sup> Albert Dietrich in seinem Lebenslauf vom 1. April 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2505</sup> Schreiben Robert Wetzl an den Rektor vom 3. November 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2506</sup> Dekan Otto Weinreich sah in seinem Antrag („im Einvernehmen mit Prof. Dr. Pfahler“) an den Rektor die wissenschaftlichen Leistungen Dietrichs „anerkannt“. Ende Oktober 1943 war Weinreich zufolge das Institut für Volkspflege der NSV in Tübingen „im Aufbau“. Schreiben Dekan Otto Weinreich an Rektor Otto Stickl vom 27. Oktober 1943, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich). Im September 1944 schrieb Stickl in seinem Antrag auf Bewilligung der Lehrbefugnis, Dietrich würde das Institut seit „Herbst 1943“ leiten. „Der Bewerber ist ein gereifter Forscher und ein tüchtiger Lehrer von ausgeprägter einwandfreier Persönlichkeit“, so Stickl. Schreiben Rektor Otto Stickl an Kultminister vom 5. September 1944, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2507</sup> Dekan Julius Wilhelm lobte den ausgezeichneten „substanziellen Gehalt“ des Vortrags. Dietrich habe über Dilthey hinaus von seinem eigenen kritischen pädagogischen Denken aus den weitschichtigen Problemkreis im Sinne einer politischen Wissenschaft erörtert. Schreiben Dekan Julius Wilhelm an den Rektor Otto Stickl vom 8. August 1944, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2508</sup> Schon 1927 schrieb Dietrich über Lagarde einen Artikel in der „Juni-Klub“-Zeitschrift „Gewissen“ und stellte ihn als „vaterländischen Kämpfer“ vor, dessen Grundgedanke von der organischen Lebensverfassung des Volkes, dessen Lehre vom Volksgeist und der Naturgeschichte des nationalen Lebens sich über die Zeiten hin-

Am 20. November 1944 ernannte das Reichsministerium Dietrich zum Dozenten, ihm wurde die *Venia legendi* für Erziehungswissenschaft und Philosophie verliehen, er wurde Tübingen zugewiesen. Allerdings vermerkte das Reichserziehungsministerium auf der Urkunde, dass mit der Ernennung „kein Recht oder keine Anwartschaft auf Bewilligung von Diäten oder auf Berufung auf einen planmäßigen Lehrstuhl“<sup>2509</sup> verbunden ist.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg monierte Dietrich, er habe seine Dienstbezüge vom Hauptamt für Volkswohlfahrt nur bis einschließlich März 1945 erhalten, Ministerialrat Bauer vom Kultministerium habe ihm im Herbst 1944 „den Vorschlag gemacht“, dass er „das Dozenten höchstgehalt“ erhalte, die Differenz zu seinem Professorengehalt das Reichserziehungsministerium trage. In Berlin sei dieser Vorschlag jedoch nicht akzeptiert worden. Dietrich bat in diesem Schreiben über den Dekan an den Rektor „um Zuweisung des Dozenten höchstgehaltes vom 1. April“ 1945 an, außerdem wegen finanzieller Nöte um einen Vorschuss über 500 Reichsmark, da er sein gesamtes Vermögen auf einer schlesischen Bank verloren habe.<sup>2510</sup> Der Dozent bekam den Vorschuss und nachträglich für die Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1945 seine Diätenbezüge und erhielt somit im Nachhinein eine bezahlte Dozentur für Pädagogik und Philosophie<sup>2511</sup>, deren Grundlage lediglich – laut Dietrich – ein (vom Reichserziehungsministerium abgelehnter) mündlicher Vorschlag aus dem Württembergischen Kultministerium war.

## K. Der Niedergang des Philosophischen Seminars

Seit dem Wintersemester 1931/32 nahm die Gesamtzahl der Studierenden und die Zahl der Studierenden an der Philosophischen Fakultät in Tübingen ab, besonders rapide vom Sommersemester 1933 an. Stu-

---

übergerettet hätten. „Zucht“ und „Opferfähigkeit“ des Menschen und der Nationen habe Lagarde, die „nationalistisch-freiheitliche Natur“, richtig erkannt. Vgl. Dietrich 1927b.

<sup>2509</sup> Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: Ernennungsurkunde zum Dozenten für Albert Dietrich vom 20. November 1944, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2510</sup> Schreiben Albert Dietrich über den Dekan an den Rektor vom 13. Juli 1945, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich). Noch 1943 gab Dietrich in einer Erklärung an, er besitze „kein Kapitalvermögen“ (Erklärung von Albert Dietrich vom 6. Mai 1943, in: UAT 126a/76; Personalakte Albert Dietrich). Der Dekan Rudolf Stadelmann leitete das Gesuch befürwortend weiter. Auch der Rektor schloss sich in einem Schreiben an die Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst vom 24. September 1945 dem Gesuch an, weil sich Dietrich „auf Zusagen“ aus dem Württembergischen Kultministerium berufe (UAT 126a/76; Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2511</sup> Dietrich wurde in die Diätenbezüge mit 7.500 Reichsmark „eingewiesen“, zusätzlich kamen Wohngeldzuschuss und Kinderzuschläge. Schreiben Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst an Rektor vom 10. Oktober 1945, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).



dierten im Sommersemester 1933 insgesamt 3.705 Studierende (inklusive Studierende aus dem Ausland, Beurlaubte und Hörer), waren es im Sommersemester 1939 nur noch 1.591 (nur noch knapp 43 Prozent). Noch stärker sank die Zahl der Studierenden in der Philosophischen Fakultät: Im Sommersemester 1933 hatten sich 413 Studierende eingeschrieben (inklusive Studierende aus dem Ausland, Hörer und Beurlaubte), im Sommersemester 1939 waren es nur noch 134, also 32,4 Prozent.<sup>2512</sup> Offensichtlich schreckte die Ideologisierung in den Fächern der Philosophischen Fakultät ab.

Zahlenmäßig haben aber auch die Vorlesungen und Seminare des Philosophischen Instituts während der NS-Zeit stark abgenommen. Auch das Themenspektrum wurde erheblich eingeeengt. Zwar dauerte die Weimarer Republik zwei Jahre – oder vier Semester – länger als der Nationalsozialismus, aber die Einführung der sechs Trimester in den Jahren 1940 und 1941 lässt den zahlenmäßigen Semester-Vorsprung in der Weimarer Republik auf zwei Semester schrumpfen. Boten die durchgehend sechs Tübinger Dozenten (Adickes, Groos, Oesterreich, Haering, Ritter, Spitta; 1928 starb Adickes, 1929 kam Wundt) vom Wintersemester 1918/19 bis zum Wintersemester 1932/33 insgesamt 392 Veranstaltungen an, waren es vom Sommersemester 1933 bis zum Wintersemester 1944/45 nicht einmal die Hälfte: Lediglich 164 Vorlesungen und Seminare konnten die Studierenden in dieser Zeit bei zwei bis fünf Dozenten besuchen.<sup>2513</sup> Die größte Auswahl bot das Seminar dabei noch im Sommersemester 1933. Mit Theodor Haering, Max Wundt, dem emeritierten Karl Groos, dem noch nicht entlassenen Traugott Oesterreich und Wilhelm Nestle, dem Stuttgarter Gymnasialprofessor im Ruhestand, stellten die fünf Professoren 14 Veranstaltungen zusammen. Eine Zahl, die nie wieder erreicht werden sollte. In der Weimarer Republik lag die Zahl der Vorlesungen und Seminare in den ersten beiden Jahren zwischen 15 und 22, danach zwischen acht und 17. Vom Sommersemester 1926 bis zum Wintersemester 1932/33 (14 Semester) waren es 170 Veranstaltungen, die 164 Vorlesungen und Seminare verteilten sich in der NS-Zeit hingegen auf 25 Semester beziehungsweise Trimester. Bereits vom Wintersemester 1933/34 an schrumpften Vorlesungen und Seminare der drei Dozenten (Haering, Wundt und Groos) auf acht zusammen. Nestle hatte sich aus der Universität zurückgezogen, Oesterreich war entlassen.

Nach einem zwischenzeitlichen Hoch vom Wintersemester 1934/35 bis zum Wintersemester 1935/36 (zwischen neun und zehn Veranstaltungen)

---

<sup>2512</sup> Weitere Studierendenzahlen finden sich in den Vorlesungsverzeichnissen nach dem Sommersemester 1939 nicht. Die Zahlen werden sich aber nach Kriegsbeginn kaum erhöht haben.

<sup>2513</sup> Nicht eingerechnet sind dabei die Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten, etwa „Universitas literarum“ oder „Germanisch-deutsche Weltanschauung“.

gen bei vier Dozenten) sank die Zahl der Dozenten und Lehrveranstaltungen anschließend wieder. Seit dem Sommersemester 1936 bis zum Ende des Krieges standen pro Semester nur zwei bis drei Dozenten zur Verfügung, die zwischen vier und sieben Vorlesungen und Seminare anboten. Die quantitative Einbuße an Lehrveranstaltungen hatte freilich auch mit den langen Vakanzen des einstigen Oesterreichischen Lehrstuhls zu tun. Zwischen der Entlassung Oesterreichs und dem Lehrbeginn von August Faust vergingen eineinhalb Jahre, noch einmal so viel Zeit verstrich zwischen dem Weggang von Faust nach Breslau und dem Lehrbeginn von Grebe. Da auch Groos seit dem Sommersemester 1935 und Ritter seit dem Wintersemester 1935/36 nicht mehr lasen, waren die beiden Ordinarien Haering und Wundt auf sich gestellt. Der seit dem Sommersemester 1938 in Tübingen lehrende Wilhelm Grebe stand in seinen sechs Tübinger Jahren zweieinhalb Jahre im Wehrdienst. In den Kriegsjahren erschwerten zudem Brennstoffmangel und Fliegeralarme den Unterricht. Am Schluss des Krieges dozierten nur noch Haering und Wundt, symptomatisch für den Niedergang des Philosophischen Seminars. Die Zahl der Dozenten im Sommersemester 1933 (Haering, Wundt, Oesterreich, Groos, Ritter und Nestle) verringerte sich bis zum Wintersemester 1944/45 von sechs auf fünf (Haering, Wundt, Grebe, Dietrich, Keller), wobei Dietrich und Keller keine Veranstaltungen in Philosophie anboten.<sup>2514</sup> Für die Philosophische Fakultät in Tübingen hingegen konstatierte Adam eine zahlenmäßige Zunahme der Dozenten<sup>2515</sup> in den Jahren 1933 bis 1939.

Auch thematisch haben sich die Lehrveranstaltungen noch weiter verengt. Bereits in der Weimarer Republik waren der Neopositivismus, der Wiener Kreis, die analytische Philosophie und die Existenzphilosophie keine Themen, mit denen sich Tübinger Philosophen in Seminaren und Vorlesungen beschäftigten. Aufgrund der bloßen Titelangaben und der fehlenden Kursbeschreibungen kann zwar naturgemäß über inhaltliche Details nichts ausgesagt werden, doch geben Veranstaltungstitel einige Hinweise. War das Tübinger Seminar schon in der Weimarer Republik kein Hort philosophischer Weltläufigkeit, grenzten die Dozenten den philosophischen Horizont schwerpunktmäßig auf (Neu-)Idealismus und Metaphysik ein. Sicher: Historische Überblicke boten die Dozenten genügend an, angefangen von der „Geschichte der

---

<sup>2514</sup> Das Tübinger Philosophische Seminar kam dabei wohl noch gut weg, die beiden Lehrstühle sicherten sich Haering und Wundt durch die NS-Zeit hindurch. Reichsweit sank die Zahl der Philosophen-Lehrstühle von 67 auf 31, das waren nur noch 46,3 Prozent der 1933 vorhandenen Ordinarien. Vgl. Grüttner 2003, 36. Nach Sieg verlor die Philosophie „gut ein Drittel ihrer Stellen“. Vgl. Sieg 2013, 201.

<sup>2515</sup> Adam 1977b, 228. Reichsweit haben die geisteswissenschaftlichen Professuren stark abgenommen. Die geisteswissenschaftlichen Disziplinen verfügten bis 1943 über weniger Geld als 1929, während die Natur- und Technikwissenschaften wesentlich stärker gefördert wurden. Vgl. Sieg 2013, 199ff.

antiken und frühchristlichen Philosophie“ (neun Lehrveranstaltungen) über die „Geschichte der neueren Philosophie“ – mit und ohne „Einleitung in die Philosophie des Mittelalters“ (elf Veranstaltungen von Haering und Wundt) – bis hin zur „Geschichte der neuesten Philosophie von Fichte (Kant oder seit der Renaissance) bis zur Gegenwart“ und einer allgemeinen „Geschichte der Philosophie von den Anfängen bis zur Gegenwart“ (zehn Veranstaltungen von Oesterreich, Haering, Wundt, Grebe). Eine „Einleitung in die Philosophie“ – hin und wieder mit Übungen – wurde von Haering, Wundt und Grebe nahezu jährlich angeboten, drei Mal standen „Erkenntnistheorie, Logik und Methodenlehre“ während der NS-Zeit im Vorlesungsverzeichnis (Wundt), drei Mal die „Logik“ (Haering), einmal „Logik und Erkenntnistheorie“ (Grebe).

Alljährlich haben sich die Tübinger Philosophen (Wundt, Grebe, insbesondere jedoch Haering) mit der „Philosophischen Ethik“ in den Seminaren befasst, im Nationalsozialismus eigentlich ein naheliegendes Thema. Die als Metaphysiker interpretierten griechischen Denker (Platon und Aristoteles), die deutschen Idealisten und nazifizierten Philosophen Hegel und Fichte sowie der von Haering und Wundt ausschließlich als Metaphysiker akzeptierte Kant standen bei den Tübinger Dozenten in der Vermittlung philosophischen Geistes im Vordergrund. Drei Mal wurde Aristoteles angeboten, zwei Mal Platon (Ritter, Wundt) Fichte fünf Mal (Wundt und Faust), Hegel ebenfalls fünf Mal (darunter Haering: „Hegels Lehre vom Staat“, WS 1934/35). „Kants Kritik der reinen Vernunft“ las Wundt vier Mal (WS 1934/35, WS 1937/38, 2. Trimester 1940 und WS 1941/42), die „Philosophie Kants“ ein Mal (1. Trimester 1940), „Kant und der deutsche Idealismus“ ebenfalls ein Mal (WS 1942/42; Grebe hatte das gleiche Thema ein Semester zuvor angeboten). Hegel, Fichte und Kant werden aber weit öfter behandelt worden sein, etwa in den Vorlesungen und Lektüreseminaren von Haering über „[d]ie großen deutschen Philosophen“ (1. Trimester 1941), „Lehre und Leben großer Philosophen“ (WS 1935/36) oder in den „Grundzüge[n] eines philosophischen Weltbildes“ (SS 1941; SS 1943). Idealismus und Metaphysik waren bei Wundt beliebte Themen (SS 1933; WS 1933/34; WS 1935/36), der sich besonders mit dem nachkantischen Idealismus beschäftigte (SS 1935, 1. Trimester 1940, 2. Trimester 1940, WS 1944/45), während sich Haering den Systemen und den Typenlehren der Philosophie zuwandte (SS 1936), die Frage nach dem „Geist“ (SS 1937) und der „Wahrheit“ (SS 1937) stellte sowie über „Grundtypen ethischer Weltanschauung“ referierte (3. Trimester 1940; WS 1944/45). Um die Ästhetik kümmerte sich Wundt zwei Mal („Ästhetik und Philosophie der Kunst“, WS 1934/35; Schillers Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen, WS 1934/35).

Dem in Aufsätzen propagierten Gegensatz der „deutschen“ zur „westlichen“ Philosophie widmeten sich Haering (WS 1941/42) und auch Faust („Deutscher Idealismus und westeuropäischer Naturalismus“, WS 1935/36). „Weltanschauung“ anstatt „Philosophie“ hat sich in Tübingen – wie schon für die Weimarer Republik festgestellt – nicht durchgesetzt. Lediglich Wundt las einmal über „Hauptfragen der Weltanschauung“ (SS 1937). Da „Weltanschauung“ während der Republik in den Vorlesungstiteln jedoch häufiger verwendet wurde als während der NS-Zeit, könnte das ein Hinweis auf einen „Kampf“ der Philosophen um die Begriffe sein, der in der Diktatur nicht mehr ausgefochten werden musste. „Weltanschauung“ mutierte demnach in der Weimarer Republik zum Kampfbegriff, im Nationalsozialismus waren die Philosophen hingegen bemüht, ihrer Theorie durch die Bezeichnung „Philosophie“, „System“, „Typenlehre“ oder „Theorie“ einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben, denn „Weltanschauung“ war ideologisch belastet, hatte irrationale und subjektive Züge, entsprach eher einem „Lebensgefühl“ oder einer „Gesinnung“, entsprang einer vorrationalen und a-theoretischen Einstellung, aus der die Vernunft ausgeschaltet war.<sup>2516</sup> Je ideologielastiger also die Philosophie wurde, desto mehr erhob sie den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit.

Die Berücksichtigung des nationalsozialistischen Zeitgeistes lassen die Veranstaltungen von Faust („Individuum und Gemeinschaft“ und „Deutscher Idealismus und westeuropäischer Naturalismus“, WS 1935/36; „Geschichte der deutschen Philosophie. Von der deutschen Mystik bis zum deutschen Idealismus“, SS 1936) und Wundt („Geschichte der Staatstheorien“, WS 1936/37) erahnen. Auch Grebe wandte sich der „deutschen Philosophie“ Anfang der 1940er Jahre zu (Meister Eckehart“, WS 1942/43; „Jakob Böhme“, WS 1943/44). Die „Weltbilder des Naturalismus, des biologischen Naturalismus und des Idealismus“ ließ Haering im SS 1943 in Referaten vortragen.

Es fällt allerdings auf, dass insbesondere Haering seinen Veranstaltungen mitunter wenig aussagekräftige Titel gab: „Lehre und Leben großer Philosophen“ (WS 1935/36) lässt nicht auf eine vertiefte Beschäftigung mit den Denkern in der Geschichte schließen, ist dabei inhaltlich aber noch konkreter als etwa „Ein leichterer philosophischer Schriftsteller“ (SS 1934, WS 1934/35, SS 1935), „Gegenstand nach Vereinbarung“ (1. Trimester 1940) oder „Lektüre eines philosophischen Schriftstellers“ (SS 1941).

---

<sup>2516</sup> Schnädelbach stellt im Zusammenhang von „Weltanschauung“ und historischem Relativismus und Perspektivismus fest, „dass man auf die Wissenschaftlichkeit der Philosophie Verzicht getan“ habe, indem die Philosophie als „Weltanschauung“ verstanden werde und sie auf die Vergangenheit projiziere. Vgl. Schnädelbach 1983, 120.

Konnten vor 1933 Tübingens Philosophiestudenten noch Seminare etwa über Hans Driesch oder Edmund Husserls Phänomenologie belegen, waren diese Werke nach 1933 anscheinend tabu. Auch die Kant'sche „Kritik der praktischen Vernunft“ mit ihrem Kategorischen Imperativ war kein Thema. Hingegen waren Schiller (Wundt, WS 1934/35; 3. Trimester 1940), Leibniz (Faust, SS 1936; Haering, SS 1938), Schopenhauer (Haering, WS 1938/39), Fechner (Haering, 3. Trimester 1940) sowie Heidegger (Grebe, SS 1939; Grebes Antipathie gegenüber Heidegger wurde oben dargestellt, es blieb das einzige Seminar) neben den bereits angegebenen Philosophen (Aristoteles, Platon, Hegel, Kant) die einzigen namentlich genannten deutschen Denker, mit denen sich die Studierenden explizit beschäftigen sollten. Zur französischen Philosophie fielen Haering und Wundt lediglich „Descartes' Meditationen“ ein (SS 1933, SS 1943, SS 1944), und zur englischen Philosophie gab es nur jeweils eine Veranstaltung über „Berkeleys Dialoge“ (Wundt, SS 1934), zu Hume (Wundt, SS 1935), zur Geschichte der englischen Philosophie (Wundt, SS 1944) und zu „Locke und Leibniz, englische und deutsche Philosophie“ (Haering, WS 1943/44). Haering wird in diesem Seminar den stets von ihm geschilderten Gegensatz zwischen englischer und deutscher Philosophie herausgearbeitet haben. In der Weimarer Republik boten die Dozenten noch sieben Veranstaltungen zur englischen Philosophie und fünf zur französischen Philosophie an.

So verengte sich das Fach seit 1933 auf die „deutsche Philosophie“, zumal auch die Verbindung „Philosophie und Psychologie“ durch Oesterreichs Entlassung und Groos' Rückzug keine Rolle mehr in Tübingen spielte. Die Fokussierung auf die „deutsche Philosophie“, die mit dem Deutschen Idealismus und den deutschen Mystikern nahezu gleichgesetzt wurde, ließ die Philosophie an der Tübinger Eberhard-Karls-Universität zu einer Rumpf-Disziplin werden – mit ausschließlich partikulärem Charakter. Der universalistische Anspruch war schon früh aufgegeben.

Das Fach Philosophie, seine Studierenden, das Philosophische Seminar, die Fakultät und auch die beiden Ordinarien Haering und Wundt waren die eindeutigen Verlierer in der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Institutionen, obwohl Haering und Wundt in der Weimarer Republik in unterschiedlicher Intensität an der Zerstörung der Demokratie beteiligt waren. Haering und Wundt hatten überdies an der Unterstützung des NS-Systems und des „Führers“ seit 1933 mit einem je verschieden starken Engagement mitgewirkt. Ihnen hätte das neue Regime wohlgesonnen sein können, auf „Verdienste“ der beiden Professoren nahm es jedoch keine Rücksicht. Ihr Professorenstatus hat-

te – nach einem kurzzeitigen Hoch für Wundts „Führerrats-Funktion“ – dann doch erheblich gelitten, Einfluss auf die Wahl der Dekane oder des Rektors hatten sie nicht mehr. Dazu musste das Philosophische Seminar den Verlust von vier Wissenschaftlern hinnehmen: dem Extraordinarius Traugott Oesterreich, dem Honorarprofessor Wilhelm Nestle und den beiden Habilitierten Friedrich Kreis und Wilhelm Weischedel. Widerspruch von Seiten Haerings oder Wundts, der Fakultät oder dem Rektor ist nur bei Weischedels Verweigerung der *Venia legendi* bekannt.

Der Rückzug des Klassischen Philologen, Gymnasial-Professors und Tübinger Honorarprofessors Wilhelm Nestle aus der Universität bedeutete für das Philosophische Seminar den Verlust wissenschaftlich-liberaler Deutung griechischer Philosophie. In ihr entdeckte Nestle eine Entwicklung vom mythischen zum rationalen Denken. Letzteres aber war im Nationalsozialismus nicht mehr zeitgemäß. Nestle zog von sich aus die Konsequenzen.

Nicht mehr zeitgemäß war auch liberaler und antimilitaristischer Geist. Ohne Gegenwehr ließen Universität, Philosophische Fakultät, Philosophisches Seminar, Haering und Wundt es zu, dass Traugott Oesterreich sein Extraordinariat verlor. Die Ordinarien Haering und Wundt pochten lediglich mit Zustimmung des Rektors auf baldige Wiederbesetzung. Den ungeliebten Kollegen und Republikfreund war man los, inhaltlich verlor das Seminar einen an der Phänomenologie orientierten Erkenntnistheoretiker, Psychologen, Religionsphilosophen, Philosophiehistoriker und Metaphysiker, der mit seinem Forschungsgegenstand der Parapsychologie zwar entlegene Pfade beschritt, stets jedoch – dem wissenschaftlichen Ethos entsprechend – auf der Suche nach philosophischer „Wahrheit“ war und sie an naturwissenschaftlichen Ergebnissen dogmenlos maß. Vorrang hatten Verstand und Vernunft, vor ihnen mussten sich Intuition und Gefühl erweisen. Den Studierenden gingen mit der Entlassung Oesterreichs Seminare und Vorlesungen etwa zur Persönlichkeitsforschung (Ich-Identität, Ich-Spaltung) aus philosophischer, zur Erkenntnistheorie aus phänomenologischer Sicht verloren, außerdem Veranstaltungen zu neuen naturwissenschaftlichen Entdeckungen und Entwicklungen (Einstein, Planck), zur Religionsphilosophie, zur indischen sowie zur chinesischen und englischen Philosophie. Und natürlich fehlte die wissenschaftlich fundierte Sichtweise auf die gesamte Philosophiegeschichte einschließlich des Deutschen Idealismus. Das Philosophische Seminar machte nicht einmal den Versuch der Selbstbehauptung, der Kleine Senat sprach der Studentenschaft in vorausseilendem Gehorsam das Arbeitszimmer von Oesterreich zu, obwohl der Philosoph noch Widerspruch gegen seine Amtsenthhebung eingelegt hatte.

Ein erster Nachfolger Oesterreichs sollte in Friedrich Kreis gefunden werden. Mergenthaler verweigerte jedoch dem Neukantianer aus politischen Gründen die *Venia legendi*. Ein Neukantianer hatte es selbst in der Weimarer Republik nicht ans Tübinger Dozentenpult geschafft, von 1933 an war das nahezu aussichtslos. Mit dem Windelband- und Rickert-Schüler Kreis aber hätte das Philosophische Seminar einen analytischen Sprachphilosophen und Ästhetiker gewinnen können, zwei Disziplinen, die im Vorlesungs- und Seminarplan des Philosophischen Instituts gar nicht oder kaum vorkamen. Eine Veranstaltung zur Sprachphilosophie wurde weder in der Weimarer Republik noch in der NS-Zeit angeboten, die Studierenden konnten sich somit nicht mit dieser altherwürdigen Disziplin eingehend beschäftigen und sich auch nicht mit sprachanalytischen Methoden auseinandersetzen, die Sprache als Herrschaftsmittel, als Täuschung und Manipulationswerkzeug – etwa in den Reden nationalsozialistischer Funktionäre – freilegen. Auch im „Fall Kreis“ brachten Philosophisches Seminar und Fakultät nicht die Kraft und den Willen auf, sich wegen der Verweigerung der *Venia legendi* dem württembergischen Kultminister entgegenzustellen. Der hatte schon früh auf die Volksgemeinschaft, den Führergedanken und die Rassenideologie abgehoben, den „Geist der Volksgemeinschaft“ beschworen und die Tübinger Dozenten an ihre „volksgebundene“ Wissenschaft erinnert. Genutzt hätte ein Protest wohl nichts, aber zumindest der Versuch der Selbstbehauptung wäre gemacht worden.

Nachdem Kreis nicht akzeptiert wurde, waren es dann die beiden Dozentenführer Erich Schönhardt und Walter Schwenk, die sich gegen die Verleihung der *Venia legendi* an Weischedel sperrten. Den Machtkampf gegen die Dozentenführer verloren Rektor, Dekan, Haering und Wundt. Die als langer NSDAP-Arm in die Universität hineinregierenden Dozentenführer verstanden sich im „Fall Weischedel“ nicht nur als „zentrale Mitwirkungs- und Kontrollinstanz“<sup>2517</sup>, sie beanspruchten die verbindliche Vorgabe der Voraussetzungen für die *Venia legendi* und legten die Hürde für Weischedel sogar hinauf, indem sie die Mitgliedschaft in einer Parteigliederung verlangten. Einen in ihren Augen politisch unzuverlässigen Philosophen schlossen sie von der Berufsausübung aus und behinderten dessen Karriere auf Jahre hinaus. Schönhardt und Schwenk untergruben die Stellung des starken „Führerrektors“ Friedrich Focke und zeigten ihm die Grenzen der universitären „Selbstverwaltung“ im neuen Staat auf. Mit Weischedel ging dem Philosophischen Seminar ein Denker verloren, der sich bis dahin mit der französischen Philosophie und mit Fichtes Individualismus beschäftigt hatte, außerdem hätte er das Fach – wie er nach dem Zweiten Welt-

---

<sup>2517</sup> Mertens 2002, 225.

krieg bewiesen hat – durch seine didaktischen Fähigkeiten für die Studierenden attraktiv gemacht.

Die Übergriffe der NS-Instanzen gingen jedoch weiter. Philosophische Fakultät und der Rektor wehrten sich gegen den Kultminister, unterlagen jedoch abermals. Erich Keller wurde dem Seminar 1942 aufoktroiiert. Die Seilschaft zwischen Mergenthaler und dem frühen NSDAP-Mitglied wirkte sich für Keller positiv aus, seine Karriere wurde begünstigt. Keller hatte längst wissenschaftliche Standards aufgegeben, seine formelle Zugehörigkeit zum Philosophischen Seminar war für das Fach Philosophie sicherlich kein Aushängeschild.

Der Behauptung von Hammerstein, wonach eine „positive Beförderung schwacher Gelehrter nationalsozialistischer Gesinnung [...] höchst selten“<sup>2518</sup> gelang, kann im Fall des Tübinger Philosophischen Seminars nicht gefolgt werden. Offensichtlich war der Nepotismus bei Keller, bei der Habilitierung von Dietrich sowie dessen Zuweisung an die Tübinger Universität kann er nur vermutet werden. Philosophisch war Dietrich ein unbeschriebenes Blatt, mehr Ideologe denn Wissenschaftler. Nepotismus ersetzte am Ende des Krieges die fachwissenschaftliche Eignung, Verlierer war wiederum das Fach Philosophie. Es war am Ende des Krieges in einem desolaten Zustand. So hatten die Nationalsozialisten mit ihrer Personalpolitik zwar die Ausschaltung politisch unbequemer und die Förderung politisch loyaler und zuverlässiger Philosophen an der Eberhard-Karls-Universität erreicht, das Fach Philosophie stürzten sie mit ihren ideologisch motivierten Entscheidungen in eine tiefe Krise. Es wurde mit Keller und Dietrich ein vulgär ideologie-getränktes Fach, hinzu kam, dass auch die beiden Ordinarien Haering und Wundt der Philosophie einen dezidiert völkischen Unterbau bescherten.

Von all dem schien Karl Groos unberührt. Der Emeritus lehrte noch bis 1935, schrieb bis 1943 Aufsätze über Psychologie und Erkenntnistheorie, ohne den Texten die sprachliche „Farbe“ des neuen Regimes mitzugeben. Man könnte meinen, der Systemwechsel sei an ihm vorübergegangen.

---

<sup>2518</sup> Hammerstein 2002, 219.



## L. Resümee: Der Mythos vom Elfenbeinturm

### 1. Von der Selbstbehauptung bis zur identifizierenden Selbstgleichschaltung

Je detaillierter die Veröffentlichungen und die Verhaltensweisen der Philosophen im Nationalsozialismus in der Forschung beschrieben werden, desto schwieriger wird die Kategorisierung. Die von Wolters vorgeschlagene Einteilung in „Nazis“, „Opportunisten“ und „Aufrechte“<sup>2519</sup> ist zu grob und kann wegen der undeutlichen Abgrenzung der Begriffe gegeneinander nicht überzeugen. Ein „Nazi“ dürfte demzufolge kein „Opportunist“ sein, ein „Opportunist“ kein „Nazi“, beides kann aber im Detail durchaus vorkommen. Eine Kategorisierung sollte Überschneidungen möglichst vermeiden. Hartmanns Verhaltensvarianten<sup>2520</sup> grenzen sich hingegen deutlich voneinander ab: Polemische Identifikation, Edelnazismus, Opportunismus beziehungsweise Funktionaler Konformismus. Während er unter „polemischer Identifikation“ jene „vulgäre Variante“ versteht, die Attacken gegen Juden ritt und „deutsches Philosophieren“ bereits „im Blute“ beginnen lässt, zeichnen sich „Edelnazis“ wie etwa Stefan George, Ernst Jünger oder Martin Heidegger als im Grunde romantisch veranlagte „elitäre Propheten“ mit Distanz zum derben Gebaren der Nationalsozialisten aus. Der „Edelnazi“ lehnt die Mechanisierung, Industrialisierung und Verstädterung ab und will zurück in die vermeintliche Sicherheit archaischer Gemeinschaftsverhältnisse. Der Opportunist oder Funktionale Konformist schließlich geht mit den Nationalsozialisten Kompromisse ein, weil er den Beamtenstatus erhalten oder erringen will. Arnold Gehlen ist Hartmann dafür ein Beispiel. Die Bezeichnungen der Verhaltensvarianten können dennoch nicht völlig überzeugen. „Polemische Identifikation“ kann etwa bei Haering, Wundt und Faust in Form abwertender Aussagen gegenüber Juden oder Liberalen festgestellt werden, deren Gebaren erschöpfte sich jedoch nicht in unsachlichen und persönlichen Angriffen. Sie identifizierten sich politisch und wissenschaftlich weitgehend mit dem NS-System. Der „Edelnazi“ ist eine polemische Zuspitzung, für die wissenschaftliche Analyse wenig geeignet. Mit Abstrichen können zu dieser Kategorie Wundt und Haering gezählt werden, wobei Haering nach außen stets den volksnahen Philosophen gab. Unter die Kategorie „Opportunismus“<sup>2521</sup> oder „Funktionaler Konformismus“ fällt lediglich Grebe, da er sich infolge seiner zahlreichen

---

<sup>2519</sup> Wolters 2009, 67.

<sup>2520</sup> Hartmann 1993, 111ff.

<sup>2521</sup> Mit der Kategorie „Opportunismus“ hat auch Ulrich Sieg seine Schwierigkeiten. „Heikel“ nennt er sie, „denn gerade das im ‚Dritten Reich‘ so verbreitete Spannungsverhältnis zwischen eigenen Überzeugungen und gezielter Anpassung lässt sich im nachhinein nur selten auf eine eindeutige Formel bringen.“ Sieg 2013, 16.

Mitgliedschaften in NS-Organisationen äußerlich gleichgeschaltet hatte. Hartmann lässt überdies jene unberücksichtigt, die sich weder verbal noch inhaltlich dem NS-System angepasst hatten.

Ungenau ist die von Helmut Heiber für die Gesamtheit der Hochschulprofessoren vorgenommene Begrifflichkeit in „Gegner“, „Gleichgültige“ und „Gläubige“<sup>2522</sup>. Waren alle Naziphilosophen Gläubige? Hatten sie also einen irrationalen Zugang zur politisch-strategisch kalkulierten Durchsetzung der NS-Herrschaft in Deutschland und Europa in Form einer „Heilssehnsucht“? „Heilssehnsucht“ spielt gewiss auch hinein, etwa bei Theodor Haering, doch „Gläubigkeit“ als alleiniger Grund der Kollaboration mit den Nationalsozialisten reicht nicht aus. Wer sie bloß als „Gläubige“ sieht, ist auch leichter geneigt, ihnen „Irrtum“ zu attestieren. „Irren ist menschlich“, sagt denn auch der Volksmund und tendiert dazu, zur Tagesordnung überzugehen und die Schuld zu bagatellisieren.

Wie es auch Ernst Müller getan hat. Der einstige Verleger der Tübinger Tageszeitung „Schwäbisches Tagblatt“ sprach beim 75. Geburtstag von Theodor Haering dem Philosophen die politische Kompetenz ab. „Haering hatte wenig stark ausgebildeten Sinn fürs Politische“, urteilte er. Er sei „dem Dritten Reich gleichsam mit idealistischer Blindheit in die Netze gegangen.“<sup>2523</sup> „Idealismus“ wird hier gleichsam positiv gedacht, vor lauter (gutem) Idealismus scheint Haering die (schlechte) Realität nicht mehr gesehen zu haben. Das Gute gewollt, ins Böse unschuldig verstrickt, das intendiert Müllers Textpassage. Haering aber hat die „Einseitigkeiten“, wie er nationalsozialistische Politik interpretierte, gesehen, er hat sie aber entschuldigt.

Selbst die Philosophen lebten nicht in einem Elfenbeinturm, wie sie und einige Nicht-Philosophen es dem Publikum nach dem Zweiten Weltkrieg glauben machen wollten, um die „Denker von Beruf“ von aller Schuld freizusprechen. Auch Philosophen standen „mittendrin“ im Leben, aßen, tranken, lasen Zeitung, hörten und sahen die Wochenschau, erhielten Feldpostbriefe von Bekannten und Verwandten und gewahrten, wie sich Leben und Politik um sie herum rasch radikalisierten und sich in eine menschenverachtende Praxis wandelten. Elfenbeintürme, in die man sich in solchen Situationen zurückziehen kann, gab es nicht. Sie wurden und werden auch heute noch aufgebaut, um die Verantwortung abzuschieben. So sagt Hartmann zu recht: „Auch von der rein intellektuellen Verantwortung vor der Öffentlichkeit kann

---

<sup>2522</sup> Heiber 1991, 150, 318.

<sup>2523</sup> Schwäbisches Tagblatt 22. April 1959, Ernst Müller: Rede auf Theodor Haering zum 75. Geburtstag am 22. April 1959, in: Md 971/15 (Nachlass Theodor Haering).

niemand suspendiert werden“<sup>2524</sup>, sei der eigene Beitrag auch noch so geringfügig, attestiert Reimann.<sup>2525</sup> „Gläubige“ aber können sich zu leicht ihrer Verantwortung entziehen. Haering etwa hat sich bewusst politisch eingemischt. Er beschwerte sich 1933 gegenüber dem Studenten Sandberger, es gebe keinen schwereren Angriff auf die Ehre eines „deutschen Mannes“, als ihm die Fähigkeit und Berechtigung abzusprechen, am Neubau des Deutschen Reiches mitzuwirken. Der Philosoph wollte (und muss) ernst genommen werden, das darf ihm nach der Katastrophe nicht versagt werden, wenn ihm „idealistische Blindheit“ attestiert wird. Dies wäre Entschuldigung und Entlastung zugleich.

Kant hat den Glauben vom Wissen getrennt, Haering und Wundt wussten viel, bekämpften die Weimarer Republik im vollen Bewusstsein, legalisierten und legitimierten die NS-Diktatur in der Gewissheit, ihre Vorstellung von Staat und Gesellschaft verwirklicht zu sehen, planten die weitere Entwicklung des Unrechtsstaates. Metaphern wie „Verblendung“, „Blindheit“, „Irrationalismus“, „Verführung“, „Irrtum“ und „Versagen“ reichen auch Bialas zufolge nicht aus, wenn sich Denker eigene Vorstellungen von einem „philosophischen Nationalsozialismus“ gemacht haben und ihm ein Existenzrecht neben der NS-Politik sichern wollten.<sup>2526</sup>

Für die Typisierung der Philosophen im Nationalsozialismus soll daher auf Dieter Langewiesches Verhaltensvarianten<sup>2527</sup> zurückgegriffen werden, mit Ausnahme seiner dritten vorgeschlagenen Kategorie, der nachholenden Selbstgleichschaltung. Ihr kann kein Tübinger Philosoph zugeordnet werden. Somit bleiben:

1. Fachwissenschaftliche und institutionelle Selbstbehauptung durch Distanz zur Politik
2. Illusionäre Selbstgleichschaltung
3. Identifizierende Selbstgleichschaltung durch fachwissenschaftliche Vorausplanung nationalsozialistischer Programme und Praxis

Diese Verhaltensvarianten erlauben eine ausreichende Differenzierung, schließen das politische und wissenschaftliche Moment ein, beschreiben erschöpfend den jeweiligen Typus und grenzen sich deutlich gegeneinander ab. „Selbstgleichschaltung“ beschreibt zudem eine – mehr oder weniger – aktive und bewusste Entscheidung für das NS-System. Inhaltlich umschließt diese Typenbildung die von Grüttner herausgear-

---

<sup>2524</sup> Hartmann 1994, 18.

<sup>2525</sup> Reimann 1999, 12.

<sup>2526</sup> Bialas 2000, 23.

<sup>2527</sup> Langewiesche 1997, 621ff.

beiteten „Formen der Anpassung“<sup>2528</sup>. „Selbstgleichschaltung“ impliziert jedoch eine stärkere Aktivität des Wissenschaftlers als „Anpassung“. Somit wird die aktive Rolle des Philosophen deutlicher, etwa jenes Denkers, der „den Führer führen“ wollte. Die Grüttner'schen „Formen der Anpassung“ können eine Teilmenge der je verschiedenen Arten von Langewiesches Selbstgleichschaltung beschreiben.

Weitere Varianten sind für die Tübinger Philosophen nicht vonnöten. „Widerständiges Verhalten“ oder gar „Widerstand“ gegen das NS-System oder seinen funktionalen Teilbereichen konnte nicht festgestellt werden. Konstatiert werden kann lediglich die Gegenwehr von Philosophischer Fakultät und Haering bei der Verweigerung der Lehrbefugnis für Wilhelm Weischedel. Die Gegenwehr endete jedoch bereits beim Dozentenführer. Hingegen blieb die Gegenwehr bei der Okroyierung Kellers marginal.

Von den zwölf in dieser Studie untersuchten Philosophen fallen Traugott Oesterreich, Friedrich Kreis, Wilhelm Weischedel und Konstantin Ritter nicht in die angeführten Kategorien. Oesterreich, Kreis und Weischedel waren Opfer des nationalsozialistischen Macht-, Unrechts- und Unterdrückungsapparates. Sie haben das System auch nach ihrer Ausschaltung aus der Wissenschaft öffentlich nicht unterstützt, haben sich in keiner Form gleichgeschaltet. Sie sind aber auch nicht als Widerständler in Erscheinung getreten. Oesterreich hat zwar in seiner Rechtfertigung gegenüber dem Kultministerium die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu relativieren versucht und sich gar als „Gegner der Demokratie“ bezeichnet, seinem Tagebuch vertraute er jedoch das genaue Gegenteil an. Wie Weischedel, der bereit war, den SA-Dienst auf sich zu nehmen, um den angestrebten Dozentenberuf auszuüben, war auch Oesterreich in einer Grenzsituation, die ihm Zugeständnisse abverlangt hatte. Hier könnte – streng genommen – eine „opportunistische Bereitschaft“ von Weischedel und Oesterreich diagnostiziert werden. Mit der Entlassung aus der Universität beziehungsweise dem Ausschluss aus der wissenschaftlichen Betätigung drohten den beiden Philosophen der Fall ins wissenschaftliche Nirwana und erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Beides traf in den Folgejahren ein. Dass sie fachliche oder politische Konzessionen den Nationalsozialisten gegenüber gemacht hätten, dafür wurden keine Belege gefunden.

---

<sup>2528</sup> Grüttner 2003, 26f. Grüttner unterscheidet sechs Formen der Anpassung: Die „Anpassung durch Ausblenden“ heikler Themen oder Personen, die Politisierung nach dem Sandwich-Prinzip (gelegentlich werden politische Botschaften gestreut), die begriffliche Anpassung an die Sprache der LTI, der *lingua tertii imperii*, die Anpassung im außerwissenschaftlichen Bereich, die Anpassung als Paradigmenwechsel und die bewusste Unterordnung des Forschers unter die Politik eines Regimes.

Schwieriger scheint es bei Friedrich Kreis. Er beließ es nicht bei vermeintlichen Annäherungsversuchen an den Nationalsozialismus. Eine zumindest formale Anpassung erfolgte durch die Mitgliedschaft in der NS-Volkswohlfahrt und seiner Funktion als „Blockwalter“, durch einen kurzzeitigen SA-Dienst, durch die Funktion eines stellvertretenden Ortsgruppenleiters der Ortsgruppe Tübingen-Galgenberg im „Bund deutscher Osten“ und durch das abgegebene NSDAP-Eintrittsformular. Auch Bibliotheksdirektor Georg Leyh bestätigte, Kreis würde sich „rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat“ einsetzen und hätte eine „ausgezeichnete Rede“ bei der „Fünffjahresfeier der Machtübernahme“ am 30. Januar 1938 vor Mitarbeitern in der Universitätsbibliothek gehalten. Fachwissenschaftlich war auch Kreis ausgeschaltet, nach 1933 hat er nur noch eine Rezension zu einem Werk über Wilhelm von Humboldt veröffentlicht. Sie blieb ohne NS-spezifische Anbietung. Die Beurteilung des Bibliotheksdirektors Leyh ist jedoch mit Vorsicht zu behandeln. Seine Aussagen sind zu pauschal und eher nichtssagend, er hat zudem Kreis unterstützt und ihm die Anstellung in der Bibliothek gebahnt. Leyh konnte gar nicht anders, als ein den nationalsozialistischen Instanzen genehmes Zeugnis auszustellen – unabhängig vom Wahrheitsgehalt. So bleiben noch die formalen Mitgliedschaften in der NS-Volkswohlfahrt und im „Bund deutscher Osten“ sowie der gestellte Aufnahmeantrag in die NSDAP. Wann sie erfolgten, steht nicht fest. Kreis erwähnte sie Mitte 1941. Da inhaltlich über die politische Einstellung von Kreis nichts Konkretes ausgesagt werden kann, bleibt hier lediglich Grüttners „Anpassung im außerwissenschaftlichen Bereich“, eine durch die geringe Zahl an NS-Mitgliedschaften aber eher rudimentäre nachgeholte formale Selbstgleichschaltung. Zu dürftig, um Kreis eine der vier verbliebenen Kategorien zuzuordnen. Auch für die Zuordnung Konstantin Ritters in eine der Kategorien mangelt es an ausreichenden Hinweisen. Seine im November 1933 erfolgte Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund und die Unterzeichnung der Erklärung vom 2. Februar 1933, dass er auf dem Boden der Kundgebung der derzeitigen Reichsregierung vom 2. Februar des Jahres stehe, lassen sich ebenfalls als fragmentarische nachgeholte formale Selbstgleichschaltung interpretieren, wenngleich das Niveau noch niedriger ist als bei Kreis.

**Fachwissenschaftliche Selbstbehauptung:** Eindeutiger ist die Zuordnung bei Karl Groos und Wilhelm Nestle. Beide gehören in die Kategorie der fachwissenschaftlichen Selbstbehauptung durch Distanz zur Politik. In ihren Aufsätzen und Werken fühlten sie sich nach 1933 weiterhin der „wissenschaftlichen Wahrheit“ verpflichtet. Weder inhaltlich noch sprachlich biederten sie sich dem System an. Groos zitierte französische und englische Philosophen, auch die von den Nationalsozialisten verfemten William Stern, Traugott Oesterreich und Hans

Driesch. Die biologistisch begründete „Rassenseele“ lehnte Groos ausdrücklich ab, der „Volksgeist“ sei aus metaphysischen Gründen entbehrllich. Trotz des drastisch geänderten politischen Umfeldes waren Groos und Nestle gegen die nationalsozialistischen Einflüsse weitgehend resistent, wenn auch Nestle die von den Nationalsozialisten bis 1935 getroffenen antijüdischen Maßnahmen gebilligt hat. Nach 1935 ist keine Legitimation durch ihn bekannt. Nestle hielt an seiner wissenschaftlichen Einstellung bei der Betrachtung der griechischen Geschichte beim Übergang vom Mythos zum Logos fest. Er verwahrte sich gegen die politische Indienstnahme antiker Theorien.

**Illusionäre Selbstgleichschaltung:** Der Kategorie der „illusionären Selbstgleichschaltung“ mit Versuchen der fachwissenschaftlichen Selbstbehauptung lässt sich Wilhelm Grebe zuordnen. Grebe hoffte 1933, sein Werk werde zur Erneuerung des deutschen Geisteslebens beitragen, der Nationalsozialismus werde die Volksgemeinschaft herstellen und die sozialen Gegensätze in der Gesellschaft überwinden. Er trat nicht nur der NSDAP, sondern zahlreichen NS-Organisationen bei. Der Philosoph passte sich im außerwissenschaftlichen Bereich und auch zum Teil sprachlich den neuen Bedingungen an. Aber er gab kein emphatisches Bekenntnis zum Nationalsozialismus ab. Grebes Versuche der fachwissenschaftlichen Selbstbehauptung sind deutlich zu erkennen. Philosophie sei nicht „Weltanschauungslehre“ und orientiere sich nicht an zeitgebundener Ideologie, eine Wissenschaft „deutschen Charakters“ lehnte er ab. Auch löste er Meister Eckehart nicht aus seinem mittelalterlichen Kontext, er verteidigte vehement den Kant'schen Freiheitsbegriff, stellte sich gegen die deterministische Interpretation der Rassen- und Erbbiologie und ihrer politischen Vereinnahmung.

**Illusionäre und identifizierende Selbstgleichschaltung:** Eine teils illusionäre und teils identifizierende Selbstgleichschaltung kennzeichnet das Verhalten Max Wundts im Nationalsozialismus, wobei aber auch Versuche der fachwissenschaftlichen Selbstbehauptung konstatiert werden müssen.<sup>2529</sup> Illusionär deshalb, weil der die Weimarer Republik bekämpfende Philosoph sich eher eine Übergangs-Diktatur ersehnte hatte, die dann den Weg für die von ihm grundsätzlich präferierte Erbmonarchie freimachen sollte. Dass er auf dem Boden der Kundgebung der Reichsregierung vom 1. März 1933 stand, dokumentierte Wundt mit seiner Unterzeichnung, er unterstützte auch die „deutsche Revolution“ unmittelbar nach 1933. Seinem geistigen Aristokratismus widerstrebe jedoch die auf „Volksgemeinschaft“ zielende „NS-Proleten-Propaganda“. Mochte Wundt durch seine völkische und antisemitische

---

<sup>2529</sup> Konstatiert werden muss allerdings, dass Wundts Vorstellungen in der Weimarer Republik mit grundlegenden politischen Einstellungen und Forderungen der Nationalsozialisten kongruent waren, ihn somit zum Teil eine „vorausseilende Selbstgleichschaltung“ charakterisiert. Hier kommt es jetzt auch darauf an, inwieweit sich Wundt der konkreten nationalsozialistischen Praxis angenähert hat.

Einstellung einer „Gleichheit“ durch „Blut und Boden“ noch zustimmen, um Deutsche gegenüber Juden abzugrenzen, war er doch stets auf Rangunterschiede durch Herkunft und Bildung innerhalb des deutschen Volkes bedacht. Sein „Gemeinschaftsgedanke“ war im Grunde wenig NS-kompatibel. Wundt war als „Philosophen-Seher“, als „Weisheits-Lehrer“ dem Kontext antiker platonischer Schau-Mystik und christlich-idealistischer „Ewigkeits-Erlebnisse“ verhaftet, der seine rückwärtsgewandte religiös-metaphysisch begründete „Weisheitslehre“ mit dem Anspruch auf „Wahrheit“ in die nationalsozialistische Gegenwart projizierte und „Weisheit“ scharf von „Wissenschaft“ abgrenzte. Sein spekulativer Idealismus vermengte „Glauben“ und „Wissen“, beanspruchte zwar Allgemeingültigkeit, entzog sich jedoch jeglicher Begründung und Überprüfbarkeit. Wundts religiös fundierter Neu-Idealismus vermochte sich in der NS-Diktatur nicht durchzusetzen, als Philosoph stand er nicht in der ersten Reihe. So fehlte sein Name auf der Liste für den Internationalen Philosophen-Kongress 1937 in Paris. In völkischen Kreisen genoss Wundt einen guten Ruf, aber der Blick auf Wundt verband sich meist mit der Vergangenheit, der ungeliebten „Systemzeit“. So wurde er in einer Rezension zur dritten Auflage seines Buches über „[D]ie Treue als Kern deutscher Weltanschauung“<sup>2530</sup> gelobt, weil er sich nicht gescheut habe, „in der Ära des demokratisch-liberalen republikanischen Systems völkische Grundgedanken mit Geist und Energie“ vertreten zu haben. Seine Darstellung des Volksbegriffs und der Begriffe Treue und Ehre könne als „eine ausgezeichnete, belehrende und anregende völkische Arbeit“ gelten. Auch Gerhard Lehmann würdigte ihn 1943 als „nationalen Denker“, der „in der Systemzeit für Deutschlands Erneuerung“<sup>2531</sup> gekämpft habe. Dessen Metaphysik sei jedoch Vergangenheit und somit für die Gegenwart wenig brauchbar, sie gehöre eigentlich ins 19. Jahrhundert.<sup>2532</sup> Lehmann sprach Wundt nicht ab, mit seinem Idealismus eine Verbindung zur völkischen Weltanschauung eingegangen zu sein, doch dessen Philosophiebegriff sei traditionell. Er treffe nur die Gesinnung, nicht aber die Sache.<sup>2533</sup> Zur tatsächlichen politischen Gegen-

---

<sup>2530</sup> Die dritte Auflage erschien 1937. Die Rezension in „Deutschlands Erneuerung“ schrieb „Dr. Leistner“ in der Oktober-Ausgabe von 1937, 568.

<sup>2531</sup> Lehmann 1943, 441.

<sup>2532</sup> Lehmann 1943, 443. Über Wundt verliert Lehmann immerhin noch vier Seiten, Theodor Haering wird hingegen lediglich mit zwei Werken über die naturwissenschaftliche Begriffsbildung und als Hegelforscher mit seinen beiden Bänden von 1929 und 1938 genannt. August Faust erwähnt Lehmann nur im Zusammenhang mit Rickert. Faust habe – mit anderen – dessen Lebenswerk aufgenommen, von einer „Weiterbildung“ der Südwestdeutschen Schule will Lehmann jedoch nicht sprechen. Vgl. Lehmann 1943, 64, 218, 255.

<sup>2533</sup> Lehmann 1943, 496.

wartsphilosophie rechnete Lehmann Rosenberg, Krieck, Baeumler<sup>2534</sup> und Heyse.

Ein praktizierter, am Monarchismus orientierter „deutscher“ Stände-  
staat mit diktatorischen Vollmachten für den Fürsten wäre Wundts  
Vorstellungen wohl entgegengekommen. Illusionär war Wundts  
Gleichschaltung auch deshalb, weil die von ihm unterstützten Organi-  
sationen wie „Deutsche Philosophische Gesellschaft“, „Kampfbund für  
Deutsche Kultur“, „Alldeutscher Verband“ und „Gesellschaft Deut-  
scher Staat“ nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten nicht die  
erwartete politische Rolle im neuen Staat spielten, sein spezifischer  
Protestantismus überdies nicht die von ihm erhoffte „Glaubensgemein-  
schaft“ begründete. Wundt galt eher als „Vorkämpfer“ deutsch-  
völkischer Ideen, denn als „Mitkämpfer“ in der nationalsozialistischen  
Wirklichkeit. Er profitierte zunächst vom politischen Umschwung  
1933, als er in den „Führerrat“ der Tübinger Universität und in andere  
politisch-administrative Positionen aufrückte, seine generelle Zurück-  
haltung, sich dem System intensiver anzudienen, offenbarte sich nicht  
nur in der relativen Reserviertheit als Referent für Philosophie und  
Philosophiegeschichte in Franks „Forschungsabteilung für Judenfra-  
gen“, auch als Redner trat er wenig in Erscheinung. Mit einer enthusi-  
astischen Begrüßung nationalsozialistischer Politik ist Wundt nicht  
aufgefallen, auch Hitlers „Erfolge“ hat er öffentlich nicht gefeiert.  
Schließlich deckten sich seine Vorstellungen von der „Freiheit der  
Wissenschaft“ nicht mit denen der Nationalsozialisten.

Wundt hatte damit jedoch kein Problem, denn seine völkisch orientier-  
ten Forschungen korrespondierten mit dem Anspruch nationalsozialis-  
tischer Erwartungen, ohne dass sie ihm aufgenötigt werden mussten.  
Hier kommt Wundts „identifizierende Selbstgleichschaltung durch  
fachwissenschaftliche Vorausplanung nationalsozialistischer Pro-  
gramme und Praxis“<sup>2535</sup> zum Tragen. So anerkannte er die Bestrebun-  
gen des NS-Staates, als erster „die rassische Aufzucht und Pflege des  
Volkes zur obersten Aufgabe gemacht“, die „Minderwertigen“ von der  
Fortpflanzung ausgeschlossen und „Rassenmischung“ verhindert zu  
haben. Den völkisch-rassischen Grundlagen des Volkes widmete  
Wundt einen Großteil seiner Forschungen, die „zukunftsweisend“ in  
eine Systematik der rassetheoretischen Einordnung der deutschen Phi-  
losophen mündete, grundlegend für weitere Forschungen sein und so  
den Wissenschaftlerkollegen „wegweisende Erkenntnis“ liefern soll-  
ten. Biologistisch galt ihm das Blut als Grundlage rassisches reinen  
„nordischen Geistes“, er plädierte für „Aufzucht“ und „Wiedervernor-  
dung“, womit Wundt die nationalsozialistische Rassen-Ideologie un-

---

<sup>2534</sup> In der Festschrift zu Hitlers 50. Geburtstag sprach sich Baeumler für einen  
„Bruch mit der idealistischen Philosophietradition“ aus, der auch Wundt und Haering  
anhangen. Sieg 2013, 221.

<sup>2535</sup> Langewiesche 1997, 631f.



terstützte. Michalski<sup>2536</sup> hingegen zweifelt an einem „genuin nationalsozialistischen Charakter der von Wundt durchgeführten rassischen Grundlegung der deutschen Philosophiegeschichte“<sup>2537</sup> und schließt sich damit Tilitzki an. Begründung: Wundt führe die großen Leistungen der deutschen Philosophen auf eine Vereinigung der nordischen und dinarischen Rassen zurück, also auf die nordisch-dinarische Mischung, nicht wie die Nationalsozialisten, die ausschließlich die nordische Rasse in ihrer Rassenpolitik hervorgehoben hätten. Somit weise Wundt „über den vom Nationalsozialismus rassisch begründeten Nationalismus und Partikularismus“<sup>2538</sup> hinaus. Michalski übersieht, dass Wundt auch die „Wiedervernordung“ gefordert hat. Er begibt sich mit seinem Werk in deutsch-nationale und völkische Fahrwasser, die man doch überwunden zu haben glaubte.

In sein Rassekonstrukt integrierte Wundt den zu diesem Zweck vereinnahmten Platon als Zeugen. Seiner völkisch-rassistischen Philosophie entspricht sein Antisemitismus, der während der NS-Zeit jedoch weniger vehement aufscheint als noch in der Weimarer Republik, Wundt setzte sich aber einer angeblichen „geistigen Überfremdung“ in unterschiedlichen stilistischen Varianten entgegen.

Wundt hielt die fachwissenschaftlichen Normen in einigen Aufsätzen (nahezu) ein, mit der biologistischen Schlussfolgerung vom „Blut“ auf den „Geist“, mit der rassischen Grundlegung der Philosophie und ihrer Verbindung zum „deutschen Volk“, ihres angeblich „nationalen Charakters“ und damit ihrer Einengung auf „deutsche Philosophie“ hat er jedoch die fachwissenschaftlichen Normen erheblich verletzt. Auch seine Behauptung, deutschen Philosophen sei eine idealistisch-religiöse Grundstimmung eigen, und sein Bemühen, eine rein „deut-

---

<sup>2536</sup> Mark Michalski hat 2010 ein Buch mit dem vielsagenden Titel „Der Gang des deutschen Denkens“ vorgelegt. Darin beschäftigt er sich auch mit den in dieser Arbeit behandelten Philosophen Faust, Haering und Wundt. In seinem Bemühen, „deutsches Denken“ vom 18. bis zum 20. Jahrhundert nachzuzeichnen, sucht Michalski einen „nationalen Charakter“ der Philosophie in Deutschland und damit eine „nationale Philosophiegeschichtsschreibung“ zu begründen. Damit will er einen „qualitativen Wechsel der Perspektive“ angehen (Michalski 2010, 12). Wundts Rassephilosophie ist Michalski zufolge ein „Ergebnis, das dem nationalsozialistischen Rassenwahn ins Gesicht schlug“ (Michalski 2010, 16). Michalski übernimmt unkritisch, nahezu schon affirmativ, die im Sinne nationalsozialistischer Ideologie gemachten Auslassungen von Faust, Haering und Wundt. Von Faust, Haering und Wundt behandelt er nur wenige ausgesuchte Aufsätze und ist bestrebt, die drei Philosophen von der nationalsozialistischen Ideologie abzugrenzen, deren weltanschauliche Theorien aber als durchaus diskussionswürdig zu behaupten, sie in den Kontext „deutschen Denkens“ zu stellen und universalistisch aufzufassen. Haering etwa attestiert er, dessen deutsche Philosophie sei eine „europäische Philosophie“ gewesen (Michalski 2010, 278), und zur Rechtfertigung, weshalb er Wundts rassetheoretischer Begründung der Philosophen so großen Raum gewidmet habe, gibt er die „Originalität dieses Versuches“ an (Michalski 2010, 424).

<sup>2537</sup> Michalski 2010, 418.

<sup>2538</sup> Michalski 2010, 418.

sche Aufklärung“ zu konstruieren, ist mit wissenschaftlichem Ethos nicht vereinbar.

**Identifizierende Selbstgleichschaltung:** Für „identifizierende Selbstgleichschaltung durch fachwissenschaftliche Vorausplanung nationalsozialistischer Programme und Praxis“<sup>2539</sup> sind Erich Keller, Albert Dietrich, August Faust und Theodor Haering idealtypisch. Alle vier Philosophen haben sich mit dem NS-System identifiziert. Sie haben versucht, die NS-Ideologeme Wirklichkeit werden zu lassen, gleichzeitig jedoch durch Vorausplanung auf die künftige politische oder philosophische Praxis einzuwirken.

Lediglich als Vorsitzender der Museumsgesellschaft konnte **Theodor Haering** in Zusammenarbeit mit Schumann und Scheef die Gebäude vor dem Zugriff der Nationalsozialisten, insbesondere durch den Tübinger Oberbürgermeister Ernst Weinmann, bewahren, an der teilweise geglückten institutionellen Selbstbehauptung hat er einen Anteil. Inhaltlich schwenkte die Museumsgesellschaft zunächst auf die Linie des „Kampfbundes“, später auf die Nachfolgerin „Nationalsozialistische Kulturgemeinde“ (NSKG) ein und wurde formell „Förderergemeinschaft“. Mit dem Ausschluss der Juden 1939 und der faktischen Abschaffung der schriftlichen und geheimen Wahl war auch die Selbstgleichschaltung der Museumsgesellschaft vollendet, die NSDAP hatte bereits vor 1933, insbesondere aber danach „Heimrecht“ und belegte die Säle mit ihren Veranstaltungen.

Wie dargelegt, sehnte Theodor Haering vor der „Machtübernahme“ einen autoritären Staat nach hegelscher Schablone herbei, er arbeitete aktiv an der Zerstörung der Republik mit. Wie er selbst nach dem Zweiten Weltkrieg angab, hegte er zunächst Skepsis gegenüber dem neuen System. Doch Haerings Selbstgleichschaltung war zu keiner Zeit „illusionär“. Er identifizierte sich nicht nur mit außerordentlich hoher Geschwindigkeit mit der NS-Diktatur und dem „Führer“, er machte sich am 22. Februar 1933 in seinem Vortrag innerhalb der Ringvorlesung anheischig, die „philosophische Bewegung“ sowie „Volk“ und Wissenschaften zur „Volksgemeinschaft“ zu führen. Während des 3. Hegelkongresses in Rom 1933, als er dort seinen Geburtstag am 20. April beging und die Feiern zu Roms und des „Führers“ Geburtstag zusammenfielen, hatte Haering sein ultimatives „Erweckungserlebnis“. Die Romreise hatte ihn begeistert und schließlich überzeugt, sich einer solchen „Bewegung“ unmöglich entgegenstellen zu wollen. Seine Lektüre von Hitlers „Mein Kampf“ und die zustimmenden Anmerkungen in seinem eigenen Exemplar sind deutliches Zeichen einer beginnenden identifizierenden Selbstgleichschaltung, die in der Ringvorlesung im Sommersemester 1933 verbal ihre Entspre-

---

<sup>2539</sup> Siehe auch Langewiesche 1997, 632ff.

chung fand, als er sich der Durchführung des „Führerprinzips auch auf diesem Gebiet“ beugte. Inhaltlich stellte Haering dem Lehrernachwuchs in Esslingen den Nationalsozialismus und die „arisch-nordisch-germanische Geisteshaltung“ als „Ideal einer ethischen Grundhaltung“ vor und rückte das „Totalitäts- und Gemeinschaftsdenken“ in den Vordergrund. Bei seiner Verteidigung der Mordaktion nach dem „Röhm-Putsch“ am 30. Juni 1934 war der Philosoph bereits im Sog nationalsozialistischer Politik. Die „Rede auf Alt-Tübingen“ sowie seine gesamte während der NS-Zeit verfasste Belletristik stützten das NS-System, das er gegenüber seinem langjährigen Bekannten Ludwig Binswanger als „im Grunde großartige nationale Bewegung“ bezeichnete. Der „Führer“ wandelte sich in Haerings Bewusstsein vom diktatorischen, den „eisernen Besen schwingenden“ Machtpolitiker, aber „guten Arzt“, zum Mensch gewordenen „Führer-Heiland“, dem er bedingungslos folgte. In Haerings glorifizierenden und bewundernden Ausruf von 1941 findet diese Identifikation mit dem „Führer“ ihren verbalen Ausdruck: „Es kam ein Führer, der Führer kam!“

Haering trat bewusst für den Nationalsozialismus ein. In seiner nach dem Zweiten Weltkrieg verfassten „Stellung zum NS“<sup>2540</sup> rechtfertigte er seine „Rede für den Geist“, die als Ziel die Anerkennung des Geistes und seiner Träger hatte, damit sie als notwendige gleichberechtigte Glieder an einem lebendigen Volksleben teilhaben könnten. Das, so Haering, müsse „die wahre Konsequenz eines wirklich deutschen NS sein.“ Haering verstand seine (marginale) „Kritik gegen einseitige Übertreibungen“ (Individualismus – Gemeinschaft, Nationalismus – Sozialismus) selbst als systemimmanent: „Ich suchte den wahren Nat. Soz. auf diese Weise als Versuch einer Kompensierung und Integrierung der großen Einseitigkeiten der vorhergehenden Zeit darzustellen und zu erweisen.“ Doch es blieb „bei dem fruchtlosen Versuch, mein, wie ich glaube besseres Wissen, in Form einer immanenten Kritik der nationalsozialistischen Ideologie am Maßstab wahren deutschen Geistes zur Geltung zu bringen.“ Theodor Haering fühlte sich als der „bessere Nationalsozialist“.

Formal dokumentierte Haering seine Identifikation mit dem NS-Staat durch seine Teilnahme an der Wissenschaftlichen Akademie des NS-Dozentenbundes und seine zahlreichen Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen, am 23. Oktober 1937 trat er rückwirkend zum 1. Mai in die NSDAP ein. Als „politisch zuverlässig“ wurde er vom Sicherheitsdienst und von der Kulturpolitischen Abteilung stets eingeschätzt. Warfen ihm die nationalsozialistischen Instanzen 1938 noch vor, „reaktionäre“ Gedanken geäußert zu haben und geistig unbeweglich zu sein, würdigte der Sicherheitsdienst 1941 Haerings Be-

---

<sup>2540</sup> Theodor Haering: Meine Stellung zum NS, in: Md 971/28 (Nachlass Theodor Haering).

mühen der vergangenen Jahre, „haltungsmäßig“ und fachlich in engen Kontakt mit dem Nationalsozialismus zu kommen. Haerings Eifer blieb nicht verborgen. Er steigerte sich zum Ende des Krieges noch durch seine Aktivitäten beim „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ innerhalb der „Aktion Ritterbusch“, in der „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr“ beim „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ (ERR), für die Schriftenfolge „Westland“ des Reichskommissars für die Niederlande, Arthur Seyß-Inquart, und in der „Forschungs- und Lehrgemeinschaft – Das Ahnenerbe“ von Reichsführer SS Heinrich Himmler.

Die Übernahme rassistisch-völkischer Begründungsversuche des Geistes ist bei Haering seit 1935 nachweisbar. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges intensivierte er diese Bemühungen und verbreitete gleichzeitig antisemitische Ressentiments. Ein überzeugter Antisemit wurde Haering jedoch nicht. Seine Identifikation mit dem NS-System und dem „Führer“ ließ ihn dann aber auch eine weitere Linie überschreiten. Im Sinne propagandistischer und fachwissenschaftlicher Vorausplanung legte er dem Regime Optionen vor, warb in seiner „Rede für den Geist“ für einen „neuen Geist“, diente sich abermals dem Unrechtssystem als Philosoph an und suchte jene Intellektuellen zu überzeugen, denen noch der „alte Geist“ anhafte. Haering lieferte der militärischen Expansion in den Osten einen philosophischen Unterbau durch seinen expansiv und völkisch ausgelegten Raumbegriff sowie durch seine mehr und mehr in den Vordergrund tretende grundlegende Voraussetzung der Rasse, die angeblich geistige Begabungen, Veranlagungen und die „arteigene Kultur“ determiniere. Ähnlich wie Wundt unternahm er eine Verteilung der Künstler und Wissenschaftler auf Landschaften und Regionen. Mit dieser Wende vollzog Haering den Wechsel ins völkische Lager. Vorausplanend waren ebenfalls seine Vorstellungen von der Vereinigung der Rassenpflege mit „deutschen“ Kulturanlagen und dem „Führerprinzip“, ein Konstrukt, das im nationalsozialistischen Staat seine Vorstellung von der „Volksgemeinschaft“ und die „lebendige Einheit“ von Freiheit und Abhängigkeit, Individuum und Gemeinschaft verwirklichen sollte. Haering legte es auch darauf an, die „deutsche Philosophie“ hegemonial über Europa zu verbreiten, wobei er unter „deutscher Philosophie“ einen an Hegel orientierten Idealismus verstand, dessen Grundzug er als Vereinigung der Gegensätze auffasste und ihn seiner inhaltlich definierten „Ahnereihe“ deutscher Philosophen unterlegte.

Sein so verstandenes „deutsches Denken“, seine rassistisch-völkische Begründung geistiger Qualitäten gipfelte in der proklamierten „Philosophie (!) als geistige Rassenkunde“, die er als wissenschaftliches Angebot an den Nationalsozialismus verstand. Haering legte nicht nur fachwissenschaftliche Normen beiseite (diese hielt er in wenigen Auf-

sätzen und in seinem zweiten Hegelband von 1938 noch durch), er entkleidete die Philosophie ihres internationalen Charakters und ihres diskursiven Anspruches, reduzierte die grundsätzlich auf „das Ganze“ der menschlichen Existenz gehenden Fragestellungen und die in unterschiedlichen Disziplinen eingeteilte Philosophie auf einen Teilbereich der Geist- und Sprachphilosophie, nahm durch seine Neudefinition eine abwegige Kopplung von „Geist“ und „Rasse“ vor und ordnete die Philosophie funktional politischen Interessen unter.

Neben der politischen war die fachwissenschaftliche Selbstgleichschaltung auch für **August Faust** kein Problem. Dass er aus reinem Opportunismus 1933 die Fronten gewechselt haben soll<sup>2541</sup>, wie Kaegi und auch Michael Weichenhan vermuten, kann bezweifelt werden. Sicherlich spürte der langjährige Privatdozent von Rickerts Gnaden einen gewaltigen Druck, endlich wissenschaftlich selbstständig zu werden und im NS-System als Sozialphilosoph „etwas zu sagen“ haben zu wollen. Seine 1933 erfolgte Wende zum Nationalsozialisten hat seine Karriere außerordentlich befördert, wenn auch nicht direkt im Anschluss an den Machtwechsel. Doch seine sozialetischen Überzeugungen, sein an Fichte angelehntes Konzept des Ineinanders von Individuum und Gemeinschaft mit der Priorität des „Wir“ vor dem „Ich“ lassen ihn bereits vor 1933 inhaltlich in die Nähe des nationalsozialistisch geprägten Gemeinschaftsgedankens kommen. Nach dem 30. Januar 1933 musste er seine Überzeugungen keiner grundlegenden Revision unterziehen, ein „Paradigmenwechsel“ fand nicht statt. Bei Faust, dem Gegner der Kant'schen, auf Vernunft gegründeten und universell gültigen Pflichtethik, dem Befürworter einer das Individuum versittlichenden „Nationalethik“, trat das „Ich“ nach 1933 noch weiter zurück als in der Weimarer Republik. Dieser Umstand mag bereits beim „Erweckungserlebnis“ vom 5. März 1933 eine Rolle gespielt haben, da Faust sich „als Individuum“ nicht gegen den Willen eines ganzen Volkes stellen wollte. Es wäre für ihn nach der eigenen Überzeugung eine Inkonsequenz gewesen, sich dem nationalsozialistischen „Wir“ nicht anzuschließen.<sup>2542</sup> Faust handelte aus innerer Überzeugung, er hat sich im März 1933 selbst gleichgeschaltet, ordnete sich dem NS-System als Forscher und als Individuum unter, nazifizierte die Philosophie und instrumentalisierte sie. Der Volksgemeinschaft gab er absolute Priorität, individuelle Rechte galten ihm nichts. Das Nationale identifizierte er

---

<sup>2541</sup> Kaegi 2006, 335; Weichenhan 2006, 22, Anmerkung 3.

<sup>2542</sup> Ähnlich argumentiert auch Cramer: Faust setze sich in einen Widerspruch zu den Bedingungen seiner Existenz als Individuum, wenn er sich gegen diese Bedingungen stelle, nämlich gegen die nationalen und das heißt völkischen und das heißt für den Faust des Jahres 1938 rassistischen Voraussetzungen seines Daseins. „Diesem Widerspruch zu entkommen, heißt nicht nur, den erklärten Willen der Nation zu respektieren, Hitler auf seinem politischen Weg in den totalitären Führerstaat zu folgen, sondern auch, diesen Weg unter seiner und keiner anderen Führung mitzugehen.“ Cramer 2010, 294.

mit dem Deutschtum und der Zugehörigkeit zur arischen Rasse.<sup>2543</sup> Er setzte sich nicht für Weisedel bei dessen Habilitationsverhandlungen in Tübingen ein, auch sah Faust zu, wie sein einstiger von ihm geschätzter Heidelberger Lehrer Ernst Hoffmann (1880 – 1952) von den Nationalsozialisten aus der Universität vertrieben wurde.<sup>2544</sup>

Schon für die Heidelberger und Tübinger Zeit (März 1933 bis November 1936) gilt für Faust die identifizierende Selbstgleichschaltung mit dem Nationalsozialismus, inhaltlich und auch formal, was seine Mitgliedschaften in der Hitlerjugend und im Nationalsozialistischen Lehrerbund äußerlich dokumentieren. Der Heidelberger „Vertrauensmann der Dozentschaft für die Philosophische Fakultät“ hatte sich formal und inhaltlich selbst gleichgeschaltet, bevor er nach Tübingen kam. Die Zeugnisse der Gauleitungen in Baden, Württemberg-Hohenzollern und des Sicherheitsdienstes streichen seine nationalsozialistische Einstellung heraus. In Breslau tat Faust den nächsten Schritt hin zur „fachwissenschaftlichen Vorausplanung nationalsozialistischer Programme und Praxis“. Faust trat zum 1. Mai 1937 in die NSDAP ein, stieg 1938 zum Mitglied der Führungsriege in der Reichsdozentenführung auf, wurde „Reichsfachkreisleiter“ für Kulturwissenschaft im Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund und von Reichsleiter Rosenberg mit Führungsaufgaben betraut. Er wollte die Deutsche Philosophische Gesellschaft und die Kant-Gesellschaft in eine nationalsozialistische Gesellschaft für Philosophie transformieren, er wirkte administrativ, politisch und fachlich auf eine NS-Philosophie hin, in der Fichte zum Quasi-Begründer wurde. Die Philosophie wandelte er in eine Kriegsideologie um, die NS-Philosophie sollte ihm zufolge Grundlage der gesamten wissenschaftlichen Arbeit werden. Obwohl unter Rickert ausgebildet, hinterließ der Südwestdeutsche Neukantianismus keine Spuren bei Faust. Er verlegte sich auf den Neuidealismus, zog wie viele seiner Kollegen eine Linie des „deutschen Denkens“ und unterstellte den deutschen Philosophen eine ähnliche positive Grundeinstellung zum Krieg. An fachwissenschaftliche Normen fühlte sich Faust nicht gebunden.

---

<sup>2543</sup> Vgl. Cramer 2010, 305.

<sup>2544</sup> Glockner berichtet, Faust habe Ernst Hoffmann bereits aus der Berliner Gymnasialschülerzeit gekannt (Hoffmann war dort Lehrer), in Heidelberg habe Hoffmann mit Faust Freundschaft geschlossen. In Rickerts Haus hätten sie bei gemeinsamen Teestunden mit ihren Griechischkenntnissen gegläntzt, Faust sei ein willig folgender Schüler geworden, habe Hoffmann von 1929 bis 1931 als Herausgeber der Zeitschrift des Badischen Lehrervereins unterstützt. Vgl. Glockner 1969, 197ff. Faust widmete „meinen Lehrern“ Ernst Hoffmann und Heinrich Rickert seine systemgeschichtlichen Untersuchungen über den Möglichkeitsgedanken 1931/32. Hoffmann, Demokrat und nach nationalsozialistischer Lesart „Mischling 2. Grades“, also ein „Vierteljude“, nahmen die Nationalsozialisten bereits im September 1933 ins Visier. 1935 legten sie ihm nahe, einer Entlassung durch einen „freiwilligen“ Rücktritt vom Ordinariat zuvorzukommen. Vgl. Kaegi 2006, 332. Hoffmann sei der einzige gewesen, der gegen die Entlassung von Klibansky Protest eingelegt habe. Vgl. Kaegi 2006, 331.

Offensichtlich ist auch die Zuordnung von **Erich Keller** in die Kategorie der identifizierenden Selbstgleichschaltung. In vorausseilender Selbstgleichschaltung und Zukunftserwartung trat der evangelische Pfarrer bereits 1930 der NSDAP bei, wirkte propagandistisch von 1931 bis 1939 als Gauredner und trat im Juli 1933 in Mergenthalers Kultministerium ein. Als Oberregierungsrat war Keller zuständig für Schulen und Hochschulen, unterstützte seinen Kultminister administrativ bei der Auflösung der konfessionsgebundenen Schulen, der Einführung des „Weltanschaulichen Unterrichts“ (WAU) und war bestrebt, die Schulen sowie die Esslinger Lehrerhochschule auf nationalsozialistische Grundlagen zu stellen. Er setzte NS-Politik um und plante sie mit – sowohl in seiner Eigenschaft als Oberregierungsrat als auch in seiner Funktion als stellvertretender Rektor der Esslinger Hochschule für Lehrerbildung. Seinem kleinen, aber gewichtigen Netzwerk mit Mergenthaler verdankte Keller seine Berufung ins Kultministerium, seine Habilitation und seinen Lehrauftrag an der Stuttgarter TH, seinen stellvertretenden Rektorposten an der Esslinger Lehrerhochschule, seine Umhabilitation an die Tübinger Universität und die Versetzung als Oberstudiendirektor ans Tübinger Uhland-Gymnasium. Politisch und ideologisch verfolgte er die Festigung eines ausgeprägten Nationalgefühls, sah nach deutsch-völkischer Lesart die Rasse als grundlegend für eine deutsche Philosophie, die er mit germanischer Mythologie anreicherte.

Auch **Albert Dietrich** muss zur Kategorie der „identifizierenden Selbstgleichschaltung“ gerechnet werden. Der Jungkonservative, die „Revolution von rechts“ befürwortende, einstige Freikorps- und „Kampfredner“, Freyer-Anhänger und Baeumler-Schützling, fand sich nach dem 30. Januar 1933 im nationalsozialistischen Staat rasch zurecht, wurde Mitglied in mehreren NS-Organisationen (darunter NSDAP, SA), Ortsgruppenschulungsleiter, stellvertretender Kreisschulungsleiter und betrieb eine umfangreiche Vortragstätigkeit im Dienste des Nationalsozialismus. Philosophisch kaum ausgewiesen, orientierte er sich an Baeumlers Pädagogik und setzte sie in der Hirschberger Lehrerhochschule um. Seine Habilitationsschrift wollte er als Handbuch der deutschen Lehrerbildung verstanden wissen.

## 2. Hegelscher Idealismus und der Mythos

„Warum“, fragt Hartmann, „konnten ausgerechnet so viele am deutschen Idealismus geschulte Philosophen zu erklärten Nationalsozialis-

ten werden?<sup>2545</sup> Ausdrücklich verboten haben die Nationalsozialisten keine philosophische Richtung, weder den Neu-Kantianismus noch die Phänomenologie. Auch eine verbindliche Vorgabe, was denn Philosophie von 1933 an sein soll, gab es nicht,<sup>2546</sup> nur eifrige Philosophen, die sich daran machten, eine „NS-Philosophie“ zu begründen<sup>2547</sup> – unabhängig von ihrem Alter.<sup>2548</sup> Dennoch richteten sich die Entlassungen aus politischen oder rassischen Gründen gegen Logische Empiristen, Neu-Kantianer, Phänomenologen und Marxisten. Weshalb etwa überzeugte Neu-Kantianer über die zwölf Jahre hindurch NS-abstinent bleiben konnten, mag allgemein mit Kants Philosophie und insbesondere mit dessen Kategorischem Imperativ erklärt werden können, obwohl doch ein „gesunder Menschenverstand“ auch ausgereicht haben

---

<sup>2545</sup> Hartmann 1994, 65.

<sup>2546</sup> Versuche wurden immer wieder abgelehnt. Als selbst Rosenberg 1939/40 von Hitler ein generelles Weisungsrecht für die wissenschaftliche Forschung und Lehre erhalten wollte, wies Hitler dieses Anliegen zurück. Siehe Grüttner 2003, 19. Reichserziehungsminister Bernhard Rust wendete die gescheiterten Versuche ins Positive: „Der Nationalsozialismus ist so felsenfest von der Richtigkeit seiner elementaren Entdeckungen für alle Gebiete des geistigen Lebens überzeugt, dass er es nicht nötig hat, die Wissenschaft zu reglementieren. Wir denken nicht daran, der Wissenschaft ihre Resultate vorzuschreiben, weil dies das Ende der Wissenschaft bedeuten würde.“ Reichsminister Bernhard Rust, zitiert nach Klemmt 1938, 10.

<sup>2547</sup> Das nutzten freilich die Nationalsozialisten. Wer sich schon aus eigenen Stücken daran machte, die NS-Politik philosophisch zu untermauern und zu legitimieren, sollte, wenn schon nicht davon profitieren, wenigstens aber keinen Nachteil dadurch haben. Philosophie schafften die Nationalsozialisten als Fach nicht ab, zumal die Deutschen weltweit anerkannt waren. Zudem waren mit Rosenberg und Baeumler auch Philosophen in hohen Funktionen der NS-Hierarchie, der immer mal wieder neue Mitkämpfer zugeführt wurden, etwa Faust. Gleichwohl hatte Kriek gedroht, die Universitätsphilosophie durch eine nationalsozialistische Weltanschauungslehre zu ersetzen (Sieg 2013, 209), und auch das Zutrauen der NS-Oberen zur deutschen Philosophie im Nationalsozialismus war nicht besonders stark. So war man im Wirtschaftsministerium 1936 vom Niveau der Philosophie wenig angetan: „Meines Erachtens sind Versuche, der Kantgesellschaft wieder einen internationalen Auftrieb zu geben, verfehlt. Die deutschen, noch völlig unausgegorenen philosophischen Meinungen sind der Weltöffentlichkeit gegenüber noch nicht vorzeigbar. Bei einer internationalen Diskussion würden wir sehr schlecht abschneiden. Die Philosophie soll meines Erachtens einstweilen auf den Universitäten bleiben und die Öffentlichkeit vermeiden. Das gilt in erster Linie auch für die Kantgesellschaft, deren philosophisches System teilweise mit Kant überhaupt nichts zu tun hat, sondern einen Mischmasch von positivistischen, empirischen, neukantianischen, idealistischen und materialistischen Vorstellungen darstellt. Mit dieser Gesellschaft kann man keine Kulturpolitik treiben. Insbesondere ist sie als Gegenaktion gegen die von Liebert in Belgrad mit 22 Auslandsortgruppen ins Leben gerufene Gesellschaft „Philosophia“ nicht schlagkräftig genug. Ich möchte also der Kantgesellschaft raten, ihren Ehrgeiz, in der internationalen Wissenschaft eine Rolle zu spielen, einstweilen zu begraben und sich auf ernste wissenschaftliche Arbeit im Inland zu beschränken [...]“. Schreiben von Burmeister an Hinz vom 9. Juli 36, in: BAP 4901 REM 2608 Bl. 137, zitiert nach Leaman/Simon 1993, 7.

<sup>2548</sup> Darauf weist Sieg hin. Ihm geht die Interpretation des „Nationalsozialismus als ‚Generationenprojekt‘ in der Wissenschaftsgeschichte deutlich zu weit“. In der Philosophie seien eher die älteren Jahrgänge als die Angehörigen der Kriegsjugendgeneration nach vorn gestoßen. Vgl. Sieg 2013, 16. Der zahlenmäßig kleine Ausschnitt der Tübinger Philosophen stützt Sieg in diesem Punkt: Das NS-Engagement am Seminar war generationenübergreifend.



müsste.<sup>2549</sup> Mit Kant soll Julius Ebbinghaus<sup>2550</sup> nach dem Zweiten Weltkrieg geantwortet haben, als sein einstiger Schüler Hans Jonas ihn gefragt hatte, weshalb er sich von den Nationalsozialisten nie habe vereinnahmen lassen: „Aber wissen Sie, Jonas, ohne Kant hätte ich es nie gekonnt.“<sup>2551</sup> Und der wegen seiner Mitgliedschaft in der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ 1943 zum Tode verurteilte Kurt Huber führte in seinem Schlusswort vor dem Volksgerichtshof aus, er habe sich „im Sinne von Kants Kategorischem Imperativ gefragt, was geschähe, wenn die subjektive Maxime meines Handelns allgemeines Gesetz würde.“

Wolters findet eine allgemeine Formel, mit der eine NS-Abstinenz begründet werden kann: „Je geringer das Streben nach Intersubjektivität und Objektivität, desto leichter ist die Ausbeutung einer Philosophie in einem totalitären Sinne.“<sup>2552</sup> Karl Groos kann als Beleg dafür dienen: Er entfaltete seine Philosophie auch in der NS-Zeit vor den Lesern, argumentierte, ließ Gegenargumente zu, verstand seine Lösung als Angebot, pochte nicht auf die alleinige Gültigkeit. Die Philosophie von Groos war auf Intersubjektivität angelegt. Allerdings muss hier Wolters korrigiert werden: Nicht die Philosophen – in dieser Studie: die Tübinger Philosophen, insbesondere Haering und Wundt – haben sich oder ihre Philosophie „ausbeuten“ lassen, sie haben vielmehr selbst gehandelt und ihre anfangs idealistische Philosophie in eine irrationalistische Weltanschauung transformiert.

Grundlage war bei Haering und Wundt ein – wenn auch noch mehr (Haering) oder weniger (Wundt) diffuser – Autoritarismus, der sich im Laufe der Weimarer Republik auch durch die Beschäftigung mit Hegels Staatstheorie zu einem Totalitarismus gewandelt hat. In Hegels Staatskonzeption<sup>2553</sup> hat das politische Subjekt keinen Platz, das Volk

---

<sup>2549</sup> Kant hat noch weiteres Rüstzeug gegen die NS-Ideologie bereitgestellt. So etwa seine Definition der Aufklärung, in der er die Menschen auffordert, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen, um den Zustand der Unmündigkeit verlassen zu können. Damit werden negative und positive Freiheit und ein demokratisches System begründet. Aber auch Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ hätte ein Gegenpol zu den außenpolitischen Expansionsbestrebungen der Nationalsozialisten und der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges sein können.

<sup>2550</sup> Ebbinghaus ist ein Beispiel dafür, dass aus einem einstigen Neu-Hegelianer, einem überzeugten Gegner des Versailler Vertrages und DNVP-Mitglieds in der Weimarer Republik, kein NS-Unterstützer werden musste.

<sup>2551</sup> Wolters 2001, zitiert nach Moser 2001, 94.

<sup>2552</sup> Wolters 2001, zitiert nach Moser 2001, 94.

<sup>2553</sup> Auch gegenwärtig verteidigen Philosophen Hegel. Vittorio Hösle sieht in seinem 2013 erschienenen Buch den deutschen Idealismus als die „intellektuell anspruchsvollste Philosophie“ an, die Deutschland hervorgebracht habe. Infolge der religiösen Motivation der drei Hauptfiguren (Fichte, Schelling, Hegel) sei eine „weltgeschichtlich neue Form philosophischer Religiosität“ entstanden. Hösle nennt es „abwegig“, dass etwa auch Karl Popper Hegels politisches Denken zur Vorgeschichte des Totalitarismus zählt. Hegel verteidige eine autonome bürgerliche Gesellschaft, doch Hösle muss zugeben, dass bei Hegel demokratietheoretische Elemente „nur rudimentär vorhanden“ sind, „etwa in der Forderung nach Geschworenengerichten.“ Vgl. Hösle

ist nur eine „formlose Masse“<sup>2554</sup>, allein der Staat als „Inkarnation des ‚Weltgeistes‘“<sup>2555</sup> ist in seinem Handeln frei, für ihn gibt es „keine moralische Verpflichtung“<sup>2556</sup>. An der Spitze des nach Ständen hierarchisch und „organisch“ gegliederten Staates steht der allmächtige Monarch, der nur noch Mittel und Werkzeug des „Weltgeistes“ ist, um den „Endzweck der Geschichte“<sup>2557</sup> zu erfüllen. Hegel bettet den Geschichtsverlauf somit in einen spekulativen und religiösen Kontext ein<sup>2558</sup>, in eine Art „Heilsgeschehen“<sup>2559</sup>, wobei in jeder Epoche nur ein Staat den „Weltgeist“ repräsentiert und „das Recht hat, über alle anderen zu herrschen.“<sup>2560</sup> Ein – wie auch von Haering und Wundt – so aufgefasster historischer Prozess benötigt keine Begründungen, er stärkt die Auffassung, sich über abweichende politische Meinungen hinwegsetzen und deren Vertretern die politischen Rechte, ihre Freiheit und auch das Leben entziehen zu dürfen.<sup>2561</sup> Hegels Staatstheorie wurde bei Haering und Wundt (bei Wundt auch Fichtes „Reden an die deutsche Nation“) zum theoretischen Unterbau ihrer totalitären Staatskonzeption.<sup>2562</sup>

Doch es kam noch ein Weiteres hinzu. In der Weimarer Republik mit ihrer „wilden Orientierungsnot“ (Gadamer), ihrem religiösen und ideellen Vakuum, ihren unsteten politischen Verhältnissen, den ökonomischen und sozialen Krisen gediehen die Heilsversprechen, es „war der natürliche Boden, in welchem die politischen Mythen wachsen konnten und in welchem sie reichlich Nahrung fanden.“<sup>2563</sup> Wenn die eins-

---

2013, 147f. Den Totalitarismus begünstigt habe laut Höhle hingegen Karl Marx. Vgl. Höhle 2013, 166. Weder Haering noch Wundt oder Faust aber waren Marxisten. Neben den hier angeführten Cassirer, Lübke und Topitsch sieht auch Kiesewetter den Hegelianismus als einen unter vielen Ursachen, die den Nationalsozialismus befördert haben. Vgl. Kiesewetter 1974, 1995.

<sup>2554</sup> Topitsch 1981, 46.

<sup>2555</sup> Cassirer 2002, 342.

<sup>2556</sup> Cassirer 2002, 344.

<sup>2557</sup> Lübke 1970, 126.

<sup>2558</sup> Lübke 1970, 129.

<sup>2559</sup> Topitsch 1981, 56. Topitsch weist auch darauf hin, dass der dialektische Rhythmus Hegels axiologisch und theoretisch „frei manipulierbar“ ist. Jeder Sachverhalt, der negativ bewertet wird, kann als Phase der Entzweiung und Entfremdung gesetzt werden, der positiv bewertete hingegen als Phase der Wiedervereinigung. Nicht die dialektische Methode entscheidet dann, sondern die vorab vorgenommene Wertung. So können weder die Lehre von den „Wesensbegriffen“ oder „objektiven Zwecken“ noch die Dialektik politisch-moralische Werte begründen, sie setze sie vielmehr schon voraus. Ein so gefundener „werthafter Telos“ erweist sich unter erkenntnis- und wertmäßigen Gesichtspunkten „als leer und gegenstandslos“. Diese dialektisch-teleologische Denkform zeigt Topitsch zufolge eine „ausgeprägte Affinität zu antiliberaler und antidemokratischer Politik, zu autoritären und totalitären Positionen.“ Vgl. Topitsch 1981, 64ff.

<sup>2560</sup> Cassirer 2002, 356.

<sup>2561</sup> Topitsch 1981, 68.

<sup>2562</sup> Auch Topitsch zieht das Fazit, dass der Hegelianismus dem Nationalsozialismus „nicht unwesentlich Vorschub geleistet“ hat, indem er die Brücke zwischen der traditionellen autoritären Machtstaatslehre und dem totalitären Machtstaat schlug. Topitsch 1981, 97.

<sup>2563</sup> Vgl. im Folgenden Cassirer 2002, 361ff.

tigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte ihre Vitalität und ihr Vermögen zum Zusammenhalt einer Gesellschaft verlieren, nimmt der Mensch in solchen Extremsituationen Zuflucht zu Mythos und Magie, weil ihn die gegenwärtigen Aufgaben rational überfordern – diese Feststellung trifft laut Cassirer ebenso auf „primitive“ wie auf „fortgeschrittene“ Gesellschaften zu. Im 20. Jahrhundert mit seinen neuen technischen Möglichkeiten wurde aber auch eine neue Technik des Mythos entwickelt. Die „Götter“ und „Dämonen“ in den „primitiven“ Gesellschaften wurden in den „modernen“ Gesellschaften durch „Führerschaft“ oder „Diktatorschaft“ ersetzt – hier wie dort sind es Personifikationen, auf die kollektive Wünsche übertragen werden. Hinzu kam der menschliche Hang zur Heldenverehrung, einem „Führer“ traue man dann alles zu, er wurde „Priester einer neuen, vollständig irrationalen und mysteriösen Religion.“<sup>2564</sup> Die Umformung der Sprache, ihr Funktionswechsel war dabei ein wichtiges Element: Sprache benennt nicht Dinge, sie bringt Wirkungen (Emotionen, Affekte) hervor, Magie gewann die Oberhand über die Semantik. Neugeschaffene Worte und der Bedeutungswandel alter Worte fügten sich in den Funktionswandel nahtlos ein. Zum Funktionswandel der Sprache trat die Auflösung der privaten und öffentlichen Sphäre mit der Einführung neuer Riten, die Ausrichtung der Gesellschaft hin auf Uniformität. „Gemeinschaft“ wurde zum Subjekt, die Einzelnen hören auf, „freie und persönlich handelnde Menschen zu sein“, sie wurden Teil des Ganzen, indem sie dieselben Riten vollzogen, auf die gleiche Weise fühlten, dachten und sprachen.<sup>2565</sup> Hier wurde aber der ethische Freiheitsbegriff Kants aufs Höchste tangiert. Danach gibt sich das moralische Subjekt als freies Wesen das Gesetz selbst, das Subjekt ist autonom, nicht als Tatsache, sondern als Forderung, als Aufgabe. Der natürliche Instinkt des Menschen entscheidet sich in Krisen jedoch eher für die Abhängigkeit, da sie bequemer ist. Freiheit wurde somit im politischen Leben mehr Last als Vorrecht, was dem totalitären Staat nützte. Er unterdrückte Freiheit, befreite den Menschen aber gleichzeitig von seiner persönlichen Verantwortung.<sup>2566</sup> Subtiler als in „primitiven“ Gesellschaften wurde vom Nationalsozialismus auch die „Weissagung“ inszeniert. Der „homo divinus“ wurde ein „öffentlicher Wahrsager“, ein Prophet („Tausendjähriges Reich“), der seinen einflussreichen Vorläufer in Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“<sup>2567</sup> hatte. Diese Geschichtsphilosophie mit ihrer düsteren Prophezeiung der unvermeidlichen Zerstörung der Zivilisation verband sich Cassirer zufolge mit Heideggers „Geworfenheit des Menschen“: Somit werden „alle Hoffnungen auf

---

<sup>2564</sup> Cassirer 2002, 367.

<sup>2565</sup> Cassirer 2002, 373.

<sup>2566</sup> Vgl. Cassirer 2002, 376.

<sup>2567</sup> Dass Mythen auch gegenwärtig noch erfolgreich sind, beweist Thilo Sarrazin mit seinem 2010 erschienenen Buch „Deutschland schafft sich ab“.

einen aktiven Anteil am Aufbau und Wiederaufbau des Kulturlebens des Menschen aufgegeben“.<sup>2568</sup> Fatalismus ist die Folge, einen Ausweg bieten die Mythen.

Cassirers Analyse des Mythos beschreibt Haerings und Wundts Verhalten und ihre Entwicklung hin zu einer „idealistisch-mythologischen Weltanschauung“ angemessen. Mit unterschiedlich mythischer Färbung belegten sie den nationalsozialistischen Herrschaftsapparat, der „Führer“ ist „gottgesandt“, ein „Vertreter der Totalität“ (Haering) oder ein „Erwecker“ (Wundt). Das eigene Fach Philosophie wurde zur „Mission“, „Geist von unserem Geist und Blut von unserem Blut“ (Wundt), der Philosoph ein „Führer des Volkes“, wenn er zur „Schau der Ideen“ fähig ist (Wundt). Das Volk wurde zur „Schicksalsgemeinschaft“ (Wundt) oder eine „lebendige Volksgemeinschaft“ (Haering), und Haering ließ in seinem Vortrag zum Heldentum im Krieg den Helden Riesen und Drachen erschlagen und eine Königstochter erringen, wie er der Hitlerjugend erzählte. Den „Führer“ hatte er in einem Gedicht zu einem Halbgott erhoben. Die Sakralisierung und Mythisierung von Personen des öffentlichen und privaten Lebens<sup>2569</sup> wurde bewusst von den Nationalsozialisten inszeniert, Haering und Wundt haben auch daran mitgewirkt. Sie raubten dem Einzelnen seine Besonderheit, fassten das vermeintlich Gemeinsame des „deutschen“ Menschen in einer mythischen „Volksseele“ oder im „Volksgeist“ zusammen, der einen spirituellen, aber biologistisch begründeten Charakter erhielt (Karl Groos hatte die „Volksseele“ aus metaphysischen Gründen abgelehnt).

Die „lebendige Volksgemeinschaft“ war ein Mythos, ein Mythos der „deutsche Geist“, ein Mythos das „Heldentum“, die „Ehre“, „Rasse“ sowie „Blut und Boden“. Aber die Mythen erreichten bei Haering und Wundt die Qualität realer Sinngehalte. Ihre persönliche „Sinnsuche“, die Suche nach einer intellektuellen Heimat während der Weimarer Republik, haben sie im Nationalsozialismus abgeschlossen. Sie fanden ihr Heil in einer mythischen Verklärung von Gegenwart und Zukunft. Sie, die den Herausforderungen alles Neuen in der städtischen Entwicklung, der Industrie, den Naturwissenschaften, der Kunst und der Kultur keine Aufgeschlossenheit entgegenbrachten, zogen sich in eine

---

<sup>2568</sup> Cassirer 2002, 384.

<sup>2569</sup> Dass die Nationalsozialisten dem Personenkult um Hitler, den öffentlichen Aufmärschen und ihren Reden einen religiös-mythischen Akzent gaben, ist unstrittig. Diskutiert wird, ob sie selbst daran geglaubt haben. Vgl. Hockerts 2003, 45ff. Alfred Klemmt (1895 – 1979), Studien- und Abteilungsleiter an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, war davon in seiner Grundlegung der Wissenschaft und Philosophie im „Dritten Reich“ überzeugt: „Der Nationalsozialismus ist kraft seines Wesens notwendig religiös, er ist die Lehre auch eines neuen Glaubens.“ Klemmt 1938, 35. Auch für Haering bestand gar kein Zweifel, dass „die Bewegung“ im tiefsten Grunde eine religiöse und Glaubensbewegung ist – somit „notwendig“ transzendent sein muss (Haering 1935e, 22).

vermeintlich „heile“ Vergangenheit der Griechen und Germanen mit angeblich klaren und überschaubaren „organischen“ Strukturen zurück, konstruierten ein „deutsches Denken“, das bis in ihre Gegenwart hineinreichte, zogen eine angeblich „deutsche Denkerlinie“, verorteten sich selbst in dieser imaginären Tradition<sup>2570</sup>, schufen sich eine Identität und beantworteten für sich die „Sinnfrage“.<sup>2571</sup> So begriffen sie sich nach einem diagnostizierten „Verfall“ in der Weimarer Republik als Teil einer scheinbaren „guten Tradition“ des „deutschen Geistes“, nannten ihre idealistisch-mythologische Weltanschauung aber Idealismus oder „Deutsche Philosophie“, die sie in ihrer Hybris auf Europa übertragen wollten – eine „phantasmagorische Anmaßung deutschen Geistes“.<sup>2572</sup> Die beiden Neu-Idealisten Haering und Wundt wollten ihren Idealismus, die Einheit von Gott und Welt, von Glauben und Denken, retten und sahen den Idealismus als die Philosophie schlechthin an, die andere philosophische Ansätze einschlieÙe. Dabei vermengte sich ihr freischwebender, sich keiner Begründung zugänglich erweisender, religiös verstandener und subjektiver Idealismus mit lebens- und existenzphilosophischen Philosophemen und mündete schließlich in eine idealistisch-mythologische Weltanschauung, der sie mit einer rassetheoretischen Fundierung auch eine scheinbar naturwissenschaftliche Grundlage gaben. Sie und ihre idealistisch-mythologische Weltanschauung brachten sie zur Einheit, wobei sie sich selbst in dieser konstruierten Einheit als „aufgehoben“ betrachteten. Ihr anti-rationalistischer Reflex ließ sie gegen den Logos mobil machen, was sie als „Geist“ an dessen Stelle setzten, entlarvte sich als biologisch determinierte Gehirnaktivität. Indem sie gegen das rationale Denken und die Vernunft polemisierten, rationales Denken und Vernunft außer Kraft setzten, zerstörten sie beides.

Dem universalistischen Anspruch in der Philosophie setzten Haering und Wundt ihre völkische Sicht entgegen<sup>2573</sup>, den Freiheitsbegriff entstellten sie bis zur Unkenntlichkeit. Die negative Freiheit, die „Freiheit von“, kam erst gar nicht in den Konstrukten Haerings und Wundts vor,

---

<sup>2570</sup> „Ich glaube, [...], ein Kampfgenosse und Nachfahre besonders unserer großen deutschen und vor allem auch unserer schwäbischen Denker zu sein.“ Theodor Haering nach dem Zweiten Weltkrieg laut August Lämmle, der über den Philosophen zu dessen 70. Geburtstag am 22. April 1954 einen Radiobeitrag erstellt hat. Siehe Manuskript in: UBT Md 1013/3, 2.

<sup>2571</sup> Seit Lotze war Idealismus wesentlich „Sinngewandungs-Idealismus“, die „Sinnfrage“ wurde zu einem metaphysischen Problem. Vgl. Schnädelbach 1983, 209; 216.

<sup>2572</sup> Hartmann 1994, 61.

<sup>2573</sup> Schon der Idealist und von Haering und Wundt in die „deutsche Denkerlinie“ gestellte Schelling erkannte, dass eine nur auf die Nation beschränkte Philosophie keinen Anspruch auf Wahrheit erheben kann: „Die wahrhaft allgemeine Philosophie kann unmöglich das Eigentum einer einzelnen Nation sein, und solange irgendeine Philosophie nicht über die Grenzen eines einzelnen Volkes hinausgeht, darf man mit Zuversicht annehmen, dass sie noch nicht die wahre sei.“ Friedrich Wilhelm Josef Schelling, zitiert nach Höhle 2013, 8.

„Freiheit von staatlichen und gesellschaftlichen Zwängen“ schlossen sie kategorisch aus. Die positive „Freiheit zu“ ließen sie lediglich stark eingeschränkt gelten, als „Freiheit, sich unterzuordnen“ und dem politischen Unrechts-System zu dienen, nicht aber, als „Freiheit, die eigene Vernunft zu gebrauchen“ und sein Leben autonom zu führen. Somit vernichteten sie das neuzeitliche Individuum, nahmen ihm den eigenen Gebrauch der Vernunft, katapultierten es in die Zeiten der Vor-Aufklärung, degradierten es zur Unmündigkeit.

Aber die Transformation des Neu-Idealismus zur NS-Weltanschauungstheorie hat noch andere Ursachen, wie Hartmann herausgearbeitet hat.<sup>2574</sup> Zunächst wurde die deutsche Philosophie aus ihrem sozialkritischen Kontext durch den Rückgriff auf das „ewig Geistige“ gelöst. Vereint mit antiliberalen und antidemokratischen Einstellungen bildete diese neue Art des Philosophierens das Merkmal einer traditionellen Elite, die mit den sozialpolitischen Veränderungen auch die eigene Person als gefährdet empfand. Zusätzlich hat die „Machtsehn-sucht deutscher Mandarine“ deren Anfälligkeit für eine antiintellektuell ausgerichtete, pathologische Transformation der Philosophie bewirkt und den Glauben an eine politische Konstellation bestärkt, von der sie sich eine Korrektur der eigenen, von Abwertung und Marginalisierung bedrohten Position versprachen.<sup>2575</sup> In einem zweiten Schritt sahen sie sich „gezwungen“, das deutsche als das wesentliche und art-eigene Denken in einer Stammesgeschichte der Arier zu gründen. So ließ sich das Interpretationsmonopol auf einen „deutschen“ Kant gegen den „jüdischen“ Neukantianismus durchsetzen.<sup>2576</sup> Drittens resultierte die Anfälligkeit der Philosophen für substanzielle Umdeutungen aus der Losgelöstheit der traditionellen Theoriebildung von der Gesellschaft und der Geschichte.<sup>2577</sup> So wurde die Philosophie „vollends zur

---

<sup>2574</sup> Im Folgenden Hartmann 1994, 65ff.

<sup>2575</sup> Ähnlich argumentieren auch Heinz 2006, 7 und Knobloch 2006, 11 – 22. Dem traditionellen Überlegenheitsgefühl der Philosophen gegenüber den Einzelwissenschaften stellte sich durch die Krisen ein Unsicherheitsgefühl entgegen, das Fach Philosophie verlor an Prägekraft und Identität. Um wieder Halt in einer philosophisch stabilen Lage zu finden, wandten sich die Philosophen der Antike und den deutschen Mystikern zu, in ihrem genaueaufklärerischen Exklusivitätsbewusstsein schlossen sie sich den totalisierenden Deutungen der Gegenwart an und begünstigten die ideologische Formierung des NS-Ungeistes. Stärker betont Bialas das Motiv der Kollaboration: Die Philosophen hofften, „aus der akademischen Nische und der unverbindlichen Beliebigkeit intellektueller Tätigkeit in die Pflicht der Verantwortung für das nationale Ganze genommen zu werden.“ So sahen sie den Nationalsozialismus „als Chance für die Philosophie, den Anschluss an die strategischen Schnittstellen der Zeit herzustellen, an denen die Zukunft der Moderne entschieden wurde.“ Bialas 2000, 34.

<sup>2576</sup> Die völkische Weltanschauung widerspreche jedoch der Kantischen Forderung nach einer universalistischen Moral wie auch die Berufung auf die Idee einer transzendental begründeten Vernunft, stellten die Philosophen doch ein „arteigenes Gefühl“ heraus. Vgl. Hartmann 1994, 66.

<sup>2577</sup> Den Wunsch nach einem „substanziellen Philosophieren“ sieht Hartmann „vorbildlich“ in Heideggers Daseinsanalytik ausgedrückt, die einen Ausblick philosophi-

deutschen Philosophie“, so Hartmann, als sie gegen eine „abstrakte“, „formalistische“ und „logizistische Begriffsspalterei“ zu Felde zog und eine „lebensdienende Wissenschaft“ einforderte. Schließlich wollten die Philosophen an einer geplanten allgemeinen Entfaltung der Wissenschaften im Nationalsozialismus teilhaben. Das bedeutete, sich vom „Ballast“ der überkommenen Tradition zu befreien.

Hartmann ist in seiner Analyse uneingeschränkt zuzustimmen, er konstatiert „das objektive Versagen wissenschaftlicher Rationalität“<sup>2578</sup>. Dazu aber noch einige Anmerkungen. Die von Hartmann in Bezug auch auf Heidegger erkannte Nähe der deutschen idealistischen Philosophie zum Nationalsozialismus<sup>2579</sup> ist auch bei Haering und Wundt festgestellt worden. Aber: War das noch ein (Neu-)Idealismus, den die beiden Ordinarien vertraten? Der klassische Idealismus brachte stets die autonome Vernunft in Anschlag, er war „wesentlich rationalistisch“ und stellte die menschliche Praxis unter die Idee des begreifenden Wissens, urteilt Marcuse.<sup>2580</sup> Auch der Idealismus benötigt zum Satz des Widerspruchs das Prinzip des zureichenden Grundes, wie Leibniz formulierte. Denn der Grund ist es, „der das von ihm Begründete eo ipso auch als ein Vernunftgemäßes“<sup>2581</sup> setzt. Das autonome Individuum ist jedoch sowohl eine politisch-gesellschaftliche Forderung, als auch Voraussetzung neutraler und objektiver Wissenschaft. Eine Verweigerung des autonomen Status für das Subjekt trifft nicht nur die „Geführten“ in Haerings und Wundts Theorie, es trifft auch die beiden Philosophen selbst. In einer „Führer-Gefolgschaftskonzeption“ ist allein der „Führer“ autonom (wenn auch in Haerings Sinne nicht verantwortlich), beide Philosophen aber waren keine „Führer“. Sie haben sich somit selbst ihre Autonomie entzogen.

Die in der Weimarer Republik vom Kulturpessimismus, vom intellektuellen und religiösen Vakuum sowie von (philosophischer) Orientierungslosigkeit befallenen Philosophen richteten ihren philosophischen Kampf gegen Rationalismus, Empirismus, Positivismus und Materialismus, ihre politische Agitation gegen Demokratie, Parlamentarismus, Liberalismus und Individualismus. Ihr Kampf aber war wesentlich ein emotionaler, eine mehr oder weniger ausgearbeitete Theorie mit intersubjektiv nachvollziehbaren Begründungen hatten sie nicht. So nahmen im NS-System Schlagworte („Blut und Boden“, „Rasse“, „Volk ohne Raum“, „Deutsche Philosophie“), Leerformeln („Treue“, „Ehre“, „Geist“, „Idee“, „Volksgemeinschaft“, „lebendiges Gemeinwesen“, „das letzte ethische Ideal“) und Behauptungen („deutscher Geist

---

scher Art aus der allgemein diagnostizierten Krise der Vernunft und der Ohnmacht des Willens in der Weimarer Republik geben will. Vgl. Hartmann 67.

<sup>2578</sup> Hartmann 1994, 47.

<sup>2579</sup> Hartmann 1994, 16.

<sup>2580</sup> Marcuse 1934, 181f.

<sup>2581</sup> Marcuse 1934, 170.

denkt dialektisch“, „die Philosophie ist der besondere Ausdruck eines Volkes“, „die absolut einseitige spezifisch jüdische Geisteshaltung“, „die ungeheure Überfremdung“) den Platz der auf Intersubjektivität gestellten Vernunft ein. Im Verbund mit einem auf die Mystifizierung der „Ganzheit“ ausgerichteten Denken, einer christlich motivierten Heilserwartung (Haering), einer mystisch-spirituellen Weltanschauung (Wundt) und dem Rückgriff auf angeblich germanische Werte entwickelten Haering und Wundt aus ihrer deutschnationalen Einstellung und ihrer völkischen Ideologie eine „idealistisch-mythologische Weltanschauung“<sup>2582</sup>, die auch einem wissenschaftlich verstandenen Idealismus widerspricht.

## VII. Säuberung des Seminars und Entnazifizierung

In diesem letzten Kapitel soll keine erschöpfende Darstellung und Würdigung der Säuberung des Philosophischen Seminars und der Entnazifizierung der Philosophiedozenten sowie der Neubesetzung der Professuren gegeben werden. Dazu wäre eine selbstständige Untersuchung notwendig. Hier werden nur Hinweise und mögliche Ansätze aufgezeigt.

Von den 160 Mitgliedern des Lehrkörpers (ohne Lehrbeauftragte) der Universität Tübingen waren nur 31 nicht Mitglied in der NSDAP<sup>2583</sup>, dennoch war die Zahl derjenigen Hochschullehrer gering, die nicht über die Entnazifizierungshürde kamen, resümiert Adam. Nach und nach wurden die entlassenen Dozenten wieder eingestellt, und nach dem „131er-Gesetz“ von 1951 verringerte sich die Zahl der entlassenen Lehrkräfte abermals, „spätestens 1954 waren die auf Zeit oder länger vom Dienst suspendierten Universitätslehrer wieder in die Hochschule eingezogen.“<sup>2584</sup> So wird das Scheitern der Entnazifizierung allenthalben angenommen. Verantwortung für ihr Verhalten im „Dritten Reich“ haben nur zwei Tübinger Dozenten übernommen – der frühere Rektor Otto Stickl und Felix Haffner, Direktor des Pharmakologischen Instituts. Haffner vertrat den Standpunkt, „dass man die Suppe, die

---

<sup>2582</sup> Je weiter man sich chronologisch in den Nationalsozialismus hineinliest, desto dürftiger nimmt sich das aus, was als Produkt der Philosophie bezeichnet werden kann, ist Hartmann überzeugt (vgl. Hartmann 1994, 67). Was aber den Anspruch erhob, Philosophie zu sein, war wesentlich antitheoretisch und antirationalistisch. Nur so konnten die Werke im Nationalsozialismus einige politische Bedeutung gewinnen (vgl. Hartmann 1994, 69). Daher wird hier für das Denken Haerings und Wundts der Begriff „idealistisch-mythologische Weltanschauung“ gebraucht.

<sup>2583</sup> Adam 1977a, 153.

<sup>2584</sup> Adam 1977a, 153f.



man sich eingebrockt hat oder hat einbrocken lassen, schließlich auslöffeln muss.“<sup>2585</sup>

Nach Stefan Zauner wurden in der ersten Suspendierungswelle 35 Hochschullehrer entlassen<sup>2586</sup>, darunter 18 ordentliche und außerordentliche Professoren, 14 außerplanmäßige Professoren und Dozenten sowie drei Lehrbeauftragte. Unter den 32 suspendierten Professoren und Dozenten waren zwei Professoren aus der Evangelisch-theologischen Fakultät, vier Professoren und ein Dozent aus der Naturwissenschaftlichen Fakultät, vier ordentliche und außerordentliche sowie sieben außerplanmäßige Professoren und Dozenten aus der Medizinischen und acht ordentliche und außerordentliche Professoren sowie sechs außerplanmäßige Professoren und Dozenten aus der Philosophischen Fakultät. Niemand aus der Katholisch-theologischen und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wurde suspendiert.<sup>2587</sup>

Am 7. Mai 1945 legten Rektor Stickl und die Dekane ihre Ämter nieder. Neuer Rektor wurde der Gemanist Hermann Schneider. Die Universität kehrte zu ihrer Verfassung von 1912 zurück, ließ neue Dekane wählen, so dass der Kleine Senat am 11. Mai 1945 nach zehn Jahren erstmals wieder zusammentrat, der 1935 abgeschaffte Große Senat tagte am 19. Mai.<sup>2588</sup> Ein erster universitärer „Selbstreinigungsausschuss“ begann etwa Mitte Mai seine Arbeit.<sup>2589</sup> Von den gefährdeten Dozenten fertigten Ausschussmitglieder oder externe Fachleute ihre Gutachten, die auf dem Studium der veröffentlichten Aufsätze, Vorträge oder Monographien beruhten. Dazu gaben die Gutachter fachliche, persönliche und politische Urteile ab. Die betroffenen Kollegen stuften sie schließlich in eine von fünf Kategorien ein, wobei auch Zwischengruppen gebildet wurden. Während die Kategorie I aus überzeugten, aktiven und militanten NSDAP-Parteigängern bestand, kamen in die Kategorie II „geistige Wegbereiter“ der nationalsozialistischen Ideologie sowie „überzeugte Nationalsozialisten in hervorgehobener Funkti-

---

<sup>2585</sup> Schreiben Felix Haffners an den Rektor vom 12. September 1945, zitiert nach Adam 1977a, 202.

<sup>2586</sup> Die Professoren Wilhelm Gieseler, Jakob Wilhelm Hauer, Gerhard Kittel, Gerhard Pfahler und Robert Wetzel wurden interniert: Adam 1977a, 153.

<sup>2587</sup> Vgl. Zauner 2010, 947f. Nach der zweiten Suspendierungswelle im September 1945 wurden nochmals 75 Hochschullehrer, unter ihnen 30 ordentliche und außerordentliche Professoren, „acht Lehrbeauftragte und ein lehrermächtiger Oberarzt“ entlassen. Sämtliche 110 Parteigenossen waren somit suspendiert. Im Laufe der nächsten Wochen reduzierte sich die Zahl der Suspendierten jedoch wieder. Vgl. Zauner 2010, 950f. Im Wintersemester 1945/46 betrug die Entlassungs- und Suspendierungsquote bei den Professoren und Dozenten nahezu 32 Prozent. Im Verhältnis zur Suspendierungsquote vom September 1945 hatte sie sich fast halbiert. Vgl. Zauner 2010, 954.

<sup>2588</sup> Zauner 2010, 941.

<sup>2589</sup> Siehe im Folgenden Zauner 2010, 943ff.

on, die aber als ‚anständig‘ galten, weil sie den Interessen der Universität nicht geschadet und sich von ‚Auswüchsen‘ des Regimes in gewissem Umfang distanziert hätten.<sup>2590</sup> In die Kategorie III schließlich fielen jene, die aus „idealistischer Überzeugung“ in die NSDAP eingetreten sind, sich jedoch nicht aktiv an der Durchsetzung der NS-Ideologie beteiligt haben.<sup>2591</sup>

Bis zum Herbst 1945 wurden die vier Philosophen Theodor Haering, Wilhelm Grebe, Erich Keller und Albert Dietrich entlassen, Max Wundt hatte von den fünf Tübinger Philosophen als einziger kein Parteibuch, er wurde emeritiert. An das Dozentenpult des Philosophischen Seminars kehrte nach dem Zweiten Weltkrieg nur der von den Nationalsozialisten entlassene Traugott Konstantin Oesterreich zurück.<sup>2592</sup> Für den entlassenen Theodor Haering kam Gerhard Krüger<sup>2593</sup>, für den emeritierten Max Wundt Eduard Spranger<sup>2594</sup>, zwei dem Nationalsozialismus unterschiedlich fern stehende Philosophen, die zumindest formell kaum belastet waren, weder Krüger<sup>2595</sup> noch Spranger<sup>2596</sup> war

---

<sup>2590</sup> Zauner 2010, 944f.

<sup>2591</sup> Zauner 2010, 945.

<sup>2592</sup> Siehe zur Entnazifizierung der Tübinger Philosophen auch: Hantke 2010, 424ff. Zur Nachkriegszeit in Tübingen und zur Entnazifizierung an der Tübinger Universität siehe: Adam 1977a; Schmid/Schäfer 1985; Werner 1986; Wischnath 1998; Paetschek 2002; zur Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern: Henke 1981.

<sup>2593</sup> Der 1902 geborene Gerhard Krüger war Privatdozent in Marburg, erhielt im August 1933 einen Lehrauftrag für Philosophie und Theologie in Frankfurt/Main und übernahm dort im Sommersemester 1934 eine Lehrstuhlvertretung. Weitere Lehrstuhlvertretungen folgten in Marburg und in Göttingen, bevor er 1938 zunächst nichtbeamteter außerordentlicher Professor und 1940 außerplanmäßiger Professor in Marburg wurde. Nach einer Vertretung in Münster wurde er dort im November 1940 ordentlicher Professor. Krüger war Mitglied im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und im NS-Luftschutzbund. Er leistete von September 1939 bis Januar 1940 und nach einer Unterbrechung von 1940 bis 1944 Militärdienst. Vgl. Leaman 1993, 57.

<sup>2594</sup> Eduard Spranger wurde 1882 geboren. Der Ordinarius für Philosophie und Pädagogik und Direktor des Pädagogisch-Philosophischen Seminars in Berlin war Mitglied des Stahlhelm (1933 – 1935), der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA), außerdem war er Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, saß im Vorstand der Kant-Gesellschaft (1934 – 1937) und war Vorsitzender der Goethe-Gesellschaft. Wegen der nationalsozialistischen Studentenaktionen („Spionageerlass“, „Wider den undeutschen Geist“) und der ohne Rücksprache mit ihm erfolgten Einrichtung einer Professur für Alfred Baeumler reichte Spranger seinen Rücktritt im April 1933 ein, zog ihn jedoch im Juni desselben Jahres wieder zurück. Seinen Lehrstuhl behielt er, von September 1936 bis November 1937 ließ er sich beurlauben, um das Japanisch-Deutsche Kulturinstitut in Tokio zu leiten. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verhaftete ihn die Geheime Staatspolizei und inhaftierte ihn von September bis November 1944. Nach dem Zweiten Weltkrieg leitete er den Ausschuss für den Wiederaufbau der Berliner Universität. Vgl. Leaman 1993, 80; Tilitzki 2002, 606.

<sup>2595</sup> Im Dossier des Sicherheitsdienstes der SS wird Krüger als „fachlich umstritten“ bezeichnet. Er sei „kein schöpferischer Denker“, arbeite vor allem als Historiker der Philosophie. Politisch sei er nicht hervorgerufen, er sei kein „PG“ und habe eine „starke Bindung an Bk“ (damit ist wohl die Bekennende Kirche gemeint). Krüger kam in die zweite Gruppe, in denen die liberalen Professoren zusammengefasst waren. Siehe Dossier des Sicherheitsdienstes der SS betr. Philosophen an deutschen Universitäten, in: BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 59). Gerhard Krüger wurde in der

NSDAP-Mitglied.<sup>2597</sup> Mit diesen beiden Ordinarien sowie mit Traugott Konstantin Oesterreich, Wilhelm Weischedel und dem Religionsphilosophen Romano Guardini machte das Philosophische Seminar den Neuanfang. Zwei „Wermutstropfen“ fügte die Philosophische Fakultät dem Neuanfang allerdings hinzu: Sie berief den bereits am 30. August 1945 zum 1. Oktober desselben Jahres von seinen amtlichen Pflichten entbundenen Max Wundt<sup>2598</sup> als „beratendes Mitglied“ in eine Berufungskommission für den philosophisch-historischen Lehrstuhl<sup>2599</sup> (Nachfolge Max Wundt), außerdem setzte sie den NS-belasteten Martin Heidegger zwischenzeitlich auf Platz 1 der Berufsliste.

Max Wundt war Mitglied in der „Vereinigung nichtnationalsozialistischer Tübinger Professoren“, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg an der Universität bestand. Das mussten keine NS-Gegner sein, allein die Tatsache, dass ein Dozent nicht in der NSDAP war, reichte. 31 Dozenten waren es, Wundt stand auf der Liste an 16. Stelle.<sup>2600</sup> In seinem für die Philosophische Fakultät angefertigten Gutachten für seine eigene Nachfolge vertrat Wundt die Reihenfolge Heimsoeth, Gadamer, Ritter und Schwarz, die Liste nahm die Fakultät einstimmig an.<sup>2601</sup> In einer folgenden Sitzung diskutierte die Fakultät dann die „Wiederbesetzung der beiden philosophischen Lehrstühle“<sup>2602</sup>. Für die „systematische Professur“ (Nachfolge Theodor Haering) waren Martin

---

Fakultätssitzung am 26. Juli 1945 vom Dekan Rudolf Stadelmann vorgeschlagen (die Fakultät wählte Stadelmann am 8. Mai 1945 nach der Wiedereinführung der Universitätsverfassung von 1912 mit zwölf Stimmen zum Dekan). Oesterreich, der wieder an den Sitzungen teilnahm, sollte ein Gutachten über Krüger verfassen. In derselben Sitzung kam die Fakultät auch überein, Romano Guardini zu berufen. Siehe Protokoll der Fakultätssitzung vom 26. Juli 1945, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950). Oesterreich gab in der Sitzung vom 7. August 1945 einen „ausführlichen Bericht über Krüger“. Nur sei es noch nicht gelungen, ihn ausfindig zu machen. Siehe Protokoll der Fakultätssitzung vom 7. August 1945, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2596</sup> Auch Spranger stuft der Sicherheitsdienst der SS in die Gruppe 2, liberale Professoren, ein. Siehe Dossier des Sicherheitsdienstes der SS betr. Philosophen an deutschen Universitäten, in: BArch Berlin R 4901/12444, Bl. 59).

<sup>2597</sup> Spranger habe jedoch auf der Basis eines deutschen Nationalismus und Militarismus trotz einiger Vorbehalte das NS-Regime begeistert begrüßt und seine Konzeptionen in dessen Dienst gestellt. Vgl. Ortmeier 2008, 7.

[http://forschungsstelle.files.wordpress.com/2012/06/ortmeyer\\_forschungsbericht\\_sprangerunddienszeit.pdf](http://forschungsstelle.files.wordpress.com/2012/06/ortmeyer_forschungsbericht_sprangerunddienszeit.pdf).

<sup>2598</sup> Schreiben Landesdirektor [Carlo Schmid] an Max Wundt vom 30. August 1945, in: EA3/150, Bü 2574 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart).

<sup>2599</sup> Die Kommission bestand aus dem Historiker Rudolf Stadelmann, dem Germanisten Paul Kluckhohn und dem Landesgeschichtler Otto Herding. Wundt rückte auf Vorschlag des Orientalisten Enno Littmann als „beratendes Mitglied“ in die Kommission. Siehe Protokoll der Fakultätssitzung vom 12. Oktober 1945, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2600</sup> UAT 117/1864 (Politische Säuberung).

<sup>2601</sup> Protokoll der Fakultätssitzung vom 16. November 1945, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2602</sup> Protokoll der Fakultätssitzung vom 23. November 1945, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

Heidegger und Gerhard Krüger vorgesehen, Krüger jedoch „an zweiter Stelle und mit Abstand.“ Doch der Historiker Heinrich Dannenbauer intervenierte. Heidegger sei „zu unverständlich“, außerdem „hochschulpolitisch nicht unbelastet“. Dekan Rudolf Stadelmann, der Heidegger aus seiner Freiburger Zeit kannte, ihm verbunden war und ihn nach Tübingen holen wollte<sup>2603</sup>, ließ diese Einwände nicht gelten. Für die „propädeutischen Einführungen seien andere da“, politisch schütze Heidegger die militärische Regierung.<sup>2604</sup> Die Abstimmung ging klar für Heidegger aus: Mit 9:1 Stimmen nahm die Fakultät die Liste Heidegger, Krüger an. Vollkommen einig war sich die Fakultät hingegen bei der Besetzung der „historischen Professur“. Die Liste Heimsoeth, Gadamer, Ritter und Schwarz erhielt 11:0 Stimmen.

Die Heidegger-Liste machte allerdings Schwierigkeiten. Rektor Hermann Schneider berief eine „Gross-Kommission“ ein, ließ eine neue Liste erarbeiten, die Dekan Rudolf Stadelmann in der darauffolgenden Sitzung verlas. Jetzt führte Nicolai Hartmann die Liste an, gefolgt von Heidegger, Scholz und Krüger.<sup>2605</sup> Hartmann und Scholz waren aber zu alt, so würden wieder Heidegger und Krüger übrigbleiben, kritisierte Dannenbauer.<sup>2606</sup> Dannenbauer und auch der wieder in Universitätsdiensten stehende Mathematiker Erich Kamke stemmten sich energisch gegen die Berufung Heideggers<sup>2607</sup>, Kamke kündigte ein „Sondervotum“ an. Sieben Professoren baten darin „mit Nachdruck“, von der Berufung Heideggers abzusehen. Er sei für den Nationalsozialismus eingetreten, habe das „Führerprinzip“ an der Universität Freiburg durchgesetzt, sein philosophisches Denken sei Anzeichen „der Pathologie unserer Zeit“. Eine Berufung Heideggers käme einer Brückierung aller aus politischen Gründen entlassenen Dozenten gleich. Nachdem im Januar 1946 der Freiburger Senat Heidegger emeritiert und ihm die Lehrbefugnis entzogen hatte, bat Heidegger Stadelmann, seine Berufung nach Tübingen nicht weiter zu betreiben.

---

<sup>2603</sup> Oesterle 1997, 90.

<sup>2604</sup> Protokoll der Fakultätssitzung vom 23. November 1945, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2605</sup> Littmann machte sich für Heidegger stark, Focke thematisierte das „Verjüngungsproblem“. Er habe niemanden gefunden, der „würdig sei“, neben die vier Philosophen zu treten. Kluckhohn legte Wert auf naturwissenschaftliche Qualifikationen des zu Berufenden, und Dannenbauer kritisierte das Verfahren der Kommission. Es habe keine systematische Durchforstung der jüngeren Philosophen gegeben, auch bemängelte er die Nichtberücksichtigung von Wundt. Rektor Hermann Schneider wies darauf hin, das Ministerium habe selbst eine Berufung Wundts in die systematische Kommission nicht gewünscht. Eine inoffizielle Befragung von Theodor Haering sei an „persönlichen Schwierigkeiten“ gescheitert. Focke brachte Erich Rothacker ins Spiel. Siehe Protokoll der Fakultätssitzung vom 30. November 1945, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2606</sup> Siehe zur fast erfolgten Berufung Heideggers: Oesterle 1997; Schmid/Schäfer 1985, 97 – 98.

<sup>2607</sup> Vgl. im Folgenden Oesterle 1997, 93.

So wurde der Weg frei für Krüger. Er nahm den Ruf unter Vorbehalt an, er wolle erst wissen, wer den zweiten Lehrstuhl bekomme. Kluckhohn schlug Eduard Spranger als ersten Kandidaten vor, die Fakultät billigte den Vorschlag.<sup>2608</sup>

Die Universität Tübingen, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auf „große Namen“ bei der Berufung setzte<sup>2609</sup>, schrammte so an einem Eklat vorbei. Ob Dekan Stadelmann dem Staatsministerium gegenüber „Wiedergutmachung“ wegen seines Einsatzes für Heidegger leisten oder ob er Heimsoeth beim Ministerium durchbringen wollte, ist nicht klar, jedenfalls beantragte er im Februar 1946 die Verleihung des Titels eines außerordentlichen Professors für den Dozenten Wilhelm Weischedel, dem während der NS-Diktatur die *Venia legendi* verweigert worden war. Stadelmann warb dafür in der Fakultät: „Er betont vor allem die takt. Notwendigkeit gegenüber dem Staatssekretariat“<sup>2610</sup>, heißt es im Protokoll. „Nach längerer Debatte“ stimmte die Fakultät bei drei Enthaltungen mit 6:3 Stimmen dafür.<sup>2611</sup> Heimsoeth, der auf der zweiten Liste stand, wurde vom Staatssekretariat jedoch abgelehnt, und Gadamer war schwer von Leipzig zu lösen, so die Fakultät.<sup>2612</sup>

Mit Wilhelm Weischedel gewann das Philosophische Seminar einen Dozenten mit ausgesprochen guten pädagogischen Fähigkeiten. Nachdem Weischedel sich im Nationalsozialismus zwar habilitieren konnte, ihm jedoch die Dozentenführer Schönhardt und Schwenk die Lehrbefugnis aus politischen Gründen verweigert hatten, schlug sich der Philosoph als Prüfer von Krankenhäusern durch.<sup>2613</sup> In der Wirtschaftsberatung Deutscher Gemeinden AG war er seit 1936 unter dem Leiter Peter van Aubel zuständig für Preisprüfungen, Rentabilität und Bewertung bei Krankenhäusern. Am Kriegsende musste er im Auftrag der Wirtschaftsberatung nach Paris, um dort zwischen den deutschen Be-

---

<sup>2608</sup> Spranger stand auch mit der Universität Hamburg in Kontakt, er machte den Umzug seiner Bibliothek zur Bedingung.

<sup>2609</sup> Tübingen sollte nicht nur die erste wiedereröffnete Universität sein, sie sollte auch Vorbild-Universität werden. So versuchte auch Landesdirektor und Kultminister Carlo Schmid, Wissenschaftler von anderen Hochschulen abzuwerben. Auf diese Weise kamen Guardini und Spranger nach Tübingen. Vgl. Paletschek 2002, 394; Zauner 2010, 967.

<sup>2610</sup> Protokoll der Fakultätssitzung vom 15. Februar 1946, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2611</sup> Mehrere Fakultätsmitglieder hatten die Sitzung zwischenzeitlich verlassen müssen. Bei der Abstimmung stand auch die Verleihung des gleichen Titels an den Geografen Friedrich Huttenlocher an, über beide Personalien hat die Fakultät gleichzeitig abgestimmt. Vgl. Protokoll der Fakultätssitzung vom 15. Februar 1946, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2612</sup> Protokoll der Fakultätssitzung vom 8. März 1946, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2613</sup> Weischedel 1975, 324.

hören und der französischen Industrie zu vermitteln.<sup>2614</sup> Dabei sei er auch mit der Résistance in Verbindung gekommen.<sup>2615</sup> Nach Kriegsende kam er nach Tübingen, wo seine Frau Käthe und die Kinder lebten.<sup>2616</sup> Nachdem Weisedels Habilitationsverfahren im August 1945 wieder aufgenommen worden war und er in der öffentlichen Lehrprobe bei der Fakultät „einen sehr guten Eindruck“ hinterließ und „somit in jeder Hinsicht seine Eignung zum akademischen Lehrer nachgewiesen“<sup>2617</sup> habe, beantragte der Rektor im Einvernehmen mit dem Klei-

---

<sup>2614</sup> Dem Fragebogen der Französischen Militärregierung vom 14. August zufolge fertigte Weisedel in Paris „Gutachten über Korruptionsfälle deutscher Personen“ und „Gutachten über die angemessene Preisgestaltung in der französischen Industrie“ an. Siehe UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weisedel).

<sup>2615</sup> Weisedel gab in seiner Selbstdarstellung eine andere Version als die in Kapitel VI dargelegte: Danach habe er auf die ihm angebotene Dozentur verzichtet, weil er in eine Gliederung der NSDAP eintreten und sich in einem Dozentenlager politisch schulen lassen sollte (Weisedel 1975, 325). Ähnlich argumentierte Weisedel auch im Fragebogen der Französischen Militärregierung: Der Dozentenschaftsführer habe die Forderung erhoben, er solle in die SA eintreten und sich darin bewähren. Weisedels weltanschauliche und politische Überzeugungen hätten ihm jedoch diesen Schritt verboten. Siehe Fragebogen der französischen Militärregierung vom 14. August 1945, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weisedel).

<sup>2616</sup> Bemerkenswert ist, dass Weisedel in seiner Selbstdarstellung die freundschaftliche Verbundenheit mit Romano Guardini erwähnt, der sich „als Helfer der Familie in den schwierigen Zeiten und als Freund der Kinder“ erwies, er außerdem „gute Freundschaft“ mit Theodor Steinbüchel und Paul Kluckhohn pflegte (Weisedel 1975, 330), Theodor Haering aber, der ihn und seine Familie vor und während der Kriegszeit unterstützt hatte, mit keinem Wort erwähnt, zumal Tochter Sabine Weisedel Haerings Patentochter war. Vermutlich sind neben persönlichen Gründen auch das Verhalten Haerings nach dem Krieg die Ursachen dafür. Weisedel kritisierte unmittelbar in der Nachkriegszeit in einem Manuskript „die Versuche einer schwächlichen, aber darum umso wortreicheren Rechtfertigung des Verhaltens in den letzten Jahren, eine auffällige Vergesslichkeit allem gegenüber, was man früher gesagt oder getan hat, die Bemühung, durch vorsichtiges Lavieren den Entscheidungen, die der Augenblick fordert, aus dem Wege zu gehen, die blinde Meinung, ohne weiteres da wieder anfangen zu können, wo man vor 1933 aufgehört hat, das Schweigen einzelner, denen Charakter und Vergangenheit Recht und Pflicht zum Worte geben, ihre Vereinzelung, wenn sie einmal reden, – all dies ist der gemäße Schlussakt eines Schauspiels der Halbheiten und Kompromisse, wie es nunmehr seit Jahren mit wachsender Eintönigkeit gespielt wird.“ Siehe Wilhelm Weisedel: „Von der Universität und ihrer gegenwärtigen Aufgabe“, Seite 1, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 8, A/B. Weisedel beschwor die Universität, an der Überwindung des Nationalsozialismus aktiv und engagiert mitzuwirken. Es sei noch „keine echte Reinigung“, ehemalige Parteimitglieder oder jene, die sich besonders hervortaten, von der Hochschule zu entfernen. Wilhelm Weisedel: „Von der Universität und ihrer gegenwärtigen Aufgabe“, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 8, A/B, Seite 4. Die Ursache der Katastrophe sah Weisedel in der Entwicklung der wachsenden Loslösung des Menschen von den ihn bindenden Mächten und des Versuches, sich auf sich selbst zu stellen und von ihm selbst her Dasein und Welt zu gestalten. Übrig bleibe nur noch das machtlüsterne Individuum, das Nichts gewinne Macht über das Dasein. Die Katastrophe sei das legitime Ende dieses Weges in den Nihilismus. Einen Ausweg sah der Philosoph in der Rückbesinnung auf die Antike und das Christentum, verbunden mit einer ständigen Auseinandersetzung mit den Erfordernissen der Stunde. Siehe Wilhelm Weisedel: „Von der Universität und ihrer gegenwärtigen Aufgabe“, in: Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 8, A/B, Seite 4ff.

<sup>2617</sup> Schreiben Akademisches Rektoramt an die Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst vom 23. August 1945, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm

nen Senat, Weischedel die Lehrbefugnis zu erteilen. Auch der anwesende Max Wundt hielt die Leistung für „ausgezeichnet“ und befürwortete die Dozentur.<sup>2618</sup> Zum 1. September 1945 wurde Weischedel zum Dozenten an der Tübinger Universität ernannt.<sup>2619</sup>

„Die besondere pädagogische Begabung“ und der „außergewöhnliche Lehrerfolg“ des Philosophen, der nach 1966 einem breiten Publikum durch das Werk „Die philosophische Hintertreppe“ bundesweit bekannt wurde, sprachen sich rasch herum.<sup>2620</sup> Bald erfolgte ein Ruf aus Mainz, die Tübinger wollten ihm mit der Verleihung der außerordentlichen Professur im April 1946 begegnen, Steinbüchel und Guardini bestätigten ihre „sehr guten Eindrücke“<sup>2621</sup>. Der Große Senat begrüßte den Antrag und stimmte grummelnd zu, denn womöglich gebe es für die Wiederbesetzung oder Neuerrichtung anderer Ordinariate und Extraordinariate innerhalb der Philosophischen Fakultät ein größeres Bedürfnis. Am 29. Mai 1946 beschloss das Direktorium des Staatssekretariats, Weischedel zum 1. Mai 1946 in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übernehmen und verlieh ihm die neu errichtete außerordentliche Professur für Philosophie.<sup>2622</sup> Sie war „ad hominem“ erteilt und sollte wieder wegfallen. Einem neuerlichen Ruf – diesmal

---

Weischedel). Die Probevorlesung hielt Weischedel über das Thema „Der Abgrund des Menschlichen bei Pascal“. Der Vortrag sei „formvollendet aufgebaut und bis in den letzten Satz durchgearbeitet.“ Weischedel habe mit diesem Vortrag „die ausgezeichnete Schulung durch Jaspers und Heidegger bewiesen und „eine ursprüngliche philosophische Begabung“ enthüllt.

<sup>2618</sup> Protokoll der Fakultätssitzung vom 7. August 1945, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2619</sup> Da die Ernennung zum Dozenten „ohne Verschulden“ Weischedels verzögert worden sei, setzte Landesdirektor Carlo Schmid das Diätendienstalter auf den 1. April 1937 fest. Siehe Schreiben Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst in Württemberg an Rektor vom 6. September 1945, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weischedel).

<sup>2620</sup> Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät an den Rektor vom 6. April 1946, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weischedel).

<sup>2621</sup> Schreiben Dekan der Philosophischen Fakultät an Rektoramt vom 6. April 1946 (fälschlich ist die Jahreszahl mit 1964 angegeben), in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weischedel).

<sup>2622</sup> Schreiben Direktorium des Staatssekretariats an Rektoramt vom 29. Mai 1946, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weischedel). Weischedel engagierte sich neben seiner Dozentur im Zulassungsausschuss und im Ausschuss für die Währungsreform, außerdem war er Leiter der Beratungsstelle der Fakultät sowie süddeutscher Vertrauensmann der Studienstiftung. In solch vielfältigen Funktionen sollte man auch möglichst störungsfrei kommunizieren können. Doch in der Nachkriegszeit musste mit Ressourcen sparsam umgegangen werden. Dabei agierte die Stadt Tübingen nicht immer glücklich. Eine gemeinderätliche Kommission wollte Weischedel das Telefon abstellen. Weischedel bat den Rektor Walter Erbe um Hilfe. Erbe reagierte mit „Erstaunen, dass eine städtische Kommission glaubt, ein Urteil darüber haben zu können, welche Telefonanschlüsse von Angehörigen des Lehrkörpers der Universität dienstlich notwendig und welche entbehrlich sind. Ich bestreite hiermit in aller Form einer städtischen Kommission die Zuständigkeit zu einer Entscheidung in dieser Frage“, schimpfte Erbe und bat die Postdirektion „ganz eindringlich“, Weischedel das Telefon zu belassen. Siehe Schreiben Wilhelm Weischedel an Rektor vom 16. Juli 1948 und Schreiben von Rektor Walter Erbe vom 19. Juli 1948, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weischedel).

nach Berlin als Nachfolger von Hans Leisegang – im Jahre 1953 konnten die Tübinger nichts mehr entgegensetzen. Die Philosophische Fakultät beantragte zwar, Weisedel zum Persönlichen Ordinarius zu machen und in „materieller Hinsicht“ alles zu tun, um ihn zu halten.<sup>2623</sup> Doch Weisedel teilte im August 1953 mit, er nehme den Ruf zum Wintersemester 1953/54 an.

Mit Traugott Konstantin Oesterreich kam der 1933 von den Nationalsozialisten entlassene Philosoph an die Tübinger Universität zurück. Gleich am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation des deutschen Reiches, schrieb er an „entsprechende Behörden“ und bat um Aufhebung des an ihm und seiner Familie begangenen Unrechts. Die Gründe der Entlassung seien ihm damals nicht genannt worden, sie hätten wohl darin bestanden, dass er als Demokrat und Pazifist schriftstellerisch hervorgetreten, seine Frau Jüdin sei. Oesterreich forderte die „alsbaldige Wiedereinsetzung“ in seine Professur und als Vorstand des Psychologischen Lehrapparates, außerdem eine finanzielle Entschädigung für erlittene Gehalts- und Kolleggeldverluste. Schließlich sei er nicht „mit vollem Gehalt“, wie gesetzlich vorgeschrieben, sondern mit einer Dreiviertel-Pension in den Ruhestand geschickt worden.<sup>2624</sup>

Steinbüchel schilderte dem Großen Senat am 23. Juni die Umstände der Entlassung Oesterreichs im Jahr 1933 und schlug vor, ihm ein Persönliches Ordinariat zu übertragen, obwohl er 1945 sein 65. Lebensjahr erreicht hatte. Das sei in dessen „fachlichen Leistungen“ begründet. Dekan Rudolf Stadelmann leitete den Wunsch der Fakultät an den Rektor weiter, Oesterreich „mit sofortiger Wirkung“ in sein Amt als außerordentlicher Professor für Philosophie und Psychologie einzusetzen und ihn zum Direktor des Psychologischen Instituts zu ernennen.<sup>2625</sup> Außerdem solle der Philosoph in Anerkennung seiner wis-

---

<sup>2623</sup> Antrag der Philosophischen Fakultät vom 28. Juli 1953, in: UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weisedel).

<sup>2624</sup> Schreiben Konstantin Oesterreich an die Universität Tübingen beziehungsweise an „entsprechende Behörden“ vom 8. Mai 1945, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich). Am 23. Juli 1945 erneuerte Oesterreich seine Forderungen: „Es waren zwölf Jahre sehr beschränkter materieller Verhältnisse für mich und meine Familie.“ Schreiben Traugott Oesterreich an Akademisches Rektoramt vom 23. Juli 1945, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>2625</sup> Schreiben Dekan Rudolf Stadelmann an Rektor vom 3. Juli 1945, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich). Stadelmann machte denselben Vorschlag noch einmal am 12. September 1945. Oesterreich, als Leiter des Instituts für Psychologie, sollte auch einen eigenen Assistenten bekommen. Vorgesehen war Thaddäus Kohlmann. Siehe Schreiben Dekan an Rektor vom 12. September 1945, in: UAT 117/840 (Assistenten am Philosophischen Seminar). Oesterreich hatte sich auch bereits um das Psychologische Institut gekümmert. Zum 1. Dezember 1944 hatte die Universität allerdings im Erdgeschoss des Instituts für Psychologie und Erziehungswissenschaft in der Münzgasse 11 der IG Farben zwei Räume als Unterkunfts- und Arbeitsraum zunächst für sechs Monate vermietet. Die darin untergebrachten Gegenstände sollten ausgeräumt werden. Das Inventar des Psychologischen Instituts sollte teils in den Schlosskeller und teils in die Wegentalkirche gebracht werden. Ob der



senschaftlichen Arbeiten zum Persönlichen Ordinarius ernannt werden. Rektor Hermann Schneider befürwortete den Antrag. Der Württembergische Landesdirektor Carlo Schmid hob den Erlass vom 23. September 1933 auf und verlieh Oesterreich „im Wege der Wiedergutmachung“ mit Wirkung zum 1. Juli 1945 die „persönlichen Rechte eines ordentlichen Professors“. Eine Einweisung in eine vorhandene oder freiwerdende Planstelle wolle sich Schmid vorbehalten.<sup>2626</sup>

Auch der Rektor soll Oesterreich zugesichert haben, ihn wieder als Vorstand des Psychologischen Lehrapparates einzusetzen.<sup>2627</sup> Daraus wurde jedoch nichts. Der Philosoph sei nicht einmal mit der kommissarischen Verwaltung betraut worden, klagte er.<sup>2628</sup> Der Grund: Es hatte die Aussicht bestanden, „verhältnismäßig bald“ einen Ordinarius auf den Lehrstuhl für Pädagogik und Psychologie zu berufen.<sup>2629</sup> Bei der Besetzung der Vorstandsstelle für das Psychologische Institut sollte daher „nicht vorgegriffen“ werden, so Ministerialrat Hans Georg Rupp. Oesterreich hatte demnach nie eine reale Chance auf den Posten gehabt.

Nicht erfüllt hat sich für Oesterreich auch die Hoffnung auf eine Planstelle. Schon vor 1933 fühlte er sich bei der Besetzung von Planstellen übergangen, nach dem Zweiten Weltkrieg abermals. Bei den beiden Berufungen für philosophische Ordinariate (Heidegger, Krüger sowie Heimsoeth, Gadamer, Ritter und Schwarz) sei er „wieder auf keine Liste gesetzt worden“, klagte er gegenüber dem Rektor. Auch monierte er, dass auch in Zukunft die Psychologie hinter dem Ordinariat der Pädagogik zurückstehen soll, deren „wissenschaftliche Nichtvollwertig-

---

Umzug vonstatten gegangen war und das Inventar bereits wieder zurückgebracht worden war, als die französischen Offiziere am 17. Juni 1945 alle Gegenstände des Psychologischen Instituts beschlagnahmten, ist nicht klar. Zwei Offiziere und vier Packer luden das Auto voll, es sei völlig überladen gewesen, das Institut „völlig verwüstet“. Die gleichen Packer drangen am Nachmittag auch ins Philosophische Institut ein. Was mitgenommen wurde, konnte nicht genau festgestellt werden, es fehlte die Inventarliste. Vermisst wurden jedoch ein Reaktionsprüfgerät, alle Photoapparate, ein Sensibilitätsapparat, mehrere Bildprojektoren, die gesamte Einrichtung der Photowerkstätte sowie die Zeitschriftenreihe „Angewandte Psychologie“, Werke von Kant und Pascal. Außerdem beschlagnahmte die französische Militärregierung Bücher aus den Bereichen „Rassen- und Vererbungs-forschung“, Charakterologie und Ausdruckskunde. Der Betrag über die beschlagnahmten Gegenstände lag bei 10.486,70 Mark, Oesterreich zeichnete die Aufstellung ab. Siehe zum Mietvertrag und zur Beschlagnahmung: UAT 148/35.

<sup>2626</sup> Schreiben Carlo Schmid, Landesdirektor für Kultur, Erziehung und Kunst, an den Rektor vom 26. Juli 1945, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>2627</sup> Schreiben Traugott Oesterreich an Württembergische Landesverwaltung für Kultur, Unterricht und Kunst vom 21. Juli 1945, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2628</sup> Schreiben Traugott Oesterreich an den Staatspräsidenten [Lorenz Bock] vom 18. August 1947, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2629</sup> So der Aktenvermerk von Ministerialrat Hans Georg Rupp vom 9. September 1947, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

keit“ auch vom Rektor ausgesprochen worden sei. Oesterreich sah seine wissenschaftliche Ehre berührt. Wenn ernstlich die Absicht bestanden hätte, aus seinem Extraordinariat ein Ordinariat zu machen, hätte die Umwandlung mit den Neubesetzungen erfolgen müssen, um ihm „die schuldige Genugtuung zu gewähren.“<sup>2630</sup> Rektor Schneider versuchte zu beschwichtigen und Verständnis zu wecken, denn man habe eine „Persönlichkeit für Pädagogik ins Auge gefasst“<sup>2631</sup>, die keine Herabstufung vertrage. Falls es nicht klappen sollte, könne man noch einmal über eine Professur für Psychologie statt der avisierten Professur für Pädagogik reden.<sup>2632</sup>

Dekan Paul Kluckhohn setzte sich zwar für eine Umwandlung der außerordentlichen Professur in ein Ordinariat ein, um die Bedeutung des Fachs zu würdigen und auch Oesterreich eine kleine Entschädigung für das erlittene Unrecht im Nationalsozialismus zu gewähren.<sup>2633</sup> Doch das Staatssekretariat blockte ab. Eine Umwandlung sei nach derzeitigen Verhältnissen nicht möglich, ließ es wissen, sprach Oesterreich jedoch „im Zuge der Wiedergutmachung mit Wirkung vom 1. April 1946“ ein Sondergehalt zu und stockte die Kollegelder auf.<sup>2634</sup>

Seine „Wiedereingliederung“ in die Lehrtätigkeit nach den zwölf Jahren Zwangspause hatte Oesterreich nicht reibungslos geschafft.<sup>2635</sup> Die Vorlesungen wären „wissenschaftlich reich fundiert und eigentlich

---

<sup>2630</sup> Schreiben Traugott Oesterreich an den Rektor vom 20. Januar 1946, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>2631</sup> Bei der „Persönlichkeit für Pädagogik“ muss es sich um Eduard Spranger gehandelt haben. Die Personalie Heidegger war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden. Für Oesterreich muss es eine Brüskierung bedeutet haben, war er doch ein langjähriger Freund von Spranger, der außerdem Pate der Tochter Cäcilie war.

<sup>2632</sup> Schreiben Rektor Hermann Schneider an Traugott Oesterreich vom 22. Januar 1946, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich). Dabei hatte Oesterreich ein nahezu druckfertiges Manuskript über Pädagogik vermutlich seit Jahren in der Schublade. Titel: „Das Ziel der Erziehung. Zur metaphysischen Grundlegung der Pädagogik“. In einem Brief, wohl an potenzielle Verleger, schrieb er: „Das Ms. musste erst ablagern, und die deutschen Kriegsliebhaber, wie sie namentlich hier in Tübingen seit 1918 bis 1945 zu vielen Dutzenden herumliefen, mussten erst noch einen 2. Weltkrieg verlieren, ehe sie dafür reif sein würden.“ Handschriftlich fügte er hinzu: „Deshalb schwieg ich so lange.“ Siehe UAT 399/20 (Nachlass Traugott Oesterreich).

<sup>2633</sup> Schreiben Paul Kluckhohn an Rektor Hermann Schneider vom 8. März 1946, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>2634</sup> Schreiben Staatssekretariat an Rektoramt vom 10. April 1946, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>2635</sup> Hinweise dazu in einem Schreiben Erich Kamkes an den Kultminister Albert Sauer durch den Rektor Theodor Steinbüchel vom 17. Oktober 1947 (UAT 126/488; Personalakte Traugott Oesterreich) und bei Oesterreich 1954, 407. Der Philosoph selbst stellte seiner Vorlesung von 1946 „Einleitung in die Philosophie“ einen Satz voran, der sicherlich als Zeit- und Eigendiagnose seine Gültigkeit hat: „Dass aber fast jeder, der das Reich des Führersatans und seine Schöpfung des zweiten (!) Weltkriegs überlebt hat, irgendwie psychisch angeschlagen ist, dass das deutsche Volk eine Million Psychotherapeuten nötig hätte, bedarf keines Beweises. Nicht der Gesunde, sondern der Kranke ist heute die Regel [...]“ Siehe UAT 399/7 (Nachlass Traugott Oesterreich).

hoch interessant“ gewesen, doch Oesterreich wäre „so zurückhaltend geworden und geschwächt, dass der Glanz und die Lebendigkeit fehlten und einiger Fleiß notwendig war, um durchzuhalten“<sup>2636</sup>, so eine Studentin. Oesterreich hatte daher nur wenige Hörer gehabt. Das mag wohl mit hineingespielt haben, ihn zum 1. Oktober 1946 aus Altersgründen zu emeritieren. Oesterreich wehrte sich. Denn die Emeritierung würde für ihn nach den Jahren der Isolation eine erneute Zwangsversetzung bedeuten, schrieb er an den Kultminister.<sup>2637</sup> Andere Professoren seien älter als er. Oesterreich wollte „als besonderer Fall“ behandelt werden und im Amt bleiben. Er habe erst zwei Semester wieder gelehrt.

Nachdem Capitaine René Cheval, der französische Verbindungsoffizier zur Universität, dem Ministerium mitteilte, dass der Pädagoge Prof. [Erich] Weniger „voraussichtlich nicht genehmigt werden könne“ und Spranger im kommenden Wintersemester 1946/47 nur über Jugendpsychologie lesen wolle, „wäre es zweckmäßig, wenn Prof. Oesterreich im kommenden Semester noch Psychologie lesen würde.“<sup>2638</sup> Das sei „an sich kein Grund“, die Emeritierung hinauszuschieben, denn Philosophie und Psychologie seien „sehr gut und ausreichend“ besetzt.<sup>2639</sup> Doch das Staatssekretariat verlängerte Oesterreichs Dienstzeit um ein halbes Jahr bis Ende März 1947.<sup>2640</sup> Dann aber traf den Philosophen unwiderruflich am 21. März 1947 die Entscheidung, ihn vom 1. April an von den amtlichen Verpflichtungen zu entbinden.<sup>2641</sup> Rektor Theodor Steinbüchel machte Oesterreich wenig Hoffnung. Mit „einer kommissarischen Beauftragung zum weiteren Versehen Ihrer Professur“ könne Oesterreich nach seiner Emeritierung nicht rechnen. Als Emeritus könne er jedoch „selbstverständlich Vorlesungen halten.“<sup>2642</sup>

Oesterreich fühlte sich wiederum gedemütigt. Nach der Diskreditierung in der Weimarer Republik, der Entlassung, Entwürdigung und Drangsalierung im Nationalsozialismus übergang ihn nun auch die im Entstehen begriffene Demokratie. Kurz nach dem Schreiben von Steinbüchel erlitt Oesterreich einen Schlaganfall, erholte sich jedoch

---

<sup>2636</sup> Fechner-Mahn 2002, 37.

<sup>2637</sup> Schreiben Traugott Oesterreich an Kultminister vom 19. September 1946, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2638</sup> Aktenvermerk der Württembergischen Kulturverwaltung vom 25. September 1946, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2639</sup> Aktenvermerk der Württembergischen Kulturverwaltung vom 25. September 1946, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2640</sup> Schreiben Akademisches Rektoramt an Traugott Oesterreich vom 12. November 1946, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>2641</sup> Schreiben Staatssekretariat an Akademisches Rektoramt vom 21. März 1947, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

<sup>2642</sup> Schreiben Rektor Theodor Steinbüchel an Traugott Oesterreich vom 1. April 1947, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

nach fünf Wochen wieder, schrieb erneut Protestbriefe, um seine als ungerecht empfundene Emeritierung rückgängig zu machen. Die Entpflichtung verlaufe „unter Umständen, die meiner Ehre direkt verletzend sind“, klagte er.<sup>2643</sup> Seine Pension sei mit 282 Mark gegenüber 308 Mark sogar „wesentlich weniger als in der Nazizeit.“

Der Widerspruch blieb ohne Erfolg. Er war von vornherein ebenso aussichtslos, wie es die Einsetzung als Vorstand des Psychologischen Lehrapparates war. Was Oesterreich nicht wusste: Ministerialrat Hans Georg Rupp hatte Rücksprache mit dem „damaligen Dekan der Philosophischen Fakultät“ gehalten, der „eine abermalige Verlängerung der Dienstzeit von Prof. Oesterreich nicht wünschte.“ Nach „allgemeiner Meinung“ der Fakultät bestehe „sowohl aus persönlichen wie auch aus fachlichen Gründen nicht der Wunsch“, Oesterreich weiterhin im Amt zu halten, so der Aktenvermerk am 9. September 1947.<sup>2644</sup> Der ungeliebte Oesterreich der Weimarer Republik unterlag nach dem Zweiten Weltkrieg dem universitären Drang nach Profilierung und hatte wiederum die Kollegen gegen sich.

Ein zweiter Schlaganfall am 1. Oktober 1947 hatten Lähmung und Arbeitsunfähigkeit zur Folge. René Cheval wollte sich „mit allen Mitteln“ für eine Wiedergutmachung an Oesterreich einsetzen.<sup>2645</sup> Und Erich Kamke, der 1937 entlassene und 1945 zum Ordinarius bestellte Mathematiker, der sich gegen die Berufung von Heidegger gewehrt hatte, nahm Oesterreichs Interessen wahr. Oesterreichs Zustand sei sehr ernst, schrieb Kamke. Seit 1. Oktober [1947] liege er in der Klinik. Mit „Bitterkeit“ habe Oesterreich die Emeritierung erfüllt, sie als Kränkung empfunden, so Kamke, auch deshalb, weil „eine Reihe älterer Kollegen im Amt blieb und kein Nachfolger vorgeschlagen wurde.“ Selbst Kollegen, die über 70 Jahre alt seien, unterrichteten noch. Auch sei keine Rede mehr von der früher angekündigten Wiedergutmachung. Das Unrecht solle schnell wiedergutmacht werden, auch wenn formale Schwierigkeiten vorhanden sein sollten. „Schnelles Handeln“ sei auch ganz im Sinne des französischen Universitätsoffiziers. Kamke forderte, Oesterreich ab 1. April 1947 die vollen Bezüge eines Emeritus auszubezahlen. Er appellierte an den Minister, sich persönlich der Sache anzunehmen.<sup>2646</sup> Das tat er. So ließ das Kultministerium „zunächst“ einen Betrag von 2.000 Mark als „Wiedergutma-

---

<sup>2643</sup> Schreiben Traugott Oesterreich an den Staatspräsidenten [Lorenz Bock] vom 18. August 1947, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2644</sup> Aktenvermerk von Hans Georg Rupp am 9. September 1947, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2645</sup> Kurzbrief von René Cheval an Traugott Oesterreich vom 14. Oktober 1947, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2646</sup> Schreiben Erich Kamke über den Rektor an das Kultministerium vom 17. Oktober 1947, in: UAT 126/488 (Personalakte Traugott Oesterreich).

chung“ überweisen.<sup>2647</sup> Nach über zweijähriger Krankheit starb Oesterreich am 28. Juli 1949, zwei Jahre später, am 24. Juli 1951 war die Summe der „Wiedergutmachung“ ausgerechnet. Sie lag bei insgesamt 3.373,30 D-Mark.<sup>2648</sup>

Von einer „Wiedergutmachung“ an Oesterreich und seiner Familie kann also nur bedingt die Rede sein. Problematisch waren aber auch die Urteile der Spruchkammern über die belasteten Philosophen sowie die damit verbundenen Maßnahmen. Sie waren nicht bei allen fünf Tübinger Philosophen stringent, wurden zudem im Laufe der Jahre stets abgemildert, bis schließlich eine vermeintlich weiße Weste das braune Hemd verdeckte. Bei den Tübinger „NS-Philosophen“ ist die Entnazifizierung kaum geglückt.

Richtig lag die Spruchkammer bei Wilhelm Nestle. Er hatte sich dem Nationalsozialismus ferngehalten. Das Ergebnis seiner politischen Prüfung lautete am 4. März 1947: „Nicht betroffen“<sup>2649</sup>. Mit dem gleichen Ergebnis wäre wohl auch Karl Groos aus der Prüfung herausgekommen. Er hat sich nicht nur inhaltlich in seinen Werken dem Nationalsozialismus ferngehalten, er war auch formal nicht belastet. Weder war er Mitglied in der NSDAP noch in einer ihrer Gliederungen, angeschlossenen Verbände oder einer anderen NS-Organisation, wie er in dem von ihm ausgefüllten Fragebogen der Französischen Militärregierung angab.<sup>2650</sup> Den Fragebogen hatte er am 25. Februar 1946 ausgefüllt, einen Monat später, am 27. März 1946, starb der Philosoph.

Erich Keller wurde zunächst im Mai 1945 in Darmstadt interniert<sup>2651</sup>, mit einer einmonatigen Unterbrechung war er 16 Monate im Internie-

---

<sup>2647</sup> Schreiben Kultministerium an Finanzministerium vom 23. Oktober 1947, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2648</sup> Notiz vom 24. Juli 1951, in: EA3/150, Bü 1639 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Traugott K. Oesterreich).

<sup>2649</sup> UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Nestle).

<sup>2650</sup> Wü 13 T2, Nr. 2089/141 (Spruchkammerakten, Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2651</sup> Im Internierungslager Darmstadt hielt Keller eigenen Angaben zufolge „sehr gut besuchte Vorlesungen über systematische Philosophie“, wie das Protokoll einer Unterredung vom 16. Januar 1947 festhielt. In die NSDAP sei er aus „philosophisch-weltanschaulichen Gründen“ eingetreten, bei den „Deutschen Christen“ sei er nie Mitglied gewesen. Vom „eigentlichen Kirchenkampf“ habe er sich „ganz zurückgehalten.“ Wenn er sich bei Vorträgen kritisch über die Bekennende Kirche geäußert habe, habe er stets Andersdenkende zuvor aufgefordert, den Saal zu verlassen, weil er niemanden „vor den Kopf stoßen“ wollte. Keller hoffte, nach dem Spruchkammerverfahren wieder Vorlesungen halten zu können. Es sei „besonders tragisch“ gewesen, dass er unmittelbar vor Einweisung in eine philosophische Professur [gemeint ist die Tübinger Professur, der Verfasser] zum Heer einrücken musste. Keller gab an, dass er derzeit an zwei Werken arbeite, an „Gesetz und Wirklichkeit“ sowie an „Untersuchungen zur philosophischen Grundlegung der tragischen Lebensauffassung“ (Protokoll vom 20. Januar 1947 über die von Keller erbetene Rücksprache vom 16. Januar 1947, in: 1235, Personalakte Erich Keller, Landeskirchliches Archiv Stuttgart). Siehe auch: Jooß 1998, 297.

runungslager.<sup>2652</sup> Am 19. Juli 1945 wurde er von der Tübinger Universität suspendiert, am 25. Oktober 1945 entlassen.<sup>2653</sup> Als Heimarbeiter und Apothekenhelfer schlug er sich in seiner Heimatstadt Murrhardt zunächst durch<sup>2654</sup>, die Spruchkammer Backnang stufte ihn am 6. November 1947 als „belastet“ ein, weil er „als überzeugter und aktiver Nationalsozialist die Ideen des NS vertreten hat“, so die Klageschrift. In öffentlichen Reden sei er „zur Stärkung und Erhaltung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, insbesondere deren imperialistischen und jüdenfeindlichen Ziele eingetreten“, dabei habe er „wesentlich zur Stärkung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beigetragen“<sup>2655</sup>, heißt es in der Begründung. Die formale Belastung bestätigten er und sein Anwalt in der schriftlichen Verteidigung, inhaltlich jedoch habe Keller keinen spezifischen NS-Ton angeschlagen und sich „auch von Ausfällen freigehalten“<sup>2656</sup>. Sein propagandistischer Einsatz für den Nationalsozialismus sei stets mit seinem Bildungsgrad und seinem geistigen Niveau vereinbar gewesen, zu Gewaltsamkeiten oder zu Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden habe er niemals aufgefordert. Im Wesentlichen habe sich Keller darauf beschränkt, „die geistigen Grundlagen herauszuarbeiten“ und insbesondere jenen Gedanken zu betonen, dass das gesamte Volk zur Überwindung der außerordentlich großen sozialen und politischen Schwierigkeiten zusammenstehen müsse. Nach Auflistung von fünf Entlastungszeugen, darunter auch den einstigen Rektor der Esslinger Lehrerhochschule Paul Michel, und der Bagatellisierung seiner Partei- und SA-Mitgliedschaften, bat Anwalt Rudolf Pander die Spruchkammer, sie möge berücksichtigen, „dass der Betroffene in erster Linie ein dem praktischen Leben nicht übermäßig zugewandter Gelehrter ist, der sich hauptsächlich mit philosophischen Fragen beschäftigt.“<sup>2657</sup> Der „Elfenbeinturm“ musste also ebenfalls als Entlastung erhalten. Als Gelehrter habe er „einen bedeutenden Ruf“, eine Erklärung des Münchener Universitätsprofessors Alexander von Varga sollte diese Behauptung stützen.

In der öffentlichen Sitzung am 6. November 1947 rechtfertigte Keller in seiner mündlichen Anhörung den Parteieintritt mit dem Glauben an die NSDAP, sie würde das Elend und die Arbeitslosigkeit überwinden.

---

<sup>2652</sup> Zunächst von Mai bis November 1945, dann vom Dezember 1945 bis Oktober 1946. Siehe Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Backnang vom 6. November 1947, in: EL 902/3, Bü 6306 (Entnazifizierungsakten Erich Keller, Staatsarchiv Ludwigsburg).

<sup>2653</sup> UAT 117/1864 (Politische Säuberung).

<sup>2654</sup> Im Folgenden Jooß 1998, 297f.

<sup>2655</sup> So die Begründung der Klageschrift der Spruchkammer Backnang zu Erich Keller vom 31. Juli 1947, in: EL 902/3, Bü 6306 (Entnazifizierungsakten Erich Keller, Staatsarchiv Ludwigsburg).

<sup>2656</sup> Erich Keller, Erwiderung auf die Klageschrift vom 1. September 1947, in: EL 902/3, Bü 6306 (Entnazifizierungsakten Erich Keller, Staatsarchiv Ludwigsburg).

<sup>2657</sup> Erich Keller, Erwiderung auf die Klageschrift vom 1. September 1947, in: EL 902/3, Bü 6306 (Entnazifizierungsakten Erich Keller, Staatsarchiv Ludwigsburg).

Außerdem habe er die Verbindung des von der NSDAP propagierten nationalen Gedankens mit der Philosophie Fichtes gesehen.<sup>2658</sup> Seine SA-Mitgliedschaft sei ehrenhalber gewesen, sämtliche Direktoren und stellvertretende Direktoren seien aufgenommen worden. Zu Vorträgen habe er die SA-Uniform getragen. Dem entlassenen Tübinger Privatdozenten für Religionsgeschichte und KPD-Mitglied Hans Winkler sei er „so weit wie irgend möglich entgegengekommen“, und es sei in Zusammenarbeit mit dem Tübinger Universitätsrektor Karl Fezer gelungen, Winkler ein Forschungsstipendium zu besorgen. Winkler sei im Kriege gefallen, Notizen über den Vorgang gebe es nicht.

In seiner Schlussäußerung bestritt Keller seine vom Murrthalboten wiedergegebenen diskriminierenden Aussagen über die Juden. Er habe sich „in allerschärfster Weise gegen jede Gewalttat“ gestemmt, der Zeitungsbericht sei manipuliert worden, um „eine schlagende Wirkung beim Volk zu erzielen.“ Zeugen bestätigten Kellers zurückhaltende Art der Propaganda, der Studienrat Wilhelm Kautter sagte, er sei ein „nationalsozialistischer Idealist“<sup>2659</sup> gewesen. Als „Idealisten“ stellte ihn auch Michel vor. Der frühere Vorgesetzte in der Esslinger Lehrerschule, von 1931 an bis 1945 Mitglied der NSDAP und als „Minderbelasteter“ eingestuft, beurteilte die Reden Kellers zwar als „nationalsozialistisch gefärbt“, der Grundton aber sei philosophisch gewesen.<sup>2660</sup> Zeuge Otto Müller hingegen äußerte, er habe Keller „anfangs“ als „einen Verehrer von Hitler gekannt.“ Im Jahre 1943 habe sich Keller „über die Art der Kriegführung“<sup>2661</sup> empört, einen Soldaten, der sich negativ über das „Dritte Reich“ ausgelassen hatte, habe er nicht denunziert.

---

<sup>2658</sup> Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Backnang vom 6. November 1947, in: EL 902/3, Bü 6306 (Entnazifizierungsakten Erich Keller, Staatsarchiv Ludwigsburg).

<sup>2659</sup> Aussage von Wilhelm Kautter in der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Backnang vom 6. November 1947, in: EL 902/3, Bü 6306 (Entnazifizierungsakten Erich Keller, Staatsarchiv Ludwigsburg).

<sup>2660</sup> Aussage von Paul Michel in der Sitzung der Spruchkammer Backnang vom 6. November 1947, in: EL 902/3, Bü 6306 (Entnazifizierungsakten Erich Keller, Staatsarchiv Ludwigsburg). Dies ist erstaunlich, hatte doch Michel während der Kontroverse um Kellers Versetzung nach Tübingen 1942 selbst eingeräumt, dass Keller – zumindest am Beginn seiner Lehrtätigkeit – „im weltanschaulichen Kampf zu stark die aggressive Seite hervorkehrte, [...] wie es denen geht, die sich vorgenommen haben, kompromisslos für die nationalsozialistische Weltanschauung einzutreten.“ Siehe Brief Paul Michel an Jakob Wilhelm Hauer vom 17. September 1942, in: UAT 131/600.

<sup>2661</sup> Aussage des Fabrikanten Otto Müller in der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Backnang vom 6. November 1947, in: EL 902/3, Bü 6306 (Entnazifizierungsakten Erich Keller, Staatsarchiv Ludwigsburg).

Keller wurde von der Spruchkammer als „Belasteter“ eingestuft und für ein Jahr ins Internierungslager eingewiesen.<sup>2662</sup> Von seinem Vermögen sollten 30 Prozent (mindestens 1.000 Reichsmark) in erster Linie in Sachwerten eingezogen werden, auch verlor er seinen Rechtsanspruch auf eine Pension oder Rente, das Wahlrecht und die Wählbarkeit, durfte sich keiner Partei, keiner Gewerkschaft oder einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung anschließen, wurde dauerhaft von einem öffentlichen Amt ausgeschlossen, unterlag Wohnungs- und Aufenthaltsbeschränkungen und durfte keinen Pkw halten. Fünf Jahre lang war ihm die Ausübung eines freien Berufs verwehrt, auch durfte er nicht selbstständig in einem Unternehmen tätig sein, auch als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunk-Kommentator durfte er nicht arbeiten. Die Begründung der Spruchkammer hielt sich an die Klageschrift.

Keller klagte gegen den Bescheid. In der öffentlichen Sitzung am 25. April 1949 brachte er nichts wesentlich Neues vor, schlüpfte jedoch in die Opferrolle des betrogenen ‚anständigen Nationalsozialisten‘: ‚Ich habe mit vielen anderen geglaubt, dass die Versprechungen, die gemacht wurden, ehrlich seien und eingehalten würden. Wir waren nachher maßlos enttäuscht und vor den Kopf gestoßen, als wir zu der Erkenntnis kommen mussten, dass wir als Werkzeug missbraucht worden waren.‘<sup>2663</sup> Niemand sei so belogen und betrogen worden wie jene, die an die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit [der anderen Nationalsozialisten, der Verfasser] geglaubt haben. Von den wahren Opfern, den in den Konzentrationslagern misshandelten und getöteten Juden und politischen Gegnern, sprach Keller nicht, weder Reue noch ein Schuldeingeständnis waren zu vernehmen. Die Zentralspruchkammer Nordwürttemberg in Ludwigsburg stufte ihn am 18. Juni 1949 als ‚minderbelastet‘ mit einer Bewährungsfrist von zweieinhalb Jahren ein. Diesmal sah die Kammer ‚besondere Umstände‘ in Kellers Verhalten als NS-Führungsoffizier, der einen Kritiker des ‚Dritten Reiches‘ nicht denunziert habe. Auch sein angeblicher Einsatz für den Tübinger Ägyptologen Winkler wirkte sich diesmal positiv aus. Doch Keller klagte abermals. So erreichte er schließlich die Einstufung als ‚Mitläufer‘<sup>2664</sup>. Da das Tübinger Oberschulamts Kellers Verwendung (Keller wurde 1943 Leiter des Uhlandgymnasiums) ablehnte, klagte er vor dem Verwaltungsgerichtshof in Bebenhausen. Hatten ihm zuvor bereits Entlastungszeugen attestiert, er sei während des ‚Dritten Reiches‘ zwar ein

---

<sup>2662</sup> Weil Keller bereits 16 Monate im Internierungslager war, wurde ihm dieser Teil der Sühne erlassen. Siehe Spruch der Spruchkammer Backnang vom 6. November 1947, in: EL 902/3, Bü 6306.

<sup>2663</sup> Erich Kellers Einlassung auf die Klage in der öffentlichen Sitzung vom 25. April 1949 vor der Zentralspruchkammer Nordwürttemberg, in: EL 902/3, Bü 6306 (Spruchkammerakten Erich Keller, Staatsarchiv Ludwigsburg).

<sup>2664</sup> Jooß 1998, 297.



Nationalsozialist, aber ein Idealist und Büchermensch gewesen, der nicht zu Exzessen geneigt habe, kamen ihm in den weiteren Verhandlungen der spätere Ministerialdirektor Theodor Bäuerle und der Münchener Philosophiedozent Alexander von Varga zu Hilfe. Vor dem Bebenhäuser Verwaltungsgerichtshof wurden auch der einstige Landesbischof Theophil Wurm<sup>2665</sup> und Kellers einstiger Förderer Mergenthaler gehört. Während Wurm Bewertungen von Kellers Tätigkeit vermied, würdigte Mergenthaler das philosophische Potenzial Kellers. Doch zu einem Urteil kam es nicht mehr. Nach einem außergerichtlichen Vergleich erreichte Keller den Status eines „Beamten zur Wiederverwendung“, erhielt vom 1. April 1951 an rückwirkend sein Gehalt, kam jedoch nie wieder an eine Schule. In Kürschners Gelehrtenkalender stand er von 1961 bis 1976 als „apl. Professor für Philosophie an der TH Stuttgart zur Wiederverwendung“, diese Angaben erfolgten jedoch auf Kellers Initiative, in den Vorlesungsverzeichnissen finden sich keine Lehrveranstaltungen von ihm.<sup>2666</sup>

Keller schloss sich bald dem 1949 ebenfalls amtsenthobenen Jakob Wilhelm Hauer an, dem Gründer der Deutschen Glaubensbewegung im „Dritten Reich“. Mit ihm zählte er zu den Gründungsmitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft für freie Religionsforschung und Philosophie“ sowie der 1956 gegründeten Nachfolgeorganisation, der „Freien Akademie“.<sup>2667</sup> Beide Organisationen konkurrierten mit den evangelischen Akademien, jedoch jenseits eines christlichen Bezugsrahmens.<sup>2668</sup> Dort und auch in der Volkshochschule in Murrhardt hielt Keller philosophische und religionsphilosophische Vorträge und Kurse<sup>2669</sup> und veröffentlichte Aufsätze. Keller starb 1977 in Arolsen.

---

<sup>2665</sup> Landesbischof Theophil Wurm gab zu Protokoll, dass Kellers Berufung ins Ministerium auf Initiative des Ministers Mergenthaler erfolgt sei. Siehe Rechtsbeschwerde Erich Keller, Wiederverwendung im öffentlichen Dienst, Aussage von Landesbischof Theophil Wurm, Protokoll vom 6. Juni 1952, in: 1235, Personalakte Erich Keller, Landeskirchliches Archiv Stuttgart.

<sup>2666</sup> Jooß 1998, 298.

<sup>2667</sup> Zur Frühgeschichte der „Freien Akademie“ siehe Nanko 1995. In der „Freien Akademie“ veröffentlichten neben Keller weitere dem Nationalsozialismus einst nahestehende Dozenten, etwa Hauer und Helmut Groos, einstiger Schüler von Karl Groos. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten ebenfalls mehrheitlich ehemalige Nationalsozialisten wie etwa der Philosoph Hans Grunsky oder Reinhold Stark, laut Nanko „extremer“ Vertreter der Nationalkirchenbewegung Deutscher Christen, und Karl Griesinger, der innerhalb der Deutschen Christen zu den Radikalen gehört hatte. Vgl. Nanko 1995, 224.

<sup>2668</sup> Vgl. Junginger 1999, 217 und 293.

<sup>2669</sup> Jooß 1998, 298. Die erste Tagung der „Arbeitsgemeinschaft für freie Religionsausübung und Philosophie“ am 17. September 1950 in Stuttgart-Rohr stand unter dem Motto „Die Krise der Religion im Lichte des heutigen Denkens“. Kellers Vortrag trug den Titel „Religion als philosophisches Problem“. Siehe Dierks 1986, 351. Außerdem referierte Wilhelm Brachmann, früherer Mitarbeiter der Kirchenkampfabteilung im Amt Rosenberg. Siehe Nanko 1995, 223.

Albert Dietrich, der mit seinem Engagement den Nationalsozialismus gestützt hatte und sich in seinem am 1. April 1943 verfassten Lebenslauf für die Universität Tübingen noch rühmte, die Weimarer Republik bekämpft zu haben, der mit seiner Habilitationsschrift den pädagogischen Liberalismus kritisiert hatte und mit den weltanschaulichen Schlüssen die deutschen Lehrer vor einem Rückfall bewahren wollte, stellte sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Gegner der nationalsozialistischen Politik dar. Er wurde am gleichen Tage suspendiert (19. Juli 1945) und entlassen (15. Oktober 1945) wie Erich Keller.<sup>2670</sup>

Im Fragebogen der französischen Militärregierung machte Dietrich unrichtige und lückenhafte Angaben zu relevanten Details seiner Aktivitäten in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. So fehlen der Hinweis auf seine Tätigkeit für das Freikorps Epp (obwohl explizit danach gefragt wurde), seine umfangreichen Vortragstätigkeiten im Kampf gegen die Weimarer Republik und für den Nationalsozialismus, seine Funktion als Ortsgruppen- und stellvertretender Kreisschulungsleiter bei der Hirschberger NSDAP-Kreisleitung, seine Gaurednertätigkeit für das Deutsche Volksbildungswerk und für den Beauftragten für das militärische Vortragswesen und die SA-Prüfer-Lehrgänge. Unvollständig ist die Rede- und Literaturliste, für die Jahre 1933 bis 1945 listete Dietrich neben einigen ungedruckten Vorträgen und Aufsätzen lediglich einen Sombart-Aufsatz von 1933, den Scheler-Aufsatz von 1935 und eine biografische Notiz über Wilhelm Dilthey (1937) auf, sein Aufsatz „Zur Theorie der Wehrerziehung“ (1942) fehlt<sup>2671</sup>, ebenso seine Artikel im Deutschen Adelsblatt, in denen er das NS-System, die Gesetzgebung und den „Führer“ in überaus hohen Tönen gelobt und gefeiert hatte, Treue und Gefolgschaft pries und die Deutschen seit 1937 auf einen „Weltkampf“ und „Völkerkampf“ einschwor. Noch 1943 hatte er in einem Schriftenverzeichnis für die Universität Tübingen einen seiner zahlreichen Artikel für das „Deutsche Adelsblatt“ angegeben<sup>2672</sup>, unmittelbar nach dem Krieg jedoch nicht einen einzigen.

---

<sup>2670</sup> Politische Säuberung, UAT 117/1864 (Politische Säuberung).

<sup>2671</sup> Fragebogen der französischen Militärregierung vom 27. Februar 1947, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen). In einem Schreiben vom 23. September 1946 wurde Dietrich darauf hingewiesen, dass er in einem bereits früher abgegebenen Fragebogen angegeben habe, er sei Sturmführer in der SA gewesen, in einem Fragebogen vom 22. August 1946 hingegen angeblich „keine Ämter“ in der SA bekleidet habe. Dietrich sollte aufklären und entsprechend berichtigen. Siehe Schreiben Ministerialrat [Hans] Rupp, Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württemberg und Hohenzollern an Akademisches Rektoramt Tübingen vom 23. September 1946, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2672</sup> Es handelt sich hier um den Artikel vom 30. Januar 1937: „Der 30. Januar als Symbol und Wirklichkeit“ (siehe Verzeichnis der Schriften von Albert Dietrich, in: UAT 126a/76, Personalakte Albert Dietrich). Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erklärte er, dass er durch seine „Ausweisung aus Schlesien“ von allen Aufzeichnungen, Unterlagen und Belegen getrennt worden sei (siehe „Veröffentlichungen und Ansprachen“, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen)).

In seinen Erklärungen zum Fragebogen der Französischen Militärregierung gab Dietrich außerdem an, wegen seiner Glaubenszugehörigkeit zu den Baptisten in schweren Konflikt mit der Partei geraten und von ihr „bis zur Parteikanzlei verfolgt“<sup>2673</sup> worden zu sein.<sup>2674</sup> In einem Brief aus dem Jahr 1943, der ihm zugespielt worden sei, sei er von der Niederschlesischen Gauleitung wegen seiner Zugehörigkeit zu den Baptisten als „weltanschaulich unzuverlässig“ bezeichnet worden, der Tübinger Kreisleiter Rauschnabel habe ihn aufgrund seiner konfessionell gebundenen Einstellung „im Auge behalten“ wollen. Weil er in Hirschberg von 1936 bis 1940 Predigtamt, Evangelisation und Bibelarbeit in der Baptistengemeinde geleistet habe, sei er Verfolgung und Spott durch Dozentenkollegen, Studenten und durch die Partei ausgesetzt gewesen. Wegen der „massiven Drohungen“ eines SA-Standartenführers habe er sich seit seiner Tübinger Zeit 1943 vom Christentum zurückgehalten. Mitglied der NSDAP, der SA<sup>2675</sup>, vom NSLB und dem NS Dozentenbund sei er „ausschließlich“ durch korporativen Eintritt geworden. Im Jahr 1937 seien alle, die nicht Mitglieder der Partei waren, vom Direktor der Hochschule für Lehrerbildung in Hirschberg als Parteianwärter bei der Kreisleitung vorgeschlagen worden.

Im Winter 1933/34 habe Dietrich eine arbeits- und mittellos gewordene „Halbjüdin“ als Sekretärin beschäftigt und sie „an unserem Tisch wie ein Glied der Familie aufgenommen.“ Und während des Zweiten Weltkriegs habe er in seiner Hirschberger Wohnung mit einem Ukrainer und einem bei ihm beschäftigten „Luxemburger Mädchen“ am Tisch gesessen, mit ihnen gebetet und sie „wie liebe alte Hausgenossen geehrt“, ihr schweres Los der Heimatlosigkeit zu erleichtern gesucht. Nicht nur habe er in seinen Vorträgen während des Krieges „zur Entgiftung gehässiger und brutaler Parolen“ beigetragen, er habe gar Charles de Gaulle als „französischen Nationalhelden“ gezeichnet, nicht als Verräter, wie es die deutsche Propaganda getan habe. Zu „Irrtümern und Verfälschungen“ in der NS-Darstellung habe er in seinem

---

<sup>2673</sup> Vgl. im Folgenden die Entlastungserklärungen von Albert Dietrich, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2674</sup> Das „Kulturpolitische Archiv“ lehnte in einem Schreiben vom 9. Dezember 1941 an die Reichsdienststelle des Deutschen Volksbildungswerkes den „Einsatz“ Dietrichs im Deutschen Volksbildungswerk ab, weil er „eingeständenermaßen starke kirchliche Bindungen hat und einer Sekte, der Gemeinde gläubiger getaufter Christen Berlin angehört. D. ist aus diesem Grunde auch vom zuständigen Hoheitsträger seiner Pflichten als Kreisschulungsleiter und Redner im Deutschen Volksbildungswerk entbunden worden.“ Dennoch bescheinigte ihm das Kulturpolitische Archiv einen ausgezeichneten politischen und wissenschaftlichen Leumund; BArch Berlin NS 15/253, Bl. 145.

<sup>2675</sup> Den korporativen Zwangs-Eintritt in die SA bescheinigte Ministerialrat Ernst Bargheer nach dem Krieg am 2. Oktober 1947. Er habe als Referent für die preußischen Hochschulen für Lehrerbildung auf Anweisung des Ministers gehandelt. Siehe „Bescheinigung“ Ernst Bargheer vom 2. Oktober 1947, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

Referat „Christentum und Germanentum“ kritisch Stellung genommen. Nationalsozialistische Maßnahmen und Ansichten habe er nie gutgeheißen. Als er vom Synagogenbrand erfahren habe, sei er völlig verstört gewesen. „Der Irrtum war groß – ich gestehe es und sehe es heute erst im ganzen Umfang“, so Dietrich. Von Reue, Scham, Schuld, Verantwortung, Wiedergutmachung schreibt auch Dietrich nichts. Lediglich einem „Irrtum“ sei Dietrich aufgesessen, eine ursprünglich als wahr erkannte Annahme oder ein Glaube hat sich demzufolge als falsch erwiesen. Wie dieser „Irrtum“ zustande kam, ob er durch falsche Voraussetzungen, Denkfehler oder (Selbst-)Täuschungen bedingt war, verdeutlicht Dietrich nicht. Möglich, dass Dietrich „Irrtum“ in seiner umgangssprachlichen Bedeutung benutzt, was einer Bagatellisierung seines nationalsozialistischen Engagements gleich käme. In seiner Entlastungserklärung gibt er sich wegen seiner Glaubenszugehörigkeit als Verfolgter, der lediglich unter Zwang in die NS-Organisationen eingetreten sei und gar widerständiges Verhalten gezeigt habe.

Vertreten durch seinen Tübinger Anwalt Horst Guckes<sup>2676</sup> legte Dietrich seiner Verteidigungsschrift 28 eidesstattliche Erklärungen bei. Ehemalige Schüler, Kollegen, der Vorgesetzte der Hirschberger Lehrerschule und Mitglieder der Baptistengemeinde bestätigten seine menschliche Integrität, die starke christlich-religiöse Gebundenheit und die politische Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Kläre Rühle, frühere Angestellte der NSDAP-Kreisleitung Tübingen, gab zu Protokoll, dass Dietrich aufgrund seiner konfessionellen Gebundenheit als „politisch unzuverlässig“ galt und „durch die Kreisleitung Tübingen und den SD überwacht wurde.“<sup>2677</sup> Otto Klöden, einstiger Kollege in Hirschberg, am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten, Oberscharführer der SA, am 19. November 1948 als „Mitläufer“ eingestuft, erklärte an Eides statt, dass sich Dietrich ihm gegenüber „mit Empörung gegen die Juden- und Kirchenhetze der Partei“<sup>2678</sup> geäußert und „voll Entsetzen die Parteigewaltmaßnahmen, die Schiebungen in der Personalpolitik, die Führervergottung und die betrügerische Irreführung aller, die auf eine Lösung der sozialen und nationalen Frage im Sinne Friedr. Naumanns, Görres und Bodelschwings gehofft hatten“, verurteilt habe. Dietrich habe innerhalb des Lehrkörpers die „freimütigsten, schärfsten Urteile über nat.-soz. Missstände“ geäußert und habe als

---

<sup>2676</sup> Horst Guckes wurde 1952 Mitglied der Tübinger Museumsgesellschaft. 1969 wurde er Vorsitzender und löste damit als Nachfolger Viktor Renner ab. Guckes war bis 1987 Vorsitzender. Siehe Schwäbisches Tagblatt 11. Mai 1987. Guckes vertrat auch den Psychologen und Pädagogen Gerhard Pfahler (Zauner 2010, 974). Er starb Ende September 2014.

<sup>2677</sup> „Bestätigung“ von Kläre Rühle vom 11. Oktober 1948 beim Entnazifizierungsverfahren Albert Dietrichs, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2678</sup> Vergleiche im Folgenden: Eidesstattliche Versicherung von Otto Klöden zum Entnazifizierungsverfahren Albert Dietrichs vom 18. Juni 1948, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

„besonders satyrischer (!) Kritiker derselben“ gegolten. In die Partei sei Dietrich nur deshalb eingetreten, weil er von der vorgesetzten Behörde gedrängt worden sei, insbesondere aber „die Lehrerbildung nicht in die Hände sturer Parteileute fallen“ lassen wollte.

Entlastet hat Dietrich auch der nach dem Zweiten Weltkrieg im Dienste der Pädagogischen Hochschule Oldenburg stehende Professor Heinrich Heise, SA- und NSDAP-Mitglied (1. Mai 1937), der mit Dietrich die Herkunft aus einer Baptistengemeinde teilte. Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges habe Dietrich Hitler „als eine für unser Wesen fremde, feindliche zerstörerische Person“ bezeichnet, dessen Reden Ausdruck eines „satanischen Elements“ seien. Hitler sei ein „unheilbar Kranker“, dessen sich das deutsche Volk „so bald wie möglich zu entledigen hätte.“ Mit Dietrich sei sich Heise seit Sommer 1939 einig gewesen, dass „für Männer unseres Berufes“ das gefährliche Spiel beginnen müsse, die „Volksbetrüger zu täuschen“, bis die Lage zum Handeln reif sei.<sup>2679</sup>

Die ausschließliche Verfolgung streng wissenschaftlicher Arbeit attestierte der einstige Hirschberger Lehrerhochschule-Kollege Hans Kallenbach, früheres Mitglied der Hitler-Jugend, der NSDAP und SS-Bewerber, der nach dem Zweiten Weltkrieg stellvertretender Leiter der evangelischen Akademie in Hessen und Nassau wurde.<sup>2680</sup> Ähnlich beschrieb auch Herbert Freudenthal, der einstige Vorgesetzte Dietrichs in Hirschberg, die Einstellung seines Ex-Kollegen<sup>2681</sup>, der einst aus politisch-rassistischen Gründen verfolgte Professor Manfred Schröter, ein Schwager der jüdischen Arbeitskollegin im Berliner Seminar von Ernst Troeltsch, bescheinigte Dietrich „nicht einen Schatten von Antisemitismus“<sup>2682</sup>, und Reinhard Wittram, einst ordentlicher Professor an der Universität Posen, hob Dietrichs religiöse Einstellung hervor.<sup>2683</sup>

Am 17. Dezember 1948 beantragte der Vertreter des Staatskommissariats, „in I. Linie“ Dietrich als „Mitläufer“ ohne Maßnahmen einzurei-

---

<sup>2679</sup> Eidesstattliche Erklärung von Heinrich Heise zum Entnazifizierungsverfahren von Albert Dietrich am 10. Oktober 1948, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2680</sup> Eidesstattliche Erklärung von Hans Kallenbach zum Entnazifizierungsverfahren von Albert Dietrich am 16. August 1948, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2681</sup> Eidesstattliche Erklärung von Herbert Freudenthal zum Entnazifizierungsverfahren von Albert Dietrich am 31. August 1948, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2682</sup> Eidesstattliche Erklärung von Manfred Schröter zum Entnazifizierungsverfahren von Albert Dietrich am 6. August 1948, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2683</sup> Ehrenwörtliche Erklärung von Reinhard Wittram zum Entnazifizierungsverfahren von Albert Dietrich am 6. Dezember 1948, in: Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

hen, „in II. Linie“, ihn als entlastet zu erklären. Die Spruchkammer entschied sich für die „zweite Linie“: Dietrich wurde im Entnazifizierungsverfahren entlastet.<sup>2684</sup> Im Mai 1950 teilte Dietrich der Philosophischen Fakultät mit, er wolle noch einen Antrag auf Wiedereingliederung in den Lehrkörper stellen, wolle jedoch erst „eine bestimmte Forschungsarbeit“<sup>2685</sup> fertigstellen, im Juni desselben Jahres beantragte er ein Darlehen über 5.000 D-Mark aus den vom Staatskommissariat für die Umsiedlung zur Verfügung gestellten Mittel, um sich eine Existenz aufzubauen. Denn in Hirschberg seien Dietrich 7.000 Bände verloren gegangen, für seine Forschungsarbeiten benötige er „eine Reihe Wörterbücher und grundlegende andere Werke“, auch für Vorträge, Predigten und Unterrichtsleistungen im Reutlinger Predigerseminar der Evangelischen Gemeinschaft<sup>2686</sup>, wo er bald nach dem Zweiten Weltkrieg einen Lehrauftrag erhalten hatte.<sup>2687</sup> Ans Predigerseminar kam Dietrich auf Empfehlung des Tübinger Pastors der methodistischen Friedenskirche Karl Schütz.<sup>2688</sup> Den Antrag auf Wiedereingliederung in den Lehrkörper der Tübinger Universität stellte Dietrich zwar im Oktober 1950, er zog ihn jedoch am 13. Dezember 1950 zurück.<sup>2689</sup> Die Mühsal der Nachkriegszeit und die Erfolglosigkeit seiner angestrebten akademischen Tätigkeit hätten ihn „sichtbar gezeichnet“<sup>2690</sup>, bemerkte ein Beobachter. Dietrich starb 67-jährig 1958 in Tübingen<sup>2691</sup>, bei der Beisetzung am 16. Juni auf dem Tübinger Waldfriedhof waren auch Vertreter der philosophischen und theologischen Fakultäten anwesend.<sup>2692</sup>

---

<sup>2684</sup> Wü 13 T2 Nr. 2131/006 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2685</sup> Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät [Friedrich Beißner] an den Rektor [Walter Erbe] vom 27. Juni 1950, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2686</sup> Schreiben Landratsamt Tübingen an Akademisches Rektoramt vom 9. Juni 1950, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich).

<sup>2687</sup> Albert Dietrich war neben Reinhold Kücklich und Johannes Schempp einer der drei Dozenten, die mit vier Studenten am 16. August 1946 im wiedereröffneten Reutlinger Predigerseminar der Evangelisch-Methodistischen Kirche die Arbeit nach dem Zweiten Weltkrieg aufnahmen. Bis 1958 war Dietrich dort als „assistierende Lehrkraft“ tätig. Die Schweizer Konferenz der Methodisten hatte zwei Bedingungen gestellt, wenn sie Predigtamtskandidaten nach Reutlingen schicken sollte: So sollte ein Lehrer aus der Schweizer Konferenz zum Kollegium gehören, und im Predigerseminar sollte weder in der Seminarbehörde noch im Lehrerkollegium ein früheres NSDAP-Mitglied sein. Vgl. Klaiber, Weyer 1983, 51. Dietrich unterrichtete in Reutlingen Deutsch, Psychologie und Philosophie in den Klassen 4, 3 und 2.

<sup>2688</sup> Siehe Steckel 2003, 49.

<sup>2689</sup> Schreiben Dekan Philosophische Fakultät an Rektoramt vom 27. Oktober 1950 und vom 13. Dezember 1950, in: UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich). Das Gesuch um die Wiedereingliederung von Dietrich sollte auch in der Philosophischen Fakultät in der Sitzung am 24. Oktober 1950 behandelt werden. Doch der Antrag wurde bis zur Anwesenheit des Berichterstatters Gerhard Krüger und zur Einholung zusätzlicher Gutachten vertagt. Siehe Protokoll der Fakultätssitzung vom 25. Oktober 1950, in: UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950).

<sup>2690</sup> Steckel 2003, 50.

<sup>2691</sup> Hesse 1995, 235.

<sup>2692</sup> Steckel 2003, 50.

Wilhelm Grebe überstand das Ende des Zweiten Weltkriegs, aber er war bereits von schwerer Krankheit gezeichnet. „Seit Monaten“ lag er darnieder, die Ursache war eine „Überanstrengung im militärischen Dienst.“<sup>2693</sup> Wie Keller und Dietrich wurde er ebenfalls am 19. Juli 1945 suspendiert, im Oktober desselben Jahres entlassen, „auf Grund seiner Schriften weltanschaulich belastet“, hieß es.<sup>2694</sup> Grebe wollte die Suspendierung nicht akzeptieren, verlangte „eine Nachprüfung der Gründe.“<sup>2695</sup> Er sei während der NS-Zeit „auf das Äußerste bekämpft worden“, ihm und seiner Familie sei schwerer wirtschaftlicher und gesundheitlicher Schaden zugefügt worden. Stets hätten sie „in ständiger Sorge“ gelebt, dass er von der Universität entfernt werden würde. Seine schärfsten Gegner seien Kriek und Bäumler gewesen.<sup>2696</sup>

Einen Monat später verteidigte er in seinem Antrag, die Dienstenthebung rückgängig zu machen, seinen Eintritt in die NSDAP.<sup>2697</sup> Er hatte die Hoffnung gehabt, die NSDAP würde eine wirkliche „Volksgemeinschaft“ herstellen, er habe an der „Überwindung der sozialen Gegensätze“ mitarbeiten wollen. Dass es nicht gelang, gehöre zu seinen „bittersten Enttäuschungen“. Grebe führte abermals den „heftigen Kampf“ gegen ihn an, den Entzug des Lehrauftrages an der Universität Frankfurt/Main und die Verhinderung von Berufungen. Er habe Kritik „an der Kultur- und Geschichtsmache“, am „Wahrheitsrelativismus“ und am „erb- und rassenmäßig“ Bestimmten des Menschen geübt, habe das Göttliche im Menschen betont. Seine Arbeit als „Blockleiter“<sup>2698</sup> sei „nur Dienst an der Gemeinschaft“ gewesen und habe in der „Verteilung der Lebensmittelkarten und in der Unterbringung von Evakuierten“ bestanden.

Belastend für Grebe waren sicherlich die zahlreichen Mitgliedschaften in der NSDAP und in den NS-Organisationen. Seine Schriften haben die Kommissionen zunächst nicht zur Kenntnis genommen. So entschied eine Lehrerkommission in Reutlingen am 3. August 1945, Grebe ohne Pensionsberechtigung sofort zu entlassen, außerdem eine Ge-

---

<sup>2693</sup> Vgl. Schreiben der Witwe Wilhelm Grebes an den Rektor vom 28. April 1949, in: UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe) und Schreiben Wilhelm Grebe an den Rektor vom 2. August 1945, in: UAT 117D/K890 (Politische Säuberung).

<sup>2694</sup> UAT 117/1864, Blatt 65 (Politische Säuberung).

<sup>2695</sup> Schreiben Wilhelm Grebe an Rektor vom 2. August 1945, in: UAT 117D/K890 (Politische Säuberung).

<sup>2696</sup> Schreiben Wilhelm Grebe an den Rektor vom 2. August 1945, in: UAT 117D/K890 (Politische Säuberung).

<sup>2697</sup> Schreiben Wilhelm Grebe an den Rektor vom 12. September 1945, in: UAT 149/37 (Anträge der vom Amt Suspendierten auf Wiedereinsetzung, A – Z).

<sup>2698</sup> Grebe war „einige Wochen im Sommer 1939“ und von Frühjahr 1941 bis Frühjahr 1943 „Blockleiter“. Siehe Fragebogen der französischen Militärregierung vom 8. Februar 1946, in: Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Entnazifizierungsakten Staatsarchiv Sigmaringen).

haltssperre zu verhängen.<sup>2699</sup> Auch der Untersuchungsausschuss für den Kreis Reutlingen schlussfolgerte am 12. Februar 1946, Grebe sei als „Lehrer pol. nicht mehr tragbar“ und schlug vor, ihn ohne Bezüge zu entlassen.<sup>2700</sup> Grebe legte dem Fragebogen der französischen Militärregierung am 8. Februar 1946 seine „Erläuterungen“ bei und wiederholte im Wesentlichen seine bereits angeführte Verteidigung.<sup>2701</sup> Die Blockleiterfunktion habe er übernommen, um sich und seine Familie durch dieses Zugeständnis an die Nationalsozialisten zu schützen. Propagandamaterial, das er „nicht gutheißen konnte“, habe er verschwinden lassen. Sein Kirchenaustritt habe „rein religiöse Gründe“ gehabt, seine Hinwendung zur Deutschen Glaubensbewegung sei aus dem Bedürfnis entstanden, sich „von dogmatischen Bindungen zu lösen.“ Doch der Relativierung des religiösen Glaubens in der Deutschen Glaubensbewegung konnte er nicht folgen.<sup>2702</sup> Der Untersuchungsausschuss für den Landkreis Tübingen schlug am 21. Februar 1946 vor, Grebe im Amt zu belassen, ihm jedoch die Bezüge um vier Stufen zu kürzen.

Die Entnazifizierungskommission machte dem Philosophen insbesondere seinen für den „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ geschriebenen Aufsatz über Meister Eckehart zum Vorwurf. Er enthalte nationalsozialistische Philosophie, der Gottesbegriff Eckeharts sei zu spät eingeführt worden. Der Philosoph Nicolai Hartmann sprang Grebe bei. Grebe habe den Gottesbegriff „in seinem schönen kleinen Eckehartschriftchen“ an der „richtigen Stelle“ (im fünften Kapitel) eingeführt und „daher besonders eindrucksvoll zur Geltung gebracht.“<sup>2703</sup> Hartmann wies auch darauf hin, „dass Grebe die tiefsinnigere Seite von Eckeharts Gottesbegriff gegen eine zu leichte oder flache Deutung in Schutz nimmt: also gerade das Gegenteil davon, was ihm zum Vorwurf gemacht wird.“

---

<sup>2699</sup> Auszug aus der Sitzung der Lehrerkommission Reutlingen vom 3. August 1945, in: Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Entnazifizierungsakten Staatsarchiv Sigmaringen). Maßgeblich waren die Mitgliedschaften und Funktionen von Grebe, die eigens aufgeführt wurden. Inhaltlich hat die Kommission im Protokoll vermerkt, Grebe habe als Gründungsmitglied der Kulturpolitischen Arbeitsgemeinschaft deutscher Hochschullehrer eigenen Angaben zufolge das Ziel verfolgt, die Hochschule „mit völkischem Geist“ zu durchdringen.

<sup>2700</sup> Untersuchungsausschuss für den Kreis Reutlingen zur Säuberung der Verwaltung von nationalsozialistischem Einfluss, Sitzung am 12. Februar 1946, in: Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Entnazifizierungsakten Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2701</sup> Wilhelm Grebe: Erläuterungen zum Fragebogen vom 8. Februar 1946, in: Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Entnazifizierungsakten Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2702</sup> Grebe war laut Fragebogen der französischen Militärregierung von „1935 bis 37 od. 38“ Mitglied der Deutschen Glaubensbewegung. Siehe Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Entnazifizierungsakten Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2703</sup> Schreiben Nicolai Hartmann vom 16. April 1946, in: UAT 117D/K890 (Politische Säuberung) und Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Entnazifizierungsakten Staatsarchiv Sigmaringen).



Die Säuberungskommission der Landesdirektionen schloss sich am 28. Juni 1946 dem Untersuchungsausschuss für den Landkreis Tübingen an. Die Verwaltung solle entscheiden, ob Grebe im württembergischen Schuldienst verwendet werden könne.<sup>2704</sup> An eine Wiederaufnahme seiner Studienratstätigkeit war aber nicht zu denken. Grebes Krankheitszustand verschlechterte sich im Laufe des Jahres 1946 erheblich. Er lag seit dem 28. August in der Klinik und litt an „einer nicht heilbaren Lymphdrüsenenerkrankung“<sup>2705</sup>, die noch „einige Wochen“ stationär behandelt werden müsse. Nach seiner Entlassung aus der Klinik „wird Prof. Grebe nicht arbeitsfähig sein“, so die ärztliche Bescheinigung.

Ein weiteres Gutachten beschäftigte sich am 11. Oktober 1946 jedoch inhaltlich mit den von Grebe verfassten Werken.<sup>2706</sup> Alle zwölf vorliegenden Schriften seien „im Sinne der Rechtsanordnung zur politischen Säuberung unbedenklich“, heißt es. Fünf von ihnen seien rein fachphilosophische Schriften, ohne politische Beziehung, drei andere bewegten sich in dem Nationalsozialismus „fremden Gedankengängen“, vier im wesentlichen Meister Eckehart gewidmeten Schriften könnten sogar als „volle Entlastung des Verfassers bewertet werden.“ Einmal sei Adolf Hitler oder der Nationalsozialismus von Grebe erwähnt worden, und zwar in den Schlusssätzen im Vorwort des 1932 verfassten, aber erst 1934 veröffentlichten Buches „Geist und Sache“.<sup>2707</sup> Das Werk selbst stehe durchaus im Widerspruch zum nationalsozialistischen Denken, der Absatz sei „offensichtlich nur eine clausula salvatoria des Verfassers.“<sup>2708</sup> Ob Grebe die Beurteilung seiner Schriften noch erlebt hat, kann nicht festgestellt werden. Er starb am 24. November 1946.

Unkompliziert verlief hingegen das Verfahren von Max Wundt. Er war bei Kriegsende bereits 66 Jahre alt. Theodor Steinbüchel verfasste das

---

<sup>2704</sup> Landkreis Tübingen: Säuberung der Verwaltung von nationalsozialistischen Einflüssen, Protokoll vom 21. Februar 1946, in: Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Entnazifizierungsakten Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2705</sup> Ärztliche Bescheinigung von Professor H[ans-Hermann] Bennhold, Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Tübingen vom 13. September 1946, in: Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Entnazifizierungsakten Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2706</sup> Wer die Beurteilung der Schriften in Auftrag gegeben oder ausgeführt hat, wird nicht deutlich. Es fehlt allerdings Grebes Bericht über die Arbeit der Wissenschaftlichen Akademie Tübingen des NSD-Dozentenbundes von 1941. Diesen Aufsatz hatte Grebe in seinem Werkverzeichnis auch nicht angegeben.

<sup>2707</sup> Die Textpassage wurde bereits oben angeführt: „Das Buch will mithelfen an dem großen Werk der Erneuerung unseres deutschen Geisteslebens. Indem es das Wesen des Geistes bestimmt und indem es mahnt, dieses Wesen zu beachten und so gute, echte, ehrliche Arbeit bei diesem Werke zu verrichten, weiß es sich im Geiste Adolf Hitlers: ist es sich bewusst, im höchsten Sinn dem deutschen Volke zu dienen“; Grebe 1934, IV.

<sup>2708</sup> Beurteilung der Schriften Grebes vom 11. Oktober 1946, in: Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Entnazifizierungsakten Staatsarchiv Sigmaringen). Name des Verfassers unleserlich.

Gutachten über den Philosophen.<sup>2709</sup> Darin würdigte er Wundt als gewissenhaften Erforscher der Geschichte der Philosophie, der sich „bleibende Verdienste“ erworben habe. Steinbüchel lobte Wundts Arbeiten zur Schulmetaphysik, Aufklärung und zum deutschen Idealismus und attestierte ihm „eine einheitliche Linie im Denken“, eine Haltung, die Opportunität und Kompromisse ablehne. Wundt sei schon früh für den Wert des Völkischen eingetreten, dabei sei es ihm um die Ideen und den eigenen Glauben gegangen, „nicht um Erringung irgendwelcher äußerer Förderung.“ Das spreche für seine Gesinnung und Selbsttreue. Er bejahe um des völkischen Gedankens willen den Nationalsozialismus, seine metaphysischen Überzeugungen seien „zutiefst religiös unterbaut“, Treue und Ehre sehe Wundt als sittliche Grundwerte im Leben des Einzelnen und der Völker an. Für Wundt gehe es im Nationalsozialismus um geistige ethische Werte, die zu den vital-rassischen Werten hinzutreten. Er stütze die Rassentheorie insbesondere auf Pfahlers Typenpsychologie, die Typen oder „Menschenschläge“ vom Unterbewussten bis ins Geistesleben hinein bestimmten. Damit wolle er „auf tiefere“, eben rassische und stammliche Zusammenhänge verweisen. In der Rasse suche Wundt auch die Einheit der deutschen Philosophie sowie die Voraussetzung deutscher Geschichte überhaupt zu begründen. Der Rassebegriff sei bei Wundt demnach nicht nur ein biologischer, kein nationalistisch-geistloser, sondern er rage in den Wirkungen in das von der Geisteswissenschaft bearbeitete Gebiet entscheidend hinein. In seinem metaphysisch-ethisch-religiösen Idealismus schaue und bewerte Wundt die Rasse schließlich religiös. Somit erscheine sie „in viel größerer Tiefe“ als im vulgären Nationalsozialismus. Zuletzt sei die Rasse bei Wundt ein „höheren Werten dienender Wert“, der vom Geist erschaut werde: „Und so kann W. mit der Rassentheorie die typisch idealistische Geschichtsphilosophie vertreten. Von da aus bejaht W. die nat.-soz. Gedanken einer rassischen Aufzucht und Pflege des Volkes.“<sup>2710</sup> Da Wundts idealistische Philosophie „zweifellos zu den Grundlagen und Bausteinen des nat. soz. Denkens“ zähle, „namentlich, was die Fragen von Volk und Rasse anlangt“, habe Wundt „indirekt nat. soz. Gedankengängen starken Vorschub geleistet“, heißt es in der Beurteilung vom 4. Juni 1945.<sup>2711</sup> Wundt habe sich jedoch dem Nationalsozialismus äußerlich ferngehalten und gehöre der Partei nicht an. Menschlich ehre es ihn in hohem Maß, dass er die ideelle Verwandtschaft nicht im Geringsten zum eigenen Vorteil ausgenützt habe. Steinbüchel stufte Wundt in die Kategorie II ein.

---

<sup>2709</sup> Gutachten von Theodor Steinbüchel über Max Wundt, in: UAT 172/2 (Säuberungsausschuss, Einzelfälle).

<sup>2710</sup> Gutachten von Theodor Steinbüchel über Max Wundt, in: UAT 172/2 (Säuberungsausschuss, Einzelfälle).

<sup>2711</sup> Urteil zu Max Wundt vom 4. Juni 1945, in: UAT 172/2 (Säuberungsausschuss, Einzelfälle).

Wundt schrieb in seinen Erläuterungen an den Rektor<sup>2712</sup>, er habe niemals zu einer Gewaltpolitik aufgefordert, sie gerechtfertigt oder gebilligt. Die „jüdische Frage“ habe er nur in dem Sinne verstanden, als er den eigenen Geist zu bestimmen und vom „jüdischen Einfluss“ freizumachen suchte, der in der Philosophie besonders stark gewesen sei. Von nationalsozialistischer Seite sei er abgelehnt worden, so Wundt weiter, 1933 etwa sei er nicht Dekan geworden, obwohl er nach der üblichen Folge an der Reihe gewesen wäre. Seine Frau und er seien mit manchen Juden befreundet gewesen, so etwa mit dem Gymnasialprofessor [Albert] Pagel.

Vermutlich wollte Wundt disziplinarischen Maßnahmen zuvorkommen und bat daher einen Monat später in einem Schreiben vom 16. Juli 1945 Rektor Schneider „im Hinblick auf mein Alter“, die Emeritierung zu veranlassen „und mich bis zum Eintritt derselben zu beurlauben.“<sup>2713</sup> Schneider leitete das Schreiben befürwortend nach Stuttgart weiter. Am 30. August kam die Antwort: Landesdirektor Carlo Schmid entband Wundt mit Genehmigung der Militärbehörden von den amtlichen Verpflichtungen und sprach dem Philosophen für die „langjährigen ausgezeichneten Dienste den Dank und die Anerkennung der Landeskultverwaltung aus.“<sup>2714</sup> Die Entpflichtung wurde Ende September 1945 wirksam, bis dahin war Wundt beurlaubt.<sup>2715</sup> Der Säuberungsausschuss vermerkte am 14. Januar 1947: „Ohne Maßnahmen“. Da wurde Wundt längst als „Pensionär d. Württembergischen Landeshauptkasse“ geführt.<sup>2716</sup>

Theodor Haering gehörte zu den ersten suspendierten und entlassenen Professoren.<sup>2717</sup> Das Gutachten über sein NS-Engagement schrieb ebenfalls Theodor Steinbüchel bereits Anfang Juni 1945.<sup>2718</sup> Darin lobte er sein „großes und äußerst gewissenhaftes Hegelwerk“ und die Studien zur Geschichte der Philosophie. Seit 1933 jedoch sei im fortschreitenden Maß eine ausgesprochen politische Tendenz festzustellen. Philosophie begreife Haering als Ausdruck eines bestimmten Rasse- und Volksgeistes, die Größe der deutschen Philosophie leite er aus der

---

<sup>2712</sup> Erläuterungen von Max Wundt vom 16. Juni 1945, in: UAT 172/2 ((Säuberungsausschuss, Einzelfälle).

<sup>2713</sup> Schreiben Max Wundt an Rektor Hermann Schneider vom 16. Juli 1945, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).

<sup>2714</sup> Schreiben Landesdirektor Carlo Schmid vom 30. August 1945, in: UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).

<sup>2715</sup> Laut Regierungsblatt Nummer 181 für das Land Württemberg-Hohenzollern vom 30. Juli 1947, Beilage 9, wurden die Versorgungsbezüge für Max Wundt nicht herabgesetzt. Siehe UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt).

<sup>2716</sup> UAT 117/1864; Wü T2 Nummer 2093/196 (Spruchkammer, Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2717</sup> UAT 117/1864, Bl. 161 (Politische Säuberung).

<sup>2718</sup> UAT 172/2 (Politische Säuberung des Lehrkörpers).

fälischen Rasse und dem nordischen Erbgut her. Steinbüchel hob Haerings „wackeres Eintreten für den Geist“ hervor, die „Rede auf Alt-Tübingen“ sowie die „Rede für den Geist“, sie seien „ein mutiges und gerade auch von Nichtnationalsozialisten freudig begrüßtes Auftreten gegen das Propagandagerede vom Intellektualismus“ gewesen. Doch Haering sei dem Nationalsozialismus tief und überzeugt verbunden gewesen. Seine Vermittlungsversuche seien stets vom nationalsozialistischen Denken ausgegangen. Sie maßen an ihm oder einem von Haering entworfenen Idealbild dasjenige, was mit ihm vereinbart werden sollte, oder bogen es zurecht. In einem Resümé urteilte Steinbüchel, Haering habe sich „mehr und mehr in nat.soz. Empfindungen und Gedankengänge hineinverirrt und verrannt. Er war darin stets von der eigenen Überzeugung geleitet und frei von jeglichem Eigennutz [...]“<sup>2720</sup> Steinbüchel stufte Haering ebenfalls in die Kategorie II ein.

Im September 1945 stellte Haering einen Antrag auf Aufhebung der vorläufigen Amtsenthebung.<sup>2719</sup> Er sei erst „im Juli 1938“ der NSDAP beigetreten<sup>2720</sup>, so Haering in seinem Antrag. Und zwar „aus der Überzeugung, dass es immer besser und sogar Pflicht eines Mannes“ sei, soweit irgend möglich tätig am Leben des Vaterlandes mitzuwirken; „auch dann, wenn er den jeweils herrschenden Ideen kritisch oder gar feindlich gegenübersteht; und auf diese Weise wenigstens den Versuch zu machen, den eigenen Überzeugungen zum Durchbruch zu verhelfen.“<sup>2721</sup> Er habe sich bemüht, „in oft keineswegs ungefährlicher Kritik zu den leider immer mehr hervortretenden Einseitigkeiten und Ausartungen des nat.soz. Programms [...] öffentlich Stellung zu nehmen“, so etwa gegen die „überhandnehmende stiefmütterliche Behandlung und

---

<sup>2719</sup> Antrag auf Aufhebung der vorläufigen Amtsenthebung vom 12. September 1945, in: UAT 149/37 (Anträge der vom Amt Suspendierten auf Wiedereinsetzung, A – Z).

<sup>2720</sup> Die Jahreszahl des Beitritts in die NSDAP gibt Haering unterschiedlich an. Mal war es 1939, mal 1938. Tatsächlich trat er am 23. Oktober 1937 ein, rückwirkend zum 1. Mai 1937. Es war „ein befreundeter Gärtner“, der das Formular „für uns ausfüllte [für Haering und den Philologen Otto Weinreich, der Verfasser] und uns nur um unsere Unterschrift bat“, so Haering, der glaubte, als „Pg“ seine „Ideen leichter propagieren zu können.“ Siehe Antrag auf Aufhebung der vorläufigen Amtsenthebung vom 12. September 1945, in: UAT 149/37, Seite 2 (Anträge der vom Amt Suspendierten auf Wiedereinsetzung, A – Z). An anderer Stelle schreibt Haering, er habe durch die Parteimitgliedschaft die Tübinger Museumsgesellschaft und den Akademischen Musikverein erhalten und „ein Absinken des Kulturlebens“ verhindern wollen (Verteidigungsschrift von Theodor Haering vom 27. März 1947, in: Wü 13 T2, Nr. 2132/037, Seite 4 (Staatsarchiv Sigmaringen)). Gegenüber Hermann Werner hat Theodor Haering 1939 als Eintrittsdatum in die Partei angegeben. Siehe E 10/N 10/3, Seite 1 (Besuch bei Prof. Dr. Theodor Haering am 4. September 1945, in: Nachlass Hermann Werner, Stadtarchiv Tübingen).

<sup>2721</sup> Antrag auf Aufhebung der vorläufigen Amtsenthebung vom 12. September 1945, Seite 1, in: UAT 149/37 (Anträge der vom Amt Suspendierten auf Wiedereinsetzung, A – Z). Gegenüber Hermann Werner gab Haering am 4. September 1945 als Grund die Rettung der Museumsgesellschaft an, weil er sie „dauerhaft“ vor der Eingliederung durch die KdF bewahren wollte. Siehe E 10/N 10/3, Seite 1 (Besuch bei Prof. Dr. Theodor Haering am 4. September 1945, in: Nachlass Hermann Werner, Stadtarchiv Tübingen).

Diskreditierung des Geistes [...]“. Durch die Popularität, die er durch die „Weingärtnerrede“ und sein „Mondbuch“ erreicht habe, sei es ihm gelungen, wenigstens in Fragen des Kulturlebens beratend herangezogen zu werden. Er habe sich stets gegen „alle Einseitigkeiten und einseitigen Übertreibungen“ gewandt und die „lebendige Einheit“ der Gegensätze betont, aus Sicht der Partei sei er als „nur geduldeter, aber im Grunde unangenehmer Kritiker“ wahrgenommen worden. Gekränkt wirkte der Philosoph, als er betonte, dass er es in den zwölf Jahren nicht „dazu gebracht“ habe, zu den leitenden Parteigenossen an der Universität gehört und auch nicht „seinem Alter entsprechend“ ein Rektorat oder „auch nur“ ein Dekanat bekleidet zu haben. Nicht ein einziges Mal hätten sich der Tübinger Kreisleiter, der Gauleiter oder der Kultminister um ihn gekümmert. „Einzig allein im letzten Kriegsjahre“ sei er von der Forschungsstelle Ost bei der Benutzung bolschewistischer Literatur unterstützt worden. Haering habe nur seine „selbstverständliche Pflicht als Deutscher (!) Philosoph“ getan, er empfahl sich zur „weiteren Mitarbeit an der Zukunft des europäischen Geistes.“

Anschließend tat sich lange Zeit nichts. Das Urteil lag noch in weiter Ferne, die Suspendierung erschien Haering vollkommen unverständlich. In einer „Anmerkung“ im Verzeichnis seiner Schriften für die Spruchkammer beklagte er sich über die Amtsenthebung und wünschte, diejenigen, die ihn auf die Liste gesetzt hätten, sollten seine Schriften mal lesen. Dann würde jeder „vorurteilsfrei“ feststellen, dass ihr Hauptanliegen gegen Übertreibung des Gemeinschaftsprinzips, für Freiheit des Individuums, für das Recht des Geistes gegenüber einseitiger Übertreibung der materiellen und biologischen Faktoren, gegen bloße Weltimmanenz, für das Recht der Transzendenz (Religion)<sup>2722</sup> gerichtet gewesen sei. Auch beklagte er sich, dass er sich nach einem Jahr noch immer nicht rechtfertigen konnte und dass sein Mond-Buch „auf Denunziation hin“ verboten war.<sup>2723</sup> In der NS-Diktatur sei es als Befreiung empfunden worden. Haering fühlte sich „als Freiwillig“ dem willkürlichen Zugriff preisgegeben.

---

<sup>2722</sup> „Liste der wesentlichsten Schriften seit 1923“, angefertigt von Theodor Haering am 2. Juli 1946, in: Md 971/18 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2723</sup> Einem Schreiben der Landesverwaltung Württemberg Inneres an die Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst in Württemberg vom 11. September 1945 zufolge habe ein „Assessor Wenger“, der Schriftleiter im Württembergischen Tagblatt in Tübingen werden sollte, berichtet, dass der Verlag Wunderlich in Tübingen derzeit „ein ganz großes Geschäft“ mit dem „Mondbuch“ mache. Es sei bereits eine Auflage von 20.000 Stück verkauft. Wenger legte Auszüge aus dem „Mondbuch“ vor, die „eine bestimmte militaristische oder nazistische Tendenz“ aufweisen. Die Landesverwaltung für Kultus, Erziehung und Kunst soll der Sache nachgehen. Siehe EA3/150, Bü 770 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Personalakte Theodor Haering). Vermutlich wurde das Buch daraufhin verboten.

Ein knappes Jahr später verfasste er im März 1947 eine vertrauliche persönliche Ergänzung zu seiner Rechtfertigungsschrift<sup>2724</sup>, in der er im Wesentlichen Rektor Hermann Schneider und einige „ihm genehme Kollegen“ für seine Suspendierung verantwortlich machte. Schneider habe Kollegen opfern wollen, um die Universität möglichst rasch wieder öffnen zu können. Das Urteil über Haering hat die „Spruchkammer für den Lehrkörper der Universität“ erst am 13. August 1948 gefällt.<sup>2725</sup> Die Kammer unter dem Vorsitz des Juristen Walter Erbe stufte den Philosophen als „Mitläufer“ ein, entzog ihm die Wählbarkeit auf zwei Jahre und versetzte ihn in den Ruhestand – bei voller Pension.<sup>2726</sup> Außerdem durfte Haering an keinen Sitzungen des Großen Senats und der Philosophischen Fakultät teilnehmen.<sup>2727</sup> Bei der Begründung hielt sie sich ans Gutachten von Steinbüchel, sie ging jedoch auch auf die NSDAP-Parteimitgliedschaft sowie auf die Reden, Vorträge und die Belletristik Haerings ein. Wie die wissenschaftlichen Publikationen zeigt auch die Belletristik, „dass der Betroffene dem Nationalsozialismus – oder richtiger dem, was er darunter verstand – innerlich tief verbunden war.“<sup>2728</sup> Der Nationalsozialismus habe sich mit dem Idealbild Haerings allerdings nicht gedeckt. Der Philosoph sei nicht imstande gewesen, „in politischen Fragen klar zu sehen; man muss diese Lebensfremdheit einem Gelehrten bis zu einem gewissen Grade zugute halten.“<sup>2729</sup> So habe sich der Gelehrte in seinem zurechtgelegten Bild vom NS-Staat „immer mehr verfangen“, sein Glaube an ein gutes und segensreiches Endziel der „Bewegung“ sei „unerschütterlich gewesen.“ Haerings Einsatz für den Geist und gegen die Propaganda vom „Intellektualismus“, gegen „Ausartungen“ und „Verirrungen“ dürften nicht als Gegnerschaft verstanden werden. Wenn er für das Überkommene und für traditionelle Werte stritt, so bestand die Absicht, „entweder den echten Nationalsozialismus zu kennzeichnen oder das vom Nationalsozialismus bekämpfte Gedankengut diesem in einer Form zu verbinden, die es ihm annehmbar machen könnte.“ So habe er mit seinen Vermittlungsversuchen den Nationalsozialismus der täglichen

---

<sup>2724</sup> Theodor Haering: Vertrauliche persönliche Ergänzung zu meiner sachlichen Rechtfertigungsschrift vom 27. März 1947, in: UAT 514/151 (Nationalsozialismus, Ende des Krieges).

<sup>2725</sup> Wü 13 T2, Nr. 2132/037 (Staatsarchiv Sigmaringen). Haering hatte sich kurz zuvor, am 5. August, gegenüber Rektor Walter Erbe in einem Schreiben beschwert, dass der Verhandlungstermin immer noch nicht feststehe. Auch Universitätsoffizier René Cheval sei deshalb schon bei Erbe vorstellig geworden. Siehe: Schreiben Theodor Haering an Rektor Walter Erbe vom 5. August 1948, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

<sup>2726</sup> Wü 13 T2, Nr. 2132/037 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2727</sup> Die Spruchkammer wollte bewusst verhindern, dass Haering in den Genuss der Teilnahmerechte eines Emeritus kommt, daher die Versetzung in den Ruhestand. Haering hatte sie selbst gefordert, hatte sich jedoch geirrt und die Versetzung in den Ruhestand mit der Emeritierung verwechselt.

<sup>2728</sup> Wü 13 T2, Nr. 2132/037, Seite 5f. (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2729</sup> Wü 13 T2, Nr. 2132/037, Seite 6 (Staatsarchiv Sigmaringen).

Wirklichkeit „umgebogen und verfälscht“<sup>2730</sup>. Haerings „Weingärtnerrede“ wertete die Kammer für den Betroffenen: damit zähle er „zu der kleinen Gemeinde der Skeptiker“. Dennoch sei die „Förderung, die er dem Nationalsozialismus hat angeeignet lassen, [...] keine ganz unwesentliche“ gewesen.

Weil Walter Erbe mit Arbeit überlastet war, wurde die schriftliche Urteilsbegründung der Spruchkammer erst am 24. Juni 1949 verschickt, also zehn Monate nach der mündlichen Entscheidung.<sup>2731</sup> Theodor Haering mochte sich mit dieser Entscheidung nicht abfinden. Bis zu diesem Zeitpunkt agierte er ohne Anwalt, auch ließ er sich nicht durch „Persilscheine“ seine Unschuld bestätigen.<sup>2732</sup> Nun wehrte sich der Philosoph mit juristischem Beistand und versuchte, die Pensionierung

---

<sup>2730</sup> Wü 13 T2, Nr. 2132/037, Seite 7 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2731</sup> Da Haering für diese Zeit eine Übergangsbeihilfe bekommen hat, die eigentlich auf die Ruhegehaltsbezüge hätte verrechnet werden sollen, die schriftliche Urteilsbegründung jedoch zehn Monate (in den Akten ist von neun Monaten die Rede) nach der mündlichen erfolgte, drückte Ministerialrat Hans Georg Rupp beide Augen zu. Die Vorschüsse musste Haering nicht zurückzahlen, eine Anrechnung würde die Genannten, die sich in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befänden, „in eine unhaltbare Lage bringen.“ Bei Haering handelte es sich immerhin um 3.132,84 D-Mark. Mit Haering hatten auch Bebermeyer und Pfahler einen Vorschuss erhalten. Siehe Schreiben Hans Georg Rupp an Finanzministerium vom 20. Oktober 1949, in: EA3/150, Bü 770 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Personalakte Theodor Haering).

<sup>2732</sup> Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich niemand für Haering eingesetzt. Selbst das Ehepaar Weischedel hat sich zurückgehalten, obwohl Haering Wilhelm und auch Käthe Weischedel sowie die Kinder unterstützt hatte. Lediglich am 17. August 1947 bat Haering seinen früheren Bekannten Ludwig Binswanger, zu dem er nach dem Krieg die private Korrespondenz wieder aufgenommen hatte, „um ein kurzes Gutachten über meine Persönlichkeit“ (UAT 443/12, Nachlass Ludwig Binswanger). Das aber blieb wohl der einzige Versuch Haerings, ein Entlastungsschreiben für sein Entnazifizierungsverfahren zu bekommen. Darum zu bitten, entsprach nicht seinem Naturell. Enttäuschung über mangelnde Unterstützung kann sich Haering in einem Schreiben vom 5. August 1948 an den Rektor nicht verkneifen, weil er „vor allem im Anfang, immer noch der allzu optimistischen Meinung war, es müsse, bei der allgemein bekannten Art meines Verhaltens und Wirkens in der Nazizeit, doch irgend eine andere Stelle – Kollege oder Mittübinger oder Mitschwabe oder sonst – von sich aus eine Hand zu meiner Entlastung rühren.“ Angeblich hatte Eduard Spranger „sich schon längere Zeit vergeblich bemüht, eine mit seinem Rat verfasste Entlastungsschrift irgendwo an den Mann zu bringen“, es habe sich jedoch niemand dafür als zuständig erklärt (siehe: Schreiben Theodor Haering an den Rektor Walter Erbe vom 5. August 1948, in: UAT 126a/172, Personalakte Theodor Haering). Von Haering abgerückt ist nach dem Zweiten Weltkrieg der spätere Bundespräsident Theodor Heuss (1884 – 1963). Haering und Heuss pflegten während der NS-Zeit Brief- und persönlichen Kontakt, doch in einem Brief von 1945 muss Heuss dem Philosophen vorgeworfen haben, seine Intentionen während der NS-Zeit nach dem Krieg anders dargestellt zu haben als sie waren. Der Brief ist im Nachlass von Haering nicht erhalten, doch Haering bezieht sich in seiner Antwort auf diesen Vorwurf und weist ihn entrüstet und verärgert zurück (Brief Theodor Haerings an Theodor Heuss vom 10. Juni 1949, Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Nachlass Theodor Heuss, BArch Koblenz, N 1221, 80). Heuss soll Hans Liepmann, einem früheren Schüler von Haering, der 1935 nach England emigriert war und nach dem Krieg Tübingen besuchte, von einem Treffen mit Haering wegen dessen NS-Engagement abgeraten haben (Mitteilung des Sohnes Chris Wright an den Verfasser dieser Arbeit).

rückgängig zu machen, eine Emeritierung zu erreichen.<sup>2733</sup> Seine „Hauptschuld“ sah Haering darin, dass er sich „um Politik allzuwenig gekümmert habe“<sup>2734</sup>. So sei sein Optimismus unbegründet gewesen, mit dem er „die innersten Motive der damaligen Führerschicht und vor allem des Führers selbst“, den er „vielfach nur schlecht informiert und beraten glaubte“<sup>2735</sup>, interpretierte, die ihn dann zur Mitarbeit bewogen. So habe er das in seinen Möglichkeiten liegende getan und habe in Vorträgen und Reden auf „das Idealbild der wahren und eigentlichen deutschen Geistesart“ hingewiesen.<sup>2736</sup> Für das, was ihm „wirklich zur Last gelegt“ werden könne, habe er mit den bislang auferlegten „Strafen“ genug gebüßt.<sup>2737</sup> Haering war überzeugt, dass er sich um Stadt, Universität und „um die ganze schwäbische Heimat gewisse Verdienste erworben“ habe. Zur Entlastung gab Haering die Titel seiner Vorträge, Reden und Schriften an, in denen er Kritik am NS-System geäußert haben will. Sein Vortrag über „Rasse, Volk, Kultur“, deren „Gedanken gewiss auch heute noch vollkommene Zustimmung finden könnten“<sup>2738</sup>, habe er auch vor der Stuttgarter Parteiorganisation gehalten – in kritischer Absicht. Den Tübinger Juden habe er behilflich sein können, indem er ihnen Bücher verschaffte, auslieh oder ein Empfehlungsschreiben ins Ausland schickte (namentlich nannte Haering den Bankier Weil, die Geschwister Pagel, den Rabbiner Wochenmarck und den Gymnasialprofessor Spiro). Die Bemühungen von Rechtsanwalt Wilhelm blieben ohne Erfolg.

Unterdessen verstand es Haering in der Öffentlichkeit, das Image des „enfant terrible“ zu pflegen. Jenes Image, das er sich selbst gab, von dem er seinem guten Bekannten Ludwig Binswanger in einem Brief 1935 berichtet hatte: ein „enfant terrible“, das so manche Spitze gegen

---

<sup>2733</sup> Vgl. Schreiben Rechtsanwalt Hugo Wilhelm an Staatskommissariat für die politische Säuberung vom 24. Juni 1949, in: Wü 13 T2, Nr. 2132/037 (Staatsarchiv Sigmaringen) sowie die Ausführungen Theodor Haerings und die dazugehörigen Anlagen, Beilagen und Anhänge.

<sup>2734</sup> Verteidigungsschrift von Theodor Haering vom 27. März 1947, in: Wü 13 T2, Nr. 2132/037, Seite 1 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2735</sup> Verteidigungsschrift von Theodor Haering vom 27. März 1947, in: Wü 13 T2, Nr. 2132/037, Seite 6 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2736</sup> Verteidigungsschrift von Theodor Haering vom 27. März 1947, in: Wü 13 T2, Nr. 2132/037, Seite 2 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2737</sup> Theodor Haering wurde das Einkommen für ein Jahr entzogen, sein Bankguthaben wurde gesperrt, seine Wohnung in der Neckarhalde 31 musste er gegen „zwei (eigentlich 1 ½) kleine, schräge Mansarden“ im eigenen Hause tauschen, ohne Küche, ohne Bad, nur mit Dachluken, die eine „wirkliche Gefährdung“ seiner Sehkraft bedeuteten und ohne Möglichkeit, ein Klavier aufzustellen, beschwerte er sich. Auch beklagte er den Verlust seiner „ganzen Studierzimmereinrichtung“ sowie wertvoller Familienmöbel und Bücher, das Verbot, Universitätseinrichtungen zu nutzen und das Verbot zur „wissenschaftlichen Zusammenkunft“ mit anderen Kollegen und Studenten, die Aberkennung bürgerlicher Ehrenrechte sowie die „Heranziehung zu Grabarbeiten.“ Verteidigungsschrift von Theodor Haering vom 27. März 1947, in: Wü 13 T2, Nr. 2132/037, Seite 7 (Staatsarchiv Sigmaringen).

<sup>2738</sup> Verteidigungsschrift von Theodor Haering vom 27. März 1947, in: Wü 13 T2, Nr. 2132/037, Anlagen II (Staatsarchiv Sigmaringen).



die Nationalsozialisten gesetzt habe. Seine Popularität, die er insbesondere durch die „Weingärtnerrede“ und das „Mondbuch“ erreicht hatte, rettete er in die beginnende Bundesrepublik hinüber. Im April 1949 befand das Schwäbische Tagblatt, der Philosoph sei „wohl der populärste Professor, den die Alma mater tübingsis je besessen“<sup>2739</sup> habe. Im gleichen Jahr erschien sein unmittelbar nach dem Krieg verbotenes „Mondbuch“ in neuer und überarbeiteter Auflage. Darin änderte er einige Stellen: Statt „Volksgenossen“ schrieb er „Bürger“, statt „eines marschierenden Reichswehr- oder SA-Trupps“ formulierte er nun „eines marschierenden Trupps junger Menschen“, statt „Heil Hitler“ grüßte Haering mit „Grüß Gott“: Nicht aus innerer Überzeugung, sondern „entsprechend der neuen Zeit und in Rücksicht auf manche, die sich dadurch gestört fühlen könnten“, stellte er im Vorwort klar.

Haering engagierte sich im kulturellen Leben der Stadt Tübingen, er war Mitglied im Theaterbeirat, auch Mitglied in zahlreichen Tübinger Vereinen, etwa in der „Vereinigung zur Erhaltung des Hölderlin-Turms“ (Hölderlin-Vereinigung) und in der Gesellschaft zur Förderung der Tübinger Musiktage und natürlich in der Museumsgesellschaft. Bei öffentlichen Anlässen war er häufig gefragt – ob bei der Einweihung des Neptunbrunnens 1948 auf dem Tübinger Marktplatz oder beim Fackelzug für die Tübinger Studentenkönigin „Tante Emilie“ 1951, wo er – der einstige Vikar – die Studenten und die Stadt vor einem 3.000-köpfigen Publikum in seiner Rede symbolisch vermählte.

Haering war (längst wieder) in das Tübinger Leben integriert. Nicht aber in das der Universität. Pensioniert, zur Ruhe gesetzt, war er kein Mitglied der Alma Mater, für den standesbewussten Professor sicherlich eine schwere Strafe, nach seinem Dafürhalten gar noch ungerecht. Der beginnende „Kalte Krieg“ und die Restauration in der jungen Bundesrepublik mögen äußere Gründe gewesen sein, neben der politischen „Großwetterlage“ begann sich aber auch im Land Württemberg-Hohenzollern eine Tendenz zur mildereren Beurteilung der Belasteten durchzusetzen. Zahlreiche Entnazifizierungsurteile wurden einer Revision unterzogen, verurteilte Professoren rehabilitiert, wieder eingesetzt oder zur Wiederverwendung auf die Warteliste gesetzt. Da mochte Haering nicht zurückstehen.

Nachdem Rechtsanwalt Hugo Wilhelm am 24. Juni 1949 beim Staatskommissariat für die Politische Säuberung intervenierte, legte der Jurist, spätere Vorsitzende der Tübinger Museumsgesellschaft (1951) und Bundesverfassungsrichter Konrad Zweigert<sup>2740</sup> in einem Schreiben

---

<sup>2739</sup> Schwäbisches Tagblatt 9. April 1949.

<sup>2740</sup> Der 1911 in Posen geborene Konrad Zweigert kam im Frühjahr 1944 mit dem von Berlin nach Tübingen übergesiedelten Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht nach Tübingen. Er hatte in Grenoble, Paris, London,

vom 15. Oktober 1949 an den Kultusminister Albert Sauer „ein gutes Wort“<sup>2741</sup> für den Philosophen ein, denn die Pensionsentscheidungen für die entlassenen Professoren standen bevor. „Wenn man die heutigen Maßstäbe der Universitäts-Spruchkammer anlegt, erscheint Herr Prof. Haering sehr hart eingestuft“, schrieb Zweigert. Denn etwa Jakob Wilhelm Hauer, der Führer der deutschen Glaubensbewegung, sei zweifellos „wesentlich stärker belastet“, aber als „Mitläufer“ in den Ruhestand versetzt worden. Haering habe zwar die Versetzung in den Ruhestand selbst vorgeschlagen, sei jedoch davon ausgegangen, dass dies die Emeritierung bedeute. Zweigert war „der Meinung, dass man bei der Festsetzung des Ruhegehalts“ einen Ausgleich zugunsten Haerings finden müsse. Sollte es nicht möglich sein, Haering die Emeritierungsbezüge zu zahlen, „was politisch unbedenklich wäre“, so sollte ihm wenigstens „die volle Pension zugesprochen werden.“ Der Philosoph beabsichtige nicht mehr, an der Universität zu lehren.

Es solle auch in Rechnung gestellt werden, dass Haering „bei der Tübinger Bevölkerung sehr hohes Ansehen genießt und hier nirgends je als Nationalsozialist gegolten hat.“ Im Gegenteil: Zweigert liege ein Schreiben des einstigen Dozentenführers Wetzel vor, in dem berichtet wird, dass Haering in verschiedenen Schreiben an Adolf Hitler und Rudolf Hess für eine geistige Freiheit plädiert und deshalb in seiner Berufsstellung ernsthaft gefährdet gewesen sei. Das sei der Spruchkammer damals noch nicht bekannt gewesen.

Vier Tage später, am 19. Oktober 1949, schob Haerings Anwalt Wilhelm die gleiche Forderung nach.<sup>2742</sup> Zum wiederholten Male wies Wilhelm darauf hin, dass die schriftliche Begründung des Urteils Haering erst rund zehn Monate nach der mündlichen Verhandlung erreichte und er eine Diskrepanz zwischen dem Schriftsatz und der Verhandlung sehe. Auch erwähnte er den Brief von Zweigert mit „derselben Bitte“, bei den anstehenden Beratungen des Kabinetts die Pensionierung in eine Emeritierung zu korrigieren. Der Kultusminister sollte

---

Barcelona, Göttingen und Berlin studiert. Zweigert war seit 1942 Rechtsanwalt am Berliner Landgericht, Referent für romanische Rechte im Romanischen Institut, hatte in Berlin einen Lehrauftrag für französisches Recht. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Zweigert Oberregierungsrat im Kultministerium, erhielt eine Lehrermächtigung an der Universität Tübingen (Einführung in die romanischen Rechte) und habilitierte sich 1946 in Tübingen. Im September 1951 wurde er Richter am Bundesverfassungsgericht, 1955 folgte er einem Ruf an die Hamburger Universität. Laut Personalbogen war das Ergebnis seiner politischen Prüfung: „Ohne Maßnahmen“. Siehe UAT 601/97 (Kollegenakte Konrad Zweigert).

<sup>2741</sup> Schreiben Konrad Zweigert an Kultusminister Albert Sauer vom 15. Oktober 1949, in: EA3/150, Bü 770 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Personalakte Theodor Haering). Zweigert wurde am 11. Dezember 1947 als Stellvertreter des Spruchkammervorsitzenden Walter Erbe ernannt und saß einigen Spruchkammerausschüssen vor.

<sup>2742</sup> Schreiben Rechtsanwalt Hugo Wilhelm an Kultusminister Albert Sauer vom 19. Oktober 1949, in: EA3/150, Bü 770 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Personalakte Theodor Haering).

„sich besonders die Meinung des Herrn Innenministers Renner einholen [...], der sich ein wirklich sicheres Urteil über die Persönlichkeit meines Mandanten aus jahrzehntelanger persönlicher Bekanntschaft bilden konnte.“

Viktor Renner (SPD)<sup>2743</sup> war seit 1921 Mitglied der Tübinger Museumsgesellschaft (MG), saß seit 1932 im Ausschuss, wurde am 18. Juni 1945 zum kommissarischen Oberbürgermeister Tübingens, kurz darauf zum Landrat bestellt und war als Innenminister Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre bei zahlreichen Sitzungen der MG zugegen, wurde später ebenfalls Vorsitzender der MG. Haering hat er gut gekannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg lancierte Renner den Philosophen als Vorsitzenden in einen Tübinger Kulturbeirat, der das kulturelle Leben Tübingens wieder in Schwung bringen sollte, und 1948 verschaffte Renner Haering bereits einen guten Leumund, wie Haering Rektor Walter Erbe in einem Brief mitteilte. Da habe der Innenminister dem Philosophen ein „unbeanstandbares Verhalten in den zwölf Jahren“ attestiert. Renner habe Haering „für einen Mann“ gehalten, „der beim Wiederaufbau heute gerne und mit Erfolg mitarbeiten würde, wenn ihm nur erst die Möglichkeit dazu gegeben würde.“<sup>2744</sup> Gegenüber dem Bundespräsidenten Theodor Heuss hat Renner seine „freundschaftliche Verbundenheit“ zu Haering „mit herzlichem Nachdruck ausgesprochen.“<sup>2745</sup>

Doch die Staatskanzlei ließ zunächst am 8. November 1949 Rechtsanwalt Wilhelm wissen, dass laut Staatspräsident Gebhard Müller das Kabinett „für die Behandlung des vorliegenden Falles nicht zuständig ist“<sup>2746</sup>. Das Gesetz vom 22. Dezember 1948 über die Regelung der

---

<sup>2743</sup> 1899 in Mönchweiler geboren studierte Viktor Renner Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft in Tübingen und Heidelberg, hörte in Tübingen aber auch die beiden Philosophen Erich Adickes und Traugott Oesterreich. Sein Referendariat machte Renner am Amtsgericht Reutlingen und am Tübinger Landgericht, 1937 wurde er Landgerichtsrat in Tübingen. Siehe UAT 258/14921 (Studentenakte Viktor Renner).

<sup>2744</sup> Schreiben Theodor Haering an den Rektor Walter Erbe vom 5. August 1948, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering). Haering wollte damals die Neuaufgabe eines Buches herausbringen, wahrscheinlich handelte es sich um das „Mondbuch“. Der Leipziger Verleger benötigte jedoch ein Zeugnis, dass nichts gegen Haering vorliege. Da habe Haering den Minister um ein solches Zeugnis gebeten. Schließlich habe Renner ihn „die ganze Nazizeit hier in Tübingen“ erlebt.

<sup>2745</sup> Brief Theodor Heuss an Theodor Haering vom 7. Juni 1950, in: UBT Md 1014/222 (Nachlass Theodor Haering, Briefwechsel).

<sup>2746</sup> Schreiben Staatskanzlei an Rechtsanwalt Hugo Wilhelm vom 8. November 1949, in: EA3/150, Bü 770 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Personalakte Theodor Haering). Sauer sprach sich am 4. Februar 1950 in einem Schreiben an die Staatskanzlei dafür aus, auch den Fall Haering (sowie die Fälle Bebermeyer, Pfahler und Hauer) in einer Kabinettsitzung zu behandeln, sobald die Rechtsgutachten vorlägen. Das haben die Minister auch getan, vertraten jedoch aufgrund der Gutachten am 28. Juni 1950 laut einem Schreiben von Sauer an die Staatskanzlei die Ansicht, dass keine Möglichkeit bestehe, durch Spruchkammerurteil zur Ruhe gesetzte Beamte nach dem Gesetz vom 22. Dezember 1948 zu behandeln. In einem weiteren Schreiben vom 1. September 1950 legte Sauer der Staatskanzlei dar, dass eine Überprüfung der Fälle Bebermeyer,

Rechtsverhältnisse der aus politischen Gründen vom Amt entfernten Beamten finde keine Anwendung, da das Spruchkammerurteil eine Wiederverwendung von Haering nicht zulasse. Auch dieses Gesetz kenne nur die Pensionierung, nicht aber die Emeritierung. Eine mögliche Änderung im Gnadenwege sei gegenwärtig noch nicht spruchreif, da die Zuständigkeit des Gnadenrechts noch nicht geklärt sei.

Am 4. Januar 1951 hat sich der Philosoph an Innenminister Viktor Renner persönlich gewandt. Das Schreiben scheint in den Archiven nicht vorhanden, die Antwort von Renner aber liegt im Haering-Nachlass. Renner schrieb am 17. Februar 1951 an den Philosophen zurück: „Ich teile Ihre Auffassung und halte es für unerträglich, dass ausgerechnet Sie in der Entnazifizierung am schlechtesten wegkommen sollen. Ich werde Ihren Fall mit dem Kultminister besprechen und darauf dringen, dass Ihr Fall in der Sitzung des Staatsministeriums noch einmal behandelt wird.“<sup>2747</sup>

Hoch rechnete der SPD-Minister dem Philosophen stets an, dass es ihm zu verdanken sei, als Vorsitzender die Museumsgesellschaft über das „Dritte Reich“ hinüber gerettet zu haben. Haering habe „in schwerster Zeit“ die „Hauptlast der Sorgen getragen und es ermöglicht, dass die Museumsgesellschaft Ihre (!) Aufgaben weiterhin erfüllen konnte.“ Renner wisse, „dass aus einem Schritt, den Sie mit aus der Absicht heraus getan haben, die Lage der Museumsgesellschaft zu erleichtern, Ihnen schmerzliche und kränkende Nachteile entstanden sind, die nicht von vornherein verhindern zu können mir Kummer bereitet hat.“<sup>2748</sup>

Haering fand somit in den alten und neuen Mitgliedern der Museumsgesellschaft seine Unterstützer.<sup>2749</sup> Renner kannte er bereits seit Jahr-

---

Hauer, Pfahler und Haering durch das Kabinett nicht möglich sei. Haering blieb pensioniert. Alle Schreiben in: EA3/150, Bü 770 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Personalakte Theodor Haering).

<sup>2747</sup> Brief Viktor Renner an Theodor Haering vom 17. Februar 1951, in: UBT Md 1014/429 (Briefwechsel Theodor Haering).

<sup>2748</sup> Brief Viktor Renner an Theodor Haering zum 75. Geburtstag vom 21. April 1959, in: UBT Md 1014/429 (Briefwechsel Theodor Haering). Mit dem „Schritt“, den Haering getan hat, um die Situation der Museumsgesellschaft zu erleichtern, meint Renner vermutlich den Parteieintritt.

<sup>2749</sup> In einer Ausschusssitzung am 31. Oktober 1945 trat Theodor Haering nach 15 Jahren als Vorsitzender der Museumsgesellschaft zurück. Grund: Die von der „Feindmacht“ ihm gegenüber ausgesprochene Entlassung als Universitätsprofessor. Siehe: Protokoll der Ausschusssitzung vom 31. Oktober 1945, in: UAT 406/143 (Museumsgesellschaft). Haering war aber auch kaum als Vorsitzender zu halten gewesen, denn die französische Militärregierung verlangte von jeder Gesellschaft, die fortgeführt werden sollte, einen Antrag von fünf Mitgliedern, die nicht in der Partei waren. Siehe Brief Otto Erbe an Verlagsbuchhändler Hans Georg Siebeck vom 18. März 1946, in: UAT 406/169 (Korrespondenz mit einzelnen Mitgliedern 1946 – 1951). In seinem Rücktrittsschreiben an den Tübinger Oberbürgermeister Viktor Renner wies Haering auf den „gemeinnützigen, unentbehrlichen Dienst der MG gegenüber der Stadt“ hin und hob hervor, dass er sie gegen alle Versuche ihrer Verein-

zehnten, Konrad Zweigert wurde Ende Oktober 1951 Vorsitzender der MG, und Anwalt Hugo Wilhelm vertrat nach 1945 die MG bei rechtlichen Fragen. Nach dem Schreiben von Renner an Haering am 17. Februar 1951 stellte Rechtsanwalt Wilhelm am 7. April 1951 formell ein Gnadengesuch an den Staatspräsidenten. Gebhart Müller bat den Kultusminister am 14. April um eine Stellungnahme. Am 9. Mai antwortete Sauer. Er habe keine Einwendungen gegen einen Gnadenerweis zu Gunsten von Haering, wenn ihm die Bezüge und die Rechte eines ordentlich entpflichteten Professors zuerkannt würden. Im Vergleich mit anderen teilweise sogar wieder in den aktiven Dienst übernommenen politisch belasteten Professoren der Universität Tübingen sei dieser Gnadenerweis durchaus gerechtfertigt. Staatspräsident Gebhard Müller<sup>2750</sup> schrieb dem Philosophen am 22. Mai, er ändere die Versetzung in den Ruhestand in eine Emeritierung aufgrund Artikel 49, Absatz 1 der Landesverfassung Württemberg-Hohenzollern um – mit Wirkung zum 1. Juni 1951. Theodor Haering hatte sein Ziel erreicht, er war wieder Mitglied der Tübinger Alma Mater.<sup>2751</sup>

---

nahmung durch Partei oder Stadt bewahrt habe. Es sei gelungen, die MG in die Gegenwart hinüberzuretten. Gefahr drohe derzeit „durch Eingriff der Feindmächte oder durch innerpolitische antiliberalen Strömungen, etwa kommunistischer oder marxistischer Art.“ Siehe Brief Theodor Haering an Viktor Renner vom 3. November 1945, in: UAT 406/143 (Protokolle der Ausschusssitzungen 1945 – 1953). Eine neue Satzung und die Wiedergründung beschloss der Ausschuss dann am 6. Oktober 1950. Gründer waren unter anderen der Optiker Otto Erbe, Innenminister Viktor Renner, Ingenieur Karl Weidle und Theodor Haering. Vorsitzender wurde Otto Erbe, zum 1. Stellvertreter wurde Theodor Haering, zum zweiten Stellvertreter Hans Georg Siebeck gewählt (Protokoll der Ausschusssitzung vom 6. Oktober 1950, in: UAT 406/143; Protokolle der Ausschusssitzungen von 1945 – 1953). Der Verein wurde am 9. Januar 1951 ins Tübinger Vereinsregister eingetragen. 1951 wurde der Bundesverfassungsrichter Konrad Zweigert Vorsitzender, Haering war „Kulturwart“ und Renner „juristischer Berater“. Siehe Protokoll der Ausschusssitzung vom 3. Dezember 1951, in: UAT 406/143 (Protokolle Ausschusssitzung 1945 – 1953). Auf Vorschlag von Renner wurde Theodor Haering am 19. November 1954 zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Siehe Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19. November 1954, in: UAT 406/121 (Mitgliederversammlungen 1951 – 1956). Nachdem Zweigert den Ruf an die Universität Hamburg angenommen hatte, folgte ihm Viktor Renner 1956 als Vorsitzender der Museumsgesellschaft.

<sup>2750</sup> Gebhard Müller, 1900 in Füraamoos geboren, studierte von 1919 an Katholische Theologie, Geschichte und Philosophie in Tübingen und Berlin, in Tübingen hörte er auch die Philosophen Karl Groos, Erich Adickes und Traugott Oesterreich. Nach seiner Promotion 1929 wurde Müller stellvertretender Amtsrichter in Stuttgart und Tübingen, wechselte 1930 als Steuerreferent zur Diözese Rottenburg. Seit 1933 war Müller wieder stellvertretender Amtsrichter, diesmal in Göppingen und Waiblingen. Vor 1933 in der Zentrumspartei, stieß Müller nach 1945 zur CDU. Im August 1948 wurde er Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern. Siehe UAT 258/12961 (Studentenakte Gebhard Müller) und

[http://de.wikipedia.org/wiki/Gebhard\\_M%C3%BCller](http://de.wikipedia.org/wiki/Gebhard_M%C3%BCller) (5. August 2014).

<sup>2751</sup> Das teilte Haering auch seinem Bekannten Ludwig Binswanger in Kreuzlingen mit: Er sei „durch besonderen Akt des Staatspräsidenten, aber gottseidank ohne mein Zutun, wieder in all“ seine Würden eingesetzt, „also wieder Mitglied von Senat und Fakultät.“ Von seinem Recht, wieder zu lesen, habe er noch keinen Gebrauch gemacht, die Zeit schätze er „allzusehr“ zu eigener Arbeit. Siehe Brief Theodor Haering an Ludwig Binswanger vom 2. März 1952, in: UAT 443/12 (Briefwechsel Ludwig Binswanger).

Die Rehabilitierung Haerings und dessen gute Kontakte in die württembergische Staatsspitze müssen sich rasch herumgesprochen haben. Denn Warhold Drascher<sup>2752</sup> (1892 – 1968), Kolonialwissenschaftler in Tübingen, mit Haering am 25. Oktober 1945 entlassen, war zum 1. April 1949 in den Wartestand versetzt, am 25. Mai 1949 als „Mitläufer ohne Maßnahmen“ eingestuft worden und drängte auf Wiedereinsetzung. Die Bezüge waren gekürzt, die Aussicht, wieder lehren zu können, war zu diesem Zeitpunkt in Tübingen gering. So schrieb er am 22. September 1951 an Haering und stellte ihm frei, „ob Sie nicht bei dem großen Einfluss, den Sie besitzen, einige Worte an den Ihnen so gut bekannten Minister Renner oder Minister Sauer richten wollen.“<sup>2753</sup>

Ob sich Haering für Drascher eingesetzt hat, ist nicht bekannt. Wohl aber setzte sich der Philosoph unmittelbar nach seiner Rehabilitierung nachdrücklich und auf unterschiedlichen Ebenen für den Historiker Rudolf Buchner<sup>2754</sup> ein. Der Dozent für mittelalterliche Geschichte war Bannführer in der Hitlerjugend, SA-Mitglied und trat bereits 1931 der NSDAP bei. Von 1939 bis 1945 war er Dozent an der Erzieher-Akademie in Sonthofen. Sie bildete die Lehrer für die Adolf-Hitler-Schulen an den „Ordensburgen“ aus. Buchner hatte nach dem Krieg bereits in Hamburg, Münster und Heidelberg vergeblich versucht, sich umzuhabilitieren.

Anfang 1950 versuchte es Buchner, der von der Spruchkammer Hamburg als entlastet in die Kategorie V eingestuft worden war, in Tübingen. Der Historiker Heinrich Dannenbauer hätte dies „lebhaft“ begrüßt<sup>2755</sup>, da er eine „wissenschaftliche Hilfskraft“ suchte. Wie sehr sich Buchner jedoch von seinen früheren politischen Einstellungen distanziert hatte, war in den Auseinandersetzungen um die Anstellung stets umstritten. So bestanden laut Kultministerium „erhebliche politi-

---

<sup>2752</sup> Siehe zum „Fall Drascher“: EA3/150, Bü 405, in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Personalakte Warhold Drascher).

<sup>2753</sup> Brief Warhold Drascher an Theodor Haering vom 22. September 1951, in: UBT Md 1014/80 (Briefwechsel Theodor Haering).

<sup>2754</sup> Der 1908 in Berlin geborene Rudolf Buchner war der Sohn des Chemie-Nobelpreisträgers (1907) Eduard Buchner (im 1. Weltkrieg gefallen) und Lotte Stahl, der Tochter des Mathematik-Professors Hermann Stahl. Rudolf Buchner besuchte von 1918 bis 1926 das Gymnasium in Tübingen, anschließend studierte er Geschichte, geschichtliche Hilfswissenschaften, Germanistik und Französisch in Tübingen, Frankfurt und Paris. 1930 wurde er promoviert. Von 1933 bis 1935 hatte er einen Lehrauftrag in Frankfurt, von 1935 bis 1938 einen Lehrauftrag in Hamburg, bis 1945 war er anschließend Dozent am Erzieherseminar in Sonthofen, nebenher lehrte er von 1936 bis 1940 mittelalterliche Geschichte an der Universität in Hamburg, von 1940 bis 1945 an der Universität in München. Vom Militärdienst war er freigestellt. Die Dokumente zu Rudolf Buchner und zur Erzieher-Akademie in Sonthofen liegen in UAT 126a/50 (Dozent Dr. Rudolf Buchner) sowie in UAT 131/335 (Personalakte Rudolf Buchner).

<sup>2755</sup> Schreiben Heinrich Dannenbauer an Philosophische Fakultät vom 20. Oktober 1950, in: UAT 126a/50 (Dozent Dr. Rudolf Buchner).

sche Bedenken<sup>2756</sup> gegen eine Dozentur von Buchner, auch der aus dem amerikanischen Exil an die Tübinger Universität berufene Hans Rothfels lehnte Buchner ab, unterstützt von mehreren Stellungnahmen weiterer Historiker.<sup>2757</sup>

Obwohl der Fall Buchner bereits über ein Jahr an der Universität Tübingen verhandelt wurde, begann Haering seine Lobbyarbeit für ihn erst am Sonntag, 1. Juli 1951, einen Monat nach seiner Rehabilitation.<sup>2758</sup> Er habe gehört, schrieb er an den Dekan der Philosophischen Fakultät, dass am Dienstag, 3. Juli, in der Fakultätssitzung die Umhabilitierung von Buchner erneut beraten werde.<sup>2759</sup> Er sei vielleicht der einzige der Fakultät, der Buchner von Jugend auf und dessen Eltern sowie Großeltern durch enge freundschaftliche Beziehungen kenne. Buchner habe einen „absolut einwandfreien, aufrichtigen und zuverlässigen Charakter“, schrieb Haering. Die Lehrtätigkeit in Sonthofen habe er aus „reinem Idealismus getan.“ Es erscheine Haering „als große Härte“, dass politische Bedenken gegen dessen Einsetzung geäußert wurden: „Wann endlich werden wir aufhören, zur Freude anderer Völker die selbstmörderische Arbeit Hitlers fortzusetzen, und uns bester und nötigster Kräfte und Intelligenzen zu berauben“, schloss Haering seinen Brief.

Die Fakultätssitzung wurde für Buchner jedoch ein Desaster. Nach dem Bericht von Hans Rothfels beschloss die Philosophische Fakultät, ihre Meinung zu revidieren und einer Umhabilitierung nicht zuzustimmen. Die Fakultät zog den Antrag zurück.<sup>2760</sup>

Zur gleichen Zeit muss sich Haering auch beim Kultminister für Buchner verwendet haben. Sauer schrieb ihm am 4. September 1951, dass die Universität den Antrag auf Umhabilitierung zurückgezogen habe. Sauer sei nicht in der Lage einzugreifen. „Ich wäre gern bereit gewesen, auf Ihre Ausführungen hin der Umhabilitierung von Herrn Dr. Buchner zuzustimmen, wenn die Universität den Antrag aufrechterhalten hätte.“<sup>2761</sup>

Ob der Kultminister trotz der damaligen Kontroverse um Buchner Haerings Urteil tatsächlich so großes Gewicht beigemessen hätte, oder

---

<sup>2756</sup> Schreiben Kultministerium an Akademisches Rektoramt vom 7. März 1951, in: UAT 126a/50 (Dozent Dr. Rudolf Buchner).

<sup>2757</sup> Schreiben Hans Rothfels an Akademisches Rektoramt vom 10. Juni 1951, in: UAT 126a/50 (Dozent Dr. Rudolf Buchner).

<sup>2758</sup> Zuvor hatten sich einige Historiker für Buchner eingesetzt. Vgl. UAT 131/335 (Personalakte Rudolf Buchner).

<sup>2759</sup> Schreiben Theodor Haering an Dekan der Philosophischen Fakultät vom 1. Juli 1951, in: UAT 131/335 (Personalakte Rudolf Buchner).

<sup>2760</sup> Dekan der Philosophischen Fakultät an Akademisches Rektoramt vom 6. August 1951, in: UAT 126a/50 (Dozent Dr. Rudolf Buchner).

<sup>2761</sup> Schreiben Kultminister Albert Sauer an Theodor Haering vom 4. September 1951, in: UBT Md 1014/52 (Nachlass Theodor Haering, Briefwechsel).

ob er dem Philosophen nur schmeicheln wollte, kann hier nicht entschieden werden. Sauer hatte ja bereits ein halbes Jahr zuvor „erhebliche politische Bedenken“ gegen Buchner dem Akademischen Rektorat gegenüber geltend gemacht.

Haering nutzte in der Folge aber weiterhin seine guten Kontakte, um auf die Notlage derjenigen hinzuweisen, die sich selbst als „Amtsverdrängte“ sahen – jene Dozenten, die aufgrund ihrer politischen Belastung (noch) nicht eingestellt waren. So bat der Philosoph am 2. November 1951 den Staatspräsidenten Gebhard Müller „in der kommenden Woche“ um zehn Minuten Zeit, um mit ihm über die „in Not gekommenen Kollegen“ zu reden, „für die ich mich gerade wegen meiner Ausnahmestellung verantwortlich fühle.“ Haering liege „die Sache sehr am Herzen.“<sup>2762</sup> Für wen sich der Philosoph einsetzen wollte, ist nicht bekannt. Möglich, dass er sich abermals für Buchner verwenden wollte, denn der Fall war an der Universität Tübingen zu diesem Zeitpunkt längst noch nicht abgeschlossen.

Um sich für die entlassenen und noch nicht wieder eingestellten Dozenten einzusetzen, ließ sich Haering auch von Herbert Grabert<sup>2763</sup> (1901 – 1978) instrumentalisieren. Grabert wurde von der Entnazifizierungskommission als „Mitläufer“ eingestuft, eine Rückkehr an die Universität wurde ihm verwehrt. Wie Haering vor seiner Rehabilitation fühlte auch Grabert sich ausgegrenzt, entrechtet, zu Unrecht gemäßregelt. Er sammelte die entlassenen Dozenten im Oktober 1950 in seinem „Verband der nicht amtierenden (amtsverdrängten) Hochschul-lehrer“ um sich und praktizierte konsequenten Lobbyismus, der zeitweise die Schärfe einer „Pressure group“ annahm.<sup>2764</sup>

Im Jahre 1951 veröffentlichte Grabert mehrere Schriften seines Verbandes, in denen er alle amtierenden Kollegen aufforderte, sich für die „Amtsverdrängten“ einzusetzen. Eine dieser Druckschriften legte

---

<sup>2762</sup> Brief Theodor Haering an Gebhard Müller vom 2. November 1951, in: UBT Md 1015/27 (Nachlass Theodor Haering, Briefwechsel).

<sup>2763</sup> Der 1901 in Berlin geborene Herbert Grabert studierte Theologie in Berlin, Tübingen und Marburg, hörte unter anderen in Tübingen auch beim Theologen Theodor von Haering (dem Vater des Philosophen) sowie bei den Philosophen Traugott Oesterreich und Karl Groos. Seine Dissertation schrieb Grabert über die „ekstatischen Erlebnisse des Mystikers und Psychopathen. Eine Gegenüberstellung und ein Vergleich“ bei Jakob Wilhelm Hauer. Siehe: UAT 258/5735 (Studentenakte Herbert Grabert) und UAT 131/1122 (Promotionsakte Herbert Grabert). Grabert zählte während der NS-Zeit zur „völkischen Religionswissenschaft“, nach dem Zweiten Weltkrieg gründete er mehrere Verlage, in denen er rechtsextreme und geschichtsrevisionistische Werke veröffentlichte. Siehe zu Grabert: Junginger 2004b, 10ff.; zur Verlagstätigkeit: Wetzel 2004, 142ff., Maegerle 2004, 155ff.

<sup>2764</sup> Siehe dazu: Finkenberger 2004, 69ff. und Schael 2004, 94ff. Der einstige Tübinger Physiologe Rupprecht Matthaei, Dozentenbundsführer und Tübinger Stadtrat, wurde in Erlangen Vorsitzender des Verbandes der „amtsverdrängten“ Hochschul-lehrer. Siehe zur Geschichte des Verbandes und seiner Lobbypolitik in Bayern und an der Universität in München: Jedlitschka 2008, 571ff.



Haering einem Schreiben an den Tübinger Universitäts-Rektor Helmut Thielicke am 11. Dezember 1951 bei.<sup>2765</sup> In dem als Durchschlag erhaltenen Brief in Haerings Nachlass wollte der Philosoph dem Rektor den „Verband amtsverdrängter Hochschullehrer“ der „besonderen Aufmerksamkeit und dem Wohlwollen Euer Magnifizenz sowie der Dekane Ihrer Hochschule empfehlen.“ Haering sah die Gründung des Verbandes als „unabweisbare Notwendigkeit“ und lobte „das unbestreitbare Verdienst des Herrn Kollegen Grabert“, der „mit unendlichem Aufwand an Zeit und Mühe“ und „in mühseliger Kleinarbeit“ den Verband aufgebaut habe. „Aus genauer Kenntnis der Arbeitsweise des Herrn Grabert“ habe Haering immer mehr den Eindruck gewonnen, „dass es als ein großes Glück betrachtet werden muss, dass diese Arbeit in die Hände eines Kollegen kam, dessen ganzes Bestreben nachweislich“ darauf ausgerichtet sei, die unterschiedlichen Interessen der noch oder wieder im Amt befindlichen und der immer noch amtsverdrängten Hochschullehrer näher zu bringen. Vielen der „noch Amtsverdrängten“ bliebe derzeit nur die Klage, die jedoch könne nicht im Sinne der Universität und des „deutschen Vaterlandes“ sein. Dann nämlich würden „Dinge wieder aufgewühlt“, wie sie sich in der „Entnazifizierungszeit“ und auch später „leider überall sich ereignet haben, die endlich zu begraben vielmehr der innigste Wunsch und das Bestreben aller Beteiligten sein müsste.“

Betrieb hier Haering Lobbyismus und ließ sich für Grabert'sche Ziele einspannen, setzte sich der Philosoph am 28. Februar 1955 in einem Schreiben an den Reutlinger Oberbürgermeister und SPD-Landtagsabgeordneten Oskar Kalbfell abermals konkret für einen „Amtsverdrängten“ ein (eine Abschrift befindet sich im Haering-Nachlass).<sup>2766</sup> Um wen es sich gehandelt hat, ist unklar. Haering bat Kalbfell um „freundliche Unterstützung“ der beiliegenden Druckschrift und womöglich um „nachdrückliche Unterstützung“ ihres Inhalts. Seit seiner Rehabilitierung habe er es für seine Pflicht gehalten, sich um die „amtsverdrängten Kollegen“ zu kümmern, schrieb er. Dem Schreiben legte er ein Emeritierungsbegehren bei, über das er von Grabert, „einem Fachmann“, unterrichtet worden sei. Haering wies Kalbfell jedoch darauf hin, die Informationen „nur ev. zur Bestärkung Ihrer freundlichen Mithilfe bei der Befürwortung des beiliegenden Antrags sich dienen zu lassen.“ Aus begreiflichen Gründen wolle er sich nicht persönlich „in diese Dinge“ einmischen. Wenn Kalbfell jedoch

---

<sup>2765</sup> Brief Theodor Haering an Rektor Helmut Thielicke vom 11. Dezember 1951, in: UBT Md 1015/42a (Nachlass Theodor Haering, Briefwechsel). Nach dem zweiten Blatt bricht der Brief ab.

<sup>2766</sup> Brief Theodor Haering an Oskar Kalbfell vom 28. Februar 1955, in: UBT Md 1015/18 (Nachlass Theodor Haering, Briefwechsel).

weitere Informationen benötige, sei Haering bereit, sie ihm zu verschaffen.<sup>2767</sup>

Um Buchner kann es sich nicht gehandelt haben. Nachdem die Philosophische Fakultät schließlich am 8. Dezember 1952 beschlossen hatte, „dass die Anforderungen, die an einen in der Universität tätigen Erzieher zu stellen sind, nicht erfüllt seien, orientierte er sich nach Würzburg, wo er 1956 Dozent wurde. Auch Drascher kann nicht der Grund Haering'scher Intervention gewesen sein. Er bat am 4. März 1954 um Emeritierung, die ihm bald darauf gewährt wurde.

Nachdem Haering am 22. April 1959 zum 75. Geburtstag mit dem Großen Verdienstkreuz ausgezeichnet worden war, war das auch für Grabert eine Genugtuung. „Immerhin ist es eine Tatsache, dass nicht ein Kamke oder ein Herr Schneider diese Ehrung erfuhren, sondern Sie, ich darf wohl sagen, einer aus unseren Reihen“<sup>2768</sup>, schrieb er dem Philosophen. Grabert habe sich stets um die Wiederherstellung des inneren Friedens in der Hochschullehrerschaft bemüht. Aber er wolle nicht als charakterloser Wicht vor der heutigen Generation stehen, die nichts so nötig habe wie männliche Vorbilder. Und zu diesen Vorbildern gehöre auch Haering mit seinem männlich-aufrechten Bekennermut. Und das nicht erst seit gestern, als man mit einer Ehrung die Kränkung [die Entlassung, der Verfasser] zudeckte. Grabert meldete die Würdigung Haerings auch in seiner Nummer 2 der „Deutschen Hochschulzeitung“ von 1959 – unter der Überschrift „1945 amtsverdrängt – 1959 Großes Verdienstkreuz“.

Ob Haering 1959 tatsächlich einer aus Graberts Reihen war, muss zweifelhaft bleiben. Sicherlich war aus Haering auch 1959 kein aufrechter Demokrat geworden, doch Grabert driftete seit Mitte der 1950er Jahre zunehmend in den aggressiven Rechtsextremismus ab und gab revisionistische Publikationen heraus. Graberts und Haerings gemeinsames Band bestand aus der als ungerecht empfundenen Entlassung aus der Universität und ihrer gesellschaftlichen Zurücksetzung.

---

<sup>2767</sup> Als an einer westdeutschen Universität gegen einen vom Senat gewählten Rektor eine Unterschriftensammlung wegen dessen Nazi-Vergangenheit organisiert wurde, echauffierte sich Haering 1955 in einem Manuskript „Zur Entnazifizierung“ über den Umgang mit „Amtsverdrängten“ und sprach ihnen ein „Recht der Notwehr in einem sogar ganz besonders verstärkten Grade“ zu. Die Angriffe und Verunglimpfungen führten zu Rufschädigung und Diffamierung der Kollegen, die jahrelang ihrer wissenschaftlichen Berufarbeit entzogen worden, Hunger und schwersten gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt gewesen seien. Die Amtsenthebungen beruhten „nachweislich“ auf unhaltbaren und „sogar bewusst falschen Angaben.“ Dieses Verhalten sei nicht nur unkollegial gewesen, sondern „in den meisten Fällen“ ethisch verwerflich, „in vielen Fällen“ seien es reine Racheinstinkte gewesen. Vgl. „Zur Entnazifizierung“, 1955, in: UBT Md 1009 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2768</sup> Brief Herbert Grabert an Theodor Haering vom 24. April 1959, in: UBT Md 1014/155 (Nachlass Theodor Haering, Briefwechsel).

Haering hatte beides längst überwunden, sein Rat war stets gefragt – ob es um einen anderen Namen für den Tübinger Galgenberg ging oder um eine Inschrift für das Ehrenmal auf dem Tübinger Bergfriedhof, für die Haering zwei Vierzeiler verfasste.<sup>2769</sup> 1951 wieder der Universität zugesprochen und in der breiteren Tübinger Gesellschaft bestens vernetzt und verankert, ließ er sich 1953 als Kandidat der Freien Wählervereinigung (FWV) zur Wahl in den Tübinger Gemeinderat aufstellen.<sup>2770</sup> Haering wurde am 15. November 1953 für sechs Jahre gewählt, wurde ständiges Mitglied im Kulturausschuss<sup>2771</sup>, im Sachverständigenbeirat für Werbeeinrichtungen und stellvertretendes Mitglied des Verwaltungs- und Sozialausschusses. Zum 70. Geburtstag am 22. April 1954 ehrte August Lämmle den Philosophen mit einem Südwestfunk-Radiobeitrag<sup>2772</sup>, und Haerings früherer Schüler Otto Heuschele tat es Lämmle gleich. Der Versuch, Haerings Mitwirkung zur Stabilisierung des NS-Systems zu verharmlosen, Geschichtsklitterung zu betreiben, seine Belletristik im „Dritten Reich“ positiv zu interpretieren, ist nicht zu übersehen.<sup>2773</sup> Doch schon nach gut zweieinhalb Jahren dachte Haering an ein Ende seiner Tübinger Gemeinderatstätigkeit. Helmut Calg er, dem damaligen Kulturreferenten des Allgemeinen Studentenausschusses (Asta), schrieb er im Juni 1956, dass er „in allernächster Zeit altershalber“ seine Tätigkeit „vor allem als Kultur- und so auch Konzertreferent der Museumsgesellschaft, wie als Gemeinderat aufgeben werde.“<sup>2774</sup> Offiziell teilte Haering seinen Entschluss, sich von den Aufgaben als Gemeinderat entbinden zu lassen, dem Tübinger Oberbürgermeister erst ein gutes Jahr später mit, nämlich am 10. Oktober

---

<sup>2769</sup> Md 978/2 (Nachlass Theodor Haering). Haering engagierte sich stark für seine Heimatstadt Tübingen. Er kaufte sogar Lotterie-Lose, um mit dem Gewinn das „Wohl der Stadt Tübingen und des weiteren Vaterlandes“ zu mehren. So lautete sein Wunsch zum Neujahr 1961. Siehe UBT Md 996, 2 Neujahr 1961, Blatt 119 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2770</sup> Trotz der „nahenden 70“ habe sich Haering „diese Woche ‚überreden lassen““, bei den Tübingen Gemeinderatswahlen im November zu kandidieren. Siehe Brief Theodor Haering an Ludwig Binswanger vom 29. Oktober 1953, in: UAT 443/12 (Briefwechsel Ludwig Binswanger).

<sup>2771</sup> Dort setzte er sich mit taktischem Geschick für die Erhaltung des Tübingen H lderlinturmes ein. Rudolf Huber, der Leiter des städtischen Kulturamts, bedankte sich jedenfalls nur wenige Monate nach Haerings Beginn als Gemeinderat, dass es ihm gelungen sei, „bei der Stadtverwaltung einen ansehnlichen Betrag freizubekommen für die Herrichtung des H lderlinhauses. [...] Finanztechnisch ist jetzt der richtige Weg beschritten“, so Huber. „Die Beträge unter 10.000 D-Mark lösen keine größere Debatte aus, so kann man später mit Nachtragsw nschen für den Nachtragshaushalt kommen. Ich würde mich freuen, wenn es Ihnen gelänge, bei den weiteren Verhandlungen einen ähnlichen Erfolg für die Ausstattung des Industriesaals zu erreichen.“ Siehe Brief Rudolf Huber an Theodor Haering vom 25. März 1954, in: UBT Md 1014/237 (Briefwechsel Theodor Haering).

<sup>2772</sup> UBT Md 1013/3 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2773</sup> Manuskript einer Radiosendung zum 70. Geburtstag von Theodor Haering am 22. April 1954, verfasst von Otto Heuschele, in: UBT Md 1013/20 (Nachlass Theodor Haering).

<sup>2774</sup> Brief Theodor Haering an Helmut Calg er vom 12. Juni 1956, in: UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering).

1957.<sup>2775</sup> Grund sei die „unerwartet rasche Abnahme“ seiner „schon immer recht schwachen Sehkräfte.“ Die Durchsicht von Akten, die sich mehrenden Vorbesichtigungen in Bau- und Verkehrsangelegenheiten seien ihm immer weniger möglich. Es sei sein persönlicher Wunsch, seine Sehkraft für die Wissenschaft einzusetzen.

So verabschiedete die Stadt Theodor Haering am 11. November 1957 aus dem Tübinger Gemeinderat. Stadtrat Walter Erbe<sup>2776</sup> lobte ihn in seiner Rede, die Stadt verlieh Haering die Hölderlinplakette und – als „genius loci“ – gleichzeitig die Ehrenbürgerwürde, die der Philosoph für hochverdient hielt.<sup>2777</sup> In interfraktionellen Absprachen sei man

---

<sup>2775</sup> Tübingens Oberbürgermeister Hans Gmelin teilte den Inhalt des Schreibens dem Gemeinderat am 14. Oktober 1957 mit. Siehe A 75/1957/§778 (Stadtarchiv Tübingen, Gemeinderatsprotokoll).

<sup>2776</sup> „[...] Das war doch wirklich wieder einmal ein schöner Erfahrungsbeweis dafür, dass es im Ganzen gesehen in der Weltgeschichte doch so eine Art ausgleichende Vergeltung gibt, dass ausgerechnet der Kollege Erbe, der in jenem verhängnisvollen Jahr Rektor war, Dir nun so freundliche Abschiedsworte als Stadtrat widmete.“ So Philosophenfreund Hermann Glockner an Theodor Haering nach der Verleihung der Ehrenbürgerwürde in einem Brief vom 27. November 1957, in: UBT Md 1014/147 (Briefwechsel Theodor Haering). Einen Glückwunsch zum Ehrenbürgerbrief erhielt Haering auch von Emil Tesch, einem Soziologen aus Essen. „[...] Wir haben beide mal einen wirklichen nationalen Sozialismus auf die Beine stellen wollen“, schrieb er ihm 1957. Weil Tesch als „moderner Soziologe“ sich auch an Hegel orientierte, habe er damals Haerings Bekanntschaft gesucht, „um mit Ihnen den Hitlerstaat wissenschaftlich auf reale Beine zu stellen. Es hat nicht sein sollen [...].“ Brief Emil Tesch an Theodor Haering vom 15. Dezember 1957, in: UBT Md 1014/540 (Briefwechsel Theodor Haering).

<sup>2777</sup> Schon 1947 war Haering in seiner Verteidigungsschrift davon überzeugt, dass er sich um Stadt, Universität und „um die ganze schwäbische Heimat gewisse Verdienste erworben“ habe. Laut einem sprachvergleichenden Gutachten hat sich Theodor Haering in einem anonymen Schreiben am 9. Dezember 1954 „mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit“ selbst als Ehrenbürger vorgeschlagen. Der Verfasser dieser Arbeit hatte das anonyme Schreiben 2008 im Tübinger Stadtarchiv gefunden und ein sprachvergleichendes Gutachten an Uwe Wirtz und Prof. Raimund H. Drommel in Auftrag gegeben. In dem Schreiben hebt der Anonymus hervor, dass der Name Haering „untrennbar“ mit der Stadt Tübingen verbunden sei, wieviel ihm die Stadt verdanke. Dessen „Weingärtnerrede“ und das „Mondbuch“ hätten Tübingen „erst in der ganzen Welt bekannt“ gemacht. Haering sei in der Vergangenheit bei allen möglichen Gelegenheiten als Sprecher und Repräsentant der Stadt aufgetreten. Welches Vertrauen er in der gesamten Stadt genieße, habe die Wahl in den Gemeinderat bewiesen. So sei doch der 70. Geburtstag „der rechte Augenblick“, ihm die Ehrenbürgerrechte zu verleihen. Siehe Brief Anonymus an den Oberbürgermeister vom 9. Dezember 1954, in: A 200/376 (Stadtarchiv Tübingen). Das Ehrenbürger-Thema kam nach der „Weingärtnerrede“ im Jahr 1934, in der sich Haering als Ehrenbürger erstmals ins Gespräch brachte, im Januar 1954 wiederum auf. Vor der im Herbst 1954 anstehenden Tübinger Oberbürgermeisterwahl zog der amtierende Oberbürgermeister Wolfgang Mülberger den fast 70-jährigen Haering in einer Sitzung des städtischen Kulturausschusses als möglichen Ehrenbürger-Kandidaten in Erwägung. Doch es wurde nichts daraus. Als sich Hans Gmelin bei der Stichwahl zum neuen Tübinger Oberbürgermeister am 24. Oktober mit 54,8 Prozent gegen den Amtsinhaber Mülberger (45,2 Prozent) durchsetzte, folgte eine heftige Leserbrief-Debatte im Schwäbischen Tagblatt. Dabei diskutierten die Leserbriefschreiber auch die NS-Vergangenheit von Hans Gmelin. Zwar hatte Haering Mülberger gewählt (Mülberger wurde 1953 zusammen mit Haering Ausschussmitglied der Tübinger Museums-gesellschaft), wie er auch in einem Leserbrief im Schwäbischen Tagblatt bekannte. Im zweiten Teil seines Debattenbeitrages vom 30. Oktober 1954 wechselte er jedoch die

übereingekommen, so Oberbürgermeister Hans Gmelin vor dem Gemeinderat, Haering „in Würdigung seiner besonderen Verdienste auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet“<sup>2778</sup> zum Ehrenbürger zu ernennen.<sup>2779</sup> Die „Weingärtnerrede“ und das „Mondbuch“ aus der NS-Zeit wirkten immer noch nach, Gmelin griff sie in seiner Ansprache auf. Schon damals (also 1934), sagte Gmelin, habe sich Haering für das Amt eines Stadtrates „eigentlich“ besonders qualifiziert.<sup>2780</sup>

---

Seiten und stärkte dem neu gewählten Oberbürgermeister Gmelin den Rücken. Er mahnte zur Zusammenarbeit mit Gmelin und bedauerte „es außerordentlich, dass man auch heute noch einem Manne, der in seiner Jugend einmal aus besten Motiven heraus sich dem Nationalsozialismus zur Verfügung stellte, unbesehen und ohne positive Gegengründe die Aufrichtigkeit seiner hiezu gegebenen Erklärungen einfach abstreitet.“<sup>2777</sup> Ein in derselben Ausgabe abgedruckter Leserbrief von Elisabeth Filzer regte an, sich an Haerings „weltberühmte Rede“ zu erinnern. Das tat das Schwäbische Tagblatt. Am 30. November 1954 druckte es sie zum 20. Geburtstag auszugsweise ab. Eine gute Woche später steckte das anonyme Schreiben vom 9. Dezember 1954 im Briefkasten der Stadt. Wenn Haering der Urheber des anonymen Briefes ist, wird der Haering'sche Frontenwechsel von Mülberger zu Gmelin plausibel. Denn OB Mülberger war abgewählt. Er konnte sich nicht mehr um eine Ehrenbürgerschaft Haerings kümmern. Das musste der neue Oberbürgermeister Gmelin übernehmen, der seinen Dienst am 1. Januar 1955 antrat. Doch knapp zwei Jahre lang tat sich nichts. Die „Anregung“ des Anonymus griff niemand auf. Siehe dazu: Hantke 2008a. Das sprachwissenschaftliche Gutachten liegt im Tübinger Stadtarchiv: ZGS1-Haering, Theodor (Zeitgeschichtliche Sammlung).

<sup>2778</sup> Ausführungen von Oberbürgermeister Hans Gmelin vor dem Tübinger Gemeinderat am 11. November 1957, in: A 75/1957/§827 (Stadtarchiv Tübingen, Gemeinde-ratsprotokoll).

<sup>2779</sup> Wie der damalige SPD-Stadtrat, spätere Tübinger Ehrenbürger (1985) und 2012 verstorbene Erwin Geist dem Verfasser dieser Arbeit am 4. Dezember 2008 telefonisch mitteilte, habe es keine Proteste gegen die Verleihung innerhalb des Gemeinderates gegeben. Über die Nazi-Vergangenheit sei „nicht ein Wort gefallen.“ Erwin Geist kam erst 1946 nach Tübingen, er selbst habe von dessen Vergangenheit nichts gewusst. Es sei auch nicht üblich gewesen, darüber zu reden. „Im nachhinein“ hätte Geist jedoch erwartet, dass sich jemand meldet, der etwas über ihn wusste.

<sup>2780</sup> Siehe Protokoll Gemeinderatssitzung und feierliche Verabschiedung von Theodor Haering am 11. November 1957, in: A 75/1957/§137 (Stadtarchiv Tübingen). Völlig überrascht von der Würdigung gab sich Haering: Er habe „gar nichts, aber auch gar nichts“ davon gewusst, sagte er in seiner Ansprache. Dann hielt er gleichfalls eine Überraschung parat: Schon „seit einiger Zeit“ (am 1. August 1956) habe er sein Haus Neckarhalde 31 in seinem Testament der Stadt vermacht, und zwar als Beginn eines Heimatmuseums. Möglicherweise hat es im Anschluss an Haerings Verabschiedung aus dem Gemeinderat eine Kontroverse zwischen ihm und Gmelin gegeben. In einem Brief an Gmelin rechtfertigte Haering die öffentliche Bekanntgabe seines Vermächtnisses an die Stadt: Es sei „keine Vorspiegelung falscher Tatsachen“ gewesen, die Ernennung zum Ehrenbürger habe ihn „wirklich völlig überrascht“, schrieb Haering. Deshalb habe er sein Testament erwähnt. Immer wieder habe er während seiner Dankesrede überlegt, ob Gmelin „als der bisher einzige Mitwissende“ es nicht als Missgriff empfinden würde, wenn er es bereits vor seinem Tode bekannt gebe. Doch es drängte ihn eben, seine Dankbarkeit zu beweisen. Jetzt könne der Eindruck einer „Gegengabe“ nicht entstehen. Siehe: Brief Theodor Haering an Oberbürgermeister Hans Gmelin vom 11. November (1957), in: A 200/376 (Stadtarchiv Tübingen); Hantke 2008b. Das Haus Neckarhalde 31 kaufte Theodor Haering von den Erben seines einstigen Philosophenkollegen Heinrich Spitta 1929. In den ersten Jahren wohnte Haering dort mit seiner Mutter (neben weiteren Mietern), die jedoch am 15. November 1934 nach Herrenberg ins Altersheim ging. Sie starb im Juli 1937.

Gmelin schien Haering nachdrücklich verbunden. Als der Philosoph den Oberbürgermeister anscrieb, um seinen 75. Geburtstag zu planen, antwortete Gmelin, er stehe „selbstverständlich mit allen Möglichkeiten des Rathauses gerne zur Verfügung“. Ob Haering den ausgeräumten Rathaussaal mit entsprechendem Blumenschmuck haben wolle, den „historischen Öhrn“ (einen repräsentativen kleinen Empfangssaal) oder gar Gmelins Dienstzimmer vorziehe, „so wäre das auch ohne weiteres (!) zu machen. Ich möchte mich da ganz nach Ihren Wünschen und Vorstellungen richten.“<sup>2781</sup> 1959 erhielt Haering zum 75. Geburtstag von Regierungspräsident Willi Birn das Große Verdienstkreuz<sup>2782</sup>, außerdem von Karl Fuß („Wendelin Überzwerch“) eine „Huldigung“ im Süddeutschen Rundfunk.<sup>2783</sup> Ein Jahr später überreichte Theodor Eschenburg dem Philosophen zum goldenen Doktorjubiläum das Erneuerungsdiplom der Universität Tübingen<sup>2784</sup>, und zum 80. Geburtstag sendete der Südwestfunk, Studio Tübingen, abermals eine Hommage auf Haering. 1971 gab der Tübinger Gemeinderat den über den Schlossberg führenden Treppen den Namen Haeringstaffel, sie gehören zum Weg der beiden nächtlichen Spaziergänger aus dem „Mondbuch“.

---

<sup>2781</sup> Entwurf eines Briefes von Oberbürgermeister Hans Gmelin an Theodor Haering vom 12. Februar 1959, in: A 200/376 (Stadtarchiv Tübingen). Haering hatte daran gedacht, die Gratulationsabordnungen zu seinem 75. Geburtstag im Rathaus zu empfangen und mit der Familie an einem anderen Ort zu feiern. Stadtrat Otto Erbe hingegen, seit 1956 Ehrenbürger der Stadt Tübingen, wurden die Räume des Rathauses verweigert, wie Gmelin schrieb. Doch der Oberbürgermeister nahm nicht an, dass sich Erbe dadurch benachteiligt fühlen könnte, habe er doch selbst große und geeignete private Räume.

<sup>2782</sup> Bundespräsident Theodor Heuss verlieh es dem Philosophen auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger. Siehe EA 3/150, Bü 770 (Personalakte Theodor Haering, Hauptstaatsarchiv Stuttgart), Baden-Württembergischer Innenminister war zu dieser Zeit Viktor Renner. Kiesingers NS-Vergangenheit wurde in den 1960er Jahren verstärkt diskutiert. Es sei selten, meinte Haering, dass bei Lebzeiten ein Kreuz durch das andere überdeckt werde. Er betrachte die hohe Auszeichnung als eine Art homöopathischen Heilmittels für manche Unbill, die ihm nach 1945 widerfahren sei und die damit als ausgelöscht gelten könne. Dafür habe er zu danken. Siehe Schwäbisches Tagblatt 24. April 1959. Kiesinger hatte Haering bis dahin nicht persönlich gekannt. Zwei Jahre später schrieb er dem Philosophen, es werde ihm „eine große Freude“ sein, ihn am 17. Juni [1961] „endlich – was ich schon lange wünschte – persönlich kennenzulernen.“ Kiesinger hoffte, Haering und „einige Freunde“ „in nächster Zeit“ bei ihm zu Hause empfangen zu können. Für die Zeit bis dahin sandte ihm Kiesinger „ein paar Flaschen heimischen Weines“ als „kleine Reverenz für manche Freude“, die Haering ihm mit seinen Schriften gemacht habe. Siehe: Brief Kurt Georg Kiesinger an Theodor Haering vom 3. Juli 1961, in: UBT Md 1014/263 (Briefwechsel Theodor Haering).

<sup>2783</sup> Am 19. Januar 1959 bat Karl Fuß Theodor Haering um die Zusendung von belletristischen Werken für die Sendung im Süddeutschen Rundfunk. Außerdem sollte der Philosoph mitteilen, was er denn selbst gerne über sich hören möchte. Siehe Brief Karl Fuß an Theodor Haering vom 19. Januar 1959, in: UBT Md 1014/128 (Nachlass Theodor Haering, Briefwechsel). Am 20. April 1959 schrieb Fuß, dass „meine Huldigung“ am Dienstag, 21. April 1959, ausgestrahlt werde. Siehe Brief Karl Fuß an Theodor Haering vom 20. April 1959, in: UBT Md 1014/128 (Nachlass Theodor Haering, Briefwechsel).

<sup>2784</sup> Schwäbisches Tagblatt, 29. August 1960.

Theodor Haering hatte sich im demokratischen Staat eingerichtet, ob er Demokrat geworden ist, muss zweifelhaft bleiben. 1953 erschien sein „Haeringssalat“, in dem er seine bereits am Beginn der NS-Zeit entwickelte „geistige Rassenkunde“ – zwar abgeschwächt – aufgriff und antidemokratische Überzeugungen von „Führung“ und „Gefolgschaft“ vertrat. Übel genommen hat ihm das in der Adenauer-Republik wohl niemand. Seine Vorstellung von „Führung und Gefolgschaft“ kleidete er auch in ein Gedicht an Hans Gmelin.<sup>2785</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Haering Schwierigkeiten, eine Schuld in seinem Verhalten während der NS-Diktatur zu sehen. Davor bewahrte ihn seine grundsätzliche Einstellung zu ethischen Entscheidungen und deren moralisch zu bewertende Folgen. Wenn jemand eine Tat „nach bestem Wissen und Gewissen getan und gewählt hat“, könne ihn „niemals wirklich eine Schuld treffen“, lässt er Fridolin in seinem nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Romanfragment sagen.<sup>2786</sup> In einer undatierten Notiz sah er jedoch Diskrepanzen zwischen seinem die Gegensätze vereinigenden Ideal und dem „ethischen Ideal des Nazismus“, den einseitigen Betonungen der Nationalsozialisten von Gemeinschaft, körperlicher Ertüchtigung oder physischer Rassenzugehörigkeit. Er hätte dem Nationalsozialismus entgegenhalten können, „dass sein Wertsystem nicht mit seinem Weltbild in Harmonie stehe“ und dass der Mensch die Freiheit habe, sich für verschiedene Wertsysteme und damit auch Weltbilder zu entscheiden. Das NS-Weltbild sei ein ganz „einseitiges, zumeist ein rein materialistisches-mechanistisches“ gewesen. So erschien Haering die Art seines „damaligen Kampfes [...] – fast zu meinem Schmerz – als falsch und ihr Ziel in Wahrheit verfehlend.“<sup>2787</sup> Konkreter und selbstkritischer wird Haering allerdings nicht. Auch nicht in einer Antwort auf ein Gedicht von Gerhard Schumann, der die NS-Zeit mit einem Feuerwerk verglich, das nun „verloht“ sei. Aber über diesem schauerlich zerstörten Menschenwerk leuchteten die Sterne und verkündeten das Dauernde, so Schumann.<sup>2788</sup> Dieses Gedicht schickte Haering der einstige Schüler und spätere NS-Kulturfunktionär 1949 zum Jahreswechsel zu. Der

---

<sup>2785</sup> Gmelin soll als „Bildner“ von Neckartal und Ammertal der Bevölkerung den richtigen Weg weisen, „Scheint’s Dir einmal, man verfehl’ ihn, Sag’s den andern und befehl ihn! [...] Deinem Ideal vermähl’ ihn, Das Dir fern vor Augen sch[w]ebet.“ Siehe Brief Theodor Haering an Hans Gmelin vom 11. November [1957], in: A 200/376 (Stadtarchiv Tübingen). Hier zeigt sich wieder Haerings früher Held Fernando aus dem Gedicht „[d]ie Toteninsel“ von 1908.

<sup>2786</sup> Theodor Haering: „Die Offenbarung des Fridolin Lochner, Die Geschichte einer Weltanschauung“, Romanfragment, in: UBT Md 981 (Nachlass Theodor Haering). „Fridolin“ weist starke autobiografische Züge auf.

<sup>2787</sup> Notiz Theodor Haering über den Zweifel seines „Kampfes“, ohne Datum, ohne Ort. Wohl wegen seines Augenleidens hat der Text viele Tippfehler, den er vermutlich selbst um 1960 herum verfasst hat. Siehe UBT Md 996.

<sup>2788</sup> So die Erklärung von Gerhard Schumann selbst in einem Brief vom 23. Dezember 1949, in: UBT Md 1014/494 (Briefwechsel Theodor Haering).

Vers schien Haering „zu billig. Denn leider war es eben kein Feuerwerk, das einfach verlohen könnte, sondern, wenn es auch gewiss für viele ein jugendliches Feuerwerk war, dessen Tragweite sie nicht übersehen konnten, so war es eben doch leider Gottes ein Feuer, das noch immer in seinen Folgen fortschwehlt (!), und bei dem man vielleicht am meisten darunter leidet, dass soviele Unschuldige durch dasselbe zu Schaden und ins Elend gekommen sind – in Todesnot-Tränen und Trauern (!) – die nicht unter den Feuerwerkern waren.“<sup>2789</sup> Theodor Haering war einer der geistigen „Feuerwerker“. Der Tübinger Gemeinderat hat ihm nach jahrelanger Diskussion am 17. Juni 2013 die Ehrenbürgerwürde aufgrund „seiner Verstrickung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem“<sup>2790</sup> aberkannt, im März 2015 hat er die Haeringsstaffel in Schlossbergstaffel umbenannt.

---

<sup>2789</sup> Brief Theodor Haering an Gerhard Schumann vom 21. Dezember 1949, in: UBT Md 1015/36 (Briefwechsel Theodor Haering).

<sup>2790</sup> <http://www.tuebingen.de/11.html#1336> (5. August 2014).



# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Ungedruckte Quellen

### Bundesarchiv Berlin

C 0139 (August Faust)

NS 15/33a, Blatt 21 (Kulturpolitisches Archiv zu Theodor Haering)

NS 15/33a, Blatt 87 (Kulturpolitisches Archiv zu Wilhelm Grebe)

NS 15/33a, Blatt 150 (Kulturpolitisches Archiv zu August Faust)

NS 15/158b, Blatt 201 (Kulturpolitisches Archiv zu Wilhelm Grebe)

NS 15/200, Blatt 37 (Brief NSDAP Gauleitung Schlesien)

NS 15/253, Bl. 145 (Kulturpolitisches Archiv zu Albert Dietrich)

NS 15/253, Blatt 179 (Kulturpolitisches Archiv zu Theodor Haering)

NS 15/253, Blatt 260 (Kulturpolitisches Archiv zu Theodor Haering)

NS 15/254, Blatt 101 (Kulturpolitisches Archiv zu August Faust)

NS 15/256, Blatt 36 (Kulturpolitisches Archiv zu Theodor Haering)

NS 15/256, Blatt 37 (Kulturpolitisches Archiv zu Max Wundt)

NS 15/312, Blätter 59738 – 59756 (Vortrag Wilhelm Grebe auf der philosophischen Arbeitstagung von Buderose mit anschließender Diskussion)

NS 15/312, Blätter 55882, 55892, 55927, 55960, 55962, 55966, 55981, 55996, 56004 (Philosophische Arbeitstagung Buderose)

R 21/Anhang 10007, Blätter 3486f. (Fragebogen Theodor Haering vom 28. 09.1934)

R 21, Anhang 10046 (Gutachten über Theodor Haering)

R 4901/2608, Blätter 109 – 281 (Gesellschaft „Philosophia“, Belgrad)

R4901/2940, Blätter 58 – 320 (Philosophentagungen)

R 4901/10213, Blätter 2008 – 2022

R 4901/12444, Blätter 10 – 100 (Dossier des Sicherheitsdienstes der SS zu den Philosophen an deutschen Hochschulen)

R 4901/13268 (Karteikarte aus der Hochschullehrerkartei, Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: Erich Keller)

### Bundesarchiv Koblenz

R 73/11424 C (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Theodor Haering)

R 73/15578 (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Wilhelm Weisedel)

R 73/15904 (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max Wundt)

N 1221/80 (Nachlass Theodor Heuss, Bd. 9, Goe – Hae, Brief Theodor Haering an Theodor Heuss vom 10. Juni 1949)

N 1221/86 (Nachlass Theodor Heuss, Bd. 15, La – Loe, Brief Hans Wolfgang Liepmann an Theodor Heuss vom 30.1.1929)

### Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz

Nachlass Wilhelm Weisedel, Ordner 8, 58, 62, 63

### Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS)

E 130b, Nr. 163: Schreiben Traugott Konstantin Oesterreich an Reichsstatthalter Wilhelm Murr vom 31. Oktober 1933

EA3/150, Bü 405(Personalakte Warhold Drascher)

EA3/150, Bü 770 (Personalakte Theodor Haering)

EA3/150, Bü 1639 (Personalakte Traugott K. Oesterreich)

EA3/150, Bü 2574: (Personalakte Max Wundt)

J 40/15, Nr. 41 (1919): Nachlass Hermann Haering, Tagebuch

Q 1,2; Bü 90: Nachlass Conrad Haußmann, Literarische Festgabe zum 60. Geburtstag von Rabindranath Tagore, Zusage von Traugott Konstantin Oesterreich

Q 1,2; Bü 104: Nachlass Conrad Haußmann, Schreiben Traugott Konstantin Oesterreich an Conrad Haußmann vom 31. Dezember 1918

### Staatsarchiv Sigmaringen

Staatskommissariat für die politische Säuberung, Spruchkammer, Verfahrensakten

Wü 13 T2, Nr. 2085/009 (Wilhelm Grebe)

Wü 13 T2, Nr. 2089/141 (Karl Groos)

Wü 13 T2, Nr. 2093/196 (Max Wundt)

Wü 13 T2, Nr. 2131/006 (Albert Dietrich)

Wü 13 T2, Nr. 2132/037 (Theodor Haering)

### Staatsarchiv Ludwigsburg

F 400, Bü 10 (Hochschule für Lehrerbildung Esslingen)

F 400, Bü 44 (Hochschule für Lehrerbildung, NSDAP-Mitgliedschaft)

F 400, Bü 125 (Hochschule für Lehrerbildung Esslingen, Arbeitspläne).

F 400, Bü 127 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen, Tagespläne).

F 400, Bü 145 (Staatsarchiv Ludwigsburg, Hochschule für Lehrerbildung Esslingen)

F 400, Bü 256 (Hochschule für Lehrerbildung Esslingen, Beteiligung der Professoren Dr. Keller und Dr. Seebaß an den Dienstprüfungen für das Lehramt an höheren Schulen).

EL 902/3, Bü 6306 (Spruchkammerakten Erich Keller)

### Institut für Zeitgeschichte München

Ma 697, 419 – 425 (Exposé Zeitschrift „Volk und Kultur“)

### Württembergische Landesbibliothek Stuttgart

Briefwechsel Hermann Missenharter/Theodor Haering: Cod. hist. 4° 600, 337-36

### Landeskirchliches Archiv Stuttgart

1235 (Personalakte Erich Keller, Protokoll der Rücksprache zur Entnazifizierung von Erich Keller, 20. Januar 1947)

### Deutsches Literaturarchiv Marbach

Otto Heuschele: A: Heuschele, Zugangsnummer: HS.1993.0003.

Isolde Kurz: A: Kurz

Wilhelm Schussen: A: Schussen, Zugangsnummer: 77.2090.

Theodor Haering: B: Haering, Theodor, Zugangsnummer: HS.2004.0061.00001.

Hermann Hesse: D: Hesse.

### Schweizerisches Literaturarchiv Bern

Hesse-Archiv, Ms L 83

### Universitätsarchiv Halle

Rep 39 Nr. 264 (Anmeldebuch Theodor Haering)

### Universitätsarchiv Leipzig

NA Wundt/III/1716 (Briefe Max Wundt)

### Universitätsbibliothek Leipzig

Nachlass 250 (Driesch): Oesterreich

## Universitätsarchiv Stuttgart

57/53 (Personalakte Helmut Göring)

## Universitätsarchiv Tübingen

UAT 40/2, 89 (Studentenakte Erich Adickes)

UAT 40/83,9 (Studentenakte Theodor Haering)

UAT 47/40 (Großer Senat, Protokolle)

UAT 47a/2 (Kleiner Senat)

UAT 117/840 (Aisstenten am Philosophischen Seminar)

UAT 117/996 (Akademisches Rektoramt)

UAT 117/1290 (Liste der männlichen Gefolgschaftsmitglieder (Volkssturm))

UAT 117/1864 (Politische Säuberung)

UAT 117D/K890 (Politische Säuberung)

UAT 119/144 (Ordentliche Professur für Philosophie)

UAT 119/145 (Außerordentliche Professur für Philosophie)

UAT 126/2 (Personalakte Erich Adickes)

UAT 126/148 (Personalakte August Faust)

UAT 126/220 (Personalakte Wilhelm Grebe)

UAT 126/223 (Personalakte Karl Groos)

UAT 126/323a (Personalakte Erich Keller)

UAT 126/468 (Personalakte Wilhelm Albrecht Nestle)

UAT 126/488 (Personalakte Traugott Konstantin Oesterreich)

UAT 126/541 (Personalakte Konstantin Ritter)

UAT 126/659 (Personalakte Heinrich Spitta)

UAT 126a/50 (Dozent Dr. Rudolf Buchner)

UAT 126a/76 (Personalakte Albert Dietrich)

UAT 126a/172 (Personalakte Theodor Haering)

UAT 126a/517 (Personalakte Wilhelm Weischedel)

UAT 126a/539 (Personalakte Max Wundt)

UAT 131/61a (Philosophische Fakultät)

UAT 131/115, II (Philosophische Fakultät)

UAT 131/207 (Sitzungsprotokolle der Philosophischen Fakultät, Band 8, 1945 – 1950)

UAT 131/335 (Personalakte Rudolf Buchner)

UAT 131/516 (Promotionsakte Erich Keller)

UAT 131/600 (Promotionsakten)

UAT 131/841 (Inventarliste Philosophische Fakultät)

UAT 131/1122 (Promotionsakte Herbert Grabert)

UAT 131/1307 (Promotionsakte Elisabeth Rosenbusch)

UAT 148/3,1 (Psychologisches Institut)

UAT 148/24 (Psychologisches Institut)

UAT 148/35 (Psychologisches Institut)

UAT 149/35 (Politische Säuberung)

UAT 149/37 (Anträge der vom Amt Suspendierten auf Wiedereinsetzung, A – Z)

UAT 153/41 (Personalakte Hermann Haering)

UAT 157/9 (Tübinger Jubiläumsstiftung)

UAT 157/10 (Tübinger Jubiläumsstiftung)

UAT 157/20/Weisedel (Tübinger Jubiläumsstiftung)

UAT 157/38 (Kassenbuch Tübinger Jubiläumsstiftung 1935)

UAT 157/39 (Kassenbuch Tübinger Jubiläumsstiftung 1936)

UAT 167/283 (Handschriften, Kant-Nachlass)

UAT 167/460 (Personalakte Friedrich Kreis)

UAT 169/7 (Politische Gutachten über Professoren)

UAT 172/2 (Politische Säuberung des Lehrkörpers)

UAT 183/49 (Weihnachtsbrief der Kameradschaft und Altherrenschaft Yorck)

UAT 183/96 (Dienstagsgesellschaft, Protokolle ab Herbst 1936)

UAT 205/66 (Zentrale Verwaltung, Lehrstuhlakten)

UAT 205/68 (Zentrale Verwaltung, Lehrstuhlakten)

UAT 228/1 (Nachlass Max Wundt, persönliche Dokumente)

UAT 228/2 (Nachlass Max Wundt)

UAT 228/10 (Nachlass Wundt, Erinnerungen an den Weltkrieg 1914 – 1918)

UAT 228/17 (Nachlass Max Wundt)

UAT 258/5735 (Studentenakte Herbert Grabert)

UAT 258/9046 (Studentenakte Erich Keller)

UAT 258/12961 (Studentenakte Gebhard Müller)

UAT 258/14921 (Studentenakte Viktor Renner)

UAT 259/685 (Studentenakte Maria Groos)

UAT 308/38 (Erster Jahresbericht 1937/38 der Dozentenbund-Akademie)

UAT 364/20072 (Studentenakte Cäcilie Oesterreich)

UAT 399/1,2 (Nachlass Oesterreich; Aufzeichnungen über den Hund „Cado“)

UAT 399/2 (Nachlass Traugott Oesterreich: Tagebuch)

UAT 399/3 (Nachlass Traugott Oesterreich: Maria Raich-Oesterreich)

UAT 399/4 Nachlass Traugott Oesterreich: (Maria Raich-Oesterreich)

UAT 399/7 (Nachlass Traugott Oesterreich: „Einleitung in die Philosophie“)

UAT 399/10 (Nachlass Traugott Oesterreich: Materialisationen auf Fotos)

UAT 399/16 (Nachlass Oesterreich; Tierpsychologie, Entwurf des psychologischen Grundlagenbuches)

UAT 399/20 (Nachlass Traugott Oesterreich; nahezu druckfertige Manuskripte über „[d]ie Extase der Inder“ und „[d]as Ziel der Erziehung. Zur metaphysischen Grundlegung der Pädagogik.“)

UAT 399/37 (Nachlass Traugott Oesterreich, von Philosophenkollegen überreichte Aufsätze ab 1933)

UAT 399/41 (Nachlass Traugott Oesterreich, Tagebuch)

UAT 399/44 (Nachlass Traugott Oesterreich)

UAT 399/45 (Nachlass Traugott Oesterreich)

UAT 399/52 (Nachlass Traugott Oesterreich, Entlassung aus dem Amt)

UAT 406/58 („Die Geschichte der Museumsgesellschaft“, Vortrag von Herrn Minister Viktor Renner, gehalten am 21. Dezember 1962, 1 – 13).

UAT 406/70 (Denkschrift des Vorstandes der Museumsgesellschaft aus Anlass des Planes, das Staatstheater künftig auch für die Veranstaltungen der NSKulturgemeinschaft zu verpflichten, 1 – 9).

UAT 406/82 (Vereinbarung zwischen Museumsgesellschaft und NS-Kulturgemeinde)

UAT 406/102 (Protokolle Mitgliederversammlung der Museumsgesellschaft Tübingen 1919 – 1940)

UAT 406/121 (Museumsgesellschaft Tübingen, Mitgliederversammlungen 1951 – 1956)

UAT 406/143 (Protokolle Ausschusssitzung Museumsgesellschaft 1945 – 1953)

UAT 406/169 (Korrespondenz der Museumsgesellschaft mit einzelnen Mitgliedern 1946 – 1951)

UAT 406/217 (Aufnahmebuch Museumsgesellschaft Tübingen)

UAT 406/536 (Rechnungen Museumsgesellschaft Tübingen)

UAT 443/12 (Nachlass Ludwig Binswanger)

UAT 514/151 (Nationalsozialismus, Ende des Krieges)

UAT 578/632 (Hörerakte Emma Groos)

UAT 601/97 (Kollegenakte Konrad Zweigert)

UAT S 94/46 (Erinnerungen von Hans Dreger)

## Universitätsbibliothek Tübingen

UBT 167/425 (Personalakte Hermann Haering)

### **Nachlass Theodor Haering**

Md 971 (Lebensdokumente)

Md 972 (Predigten)

Md 973 – 978 (Dichtung, Lyrisches)

Md 979 – 980 (Dichtung, Dramatisches)

Md 981 – 985 (Romane und Erzählungen)

Md 986 – 995 (Vorlesungen)

Md 996 – 1005 (Wissenschaftliche Werke)

Md 1006 – 1009 (Wissenschaftliche Aufsätze, und Vorträge)

Md 1010 – 1013 (Zeitungsausschnitte und Rezensionen)

Md 1014 – 1015 (Briefe von Theodor Haering und an Theodor Haering)

## Stadtarchiv Tübingen

A 75/1957/§135, §137, §778, §827, §852 (Gemeinderatsprotokolle)

A 150/4362 (Flattich-Registratur, gedruckter Aktenplan)

A 150/4363 (Flattich-Registratur, gedruckter Aktenplan)

A 150/4364 (Flattich-Registratur, gedruckter Aktenplan)

A 150/4365 (Flattich-Registratur, gedruckter Aktenplan)

A 150/4366 (Flattich-Registratur, gedruckter Aktenplan)

A 200/376 (Brief Anonymus an den Oberbürgermeister Tübingen, 9. Dezember 1954)

E10/N10/3 (Besuch bei Prof. Dr. Theodor Haering am 4. September 1945, in: Nachlass Hermann Werner)

N 13/2 (Nachlass Friedrich Bücheler)

ZGS1-Haering, Theodor (Zeitgeschichtliche Sammlung, Sprachwissenschaftliches Gutachten)



## Literatur

Abendroth, Wolfgang: Die deutschen Professoren und die Weimarer Republik, in: Tröger, Jörg (Hrsg.): Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt/New York 1984, 11 – 25.

Adam, Uwe Dietrich: Hochschule und Nationalsozialismus – Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977a

Adam, Uwe-Dietrich: Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Selbstaufgabe oder Selbstgleichschaltung? Strukturen und Wandlungen einer Universität unter dem Nationalsozialismus, in: Decker-Hauff, Hansmartin; Fichtner, Gerhard; Schreiner, Klaus (Hrsg.): 500 Jahre Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Beiträge zur Geschichte der Universität Tübingen 1477 – 1977, Tübingen 1977b, 193 – 248.

Adickes, Erich: Kant als Ästhetiker, Rede zur Feier von I. Kants 100jährigem Todestag, 12. Februar 1904, in: Jahrbuch des Freien Deutschen Hochstifts in Frankfurt am Main, Sonderabdruck, Frankfurt/Main 1904a, 315 – 338.

Adickes, Erich: Anti-Kappes – Eine notgedrungene Entgegnung, Berlin 1904b

Adickes, Erich: Charakter und Weltanschauung. Akademische Antrittsrede, gehalten am 12. Januar 1905 in Tübingen, Tübingen 1905

Adickes, Erich: Kant contra Haeckel. Für den Entwicklungsgedanken – gegen naturwissenschaftlichen Dogmatismus, 2. verbesserte und erweiterte Auflage, Berlin 1906a

Adickes, Erich: Chamberlains Kant-Werk. Wissenschaft gegen Dilettantismus, in: Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart, Heft 11, August 1906b, 604 – 618.

Adickes, Erich: Kants Ansichten über Geschichte und Bau der Erde, Tübingen 1911

Adickes, Erich: Sub specie aeternitatis, in: Weihnachtsgruß der Universität Tübingen, 1915, 26 – 34.

Adickes, Erich: Kants Opus postumum, in: Kant-Studien, Ergänzungshefte, Nr. 50, Berlin 1920

Adickes, Erich: Erich Adickes, in: Schmidt, Raymund (Hrsg.): Die deutsche Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Leipzig 1921, 1 – 30.

Adickes, Erich: Kants Erbe, Vortrag, gehalten am 20. April 1924 in Königsberg in der Festsitzung der Kantgesellschaft zu Kants zweihundertjährigem Geburtstag, in: Deutsche Rundschau, Jahrgang 50, Mai 1924a, 171 – 188.

Adickes, Erich: Kant als Naturwissenschaftler, in: Kant-Studien 1924b (29), 70 – 97.

Adickes, Erich: Kant und die Als-Ob-Philosophie, 1927

Adickes, Erich: Kants Lehre von der doppelten Affektion unseres Ich als Schlüssel zu seiner Erkenntnistheorie, Tübingen 1929a

Adickes, Erich: Franz Adickes als Mensch, in: Historische Kommission der Stadt Frankfurt (Hrsg.): Franz Adickes, Sein Leben und sein Werk, Frankfurt 1929b, 1 – 232.

Aliotta, Antonio: Der Neuhegelianismus in Italien, II. Giovanni Gentile, in: Philosophischer Weltanzeiger, herausgegeben von Paul Feldkeller, 1930, Nr. 2, 13 – 14.

Alldeutsche Blätter, 43. Jahrgang, Nr. 5, 11. März 1933; 44. Jahrgang, Nr. 10, 19. Mai 1934

Baeumker, Clemens: Clemens Baeumker, in: Raymund Schmidt (Hrsg.): Die deutsche Philosophie der Gegenwart in ihren Selbstdarstellungen, 2. Band, Leipzig 1921, 31 – 60.

Barth, Paul: Paul Barth, in: Raymund Schmidt (Hrsg.): Die deutsche Philosophie der Gegenwart in ihren Selbstdarstellungen, 1. Band, Leipzig 1921, 1 – 20.

Bauch, Bruno: Vom Begriff der Nation, in: Kantstudien, 1917, 139 – 162.

Bauch, Bruno: Rezension zu Max Wundt: Die Philosophie an der Universität Jena in ihrem geschichtlichen Verlaufe, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1932/33, 375 – 379.

Bausinger, Hermann: „... a rechte Volksgemö'schaft“ – Wie sich der Tübinger Philosoph Theodor Haering mit dem Volk gemein macht, in: Jürgen Warneken (Hrsg.): Volksfreunde. Historische Varianten sozialen Engagements. Ein Symposium, Tübingen 2007, 93 – 106.

Bautz, Simone: Gerhard Schumann – Biographie. Werk. Wirkung eines prominenten nationalsozialistischen Autors, Dissertation, Gießen 2008

Bekanntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat, überreicht vom Nationalsozialistischen Lehrerbund Deutschland – Sachsen, Dresden 1934 (<https://archive.org/details/bekanntnisderpro00natiuoft>)

Bense, Max: Hegel und Nietzsche. Aus jüngster Philosophiegeschichte. Rezension zu Theodor Haering: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band II, Leipzig, Berlin 1938, in: Beilage der Kölnischen Zeitung, 13. November 1938

Bense, Max: Zwischen den beiden Kriegen, Band 1: Die Philosophie, Frankfurt/Main, 1951

Benz, Ernst: Neuere Forschungen über Meister Eckhart, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1939/40, 379 – 404.

Besenfelder, Sabine: „Staatsnotwendige Wissenschaft“. Eine Institutionen- und Alltagsgeschichte der Tübinger Volkskunde in den 1930er und 1940er Jahren, Tübingen 2002

Betz, Werner: Zur Geschichte des Wortes „Weltanschauung“, in: Anton Peisl, Armin Mohler (Hrsg.): Kursbuch der Weltanschauungen, Frankfurt 1980, 18 – 30.

Bialas, Wolfgang: Der Nationalsozialismus und die Intellektuellen. Die Situation der Philosophie, in: Wolfgang Bialas, Manfred Gangl (Hrsg.): Intellektuelle im Nationalsozialismus, Frankfurt 2000, 13 – 49.

Biaśtoch, Martin: Tübinger Studenten im Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung, Sigmaringen 1996, Contubernium, Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Band 44

Blätter für Deutsche Philosophie, Zeitschrift der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, Berlin 1927/28 – 1944

Bollmus, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970

Borst, Otto (Hrsg.): Schulung des Erziehers im nationalsozialistischen Staat, 30 Vorträge gehalten bei den von der Ministerialabteilung für die Fachschulen in Württemberg veranstalteten Schulungswochen, Esslingen 1934

Böhme, Klaus (Hrsg.): Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1975

Böhnigk, Volker: Kant und der Nationalsozialismus, Bonn 2000

Böhnigk, Volker: Kulturanthropologie als Rassenlehre. Nationalsozialistische Kulturphilosophie aus der Sicht des Philosophen Erich Rothacker, Wiesbaden 2002

Böhnigk, Volker: Kunst und Typus. Zur rassistisch fundierten Ästhetisierung der nationalsozialistischen Kunst, in: Volker Böhnigk/Joachim Stamp (Hrsg.): Die Moderne im Nationalsozialismus, Bonn 2006, 145 – 178.

Bönisch-Brednich, Brigitte: Volkskundliche Forschung in Schlesien. Eine Wissenschaftsgeschichte, Schriftenreihe der Kommission für deutsche und osteuropäische

Volkskunde in der deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V., Herausgegeben von Heike Müns, Marburg 1994

Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918 – 1933; Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, 2. Durchgesehene Auflage, Bonn 1988

Brecht, Franz Josef: Die Hegelforschung im letzten Jahrzehnt, in: Literarische Berichte aus dem Gebiete der Philosophie, herausgegeben von Arthur Hoffmann, Heft 24, Erfurt 1931, 5 – 34.

Brenner, Hildegard: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek bei Hamburg 1963

Breslauer, Bernhard: Die Zurücksetzung der Juden an den Universitäten Deutschlands, Denkschrift im Auftrage des Verbandes der Deutschen Juden, Berlin 1911

Breuer, Stefan: Die Völkischen in Deutschland, Darmstadt 2008

Brock, Erich: Ein pazifistischer Philosoph, in: Süddeutsche Monatshefte, Heft 6, März 1924, 219 – 222.

Burger, Herbert: Politik und politische Ethik bei F. W. Foerster, Inaugural-Dissertation, Köln 1968

Cancik, Hubert (Hrsg.): Religions- und Geistesgeschichte der Weimarer Republik, Düsseldorf, 1982

Cassirer, Ernst: Vom Mythos des Staates, (Nachdruck der Ausgabe Zürich 1949) Hamburg 2002

Cornwell, John: Forschen für den Führer. Deutsche Naturwissenschaftler und der Zweite Weltkrieg, Bergisch Gladbach 2006

Cornelius, Hans: Hans Cornelius, in: Raymond Schmidt (Hrsg.): Die deutsche Philosophie der Gegenwart in ihren Selbstdarstellungen, 2. Band, Leipzig 1921, 81 – 99.

Cramer, Konrad: Um einen nationalsozialistischen Fichte von Innen bittend. August Faust über Fichte im Jahr 1938, in: Jürgen Stolzenberg, Oliver-Pierre Rudolph (Hrsg.): Die Philosophie Fichtes im 19. Und 20. Jahrhundert, Beiträge des sechsten Internationalen Kongresses der Johann-Gottlieb-Fichte-Gesellschaft in Halle (Saale) vom 3. – 7. Oktober 2006, Fichte-Studien, Band 35, Amsterdam, New York, 2010, 285 – 309.

Dahms, Hans-Joachim: Die Philosophen und die Demokratie in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts: Hans Kelsen, Leonard Nelson und Karl Popper, in: Clemens Jabloner, Friedrich Stadler (Hrsg.): Logischer Empirismus und reine Rechtslehre. Beziehungen zwischen dem Wiener Kreis und der Hans-Kelsen-Schule, Wien, New York 2001, 209 – 230.

Dahms, Hans-Joachim: Philosophie, in: Frank-Rutger Hausmann: Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933 – 1945, 2002, 193 – 228.

Dahms, Hans-Joachim: Jenaer Philosophen in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus und in der Folgezeit bis 1950, in: Uwe Hoßfeld, Jürgen John, Oliver Lemuth, Rüdiger Stutz (Hrsg.): „Kämpferische Wissenschaft“. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln, Weimar, Wien 2003, 723 – 771.

Deutsche Allgemeine Zeitung, 19. April 1933: „Hitler-Feier in Rom. Göring und Papen sprechen vor der deutschen Kolonie“; 26. April 1933: „Hegel in Rom. Zum Abschluss des Internationalen Hegel-Kongresses“

Deutscher Glaube, Monatsschrift der Deutschen Glaubensbewegung, Juli 1938

Dierks, Margarete: Jakob Wilhelm Hauer 1881 – 1962. Leben – Werk – Wirkung, Heidelberg 1986

Dietrich, Albert (Asmus Gendrich): Staat und Marxismus, in: Gewissen, 3. Jahrgang, Nr. 19, 9. Mai 1921a (Online: [http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set\[mets\]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Foai%2F%3Ftx\\_zefysoai\\_pi1%255Bidentifizier%255D%3D906acc67-a3a9-45c4-b12b-c4d8ebcbd0d2](http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set[mets]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Foai%2F%3Ftx_zefysoai_pi1%255Bidentifizier%255D%3D906acc67-a3a9-45c4-b12b-c4d8ebcbd0d2))

Dietrich, Albert (Asmus Gendrich): Der Sozialismus als sittliche Idee, in: Gewissen, 4. Jahrgang, Nr. 5, 30. Januar 1922a (Online: [http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set\[mets\]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Foai%2F%3Ftx\\_zefysoai\\_pi1%255Bidentifizier%255D%3D6435d948-1658-4d72-a069-898ed79caa8a](http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set[mets]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Foai%2F%3Ftx_zefysoai_pi1%255Bidentifizier%255D%3D6435d948-1658-4d72-a069-898ed79caa8a))

Dietrich, Albert: Pazifistischer Frauenkongress, in: Gewissen, 4. Jahrgang, Nr. 17, 24. April 1922b (Online: [http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set\[mets\]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Foai%2F%3Ftx\\_zefysoai\\_pi1%255Bidentifizier%255D%3D5f62a7f7-52ec-41a9-b283-9e81a7748fca](http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set[mets]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Foai%2F%3Ftx_zefysoai_pi1%255Bidentifizier%255D%3D5f62a7f7-52ec-41a9-b283-9e81a7748fca))

Dietrich, Albert: Der wirkliche Mensch, in: Deutsche Arbeit, März 1922c, 81 – 85.

Dietrich, Albert: Der politische Mensch, in: Deutsche Arbeit, Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, Mai 1922d, 169 – 176.

Dietrich, Albert: Marx und Nietzsches Bedeutung für die deutsche Philosophie der Gegenwart. In: Die Dioskuren, Jahrbuch für Geisteswissenschaften, 1922e, 338 – 380.

Dietrich, Albert: Ernst Troeltsch. Eine Gedächtnisrede, in: Einzelschriften zur Politik und Geschichte, Beiträge aus dem Archiv für Politik und Geschichte, Herausgegeben von Dr. Hans Roeseler, Berlin 1923, 5 – 19.

Dietrich, Albert: Heinrich von Kleist im Kampfe, in: Gewissen, 9. Jahrgang, Nr. 44, 31. Oktober 1927a (Online: [http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set\[mets\]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Ffoai%2F%3Ftx\\_zefysoai\\_pi1%255Bidentifizier%255D%3D54dca236-8ed2-458c-b7ba-a0bbe6a868e5](http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set[mets]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Ffoai%2F%3Ftx_zefysoai_pi1%255Bidentifizier%255D%3D54dca236-8ed2-458c-b7ba-a0bbe6a868e5))

Dietrich, Albert: Paul de Lagarde. Zum hundertjährigen Geburtstag, in: Gewissen, 9. Jahrgang, Nr. 45, 7. November 1927b ([http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set\[mets\]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Ffoai%2F%3Ftx\\_zefysoai\\_pi1%255Bidentifizier%255D%3D05824fa5-ed66-4618-86e0-7c36f06787fe](http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set[mets]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Ffoai%2F%3Ftx_zefysoai_pi1%255Bidentifizier%255D%3D05824fa5-ed66-4618-86e0-7c36f06787fe))

Dietrich, Albert: Vom Geist der Berliner Abendblätter, in: Gewissen, 10. Jahrgang, Nr. 4, 22. Januar 1928 (Online: [http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set\[image\]=6&set\[zoom\]=default&set\[debug\]=0&set\[double\]=0&set\[mets\]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Ffoai%2F%3Ftx\\_zefysoai\\_pi1%255Bidentifizier%255D%3D036589b2-a891-4aef-9a59-963b9b25c80d](http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/dfg-viewer/?set[image]=6&set[zoom]=default&set[debug]=0&set[double]=0&set[mets]=http%3A%2F%2Fzefys.staatsbibliothek-berlin.de%2Ffoai%2F%3Ftx_zefysoai_pi1%255Bidentifizier%255D%3D036589b2-a891-4aef-9a59-963b9b25c80d))

Dietrich, Albert: Soziologie am Scheidewege I, in: Deutsche Rundschau, Juli 1932a, 18 – 23.

Dietrich, Albert: Soziologie am Scheidewege II, in: Deutsche Rundschau, August 1932b, 124 – 130.

Dietrich, Albert: Soziologie am Scheidewege III, in: Deutsche Rundschau, September 1932c, 201 – 205.

Dietrich, Albert: Max Schelers Nachlass (I), in: Blätter für Deutsche Philosophie, 1934/35, 411 – 418.

Dietrich, Albert: Aufstieg und Freiheit, in: Deutsches Adelsblatt, 54. Jahrgang, Nummer 5, 25. Januar 1936

Dietrich, Albert: Der 30. Januar als Symbol und Wirklichkeit, in: Deutsches Adelsblatt, 55. Jahrgang, Nummer 5, 30. Januar 1937

Dietrich, Albert: Wir danken unserem Führer!, in: Deutsches Adelsblatt, 56. Jahrgang, Nummer 42, 15. Oktober 1938

Dietrich, Albert: Zum 50. Geburtstag des Führers, in: Deutsches Adelsblatt, 57. Jahrgang, Nummer 17, 22. April 1939

Dietrich, Albert: Zur Theorie der Wehrerziehung, in: Internationale Zeitschrift für Erziehung, Herausgegeben von Alfred Baeumler, XI. Jahrgang 1942, 134 – 140.

Die Ziele der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, o.O., Juli 1918

Domen, Günther: Volksbildung und Volkshochschule, in: Wolfgang Alber, Eckart Frahm, Hans Haußmann, Uwe Loewer (Hrsg.): „Das Volk mehr und mehr zu eigenem Urteil erziehen“. Von der Volksbildung zur Weiterbildung: 75 Jahre Verein für Volksbildung e.V. Reutlingen, Reutlingen 1993, 29 – 35.

Döring, Herbert: Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewusstsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan, 1975

Driesch, Hans: Rezension zu Traugott Konstantin Oesterreich: Die philosophische Bedeutung der mediumistischen Phänomene, in: Kant-Studien, 1926 (31), 600 – 601.

Driesch, Hans: Lebenserinnerungen. Aufzeichnungen eines Forschers und Denkers in entscheidender Zeit, München/Basel 1951

Drucker, Heinrich: Rezension zu Max Wundt: Fichte-Forschungen, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Band 5, 1931/32, 329 – 330.

Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches, Berlin, 23. Oktober 1914, <http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/volltexte/2006/3235/pdf/A008838631.pdf>

Eschenburg, Theodor: Aus dem Universitätsleben, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, 23 – 46.

Fahrenbach, Helmut: Die Weimarer Zeit im Spiegel ihrer Philosophie. Philosophie, Zeitanalyse und Politik insbesondere bei Spengler, Heidegger, Bloch, in: Hubert Cancik (Hrsg.): Religions- und Geistesgeschichte in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1982, 230 – 260.

Farias, Victor: Heidegger und der Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1989

Faust, Anselm: Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33, in: Manfred Heinemann (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Stuttgart 1980, 31 – 49.

Faust, August: Die Dialektik Rudolf Agricolas. Ein Beitrag zur Charakteristik des deutschen Humanismus, in: Archiv für Geschichte der Philosophie, XXXIV. Band 1922, 118 – 135.

Faust, August: Descartes und Augustin, Erlangen 1924

Faust, August (Hrsg.): Zen, der lebendige Buddhismus in Japan, Ausgewählte Stücke des Zen-Textes übersetzt und eingeleitet von Schuej Ohasama, Gotha, Stuttgart 1925

Faust, August: Der Begriff des Nächsten als Grundbegriff einer Sozialphilosophie und Sozialpädagogik, in: Logos, Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur, 1927, 287 – 310.

Faust, August: Die drei Begriffe des Ich und die Erziehungsphilosophie des deutschen Idealismus (Teil I), in: Die pädagogische Hochschule, Wissenschaftliche Beilage zur Badischen Schulzeitung, Heft 2, April 1929a, 57 – 83.

Faust, August: Die drei Begriffe des Ich und die Erziehungsphilosophie des deutschen Idealismus (Teil II), in: Die pädagogische Hochschule, Wissenschaftliche Beilage zur Badischen Schulzeitung, Heft 3, Juli 1929b, 175 – 223.

Faust, August: Der Möglichkeitsgedanke. Systemgeschichtliche Untersuchungen, Erster Teil: Antike Philosophie, Heidelberg 1931

Faust, August: Der Möglichkeitsgedanke. Systemgeschichtliche Untersuchungen, Zweiter Teil: Christliche Philosophie, Heidelberg 1932

Faust, August: Sozialerziehung und Nationalerziehung, in: Deutsches Bildungswesen, Erziehungswissenschaftliche Monatsschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes für das gesamte Reichsgebiet, 1. Jahrgang, München, Juli 1933, 69 – 81.

Faust, August: Johann Gottlieb Fichte, Breslau 1938, Reihe: Junge Wissenschaft im Osten, im Auftrage der Gaustudentenführung Schlesien, Herausgegeben von Hermann Uhtenwoldt, Heft 2

Faust, August: Jacob Böhme als „Philosophus Teutonicus“, in: Theodor Haering (Hrsg.): Das Deutsche in der Deutschen Philosophie, Stuttgart, Berlin 1941, 141 – 190.

Faust, August: Philosophie des Krieges, München 1942

Faust, August: Nikolaus Kopernikus, in: Kant-Studien, Band 43, Heft 1/2, 1943, 1 – 52.



Faye, Emmanuel: Heidegger. Die Einführung des Nationalsozialismus in die Philosophie – Im Umkreis der unveröffentlichten Seminare zwischen 1933 und 1935, Berlin 2009

Fechner-Mahn, Anneliese: Erinnerungen an Traugott Konstantin Oesterreich, in: Psychologie und Geschichte, Band 10, Heft 1 – 2, 2002, 34 – 39.

Feldkeller, Paul (Hrsg.): Reichs philosophischer Almanach auf das Jahr 1923, Darmstadt 1923

Feldkeller, Paul: Hegel-Kongress und Hegel-Weltbund, in: Philosophischer Weltanzeiger, herausgegeben von Paul Feldkeller, 1930, Nr. 2, 11.

Fetscher, Iring: Hans Freyer: Von der Soziologie als Kulturwissenschaft zum Angebot an den Faschismus, in: Karl Corino (Hrsg.): Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus, Hamburg 1980, 180 – 192.

Fichte, Johann Gottlieb: Reden an die deutsche Nation, Berlin 1808, in: [www.zeno.org/Philosophie/M/Fichte,+Johann+Gottlieb/Reden+an+die+deutsche+Nation](http://www.zeno.org/Philosophie/M/Fichte,+Johann+Gottlieb/Reden+an+die+deutsche+Nation)

Fichte, Johann Gottlieb: Erste Einleitung in die Wissenschaftslehre, in: Johann Gottlieb Fichtes sämtliche Werke, Berlin 1845/46, 422 – 450 (<http://www.zeno.org/Philosophie/M/Fichte,+Johann+Gottlieb/Erste+Einleitung+in+die+Wissenschaftslehre/Einleitung>)

Finkenberger, Martin: „Verfolgt“ und „Entrechtet“: Vom Interessenvertreter amtsenthobener Hochschullehrer zum rechtsextremen Geschichtsrevisionisten, in: Finkenberger, Martin; Junginger, Horst (Hrsg.): Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901 – 1978) und seine Verlage, Aschaffenburg 2004, 69 – 93.

Fischer, Kurt R.; Wimmer, Franz M. (Hrsg.): Der geistige Anschluss, Philosophie und Politik an der Universität Wien 1930 – 1950, Wien 1993

Flasch, Kurt: Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg. Ein Versuch, Berlin 2000

Flasch, Kurt: War die SA vielleicht eine Trachtengruppe? Rezension zu Christian Tilitzki: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr.: 197, 26.08.2002, S. 36.

Fragstein, von: Rezension zu August Faust: Johann Gottlieb Fichte, in: Blätter für deutsche Philosophie, Band 14, 1940/41, 305 – 307.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik, Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München, 2. Auflage 2003

Freudenthal, Herbert: Vorwort Lehrerziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, Berlin/Leipzig 1937

Frischeisen-Köhler, Max: Philosophie und Leben, Bemerkungen zu Heinrich Rickerts Buch „Die Philosophie des Lebens“, in: Kant-Studien, 1921, Heft 1 – 2, 112 – 138.

Fritz von, Kurt: Rezension zu Max Wundt: Platons Parmenides, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Band 10, 1937, 332 – 334.

Gadamer, Hans-Georg: Philosophische Lehrjahre. Eine Rückschau, Frankfurt 1977

Gerber, Hans (Hrsg.): Die Universität. Ihre Geschichte, Aufgabe und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933

Gerstengarbe, Sybille: Die erste Entlassungswelle von Hochschullehrern deutscher Hochschulen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1934, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 17 (1994), 17 – 39.

Gesamtverband Alter Landsmannschafter (Hrsg.): Handbuch der deutschen Landsmannschaft, Hamburg, Berlin, Stuttgart, 11. Auflage, 1931

Gewissen, wöchentlich erscheinende Zeitung, Ring-Verlag Berlin, 1919 – 1929 (<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/24359476/>)

Glockner, Hermann: Rezension zu Theodor Haering: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band II, Leipzig, Berlin 1938, in: Deutsche Literaturzeitung, 21. Mai 1939, 726 – 728.

Glockner, Hermann: Heidelberger Bilderbuch, Erinnerungen von Hermann Glockner, Bonn 1969

Goldmann, Stefan: Via regia zum Unbewussten. Freud und die Traumforschung im 19. Jahrhundert, Gießen 2003

Grebe, Wilhelm: Die Form des Erkennens. Eine Untersuchung zur Grundlegung der formalen Logik, München, 1929

Grebe, Wilhelm: Erkennen und Zeit. Eine Studie über das Naturgesetz, München 1931

Grebe, Wilhelm: Geist und Sache, Frankfurt am Main 1934

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Karl Vogtherr, Das Problem der Gleichzeitigkeit, München 1933, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1934/35, 182 – 185.

Grebe, Wilhelm: Das Weser der Philosophie, in: Blätter für deutsche Philosophie 1935/36a, 202 – 212.

Grebe, Wilhelm: Die logische Funktion der Sprache, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1935/36b, 401 – 424.

Grebe, Wilhelm: Der tätige Mensch. Untersuchungen zur Philosophie des Handelns, Berlin 1937a

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Hugo Dingler, Das Handeln im Sinne des höchsten Zieles, München 1935, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1937b, 105 – 107.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Ernst Mally, Erlebnis und Wirklichkeit, Einleitung zur Philosophie der natürlichen Weltauffassung, Leipzi 1935, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1937/38a, 217 – 219.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Eugen Seidel, Geschichte und Kritik der wichtigsten Satzdefinitionen, Jena 1935, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1937/38b, 319 – 323.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Willys Müller, Die Welt in ihrer absoluten Erkenntnis, Eine Philosophie des praktischen Idealismus, Stuttgart 1935, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1937/38c, 435.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Erhart Thierbach, Der Begriff des Wertsystems als Gliedganzes, Würzburg, 1934, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1937/38d, 439.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Wilhelm Dreecken, Sitte und Sittlichkeit, Ein Versuch, München o.J. (1937), in: Blätter für deutsche Philosophie, 1938/39a, 336.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Helmut Folwart, Kant, Husserls, Heidegger, Kritizismus, Phänomenologie, Existenzialontologie, Bresalu, o.J. (1936), in: Blätter für deutsche Philosophie, 1938/39b, 219 – 221.

Grebe, Wilhelm: Meister Eckehart, in: Theodor Haering (Hrsg.): Das Deutsche in der deutschen Philosophie, Stuttgart, Berlin 1941a, 19 – 69.

Grebe, Wilhelm: Der germanische Schicksalsgedanke, in: Deutscher Glaube, 01/1941b, 6 – 17.

Grebe, Wilhelm: Erwiderung auf die Kritiken von Helmut Groos und P. Harraß, in: Deutscher Glaube, 06/1941c, 176 – 179.

Grebe, Wilhelm: Der Dozent und seine Arbeit – Aus der Arbeit der Wissenschaftlichen Akademie Tübingen des NSD-Dozentenbundes, in: Deutschlands Erneuerung, 1941d, 544 – 551.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Franz Schmidt, Kleine Logik der Geisteswissenschaften, München 1938, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1942/43a, 192 – 193.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Wilhelm Burkamp, Wirklichkeit und Sinn, Band I, Die objektive Gewordenheit des Sinns in der sinnfreien Wirklichkeit; Band II, Das subjektive Recht des Sinns über die Wirklichkeit, Berlin 1938, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1942/43b, 456 – 457.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Franz Hlucka, Das Problem der Logik als Entwicklung des Prinzips der Heterothese, Leipzig 1939, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1942/43c, 457 – 458.

Grebe, Wilhelm: Rezension zu Karl Boldt, Die Erkenntnisbeziehung, Tübingen 1937; Karl Boldt, Die Einheit des Erkenntnisproblems, Leipzig 1937, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1942/43d, 458 – 459.

Grebe, Wilhelm: Das ewige Nun. Eine Besinnung über Geschichte, Historie und Historismus, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1943,

Grebe, Wilhelm: Zur Frage der gerechten Würdigung Meister Eckharts, Rezension zu Heinrich Ebeling, Meister Eckharts Mystik, Studien zu den Geisteskämpfen um die Wende des 13. Jahrhunderts, Stuttgart 1941, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1944, 187 – 195.

Groos, Helmut: Die Unfreiheit des Willens, Antwort auf Wilhelm Grebe, in: Deutscher Glaube, 04/1941, 115 – 123.

Groos, Helmut: Karl Groos: Psychologe und Philosoph, in: Karl Groos: Seele, Welt und Gott, Stuttgart 1952, 5 – 25.

Groos, Karl: Die reine Vernunftwissenschaft. Systematische Darstellung von Schellings rationaler oder negativer Philosophie, Heidelberg 1889

Groos, Karl: Einleitung in die Ästhetik, Gießen 1892

Groos, Karl: Die Spiele der Tiere, Jena 1896

Groos, Karl: Die Spiele der Menschen, Jena 1899

Groos, Karl: Der ästhetische Genuss, Gießen 1902

Groos, Karl: Das Seelenleben des Kindes, Ausgewählte Vorlesungen, Berlin 1904

Groos, Karl: Zum Problem der ästhetischen Erziehung, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, Herausgegeben von Max Dessoir, Heft 3, 1906, 297 – 311., <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/zaak1906/0301>

Groos, Karl: Das ästhetische Miterleben und die Empfindungen aus dem Körperinneren, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, Herausgegeben von Max Dessoir, Heft 2, 1909a, 161 – 182., <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/zaak1909/0165>

Groos, Karl; Groos, Marie: Die optischen Qualitäten in der Lyrik Schillers, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, Herausgegeben von Max Dessoir, Heft 4, 1909b, 559 – 571., <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/zaak1909/0563>

Groos, Karl; Groos, Marie: Die akustischen Phänomene in der Lyrik Schillers, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, Herausgegeben von Max Dessoir, Heft 5, 1910, 545 – 570., <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/zaak1910/0549>

Groos, Karl: Der paradoxe Stil in Nietzsches Zarathustra, in: Zeitschrift für angewandte Psychologie und psychologische Sammelforschung, Herausgegeben von William Stern und Otto Lipmann, 1913, 7. Band, 476 – 529.

Groos, Karl: Das anschauliche Vorstellen beim poetischen Gleichnis, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, Herausgegeben von Max Dessoir, Heft 2, 1914, 186 – 207., <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/zaak1914/0192>

Groos, Karl: Bismarck im eigenen Urteil, Stuttgart, Berlin 1920

Groos, Karl: Karl Groos, in: Schmidt, Raymund (Hrsg.): Die deutsche Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Leipzig 1921, 101 – 115.

Groos, Karl: Fürst Metternich. Eine Studie zur Psychologie der Eitelkeit, Stuttgart, Berlin 1922

Groos, Karl: Der Aufbau der Systeme. Eine formale Einführung in die Philosophie, Leipzig 1924a

Groos, Karl: Beiträge zur Ästhetik, Tübingen 1924b

Groos, Karl: Flauberts Novelle „Un coeur simple“, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, Herausgegeben von Max Dessoir, 18. Bd., 1925, 17 – 45.

- Groos, Karl: Naturgesetze und historische Gesetze. Ein Vortrag, Tübingen 1926
- Groos, Karl: Die Sicherung der Erkenntnis. Theoretischer Relativismus und Praktischer Absolutismus, Tübingen 1927
- Groos, Karl: Methodik und Metaphysik, Tübingen 1928
- Groos, Karl: Der Kampf um den Relativismus, Sonderdruck aus Forum Philosophicum VI. I, No. 3, 1931, 461 – 468.
- Groos, Karl: Zur Psychologie des Wert-Erlebens, Berlin 1932a
- Groos, Karl: Zur Analyse des Zeiterlebens, in: Die Wissenschaft am Scheidewege von Leben und Geist, Festschrift Ludwig Klages zum 60. Geburtstag am 10. Dezember 1932b, 72 – 82.
- Groos, Karl: Das Wort „Gelten“, in: Philosophie und Leben, 9. Jahrgang, 4. Heft, April 1933, 86 – 91.
- Groos, Karl: Das philosophische System von Karl Groos, Eigene Gesamtdarstellung, Berlin 1934a
- Groos, Karl: Wesen und Sinn des Spiels, Bemerkungen im Anschluss an die von F.J.J. Buytendijk unter obigem Titel veröffentlichte Schrift, in: Zeitschrift für Psychologie, Band 133, 1934b, 358 – 363.
- Groos, Karl: Wesen und Sinn des Spiels, in: Nederlandsch Tijdschrift voor Psychologie, Jaargang II, 1935, 478 – 483.
- Groos, Karl: Historische Situationen. Bemerkungen über ihr Wesen und ihre Vergegenwärtigung, in: Zeitschrift für Psychologie, Band 139, 1936a, 193 – 211.
- Groos, Karl: Die Unsterblichkeitsfrage, Neue deutsche Forschungen, Abteilung Philosophie, Berlin 1936b
- Groos, Karl: Nicolai Hartmanns Lehre vom objektivierten und objektiven Geist, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Neue Folge des Logos, Band 3, Heft 3, 1937, 266 – 285.
- Groos, Karl: Rückkehr zu Mach? Über den Positivismus Pascual Jordans, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Band 11, 1937/38, 117 – 129.
- Groos, Karl: Von der Seele zum Geist, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Neue Folge des Logos, Band 4, Heft 3, 1938, 244 – 268.
- Groos, Karl: Seele und Raum, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Neue Folge des Logos, Band 5, Heft 2, 1939a, 107 – 117.

Groos, Karl: Die induktive Metaphysik und der Gottesbegriff, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Band 13, Heft 4, 1939b, 347 – 378.

Groos, Karl: Über das Nachahmen, in: Zeitschrift für für Psychologie, Band 145, 1939c, 358 – 389.

Groos, Karl: Zur Frage des ursachelosen Geschehens, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Band 7, Heft 1, 1940a, 25 – 39.

Groos, Karl: Das Wesen und die Formen der Bewusstheit, in: Zeitschrift für Psychologie, Band 149, 1940b, 1 – 30.

Groos, Karl: Über das Wesen des Seelengrundes, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Band 15, Heft 4, 1942, 365 – 395.

Groos, Karl: Aus dem Vorwort eines noch ungedruckten Buches, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Neue Folge des Logos, Band 9, Heft 2, 1943 152 – 154.

Groos, Karl: Enkapsis. Ein Beitrag zur Strukturphilosophie, in: Groos, Karl: Seele, Welt und Gott, Stuttgart 1952, 33 – 53; zuerst in: Zeitschrift für Psychologie, Bd. 98, 1926

Grüttner, Michael: Das Scheitern der Vordenker: Deutsche Hochschullehrer und der Nationalsozialismus, in: Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann, Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Geschichte und Emanzipation, Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt, New York 1999, Seiten 458 – 481.

Grüttner, Michael: Machtergreifung als Generationskonflikt. Die Krise der Hochschulen und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Rüdiger vom Bruch; Brigitte Kaderas (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik: Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, 339 – 353.

Grüttner, Michael: Die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik und die Geisteswissenschaften, in: Holger Dainat, Lutz Danneberg (Hrsg.): Literaturwissenschaft und Nationalsozialismus, Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Band 99, Tübingen 2003, Seiten 13 – 39.

Grüttner, Michael: Universität und Wissenschaft in der nationalsozialistischen Diktatur, in: Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): Philosophie im Nationalsozialismus, Hamburg 2009, Seiten 31 – 55.

Gusy, Christoph: Einleitung. Demokratisches Denken in der Weimarer Republik – Entstehungsbedingungen und Vorfragen, in: Christoph Gusy (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000a, 11 – 37.

Gusy, Christoph: Fragen an das „demokratische Denken“ in der Weimarer Republik, in: Christoph Gusy (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000b, 635 – 663.

Haering, Hermann: Besuche der Söhne, Stuttgart 1952

Haering, Hermann: Theodor Haering 1848 – 1928; Christ und systematischer Theologe; ein Lebens- und Zeitbild, Stuttgart 1963

Haering, Theodor: Der Duisburg'sche Nachlass und Kants Kritizismus um 1775, Tübingen 1910

Haering, Theodor (Thor Heingard): Rot und weisse Liebe – Lieder, Berlin, Leipzig 1911

Haering, Theodor: Untersuchungen zur Psychologie der Wertung (auf experimenteller Grundlage), Leipzig 1913

Haering, Theodor: Lieder in der Heimat, Tübingen 1915

Haering, Theodor: Kulturwissenschaftliche und naturwissenschaftliche Methode“, in: Zeitschrift für Philosophie und philosophische Kritik, Band 160, 1916, 151 – 183.

Haering, Theodor: Beiträge zur Wertpsychologie, in: Archiv für die gesamte Psychologie, Band 37, 1. Heft, 1917a, 1 – 73.

Haering, Theodor: Große Schwaben der Vergangenheit – 2. Hegel“, in: Kriegszeitung des Nationalen Studentendienstes Tübingen“, Heft 2, März 1917b, 3 – 14

Haering, Theodor: Das Geheimnis als gemeinsame Quelle der Theologie und Philosophie, in: Schwäbische Heimatgabe für Theodor Haering zum 70. Geburtstag, Heilbronn 1918, 15 – 28.

Haering, Theodor: Die Materialisierung des Geistes, Tübingen 1919

Haering, Theodor: Mut zur Tat, in: Stuttgarter Neues Tagblatt, 31. Dezember 1920

Haering, Theodor: Die Struktur der Weltgeschichte, Philosophische Grundlegung zu einer jeden Geschichtsphilosophie (in Form einer Kritik an Oswald Spenglers), Tübingen 1921

Haering, Theodor: Schillers Philosophie und die Lebensfragen der Gegenwart, erweiterte Fassung eines Vortrags, gehalten am 8. Oktober 1921 in Marbach, in: Schiller als Volkserzieher, Schriften des Vereins zur Förderung der Volksbildung, Band 4, Verlag des Vereins zur Förderung der Volksbildung, Stuttgart 1922a, 87 – 124.



Haering, Theodor: Der Entwicklungsgedanke und seine Anwendung auf die verschiedenen Wissenschaftsgebiete, in: Fortschritte der Medizin, Die Wochenschrift des praktischen Arztes, Leipzig, 40. Jahrgang, Nr.: 16/17, 3. Mai 1922b, 8 – 12.

Haering, Theodor: Modephilosophie, in: Der Sammler, Unterhaltungs- und Literaturbeilage der Münchner-Augsburger Abendzeitung, Nr. 57, 13. Mai 1922c

Haering, Theodor: Modephilosophie, in: Der Sammler, Unterhaltungs- und Literaturbeilage der Münchner-Augsburger Abendzeitung, Nr. 57, 16. Mai 1922d

Haering, Theodor: Der Untergang des Abendlandes. Der 2. Band des Spenglerschen Werkes, in: Der Sammler, Unterhaltungs- und Literaturbeilage der München-Augsburger Abendzeitung, Nr. 99, 19. August 1922e, 1 – 4.

Haering, Theodor: Philosophie der Naturwissenschaft, München 1923a

Haering, Theodor: Die Religion und die Psychologie der Gegenwart, Nach einem Vortrag innerhalb des religionsunterrichtlichen Kurses vom 1. – 3. August im Festsaal der Universität Tübingen, in: Monatsschrift für Pastoraltheologie zur Vertiefung des gesamten pfarramtlichen Wirkens, XIX. Jahrgang, Januar bis Dezember 1923b, 49 – 56.

Haering, Theodor: Die Wissenschaft im Dienste der Volksbildung, in: Volksbildungsarbeit in Württemberg, Grundsätzliches und Tatsächliches, herausgegeben vom Verein zur Förderung der Volksbildung Stuttgart, 1924, 828 – 833.

Haering, Theodor: Hauptprobleme der Geschichtsphilosophie, Karlsruhe 1925a

Haering, Theodor: Rezension zu Erwin Guido Kolbenheyer: Die Bauhütte. Elemente einer Metaphysik der Gegenwart, in: Deutsche Literaturzeitung, 36. Heft, 1925b, 1748 – 1757.

Haering, Theodor: Grundsätzliche Bemerkungen zu dem Verhältnis von Materie und Feld, von mechanistischer und nichtmechanistischer Physik, in: Philosophischer Anzeiger, Zeitschrift für die Zusammenarbeit von Philosophie und Einzelwissenschaft, herausgegeben von Helmuth Plessner, 1. Jahrgang, 2. Halbband, Bonn 1926a, 405 – 416.

Haering, Theodor: Über Individualität in Natur- und Geisteswelt, Begriffliches und Tatsächliches, Leipzig, Berlin 1926b

Haering, Theodor: Das Werden des Neuen, in: Tagblatt-Schriften, Sonderveröffentlichungen aus dem Stuttgarter Neuen Tagblatt, Stuttgart 1926c, 7 – 10.

Haering, Theodor: Krisenepochen und Geistesgeschichte. Ein Beitrag zur Geschichte des jungen Hegel, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Band 1, 1927/28, 133 – 149.

Haering, Theodor: Worte der Erinnerung, in: Aus den Blättern seiner Tübinger Verbindung „Luginsland“, Tübingen 1928

Haering, Theodor: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, 1. Band, Leipzig, Berlin 1929a

Haering, Theodor: Gemeinschaft und Persönlichkeit in der Philosophie Hegels, in: Philosophie der Gemeinschaft, 7 Vorträge, gehalten auf der Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft vom 1. – 4. Oktober 1928 in Leipzig, herausgegeben von Felix Krueger, Berlin 1929b, 59 – 85.

Haering, Theodor: Die philosophische Bedeutung der Anthropologie, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Band 3, Berlin 1929/30, 1 – 32.

Haering, Theodor: Christoph Sigwart, Tübingen 1930

Haering, Theodor: Hegels Ansicht über den Staatsbeamten. Eine rein historische Untersuchung, in: Zeitschrift des Reichsbundes der höheren Beamten, 1931a, Nr. 12, 170 – 174.

Haering, Theodor: Der Philosoph Friedrich Wilhelm Hegel, Rede gehalten bei der Feier des 100. Todestages am 14. November 1931 im Landestheater zu Stuttgart, in: Württemberg, Monatsschrift im Dienste von Volk und Heimat, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde des Württembergischen Landesamts für Denkmalpflege, Stuttgart 1931b, 482 – 492.

Haering, Theodor: Die philosophischen Ursachen der vermeintlichen Krisis der modernen Naturwissenschaft, in: Die Tatwelt, Zeitschrift für Erneuerung des Geisteslebens, begründet von Rudolf Eucken, herausgegeben von Edith (Eucken-)Erdsiek, 8. Jahrgang, Heft 1, 1932a, 14 – 29.

Haering, Theodor: Das geistige Instrumentarium des Arztes, in: Die medizinische Welt, Ärztliche Wochenschrift, Nr. 39, 1932b, 1 – 10.

Haering, Theodor: Über die verschiedenen Erkenntnisweisen der Psychologie, in: Zeitschrift für Psychologie, Karl-Groos-Festschrift, Bd. 124, Heft 1/2, 1932c, 27 – 54.

Haering, Theodor: Der werdende Hegel, in: Wigersma, Balthus (Hrsg.): Verhandlungen des zweiten Hegelkongresses vom 18. Bis 21. Oktober 1931 in Berlin, Tübingen, Haarlem 1932d

Haering, Theodor: Die philosophischen Grundlagen der heutigen Universitätsbildung, Vortrag am 22. Februar 1933 zur Ringvorlesung der Universität Tübingen unter dem Titel „Die Universität. Ihre Geschichte, Aufgabe und Bedeutung in der Ge-

genwart, in: Öffentliche Vorträge der Universität Tübingen, Wintersemester 1932/33, Stuttgart 1933, 1 – 22.

Haering, Theodor: Die Entstehungsgeschichte der Phänomenologie des Geistes, Vortrag, in: Die Verhandlungen des dritten Hegelkongresses vom 19. – 23. April 1933 in Rom, Tübingen 1934a, 118 – 138.

Haering, Theodor: Naturphilosophie in der Gegenwart, in: Deutschland in der Wende der Zeiten, Stuttgart, Berlin 1934b, 143 – 164.

Haering, Theodor: Rede auf Alt-Tübingen, gehalten bei dem Heimatabend der Professoren und Weingärtner, Tübingen 1934c

Haering, Theodor: Der Mond braust durch das Neckartal, Tübingen 1935a

Haering, Theodor: Rede für den Geist, gehalten in Stuttgart am 26. Februar 1935, Stuttgart 1935b

Haering, Theodor: Der Geist als Sündenbock. Wider die Verächter des Intellekts, in: Berliner Tageblatt, 10. März 1935c

Haering, Theodor: Erwiderung, in: Rhythmus, Monatschrift für deutsche Kultur, Organ des Bodebundes für Gymnastik und gestaltende Erziehung und Mitteilungsblatt des Reichsbundes für deutsche Gymnastik sowie des Arbeitskreises für biozentrische Forschung, Heft 12, Dezember 1935d, 378 – 379.

Haering, Theodor: Cusanus – Paracelsus – Böhme. Ein Beitrag zur geistigen Ahnenforschung unserer Tage, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Neue Folge des Logos, Band 2, Heft 1, Tübingen 1935e, 1 – 25.

Haering, Theodor: Philosophie und Biologie, in: Der Biologe, IV. Jahrgang, Heft 12, 1935f, 393 – 397.

Haering, Theodor: Weihnachten, in: Berliner Tageblatt vom 25. Dezember 1935g, in: UBT Md 1010/28.

Haering, Theodor: Berichte. Neue Hegelliteratur, in: Blätter für deutsche Philosophie 1935/36, 85 – 91.

Haering, Theodor: Was ist Deutsche Philosophie? Ein Beitrag zur geistigen Ahnenforschung, Vortrag gehalten zu Berlin am 20. März 1936, Stuttgart 1936a

Haering, Theodor: Betrachtungen zum Tode Oswald Spenglers, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Berlin 1936b, 295 – 303.

Haering, Theodor: Der tragische Kant. Versuch einer Ergänzung des herrschenden Kantbildes, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Band 3, Heft 2, 1937, 113 – 140.

Haering, Theodor: Schwaben in der Wissenschaft, in: Hans Bihl (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte, Literatur und Sprachkunde vornehmlich Württembergs. Festgabe für Karl Bohnenberger, Tübingen, zum 75. Geburtstag am 26. August 1938a, 208 – 224.

Haering, Theodor: Schelling und Hegel, in: Ernst Müller (Hrsg.): Stiftsköpfe, Heilbronn 1938b, 209 – 257.

Haering, Theodor: Der gefährliche Dichter. Betrachtungen über die Grenzen zwischen Geschichte und Poesie, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, herausgegeben von Hermann Glockner und Karl Larenz, Band 5, Heft 1, 1938c, 1 – 15.

Haering, Theodor: Zur „Philosophie der Naturwissenschaft“. Ein Epilog, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Neue Folge des Logos, Band 6, Heft 1, 1939a, 42 – 68.

Haering, Theodor: Philosophie als geistige Rassenkunde, in: 3. Tübinger Studententag, 29. Juni – 2. Juli 1939, Mitteilungsblatt des Studentenfürers, 1939b, 36.

Haering, Theodor: Das Lächeln des Herrn Liebeneiner, Heilbronn 1940a

Haering, Theodor: Hegels Lehre von Staat und Recht. Ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für die Gegenwart, Vortrag gehalten im Winter 1938/39 in den Vorlesungen der Württembergischen Verwaltungsakademie, Stuttgart 1940b

Haering, Theodor: ... die guten Willens sind! Eine weihnachtliche Betrachtung, in: Sonderbeilage der Neuen Mannheimer Zeitung, Weihnachten 1940c, in: UBT Md 1010/29 (Nachlass Theodor Haering)

Haering, Theodor: Weihnachtsbetrachtungen, in: Darmstädter Tagblatt/Hessische Neueste Nachrichten, 24. Dezember 1940d, Seite 11, in: UBT Md 1010/30 (Nachlass Theodor Haering)

Haering, Theodor: Verheißung und Verhängnis der deutschen Art, Vortrag gehalten zur Eröffnung des Wintersemesters der Württembergischen Verwaltungsakademie in Stuttgart am 5. November 1940, Stuttgart 1941a

Haering, Theodor: Vorwort, in: Theodor Haering: Das Deutsche in der deutschen Philosophie, Stuttgart, Berlin 1941b, V – VIII

Haering, Theodor: Fichte – Schelling – Hegel. Ein Vergleich, in: Theodor Haering: Das Deutsche in der deutschen Philosophie, Stuttgart, Berlin 1941c, 411 – 423.

Haering, Theodor: Albert der Deutsche, in: Theodor Haering: Das Deutsche in der deutschen Philosophie, Stuttgart, Berlin 1941d, 1 – 17.

Haering, Theodor: Philosophie der Heimat, Vortrag auf der Jahrestagung des Bundes für Heimatschutz in Ulm am 3. Mai 1941, in: Felix Schuster (Hrsg.): Schwäbisches Heimatbuch 1941 – Im Auftrag des Bundes für Heimatschutz in Württemberg und Hohenzollern, 27. Band der Bücherei des Bundes, Stuttgart 1941e

Haering, Theodor: Die philosophische Bedeutung der physikalischen Großtat Robert Mayers, in: Blätter für Deutsche Philosophie, 16. Band, Heft 3, 1942a, 228 – 268.

Haering, Theodor: Quantenmechanik und Philosophie, Aussprachebeiträge zu dem Artikel: Das Verhältnis der Quantenmechanik zur Philosophie Kants von Carl Friedrich von Weizsäcker, in: Die Tatwelt, 18. Jahrgang, Heft 1, 1942b, 44 – 61.

Haering, Theodor: Der Begriff des Raumes im Sinne deutscher Raumforschung, in: Raumforschung und Raumordnung, Zeitschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 6. Jahrgang, Heft 10/11, 1942c, 328 – 334.

Haering, Theodor: Der Tod und das Mädchen, Leipzig 1943a

Haering, Theodor: Der Gedanke des Sozialvertrags, in: Kant-Studien, Band 43, Heft 1/2, 1943b, 53 – 102.

Haering, Theodor: Hölderlin und Hegel in Frankfurt. Ein Beitrag zur Beziehung von Dichtung und Philosophie, in: Paul Kluckhohn (Hrsg.): Hölderlin. Gedenkschrift zu seinem 100. Todestag, 7. Juni 1943, Tübingen 1943c, 174 – 202.

Haering, Theodor: Die deutsche und die europäische Philosophie. Über die Grundlagen und die Art ihrer Beziehung, Stuttgart, Berlin 1943d

Haering, Theodor: Vom Amt der Philosophie. Von der Besinnung auf das Ganze, in: Leipziger Neueste Nachrichten, 16. April 1944a, 4.

Haering, Theodor: Philosophie als Rassenkunde, in: Neues Wiener Tagblatt, Nr. 229, 20. August 1944b

Haering, Theodor: Filosofie(!) als geistige Rassenkunde, in: Tübinger Chronik, 24. März 1945

Haering, Theodor: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band II, Aalen 1963, Neudruck der Ausgabe Leipzig 1938

Hammerstein, Notker: Die deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920 – 1945, München 1999

Hammerstein, Notker: Wissenschaftssystem und Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus, in: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik, herausgegeben von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas, Stuttgart 2002, 219 – 224.

Hantke, Manfred: Der Philosoph als Mitläufer – Theodor Haering: Es kam ein Führer! Der Führer kam!“, in: Benigna Schönhagen (Hrsg.): Nationalsozialismus in Tübingen – Vorbei und vergessen, Tübingen 1992, 179 – 185

Hantke, Manfred: ...Und hörte nicht auf, des Führers Genialität zu preisen, in: Schwäbisches Tagblatt, 29. Januar 2005

Hantke, Manfred: Über die „rechte und wirkliche Volksgemeinschaft“, in: Tübinger Blätter, Tübingen 2006, 45 – 50

Hantke, Manfred: Der Philosoph als Anonymus. Prof. Theodor Haering empfahl sich höchstwahrscheinlich selbst als Ehrenbürger, in: Schwäbisches Tagblatt, 20. Dezember 2008a

Hantke, Manfred: Nichts, aber auch gar nichts gewusst. Eine Rede machte Theodor Haering berühmt und verhalf ihm zur Ehrenbürgerschaft, in: Schwäbisches Tagblatt, 20. Dezember 2008b

Hantke, Manfred: Kein entlastendes Merkmal. Weitere Verfahren würden das Ergebnis nur noch erhärten, Interview mit Uwe Wirtz und Prof. Reimund Drommel, den beiden Erstellern des sprachvergleichenden Gutachtens über das anonyme Schreiben an den Tübinger Oberbürgermeister, Theodor Haering die Ehrenbürgerwürde zu überreichen, in: Schwäbisches Tagblatt, 20. Dezember 2008c

Hantke, Manfred: Eine Maulwurfsexistenz im NS-Staat. Hans Wolfgang Liepmann arbeitete für die evangelische Presse im Untergrund, in: Schwäbisches Tagblatt, 7. Dezember 2009

Hantke, Manfred: Das Philosophische Seminar: Deutsch bis in die Wurzeln, in: Urban Wiesing, Klaus-Rainer Brintzinger, Bernd Grün, Horst Junginger, Susanne Michl (Hrsg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus, Contubernium, Tübinger Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Band 73, Stuttgart 2010a, 385 - 434

Hantke, Manfred: Ein gutes Wort eingelegt: Wie sich der „Mitläufer“ Theodor Haering erfolgreich um seine Rehabilitierung bemühte, in: Schwäbisches Tagblatt, 7. Mai 2010b

Hantke, Manfred: Eine widerliche Art des Krieges, Friedrich Sengle berichtete in seinen Feldpostbriefen von Wehrmachtverbrechen, in: Schwäbisches Tagblatt, 20. Februar 2012

Harten, Hans-Christian; Neirich, Uwe; Schwerendt, Matthias: Rassenhygiene als Erziehungsideologie des Dritten Reichs, Edition Bildung und Wissenschaft, Band 10, Berlin 2006

Hartmann, Frank: Philosophie und Drittes Reich, in: Fischer, Kurt H.; Wimmer, Franz M. (Hrsg.): Der geistige Anschluss. Philosophie und Politik an der Universität Wien 1930 – 1950, Wien 1993, 101 – 122.

Hartmann, Frank: Denker denken Geschichte. Erkundungen zu Philosophie im Nationalsozialismus, Wien 1994

Harraß, P.: Das reine Ich, Antwort auf Wilhelm Grebe, in: Deutscher Glaube, 03/1941, 90 – 92.

Hauer, Jakob Wilhelm: Rezension zu Ernst Müller: Siftsköpfe, in: Deutscher Glaube, Juli 1939, 320 – 322.

Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Deutsche Philosophen 1933, Hamburg 1989

Hausmann, Frank-Rutger: Deutsche Geisteswissenschaft im Zweiten Weltkrieg. Die „Aktion Ritterbusch“ (1940 – 1945), Dresden, München 1998

Hausmann, Frank-Rutger: Die Gründlichen und die Abgründigen. Rezension zu Christian Tilitzki: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Süddeutsche Zeitung, Nr.: 19, 19.04.2002a, S. 16.

Hausmann, Frank-Rutger: Einführung, in: Frank-Rutger Hausmann (Hrsg.): Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933 – 1945, München 2002b, VII – XXV.

Heer, Friedrich: Weimar – Ein religiöser und weltanschaulicher Leerraum, in: Hubert Cancik (Hrsg.): Religions- und Geistesgeschichte der Weimarer Republik, Düsseldorf 1982, 31 – 48.

Hegel, Georg Friedrich Wilhelm: Grundlinien der Philosophie des Rechts, 4. Auflage, Hamburg 1955

Hehlmann, Wilhelm: Rezension zu Friedrich Kreis: Phänomenologie und Kritizismus, Tübingen 1930, in: Kant-Studien 1933 (38), 185 – 186.

Heiber, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1: Der Professor im Dritten Reich, Bilder aus der akademischen Provinz, München, London, New York, Paris 1991

Heiber, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz, Teil II: Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, Band 1, München, London, New York, Paris 1992

Heimsoeth, Heinz: Rezension zu Max Wundt: Aufstieg und Niedergang der Völker. Gedanken über Weltgeschichte auf rassischer Grundlage, München, Berlin 1940, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Band 15, Heft 1/2, 1941/42, 199 – 201.

Heinz, Marion; Gretic, Goran (Hrsg.): Philosophie und Zeitgeist im Nationalsozialismus. Zur Sache des Denkens, Würzburg 2006

Heinz, Marion; Schäfer, Rainer: Die Fichte-Rezeption im Nationalsozialismus am Beispiel Bauchs und Gehlens, in: Jürgen Stolzenberg; Oliver-Pierre Rudolph (Hrsg.): Wissen, Freiheit, Geschichte. Die Philosophie Fichtes im 19. Und 20. Jahrhundert, Beiträge des sechsten Internationalen Kongresses der Johann-Gottlieb-Fichte-Gesellschaft in Halle (Saale) vom 3. – 7. Oktober 2006, Bd. I: Haupt- und Abendvorträge, Sektion 1, Amsterdam, New York, 2010, 243 – 265.

Heller, Hermann: Hegel und der nationale Machtstaatsgedanke in Deutschland. Ein Beitrag zur politischen Geistesgeschichte, Leipzig, Berlin 1921

Henke, Klaus-Dietmar: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981

Hering, Rainer: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 – 1939, Hamburg 2003

Hesse, Alexander: Die Professoren und Dozenten der preußischen pädagogischen Akademien (1926 – 1933) und Hochschulen für Lehrerbildung (1933 – 1941), Weinheim 1995

Heuß, Theodor: Das Lächeln des Herrn Liebeneiner, Rezension, in: Die Literatur, Monatschrift für Literaturfreunde, Oktober 1940 – September 1941, 84.

Hitler, Adolf: Mein Kampf, München 1933 (Exemplar von Theodor Haering)

Hockerts, Hans Günter: War der Nationalsozialismus eine politische Religion? Über Chancen und Grenzen eines Erklärungsmodells, in: Klaus Hildebrand (Hrsg.): Politik und Religion: Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus, Schriften des Historischen Kollegs, München 2003, 45 – 72.

Hofer, Walther (Hrsg.): Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933 – 1945, Frankfurt 1982



Hofmann, Markus: Über den Staat hinaus. Eine historisch-systematische Untersuchung zu F.W.J. Schellings Rechts- und Staatsphilosophie, Dissertation Universität Zürich, 1999

Hogrebe, Wolfram: Die Selbstverstrickung des Philosophen Oskar Becker, in: Hans-Jörg Sandkühler (Hrsg.): Philosophie im Nationalsozialismus, Hamburg 2009, 157 – 190.

Holzhey, Helmut; Röd, Wolfgang: Geschichte der Philosophie Band XII, Die Philosophie des ausgehenden 19. Und des 20. Jahrhunderts, Band 2, Neukantianismus, Idealismus, Realismus, Phänomenologie, München 2004

Hopf, Wilhelm: Die Burschenschaft „Derendingia“ Tübingen, Tübingen 1927

Horkheimer, Max: Zum Rationalismustreit in der gegenwärtigen Philosophie, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Sozialforschung von Max Horkheimer, III/1934, 1 – 53.

Hose, Martin: Kurt von Fritz, in: Akademie aktuell, Heft 3, 2005, 26 – 29 ([https://www.badw.de/de/publikationen/akademieAktuell/2005/15/00\\_aa2005-3\\_gesamt.pdf](https://www.badw.de/de/publikationen/akademieAktuell/2005/15/00_aa2005-3_gesamt.pdf))

Hoßfeld, Uwe; John, Jürgen; Stutz, Rüdiger: „Kämpferische Wissenschaft“: Zum Profilwandel der Jenaer Universität im Nationalsozialismus, in: Hoßfeld, Uwe; John, Jürgen, Lemuth, Oliver; Stutz, Rüdiger (Hrsg.): „Kämpferische Wissenschaft“. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln, Weimar, Wien 2003, 23 – 121.

Hösle, Vittorio: Eine kurze Geschichte der deutschen Philosophie. Rückblick auf den deutschen Geist, München 2013

Hugenberg, Alfred: Franz Adickes als Staatsmann und Politiker, in: Historische Kommission der Stadt Frankfurt (Hrsg.): Franz Adickes. Sein Leben und sein Werk, Frankfurt 1929, 233 – 253.

Jansen, Christian: Professoren und Politik. Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914 – 1935, Göttingen 1992; Reihe Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, herausgegeben von Helmut Berding, Jürgen Kocka, Hans Ulrich Wehler, Band 99, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:12-bsb00048511-1>

Jaspers, Karl: Die geistige Situation der Zeit (1931), Berlin 1949

Jedlitschka, Karsten: Old boys network. Der „Verband der nicht-amtierenden (amstverdrängten) Hochschullehrer und seine Lobbypolitik in Bayern am Beispiel der Universität München, in: Kraus, Elisabeth (Hrsg.): Die Universität München im Dritten Reich, Teil II, München 2008, 571 – 613.

Jooß, Rainer: Lehrerbildung in Esslingen 1919 – 1949, in: Von Weimar bis Bonn: Esslingen 1919 – 1949, Begleitband zur Ausstellung „Esslingen 1919 – 1949 im Alten Rathaus und an elf Stellen in der Stadt vom 15. Mai bis 18. August 1991, Sigmaringen 1991, 151 – 168.

Jooß, Rainer: Erich Keller (1894 – 1977), in: Rainer Lächele, Jörg Thierfelder (Hrsg.): Wir konnten uns nicht entziehen, 30 Portraits zu Kirche und Nationalsozialismus in Württemberg, Stuttgart 1998, 287 – 298.

Joung, Ho-Won: Volkssouveränität, Repräsentation und Republik. Eine Studie zur politischen Philosophie Immanuel Kants, Würzburg 2006

Junginger, Horst: Von der philologischen zur völkischen Religionswissenschaft, Das Fach Religionswissenschaft an der Universität Tübingen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Dritten Reiches, Stuttgart 1999

Junginger, Horst: Die Tübinger Schule der „völkischen Religionswissenschaft“ in den dreißiger und vierziger Jahren, in: Finkenberger, Martin; Junginger, Horst (Hrsg.): Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901 – 1978) und seine Verlage, Aschaffenburg 2004a, 10 – 35.

Junginger, Horst: Herbert Grabert als völkischer Religionswissenschaftler: Der Glaube des deutschen Bauerntums, in: Finkenberger, Martin; Junginger, Horst (Hrsg.): Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901 – 1978) und seine Verlage, Aschaffenburg 2004b, 36 – 68.

Kaegi, Dominic: Philosophie, in: Eckart, Wolfram U.; Sellin, Volker; Wolgast, Eike (Hrsg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, 321 – 349.

Kant, Immanuel: Beantwortung der Frage „Was ist Aufklärung?“ In der Berlinischen Monatschrift, Dezember-Heft 1784, 481 – 494. <http://www.uni-potsdam.de/u/philosophie/texte/kant/aufklaer.htm>

Kant-Studien, 1917 – 1933

Kapferer, Norbert: Die Nazifizierung der Philosophie an der Universität Breslau, Münster 2001

Kater, Michael H.: Das „Ahnenerbe“. Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft in der SS – Organisationsgeschichte von 1935 bis 1945, Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät der Ruprecht-Karl-Universität in Heidelberg, 1966

Kehrer, Günter: Soziale Klassen und Religion in der Weimarer Republik, in: Hubert Cancik (Hrsg.): Religions- und Geistesgeschichte in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1982, 67 – 89.

Keller, Erich: Bruno Bauch als Philosoph des vaterländischen Gedankens, , Fr. Manns pädagogisches Magazin, Heft 1187, Langensalza 1928

Keller, Erich: Das Problem des Irrationalen im wertphilosophischen Idealismus der Gegenwart, Berlin 1931

Keller, Erich: Germanische Weltanschauung, in: Otto Borst (Hrsg.): Schulung des Erziehers im nationalsozialistischen Staat, 30 Vorträge gehalten bei den von der Ministerialabteilung für die Fachschulen in Württemberg veranstalteten Schulungswochen, Esslingen 1934a, 32 – 36.

Keller, Erich: Bruno Bauch als Wegbereiter nationalsozialistischen Denkens, in: Besondere Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg, 1934b, 62 – 66.

Keller, Erich: Weltanschauungslehre, in: Württembergische Schulwarte, Mitteilungen der Württembergischen Landesanstalt für Erziehung und Unterricht, 11. Jahrgang, Stuttgart 1935a, 380 – 381.

Keller, Erich: Die Philosophie Bruno Bauchs als Ausdruck germanischer Geisteshaltung, Stuttgart 1935b

Keller, Erich: Die Weltanschauung Felix Dahns, in: Deutscher Glaube 1937a, 408 – 419.

Keller, Erich: Geistigkeit und Intellektualismus, in: Aus Unterricht und Forschung, heft 11/12, 1937b, 447 – 458.

Keller, Erich: Zur Ethik der Gegenwart (anlässlich des Erscheinens von Bruno Bauchs „Grundzügen der Ethik“), in: Blätter für Deutsche Philosophie, 1937/38, 71 – 82.

Keller, Erich: Die Ehre als Mittelpunkt des deutschen Ethos, in: Aus Forschung und Unterricht, Heft 34, 1939, 61 – 74.

Kiesewetter, Hubert: Von Hegel zu Hitler. Eine Analyse der Hegelschen Machtstaatsideologie und der politischen Wirkungsgeschichte des Rechtshegelianismus, Hamburg 1974

Kiesewetter, Hubert: Von Hegel zu Hitler. Die politische Verwirklichung einer totalitären Machtstaatstheorie in Deutschland 1815 – 1945, 2., völlig veränderte und erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main 1995

Kirchlicher Anzeiger für Württemberg, Organ des Evangelischen Pfarrvereins, XXV. Jahrgang, Nummer 2, 13. Januar 1916

Kittel, Manfred: Provinz zwischen Reich und Republik: politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918 – 1933/36, München 2000

Klaiber Walter; Weyer, Michael (Hrsg.): 125 Jahre Theologisches Seminar der Evangelisch-methodistischen Kirche, Reutlingen 1983

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2. Auflage, Frankfurt/Main 2007

Klein, Hans-Dieter: Philosophischer Idealismus und Nationalsozialismus, in: Fischer, Kurt H.; Wimmer, Franz M.: (Hrsg.): Der geistige Anschluss, Philosophie und Politik an der Universität Wien 1930 – 1950, Wien 1993, 36 – 52.

Kleinberger, Aharon F.: Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik?, in: Manfred Heinemann (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil II: Hochschule, Erwachsenenbildung, Stuttgart 1980, 9 – 30.

Klemmt, Alfred: Wissenschaft und Philosophie im Dritten Reich, in: Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein, Berlin, Heft 32, 1938, 5 – 35.

Klemperer, Victor: LTI, Leipzig 1975, 10. Auflage

Klibansky, Raymond: Erinnerung an ein Jahrhundert, Gespräche mit Georges Leroux, Frankfurt/Main, Leipzig 2001

Knigge-Tesche, Renate: Einleitung, in: Renate Knigge-Tesche: Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat, Frankfurt 1999, 5 – 8.

Knobloch, Clemens: Über die öffentliche Wahrnehmung der akademischen Philosophie vor und nach 1933, in: Marion Heinz; Goran Gretic (Hrsg.): Philosophie und Zeitgeist im Nationalsozialismus. Zur Sache des Denkens, Würzburg 2006, 11 – 22.

Korotin, Ilse (Hrsg.): „Die besten Geister der Nation“, Wien 1994

Kotowski, Mathias: Die öffentliche Universität. Veranstaltungskultur in der Weimarer Republik, Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktor der Philosophie, Stuttgart 1999

Kraus, Elisabeth: Ein Forschungsdesign für eine moderne Universitätsgeschichtsschreibung der NS-Zeit: Überlegungen zu einer Gesamtdarstellung der LMU, in: Elisabeth Kraus (Hrsg.): Die Universität München im Dritten Reich, Aufsätze, Teil I, München 2006, 637 – 653.

Kraus, Fritz: Hegel – entwicklungsgeschichtlich gesehen. Rezension zu Theodor Haering: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band II, Leipzig, Berlin 1938, in: Literaturblatt der Frankfurter Zeitung, 27. August 1939, Seite 4

Kreis, Friedrich: Rezension zu Margarete Hamburger: Das Form-Problem in der neueren deutschen Ästhetik, Heidelberg 1915, in: Kant-Studien 1920 (24)

Kreis, Friedrich: Zu Lasks Logik der Philosophie, in: Logos, Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur, Band X, 1921/22, 227 – 243.

Kreis, Friedrich: Die Lehre des Protagoras und ihre Darstellung in Platons Theaetetus, in: Archiv für Geschichte der Philosophie, XXXV. Band, Neue Folge XXVIII. Band, 1923, 43 – 49.

Kreis, Friedrich: Rezension zu Hermann Schneider: Metaphysik als exakte Wissenschaft, in: Kant-Studien 1924 (29), 544 – 546.

Kreis, Friedrich: Über die Möglichkeit einer Ästhetik vom Standpunkt der Wertphilosophie, in: Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft: Zweiter Kongress für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft Berlin, 16. – 18. Oktober 1924, XIX. Band, 1. – 4. Heft, Stuttgart 1925, 42 – 51.

[http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/zaak19\\_1925/0049](http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/zaak19_1925/0049)

Kreis, Friedrich: Zur Philosophie der Sprache, in: Kant-Studien 1927a (32), 281 – 289.

Kreis, Friedrich: Rezension zu Hermann Güntert: Grundfragen der Sprachwissenschaft, Leipzig 1925, in: Kant-Studien 1927b (32), 400 – 401.

Kreis, Friedrich: Rezensionen zu Martin Grabmann: Mittelalterliches Geistesleben, Abhandlungen zur Geschichte der Scholastik und Mystik, 1926; Martin Grabmann: Thomas von Aquin. Eine Einführung in seine Persönlichkeit und Gedankenwelt, 1926, in: Kant-Studien 1927c (32), 340 – 342.

Kreis, Friedrich: Rezension zu Georg Kerschensteiner: Theorie der Bildung, Berlin 1926, in: Kant-Studien 1928, 444 – 445.

Kreis, Friedrich: Rezension zu Max Scheler: Die Stellung des Menschen im Kosmos, Darmstadt 1928, in: Kant-Studien 1929a (34), 227.

Kreis, Friedrich: Rezension zu William Stern: Wertphilosophie (Person und Sache, System des kritischen Personalismus), 3 Bände, Leipzig 1924, in: Kant-Studien 1929b (34), 232 – 233.

Kreis, Friedrich: Rezension zu Max Scheler: Die Wissensformen und die Gesellschaft, Leipzig 1926, in: Kant-Studien 1929c (34), 479 – 483.

Kreis, Friedrich: Phänomenologie und Kritizismus, Tübingen 1930

Kreis Friedrich: Rezension zu Hermann Ammann: Die menschliche Rede, sprachphilosophische Untersuchungen, II. Teil: Der Satz, Schaumburg, Lahr i. Br. 1928, in: Kant-Studien 1933a (38), 280 – 281.

Kreis, Friedrich: Rezension zu Erwin Koschmider: Zeitbezug und Sprache, ein Beitrag zur Aspekt- und Tempusfrage, Leipzig, Berlin 1929, in: Kant-Studien 1933b (38), 282 – 283.

Kreis, Friedrich: Rezension zu Ernst Troeltsch: Glaubenslehre, München, Leipzig 1925, in: Kant-Studien 1933c (38), 488 – 489.

Kriegs-Zeitung des Nationalen Studentendienstes Tübingen“, Heft 1, Weihnachten 1916; Heft 2, März 1917

Krueger, Felix (Hrsg.): Philosophie der Gemeinschaft, 7 Vorträge, gehalten auf der Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft vom 1. – 4. Oktober 1928 in Leipzig, Berlin 1929

Kühner, Hans: Friedrich Wilhelm Foerster. Ein Lebensweg gegen den preußischen Militarismus, in: Fried Esterbauer, Helmut Kalkbrenner, Markus Mattmüller, Lutz Roemheld (Hrsg.): Von der freien Gemeinde zum föderalistischen Europa. Festschrift für Adolf Gasser zum 80. Geburtstag, Berlin 1983, 169 – 186.

Lammers, Karl Christian: Die „Judenwissenschaft“ im nationalsozialistischen Dritten Reich. Überlegungen zur „Forschungsabteilung Judenfrage“ in Walter Franks „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ und zu den Untersuchungen Tübinger Professoren zur „Judenfrage“, in: Raphael, Freddy: „...das Flüstern eines leisen Wehens...“, Beiträge zu Kultur und Lebenswelt europäischer Juden, Festschrift für Utz Jeggle, Konstanz 2001, 369 – 392.

Landgrebe, Ludwig: Hegels Entwicklung. Rezension zu Theodor Haering: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band II, Leipzig, Berlin 1938, in: Geistige Arbeit, 5. April 1939, 9 – 10.

Landmann, Ludwig: Einleitung, in: Historische Kommission der Stadt Frankfurt (Hrsg.): Franz Adickes. Sein Leben und sein Werk, Frankfurt 1929, VII – X.

Langewiesche, Dieter: Die Eberhard-Karls-Universität in der Weimarer Republik. Krisenerfahrungen und Distanz zur Demokratie an deutschen Universitäten, in: Zeit-

schrift für Württembergische Landesgeschichte, 51. Jahrgang, Stuttgart 1992, 345 – 381.

Langewiesche, Dieter: Die Universität Tübingen in der Zeit des Nationalsozialismus: Formen der Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung, in: Geschichte und Gesellschaft, 23. Jahrgang, 1997, 618 – 646.

Lankheit, Klaus A.: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933, München, New Providence, London, Paris 1994

Larenz, Karl: Rezension zu Theodor Haering: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band II, Leipzig, Berlin 1938, in: Zeitschrift für deutsche Kulturphilosophie, 1938, 67 – 87.

Lasson, Georg: Rezension zu Theodor Haering: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Berlin 1929, in: Kant-Studien 1931/32 (36/37), 335 – 337.

Laugstien, Thomas: Philosophie-Verhältnisse im deutschen Faschismus, Hamburg 1990

Leaman, George: Heidegger im Kontext. Gesamtüberblick zum NS-Engagement der Universitätsphilosophen, Hamburg 1993

Leaman, George/Simon, Gerd: Die Kant-Studien im Dritten Reich, 1993; <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ks.pdf>

Leaman, George: Deutsche Philosophen und das „Amt Rosenberg“, in: Ilse Korotin (Hrsg.): „Die besten Geister der Nation“. Philosophie und Nationalsozialismus, Wien 1994, 41 – 65.

Leaman, George; Simon, Gerd: Chronologie Haering, Theodor jun. (Erstfassung: Dezember 1995, letzte Änderung Dezember 2010) <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ChrHaering.pdf>.

Lehmann, Gerhard: Die deutsche Philosophie der Gegenwart, Stuttgart 1943

Lehrerziehung im Dritten Reich, Zweiter Jahresbericht (1935/36) der Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg/Riesengebirge, Berlin/Leipzig 1937, Vorwort vom Leiter Herbert Freudenthal

Leistner, J. F.: Rezension zu Max Wundt: „Die Treue als Kern deutscher Weltanschauung, 3. Auflage 1937, in: Deutschlands Erneuerung, Oktober 1937, 568.

Leistner, J. F.: Rezension zu August Faust: Johann Gottlieb Fichte, in: Deutschlands Erneuerung, März 1939, 172.

Lerchenmueller, Joachim; Simon, Gerd: Maskenwechsel. Wie der SS-Hauptsturmführer Schneider zum BRD-Hochschulrektor Schwerte wurde und andere Geschichten über die Wendigkeit deutscher Wissenschaft im 20. Jahrhundert, Tübingen 1999

Leske, Monika: Philosophen im ‚Dritten Reich‘. Studie zu Hochschul- und Philosophiebetrieb im faschistischen Deutschland, Berlin 1990

Liebert Arthur: Rezension zu Max Wundts „Griechische Weltanschauung“, in: Kant-Studien 1919 (23), 124 – 127.

Liebert, Arthur: Rezension zu Oesterreich: Überweg, Grundriss der Philosophie, in: Kant-Studien 1924 (29), 503 – 505.

Liebert, Arthur: Adickes, Erich, in: Christern, Hermann (Hrsg.): Deutsches Biografisches Jahrbuch 1928, Sonderabdruck (Band X), Herausgegeben vom Verbands der Deutschen Akademien, Stuttgart, Berlin 1928, 3 – 10.

Liebert, Arthur: Rezension zu Traugott Konstantin Oesterreich: Die Philosophie des Auslandes, in: Kant-Studien 1930 (35), 302 – 303.

Litt, Theodor: Philosophie und Zeitgeist, Leipzig 1935

Liu, Kang: Sein und Erkennen. Platons Ideenlehre im Parmenides und Sophistes, Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie am Fachbereich Philosophie und Geisteswissenschaften der Freien Universität Berlin, Berlin 2011

([http://www.diss.fu-](http://www.diss.fu-ber-)  
[ber-](http://www.diss.fu-ber-)

[lin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS\\_derivate\\_000000010091/Dissertation-Sein\\_und\\_Erkennen.pdf?hosts=](http://www.diss.fu-ber-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000010091/Dissertation-Sein_und_Erkennen.pdf?hosts=))

Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewusst“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933 – 1945, München 2006

Losemann, Volker: Zur Konzeption der NS-Dozentenlager, in: Manfred Heinemann (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 2, Stuttgart 1980, 87 – 109.

Lönnecker, Harald: „... Boden für die Idee Adolf Hitlers auf kulturellem Felde gewinnen“. Der „Kampfbund für deutsche Kultur“ und die deutsche Akademikerschaft, Frankfurt/Main 2003,  
[http://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/loennecker\\_kampfbund.pdf](http://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/loennecker_kampfbund.pdf)

Löwith, Karl: Die geistige Situation der Zeit, in: Karl Löwith: Heidegger – Denker in dürftiger Zeit. Zur Stellung der Philosophie im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984. Erst-



veröffentlichung: „Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung, 9, 1933, 1 – 10.

Löwith, Karl: Heidegger – Denker in dürftiger Zeit. Zur Stellung der Philosophie im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984

Löwith, Karl: Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht, Stuttgart 1986

Löwith, Karl: Der Mensch inmitten der Geschichte. Philosophische Bilanz des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1990

Lukács, Georg: Die Zerstörung der Vernunft, Georg Lukács Werke, Band 9, Neuwied, Berlin 1962

Lübbe, Hermann: Geschichtsphilosophie und politische Praxis, erweiterter Text eines Vortrags vor dem VII. Hegelkongress am 12. April 1969 in Paris, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): Hegel und die Folgen, Freiburg 1970, 115 – 136.

Lübbe, Hermann: Politische Philosophie in Deutschland, München 1974

Lund, Allan A.: Rassenkunde und Nationalsozialismus, in: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik: Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas, Stuttgart 2002, 324 – 338.

Lundgreen, Peter: Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich, in: Peter Lundgreen: Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt/Main 1985, 9 – 30.

Maegerle, Anton: Autoren des Grabert-Verlags und des Hohenrain-Verlags: Ihre Funktion und ihre Bedeutung in der rechten Szene, in: Finkenberger, Martin; Junginger, Horst (Hrsg.): Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901 – 1978) und seine Verlage, Aschaffenburg 2004, 155 – 174.

Malmsheimer, Arne: Platons Parmenides und Marsilio Ficinos Parmenides-Kommentar – ein kritischer Vergleich, Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie in der Fakultät für Philosophie, Pädagogik und Publizistik der Ruhr-Universität Bochum, Bochum 2001 (<http://dnb.info/979835429/34>)

Malter, Rudolf: Einleitung, in: Joachim Kopper, Rudolf Malter (Hrsg.): Immanuel Kant zu ehren, Frankfurt 1974, 7 – 38.

Marcuse, Herbert: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jahrgang III/1934, 161 – 195.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (MEW): Werke, Band 4, Berlin 1980

Max, Pascal: Pädagogische und politische Kritik im Lebenswerk Friedrich Wilhelm Foerstern (1869 – 1966), Stuttgart 1999

Mayer, Hans: Thomas Manns „Zauberberg“ als Roman der Weimarer Republik, in: Hubert Cancik (Hrsg.): Religions- und Geistesgeschichte der Weimarer Republik, Düsseldorf 1982, 49 – 64.

Meier, Helmut G.: „Weltanschauung“ – Studien zu einer Geschichte und Theorie des Begriffs, Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, 1967

Menzer, Paul: Erich Adickes, in: Kant-Studien 1928, 369 – 372.

Mergenthaler, Christian: Rede am 2. Mai 1933 in: Universität Tübingen (32), Reden bei der Rektoratsübergabe am 2. Mai 1933, 25 – 29.

Mertens, Lothar: Einige Anmerkungen zur NS-Wissenschafts- und Forschungspolitik, in: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik: Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, herausgegeben von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas, Stuttgart 2002, 225 – 240.

Meyer, Eduard: Für Ehre, Wahrheit und Recht. Erklärung deutscher Hochschullehrer zur Auslieferungsfrage, Berlin 1919

Meyer, Thomas: Von der Einfühlung des Gedankens, Rezension zu Christian Tilitzki: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Die Zeit, Nr.: 24, 06.06.2002

Michalski, Mark: Der Gang des deutschen Denkens. Versuche und Programme nationaler Philosophiegeschichtsschreibung von der Aufklärung bis ins 20. Jahrhundert, Würzburg 2010

Mitteilungen der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, 1918 – 1922

Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932. Ein Handbuch, Zweite, völlig neu bearbeitete und erweiterte Fassung, Darmstadt 1972

Mohr, Richard: Erich Kamke, 1890 – 1961, in: Urban Wiesing, Klaus-Rainer Brintzinger, Bernd Grün, Horst Junginger, Susanne Michl (Hrsg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus, Stuttgart 2010, 863 – 879.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, 3. Unveränderte Auflage, München 1960

Monzel, Aloys: Kants Lehre vom inneren Sinn und der Zeitbegriff im Duisburg'schen Nachlass, in: Kant-Studien, 1920/25, 427 – 435.

Moog, Willy: Rezension zu Theodor Haering: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band 1, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1930/31, 129 – 132.

Moser, Peter: Nationalsozialismus. Was zeichnet Nazi-Philosophen aus? Rezension zu Gereon Wolters: Der Führer und seine Denker. Zur Philosophie des Dritten Reiches, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 2/1999, in: Information Philosophie, Heft 5, Dezember 2001, 90 – 94.

Murrthalbote, 11. Februar 1933; 3. März 1933; 5. Juli 1933

Mußnug, Dorothee: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg, 1988

Müller, Thomas: Imaginierter Westen. Zum Konzept des „deutschen Westraums“ im völkischen Diskurs zwischen Politischer Romantik und Nationalsozialismus, Bielefeld 2009

Nadler, Käte: Das historische Hegelbild. Rezension zu Theodor Haering: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band II, Leipzig, Berlin 1938, in: Die Tatwelt, 1939, 164 – 167.

Nanko, Ulrich: Von „Deutsch“ nach „Frei“ und zurück? Jakob Wilhelm Hauer und die Frühgeschichte der Freien Akademie, in: Rainer Lächele, Jörg Thierfelder (Hrsg.): Das evangelische Württemberg zwischen Weltkrieg und Wiederaufbau, Stuttgart 1995, 214 – 233.

Nationalzeitung (Schweiz), 3. Juli 1935

Nestle, Wilhelm: Die Humanistätsidee und die Gegenwart, Festrede bei der 50-jährigen Feier des Karlsgymnasiums in Stuttgart, gehalten am 22. Mai 1931, Stuttgart 1931

Nestle, Wilhelm: Die Juden in der griechisch-römischen Welt, in: Aus Unterricht und Forschung, Heft 6/7, 1935, 165 – 192.

Nestle, Wilhelm: Sammelbesprechung. Griechisch, in: Aus Forschung und Unterricht, Heft 1/2, 1936, 57 – 64.

Nestle, Wilhelm: Der Friedensgedanke in der antiken Welt, in: Philologus, Supplementband XXXI, Heft 1, Leipzig 1938, 1 – 79.

Nestle, Wilhelm: Erwin Rohde, Professor der klassischen Philosophie 1845 – 1898, in: Hermann Haering, Otto Hohenstatt (Hrsg.): Schwäbische Lebensbilder, im Auf-

trag der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte, 1. Band, Stuttgart 1940, 435 – 444.

Nestle, Wilhelm: Griechische Geistesgeschichte, Von Homer bis Lukian. In ihrer Entfaltung vom mythischen zum rationalen Denken dargestellt, Stuttgart 1944

N.N.: Die Parteilosen“, in: Gewissen, 10. Jahrgang, Nr. 11, 11. März 1928

N.N.: Bericht über die 12. Tagung der Deutschen Philosophischen Gesellschaft zu Magdeburg vom 2. – 5. Oktober 1933, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 65 – 70.

Oesterle, Kurt: Wie Martin Heidegger 1945 fast auf einen Tübinger Lehrstuhl berufen wurde, in: Information Philosophie, August 1997, 90 – 94.

Oesterreich, Traugott Konstantin: Kant und die Metaphysik, Berlin 1906

Oesterreich, Traugott Konstantin: Grundriss der Geschichte der Philosophie, Vom Beginn des neunzehnten Jahrhunderts bis auf die Gegenwart, Friedrich Ueberweg, Band IV, 11. Auflage, Berlin 1916

Oesterreich, Traugott Konstantin: Weihnachtsgedanken 1917, in: Kriegs-Zeitung des Nationalen Studentendienstes Tübingen, Tübingen 1917, 3 – 6.

Oesterreich, Traugott Konstantin: Die Staatsidee des neuen Deutschland. Prolegomena zu einer neuen Staatsphilosophie, Leipzig 1919a

Oesterreich, Traugott Konstantin: Vom Machtideal zum Kulturideal. Worte deutscher Selbstbesinnung, Charlottenburg 1919b

Oesterreich, Traugott Konstantin: Karl Christian Planck. Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages, in: Kant-Studien, 1920, 123 – 131.

Oesterreich, Traugott Konstantin: Grundbegriffe der Parapsychologie. Eine philosophische Studie, Pfullingen 1921a

Oesterreich, Traugott Konstantin: Der Okkultismus im modernen Weltbild, Dresden 1921b

Oesterreich, Traugott Konstantin: Sammelergebnis für das geplante deutsche Zentralinstitut für Parapsychologie, in: Psychische Studien, 1922, 10 (Oktober), 546 – 547.

Oesterreich, Traugott Konstantin: Die Deutsche Philosophie des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart, Friedrich Ueberwegs Grundriss der Geschichte der Philosophie, Vierter Teil, 12. Auflage, völlig neu bearbeitet, Berlin 1923a

Oesterreich, Traugott, Konstantin: Der Okkultismus im modernen Weltbild, Dresden 1923b

Oesterreich, Traugott Konstantin: Die philosophische Bedeutung der mediumistischen Phänomene, 1924

Oesterreich, Traugott Konstantin: Das Weltbild der Gegenwart, Zweite neubearbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 1925

Oesterreich, Traugott Konstantin: Rezension zu zwei Vorträgen von Theodor Ziehen: „Die Psychologie der großen Heerführer“ und „Der Krieg und die Gedanken der Philosophen und Dichter vom ewigen Frieden“, in: Kant-Studien 1926 (31), 616 – 617.

Oesterreich, Traugott, Konstantin: Die Philosophie des Auslandes, vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart, Ueberweg, 5. Teil, Grundriss der Geschichte der Philosophie, Berlin 1928a

Oesterreich, Traugott Konstantin: Die Probleme der Einheit und der Spaltung des Ich, Beiträge zur Philosophie und Psychologie, herausgegeben von Traugott Konstantin Oesterreich, 1. Heft, Stuttgart 1928b

Oesterreich, Maria: Traugott Konstantin Oesterreich – „Ich“-Forscher und Gottsucher, Stuttgart 1954

Orozco, Teresa: Die Platon-Rezeption in Deutschland um 1933, in: Ilse Korotin: „Die besten Geister der Nation“, Philosophie und Nationalsozialismus, Wien 1994, 141 – 185.

Ortmeyer, Benjamin: Eduard Spranger und die NS-Zeit. Forschungsbericht, Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft herausgegeben von Frank-Olaf Radtke, Frankfurt 2008, [http://forschungsstelle.files.wordpress.com/2012/06/ortmeyer\\_forschungsbericht\\_sprangerunddienszeit.pdf](http://forschungsstelle.files.wordpress.com/2012/06/ortmeyer_forschungsbericht_sprangerunddienszeit.pdf)

Ottmann, Henning: Individuum und Gemeinschaft bei Hegel, Berlin, New York 1977

Paletschek, Sylvia: Tübinger Hochschullehrer im Ersten Weltkrieg: Kriegserfahrungen an der „Heimatfront“ Universität und im Feld, in: Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd; Langewiesche, Dieter; Ullmann, Hans-Peter: Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs, Essen 1997, 83 – 106.

Paletschek, Sylvia: Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Stuttgart 2001

Paletschek, Sylvia: Entnazifizierung und Universitätsentwicklung in der Nachkriegszeit am Beispiel der Universität Tübingen, in: vom Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik: Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, 393 – 408.

Pesch, Reiner: Die politische Philosophie Fichtes und ihre Rezeption im Nationalsozialismus, Inaugural-Dissertation, Kassel 1982

Philosophenlexikon, bearbeitet von Eugen Hauer, Werner Ziegenfuß, Gertrud Jung, Berlin 1937

Piper, Ernst: Alfred Rosenberg, Hitlers Chefideologe, München 2005

Pothast, Thomas, Hoßfeld, Uwe: Vererbungs- und Entwicklungslehren in Zoologie, Botanik und Rassenkunde/Rassenbiologie: Zentrale Forschungsfelder der Biologie an der Universität Tübingen im Nationalsozialismus, in: Urban Wiesing, Klaus-Rainer Brintzinger, Bernd Grün, Horst Junginger, Susanne Michl (Hrsg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus, Stuttgart 2010, 435 – 482.

Raphael, Lutz: Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: Geschichte und Gesellschaft, 27. Jahrgang 2001, 5 – 40.

Reden bei der Rektoratsübergabe am 25. April 1929, „Heinrich Spitta“, 47 – 48.

Reimann, Bruno W.: Hochschule zwischen Kaiserreich und Diktatur, in: Renate Knigge-Tesche (Hrsg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat, Frankfurt 1999, 11 – 25.

Richter, Werner: Wissenschaft und Geist in der Weimarer Republik, in: Leo Brandt (Hrsg.): Jahresfeier am 14. Mai 1958 in Düsseldorf, Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein Westfalen, Heft 80, Köln, Opladen 1958, 7 – 31.

Rickert, Heinrich: Wissenschaftliche Philosophie und Weltanschauung, in: Logos, Internationale Zeitschrift für Philosophie und Kultur, Band XXII, Tübingen 1933, 37 – 57.

Ringer, Fritz K.: Die Gelehrten: der Niedergang der deutschen Mandarine 1890 – 1933, Stuttgart 1983

Ritter, Konstantin: Schulpolitik, Wünsche und Hoffnungen zur Neugestaltung des deutschen Schulwesens, Tübingen 1919

Ritter, Konstantin: Platonismus und Christentum, drei Vorträge, gehalten in Stuttgart am 1., 3. Und 10. Februar 1933, Tübingen 1933

Ritter, Robert: Ein Menschenschlag. Erbärztliche und erbgeschichtliche Untersuchungen über die – durch 10 Geschlechterfolgen erforschten – Nachkommen von Vagabunden, Jaunern und Räubern, Leipzig 1937

Ritzel, Wolfgang: Studien zum Wandel der Kantauffassung. Die Kritik der reinen Vernunft nach Alois Riehl, Hermann Cohen, Max Wundt und Bruno Bauch, Meisenheim/Glan 1952

Roos-Schumacher, Hedwig: „Mit Gott für Kaiser und Reich“ – Die Geschichte der Vereine Deutscher Studenten im Überblick, in: Marc Zirlwagen (Hrsg.): Kaisertreue – Führergedanke – Demokratie. Beiträge zur Geschichte des Verbandes der Vereine Deutscher Studenten (Kyffhäuser-Verband), GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Köln 2000, 11 – 23.

Sandkühler; Hans-Jörg: Freiheit und Wirklichkeit, Frankfurt 1968

Sandkühler, Hans Jörg (Hrsg.): vergessen? verdrängt? erinnert? philosophie im nationalsozialismus, Bremen 2008

Sandkühler, Hans Jörg (Hrsg.): Philosophie im Nationalsozialismus, Hamburg 2009

Schael, Oliver: Herbert Grabert als Hochschullobbyist: Der Verband der nicht-amtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer, in: Finkenberger, Martin; Junginger, Horst (Hrsg.): Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901 – 1978) und seine Verlage, Aschaffenburg 2004, 94 – 123.

Scharer, Philip: Robert F. Wetzel (1898 – 1962 – Anatom, Urgeschichtsforscher, Nationalsozialist. Eine biografische Skizze, in: Urban Wiesing, Klaus-Rainer Brintzinger, Bernd Grün, Horst Junginger, Susanne Michl (Hrsg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus, Stuttgart 2010, 809 – 831.

Schäfer, Volker: ... treu und fest hinter dem Führer. Die Anfänge des Nationalsozialismus an der Universität Tübingen 1926 – 1934, Begleitheft zu einer Ausstellung des Universitätsarchivs Tübingen 1983

Schingnitz, Werner; Schondorf, Joachim: Philosophisches Wörterbuch, begründet von Heinrich Schmidt, 10. Auflage, völlig neu bearbeitet, Stuttgart 1943

Schlotter, Sven: Die Totalität der Kultur. Philosophisches Denken und politisches Handeln bei Bruno Bauch, Würzburg 2004

Schlüter, André: Moeller van den Bruck. Leben und Werk, Köln, Weimar, Wien 2010

Schmahl, Hermannjosef: Disziplinarrecht und politische Betätigung der Beamten in der Weimarer Republik, Schriften zur Rechtsgeschichte, Band 13, Berlin 1977

Schmid, Carlo: Erinnerungen, Gesammelte Werke, III. Band, Bern, München, Wien 1979

Schmid, Manfred; Schäfer, Volker: Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945, Tübingen 1985

Schmucker, Alf-Rüdiger; Kolb, Sebastian: Die Museumsgesellschaft Tübingen – ein Mittelpunkt kultureller Geselligkeit, Tübingen 1992

Schnädelbach, Herbert: Philosophie in Deutschland 1831 – 1933, Frankfurt 1983

Schneider, Hermann: Erich Adickes. Kants Opus postumum, dargestellt und beurteilt, Rezension in: Kant-Studien 1921 (26), 165 – 173.

Schneider, Ivo: Akzeptanz und Kritik an Naturwissenschaften und Technik im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Pinkau, Klaus; Stahlberg, Christina (Hrsg.): Deutsche Naturphilosophie und Technikverständnis, Historische Wirkungen im internationalen Vergleich, Stuttgart, Leipzig, 1998, 67 – 87.

Schneider, Tobias: Sektierer oder Kampfgenossen? Der Klages-Kreis im Spannungsfeld der NS-Kulturpolitik, in: Walter Schmitz, Clemens Vollnhans (Hrsg.): Völkische Bewegung, konservative Revolution, Nationalsozialismus: Aspekte einer politisierten Kultur, Dresden 2005, 299 – 323.

Schönberger, Christoph: Demokratisches Denken in der Weimarer Republik: Anfang und Abschied, in: Christoph Gusy (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, 664 – 669.

Schönhagen, Benigna: Tübingen unterm Hakenkreuz, Stuttgart 1991

Schönhagen, Benigna (Hrsg.): Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und vergessen. Begleitband zur Ausstellung im Tübinger Stadtmuseum, Kornhaus, vom 9. Mai bis 15. August 1992

Scholtz, Harald/Stranz, Elmar: Nationalsozialistische Einflussnahme auf die Lehrerbildung, in: Manfred Heinemann (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Stuttgart 1980, 110 – 124.

Schorcht, Claudia: Philosophie an den bayerischen Universitäten 1933 – 1945, Erlangen 1990



Schröder, Hans Eggert: Entgegnung, in: : Rhythmus, Monatschrift für deutsche Kultur, Organ des Bodebundes für Gymnastik und gestaltende Erziehung und Mitteilungsblatt des Reichsbundes für deutsche Gymnastik sowie des Arbeitskreises für bi-zentrische Forschung, Heft 12, Dezember 1935, 379 – 380.

Schrödl, Barbara: Der Kampfbund für deutsche Kultur und die Auseinandersetzung um die moderne Kunst, in: Schönhagen, Benigna (Hrsg.): Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und vergessen. Begleitband zur Ausstellung im Tübinger Stadtmuseum, Kornhaus, vom 9. Mai bis 15. August 1992, 37 – 43.

Schultz, Werner: Rezension zu Theodor Haering; Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band II, Leipzig, Berlin 1938, in: Theologische Literaturzeitung, 1940, Nr. ½, 39 – 40.

Schwabe, Klaus: Wissenschaft und Kriegsmoral, Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkriegs, Göttingen, Zürich, Frankfurt 1969

Schwabe, Klaus: Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918 – 1933, Bonn 1988, 95 – 133.

Schwäbischer Merkur, 2. März 1935 (Apologie des Geistes, Artikel zur Theodor Haerings „Rede für den Geist“ in der Stuttgarter Kant-Gesellschaft)

Schwäbischer Merkur, 20. Januar 1937, Seite 5 („Aufgaben der Geschichte der Philosophie“, Bericht über einen Vortrag von Max Wundt vor dem Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein am 16. Januar 1937)

Schwäbisches Tagblatt

Schwarz, Hermann: Nationalsozialistische Weltanschauung, Berlin 1933

Schwarz, Hermann: Zur philosophischen Grundlegung des Nationalsozialismus, Schriften der deutschen Hochschule für Politik, Heft 17, Berlin 1936

Schwarz, Hermann: Grundzüge einer Geschichte der artdeutschen Philosophie, Schriften der deutschen Hochschule für Politik, Heft 28/29, Berlin 1937

Schwarz, Justus: Rezension zu Theodor Haering: Hegel. Sein Wollen und sein Werk, Band II, Leipzig, Berlin 1938, in: Blätter für Deutsche Philosophie, 1940/41, 307 – 311.

Sieg, Ulrich: Geist und Gewalt. Deutsche Philosophen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 2013

Sluga, Hans: Die verfehlte Sendung. Die Philosophie und der Nationalsozialismus, in: Fischer, Kurt R.; Wimmer, Franz M. (Hrsg.): Der geistige Anschluss, Philosophie und Politik an der Universität Wien 1930 – 1950, Wien 1993, 9 – 35.

Sontheimer, Kurt: Die politische Kultur der Weimarer Republik, in: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918 – 1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, 2. durchgesehene Auflage, Bonn 1988

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, 4. Auflage, München 1994

Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes, I, Gestalt und Wirklichkeit, 1924 (87.000 – 97.000. Auflage), München 1924

Spitta, Heinrich: Mein Recht auf Leben, Tübingen, Freiburg, Leipzig 1900

Spitta, Heinrich: Das deutsche Volk und seine nationale Erziehung. Unmoderne Rezepte, Tübingen, Leipzig 1901

Spitta, Heinrich: Durch Kampf zum Heldentod, Vortrag am 4. März 1915 im großen Festsaal der Universität Tübingen, Tübinger Kriegsschriften, Heft X, Heldentod, in: Studien zur vergleichenden Psychologie, Tübingen 1915, 12 – 27

Ssymank, Paul: Geschichte der Sängerschaft Zollern, Tübingen 1939

Staatsanzeiger für Württemberg, 16. Dezember 1915

Steckel, Karl: Unterwegs zum Unverwechselbaren. Festgabe zum 90. Geburtstag. Medizinwerk der Evangelisch-Methodistischen Kirche, EmK Geschichtsmonographien Band 49, Stuttgart 2003

Stegmann, Grit: Die Sammlung Dieterich und ihr Herausgeber Rudolf Marx, in: Siegfried Lokatis, Ingrid Sonntag (Hrsg.): 100 Jahre Kiepenheuer-Verlage, Berlin 2011, 300 – 308.

Stegmüller, Wolfgang: Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie. Eine kritische Einführung, Band 1, 6. Auflage, Stuttgart 1978

Stern, William: Vorgedanken zur Weltanschauung, Leipzig 1915

Sternberg, Kurt: Rezension zu Theodor Haering: Die Struktur der Weltgeschichte, in: Kant-Studien 1924/27, 563 – 567.

Stolle, Michael: Der schwäbische Schulmeister. Christian Mergenthaler, Württembergischer Ministerpräsident, Justiz- und Kultminister, in: Michael Kißener, Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz, NS-Biografien aus Baden und Württemberg, Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 2, Herausgegeben von der Forschungsstelle „Widerstand“ gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten, Konstanz 1997, 445 – 475.

Stöckle, Thomas: Mariaberg in der Zeit des Nationalsozialismus – oder „So etwas hat man noch nie erlebt, solange die Welt steht“, o. J., <http://www.menschenfolter.de/PDF/Mariaberg-Nationalsozialismus.pdf>

Stöckle, Thomas: Grafeneck 1940. Die Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland, 3. Auflage Tübingen 2012

Thiel, Christian: Oesterreich als Historiker der Philosophie, in: Psychologie und Geschichte, Bad. 10, Heft 1-2, 2002, 20 – 33.

Thierfelder, Jörg: Die Auseinandersetzungen um Schulform und Religionsunterricht im Dritten Reich zwischen Staat und evangelischer Kirche in Württemberg, in: Manfred Heinemann (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 1: Kindergarten, Schule, Jugend, Berufserziehung, Stuttgart 1980, 230 – 250.

Tilitzki, Christian: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, 2 Bände, Berlin 2002

Thurnher, Rainer; Röd, Wolfgang; Schmidinger, Heinrich: Geschichte der Philosophie, Band XIII, Die Philosophie des ausgehenden 19. Und des 20. Jahrhunderts, 3, Lebensphilosophie und Existenzphilosophie, München 2002

Topitsch, Ernst: Hegel und das Dritte Reich, in: Der Monat, Juni 1966, Heft 213, 36 – 51.

Topitsch, Ernst: Die Sozialphilosophie Hegels als Heilslehre und Herrschaftsideologie, 2. Erweiterte Auflage, München 1981

Treude, Burkhard: Konservative Presse und Nationalsozialismus, Bochum 1975

Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, Tübingen 1924

Tübinger Chronik

Uhland-Gymnasium (Hrsg.): Schulwege. Jubiläumsbuch des Uhland-Gymnasiums, Tübingen 2001

Ulbricht, Justus H.: „Deutsche Religion“ und „Deutsche Kunst“. Intellektuelle Sinn-  
suche und kulturelle Identitätskonstruktionen in der „Klassischen Moderne“, Disser-  
tation zur Erlangung des akademischen Grades Doctor philosophiae, Universität Je-  
na, 2004, <http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-17610>

Ulmer, Martin: Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Geschichtswerkstatt  
Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden, Tübingen 1995,  
81 – 98.

Ulmer, Martin: Antisemitismus in Stuttgart 1871 – 1933. Studien zum öffentlichen  
Diskurs und Alltag, Berlin 2011

Völkischer Beobachter

Volkelt, Johannes, in: Raymond Schmidt (Hrsg.): Die deutsche Philosophie in  
Selbstdarstellungen, 2. Band, Leipzig 1921, 201 – 228.

Vorländer, Herwart: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozia-  
listischen Organisation, Boppard am Rhein 1988

Vorländer, Karl: Kant als Deutscher, Darmstadt 1919

Wagenführ, Horst: Rezension zu Max Wundt: „Deutsche Weltanschauung“, in: Nati-  
onalwirtschaft, 2. Jahrgang, 1928/29, 112.

Weber, Reinhold: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Par-  
teien im Kaiserreich und in Weimar (1895 – 1933), Düsseldorf 2004

Weichenhan, Michael: Mitten im Krieg auf der Suche nach einem geistigen Europa.  
Lieselotte Richter über Jacob Boehme, in: Schröder, Richard; Wenzel, Catherina;  
Weichenhan, Michael (Hrsg.): Nach jedem Sonnenuntergange bin ich verwundet und  
verwaist. Lieselotte Richter zum 100. Geburtstag, Berlin, 2006, 21 – 42.

Weinhandl, Ferdinand: Universität und Wissenschaft, in: Kieler Blätter 1938, 124 –  
135.

Weinhandl, Ferdinand: Aus dem deutschen Geistesleben. Erste Jahrestagung der wis-  
senschaftlichen Akademien des NSD-Dozentenbundes, in: Gemeinschaft Kieler Pro-  
fessoren: Kieler Blätter, Neumünster 1939, 221 – 223.

Weisedel, Wilhelm: Das Problem des lumen naturalis bei Descartes, Referat Semi-  
nar Theodor Haering 1932, in: Nachlass Wilhelm Weisedel, Staatsbibliothek Ber-  
lin – Preußischer Kulturbesitz, Ordner 12

Weischedel, Wilhelm: Politische Erziehung und Erziehung zur Freiheit, Juli 1933a, in: Nachlass Wilhelm Weischedel, Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Ordner 12

Weischedel, Wilhelm: Die Bedeutung des Intelligiblen in der Ethik Kants, Referat Seminar Haering Juli 1933b, in: Nachlass Wilhelm Weischedel, Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Ordner 12

Weischedel, Wilhelm: Entwurf einer Arbeit über „Novalis als Philosoph“, 1934, in: Nachlass Wilhelm Weischedel, Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Ordner 12

Weischedel, Wilhelm: Das lumen naturale und das Problem der Evidenz, Habilitationsvortrag 1936, in: Nachlass Wilhelm Weischedel, Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Ordner 12

Weischedel, Wilhelm: Der Aufbruch der Freiheit zur Gemeinschaft. Studien zur Philosophie des jungen Fichte, Leipzig 1939

Weischedel, Wilhelm: Pascal und der Abgrund des Menschen, Öffentliche Antrittsvorlesung, gehalten am 7. August 1945 im oberen Hörsaal der Alten Aula, Tübingen, in: Nachlass Wilhelm Weischedel, Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Ordner 4, A

Weischedel, Wilhelm: Selbstdarstellung, in: Ludwig J. Pongrat (Hrsg.): Philosophie in Selbstdarstellungen, Hamburg 1975, 316 – 341.

Werner, Hermann: Tübingen 1945, bearbeitet und mit einem Anhang versehen von Manfred Schmid, Stuttgart 1986

Werth, Wolfgang: Die Vermittlung von Theodie und Praxis an den preußischen pädagogischen Akademien 1926 – 1933, dargestellt am Beispiel der Pädagogischen Akademie Halle/Saale, Frankfurt/Main 1985

Wetzel, Juliane: Der Geschichtsrevisionismus und der Grabert-Verlag, in: Finkenberger, Martin; Junginger, Horst (Hrsg.): Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901 – 1978) und seine Verlage, Aschaffenburg 2004, 142 – 154.

Wigersma, Balthus: Verhandlungen des ersten Hegelkongresses vom 22. – 25. April 1930 im Haag, Veröffentlichungen des Internationalen Hegelbundes, Tübingen, Haarlem 1931

Wigersma, Balthus: Verhandlungen des ersten Hegelkongresses vom 18. – 21. Oktober 1931 in Berlin, Veröffentlichungen des Internationalen Hegelbundes, Tübingen, Haarlem 1932

Wigersma, Balthus: Verhandlungen des ersten Hegelkongresses vom 19. – 23. April 1933 in Rom, Veröffentlichungen des Internationalen Hegelbundes, Tübingen, Haarlem 1934

Wiggershaus, Rolf: Die Frankfurter Schule, München 1991, 3. Auflage

Wischnath, Johannes Michael: Eine Frage des Stolzes und der Ehre. Die politische Säuberung der Universität Tübingen und ihr letzter NS-Rektor Otto Stickl, in: Wolfgang Sannwald (Hrsg.): Persilschein, Käferkauf und Abschlachtprämie, Tübingen 1998, 103 – 123.

Wolters, Gereon: Der Führer und seine Denker. Zur Philosophie des Dritten Reiches, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 2/1999, 223 – 251.

Wolters, Gereon: Philosophie im Nationalsozialismus, in: Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): Philosophie im Nationalsozialismus, 2009, 57 – 81.

Wundt, Max: Der Intellektualismus in der griechischen Ethik, Leipzig 1907

Wundt, Max: Geschichte der griechischen Ethik, Band 1, Leipzig 1908, Neudruck Aalen 1969

Wundt, Max: Geschichte der griechischen Ethik, Band 2, Leipzig 1911, Neudruck Aalen 1969

Wundt, Max: Goethes Wilhelm Meister und die Entwicklung des modernen Lebensideals, Berlin und Leipzig 1913, 2. Auflage 1932

Wundt, Max: Platons Leben und Werk, Jena 1914

Wundt, Max: Griechische Weltanschauung, 2. Auflage, Leipzig 1917

Wundt, Max: Sozialpolitische Erfahrungen eines Kompagnieführers, in: Konservative Monatsschrift, 75. Jahrgang, Heft 11, August 1918a, 738 – 748.

Wundt, Max: Deutsche Staatsauffassung, in: Deutschlands Erneuerung, Monatsschrift für das deutsche Volk, 2. Jahrgang, München 1918b, 199 – 202.

Wundt, Max: Parteien oder Stände?, in: Deutschlands Erneuerung, 1919a, Heft 5, 333 – 338.

Wundt, Max: Plotin. Studien zur Geschichte des Neuplatonismus, Leipzig 1919b

Wundt, Max: Die deutsche Philosophie und ihr Schicksal, Beiträge zur Philosophie des deutschen Idealismus, Veröffentlichungen der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, herausgegeben von Arthur Hoffmann, Erfurt 1920a

Wundt, Max: Vom Geist unserer Zeit, München 1920b

Wundt, Max: Straßburg und der deutsche Gedanke, in: Deutschlands Erneuerung, 1921, Heft 10, 629 – 636.

Wundt, Max: Gegen Rudolf Steiners „Dreigliederung des sozialen Organismus“, in: Deutschlands Erneuerung, 1922, Heft 4, 207 – 211.

Wundt, Max: Staatsphilosophie. Ein Buch für Deutsche, München 1923a

Wundt, Max: Die Zukunft des deutschen Staates, Langensalza 1923b

Wundt, Max: Das Wahlverfahren im Lichte der Logik und Ethik, in: Deutschlands Erneuerung, 1924a, Heft 3, 129 – 138.

Wundt, Max: Die Treue als Kern deutscher Weltanschauung, Schriften zur politischen Bildung, herausgegeben von der Gesellschaft „Deutscher Staat“, Heft 14, Langensalza 1924b

Wundt, Max: Was heißt völkisch?, Schriften zur politischen Bildung, herausgegeben von der Gesellschaft „Deutscher Staat“, Heft 16, Langensalza 1924c

Wundt, Max: Kant als Metaphysiker. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Philosophie im 18. Jahrhundert, Stuttgart 1924d

Wundt, Max: Altes und neues Schrifttum zur völkischen Weltanschauung, in: Deutschlands Erneuerung, 1925, Heft 2, 106 – 109.

Wundt, Max: Was kann uns Schiller noch sein?, in: Deutschlands Erneuerung, 1926a, Heft 9, 410 – 415.

Wundt, Max: Innenpolitik. Rückblick und Ausblick, in: Deutschlands Erneuerung, 1926b, Heft 12, 546 – 551.

Wundt, Max: Deutsche Weltanschauung, Grundzüge völkischen Denkens, München 1926c

Wundt, Max: Der völkische Gedanke in romantischer und klassischer Beleuchtung, in: Deutschlands Erneuerung, 1927a, Heft 10, 417 – 422.

Wundt, Max: Die Ehre als Quelle des sittlichen Lebens in Volk und Staat“, Schriften zur politischen Bildung, herausgegeben von der Gesellschaft „Deutscher Staat“, Heft 5, Langensalza 1927b

Wundt, Max: Rudolf Eucken, Rede, gehalten bei der Eucken-Gedächtnisfeier der Universität Jena am 9. Januar 1927, Schriften aus dem Eucken-Kreis, herausgegeben vom „Euckenbund“, Langensalza 1927c

Wundt, Max: Johann Gottlieb Fichte. Sein Leben und seine Lehre, Stuttgart 1927d

Wundt, Max: Fichtes Gemeinschaftsgedanke und seine Verfälschung, in: Nationalerziehung, 1. Jahrgang, 1927/28, 28 – 38.

Wundt, Max: Der Niedergang des deutschen Geistes und seine Folgen für die Wirtschaft, in: Nationalwirtschaft, 2. Jahrgang, 1928/29, 574 – 578.

Wundt, Max: Literaturwissenschaft und Weltanschauung, in: Emil Ermatinger (Hrsg.): Philosophie der Literaturwissenschaft, Berlin 1930, 398 – 421.

Wundt, Max: Geschichte der Metaphysik, Berlin 1931

Wundt, Max: Die Philosophie an der Universität Jena. In ihrem geschichtlichen Verlaufe dargestellt, Jena 1932

Wundt, Max: Ganzheit und Form in der Geschichte der Philosophie, in: Blätter für deutsche Philosophie, 1932/33, 9 – 23.

Wundt, Max: Der Sinn der Universität im deutschen Idealismus, in: Gerber (Hrsg): Die Universität. Ihre Geschichte, Aufgabe und Bedeutung in der Gegenwart, Stuttgart 1933, 97 – 127.

Wundt, Max: Platon als völkischer Denker, in: Unterricht und Forschung, Wissenschaftliche Zeitschrift auf nationalsozialistischer Grundlage, 6. Jahrgang, Stuttgart, Berlin 1934, 124 – 128.

Wundt, Max: Das Ungegebene bei Plotin, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1934/35, 271 – 283.

Wundt, Max: Platons Parmenides, Tübinger Beiträge zur Altertumswissenschaft, Herausgegeben von Otto Weinreich, 25. Heft, Stuttgart, Berlin 1935a

Wundt, Max: Die Philosophie zur Zeit des Biedermeiers, in: Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte, herausgegeben von Paul Kluckhohn und Erich Rothacker, 13. Jahrgang, XIII. Band, 1935b, 118 – 148.

Wundt, Max: Die deutsche Philosophie im Zeitalter der Aufklärung, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Neue Folge des Logos, Herausgegeben von Hermann Glockner und Karl Larenz, Band 2, 1936a, 225 – 250.



Wundt, Max: Rezension zu Julius Binder: Grundlegung zur Rechtsphilosophie, Tübingen 1935, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Band 2, 1936b, 281 – 285.

Wundt, Max: Kant und der deutsche Geist, in: Archiv für die gesamte Psychologie, 97. Band, 1936c, 106 – 116.

Wundt, Max: Nathan der Weise oder Aufklärung und Judentum, in: Forschungen zur Judenfrage, Band I, Sitzungsberichte der Ersten Arbeitstagung der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands vom 19. bis 21. November 1936, Hamburg 1937a, 136 – 140.

Wundt, Max: Das Judentum in der Philosophie, in: Forschungen zur Judenfrage, Band II, Sitzungsberichte der Zweiten Arbeitstagung der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands vom 12. Nis 14. Mai 1937, Hamburg 1937b, 75 – 88.

Wundt, Max: Ewigkeit und Endlichkeit, Grundzüge der Wesenlehre, Stuttgart 1937c

Wundt, Max: Kants Ahnenerbe, in: Blätter für Deutsche Philosophie, Band 12, Heft 2, 1938/39, 191 – 194.

Wundt, Max: Die deutsche Schulmetaphysik des 17. Jahrhunderts. Heidelberger Abhandlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte, herausgegeben von August Faust und Hermann Glockner, Tübingen 1939

Wundt, Max: Aufstieg und Niedergang der Völker, Gedanken über Weltgeschichte auf rassischer Grundlage, München, Berlin 1940a

Wundt, Max: Die Sachlichkeit der Wissenschaft, Wissenschaft und Weisheit, zwei Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1940b

Wundt, Max: Christian Wolff und die deutsche Aufklärung, in: Theodor Haering (Hrsg.): Das Deutsche in der deutschen Philosophie, Stuttgart, Berlin 1941, 227 – 246.

Wundt, Max: Die Wiederentdeckung Platons im 18. Jahrhundert, in: Blätter für Deutsche Philosophie 1941/42, Band 15, Heft 1/2, 149 – 158.

Wundt, Max: Cogito ergo sum, in: Zeitschrift für Deutsche Kulturphilosophie, Neue Folge des Logos, Herausgegeben von Hermann Glockner und Karl Larenz, Band 10, Heft 1, 1943, 81 – 100.

Wundt, Max: Hegels Logik und die moderne Physik, in: Blätter für Deutsche Philosophie, 18. Band, Heft 1/2, 1944a, 40 – 64.

Wundt, Max: Die Renaissance als Zeitwende in der Philosophie?, in: Blätter für Deutsche Philosophie, 18. Band, Heft 1/2, 1944b, 149 – 164.

Wundt, Max: Die Wureln der deutschen Philosophie in Stamm und Rasse, Berlin 1944c

Wundt, Max: Die deutsche Schulphilosophie im Zeitalter der Aufklärung, Heidelberger Abhandlungen zur Philosophie und ihrer Geschichte, herausgegeben von August Faust und Hermann Glockner, Tübingen 1945

## Vorlesungsverzeichnisse

- Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Bayerische Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Universität Frankfurt, Zwischensemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Hessische Ludwigs-Universität zu Gießen, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Georg-August-Universität Göttingen, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Universität zu Greifswald, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg, Zwischensemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Hamburgische Universität, Wintersemester 1919/20 – Wintersemester 1920/21, Sommersemester 1933
- Sächsisch-Ernestinische Gesamt-Universität Jena, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Zwischensemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Universität Köln, Zwischensemester 1919 – Sommersemester 1921, Sommersemester 1933
- Albertus-Universität zu Königsberg, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Universität Leipzig, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933

- Philipps-Universität Marburg, Zwischensemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Ludwig-Maximilians-Universität München, Kriegsnothalbjahr 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920
- Universität Rostock, Zwischensemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933
- Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Sommersemester 1919 – Sommersemester 1920, Sommersemester 1933

Württembergisches Schulwochenblatt Nr. 21, 1916, Literarische Beilage

Zapf, Lilli: Die Tübinger Juden. Eine Dokumentation, Tübingen, 2. Auflage 1978

Zauner, Stefan: Die Entnazifizierung (Euration) des Lehrkörpers. Von der Suspension und Entlassung 1945/46 zur Rehabilitierung und Wiedereinsetzung der Professoren und Dozenten bis Mitte der 1950er Jahre, in: Urban Wiesing, Klaus-Rainer Brintzinger, Bernd Grün, Horst Junginger, Susanne Michl (Hrsg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus, Stuttgart 2010, 937 – 997.

Zirlewagen, Marc: „Mit Gott für Kaiser und Reich“ – Die Geschichte der Vereine Deutscher Studenten im Überblick, in: Marc Zirlewagen (Hrsg.): Kaisertreue – Führergedanke – Demokratie. Beiträge zur Geschichte des Verbandes der Vereine Deutscher Studenten (Kyffhäuser-Verband), GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte, Köln 2000, 108 – 112.

## Internet-Quellen

Brock, Erich:

[http://www.muellerscience.com/SPEZIALITAETEN/Philosophie/Erich\\_Brock/Brock\\_Oldemeyer\\_Leben.htm](http://www.muellerscience.com/SPEZIALITAETEN/Philosophie/Erich_Brock/Brock_Oldemeyer_Leben.htm)

Faßhauer, Minna:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Minna\\_Fa%C3%9Fhauer](http://de.wikipedia.org/wiki/Minna_Fa%C3%9Fhauer)

Gleichen von, genannt von Rußwurm, Raimund August Heinrich Freiherr:

<http://www.deutsche-biographie.de/sfz21163.html>

Klemm, Wilhelm: <http://www.kroener-verlag.de/verlag/>

Kober, Alfred (Salander): [http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred\\_Kober](http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Kober)

<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D41609.php>

Kuhn, Philalethes: [http://de.wikipedia.org/wiki/Philaletes\\_Kuhn](http://de.wikipedia.org/wiki/Philaletes_Kuhn)

Mewaldt, Johannes: [http://de.wikipedia.org/wiki/Johannes\\_Mewaldt](http://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Mewaldt)

Lessing, Theodor: [http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor\\_Lessing](http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Lessing)

Müller, Gebhard: [http://de.wikipedia.org/wiki/Gebhard\\_M%C3%BCller](http://de.wikipedia.org/wiki/Gebhard_M%C3%BCller)

Papen, Franz von: Auszug aus der Rundfunkrede vom 12. September 1932:  
<http://www.blz.bayern.de/blz/web/100083/09.html#dok5>

Siegler, Gustav: <http://www.stuttgart.de/item/show/201235>  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav\\_Siegler](http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Siegler)

Strasser, Otto: Die Sozialisten verlassen die NSDAP  
<http://www.ns-archiv.de/nsdap/sozialisten/sozialisten-verlassen-nsdap.php>